



Hans-Peter de Lorent

Täterprofile

Die Verantwortlichen im
Hamburger Bildungswesen
unterm Hakenkreuz
und in der Zeit nach 1945

Band 2



Landeszentrale
für politische Bildung
Hamburg


Hamburg

Hans-Peter de Lorent

Täterprofile

Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen
unterm Hakenkreuz

Band 2

Hans-Peter de Lorent

Täterprofile

Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz

Band 2

Die Landeszentrale für politische Bildung ist Teil der Behörde für Schule und Berufsbildung der Freien und Hansestadt Hamburg. Sie arbeitet auf überparteilicher Grundlage. Ein pluralistisch zusammengesetzter Beirat sichert die Überparteilichkeit der Arbeit.

Zu den Aufgaben der Landeszentrale gehören:

- Herausgabe eigener Schriften
- Erwerb und Ausgabe von themengebundenen Publikationen
- Koordination und Förderung der politischen Bildungsarbeit
- Beratung in Fragen politischer Bildung
- Zusammenarbeit mit Organisationen und Vereinen
- Finanzielle Förderung von Veranstaltungen politischer Bildung
- Veranstaltung von Rathausseminaren für Zielgruppen
- Öffentliche Veranstaltungen

Unser Angebot richtet sich an alle Hamburgerinnen und Hamburger. Die Informationen und Veröffentlichungen können Sie während der Öffnungszeiten des Informationsladens abholen. Gegen eine Bereitstellungspauschale von 15 € pro

Kalenderjahr erhalten Sie bis zu 5 Bücher aus einem zusätzlichen Publikationsangebot.

Die Landeszentrale für politische Bildung Hamburg arbeitet mit den Landeszentralen der anderen Bundesländer und der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen. Unter der gemeinsamen Internet-Adresse www.hamburg.de/politische-bildung werden alle Angebote erfasst.

Die Büroräume befinden sich in der Dammtorstraße 14, 20354 Hamburg;

Ladeneingang: Dammtorwall 1
Öffnungszeiten des Informationsladens:
Montag bis Donnerstag: 12.30 Uhr bis 17.00 Uhr,
Freitag: 12.30 Uhr bis 16.30 Uhr

Erreichbarkeit:

Telefon: (040) 428 23-48 08
Telefax: (040) 428 23-48 13

E-Mail: PolitischeBildung@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/politische-bildung

Abbildung Umschlag Die Hamburger NSLB-Führer (vorne von rechts nach links) Wilhelm Lühning (Schulrat), Willi Schulz (Landesschulrat) und Albert Mansfeld (Oberschulrat); © Denkmalschutzamt Hamburg, Bildarchiv

Der Verfasser dieser Publikation hat die Bildrechte eingeholt. Sollte dies nicht in allen Fällen möglich gewesen sein, bitten wir die Rechteinhaber, sich an die Landeszentrale zu wenden.

© Landeszentrale für politische Bildung;
Hamburg 2017

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die der Übersetzung, der Sendung in Rundfunk und Fernsehen und der Bereitstellung im Internet.

Redaktion: Dr. Rita Bake

Lektorat: Joachim Szodrzynski

Gestaltung und Herstellung: Andrea Orth

Druck: Mundschenk, Soltau

ISBN: 978-3-946246-13-8

Geleitwort	11
Begleitwort	13
Einleitung	27
Täterprofile/Biografien	35
Walter Bärsch „Das habe ich getan, sagt mein Gedächtnis. Das kann ich nicht getan haben, sagt mein Stolz und bleibt unerbittlich. Endlich gibt das Gedächtnis nach.“	35
Oscar Toepffer „Man wird eines Tages die Frage aufwerfen, ob der Führer als Staatsmann oder als Feldherr größer war.“	51
Ernst Schrewe „Es ist nicht aus der Welt zu schaffen, dass er diesen Tod auf dem Gewissen hat.“	82
Hasso von Wedel „Soldatische Persönlichkeit mit allen guten Merkmalen eines alten Offiziersgeschlechts.“	120
Wolfgang Meyer „Nichts ist mir unerträglicher, als in dieser großen Zeit tatenlos zuzusehen.“	150
Udo Lohse „Mein restloses Bemühen, meine Arbeit im Sinne des Dritten Reiches zur Auswirkung zu bringen ...“	155
Ernst Preuße „Er hat, nachdem die NSDAP ihn abzuschütteln versucht hatte, hartnäckig für seine Rehabilitierung als Nazi gekämpft.“	162
Hugo Millahn „Er ist seiner Gesinnung, Haltung und Tätigkeit nach als ausgesprochener Vertreter des Nationalsozialismus in einem üblen Sinne anzusprechen.“	174
Dietrich Ossenbrügge „Als Pg. nehme ich den Vorwurf der politischen Unzuverlässigkeit nicht stillschweigend und unwidersprochen hin.“	186

Karl Himstedt

„Er hat sich jedoch gegen die nationalsozialistische Herrschaft niemals auch nur im geringsten gesträubt oder irgendwelche Kritik geübt, war also ein gefügiges Werkzeug.“ 194

Johannes Böckenhauer

„Ich habe die festeste Absicht, mit ganzer Kraft mitzuarbeiten an der Heranbildung und Erziehung eines vaterlandsbegeisterten, einsatzbereiten, opferfreudigen Jungdeutschlands im Sinne unseres Führers.“ 201

Hans Wenke

„Er galt als untadeliger Nationalsozialist und konnte durch seine regelmäßige Mitarbeit die Loyalität gegenüber dem NS-Staat deutlich dokumentieren.“ 208

Hans Reimers

„Seine innere Haltung ist durch seine häusliche und waffenstudentische Erziehung bestimmt. Ich habe den Eindruck eines gefestigten, zielsicheren Mannes bester ethischer Haltung.“ 249

Wilhelm Arp

„Vom starken Willen getrieben, etwas zu leisten, bisweilen etwas vorlaut.“ 264

Heinrich Sahrhage

Wichtige Figur im NS-Apparat – aber: „has done valuable work in returning evacuated children!“ 284

Hellmuth Dahms

„Nationalsozialist wird man nur im Lager und in der Kolonne. Ihr müsst etwas anderes werden als ihr wart.“ 302

Herbert Bieber

„Wir sind die junge Lehrerschaft, dem Führer treu ergeben. Wir fragen nicht, was früher war, wir sind ein neues Leben. Wir kämpfen nur für Volk und Staat, im Dienst an deutscher Jugend. Uns kümmert nicht Geburt und Grad. Hier gilt die Männertugend.“ 309

Adolf Lambeck

„Unverhältnismäßig hohe Ausgaben, die an einem unverbesserlichen Menschenmaterial verschwendet werden.“ 322

Herbert Manig

„Der Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus müsse sich über die Lagerschulung durchsetzen.“ 334

August Hagemann

„Sollte die jüdische Gefahr von der Lehrerschaft wirklich so wenig ernst genommen werden?“ 344

Heinrich Hehn	
„Er erscheint uns als politischer Wirrkopf.“	359
Erwin Gottleben	
„Er beeinflusste die Jugend in seinem Unterricht in nationalsozialistischem Sinne.“	369
Guido Höller	
„Durch seinen hysterischen NS-Radikalismus hat Höller damals die Lehrerschaft stark beunruhigt.“	378
Elwin Kludas	
„Viele Hilfsschüler sind so triebgebunden, daß sie auch ohne besondere Beschulung eine Familie gründen.“	397
Paul Löden	
„Er ist gewiss besten Glaubens gewesen, als er im Jahre 1932 in die NSDAP eintrat.“	409
Hans Lühje	
„Auf seine Beurteilung stützte sich die Schulbehörde ausdrücklich, als sie die ‚unruhige‘ Mewes der Gestapo auslieferte.“	420
Reinhold Bierwirth	
„Sehr ruhig, aber sehr bestimmt hat Herr Bierwirth das Kollegium wieder zu systematischer Arbeit geführt, die Schulzucht der Kinder gehoben.“ (1952)	434
Emma Lange	
1933 von der NS-Schulverwaltung als Schulleiterin abgesetzt – zehn Jahre später wieder berufen.	439
Adelheid Barrelet	
„Dieses Gelöbniß schwang sich auf im sieghaften Gruß an den Führer.“	450
Richard Lüth	
„Er verstand es, allein durch Worte, die durch Taten noch nicht belegt werden konnten, den Eindruck eines wirklich brauchbaren, einsatzbereiten, tatkräftigen Nationalsozialisten zu erwecken.“	463
Johannes Saß	
„Vielleicht wurde neben seinem guten Arbeitswillen sein Geltungsbedürfnis die Ursache für seine besonders aktive Rolle in der NSDAP.“	476
Walther Machleidt	
„Ich weiß mich in letzter Verantwortung stehend vor Gott und dem Führer.“	494

Otto Ludwig

„Über ihn sei nur Negatives zu sagen. Er sei als Mensch und Charakter unerträglich und ein widerlicher Nationalsozialist gewesen.“ 507

August Wulff

„Als Grundsätze der Humanität verlassen wurden, bereute ich meinen Eintritt in die Partei und trieb nur mit Widerstreben mit.“ 526

Alfred Aust

„Die Zeiten des bürgerlichen Philistertums, des engherzigen Klassenbewußtseins und des marxistischen Menschheitsbeglückungstraumes sind vorüber.“ 534

Armin Clasen

„Es ist uns alten Kriegern eine restlose Befriedigung, dass man uns wieder gebrauchen kann.“ 550

Walter Frahm

„Er hat seine Partei-Mitgliedschaft und seinen Einfluss nur zum Besten des niederdeutschen Volkstums und der niederdeutschen Literatur eingesetzt.“ 564

Heinrich Böe

„Er hielt sich als Beamter verpflichtet, der jeweiligen Regierung seine besten Kräfte zur Verfügung zu stellen.“ 573

Richard Ackermann

„Er genießt in allen maßgeblichen Stellen der Partei großes Ansehen und wird als Nationalsozialist überall geschätzt.“ 578

Ernst Dätz

„In seiner politischen Einstellung hat er sich als völkisch-national bewährt.“ 587

Wolfgang Jünemann

„Es handelt sich bei ihm um den typischen Fall einer hochbegabten sensiblen Künstlernatur, die sich von dem Neuen im Nationalsozialismus fangen ließ.“ 600

Otto Thode

„Er war Nichtnationalsozialisten gegenüber im höchsten Grade unduldsam.“ 618

Hans-Paul Roloff

„Mit dem Amtsantritt von Prof. Stern setzte erst langsam, dann immer stärker eine völlige Verjudung des Instituts ein.“ 637

Friedrich Albers

„Wer einmal ‚etwas sage‘, würde abgekanzelt und müsse befürchten, in Ungnade zu fallen und bei nächster Gelegenheit aus dem Kollegium entfernt zu werden.“ 646

Franz Bömer	
„Er steht auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung, die er seinen Untergebenen zu vermitteln versteht.“	658
Gerhard Schumacher	
„Zum Parteitag war ich nicht und Judenlokale habe ich auch nicht ausgeräumt.“	678
Ingrid Möller	
„Mit der Gläubigkeit der Jugend gab sie sich den Idealen des Nazismus wie sie ihnen so überzeugend gepredigt wurden, hin.“	688
Max Klüver	
„Für den Nationalsozialismus tritt er mit seiner ganzen kraftvollen Persönlichkeit ein.“	704
Walter Hecht	
„Wegen angeblicher Überschreitung des Züchtigungsverbot es an einem Privatschüler in Privatstunden von der Gestapo verhaftet.“	724
Peter R. Hofstätter	
„Was die NSDAP anlangte, schien es das einfachste, Mitglied zu werden. Man zahlte seinen bescheidenen Beitrag, und das war's dann auch schon.“	742
„Dass mich ein Senator anbrüllt, fand ich nicht üblich.“	
Gespräch mit dem Vorsitzenden der „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ von 1948–1951, Hermann Lange	798
Resonanz auf Band 1	822
Abkürzungen	854
Literaturverzeichnis	854
Bildnachweis	857
Höhere Schulen in Hamburg	857
Namensverzeichnis	861
Dank und biografische Daten	867

Geleitwort

Ties Rabe



Wenn wir uns heute mit der Zeit des „III. Reiches“ befassen, so tun wir dies – in Gedenkveranstaltungen, an Jahrestagen, beim Besuch von Mahnmalen und vielem mehr – insbesondere mit Blick auf die Opfer, ihr Leben und ihr Leiden. Dies ist richtig und notwendig, denn die Opfer nationalsozialistischen Unrechts dürfen nicht vergessen sein, sollen eine Stimme erhalten. Gleichwohl ist dieses Gedenken an die Opfer nur ein Teil der historischen Wahrheit, denn den Opfern standen – und stehen anderenorts bis heute – stets Täter gegenüber, die Menschen zu Opfern werden ließen.

Für das rückblickende Verstehen historischer Prozesse und menschlichen Handelns ist es daher so notwendig wie sinnvoll, neben den Opfern auch die Täter in den Blick zu nehmen. Dies tut Hans-Peter de Lorent mit dem nun vorgelegten zweiten Band der „Täterprofile“, in welchem er den Kreis der Biografien leitender Persönlichkeiten in Schule und Schulverwaltung Hamburgs noch einmal erweitert. Dabei zeichnet er nicht nur den Werdegang und die Aktivitäten dieser Personen insbesondere in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft nach, sondern widmet sich auch deren Wirken im Hamburg der Nachkriegszeit. Porträtiert werden Akteure, die trotz ihrer Verstrickung mit dem Nationalsozialismus auch nach 1945 herausgehobene Funktionen z. B. als Schulleiter, Schulaufsichts- oder hohe Schulverwaltungsbeamte innehatten und damit das Hamburger Schulwesen in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich zu prägen vermochten.

Die Biografien sind eine anregende Lektüre für alle, die sich für zeitgeschichtliche Bildungsforschung mit explizitem Hamburg-Bezug interessieren, zumal der Autor in diesem zweiten Band der „Täterprofile“ noch einmal den Blick weiter ausrichtet. Es geht ihm hier nicht nur um Personen, die zumeist bereits vor 1933 in Hamburg wirkten, sondern auch um solche, die erst nach 1945 nach Hamburg kamen und erst dann in Schuldienst oder Schulverwaltung Hamburgs tätig wurden. In beiden Gruppen fanden sich nicht wenige, denen ungeachtet ihrer NS-Belastung z. T. erstaunliche Karrieren im Nachkriegs-Hamburg möglich waren.

Wenngleich de Lorent den Fokus bewusst vor allem auf Schule bzw. Schulverwaltung in Hamburg richtet, so weist das, was die Biografien verbindet und wofür die porträtierten Personen letztlich gerade auch hinsichtlich ihres Wirkens in der Nachkriegszeit stehen, doch eine übergreifende Bedeutung auf. Sie ist thematisch nicht auf Schule und regional nicht auf Hamburg zu begrenzen. Erfahren lässt sich aus den Biografien insoweit auch ganz allgemein viel über Verstrickung und Schuld, über Mitläufertum und Anpassung an die braunen Machthaber und ihre menschenfeindlichen Ziele, aber auch über die vielfach überraschend „lautlosen“ Übergänge in die „neue Zeit“ der Jahre 1945 und folgende.

Sehr eindrücklich zeigen die biografischen Skizzen, wie viele Personen in leitender pädagogischer Funktion – ob als Nazis bereits in der Weimarer Republik oder sich dem Nationalsozialismus erst ab 1933 ergebend – sich anpassten, mittaten, sich nicht widersetzen, wie sie jeweils und jeder auf eigene Weise und doch am Ende alle gleichermaßen zu „Tätern“ wurden. Sichtbar wird damit auch, dass eine Wahrnehmung, wonach Hamburg in der Weimarer Zeit eine Hochburg der Reformpädagogik gewesen sei, nach 1945 sich die vor allem sozialdemokratisch inspirierte Bildungspolitik der Hansestadt ebenfalls wieder sehen lassen konnte und die zwölf Jahre dazwischen eine Art Betriebsunfall der Geschichte waren – dass eine solche Interpretation der Hamburger Schulgeschichte angesichts der in vielen Porträts belegten personellen Kontinuitäten ‚vor und nach 1945‘ zumindest der Ergänzung bedarf.

Im zweiten Band der „Täterprofile“ widmet sich der Autor neben anderen auch einer größeren Zahl von Schulleitern. Spannend ist die Lektüre damit auch und gerade für jene Schulen, an denen diese Personen gewirkt haben. An den Schulen können sie Anlass zur Auseinandersetzung mit der je eigenen Schulgeschichte und über diese mit Geschichte allgemein sein. Darüber hinaus sind die Biografien aber auch für all jene interessant, die ihr Bild vom Hamburger Schulwesen insbesondere in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erweitern wollen – einer Zeit mit vielfältigen politischen und gesellschaftlichen Umbrüchen und Verwerfungen. Mit Blick auf diese Epoche stand im Rückblick lange die zweifelsohne bedeutsame reformpädagogische Prägung des Hamburger Schulwesens im Fokus, die, mit ihren Ursprüngen bereits im wilhelminischen Deutschland, im Sinne einer eher sozialdemokratischen oder sozialistischen Schulpolitik stets auch politisch konnotiert war. Mit den „Täterprofilen“ wird das Wissen um diese Phase der Schulgeschichte ergänzt, indem de Lorent zeigt, dass, wie er urteilt, das Hamburger Schulwesen vor 1933 „keineswegs in allen Bereichen (...) reformpädagogisch organisiert war“.

Ein Weiteres lässt sich aus den „Täterprofilen“ ableiten – und dies kann als Botschaft verstanden werden, die, wenngleich Analyse von lange Vergangenen, gleichwohl für Gegenwart und Zukunft relevant ist: Vergleicht man die Biografien der porträtierten

„Schulmänner“ (und wenigen Frauen) mit der von Personen, die in anderen Bereichen an führender Stelle tätig waren, z. B. in der Medizin, in Polizei und Justiz oder der allgemeinen Verwaltung, so zeigt sich vielfach ein ähnliches Bild: Angehörige des Bürgertums, vielfach hoch gebildet, zur Zeit der Weimarer Republik oftmals noch demokratisch, z. T. auch konservativ-autoritär, (noch) nicht aber faschistisch gesinnt, machten sich, nachdem die Nationalsozialisten in Deutschland an die Macht gelangt waren, mehr oder weniger schnell mit deren Ideologie gemein und vertraten diese dann in ihren jeweiligen Wirkungskreisen mit bisweilen großem Engagement. Und wie in den anderen genannten Feldern wollte man nach 1945 auch in Schule und Schulverwaltung nicht auf die weitere Mitarbeit vieler dieser Personen verzichten, obwohl sie durch ihr Wirken in der Zeit der NS-Herrschaft in unterschiedlicher Weise belastet waren und mit der Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen nicht mehr hätten betraut werden dürfen. Anders als bei Angehörigen anderer Professionen war es im Schulwesen allerdings in besonderer Weise fatal, die nunmehr demokratischen Prinzipien folgende Erziehung der jungen Generationen Menschen anzuvertrauen, die bis 1945 in eklatanter Weise politisch oder rechtlich fragwürdig gehandelt, vor allem aber moralisch völlig versagt hatten.

Mit den Biografien zeigt der Autor zudem in bedrückender Weise, wie dünn bei vielen ungeachtet ihrer zumeist bürgerlichen Sozialisation offensichtlich der demokratische Firnis war, sodass ihn die NS-Ideologie binnen kurzem nachhaltig zu durchdringen vermochte. Mag dies bei vielen der porträtierten Personen seine Ursache auch in dem Umstand gehabt haben, dass sie frühe Prägungen noch in der Zeit des Kaiserreichs erfuhren, in dem Schule und Erziehung grundlegend autoritär waren und vor allem auf Obrigkeitshörigkeit und Untertanengeist zielten, so kann allein dies nicht begründen, wie rasch auch zumeist akademisch qualifizierte Personen in herausgehobener Position rassistischem, antisemitischem und nationalistischem Gedankengut anheimfielen.

Dies sollte uns Nachgeborenen eine Warnung sein. Ins Heute gewandt, zeigen uns die „Täterprofile“, dass Demokratie als Haltung und Lebensprinzip nicht quasi-automatisch auf Dauer gestellt ist, sondern dass sie immer wieder neu vermittelt und begründet werden muss. Dies gilt nicht nur für die Erziehung zu demokratischem Bewusstsein bei jeder und jedem einzelnen Heranwachsenden als einer kontinuierlichen Aufgabe von Schule, sondern zugleich auch für die Verteidigung der demokratischen Institutionen, deren Existenz und Dauer weniger selbstverständlich sind, als sie uns im Alltag erscheinen mögen.

Ties Rabe, Gymnasial-Lehrer, seit 2008 Bürgerschaftsabgeordneter, seit 2011 Senator für Schule und Berufsbildung in Hamburg; 2012 Präsident der Kultusministerkonferenz; seit 2015 Sprecher der SPD- und Grünengeführten Kultusministerien.



Als am 23. März 2016 der erste Band „Täterprofile“ im „Hamburger Abendblatt“ vorgestellt wurde, erschien kurz später ein Leserbrief von **Gerhard Nöthlich**. Er schrieb:

„Von 1936 bis 1943, zwischen meinem 11. und 18. Lebensjahr, war ich Schüler am Gymnasium Kaifu, d. h. während der Kernzeit des ‚Tausendjährigen Reiches‘. Meine Erinnerungen an jene Zeit sind besonders lebendig und exakt, bis in die Redeweise und Kleidung meiner damaligen Lehrer hinein. Da sich an etlichen Hamburger Oberschulen zu Beginn der 40er-Jahre innerhalb der Schülerschaft ein oppositioneller Geist verbreitete, da Spitzel an den Schulen der Gestapo dienlich waren – mein Klassenkamerad und Banknachbar befand sich monatelang ‚in Gewahrsam‘ der Gestapo in der Haftanstalt Fuhlsbüttel und kam nur deshalb heraus, weil sein Bruder in Russland für ‚Führer, Volk und Vaterland‘ gefallen war: Wegen solcher und ähnlicher Begebenheiten entwickelten wir Schüler ein feines Gespür für Nazis, Mitläufer und ‚Gegner‘, wie wir sie nannten. Über letztere geben die vergilbten Personalakten der Schulbehörde kaum Auskunft. Die wenigen, die sich an solche Lehrer erinnern, bewahren ihnen ein ehrendes Andenken.“

Parallel dazu hatte er bei der Landeszentrale für politische Bildung angefragt, ob sie ihm ein Exemplar des Buches zuschicken könne, er werde 91 Jahre alt und der Besuch in dem Infoladen der Landeszentrale sei für ihn mühsam: „Ich war von 1960–1989 auf unterschiedlichen Positionen im Hamburger Schulwesen tätig und habe Hans-Peter de Lorent (‚Delo‘) am Harburger Alexander-von-Humboldt-Gymnasium noch als Schüler erlebt, ihn aber nie unterrichtet.“

Gerhard Nöthlich bekam das Buch zugeschickt und von mir eine Mail, in der ich mich für sein Interesse an dem Buch bedankte und seinen Hinweis aufgriff, er habe lebhaft und genaue Erinnerungen an die Schule im Dritten Reich, insbesondere auf die Oberrealschule am Kaiser-Friedrich-Ufer in Eimsbüttel bezogen. Ich plante für den zweiten Band zwei Biografien über Schulleiter Ernst Dätz und den Lehrer Walther Machleidt.

Gerhard Nöthlich antwortete postwendend, bezeichnete Dr. Ernst Dätz als „nützlich-unnützen Idioten in Majorsuniform, ‚An die Arbeit!‘ – so sein Motto.“ Und über

Dr. Walther Machleidt wusste er zu berichten: „Zunächst Deutsch-National, dabei streng gläubiger Lutheraner. Als Leiter des Bergedorfer Luisen-Gymnasiums bald nach 1933 dem Regime missliebige. Zum ‚Lehrer‘ degradiert, ans ‚Kaifu‘ versetzt. Dort ein paar Jahre lang mein Klassenlehrer. In den dreißiger Jahren sehr fortschrittlich! Machleidt wurde ab 1937/38 zunehmend regimekritisch. Wahrscheinlich hat man ihn (1942, in Riga) umgebracht. Angeblich war er beim Befestigen einer Verdunkelungseinrichtung aus dem Fenster einer Kaserne gestürzt (‚worden‘ – ergänzten wir, seine Schüler, schon bald nach der Nachricht von seinem Tode).“

So begann unsere Korrespondenz, die sehr intensiv wurde und ist, ein reger Austausch von Mails, Texten, Bemerkungen und persönlichen, sehr bereichernden Treffen. Wir haben ganz unterschiedliche Zugänge zu den Personen, deren Biografien nachgezeichnet werden. „Kompliment!“, schrieb Gerhard Nöthlich. „Sie haben ‚den Fall Machleidt‘ in einer Weise dargestellt, wie man das – sine ira et studio – ‚nach (Personal-)Aktenlage‘ tun kann, d.h. ohne die geringste persönliche Kenntnis von dem Menschen zu haben, um den es sich handelt. Sie tun das, um Klarheit und Objektivität bemüht, ganz untendenziös, es sei denn, man wolle aus dem Unternehmen ‚NS-Täterschaft aufzuspüren‘ eine Tendenz ablesen. In meinem Fall wäre das umgekehrt. Ich würde im Rückblick eines fast 91-Jährigen über einen Lehrer schreiben, den ich von meinem 11. bis zum 15. Lebensjahr als Klassen- und Fachlehrer in Deutsch, Religion, Geschichte, Latein und außerdem auf Klassenreisen und bei Ausflügen erlebt habe.“ So ergänzten wir uns. Manchmal bringt die „Aktenlage“ auch Klarheit. Ich konnte Gerhard Nöthlich mitteilen, dass Walther Machleidts Personalakte die Untersuchung seines tödlichen „Fenstersturzes“ enthielt und alles darauf hindeutete, dass es sich hierbei tatsächlich um einen tragischen Unfall handelte. (Siehe Biografie Machleidt, S. 494 ff.) Einen wichtigen Teil der Erinnerungen an seinen Klassenlehrer habe ich in die Biografie aufgenommen. Aber Gerhard Nöthlich schrieb noch viel mehr, „aus einem im damaligen Sinne regimekritischen Elternhaus“ stammend: „Mein Vater hatte Hitlers Pamphlet ‚Mein Kampf‘ gelesen und war nie auch nur irgendeiner NS-Organisation beigetreten. Sein häufiger Spruch lautete: ‚Den Brüdern traue ich alles zu!‘ Recht sollte er behalten! Für meinen damaligen Freundeskreis und deren Eltern galt Ähnliches“. Darum sind die Erinnerungen von Gerhard Nöthlich an seinen Klassenlehrer Machleidt (W. M.) natürlich von besonderem Wert, insbesondere aber auch, weil es sich bei Walther Machleidt um eine ganz ungewöhnliche und vielschichtige Persönlichkeit handelte. Gerhard Nöthlich schrieb über ihn:

„Ich vermute, dass W. M., der Deutsch-Nationale, wie Unzählige andere auch, in der NS-Partei und ihrem Programm zunächst die Möglichkeit sah, seine diversen, z. T. deutsch-tümelnden Ideale verwirklicht zu sehen, wobei mir die Frage: Haben die denn Hitlers Pamphlet ‚Mein Kampf‘ nicht gelesen? bis heute unbeantwortet geblie-

ben ist. Ich nehme weiterhin an, dass es W. M., dem tief gläubigen Christen, zunehmend dämmerte: Auf was habe ich mich mit meiner Parteizugehörigkeit eingelassen? Was wächst da heran? Auf welchen Gaul habe ich gesetzt?

Auf wesentlich höherer Ebene muss es im Laufe der Jahre den Angehörigen des preußischen Militäradels gegangen sein, allen voran Henning von Tresskow, und dann allen anderen, die nach dem 20. Juli 1944 am Fleischerhaken sich zu Tode zappelten.

Der Lehrer und Klassenvater – ja, der war er – W. M. kümmerte sich um seine jungen Eimsbütteler ‚Heiden‘. Der Krieg war aus- bzw. vom Zaune gebrochen. Trotz Görings leichtfertiger Prognose gab es schon bald Luftangriffe der Royal Air Force auf Hamburger Gebiet. Unterricht fiel in Folge dessen aus. Kohle und mithin Heizung fielen gleichermaßen aus. Was tat W. M.? Es gelang ihm, ich weiß nicht mehr wo, einen geeigneten, warmen Raum außerhalb der offiziellen Schulgebäude ausfindig zu machen, wohin er uns, seine Klasse, beorderte und unterrichtete. Als wir – Boldt, Müller, Harte und etliche andere – den Raum mürrisch betraten, bekamen wir es mit W. M. zu tun. Fuchsteufelswild wurde er und verlangte: ‚Setz gefälligst andere Mienen auf! Das passt mir nicht!! Was gehen uns die anderen an? Hier ist Unterricht!‘

Die ‚anderen‘ waren alle, die ‚kohlefrei‘ oder sonst was hatten, nur keine Schule. Wir aber mussten bei Machleidt lernen, aber wie! Wenn wir im Grammatikunterricht Wortarten und Satzteile verwechselten, hieß es:

‚Du verwechselst mal wieder Gustav mit Gasthof oder Pettenkofer mit Patentkoffer.‘ Dergleichen war einprägsam und lustig zugleich.

Szenenwechsel: Rogge, Schönmann und ich, 12 oder 13 Jahre alt, wollten W. M. bei allem Respekt einen Streich spielen. Natürlich wussten wir, wo er wohnte: Schäferkampsallee 11, nachdem er von der Klosterallee 47 weggezogen war. Seine Wohnung lag im Parterre und hatte einen ausgedehnten Vorgarten. Es gelang uns, eine Krampe im Fensterrahmen eines Zimmers – ‚seines‘ Arbeitszimmers? – zu befestigen, einen langen Zwirnfaden durch die Krampe zu ziehen, an dessen Ende ein beinerer Hosenkнопf baumelte. Der Zwirnfaden wurde bis auf den Fußweg der Schäferkampsallee geführt, und wenn man daran zog, begann der Hosenkнопf am Ende der Krampe zu tanzen und dezent gegen die Fensterscheibe zu scheppern. Wir taten das, bei Dunkelheit, selbstverständlich. Es war Herbst. Max und Moritz ließen grüßen. Wir sahen, gebückt vor dem Gartenstaket lauernd, unseren geachteten, geliebten, gefürchteten Klassenlehrer am Fenster auftauchen, schepperten noch ein wenig, bauten ab und – verschwanden. Die Frage, ob unsere Eltern von solchen Betätigungen wussten, erübrigt sich.

Am folgenden Morgen, in der Schule, geschah dieses: W. M., im Anschluss an eine Unterrichtsstunde, winkt Nöthlich zu sich heran und sagt: ‚Nöthlich – wir wurden

damals mit Nachnamen angeredet – Nöthlich, es ist genug!‘ Nichts weiter! Ich wusste, dass er wusste.

Es genügte, es ‚war genug‘. W. M. hatte uns erkannt, durchschaut. Er hatte kein Drama inszeniert – welch‘ ein Lehrer, vor allem: welch‘ ein Erzieher! ‚Nazi‘? Die Frage war irrelevant. Aber was ‚Nazis‘ waren, wussten wir schon damals. Rogges Vater war von Beruf Schiffsmakler und hatte lange in England gelebt und gearbeitet. Seine Anglophilie färbte auf uns ab. Schönmanns Vater, alter Sozialdemokrat und als solcher ‚nach 33‘ aus dem Dienst ‚entfernt‘, Großmeister im Schach, wusste schon früh von den Judenvernichtungen im Osten. Mein eigenes Elternhaus hatte ich kurz erwähnt. All derer kritischem Blicken hielt W. M. stand, und ein Vorfall wie der mit dem Hosenknoopf verstärkte seine Position, jedenfalls bei uns. Was andere Schüler anderer Klassen von ihm hielten, ist mir nicht bekannt.

‚Anti-autoritär‘ konnte W. M. erscheinen. Gemeint ist hier das Verfahren, mit dem er immer wieder einen Ausgleich zu seinem überaus konsequenten, ‚Zucht und Gehorsam‘ fordernden Lehr- und Unterrichtsstil zu schaffen suchte. Das gelang ihm. Seine menschlichen Züge sowie der Humor mit sich selbst verschafften ihm bei etlichen seiner Schüler einen Vorrat an Sympathie, der eine lange Zeit reichte.

Hatte er sich schon anlässlich der Besichtigung unseres Gängeviertels als jemand erwiesen, der sich von seinem Autoritätspodest herabbewegen konnte, so geschah das bei folgenden Gelegenheiten in noch stärkerem Maße: Im Rahmen unseres Latein-Unterrichts führte er das Fest der ‚Saturnalien‘ im Klassenraum ein. Die im antiken Rom zunächst dem Gott Saturn gewidmeten Festlichkeiten Ende Dezember eines jeden Jahres sind am ehesten mit dem westdeutschen Karneval zu vergleichen. Für ein paar Tage waren die strengen Standesunterschiede aufgehoben. Es kam sogar dazu, dass die Sklaven von den Herren bedient wurden.

Hier war es, wo W. M. ansetzte. Am letzten Schultag vor den Weihnachtsferien gab es in unserem Klassenraum ‚Saturnalien‘. Das bedeutete u. a., dass W. M. sich auf einem Schülerplatz reckte und ein Schüler – meistens ich – als W. M. agierte, etliche seiner Kraftausdrücke anwendend, von denen ‚Da kommt einem ja der Konfirmationskaffee hoch‘ noch der harmloseste war.

Wie an anderer Stelle bereits angemerkt: Sich zu damaliger Zeit von einem Schüler à la Johannes Pfeiffer aus der ‚Feuerzangenbowle‘ kopieren zu lassen, und das sogar vor der Versammlung eines Elternabends, in der ersten Reihe sitzend und am lautesten lachend – eine solche Haltung korreliert sehr stark mit einem ausgeprägten und auch wohl gesunden Selbstbewusstsein.

Rückblickend neige ich der Meinung zu, dass W. M., innerlich wie beschrieben ausgestattet, sich von den Nazis entfernen m u s s t e , von seinen christlichen Überzeugungen einmal ganz abgesehen.

Hinzu kommt, was gar nicht zusammen passte: Nationalsozialismus und Humor. Die grobschlächtigen Späße, die das NS-Regime z. B. gegenüber den englischen Kontrahenten zur Anwendung brachten, sollten mit ‚Humor‘ nicht verwechselt werden. Da ich ja bloß ‚Kladde‘ und ohne Redaktion schreibe, führe ich aus dem Gedächtnis an, was propagandistisch und in der Regel im Rundfunk auf den (mehrfachen) englischen Außenminister und späteren Premier Anthony Eden zielte:

‚In England lebt ein feiner Mann,
der zieht sich wie ein Mädchen an. –
er ist nicht klug, er ist nicht schlau,
er ist nur eitel wie ein Pfau.‘

Und in solchem Stil ging's weiter:

‚Oh, du alte Lügenhaut!
Mach dich auf die Socken!
Wenn der Tommy dich durchschaut,
bleibt kein Auge trocken!‘

Völlig unmöglich, dass ein Mann vom geistigen Format W. M.'s, der obigen Schwachsinn ja auch über die Propagandamaschinerie des ‚3. Reiches‘ zur Kenntnis genommen haben musste – es gab ja kaum ein Ausweichen – nicht durchschaute. Von entsprechenden Konflikten, die sich im Inneren W. M.'s abgespielt haben mögen, weiß ich natürlich gar nichts. Ich habe lediglich versucht, einen Lehrer und Menschen zu schildern, dem ich als Heranwachsender begegnet bin (und er mir). Dass er mir beim Flaggenhissen eine Ohrfeige verpasste, dass er mir ins Zeugnis schrieb ‚Sein Benehmen muss zuchtvoller werden‘, dass er mir gelegentlich zurief: ‚Nöthlich, die Grenze !‘, dass er mir einmal verächtlich den Ausdruck ‚Bajazzo!‘ entgegenschleuderte – die Schilderung des Anlasses, amüsant wie sie wäre, würde hier zu weit führen – das alles kann ich ihm nachträglich nicht verübeln.

Vielmehr bin ich überzeugt, dass W. M. auf etliche meiner Mitschüler und auch auf mich einen positiv-prägenden, aber keinen ‚nazistischen‘ Einfluss ausgeübt hat.“

Gerhard Nöthlich hat Recht, wenn er auf die Grenzen der Beschreibung von Personen „nach Aktenlage“ hinweist. Gerade die pädagogische Wirksamkeit eines Lehrers, der mit sparsamen aber nachdrücklichen Impulsen auf Schüler erzieherisch einwirken kann, wie es Gerhard Nöthlich nach rund 80 Jahren noch vor Augen hat und präzise zu beschreiben weiß, dafür benötigt der Historiker Zeitzeugen. Nöthlich wirft einen ganz anderen Blick auf den Pädagogen Machleidt.

Auch in anderen Fällen haben wir gesehen, wie widersprüchlich und fern aller Schwarz-weiß-Klischees sich NS-belastete Pädagogen zeigten. Wobei es bei dem hier skizzierten Walther Machleidt schwer nachzuvollziehen ist, dass er der Kommission für die „auszumerzende Literatur in Schülerbibliotheken“ angehörte.

Eindrucksvoll auch ein anderer Rückblick auf seine Schulzeit von Gerhard Nöthlich:

„Als ich im Frühjahr 1936 – also vor 80 Jahren – an der ‚Oberschule für Jungen in Eimsbüttel, Kaiser-Friedrich-Ufer 6‘ – eingeschult wurde, hatte ich vier Grundschuljahre an der Schule ‚Telemannstraße 10‘ hinter mir.

Desgleichen hatte ich zwei Wochen absolviert, die der mündlichen und schriftlichen Aufnahmeprüfung für die damals so genannte Oberschule gewidmet waren. Die Prüfung fand am Wilhelm-Gymnasium statt, in dem Gebäude, das heute einen Teil der Staats- und Universitätsbibliothek beherbergt: Grindelallee, Ecke Moorweidenstraße. Für einen Zehnjährigen, der am Heußweg wohnte, war es nur mit der Straßenbahn – Linie 16 – zu erreichen. Wegen des kürzeren Schulweges entschieden sich meine Eltern denn auch für meine Einschulung am ‚Kaifu‘. Wie wäre es mir am Wilhelm-Gymnasium ergangen? Die sinnlose Frage fasziniert. Eine Antwort gibt es nicht. Robert Frosts Gedicht, ‚The Road not taken‘ hat die Situation ein für allemal formuliert.

Die Übergangsquote von der Grundschule aufs Gymnasium betrug in Hamburg damals allenfalls 10 %. Noch zu Beginn der 1960er-Jahre waren es etwa 15 %. Ein Blick auf heutige Verhältnisse macht deutlich, wie sehr sich die Verhältnisse verändert haben.

Außer mir hatten damals nur zwei Mitschüler, aber keine Mädchen, aus meiner Klasse den Übergang geschafft. Der eine, Carl Hoffmann, Sohn eines Straßenbahnfahrers, studierte später Alte Sprachen und Afrikanistik an der Universität Hamburg, was ihm im ‚Klassischen Seminar‘ den Beinamen ‚Hoffmann Africanus‘ eintrug. Der erwarb sich im Laufe seines akademischen Berufslebens bedeutende Verdienste als Sprachforscher und Erst-Autor von Grammatiken westafrikanischer Sprachen, die nie zuvor linguistisch fixiert worden waren. Er lehrte an der Universität Bayreuth.

Der andere gymnasiale Mitschüler, Robert Müller, war Sohn jüdischer Eltern. Sein Vater, Bühnenmaler in Wien, war wegen ausbleibender Aufträge nach Hamburg übersiedelt, wo er in der Fruchttallee 128 ein Spielwarengeschäft betrieb.

Robert und mich verband eine Art Spielfreundschaft, und zwar so lange, bis er auf die ‚Oberschule für Jungen in Eppendorf‘ überwechselte. Seine Großmutter betrieb in einer jener riesigen Wohnungen aus der Gründerzeit eine Pension. Ab November 1938, als sich die Lage jüdischer Mitbürger in ganz Deutschland dramatisch zuspitzte, war mein ehemaliger Mitschüler einer von denen, die mit einem umgehäng-

ten Pappschild nach England transportiert wurden, wo er von einer hilfsbereiten Familie aufgenommen wurde. Diese Familie praktizierte jene englische Tugend der ‚social and civic responsibility‘ aktiv, zusammen mit vielen anderen. Die Rettungsaktionen solcher englischer Familien werden ihrem Land für lange Zeit zur Ehre gereichen. Wer sagt heutzutage schon ‚für immer‘? Vergessene, aber hier fest gehaltene Wohltaten.

Ich wurde von einer ko-edukativen, fortschrittlichen und deshalb über Hamburgs Grenzen hinaus berühmten Grundschule, der Schule Telemannstraße, in die vergleichsweise kühle, unpersönliche Atmosphäre einer ‚Oberschule für Jungen‘ verpflanzt, einer Schule mit – für mich – zum Teil recht sonderbaren Vertretern ihres Lehrerstandes.

So hielt ich etliche Lehrer an der neuen Schule für Ärzte, jedenfalls zunächst. Das hatte zwei Gründe: Etliche von ihnen trugen weiße Kittel. Die boten Schutz vor Kreidestaub auf den damals üblichen korrekt-dreiteiligen Anzügen, in die sich Lehrer, insbesondere Gymnasiallehrer, vor achtzig Jahren und noch etliche Jahre danach kleideten. Da Mathematiker und Naturwissenschaftler in ihrem Unterricht mehr Kreide verbrauchten als ihre Kollegen von den anderen Fakultäten, waren die Weißbekittelten unter ihnen besonders häufig vertreten. Der zweite Grund für den kindlichen Irrtum: Zahlreiche der neuen Lehrer wurden mit „Herr Doktor“ angeredet. Nun war ein Doktor für mich Zehnjährigen ein Arzt. Andere, die den akademischen Titel als Teil ihres Namens führten, hatte ich nicht kennen gelernt. Plötzlich umgab mich eine Vielzahl von ihnen. Das nahm ich zur Kenntnis, stellte in dieser Hinsicht auch keine Fragen, musste jedoch erleben, dass ein schlichter Eimsbütteler Sextaner deutlich belehrt wurde. Hier das Beispiel: ‚Herr Grüner?‘ redete einer meiner Klassenkameraden unseren Englischlehrer an. Der Englischlehrer, aus dem Bayrischen Rosenheim stammend, krümmte seinen rechten Zeigefinger zwecks Heranwinkens des ‚Bua‘ (bayr. für ‚Junge‘), um wie folgt zu sprechen: Bua, merk bei! I bin net der Heizer Meier, Müller oder Schulze, I bin der DOKTOR Grüner!! Nun, das war eine nachhaltige Lektion!

Und so sah ich mich von ‚Doctores‘ umgeben, von Dr. Machleidt, unserem Klassenlehrer, deutsch-nationalem Freiheitskämpfer, bekennendem Christen, Regimekritiker und als solcher, zugleich als Wehrmachtangehöriger, möglicherweise in Riga ermordet – 1942, wie Robert Müllers jüdische Großmutter. Dann war da Dr. Madaus, promovierter Kunsterzieher, der versuchte, uns in kunstfeindlicher Zeit expressionistisches Malen beizubringen, uns andererseits belehrte, dass der Vorgang des Niesens ein Vorgang sei, den man nicht weiter zu besprechen habe. Diese Belehrung erfolgte, als wir auf das Niesen unseres Kunstlehrers ‚Gesundheit, Herr Doktor!‘ riefen. Nicht vergessen werden sollte Herr Dr. Jäger, der allzu gütige Biologielehrer. ‚Jungs, seid brav!‘ rief er uns zu, wenn wir unruhig-laut wurden. ‚Seid brav! Ich muss sonst einige von euch ins Klassenbuch eintragen!‘ – ‚Herr Doktor, das tun Sie ja doch nicht.‘ –

‚Nein!‘ Wussten wir die Güte dieses Menschen damals zu würdigen? Nein! Bei Dr. Bruno Schöneberg lernten wir Mathematik, aber wie! Der Mann machte sich später als Universitätsprofessor einen Namen. Dr. Minners, Dr. Langloff, Dr. Schwieker – die Reihe wäre fortzuführen.

Zu damaliger Zeit hatten 50–70 % eines gymnasialen Lehrerkollegiums den Dokortitel erworben. Frauen kamen in jenen Kollegien nicht oder kaum vor.“

Dass man als NS-kritischer Jugendlicher nicht allein durch diese Zeiten kam, zeigt eine andere, durchaus dramatische Episode, an die sich Gerhard Nöthlich erinnert:

„An einem dunklen Februarabend des Kriegsjahres 1942 bin ich allein in unserer geräumigen Mietwohnung in Hamburg-Eimsbüttel, Heußweg 12, Parterre links. Auf wiederholtes, anhaltendes Klingeln öffne ich die Wohnungstür und sehe mich, den damals 16jährigen Schüler, einem uniformierten Polizisten gegenüber, der mir formell eine schriftliche Vorladung überreicht. Ich hätte mich am folgenden Morgen um 8.00 Uhr im Stadthaus – da und dort – einzufinden. Warum, wozu – darüber ist in meiner Erinnerung nichts vorhanden. Aber einfinden muss ich mich. Da ist weder seitens meiner Eltern noch bei mir ein Zweifel. Ob es auf dem Vorladungsformular den Vermerk ‚Geheime Staatspolizei‘ gab, weiß ich heute auch nicht mehr.

Was ich aber wusste: Mein Schulfreund Günter aus der Sillemstraße war seit ein paar Wochen verschwunden. Unter welchen Umständen und warum und wo er sich befand und ob und wann wir wieder den gemeinsamen Weg zur Schule vom Heußweg, Ecke Tornquiststraße, über die Kreuzung Schulweg, durch die Tegethoff- oder die Von-der-Tannstraße bis zum ‚Kaifu‘ gehen würden – zu zweit, zu dritt, zu mehreren –, das wusste ich nicht. Ob und wann Günter wieder, wie seit Jahren, neben mir in einem Klassenraum der ‚Oberschule für Jungen in Eimsbüttel‘ sitzen würde, das wusste ich auch nicht.

Hing meine Vorladung mit dem Verschwinden meines Freundes zusammen? Natürlich musste ich im Sinne der Nazi-Ideologie ein belastetes Gewissen haben. Große Gruppen Eimsbütteler Oberschüler standen den Anforderungen, die der Hitlerstaat an sie stellte: ‚Du bist nichts, dein Volk ist alles!‘ distanziert und kritisch gegenüber. Die Einberufung zu Arbeits- und Militärdienst – sie würde wohl binnen Jahresfrist erfolgen – sahen wir ohne Begeisterung auf uns zukommen. Wir hatten selten mit unseren kritischen Meinungen hinter dem Berg gehalten. ‚Jungs, ihr eckt nochmal an!‘ hatte unser damaliger Klassenlehrer Dr. L. uns grimmig-besorgt zugerufen, als eben jener Günter aus der Sillemstraße auf die sicherlich behördlich angeordnete Frage: ‚Heute haben wir den 9. November – welche Bedeutung hat dieser Tag?‘ antwortete: ‚Meine Mutter hat Geburtstag!‘, was übrigens stimmte.

Wir trafen uns im Sommer im Freibad ‚Kaifu‘, spielten ‚unerwünschte‘ Schellackplatten auf Koffergrammophonen ab – Federwerk, das nudelnd aufzuziehen war,

kaliko-überzogener Holzkoffer, ‚laute‘, d. h. dicke Abspielnadeln, die den Rillen der kostbaren Platten schädlich waren. Und was hörten wir, liegend um den quäkenden Kasten geschart? Nicht den ‚Badenweiler Marsch‘, den Lieblingsmarsch ‚des Führers‘, auch nicht ‚Das blonde Käthchen‘, sondern ‚Weary Blues‘, ‚Tiger Rag‘, den Klassiker ‚St Louis Blues‘, Jazz-Orchester von Louis Armstrong über Nat Gonella bis zu Duke Ellington und manchen anderen. Die zählten zu unseren Favoriten, wie zwanzig Jahre später die ‚Beatles‘ oder die ‚Rolling Stones‘ bei der nachfolgenden Generation.

Schallplatten, zerbrechliche, kostbare Ware, wurden unter der Hand verkauft – musikalische Opposition, kurz: Innerhalb der Hamburg-Eimsbütteler Jugend gab es Strömungen, denen das Regime ein Ende bereiten wollte.

All das musste mir durch meinen Schülerkopf gegangen sein, als ich mich an jenem grauen Februarmorgen im Hamburger Stadthaus einfand. Nach damaliger Schülermode war ich provozierend zivil gekleidet, nicht wissend, mit wem ich es während der kommenden Stunden zu tun haben würde: Hut, Paletot, Handschuhe – nur der Regenschirm, Zeichen damaliger anglophiler Widerständigkeit, fehlte.

Mehrere Glaskastenvorstellungen waren zu passieren. Schließlich befand ich mich im Zimmer des verhörenden Kommissars, der mich sogleich mit ‚Nöthlich‘ anredete, mich, mit einem dicken Bleistift auf seinen Schreibtisch pochend, einschüchterte mit den Worten: ‚Nöthlich, wir haben genügend Material über dich, dass du bis Kriegsende in Fuhlsbüttel bleibst!‘

Was das bedeutete, konnte ich damals nicht wissen, wusste es aber bald danach. Damals machte mir die Drohung dennoch Angst – Angst, wie ich sie später, als Achtzehnjähriger ‚an der Ostfront‘ so nicht verspürt hatte.

Der Vormittag verging mit Fragen über Fragen und Antworten über Antworten. Meine Freunde? Wer waren sie? Was dachten sie? Was sagten sie? Welche Meinungen, welche Vorlieben hatten sie? Wer waren deren Freunde? Was denkst du, Nöthlich? Wo stehst du? Was tust du für den Führer, für dein heilig‘ Vaterland? Rückfragen, Querfragen Fangfragen ...

Mittagspause – auch für den verhörenden Kommissar. Ich werde – begleitet und bewacht – in einen Großraum geführt, wo Häftlinge in einheitlicher Kleidung mit den Gesichtern zur Wand, die Hände ebenfalls gegen die Wände erhoben, stehen, und wo mir irgendwer irgendwo einen Suppeneintopf als Mittagsmahlzeit zuschiebt – eine Szene, die mir noch mehr Angst macht. Mein Freund Günter erzählte mir später, er sei unter jenen gewesen, die gegen die Wand gestanden hatten, habe mich aus den Augenwinkeln gesehen und gedacht: ‚Jetzt haben sie auch Nöthlich geschnappt!‘ Hatte ich einer Inszenierung beiwohnen sollen? So viel Aufwand für einen Schüler der Obersekunda?

Mein Tag bei der Gestapo endete fast harmonisch und – für mich – ohne unmittelbare Folgen. Dass es mir gelungen war, im Laufe der Verhöre auf den bedeutenden

Coupletisten Otto Reutter aus den 1920er/1930er Jahren zu sprechen zu kommen, wundert mich bis heute. Ich erinnere, dass ich gegen Nachmittag jenes bedrückenden Tages eine Art Oberwasser gegenüber den mittlerweile mehreren verhörenden Herren zu spüren begann, dass ich nach 16.00 Uhr an deren Dienstschluss erinnerte und sie fragte, ob ihnen das Couplet ‚Der gewissenhafte Maurer‘ von Otto Reutter bekannt sei. Sie kannten es nicht, sollten es aber durch mich, den 16jährigen Oberschüler, kennen lernen.

Ich rezitierte also meinen Gestapoverhörern die köstlichen Zeilen über jenen Maurer, der außer einem Stein, der ‚immer derselbe‘ bleibt, einen ganzen Tag lang nichts bewegt, der Punkt vier Uhr nachmittags Feierabend macht, und erinnerte sie an ihren eigenen Feierabend. Gelächter, Heiterkeit. Nöthlich durfte gehen, nachdem er unter Drohungen zur absoluten Verschwiegenheit über die Vorgänge im Stadthaus verpflichtet worden war.

Kahle Korridore, Treppen, Glaskästen – dann trat ich ins Freie. Noch nie in meinem bis dahin noch nicht langen Leben, das ich zwei Jahre später für das Regime, das ich soeben ein wenig genauer kennen gelernt hatte, in die Schanze schlagen musste, – noch nie hatte ich das ‚Ins-Freie-Treten‘ empfunden wie an jenem Spätnachmittag im Februar 1942.

Ich fuhr mit der Straßenbahnlinie 33 bis Lappenbergsallee, Ecke Heußweg und war bald darauf zu Hause. ‚Zu Hause‘ – Welch schöne sprachliche Wendung!

Nicht lange darauf wird der ältere Bruder meines Freundes Günter, als Soldat an der Ostfront eingesetzt, getötet, so wie Millionen andere diesseits und jenseits der Kampflinien. Seine Mutter wird vorstellig bei der Hamburger Gestapo und fragt, ob ihr zweiter Sohn nun, da sie den ersten dem Vaterland geopfert habe, vielleicht aus der Haft entlassen werden könnte.

Günter kam frei. Seine Rückkehr ist mir unvergesslich. Er stand in demselben Hausflur, in dem mir, Monate zuvor, der uniformierte Polizist die Vorladung zum Verhör überreicht hatte. Er fiel meiner Mutter, die er verehrte, in die Arme, aber er sprach und erzählte nicht. Er weinte. Mein starker, sportlicher Freund weinte.

Fortan gingen wir wieder gemeinsam vom Heußweg, Ecke Tornquiststraße bis zum ‚Kaifu‘ und saßen nebeneinander auf der Schulbank. Einige unserer Lehrer reagierten auf die Rückkehr ihres – guten! – Schülers diskret und taktvoll. So jedenfalls empfand ich es nach meinen damaligen Beobachtungen, die ich zum Teil fotografisch genau erinnere. Welche Zwänge durch eine Diktatur, die sich bis in persönlich-menschliche Regungen auswirkte! Ein Lehrer fragt – flüsternd –, einen 16–17jährigen Schüler, wo er so lange gewesen sei, aber der Schüler antwortet ausweichend und für die Verfolger unangreifbar. Günter war sehr klug.

Etliche Jahre später, als die so genannten und mit einigem Recht kritischen ‚68er‘ große Worte führten und der vorangegangenen Generation die Nazidiktatur zum

Vorwurf machten, schwieg Günter meines Wissens über seine eigenen bitteren Erfahrungen mit einer Diktatur. Er war damals, wie auch ich, Schulleiter in Bergedorf-Lohbrügge, einem besonders kritischen Bezirk innerhalb der Hamburger Schullandschaft.

Ihm, der an der von ihm geleiteten Schule auf der Einhaltung schlichter und selbstverständlicher Ordnungsregeln bestand, bereiteten ahnungslos Verwirrte Schwierigkeiten ohne Ende. Er, der einst ein freies Wort geführt hatte, der dafür als junger Mensch den Knüppel der Diktatur erfahren hatte, sollte sich jetzt fragen und sagen lassen, was er zwischen 1933 und 1945 falsch gemacht hatte.

Günter schwieg. Er biederte sich nicht an. Die Haltung, die dahinter stand, achte ich. Ein wenig Stolz war wohl auf seiner Seite im Spiel. Ich habe diese Haltung stets respektiert. Schulisch waren er und ich für ein paar Jahre benachbart, er in der Korachstraße, ich am Binnenfeldredder – so, wie wir als Jungen von der Sillemstraße und vom Heußweg sieben Jahre lang zum ‚Kaifu‘ gingen, so konnten wir uns ein paar Jahre lang über den Zaun ‚Guten Morgen‘ wünschen.“

Ich schrieb Gerhard Nöthlich zu seinem „Intermezzo bei der Gestapo“:

„Vielen Dank für Ihren ‚Intermezzotext‘. Er hat mich schon sehr bewegt, zeigt er doch die Gefahren für ‚nicht Angepasste‘, bei Ihnen am Ende noch einigermaßen ‚glimpflich‘ ausgegangen, bei Günter offenbar einschneidend für die Persönlichkeitsentwicklung. Ich lese es so, dass er die Androhung der Gestapo, zu schweigen darüber, was sich im Stadthaus abgespielt hat, durch sein Leben getragen hat, mit dem Ergebnis, dass er auch später nicht über diese Zeit reden konnte und möglicherweise auch in der Leitungsfunktion seine Haltung, Entscheidungen, Prinzipien nicht kommunizieren konnte. Vielleicht zu viel interpretiert. Ich weiß natürlich auch, wie unerbittlich die ‚68er‘ sein konnten. Da beziehe ich mich durchaus mit ein. Aber misslungene Kommunikation hat ja in der Regel immer zwei Seiten.“

Es waren andere Zeiten, jenseits aller ideologischen Vorzeichen. Wie wichtig und prägend Lehrer sein können, zeigt das Beispiel des Klassenlehrers von Gerhard Nöthlich an der reformpädagogisch orientierten Versuchsschule Telemannstraße:

„Unserer Mutter, Irma Nöthlich, geb. Paetzold, war es gelungen, sowohl meine Schwester Maren (geb. 1921) als auch mich (geb. 1925) in der Grundschule Telemannstraße 10 in Hamburg-Eimsbüttel einzuschulen. Das war durchaus keine Selbstverständlichkeit, denn für unseren Wohnsitz am Heußweg, Ecke Tornquiststraße, hätten damals – 1928 bzw. 1932 – auch die Schulen Grundstraße oder Schwenckestraße in Frage kommen können.

Irma Nöthlich aber waren die reformpädagogischen Bestrebungen an der Schule Telemannstraße bekannt geworden, und da ihr als Absolventin des Hamburger Fröbel-

seminars an der Ausbildung und Förderung ihrer Kinder in einem damals modernen Sinne stark gelegen war, wurde zunächst meine Schwester, später auch ich Schüler/in einer Schule, an der Mädchen lernten, mit Hammer, Säge und Stecheisen umzugehen und Jungen mit Weberei, Kreuz- und Hexenstich vertraut gemacht wurden.

Koedukation – wo gab es denn die im Deutschland jener Jahrzehnte? Auf jeden Fall an der Schule Telemannstraße 10 in Hamburg 19. An einer Schule, wo dergleichen stattfindet, finden sich entsprechende Lehrkräfte. Wie sollte ich sie nicht erinnern, die Hagener, Hildebrand, Beling, Matthewes und – Rothenberg? Sie und das besondere Konzept der Schule haben, zusammen mit anderen Persönlichkeiten und Einrichtungen den Ruf des hamburgischen Schulwesens deutschlandweit verbreitet. Das änderte sich mit dem Jahre 1933 und hat seitdem den Höhepunkt der 1920er und frühen 1930er Jahre nie wieder erreicht.



Dietrich Rothenberg

Ich sehe mich in einem Klassenraum jener Schule. Meine Mutter führt ein Gespräch mit Herrn Rothenberg, Dietrich Rothenberg, der bald mein erster Klassenlehrer sein sollte. ‚Sie sind aber kein Norddeutscher, nicht wahr, Herr Rothenberg?‘, fragt meine Mutter. ‚Berliner, wat?‘, werfe ich kiebzig ein. Dietrich Rothenberg schüttelt sich vor Lachen über eine solche Bemerkung eines Sechsjährigen. Ich möchte mit der Erwähnung dieses Vorfalles weniger mich selbst als vor allem Dietrich Rothenberg charakterisieren, der, wie ich meine, in Sachsen studiert hatte.

Der blieb seinem befreienden Lachen für das eine Jahr treu, in dem er mein Klassenlehrer war. Meine Reaktionen auf Menschen meiner frühen Umgebung habe ich in sehr klarer Erinnerung. Sie reichten von Scheu und Ablehnung bis zum unbedingten Vertrauen – ein übliches Verhalten von Kindern. Dietrich Rothenberg zählte zu denen, die nicht nur mir, sondern den meisten meiner Mitschüler/innen das Gefühl menschlicher Wärme und Nähe vermittelten. ‚Ich bin euer Lehrer, und ihr sollt bei mir etwas lernen, aber ihr sollt es auch gut haben.‘ Realistisch-rückblickend sage ich, dass eine solche Botschaft von Dietrich Rothenberg an seine Erstklässler ausging. Man fühlte sich – ich fühlte mich – einfach wohl in der Gegenwart und Obhut dieses gut aussehenden, noch jungen Mannes, dessen lebhaftes Mienenspiel eher zu dem oben erwähnten Lachen als zum stirnrunzelnden Ernst neigte.

Wir lernten bei ihm, was alle Schulanfänger lernen: Lesen, Schreiben, Rechnen. Das (mir) unvergessene Lesewerk ‚Klein Heini – die Geschichte eines Großstadtjungen‘ bereicherte – vorgelesen, später selbst gelesen – den heimatkundlichen Unterricht. Das versunkene Wort ‚heimatkundlich‘ wird wohl auch von heutigen Lesern verstanden.

Was im ersten Schuljahr selten stattfindet – Dietrich Rothenberg veranstaltete sie –, nämlich eine Klassenreise. Ihr Ziel: Neugraben, genauer: das dort zum großen Teil unter Mithilfe Eimsbütteler Eltern errichtete Freizeitheim, das in Teilen noch heute besteht und das damals eine Art ländliche Dependence der Schule Telemannstraße war. Neugraben war damals noch ländlich.

Wir zogen mit unserem Lehrer durch Dick und Dünn, d.h. er zog mit uns: in die Fischbeker Heide, auf den Schein-, den Falken- und den Opferberg, damals noch ganz unbebaute Gegenden. Wenn es regnete, verbreitete Herr Rothenberg gute Laune, indem er, um den sich beim Wandern etliche Mädchen und Knirpse scharten, simple Verse improvisierte und sie nach einer gleichfalls simplen Melodie sang:

„Gisela, mit roter Mütze,
isst sehr gerne rote Grütze.“

Auf diese Weise wurden fast alle Mitwandernden bedacht, und der Regen spielte eine ganz untergeordnete Rolle. Jener Vers ist mir tatsächlich 86 Jahre lang in Erinnerung geblieben, vor allem aber jener Mann, der ihn sang, und mit ihm manches andere: der Übergang von der Druck- zur Schreibschrift, das Erzähltalent des Dietrich Rothenberg, sein souveräner Umgang mit der ‚Hansa Fibel‘, sein stets freundlicher Umgang mit kleinen Heranwachsenden.

Ein Jahr lang erlebte ich diesen besonderen Lehrer, bis – ja bis etwas anderes an die Schule kam, das sich mir folgendermaßen darstellte:

Da gab es einen neuen Klassenlehrer, den flachsblonden Herrn Kiehn, da wehten Fahnen, da mussten wir Schüler, obwohl noch klein, uns in Reih und Glied auf dem Hof aufstellen, da trat ein braun uniformierter Mann mit einer runden, schmal beschirmten Mütze und wehendem Cape vor die Versammlung. Mir ist der Ausruf eines Eimsbütteler Mitschülers im Ohr: ‚Pauell!! Der neue Schulleiter!‘ Wer war ‚der Neue‘? Fritz Bülow? Jungenitz? Die Akten geben Auskunft. Sie geben nicht Auskunft über die Veränderungen, welche die Schule erfuhr. Sie geben wohl kaum Auskunft über die Initiativen der Schülereltern, darunter auch meine, die sich für den Verbleib Herrn Rothenbergs an der Schule einsetzten. Die Elternschaft jener Schule war es gewohnt, Mitsprache zu üben und Mitarbeit zu praktizieren.

Herr Rothenberg verschwand und mit ihm manch anderer Lehrer, manch andere Lehrerin. Was mir damals natürlich noch nicht, meinen Eltern schon eher, bald nach 1933 der kritischen Elternschaft meiner ‚ersten Schule‘ klar wurde: Die Säuberungsaktionen der Nazis gegen sozialdemokratische Lehrerschaften hatten begonnen. Insbesondere die Schule Telemannstraße 10 war im Visier der neuen Machthaber, und Dietrich Rothenberg verschwand, für uns Eimsbütteler damals unauffindbar, in der

Ferne. War er ‚Kommunist‘? Das war ein zur Nazizeit zum Schimpfwort manipuliertes Ausdrucksmittel. Mag sein, er war’s. Vor allem aber war er ein herausragender, unvergessener Lehrer, und wenn ich seinerzeit hätte wählen können und dürfen zwischen einem Mann in SA-Uniform (mit wehendem Cape) und einem ‚Kommunisten‘ Dietrich Rothenberg – ich hätte Letzteren gewählt.“

Die Akten können nicht alle Fragen beantworten, wohl aber, dass Johannes Jungnitz 1933 von der Hansaschule in Bergedorf an die ‚rote‘ Schule Telemannstraße als Schulleiter versetzt worden war, mit dem Ziel, auch in Eimsbüttel für nationalsozialistischen Geist zu sorgen. Als der „Spuk“ 1945 vorüber war, bescheinigten ihm die an der Schule verbliebenen demokratischen Lehrer, Cesar Hagener, Carl Schietzel, Herbert Wiencken und auch der nunmehr als Landesschulrat fungierende Ernst Matthes, der auch bis 1936 an der Telemannstraße tätig gewesen war, dass Jungnitz sich ihnen gegenüber vergleichsweise anständig verhalten hatte, was ihm im Entnazifizierungsverfahren nützte. Dietrich Rothenberg war versetzt worden an die Schule Hübbesweg 9, die von Hartwig Fiege geleitet wurde. Rothenberg war Mitglied der „Interessengemeinschaft Oppositioneller Lehrer“ (IOL) gewesen, die auf der außerordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft der Freunde am 27. April 1933 im Curio-Haus die Gleichschaltung durch die Nationalsozialisten nicht diskussionslos hinnehmen wollten. Ein anderer Lehrerkollege der Schule Telemannstraße, Rudolf Klug, hatte den Antrag auf Aussprache gestellt, der gegen sieben Stimmen abgelehnt worden war, unter ihnen die Stimme von Dietrich Rothenberg. Rudolf Klug wurde später mehrfach verhaftet und am 28.3.1944 als Mitglied einer antifaschistischen Widerstandsgruppe hingerichtet. Alle anderen Mitglieder der IOL waren Gestapo-verhören ausgesetzt gewesen.

Ich hatte Gerhard Nöthlich motiviert, über seinen Lehrer Dietrich Rothenberg zu schreiben, weil ich Rothenberg 1982 selbst kennengelernt hatte, als wir in der Hamburger Lehrerzeitung (HLZ) eine Serie: „Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz“ starteten und Dietrich Rothenberg dafür einige Beiträge schrieb. Ich porträtierte ihn und war ihm seitdem freundschaftlich sehr verbunden. So schließen sich manchmal Kreise.

Gerhard Nöthlich, geb. 28. Juni 1925; im Anschluss an das Studium (Anglistik, Germanistik, Philosophie) Lehrertätigkeit im In- und Ausland; Schulleiter, ab 1974 Schulaufsichtsbeamter im Gymnasialbereich in Hamburg.

Dieser zweite Band vervollständigt das Bild von den Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz. Er setzt fort, was ich 2016 mit den „Täterprofilen“ begonnen habe. Er untersucht die Frage, wie es dazu kommen konnte, dass eine Hochburg der Reformpädagogik nationalsozialistisch werden konnte. Ziel bleibt es, zu verstehen und nachzuzeichnen, was die jeweiligen Repräsentanten des Hamburger Schulwesens in den zwölf Jahren des „tausendjährigen Reiches“ gemacht hatten, wie ihre Karrieren verliefen und wie sie sich nach 1945 erklärten, verteidigten, herausredeten. Die Ausweitung liegt darin, dass in diesem Band auch Personen porträtiert werden, die eine NS-Vergangenheit hatten, in dieser Zeit aber nicht im Hamburger Schuldienst gewesen waren. Sie sind nach 1945 in Hamburg eingestellt worden und haben im Hamburger Schulwesen eine zum Teil bedeutende Rolle gespielt. Darüber hinaus werden Systematiken und Kontinuitäten deutlich, insbesondere dadurch, dass viel mehr Schulleiter in ihrer Entwicklung beschrieben werden, als im ersten Band. Somit gibt es auch noch mehr Informationen und Einsichten über die Geschichte der Schulen im Nationalsozialismus, die von diesen Personen geleitet wurden.

In diesem Buch verzichte ich darauf, noch einmal die Personalpolitik der NS-Verantwortlichen zu beschreiben und auf die Geschichte der Entnazifizierung in Hamburg einzugehen. Beides kann im ersten Band nachgelesen werden.

Auch dieses Buch ist wieder ein „lexikalisches Werk“. Die Rückmeldungen zu Band 1 besagen, dass viele Leser das Buch nicht unbedingt systematisch lesen, sondern kapitelweise, je nachdem, bei welchen Personen oder Themen Bezugspunkte gefunden werden, persönliches Interesse geweckt ist. Darum beginnt jede Biografie mit einer kurzen Einführung, knappen Hinweisen dazu, welche Funktion und welche Bedeutung im Hamburger Schulwesen die jeweilige Person hatte. Deswegen wird es auch wiederholte Beschreibungen und Querbezüge geben, wenn die Porträtierten auf ähnlichen oder denselben Feldern agiert hatten.

Zur Reihenfolge der Biografien: Beginnen werde ich mit **Oscar Toepffer**, Jurist, langjähriger Leiter des Personalamtes, Berater von Bürgermeister Carl Vincent Krogmann und NSDAP-Gauleiter Karl Kaufmann. Oscar Toepffer war Berufsbeamter und trat erst 1937 in die NSDAP ein. Er wurde Senator und Beigeordneter des Hamburger Senates, eine Zeitlang auch für den Schulbereich zuständig, zog dann als Offizier in den Krieg und spielte nach 1945 in den Entnazifizierungsverfahren eine besondere Rolle,

nachdem er nicht wieder in den Staatsdienst zurückkehrte und als Rechtsanwalt viele ehemalige Nationalsozialisten verteidigte und dazu beitrug, dass diese Pensionen bekamen, die ihren Ämtern in der NS-Zeit entsprachen. Besonders aufschlussreich ist der Briefwechsel von Oscar Toepffer mit seiner Frau Gretchen während des Krieges, den ich lesen und auswerten konnte. Darin wird deutlich, wie Oscar Toepffer und seine Frau zum nationalsozialistischen Staat und zur Entwicklung in Deutschland während der NS-Zeit standen. Ein Dokument, repräsentativ wohl für einen großen Teil deutscher Ehepaare in dieser Zeit.



Der neue Senat vom 8. März 1933: Karl Witt (stehend, 3.v.l.). Später waren auch Wilhelm von Allwörden (sitzend, 2.v.l.) und Friedrich Offerding (stehend, 2.v.r.) für das Bildungswesen verantwortlich, sowie Oscar Toepffer und Ernst Schrewe, die nicht abgebildet sind.

Dann wird die Karriere von **Prof. Ernst Schrewe** nachgezeichnet, dem letzten Leiter der Schulverwaltung bis 1945, nachdem der Präsident der Landesunterrichtsbehörde, Karl Witt¹, sich als Offizier zum Kriegsdienst meldete, Landesschulrat Willi Schulz² erkrankte und der skrupellose Albert Henze³ ausgewechselt worden war. Schrewe hatte das Vertrauen von Reichsstatthalter und Gauleiter Karl Kaufmann und den Auftrag, das Schulwesen in schwierigen Zeiten ruhig und geordnet zu leiten. An seiner Seite war der Justiziar **Hasso von Wedel**, der mit einer schweren Kriegsverlet-

zung nach Hamburg zurückgekehrt war. Beide waren involviert in den Fall der Lehrerin Yvonne Mewes, die sich weigerte, Dienst in der Kinderlandverschickung zu leisten. An Yvonne Mewes wurde ein Exempel statuiert, Hasso von Wedel sah in der Haltung von Yvonne Mewes eine Befehlsverweigerung, die Fahnenflucht einer Zivilistin, die geahndet werden musste. Nachdem von Wedel die Lehrerin der Gestapo überstellt hatte, war deren Ende besiegelt. Sie kam kurze Zeit später im KZ Ravensbrück zu Tode. Ernst Schrewe hatte das Schreiben an die Gestapo unterzeichnet, ohne es noch einmal zu lesen, wie er später zu Protokoll gab. Dieser Fall wird in beiden Biografien detailliert untersucht. Beide Beamten mussten sich deswegen in den 1950er-Jahren vor Gericht verantworten und wurden auch dienstrechtlich bestraft. Eine besondere Rolle im Fall Mewes spielte auch deren Schulleiter **Hans Lüthje**, dessen Dienstbeurteilung von Yvonne Mewes verhängnisvoll war. Nichtsdestotrotz wurde Lüthje nach 1945 wieder als Schulleiter eingesetzt am Emilie-Wüstenfeld-Gymnasium.

Im Weiteren werden alle Oberschulräte und Schulräte der Schulverwaltung während der NS-Zeit porträtiert, deren Biografie nicht schon im ersten Band dargestellt wurde. Symptomatisch sind die verantwortlichen Oberschulräte für den Bereich der höheren Schulen, **Prof. Wolfgang Meyer** und für den Bereich der beruflichen Schulen, **Prof. Udo Lohse**. Beide hatten diese Funktionen über lange Jahre der Weimarer Republik inne und blieben in völliger Übereinstimmung mit den neuen Machthabern 1933 in ihren Ämtern. Wolfgang Meyer, der 1933 mit 66 Jahren pensioniert werden sollte, bot der NS-Schulverwaltung seine Dienste an und arbeitete als kommissarischer Landesschulrat den neuen Schulsenator Karl Witt in sein Amt ein. Und auch Udo Lohse, deutsch-völkisch orientiert, förderndes Mitglied der SS, gestaltete bereitwillig den Übergang in ein nationalsozialistisch organisiertes Schulwesen. Beide zeigen, dass das Hamburger Schulwesen keineswegs in allen Bereichen in der Weimarer Republik reformpädagogisch organisiert war.

Die Schulräte im Volksschulbereich, Ernst Preuße, Hugo Millahn, Dietrich Ossenberg, Karl Himstedt und Johannes Böckenhauer waren überzeugte Nationalsozialisten. Interessant ist, wie unterschiedlich sie sich in ihren Entnazifizierungsverfahren äußerten. Johannes Böckenhauer hatte eine besondere Lebensgeschichte und einen tragischen, tödlichen Unfall, als er versuchte, auf eine fahrende Straßenbahn aufzuspringen.

Dann wird die Biografie von **Hans Reimers** dargestellt, der nach 1945 von Schulsenator Heinrich Landahl als persönlicher Referent mit ausgezeichneten englischen Sprachkenntnissen in die Behörde geholt wurde, wohl um die Verhandlungen mit der britischen Militärregierung zu führen. Reimers' Karrieresprung ist erstaunlich, hatte er doch eine deutliche NS-Belastung, wie in seiner Biografie dargestellt wird. Er löste den 1951 plötzlich verstorbenen Oberschulrat Heinrich Schröder⁴ als Verantwortlichen

für den Bereich der höheren Schulen ab. Auch das markierte einen Wendepunkt im Hamburger Schulwesen. Schröder, ein unbestechliche Sozialdemokrat, hatte mit seinen Detailkenntnissen über Personen im Hamburger Schulwesen im Bereich der höheren Schulen während der NS-Zeit bei den Entnazifizierungsverfahren eine entscheidende Rolle gespielt. Reimers hingegen passte in die Zeit der politischen und juristischen Veränderung in der Bundesrepublik der 1950er-Jahre und trug dazu bei, dass viele NS-Belastete wieder in den Hamburger Schuldienst zurückkehrten oder aus anderen Bundesländern nach Hamburg kamen. Hans Reimers spielte in den weiteren Jahren eine bedeutende und geachtete Rolle nicht nur in der Hamburger Schulverwaltung sondern auch als Vertreter Hamburgs auf der Ebene der Kultusministerkonferenz (KMK).

Bedeutsam ist auch die Biografie von **Prof. Hans Wenke**. Wenke wurde in der Zeit des Hamburg-Blocks Schulsenator in Hamburg. Eine wesentliche Aufgabe war dabei die Rückentwicklung der sechsjährigen Grundschule, die sein Vorgänger, Heinrich Landahl, auf den Weg gebracht hatte. Nachdem der Hamburg-Block die nächste Wahl wieder verlor und Heinrich Landahl erneut Schulsenator wurde, wechselte Hans Wenke an die Universität Hamburg und arbeitete als Erziehungswissenschaftler. In dieser Zeit geriet er in die Mühlen der antiautoritären Studentenbewegung. Veröffentlichungen von Hans Wenke in der NS-Zeit wurden bekannt, SDS-Studenten konfrontierten ihn damit. Am Ende ließ Wenke sich resigniert pensionieren. Seine Geschichte wird hier aufgearbeitet, einige Veröffentlichungen von Hans Wenke aus der NS-Zeit sind erst in den letzten Jahren erfasst worden. Unbekannt war bisher, wie es Wenke überhaupt gelang, einer Entnazifizierung zu entgehen und nach Hamburg berufen zu werden. Das habe ich mithilfe von Unterlagen in seiner Personalakte in Hamburg und an der Universität Erlangen rekonstruieren können.

Zu den Fällen von Personen, die eine starke NS-Belastung haben und die erst in den 1950er-Jahren nach Hamburg kamen, gehören auch die Schulleiter **Prof. Franz Bömer**, Gerhard Schumacher und Ingrid Möller, sowie Max Klüver.

Franz Bömer wurde 1955 in Hamburg Schulleiter am Wilhelm-Gymnasium. Bömer war seit 1933 SA-Mitglied gewesen, ebenso in der NSDAP, hatte sich beim SS-Obergruppenführer Werner Best angebedert, bekam als Altphilologe im November 1944 eine Professur an der Universität Bonn und hatte folglich große Schwierigkeiten, nach 1945 entnazifiziert zu werden. Erstaunlich, warum er 1955 nach Hamburg als Schulleiter berufen wurde.

Gerhard Schumacher war weit weniger belastet als Franz Bömer, 1933 aber ebenfalls als Student SA-Mann in Greifswald geworden, später in die NSDAP eingetreten. Schumacher, der als Studienrat kurze Zeit in Stettin gearbeitet hatte und dann während des Kriegsdienstes als Meteorologe eingesetzt war, hatte nach der

Kriegsgefangenschaft ebenfalls Probleme, entnazifiziert zu werden. Er arbeitete einige Jahre im Landschulheim Marienau und wurde 1952 in den Hamburger Schuldienst eingestellt. Schon nach drei Jahren erhielt er den Auftrag, Gründungsdirektor des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums in Harburg zu werden. Auffällig ist, dass die Einsetzung sowohl von Franz Bömer als auch von Gerhard Schumacher in der Zeit des Hamburg-Blocks vollzogen wurde, mit einem Schulsenator Hans Wenke und einem Personalreferenten Hans Reimers.

In diese Reihe passt auch **Max Klüver**, der, in Hamburg geboren, ein Studium für das höhere Lehramt absolvierte und als HJ-Führer in der NS-Zeit jegliche Förderung der Hamburger Schulverwaltung genoss. Er wurde an eine HJ-Führerschule in Dithmarschen abgeordnet unter Anrechnung dieser Zeit auf das Referendariat. Anschließend leitete er die Adolf Hitler-Schule in Sonthofen und war dort für die Ausbildung der Lehrpersonals zuständig. Während des Krieges wurde er Major und mit dem Ritterkreuz dekoriert, erhielt zur Belohnung die Beförderung zum Oberstudienrat, ohne in Hamburg unterrichtet zu haben. Den Befähigungsbericht konstruierte Oberschulrat Karl Züge aus der Erinnerung. Er hatte Max Klüver als Schüler und HJ-Aktivisten der Oberrealschule in der Bogenstraße noch vor Augen, dessen Schulleiter Züge damals war. Max Klüver wurde 1953 von Oberschulrat Reimers in Hamburg eingestellt und arbeitete einige Jahre am Abendgymnasium St. Georg. Parallel studierte er wieder, promovierte, ließ sich vorzeitig pensionieren und schrieb danach mehrere geschichtsrevisionistische Bücher in rechtsradikalen Verlagen.

Ein anderer Fall ist **Ingrid Möller**, die in Hamburg geboren wurde und zur Schule ging, anschließend studierte und danach nicht in die Schule, sondern als Funktionärin zum BDM ging. Auch sie bekam 1945 Schwierigkeiten mit der Entnazifizierung, gelangte dann 1950 in den Hamburger Schuldienst und war schon 1957 Schulleiterin in Hamburg. Alles Biografien, die zeigen, dass bezweifelt werden kann, ob es eine tatsächliche Entnazifizierung in Hamburg gegeben hat, wengleich einzuräumen ist, dass es nicht nur in Hamburg einen akuten Lehrermangel gegeben hatte, nachdem so viele Pädagoginnen und Pädagogen im Krieg gefallen, ermordet oder nach den Bombenangriffen gestorben waren.

Untersucht werden auch die Biografien von einigen Verantwortlichen im Hamburger NSLB. So die Sonderpädagogen **Adolf Lambeck** und **Herbert Manig**, beide als Schulleiter in der NS-Zeit, mit Funktionen im NSLB. Adolf Lambeck verfasste kompromittierende Artikel und wurde trotz alledem nach 1945 wieder Schulleiter einer Sonderschule.

Eine glänzende Karriere in der NS-Zeit gelang **Wilhelm Arp**. Er war im NSLB Hamburg Gauhauptstellenleiter Erziehung, Referent in der Schulverwaltung, mit 36 Jahren Professor in der Lehrerausbildung. Arp war einer der Chefideologen im Ham-

burger Schulwesen. Er starb mit 38 Jahren nach kurzem Kriegseinsatz für „Führer, Volk und Vaterland“.

Dann werden die NSLB-Funktionäre **Hellmuth Dahms**, der für die Schulungslager zuständig war, **Herbert Bieber**, verantwortlich für die Naturwissenschaften und **Wilhelm Bernhardt**, der Schulleiter einer Gewerbeschule war und, parallel dazu, als Geschäftsführer für das Curio-Haus fungierte, porträtiert.

Darüberhinaus beschreibe ich die Funktionäre des NSLB, die sich als „alte Kämpfer“ gerierten, die bei der Machtübertragung an die Nationalsozialisten schon in ihren NSLB-Funktionen waren und einen erbitterten Kampf gegen den neuen Gauleiter des NSLB und Landesschulrat Willi Schulz, seinen Stellvertreter Albert Mansfeld⁵ und den für das Curio-Haus Verantwortlichen Kurt Holm⁶ führten, denen sie unterstellten, nicht hart genug zu sein, nicht radikal genug, zu viel Nachsicht mit dem alten „marxistisch verseuchten Genitivverein“ zu haben, wie die „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ genannt wurde. Sie kritisierten auch, dass es noch jüdische Mieter im Curio-Haus gab und dass jüdische Firmen in der „Hamburger Lehrerzeitung“ inserieren konnten. Sie zogen mit ihren Anschuldigungen vor das Parteigericht und repräsentieren diejenigen, auf die man jeweils zeigte, wenn es darum ging, zu belegen, dass es „Schlimmere“ gegeben hätte. Es handelt sich um **Heinrich Hehn**, **Erwin Gottsleben** und **Guido Höller**.

Dann gibt es eine lange Reihe von Schulleitern aus der NS-Zeit über ganz Hamburg erstreckt, aller Schulformen, die, wenn sie nicht zu alt waren, nach 1945 wieder in den Schuldienst eingestellt wurden. Unter ihnen sind auch Personen, die nach 1945 erst Schulleiter wurden, wie **Reinhold Bierwirth** an der Schule Seilerstraße oder der stellvertretende Schulleiter am Bismarck-Gymnasium, **Paul Löden**, sowie **Emma Lange**, die von den Nationalsozialisten 1933 als Schulleiterin der Schule Schanzenstraße 105 abgesetzt wurde, während des Krieges wieder erneut berufen wurde, als ihre Nachfolgerin in den Kriegsdienst eingezogen worden waren. Emma Lange galt nach 1945 als sozial eingestellte unpolitische Frau, obwohl sie in der NS-Zeit Gauverantwortliche für Mädchenerziehung im NSLB gewesen war. Nach dem Krieg blieb sie Schulleiterin an ihrer Schule.

Dann gibt es noch die Biografie von **August Hagemann**, während der NS-Zeit in der Lehrerfortbildung verantwortlich für Rassefragen. Nachdem er sich 1945 in seinen Heimatort zurückgezogen und dort im Bergwerk gearbeitet hatte, kam er 1948 nach Hamburg zurück, wurde als Gymnasiallehrer in den Schuldienst eingestellt und war schon 1953 wieder in der Funktion des stellvertretenden Schulleiters am Caspar-Vogt-Gymnasium.

Sonderfälle sind der Psychologe **Hans-Paul Roloff**, der lange Zeit am Psychologischen Institut Assistent von Prof. William Stern gewesen war, der, nachdem sich seine Hoffnungen nicht erfüllten, eine feste Stelle an der Universität zu bekommen, in denunziatorischer Weise gegen William Stern und dessen andere Assistentin, Martha Muchow, tätig wurde, später in den Schuldienst an die Hansaschule in Bergedorf wechselte und dort stellvertretender Schulleiter wurde. Oder einer der Hoffnungsträger der Nationalsozialisten im Hamburger Schulwesen, der HJ-Funktionär **Wolfgang Jünemann**. Jünemann, der auch als Lyriker hervortrat und mit dem Oberschulrat für die höheren Schulen in der NS-Zeit, Walter Behne⁷, sowie anderen Schulleitern Deutschbücher für den Unterricht an höheren Schulen herausgab, war für manche Leitungsfunktionen vorgesehen und kurz vor Ende des Krieges eingesetzt. Für ihn ging das „tausendjährige Reich“ zu früh zu Ende. Nach dem Krieg wurde er als Lehrer wieder eingestellt und, wie so mancher, sogar wieder befördert, in diesem Fall zum Oberstudienrat.

Es bleibt am Ende die umfangreiche Biografie des Psychologen **Prof. Peter R. Hofstätter**, der seit Ende 1959 in Hamburg lehrte. Hofstätters Seminare und Publikationen sind in den 1960er- und 1970er-Jahren von zahllosen Hamburger Lehrerstudentinnen und -studenten besucht und gelesen worden. Gerüchteweise wurde damals kolportiert, dass Hofstätter eine NS-Vergangenheit und im Krieg als Wehrpsychologe gearbeitet hatte. Öffentliche Aufmerksamkeit erreichte er, als er 1963 in „ZEIT“-Artikeln forderte, unter die Vergangenheitsbewältigung einen Schlussstrich zu ziehen und NS-Täter zu amnestieren. In einer öffentlichen Veranstaltung an der Universität Hamburg macht er dazu zumindest missdeutbare Aussagen, die alles noch verschlimmerten und eine heftige Debatte auslösten. Hofstätter gab Interviews für die „Nationalzeitung“ des Verlegers Gerhard Frey und den „SPIEGEL“. Als bei der Einführung des neuen Rektors der Universität Hamburg im Audimax 1967 zwei Studenten mit einem Transparent „Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren“ die Professoren provozierten und der Hochschullehrer Prof. Spuler sich hinreißen ließ, ihnen zuzurufen: „Ihr gehört alle ins KZ“, machte Peter Hofstätter zum Schutze des Kollegen eine Falschaussage. Die antiautoritäre Studentenbewegung beschäftigte sich mit ihm und der SDS nahm ihn und seine Veranstaltungen aufs Korn. Ich habe Hofstätters Lebensgeschichte und seine NS-Vergangenheit aufgearbeitet. Wobei die Frage bleibt, ob Hofstätter überzeugter Nationalsozialist war oder lediglich ein selbstverliebter Egomane, der in der NS-Zeit alles dafür tat, eine akademische Karriere zu realisieren.

An den Anfang der Biografien habe ich die Lebensgeschichte von **Walter Bärsch** gesetzt. Immer davon überzeugt, das nur die Nachgeborenen mit ihrem Abstand zum Nationalsozialismus eine solche Arbeit leisten können, wurde ich eines

Besseren belehrt und schwer erschüttert. Walter Bärsch, den ich persönlich gut zu kennen glaubte und dem ich in den 1980er- und 1990er-Jahren im Hamburger Bildungsbereich und innerhalb der GEW mehrfach begegnet bin, der so etwas wie eine moralische Instanz innerhalb des Hamburger Schulwesens und der GEW auch auf Bundesebene gewesen war, hatte offenbar in wesentlichen Punkten eine eigene Geschichte seines Lebens konstruiert, die mit der Realität nicht kongruent war. Bodo Schümann hatte als erster aufgedeckt, dass Walter Bärsch entgegen eigener Behauptung eine deutliche NS-Verstrickung hatte, sowohl Mitglied der NSDAP gewesen war, Parteitagsdelegierter und SS-Untersturmführer. Meine Recherchen bestätigten dies und am Ende blieb nichts anderes, als diese Biografie auf der Grundlage von Unterlagen in verschiedenen Archiven mit der von ihm selbst produzierten Legende zu konfrontieren. Eine zutiefst verstörende Arbeit.

Zu guter Letzt wird hier ein ausführliches **Gespräch** wiedergegeben, das Reiner Lehberger und ich 1986 mit **Hermann Lange**, dem Hamburger GEW-Vorsitzenden von 1948 bis 1951 führten. Dieser Text ist bisher niemals veröffentlicht worden. Wir hatten das Gespräch damals geführt mit dem Ziel, daraus ein Interview für die „Hamburger Lehrerzeitung“ zu machen. Das Format der HLZ eignete sich dafür nicht, da die dargestellten Zusammenhänge einfach zu umfangreich waren. Die Erinnerungen von Hermann Lange sind für diejenigen von großem Wert, die sich mit der Hamburger Schulgeschichte und ihren Akteuren auskennen. Lange repräsentierte 1948 die Generation junger, aufstrebender, sozialistisch denkender SPD-Mitglieder, die nach der Depression der NS-Jahre an den guten Traditionen der reformpädagogischen Zeit in Hamburg anknüpfen wollten.

Anmerkungen

- 1 Siehe die Biografie Karl Witt, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz, Bd. 1, Hamburg 2016, S. 88ff.
- 2 Siehe die Biografie Willi Schulz, in: de Lorent 2016, S. 99ff.
- 3 Siehe die Biografie Albert Henze, in: de Lorent 2016, S. 162ff.
- 4 Die unvollendete Entnazifizierung, in: de Lorent 2016, S. 38ff.
- 5 Siehe die Biografie Albert Mansfeld, in: de Lorent 2016, S. 118ff.
- 6 Siehe die Biografie Kurt Holm, in: de Lorent 2016, S. 701ff.
- 7 Siehe die Biografie Walter Behne, in: de Lorent 2016, S. 457ff.

Täterprofile/Biografien

Walter Bärsch

„Das habe ich getan, sagt mein Gedächtnis. Das kann ich nicht getan haben, sagt mein Stolz und bleibt unerbittlich. Endlich gibt das Gedächtnis nach.“ (Friedrich Nietzsche)

Von der bitteren Erkenntnis, dass auch die Nachgeborenen nicht frei sind von konkreten Erfahrungen, Berührungen mit Menschen der vorangegangenen Generation, die sie mit ihrem Bild von der Täter-Generation gar nicht in Übereinstimmung bringen können.

Als wir 1985 und 1986 die beiden Bände „Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz“ und „Die Fahne hoch‘. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz“¹ herausgaben, war diese „historische Pioniertat“ 40 Jahre nach Ende des Krieges und der Naziherrschaft aus meiner Sicht nur möglich, weil sich die Nachgeborenen, die nicht verstrickt waren in die NS-Zeit, an dieses Werk machten. Dabei stimmte dies nicht ganz. Für den ersten Band, in dem der Fokus insbesondere auf diejenigen Pädagoginnen und Pädagogen gelegt werden sollte, die sich aktiv, zum Teil in der Illegalität, gegen die Nationalsozialisten im Hamburger Schulwesen gewehrt hatten, oder zumindest keine Mitläufer bzw. Rädchen im Getriebe waren, bezogen wir einige noch lebende Zeitzeugen ein, die Auskunft gaben und selbst Beiträge schrieben.² Aber diese Personen gehörten nicht zur Seite der Täter und waren für uns legitimiert durch ihre Kenntnisse und Erfahrungen, um zu helfen, denen ein kleines Denkmal zu setzen, die sich in der NS-Zeit nicht angepasst hatten und die demokratischen und reformpädagogischen Ansprüche und Traditionen der Hamburger Lehrerschaft hoch hielten und somit in ihren Erinnerungen und Beiträgen durchaus subjektiv waren.

Dass auch die Nachgeborenen durch Kontakte, Gespräche und Erfahrungen mit ehemals nationalsozialistischen Aktivisten oder Opportunisten beeinflusst sein konnten, war mir an einigen Fällen deutlich geworden. So etwa, als ich 1989 feststellte, dass der ehemalige NS-Oberschulrat für die Volksschulen in Hamburg, Albert Mansfeld, der gleichzeitig zweiter Mann im NSLB-Hamburg gewesen war, noch lebte und ich ein Gespräch mit ihm zu führen beabsichtigte. Ursel Hochmuth, Mitherausgeberin unseres ersten Bandes, damals Dokumentarin bei der dpa in Hamburg und Autorin vieler Bücher über den antifaschistischen Widerstand³, warnte mich vor diesem Gespräch. Sie sagte, dass durch die Empathie für einen vermutlich alten und gebrechlichen Mann der Blick für die Person, die er ein halbes Jahrhundert zuvor, von 1933 bis 1945 gewesen war, verblassen könnte. Das war nicht ganz unberechtigt, wie ich dann bei dem Gespräch am 14.8.1989 feststellte,

als mir ein durch einen Schlaganfall sehr eingeschränkter 86-Jähriger gegenüber saß. Ich habe unmittelbar nach dem Gespräch, noch im Auto sitzend, ein Protokoll verfasst und die Aufzeichnungen später beim Schreiben der Biografie von Albert Mansfeld einbezogen.⁴ Mansfeld war ein zutiefst überzeugter Nationalsozialist gewesen, Träger des goldenen Parteiabzeichens mit einer Mitgliedsnummer unter 100 000 (Nr. 96 984). Was ihn nach 1945 von anderen der Tätergruppe unterschied, war, dass er sich nicht herauszureden bemühte, nach 1945 eine Maurerlehre begann, ohne mit Hilfe von Juristen zu versuchen, gleich wieder in den Schuldienst zu gelangen, „seine Schuld“ und Mitverantwortung annahm, vielleicht aus Realismus, vielleicht aus Resignation. Das Gespräch selbst hatte mich nicht positiv für Albert Mansfeld eingenommen. Es irritierte mich seine Antwort auf meine Frage: „Wie war Ihr Verhältnis zu Fritz Köhne?“ „Gut. Er war mit der Zeit einer von uns geworden“, hatte er darauf gesagt.⁵ Das konnte ich relativieren, weil ich bei meinen Forschungen schon vieles über Fritz Köhne erfahren hatte.⁶

Ich selbst bin bis 1969 zur Schule gegangen und hatte dabei eine Reihe von Lehrern erlebt, über deren Biografie ich als Schüler überhaupt nichts wusste. Als ich im Laufe der Jahre bei meinen Recherchen im Hamburger Staatsarchiv immer wieder Listen mit abgelieferten Personalakten studierte, traf ich auf den Namen des ehemaligen Schulleiters des Alexander von Humboldt-Gymnasiums in Hamburg-Harburg, auf dem ich im Januar 1969 Abitur gemacht hatte. Ich hatte keine besondere Erwartung in Bezug auf seine Biografie und war eher erstaunt, als ich bei Durchsicht seiner Personalakte feststellte, dass bei ihm eine deutliche NS-Verstrickung bestand, die ihm große Schwierigkeiten bei der Entnazifizierung bereitet hatte. Ich habe dann versucht, in der Biografie die ich über ihn (Gerhard Schumacher) in diesem Band geschrieben habe, mich durch meine persönlichen Eindrücke, die nicht unbedingt positiv gewesen waren, nicht beeinflussen zu lassen. Auch die Nachgeborenen sind also nicht frei von konkreten Erfahrungen, Berührungen mit der Generation davor, die sie in ihrem Bild beeinflussen.

Eine persönlich schockierende Erfahrung habe ich gemacht, als ich mit dem Korrekturlesen des ersten Bandes der „Täterprofile“ beschäftigt war. Die stellvertretende Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung in Hamburg, Rita Bake, fragte an, wie sie es häufig macht, wenn Straßen nach PädagogInnen benannt sind und deren Vergangenheit genauer beleuchtet werden soll, ob ich etwas über Walter Bärsch wisse, nach dem in Groß-Borstel im Jahre 2000 der Walter-Bärsch-Weg benannt worden war.

Ich war schon dabei zu antworten, dass ich Walter Bärsch natürlich kannte. Er war so etwas wie eine moralische Institution in der GEW gewesen, jahrelang

Mitglied des Hauptvorstandes, später Leiter der Bundesschiedskommission. Ich bin ihm vielfach begegnet, teilweise mit ihm in den 1990er-Jahren zum Hauptvorstand der GEW nach Frankfurt geflogen und in der Taxe gefahren, hatte viele durchaus auch persönliche Gespräche mit ihm geführt.

Und als ich so spontan am Schreiben war, fiel mein Blick auf die mitgeschickte Anlage. Da stand über den nicht nur von mir so verehrten Walter Bärsch: „1933 SS-Mitglied, seit 1939 SS-Untersturmführer, 1934 NSDAP-Mitgliedschaft, Teilnahme an mehreren Reichsparteitagen, als Student Mitglied des NS-Studentenbundes“.⁷

In einer kurzen Biografie, die Bodo Schümann 2008 über Walter Bärsch geschrieben hatte und die ich daraufhin fand und las, stand, dass die NS-Aktivitäten von Walter Bärsch erst nach seinem Tod 1996 bekannt geworden sind und „er diese zu Lebzeiten verheimlicht und ausdrücklich bestritten hatte“.⁸

Für mich war das mit der Person Walter Bärsch, die ich kannte, nicht in Einklang zu bringen. So war es notwendig, in den eigenen Erinnerungen zu graben und zu recherchieren.

Als Walter Bärsch im April 1983 in den Ruhestand trat, führte ich als Redaktionsleiter der Hamburger Lehrerzeitung zusammen mit Evelin Moews mit ihm ein Gespräch über Verhaltensauffälligkeiten von Schülern, Disziplinproblemen und die Arbeit an Sonderschulen. Walter Bärsch war als Professor am Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg emeritiert worden und hatte einen glänzenden Ruf aufgrund seiner Kompetenz und seines unkonventionell scheinenden Umgangs mit schwierigen Schülern. Schon die von uns gewählte Überschrift, das Zitat von Walter Bärsch, „Verhaltensgestörte sind solche, die sich in unnormalen Situationen normal verhalten“⁹, machte darauf aufmerksam, wie notwendig es für Lehrkräfte ist, sich intensiv mit als schwierig angesehenen Schülerinnen und Schülern auseinanderzusetzen. Walter Bärsch nahm immer erst einmal die Perspektive der Schüler ein und sah darauf, welchen Anteil die Lehrkräfte, das System und die Institution Schule an den Auffälligkeiten der Kinder hatten. Typisch für ihn waren Sätze wie: „Auch die Schule ist zu einem Faktor geworden, der Kinder nicht nur fröhlich macht, sondern sie auch zusätzlich belastet.“ Er forderte ein grundsätzliches Umdenken auch der Organisation von Unterricht: „Es wird zum Beispiel auf den biologischen Arbeitsrhythmus in der Schule kaum Rücksicht genommen.“ Oder: „Viele Verhaltensstörungen werden von Lehrkräften dadurch provoziert, dass sie unfähig sind, die Dynamik einer Gruppe zu beeinflussen. Sie sind unfähig in dem Sinne, dass sie es versäumen, mit ihrer Gruppe Verhaltensnormen zu erarbeiten, und diese Verhaltensnormen auch miteinander einzuüben.“¹⁰

Und Walter Bärsch sagte auch: „Die ‚richtigen‘ Verhaltensgestörten, das sind die extrem Gehemmtten, die Menschen, die überhaupt nicht wagen, sich der Welt

gegenüber zu äußern, zu stellen, die Angst vor der Welt haben. Das sind aber in der Schule die eigentlich Braven, die man will, die nicht stören.“¹¹

Walter Bärsch war ein glänzender Kommunikator, er verblüffte häufig mit seinen Aussagen, provozierte und zwang seine Gesprächspartner zu Perspektivwechseln. Er war pointenreich und verfügte über einige plakative Anekdoten, die er gerne erzählte. So habe ich mehrfach gehört, wie er den Überdross, in der Hamburger Schulbehörde als Oberschulrat zu arbeiten, erklärte. Er hätte Zweifel gehabt an der Sinnhaftigkeit seines Tuns, daran, inwieweit die vielen schriftlichen Vorlagen und Vermerke, die er für die Behörden- und Amtsleitung zu fertigen hatte, tatsächlich wirksam waren oder auch nur gelesen wurden. Eines Tages, als



Walter Bärsch 1983 im HLZ-Interview

er wieder etwas produzieren musste, ging er zu Hause an sein Bücherregal, holte willkürlich ein Buch heraus, schlug es mit abgewandtem Kopf auf, tippte auf eine Stelle und schrieb den Absatz wörtlich ab, setzte sein Leitzeichen darunter und gab dieses Schreiben als Vermerk in den dafür vorgesehenen Aktendeckeln auf den Dienstweg. Als er auch darauf keine Reaktion bekam, beschloss er, den Arbeitsplatz zu wechseln und an die Universität zu gehen. Diese Geschichte hat mich schwer beeindruckt, wenn sie mit meinen eigenen Erfahrungen in der Hamburger Schulbehörde, freilich zu einer ganz anderen Zeit, nicht kompatibel war, eigentlich unvorstellbar.

Auch ein anderes biografisches Detail war sicherlich allen bekannt, die mit Walter Bärsch zu tun hatten. Er hatte eine Karriere vom Sonderschüler bis zum Professor für Sonderpädagogik absolviert und galt als ein Mann, der immer wusste, wovon er sprach. Darauf werde ich noch einmal zurückkommen.

Bekannt war somit nicht nur in Hamburg, dass Walter Bärsch Lehrer gewesen war, später stellvertretender Schulleiter und dann, 1963, Schulleiter für Verhaltensgestörte in der Hinrichsenstraße. 1967 berief die Hamburger Schulbehörde Walter Bärsch zum Leiter der Hamburger Schülerhilfe, drei Jahre später wechselte er als Oberschulrat für den Bereich Schulgestaltung in die Schulbehörde und 1977 erhielt er einen Ruf auf eine Professur am Institut der Behindertenpädagogik an der Universität Hamburg mit dem Schwerpunkt „Psychologische und soziologische Aspekte der Erziehung und Rehabilitation Behinderter“, die er dann bis 1983 inne hatte.¹²

Walter Bärsch war immer auch ehrenamtlich aktiv, intensiv in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), für die er von 1966 bis 1980 dem Haupt-

vorstand angehörte. Danach wurde er in die Bundesschiedskommission gewählt und war als „moralische Institution“, als die er von allen gesehen wurde, jahrelang deren Sprecher. Bodo Schümann wies darauf hin, dass Walter Bärsch darüberhinaus Mitglied der Enquetekommission zur Feststellung der Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik Deutschland war, außerdem Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Suchtforschung und Suchttherapie. Seit den 1960er-Jahren gehörte er dem Kirchenkreis Alt-Hamburg an, später der Nordelbischen Kirche. 1981 wurde er zum Präsidenten des Deutschen Kinderschutzbundes gewählt, seit 1991 war er bis zu seinem Tode dessen Ehrenpräsident.¹³ Eine Menge Ehre für einen Mann, der von allen die ihn kannten, hoch geschätzt worden war.

Als Walter Bärsch am 12. November 1994 80 Jahre alt wurde, war ich Vorsitzender der GEW-Hamburg und organisierte mit anderen zusammen zu seinen Ehren ein Kolloquium, das in der Universität Hamburg stattfand. In meiner einleitenden Rede verwies ich auf die beiden Festschriften, die zu diesem Tag erschienen waren. In einer dieser Festschriften war er von der Professorin für Sonderpädagogik, Sieglind Ellger-Rüttgardt, zu seinen Lebenserinnerungen befragt worden.¹⁴ Ich sagte dazu:

„Lieber Walter, mir haben viele Aussagen in Deinen Lebenserinnerungen gefallen. Natürlich die Feststellung, dass Du ‚nie Respekt vor Königsthronen‘ hattest, dann die Aussage, dass Du Dich immer als, wie Du sagst, mittelmäßigen Typ



Ehrenkolloquium 1994, am Redepult Hans-Peter de Lorent, am Tisch Prof. Klaus-Jürgen Tillmann, Walter Bärsch und Monika Justus.

gesehen hast und das als Schlüssel dafür bezeichnest, mit Gelassenheit an Dinge heranzugehen, die anderen Stress bereiten. Da kann ich nur sagen: Von diesem Mittelmaß könnte die Republik noch manchen gebrauchen.“ Und ich zitierte auch einen Satz von Walter Bärsch, den ich für die Erziehung so wichtig fand:

„Das Kind ist keine Vorform, das Kind ist eine eigenständige Lebensform des gesamten menschlichen Lebenslaufes. Eine eigenständige Form, das muss man begreifen.“¹⁵

In einem Bericht über das Kolloquium hatte Andreas Köpke geschrieben:

„Wen galt es zu würdigen? Den bestechenden erziehungswissenschaftlichen Theoretiker, den sympathischen Hochschullehrer, den überzeugten Reformpädagogen, den leidenschaftlichen Kämpfer für die Partizipation von Jugendlichen und Kindern oder schlicht den aufgeschlossenen und stets besonnenen Menschen Walter Bärsch? Man entschied sich für den Menschen.“¹⁶

Die GEW hatte zu diesem Geburtstag von Walter Bärsch auch eine Festschrift herausgegeben, unter dem Titel „Schule neu denken und gestalten. Schulreform in Hamburg – Beispiele aus der Praxis“. Darin sollten an verschiedenen Beispielen die Bemühungen für eine Schulreform in Hamburg demonstriert werden.¹⁷

In dieser Festschrift schrieb der damalige GEW-Bundesvorsitzende, Dieter Wunder: „In den heftigen Auseinandersetzungen der 70er Jahre war es Walter Bärsch, der zwar eine klare Position einnahm, der aber immer auch Verständnis für die andere Seite fand und durch seine versöhnenden Worte Brücken des Dialogs schlug. Walter Bärsch habe ich bei vielen Gelegenheiten als überzeugende Persönlichkeit kennengelernt. Am stärksten in Erinnerung sind mir die Gespräche, die wir in Hamburg in der Vorbereitungsgruppe für die Gesamtschule Mümmelmannsberg führten. Er machte uns 1971 mit einer sozialpädagogischen Sicht von Schule vertraut, die alle außerordentlich beeindruckte. Die Gedanken, die wir in Gesprächen mit Walter Bärsch damals entwickelten, haben mich in meiner Arbeit als Schulleiter bestimmt und sind die Grundlage meiner pädagogischen Überzeugung als GEW-Vorsitzender geworden.“¹⁸

Es wird deutlich, dass die oben erwähnte Mail von Rita Bake nach jahrelangen persönlichen Erfahrungen mit Walter Bärsch auf mich einen verstörenden Effekt haben musste. Sie war Anlass, selbst noch einmal intensiv zu recherchieren. Zuerst führte ich ein Gespräch mit Bodo Schümann¹⁹, der selbst für seine Biografie von Walter Bärsch schon Wesentliches über dessen NS-Aktivitäten herausgefunden und veröffentlicht hatte.²⁰

Ich wurde danach fündig im Hamburger Staatsarchiv, wo es eine Entnazifizierungsakte von Walter Bärsch gibt und im Bundesarchiv, wo nicht nur seine NSDAP-Mitgliedskartei sondern auch eine SS-Sippenakte vorhanden war. Alles zu-

sammengenommen gab folgendes Bild, das anschließend mit eigenen Aussagen von Walter Bärsch konfrontiert werden soll. Die Diskrepanzen und Widersprüche sind so evident, dass man davon sprechen kann, dass Walter Bärsch eine eigene Legende seines Lebens aufgebaut hatte, die in wesentlichen Punkten nicht der Wirklichkeit entsprach.

Unstrittig ist, dass er am 26.10.1914 in Weinböhla, bei Dresden, in Sachsen als Sohn des Drehers Felix Bärsch und seiner Ehefrau Anna geboren wurde. Er besuchte in Weinböhla die Volksschule von 1921 bis 1929, die reformpädagogisch orientiert war, unterbrochen durch ein kurzzeitiges Abschieben auf eine Hilfsschule, als ein etwas beschränkter Lehrer nichts mit ihm anzufangen wusste. Walter Bärsch wurde nach der Volksschulzeit selbst initiativ, um in ein Aufbaugymnasium in Dresden übernommen zu werden, wo er dann 1935 die Reifeprüfung bestand.²¹

Nach dem Abitur studierte Walter Bärsch an der Hochschule für Lehrerbildung in Dresden von 1935 bis 1937 und legte am 21.6.1937 das erste Staatsexamen für das Lehramt an Volksschulen ab.²²

Danach arbeitete er vom 16.8.1937 bis zum 10.5.1938 an Volksschulen in Dresden, bevor er an die Hochschule für Lehrerbildung in Dresden abgeordnet wurde.²³ Nach eigenen Angaben in seiner Personalakte studierte er im Sommersemester 1938 bis zum Wintersemester 1939/40 an der kulturwissenschaftlichen Abteilung der technischen Hochschule Dresden.²⁴

Am 10.5.1940 wurde Walter Bärsch zur Kriegsmarine eingezogen, wo er im Laufe der Kriegsjahre zum Leutnant in der Funktion eines Batterieoffiziers befördert wurde. Für Walter Bärsch endete die Kriegsteilnahme am 15.8.1945.²⁵

Ein gravierender Dissens: Walter Bärsch gab an, er sei 1943 in Prag im Fach Psychologie promoviert worden und hatte dafür „eine Bescheinigung gemäß § 93 des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge vom 29.6.1977 vorgelegt“, die seiner Personalakte beigelegt worden war. Er hatte nach Angaben der Universitätsverwaltung Hamburg „glaubhaft nachgewiesen, dass er im Besitz einer Promotionsurkunde der Universität Prag, ausgestellt im Jahre 1943, gewesen ist“. Das Thema seiner Dissertation: „Das erzgebirgische Volkslied als Ausdruck des Stammescharakters“.²⁶

Im Prinzip gibt es keinen Grund, daran zu zweifeln. Da aber eine Reihe anderer Angaben nachweislich nicht den Tatsachen entsprachen, ist auch hier Skepsis angebracht. Bodo Schümann hatte genauer recherchiert und bei der Karls-Universität in Prag nachgefragt, die während des Krieges von den Deutschen besetzt worden war, aber völlig unzerstört blieb, ebenso das Verwaltungsarchiv. Bodo Schümann erhielt vom Archiv der Universität in Prag auf seine Anfrage die Antwort:

„Es tut mir leid, aber wir haben in den Dokumenten (Rigorosenhauptproto-

koll, Doktorenmatrix) der ehemaligen Deutschen Universität in Prag keine Informationen über die Doktorprüfungen oder Promotion von Walter Bärsch zwischen 1940–1945 gefunden.“²⁷

Was ist Wahrheit, was ist Legende?

Walter Bärsch hatte auch Zeit seines Lebens „verheimlicht oder ausdrücklich bestritten“²⁸ Mitglied oder gar Aktivist in nationalsozialistischen Organisationen gewesen zu sein. Schümann stellte dazu fest:

„Bereits mit 18 Jahren war Walter Bärsch in den ‚Stahlhelm‘ eingetreten und im November 1932 in die Hitlerjugend. 1933 wurde er Mitglied der SS, in der er 1939 bis zum Untersturmführer aufstieg. Ab 1933 nahm er an Aufmärschen zu verschiedenen Reichsparteitagen teil. 1934 wurde er auch Mitglied der NSDAP und engagierte sich ab 1937 als Studenten- bzw. Altherrenführer im Nationalsozialistischen Studentenbund. 1939 wurde ihm von seinem SS-Gruppenführer bescheinigt, seine Einstellung zur nationalsozialistischen Weltanschauung sei ‚klar und eindeutig‘. Bereits anlässlich seiner ersten Heirat 1938 hatte er den Parteiorganen gegenüber seine Religionszugehörigkeit ‚mit gottgläubig‘ angegeben; 1942 trat er dann aus der evangelisch-lutherischen Kirche Sachsens aus. Seine Mitgliedschaft in nationalsozialistischen Organen wurde erst nach seinem Tod bekannt.“²⁹

Meine eigenen Recherchen bestätigen dies. Walter Bärsch war am 1.12.1934, noch als Schüler, Mitglied der NSDAP geworden (Mitgliedsnummer 2 957 298).³⁰ Und es gibt auch im Bundesarchiv eine SS-Sippenakte für Walter Bärsch und seine erste Ehefrau Ruth, geborene Winkler (Sippen-Nummer 112 064). Darin hatte Walter Bärsch am 2.3.1939 beim Reichsführer-SS, Rasse- und Siedlungshauptamt um Übersendung der Vordrucke zu einem Verlobungs- und Heiratsgesuch nachgefragt. Walter Bärsch hatte dieses Gesuch eigenhändig unterschrieben, seinen SS-Dienstgrad und die Einheit angegeben, nämlich „SS-Scharführer mit der SS-Nummer 239 820 in der SS-Einheit 6/46“. Ruth Winkler, am 24.4.1919 geboren, ebenfalls NSDAP-Mitglied (Nr. 6 958 138) hatte auch die Hochschule für Lehrerbildung in Dresden besucht. Merkwürdig an diesem Gesuch war, dass beide schon seit dem 25.5.1938 verheiratet waren, was in der Akte handschriftlich vermerkt worden war: „Bereits ohne Genehmigung des Rasse- und Siedlungsamtes geheiratet.“³¹

Die Eile war nachvollziehbar, denn 1939 wurde der gemeinsame Sohn Siegfried Walter Bärsch geboren.³² Ein Drama vollzog sich für Walter Bärsch offenbar während des Bombardement Dresdens bei den Luftangriffen 1944/45, bei dem seine Frau Ruth getötet worden war.³³

Bevor ich mich genauer damit beschäftige, was Walter Bärsch selbst über die Zeit von 1939 bis 1945 gesagt hatte, soll kurz darauf gesehen werden, was er nach Ende des Krieges tat. Bodo Schümann schrieb: „Nach Kriegsende absolvierte

Bärsch 1945 die zweite Staatsprüfung für das Lehramt an Volks- und Realschulen in Hamburg und war zunächst in der Privatwirtschaft tätig.³⁴ Als Angestellter war er beschäftigt bei der Werkhof-GmbH in der Brandstwierte in Hamburg. Erst 1949 bemühte sich Walter Bärsch um Einstellung in den Hamburger Schuldienst. Dafür musste er am 20.2.1949 einen Entnazifizierungsfragebogen ausfüllen. Ich vermute, dass er lange mit dem Eintritt in den öffentlichen Dienst gewartet hatte, bis er eine Strategie des Verschweigens seiner politischen Mitgliedschaften entwickelt hatte und das Klima der Entnazifizierung in Deutschland günstiger war. Walter Bärsch machte bewusst falsche Angaben. Die SS-Mitgliedschaft verschwie er, zur NSDAP behauptete er, lediglich Anwärter gewesen zu sein, ohne Mitgliedsnummer, da er „ohne Antrag von der HJ 1934 überwiesen“ worden war. Und in der Rubrik HJ behauptete er, nur ein Jahr Hitlerjunge gewesen zu sein, vom 1.2. bis zum 31.12.1934. Tatsächlich war er im November 1932 Mitglied geworden.³⁵

Bei dieser minimalen Belastung, die Walter Bärsch angab, und seiner Kommunikationskunst, wundert es nicht, wenn der Entnazifizierungsausschuss zu dem Ergebnis kam: „Nach eingehender Aussprache mit Herrn Dr. Bärsch sieht sich der Beratende Ausschuss in der angenehmen Lage, keine politischen Bedenken gegen eine Beschäftigung des Petenten im Schuldienst zu haben.“ Bärsch wurde in Kategorie V eingruppiert, als Entlasteter.³⁶

Walter Bärsch hatte sich für diesen Weg entschieden, den Weg des Verschweigens und der falschen Aussage. Damit gelang es ihm, wieder in den Schuldienst zu kommen und anschließend die schon beschriebene Karriere zu machen, bis hin zum Oberschulrat und Professor. Ob er das anders nicht erreicht hätte, ist schwer zu sagen. Es sind ganz andere Leute mit gravierender Belastung auf die Karriereleiter gesprungen. Und bei Walter Bärsch hätte, bei der gängigen Praxis, zumindest sein junges Alter einen entlastenden Grund dargestellt. Sicherlich wäre es schwerlich möglich, zu einer Legende zu werden, einer Person, die als moralische Instanz anerkannt war. Dafür wäre eine Vergangenheit als SS-Mann hinderlich gewesen.

Dass Walter Bärsch es später nicht schaffte, sich zu frühen Irrtümern zu bekennen, sondern sich genötigt fühlte, auch bei konkreten Fragen Legenden zu spinnen, belegt das Gespräch, dass er zu seinem 80. Geburtstag mit Sieglind Ellger-Rüttgardt führte, „Lebenserinnerungen“ überschrieben. In weiten Passagen, insbesondere wenn es um Pädagogik geht, um Schulentwicklung und die Bedeutung von Lehrerinnen und Lehrer für die Weiterentwicklung von Kindern, ist dieses Gespräch sehr interessant und fruchtbar. In Kenntnis der tatsächlichen Hintergründe der Biografie Walter Bärsch in der Zeit von 1932 bis 1945 ist es allerdings bemerkenswert, wie Walter Bärsch die Tatsachen verbog, bzw. falsche Spuren legte. Das soll an ein paar Beispielen gezeigt werden.

Walter Bärsch berichtete über die einfachen und ärmlichen Verhältnisse in seinem Elternhaus. Sein Vater sei ein pflichtbewusster Mann gewesen, ein meisterhafter Sportler und Geräteturner, Gewerkschafter, aber ohne Parteizugehörigkeit, wie auch die Mutter. Dann sagte er:

„Die Politik hat in meinem Leben, auch in meiner Kindheit, natürlich schon eine sehr große Rolle gespielt, und zwar über folgende Fakten: Ich hatte einen Onkel, der war ein sehr engagierter Nationalsozialist. Er hatte die Funktion eines Reichsredners und war auch einmal Kreisleiter in Meißen und wurde dann später Bürgermeister in meinem Heimatort. Er war, das muß ich einfach so sagen, ein sehr beliebter, ein sehr leutseliger Mann. Und dann hatte ich einen anderen Onkel, der war nun auf der Gegenseite. Der andere Onkel war ein sehr ausgeprägter Kommunist. Ich würde sagen, wie man im Jargon so sagt, war ein Edelkommunist. Ich mochte ihn sehr, er war ein feiner Kerl, und ich habe ihm als Junge seinen Kommunismus privat nicht übelnehmen können, ganz im Gegenteil. Aber wenn die beiden dann bei Familienfestlichkeiten aneinander gerieten, dann war natürlich der Hausfrieden im Eimer. Und das hatten wir ständig.“³⁷

Hier legte Walter Bärsch eine Spur für die weitere Befragung, sich durchzuschlängeln. Auf die Frage: „Aber sie mochten beide gerne?“ erzählte Walter Bärsch: „Ich mochte menschlich beide. Und die mochten sich beide auch, also sie waren wie Don Camillo und Pepone, so ähnlich sind die miteinander umgegangen. Das war für mich also ein gutes Lehrbeispiel, wie man auch miteinander umgehen kann, trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Orientierung.“³⁸ Später stellte Ellger-Rüttgardt fest: „Sie haben 1935 Abitur gemacht und anschließend vier Semester an der Hochschule für Lehrerbildung in Dresden studiert. Das war zur Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft. Wie war Ihre Einstellung zum Nationalsozialismus?“ Bärsch antwortete:

„Mich hat in der Jugend, in der ich nun mal war, das sogenannte idealistische Element der Botschaft der Nationalsozialisten angesprochen. Daß man sich für das Ganze einsetzen sollte und daß es wichtig ist, sich für das Wohl des Volkes einzusetzen. Das sind für mich Aussagen gewesen die bei mir angekommen sind. Ich bin als junger Mensch ein fast gnadenloser Idealist gewesen, und ich war manchmal richtig realitätblind.“³⁹

Das war offenbar eine ehrliche und authentische Erinnerung. Hier wäre vielleicht eine Chance gewesen, die Konsequenzen zu beschreiben, die Walter Bärsch damals in die HJ, den Nationalsozialistischen Studentenbund und die NSDAP geführt hatten. Die nächste Frage machte aber einen Sprung: „Wurde dieser Glaube im Laufe der Jahre erschüttert?“ Und da hatte Walter Bärsch Gelegenheit, das Feld zu wechseln: „Ja, ganz erheblich erschüttert. Er wurde ganz erheblich erschüttert,

je mehr ich erstens erwachsen wurde und zweitens die konkreten Sachverhalte erfuhr. Die ganze Art und Weise, wie man die Judenfrage behandelte, hat mich richtig angewidert, und so eine Zeitung wie den ‚Stürmer‘ und die Karikaturen dazu, die hielt ich für so gemein und so menschenverachtend schändlich, daß mich das alles wirklich angewidert hat. Ich muß natürlich gestehen, daß bestimmte Argumentationsketten nicht ganz spurlos an mir vorbeigegangen sind, eben die, daß man gesagt hat, die Juden – und da hatte ich keine Überprüfungsmöglichkeiten – haben alle zentralen Stellen in dieser Welt besetzt, das ist ihre Politik. Ich war da durchaus anfällig, das muß ich sagen. Ich habe es schon für möglich gehalten, daß die Juden die Machtpositionen in der Welt im wesentlichen besetzt haben.“

Auf die Frage, ob er den Machtwechsel begrüßt hätte, antwortete er:

„Ja, den haben wir damals nahezu alle begrüßt. Wer das Gegenteil behauptet, der lügt sich ganz schön was in die Tasche.“ Und bei der folgenden Kardinalfrage: „Sind sie in die Partei eingetreten?“ sagte Walter Bärsch: „Nein, ich bin nie Parteigenosse gewesen. Ich bin mal eine Zeit lang in der Hitler-Jugend gewesen, das hatte aber eine sehr unbedeutende Funktion. Ich war Sportler, und das war mein Hobby. Ich habe mich also unentwegt im Sportdress rumgetrieben, mich interessierten die anderen Dinge nicht so sonderlich stark.“⁴⁰

Auf die Frage, ob das Ende des Krieges für ihn eine Befreiung gewesen wäre, stellte Bärsch fest:

„Eine Befreiung in dem Sinne war es nicht. Das kann ich nicht sagen. Befreiung war es nicht, denn ich habe ja erstens alle meine beruflichen Situationen verloren. Ich hatte keine Chance. Und zunächst einmal ging ja auch das Gerede um, daß wir als Offiziere alle in französische Bergwerke müßten. Ich bin nie in den Bergwerken gelandet. Ich habe mich in Hamburg angesiedelt, und es ging sehr schwer am Anfang. Ich habe kaum Geld verdient. Es war alles sehr mühsam. Aber, so gesehen, ist das Erleben der Befreiung bei mir nicht so sonderlich aktuell gewesen. Das kann ich einfach so nicht sagen.“⁴¹

Daraus erklärt sich vielleicht auch, dass Walter Bärsch unter allen Umständen in den Schuldienst wollte und ein falsch ausgefüllter Fragebogen ihm dafür legitim erschien.

Auf ein schwieriges Gleis geriet Walter Bärsch bei der Frage: „Wie erklären Sie sich das eigentlich, daß die Nazi-Vergangenheit so lange nicht aufgearbeitet wurde in Deutschland? Alexander Mitscherlich hatte von der ‚Unfähigkeit zu trauern‘ gesprochen. Der Nationalsozialismus war ja lange ein Tabu.“ Walter Bärsch antwortete darauf:

„Also, ich denke, diejenigen, die die Aufarbeitung hätten bewirken müssen, waren zugleich jene, die diese Zeit aktiv erlebt haben. Und ich, der ich ein Zeitge-

nosse dieser Zeit war und auch ein bewußter Zeitgenosse, ich kann wohl behaupten, daß die Prozentzahlen, die bei den Wahlen für die Nationalsozialisten gestimmt haben, daß diese Prozentzahlen ohne Zweifel die Realität widerspiegeln. D. h. die meisten haben sich mehr oder weniger – mit kleinen Vorbehalten – aber doch letztlich mit dem Nationalsozialismus und mit der Hitler-Bewegung identifiziert. Einige sind dann Aktivisten geworden. Andere sind freundliche Mitläufer gewesen. Einige, eine Minderheit, waren Gegner, und das war immer eine Minderheit. Und diejenigen, die dann die Aufarbeitung hätten vollführen müssen, waren ja in irgendeiner Form gespalten. Zum Teil wußten sie ganz genau, daß sie keine Gegner gewesen waren, sondern Sympathisanten. Und dann sollte man das aufarbeiten? Das geht nicht, wenn man in diesem Zwiespalt ist. Und oft hat man gesagt: ‚Ich war ja sowieso kein richtiger Nazi, das sollen mal die machen, die am Schalthebel der Macht waren oder die Informationen haben, über die ich nicht verfüge.‘⁴²

Da schwamm der Psychologe und Kommunikationsexperte. Man hätte hier denken können, dass Walter Bärsch sich nicht richtig positionieren konnte oder mochte. Am Ende fragte Sieglind Ellger-Rüttgardt, worin Walter Bärsch das Geheimnis seines Erfolges sehe. Er antwortete:

„Als erstes hatte ich den Grundsatz, daß ich nur dann aktiv werde, wenn ich selbst von der Sache überzeugt bin. Sonst lasse ich die Finger davon. Ich kann nur in echter Weise argumentieren, wenn ich davon überzeugt bin. Ich war der Meinung, wir müssen durch die Art und Weise, wie wir argumentieren, glaubwürdig sein. Ich habe vielleicht ein bestimmtes gutes Naturell gehabt, dass ich das auch psychisch durchstehen konnte, und ich habe auch eine Wesensart an mir, die es mir nicht ganz schwer macht, Kontakt mit anderen Menschen zu bekommen.“⁴³

Glaubwürdig bleiben. Etwas psychisch durchstehen können. Das Gespräch mit Walter Bärsch fand 1994 statt. Er starb am 7.1.1996.

Welche Belastung muss das über all die Jahre gewesen sein, seine Lebensgeschichte auf mehr als einer Lüge aufzubauen? Oder kann es gelingen, so weitgehend zu verdrängen, dass man an die selbst konstruierte Legende der eigenen Geschichte glaubt? Vielleicht war es aber auch die Motivation für all das, was Walter Bärsch nach 1945 geleistet hat, seine Form der Wiedergutmachung, eine Form der Sühne.

Walter Bärsch stand nicht allein mit seiner Geschichte, es gab auch andere seiner Generation, die noch Schüler waren, zumindest in einem Alter, wo Irrtümer statthaft sein sollten. Die Frage ist, wie die jeweiligen Personen mit dem später als Irrtum Erkannten umgingen. Dazu hat der Journalist Malte Herwig ein bemerkenswertes Buch geschrieben: „Die Flakhelfer. Wie aus Hitlers jüngsten Parteimitglie-

dern Deutschlands führende Demokraten worden.“ Er folgte den Spuren derer, die einen ähnlichen Weg wie Walter Bärsch gegangen waren. Dabeigewesene, junge Mitglieder und Funktionäre von NS-Organisationen, die dies später vergaßen, verheimlichten oder verdrängten und nach 1945 wichtiges in der deutschen Nachkriegszeit geleistet hatten. Malte Herwig nennt Martin Walser, Dieter Hildebrand, Siegfried Lenz, Hans-Dietrich Genscher, Walter Jens, Hans Werner Henze, Horst Ehmke, Erhard Eppler, Niklas Luhmann, Erich Loest, Peter Boenisch und Günter Grass: „Eine ganze Generation von Übervätern geriet in den letzten Jahren trotz tadelloser Nachkriegslebensläufe ins Zwielicht, weil sie vor 1945 im Nationalsozialismus mitgemacht hatte. Mit Ausnahme von Eppler wollte sich keiner der noch lebenden Betroffenen erinnern können, jemals einen Aufnahmeantrag unterschrieben zu haben.“⁴⁴

Malte Herwig stellte zu recht fest, dass niemand in die NSDAP ohne seine Kenntnis überführt und Mitglied werden konnte. Auch Walter Bärsch hatte in seinem Entnazifizierungsfragebogen geschrieben, von der HJ einfach in die NSDAP weitergeleitet, überführt worden zu sein. Dazu Malte Herwig: „Oft ist vermutet worden, dass HJ-Führer eigenmächtig Anmeldungen vornahmen. Dazu hätten sie die Unterschrift auf dem Anmeldeformular fälschen müssen. Doch bis heute ist aus keiner Quelle, die vor dem 8. Mai 1945 entstanden ist, eine gefälschte Unterschrift eines HJ-Führers bekannt. Auch gab es für keinen einzigen HJ- und BDM-Jahrgang, dessen Angehörige zwischen 1937 und 1944 in die Partei aufgenommen wurden, eine automatische Aufnahme: ‚Dem Einzelnen blieb immer die Möglichkeit, sich entweder für oder gegen eine Unterschrift zu entscheiden.‘“⁴⁵

Da hatte sich Walter Bärsch zumindest geirrt, wohl eher bewusst die Unwahrheit gesagt. Wie auch bei der Frage nach der Mitgliedschaft in der SS. Da habe ich seine persönliche Unterschrift auf dem Formular der SS-Sippenakte selbst gesehen und in Fotokopie vorliegen.

Malte Herwig zitiert in diesem Kontext Friedrich Nietzsche:

„Das habe ich getan, sagt mein Gedächtnis. Das kann ich nicht getan haben, sagt mein Stolz und bleibt unerbittlich. Endlich gibt das Gedächtnis nach.“ Und an anderer Stelle: „Die Auswahl, die unser Gedächtnis vornimmt, erfolgt stets zu unseren Gunsten, wenn wir uns auch noch so sehr um Ehrlichkeit bemühen.“⁴⁶

Herwig hat sich insbesondere mit der Generation der Flakhelfer beschäftigt, also den Jugendlichen der Jahrgänge 1926 bis 1928, die am Ende des Zweiten Weltkrieges eingezogen wurden, „um als ‚Hitlers letzte Helden‘ die unausweichliche Niederlage NS-Deutschlands noch ein wenig hinauszuzögern.“ Zu dieser Generation gehörte Walter Bärsch nicht. Er war 1933 immerhin 19 Jahre alt. Gleichwohl gelten manche Schlussfolgerungen aber auch für ihn: „Das Lebenswerk, dass die

Flakhelfer als Künstler, Wissenschaftler oder Politiker nach 1945 schufen, verdient umso mehr Anerkennung, als es unter denkbar ungünstigen Voraussetzungen entstand. Verführt und verraten entließ sie das ‚Dritte Reich‘ in eine ungewisse Zukunft, die sie meisterten. So trugen sie nicht allein zur demokratischen Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik bei. Ihr Schicksal verkörpert geradezu den Wandel vom Schlechten zum Guten.⁴⁴⁷

So kann man das auch sehen. Aber dennoch: Auf dem Sockel steht Walter Bärsch in Kenntnis seiner ganzen Geschichte nicht mehr.



Walter Bärsch 1994

Anmerkungen

- 1 Ursel Hochmuth/Hans-Peter de Lorent (Hg.): Hamburg. Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, und: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986.
- 2 So: Dietrich Rothenberg, John Hopp, Walter Flesch, Arie Goral, Gerhard Hoch, Ursula Randt, Caesar Hagener, Ludolf Mevius.
- 3 Ursel Hochmuth (1931-2014), kam aus einer antifaschistischen Familie, ihre Mutter war Katharina (Käthe) Jacob, ihr Vater Walter Hochmuth war KPD-Bürgerschaftsabgeordneter in Hamburg gewesen, ihr Stiefvater der 1944 als Widerstandskämpfer hingerichtete Franz Jacob. Ursel Hochmuth veröffentlichte unter anderem mit Gertrud Meyer zusammen das Buch: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand, Frankfurt 1980.
- 4 Nicht veröffentlichtes Protokoll meines Gesprächs mit Albert Mansfeld in Anwesenheit seiner Frau vom 14.8.1989. Siehe dazu auch: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 118ff.
- 5 Gesprächsprotokoll vom 14.8.1989.
- 6 Siehe dazu: de Lorent 2016, S. 61ff.
- 7 Schreiben an mich von Rita Bake vom 30.9.2015. Die NS-Verstrickung rekurrierte auf Angaben in wikipedia.
- 8 Bodo Schümann: Walter Bärsch, in: Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Bd. 4. Hg. von Franklin Kopitzsch und Dirk Brietzke, Göttingen 2008, S. 31.
- 9 Evelin Moews/Hans-Peter de Lorent: Interview mit Prof. Walter Bärsch, HLZ 5/83, S. 11.
- 10 Alle Aussagen ebd.
- 11 Interview mit Prof. Walter Bärsch, HLZ 5/83, S. 14.
- 12 Siehe dazu: Schümann 2008, S. 31.
- 13 Ebd.
- 14 Pädagogisches Handeln in gesellschaftlicher Verantwortung. Festschrift für Walter Bärsch. Zusammengestellt von Sieglind Ellger-Rüttgardt, Hamburg 1994.
- 15 Die Rede war in Auszügen abgedruckt in: HLZ 12/94 S. 36.
- 16 HLZ 12/94, S. 35f.
- 17 Karlheinz Goetsch/Andreas Köpke (Hg.): Schule neu denken und gestalten. Schulreform in Hamburg – Beispiele aus der Praxis. Hamburg 1994.
- 18 Ebd., S. 5f.
- 19 Das Gespräch fand statt am 6. April 2016.
- 20 Bodo Schümann 2008, S. 30ff.

- 21 Alle Angaben laut den Eintragungen von Walter Bärsch in seinem Entnazifizierungsfragebogen vom 5.4.1949, StA HH, 221-11_46219 KAT, die sich bis hierher decken mit dem, was Bodo Schümann geschrieben hat, Schümann 2008, S. 30.
- 22 Entnazifizierungsakte a.a.O.
- 23 Laut seiner Personalakte, nach Auskunft der Universität Hamburg am 14.2.2006 an Bodo Schümann.
- 24 Ebd.
- 25 Laut Eintrag im Entnazifizierungsfragebogen, Entnazifizierungsakte a.a.O.
- 26 Laut seiner Personalakte, nach Auskunft der Universität Hamburg am 14.2.2006 an Bodo Schümann.
- 27 Schreiben vom 1.3.2006 des Direktors des Instituts für Geschichte der Universität Prag an Bodo Schümann.
- 28 Schümann 2008, S. 31.
- 29 Ebd.
- 30 BArch, NSDAP-Reichskartei; 3200/ A 0051_BI. 812
- 31 BArch, R 9361-III/ 5315 (persönliche SS-Unterlagen),RS/ A 0184
- 32 <https://www.myheritage.com> Siehe Siegfried Bärsch. Nach dieser Angabe ist Siegfried Walter Bärsch 2012 gestorben. Die Angabe über die Geburt des Sohnes 1939 wurde auch von Sieglind Ellger-Rüttgardt in dem Gespräch mit Walter Bärsch bestätigt, Ellger-Rüttgardt 1994, S. 23.
- 33 Ellger-Rüttgardt 1994, S. 23.
- 34 Schümann 2008, S. 31.
- 35 Entnazifizierungsakte a.a.O.
- 36 Ebd.
- 37 Ellger-Rüttgardt 1994, S. 15f.
- 38 Ellger-Rüttgardt 1994, S. 16.
- 39 Ellger-Rüttgardt 1994, S. 22.
- 40 Ellger-Rüttgardt 1994, S. 22f.
- 41 Ellger-Rüttgardt 1994, S. 23.
- 42 Ellger-Rüttgardt 1994, S. 26f.
- 43 Ellger-Rüttgardt 1994, S. 44.
- 44 Malte Herwig: Die Flakhelfer. Wie aus Hitlers jüngsten Parteimitgliedern Deutschlands führende Demokraten wurden. München 2013, S. 16.
- 45 Herwig 2013, S. 61.
- 46 Herwig 2013, S. 94.
- 47 Herwig 2013, S. 293.

Oscar Toepffer

„Man wird eines Tages die Frage aufwerfen, ob der Führer als Staatsmann oder als Feldherr größer war.“

Eine der interessantesten Personen, die in der NS-Zeit wichtige Funktionen bekleideten, für einige Zeit sogar als Senator im Schulbereich, war Oscar Toepffer. Obwohl er bis 1937 der NSDAP nicht beigetreten war, hatte er sich schon zuvor bei Bürgermeister Carl Vincent Krogmann und dem NSDAP-Gauleiter Karl Kaufmann unentbehrlich gemacht. Oscar Toepffer wurde Leiter des Rechtsamtes, war dadurch involviert in alle Personalangelegenheiten, wurde Beigeordneter, wie das Amt für die Hamburger Regierungsmitglieder genannt wurde, später Senator. Auch nach 1945 hatte er viele Fürsprecher aus dem demokratischen Lager. Auf Anordnung der britischen Militärregierung wurde er aber entlassen, durchlief zwar ein günstiges Entnazifizierungsverfahren, gelangte aber nicht wieder in den Staatsdienst, sondern nutzte seine Expertise, um vielen Belasteten in deren Entnazifizierungsverfahren hilfreich zur Seite zu stehen. Formal gesehen gehörte Toepffer zu denjenigen, die trotz erstaunlicher Karriere in der NS-Zeit nur mäßig durch NS-Mitgliedschaften belastet waren. Als aufschlussreich erwies sich der Einblick in die Korrespondenz, die Oscar Toepffer mit seiner Frau Gretchen Toepffer während seiner kriegsbedingten Abwesenheit aus Hamburg zwischen 1939 und 1945 führte. Die handschriftlichen Briefe wurden von einer der beiden Töchter, Gertrud Bargstädt, geborene Toepffer, transkribiert und mir zur Einsicht und Auswertung zur Verfügung gestellt. In ihnen wird deutlich, wie Oscar Toepffer und seine Frau zum nationalsozialistischen Staat und zur Entwicklung in Deutschland während der NS-Zeit standen. Ein Dokument, repräsentativ wohl für einen großen Teil deutscher Ehepaare in dieser Zeit.

Oscar Toepffer war am 4.11.1896 in Hamburg als Sohn des Kaufmanns Karl Johannes Oscar Toepffer und seiner Ehefrau Elisabeth geboren worden. In seiner Taufurkunde stand der Name Christel Oscar Toepffer. Er besuchte von 1905 bis 1914 das Realgymnasium des Johanneums, wo er am 3.8.1914 das Abitur bestand. Sein Vater war schon während Oscar Toepffers Schulzeit gestorben. Toepffer war ein ausgezeichnete Schüler, im Reifezeugnis hatte er für Fleiß, Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Mathematik und Biologie die Note „sehr gut“ erhalten.¹

Schon vor der Reifeprüfung hatte sich Oscar Toepffer freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet. Am 24.8.1914 wurde er eingezogen und, wie er in seinem Lebenslauf schrieb, „bis Januar 1919 habe ich am ersten Weltkriege als Soldat ausschließlich in Frontverwendung teilgenommen“.²

Oscar Toepffer war am Ende des Krieges Leutnant und startete ab 1919 ein relativ kurzes Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Jena und Hamburg, das er schon am 7.5.1921 mit dem ersten Staatsexamen abschließen konnte. Das Referendariat absolvierte Toepffer an verschiedenen Stationen, jeweils mit besten Rückmeldungen.

So arbeitete er einige Monate bei den Landherrenschaften, der Aufsichtsbehörde für das hamburgische Landgebiet. Das sollte später noch einmal bedeutsam werden. Dort bescheinigte man ihm: „Da er allen Sachen großes Interesse und reifes Verständnis entgegengebracht hat, ist es ihm gelungen, sich in kurzer Zeit in den vielseitigen Verwaltungsbetrieb der Landherrenschaften und die besonderen Verhältnisse des Landgebietes hinein zu finden. Die ihm zur Prüfung übertragenen Sachen wurden von ihm mit Fleiß, aner kennenswerthem Geschick und gutem Erfolg bearbeitet, so daß ihm ohne Bedenken größere Selbständigkeit überlassen werden konnte. Seine Leistungen haben gezeigt, daß er besondere Fähigkeiten für den Verwaltungsdienst besitzt.“³



Oscar Toepffer, 1934,
Regierungsdirektor im
Hamburgischen Staatsamt

Auch bei der Staatsanwaltschaft wurde dem Rechtsreferendar Oscar Toepffer bescheinigt:

„Vom ersten Tage seiner Tätigkeit an zeigte er gute Kenntnisse, regen Fleiß und eine für Referendare immerhin seltene Fähigkeit in der Beurteilung und praktischen Bearbeitung der ihm zugewiesenen Akten.“⁴ Hervorragend auch die Rückmeldung über seine Tätigkeit beim Landgericht in Hamburg:

„Referendar Toepffer besitzt erheblich über den Durchschnitt hinausgehende Rechtskenntnisse, besonders auch auf dem Gebiete des öffentlichen Rechtes, dem er ein besonderes Interesse entgegenbringt. Auch Gesetzgebung und Recht in Mietsachen fesselt ihn besonders. Gewandt, schnell das Tatsächliche eines Rechtsfalles erschöpfend zu erfassen, mit einem guten Judiz und gutem, erschöpfenden Vortrag ausgestattet, entwickelte er Leistungen, die vollsten Umfanges als gut bezeichnet werden können.

Das gilt auch von der schriftlichen Absetzung von Erkenntnissen. Im persönlichen Auftreten paart sich in glücklicher Weise Bestimmtheit des Wesens mit Takt und Zurückhaltung. Seine gesellschaftlichen Formen sind einwandfrei. Hervorheben möchte ich auch noch ein tiefgehendes soziales Verständnis.“⁵

Oscar Toepffer schloss den Vorbereitungsdienst im Juli 1923 ab. Ihm wurde bescheinigt, die Ausbildungszeit „ersichtlich sehr gut ausgenutzt“ zu haben. „Ich

halte ihn dabei in jeder Beziehung für eine selbständige juristische Tätigkeit für geeignet“, schrieb sein Ausbilder, der Richter Dr. F. Goldmann am 17.5.1923.⁶

Oscar Toepffer trat danach als Jurist in den hamburgischen Staatsdienst ein und wurde der Landherrenschaft, der Aufsichtsbehörde für das Hamburgische Landgebiet, überwiesen, wo er nach seiner Assessorenzeit am 1.1.1925 zum Regierungsrat befördert wurde, am 1.2.1929 war er Oberregierungsrat. Zum 1.3.1933 wechselte Toepffer in die Wohlfahrtsbehörde und zum 7.2.1934 setzten die neuen Machthaber ihn im hamburgischen Staatsamt ein.⁷ Schon am 9.11.1934 gelang ihm dort die Beförderung zum Regierungsdirektor:

„Im Namen des Reichs auf Vorschlag des Senats hat der Reichsstatthalter den Oberregierungsrat Oscar Toepffer zum Regierungsdirektor beim Hamburgischen Staatsamt ernannt.“⁸

Nach seinen eigenen Angaben, bezogen auf seine Tätigkeit bis 1945, „lag das Schwergewicht meiner Arbeit auf organisatorischem Gebiete, vor allem in der Planung und Durchführung des Groß-Hamburg-Gesetzes“.⁹

Da er dies am 13.8.1946, im Rahmen seiner Entnazifizierung schrieb, war er natürlich bemüht, zu marginalisieren, wie sehr er in die personellen Interna des nationalsozialistischen Staates einbezogen war. Im Zusammenhang mit dem Groß-Hamburg-Gesetz hatte sich Oscar Toepffer allerdings sowohl bei Bürgermeister Carl Vincent Krogmann als auch bei Reichsstatthalter Karl Kaufmann profiliert. Nach der Neuregelung der Hamburgischen Verfassung durch das neue Gesetz wurde Oscar Toepffer als Beigeordneter mit der Amtsbezeichnung „Stadtrechtsrat“, später auch als Senator Mitglied der Hamburger Regierung. Oscar Toepffer war damit Leiter des Rechtsamtes und der Organisationsabteilung, des späteren Personalamts in Hamburg und damit eine entscheidende Instanz bei allen personenbezogenen Einstellungen und Beförderungen.¹⁰ Hamburgs Bürgermeister in der NS-Zeit, Carl Vincent Krogmann, hatte in dieser Zeit täglich Tagebuch geführt. Seine Aufzeichnungen liegen transkribiert vor und sind über das Staatsarchiv Hamburg einsehbar. Darin wird deutlich, dass Oscar Toepffer alle 14 Tage an den Lagebesprechungen des Bürgermeisters teilnahm, vortragen musste und dabei entscheidende personalpolitische Inputs gab sowie Aufträge mitnahm.¹¹ Gleichermäßen besaß Oscar Toepffer das Vertrauen von Reichsstatthalter Karl Kaufmann, zu dem er auch einen persönlichen Kontakt hatte, nachdem Kaufmanns Familie ganz in der Nähe des Privathauses von Oscar Toepffer und seiner Familie wohnte. Die späteren Briefwechsel von Oscar Toepffer mit seiner Frau Gretchen, belegen dies eindeutig.

Auf welcher Ebene Oscar Toepffer angesiedelt war, ging auch aus dem Schreiben von Karl Kaufmann vom 22.12.1937 an das Reichsinnenministerium hervor. Reichsstatthalter Kaufmann schrieb:

„Die Berufung der Beigeordneten für die künftige Verwaltung der Hansestadt Hamburg ist außerordentlich dringlich, weil die Umorganisation der Verwaltung zum 1.4.1938 nur dann reibungslos vonstatten gehen wird, wenn die künftigen Beigeordneten verantwortlich in die Vorarbeiten eingeschaltet werden. Ich habe mich daher des Einverständnisses des Stellvertreters des Führers darüber versichert, daß ich schon heute berechtigt bin, als Beauftragter der NSDAP im Sinne der Deutschen Gemeindeordnung tätig zu werden. In dieser Eigenschaft bitte ich Sie, sich mit der Berufung der folgenden Persönlichkeiten zu hauptamtlichen Beigeordneten einverstanden zu erklären:

1. Regierender Bürgermeister Krogmann als Erster Beigeordneter,
2. Senator von Allwörden,
3. Senator Dr. Nieland als Stadtkämmerer,
4. Senator Richter,
5. Präsident Senator a. D. Dr. Ofterdinger,
6. Präsident Senator a. D. Witt,
7. Präsident Dr. Werdermann,
8. Präsident Martini,
9. Regierungsdirektor Toepffer.“¹²

Abschließend schrieb Kaufmann noch: „Bedenken gegen diese Regelung können nicht erhoben werden, weil ich für die Berufung zum Beigeordneten nur solche Persönlichkeiten vorgeschlagen habe, die sich in der bisherigen hamburgischen Verwaltung an führender Stelle in jeder Beziehung bewährt haben.“¹³

An diesem Schreiben wird nicht nur deutlich, welche Macht der Reichsstatthalter der NSDAP hatte, der die Regierungsmitglieder nach Absprache mit dem Stellvertreter von Adolf Hitler, dem für Personalfragen zuständigen Rudolf Heß, benannte. Es zeigt auch, welche erstaunliche Karriere Oscar Toepffer in der NS-Zeit machen konnte, obwohl er erst 1937 Mitglied der NSDAP geworden war. Nach einem Schreiben von Karl Kaufmann vom 7.3.1938 an den Reichsinnenminister benannte er Bürgermeister Krogmann und die Senatoren von Allwörden, Nieland und Richter als Mitglieder der Hamburgischen Landesregierung zu Beigeordneten auf Lebenszeit und die anderen fünf Personen, die schon vorher Beigeordnete waren, unter anderem Oscar Toepffer, zu hauptamtlichen Beigeordneten auf zwölf Jahre.¹⁴

Wie anerkannt Toepffer auch auf Reichsebene war, dokumentiert die Tatsache, dass er am 7.5.1937 vom Reichsjustizminister nebenamtlich zum Mitglied des Reichs-Justizprüfungsamtes bestellt wurde.¹⁵ Darüberhinaus wurde Toepffer von der Akademie für Deutsches Recht in Berlin im Auftrag des Reichsjustizministers, Dr. Hans Frank, in den Ausschuss für Verwaltungsrecht berufen.¹⁶

Dem vorangegangen war ein folgenschwerer Schritt, nämlich der Beitritt von Oscar Toepffer in die NSDAP, interessant deswegen, weil die Initiative dafür nicht von Oscar Toepffer ausging. Erstaunlich war, dass Toepffer seine steile Karriere überhaupt machen konnte, ohne Parteimitglied gewesen zu sein oder sich in einer anderen NS-Organisation aktiv betätigt zu haben. Dies hatte er sicherlich der Wertschätzung für seine juristischen Kompetenzen und seine Persönlichkeit zu verdanken. Aus den noch ausführlich zitierten Korrespondenzen zwischen Oscar Toepffer und seiner Frau während des Krieges wird deutlich, dass beide durchaus ideologisch mit den Nationalsozialisten und ihren Repräsentanten verwoben waren. Oscar Toepffer selbst gab während seines Entnazifizierungsverfahrens am 13.8.1946 die Gründe an, weshalb er von sich aus nicht den Antrag gestellt hatte, NSDAP-Mitglied zu werden. Er schrieb:

„Als Berufsbeamter vertrat ich von jeher die Auffassung, daß der Beamte sich jeglicher politischen Betätigung enthalten soll. Mit Recht sagt die Weimarer Verfassung in Art. 130, daß die Beamten Diener der Gesamtheit und nicht einer Partei sind. Nach 1933 war die Situation zunächst unverändert. Man legte den Beamten zwar sehr nahe, der NSDAP beizutreten, indessen lehnten meine Freunde und ich – entsprechend unserer grundsätzlichen Einstellung – den Eintritt ab. Die Lage änderte sich erst, als die NSDAP als einzige Partei gesetzlich mit dem Staate verbunden wurde, und als der Druck auf die Beamtenschaft so stark wurde, daß man sich dem Eintritt nicht mehr entziehen konnte. Dem Beamten blieb in den meisten Fällen nur die Wahl, sich entweder mit der Aufnahme in die NSDAP abzufinden oder aus dem Dienst auszuschneiden. Wenn ich mich damals entschlossen habe, im Staatsdienst zu bleiben, so hat mich weniger das Bestreben geleitet, mir die wohl erworbenen Beamtenrechte zu erhalten, als vielmehr die innere Verpflichtung gegenüber meinem Amte und der übernommenen Aufgabe.“¹⁷

Mit dieser Argumentation bediente sich Oscar Toepffer der Schutzbehauptungen, die er auch bei der Verteidigung von anderen NS-Aktivisten wiederholte, als er dann als Rechtsanwalt tätig wurde. Falsch ist, dass man 1937 nicht weiter Beamter im NS-Staat bleiben konnte, wenn man nicht der NSDAP beitrat. Allerdings wurde von staatlichen Amtsträgern erwartet, und in Toepffers Fall natürlich insbesondere auch von Regierungsmitgliedern und herausgehobenen Berufsbeamten, dass sie sich zur NSDAP bekannten. Sicherlich wäre Oscar Toepffer andernfalls nicht Beigeordneter geblieben, oder nach 1939 sogar zum Senator ernannt worden.



Oscar Toepffer in seiner Zeit als Regierungsdirektor seit 1934

Der tatsächliche Vorgang, in der Personalakte von Oscar Toepffer dokumentiert, mutet skurril an. Am 25.6.1937 bekam Toepffer von der Gaugeschäftsstelle des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes ein Schreiben, in dem stand:

„Herr Senator Dr. Rothenberger hat mit einem Vorschlag an den Gauleiter, den er als Chefpräsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts übermittelt hat, auch Sie zur Aufnahme in die Partei gemäß Ziffer i. der Richtlinien des Reichsschatzmeisters vorgeschlagen. Aus einem Rundschreiben der Partei (Ortsgruppe) betr. ‚Aufnahmen‘ ergibt sich unter anderem das folgende: ‚Die Volksgenossen, die nach dem Absatz i. der Verfügung vorgeschlagen werden, holen sich von den Ortsgruppen die Formblätter. Diese werden nach Ausfüllen von der Ortsgruppenaufnahmekommission geprüft; dann in alphabetischen Listen zusammengestellt und mit den Formblättern, ohne daß diese vom Ortsgruppenleiter unterschrieben werden, an den Kreis geleitet. Der Kreisleiter vollzieht im Auftrage des Gauleiters die Unterschrift und gibt die Listen an den Gau, während die Formblätter an die Ortsgruppen zurückgehen, zur sofortigen weiteren Bearbeitung und zwar werden sie nun wie alle anderen Aufnahme gesuche behandelt.‘ In der Anlage übersende ich Ihnen die infrage kommenden Formbögen, falls Sie sich noch nicht bei der zuständigen Ortsgruppe der NSDAP gemeldet haben sollten oder von dort noch nicht vorgeladen wurden. Für die Behandlung der Formbögen bitte ich die anliegenden Richtlinien zu beachten. Mit den ausgefüllten Formbögen wollen Sie sich gegebenenfalls bei der zuständigen Ortsgruppe der NSDAP persönlich melden und hierher mitteilen, bei welcher Ortsgruppe der NSDAP Sie Ihre Meldung eingereicht haben.“¹⁸

Das konnte schon als nötige Aufforderung verstanden werden, fest steht allerdings, dass daraufhin Oscar Toepffer einen eigenhändig unterschriebenen Antrag auf Parteimitgliedschaft stellte, und somit im Weiteren keine Schwierigkeiten hatte.

In seinem Rechtfertigungsschreiben aus dem August 1946 wies Toepffer darauf hin, dass er mit seiner Anmeldung bei der NSDAP „einem Ersuchen des Rechtswahrerbundes bzw. des Reichsstatthalters entsprochen“ hatte¹⁹, mit dem er ausweislich seiner Korrespondenz mit seiner Frau in den Jahren des Krieges stets in positiver Verbundenheit verkehrte.

Richtig ist allerdings auch, dass Oscar Toepffer in der NSDAP oder in anderen NS-Organisationen kein Amt bekleidete, was allerdings aufgrund seiner staatlichen Funktion auch nicht nötig war. Als Mitglied gehörte er noch der NSV, dem NS-Rechtswahrerbund, dem Reichsbund der Deutschen Beamten und dem VDA an, wie er selbst angab.²⁰

Toepffer erklärte außerdem: „Man hat mir gelegentlich nahegelegt, in die SS einzutreten. Das habe ich abgelehnt. So habe ich zu den Beamten gehört, die bei

offiziellen Anlässen nicht in Uniform sondern im schwarzen Rock erschienen. Meine Einstellung zur NSDAP ist vor 1933 ablehnend gewesen. Freundschaftlichen Verkehr mit mir bekannten Nichtariern habe ich nach 1933 ohne Bedenken fortgesetzt. Auch nach 1933 blieb meine Einstellung zur NSDAP kritisch.“²¹

Diese Aussage gilt möglicherweise in Einzelfällen und unstrittig ist auch, dass Toepffer sich im Weiteren als „einen der Gesamtheit des Volkes verantwortlichen Beamten“²² betrachtete. Seine Korrespondenz mit seiner Frau während des Krieges belegt aber auch, dass beide seit 1933 mit führenden Nationalsozialisten ein hohes Maß an Sympathie, Wertschätzung, Bewunderung verbanden, so insbesondere in Bezug auf die Person Adolf Hitler als auch, bei Oscar Toepffer, bezogen auf Hermann Göring.²³

Über seinen weiteren Einsatz schrieb Oscar Toepffer:

„Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde ich Soldat und nahm an den Feldzügen in Polen und Frankreich teil. Nach Beendigung des Frankreichfeldzuges sollten die höheren Verwaltungsbeamten aus der Truppe herausgezogen werden. Weil ich nicht in der Verwaltung eines besetzten Gebietes arbeiten wollte, teilte ich meiner zivilen Dienststelle den Sachverhalt mit und wurde reklamiert. Ich trat im November 1940 in mein Amt als Stadtrechtsrat zurück und führte außerdem vertretungsweise die Schulverwaltung. Bereits im Mai 1941 wurde ich auf meine Initiative hin wieder eingezogen und bin bis zum Mai 1945 Soldat geblieben.“²⁴

Über Oscar Toepffers Zeiten während des Krieges wird im Abschnitt der Korrespondenz zwischen ihm und seiner Frau noch ausführlicher berichtet. Nach den Feldzügen in Polen und Frankreich war Toepffer die längste Zeit im Küstenabschnitt Dänemarks mit vergleichsweise „beschaulichen Tätigkeiten“ betraut. Er war Hauptmann und am Ende des Krieges Major.

Hatte ich nach Beschäftigung mit seiner Verwaltungskarriere den Eindruck, Oscar Toepffer sei ein sehr stark der Jurisprudenz verhafteter Mensch gewesen, veränderte sich dies nach dem Studium der Korrespondenz mit seiner Frau, in der Oscar Toepffer deutlich machte, wie sehr er sich dem Soldatentum und der Wehrmacht verbunden fühlte. Insgesamt war Toepffer im Ersten und Zweiten Weltkrieg fast neun Jahre als Offizier tätig gewesen.

In den wenigen Monaten, die er neben dem Rechtsamt die Verantwortung für die Schulverwaltung hatte, da auch der bisherige Präsident der Schulverwaltung, Karl Witt, sich freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet hatte, traf Oscar Toepffer eine wichtige personelle Entscheidung. Er betraute am 11.1.1941 den bisherigen Oberschulrat für die höheren Schulen, Albert Henze, der vorher Leiter der Gauführerschule gewesen war, mit der Aufgabe „der leitenden Bearbeitung der Schul- und Erziehungsangelegenheiten“ in der Schulverwaltung. Dazu gehörten „alle Sachen

von allgemeiner, grundsätzlicher oder politischer Bedeutung, für alle Schulbereiche das Personalreferat, insbesondere auch alle Vorschläge für Ernennungen, Beförderungen und Entlassungen von Lehrkräften“. Henze wurde auch die Aufsicht „über die Schuldienststelle der HJ“ unterstellt.²⁵ Uwe Schmidt hatte sicherlich Recht, wenn er dazu feststellte:

„Der politisch unbedeutende Senatsneuling Toepffer fungierte jedoch lediglich als Handlanger des Reichsstatthalters Karl Kaufmann.“²⁶

Über das Wirken von Albert Henze habe ich ausführlich im ersten Band der „Täterprofile“ geschrieben.²⁷

Die Korrespondenz von Oscar Toepffer mit seiner Frau Gretchen in den Jahren seiner Tätigkeit bei der Wehrmacht vom 2.9.1939 bis zum 15.5.1945, unterbrochen durch die kurze Zeit, in der Oscar Toepffer im Oktober 1940 für fünf Monate wieder für den Hamburger Staatsdienst reklamiert worden war, sind ein außergewöhnliches Dokument. Toepffers ältere Tochter, Gertrud Bargstädt, 1923 geboren, fand die Briefkorrespondenz ihrer Eltern bei der Auflösung des Elternhauses in Hamburg-Wohldorf 1981. Darüber hinaus sichtete sie auch Aufzeichnungen ihres Vaters, die er zwischen Mai und Herbst 1945 angefertigt hatte und die in diesem Rahmen auch zitiert werden sollen. Gertrud Bargstädt setzte sich daran, „die schwer zu entziffernde deutsche Schreibschrift“ zu transkribieren, mit dem Ziel, sie ihren Kindern und Kindeskindern zu erschließen, „wenn sie einmal eine Familiengeschichte schreiben wollen“.²⁸

Gertrud Bargstädt schrieb, dass sie beim Entziffern der Korrespondenz ihrer Eltern feststellte, „was für ein wichtiges und unersetzliches Dokument sie darstellt“.²⁹ Das kann ich nach der Lektüre der gesamten Korrespondenz nur bestätigen. Die Briefe von Oscar Toepffer zeigen ihn aus einer ganz anderen Perspektive, als man in Kenntnis seiner Karriere als Verwaltungsjurist vermuten konnte. Sie zeigen auch, dass Toepffer, auch wenn er erst 1937 als Berufsbeamter Parteimitglied wurde, schon ab 1933 eine starke Sympathie für die neue Bewegung und ihre Repräsentanten entwickelte. Diese blieb über fast die gesamte Kriegszeit erhalten, wobei die Sorgen, die es bei den Toepffers genauso wie in der übrigen Bevölkerung Hamburgs spätestens 1943 nach den verheerenden Bombenangriffen gab, in den Briefen deutlich wurden, wenngleich Oscar Toepffer als Hauptmann beim „Aufbau der Küstenverteidigung in Dänemark seit 1941“ einen eher geruhsamen Wehrmachtsposten innehatte.

Mein Kontakt zur Familie Toepffer war über den Sohn der zweiten Tochter von Oscar Toepffer und seiner Ehefrau, Gretchen Beermann, geb. Toepffer, entstanden. Wolfgang Beermann, ein Hamburger Lehrer und GEW-Kollege, der mit

Oscar und Gretchen
Toepffer mit ihren
Töchtern Gertrud (r.),
Gretchen (hinten) und
Sohn Heinrich, 1940



seiner Ehefrau und seinen beiden Kindern am 18.7.2016 durch einen tragischen Verkehrsunfall ums Leben kam, hatte mich am 21.2.2013 zum ersten Mal angeschrieben, weil er in der Serie in der „Hamburger Lehrerzeitung“, in der ich Biografien der NS-Verantwortlichen im Hamburger Schulwesen veröffentlichte, auch etwas über seinen Großvater, Oscar Toepffer, gelesen hatte. Daraus entstand eine schriftliche Kommunikation, persönliche Gespräche und ich erhielt den Hinweis auf die Briefkorrespondenz seiner Großeltern und die Möglichkeit, diese für ein abgerundetes Bild von Oscar Toepffer einsehen zu können. Ich habe dann sowohl mit Gertrud Bargstädt als auch mit Wolfgang Beermann und seiner Mutter Gretchen Beermann einige Gespräche geführt und die Erlaubnis bekommen, die 200-seitige Briefkorrespondenz zu lesen und auswerten zu können.

Wenn ich jetzt politisch relevante und für die Persönlichkeit Oscar Toepffers bedeutsame Auszüge aus dem Briefwechsel zitiere, bleibt ein sehr großer Teil der natürlich häufig persönlichen Aussagen unberücksichtigt. Aber es ergibt sich ein Bild, das wesentlich differenzierter ist, als alle verarbeiteten Dokumente es zeichnen könnten. Und vermutlich repräsentiert die Korrespondenz das, was in großen Teilen der Hamburger Bevölkerung gedacht wurde.

Oscar Toepffer war am 2.9.1939 in den Krieg gezogen.

Polenfeldzug: „3.9.1939: Inzwischen hat England sich auf seine Bündnispflichten besonnen. Soll es! Was wollen die uns schon? Ob du wohl den Anbau von Kartoffeln und Gemüse in Erwägung ziehst? Ich würde es erst entscheiden, wenn die Jahreszeit die Entscheidung fordert, eher nicht. Ist bis dahin das Ende dieses

Krieges noch nicht abzusehen, würde ich anbauen, was der Verpflegung dient ... Ich bin gespannt, wie lange die polnische Expedition dauert. Ich schätze äußerst zwei Monate. Dann wird alles besetzt sein, was wir haben wollen, und wir ‚sitten dor op‘, und die Engländer und Franzosen können uns im Mondschein begegnen.

9.9.1939: Ich nehme an, daß der lächerliche Luftangriff auf Cuxhaven, von dem wir hören, Euch alle nicht beunruhigt hat ... Unser Marsch aus Schlesien an die Front war anstrengend, besonders weil nachts ohne Licht gefahren wurde ... Es gehen Gerüchte von einer Art Ultimatum von Seiten Rußlands und Italiens an England. Was mag daran sein? An eine längere Dauer des Krieges kann ich einstweilen nicht glauben. Ich bin davon überzeugt, daß der Führer nach Überwindung Polens den Weg zu einem Frieden finden wird.

10.9.1939: Mir scheint, daß der polnische Feldzug so gut wie beendet ist. Feindliches Feuer haben wir überhaupt noch nicht bekommen ... Daß mich die Aufgabe, eine Kolonne zu führen, sonderlich befriedigte, kann ich nicht behaupten. Aber sei ohne Sorge, ich melde mich nicht zu etwas anderem.

19.9.1939: Marschieren wir seit Schlesien rund 1500 km ... Gekämpft wurde von der Infanterie in diesen Tagen heftig. Ich habe mich nur mittelbar mit Munition beteiligt.

21.9.1939: 12 km nordwestlich Warschau. Nun liegen wir vor Warschau und klopfen die Polen mürbe, um die Hauptstadt des Landes zu gewinnen ... Nach der Danziger Rede des Führers sieht es ja so aus, als ob wir das mit Rußland vereinbarte Gebiet nahezu besetzt hätten.

26.9.1939: Ich kann nur hoffen, daß der Führer Mittel und Wege findet, um eine Auseinandersetzung im Westen zu vermeiden ... In Lodz gibt es alles. Stoffe kaufen sich die Herren von der Etappe. Gestern zogen hier zahlreiche Flüchtlinge vorbei, die aus der vordersten Linie kamen und aus irgendwelchen Gründen ihre Häuser räumen mußten. Ein erschütterndes Bild! Aber so ist der Krieg. Möge der Krieg niemals auf deutschem Boden ausgefochten werden!

27.9.1939, vor Warschau: Heute vormittag hat Warschau kapituliert. Nun ist der polnische Feldzug endgültig beendet. Gott sei Dank! Wir haben nun Aussicht, aus dem polnischen Dreck herauszukommen. Ich hoffe, Euch alle bald gesund und munter zu begrüßen, wenn es nicht gleich an den Westwall geht.

1.10.1939, vor Warschau: Ich bin mir darüber klar, daß die Entscheidung über den Frieden jetzt vor allem von Frankreich und England abhängt. Ich habe heute noch das Vergnügen, zwei meiner Leute zum Eisernen Kreuz vorschlagen zu können. Aber wir Offiziere sollen auf Wunsch des Kommandeurs erst noch mal zurückstehen, zumal wir bereits aus dem letzten Krieg ausgezeichnet sind. Ganz vermag ich das nicht einzusehen.

3.10.1939: Auf dem Marsch nach Deutschland!

22.10.1939, im Rheinland: Ich will mich nachher beim Abteilungskommandeur in meiner neuen Hauptmannswürde melden. Es soll ein Befehl bestehen, der der deutschen Artillerie verbietet, auf französischen Boden zu schießen. Alles spricht davon, daß Weihnachten Frieden sein soll.

10.11.1939: Ich erhielt außerdem Glückwünsche von Kaufmann (Reichsstatthalter und Gauleiter), Ahrens (Staatssekretär), Krogmann (Bürgermeister) etc.“³⁰ Oscar Toepffer hatte am 4.11.1939 seinen 43-jährigen Geburtstag gehabt.

„14.11.1939, Mönchengladbach: Gelegentlich halte ich etwas Unterricht ab, so heute unter anderem über Knigges Umgang mit Quartierswirten und deren Töchtern ... Was mit uns beabsichtigt ist, weiß nach wie vor kein Mensch. An Maßnahmen gegenüber Holland oder Belgien kann ich nicht glauben, weil ich mir nicht vorstellen kann, daß diese Staaten uns einen Grund zum Einschreiten geben oder sich gar einverstanden erklären ... Lindemann (Senatssyndikus, Pressereferent) hat mir übrigens 40 Bücher für die Kolonne in Aussicht gestellt, die er aus der Hamburger Büchersammlung beiseite geschafft hat. Auf den Radioapparat vom Reichsstatthalter warte ich noch.

17.11.1939: In der Hamburger Verwaltung hat man ja gründlich befördert. Ich möchte nur wissen, wo all die neuen Stellen herkommen.

19.12.1939: Urlaub zu Weihnachten gibt es für mich nicht. Umso größer war die Freude, als ich mit einigen anderen Offizieren und Mannschaften heute zu Major Andersen bestellt wurde und die Spange zum EK (Eisernes Kreuz zweiter Klasse) erhielt. Das gibt wieder Auftrieb.

27.12.1939: Der Kommandeur sagte mir am 23., daß ich als Hauptmann auf die Dauer keine Kolonne führen soll. Du weißt, liebe Frau, daß diese Auffassung meinen Wünschen nicht zuwider ist. Denn wenn ich Artillerist sein soll, will ich es als Batteriechef oder später als Abteilungskommandeur sein. Bei meiner gegenwärtigen Abteilung bleibe ich auf keinen Fall. Vom Rechtsamt erhielt ich ein Päckchen mit einem Buch, ferner Päckchen vom Gauleiter, von der NSDAP-Ortsgruppe Wohldorf und von dem guten Niehaus, worüber ich mich besonders freute.“³¹ Gertrud Bargstädt schrieb erklärend dazu, daß Oscar Toepffer, Parteigenosse seit 1937, als Beamter „damals genötigt wurde, in die NSDAP einzutreten – sollte sich nach Ansicht des Blockwartes Niehaus in der Ortsgruppe Wohldorf-Ohlstedt als Parteigenosse reger betätigen.“ Nach Oscar Toepffers „Rücksprache mit dem Reichsstatthalter Kaufmann beschloß dieser, sozusagen eine Ortsgruppe Rathaus zu gründen, deren Ortsgruppenleiter er selber sei und deren Mitglieder die Beamten der Staatsverwaltung seien: Begründung, meine Beamten sollen für den Staat arbeiten und ihre Zeit nicht in nutzloser Parteiarbeit vertun“.³²

„30.12.1939, Mönchengladbach: Ich hätte ja kaum gedacht, daß der Krieg länger als ein paar Monate dauern würde. Ich bin auch heute in dieser Beziehung noch durchaus zuversichtlich.“³³

Gretchen Toepffer schrieb am 21.12.1939: „Die ganze Familie freut sich über den Vati, der jetzt die Spange (1939) zum Eisernen Kreuz (von 1914, zweite Klasse) trägt, und wir gratulieren Dir herzlichst. Wir sind mächtig stolz auf Dich, erst den Senator, und nun noch die Spange.“³⁴ Dann startete der Frankreichfeldzug.

„11.5.1940: Du kannst stolz darauf sein, daß Dein Mann bei dem Entscheidungskampf um Deutschlands Zukunft dabei sein kann. Die Grenze haben wir gestern früh 7 Min. vor 7 Uhr passiert und trafen eine uns neugierig und nicht ablehnend musternde Bevölkerung. Einige waren sogar begeistert.

12.5.1940: Wir sind schon ein Land weiter, und unsere Gegner laufen so schnell, daß wir kaum nachkommen können. Ein merkwürdiger Krieg. Die natürlichen Verteidigungsanlagen werden nicht benutzt. Das läßt sich noch einfacher an als in Polen. Die hätten sich in diesem Waldgelände bestimmt zäh verteidigt ... Die Nacht verbrachte ich in einer komfortablen Villa mit einem besonders werten Weinkeller und mit Konserven und anderen Vorräten, die wir kurzerhand der Feldküche zuführten. Auch der Wein wurde für die gesamte Abteilung requiriert, damit unsere Leute heute Abend jeder eine halbe Flasche bekommen können. Gute Zigarren fanden sich obendrein. Ein Leben wie Gott in Frankreich! Die Bewohner sind geflüchtet. Warum eigentlich? Wir hätten ihnen bestimmt nichts getan.

16.5.1940: Das Ganze ist mehr ein Pfingstausflug als Krieg. Dazu herrliches Wetter. Und wir leben vortrefflich mit erbeutetem Burgunder und viel Eiern und Schokolade und Kaffee und guten holländischen Zigarren. Seit heute sind wir im französischen Sprachgebiet, sodaß ich Gelegenheit habe, meine Sprachkenntnisse aufzufrischen ... Ich bin stolz darauf, dabei sein zu dürfen, und bin überzeugt davon, daß es uns bald gelingen wird, den Krieg siegreich zu beenden.

18.5.1940: Die deutschen Truppen ziehen westwärts, und man hört keinen Schuß und sieht keinen feindlichen Flieger. Mir scheint in Hamburg ist dickere Luft als hier, denn heute hörten wir, daß englische Flieger Bomben über Hamburg abgeworfen hätten ... Um Euch in Wohldorf bin ich nicht besorgt. Und außerdem habt Ihr den besten Luftschutzkeller der Umgegend ... Die Erfolge der deutschen Truppen sind fabelhaft. Es geht wirklich noch schneller als in Polen. Wer hätte das gedacht! Ich wage nicht zu prophezeien, wann unsere Schläge den Gegner mürbe gemacht haben werden. Aber daß wir dem Endsieg näher rücken, ist zweifellos ... Die Bewohner sind vielfach geflüchtet, sehr zu ihrem Schaden, denn es ist gar nicht zu vermeiden, daß die Häuser, die leer und ohne Aufsicht stehen, durchwühlt werden. Ich habe als Chefwagen jetzt einen Chevrolet-Cabriolet.

30.5.1940 (in Flandern): Die belgischen Soldaten zogen an uns vorbei auf die Heimat zu. Der Katzenjammer wird nachkommen. Denn nun müssen England und Frankreich erkannt haben, daß die deutsche Führung mit der von 1914 nicht zu vergleichen ist. Was damals hier in Flandern mißlang, haben wir jetzt spielend erreicht. Hier hat also damals eine Batterie gestanden. Da liegen über 10.000 deutsche Soldaten begraben. Etwa 6000 benannte und der Rest unbenannt. Eine kleine Ehrenhalle enthält an den Wänden auf Holztafeln die Namen von über 5000 gefallenen deutschen Studenten. Damals ist hier die Blüte der deutschen Jugend in den Tod gegangen. Heute ist das deutsche Heer fast ohne Verluste hier einmarschiert. Man wird eines Tages die Frage aufwerfen, ob der Führer als Staatsmann oder als Feldherr größer war. Am Ende muß unser Sohn noch mal einen Aufsatz darüber schreiben.

31.5.1940: Verpflegung tadellos, Sonnenschein. Bisher die unvorstellbaren Erfolge. Und die Hoffnung, daß es der deutschen Führung bald gelingen wird, solche Schläge gegen England zu führen, die den Krieg beenden.

2.6.1940 (in Stellung vor Düнкirchen): Wir sind hier eingesetzt, um den Engländern den Rest zu geben. Und das wird gründlich besorgt. Wir selbst bleiben unbehelligt aber schießen feste nach Düнкirchen und anderen Stellen an der Küste. Die Straßen zur Küste machen einen trostlosen Eindruck. Fahrzeug steht an Fahrzeug. Alles fast nagelneue englische und französische Militärfahrzeuge. Millionenwerte liegen da, alles fluchtartig verlassen. Wir benutzen die Gelegenheit, um uns mit fahrbaren Untersätzen gesund zu machen. Riesige Vorräte sind zu finden. Die stehengebliebenen Militärfahrzeuge zählen nicht nach Hunderten, sondern belaufen sich wohl auf mehrere 1000 ... Ich hatte heute einen Brief vom Reichsstatthalter, in dem er mir die Verleihung des silbernen Treudienst-Ehrenzeichens mitteilt ... Schon 25 Jahre treue Dienste soll ich geleistet haben.

5.6.1940: Jetzt bin ich der Meinung, daß wir bald in Paris einmarschieren werden und hoffe, dabei zu sein.

27.6.1940: So bei kleinem muß ich mich wohl mit dem Gedanken vertraut machen, daß der Krieg eines Tages zu Ende geht und ich wieder in meinen zivilen Beruf zurückkehre. Es wird mir und allen, die jetzt im Felde stehen, nicht ganz leicht fallen, wieder in die alte Tretmühle zurückzukehren.³⁵ Oscar Toepffers Tochter Gertrud erinnerte daran, daß ihr Vater vor dem Krieg sehr viel gearbeitet hatte „und aus seinen Ferien meist vorzeitig zurückgeholt wurde“. Und: Man plante, „ihn nach Belgien zu schicken als Ministerialdirektor für eine der Hauptabteilungen“. Vorgesehen waren außerdem einige andere Beamte, die Oscar Toepffer „für nicht geeignet hielt. Es wurde nichts daraus.“³⁶

Toepffer: „10.9.1940: Na, ich denke, Hermann Göring wird den Engländer bald mürbe geklopft haben. Ob es überhaupt noch zu einer kriegerischen Handlung kommt?

15.9.1940: Da wir in der Abteilung beim Stab noch zwei Hauptleute haben, die Batterien führen können, muß ich damit rechnen, daß ich als abkömmlich bezeichnet werde. Dann könnte ich mich eines Tages in der Militärverwaltung wiederfinden. Ich kann nicht beurteilen, ob es dem Herrn Reichsstatthalter ohne weiteres möglich sein würde, mich da wieder loszueisen. Denn ich würde selbstverständlich lieber in Hamburg Dienst tun als in der Militärverwaltung, dazu bin ich nicht Soldat geworden. Ich habe dem Reichsstatthalter diesen Sachverhalt geschildert und es seiner Entscheidung überlassen, ob er bezüglich meiner Reklamation für die Hamburgische Verwaltung Folgerungen daraus ziehen will.“³⁷

Oscar Toepffer kehrte für einige Monate nach Hamburg zurück und übernahm für den in den Krieg gezogenen Kurt Witt auch die Funktion des Schulsenators.

Gretchen Toepffer hatte am 30.1.1940 geschrieben:

„Übrigens hat Hitler angeordnet, daß in den Schulen nur noch von ‚unseren‘ Kolonien und nicht mehr von ‚ehemaligen‘ Kolonien geredet werden darf, da wir niemals in den Raub eingewilligt haben. Wir hörten gestern Abend Radio. Unsere Propaganda ist doch fabelhaft. Und heute spricht der Führer. Selbstverständlich hören wir die Rede.

1.3.1940: Hoffen wir weiter, daß der Krieg nicht länger dauern wird, ich tue es in fester Zuversicht und mit festem Vertrauen zu Hitler, und die Jahre die dann kommen, sollen umso schöner werden ... Ich lege noch zwei weitere Flugblätter ein, ich meine es wird Dich interessieren zu lesen, was uns die blöden Engländer zu Lesen zumuten.

16.4.1940: Aus kleinen Zeitungsartikeln der letzten Tage muss man fast annehmen, daß auch Italien eines Tages nicht mehr ruhig zusehen wird. Das Beste ist, restlos auf Hitler zu vertrauen.

1.5.1940: Ich stand den ganzen Tag unter dem Eindruck des heutigen Tagesbefehls des Führers an die Truppen in Norwegen. Wenn der Führer solche Worte findet, weiß man die Taten und die Erfolge unserer Soldaten erst richtig zu würdigen, und immer mehr wird mir klar, wie richtig es war, die Küste Norwegens zu besetzen. Ich bewundere auch die Leistung, die darin besteht, daß bis ins kleinste alles für ein solches Unternehmen vorbereitet ist und alles, was kommen könnte, bedacht wird. Du hast so manchmal gesagt, es gibt so wenig Leute, die wirklich eine Sache bis zu Ende durchdenken können, hier ist aber so gearbeitet worden. Ich bin voller Bewunderung und spreche mit den Kindern davon, die doch diese Zeit mit wachen Augen erleben sollen ... Vor 7 Jahren erlebten wir den 1. Mai in Berlin, ich sah zum ersten Mal voller Spannung den Führer, voller Verehrung sah ich auf zu dem alten Hindenburg, und wir beide fragten uns, was wird Hitler uns bringen. Und was hat sich alles seit diesem 1. Mai in Deutschland verändert! Und was werden wir noch erleben!“³⁸

Positive Grundhaltungen gegenüber den nationalsozialistischen Führungspersonen waren demnach sowohl bei Oscar Toepffer als auch bei seiner Frau Gretchen vorhanden, wenn auch 1933 noch mit einer gewissen Skepsis.

Am 21.5.1940 schrieb Gretchen Toepffer: „Und dann die Äußerungen Görings, daß der geniale Feldzugplan Hitlers Werk ist! Weißt Du noch, daß Du mir nach dem Polenfeldzug sagtest, Du hättest das Gefühl, daß Hitler sehr aktiv an allen Kriegshandlungen und Entschlüssen teilnehme.“ Und sie berichtete von ihrer Tochter, die gesagt hatte: „Mutti, daß wir diese Zeit mit dem Führer erleben dürfen!“³⁹

Oscar Toepffer war mittlerweile wieder in den Krieg zurückgekehrt, jetzt zum „Aufbau der Küstenverteidigung“ in Dänemark eingesetzt. Er schrieb am 3.10.1941: „Heute nachmittag hörte ich die Führerrede. Danach dürfte ein Vorstoß auf Moskau bevorstehen. Es war doch wieder eine fabelhafte Rede. Bemerkenswert auch die Wiederholung der Erklärung, daß er die Engländer gern zu Freunden gehabt hätte.“⁴⁰

Gretchen Toepffer berichtete am 11.7.1941, dass Senatssyndikus und Pressechef Dr. Lindemann, ein enger Vertrauter von Oscar Toepffer, erklärt hatte, „man wäre der Meinung gewesen, der russische Feldzug würde sechs Wochen dauern, hätte aber einen so zähen Widerstand der Russen nicht erwartet. Von Amerika meinte er, daß wir auch das Lande amerikanischer Soldaten auf Island hinnehmen würden, wir hielten daran fest, bis zum Äußersten zu vermeiden, daß es zwischen uns und Amerika zum Kriege kommt ... Und ich weiß nicht, warum mich nach wie vor dieser russische Feldzug so bedrückt.“⁴¹

Am 19.7.1941 schrieb Gretchen Toepffer: „Dr. Lindemann erzählte mir, daß bislang 6500 Mann in der Verwaltung fehlten, jetzt fehlten 8500. Wir sprachen dann über Rußland, und er meinte, 12 Millionen Mann sollen dort angesiedelt werden. Was stehen da für große Aufgaben bevor!“⁴²

Nun wurde auch in Hamburg darüber geredet, was deutsche Soldaten aus der Sowjetunion nach Hause schrieben. Gretchen Toepffer: „Die Freude über die ganz großen Erfolge im Osten! Ich meine, sehr viel Elite kann von der russischen Armee nicht mehr übrig sein, so daß der Widerstand bei den nächsten Operationen leichter zu brechen sein wird. Dr. C. soll geschrieben haben: ‚Seit ich die russischen Zustände kennen gelernt habe, weiß ich erst, wie dankbar wir sein müssen, einen solchen Führer zu besitzen.‘“⁴³

Am 4.10.1941 schrieb sie: „Hast du gestern die Führerrede gehört? Mir hat sie geholfen, recht mutig in die Zukunft zu schauen. Man kann also hoffen, den Russen wirklich kleinzukriegen. Allerdings wann es mit England mal zu Ende gehen soll, scheint noch in weiter Ferne zu liegen.“⁴⁴

Es mischten sich jetzt immer mehr skeptische Töne in die gegenseitigen Schreiben. Am 11.10.1941 schrieb Gretchen Toepffer: „Es ist erschütternd, und die Tränen können einem kommen, wenn man an all die Jungen denkt, die im Osten gefallen sind. Müssen denn all die Wohldorfer Jungen dran glauben? Es ist furchtbar.“⁴⁵

Am 1.1.1942 wurden auch von Oscar Toepffer zum ersten Mal zu einer Rede von Adolf Hitler kritische Anmerkungen gemacht: „Was ich gehört habe, hat mir nicht recht gefallen. Diese Rechtfertigung schien mir überflüssig. Ich hatte den Eindruck, daß die Rede für das Ausland bestimmt sei, anders kann ich mir manches nicht erklären. Die Wendung, es könne und müsse uns gelingen, die russischen Angriffe abzuwehren – oder so ähnlich – klang sehr ernst. Ein solcher Aufruf soll doch erhebend und ermutigend wirken. Das hat er bei mir nicht getan. Damit soll nicht gesagt sein, daß ich plötzlich voll von Bedenken wäre. Wenn wir im Augenblick im Osten und in Afrika Schwierigkeiten haben, so wäre es mir lieber gewesen, wenn der Führer es klar ausgesprochen hätte ... Eine kleine Hoffnung, daß in diesem Jahr die Entscheidung fällt, hat uns der Führer ja gelassen ...“⁴⁶

Am 23.3.1942 stellte Oscar Toepffer fest: „Der Krieg ist eine stärkere seelische Belastung, als wir uns klarmachen und bei dem einen wirkt so etwas stärker auf den Körper als bei anderen ... Ja, die Gespräche, die man in verantwortlichen Kreisen über die Zukunft führt, sind sicherlich sehr ernsten Tones. Ich bleibe bei der Meinung, daß der vergangene Winter wohl am schwersten war. Ich glaube daran, daß es uns schon bald gelingen wird, das Blatt in Russland zu wenden und die Russen klein zu kriegen. Was im Weltkrieg zu einer Zeit gelang, wo wir außerdem gegen Frankreich und Italien kämpfen mußten, das bringen wir in diesem bevorstehenden zweiten Ansturm gegen Rußland bestimmt fertig.“⁴⁷

Oscar Toepffer berichtete aus Dänemark, dass er jetzt einige Kriegsgerichtssitzungen durchführen musste als Vorsitzender. Gleichzeitig bekam er die Information, wie es seiner alten Batterie in Russland ging: „Die Batterie verlor in kurzer Zeit alle drei Offiziere, fünf Wachtmeister und Unteroffiziere, 18 Mann. Vielleicht lebt ein Teil noch in Gefangenschaft. Daß alle drei Batterien ihre sämtlichen Geschütze, Fahrzeuge und alles Gepäck verloren haben, wußte ich wohl schon bei unserem letzten Beisammensein. Wirklich, die Batterie hat viel durchmachen müssen. Vor welchem Schicksal bin ich bewahrt geblieben?“ Und im gleichen Brief schrieb er über eine Rede von Hermann Göring: „Er trifft doch das rechte Wort zur rechten Stunde und stellt die Dinge so dar, wie sie sind. Im übrigen ist meine Meinung unverändert die, daß England und Amerika den Krieg verloren haben werden, wenn sie nicht hindern können, daß wir mit Rußland fertig werden. Besonders gefallen hat mir, was Göring über unsere Verpflichtung gegenüber unseren Kindern sagte. Wir müssen diesen Krieg führen, damit unsere Kinder es einst besser haben. Und

ich meine, wenn wir ehrlich antworten, so müssen wir noch zugeben, daß wir es noch gar nicht mal schlecht gehabt haben. Wie schnell werden später diese Kriegsjahre überwunden sein!“⁴⁸

Der Einsatz von Oscar Toepffer in Dänemark war nicht so aufreibend, dass er nicht auch mit politischen Größen in Hamburg korrespondieren konnte:

„Heute schrieb ich an Herrn von Allwörden zu seinem 50. Geburtstag. Ich vergesse es ihm nicht, daß er für mich eingetreten ist, wie ich 1933 von der Landherrenschaft angegriffen wurde.“⁴⁹ Wilhelm von Allwörden war als einer der langjährigen und starken Nationalsozialisten in Hamburg, Fraktionsführer der NSDAP in der Bürgerschaft vor 1933 und in der gesamten Zeit der NS-Herrschaft.

Und auch Bürgermeister Carl Vincent Krogmann und dessen Ehefrau schrieb Oscar Toepffer am 19.6.1942 zur silbernen Hochzeit, verbunden mit einem Geschenk, das er ausführlich kommentierte.⁵⁰

Neben den Sorgen über die Bombardierung von Hamburg (Oscar Toepffer: „Es ist schon eine Gemeinheit, friedliche Städte so zuzurichten! Der Teufel soll die Engländer und den ganzen Krieg holen!“⁵¹) wurden auch Beförderungen vermeldet: „Lindemann schrieb mir, daß der Reichsstatthalter neben seinem Hamburger Amt Reichsminister für die Seeschifffahrt geworden ist und die Schifffahrtsabteilung des Reichsverkehrsministeriums übernimmt. Er hält sich vier Tage in der Woche in Berlin auf und richtet sich Büros in allen europäischen Ländern ein. Sonst scheint es in der Verwaltung ruhig herzugehen.“⁵² Und auch die Beförderung von Curt Rothenberger wurde vermeldet. Über die Ernennung des Hamburger Justizsenators zum Staatssekretär im Justizministerium in Berlin „habe ich mich gefreut. Sie beweist mir, daß man keinen wilden Kurs will, sondern eine verständige Entwicklung“, notierte Oscar Toepffer.⁵³

In eigener Sache konnte er vermelden, dass er am 22.9.1942 zum Major befördert worden war.⁵⁴

Die Kommentierung der Reden von Adolf Hitler wurde nüchterner. Am 8.11.1942:

„Auch war ja um 18 Uhr die Rede des Führers anzuhören. Viel Inhalt hatte sie nicht. Er hat ja ganz recht, wenn er sagt, daß jetzt nicht viel zu reden ist. Neue Gedanken fielen mir nicht auf.“⁵⁵

Im Weiteren wird deutlich, dass Oscar Toepffer zwischen zunehmenden Sorgen und Vertrauen in die militärische Führung schwankt, aber immer noch aus der gesicherten Position an der dänischen Küste.

„25.1.1943: Man sagt, wir hätten sehr viele Truppen abgezogen (im Osten), um sie für den Kampf im Frühjahr zu rüsten. Wenn wir uns das noch leisten können, kann es nicht so ganz schlimm stehen. Aber Stalingrad ist wohl sehr gefährdet ...

Wir bekamen in diesen Tagen einen Befehl des Reichsmarschalls (Göring) für alle Wehrmachtteile, danach wird die Anrede in der dritten Person abgeschafft. Also nicht mehr: ‚Haben Herr General noch Befehle?‘ sondern ‚Herr General, haben Sie noch Befehle?‘ Interessant ist die Begründung: Es kommt vor, dass Leute, die im zivilen Leben bedeutende Stellungen bekleiden, Untergebene von Vorgesetzten seien, deren Stellung der zivilen Stellung der Untergebenen gewissermaßen unterlegen sei. Und schließlich werde der Führer von niemand in der dritten Person angedredet. Ich habe mich ja 1935 und 1939 schwer an die dritte Person gewöhnen müssen. Aber jetzt fällt mir die Umstellung wieder nicht ganz leicht.

31.1.1943: Ich hörte, daß der Engländer letzte Nacht die Elbbrücken und Hamburg heimgesucht hat, sogar mit einem gewissen Erfolg. Daß Ihr jetzt auch wieder mit Tagesangriffen bedacht seid, ist ein ausgesprochen unfreundlicher Akt. Aber wartet nur, Ihr Engländer, eines Tages kommt der von Hermann Göring angekündigte Tag! ... Welch ein Jammer an der Ostfront. Durch Görings fabelhafte Rede ist einem das erst richtig klar geworden. Aber auch, daß keine Veranlassung besteht, das Unglück größer zu sehen als es ist. Wie sind die Eltern und Frauen zu bedauern, die einen Soldaten in Stalingrad haben! Das zu ertragen, übersteigt wohl fast des Menschen Kraft.

5.2.1943: Eine sorgenvolle Zeit! Aber wir werden es schon schaffen. Immerhin erfahren wir jetzt, was es heißt, wenn der Siegeszug unterbrochen wird und Niederlagen ertragen werden müssen. Die seelische Belastung für diejenigen, die ihre Angehörigen dabei wissen, muß sehr groß sein. Denn wie lange wird es dauern, bis sie erfahren, ob ihr Sohn oder Mann sich in Gefangenschaft befindet. Und in wie vielen Tausenden von Fällen werden sie niemals Nachricht erhalten! Aber das muß überwunden werden. Hoffen wir, daß die verlorenen Gebiete im Sommer zurückerobert werden und noch andere dazu ... Ach, es geht uns hier ja viel zu gut.“⁵⁶

Regelmäßig war die Rede davon, insbesondere in den Schreiben von Gretchen Toepffer, dass Oscar Toepffer immer wieder Koffer mit Lebensmitteln nach Hause schicken konnte.

„21.3.1943: Heute mittag hörte ich die Führerrede und war ergriffen vor allem von der Begrüßung der Verwundeten. Die Rede selbst klang sicher und zuversichtlich. Die vom Führer geschilderte Festlegung der Lage ward erhärtet durch die Aufhebung der Urlaubssperre. Besser konnte man vor aller Welt nicht bezeugen, daß jede Gefahr gebannt ist. So dürfen wir hoffen, daß wir im Sommer im Osten große Erfolge erringen werden. Die Zahl der Gefallenen ist etwa 1/4 der Toten des Weltkrieges. Aber der Krieg ist noch nicht zu Ende ... Ich las in diesen Tagen in einer von der Wehrmacht herausgegebenen Schrift über Partei und Wehrmacht. Danach soll die Wehrmacht gegenwärtig die Erziehungsaufgabe mit übernehmen, die sonst der

Partei zufällt. Sie soll die Soldaten also politisch schulen. Man will eine politische Wehrmacht und eine soldatische Partei und findet ermahrende Worte über das Einvernehmen zwischen beiden. Woran liegt es, daß mancher von der Partei nicht viel wissen will? Sicherlich kann so ein Mann vieles verderben. Aber vernünftige Leute müssen doch zugeben, daß die Führung durchweg in Ordnung ist. Ich glaube, es ist vor allem das Hineinreden in Privatangelegenheiten, was die Menschen verdrießt. Der Mensch will eine persönliche Freiheit. In seiner karg bemessenen Freizeit will er tun und lassen können, was ihm beliebt. Hoffen wir, daß es nach dem Kriege möglich wird, solche Wünsche zu erfüllen ... Daß ich nicht für das Führerhauptquartier ausersehen worden bin, darüber bin ich nicht böse. Denn wie ich gehört habe, wäre das eine Referententätigkeit geworden, die mir wahrscheinlich nicht mehr liegt. Als Kommandeur habe ich vermutlich mehr Selbständigkeit. Wenn ich mich schon verändern sollte, so würde mich immer noch eine motorische Abteilung reizen. Aber dazu bin ich wohl schon zu alt.

8.5.1943: Heute kam der Wehrmachtsbericht mit der Räumung von Bizerta heraus. Das ist wohl der Anfang vom Ende der so stolzen afrikanischen Unternehmungen. Es ist ein Jammer! Wenn man sich vorstellt, daß Rommel vor den Toren Ägyptens stand, und nun die ziemlich sichere Aussicht auf einen verlustreichen Rückzug! Es ekelt mich an, wenn ich im ‚Reich‘ von Dr. Goebbels lese, daß an der Peripherie des Kampfgebietes so kleine Schwierigkeiten und Rückschläge zu verzeichnen seien, die aber aufs Ganze gesehen, kaum ins Gewicht fielen. Als ob es nicht wieder die Besten wären, die nun bis zu einem schweren Ende kämpfen werden. In einem mag Goebbels ja recht haben: Wir müssen den Kopf hoch halten, was auch kommen mag. Hoffen wir also, daß es bald anders werde. Aber das verflixte Gefühl kann ich nicht loswerden, daß zur Zeit unsere Gegner uns dauernd in Zugzwang versetzen.“⁵⁷

Während der Bombenangriffe auf Hamburg schrieb Oscar Toepffer am 30.7.1943: „Es müssen fürchterliche Stunden sein, die Ihr durchgemacht habt. Nicht auszudenken sind Not und Elend der Betroffenen. Dich und die Kinder hoffe ich unversehrt ... Auch über Mutter und wegen der Tanten in Wandsbek bin ich sehr beunruhigt. Aber es hilft nichts, ich muß mich in Geduld fassen. Ich kann jetzt keinen Urlaub erbitten, weil es nicht zu verantworten wäre, wollten wir die vielen Hamburger alle nach Hause schicken. Haltet den Kopf hoch, Ihr Lieben!“⁵⁸

Auch wenn es Oscar Toepffer in Dänemark sehr gut ging, hatte der Krieg auch ihn persönlich erreicht durch die Nachrichten nach dem Bombardement auf Hamburg. So schrieb er am 1.8.1943:

„Ich habe erfahren, daß die Walddörferbahn am vergangenen Sonntag, den 25. Juli, noch gefahren ist. So muß ich annehmen, daß Mutter sich nach dem ersten

Angriff zu Dir begeben hat ... Die Innenstadt stark betroffen. Die Sparkasse von 1827 zerstört, aber die Stahlfächer angeblich erhalten. Hopfenmarkt und Meißberg sollen sehr gelitten haben. Auch das Rathaus stark beschädigt. Am Alsterdamm erhebliche Verwüstungen. Desgleichen am Hauptbahnhof ... Schwere Verwüstungen in Hoheluft bis an den Schlump, ferner Berliner Tor und Wandsbek. Auch Barmbek wieder sehr mitgenommen. An Kirchen angeblich mehrere zerstört, darunter St. Georg und Nicolai. Das St. Georger Krankenhaus kaputt. Angeblich Seuchengefahr. Abtransport von Hunderttausenden von Menschen irgendwohin mit irgendwelchen Transportmitteln. Verpflegung durch besonders eingesetzte Dienste. Starker Einsatz von Wehrmacht. Der Hafen und die Industrie vermutlich so gut wie lahmgelegt.

15.8.1943: Ich kann mir nicht vorstellen, daß mit weiteren Angriffen für Wohldorf zu rechnen ist. Denn schon in Hamburg hat der Engländer es offenbar vermieden, die Villenviertel zu zerstören, wahrscheinlich, weil der Aufwand zu groß ist.

18.8.1943: Du schreibst darin, daß alle Zukunftsgedanken sinnlos sind und daß Dir nur der eine große Wunsch bleibt, daß der Herrgott uns fünf wieder gesund zusammenführt. Erschüttert hat mich dies und Dein Dank für den Fall, daß das Schicksal es anders gewollt habe. Ja, liebe Frau, jetzt merken wir erst richtig, was dieser Krieg bedeutet und daß es um die Entscheidung geht, ob Deutschland weiter bestehen oder untergehen soll. Wer weiß, was für Prüfungen uns noch auferlegt sind.“⁵⁹

Auch in Dänemark wurde es ungemütlicher: „Die Stimmung und Haltung der Bevölkerung wird ablehnender. Wer freundlich zu uns Deutschen ist oder uns was verkauft, bekommt anonyme Briefe mit der Drohung, daß man sein Verhalten nicht vergessen werde“, schrieb Oscar Toepffer am 17.8.1943.⁶⁰

Die Aussagen von Oscar Toepffer blieben schwankend:

„4.9.1943: Ich höre vom Osten nur das Beste. Andererseits vernimmt man, daß die Heimat hier und da schwarz sieht. Das wird daran liegen, daß die Männer fehlen. Und dann sind selbstverständlich die Luftangriffe eine schwere Belastung. Die Heimat ist zur Front geworden, aber ihr fehlen die Frontsoldaten und der Frontgeist. Die feste Zuversicht, die der brave Kämpfer in vorderster Linie hat und auf die wenigen schwächeren Kameraden überträgt, so daß alle eines Sinnes werden, dieses Vertrauen und den Sieg der deutschen Waffen muß die Heimat wiedergewinnen. Es gibt viele Frauen wie Dich, die Ihr letztlich ebenso denkt wie der Soldat an der Front und die Ihr mit Eurem Glauben die Schwächeren aufrichten und stärken könnt! Wenn man die Dinge so betrachtet, kann man schon verstehen, daß der Führer einen seiner willensstärksten Leute zum Innenminister (Himmler) gemacht hat und ich bin der Meinung, daß wir noch eine ganze Zeit warten müssen, bis wir Erfolge aufweisen können, die die Nation aufrichten.“

15.9.1943: Ich kann niemals glauben, daß diese Meckerer recht behalten könnten. Das ist Unsinn, was die Leute reden. Wir beherrschen Europa!“⁶¹

Am 10.11.1943 äußerte Oscar Toepffer erstmals Kritik an einer Hitler-Rede in seinen Briefen: „Manches war aus der Not der Zeit gesprochen. Aber manches gefiel mir nicht. So zum Beispiel der Vergleich mit 1923: ‚Die Sorgen von heute könnten nicht größer sein, als die von 1923 gewesen sind.‘ Wie kann man das vergleichen! Dann die Rede, daß wir die zerstörten Städte in 2 bis 3 Jahren wieder aufbauen könnten. Das halte ich schlechterdings für unmöglich. Die Bombengeschädigten werden als die Avantgarde der Rache bezeichnet; sie können nicht anders als an den Sieg glauben, weil sie nur durch einen Sieg wieder zu dem ihrigen kommen können. Aber so ist es doch gar nicht! Nicht aus materiellen Gründen erhoffen wir den Sieg sondern aus ideellen! Dann das Gerede vom ‚Nerven verlieren‘! Es wäre ja noch schöner, wenn die Führung die Nerven verlieren wollte! Sowas sollte man überhaupt nicht aussprechen. Vielleicht war ich nicht in der richtigen Stimmung, um diese Rede zu hören. Jedenfalls war ich enttäuscht. Ich meine, man braucht die Nation nicht auf diese Weise aufzuputzen, sondern es wäre besser, jeden einfach an die Pflichterfüllung zu erinnern.“⁶²

Aus den Schreiben von Gretchen Toepffer ging hervor, dass sie Kontakt sowohl zur Familie des Kaufmanns Alfred Toepfer pflegte und es auch Kontakte zur Familie von Reichsstatthalter Karl Kaufmann gab, dessen Frau mit den Kindern seit Herbst 1943 im Wohldorfer Herrenhaus wohnte. Die jüngere Tochter von Oscar Toepffer ging gemeinsam mit Kaufmanns Tochter Inge zur Schule.⁶³ Auch weiterhin erhielten die Toepffers zu Weihnachten Geschenke von Karl Kaufmann. Am 24.12.1943 berichtete Gretchen Toepffer: „Dann kam vom Statthalter eine große Kiste hereingeschleppt von SS Männern. Der Inhalt bestand aus zwei großen und zwei kleinen Dosen Fleisch, eine Dose Milch, eine kleine Fleischpastete, fünf Flaschen Rotwein, zwei Flaschen echten Genever, und dann – beglückend – zwei Pfund Mandeln und ein Pfund Kaffee.“⁶⁴

Am 20.4.1944 erhielt Major Oscar Toepffer das Kriegsverdienstkreuz Erster Klasse mit Schwertern verliehen. Am 19.6.1944 bekam er die Nachricht, zur Führerreserve des Oberkommandos des Heeres als höherer Artillerie-Kommandeur zu einem Lehr-Kommando nach Dalmatien versetzt zu werden.⁶⁵

Von dem Anschlag auf Adolf Hitler erfuhr er in Tirana und schrieb am 24.7.1944: „Das Attentat auf den Führer hat uns alle hier tief erschüttert. Wie ist es möglich, daß jemand glauben kann, er könne auf solche Weise seinem Vaterlande einen Dienst erweisen. Nicht vorstellbar sind die Folgen, wenn der Anschlag gelungen wäre. Daß die Attentäter bzw. ihre Helfershelfer sich im deutschen Offizierskorps befinden, ist tief betrüblich.“⁶⁶

Auch bei der Lehrkompanie in Dalmatien lebte Oscar Toepffer noch weit ab von den Gräueln des Kriegsgeschehens: „Die Offiziere wohnen in einer eingerichteten Villa und der Lehrstab in einer anderen, ehemaligen Judenvilla. Ich habe ein großes Zimmer mit schönem Ausblick über die Bucht und die vorgelagerten Inseln. Außerdem ein Badezimmer. Unten im Hause gibt es einen großen Raum, der etwas kitschig, aber leidlich behaglich eingerichtet ist. Hier im Hause finden sich eine Anzahl Bücher, auch Deutsch geschriebene. Ich beginne mir von Dostojewski etwas heraus zu nehmen. Aber ich glaube, daß es nicht richtig ist, von ihm etwas zu lesen, weil er mit Vorliebe unerfreuliche Zustände und Ereignisse beschreibt. Man braucht etwas Fröhliches und Positives in dieser Zeit.“⁶⁷

Im Oktober 1944 begann für Oscar Toepffer der Rückzug. In seinen Schreiben war von Bombenangriffen aus der Luft und immer wieder von Partisanen die Rede. Später wurde Oscar Toepffer zur Festung Schneidemühl beordert, danach nach Swinemünde, er geriet in bedrohliche Situationen und leitete am Ende im Mai 1945 ein Kommando, das mit einem ehemaligen französischen Frachtdampfer fast 5000 Soldaten über die Ostsee in die Kieler Bucht führte.⁶⁸ Auf abenteuerlichen Wegen gelangte Oscar Toepffer am 20. Mai 1945 zu seinem Haus in Wohldorf.⁶⁹

Über den weiteren Verlauf gibt es unterschiedliches Material. Abzusehen war ein Entnazifizierungsverfahren, dem sich alle deutschen Erwachsenen in ihren Heimatsorten unterziehen mussten. Darüber gibt es Unterlagen in der Entnazifizierungsakte Oscar Toepffers. Toepffer führte in dieser Zeit von Mai bis zum Spätherbst 1945 aber auch ein Tagebuch, das von seiner Tochter Gertrud ebenfalls transkribiert wurde. Er schrieb dazu: „Ich will heute darstellen, was sich seit der Beendigung der Feindseligkeiten bezüglich meiner Person zugetragen hat. Denn der Verlust meines Amtes ist eine in meinen und meiner Angehörigen Leben so einschneidende Tatsache, daß es notwendig ist, diese Entwicklung festzuhalten. Meine Kinder sollen wissen, wie es dazu gekommen ist.“⁷⁰

Erst einmal schien alles glatt zu laufen. Oscar Toepffer notierte am 30.9.1945: „Seit Pfingsten bin ich zu Hause. Nach wenigen Tagen habe ich meinen Dienst im Rathaus angetreten. Bürgermeister Petersen, bei dem ich mich meldete, empfing mich liebenswürdig. Meine Kameraden aus der Verwaltung, besonders die Herren Senatssyndici Dr. Lindemann und Dr. Grapengeter sowie Senator Martini hatten dafür gesorgt, daß mein Name der Militärregierung bereits aufgegeben worden war. Diese bestätigte mich alsbald vorläufig in meinem Amt (wie alle, die in ihren Ämtern verblieben oder neu eingetreten waren). Man beantragte bei der Militärregierung meine Entlassung (aus der Wehrmacht). Aber diese ließ sich viel Zeit. Am 28. September bin ich nun endlich entlassen worden. Der Zeremonie der Entlassung in der Hamburger Kunsthalle unterzog ich mich mit Bedenken. Ich nahm vorsichts-

halber einen Koffer und einen Rucksack mit, denn mancher höhere Beamte ist von der Entlassung nicht zurückgekehrt, sondern erneut verhaftet worden, wohl, weil man in ihm einen Kriegsverbrecher vermutete. Aber es ging alles glatt. Nun bin ich zehn Jahre meines Lebens Soldat gewesen. Sollte es zum Kriege mit Rußland kommen, um zusammen mit England den deutschen Osten zurückzugewinnen, so bin ich wieder dabei.“⁷¹

Oscar Toepffer beschrieb, was sich in der Hamburger Verwaltung nach Ende der NS-Herrschaft verändert hatte:

„Bald nach der Besetzung ließ der Chef der hiesigen Militärregierung die Leiter und die stellvertretenden Leiter aller wesentlichen Dienststellen kommen. Vorher hatten die Herren ihre Fragebögen einreichen müssen. Dann hielt man ihnen eine Ansprache, in der ihnen ihre schwere Schuld vorgehalten wurde. Einige Herren, darunter Bürgermeister Krogmann und Senatssyndikus Dr. Ziegler, wurden vom Fleck weg verhaftet. Andere wurden sofort entlassen aus ihren Ämtern. Der verbleibende Rest ward freundlicher angesprochen und zur Arbeit angehalten. Es stellte sich heraus, daß man als Grundsatz aufgestellt hatte, daß leitende Beamte, die vor dem 1. Mai 1937 der NSDAP beigetreten waren, nicht im Amte verblieben. Die 37er (– wir nannten uns scherzhaft wohl 37er Spätlese –) konnten bleiben. Von Kameraden aus der Zeit vor der englischen Besetzung fand ich insbesondere vor die Herren Senatoren Martini und Velthuysen, Senatssprecher Dr. Lindemann, Dr. Meincke, Dr. Grapengeter, Dr. Schultz (Staatsrat). Die Herren hatten als Bürgermeister Herrn Rudolf Petersen, den Bruder des 1933 aus dem Amte geschiedenen Bürgermeisters Carl Petersen, herangeholt. Zweifellos eine glückliche Wahl, denn P. spricht perfekt Englisch, hat nahe Verwandte in England und ist nicht rein arischer Abstammung. Übrigens spricht P. auch Russisch, so daß er allen denkbaren Anforderungen entsprach. Seine Wahl ist wohl das Verdienst des Senatssprechers Dr. Lindemann. Meine Kameraden, insbesondere die Herren Grapengeter, Lindemann und Martini, hatten auch bereits an mich gedacht und hatten meinen Namen in eine Liste aufgenommen mit dem Bemerken, daß ich der NSDAP erst seit 1937 angehört habe, so daß ich nach den oben wiedergegebenen Grundsätzen mit meiner Bestätigung rechnen konnte.“⁷²

Oscar Toepffer übernahm erneut das Amt als Leiter des Rechtsamtes. Es wurde einiges organisatorisch umgestellt. Man errichtete neu eine Beratungsstelle für Wiedergutmachungsansprüche mit der Aufgabe, denen zu helfen, die unter der Herrschaft des Nationalsozialismus wegen ihrer weltanschaulichen Einstellung oder ihrer politischen oder rassischen Zugehörigkeit einen Schaden erlitten hatten. Oscar Toepffer stellte fest: „Zu meinem Leidwesen unterstellte man diese Stelle mir. Ich hatte vor allem deswegen Bedenken, weil ich mit der Gefahr rechnete, daß durch

diese Dienststelle das Rechtsamt in den politischen Tagesstreit hineingezogen werden konnte.“⁷³

Toepffer konstatierte, dass er sich schnell einarbeitete und sehr bald das Vertrauen von Bürgermeister Rudolf Petersen erwarb. „Es war keine Seltenheit, daß man im Senat für die Erledigung schwieriger Angelegenheiten auf mich verfiel. Wußte man nicht, wen man nehmen sollte, so mußte ich dafür herhalten. Im Senat bildete sich ein erfreuliches Verhältnis unter den Mitgliedern.“⁷⁴

Dunkle Wolken zogen für Oscar Toepffer auf, als der ehemalige Senatssprecher, Dr. Lindemann, mit dem Toepffer regelmäßig vor dem ehemaligen Bürgermeister Carl Vincent Krogmann Bericht erstattet hatte, „als erster den ‚Antifaschisten‘ zum Opfer fiel“, wie Oscar Toepffer schrieb, und im September entlassen wurde.⁷⁵

Im Oktober wurde auch Senator Martini entlassen, „dem man eine Pensionierung versprochen hatte, der aber mit seinen 63 Jahren ohne Versorgung entlassen war. Ich selbst mußte bei dieser Entwicklung der Dinge gleichfalls mit meiner Entlassung rechnen. Denn ich war ebenso wie Martini und Lindemann Mitglied der NSDAP von 1937, hatte ebenso wenig wie die anderen ein Amt in der Partei inne gehabt, war aber durch meine Mitarbeit unter dem Reichsstatthalter Kaufmann ebenso ‚belastet‘ wie die beiden anderen, wenn bei mir auch in Rechnung zu ziehen war, daß ich während des Krieges Soldat gewesen war.“⁷⁶

Am 18. Oktober 1945 musste Oscar Toepffer Bürgermeister Rudolf Petersen mitteilen, dass er am Tag zuvor von zwei Offizieren der britischen Militärregierung vernommen worden war. Es ging dabei um seine Tätigkeit im Stiftungsrat der von dem Hamburger Kaufmann Alfred Toepfer 1933 gegründeten „Stiftung F. v. S.“ (Freiherr von Stein). Die Familie Oscar Toepffers war mit der Familie von Alfred Toepfer freundschaftlich verbunden, wobei Oscar Toepffer erst 1942 in den Stiftungsrat eingetreten war und wegen des Krieges lediglich zwei- oder dreimal an den Sitzungen teilnehmen konnte. Die englischen Offiziere hatten sowohl in Toepffers Rathausbüro als auch in seinem Privathaus Dokumente der Stiftung beschlagnahmt und das private Telefon von Toepffer gesperrt.⁷⁷

In seinem Tagebuch hatte Oscar Toepffer geschrieben: „Diese Stiftung war den Engländern plötzlich höchst verdächtig geworden, weil sie sich satzungsgemäß mit der Pflege kultureller Beziehungen zum Deutschtum im Ausland befaßte. Man hielt sie für eine verkappte nationalsozialistische Organisation. Man fand eine Aufnahme von Toepfer und Frau zusammen mit Rudolf Hess auf Gut Kalkhorst, wo Hess sich mal aufgehalten hat, das Gut gehörte der Stiftung. Man fand zweifellos auch Beziehungen zum Verein für das Deutschtum im Ausland, den Toepfer unterstützte, indem er ihm das Freiherr-von-Stein-Haus in Kalkhorst für Tagungen und Schulungen zur Verfügung stellte. Aber Toepfer und seine ganze Familie hatten

niemals der NSDAP angehört. Im Gegenteil, er stand dieser Partei sehr kritisch gegenüber. Sie hat ihn verfolgt, hat ihm Devisenverbrechen vorgeworfen und ihn ein dreiviertel Jahr im Gefängnis gehalten ohne das Verfahren gegen ihn zu eröffnen. Schließlich mußte man ihn wieder freilassen. Aber er blieb unter aufmerksamer Bewachung durch die Gestapo.“⁷⁸

Dies war ein ernstzunehmender Vorgang. Am 8.11.1945 gab Rudolf Petersen eine auf Englisch verfasste Ehrenerklärung für Toepffer an die britische Militärregierung ab, in der er sich als überzeugt erklärte von der „Ehrenhaftigkeit und der Fähigkeit“ von Oscar Toepffer.⁷⁹

Eine Woche später musste Rudolf Petersen Oscar Toepffer die Entlassung aus dem Beamtenverhältnis mit sofortiger Wirkung mitteilen.⁸⁰

Toepffer verfügte über gute Kontakte. Zuerst wandte er sich an den Leiter des Bürgermeisteramts, Dr. Kurt Sieveking mit der Bitte, ihn dabei zu unterstützen, die „Fortnahme seines Telefons“ in seinem Privathaus wieder rückgängig zu machen.⁸¹

Dann wandte sich Toepffer am 30.11.1945 an Bürgermeister Petersen, mit der Bitte, seinen Antrag bei der Anwaltskammer zu unterstützen, als Rechtsanwalt in Hamburg zugelassen zu werden.⁸² Dies vollzog Bürgermeister Rudolf Petersen umgehend in einem persönlichen Schreiben an Dr. Herbert Ruscheweyh, in dem es hieß, „daß keinerlei gegen seine Person als solche gerichteten Gründe maßgebend für das Ausscheiden von Herrn Dr. Toepffer gewesen sind, sondern lediglich objektive politische Notwendigkeiten“.⁸³

Oscar Toepffer hatte in seinem Tagebuch noch Hintergründe für seine Entlassung geschrieben:

„Den ersten Angriff erlebte ich von Seiten des ehemaligen Polizeipräsidenten Campe (Polizeipräsident vor 1933), der, offenbar verärgert darüber, daß man ihn nicht wieder geholt hatte, woran in Anbetracht seiner geringen Fähigkeiten und seiner charakterlichen Mängel niemand dachte, in einem Gespräch mit mir zum Ausdruck brachte, daß die 37er Parteigenossen sehr viel übler zu beurteilen seien als die 33er. Er hielt es für richtig, seinen Standpunkt in ungehöriger Weise den beiden Bürgermeistern zur Kenntnis zu bringen, die aber ihn kannten und wußten, was sie davon zu halten hatten. Trotzdem glaube ich, daß dieser Schleicher sich mit Kreisen in Verbindung gesetzt hat, die für sein Geschwätz Interesse hatten. Ich vernahm weiter, daß ein gewisser Voss in Wohldorf sich in der Walddörferbahn, (im ‚Bahnparlament‘ einer Gruppe von Wichtigtuern, die mit der Hochbahn täglich zusammen zur Arbeit in die Innenstadt fahren) verschiedentlich dahin geäußert habe, es sei unerhört, daß ich noch im Amt sei. Dieser gehörte zu einer Clique von politischen Intriganten, die bereits 1933 gegen mich gehetzt hatte.“⁸⁴

Und Oscar Toepffer konnte noch eine andere Information in seinem Tagebuch festhalten:

„Am 3. November erfuhr ich durch Mittelsleute, daß der legal officer der Militärregierung, Col. Carton, der mir wohlgesinnt war, mich für ernstlich gefährdet hielt und es für erwünscht bezeichnete, daß ich etwas beibrächte, was erklärte, daß ich unter den Nationalsozialisten bis zum Senator aufgestiegen sei.“⁸⁵

Oscar Toepffer hatte sich daraufhin an den sozialdemokratischen Bürgermeister bis 1933, Rudolf Roß, gewandt, der sein letzter Vorgesetzter bei der Landherrenschaft gewesen war.⁸⁶ Und Rudolf Roß gab eine bemerkenswerte und gewichtige Erklärung für Oscar Toepffer ab:

„Herr Senator Toepffer hat sich an mich mit der Bitte gewandt, mit kurzen Worten ein Bild seiner Persönlichkeit zu entwerfen, welchem Wunsche ich hiermit nachkommen möchte. Ich tue es umso lieber als ich glaube, mich in jeder Beziehung für ihn verbürgen zu können. Senator Toepffer gilt allgemein als einer unserer besten Verwaltungsjuristen und hat in den verschiedenen Behörden, in denen er tätig war, Hervorragendes geleistet. Meine persönliche Bekanntschaft mit Herrn T. reicht zurück bis in die zwanziger Jahre. Später führte uns das Geschick zu gemeinsamer Arbeit in der Landherrenschaft noch einmal zusammen, leider nur für kurze Zeit, da ich im März 1933 aus dem Senat ausschied. Ich habe gern mit ihm zusammen gearbeitet. Ein außerordentlich befähigter und zuverlässiger Mann!“⁸⁷

Es half nichts. Bürgermeister Rudolf Petersen ließ im Rathaus sogar den Einspruch von Oscar Toepffer ins Englische übersetzen, die dem Chef der britischen Militärregierung, Col. Armytage überreicht wurde. Oscar Toepffer notierte:

„Petersen sagte mir am 3. November, daß ihm bekannt sei, daß man mich angreife. Aber er halte nicht viel davon und glaube, die Wünsche gewisser Kreise damit befriedigen zu können, daß er Kommunisten in den Senat hineinnehme. In der Tat sind ja denn auch die Herren Dettmann und Heitgress (der ‚Konzentrationsnär‘) in den Senat aufgenommen worden. Im übrigen sprach Petersen von der Liga für demokratischen Aufbau, der Vereinigung Freies Hamburg und dem Zirkel, drei demokratisch antifaschistischen Clubs, die zum Teil, vielleicht ohne es zu wissen, im kommunistischen Fahrwasser schwammen und die in sich neben anständigen Leuten solche Elemente vereinigten, die politische Geschäftemacher und Postenjäger seien. Diese hätten die Entfernung der Herren Kruse und Biermann-Ratjen sowie meiner Person verlangt. Die Bemühungen des Bürgermeisters blieben ohne Erfolg.“⁸⁸ Mit Unterstützung des Bürgermeisteramtes konnte Oscar Toepffer 1946 eine Sammlung des hamburgischen Rechts im Otto Meissner Verlag herausgeben.⁸⁹

Zudem erhielt er noch die Rückendeckung des Rathauses, als ihm das Wohnungsamt sein Arbeitszimmer beschlagnahmen wollte.⁹⁰ Nicht erfolgreich war er

allerdings, als ihm das Landwirtschaftsamt am 4.3.1946 ein Radiogerät konfiszierte, weil es „etwa 320 für Hamburger Schulen benötigte Radiogeräte bei früheren Mitgliedern der NSDAP beschlagnahmte“.⁹¹

In seinem Entnazifizierungsverfahren konnte Oscar Toepffer aufgrund seiner kurzen Phase als zuständiger Senator für die Schulverwaltung auf Oberschulrat Fritz Köhne bauen, der „Persilscheine“ für nahezu alle Verantwortlichen in der NS-Zeit ausstellte, unter denen er gearbeitet hatte. Köhne schrieb:

„Wenn ich an wiederholte dienstliche Begegnungen mit Ihnen in den Jahren vor und nach 1933 zurückdenke, so erinnere ich mich mit Freude und Achtung an Ihren außerordentlichen Sachverstand, an die schnelle, klare Erfassung schulischer Angelegenheiten und Ihre stete Hilfsbereitschaft in Fragen des Schulrechtes und der Schulförderung.

Sie haben auch in der Zeit, als das ‚Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‘ durchgeführt werden mußte, das Beamtenrecht geschützt, soweit Sie das vermochten. Ich denke dabei besonders an den Lehrer Fritz Bethge, der nach dem § 2a ohne Ruhegeld entlassen worden war, aber mit ihrem Beistand gegen den schärfsten Widerspruch des Oberschulrates Mansfeld nach § 5 pensioniert und später wieder eingestellt wurde. Sie waren in den schweren Jahren nach 1933 in Ihrer staatlichen Stellung ein Anwalt der Lehrer und Beamten und der sachlichen Belange der Schule. Wenn die politische Entwicklung jener Jahre die Rechtsgrundlagen veränderte oder verließ, so werden Sie ebenso sehr darunter gelitten haben, als die davon Betroffenen.

Ich glaube nicht, Herr Dr. Toepffer, daß Sie in ihrer Gesinnung jemals Nationalsozialist gewesen sind und bin überzeugt, daß Sie bei Ihrem hervorragenden Können dem heutigen Staate bessere Dienste leisten können, als es Ihnen im nationalsozialistischen Deutschland möglich war.“⁹²

Am 18.10.1946 machte der Entnazifizierungsausschuss den Vorschlag, dem Einspruch gegen die Entlassung stattzugeben. Er wies darauf hin, dass Toepffer erst am 1.5.1937 in die NSDAP eingetreten war und kein Amt bekleidet hatte. „Außerdem verfügt er über erhebliche Leumundszeugnisse. Unter diesen Umständen mußte seine politische Belastung als zu gering erscheinen, daß seiner Wiederaufnahme in den öffentlichen Dienst nichts im Wege steht.“⁹³

Der Hamburger Senat befasste sich in seiner Sitzung am 10.12.1946 mit der Angelegenheit:

„Herr Senatssyndikus Harder berichtet, dass der von der Militärregierung entlassene ehemalige Senator Toepffer im Berufungsverfahren rehabilitiert worden sei. Es sei jedoch nicht möglich, ihn seinem früheren Rang entsprechend wieder einzusetzen. Herr Senatssyndikus Harder schlägt daher vor, Herrn Senator Toepffer in

den Wartestand zu versetzen. Der Senat beschließt antragsgemäß. Er bringt jedoch seine Bedenken darüber zum Ausdruck, daß die Entscheidung des Berufungsausschusses dahin ergangen ist, daß Senator Toepffer ohne jede Einschränkung wieder beschäftigt werden könne. Es sei offensichtlich, daß Senator Toepffer nicht wieder in den Senat eintreten könne, nachdem dieser eine gewählte politische Körperschaft geworden sei. Der Senat beauftragt daher Herrn Senatssyndikus Harder, den Berufungsausschuß um eine Erklärung darüber zu bitten, wie seine Entscheidung zu verstehen sei, d. h. mit welchem Dienstgrad der ehemalige Senator Toepffer wieder einzustellen sein würde, falls sich der Senat dazu entschließen könnte.“⁹⁴

Rechtsanwalt Berthold Mitte stellte am 13.1.1947 die Frage, „weshalb Herr Toepffer nicht zum Beispiel als Senatsdirektor tätig sein sollte“.⁹⁵

Oscar Toepffer wurde nicht wieder eingestellt. Er wurde als Anwalt zugelassen und begann sofort damit, für ehemalige Nationalsozialisten, die entlassen worden waren, deren Pensionen zu erstreiten. Er stellte dazu am 23.1.1955 fest:

„Ich fand meine ersten Klienten in meinen Leidensgenossen und gewann einen Musterprozess vor dem Hamburgischen Oberverwaltungsgericht, nachdem die erste Instanz ein dem Senat gefälliges Urteil gesprochen hatte. Damit waren alle Prozesse für den Senat verloren, und er mußte an mich gehörige Prozeßkosten bezahlen für ca. 50 verlorene Prozesse mit beachtlichen Streitwerten!“⁹⁶

Am 22.9.1952 wurde Oscar Toepffer mitgeteilt, er sei in den Ruhestand versetzt worden. Toepffer stellte fest: „Ich blieb also Anwalt, ließ mir nichts von meinem anwaltlichen Einkommen auf die Pension anrechnen und bezog daneben die volle Pension. Ich muß hinzufügen, daß es die Eigenart meiner Praxis mit sich gebracht hat, daß der Staat des öfteren der unterliegende und daher für mein Honorar zahlungspflichtige Teil ist. Ich habe stets zum Ausdruck gebracht, daß ich auch heute bereit sei, meine Arbeitskraft dem Staate zur Verfügung zu stellen. Mehr kann ich nicht tun.“⁹⁷

Seine Tätigkeit als Anwalt, insbesondere für Verwaltungsrecht, übte Oscar Toepffer in seinem Wohnhaus in Wohldorf bis 1978 aus. Er war bis zum Schluss auch mit Gutachten für wichtige Gesetzesvorhaben beschäftigt, zum Beispiel für ein neues Hochschulrahmengesetz.⁹⁸

Oscar Toepffer starb am 9.8.1982.⁹⁹

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Toepffers Personalakte, StA HH, 131-15_A 0118
- 2 Schreiben von Oscar Toepffer an die Zentralstelle für Berufungsausschüsse vom 13.8.1946, Entnazifizierungsakte Oscar Toepffer, StA HH, 221-11_Ad 10134
- 3 Zeugnis vom 23.5.1922, Personalakte a. a. O.
- 4 Zeugnis vom 18.8.1922, Personalakte a. a. O.
- 5 Zeugnis über seine Tätigkeit in der Zivilkammer 10 des Landgerichts Hamburg vom 23.11.1922, Personalakte a. a. O.
- 6 Beurteilung vom 17.5.1923, Personalakte a. a. O.
- 7 Alle Angaben laut Personalakte a. a. O.
- 8 Personalakte a. a. O.
- 9 Schreiben von Oscar Toepffer an die Zentralstelle für Berufungsausschüsse vom 13.8.1946, Entnazifizierungsakte Oscar Toepffer, StA HH, 221-11_Ad 10134
- 10 Personalakte a. a. O.
- 11 Siehe StA HH, 622-1/153 Krogmann_C14 Band 1–6
- 12 Schreiben von Reichsstatthalter Karl Kaufmann am 22.12.1937, Personalakte a. a. O.
- 13 Ebd.
- 14 Schreiben von Reichsstatthalter Karl Kaufmann am 7.3.1938, Personalakte a. a. O.
- 15 Schreiben vom 7.5.1937, Personalakte a. a. O.
- 16 Schreiben vom 26.1.1938, Personalakte a. a. O.
- 17 Schreiben von Oscar Toepffer an die Zentralstelle für Berufungsausschüsse vom 13.8.1946, Entnazifizierungsakte Oscar Toepffer, StA HH, 221-11_Ad 10134
- 18 Schreiben vom 25.6.1937, Personalakte a. a. O.
- 19 Schreiben von Oscar Toepffer an die Zentralstelle für Berufungsausschüsse vom 13.8.1946, Entnazifizierungsakte Oscar Toepffer, StA HH, 221-11_Ad 10134
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd.
- 23 Siehe die Korrespondenz am Ende dieser Biografie.
- 24 Schreiben von Oscar Toepffer an die Zentralstelle für Berufungsausschüsse vom 13.8.1946, Entnazifizierungsakte Oscar Toepffer, StA HH, 221-11_Ad 10134
- 25 Uwe Schmidt: Nationalsozialistische Schulverwaltung in Hamburg 2008, S. 51.
- 26 Ebd.
- 27 Siehe die Biografie Albert Henze, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile, Bd. 1, Hamburg 2016, S. 162 ff.
- 28 Vorwort von Gertrud Bargstädt für die 200-seitige Korrespondenz zwischen Oscar Toepffer und seiner Ehefrau Gretchen, geborene Schultz, Hamburg November 2001, S. 1.
- 29 Ebd.
- 30 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 3 ff.
- 31 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 6 f.
- 32 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 7.
- 33 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 7.
- 34 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 11.
- 35 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 14 ff.
- 36 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 19.
- 37 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 22.
- 38 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 29.
- 39 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 30 f.

- 40 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 40.
- 41 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 47.
- 42 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 47.
- 43 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 48.
- 44 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 45.
- 45 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 51.
- 46 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 53 f.
- 47 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 56.
- 48 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 58.
- 49 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 60.
- 50 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 60.
- 51 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 62.
- 52 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 61.
- 53 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 63.
- 54 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 64.
- 55 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 65.
- 56 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 84 f.
- 57 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 87.
- 58 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 89.
- 59 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 90 f.
- 60 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 91.
- 61 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 94 f.
- 62 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 97 f.
- 63 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 124.
- 64 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 126.
- 65 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 133.
- 66 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 135.
- 67 Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 143.
- 68 Siehe Auszug aus dem Tagebuch von Oscar Toepffer über die Zeit vom 23. März bis 28. September 1945, Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 191 ff.
- 69 Siehe Auszug aus dem Tagebuch von Oscar Toepffer, Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 192.
- 70 Siehe Auszug aus dem Tagebuch von Oscar Toepffer, Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 194.
- 71 Siehe Auszug aus dem Tagebuch von Oscar Toepffer, Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 193 f.
- 72 Siehe Auszug aus dem Tagebuch von Oscar Toepffer, Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 194.
- 73 Siehe Auszug aus dem Tagebuch von Oscar Toepffer, Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 195.
- 74 Ebd.
- 75 Ebd.
- 76 Ebd.
- 77 Schreiben von Oscar Toepffer vom 18.10.1945, Personalakte a. a. O.
- 78 Siehe Auszug aus dem Tagebuch von Oscar Toepffer, Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 195.
- 79 Schreiben vom 8.11.1945 von Bürgermeister Rudolf Petersen, Personalakte a. a. O.
- 80 Schreiben vom 14.11.1945 von Bürgermeister Rudolf Petersen, Personalakte a. a. O.
- 81 Schreiben von Oscar Toepffer an Kurt Sieveking vom 28.11.1945, Personalakte a. a. O.
- 82 Schreiben von Oscar Toepffer an Bürgermeister Petersen vom 30.11.1945, Personalakte a. a. O.
- 83 Schreiben von Bürgermeister Petersen an Dr. Ruscheweyh vom 30.11.1945, Personalakte a. a. O.
- 84 Siehe Auszug aus dem Tagebuch von Oscar Toepffer, Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 195.

- 85 Siehe Auszug aus dem Tagebuch von Oscar Toepffer, Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 196.
- 86 Ebd.
- 87 Schreiben von Rudolf Roß vom 4.11.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 88 Siehe Auszug aus dem Tagebuch von Oscar Toepffer, Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 196.
- 89 Dankesschreiben von Oscar Toepffer an Kurt Sieveking vom 15.4.1946, Personalakte a. a. O.
- 90 Schreiben von Oscar Toepffer an Senatssyndikus Kurt Sieveking vom 28.6.1946, Personalakte a. a. O.
- 91 Schreiben der Einspruchsstelle vom 28.5.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 92 Schreiben von Fritz Köhne an Oscar Toepffer vom 29.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 93 Beschluss des Entnazifizierungsausschuss vom 18.10.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 94 Auszug aus der Niederschrift über die Senatssitzung vom 10.12.1946, Personalakte a. a. O.
- 95 Schreiben von Rechtsanwalt Berthold Mitte vom 13.1.1947, Personalakte a. a. O.
- 96 Berufliche Tätigkeit von Oscar Toepffer nach 1947, Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 199.
- 97 Berufliche Tätigkeit von Oscar Toepffer nach 1947, Briefkorrespondenz Toepffers, a. a. O., S. 200.
- 98 Ebd.
- 99 Personalakte a. a. O.

Ernst Schrewe

**„Es ist nicht aus der Welt zu schaffen,
dass er diesen Tod auf dem Gewissen hat.“**

Ernst Schrewe war der letzte Leiter der Schulverwaltung während der NS-Herrschaft. Er war von Reichsstatthalter Karl Kaufmann nach den Luftangriffen auf Hamburg im Juli/August 1943 berufen worden, um im erheblich zerstörten Hamburg das Schulwesen neu zu organisieren, in dem ein geregelter Unterricht nicht mehr stattfinden konnte. Schrewe verfügte über einen anderen Führungsstil als der abgelöste Vorgänger, Albert Henze, der in den Parteipropagandadienst zurückkehrte.

Schrewes Wirkungszeit im neuen Amt war kurz und folgenschwer. Nach seiner Entlassung am 29.8.1945 schien er erstaunlich gut durch das Entnazifizierungsverfahren zu kommen. 1950 wurde er aber mit seinem ehemaligen Justiziar in der Schulverwaltung, Hasso von Wedel, vor Gericht gestellt, wegen ihrer Verantwortung am Tod der Lehrerin Yvonne Mewes am 6.1.1945 im KZ Ravensbrück. Angeklagt wurden Schrewe und von Wedel, weil sie den „Fall Mewes“ der Gestapo übergeben hatten.

Ernst Schrewe wurde am 21.3.1900 in Blasheim, Kr. Lübbecke geboren, als dritter Sohn von acht Kindern eines westfälischen Bauern. Seine älteren Brüder besuchten von Anfang an die höhere Schule, er selbst war von seinem Vater dazu ausersehen, den Hof zu übernehmen. Er ging daher zunächst auf die Volksschule bis zum Abschluss und war danach auf dem väterlichen Hof tätig. Auf Anraten des Dorfpfarrers entschloss sich sein Vater jedoch, den begabten Sohn zum Volksschullehrer ausbilden zu lassen. Ernst Schrewe besuchte von 1916 bis 1919 die Präparandenstalt und anschließend bis 1922 das Lehrerseminar im westfälischen Herford. Der Ausbildungsgang wurde durch eine kurze Zeit als Soldat bei der Infanterie von Juni bis Dezember 1918 unterbrochen. 1922 legte Schrewe die erste Lehrerprüfung in Herford ab. Da er als Junglehrer anschließend keine Beschäftigung fand, begann er als Geschäftsführer und Schriftleiter der „Neuen Westfälischen Volkszeitung“ in Herford, einer Tageszeitung deutschnationaler Prägung. 1926 wechselte Schrewe wieder in den Schuldienst und bestand 1928 in Lübbecke die zweite Lehrerprüfung. Sein Ziel war es, danach zu studieren. Dafür legte er 1930 eine verkürzte Reifeprüfung vor dem Berliner Provinzialschulkollegium ab und studierte anschließend an den Universitäten Münster, Freiburg, Berlin und Hamburg zunächst Philosophie und Geschichte, schwerpunktmäßig jedoch Nationalökonomie. 1932 bestand er das volkswirtschaftliche Staatsexamen und promovierte im Jahre 1933 in Hamburg

mit einer Arbeit über die berufsständische Ordnung zum Dr. rer. pol. Schon während der Studienzeit in Hamburg hatte Ernst Schrewe ein Schulungsamt bei dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband übernommen.¹

Seine politische Einstellung in dieser Zeit kann als deutschnational/völkisch bezeichnet werden.² Von 1919 bis 1921 war er Angehöriger des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, während der gleichen Zeit auch Mitglied des „Orgesch“, der Organisation Escherich, der größten unter den rechtsradikalen, paramilitärischen „Einwohnerwehren“, die von Major a. D. Escherich 1919 in Bayern gegründet und dann auf ganz Deutschland ausgedehnt worden war. Von 1920 bis 1928 hatte er der Bismarckjugend, dem Jugendbund der Deutschnationalen Volkspartei, angehört und war dort längere Zeit Landsmannschaftsführer seiner Heimat. Interessant ist, wie Schrewe sich insbesondere in seinem Entnazifizierungsverfahren und in dem Landgerichtsverfahren gegen ihn und Hasso von Wedel zu seiner politischen Vergangenheit einließ, seine Entwicklung umdeutete in eine konsequente, antinationalsozialistische Haltung. Tatsächlich hielt sich Ernst Schrewe bis 1933 fern von nationalsozialistischen Organisationen. Im Jahre 1929 hatte er persönliche Beziehungen zu dem rechtskonservativen Politiker Gottfried Treviranus³, der nach Mitgliedschaft in der Deutschnationalen Volkspartei die „Volkskonservative Partei“ gegründet hatte, der sich Schrewe anschloss. Gleichzeitig trat Schrewe dem „Stahlhelm“ bei.

Auf die Widersprüchlichkeiten in Schrewes politischer Biografie wird noch im Kontext seines Entnazifizierungsverfahrens näher eingegangen.

1932 bis Ende 1933 war Schrewe Referent im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband (DHV). Da er nach eigenen Angaben mit der neuen Führung des DHV nicht zusammenarbeiten konnte, schied er am 31.12.1933 beim DHV aus und fand nach kurzer Arbeitslosigkeit zum 1.4.1934 eine Anstellung als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter an dem von Prof. Heinrich Sieveking geleiteten Sozialökonomischen Seminar der Universität Hamburg.⁴

Schrewe, der später stets betonte, eine durchweg antinationalsozialistische Grundhaltung gehabt zu haben, trat am 1.5.1933 in die NSDAP ein, für die er seit 1933 als Gauredner auftrat. So hielt er im NSLB in verschiedenen Bezirken seit 1934 Vorträge zum Thema „Grundkräfte des Nationalsozialismus“.⁵

In einem Artikel im „Hamburger Tageblatt“ vom 23.7.1934 schrieb er unter der Überschrift „Die Intellektuellen“: „Der Nationalsozialismus habe, so legte er dar, den ‚Instinkt für das Gesunde, für das Lebenstüchtige, das Echte‘ wieder belebt und die ‚Fesseln des Zweifels, der Kleingläubigkeit und der Verzagtheit abgeschüttelt‘. Gegenüber den Kräften der Tat und Gestaltung führe der zerlegende und zergliedernde Verstand allzu oft zur Auflösung lebensnotwendiger Zusammenhänge.

Hilfreich seien aber nicht ‚entrüstete Proteste‘ abseits stehender Intellektueller, die darunter litten, daß ‚man‘ ihnen nicht genügend Aufmerksamkeit zolle. Gefordert sei vielmehr ‚eine Haltung, die Ausdruck der Verbundenheit mit den gesunden Kräften des Volkes ist‘. Eine ‚Geistigkeit, die den gesunden, völkischen Lebenswillen ablehnt‘ – exemplarisch hierfür sei das Kaffeehaus mit seiner ‚Niggermusik‘ –, sei abzulehnen. Der Nationalsozialismus sei ein Aufstand des Gesunden gegen das Kranke, des Lebensbejahenden gegen die Verneinung und Zersetzung. Schrewe forderte darum die innere Bereitschaft zur Eingliederung in die Partei.“⁶



Ernst Schrewe, 1933

Neben seiner Tätigkeit am sozialökonomischen Seminar der Universität gab Schrewe auch Kurse an der Hamburger Volkshochschule. Nachdem 1936 der Leiter der Volkshochschule, Heinrich Haselmayer, wegen einer im betrunkenen Zustand gehaltenen Rede auf einer Veranstaltung der Auslandsorganisation der NSDAP im holländischen Leiden von seinem Amt suspendiert worden war⁷, übertrug Reichsstatthalter und NSDAP-Gauleiter, Karl Kaufmann, Schrewe die Leitung der Hamburger Volkshochschule, zunächst provisorisch, ab 1937 endgültig.⁸

Auf die besondere Beziehung zwischen Ernst Schrewe und dem Reichsstatthalter Karl Kaufmann gibt es unterschiedliche Perspektiven. Im Gerichtsurteil aus dem Jahre 1950, als Ernst Schrewe und Hasso von Wedel wegen der Denunziation der Lehrerin Yvonne Mewes angeklagt waren, hielt das Gericht dazu fest: „Schrewe hatte Kaufmann im Jahre 1927 bei einer Parteiversammlung der NSDAP kennengelernt und war ihm damals als Diskussionsredner entschieden entgegengetreten. Kaufmann hatte ihn jedoch später bereits vor seiner Ernennung zum Direktor der Volkshochschule wiedergesehen und entgegen den bei den unteren Parteidienstleitern vorhandenen Bestrebungen in jenes Amt berufen. Auch in der Folgezeit hatte Schrewe häufig in Angelegenheiten der Volkshochschule mit Kaufmann dienstliche Auseinandersetzungen gehabt, in denen Schrewe im allgemeinen seine Ansichten und Wünsche hatte durchsetzen können.“⁹

Die Interpretationen in Bezug auf das Verhalten Ernst Schrewes in diesem Urteil lehnten sich sehr stark den Argumentationen von Schrewes Rechtsanwalt Erich Wandschneider an. Karl Kaufmann, der in diesem Prozess als Zeuge auftrat und stets bemüht war, sich im Hinblick auf eigene juristische Auseinandersetzungen in ein günstiges Licht zu setzen, hatte ausgesagt, dass er Schrewe „aus früheren anti-nationalsozialistischen Diskussionen als tüchtigen Pädagogen gekannt habe. Er habe immer gern mit Leuten gearbeitet, die nicht gleichgeschalteter Meinung waren“.¹⁰

Tatsächlich war es so, dass Kaufmann Ernst Schrewe wegen seines ruhigen, pragmatischen und die Mitarbeiter ansprechenden Kurses schätzte, der sich deutlich von dem brachialen, fanatischen und konfliktsuchenden Handeln eines Heinrich Haselmayer an der Volkshochschule und eines Albert Henze als Leiter der Schulverwaltung unterschied, die alles bekämpften, was keine streng nationalsozialistische Prägung zu haben schien. Frank Bajohr zählte Ernst Schrewe zu Recht zur „Gaulique Karl Kaufmanns“.¹¹

Wie hoch Ernst Schrewe in der Gunst Kaufmanns stand wurde auch durch die nächsten Karriereschritte Schrewes deutlich. Schrewe hatte es geschafft, sich neben seinem Amt als Direktor der Volkshochschule 1939 zu habilitieren. „Als Schrewe sich 1941 mit dem Gedanken trug, Hamburg zu verlassen, und anderenorts eine attraktive Position zu übernehmen, setzte sich sein Protektor Karl Kaufmann nachdrücklich für sein Verbleiben in Hamburg ein. Schrewe bekleidete ‚schon jetzt bereits im öffentlichen Leben und in der Partei‘ eine bedeutende Stellung“, schrieb Uwe Schmidt.¹² Karl Kaufmann sorgte dafür, dass Ernst Schrewe an der Universität Hamburg ein Extraordinariat für Volkswirtschaftslehre erhielt. „Zwar bewerteten die vom REM angeforderten Gutachten Schrewes wissenschaftliche Leistungen sehr zurückhaltend, aber Schrewe hatte als Leiter des Hamburger Gaupropagandaamtes Kaufmann treue Dienste geleistet und sich damit einen Anspruch auf eine gesicherte Position erworben. Berufungen konnten im Dritten Reich also auch Bestandteil gaupolitischer Klientelstrukturen sein“, fasste Peter Hüttenberger diesen Vorgang zusammen.¹³

Der NSDAP-Gaudozentenführer, Georg Anschütz, hatte testiert: „Ich kann bestätigen, daß Dr. Schrewe die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintritt.“¹⁴

Bei dem Verfahren um Schrewes Habilitationsschrift: „Die Anpassungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft an wirtschaftliche Veränderungen in ihrer strukturellen Bedingtheit“ wurde vermerkt, dass Schrewe „jahrelange umfangreiche Arbeit als Mitarbeiter der Gauwirtschaftsverwaltung“ geleistet hatte.¹⁵

Über seine Persönlichkeit hieß es, er sei „charakterlich unbedingt anständig“ und „von wahren Willen zur Wissenschaft beseelt“.¹⁶

Als Ernst Schrewe die außerordentliche Professur an der Hansischen Universität zum 1.4.1942 erhielt, erklärte er sich bereit, die Leitung der Volkshochschule nebenamtlich weiterzuführen.¹⁷

Schrewe hatte im Entnazifizierungsverfahren in einem Schreiben seines Rechtsanwaltes Erich Wandschneider den Parteieintritt damit begründen lassen, es hätte „keine politische Opposition außerhalb der Partei“ gegeben, und: „Eine Möglichkeit im Dienste der Öffentlichkeit wirken zu können, gab es nach 1933 außerhalb der NSDAP aber nicht mehr.“¹⁸

Den Bauern seiner Heimat habe er gesagt, „durch ein Hineingehen in die Partei den übelsten Elementen entgegenzuwirken“, sei sein Motiv gewesen.¹⁹

Bei Schrewes bisheriger politischer Biografie durchaus plausibel. Dem Stahlhelm war er im Sommer 1933 auch wieder beigetreten, schied aber ein Jahr später erneut aus, als dieser in die SA überführt wurde und Schrewe nach eigenen Angaben mit der SA nichts zu tun haben wollte.²⁰

Die Gründe für seinen Parteieintritt waren letztlich wohl viel profaner. So gab Schrewe an, dass er seine Schulden bezahlen musste, weil er zur Finanzierung seines Studiums ein Darlehen über 500 Reichsmark aufgenommen hatte und er die Assistentenstelle bei Professor Sieveking ohne Parteimitgliedschaft nicht bekommen hätte.²¹ Da lagen Überzeugung, Pragmatismus und Opportunismus eng beisammen.

Ernst Schrewe hatte am 10.3.1933 geheiratet und bekam mit seiner Frau Marianne in den folgenden Jahren vier Kinder, ein Grund mehr, sich materiell abzusichern.²²

Das erklärt aber noch nicht, warum sich Schrewe von Karl Kaufmann zum Gauredner und später zum Reichspropagandaleiter berufen ließ. Es muss auch etwas wie Geltungsdrang, Eitelkeit und missionarischer Eifer eine Rolle gespielt haben.

Ernst Schrewe nutzte die Funktion des Leiters des Reichspropagandaamtes, um sich zu profilieren. Im Februar 1943 veröffentlichte das „Hamburger Tageblatt“ einen Beitrag von ihm zum Thema: „Volksaufklärung und Propaganda“, „Mit Kraft und Vertrauen in das elfte Jahr!“ überschrieben.²³ Schrewe führte aus:

„Die Aufgaben der politischen Führung sind in den letzten Jahrzehnten immer größer geworden. Die auf den verschiedensten Gebieten, vor allen Dingen auf dem der Wirtschaft, entstandenen Schwierigkeiten und sozialen Spannungen begründen diese Entwicklung. In der Lenkung aller Lebensbereiche kann man umso mehr auf organisatorische Maßnahmen verzichten, je besser alle Glieder der völkischen Gemeinschaft die Notwendigkeit, die Richtigkeit und die Bedeutung der zu erfüllenden Aufgaben erkannt haben und sich aus eigenem Entschluß zur Mitarbeit bereit finden. Der Förderung dieses Verständnisses für die Ordnung von Volk und Staat, der Entfaltung der Kräfte durch die Gemeinschaft und ihre Glieder als Persönlichkeiten leben, dient die Volksaufklärung und Propaganda.“²⁴ Und weiter: „Sie ist ein wirkungsvolles Mittel im nationalsozialistischen Kampf um die Macht gewesen. Sie hat die Kräfte für den Aufbau geweckt und gesteigert, und im Schicksalskampf unseres Volkes ist sie erst recht berufen, den Menschen zum Bewußtsein zu bringen, um was es geht in diesem härtesten aller Kriege. Wesentliches vom Unwesentlichen zu unterscheiden, die große Linie im Gesamtgeschehen bewußt werden zu lassen, die Fragen des Alltags in das rechte Licht zu rücken, damit die

politische Willensbildung zu fördern, Energien zu wecken, die Leistung zu steigern in der Richtung der Entscheidung, das ist die tägliche Aufgabe unserer heutigen Propaganda.“

Hier wurde auch Schrewes Führungsverständnis deutlich:

„Führung bedeutet sowohl Verpflichtung, Dienst als Aufforderung. In ihr sind Ansprüche zu stellen, Ziele aufzuzeigen, die Einsatzbereitschaft, Opfer und Verzicht verlangen um zukünftiges Leben zu sichern. Wer erfolgreich propagandistisch wirken will, muß Glauben und Vertrauen haben und darf sich in den Bedrängnissen des alltäglichen Lebens nicht verlieren. Wegweisende Propaganda wird, weil sie zunächst fordernd ist, von den vorwärtsstrebenden, von den entschlossenen, den willensstarken Menschen bejaht. Wer nicht zu ihnen gehört, empfindet sie oft als aufdringlich und lästig, ohne sich später aber auszuschließen aus der Beteiligung an den erreichten Zielen. Die propagandistischen Ziele der Vergangenheit sind heute das Bekenntnis und der Besitz der völkischen Gemeinschaft, für deren Bestand jeder zu kämpfen und zu geben bereit ist. Die Zielsetzungen der Propaganda der Gegenwart werden in späteren Tagen ebenso zum unverlierbaren Bestand unseres völkischen Daseins gehören.“²⁵

Warum Karl Kaufmann auf Ernst Schrewe setzte, wurde deutlich am 8.6.1943. Groß aufgemachte Artikel im „Hamburger Tageblatt“ und „Hamburger Fremdenblatt“ berichteten von einer Veranstaltung im großen Saal des Hamburger Rathauses, wo die wichtigsten Männer und Frauen Hamburgs von Partei, Staat und Wehrmacht, von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur in großer Zahl versammelt waren.²⁶

Das „Hamburger Tageblatt“ fasste zusammen: „Hamburgs führende Männer fanden sich gestern Nachmittag auf Einladung von Gauleiter und Reichsstatthalter Karl Kaufmann zu einer Kundgebung im Hamburger Rathaus zusammen. Nachdem Professor Dr. Schrewe ausführlich die Stellung der Intelligenz im Schicksalskampf des Reiches umrissen hatte, richtete der Gauleiter einen ernstesten Appell an das hamburgische Führerkorps. Dieser Appell gipfelte in dem entschlossenen Bekenntnis, daß die Einheit von Volk und Reich in jedem Falle gewährleistet werde, denn sie sei Voraussetzung und Unterpfand der großen Bewährung, vor die sich die junge nationalsozialistische Gemeinschaft in dieser Sturmzeit gestellt sehe.“²⁷

In beiden Zeitungen wurde ausführlich aus der „großen Rede“ von Ernst Schrewe zitiert:

„Zur Ertragung der psychologischen Belastungen des Krieges sei die ganze Härte erforderlich, sagte er. Gerade die Intelligenz steht mitunter in Gefahr, die Verbindung mit den Menschen zu verlieren, in denen die Nation ihren stärksten Rückhalt hat. Es darf nicht wieder wie nach 1918 vorkommen, daß ihre Arbeit unfruchtbar

bleibt. Der Zusammenbruch von 1918 ist darauf zurückzuführen, daß den militärischen Leistungen die politische Führung fehlte und sich eine Stimmung breitmachte, wie sie in dem von Spengler geprägten Wort vom Untergang des Abendlandes zum Ausdruck kam. Viele Menschen zerbrachen damals, weil ihre Fähigkeiten mit dem Schwinden ihres Glaubens an den Sieg verkümmerten und der Lauf der Ereignisse als unabwendbar hingenommen wurde. Hitler aber hat die große Wandlung vollzogen, nicht von den fachlichen Kräften der verschiedenen Lebensbereiche aus, sondern vom Erwachen eines neuen politischen Bewußtseins. Je stärker in uns die Überzeugung von der Größe unserer geschichtlichen Berufung ist, umso größer auch die Kraft des Glaubens, aus der der Wille zum Sieg kommt. Dabei sind der Intelligenz große Aufgaben der Menschenführung gestellt. Beispiel und Tat wirken auf die Gefolgschaft mehr als das gesprochene Wort. Man macht der Intelligenz gern zum Vorwurf, daß sie nur schwer zur Synthese von Glauben, Wissen und Tat kommt. Die Jugend aber will sich begeistern, Ideale sehen und für sie kämpfen. Wer in diesem Sinne nicht mehr jung zu sein vermag und das ist keine Frage der Lebensjahre, der soll sich hüten, der Jugend das jugendliche Bewußtsein zu rauben, ohne ihr dafür die Einheit von Wissen, Glauben und Willen für die Erfüllung der Pflichten zu geben.“²⁸

Ernst Schrewe traf offenbar den Geist der Zuhörerschaft:

„Jene, gegen die der Vorwurf der Halbbildung oder der Unbildung berechtigt ist, empfinden die Pflicht, die die Zeit uns auferlegt, lediglich als Einengung ihrer Bequemlichkeit. Es sind Kreaturen, die mit den lautesten Forderungen die Kräfte der Gemeinschaft für sich in Anspruch nehmen, während von ihnen selbst nichts zu haben ist. Wir erleben häufig, wie schnell einzelne Familien aus gesellschaftlicher Stellung absinken. Meist ist nicht mangelnde Begabung schuld, sondern Schwäche des Charakters. Man klagt die Jugend an und übersieht, daß Väter und Mütter einen großen Teil der Schuld tragen. Bei uns ist es selbstverständliche Erkenntnis, daß der Staat, abgesehen von wenigen Bereichen, nicht selbst wirtschaftet, sondern mit seinen Maßnahmen dafür sorgt, daß die Wirtschaft ihre Aufgabe im Dienst der Gemeinschaft erfüllen kann. Die Umstellung der Hamburger Wirtschaft war nicht leicht, aber der hanseatische Geist hat bewiesen, daß er von seiner lebensbejahenden Ursprünglichkeit nichts eingebüßt hat. Er gibt auch den neuen Formen sein Gepräge.“²⁹

Auf Beifall traf auch immer die Abrechnung mit bestimmten Intellektuellen, Skeptikern, die stets der „Systemzeit“, der Weimarer Republik zugerechnet wurden. „Das ist jener Kreis von Menschen, von denen Dr. Goebbels sagt, daß sie zu viel wissen, um aus Instinkt, und zu wenig, um aus der Erkenntnis zu glauben. Weil diese Art der Halbbildung sich oft mit einem übertriebenen Geltungsbedürfnis paart,

wird mitunter von der breiten Öffentlichkeit nach ihr die Intelligenz schlechthin beurteilt. Es wäre ein nationales Unglück, wenn dieser Typus Mensch, mit seinem Skeptizismus die öffentliche Meinung vergiften würde. Jener schlimmen Verirrung des Geistes aber steht die Masse der schöpferischen Begabungen gegenüber, die ihrem Volke im ernstesten Schaffen und gläubigen Ringen mit dem spröden Stoff der Forschung dienen und die in entsagungsvollem Einsatz ihre Jahre der Gemeinschaft des Volkes darbringen.“³⁰

Und: „Das Gros derer, die aus der Einheit von Wissen, Glauben und Willen in die Pflichten des reifen Lebens hineinwachsen, trennt sich von den wenigen, die aus einem platten Materialismus und genießerischer Lebenshaltung heraus zu einer unerfreulichen Blasiertheit kommen. Diese wenigen Naturen wollen nicht der Gemeinschaft dienen, sondern die Kräfte der Gemeinschaft für sich persönlich in Anspruch nehmen.“³¹

Schrewe bewies in seiner Rede, dass er nicht nur die „weichen“, psychologischen Komponenten der Menschenführung im Blick hatte, sondern auch die Vorstellung von notwendiger Härte und Entschlossenheit bediente:

„In dem großen europäischen Schicksalskampf gegen die kapitalistische und bolschewistische Welt sind im deutschen Menschen alle Kräfte des Glaubens und des Verstandes aufgerufen. Zu erkennen, worum es in dieser Auseinandersetzung geht, ist zuerst eine Verpflichtung aller Kreise der deutschen Intelligenz. Unter dieser Verpflichtung kämpfen ja in unvergleichlichem Heldentum Millionen deutscher Männer und die besten Söhne der mit dem Reich verbundenen Nationen. Das Gesetz der Härte, unter dem das Ringen an der Front steht, gilt auch für den Einsatz der Heimat. Es bestimmt vor allem die Abwehr jener feindlichen Methoden, mit denen wieder einmal eine Zersetzung unserer Kraft versucht wird – der Agitation. Den von jenseits des Kanals und des Atlantik entfesselten Gerüchtewellen durch eine klare Haltung zu begegnen, darf für die deutsche Intelligenz nicht nur eine gesetzliche Auffassung, sondern muß eine selbstverständliche soziale Pflicht sein. Mit dem Weitertragen unkontrollierbarem Geschwätz stellt sich der Einzelne in den Dienst der internationalen Propaganda und unterstützt den gegnerischen Angriff auf unsere nationale Existenz. Hier gilt nur eines: Die Augen geradeaus und das Kinn an die Binde nehmen, wie es in der Soldatensprache heißt. Unsere Soldaten denken sachlich und nüchtern. Wer mit ihnen empfindet und im zivilen Leben aus dem gleichen Geist handelt, der ist Soldat auch im Zivilrock. Vor den Millionen tapferer und bewährter Soldaten können wir nur bestehen, wenn wir uns bemühen, unsere Pflicht zu erfüllen wie sie. Aus jener kämpfenden Front, in der Menschen sich täglich aufs neue zu entscheiden haben zwischen Sollen und Sein, zwischen Wollen und Vollbringen, zwischen Leben und Tod, wächst uns eine neue Führungselite zu. In der Stunde der

großen Bewährung hat auch der geistige Vertreter des neuen Deutschland selbst zu entscheiden über seinen Platz im Leben des Volkes heute und in der Zukunft.“³²

Ernst Schrewe fand im großen Saal des Hamburger Rathauses die Worte und den Ton, der die Hamburger Führungselite vereinte: „Gerade Hamburg hat bewiesen, daß der hanseatische Geist mit seiner lebensbejahenden Ursprünglichkeit sich aufs glücklichste mit den neuen Ordnungsformen verbinden läßt und daß auch die nicht immer leichten Umstellungen durchgeführt werden konnten. Wo aber geistige Rückständigkeit und der Mangel an Spannkraft sich mit einer gefährlichen Halbbildung verbinden, da muß man solche menschlichen Existenzen leider abschreiben.“³³ Und als er am Ende sagte: „Es ist nicht verwunderlich, daß von manchem Frontsoldaten, wie aus Gesprächen der von der Front kommenden Hamburger Studenten hervorgeht, gefragt wird, wie es nur möglich ist, daß einzelne Kreise in der Heimat sich über allerlei Nichtigkeiten Sorgen machen und zeigen, daß sie den Sinn unseres Schicksalskampfes nicht erfaßt haben. Führungsanspruch ergibt sich nur aus der Bewährung, und damit trifft jeder selbst die Entscheidung über seinen Platz im Leben.“ Da brandete stürmischer, langanhaltender Beifall im großen Saal des Hamburger Rathauses auf.³⁴

In dem Bericht des „Hamburger Tagesblattes“ blieb Gauleiter und Reichsstatthalter Kaufmann beinahe nur eine moderierende Nebenrolle: „Er unterstrich in kurzen prägnanten Feststellungen jene Ausführungen“.³⁵

Einen Monat später, im Juli und August 1943, zerstörten alliierte Luftangriffe einen großen Teil Hamburgs, mit erheblicher psychologischer Wirkung auf die Bevölkerung. Karl Kaufmann war dabei wohl klar geworden, dass für die Neuorganisation des Hamburger Schulwesens der konfrontative, nationalsozialistische Eiferer Albert Henze nicht mehr die richtige Besetzung war.³⁶ Ernst Schrewe hatte im Hamburger Rathaus mit eindrucksvoller Resonanz sein Profil dokumentiert. Am 1.9.1943 ernannte Karl Kaufmann Schrewe zum Senatssyndikus und zum Vertreter des zu diesem Zeitpunkt für den Bildungsbereich zuständigen Senator Ofterdinger.³⁷

Am 9.11.1943 überreichte Kaufmann Schrewe die Ernennungsurkunde und schon am 15.2.1944 wurde Senator Ofterdinger von der Aufgabe des Beigeordneten der Schulverwaltung entbunden. Schrewe übernahm dieses Amt für den im Kriegsdienst befindlichen Karl Witt und die Aufgaben Schul- und Hochschulverwaltung vom erkrankten Landesschulrat Willi Schulz.³⁸ Ein rasanter Karriereschritt.

Für die Schulen war Ernst Schrewe kein Unbekannter, erwähnt worden waren schon seine zahlreichen Vorträge beim NSLB zum Thema „Die Grundkräfte des Nationalsozialismus“.³⁹

Beteiligt war Schrewe auch an dem zehnteiligen Schulleiterlehrgang gewesen, der am 12.11.1942 begonnen hatte. In dieser Reihe sprachen OSR Albert Henze

zum Thema „Die Wertwelt des Nationalsozialismus“, OSR Walter Behne über „Nationalsozialistische Führungsordnung“, Erwin Zindler über „Des Führers Auftrag an Schule und Schulung“ und Ernst Schrewe über „Die Grundlagen der europäischen Großraumordnung“.⁴⁰

In den ersten Sitzungen nach den verheerenden Zerstörungen Hamburgs im Sommer 1943, die noch in dem heil gebliebenen Gebäude der Schulverwaltung in der Dammtorstraße 25 stattfanden⁴¹, wurde das Ausmaß der Zerstörung der Hamburger Schulen langsam deutlich. Am 1.11.1943 veröffentlichte Ernst Schrewe eine erste Bilanz öffentlich: An 29 von 51 Oberschulen fand kein Unterricht mehr statt, an 22 Oberschulen konnte Unterricht abgehalten werden.⁴² Ein erheblicher Teil der Volksschulen war in der Kinderlandverschickung (KLV).

Der Schwerpunkt der Arbeit von Ernst Schrewe war es, dafür zu sorgen und zu werben, dass Hamburgs Kinder gesichert außerhalb Hamburgs in organisierter Kinderlandverschickung unterrichtet werden konnten. In Zusammenarbeit mit der HJ und Heinrich Sahrhage, dem Gaubeauftragten für die KLV, wurden die Hamburger Eltern, insbesondere die Mütter, beschworen, ihre Kinder in Sicherheit zu bringen und ihnen zu regelmäßigem Unterricht zu verhelfen.⁴³

Die zu Jahresbeginn 1944 veranstalteten meist einstündigen „Schulappelle“ zur Werbung für die KLV „in eindringlichster Form“ standen unter der Devise: „Jetzt besteht die letzte Gelegenheit, dann sind alle Plätze besetzt“. Es ergaben sich 570 Meldungen.

„Die Schulleiter sollten durch Kontrollen des Bahnverkehrs und geeignete Stichproben und Erkundigungen den Deckadressen von Schülern des unbeschulerten Gebiets auf die Spur kommen, die unerlaubterweise den Unterricht des Randgebietes besuchten, und für die Abschulung dieser ‚illegalen‘ Schüler sorgen. Sie sollten für die Entsendung in die KLV erfasst werden.“⁴⁴

Am 1.4.1944 wurden wegen drohender Luftangriffe die besonders gefährdeten Schulen in Harburg geschlossen, alle Ober- und Mittelschulen und insgesamt 17 Volks-, Hilfs- und Sonderschulen.⁴⁵

„Nach der Juli-Katastrophe 1943 blieben die Schulen des Stadtgebietes geschlossen. Seitdem war Hamburg zweigeteilt in ein unbeschultes Gebiet und ein beschultes Gebiet. An der Nennung der Anmeldestellen für eine Teilnahme an der KLV lässt sich erkennen, welchen Umfang das unbeschulte Gebiet hatte. Es erfasste im Westen, Norden und im Zentrum die Stadtteile Altona, St. Pauli, Eimsbüttel, Eppendorf, Harvestehude, Winterhude und die Innenstadt, im Osten und Süden St. Georg, Hammerbrook, Rothenburgsort, Hohenfelde, Eilbek, Borgfelde, Hamm, Horn, Billstedt, Barmbek, Uhlenhorst und Wandsbek und jenseits der Norderelbe Harburg, Wilhelmsburg, die Veddel und Finkenwerder. Schule fand lediglich statt

im östlichen Teil des Landbezirks nördlich von Wandsbek, also in den Walddörfern, Bramfeld und den Gebieten an der oberen Alster, südlich der Niederelbe, westlich der in Altona gelegenen Straße Hohenzollernring sowie in Bergedorf und den Vierlanden. Die stillgelegten Schulgebäude des unbeschulerten Gebietes wurden durch Verwaltungen, Wirtschaftsbetriebe, Militär und Partei fremdgenutzt und auch für Tagungen der HJ freigegeben.⁴⁶

Auch bei der Rückholaktion der Hamburger Kinder aus KLV-Lagern, die in der Nähe der anrückenden Front untergebracht waren, arbeitete die Schulverwaltung unter Ernst Schrewe und der Gaubeauftragte Heinrich Sahrhage bis zum Ende des Krieges eng zusammen.⁴⁷

Positiv für Ernst Schrewe wurde gewertet, was im Urteil des Landgerichts 1950, aus meiner Sicht übertrieben, so ausgedrückt wurde: „Während seiner Amtsführung machte Ernst Schrewe die Schulen weitgehend von den Einflüssen der Partei und der HJ frei.“⁴⁸

Es darf bei diesen Aussagen nicht vergessen werden, dass die Bedingungen für die Schulen sich völlig verändert hatten, kein regelhafter Unterricht mehr stattfand und sich viele Klassen in weit entfernten KLV-Lagern befanden. Richtig ist, dass Vorgänger Albert Henze alle nicht nationalsozialistischen Erscheinungen gnadenlos bekämpfte. Er hatte auch eng mit der HJ bei der Verfolgung der sogenannten Swing-Jugend zusammengearbeitet und der HJ einen erheblichen Einfluss in der Schule gesichert. Die HJ hatte sogar Möglichkeiten, auf Zeugnisse, Versetzungen und auf die Erteilung von Reifezeugnissen Einfluss zu nehmen, wenn HJ-Bannführer schlechten Schülern hervorragende Bewährung in der HJ-Arbeit bescheinigten. In dem Erlass von Albert Henze vom 27.6.1942 über die Zusammenarbeit von Schule und HJ stand: „Den Schulen wird zur Pflicht gemacht, die Dienstleistungszeugnisse bei der Beurteilung der Schüler, im besonderen bei Versetzungen und Prüfungen, zu berücksichtigen.“⁴⁹

Nunmehr, am 6.5.1944, lautete die entsprechende Bestimmung nach Vereinbarung der Schulverwaltung unter Ernst Schrewe und der Gebietsführung der HJ: „Vor der Erteilung von Zeugnissen aller Schulgattungen, mit denen eine Versetzung oder Berechtigung verbunden ist, ist den zuständigen Bannführern bzw. den Vertrauenslehrern der HJ Gelegenheit zur Stellungnahme über den außerschulischen Einsatz der Schüler und Schülerinnen zu geben. Bestehen Bedenken gegen die Erteilung des Zeugnisses, so ist der Fall in gemeinsamer Besprechung zwischen Direktor und Bannführer zu klären. Wird dabei Einigkeit über die Erteilung des Zeugnisses nicht erzielt, so ist die Entscheidung der Schulverwaltung einzuholen, die vor ihrer Entscheidung eine Stellungnahme der Gebietsführung herbeiführt. An den Abschlußprüfungen der höheren Schulen nimmt ein Beauftragter der Gebietsführung

der HJ teil, der in der Prüfungskommission beratende Stimme hat. Über Verweisungen von der Schule entscheidet die Schulverwaltung. Sie holt dazu vorher die Stellungnahme der Gebietsführung ein.“⁵⁰

Die Probleme waren 1944 andere geworden. Die HJ hatte bei der KLV-Organisation durchaus eine wichtige Rolle gespielt. Und Ernst Schrewe gab am 7.8.1944 auch ein Schreiben an alle Schulleitungen heraus, in dem es hieß: „Betrifft: Kriegsfreiwillige der Hitler-Jugend.“

Der Reichsjugendführer der NSDAP hat die Hitler-Jugend aufgerufen zu beweisen, daß in Deutschlands härtestem Kampf die Jugend des Führers die Bewegung der jungen Kriegsfreiwilligen ist. „Zur Zeit läuft in Hamburg seitens der Gebietsführung eine Aktion für den Jahrgang 1928, um eine umfassende Anzahl dieses Jahrgangs zur Meldung als Kriegsfreiwillige zu werben. Es ist die selbstverständliche Pflicht jedes Erziehers, durch seine persönliche Einwirkung auf die ihm anvertrauten Jungen, die Kriegsfreiwilligenaktion der Hitler-Jugend mit allen Kräften zu unterstützen, um der Wehrmacht kriegsfreiwillige Soldaten zur Verfügung zu stellen, die mit der notwendigen inneren Bereitschaft und dem Bewußtsein ihrer nationalen Verpflichtung den Waffendienst übernehmen. In der Hitler-Jugend wird die Werbung durch Ansprechen der betreffenden Angehörigen des Jahrgangs 1928 in Form von Appellen in Lagern und Gemeinschaftsveranstaltungen durchgeführt.“⁵¹

In dem Prozess vor dem Landgericht Hamburg 1950 gegen Schrewe und von Wedel gab es nach intensiver Zeugenvernehmung aus dem Schulbereich ein zusammengefasst sehr positives Bild von der Arbeit Ernst Schrewes an der Spitze der Hamburger Schulverwaltung. Begünstigt sicherlich durch den deutlichen Kontrast zu seinem Vorgänger:

„In seiner Amtsführung zeichnete der Angeklagte S. sich durch eine besondere Kunst der Menschenführung aus, insbesondere aber durch eine von allen Zeugen, die mit ihm dienstlich oder außerdienstlich zu tun hatten, hervorgehobene Warmherzigkeit und Duldsamkeit und durch besonderes Einfühlungsvermögen und menschliches Verständnis. Diese Eigenschaften drückten sich in seiner Umgangsform und seiner Redeweise wie aber gerade auch im Inhalt seiner sachlichen Entscheidungen und Anordnungen aus. Es hat sich selten ein so eindeutiges und einheitliches Bild einer Persönlichkeit aus den ausnahmslos übereinstimmenden Bekundungen so vieler, nach geistiger Haltung und persönlicher und politischer Einstellung verschiedenartiger Zeugen ergeben, wie in diesem Verfahren. Der persönliche Eindruck den das erkennende Schwurgericht in der vieltägigen Beweisaufnahme von dem Angeklagten S. gewonnen hat, stimmt mit diesem Bild vollkommen überein.“⁵²

Uwe Schmidt fasste die Arbeit Schrewes so zusammen: „Schrewe dezentralisierte die Entscheidungskompetenzen, soweit dies im hierarchischen Aufbau des

diktatorischen politischen Systems möglich war, stand aber zugleich unter dem Druck der politischen Führung, möglichst viele Kinder und Jugendliche von der zerstörten Stadt fernzuhalten. So warb er mit abnehmendem Erfolg bis in die letzten Kriegsmonate für die Erweiterte Kinderlandverschickung. Seine öffentlichen Reden enthielten das für einen obersten nationalsozialistischen Bildungsfunktionär erforderliche ideologische Quantum, jedoch keine scharfen Töne.“⁵³

Ich versuche im Weiteren das Entnazifizierungsverfahren Schrewes von dem Landgerichtsprozess im „Fall Mewes“ zu trennen.

Am 9.5.1945 hatte Ernst Schrewe den Entnazifizierungsfragebogen ausgefüllt und abgegeben. Am 11.5.1945 erhielt er das Entlassungsschreiben von Senator Landahl auf Anordnung der Britischen Militärregierung. Neben der NSDAP-Mitgliedschaft seit dem 1.5.1933 hatte Schrewe noch die Mitgliedschaft im NSV seit 1935, im NS-Altherrenbund seit 1937 und dem NS-Dozentenbund seit 1938 abgegeben, auch, dass er bei der SS als Anwärter geführt worden war.⁵⁴

Nach seiner Entlassung kehrte Schrewe mit seiner Familie als landwirtschaftlicher Arbeiter auf dem Hof seiner Verwandten in Westfalen zurück „und unterhielt durch seiner Hände Arbeit seine sechsköpfige Familie – er ist seit 1933 verheiratet und Vater von vier Kindern von jetzt 6–16 Jahren“.⁵⁵

Rechtsanwalt Erich Wandschneider legte gegen die Entlassung erst am 17.7.1947 Berufung ein⁵⁶, sicherlich ein kluger Schachzug, waren die ersten strengen Verfahren unter Verantwortung der Britischen Militärregierung doch bereits gelaufen und die Maßstäbe unter deutscher Regie nicht mehr so streng.

Wandschneider brachte am 18.5.1948 ein zehnteitiges Schreiben ein, das Ernst Schrewe in einem günstigen Licht zeichnete. Seine Begründung, warum er in die NSDAP eingetreten war, habe ich schon zitiert. Durchweg wurde seine ablehnende Haltung gegen den Nationalsozialismus behauptet, die Motivation, nur „innerhalb der Partei“ das Schlimmste verhüten zu können, ein häufig angewandtes Schutzargument.

Wandschneider beschrieb, dass Schrewe sich der „Volkskonservativen Partei“ angeschlossen hatte, mit deren Führer Treviranus er schon seit längerer Zeit befreundet war und dessen Büro er in Westfalen leitete. Er hätte sich aktiv für die Politik Brünnings engagiert, vor allem aber hat er dem Eindringen der NSDAP in seinen Heimatkreis mit Erfolg entgegengewirkt. Unter anderem hat er dort in einer Diskussion gegen den späteren Gauleiter Kaufmann gesprochen. Die NSDAP hat darauf bei der Leitung des DHV die Entlassung Schrewes gefordert.“⁵⁷

Wandschneider gab an, dass gegen die Entscheidung Kaufmanns, Schrewe zum Direktor der Volkshochschule zu machen, in der NSDAP Bedenken geäußert

worden waren. Schrewe hätte „nämlich kritische Äußerungen über das Buch ‚Mein Kampf‘ gemacht und in einer Diskussion in seinem Heimatdorf abfällig über Göring gesprochen“.⁵⁸

Auf der anderen Seite aber: „Dass Schrewe der Volkshochschule nach außen nun einen nationalsozialistischen Anstrich gab, wird man ihm nicht verübeln können, da ein Abweichen von dem von ihm beschrittenen Weg die Liquidierung der ohnehin schon gefährdeten Volkshochschule bedeutet hätte.“⁵⁹

Auch die Bereitschaft Schrewes, die Leitung der Schulverwaltung zu übernehmen, wurde damit begründet, dass Schrewe den Nationalsozialismus von innen bekämpfen wollte: „Als Herr Prof. Schrewe 1943 die Leitung der Hamburger Schulverwaltung übertragen wurde, hatte er auch dieses Amt aufgrund seiner oben dargestellten Einstellung übernommen, daß es wirksamer und zweckmäßiger sei, von innen her die Unzulänglichkeiten und Mißstände des Nationalsozialismus abzuschwächen bzw. zu überwinden, als von außen eine praktisch völlig unmögliche Opposition zu leisten.“⁶⁰

Dann führte Wandschneider die personalpolitischen Entscheidungen Schrewes an, die sicherlich gegen eine orthodoxe NS-Haltung sprechen, sowohl die Pensionierung des unfähigen OSR Hermann Saß⁶¹ als auch die damit verbundene Beförderung von Fritz Köhne auf die freigewordene OSR-Stelle. Schrewe hätte dafür bei Karl Kaufmann gekämpft und „ein verheerendes Gutachten des zuständigen Kreisleiters zu seinen Privatakten genommen“.⁶² Das wiederum stimmte nicht. Ich habe das „verheerende Gutachten“ von Kreisleiter Piwitt in den Akten der Schulverwaltung gefunden und gelesen. Dagegen hatte sich Schrewe erfolgreich für Köhne stark gemacht.⁶³

Wandschneider führte für mich allerdings glaubhafte Beispiele an, in denen sich Schrewe auseinandersetzte, so im starken Gegensatz mit dem NS-Dozentenbund, „dessen Einfluss Schrewe für verhängnisvoll hielt“, oder das Zurückhalten von Informationen, beispielsweise „über die Auslandskontakte des Erziehungswissenschaftlers Wilhelm Flitner“.⁶⁴

Wandschneider gab auch, schwer belegbar, an: „Kurz vor der Kapitulation hat Schrewe die Nichtverteidigung Hamburgs psychologisch mit vorbereitet.“⁶⁵

Und Wandschneider weiter: „Das Bestreben, verheerende Auswirkungen zu vermeiden, ist Schrewes ehrliches Bemühen gewesen. Insbesondere während des Krieges hat er geglaubt, sich den ihm übertragenen Aufgaben nicht entziehen zu dürfen. Das gilt insbesondere für die Übernahme der ehrenamtlichen Leitung des Hamburger Propagandaamtes. Eineinhalb Jahre konnte er wegen anderer Aufgaben nur vormittags und auch nicht regelmäßig im Amt sein. Mit Goebbels hat er persönlich nichts zu tun gehabt. Schrewes offene und eigenmächtige Berichterstattung

über den Luftkrieg im Hamburger Raum ist allerdings von Goebbels beanstandet worden. Goebbels verurteilte, daß Schrewe das Propagandaamt dem Reichsstatthalter unterstellte (Dezentralisation). Auf Veranlassung des Gauleiters legte man Schrewe schon 1942 die Aufnahme in die SS nahe. Er hat den ihm übersandten Fragebogen liegen lassen. In Besprechungen mit dem Reichsstatthalter war er der unbequemste Vertreter der Verwaltung. Viele Vertreter der Partei waren lediglich an ihrem persönlichen Vorteil interessiert. Bonzentum ist Mangel an echter Bildung, so Schrewes Haltung. Schrewe ist sich bewußt, daß er durch seine Mitarbeit viel Unheil und viel menschliches Unglück hat verhindern können. Er hat an seiner Stelle bestimmt mehr dafür getan, daß durch den Nationalsozialismus nicht noch größeres Unheil angerichtet worden ist, als diejenigen, die sich in parteipolitischer Neutralität vorsichtig zurückgehalten haben.“⁶⁶

Anders als in anderen Entnazifizierungsfällen, wo weitestgehend Schutzbehauptungen aufgestellt wurden, muss hier konstatiert werden, dass Ernst Schrewe sich tatsächlich mutig in die Auseinandersetzung mit Reichsstatthalter Kaufmann begeben hatte und einen deutlichen Einfluss auf ihn und seine Entscheidungen gewann.

Schrewes Rechtsanwalt konnte gewichtige Leumundszeugnisse beibringen. So von Karl Schiller, der Mitglied der wirtschaftswissenschaftlichen Fachgruppe des NS-Dozentenbundes gewesen war. Schiller, selbst Mitglied der SA seit Juni 1933 und der NSDAP seit dem 1.5.1937, sowie anderer NS-Organisationen, schrieb am 16.10.1947:

„Im Sommer 1940 war ich mit einer Gruppe jüngerer Dozenten zu einer Tagung in Weimar. Wir hatten den Eindruck, daß die politische Zuverlässigkeit überprüft werden sollte. Prof. Schrewe wandte sich eindeutig gegen die von der Tagungsleitung betriebene Auffassung über die theoretische Nationalökonomie. Uns erfreute die wissenschaftlich sachliche und persönliche Haltung von Prof. Schrewe.“⁶⁷

Das Leumundszeugnis wirkte weniger durch seinen Inhalt, als vielmehr durch die Tatsache, dass Schiller zum Zeitpunkt seines Schreibens SPD-Bürgerschaftsabgeordneter in Hamburg war.

Auch von Fritz Köhne bekam Ernst Schrewe einen „Persilschein“. Natürlich, möchte man sagen, weil Köhne solche Schreiben aus „menschlicher Warmherzigkeit und gütigem Verstehen“ für nahezu alle leitenden Personen in der NS-Schulverwaltung geschrieben hatte. Aber das Schreiben über Ernst Schrewe ist aussagekräftiger und umfassender, von wirklicher Achtung für Persönlichkeit und Handeln Schrewes getragen, nicht nur von menschlicher Nähe. Köhne schrieb am 14.4.1947:

„Prof. Schrewe ist mir als Leiter der Schulverwaltung Hamburg in der Zeit vom Herbst 1943 bis Mai 1945 bekannt gewesen. Er hat in der allergrößten Kriegsnot

das Schulwesen Hamburgs geleitet und sich durch sein aufrichtiges menschliches Bemühen um Schule und Lehrerschaft die Achtung und Anerkennung sämtlicher Mitarbeiter erworben. In der Persönlichkeit Schrewes hat der Nationalsozialismus in Hamburg den letzten Versuch gemacht, das Bildungswesen dieser schwer geprüften Stadt auf die Grundlage der pädagogischen Einsicht und Zusammenarbeit aller Beteiligten zu stellen. Professor Schrewe hat diese Aufgabe trotz aller Widerstände mit der ihm eigenen geistigen Spannkraft und Wärme seines Wesens ehrlich zu lösen versucht, so daß man ihm manchmal wünschte, er wäre zu einer besseren Zeit Leiter der Hamburgischen Schulverwaltung geworden.

Wenn er auch sein Amt im Auftrage des Reichsstatthalters führte, so trat er doch nicht in seinem Äußern, in seinen Reden und Diskussionen als ‚Politischer Leiter‘ in Erscheinung. Er trug nie eine Uniform und verzichtete in seinen Worten auf soldatische und parteipolitische Wendungen und Schlagworte.

In den wöchentlichen Sitzungen der Schulverwaltung, die von ihm angesetzt und geleitet wurden, führte er meisterhaft die Diskussion, befreite sie von Nebensächlichkeiten und Weitschweifigkeiten und forderte von seinen Mitarbeitern eine offene sachliche Kritik; er selber übte sie unumwunden an den Maßnahmen und Trägern der politischen Macht, der Partei, der HJ, und des Nationalsozialistischen Lehrerbundes. Eine besonders scharfe Ablehnung erfuhr von ihm der Schulungsbetrieb der Partei in seinen Themen und Rednern. Nicht um die Übermittlung fertiger Anweisungen und Meinungen war es ihm zu tun; es kam ihm auf die geistige Problemstellung, auf Menschen- und Persönlichkeitsbildung an.

In der Woche nach Ostern 1944 wurde von Schrewe die gesamte Hamburgische Lehrerschaft, die nach der Katastrophe im Herbst 1943 zersprengt und mutlos zwischen den Trümmern eines zerstörten Schulwesens stand, durch ein reichhaltiges Vortragsprogramm und erstklassige künstlerische Darbietungen in einer ‚Pädagogischen Woche‘ zusammengefaßt und erlebte sich hier in geistiger und persönlicher Begegnung ihrer Mitglieder wieder als Berufsstand mit eigenen Aufgaben.

Schrewes Bemühungen gingen dahin, im Gegensatz zur Taktik des Nationalsozialistischen Lehrerbundes, eine Verbindung von der Gegenwart zu den guten Traditionen der hamburgischen Schulentwicklung vor 1933 und weiter zurück bis zur Jahrhundertwende herzustellen, um dadurch Ideen, Kräfte und Träger für den Wiederaufbau des Schulwesens zu gewinnen. So erfuhr die Griffelkunstvereinigung, Langenhorn, die nach 1918 als sozialistische Gemeinschaft entstanden war, durch seinen persönlichen Beitritt ihre wohlverdiente Anerkennung und Förderung. Die Schule ‚Am Heerkamp‘ wurde zu Ehren ihres Erbauers, der in der sogenannten ‚Systemzeit‘ 20 neue Schulbauten geschaffen hatte, mit dem Namen ‚Fritz Schumacher-Schule‘ bedacht. Die wertvolle ‚Schulgeschichtliche Sammlung‘ des alten

hamburgischen Lehrerverbandes, die im Herbst 1943 durch Feuer zerstört worden war, wurde unter Schrewes Förderung aus Archivbeständen der Schulverwaltung neu aufgebaut.

Es war bekannt, daß Schrewe wegen seiner kritischen Haltung gegenüber dem Machtwillen der Partei, der HJ, und des Nationalsozialistischen Lehrerbundes unter den politischen Leitern, besonders den Kreis- und Ortsgruppenleitern, scharfe Gegner hatte. Auch die Behandlung des Reichsstatthalters, der von starkem Mißtrauen gegen die Lehrerschaft erfüllt war, gestaltete sich für ihn oft schwierig; doch muß es seiner überlegenen, gewinnenden Art in jener Zeit – wenn auch nicht immer – gelungen sein, sich in dem Kreis um den Gauleiter mit seinen Vorschlägen durchzusetzen. Wenn es ihm nicht gelang, sprach er sich in den Sitzungen der Schulverwaltung offen und freimütig darüber aus.

Als die Bombenangriffe sich häuften, galt Schrewes ganze Sorge der Sicherheit der hamburgischen Kinder. Unermüdlich warb er in Elternversammlungen für die Kinderlandverschickung. Auf Widerstand stieß er dabei besonders in der Harburger Bevölkerung, die sich noch in Sicherheit wähnte, bis es ihm endlich gelang, auch diese für die Verschickung der Kinder zu gewinnen. Als kurz darauf Harburg zerstört wurde, haben ihm gewiß viele Eltern gedankt, daß ihre Kinder vor der Not und dem Tod in dieser Katastrophe bewahrt geblieben waren.

In der Personalpolitik war bei Schrewe die fachliche Eignung ausschlaggebend. Eine Beförderung von Parteimitgliedern, die diese Voraussetzung nicht besaßen, lehnte er strikt ab. Oberschulrat S., Träger des goldenen Parteiabzeichens, wurde auf seine Veranlassung wegen dienstlicher Ungeeignetheit vorzeitig in den Ruhestand versetzt. Nichtparteiigenossen, die im Dienste verblieben waren und sich im Amt bewährt hatten, sollten in der Beförderung nicht übergangen werden. Ich persönlich habe erst nachträglich von ihm erfahren, wie sehr ich damals im Kreise der Politischen Leiter als alter Sozialdemokrat und Lehrgewerkschaftler umstritten war; trotzdem hat Schrewe gegen den heftigen Widerstand der Kreisleiter ohne mein Wissen und Zutun aus Anlaß meines 65. Geburtstages meine Ernennung zum Oberschulrat gefördert und durchgesetzt.

Schrewe besaß aus innerem Suchen in hohem Maße die Kunst der Menschenführung; er gab sich schlicht und echt und verzichtete auf äußere Geltung und politische Machtmittel. Was er für recht und notwendig erkannt hatte, vertrat er an entscheidender Stelle mit Zähigkeit und Geschick. Als im Herbst 1943 das Gebäude der Schulverwaltung Dammtorstraße 25 von der Gestapo beschlagnahmt wurde, gelang es ihm nach wenigen Monaten trotz heftigen Widerstandes dieser mächtigen Organisation beim Reichsstatthalter zu erwirken, daß diese das Haus räumte und es der Schulverwaltung überließ.

Mit seinen Mitarbeitern in der Behörde verband ihn vom ersten bis zum letzten Tag ein echtes Vertrauensverhältnis; keiner fühlte sich von ihm übersehen oder mißachtet; für jeden hatte er ein offenes Ohr, ein freundliches Wort und, wo es not tat, Hilfe und Unterstützung.“⁶⁸

Bei dieser Wertschätzung für Ernst Schrewes Arbeit in der Schulverwaltung schien die Entnazifizierung kein unüberwindliches Problem zu sein. Der von den Nationalsozialisten vor Schrewes Zeit, 1933, suspendierte Oberschulrat für die Berufsschulen, Johannes Schult, nach 1945 wieder als Oberschulrat fungierend, schrieb am 13.11.1948:

„Prof. Schrewe ist ein tüchtiger Fachmann auf dem Gebiet der Nationalökonomie. Da er auch die Prüfung als Volksschullehrer gemacht hat, würde er in den Handelsschulen beschäftigt werden können und nebenbei, wenn keine sonstigen Bedenken bestehen, wieder an der Universität lehren können. Gegen derartige Betätigungen hat die Schulbehörde keine Bedenken.“⁶⁹

Da Schult mit den OberschulratskollegInnen Emmy Beckmann und Karl Hoffmann auch dem Entnazifizierung-Fachausschuss angehörte, überrascht dessen Votum nicht: „Herr Prof. Dr. Schrewe ist 1933 in die NSDAP eingetreten. Er war damals Gewerkschafts-Angestellter. Es ist durchaus glaubhaft, daß er Gegner der politischen Machtergreifung der NSDAP gewesen ist und sich vor dem Regierungsantritt Hitlers redlich bemüht hat, die Opposition zu stärken. Als er sah, daß eine Opposition nicht zustande kam, hat er geglaubt, durch Eintritt in die Partei das Ziel zu erreichen, sah sich aber bald getäuscht. Die Volkshochschule hat er, wie von allen Seiten glaubhaft versichert wird, nicht in nationalsozialistischem Sinne geführt. Als besonderes Verdienst kann ihm das jedoch nicht angerechnet werden, da es für jeden anständigen Menschen selbstverständlich war.

Einige Jahre war er der Leiter der Schulbehörde anstelle des zum Wehrdienst eingezogenen Senators. Auch in dieser Stellung hat er sich so benommen, wie es ein gewissenhafter und anständiger Mensch tun muß. Seine Berufung zum Direktor der Volkshochschule und Leiter der Schulbehörde ist aus sachlichen Gründen erfolgt, nicht aber, wie ausdrücklich festgestellt worden ist, aufgrund seiner Parteizugehörigkeit, die von den parteiamtlichen Stellen mit Zweifel angesehen wurde. Er hat zwölf Jahre im Staatsdienst gestanden.

Es wäre zu entscheiden, ob er wieder in einem Staatsamt beschäftigt oder in den Ruhestand versetzt werden soll. Im Hinblick darauf, wie andere Senatssyndici, die sich in ähnlicher Lage befanden, behandelt worden sind, wäre eine Versetzung in den Ruhestand zu empfehlen. Ihn wieder in einem Staatsamt zu beschäftigen, dürfte wegen der Tatsache, daß er immerhin in der Nazizeit einer der leitenden

Männer in Hamburg war, nicht gut möglich sein. Sollte eine Versetzung in den Ruhestand für bedenklich gehalten werden, so ist zu erwägen, ob ihm für einige Jahre Übergangsgelder bewilligt werden, damit er in der Lage ist, sich eine neue Existenz zu gründen.“⁷⁰

Insgesamt ließen sich alle Beteiligten sehr stark von den menschlichen Qualitäten Schrewes überzeugen und bei ihren Entscheidungen leiten. Aber andererseits fungierte Schrewe in den letzten beiden Jahren der NS-Herrschaft als höchster Repräsentant der NS-Regierung in Hamburg für den Schulbereich und als Leiter des Reichspropagandaamtes, war mithin sicherlich nicht als Oppositioneller mit NSDAP-Parteibuch anzusehen.

Der für milde Urteile bekannte ehemalige Oberlandesgerichtspräsident Dr. Wilhelm Kiesselbach führte auch im Berufungsausschuss im Fall Schrewe den Vorsitz, der am 19.12.1948 Schrewe völlig rehabilitierte und in Kategorie V (Entlasteter) einstuft. Die Begründung:

„Der politischen Belastung des Dr. Schrewe stehen ausgezeichnete Entlastungszeugnisse gegenüber, die überzeugend ergeben, daß er innerlich niemals auf den Boden des Nationalsozialismus gestanden hat, sondern es vielmehr mit Mut und Geschick verstanden hat, nationalsozialistische Übergriffe von der Schulverwaltung fernzuhalten. Dies Geschick hat er insbesondere auch gegenüber dem ehemaligen Reichsstatthalter Kaufmann bewiesen. Es bestehen deshalb keine Bedenken, Prof. Schrewe der Kategorie der nominellen Mitglieder der Partei zuzurechnen und ihn als entlastet zu bezeichnen. Auf der anderen Seite ist der Ausschuss in Übereinstimmung mit dem Vertreter des Fachausschusses der Auffassung, daß eine Wiederverwendung des Prof. Schrewe als Senatssyndikus aus politisch-taktischen Gründen nicht zweckmäßig und tragbar wäre. Der Ausschuss hat nur deshalb davon Abstand genommen, eine dahingehende Beschränkung ausdrücklich in den Tenor seines Spruches aufzunehmen, weil Prof. Schrewe vor ihm die verbindliche Erklärung abgegeben hat, daß er auch seinerseits aus den genannten Gründen auf eine Wiederverwendung als Senatssyndikus keinen Wert legt. Keine Bedenken bestehen gegen eine Verwendung des Prof. Schrewe in seiner Lehrtätigkeit, gleichwie welcher Art.“⁷¹

Am 12.1.1949 legte Rechtsanwalt Wandschneider auf Anforderung des Berufungsausschusses für Ernst Schrewe die oben genannte Erklärung noch einmal schriftlich vor.⁷²

Und Schrewe selbst hatte in einem Schreiben an den Berufungsausschuss erklärt, „seine Absicht, im Sommersemester 1949 die Lehrtätigkeit wieder aufzunehmen, sei mit dem Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, Prof. Sieverts, bereits abgesprochen“.⁷³

Das ist interessant. Da kamen „alte Kameraden“ wieder zusammen. Erstaunlich, dass Prof. Sieverts mit seiner erheblichen NS-Belastung schon wieder Dekan und überhaupt als Hochschullehrer installiert worden war. Sieverts und Schrewe hatten in ihren NS-Funktionen schon in der Nazizeit zusammengearbeitet: „Ein Arbeitskreis der ‚Arbeitsgemeinschaft für den Jugendschutz im Kriege‘ unter Leitung des Juristen Prof. Rudolf Sieverts, Leiter der NSV-Erziehungsberatung des NSV-Kreises 7, und unter Mitarbeit von Ernst Schrewe, kommissarischer Leiter des Gaupropagandaamtes, befaßte sich mit ‚Schmutz- und Schundliteratur‘, sammelte und begutachtete in Zusammenarbeit mit HJ, BDM und NSLB ‚die einschlägige Literatur‘ und achtete wegen des negativen ‚Vorbildcharakters‘ besonders auch auf die sexuelle Gefährdung Jugendlicher durch Filme.“⁷⁴

Intern wurde in der Schulbehörde ein Vermerk für Bürgermeister Max Brauer erstellt, mit der Feststellung, Schrewe könne „höchstens als Regierungsdirektor Wiederverwendung finden“.⁷⁵

Da Senator Landahl bei Abfassung des Vermerkes nicht in der Behörde war, wurde notiert: „Soweit bekannt ist, beabsichtigt Herr Senator Landahl, Schrewe in irgendeiner Weise wieder einzusetzen.“⁷⁶

Da Schrewe vor seiner Einsetzung als Senatssyndikus Hochschullehrer gewesen war, monierte der Entnazifizierung-Fachausschuss der Universität Hamburg, dass der Berufungsausschuss ihn nicht gehört hätte und dennoch entschieden habe, „dass gegen eine Verwendung in einer Lehrtätigkeit keine Bedenken bestehen“.⁷⁷

Und tatsächlich formulierte der Beratende Ausschuss der Universität am 17.3.1949 Bedenken: „Obgleich Prof. Schrewe keinerlei Machenschaften im NS-Sinne vorzuwerfen sind, bestehen gegen die Wiederaufnahme der Lehrtätigkeit vorläufige Bedenken, da Prof. Schrewe sich aufgrund seiner Bindung zum damaligen Reichsstatthalter Kaufmann und von ihm veröffentlichter Artikel, die in einem Fall eine besonders krasse Verherrlichung Adolf Hitlers und des Dritten Reiches darstellen, in der Öffentlichkeit zu stark exponiert hatte.“⁷⁸

Die Perspektive, nicht nur auf den persönlichen Umgang, sondern auch auf das veröffentlichte Wort zu schauen, kann manchmal zu unterschiedlichen Ergebnissen führen.

So einfach war es für Ernst Schrewe offensichtlich nicht. Am 7.5.1949 wurde ein Vermerk zu den Personalakten genommen, in dem es hieß: „Verwendungsmöglichkeit in der Schulbehörde besteht nicht, Universität siehe Bedenken Fachausschuss: Schrewe ist ‚in den Wartestand‘ versetzt, bekommt Wartegeld nach B6 (Senatssyndikus), Gehalt rund 900 DM.“⁷⁹

Am 28.11.1949 beschloss der Berufungsausschuss der Universität: „Damit Prof. Schrewe seine Lehrtätigkeit an der Akademie für Gemeinwirtschaft aufneh-

men kann, bestehen keine Bedenken, daß er seine Honorarprofessur an der Universität wieder ausübt. Der Berufungsausschuss hält es aber für erwünscht, daß Prof. Schrewe mit dem Ankündigen von Vorlesungen bis zum Sommersemester zurückhält.“⁸⁰

Bis hier lief alles ganz gut für Ernst Schrewe. Die Honorarprofessur an der Universität in der Akademie für Gemeinwirtschaft schien ihm sicher. Im Sommersemester sollte ein Lehrauftrag zum Thema „Agrarbereich und Agrarwissenschaften“ stattfinden. Dann erhob die Hamburger Oberstaatsanwaltschaft am 24.11.1949 Anklage gegen Schrewe und den Justiziar und Stellvertreter Schrewes 1943 bis 1945 an der Spitze der Schulverwaltung, Hasso von Wedel, „wegen Vergehens gegen die Menschlichkeit“.⁸¹

Senator Landahl wandte sich an Schrewe und ersuchte ihn am 31.12.1949, von der Lehrtätigkeit Abstand zu nehmen.

Am 2.3.1950 entschloss sich der Hamburger Senat, ein förmliches Disziplinarverfahren gegen Schrewe einzuleiten.⁸²

In dem Schwurgerichtsverfahren, für das die Oberstaatsanwaltschaft Ende 1949 eine Anklage vorbereitete, ging es um den Fall der Lehrerin Yvonne Mewes und des Gewerbeoberlehrers Gustav Holler, die, nachdem die Schulbehörde ihre Fälle an die Gestapo weitergegeben hatte, beide in Konzentrationslager gesteckt wurden und dort zu Tode kamen.⁸³

Im Schwurgerichtsprozess wurde geprüft, ob sich Ernst Schrewe und Hasso von Wedel schuldig am „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ gemacht hatten. Da in den Fall Mewes neben Ernst Schrewe und Hasso von Wedel auch der Schulleiter des Heilwig-Gymnasiums, Hans Lüthje, und die Oberschulräte Behne, Henze und Züge involviert waren, soll der Fall in dieser Biografie ausführlicher dargestellt werden. In den Biografien von Wedel und Lüthje in diesem Buch wird darauf Bezug genommen und im Fall von Wedel werden auch die internen Ermittlungen detaillierter dargestellt, die Hasso von Wedels Persönlichkeit und Schuld in keinem günstigen Licht erscheinen lassen.⁸⁴

Ich werde hier den Vorgang beschreiben, dann das Schwurgerichtsurteil, danach getrennt auf das Disziplinarverfahren gegen Ernst Schrewe eingehen, das unabhängig davon durchgeführt wurde.

Der Fall Yvonne Mewes.⁸⁵

Yvonne Mewes wurde am 22.12.1900 in Karlsruhe geboren. Sie stammte aus einer bürgerlichen Familie, ihr Vater, der Zahnarzt Dr. Wilhelm Mewes hatte in Hamburg die Gelehrtenschule des Johanneums besucht und dort das Abitur gemacht. Bis 1919 lebte die Familie in Straßburg im Elsass. Danach zog sie nach Ham-

burg und bewohnte eine Villa am Grindelberg 42. Yvonne Mewes war die Älteste von vier Töchtern. Sie studierte von 1920 bis 1925 Englisch und Französisch in Hamburg und München, legte 1925 das erste Staatsexamen ab und 1927 die Lehramtsprüfung. Danach wurde sie als Studienassessorin an der damals noch privaten Heilwigschule beschäftigt. Am 1.4.1938 wurde Yvonne Mewes auf ihren Antrag in den Dienst der Gemeindeverwaltung Hamburg übernommen und bis 1942 an der Schule Curschmannstraße beschäftigt. „Sie weigerte sich in diesem Jahr, in ein KLV-Lager zu gehen. Die Schulverwaltung nahm auf ihre Weigerung Rücksicht. Sie wurde dann für kurze Zeit an der Schule Caspar-Vogt-Straße und anschließend wiederum an die Heilwigschule versetzt. Der Schulleiter der Heilwigschule, Dr. Hans Lüthje, schrieb am 4.6.1943 in einem Bericht über Yvonne Mewes: „Ein bis zum Fanatismus wahrheitsliebender Mensch, der keine Bindung anerkennt und anerkennen will, sich rücksichtslos gegen alles stemmt, was nach Zwang aussieht, sich mit allen Kräften gegen die notwendigen Anforderungen der Gemeinschaft sträubt. Sie ist alles in allem der Prototyp eines Individualisten, in ihre Ideen verrannt, schwer, wenn überhaupt, belehrbar und anderen Gedanken kaum zugänglich. Mewes ist in ihrer Sucht, jeglicher Bindung auszuweichen, auch nicht der NSDAP beigetreten.“⁸⁶

Dass man die Lehrerin Mewes auch anders darstellen und beschreiben konnte, zeigte Landgerichtsdirektor Valentin, der Yvonne Mewes in seinem Urteil in dem Prozess gegen Ernst Schrewe und Hasso von Wedel folgendermaßen charakterisierte:

„Sie war eine ausgeprägte geistige, zu wissenschaftlichen Arbeiten neigende, ihren Dienst sehr gewissenhaft versiehende Lehrerin, die hohe Anforderungen an sich selbst stellte. Selbständig im Denken, vertrat sie die einmal von ihr für richtig gehaltene Meinung kompromisslos und unnachgiebig. Sie war dabei zwar bereit, auch andere Meinungen in offener Aussprache anzuhören und gelten zu lassen, beharrte jedoch oft eigensinnig auf ihrem Standpunkt. Sie war im parteipolitischen Sinne unpolitisch. Aus ihrer geistig-freiheitlichen Haltung heraus gegen den Nationalsozialismus eingestellt, empfand sie offenbar die geistige Bevormundung durch die Partei als so niederdrückend, dass sie sich deswegen ihres Deutschtums, das bei ihr als Grenzlanddeutscher besonders stark ausgeprägt war, zu schämen anfang. Bei ihrer Einstellung gegen die NSDAP mag es eine Rolle gespielt haben, dass ihr Neffe Harry Mewes, um dessen geistige Erziehung sie sich sehr stark kümmerte, als Halbjude unter dem nationalsozialistischen Ausnahmerecht erheblich zu leiden hatte.“⁸⁷



Yvonne Mewes

Über den schon zitierten Schulleiter der Heilwigschule, Hans Lühje, sagte Richter Valentin: „Von dem Zeugen Lühje ist Yvonne Mewes als der Prototyp eines Individualisten bezeichnet worden, der jeglicher Bindung an eine Gemeinschaft abhold sei. Diese Formulierung ist ganz offensichtlich zum mindesten überspitzt.“⁸⁸ Valentin begründete seine Aussage nach den Erkenntnissen mehrwöchiger Zeugenvernehmung: „Yvonne Mewes ordnete sich sehr wohl in Gemeinschaften ein, die sie anerkannte. In der Schulgemeinschaft und in den Kollegien führte sie sich so diszipliniert, dass ihr auch in Kleinigkeiten nie eine Unregelmäßigkeit oder Rücksichtslosigkeit vorgeworfen werden konnte. In der Haft im Konzentrationslager Fuhlsbüttel und im Konzentrationslager Ravensbrück zeigte sie sich ihren aus einfachen Verhältnissen stammenden und geistig weit unter ihr stehenden Mitgefangenen gegenüber als aufgeschlossen, kameradschaftlich und hilfsbereit. In ihren äusseren Formen war sie im allgemeinen höflich und korrekt, wurde allerdings zuweilen im Verkehr mit Vorgesetzten, wenn es sich um die Besprechung von ihr unliebsamen Entscheidungen handelte, bis an die Grenze der Ungebühr laut und scharf im Ton und Ausdruck.“⁸⁹

Ende Juli 1943 wurde durch die Fliegerangriffe auf Hamburg ihre Wohnung in der Meerweinstraße zerstört, ihre Bibliothek und alle literarischen Texte, die für sie Grundlage ihres Unterrichtens waren, wurden vernichtet, ebenso wie das Haus der Eltern. Yvonne Mewes verließ Hamburg gemeinsam mit ihren Eltern und fand Aufnahme bei ihrer jüngsten Schwester in Passau, während ihre Eltern wieder nach Straßburg zogen. Nach etwa einem Monat erhielt Yvonne Mewes eine Anstellung an der Oberschule für Knaben in Passau, die sie am 4.9.1943 antrat. Sie nahm Verbindung zu ihrem Hamburger Schulleiter Hans Lühje auf, dem sie mitteilte, in Passau bleiben zu wollen. Lühje wies sie darauf hin, dass es Hamburger Lehrern verboten sei, sich neue Stellen zu besorgen. Auf ein Telegramm von Schulleiter Lühje vom 22.8.1943, in dem er sie aufforderte, sofort in ein KLV-Lager in der bayrischen Ostmark die Arbeit aufzunehmen, antwortete Yvonne Mewes:

„Dieser Aufforderung werde ich nicht Folge leisten können. Sie erinnern sich gewiss noch, dass der derzeitige Grund meines Schulwechsels von der Curschmannstraße nach der Caspar-Vogtstraße meine Weigerung war, mit in ein KLV-Lager zu gehen. Wie ich Ihnen wohl nicht verschwiegen hatte, hatte ich eine heftige Auseinandersetzung diesbezüglich mit Herrn Oberschulrat Henze, die damals schon, wenn nicht Herr Oberschulrat Züge vermittelnd eingegriffen hätte, sicher zu meiner sofortigen Entlassung geführt hätte. Es ist dies eine Aufgabe, der ich nervenmäßig nicht gewachsen bin und was ich nicht leisten kann, lehne ich von vornherein ab. In meiner Einstellung zur KLV hat sich auch jetzt nichts geändert, und da ich nicht ein zweites Mal mit Nachsicht und Schonung rechne, bin ich darauf gefasst, dass es diesmal meine Entlassung aus dem Schuldienst bedeutet.“⁹⁰

Yvonne Mewes bemühte sich in der Folgezeit um ihre Entlassung, zumindest um Beurlaubung aus dem Hamburger Schuldienst und kam den Aufforderungen zur Rückkehr nach Hamburg nicht nach. Die Schulverwaltung Hamburg sperrte ihr Gehalt und Hasso von Wedel, der Justiziar der Behörde, veranlasste das bayerische Kultusministerium, Yvonne Mewes in Passau zu entlassen.

Mewes sah dieses Vorgehen als eine Kränkung ihrer Beamtenehre und kam erst nach diversen Aufforderungen und einem gestellten Ultimatum am letzten Tage der ihr gesetzten Frist, nämlich am 22.1.1944, nach Hamburg zurück, um ihren Dienst wieder aufzunehmen.

„Wegen ihres schuldhaften Fernbleibens vom Dienst“ wurde gegen sie eine Geldbuße von 200 Reichsmark verhängt.

Nach einer kurzen Tätigkeit an der Walddörfer-Oberschule für Mädchen, „wo sie sich überflüssig vorkam“⁹¹, überredete sie Hans Lühje, an den sie sich um Rat gewandt hatte, dazu, sich zum Dienst an der damals gerade nach Wittstock an der Dosse verlegten Heilwigschule zurückzumelden. Dorthin wurde sie mit Wirkung vom 1.2.1944 versetzt. Die Heilwigschule wurde an diesem Ort in der Form der sogenannten offenen KLV-Lager geführt. Die Schülerinnen und Lehrkräfte waren privat untergebracht. Richter Valentin beschrieb die Situation aus seiner Sicht: „Der Zeuge Lühje sorgte dafür, dass Yvonne Mewes ein unter den damaligen Verhältnissen als besonders gut zu bezeichnendes Zimmer zugewiesen erhielt, in dem sie sich allerdings nicht heimisch fühlte, weil sie in diesem Punkte ganz besonders anspruchsvoll war, weil ihr der Ausblick auf die eintönige Rübenfeld-Landschaft der Priegnitz zuwider war und weil sie zu ihren kleinstädtischen Wirten – Lehrersleuten – keinen Kontakt bekommen konnte.“⁹²

Ingeborg Brusberg, die Yvonne Mewes für die Stolpersteine in Hamburg porträtierte, schilderte es so: „Yvonne Mewes litt unter den Bedingungen und begab sich in Behandlung bei einem Nervenarzt. Sie ließ sich jedoch kein Attest geben, das ihr Dienstunfähigkeit bescheinigt hätte. Ursula Randt erinnerte sich, dass ihre Lehrerin den Aufenthalt in Wittstock nur ‚mit großem Widerstreben‘ ertrug. Sie schilderte eine Situation im Frühsommer 1944. Es war in der Französischstunde im HJ-Heim. Die Fenster standen offen, und die Wittstocker HJ war draußen zum Dienst angetreten, laute Kommandos waren zu hören. ‚Plötzlich wandte sich Yvonne Mewes brüsk um, schlug die Fenster heftig zu und sagte dann zornig, zu uns gewandt: Das ist ja nicht zu ertragen! Bei dem Gebrüll dieser sogenannten Führer kann man unmöglich unterrichten!“⁹³

Kurz vor den Sommerferien 1944 eröffnete Yvonne Mewes Schulleiter Lühje in einem längeren Gespräch, dass sie beabsichtigte, nach den Ferien nicht mehr nach Wittstock zurückzukehren. Sie führte als wesentlichen Grund an, sie habe nicht die

zur gründlichen Vorbereitung erforderlichen Bücher, „worunter sie nach der Bekundung ihrer Kollegin P. nicht nur Lehrbücher, sondern insbesondere solche verstand deren sie zur geistigen Vertiefung ihrer Arbeit und ihrer eigenen Bildung bedurfte.“⁹⁴

Während der Sommerferien schrieb Yvonne Mewes am 15.7.1944 ein Kündigungsschreiben an die Schulverwaltung, in dem es hieß: „Da ich meine Arbeitskraft gern anderweitig einsetzen möchte, habe ich mich diesbezüglich bemüht. Ich habe alle Anstrengungen gemacht, auf rechtmäßige Weise aus meinem bisherigen Dienstverhältnis frei zu kommen. Es ist nicht geglückt und ich habe den Eindruck, daß man von Seiten der Behörde darauf wartet, daß ich mich ins Unrecht setze. Wenn ich dies mit meiner Kündigung tue, so ist es meinerseits ein Schritt der Verzweiflung, denn ich kann es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, da versagen zu müssen, wo ich früher etwas leisten konnte ...“⁹⁵

Die auch von Vorgesetzten angeregten Hinweise, „durch eine ärztliche Untersuchung die Unfähigkeit zum Dienst in der KLV feststellen zu lassen, lehnte sie ab, weil sie sich vollkommen gesund fühlte“.⁹⁶ Gleichzeitig bemühte sie sich in einem Bewerbungsschreiben um Einstellung bei der Auslandsbriefprüfstelle der Abwehrstelle Hamburg. Ihren Dienst in Wittstock trat sie nicht wieder an.

Jetzt war Hasso von Wedel mit dem Fall beschäftigt. Er notierte am 27.7.1944: „Die Schulverwaltung wird mit allen dienststrafrechtlichen und polizeilichen Mitteln gegen diese neue disziplínlose Dienstverweigerung vorgehen.“⁹⁷

Am 1.8.1944 meldete sich Yvonne Mewes bei dem für sie zuständigen Schulaufsichtsbeamten, OSR Karl Züge. Daraufhin kam es zu einem Vernehmungsgespräch, das von Hasso von Wedel geführt wurde im Beisein von Karl Züge. Nach deren Angaben hätte von Wedel Yvonne Mewes belehrt, „daß es während des Krieges keine Möglichkeit der Lösung des Beamtenverhältnisses gebe, daß es ihre rechtliche Pflicht als Beamtin und ihre menschliche Pflicht als Lehrerin sei, ihren Arbeitsplatz auszufüllen, daß die KLV eine besonders verantwortungsvolle im Interesse der leiblichen Wohlfahrt der Kinder gelegene Sache sei, daß man infolge der katastrophalen Personallage die durch die KLV erwachsenden Aufgaben kaum noch meistern könne und jeder Kraft, insbesondere der Befähigten, bedürfe.“⁹⁸

Von Wedel drohte ihr schließlich an, „er würde sie für einen Tag festnehmen lassen, um ihr Gelegenheit zum Nachdenken zu geben“.⁹⁹

Das Protokoll hielt Yvonne Mewes Aussage fest: „Ich weiß, daß die Behörde, wenn ich mich jetzt weigere, meinen Dienst sofort wieder anzutreten, mit allen Disziplínamitteln gegen mich vorgehen wird und außerdem meine gerichtliche Bestrafung betrieben wird. Ich will das in Kauf nehmen ...“¹⁰⁰

Hasso von Wedel beteuerte später vor Gericht, für Richter Valentin „glaubwürdig, er habe sie angefleht ihren Dienst wieder aufzunehmen. Der Zeuge Züge

erläutert das mit der Bekundung, er sei erstaunt gewesen, dass von Wedel eines so weichen Tones, wie er ihn bis dahin von ihm nicht gehört habe, fähig sei. Der Angeklagte von Wedel blieb auch bis zum Ende des Gespräches mit Yvonne Mewes durchaus ruhig und bestimmt. Diese Begegnung mit ihr war die einzige die er mit ihr gehabt zu haben sich erinnert. Er setzte ihr am Schluss der Unterredung eine letzte Frist zur Wiederaufnahme ihres Dienstes bis zum 3. August 1944. Fräulein Mewes teilte ihm jedoch schon vor Ablauf der Frist schriftlich mit, dass sie bei ihrer Weigerung beharre.“¹⁰¹

Gegen die Menschlichkeit

Landgerichtsdirektor und Universitätsprofessor angeklagt

Am Montagvormittag beginnt im Schwurgericht der Prozeß gegen den 50jährigen Universitätsprofessor Dr. Ernst Schrewe und gegen den 40jährigen früheren Landgerichtsdirektor Dr. Hasso von Wedel. Beide sind angeklagt, Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen und sich der Freiheitsberaubung und der fahrlässigen Tötung schuldig gemacht zu haben.



Prof. Dr. Schrewe

Die Anklage der Staatsanwaltschaft ist schwer: Wedel soll veranlaßt haben, daß die Studienassessorin Yvonne Mewes wegen sogenannter Dienstverweigerung der Gestapo übergeben wurde. Ebenso wurde über den Gewerbeoberlehrer Gustav Holler auf Veranlassung Wedels Schutzhaft verhängt. Beide starben im Konzentrationslager.

Es werden nicht nur Urkunden und Protokolle das Beweismaterial erhärten, sondern auch 20 Zeugen, die vom Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Koch I, geladen sind. Wedel wird von dem Universitätsprofessor Dr. Sieverts und Rechtsanwalt Dr. Herbert Fischer, Dr. Schrewe von Rechtsanwalt Wand-schneider vertreten.

Wedel, einer alten preußischen Adels-

familie entstammend, verlor im Kriege ein Bein und trat 1943 als leitender Jurist in die Schulverwaltung ein, deren Chef Dr. Schrewe war. Die Studienassessorin Yvonne Mewes galt als eine fachlich und charakterlich hervorragende Persönlichkeit. Sie hatte den Mut, sich offen gegen Maßnahmen der nationalsozialistischen Behörden zu wenden. Aus diesem Grunde kündigte sie ihren Dienst und verweigerte die Wiederaufnahme ihres Amtes als Lehrerin. Der Angeklagte von Wedel soll dem Reichsstatthalter Kaufmann die Einweisung der Lehrerin in ein Konzentrationslager vorgeschlagen haben. Kaufmann genehmigte es und Yvonne Mewes starb im KZ Ravensbrück an Hungertyphus.

Ein ähnliches Schicksal erlitt der Gewerbeoberlehrer Gustav Holler. Er hatte in der Gewerbeschule IX staatsfeindliche Äußerungen gemacht und den Krieg für verloren erklärt. Wedel vernahm Holler in der Manier eines Großinquisitors. Holler mußte den gleichen Leidensweg gehen und starb im Dezember 1944 im KZ. Die Staatsanwaltschaft betont, daß die Anklage um so schwerer wiegt, weil beide auf Grund ihrer Stellung und Bildung gewußt hätten, was es bedeutete, Menschen der Gestapo auszuliefern. Die Verteidigung dagegen ist der Auffassung, daß die Angeklagten lediglich aus jener Pflichterfüllung gehandelt hätten, die der Krieg ihrer Ansicht nach erforderte.

H. E. F.

Hier trafen offenbar zwei Welten aufeinander. Einerseits eine intellektuelle, individualistische, sensible Pädagogin, die bestimmte Bedingungen für eine ihren Normen entsprechende erfolgreiche Arbeit benötigte, auf der anderen Seite ein Jurist, Verwaltungsbeamter, Offizier, der ein hohes Pflichtbewusstsein hatte, für den es undenkbar war, Beamtenpflichten nicht wahrzunehmen, Aufträge von Vorgesetzten nicht auszuführen, der als Offizier für Führer, Volk und Vaterland ein Bein verloren hatte und zwei Brüder, die den Krieg nicht überlebt hatten. So ist zu befürchten, dass im Falle der „widerspenstigen Yvonne Mewes“ auch ein Exempel statuiert werden sollte.

Hasso von Wedel entwarf einen Bericht, den er im Vorgespräch mit Ernst Schrewe abstimmt und der dann von Schrewe unterzeichnet am 4.8.1944 an Reichsstatthalter Karl Kaufmann geleitet wurde. Dieses Schreiben war die wesentliche Grundlage für das Schwurgerichtsverfahren gegen Schrewe und von Wedel. Darin hieß es:

„Die Schulverwaltung schlägt vor, wegen der völlig grundlosen und unrechtmäßigen Dienstverweigerung

1. das Beamtenverhältnis von Fräulein M. sofort zu widerrufen,
2. das Ruhen des Gehaltes von Fräulein M. mit Wirkung vom 23. Juli 1944 ab anzuordnen (§ 17 DBG).

Darüber hinaus muss aber die grundlose Arbeitsverweigerung von Fräulein M. scharf geahndet werden. Kommt Fräulein M. mit ihrer grundlosen Weigerung durch und erreicht sie angesichts der nunmehr nicht mehr zu vermeidenden Entfernung aus dem Beamtenverhältnis ihre Freistellung, so würde das bei anderen Beamten, die ebenfalls zum Teil mit allen Mitteln aus dem Dienst freizukommen versuchen, das Signal sein, es ebenso zu machen. (...) Für das Rechtsgefühl ist es jedoch unerträglich, dass der Beamte, den noch dazu Eid und besondere Treuepflicht an den Führer binden, straflos ausgeht. Unter Anwendung des § 2 StGB – entsprechende Anwendung von Strafgesetzen, wenn das gesunde Volksempfinden das erfordert – müsste Fräulein M. in diesem Falle auf Antrag des Herrn Reichsstatthalters der gerichtlichen Bestrafung zugeführt werden. Eine Vorbesprechung mit dem Herrn Generalstaatsanwalt hat ergeben, dass dieser bereit wäre, Anklage zu erheben. Bei der Zweifelhafteit der Rechtslage empfiehlt es sich jedoch, das nur dann zu tun, wenn Fräulein M. auch aus einem anderen Rechtsgrunde, etwa aus unterlassener Hilfeleistung gemäß § 330c StGB „– das war ein Vorschlag des Generalstaatsanwaltes –“ bestraft werden könnte. Es muss jedenfalls vermieden werden, dass, falls durch übergeordnete Gerichte das Strafurteil wegen Arbeitsvertragsbruch aus Rechtsgründen aufgehoben werden sollte, M. gänzlich straflos ausgeht. Die Schulverwaltung hat daher den Kreis 1 der NSDAP gebeten, M. zur

dringlichen Fliegerschädenbeseitigung sofort heranzuziehen. Falls sie sich, wie zu erwarten, weigert, hier Hilfe zu leisten, schlägt die Schulverwaltung vor, M. zur gerichtlichen Bestrafung zu bringen.

Sollte M. der Aufforderung des Kreises nachkommen und deswegen eine Bestrafung aus § 330c StGB nicht möglich sein, so bittet die Schulverwaltung, M. in Polizeihaft nehmen zu lassen und einem Konzentrationslager zuzuführen. Da die Ahndung des groben Arbeitsvertragsbruches rasch erfolgen soll, wird schon jetzt gebeten, zu dem von der Schulverwaltung vorgeschlagenen Verfahren grundsätzlich Zustimmung zu erteilen, damit dann die erforderlichen Maßnahmen – entweder Polizeihaft oder gerichtliche Haft – ungesäumt durchgeführt werden können.“¹⁰²

Weiter wurde in diesem Schreiben auf das laufende Beschwerdeverfahren hingewiesen und dann aus der Personalakte referiert: „Die beigefügte Personalakte zeigt, dass M. auch bisher schon zu Widersprüchlichkeiten geneigt hat. M. wird als Prototyp eines Individualisten bezeichnet, der sich gegen die notwendigen Anforderungen der Gemeinschaft sträubt. Mewes ist in ihrer Sucht, jeglicher Bindung auszuweichen, auch nicht der NSDAP beigetreten ...“¹⁰³

Hier hatte also auch die dienstliche Beurteilung von Schulleiter Hans Lühje, bei dem Yvonne Mewes stets Rat gesucht hatte, ihre eindeutige Zielsetzung.

Hasso von Wedel gab später an, dass er sich ungenau und unvollständig ausgedrückt hätte, statt „Konzentrationslager“ wäre eigentlich „Arbeitserziehungslager“ gemeint gewesen. Aus meiner Sicht eine schwache Schutzbehauptung bei einem so politisch bewussten und versierten Juristen. Aber 1950 hatte sich das Blatt gewendet und nicht alle Formulierungen wollte man gern verwandt haben.

Am 22.8.1944 schrieb die Hauptverwaltung, Personalamt, dass der Reichsstatthalter einverstanden wäre, das Beamtenverhältnis von Yvonne Mewes sofort zu widerrufen, keine weiteren Dienstbezüge zu zahlen und „die Angelegenheit der Gestapo zu übergeben, zwecks Prüfung, ob von ihr aus ein Einschreiten möglich ist. Ferner wird gebeten die Unterlagen an die Gestapo weiterzuleiten.“¹⁰⁴

Während der mehrwöchigen Verhandlung 1950 ergaben sich einige Besonderheiten. Der ehemalige Reichsstatthalter Kaufmann sagte aus, niemals einen disziplinarischen Fall an die Gestapo ausgeliefert zu haben, das müsse in seiner Abwesenheit von dem Leiter seines Büros unterschrieben worden sein. Ernst Schrewe bekundete, dass er das von ihm unterschriebene Dokument, in dem von Polizeihaft und Überführung in ein Konzentrationslager die Rede war, zwar unterschrieben, aber nicht zur Kenntnis genommen hatte, genausowenig das von ihm abgezeichnete Schreiben der Hauptverwaltung. Richter Valentin stellte fest: „Es kann dem Angeklagten Schrewe nicht widerlegt werden, dass er den Bericht unterschrieben hat, ohne ihn zu lesen. Es ist erwiesen, dass dieser Angeklagte solche Schreiben, die

ihm von den nach seiner Meinung besonders zuverlässigen Referenten seiner Behörde, zu denen auch von Wedel zählte, nach voraufgegangener Besprechung oder während eines Referentenvortrages vorgelegt wurden, ungelesen unterschrieb.¹⁰⁵

Während der elf Verhandlungstage ergab sich, dass sowohl Hasso von Wedel als auch Ernst Schrewe mehrfach versucht hatten, bei der Gestapo vorstellig zu werden, um Yvonne Mewes wieder frei zu bekommen. Inzwischen waren auch der Vater und andere Verwandte von Yvonne Mewes aktiv geworden. Schrewe war auch bei Karl Kaufmann gewesen und veranlasste diesen, sich ebenfalls an die Gestapo zu wenden, um die Freilassung von Yvonne Mewes zu erwirken.

Über das Ende von Yvonne Mewes ist im Gerichtsurteil vermerkt:

„Fräulein Mewes wurde Mitte Dezember 1944 nochmals von der Gestapo genommen. Die Vernehmung verlief, wie ihre Haftgenossin, die Zeugin L., aus dem Munde des Fräulein Mewes gehört hat, offenbar wegen ihres Starrsinnes ungünstig und es wurde ihr eröffnet, dass sie in das KZ Ravensbrück käme. Dorthin ist sie in den Vorweihnachtstagen des Jahres 1944 überführt worden. Sie lebte dort unter primitiven Bedingungen. 1400 Frauen hausten in einer Baracke. Für je sieben von ihnen waren zwei Bettstellen da. Sie erhielten täglich einen halben Liter von Kartoffel- oder Steckrübenschalen zubereitete Suppe und für je sieben Personen ein Brot als einzige Nahrung. Sie wurde zu einem Frondienst angetrieben, der darin bestand, einen Haufen Sand aus einer Ecke des Lagers in eine andere und zurück zu karren. Yvonne Mewes erkrankte schon nach den ersten Tagen an einem heftigen Darmkatarrh. Die Zeugin T., der sie sich schon auf dem Transport von Hamburg angeschlossen hatte und die das Bett mit ihr teilte, versuchte vergebens, ärztliche Hilfe im Lagerrevier für sie zu finden. Erst als Yvonne Mewes nach vieltägigen Koliken völlig von Kräften gekommen war, wurde sie im Revier aufgenommen. Sie ist dort am folgenden Tage, am 6. Januar 1945, gestorben.“ Richter Valentin schrieb, dass „Schrewe und von Wedel, als sie vom Tode der Yvonne Mewes hörten, tief erschüttert waren und davon ausgingen, dass der Tod nicht durch besondere Erschwernisse der Haft eingetreten sei, sondern dadurch, dass man überhaupt einen kranken Menschen in Haft gehalten habe, wobei sie sich eine Vorstellung darüber, wann Fräulein Mewes in Krankheit verfallen sei – vor oder nach ihrer Inhaftierung – nicht machten.“¹⁰⁶

In der Biografie Hasso von Wedel bin ich auf die unterschiedlichen Beurteilungen der Personen Schrewe und von Wedel eingegangen. Gegen von Wedel war gleichzeitig noch ein anderes Verfahren anhängig, nämlich seine schuldhafte Verstrickung in den Tod von Gustav Holler, der ebenfalls im KZ umgekommen war. In der Biografie von Wedel werden auch noch die Aussagen vieler Zeugen bei der staatsanwaltlichen Vernehmung beleuchtet. Diese geben interessante Einblicke in das Innenleben der Leitungsebene der Schulverwaltung.

In dem Prozess wurde in erster Instanz ein viel beachtetes Urteil gesprochen. Dr. Fritz Valentin, Landgerichtsdirektor, seine zwei Mit-Richter und sechs Geschworene sprachen beide Angeklagten frei. Der Vorsitzende des Schwurgerichts, Valentin, war von den Nationalsozialisten 1933 als Hamburger Richter entlassen worden, nach England emigriert und 1946 wieder in den Hamburger Justizdienst zurückgekehrt. „Es wäre geradezu verwegen, anzunehmen, daß dieser kluge und sehr geschätzte Richter bei den Freisprüchen ein besonders wohlwollendes Verständnis für die Zwangslage gehabt hätte, die den Angeklagten zuerkannt worden ist“, schrieb das „Hamburger Abendblatt“ am 29.8.1950.¹⁰⁷

In der Zusammenfassung des Urteils hieß es:

„Nach allem waren beide Angeklagten im Falle Mewes in vollem Umfang freizusprechen, und zwar, wie bereits dargelegt, mangels Beweises, weil nicht festgestellt werden konnte, dass die Angeklagten Fräulein Mewes aus politischen Gründen verfolgt haben. Dies erscheint nach den Erwägungen der Beweiswürdigung zwar in hohem Maße unwahrscheinlich. Nach Sachlage – Wortlaut des Schreibens vom 4. August 1944, Unterschrift des Angeklagten Schrewe unter diesem Schreiben und dem vom 29. August 1944 – bleiben jedoch gewisse Zweifel bestehen, so dass ein Freispruch mangels Tatverdacht nicht erfolgen konnte.“¹⁰⁸

Im Detail führte das Gericht in der Frage, ob ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorliege, aus:

„Es konnte jedoch nicht, wie es zur Verurteilung wegen eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit erforderlich ist, festgestellt werden, dass das Angriffsverhalten der Angeklagten im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Willkürherrschaft gestanden hat. Um solchen Zusammenhang darzutun, ist es nicht ausreichend, dass die Angeklagten Mitglieder der Partei und einiger ihrer Nebenorganisationen gewesen sind. Dies genügt umso weniger, als die Angeklagten bis zu einem gewissen Grade gedeckt durch diese Mitgliedschaft ihr Amt offenbar in einem erheblichen Umfang dazu genutzt haben, gewissen Parteidoktrinen, soweit wie möglich, entgegenzuarbeiten, und zwar gerade solchen Teilen der nationalsozialistischen Ideologie, die mit der Begründung und Aufrechterhaltung der staatlichen Willkürherrschaft im engsten Zusammenhang standen. Es genügt auch nicht, dass der Angeklagte von Wedel ein besonders pflichtgetreuer Staatsdiener gewesen ist und dass seine Pflichtvorstellungen möglicherweise seine Einstellung zu dem Verhalten der Yvonne Mewes beeinflusst haben. Es ist nichts dafür hervorgetreten, dass er den Pflichtbegriff in typisch nationalsozialistischer Weise überbetont hätte. Seine Anstrengung, die Disziplin in der Lehrerschaft aufrechtzuerhalten, waren von sachlichen Beweggründen geleitet. Das Pflichtbewusstsein, das ihn erfüllte, war das eines Staatsdieners, der gerade in der Notzeit seines Staates, im Kriege, um der

allgemeinen Wohlfahrt willen, von sich selbst und von seinen Mitbürgern höheren Einsatz als gewöhnlich verlangt.“¹⁰⁹

Erstaunlich blieb für mich, dass nicht in anderer Weise thematisiert wurde, wie fahrlässig Ernst Schrewe mit seiner Verantwortung bei der Abzeichnung von Schriftstücken umgegangen war. Einerseits ist es natürlich erfreulich, wenn Dienst-vorgesetzte in der Lage sind, ihren Mitarbeitern zu vertrauen und delegieren zu können. Andererseits verwundert es, bei derartig gravierenden Vorgängen, wenn ein verantwortlicher Behördenleiter, entscheidende Schreiben, die an den Reichsstatthalter und die Gestapo im Namen der Schulverwaltung gehen, nicht in Augenschein nimmt.

Freispruch für Schrewe?

Das Plädoyer des Staatsanwalts

Eigener Bericht

HEF. Hamburg, 22. August

Heute vormittag begann Staatsanwalt Koch in dem großen Schulprozeß gegen den Universitätsprofessor Schrewe und den ehemaligen Landgerichtsdirektor von Wedel sein Plädoyer. Das Schwurgericht unter Landgerichtsdirektor Valentin habe in neun Verhandlungstagen mit aller Sorgfalt versucht, festzustellen, ob die beiden Angeklagten durch die Auslieferung der Studienassessorin Yvonne Mewes und des Gewerbeoberlehrers Holler an die Gestapo sich eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit, einer Freiheitsberaubung im Amt mit Todesfolge und einer fahrlässigen Tötung schuldig gemacht haben. Fräulein Mewes und Oberlehrer Holler starben im KZ.

Zu Beginn seines Plädoyers erklärte Staatsanwalt Koch, daß die Hauptverhandlung nichts erbracht habe, was zu einer Verurteilung des Universitätsprofessors Schrewe ausreichen könne, so

daß er gegen ihn Freispruch beantragen werde. Anders verhielte es sich im Falle von Wedel, der nach Auffassung der Anklage sich in beiden Fällen schuldig gemacht habe.

Zunächst schilderte der Staatsanwalt den Fall der Studienassessorin Mewes. Er betonte, daß sie zwar eine unbeugsame Gegnerin des nationalsozialistischen Regimes, aber eine ebenso hervorragende Fachkraft gewesen sei. Die Tatsachen des tragischen Schicksalsablaufs sind bekannt. Von ungeheurer Wichtigkeit erschien jedoch dem Staatsanwalt ein Schreiben von Wedels vom 4. August 1944, in dem er erklärte, daß eine gerichtliche Bestrafung von Yvonne Mewes wegen ihrer Flucht nach Passau wenig Aussicht auf Erfolg habe und es unerträglich sei, daß sie ihren Eid und ihre Treupflicht gegen den Führer verletzt habe. Er schlug vor, sie zur Flieger-schädbeseitigung heranzuziehen, und rechnete mit ihrer Weigerung. Dann, so schrieb er, sei es an der Zeit, sie der Gestapo zu übergeben.

Hamburger Abendblatt vom 22.8.1950

Nach diesem umfangreichen Exkurs, der aber für das Leben und die Bewertung seiner Arbeit auch für Ernst Schrewe einschneidend und mühevoll war, schließlich auch seine weitere Berufskarriere einschränkte, sollen die nächsten Schritte beleuchtet werden.

Erst einmal hatte Schrewe diesen aufsehenerregenden Prozess überstanden. Nachdem die Staatsanwaltschaft in seinem Fall auf „Freispruch mangels Beweises“ plädiert und den Revisionsantrag gegen das freisprechende Urteil in seinem Fall zurückgezogen hatte¹¹⁰, war die unmittelbare Folge für Schrewe erst einmal, dass ihm die Hochschulabteilung am 26.2.1950 mitteilte, dass der Lehrauftrag aufgrund der Anklage gegen ihn vor dem Schwurgericht beendet wurde.¹¹¹

Am 6.3.1951 wurde von Oberregierungsrat von Zerssen als Vertreter der Einleitungsbehörde im Dienststrafverfahren eine Anschuldigungsschrift „in der Dienststrafsache gegen den Senatssyndikus im Wartestand Prof. Dr. Ernst Schrewe vorgelegt. Dabei ging es um das Verfahren Mewes. Vorgehalten wurde Ernst Schrewe, „im Jahre 1944 schuldhaft die ihm obliegenden Pflichten als Beamter, nämlich als Vertreter des damaligen Beigeordneten (Senators) für die Schulverwaltung, dadurch verletzt zu haben, dass er

1. ein Schreiben vom 4.8.1944 an den damaligen Reichsstatthalter, in dem die Verbringung der Studienassessoren Yvonne Mewes in ein Konzentrationslager vorgeschlagen wurde, unterschrieben hat ohne es zu lesen,

2. das von dem damaligen Reichsstatthalter am 17.8.1944 unterzeichnete, von der Hauptverwaltung ihm unter dem 22.8.1944 übermittelte Antwortschreiben abgezeichnet hat, ohne den Inhalt in sein Bewusstsein aufzunehmen,

3. ein Anschreiben an die Gestapo vom 29.8.1944, in welchem die Gestapo um Prüfung gebeten wurde, ob sie gegen Fräulein Mewes einschreiten könne, ebenfalls unterschrieben hat, ohne es zu lesen.“¹¹²

Jetzt holte Schrewe dienstrechtlich ein, was strafrechtlich nicht geahndet worden war. Von Zerssen hielt die Behauptung Schrewes zwar „für nicht sehr wahrscheinlich“, musste aber davon ausgehen, dass Schrewe die drei Schreiben „nicht gelesen bzw. nicht in sein Bewusstsein aufgenommen hatte“.¹¹³ Er hätte sich darauf berufen, „dass er die Angelegenheit nicht als eine politische angesehen habe, sie von dem Landgerichtsdirektor Dr. von Wedel, der ihm als ein besonders zuverlässiger und tüchtiger Beamter bekannt gewesen sei, bearbeitet worden sei, der zudem zu der Angelegenheit die gleiche innere Einstellung gehabt habe wie er selbst“, und er im Übrigen „bei den damaligen besonderen Zeitverhältnissen“ mit viel schwierigeren und von ihm für wichtig gehaltenen Angelegenheiten befasst gewesen wäre.¹¹⁴ In der Würdigung des Verhaltens Schrewes erklärte von Zerssen, dass dieser „durch die Kriegsverhältnisse eine gesteigerte Verantwortung gehabt hätte, ihm, da er dienstlich überlastet war, nur besonders wichtige Angelegenheiten vorgetragen und besonders wichtige Schreiben zur Unterschrift vorgelegt“ wurden.¹¹⁵

Ihm hätte bewusst sein müssen, dass es sich im Fall Mewes um eine „wichtige und schwierige Angelegenheit“ handelte, die „so einmalig und bedeutungsvoll“

war, „dass er die maßgeblichen ihm vorgelegten Schreiben unbedingt, und zwar sorgfältig, hätte lesen müssen. Das gilt besonders von den beiden Schreiben, welche er selbst unterschrieben hat. Mit der Unterschrift übernahm er nämlich die Verantwortung für ihren Inhalt, mochte auch Dr. von Wedel dadurch nicht ganz von Verantwortung für sie frei werden.“¹¹⁶

Im Weiteren führte von Zerssen aus, dass es sich schließlich im Fall Mewes „um ganz außergewöhnliche Maßnahmen“ gehandelt hatte, die vorgeschlagen wurden, auch wenn das Wort „Konzentrationslager“ im Vorgespräch mit Hasso von Wedel möglicherweise nicht gefallen war. Völlig unverständlich sei es, ein solch gewichtiges Schreiben an den Reichsstatthalter, dem Schrewe nach eigenem Bekunden sehr kritisch gegenüberstand, nicht aufmerksam gelesen zu haben. Und auch die Antwort darauf, in der Reichsstatthalter Karl Kaufmann auf die Vorschläge der Schulverwaltung reagierte, hätte Schrewe registrieren müssen. „Selbst ein flüchtiger Blick hätte ihm gezeigt, dass in dem Schreiben recht auffällig gesagt wurde, der Reichsstatthalter sei damit einverstanden, „dass die Angelegenheit der Gestapo übergeben wird“. Und von Zerssen wies zu Recht darauf hin: „Der Beschuldigte hat in dem Strafverfahren immer wieder betont, dass er sich Mühe gegeben habe, ihm anvertraute Bedienstete der Schulverwaltung dem Zugriff der Gestapo zu entziehen. Er wusste also, wenn auch wohl nicht in allen Einzelheiten, was es bedeutete, wenn jemand der Gestapo ausgeliefert wurde.“¹¹⁷

Auch das Schreiben an die Gestapo vom 29.8.1944, das in Abwesenheit Hasso von Wedels von dem Verwaltungsbeamten Carlsson ihm vorgelegt worden war, auf den er „sich nicht so verlassen konnte wie auf von Wedel“, hatte Schrewe ungelesen unterschrieben: „Zwar wird man dem Beschuldigten ohne weiteres abnehmen können, dass er die Folgen des Schreibens an die Gestapo nicht geahnt, geschweige denn, dass er sie gewollt hat. Es ist aber nicht aus der Welt zu schaffen, dass das von ihm unterzeichnete Schreiben zur Folge gehabt hat, dass eine seiner Fürsorge unterstehende Lehrerin im Konzentrationslager nach furchtbarer Behandlung eines qualvollen Todes gestorben ist, dass er also durch seine Unterschrift diesen Tod auf dem Gewissen hat.“¹¹⁸

Das muss einen Menschen wie Ernst Schrewe schwer getroffen haben, war diese Argumentation bei ernsthafter Prüfung auch von ihm nicht von der Hand zu weisen. Von Zerssen stellte als Dienststrafe den Antrag: „Entfernung aus dem Dienst“.¹¹⁹

Die Dienststrafkammer Hamburg beim Landesverwaltungsgericht befasste sich am 21.6.1951 mit der Angelegenheit und befand Schrewe für schuldig. Es sollen jetzt nicht alle Momente detailliert aufgezählt werden, mit den jeweiligen Schriftsätzen und dem umfangreiche Urteil liegt ein interessantes Material vor, ein

Konvolut, das diesen Rahmen sprengen würde. Ernst Schrewe wurde zu einer „Gehaltskürzung um ein Fünftel der jeweiligen Dienstbezüge auf die Dauer von fünf Jahren verurteilt“.¹²⁰

Nachdem die oberste Dienstbehörde gegen das Urteil der Dienststrafkammer Hamburg Berufung eingelegt hatte, entschied in nächster Instanz am 19.12.1951 der Dienststrafhof Hamburg bei dem Oberverwaltungsgericht über den Fall. Der „Beschuldigte wurde wegen eines Dienstvergehens zur Strafe der Gehaltskürzung um ein Fünftel seiner Dienstbezüge auf die Dauer von drei Jahren verurteilt.“¹²¹

Die leichte Abmilderung der Strafe erklärte das Gericht unter anderem mit folgendem Hinweis: „Das Maß der Fahrlässigkeit beurteilt sich nach denjenigen Anforderungen, welche unter den zur Zeit der Tat herrschenden Umständen, insbesondere unter Berücksichtigung der sonstigen auf dem Täter lastenden Pflichten an den Täter gerechterweise gestellt werden können. Es ist mithin für den vorliegenden Fall von entscheidender Bedeutung, dass der Beschuldigte im August 1944 durch die täglich und stündlich wechselnden Schwierigkeiten eines der Katastrophe sich zuneigenden totalen Krieges in seiner Verwaltungstätigkeit von ständig neuen Verlegenheiten bedroht war, deren er durch immer neue Aushilfen Herr werden musste. So war er beispielsweise gerade während des August 1944 längere Zeit im Sudetenland, um zu verhindern, dass die dort befindlichen Hamburger Kinder nach Ungarn weitergeschafft wurden. Ebenso brachten die dauernden Luftangriffe eine immer neue Gefahrenlage für den Schulbetrieb.“¹²²

Nach diesem Urteil des Dienststrafhofes Hamburg stellte die Hochschulabteilung die Frage an die Universität Hamburg, ob Bedenken gegen eine Honorarprofessur für Ernst Schrewe bestehen würden.¹²³

Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät hatte nach Ausgang des Dienststrafverfahrens keine Bedenken gegen die Erteilung einer Honorarprofessur.¹²⁴

Dagegen gab es ein Sondervotum der Professoren Genziner und Laun vom 21.5.1952, in dem es hieß: „Auch ich halte Schrewe freilich nicht für einen rabiaten Nationalsozialisten oder für einen Autoritätssadisten, dem aus reinem Machtdünkel jedes Mittel recht gewesen wäre, um Eigenwilligkeit von Untergebenen zu vernichten. Ich gebe auch zu, dass er vielen Menschen gegen nationalsozialistischen Terror geholfen hat und im Grunde wohl eine hilfsbereite Natur ist. Aber Universität ist nicht Verwaltung.“ Als Universitätslehrer müsse man der studierenden Jugend Tag für Tag als Vorbild gegenüberstehen und ihrer Hochachtung würdig sein. „Der Gedanke an das grauenhaft zu Tode gekommene Opfer führt mich zu der Auffassung, dass Schrewe nicht wieder als akademischer Lehrer vor unsere Studenten treten sollte. Gerade von ihm hätte ich übrigens erwartet, dass das Bewusstsein seiner Schuld ihm gebieten würde, von sich aus seiner Lehrtätigkeit an der Universität zu entsagen.“¹²⁵

Am 28.6.1952 schloss sich der Senat der Universität Hamburg diesem Sonder-votum an.¹²⁶

Eine Entscheidung zog sich hin. Zwischenzeitlich gab es einen Regierungswechsel in Hamburg, Bürgermeister Kurt Sieveking ließ sich eine Chronologie zu Schrewes Biografie anfertigen, die ihm am 5.1.1954 vorgelegt wurde.¹²⁷ Man arbeitete an einem Vergleich, der dazu führte, dass Ernst Schrewe am 24.7.1954 eine Stelle als Wissenschaftlicher Rat am Hamburger Weltwirtschaftsarchiv übernehmen konnte.¹²⁸

Einen kleinen Einblick in die Gemütslage Schrewes vermittelt ein Schreiben vom 14.10.1955 an den Schulsenator des Hamburg Blocks, Prof. Hans Wenke:

„Ich habe mir, auch in Verbindung mit meiner ungeklärten Stellung im Öffentlichen Dienst in den vergangenen Jahren etwas zu viel zugemutet. Die Jahre waren seit Abschluss meines Studiums sehr turbulent. Ich bin 1933 und 1945 aus politischen Gründen entlassen worden. Während des Krieges habe ich von dem Platze aus, auf dem Sie heute sitzen, mich redlich und ich meine auch nicht ohne Erfolg um eine Verminderung chaotischer Zustände bemüht. Ich habe nach dem Kriege Prozesse und Verfahren über mich ergehen lassen müssen, die ich trotz der eigenen kritischen Überprüfung meiner Mitarbeit vor 1945 doch als ein Unrecht empfand.“¹²⁹

Ernst Schrewe teilte Senator Wenke seine Krankheit und „leichte“ Verbitte-rung mit. Er leide unter einem erheblichen Erschöpfungszustand mit Kreislaufstö-rungen. Am 17.4.1956 kam ein Hirngeschwulst dazu.¹³⁰

Ernst Schrewe starb am 6.6.1957.¹³¹

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut den verschiedenen Personalakten Schrewes; StA HH, 361-3_A 2149; StA HH, HW-DPA_IV 1467; StA HH, Senatskanzlei-PA_C 685.
- 2 Sehe Entnazifizierungsakte Schrewe, StA HH, 221-11_X 2901 und das Urteil des Landgerichtes Hamburg vom 28.8.1950, (50) 22/50, abgedruckt unter der Lfd. Nr. 234 in einer Urteilssammlung unter dem Stichwort: Denunziation, Hamburg, August 1944. Im Weiteren zitiert: Urteil 1950.
- 3 Treviranus war ein enger Begleiter von Heinrich Brüning, dessen Kabinett er 1930 angehörte.
- 4 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 5 Siehe: HLZ 22/1934, S. 353; HLZ 29/1934, S. 475; HLZ 40/1934, S. 582. siehe auch: „Hamburger Tageblatt“ v. 29.8.1934.
- 6 „Hamburger Tageblatt“ v. 23.7.1934.
- 7 Siehe auch die Biografie Haselmayer, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 621 ff.
- 8 StA HH, HW-DPA_IV 1467
- 9 Urteil 1950, a. a. O., S. 3
- 10 „Welt“ v. 16.8.1950.

- 11 Frank Bajohr: Hamburgs „Führer“. Zur Person und Tätigkeit des Hamburger NSDAP-Gauleiter Karl Kaufmann (1900–1969) in: Hamburg im Dritten Reich. Sieben Beiträge, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg 1988, S. 126.
- 12 Uwe Schmidt: Nationalsozialistische Schulverwaltung in Hamburg, Hamburg 2008, S. 97.
- 13 Peter Hüttenberger: Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969.
- 14 StA HH, HW-DPA_964
- 15 StA HH, B V 92 a V A 21
- 16 Ebd.
- 17 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 18 Aus dem zehneitigen Schreiben von Rechtsanwalt Erich Wandschneider vom 18.5.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 StA HH, HW-DPA_IV 1467
- 23 „Hamburger Tageblatt“ v. 23.2.1943.
- 24 Ebd. 25 Ebd.
- 26 „Hamburger Fremdenblatt“ v. 9.6.1943.
- 27 „Hamburger Tageblatt“ v. 9.6.1943.
- 28 „Hamburger Fremdenblatt“ v. 9.6.1943.
- 29 Ebd.
- 30 „Hamburger Tageblatt“ v. 9.6.1943.
- 31 Ebd.
- 32 „Hamburger Tageblatt“ v. 9.6.1943.
- 33 Ebd.
- 34 „Hamburger Fremdenblatt“ v. 9.6.1943.
- 35 „Hamburger Tageblatt“ v. 9.6.1943.
- 36 Siehe die Biografie Henze, in: de Lorent 2016, S. 162ff.
- 37 StA HH, Senatskanzlei-PA_C 685.
- 38 Ebd. Siehe zu den Personalwechseln auch die Biografien Karl Witt und Willi Schulz, in: de Lorent 2016, S. 88ff. und S. 99ff.
- 39 Siehe Anmerkung 5.
- 40 Siehe auch die Biografien Erwin Zindler und Walter Behne, in: de Lorent 2016, S. 538ff. und S. 457ff.
- 41 Das Gebäude wurde im August 1943 von der Gestapo beschlagnahmt und die Schulverwaltung musste für fünf Monate in das Gebäude der Finanzbehörde am Gänsemarkt umziehen.
- 42 StA HH, 362-2/14_15
- 43 Siehe dazu die Biografie Sahrhage in diesem Band.
- 44 Zitiert nach Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 596.
- 45 StA HH 361-2 OSB VI_811
- 46 Uwe Schmidt 2010, S. 597.
- 47 Siehe die Biografie Sahrhage in diesem Buch.
- 48 Urteil 1950, a. a. O., S. 3.
- 49 StA HH, 362-10/1_3
- 50 Ständiges Rundschreiben vom 6.5.1944, StA HH, 362-10/1_3
- 51 Ebd.
- 52 Urteil 1950, a. a. O., S. 4.

- 53 Uwe Schmidt: Ernst Schrewe, in: Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Bd. 4, Hrsg. von Franklin Kopitzsch und Dirk Brietzke, Göttingen 2008, S. 314.
- 54 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 55 Urteil 1950, a. a. O., S. 4.
- 56 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 57 Schreiben von Rechtsanwalt Wandschneider vom 18.5.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 58 Ebd.
- 59 Ebd.
- 60 Ebd.
- 61 Siehe dazu die Biografie Hermann Saß, in: de Lorent 2016, S. 178ff.
- 62 Schreiben von Rechtsanwalt Wandschneider vom 18.5.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 63 Siehe zu Fritz Köhne: de Lorent 2016, Die unvollendete Entnazifizierung, S. 38ff. und insbesondere S. 61ff.
- 64 Schreiben von Rechtsanwalt Wandschneider vom 18.5.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 65 Ebd.
- 66 Ebd.
- 67 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 68 Archiv der GEW, Akte Köhne. In den 1990er-Jahren wurde dieses Archiv aufgelöst und dem Hamburger Staatsarchiv übergeben.
- 69 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 70 Entscheidung vom 13.12.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 71 Entnazifizierungsakte a. a. O. Zu Kiesselbach siehe: de Lorent 2016, Die unvollendete Entnazifizierung, S. 38ff.
- 72 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 73 StA HH, HW-DPA_IV 1467
- 74 Siehe Schmidt 2010, S. 637.
- 75 Vermerk vom 26.1.1949, StA HH, Senatskanzlei-PA_C 685
- 76 Ebd.
- 77 Erklärung des Fachausschusses der Universität vom 5.4.1949, StA HH, Senatskanzlei-PA_C 685
- 78 Erklärung des Berufungsausschusses der Universität Hamburg vom 17.3.1949 unter dem Vorsitz des in Entnazifizierungsverfahren sonst häufig milde entscheidenden Prof. Bruno Snell, StA HH, Senatskanzlei-PA_C 685
- 79 Ebd.
- 80 StA HH, HW-DPA_IV 1467
- 81 Ebd.
- 82 Ebd.
- 83 Siehe zu den beiden Fällen auch: Gerhard Hoch: Yvonne Mewes: „Warten, daß ich mich ins Unrecht setze ...“, in: Ursel Hochmuth/Hans-Peter de Lorent (Hg.): Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 259ff. und Gerhard Hoch: Der Fall des Gewerbe Oberlehrers Gustav Holler, in: Reiner Lehberger und Hans-Peter de Lorent (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz Hamburg 1986, S. 179ff.
- 84 Siehe auch die Biografie Züge in: de Lorent 2016, S. 385ff. Der Fall Mewes wird darin allerdings nicht behandelt.
- 85 Siehe dazu: Gerhard Hoch 1985 a. a. O.; Rita Bake: Yvonne Mewes, in: Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Bd. 2, Hrsg. von Franklin Kopitzsch und Dirk Brietzke, Hamburg 2003, S. 285; Ingeborg Brusberg: Yvonne Mewes, www.stolpersteine-hamburg.de; Urteil 1950, S. 12ff.
- 86 Bericht von Schulleiter Hans Lühje, in: Ingeborg Brusberg, a. a. O.
- 87 Urteil 1950, a. a. O., S. 12.
- 88 Ebd.

- 89 Urteil 1950, a. a. O., S. 12f.
90 Urteil 1950, a. a. O., S. 13.
91 Urteil 1950, a. a. O., S. 14.
92 Ebd.
93 Ingeborg Brusberg, a. a. O.
94 Urteil 1950, a. a. O., S. 14.
95 Ebd.
96 Ebd.
97 Urteil 1950, a. a. O., S. 15.
98 Ebd.
99 Ebd.
100 Ebd.
101 Urteil 1950, a. a. O., S. 15f.
102 Urteil 1950, a. a. O., S. 16f.
103 Urteil 1950, a. a. O., S. 17f.
104 Urteil 1950, a. a. O., S. 18.
105 Ebd.
106 Urteil 1950, a. a. O., S. 21.
107 „Hamburger Abendblatt“ v. 29.8.1950.
108. Urteil 1950, a. a. O., S. 65.
109 Urteil 1950, a. a. O., S. 62f.
110 „Welt“ v. 10.1. 1951.
111 Anschuldigungsschrift gegen Ernst Schrewe, in: StA HH, 221-10 Dienststrafkammer_697
112 Anschuldigungsschrift a. a. O., S. 3.
113 Anschuldigungsschrift a. a. O., S. 9.
114 Ebd.
115 Anschuldigungsschrift a. a. O., S. 10.
116 Ebd.
117 Anschuldigungsschrift a. a. O., S. 11.
118 Anschuldigungsschrift a. a. O., S. 12.
119 Anschuldigungsschrift a. a. O., S. 13.
120 Urteil der Dienststrafkammer, StA HH, 221-10_697
121 Ebd. Interessant ist, dass Ernst Schrewe wieder einmal mit jemandem aus der Familie Sieveking zu tun hatte. Notar Dr. Sieveking gehörte der Dienststrafkammer als eine von sechs Personen an.
122 Urteil der Dienststrafkammer, S. 11; StA HH, 221-10_697
123 StA HH, HW-DPA_964
124 Ebd.
125 StA HH, HW-DPA_1467
126 StA HH, HW-DPA_964
127 StA HH, HW-DPA_964
128 StA HH, HW-DPA_964
129 StA HH, HW-DPA_964. Siehe dazu auch die Biografie Hans Wenke in diesem Buch.
130 Ebd.
131 Ebd.

Hasso von Wedel

„Soldatische Persönlichkeit mit allen guten Merkmalen eines alten Offiziersgeschlechts.“

Hasso von Wedel spielte im Hamburger Schulwesen erst ab September 1943 eine Rolle. Nachdem er seit 1939 im Kriegsdienst war und als Oberleutnant und Batteriechef im Mai 1942 an der Ostfront schwer minenverwundet ein Bein verloren hatte, hielt er nach langer Rekonvaleszenz und seiner Entlassung aus der Wehrmacht im Frühjahr 1943 juristische Vorlesungen an der Universität Hamburg. Dort lernte er Prof. Ernst Schrewe kennen, der ihn durch Verfügung von Reichsstatthalter Karl Kaufmann als Justiziar in die Schulverwaltung nahm, als er von Kaufmann zum Leiter der Schulverwaltung im Juli/August 1943 berufen worden war. Mit von Wedel kam ein schneidiger Offizierston in die Hamburger Schulverwaltung. Das Besondere an der Geschichte von Hasso von Wedel ist, dass er als einer der wenigen Nationalsozialisten im Schulbereich nach 1945 wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ vor ein Gericht kam und in zweiter Instanz verurteilt wurde.

Hasso von Wedel hatte in der Schulverwaltung ab September 1943 mit Ernst Schrewe zusammengearbeitet.¹

Insbesondere die Fälle Yvonne Mewes und Gustav Holler, die von der Schulverwaltung an die Gestapo weitergegeben worden waren und die für die beiden Betroffenen zur Einweisung ins KZ und zum Tod führten, wurden nach dem Krieg besonders Hasso von Wedel angelastet und 1950 vor dem Hamburger Landgericht verhandelt.

Dies ist in der Biografie Ernst Schrewe anhand des Prozesses in diesem Band ausführlich behandelt worden. Hier soll die Arbeit und Persönlichkeit von Hasso von Wedel genauer beleuchtet und etwas ausführlicher auf die staatsanwaltlichen Ermittlungen eingegangen werden. Dabei wurden auch die Mitarbeiter von Wedels und Schrewes in der Schulverwaltung vernommen, mit bemerkenswerten internen Ansichten und Aussagen.

Hasso von Wedel wurde am 13.12.1909 in Kiel geboren. Er entstammte einer preußischen Adels- und Beamtenfamilie. Sein Vater, Hans Feodor von Wedel, war damals Kapitänleutnant, später Oberst der Luftwaffe. Seine Mutter, Anna von Wedel, war eine geborene von Wittgenstein, wie Hasso von Wedel in seinem handgeschriebenen Lebenslauf darstellte.²

Die weitverzweigte Familie von Wedel hat eine Adelsgeschichte, die in das 13. Jahrhundert zurückreicht. Seit dem 18. Jahrhundert waren die männlichen von

Wedel vornehmlich Berufsoffiziere. Der Großvater Hasso von Wedels, ebenfalls mit Namen Hasso von Wedel, war Rittmeister im Ulanenregiment 6.³ Ein weiterer Hasso von Wedel, geboren am 20.11.1898 in Stargard in Pommern, war ebenfalls Offizier, zuletzt Generalmajor und Leiter der Wehrmachtpropaganda in der NS-Zeit.⁴

Ein Blick in Wikipedia offenbart, es gab noch sechs andere Hasso von Wedel, allesamt Offiziere in der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg.⁵ „78 Familienmitglieder traten im Dritten Reich der NSDAP bei, davon 35 vor der Machtergreifung“.⁶

Zwei Brüder des hier beschriebenen Hasso von Wedel waren ebenfalls als Wehrmachtsoffiziere im Zweiten Weltkrieg, den sie nicht überlebten.⁷

Das Standesbewusstsein der von Wedel dokumentierte auch Hasso von Wedels Heirat mit Rosemarie von dem Hagen, deren Vater laut von Wedels Personalakte den militärischen Rang eines „Oberst“ bekleidete.⁸

Hasso von Wedel besuchte in Kiel und Berlin die Vorschule und das Realgymnasium. Als die Eltern nach Hamburg umzogen, ging Hasso von Wedel für ein halbes Jahr auf die Privatschule von Dr. Bieber, Ostern 1920 dann auf die Oberrealschule auf der Uhlenhorst, um im nächsten Jahr auf die Gelehrtenschule des Johanneums zu wechseln, „die meiner Neigung und Begabung zu entsprechen schien“. Dort bestand von Wedel am 23.2.1928 die Reifeprüfung.⁹

„Da ich größte wissenschaftliche Neigungen hatte, mich später im sozialen Leben praktisch zu betätigen“, entschied sich von Wedel für ein juristisches Studium. Wie damals üblich, fand das Studium an den jeweiligen Universitäten in verschiedenen Städten statt. München, Kiel, Heidelberg, Hamburg, wo von Wedel am 4.6.1930 auch die erste Staatsprüfung ablegte. Die große Staatsprüfung bestand er am 19.10.1934 in Hamburg mit „gut“.

Am 1.7.1933 war Hasso von Wedel Mitglied der SA geworden und wurde im „Reitersturm“ aktiv.¹¹

Auf den verschiedenen Stationen seiner praktischen Ausbildung wurde von Wedel sehr positiv beurteilt. Nach stringentem Studium war von Wedel schon mit 22 Jahren ins Referendariat gekommen. Nach einem halben Jahr bei der Hamburger Staatsanwaltschaft schrieb Staatsanwalt Stein: „Auch war Referendar von Wedel immer mit großem Eifer bei der Sache und erledigte die ihm übertragenen Arbeiten durchweg mit Geschick, praktisch und auch juristisch zutreffend. Was seine Persönlichkeit angeht, so bringt er eine auffallend gute Allgemeinbildung, eine reges Interesse für alle Vorgänge des Lebens, sowie auch für die neuen wissenschaftlichen Arbeiten – insbesondere auch auf den einschlägigen Gebieten – mit. Er besitzt eine für sein Alter recht reife, überlegte und selbständige Art des Denkens und des Urteilens. Auch ist ihm eine sehr angenehme ruhige und ansprechende Art des Vortrags und des Auftretens überhaupt eigen.“¹²

Die Familie von Wedel verfügte über die nötigen Beziehungen. Die Anwaltsstation absolvierte Hasso von Wedel in Berlin in einer größeren Sozietät. Rechtsanwalt Dr. Walter Schmidt schrieb ihm ins Zeugnis: „Er ist ein ausgezeichneter Jurist. Er verfügt über die besten Rechtskenntnisse, über ein ausgeprägtes Rechtsgefühl und sehr gutes juristisches Urteil. Er gehört zu den besten Referendaren, die ich ausgebildet habe.“¹³

Und Landgerichtsdirektor Dr. Uhde bescheinigte nach drei Monaten Tätigkeit am Hamburger Landgericht: „Er hat Ausgezeichnetes geleistet. Er hat vorzügliche Rechtskenntnisse und besitzt eine hervorragende Intelligenz.“ Der Landgerichtsdirektor bestätigte von Wedel „soziales Einfühlungsvermögen (er gehört der SA an)“ und: „dass er jederzeit für den heutigen Staat eintreten wird ist nicht zweifelhaft.“¹⁴

Interessant ist, wie Hasso von Wedel im Weiteren gefördert wurde. Am 11.12.1935 schrieb Justizsenator Dr. Curt Rothenberger an das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung: „Über die Persönlichkeit des Hamburgischen Assessors Dr. Hasso von Wedel, der zu den Anwärtern für den Deutschen Akademischen Austauschdienst in London gehört, teile ich Ihnen folgendes mit: Dr. von Wedel ist der Sohn eines aktiven Oberstleutnants der Flugwaffe beim hiesigen Generalkommando. Er entstammt dem baltischen Adel. Beide Examina hat er mit ‚gut‘ bestanden, wobei das zweite Examen nach den heute geltenden Noten mit ‚lobenswert‘ bezeichnet worden wäre. Er ist ein weit über dem Durchschnitt begabter Jurist und zur Zeit Assistent am strafrechtlichen Seminar der Universität. Persönlich ist von Wedel ein Mann von tadellosen Umgangsformen, der auch in dem englischen Milieu Eindruck machen würde. Dr. von Wedel ist nicht Parteigenosse, hat sich auch vor dem Umbruch nicht politisch betätigt. Seit Juni 1933 ist er Mitglied der SA. Er hat zweimal eine achtwöchige militärische Übung mitgemacht. Ich halte ihn aufgrund meines persönlichen Eindrucks für politisch absolut zuverlässig. Im ganzen gesehen scheint mir Dr. von Wedel, den ich an sich für längere Zeit nur ungern hier missen möchte, für die Stellung in England außerordentlich geeignet.“¹⁵

Und der Leiter des Deutschen Akademischen Austauschdienstes antwortete: „Für die Übersendung des Gutachtens über den Hamburger Assessor Dr. Hasso von Wedel erlaube ich mir, Ihnen meinen ergebenden Dank auszusprechen. Ich bin leider zur Zeit noch nicht in der Lage, über die Besetzung der Londoner Stelle zu entscheiden. Ich habe mir erlaubt, Herrn Prof. Rein über die Situation im einzelnen zu unterrichten und wäre sehr dankbar, wenn sich Herr von Wedel einstweilen weiter zur Verfügung halten würde.“¹⁶

So wurden Verbindungen geknüpft. Prof. Adolf Rein war zu diesem Zeitpunkt nationalsozialistischer Rektor der Universität Hamburg.

Zwischenzeitlich meldeten sich die Notare Dr. Sieveking u. a. beim Präsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichts: „Der Assessor Herr Dr. Hasso von Wedel hat sich um eine der freigewordenen Notarstellen beworben. Für den Fall, dass seinem Antrage stattgegeben wird, haben wir mit ihm vereinbart, dass wir unsere Praxis gemeinschaftlich mit ihm ausüben wollen. Wir legen deshalb auf seine baldige Ernennung großen Wert und bitten ergebenst, den Antrag bei dem Herrn Reichsminister der Justiz befürworten zu wollen.“¹⁷

Auffällig ist, wie bei Ernst Schrewe auch, der gute Kontakt von Wedels zu Mitgliedern der einflussreichen Hamburger Familie Sieveking. Mit dem Rechtsanwalt Dr. Friedrich Sieveking weilte von Wedel 1938 im Juni für eine Woche in England „zwecks Studiums englischer Rechtseinrichtungen“.¹⁸ Und der Notar Dr. Sieveking war 1951 Mitglied des Dienststrafhofes im Disziplinarverfahren gegen Ernst Schrewe.

Beste Aussichten also für einen 26-jährigen Juristen. Der Präsident des Oberlandesgerichtes wies darauf hin, dass von Wedel der SA angehörte und dem 41. Sturm der 45. Standarte zugeteilt war.¹⁹ Und die Gauleitung der NSDAP hatte gegen die Beförderung von Wedels „in politischer Beziehung keine Bedenken“.²⁰

Hasso von Wedel entschied sich gegen die Notarskarriere und für einen zweigleisigen Weg. So war er, wie es zur Tradition seiner Familie gehörte, seit 1935 jährlich zu mehrwöchigen Übungen bei der Wehrmacht aktiv gewesen und dabei Unteroffizier und Reserveoffiziersanwärter geworden.²¹

Am 1.5.1937, als die NSDAP wieder für Beamte offen stand, trat er in die NSDAP ein.²²

Zum selben Zeitpunkt wurde von Wedel zum Landgerichtsrat befördert. In den Gutachten hieß es über ihn: „von Wedel steht nach Begabung und Fähigkeit weit über Durchschnitt. Er war Assistent bei dem Kriminalisten Prof. Dr. Schmidt und verfügt über hervorragende strafrechtliche Spezialkenntnisse. Seine großen Fähigkeiten und seine ausgezeichnete Persönlichkeit haben ihn zum Vertreter des Leiters einer Referendararbeitsgemeinschaft besonders geeignet erscheinen lassen. Er wird später zum Gemeinschaftsleiter vorgeschlagen werden. Soldatische Persönlichkeit mit allen guten Merkmalen eines alten Offiziersgeschlechts. Ich habe von Wedel zur Beförderung vorgeschlagen“, hieß es aus der Reichsjustizbehörde.²³

Der Landgerichtspräsident urteilte: „Führung, Charakter und politische Haltung sind einwandfrei.“²⁴

Und der Präsident des Oberlandesgerichts hatte am 25.8.1936 geschrieben: „Ich habe persönlich ein Bild von dem Assessor Dr. von Wedel. Er ist juristisch hervorragend begabt, in der Praxis ausgezeichnet bewährt. Die äußeren Formen sind wie die Haltung gestrafft und sicher und zeigen die Herkunft aus einem Offiziersgeschlecht sowie die militärische Ausbildung. Er ist seit Juli 1933 Angehöriger der

SA. Im ganzen genommen handelt es sich bei von Wedel um einen jungen Juristen, der trotz seiner Jugend schon jetzt für die Planstelle eines Richters, insbesondere auch des Einzelrichters, bestens qualifiziert erscheint. Seine endgültige Einstellung würde einen Gewinn für die Justiz bedeuten.“²⁵

Und am 9.9.1936 begründete er seine Entscheidung gegenüber dem Reichsjustizministerium: „Ich habe von Wedel verschiedene Male für Referate im NSRB und in den Arbeitsgemeinschaften, die zur Einarbeitung der Richter und Staatsanwälte in das neue Strafrecht eingerichtet sind, herangezogen. Er hat nach meiner persönlichen Kenntnis dort den allerbesten Eindruck hinterlassen und sich rege an den Diskussionen beteiligt. Bemerkenswert ist, dass dieser wissenschaftlich hochbegabte Jurist auch praktisch allen Anforderungen – sowohl als Einzelrichter in Zivil- und Strafteilungen des Amtsgerichts als auch als Beisitzer im Landgericht – voll auf genügt hat. Ich habe dem Assessor von Wedel gewisse Aussichten gemacht, dass er in den nächsten Monaten Richter würde, da er, der bereits mehrere Übungen bei der neuen Wehrmacht abgeleistet hat, als Offizierssohn Neigung zeigte, die Offizierslaufbahn einzuschlagen. Assessor von Wedel ist aktiv tätiger SA-Mann seit 1933 und politisch in jeder Beziehung einwandfrei.“²⁶

Von Wedel arbeitete zwei Jahre beim Landgericht Hamburg. Dann, als der Krieg begann, wurde von Wedel als Leutnant eingezogen.

Er machte bei der Wehrmacht die Feldzüge in Polen und Frankreich mit und kam kurz vor Beginn „der Russlandoffensive des Jahres 1941 an die Ostfront“.²⁷

Hier wurde er, inzwischen zum Oberleutnant befördert, als Batteriechef im April 1942 schwer minenverwundet. Durch eine Oberschenkelamputation verlor er ein Bein und kam, „ausgezeichnet mit dem EK I, dem Silbernen Verwundetenabzeichen und anderen Ehrenzeichen Ende 1942 in die Heimat zurück“.²⁸

Hasso von Wedel befand sich noch in der Rekonvaleszenz, inzwischen zum Hauptmann befördert, als er am 1.12.1942 zum Landgerichtsdirektor in Hamburg befördert wurde. Zur Begründung hieß es: „Landgerichtsdirektor Dr. von Wedel vereinigt in seltener Weise beste menschliche Qualitäten mit hervorragender Begabung. Seine Leistungen waren an allen Stellen, an denen er tätig war, vorzüglich. Praktisches Können wird durch wissenschaftliches Interesse und pädagogisches Talent ergänzt. In seiner Gesinnung ist von Wedel ein unbedingter Ehrenmann. Er verfügt über große Entschlußkraft und Schneid. Durch seine Willenskraft überwindet er auch die Folgen seiner schweren Verletzung. Er gehört nach allem zu den Besten.“²⁹

Im Frühjahr 1943 wurde von Wedel als Hauptmann der Reserve aus dem Heeresdienst entlassen, später noch zum Oberst befördert.³⁰

Der Vorsitzende Richter beim Landgericht Hamburg, Fritz Valentin, der 1950 den Prozess gegen Ernst Schrewe und Hasso von Wedel führte, auf den später noch

eingegangen wird, hatte in diesem Prozess auch ehemalige Angehörige der Wehrmacht zu von Wedel befragt. „Er war nach Bekundungen der Zeugen, die als seine Regimentskameraden lange Zeit enge Berührung mit ihm hatten, ein wegen seiner rechtlichen Haltung besonders geachteter, gewissenhafter und mutiger Offizier, ein Vorgesetzter, der sich bemühte, gerecht zu sein, der an seine Untergebenen strenge Anforderungen stellte, besonders auf Manneszucht achtete und der aber an sich selbst in diesen Beziehungen den strengsten Maßstab anlegte und von Pflichttreue im altpreußischen Sinne erfüllt war.“³¹

Nach seiner Entlassung aus der Wehrmacht hielt Hasso von Wedel – noch als Rekonvaleszent – im Auftrag der Universität Vorlesungen für vom Heeresdienst beurlaubte Studenten zur Einführung in die praktischen Aufgaben des juristischen Berufes. An der Universität war Hasso von Wedel auch in Kontakt mit Ernst Schrewe gekommen. Als Schrewe den Auftrag der Reorganisation des Hamburger Schulwesens übernahm, „gewann er von Wedel zum Mitarbeiter, nachdem beide in längeren Gesprächen festgestellt hatten, dass sie in Grundfragen des politischen Denkens und auch in den Grundlinien einer gemeinsam zu verfolgenden Schulpolitik übereinstimmten“.³²

Hasso von Wedel wurde Justiziar in der Schulverwaltung, nachdem ihn die Justizverwaltung unter Beibehaltung seiner Dienstbezeichnung abgeordnet hatte. Er wurde durch Reichsstatthalter Kaufmann zum Stellvertreter von Ernst Schrewe bestellt, Anfang 1944, als Ernst Schrewe die Leitung der Schulverwaltung übertragen wurde, auch zum Vertreter in dieser Funktion.³³



Hasso von Wedel, 1943

Landgerichtsrichter Valentin fasste die Handlungsweise von Hasso von Wedel und Ernst Schrewe in ihren von Reichsstatthalter Karl Kaufmann übertragenen Funktionen aus meiner Sicht unzulässig beschönigend und zwischen beiden Personen nicht differenzierend so zusammen: „Während seiner Tätigkeit bei der Schulverwaltung wirkte der Angeklagte von Wedel in ganz dem gleichen Sinne wie der Angeklagte Schrewe. Er unterstützte ihn tatkräftig in seinen Bemühungen, den Bereich der Schulverwaltung von NS-Einflüssen frei zu machen und freizuhalten. Er vertrat die Belange der Lehrer gegenüber anderen Behörden. In der Handhabung der Dienststrafsachen fiel es auf, dass der Angeklagte von Wedel im Gegensatz zu seinem Vorgänger nur wenige Fälle vor das Disziplinargericht brachte und dort für milde Bestrafungen eintrat: die Mehrzahl der Fälle erledigte er ‚im Hause‘, indem er sich die Beschuldigten kommen ließ und sie nach Aufhellung der Sachverhalte, wo es geboten war ganz energisch und hart anfuhr und zurecht wies oder sie in sonstiger im jeweiligen Fall angemessener Weise verwarnte. Dies Verfahren, das an

sich für die Betroffenen einen glimpflichen Ausgang bedeutete, brachte dem Angeklagten freilich bei der Lehrerschaft den Ruf ein, ein sehr strenger Herr zu sein.“³⁴

Über die Fälle Yvonne Mewes und Gustav Holler ist ausführlich in der Biografie von Ernst Schrewe in diesem Buch berichtet worden, ebenso über das Landgerichtsurteil aus dem Jahre 1950. Ich werde hier im Weiteren erst einmal das Entnazifizierungsverfahren von Hasso von Wedel beschreiben und danach auf die genannten Fälle eingehen, dabei insbesondere darstellen, wie die Strafanzeige gegen von Wedel entstanden war und welche Ergebnisse die staatsanwaltlichen Ermittlungen erbrachten.

Mit Wirkung vom 9.9.1945 wurde Hasso von Wedel aus seiner Stellung als leitender Jurist in der Schulverwaltung aufgrund des § 6 des Gesetzes der Britischen Militärregierung vom 11. Mai 1945 entlassen.³⁵

Dies hatte ihm Senator Heinrich Landahl mit Schreiben vom 27.9.1945 mitgeteilt.

Ungewöhnlich und erstaunlich ist in diesem Zusammenhang ein Aktenvermerk, den Heinrich Landahl einen Tag später, am 28.9.1945 anlegte. Darin hieß es: „Von meinem Amtsantritt am 6. Juni 1945 bis heute hat mir Herr Dr. von Wedel als leitender Jurist der Schulverwaltung zur Seite gestanden. Er scheidet jetzt aufgrund der Entlassungsverfügung der Militärregierung vom 12. September 1945 aus dieser Stellung aus. In den Monaten der Zusammenarbeit habe ich die hervorragenden juristischen Kenntnisse, die loyale Mitarbeit und ebenso schnelle wie umsichtige Erledigung aller Arbeiten bei Herrn von Wedel in hohem Maße schätzen gelernt. Er hat sich in fachlicher Hinsicht als ein weit über dem Durchschnitt stehender Beamter erwiesen.“³⁶

Hasso von Wedel hatte am 17.5.1945 seinen ausgefüllten Entnazifizierungsfragebogen abgegeben. Darin waren neben seiner SA-Mitgliedschaft und dem NSDAP-Eintritt noch Schulungsvorträge in der Ortsgruppe der Partei seit 1944 angegeben, sowie die Zugehörigkeiten zur NSV ab 1934, zum Reichsbund deutscher Beamter ab Mai 1933 und zum NS-Rechtswahrerbund seit Mai 1933.³⁷

Die Entnazifizierung von Juristen verlief ähnlich wie im Schulbereich. Der gut vernetzte von Wedel konnte zahlreiche Leumundszeugnisse von ehemaligen Richtern und Juristen beibringen, die „die Lauterkeit seines Charakters“ priesen und mit Beispielen belegten, in denen er sich z. B. für die Belange von „Halbjuden“ eingesetzt hätte. Formal war seine Belastung ohnehin vergleichsweise gering, weil er keine herausgehobenen Funktionen in NS-Organisationen innegehabt hatte.

Der Entnazifizierungs-Fachausschuss für den Schulbereich lehnte eine Stellungnahme zu von Wedel ab: „Nach seiner Auffassung muss die Angelegenheit

beim Fachausschuss der Justiz bearbeitet werden. Wenn Dr. von Wedel auch während der Zeit seiner Abordnung zur Schulbehörde entlassen worden ist, so war er hier doch nur eine verhältnismäßig kurze Zeit tätig, und außerdem fühlt der Ausschuss sich nicht berufen, über die Möglichkeit einer Wiederverwendung des Herrn Dr. von Wedel im Justizdienst zu urteilen, über welche Frage bei der Kategorisierung ja mit zu entscheiden ist.“³⁸

Von den Leumundszeugnissen sollen drei zitiert werden, von Personen, die auch im Bildungswesen eine Rolle gespielt haben. So der Altphilologe, Prof. Bruno Snell, der zu den besonders eifrigen „Persilschein“-Verfassern gehörte. Er wandte sich am 19.9.1946 an von Wedel: „Wir sind uns ja während der langen Jahre unserer Bekanntschaft nie darüber im Unklaren gewesen, wie verschieden unsere politischen Anschauungen waren. Trotzdem habe ich die gesellschaftlichen Beziehungen zu Ihnen nicht abgebrochen, weil ich genau wusste, dass Sie nicht nur mit Ihren Worten die Ungerechtigkeiten verurteilten, sondern auch mit der Tat für das Recht einzutreten suchten, soweit das in Ihren Kräften stand. Auch weiß ich, dass Sie mit Ihren ausgesprochenen humanistischen Interessen immer dafür eingetreten sind, dass die Wissenschaft nicht in die enge Jacke der Parteidoktrin gepresst werden dürfte, und dass Sie auch in der Rechtswissenschaft nicht die Forderung preisgegeben haben, durch klares, objektives Denken ein unbedingt gültiges Recht zu finden und anzuwenden.“³⁹

Und natürlich hatte sich auch Fritz Köhne für von Wedel verwendet, wie für nahezu jeden Vorgesetzten der NS-Schulverwaltung, mit Ausnahme von Albert Henze. Interessant ist, dass sich Köhne in dem späteren Prozess gegen von Wedel deutlich kritischer äußerte: „Schulrat Köhne erklärte, dass Wedel sich in der Schulverwaltung wie ein Frontoffizier benommen und Arbeitsverweigerung als Fahnenflucht angesehen habe.“⁴⁰

Das Gutachten Köhnes vom 11.10.1946 war offensichtlich geprägt durch sein Mitgefühl für die schwere Kriegsverletzung von Wedels:

„Dr. von Wedel war 34 Jahre alt, als er das Amt übernahm. Er trug als Vermächtnis des Krieges eine Beinprothese, überwand aber mit der ihm eigenen geistigen Energie die noch ungewohnte Behinderung und widmete sich mit ganzer Hingabe und der ihm eigenen vielseitigen Begabung und seinem jungen Ehrgeiz der ihm übertragenen Aufgabe. In vielen Sitzungen und Besprechungen, in denen ich ihm als Schulrat begegnet bin, hat er sein Amt stets einsichtig und verantwortlich versehen. Er hat es nicht in selbstüchtiger Weise oder zum Schaden seiner Mitarbeiter ausgenutzt, er war ein Freund einer freien sachlichen Aussprache und ließ auch eine Andersmeinung gelten. In seinem Urteil war er klar und bestimmt und hielt im engeren Kreise mit seiner Kritik an Mißständen in der Partei und Bürokratie,

an den Übergriffen der HJ und der nationalsozialistischen Rechtsauffassung nicht zurück. Er war im Einverständnis mit Prof. Schrewe bemüht, die bleibenden Werte der früheren Zeit im hamburgischen Schulwesen zu erkennen und zu erhalten, das pädagogische Leben in der Lehrerschaft zu fördern und durch wissenschaftliche und künstlerische Darbietungen zu vertiefen. Er war Mitglied der Griffelkunstvereinigung und nahm an ihrer sozialen und künstlerischen Arbeit lebendigen Anteil.

Sicher hat Dr. von Wedel aus ehrlicher Überzeugung den nationalsozialistischen Ideen gedient und sich mit ihnen auseinandergesetzt. Bei seiner Art, die politischen Verhältnisse und Zusammenhänge geistig zu durchdringen, erscheint es mir allerdings ausgeschlossen, daß er bis zu seinem schlimmen Ende dem Nationalsozialismus innerlich angehört hat; er wird schon vorher sein Damaskus erlebt haben und mit wachsender Erkenntnis zu einer anderen Einsicht gekommen sein. Es gab aber für ihn keinen anderen Weg, er mußte sein Amt bis zu Ende durchstehen. Ich darf aber mit gutem Gewissen wünschen, daß Dr. von Wedel in einer juristischen Praxis, in der er nach meiner Kenntnis seiner Person und seiner Verwaltungsarbeit eine vorzügliche sachliche Arbeit leisten wird, einen neuen Berufs- und Lebensinhalt erhält, den er bei seiner schweren Kriegsbeschädigung in einer körperlichen Betätigung kaum finden wird.⁴⁴¹

Der ehemalige Oberschulrat Karl Züge, Beteiligter am Fall Yvonne Mewes, schrieb von Wedel handschriftlich am 11.12.1946 und gratulierte ihm zum Geburtstag. Züge, der selbst gerade die Internierung in Neuengamme überstanden hatte, wählte diese Form eines „Persilscheins“, den von Wedel in Abschrift in sein Verfahren einbrachte:

„Gerade unter den besonderen Umständen dieses Jahres fühle ich mich veranlasst, Ihnen meine von Herzen kommenden Glückwünsche zu Ihrem Geburtstage zu senden. Hoffentlich sind Sie und Ihre Familie gesundheitlich wohlauf, was heute von besonderer Wichtigkeit ist. Dazu wünsche ich für Ihr neu beginnendes Lebensjahr, dass Sie wieder in Ihrem Beruf eingesetzt werden, für den Sie Ihren ganzen Anlagen nach prädestiniert sind. Die verhältnismäßig kurze Zeit unserer Zusammenarbeit ist mir deshalb in so angenehmer Erinnerung, weil ich in Ihnen einen Mann kennenlernte, der sein reiches juristisches Wissen mit tiefem menschlichem Verständnis verband. Sie haben das Beste gewollt und erstrebt, auch Ihre politische Einstellung war durch Ihren Idealismus gelenkt, wobei Sie in manchen nichtdienstlichen Unterhaltungen mit mir scharfe Kritik anlegten an Dingen, die Sie als nicht-deutsch ablehnten. Auch Sie ahnten nichts von Geschehnissen, die sich hinter den Kulissen abspielten, waren aber zu wiederholten Malen stark besorgt um Maßnahmen, die Sie für falsch hielten. Dass in den letzten Kriegsjahren das Hamburgische Schulwesen ziemlich unberührt blieb von den radikalen Forderungen, die Berlin

aufstellte, ist mit Ihr Verdienst. Ihnen wird es eine innere Stütze sein zu wissen, dass Sie das Beste gewollt und ihre Kraft eingesetzt haben, alles herauszuholen, was oft entgegen den Anordnungen des Gauleiters im Rahmen des Möglichen getan werden konnte.“⁴²

Und letztlich hatte sich auch der alte Studienfreund, Prof. Rudolf Sieverts für von Wedel verwendet. Sieverts, aus meiner Sicht selbst schwer belastet, und später trotzdem Rektor der Universität Hamburg, trug mit seinem Zeugnis natürlich dazu bei, dass von Wedel am 17.9.1949 als „Mitläufer“ in Kategorie IV eingruppiert wurde, somit für eine weitere Karriere kaum belastet. Sieverts schrieb: „Ich kenne Herrn Dr. Hasso von Wedel seit dem ersten Semester seines Studiums in Hamburg, d. h. nunmehr bald 20 Jahre. Herr von Wedel arbeitete damals besonders intensiv bei dem von Herrn Prof. Eberhard Schmidt und Herrn Prof. Delaquis geleiteten strafrechtlichen Seminar, dessen Assistent ich war. Bereits nach wenigen Semestern leistete er juristisch hervorragendes; er hielt einige Seminarvorträge, die von Herrn Prof. Delaquis in der schweizerischen Zeitschrift für Strafrecht veröffentlicht wurden und allgemeines Aufsehen erregten in der wissenschaftlichen Fachwelt. Auch auf anderen Rechtsgebieten leistete er gleich vorzügliches. Von Wedel gehört zu den begabtesten Studenten, die ich je erlebt habe. Auch in seiner Referendar- und Assessorätigkeit hielt er sich auf der gleichen Höhe, sodaß ihm bereits vor 1933 eine hervorragende Karriere vorausgesagt wurde. Dabei war von Wedel keineswegs einseitig juristisch, sondern er verfügte über eine umfassende geisteswissenschaftliche Bildung und hatte künstlerische und religiöse Interessen. Von allen seinen Mitstudenten wurde er außerdem wegen seiner menschlichen Qualitäten mit Recht sehr geschätzt; er war immer ein hilfsbereiter guter Kamerad. Nach 1933 war mehrfach von den Professoren der Hamburger rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät versucht worden, Herrn von Wedel für die Laufbahn eines Universitätsdozenten zu gewinnen. Er wäre auch bereit dazu gewesen, falls nicht die Zulassung dieser Laufbahn von der weltanschaulichen Überprüfung durch universitätsfremde Instanzen abhängig gewesen wäre. Er lehnte es aber ab, sich in einer NS-Dozentennakademie auf seine weltanschauliche Zuverlässigkeit überprüfen zu lassen. Wenn Herr Dr. von Wedel auch nach 1933 die vorausgesagte rasche Karriere bis zum Landgerichtsdirektor durchlaufen hat und namentlich während des Krieges nach seiner schweren Verwundung zu hohen Verwaltungsposten herangezogen wurde, so hat er das ausschließlich seiner hohen fachlichen Qualifikation zu verdanken, die namentlich in Hamburg bei Beförderungen auch unter der nationalsozialistischen Regierung nicht unberücksichtigt blieben. Gerade Dr. Rothenberger, als Chef der Justizverwaltung hat bei der Förderung des juristischen Nachwuchses durchaus Wert auf Qualität gelegt, so unverständlich oft seine Personalpolitik hinsicht-

lich älterer Richter und Staatsanwälte auch war. Ich selbst bin mehrfach von ihm vor Beförderungen über meine Ansicht über die fachliche Qualifikation von den in Aussicht genommenen jungen Juristen gefragt worden. Ich habe insbesondere empfohlen, von Wedel, dessen ungewöhnliche pädagogische Fähigkeiten ich immer wieder beobachtet hatte, bei der Ausbildung der Referendare mit einzusetzen.

Herr von Wedel und ich sind immer in enger Verbindung miteinander geblieben und ich kann aus zahlreichen Gesprächen bezeugen, daß er eine große geistige Unabhängigkeit gegenüber Parteidoktrinen, auch gegenüber der NSDAP sich in den ganzen Jahren bewahrt hat. Er scheute sich auch nicht, einer abweichenden Meinung unmißverständlich Ausdruck zu geben. In den letzten Kriegsjahren, als wir beide in der Hamburger Verwaltung eingesetzt waren, habe ich eine Reihe von Sitzungen mit Herrn von Wedel erlebt und mich immer darüber gefreut, daß er stets zu der kleinen Gruppe von Beamten gehörte, die ohne Rücksicht auf die eigene Person ihren Standpunkt auch dann vertraten, wenn er nicht der Vertreter der NSDAP war. Auch dem Gauleiter Kaufmann widersprach er in diesen Sitzungen nicht selten, was dieser allerdings schätzte.

Jeder, der Herrn von Wedel näher kennt, wird mit mir den Wunsch teilen, daß durch eine günstige Einkategorisierung in der Entnazifizierung diesem hochverdienten und nach jeder Richtung qualifizierten Mann möglichst bald die Gelegenheit gegeben werde, wieder an einer seiner Eignung entsprechenden Stelle am deutschen Wiederaufbau zu arbeiten.⁴³

Der Hinweis auf Curt Rothenberger ist befremdlich und bezeichnend zugleich. Sieverts rühmte sich seiner Nähe und seines Einflusses auf Rothenberger und auch Hasso von Wedel hatte offenbar einen persönlichen Kontakt zu Rothenberger gehabt. Als von Wedel im Dezember 1940 „aus dem Felde seine Verlobung mit Fräulein Rosemarie von dem Hagen, Tochter des im jetzigen Kriege gefallenen Obersten und Regimentskommandeurs Oskar von dem Hagen und seiner Frau Gemahlin Marga, geb. Freiin von der Recke“ anzeigte, erhielt er am 20.12.1940 ein Glückwunschsreiben von Curt Rothenberger: „Ihre mich ja nicht mehr sehr überraschende Verlobungsanzeige hat mich außerordentlich erfreut. Ihrem Fräulein Braut und Ihnen spreche ich meine allerherzlichsten Glückwünsche aus. Ich hoffe Sie bald einmal in derselben Frische wie vor einigen Wochen bei mir zu sehen. Mit den besten Wünschen zum Weihnachtsfeste und zum neuen Jahre bin ich mit Heil Hitler Ihr Rothenberger.“⁴⁴

Und auch zur Hochzeit hatte Rothenberger Leutnant von Wedel unter der Feldpostnummer 01213 A. am 25.3.1941 persönlich gratuliert.⁴⁵

Curt Rothenberger, am 30.6.1896 in Cuxhaven geboren, hatte in Hamburg am Wilhelm-Gymnasium 1914 das Abitur gemacht, 1920 an der Hamburger Uni-

versität das erste juristische Examen abgelegt, promoviert und 1925 eine Stelle als Richter am Landgericht angetreten. Am 8.3.1933 wurde Rothenberger von der Hamburger Bürgerschaft als Justizsenator gewählt, ab dem 1.4.1935 war er Präsident des hanseatischen Oberlandesgerichts und ab dem 16.5.1935 zusätzlich Präsident des Hamburgischen Obergerichts.

Rothenberger „führte in allen Gerichten ein eigenes Überwachungssystem ein. Es wurden wöchentliche Vorberechungen abgehalten in denen einzelne Richter ihre wichtigsten Fälle der nächsten Woche vorstellten. Rothenberger ließ deutlich werden, wie die Verfahren entschieden werden sollten.“⁴⁶ Anklagen gegen Männer der SA und der SS wurden von ihm immer verhindert. Am 20.8.1942 wurde Rothenberger von Hitler zum Staatssekretär im Reichsjustizministerium, 1944 von Gauleiter Karl Kaufmann in Hamburg zum „Beauftragten für den totalen Kriegseinsatz in Hamburg“ ernannt. Im Nürnberger Juristenprozess verurteilte das Gericht Rothenberger am 4.12.1947 zu sieben Jahren Zuchthaus.⁴⁷

Dass sich Rudolf Sieverts ein halbes Jahr danach nicht scheute, Curt Rothenberger in seine Leumundsschreiben zugunsten Hasso von Wedels einzubeziehen, ist mehr als bezeichnend und wohl ein Dokument seiner Eitelkeit.

Im Entnazifizierungsverfahren Hasso von Wedels war der ehemalige Präsident des Oberlandesgerichts von 1929 bis 1933, Wilhelm Kiesselbach, für milde Urteile bekannt, als Vorsitzender des Berufungsausschusses mit dem Fall betraut. Laut einem Vermerk in von Wedels Personalakte vom 10.9.1945 hatte Kiesselbach selbst Recherchen über von Wedel angestellt, sicherlich, weil es sich bei von Wedel um einen Juristen und ehemaligen Landgerichtsdirektor handelte, der Kiesselbach möglicherweise auch nicht unbekannt war. Dabei stellte sich heraus, dass Heinrich Landahl seine positive Haltung gegenüber Hasso von Wedel ergänzt hatte:

„Präsident Kiesselbach hat im Falle von Wedel selbst Ermittlungen angestellt und mit Senator Landahl gesprochen. Dieser hat erklärt, von Wedel sei ein Mann, dessen Fähigkeiten weit über Durchschnitt lägen und der für die Schulverwaltung kaum ersetzbar sein wird. Dennoch könne er wohl kaum gehalten werden. Er habe sich betont nationalsozialistisch verhalten, sei bei den Lehrern deshalb und wegen seiner Schroffheit und seines oftmals überheblichen Tones außerordentlich unbeliebt. Auch in Disziplinaruntersuchungen habe er nationalsozialistische Anschauungen besonders hervorgekehrt.

Senator Landahl hat Präsident Kiesselbach die Akte der Schulverwaltung über das Verfahren der Lehrerin Mewes gegeben. Diese hatte sich geweigert, die ihr anvertrauten kinderlandverschickten Schüler in einem bayerischen Lager weiterhin zu betreuen, war ohne Erlaubnis in bayerische Dienste getreten und hatte ihre Entlassung aus dem Beamtenverhältnis in Hamburg gefordert. Die wiederholten

Aufforderungen der Schulverwaltung, ihren Dienst sofort wieder anzutreten, hatte Fräulein Mewes ablehnend beantwortet. Mochte sie persönlich auch beachtliche Gründe für ihr Verhalten haben, so glaubte die Schulverwaltung im Interesse der Disziplin doch, ihr Verhalten nicht hinnehmen zu können. Angestellte und Arbeiter können jederzeit wegen Vertragsbruchs bestraft werden, der Beamte dagegen nicht. Er kann nur im Wege des Disziplinarverfahrens dienstentlassen werden. Das aber gerade war es, was Fräulein Mewes anstrebte. Von Wedel hielt dies Ergebnis für so ungerechtfertigt, daß er an den Reichsstatthalter berichtete und empfahl, Fräulein Mewes von der Gestapo festnehmen zu lassen. Dies geschah. Sie wurde zunächst vier Wochen in Fuhlsbüttel festgehalten, dann dem Richter zwecks Erlaß eines Haftbefehls vorgeführt. Die Staatsanwaltschaft forderte analoge Anwendung der Vorschriften über den Vertragsbruch. Der Haftrichter lehnte ab. Mewes wurde nun von der Gestapo in ein Konzentrationslager in Mecklenburg verbracht, wo sie nach einigen Monaten verstarb. Präsident Kiesselbach hat angeordnet, daß zur Zeit eine Befürwortung von Wedels unterbleiben muss.⁴⁸

Erstaunlich ist, dass dieser Vermerk bereits am 10.9.1945 geschrieben wurde, somit 18 Tage vor dem Vermerk Heinrich Landahls, in dem Hasso von Wedel sehr positiv dargestellt wurde.

Da ich in der Biografie Ernst Schrewes den Fall Yvonne Mewes und das Landgerichtsverfahren ausführlich dargestellt habe, möchte ich jetzt genauer schildern, auf welchem Wege es überhaupt zum Prozess gegen Schrewe und von Wedel gekommen war, was die Staatsanwaltschaft ermittelt hatte und welche Details über den Prozess hinaus Erkenntniswerte haben.

Eine Strafanzeige wurde am 13.8.1947 vom „Komitee ehemaliger Gefangener, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) bei der Oberstaatsanwaltschaft des Landgerichts Hamburg eingereicht. „Betrifft: Denunziation aus politischen Gründen mit erfolgter Inhaftierung und tödlichem Ausgang.“⁴⁹

Als Geschädigte wurde Yvonne Mewes genannt, als „Denunziant: Behne, ehemaliger Oberschulrat“. Als „Mithelfer“ unter anderem der Gestapo-Beamte Adolf Flenkner, Hasso von Wedel, Ernst Schrewe und Karl Kaufmann. OSR Walter Behne wurde bezeichnet als „die treibende Kraft, der Fräulein Mewes, da ihm ihre antinazi-Einstellung bekannt war, nun mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln verfolgte. Auf der anderen Seite versuchte Fräulein Mewes auf jedem erdenklichen Wege dieser Verfolgung zu entgehen.“⁵⁰

Und weiter: „Weil sie der Aufforderung, sofort nach Hamburg zurückzufahren, nicht sogleich Folge leistete, machte die Schulverwaltung, wobei Behne die treibende Kraft war, über den ehemaligen Gauleiter Kaufmann eine Anzeige, worauf Fräulein Mewes am 25.5.1944 zu einer Geldstrafe von RM 200.- verurteilt

wurde. Am 15.7.1944 gab Yvonne Mewes ein Kündigungsschreiben an die Schulverwaltung ab. Auf erneute Anzeige des Behne an Kaufmann mit der Unterstützung des Landgerichtsdirektors Wedel von der Schulverwaltung Hamburg, wurde Fräulein Mewes am 7.9.1944 von der Gestapo ins Konzentrationslager Fuhlsbüttel eingeliefert, obgleich zuständigkeithalber ein Disziplinarverfahren hätte eingeleitet werden müssen. Nach acht Wochen Haft, wurde Fräulein Mewes von dem Untersuchungsrichter freigesprochen, jedoch hielt die Gestapo die Haft weiter aufrecht und nach nochmaliger Vernehmung durch den Gestapo-Beamten Flenkner, der der Bearbeiter der Sache Mewes war, wurde sie am 28.12.1944 ins KZ Ravensbrück überführt, wo sie am 6.1.1945 verstorben ist. Die Aussagen der Zeugen sprechen dafür, das Yvonne Mewes in dieses Lager Ravensbrück geschickt worden ist, um es nie wieder lebend zu verlassen.“⁵¹

Walter Behne war zu diesem Zeitpunkt nach Serbien ausgeliefert worden, um sich einem Kriegsverbrecher-Prozess zu stellen, bei dem er schuldig gesprochen und anschließend hingerichtet worden war.⁵²

Insofern richteten sich die Klage und die Ermittlungen im Weiteren gegen die Vorgesetzten Behnes, Schrewe und von Wedel.

Inspiratoren für die Klage der VVN waren Yvonne Mewes Schwester Dorothea und deren Sohn Harry Mewes, der Neffe des Opfers. Ein ausführlicher Bericht von Harry Mewes wurde auszugsweise zitiert und bildete die Grundlage für die Strafanzeige.⁵³

Es hätte gegen die antinazistische Yvonne Mewes, die in Hamburg ausgebombt worden war und bei ihrer Schwester in Passau Unterkunft und dort auch an dem Knaben-Gymnasium eine Beschäftigung gefunden hatte, ein Exempel statuiert werden sollen. Sie wäre zur Rückkehr gezwungen worden, obwohl „es in Hamburg für Yvonne Mewes keine Wohnmöglichkeit und keine wirkliche Arbeitsaufgabe gegeben hätte. Als sie sich weigerte, geriet sie auf Initiative der Schulverwaltung in die Fänge der Gestapo und in das KZ Ravensbrück“, wo sie am 6.1.1945 „zu Tode kam“.

Die VVN hatte der Strafanzeige Erklärungen von Mitgefangenen bei der Gestapo und im Konzentrationslager Fuhlsbüttel (Kolafu) und im KZ Ravensbrück beigelegt. So schilderte ihre Mitgefangene Minna Lieberam am 6.5.1947 die letzten Wochen von Yvonne Mewes:

„Nachdem sie acht Wochen im Kolafu war, wurde sie dem Untersuchungsrichter vorgeführt, der ihr mitteilte, dass sie aufgrund einer Anzeige wegen Arbeitsverweigerung in Haft genommen worden sei. Er selbst sehe die acht Wochen als eine hinreichende Bestrafung an, im übrigen hätte sie ja nicht eine direkte Arbeitsverweigerung begangen, sondern, da sie sofort in einem anderen Arbeitsverhältnis

stand, müsse man dieses berücksichtigen. Er persönlich müsste sie freisprechen und entlassen, müsste ihr aber sagen, dass sie dann von der Gestapo wieder geholt werden würde, da diesbezüglich ein neuer Haftbefehl vorläge. Nach dieser Angelegenheit konnte man annehmen, dass sie bald entlassen werden würde. Ich machte sie darauf aufmerksam, dass sie vor ihrer Entlassung sicher noch einmal eine Vernehmung bei der Gestapo haben wird, und sie müsse sich darauf vorbereiten, dass sie den vernehmenden Beamten durch ihre verkehrten Aussagen nicht reizen dürfe, da diese das Recht hatten, die Entlassung durchzuführen oder die Haft zu verlängern. Yvonne gehörte keiner politischen Organisation an, doch hatte sie einen sehr geraden, aufrichtigen Charakter, der den Nationalsozialismus ablehnte, und es wäre ihr sehr schwer gefallen, die Ablehnung gegen das Naziregime zu verbergen.

Mitte Dezember wurde Yvonne dann zur Vernehmung vorgeführt. Ich hatte sie nochmals gehörig verwarnt, dass sie sich auf jeden Fall irgend welcher Äußerungen enthalte, und alles versuchen solle, was der Entlassung dienen könnte. Als sie zurückkehrte, erzählte sie, dass ihre Vernehmung ungünstig verlaufen sei und man ihr gesagt habe, sie käme nach Ravensbrück. Nach ungefähr 14 Tagen wurde sie zur ärztlichen Untersuchung vorgeführt und der Arzt erklärte sie als transportfähig. Am anderen Tag nach der Untersuchung wurde morgens die Zellentür geöffnet und einer der SS-Wachmannschaften brachte den Transportbefehl. Die Zellentür schloss die Wachtmeisterin Borgemehm auf, und indem sie auf Yvonne wies, sagte sie, ‚das ist die Mewes‘. Es fiel mir auf, dass selbst dieser Wachmann die Yvonne mit einem mitleidvollen Blick ansah. Die Wachtmeisterin trieb Yvonne zur Eile an und auf ihre Bitte, nur noch die Toilettensachen einpacken zu dürfen, herrschte sie Yvonne an: ‚Wo Sie hinkommen, brauchen Sie nichts mehr.‘ Trotz der Dunkelheit wurde auch kein Licht gemacht und Yvonne war so überrumpelt durch den barschen Ton, dass sie nicht in der Lage war, ihre Sachen mit einem Griff mitzunehmen und verschiedenes in der Zelle zurückliess. Sie wurde nach unten in den Flur gebracht und musste dort auf den Abtransport warten. Die Kalfaktorin, – eine gewisse Anni – bat die Borgemehm nochmals, die zurückgebliebenen Sachen der Yvonne herunterholen zu dürfen (es handelte sich um das Weihnachtspäckchen von ihrem Neffen und ihr Nähzeug). Die Borgemehm sagte zum zweiten Mal: ‚Wo sie hinkommt braucht sie gar nichts mehr, kein Kuchen und kein Nähzeug.‘

Nach ihrem Abtransport fragte ich die Wachtmeisterin Frau Rathmann, die mir als angenehme Frau aufgefallen war, und die auch die Yvonne Mewes gut behandelt hatte, ob sie nicht in der Lage wäre, festzustellen, wo Yvonne geblieben sei. Nach ungefähr einer Woche kam Frau Rathmann mit der Nachricht, dass die Angehörigen der Yvonne Bescheid bekommen hätten, Yvonne wäre einem Herzschlag erlegen.⁵⁴

Inzwischen hatten die Oberstaatsanwaltschaft und die Polizeidienststelle des Spec. Departments 1 Ermittlungen aufgenommen. Die Schwester von Yvonne Mewes, Gertrud Marquardt, geborene Mewes, schilderte die Begegnung, die Yvonne Mewes am 20.1.1944 hatte, als sie am letzten Tag des von Wedel gesetzten Ultimatums für eine Rückkehr von Passau nach Hamburg gekommen war: „Von Wedel stellte ihr eine Frist, ihr Entlassungsgesuch zu korrigieren und schrie sie an, daß sie stark sabotageverdächtig sei und sich die weiteren Entwicklung selbst zuzuschreiben habe. Meine Schwester nahm von dem Angebot der Frist keinen Gebrauch, sondern sagte ihm, daß sie nach wie vor auf ihre Entlassung bestehe. Das Strafverfahren wurde jetzt gegen meine Schwester eingeleitet und sie wurde von Seiten der Behörde dazu verpflichtet, während der Dauer des Verfahrens sich den Anordnungen der NSV zu unterwerfen, die dann ihren Einsatz in einer Nähstube verfügte. Am 7.9.1944 wurde dann meine Schwester auf Anordnung des damaligen Reichsstatthalters verhaftet und dem Kolafu zugeführt.“⁵⁵

Auch der gesamte Briefwechsel von Yvonne Mewes mit der Schulverwaltung ist erhalten geblieben und von ihrem Neffen Harry Mewes für das Ermittlungsverfahren zur Verfügung gestellt worden. Er belegt noch einmal, wie leicht es gewesen wäre, die ausgebombte Yvonne Mewes in Passau leben und arbeiten zu lassen. So hatte OSR Karl Züge ihr am 20.12.1943 nach Passau geschrieben: „Sehr geehrte Frau Mewes! Ihren Brief betrachte ich als ein Privatschreiben, da, wenn ich ihn aktenmäßig behandeln würde, Sie zweifellos in eine schwierige Lage geraten würden. Ihre in Ihrem Schreiben zum Ausdruck gebrachten Vorwürfe sind schief gesehen und entsprechen durchaus nicht den Tatsachen. Ob Sie nach Passau abgeordnet werden können, ist eine noch durchaus offene Frage und liegt im Bereich der Möglichkeit. So, wie Sie sich den Weg denken, geht es allerdings nicht, denn Sie sind Hamburger Beamtin und bleiben es auch in Zukunft. Da Sie von Herrn Oberschulrat Dr. Behne schriftlich aufgefordert wurden, nach Hamburg zu kommen, kann ich Ihnen diesen Weg nicht ersparen. In Ihrem eigenen Interesse halte ich es für das Beste, wenn Sie während der Ferien (die Schule beginnt wieder am 10.1.1944) in Hamburg vorsprechen, um Ihre Angelegenheit zu regeln und Klarheit zu schaffen. Heil Hitler! gez. Züge“⁵⁶

Hasso von Wedel schrieb über Walter Behne: „Für Dr. Behne war Fräulein Mewes eine Art rotes Tuch. Ob dabei die politische Einstellung von Fräulein Mewes und ihre fehlende Parteimitgliedschaft eine entscheidende Rolle spielte, kann ich nicht sagen. Prof. Schrewe oder mir gegenüber hat Dr. Behne politische Gründe im Falle Mewes jedenfalls nicht hervorgehoben. Dr. Behne war sehr empfindlich und reizbar. Obwohl er alter Kämpfer war, hatte er in der Schulverwaltung die führende

Rolle nie erlangen können, die sein Ehrgeiz erstrebte. Im Stillen empfand er wohl selbst, dass er seiner Stellung nicht gewachsen war, weil er auch ihr gegenüber, wie so oft, sich nicht durchsetzen konnte.“⁵⁷

Auch Karl Kaufmann wurde während seiner Internierungszeit in Vorbereitung des Verfahrens gegen ihn vor dem Spruchgericht Bielefeld am 6.5.1948 vernommen und erklärte:

„Ich nehme an, dass von Wedel alle Disziplinar- und Rechtsfragen in der Schulverwaltung bearbeitet hat. Meine Dienststrafgewalt beschränkte sich ausschließlich auf Disziplinarmaßnahmen wie sie in den entsprechenden Vorschriften vorgesehen waren. Es ist vollkommen ausgeschlossen, dass ich in dem vorliegenden Falle weitergehende Maßnahmen gegen die Studienrätin Mewes verfügt habe. Falls solche veranlasst worden sein sollten, nehme ich an, dass dies in direkter Zusammenarbeit zwischen Schulverwaltung und der Justiz oder Staatspolizei geschehen ist. Im übrigen habe ich in den zwölf Jahren meiner Tätigkeit als Reichsstatthalter weder Deutsche noch Juden noch Ausländer zur Einweisung in ein KZ zur Meldung gebracht. In zahlreichen Fällen habe ich Personen vor dieser Einweisung in ein Konzentrationslager bewahrt und in zahlreichen anderen Fällen durch meine Intervention die Freilassung erwirkt, in anderen Fällen ist mir dies trotz meiner Bemühungen nicht gelungen. Es ist durchaus möglich, dass ich auch im Falle der Studienrätin Mewes mich nach Vortrag von Prof. Schrewe für die Freilassung der Studienrätin eingesetzt habe wie dies, wie gesagt, in vielen anderen Fällen geschehen ist.“⁵⁸

Der ehemalige Reichsstatthalter und NSDAP-Gauleiter Kaufmann, der sich im Internierungslager Staumühle befand, sich auf eigene Prozesse vorbereitend, die dann nie stattfanden, versuchte sich bei der geschilderten Vernehmung in der Pose des Unschuldigen. Frank Bajohr war in seiner Biografie von Karl Kaufmann zu ganz anderen Ergebnissen gekommen:

„Auch die Einrichtung des berüchtigten Konzentrationslagers Fuhlsbüttel, ‚Kolafu‘ genannt, betrieb Kaufmann Ende 1933 am Polizeisenator vorbei, da ihm die Behandlung der politischen Häftlinge im Hamburger KZ Wittmoor als ‚zu lasch‘ erschien. Kaufmann vertuschte die unmenschliche Behandlung der Inhaftierten in Kolafu, indem er darauf drängte, die Leichen zu Tode geprügelter Häftlinge unter Umgehung der rechtlich vorgesehenen Obduktion sofort einzuäschern. Seine Haltung zu den Gefangenenmißhandlungen offenbarte sich exemplarisch in einer Szene, die sich anlässlich eines Besuchs in Kolafu ereignete. Ein zuvor brutal mißhandelter jüdischer Häftling hatte sich ihm blutüberströmt zu Füßen geworfen und flehte um Gnade vor weiteren Mißhandlungen. Kein Wort der Mäßigung an die Adresse der Wachmannschaften kam über Kaufmanns Lippen, stattdessen nur ein: ‚Schafft mir den Kerl aus den Augen!‘“⁵⁹

Die einfachste Erklärung für die Hartnäckigkeit, mit der Yvonne Mewes behandelt wurde, sicherlich nicht mit der Absicht und dem Ziel, sie sterben zu lassen, trifft wohl die Aussage von Fritz Köhne vor Gericht: „Schulrat Köhne erklärte, daß von Wedel sich in der Schulverwaltung wie ein Frontoffizier benommen und Arbeitsverweigerung als Fahnenflucht angesehen habe“.⁶⁰

Während der Beweisaufnahme der Staatsanwaltschaft war davon schon vieles zu Tage getreten. So hatte der Regierungsinspektor in der Schulbehörde, Wilhelm Kunstmann, der seit 1936 in der Personalabteilung gearbeitet hatte, am 26.4.1949 erklärt: „Über die Persönlichkeit des Beschuldigten von Wedel kann ich folgendes sagen: Er machte den Eindruck, als sei er ein eifriger Anhänger des Nazi-Regimes. Ich dachte sogar, dass er SS-Mitglied sei. Im übrigen war er mir gegenüber durchaus höflich und freundlich, wenn auch nicht gerade sehr zugänglich.“ Und zum Fall Mewes hatte er mitbekommen: „Eine unserer Schreibkräfte, Frau Martha Huckenbeck, hatte bei von Wedel irgendetwas zu schreiben gehabt. Als sie aus seinem Zimmer herauskam, war sie sichtlich erregt und weinte. Sie erzählte mir, dass sie gerade in der Angelegenheit Mewes mit angehört habe, wie der Beschuldigte von Wedel hierüber mit der Gestapo telefoniert habe. Soweit ich mich heute erinnere, erzählte mir Frau Huckenbeck damals, dass von Wedel in diesem Telefongespräch die Herbeiführung einer KZ-Haft gegen Yvonne Mewes mit der Gestapo besprochen habe.“⁶¹

Die erwähnte Schreibkraft, Martha Huckenbeck, wurde einige Tage später vernommen und erklärte am 6.5.1949, dass sie im Jahre 1944 „Stenotypistin in der Abteilung war, welche Disziplinarverfahren bearbeitete“. Zum Fall Yvonne Mewes erinnerte sie:

„Als die Studienassessorin Yvonne Mewes seinerzeit nach ihrer Ausbombung nach Passau übersiedelt und in den dortigen Schuldienst getreten war, wurde sie auf Veranlassung des von Wedel mehrfach zur Rückkehr nach Hamburg aufgefordert. Sie weigerte sich damals, zurückzukehren, weil sie dort unten bei Verwandten Aufnahme gefunden und hier in Hamburg keine Wohnung mehr hatte und außerdem bereits im Passauer Schuldienst wieder beschäftigt war. Oberregierungsrat Edens redete dem Beschuldigten von Wedel noch zu, von einer Zurückberufung der Mewes Abstand zu nehmen. Er sagte hierbei etwa: ‚Lassen Sie sie doch da unten. Was soll sie denn hier, wo sie niemanden hat.‘ Aber von Wedel ließ sich nicht erweichen; er bestand darauf, dass sie zurückzukehren habe. Damals war sowieso eine Anzahl von Hamburger Lehrkräften nach anderen Teilen Deutschlands umgesiedelt und hatte dort auch anderweitige Arbeit angenommen. Diese wurden meines Wissens im Gegensatz zur Mewes nicht zur Rückkehr nach Hamburg aufgefordert. Jedenfalls ist mir der Fall Mewes als der einzige bekannt, in welchem man so hartnäckig auf der Rückkehr bestanden hat. Als die Mewes nach Hamburg zurückgekehrt war und

nach ihrem Einsatz in der Kinderlandverschickung ihren Dienst aufgekündigt hatte, war ich Ohrenzeugin, wie von Wedel in dieser Angelegenheit ein Telefongespräch führte, meines Wissens mit dem Arbeitsamt. Er sagte, man solle die Mewes mit Aufräumung beschäftigen. Sollte sie wider Erwarten diese Beschäftigung auf sich nehmen, so solle man sie trotzdem noch in ein Arbeitserziehungslager verbringen. Mir ging damals diese harte Behandlung der Mewes sehr nahe. Dieser scharfe Ton in der Behandlung von Angehörigen unserer Behörde war vorher niemals üblich gewesen. Mit von Wedel – wie es bei der Behörde hieß, war er der Schulverwaltung auf Veranlassung des Reichsstatthalters Kaufmann zugeteilt worden – zog bei uns ein ‚scharfer Wind‘ ein. Ich hatte den Eindruck, dass es dem Beschuldigten von Wedel in der Angelegenheit Mewes nur darum zu tun war, ihren Willen zu brechen, weil sie sich ihm widersetzt hatte. Es mag hinzugekommen sein, dass die Mewes keineswegs Nationalsozialistin war und deswegen, wie man so zu sagen pflegt, ‚keine gute Nummer‘ bei den infrage kommenden Vorgesetzten hatte. Insbesondere der damalige Oberschulrat Dr. Behne war ja ein fanatischer Nationalsozialist.“⁶²

Und auch im Fall des Gewerbeoberlehrers Gustav Holler, der im Lehrerzimmer der Gewerbeschule 9 defätistische Aussagen gemacht hatte und deswegen von seinem Lehrerkollegen Martin Heuer denunziert worden war, führte von Wedel eine scharfe Vernehmung durch. Die Stenotypistin Huckenbeck beschrieb diese so: „von Wedel vernahm erst Heuer und dann Holler. Der Letztere bestritt. Von Wedel schrie ihn im Schnauzton an: ‚Seien Sie nicht so feige und bekennen Sie, was Sie gesagt haben!‘ (sinngemäß). Nachdem Holler wieder draußen war sagte von Wedel: ‚Den Burschen werden wir schon kriegen.‘ Holler war damals 57 Jahre, von Wedel ca. 35 Jahre alt. Nachdem offenbar die Staatsanwaltschaft zum Einschreiten gegen Holler keinen genügenden Grund gesehen hatte, telefonierte von Wedel mit der Gestapo und bat darum, dass gegen Holler die Schutzhaft verhängt werde. Das habe ich selbst mit angehört. Daran kann ich mich noch mit Sicherheit entsinnen, wenn mir auch die sonstigen einzelnen Begleitumstände nicht mehr genau gegenwärtig sind. Ein Gerichtsverfahren und eine Verurteilung des Holler hat nicht stattgefunden. Er wurde vielmehr ins KZ Neuengamme verbracht. Dort habe ich ihn später mit dem Regierungsrat Carlsson aufsuchen wollen, da er von Letzterem in dem gleichzeitig laufenden Disziplinarverfahren vernommen werden sollte. Es wurde uns jedoch in Neuengamme erklärt, Holler sei an Magen- und Darmkatarrh erkrankt und liege im Revier, in das wir nicht hineingelassen werden dürften. Ich sagte damals schon zu Herrn Carlsson: ‚Den haben sie hier totgeschlagen.‘ Tatsächlich wurde ungefähr zwei Tage später bekannt, dass Holler in Neuengamme verstorben sei.“⁶³

Regierungsrat Arthur Carlsson, der in der Abteilung von Wedels arbeitete und somit mit Disziplinarverfahren befasst war, beschrieb die Art, wie Hasso von Wedel

Ermittlungen führte, „dass von Wedel eine etwas schärfere Umgangsart an sich hatte, als die übrigen Kollegen. Man kann vielleicht sagen, dass er eine etwas inquisitorische Art der Befragung in solchen Fällen hatte.“⁶⁴

Und Henry Edens, langjähriger Vorgänger von Wedels in der Schulverwaltung, ehemaliger Oberregierungsrat, zuständig für beamtenrechtliche Fragen, erklärte den Einsatz von Ernst Schrewe und Hasso von Wedel in der Schulverwaltung durch den Reichsstatthalter 1943: „Kaufmann soll diese beiden der Schulverwaltung zugeteilt haben, damit dort ‚Ordnung geschaffen werde‘. Der Dienstbetrieb bei der Schulverwaltung verlief nämlich in sehr loyaler, wohlwollender und menschlicher Form. Kaufmann wollte wahrscheinlich einen etwas strammeren Betrieb herbeiführen, insbesondere im Sinne der nationalsozialistischen Zielsetzung auf dem Gebiete der Schulpolitik. Diesem Zwecke entsprachen die Persönlichkeiten der Beiden. Schrewe war durchaus ein Repräsentant des Nationalsozialismus, wenn auch in seinem persönlichen Auftreten ein durchaus umgänglicher und wohlwollender Mensch. Von Wedel war sehr ehrgeizig, und man muss ihn wohl als unbedingt zuverlässig im Sinne der nationalsozialistischen Bestrebungen ansehen. Er war zumindest nach seinem Auftreten 100 %iger Vertreter dieser Richtung. Im Gegensatz zu den bisher üblichen Gepflogenheiten in der Schulverwaltung zeigte er eine betonte Schärfe in der Behandlung von Personal- und Dienststrafangelegenheiten und bei der Verfolgung von irgendwelchen Ordnungswidrigkeiten, die nicht mit den Wünschen der Partei in Einklang zu bringen waren.“⁶⁵

Zum Fall Mewes erklärte Henry Edens: „Mir ist bekannt, dass Fräulein Mewes seinerzeit die Rückkehr von Passau nach Hamburg verweigerte und dass sie wiederholt zur Rückkehr aufgefordert worden war. Ich sprach in dieser Angelegenheit einmal mit dem damaligen Oberschulrat Behne: ‚Lassen Sie doch Fräulein Mewes da unten. Wir brauchen sie ja auch nicht, weil wir ja ohnehin überzählige Lehrkräfte jetzt haben.‘ Damals waren nämlich infolge der Kriegsverhältnisse, insbesondere der Bombenangriffe, viele Hamburger Schulen stillgelegt, sodass das Lehrpersonal an andere Verwaltungsweige, zum Beispiel an die Wirtschaftsämter, abgegeben werden musste zum andersweitigen Einsatz. Es ist durchaus möglich dass ich in demselben Sinne auch mit von Wedel über die Sache gesprochen habe.“⁶⁶

Dass an Yvonne Mewes ein Exempel statuiert werden sollte, wurde auch durch die Vernehmung des Gaubeauftragten für die Kinderlandverschickung, Heinrich Sahrhage, deutlich, der explizit erklärte: „Wenn ich rechtzeitig von dem Wunsch der Mewes, in Bayern zu bleiben, gehört hätte, so würde ich es sicher erwirkt haben, dass sie in Bayern hätte bleiben können, und zwar in folgender Weise: Hamburg hatte sehr viele Schulkinder in Bayern infolge der Evakuierungen. Es handelte sich hierbei nicht nur um Schulkinder der KLV, sondern auch um solche, die mit ih-

ren Eltern nach Bayern umgesiedelt waren oder bei dortigen Verwandten auf privatem Wege Aufnahme gefunden hatten. Da alle diese Hamburger Kinder, wie auch die aus anderen Teilen Deutschlands dorthin evakuierten, die bayerischen Schulen besuchten, verlangte die bayerische Schulverwaltung die Abordnung von Lehrpersonal aus den betreffenden Gebieten, um die einheimischen Lehrer zu entlasten. Hamburg hatte deshalb Hamburger Lehrer in den bayerischen Schuldienst abgeordnet. Diese Lehrkräfte unterrichteten also nicht etwa in geschlossenen Hamburger KLV-Lagern, sondern in den verschiedenen bayerischen Schulen, in denen sich Hamburger Kinder befanden. Ich hätte in Zusammenhang hiermit sicherlich dem Fräulein Mewes dazu verhelfen können, ebenfalls in dieser Weise in eine bayerische Schule abgeordnet zu werden. Übrigens bekamen diese Hamburger Lehrkräfte an den bayerischen Schulen nach wie vor ihr Gehalt von Hamburg zuzüglich einer Zulage.“⁶⁷

Dass die Übergabe von Disziplinarverfahren an die Gestapo ein unabsehbares Risiko bedeutete, wurde auch durch Aussagen des ebenfalls vernommenen Ernst Schrewe deutlich:

„Insbesondere lehnte ich die Institution der Gestapo ab. Wenn man auch genauere Einzelheiten über ihre Tätigkeit als Außenstehender kaum erfuhr, so war mir doch immerhin klar, dass sie keineswegs mit einer normalen Polizei gleichgestellt werden konnte. Während die Maßnahmen einer normalen Polizei anhand der Gesetze bis zu einem erheblichen Grad voraussehbar und vorausberechenbar sind, war dies bei den Maßnahmen der Gestapo nicht der Fall. Man konnte nie voraussehen, wie es jemandem erging, der in ihre Hände geriet. Das hing weitgehend von Zufall und Willkür ab. Es konnte gut gehen, es konnte aber auch ein schlimmes Ende für den Betroffenen nehmen.“⁶⁸

Umso verwunderlicher, dass Schrewe die von Hasso von Wedel vorgelegten Schreiben unterzeichnete, ohne sie vorher zu lesen, ebenso nicht die Antwort des Reichsstatthalters, der gerade die Einbeziehung der Gestapo vorsah.⁶⁹

Im mehrwöchigen Prozess vor dem Landgericht Hamburg gegen Hasso von Wedel und Ernst Schrewe kam es zu weiteren Zeugenaussagen über von Wedel, die von den anwesenden Journalisten notiert und weitergegeben wurden. So hatte Henry Edens vor Gericht erklärt: „Nach meinem Empfinden war Wedel autokratisch, diktatorisch oder wie man es sonst nennen will.“⁷⁰

Heinrich Sahrhage hatte ausgesagt, „daß viele Schulbeamte Wedel wegen seines schroffen Tones fürchteten und es Heulen und Zähneklappern gegeben habe, wenn sie zu ihm mußten.“⁷¹

In der „Welt“ wurde am 9.8.1950 von einem anderen, für von Wedel kompromittierenden Details, berichtet. Von Wedel hatte bekanntlich in einem Schrei-

ben an den Reichsstatthalter vom 4.8.1944 vorgeschlagen, Yvonne Mewes wegen Dienstverweigerung gerichtlich zu bestrafen, und falls dies nicht möglich sei, sie der Gestapo zuzuführen. Dieses hatte Ernst Schrewe unterzeichnet. Die „Welt“ beschrieb den weiteren Ablauf:

„Fräulein Mewes war inzwischen von der Gestapo vernommen und ins KZ Fuhlsbüttel gebracht worden. Von dort wurde sie ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert und dem Haftrichter vorgeführt. Auf dessen Ersuchen sandte die Staatsanwaltschaft die Akte dem Reichstreuhänder der Arbeit. Dieser entschied, daß kein Arbeitsvertragsbruch vorliege, da Fräulein Mewes in einem Treueverhältnis gestanden habe. Ein öffentliches Interesse an der Verfolgung des Falles liege nicht vor. Das Gericht verfügte die sofortige Haftentlassung Fräulein Mewes. Der Akte lag aber der damals gefürchtete rote Zettel bei, auf dem stand: ‚Rückführung gesichert‘. Das hieß, daß der Häftling nach der gerichtlichen Entlassung der Gestapo zugeführt werden mußte. Dr. von Wedel erklärte, er habe die Bedeutung des rotenzettels nicht gekannt. Der Vorsitzende, erstaunt über diese Antwort: ‚Aber sie waren doch Justizjurist.‘“⁷²

Von Wedel hatte vor Gericht erklärt: „Es wäre unerträglich gewesen, diesen Fall ungeahndet zu lassen. Das wäre ein Signal für andere Lehrer gewesen, die den Schulunterricht nicht mehr gern verrichteten.“⁷³

Auch andere Zeugenaussagen hatten Hasso von Wedel in seiner Art des Auftretens in einem ungünstigen Licht erscheinen lassen. Erna Stahl, nach 1945 Schulleiterin der Mädchenoberschule Alstertal, war 1943 bis Kriegsende als „an Vorbereitung zum Hochverrat“ Verdächtige Untersuchungsgefängene im Polizeigeängnis Fuhlsbüttel und in mehreren Zuchthäusern gewesen. Nur das Ende der NS-Herrschaft bewahrte sie vor einem Todesurteil. Sie sagte in dem Prozess über ihre Erfahrungen mit Hasso von Wedel aus: „Bei einer Vernehmung durch Gestapobeamte in der Schulbehörde war Dr. von Wedel zugegen und habe sie mit ‚unsagbarer Verachtung‘ angesehen. Als der Gestapobeamte mit seiner sehr scharfen Vernehmung fertig war, habe er zu Dr. von Wedel gesagt: ‚Haben Sie nun genug von diesem Frauenzimmer?‘ Dr. von Wedel habe darauf erwidert: ‚Übergenuß, raus!‘ Bei ihrer ersten Vernehmung sei Gauleiter Kaufmann zugegen gewesen, der ihr am Schluss androhte, er werde sie ‚ausrotten‘.“⁷⁴

Wie schwierig der Prozess für Mitarbeiter der Schulbehörde war, zu im Ermittlungsverfahren gemachten Aussagen auch vor Gericht mit großer Öffentlichkeit zu stehen, zeigte das Beispiel der Stenotypistin Martha Huckenbeck, die ihren ehemaligen Vorgesetzten von Wedel mit ihren Aussagen schwer belastet hatte. Sie hätte vor Gericht „einen recht unsicheren Eindruck“ gemacht und „sich an vieles nicht mehr erinnern“ können. „Im Ermittlungsverfahren hatte die Zeugin behauptet, von

Wedel habe in diesem Gespräch die Gestapo ersucht, Holler in Haft zu nehmen. Mit Tränen in den Augen blieb die Zeugin schließlich aber doch bei ihrer früheren Aussage, nach der von Wedel ihr nach der Vernehmung Hollers geäußert haben soll ‚den Burschen (Holler) werden wir schon kriegen‘.⁷⁵

Die „Welt“ schrieb am 11.8.1950: „Von mehreren Zeugen, die mit Dr. von Wedel dienstlich zu tun hatten, wurde dieser als ein forscher junger Beamter geschildert, der im schroffen Offizierston mit seinen Untergebenen verkehrte, manche Lehrer hätten Angst vor ihm gehabt. Dr. von Wedel habe die Meinung vertreten, daß jeder in der Heimat wie ein Soldat auf seinem Posten zu bleiben habe. Wer anders handelte, wurde von ihm als Fahnenflüchtiger angesehen.“⁷⁶

Das „Hamburger Echo“, das immer etwas pointierter berichtete, gab auch eine Aussage von Hasso von Wedel im Fall Holler wieder:

„Im Falle Holler trifft von Wedel allein die Verantwortung. Als der Gewerbeoberlehrer Holler kritische Bemerkungen zur militärischen Lage – im Lehrerzimmer arglos hineingeworfen – zur Kenntnis der Behörde gekommen waren, führte von Wedel schneidige Vernehmungen durch und empfahl Holler der Gestapo, damit er im KZ ein bisschen ‚aufgemöbelt würde‘.“⁷⁷

In der Biografie Schrewe ist über den Prozess aus Sicht des Gerichtes schon ausführlich berichtet worden. Beide Angeklagten waren freigesprochen worden. Bei Schrewe hatte auch die Staatsanwaltschaft für Freispruch plädiert, bei von Wedel zwei Jahre Gefängnis gefordert. Dieser hätte sich mit dem von Schrewe unterzeichneten Schreiben an Reichsstatthalter Kaufmann schuldig gemacht. „Dr. von Wedel könne nicht damit gehört werden, fuhr der Staatsanwalt fort, daß er den Unterschied zwischen einer normalen Polizei und der Gestapo nicht gekannt habe. In zahllosen Reden und Veröffentlichungen seien alle Staatsfeinde ständig mit Ausrottung und Ausmerzung bedroht worden. Diese Dinge hätten Dr. von Wedel unmöglich verborgen bleiben können. In seinem Brief an die Gestapo habe er Fräulein Mewes als eine Frau geschildert, die durch den Treueeid an den Führer gebunden sei, sich aber nicht in die Gemeinschaft einordnen wolle. Diese Sätze hätten auf alle Repräsentanten des NS-Regimes wie ein rotes Tuch wirken müssen. Die Behauptung, er habe Fräulein Mewes auf begrenzte Zeit in ein Arbeitslager bringen wollen, habe Dr. von Wedel auch erst sehr spät vorgebracht. In seinem Brief habe klar KZ gestanden. Der Fall des Gewerbeoberlehrers Holler, sagte der Staatsanwalt, liege ähnlich wie der der Studienassessorin. Auch hier habe Dr. von Wedel für die Verhaftung des Lehrers gesorgt, der nur einige defätistische Äußerung getan habe und dafür im KZ Neuengamme ums Leben gekommen sei.“⁷⁸

Die Freisprüche waren zusammenfassend vom Gericht so begründet worden: „Nach allem waren beide Angeklagten im Falle Mewes in vollem Umfang frei-

zusprechen, und zwar, wie bereits dargelegt, mangels Beweises, weil nicht festgestellt werden konnte, dass die Angeklagten Fräulein Mewes aus politischen Gründen verfolgt haben. Dies erscheint nach den Erwägungen der Beweiswürdigung zwar in hohem Maße unwahrscheinlich. Nach Sachlage – Wortlaut des Schreibens vom 4. August 1944, Unterschrift des Angeklagten Schrewe unter diesem Schreiben und dem vom 29. August 1944 – bleiben jedoch gewisse Zweifel bestehen, so dass ein Freispruch mangels Tatverdachts nicht erfolgen konnte.“⁷⁹

Die Persönlichkeiten der Angeklagten wären ausführlich gewürdigt worden: „Wie bei allen Prozessen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, fuhr der Vorsitzende fort, habe auch hier die Beurteilung der Persönlichkeiten der Angeklagten einen breiten Raum in der Verhandlung eingenommen. Bei Prof. Schrewe und Dr. von Wedel handle es sich um hochqualifizierte wissenschaftliche Beamte, die sich bemüht hätten, den Einfluss der NS-Partei und der HJ aus dem Schulwesen fernzuhalten. Beide seien nach zahlreichen Zeugenaussagen loyal in der Führung ihres Amtes gewesen und hätten politisch Verfolgten geholfen. Prof. Schrewe habe damals eine Zivilcourage gezeigt, wie man sie heute nur selten antreffe“, hatte der Vorsitzende Richter, Fritz Valentin, ausgeführt.⁸⁰

Und über von Wedel hatte Richter Valentin festgestellt: „Das Bild des Angeklagten Dr. von Wedel sei, so führte Landesgerichtsdirektor Valentin weiter aus, durch die Prozessberichterstattung in einem Teil der Hamburger Presse verzerrt wiedergegeben worden. Das Schwurgericht sei es dem Angeklagten schuldig, dieses Bild in aller Öffentlichkeit richtig zu stellen. ‚Wir haben‘, so sagte der Vorsitzende wörtlich, ‚in der Beweisaufnahme mit aller Deutlichkeit gehört, daß das Wirken des Angeklagten von Wedel in der Hamburger Schulverwaltung sich im gleichen Sinne abgespielt hat wie das des Angeklagten Prof. Dr. Schrewe.‘ Es sei festgestellt worden, daß von Wedel in Disziplinarverfahren gegen Lehrkräfte oft milde aufgetreten sei und daß er auch rassistisch und politisch verfolgten Lehrern geholfen habe.“⁸¹

Dies war sicherlich die Interpretation einiger Zeugenaussagen, wobei es für von Wedel eine positive Ausstrahlung hatte, dass insbesondere Ernst Schrewe so geschildert worden war und es auch Beispiele gab, in denen Hasso von Wedel bei „ungerechtem Verhalten“ von NS-Verwaltungsbeamten korrigierend eingegriffen hatte. Die Schroffheiten, das Kurzangebundene, Schneidige in von Wedels Kommunikation wurde mit seiner persönlichen Situation erklärt, er hätte noch darunter zu leiden gehabt, mit allen Folgen der Beinamputation zurechtzukommen. Und letztlich: „Daß er nur an eine zeitliche Haft gedacht habe, gehe daraus hervor, daß er und Prof. Dr. Schrewe sich beim damaligen Reichsstatthalter energisch um die Freilassung aus der Gewalt der Gestapo bemüht hätten. Das Gericht habe daher den übergesetzlichen Notstand bei Dr. von Wedel bejaht.“⁸²

Kaufmann im Zeugenstand

Im Schrewe-Prozeß widerruft Regierungsrat Carlsson seine erste Aussage

Hamburg, 16. August (Eigenber.)

Im Prozeß Dr. Schrewe und Dr. von Wedel gab es am Dienstag zwei Sensationen. Das Schwurgericht verkündete vormittags den Beschluß, daß der ehemalige Gauleiter Kaufmann als Zeuge gehört werden solle. Zunächst war beabsichtigt, ihn im Untersuchungsgefängnis zu vernehmen, schließlich aber konnte Kaufmann mit Zustimmung des Gefängnisarztes in Begleitung eines Lazarettgehilfen im Schwurgerichtssaal erscheinen.

Er war blaß und schmal, aber als er sprach, konnte jeder feststellen, daß seine geistigen Kräfte voll und ganz vorhanden waren. Alle Fragen des Vorsitzenden, Staatsanwalts und der Verteidigung wurden ohne Zögern und konzentriert beantwortet.

Zur Sache selbst bekundete Kaufmann, daß er Professor Schrewe als einen aufgeschlossenen und tüchtigen Mann kennengelernt und ihn deshalb nach Einberufung von Senator Witt zur Wehrmacht an seine Stelle berufen hätte. Er bestätigte, daß Schrewe ihm bereits viel früher als politischer Gegner in Versammlungen außerhalb Hamburgs gegenübergetreten sei.

Zum Fall Mewes äußerte er, daß Dr. Schrewe an ihn herangetreten sei, und daß er alles getan habe, um die Lehrerin der Gestapo zu

entreißen. Zu diesem Zweck habe er sogar einen Brief an das Reichssicherheitshauptamt nach Berlin geschrieben. Ob das Schreiben wegen der Übergabe der Mewes an die Gestapo von dem Leiter seines Zentralbüros ohne seine Zustimmung geschrieben worden wäre, könne er heute nicht mehr sagen! Grundsätzlich war eine Abgabe an die Gestapo bei Dienststrafverfahren nicht vorgesehen.

Kaufmann erklärt mit aller Bestimmtheit, daß er niemals Weisungsbefugnis gegenüber der Gestapo hatte. Er bestätigte ferner, daß schon seit 1933 zwischen dieser Behörde und ihm Spannungen bestanden. In den letzten Jahren sei es selbst von Himmler bespitzelt worden.

Vor dieser Vernehmung waren

noch eine große Anzahl von Zeugen aufmarschiert, die allerlei Günstiges über Dr. von Wedels Charakter und seine Haltung aussagten.

Überraschend und für beide Angeklagte ungünstig wirkte dann die erneute Zeugenvernehmung des Regierungsrats Carlsson. Er hatte das Gericht darum gebeten, noch einmal gehört zu werden und sagte nun, daß er von Dr. von Wedel vor Antritt von dessen Urlaub ausdrücklich beauftragt worden wäre, den Brief an die Gestapo wegen Yvonne Mewes' Inhaftnahme zu schreiben. Damals habe Dr. von Wedel geäußert: „Es bleibt nichts anderes übrig, als Fräulein Mewes der Gestapo in Haft zu geben.“ Damit widerrief Carlsson seine erste Aussage.

Als der Staatsanwalt seine Verteidigung infolge der heutigen Aussage beantragte, widersprach die Verteidigung. Das Gericht entschied, daß eine Vereidigung unterbleiben müsse, da Carlsson der Mittäterschaft verdächtig sei. Verhandlung wird fortgesetzt.

„Hamburger Morgenpost“, 16.8.1950

Gegen das Urteil im Fall Hasso von Wedel hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Der Bundesgerichtshof hob den Freispruch Ende 1952 auf. Im Juni 1953 befasste sich erneut das Hamburger Schwurgericht mit dem Fall. Staatsanwalt Dr. Gerhard Koch, der schon die Ermittlungen in der ersten Instanz geführt hatte, fungierte erneut als Staatsanwalt. Das Gericht war dieses Mal mehrheitlich mit Frauen besetzt, darunter drei Schöffinnen, den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Hallbauer.⁸³

Hasso von Wedel wurde in der zweiten Instanz zu acht Monaten Gefängnis wegen Freiheitsberaubung im Amte mit Todesfolge verurteilt.

„Durch sein Schreiben an den Reichsstatthalter habe von Wedel den Tod der Studienassessorin Yvonne Mewes im KZ-Lager Ravensbrück veranlasst, erklärte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Hallbauer, in seiner klaren, eindrucksvollen Urteilsbegründung. „Es liegt hier ein Fall echter Tragik im ursprünglichen antiken Sinne vor. Zwei Weltanschauungen stießen zusammen, auf der einen Seite individualistischer Freiheitsdrang, auf der anderen die Forderung nach bedingungsloser Pflichterfüllung. Diese Gegensätze wurden vertreten von zwei hochbegabten starren Persönlichkeiten, deren Zusammenprall zur Katastrophe führen musste. Der Angeklagte sollte erleichtert sein, daß dieses Urteil seinen Willen zur inneren Sühne, an dem das Gericht nicht zweifelt, seine Prägung gibt.“

Von Wedel könne im Fall Mewes auch nicht den Schutz des übergesetzlichen Notstandes für sich in Anspruch nehmen. Er habe genau gewusst, daß man auch andere, weniger harte Mittel hätte anwenden können, etwa die Überweisung des Falles an ein ordentliches Gericht wegen Arbeitsvertragsbruchs oder den Einsatz von Fräulein Mewes bei der Trümmerbeseitigung. Aber er habe ein Exempel statuieren wollen.“⁸⁴

Im Fall Holler kam das Gericht zu einem anderen Urteil: „Anders ist es nach Ansicht des Schwurgerichts im Falle des Gewerbeoberlehrers Holler gewesen, der ebenfalls im KZ starb. Man müsse dem Angeklagten glauben, daß er Gefahren für sein eigenes Leben sah, wenn er die Anzeige gegen den Lehrer bei der Gestapo unterließ. Kurz nach dem Hitlerattentat sei gerade der Beamtenadel, dem von Wedel angehörte, der Gestapo verdächtig gewesen. So wurde der Angeklagte in diesem Falle freigesprochen.“⁸⁵

Staatsanwalt Koch hatte für beide Fälle eine Strafe von 22 Monaten Gefängnis gefordert. Koch hatte festgestellt: „Wenn von Wedel im August 1944 kurz nach dem Hitlerattentat die Studienassessorin der übereifrigen Gestapo übergab, dann mußte er wissen: das Leben dieser Nichtparteigenossin und Individualistin war keinen Pfifferling mehr wert.“⁸⁶

Schulverwaltungsintern war der Fall von Wedel natürlich seit 1945 beobachtet und kommentiert worden. Der neue Jurist in der Personalabteilung, von Zerssen, hatte die verwaltungsinternen Akten durchgesehen und aufgearbeitet. In einer persönlichen Stellungnahme hatte von Zerssen durchaus ein Wort für Hasso von Wedel eingelegt. Er schrieb: „Daß die Gestapo die Wünsche der Schulverwaltung und sogar des Reichsstatthalters in dieser an sich unpolitischen Angelegenheit einfach unbeachtet lassen würde, hatte er ebenso wenig voraussehen können, wie den Tod der Lehrerin im KZ. Zusammenfassend glaube ich daher, daß von Wedel, so bedenklich sein Verhalten auf den ersten Blick erscheint, bei ruhiger und unvoreingenommener Prüfung aller Umstände des Falles seines Amtes nicht unwürdig ist. Es ist wohl richtig, daß von Wedel, der ein sehr begabter und auf vielen Wissensgebieten weit über Durchschnitt kenntnisreicher Jurist ist, in der Menschenbehandlung nicht immer den richtigen Ton gefunden und daß er von jeher an seine Untergebenen sehr hohe Anforderungen gestellt hat. Er selbst ist aber auch stets ein rastloser Arbeiter und insoweit Vorbild gewesen. Er hat sich im Frieden und im Kriege niemals geschont. Bei seinem Einsatz in vorderster Linie hat er in Russland das rechte Bein eingebüßt. Verliert er jetzt sein Brot, so wird er, der mit Frau und zwei kleinen Kindern allein auf sich gestellt ist – seine Eltern haben den Russeneinbruch nicht überlebt – dem Untergange preisgegeben. Ein Mann, der für Volk und Heimat bedingungslos Leben und Gesundheit eingesetzt hat, darf erwarten, daß diese Heimat nicht nur seine menschlichen Schwächen – wer hätte diese nicht –

wertet und seine und seiner Familie Existenz nicht wegen einer einzigen Fehlmaßnahme vernichtet.“⁸⁷

Hasso von Wedel war nach seiner Entlassung aus dem Dienst im Mai 1945, noch lange vor dem Strafverfahren, in materiellen Schwierigkeiten gewesen. Als er ein Angebot bekam, bei der Firma Wilhelm Edeler in Poppenbüttel als kaufmännischer Angestellter zu arbeiten, hatte er beim Arbeitsamt Hamburg um Genehmigung angefragt: „Mir ist erklärt worden, das Arbeitsamt werde, weil ich zu den aus politischen Gründen Entlassenen gehöre, die Stelle keinesfalls genehmigen. Auch meine Kriegsbeschädigung (Oberschenkelamputation), die körperliche Arbeit für mich unmöglich macht, ändere daran nichts. Diese Maßnahme ist für mich eine ganz außerordentliche Härte, da ich infolge meiner Suspendierung seit acht Monaten ohne Gehalt bin, meine Frau und zwei Kinder zu versorgen habe und weder durch meine Eltern noch durch meine Schwiegereltern irgend welche Unterstützung erhalten kann. Die Stelle, für die ich vorgesehen bin, ist eine untergeordnete kaufmännische Betätigung ohne irgendwelche personellen Führungsaufgaben. Da ich ja auch als Beamter bisher nicht endgültig entlassen bin, verstehe ich umso weniger, dass mir, solange ich sonst kein Einkommen habe, jegliche auch nur untergeordnete Betätigung unmöglich gemacht werden soll. Ich selbst habe mich in der Schulverwaltung nachweislich mit Erfolg dafür eingesetzt, dass Nichtparteigenossen und solche, die aus religiösen Gründen der NSDAP nicht beigetreten waren, als Lehrer verwandt und auch befördert werden durften. Ich kann mir nicht denken, dass ohne jede Prüfung des Einzelfalles nicht einmal in einem Privatbetrieb eine bescheidene Stellung von mir eingenommen werden darf.“⁸⁸

Der OLG-Vizepräsident und spätere Präsident der Hamburgischen Bürgerschaft, Ruscheweyh, hatte sich für von Wedel verwendet, wie aus weiteren Korrespondenzen hervorgeht.⁸⁹

In der Personalakte von Wedel ist auch ein Schreiben von Oberschulrat Johannes Schult zu finden, das er an Ruscheweyh am 20.1.1948 richtete, der sich offenbar auch an die Schulbehörde gewandt hatte. Schult schrieb: „In der Schulbehörde war bis 1945 der ehemalige Landgerichtsdirektor Dr. von Wedel als Verwaltungsjurist tätig. Er ist dann als politisch stark belastet aus dem öffentlichen Dienst ausgeschieden und betätigt sich seitdem kaufmännisch. Hier ist er wegen einer Straf- und Disziplinarsache gegen einen Gewerbeoberlehrer Holler vernommen worden, der auf seine Veranlassung Ende 1944 wegen Verdachts des Hochverrats in Untersuchungshaft genommen und später ins Konzentrationslager Neuengamme überführt worden war und hier Anfang 1945 gestorben ist. Herr Dr. von Wedel wurde vom Beratenden Ausschuss als Zeuge vernommen. Außer diesem Fall liegt noch eine Vermutung über Drohungen vor, die er gegen einen Mitbewohner seines

Hauses geäußert haben soll; der Bedrohte soll Selbstmord verübt haben. Ich teile dieses mit, damit der Fall nachgeprüft werden kann, wenn Dr. von Wedel sich um eine Wiedereinstellung in den Staatsdienst bemühen sollte. Eine Beschuldigung des Dr. von Wedel soll von mir nicht ausgesprochen werden, da keineswegs genau feststeht, welche Rolle er in den beiden genannten Fällen gespielt hat. Meine Mitteilung soll nur verhindern, daß er ohne Prüfung wieder eingestellt wird.“⁹⁰

Am 1.8.1953 trat das Gesetz zum Abschluss der Entnazifizierung in Kraft. Am 23.10.1950 war Hasso von Wedel schon in Kategorie V eingestuft worden, als „Entlasteter“. Die im Urteil des Revisionsverfahrens verfügte Strafe von acht Monaten Gefängnis war rechtskräftig geworden. Die Strafe war allerdings „gemäß § 2 des Straffreiheitsgesetzes vom 31. Dezember 1949 unter der Bedingung der Bewährung erlassen“ worden.⁹¹

Hasso von Wedel hatte inzwischen schon seit einiger Zeit eine Anstellung als Syndikus bei der Deutschen Erdöl-Aktiengesellschaft (DEA). Der Senat verfügte am 10.12.1953 ein disziplinarrechtliches Verfahren gegen von Wedel und behielt ein Drittel des ihm zustehenden Übergangsgehaltes ein“.⁹²

Hasso von Wedel kehrte nicht wieder in den öffentlichen Dienst zurück. Am 16.4.1975 wurden ihm seine monatlichen Versorgungsbezüge mitgeteilt.⁹³

Hasso von Wedel starb am 22.12.1996.⁹⁴

Anmerkungen

- 1 Siehe die Biografie Schrewe in diesem Buch.
- 2 Lebenslauf, in: StA HH 241-2, Justizverwaltung-Personalakte_A 3346
- 3 Personalakte a. a. O.
- 4 www.wikipedia.org/wiki/Harro_von_Wedel
- 5 http://de.wikipedia.org/wiki/Wedel_Adelsgeschlecht
- 6 Stephan Malinowski: Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat, Berlin 2003, S. 573.
- 7 Lebenslauf, Personalakte a. a. O.
- 8 Personalakte a. a. O.
- 9 Lebenslauf, Personalakte a. a. O.
- 10 Alle Angaben laut Personalakte, a. a. O.
- 11 Ebd.
- 12 Zeugnis vom 4.1.1933 bei der Staatsanwaltschaft Hamburg, Personalakte a. a. O.
- 13 Zeugnis vom 13.3.1934, Personalakte a. a. O.
- 14 Zeugnis vom 6.6.1934, Personalakte a. a. O.
- 15 Schreiben vom 11.12.1935, Personalakte a. a. O.
- 16 Schreiben vom 23.12.1935, Personalakte a. a. O. Von Wedel trat die Stelle dann nicht an.
- 17 Schreiben vom 30.12.1935, Personalakte a. a. O.
- 18 Siehe Biografie Schrewe.
- 19 Schreiben vom 18.1.1936, Personalakte a. a. O.

- 20 Schreiben vom 11.2.1936, Personalakte a. a. O.
- 21 Personalakte a. a. O.
- 22 Entnazifizierungsakte von Wedel, StA HH, 221 – 11_Ed 1888
- 23 Personalakte a. a. O.
- 24 Personalakte a. a. O.
- 25 Personalakte a. a. O.
- 26 Personalakte a. a. O.
- 27 Zitiert nach den personalbezogenen Ausführungen von dem Vorsitzenden Richter, Fritz Valentin, im Landgerichtsprozess gegen Ernst Schrewe und Hasso von Wedel, im: Urteil des Landgerichtes Hamburg vom 28.8.1950, (50) 22/50, abgedruckt unter der Lfd. Nr. 234 in einer Urteilssammlung unter dem Stichwort: Denunziation, Hamburg, August 1944. Im Weiteren zitiert: Urteil 1950.
- 28 Urteil 1950, S. 5.
- 29 StA HH, 131-8, Senatskommission für den Verwaltungsdienst_G 8 c HV 1943 VII/5
- 30 Personalakte a. a. O.
- 31 Urteil 1950, S. 5.
- 32 Urteil 1950, S. 6.
- 33 Siehe unter anderem das Schreiben des Reichsstatthalters vom 13.12.1944, in: StA HH, 131-8, Senatskommission für den Verwaltungsdienst_G 8 c HV 1943 VII/5
- 34 Urteil 1950, S. 6.
- 35 Personalakte a. a. O.
- 36 Personalakte a. a. O.
- 37 Entnazifizierungsakte, StA HH, 221 – 11_Ed 1888
- 38 Schreiben des Vorsitzenden des Fachausschusses, Friedrich Wilhelm Licht vom 26.7.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 39 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 40 Laut „Hamburger Abendblatt“ vom 11.8.1950.
- 41 Entnazifizierungsakte a. a. O. Zu Fritz Köhne siehe: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile, Bd. 1, Hamburg 2016, Die unvollendete Entnazifizierung, S. 38ff. und insbesondere S. 61 ff.
- 42 Entnazifizierungsakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Züge, in: de Lorent 2016, S. 385 ff.
- 43 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 44 Schreiben in Personalakte a. a. O.
- 45 Personalakte a. a. O.
- 46 Siehe: Helga Grabitz/Werner Johe: Die Freie und Hansestadt Hamburg 1933–1945, Hamburg 1995, S. 167f.
- 47 Siehe: Susanne Schott: Curt Rothenberger – eine politische Biografie, Dissertation an der Martin Luther Universität Halle-Wittenberg 2001, auch als online-Version.
- 48 Personalakte a. a. O.
- 49 Strafanzeige der VVN, siehe: StA HH, 213 – 11, Staatsanwaltschaft LG – NSG_ 21309/54 Bd.1, im weiteren: Ermittlungsakte.
- 50 Ebd.
- 51 Ebd.
- 52 Siehe Biografie Behne, in: de Lorent 2016, S. 457ff.
- 53 Ermittlungsakte a. a. O.
- 54 Ermittlungsakte a. a. O.
- 55 Aussage von Gertrud Marquardt, geb. Mewes beim Spec. Department 1 am 2.9.1947, Ermittlungsakte a. a. O.
- 56 Ermittlungsakte a. a. O.
- 57 Ermittlungsakte a. a. O.

- 58 Vernehmung in Staumühle am 6.5.1948, Ermittlungsakte a. a. O.
- 59 Frank Bajohr: Hamburgs „Führer“. Zur Person und Tätigkeit des Hamburger NSDAP-Gauleiters Karl Kaufmann (1900–1969), in: Hamburg im Dritten Reich. Sieben Beiträge, herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg 1998, S. 126.
- 60 „Hamburger Abendblatt“ vom 11.8.1950.
- 61 Protokoll der Vernehmung bei der Oberstaatsanwaltschaft beim Landgericht Hamburg vom 26.4.1949, Ermittlungsakte a. a. O.
- 62 Protokoll der Vernehmung vom 6.5.1949, Ermittlungsakte a. a. O.
- 63 Ebd.
- 64 Protokoll der Vernehmung vom 9.5.1949, Ermittlungsakte a. a. O.
- 65 Protokoll der Vernehmung vom 9.5.1949, Henry Edens, Ermittlungsakte a. a. O.
- 66 Ebd.
- 67 Protokoll der Vernehmung vom 16.5.1949, Heinrich Sahrhage, Ermittlungsakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Sahrhage in diesem Band.
- 68 Protokoll der Vernehmung vom 26.8.1949, Ernst Schrewe, Ermittlungsakte a. a. O.
- 69 Siehe Biografie Schrewe in diesem Band.
- 70 „Hamburger Abendblatt“ vom 11.8.1950.
- 71 Ebd.
- 72 Die „Welt“ vom 9.8.1950.
- 73 Ebd.
- 74 „Freie Presse“ vom 14.8.1950. Zu Erna Stahl siehe auch: Evelyn Moews: Erna Stahl: „Sie war immer auch der Regisseur.“, In: Ursel Hochmuth/Hans-Peter de Lorent: Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 291 ff.; siehe auch die Biografie Erwin Zindler, in: de Lorent 2016, S. 538ff.
- 75 „Freie Presse“ vom 15.8.1950.
- 76 Die „Welt“ vom 11.8.1950.
- 77 „Hamburger Echo“ vom 7.8.1950.
- 78 Die „Welt“ vom 23.8.1950.
- 79 Urteil 1950 a. a. O., S. 65.
- 80 Die „Welt“ vom 29.8.1950.
- 81 „Freie Presse“ vom 29.8.1950.
- 82 Ebd.
- 83 „Hamburger Abendblatt“ vom 9.6.1953.
- 84 Ebd.
- 85 Ebd.
- 86 „Hamburger Abendblatt“ vom 6.6.1953.
- 87 Undatierte Stellungnahme, Personalakte a. a. O.
- 88 Schreiben von Wedel an den Vizepräsidenten des Oberlandesgerichts, Ruscheweyh, vom 8.5.1946, Personalakte a. a. O.
- 89 Schreiben Ruscheweyhs an von Wedel vom 4.6.1946, Personalakte a. a. O.
- 90 Personalakte a. a. O.
- 91 Schreiben des OLG-Präsidenten an den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg über die Justizverwaltung vom 8.9.1953, Personalakte a. a. O.
- 92 Schreiben des Senats vom 10.12.1953, Personalakte a. a. O.
- 93 Personalakte a. a. O.
- 94 StA HH, 213-1_32

Wolfgang Meyer

„Nichts ist mir unerträglicher, als in dieser großen Zeit tatenlos zuzusehen.“

Ein für den Bereich der höheren Schulen in Hamburg durchaus typischer und gleichermaßen auch sehr erfolgreicher Repräsentant während der Weimarer Republik war Prof. Dr. Wolfgang Meyer. Er war Schulleiter, Oberschulrat, kurze Zeit auch Landesschulrat und Gauführer der deutschen Turnerschaft. Meyers Karriere im Hamburger Schulwesen endete eigentlich mit Ende der Weimarer Republik. Aber er zeigte sich durchaus anfällig für das Werben der Nationalsozialisten.

Als Friedrich Wolfgang Oscar Meyer am 31.5.1867 in Hamburg als Sohn „des Inspectors der Kunsthalle“ geboren, besuchte er die Vorschule von Siemssen und dann die Gelehrtenschule des Johanneums, an der er 1885 die Reifeprüfung ablegte. Nach dem Studium der klassischen und deutschen Philologie in Tübingen und Leipzig wurde er 1890 in Leipzig promoviert und bestand dort am 19.6.1891 die Staatsprüfung für die Oberklassen in Latein, Geschichte und Deutsch. Das Probejahr absolvierte Wolfgang Meyer am Johanneum, 1893 wurde er dort als Oberlehrer fest angestellt.

Ab 1910 leitete Wolfgang Meyer als Direktor die Realschule St. Pauli, 1912 als Direktor das Wilhelm-Gymnasium, 1914 wurde er Schulrat für das höhere Schulwesen, 1919 Oberschulrat.¹

Zwischendurch war Wolfgang Meyer im Kriegsdienst. Am 26.8.1914 meldete er sich freiwillig, wurde Oberleutnant und Kompanieführer. Als Hauptmann und Bataillonsführer rief ihn Senator Werner von Melle am 3.5.1917 zurück in die Aufsicht im höheren Schuldienst und reklamierte ihn als unabkömmlich.²

Meyer war vor und neben seiner Schultätigkeit vielseitig aktiv. So im Verein der Oberlehrer, im Philologenverein³ und im VDA.⁴ Insbesondere aber auch im Bereich der Förderung der Leibesübungen und der organisierten Turnerschaft lag sein Interesse, worauf noch näher eingegangen wird.

Im Fragebogen zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933 vermerkte Wolfgang Meyer auch die Mitgliedschaft in der DVP, „von der Gründung bis 1931“.⁵

Wertschätzung genoss OSR Meyer beim sozialdemokratischen Schulsenator Emil Krause, der am 4.9.1931 begründete, warum das gerade verabschiedete Gesetz zur Herabsetzung der Altersgrenze vom 28.8.1931 für den 64-jährigen Wolfgang Meyer nicht gelten sollte: „Herr Oberschulrat Meyer ist jedoch als Personaldezer-

nennt für das höhere Schulwesen bei der Schulbehörde bis Ostern 1932 unentbehrlich, weil durch die Sparmaßnahmen ganz außergewöhnliche Verschiebungen im Personalbestand notwendig werden, die ohne genaue Kenntnis der einschlägigen Personalfragen und Verhältnisse gar nicht durchführbar sind. Ich beantrage deshalb ergebenst, Herrn Oberschulrat Prof. Dr. Meyer, der damit einverstanden ist, bis zum Ablauf des 31. März 1932 in seinem Amte zu belassen.“⁶

Dies wurde vom Hamburger Senat genehmigt und dann sogar auf Antrag von Emil Krause noch einmal bis zum 31.3.1933 verlängert.⁷

Zu diesem Zeitpunkt wäre Wolfgang Meyer fast 66 Jahre alt gewesen, es hätte eine Chance für ihn bedeutet, nicht in den Nationalsozialismus verstrickt zu werden.

Noch fehlte den neuen Machthabern das überzeugende und erfahrene Personal in der Verwaltung des Hamburger Bildungswesens. Dies habe ich im ersten Band „Täterprofile“ ausführlich dargestellt.⁸

Wolfgang Meyer, obwohl nicht Mitglied der NSDAP, stand der neuen Ausrichtung der Hamburger Schulpolitik nicht so fern, um nicht bereitwillig die Aufgabe des kommissarischen Landesschulrates zu übernehmen und dem neuen Schulsenator Karl Witt zur Verfügung zu stehen, um ihm somit das erste halbe Amtsjahr zu erleichtern. Hildegard Milberg charakterisierte Wolfgang Meyer folgendermaßen: „Als Verfasser einer Biografie Friedrich Ludwigs Jahns und als stiller Förderer deutscher nationaler völkischer Staatserziehung an den höheren Schulen während der Weimarer Zeit erschien er offenbar besonders geeignet, die nationalsozialistische Neuordnung des Hamburgischen Schulwesens einzuleiten.“⁹

Witt begründete seine Wertschätzung für Wolfgang Meyer nach dem halben Jahr der Zusammenarbeit: „Ihre echt vaterländische Gesinnung, die in allen zurückliegenden Jahren unverändert geblieben und stets offen von Ihnen zur Schau getragen ist, Ihr starkes Pflichtbewußtsein, Ihre wohlwollende Haltung gegen die Ihnen unterstellte Lehrerschaft und Ihr sicheres Empfinden für gerechte Entscheidung in allen Fragen haben Ihnen das uneingeschränkte Vertrauen Ihrer Untergebenen, die Achtung Ihrer Mitarbeiter und die Anerkennung Ihrer Vorgesetzten eingetragen.“ Und weiter sagte Karl Witt: „Ich persönlich fühle mich Ihnen zu besonderem Dank verpflichtet, weil Sie, als ich mein Amt als Leiter der Hamburger Verwaltung antrat, auf meine Bitte, auch nach Überschreitung der Altersgrenze weiter im Amt zu bleiben und die verantwortungsvollen Aufgaben des Landesschulrats zu übernehmen sich sofort bereit erklärte und mir dadurch die Überleitung der Verwaltung in die neuen Zeitverhältnisse außerordentlich erleichtert haben. Ihr reiches Wissen, Ihre umfangreichen Erfahrungen und Ihr ausgeglichener Sinn haben Sie befähigt, mir in dieser Zeit wertvollste Dienste zu leisten, an die ich mich immer gern erinnern werde. Es ist meine Hoffnung und Zuversicht, daß Sie Ihr starkes und lebendiges

Interesse unserer hamburgischen Schule auch nach Ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Schuldienst bewahren werden.“¹⁰

Auch die besonderen Leistungen im deutschen Turnerbund skizzierte Karl Witt: „Ihre besondere Liebe galt der Pflege der Leibesübungen und der Musik in der Schule. Wenn Hamburger Jungen und Mädchen auf diesen beiden Fachgebieten anerkannt Gutes, im Schwimmen sogar Vorbildliches geleistet haben und noch leisten, so ist dieses erfreuliche Ergebnis Ihrem kraftvollen Eintreten und Ihrer nachdrücklichen Förderung zu verdanken. In einer Zeit, in der nach dem Zusammenbruch unseres Volkes es als eine der vordringlichsten Aufgaben erschien, in der heranwachsenden Jugend die Freude an Stärkung und Stählung des Körpers zu wecken und zu pflegen, haben Sie es verstanden, der Pflege der Leibesübungen und des Wandern, die in früheren Zeiten leider nicht immer die nötige Beachtung in der Schularbeit gefunden haben, die Bedeutung zu erobern und zu sichern, die im Interesse der Heranbildung eines gesunden Geschlechts geboten ist. Eine systematische Neuordnung des Turnunterrichts und der Pflege von Spiel und Sport in der Schule ist im Wesentlichen Ihr Werk gewesen.“¹¹

Bezeichnend auch welches Zeugnis, der ehemalige Schulleiter des Johanneums, Prof. Edmund Kelter, dem scheidenden kommissarischen Landesschulrat Wolfgang Meyer bei seiner Pensionierung ausstellte. Nach dessen halbjähriger Tätigkeit für die nationalsozialistische Schulverwaltung beschrieb Kelter die innere Verfassung des Oberschulrates für das höhere Schulwesen, Wolfgang Meyer, während seiner Tätigkeit in der Weimarer Republik: „Schwerer aber fast als das Ausharren vor dem Feind (im Weltkrieg, deLo.), wurde dann durch vierzehn Jahre die entsagungsvolle Arbeit unter einer Behörde und einer Regierung, die Dir innerlich immer fremd geblieben sind. Doch auch hier hast Du ausgleichend gewirkt und zu mal unserem Johanneum volle Bewegungsfreiheit im vaterländischen Sinne, Betonung lebendiger Tradition, Verehrung der großen Führer unseres Volkes, der Geistesgewaltigen aller Zeiten ermöglicht und uns niemals beengt, wenn es galt, der großen Tage unserer Geschichte zu gedenken, der Jugend zum Ansporn und zur Nacheiferung.“¹²

Die gleichgeschaltete Hamburger Presse feierte Wolfgang Meyer, als er in den Ruhestand trat. Erwähnt wurde besonders, dass Meyer, obwohl der alte Senat ihn schon zum 31.3.1933 in den Ruhestand versetzt hatte, vom neuen Senat „nach der nationalen Staatsumwälzung“¹³ als Landesschulrat im Amt belassen und beauftragt worden ist. Besonders erwähnt wurde auch, dass Wolfgang Meyer 20 Jahre Gauführer der deutschen Turnerschaft gewesen sei.

Als Wolfgang Meyer am 31.5.1942 seinen 75. Geburtstag feierte, würdigte ihn das „Hamburger Fremdenblatt“ mit Hinweis darauf, dass er „nach der Machtergreifung tatkräftig an der Neuordnung des Schulwesens mitgearbeitet hatte.“¹⁴

Aus der Deutschen Turnerschaft:

Abschiedsfeier für Prof. Dr. Meyer

Steding in Hamburg – Turnfestwoche des Hammer Turnvereins



Oberschulrat Prof. Dr. Meyer, der zurückgetretene verdienstvolle Nordmark-Gauführer der Turner.

Aus Anlaß des Rücktritts des Gauführers des Gaues VII Nordmark der Deutschen Turnerschaft, Prof. Dr. Wolfgang Meyer, der mit dem 30. September aus seinem Amt scheidet, findet am morgigen Sonntag im Patriotischen Gebäude, mittags 12 Uhr, eine Abschieds- und Dankesfeier statt. Nichts kann die Anerkennung, die Prof. Dr. Meyer in seiner langjährigen Führertätigkeit im nordischen Turngau überall gefunden hat, besser unterstreichen als die Tatsache, daß der stellvertretende Führer der DL und Oberturnwart Steding sowie Lohka persönlich nach Hamburg kommen, um dem Manne Dank zu sagen, der rund 20 Jahre an der Spitze der turnerischen Bewegung des Nordens gestanden hat.

Neben Steding und Lohka werden eine Reihe von Gauführern der DL zu dieser Feier in Hamburg erwartet. Außer den hiesigen Führern der Turnerschaft, die anlässlich der vorausgehenden Gauagung anwesend sind, nehmen Vertreter des Senats und der Behörden sowie zahlreiche Führer der anderen Turn- oder Sportverbände an dieser Abschiedsfeier teil.

Der Feier geht die Tagung des Gauführertrings der DL in der Halle der Hamburger Turnerschaft von 1816 voraus, an der auch alle Kreisführer und Kreisoberturnwarte des Gaues Nordmark teilnehmen. Gleichzeitig tritt der Ausschuß für das Ländere Gauturnfest zusammen.

„Hamburger Fremdenblatt“ vom 29.9.1934

In seiner Personalakte ist noch ein Schreiben zu finden, aus dem hervorgeht, dass Meyer unmittelbar vor Beginn des Zweiten Weltkrieges erneut seine Dienste der NS-Schulverwaltung angeboten hatte. In einem Schreiben vom 27.8.1939 schrieb Meyer an Karl Witt, den „hochverehrten Herrn Senator“: „Von dem Grundsatz ausgehend, daß in kritischen Zeiten jeder arbeitsfähige Mann dem Vaterland seine Arbeitskraft zur Verfügung stellen muß, erlaube ich mir, Ihnen meine Dienste anzubieten, falls Sie auf einem mir angemessenen Arbeitsgebiete durch die vielen Kriegsbeordnungen in Verlegenheit gekommen sein sollten. Wenn ich als 50-jähriger in der Front gestanden habe, glaube ich auch jetzt noch die körperliche und geistige Kraft zu besitzen, in der Heimat einen Dienst zu erfüllen. Nichts ist mir unerträglicher, als tatenlos zuzusehen, wie in dieser großen Zeit andere das Äußerste an Kraft und Opferwillen aufbringen, während ich vielleicht auch noch einen bescheidenen Beitrag leisten könnte. In diesem Sinne bitte ich um freundliche Prüfung. Mit Heil Hitler, Ihr in Hochachtung ergebener Prof. Dr. Wolfgang Meyer.“¹⁵

Wolfgang Meyer war mittlerweile schon 72 Jahre alt und hatte die nationalsozialistische Politik seit über sechs Jahren verfolgen können. Meyer erneuerte seine Bereitschaft, ein Rädchen im nationalsozialistischen Getriebe zu sein.

Zum 80. Geburtstag 1947 stiftete die Schulbehörde den „Wolfgang-Meyer-Wanderpreis“, der alljährlich unter den „höheren Schulen Hamburgs ausgetragen wird“. In Stellingen wurde ein Sportplatz nach Wolfgang Meyer benannt. Am 20.12.1951 gratulierte Senator Landahl Meyer und seiner Frau Helma zur goldenen Hochzeit.¹⁶

Wolfgang Meyer wurde 90 Jahre alt, war aber die letzten Jahre gesundheitlich stark eingeschränkt. Als er am 1.12.1957 starb, würdigte Senator Hans Wenke sein „segensreiches Wirken“ und nannte ihn einen „bedeutenden Schulmann“.¹⁷

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte Wolfgang Meyer, StA HH, 361-3_A764
- 2 Schreiben vom 3.5.1917, Personalakte a. a. O.
- 3 Siehe Uwe Schmidt: Aktiv für das Gymnasium, Hamburg 1999, S. 95 und S. 184.
- 4 Schmidt 1999, S. 368.
- 5 Personalakte Meyer, a. a. O.
- 6 Ebd.
- 7 Antrag ebd.
- 8 Hans-Peter de Lorent: Täterprofile, Band 1. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz, Hamburg 2016. Siehe insbesondere S. 28ff. und S. 99ff.
- 9 Hildegard Milberg: Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft. Die politischen und sozialen Aspekte der Schulreform in Hamburg 1890–1935, Hamburg 1970, S. 370.
- 10 Rede von Karl Witt bei der Verabschiedung des kommissarischen Landesschulrats Prof. Dr. Wolfgang Meyer am 30.9.1933, Personalakte Meyer a. a. O.
- 11 Ebd.
- 12 „Das Johanneum“ Heft 25, Dezember 1933, S. 11.
- 13 Siehe „Hamburger Fremdenblatt“ vom 29.9.1934.
- 14 „Hamburger Fremdenblatt“ vom 30.5.1942.
- 15 Personalakte, a. a. O.
- 16 Alles Personalakte, a. a. O.
- 17 Personalakte, a. a. O.

Udo Lohse

„Mein restloses Bemühen, meine Arbeit im Sinne des Dritten Reiches zur Auswirkung zu bringen ...“

Eine wichtige leitende Person im Hamburger Schulwesen war Prof. Udo Lohse, über den bisher relativ wenig bekannt war. Lohse war am 1.10.1919 als Gewerbeschulinspektor nach Hamburg gekommen, wurde 1922 zum Oberschulrat für das Berufsschulwesen befördert. Er kam in den bewegten Anfangszeiten der Weimarer Republik und war der Verantwortliche für die Berufsschulen in der NS-Zeit bis 1936. Der Übergang schien für ihn nicht kompliziert gewesen zu sein. Nach eigenen Angaben war er seit Anfang Mai 1933 Mitglied der Deutschnationalen Front und wurde förderndes Mitglied der SS.

Udo Lohse wurde am 26.10.1872 in Elberfeld als Sohn des Zivilingenieurs Albert Lohse geboren. Er besuchte das Gymnasium in Elberfeld, studierte nach der Reifeprüfung 1893 an der technischen Hochschule Hannover Maschinenbau und bestand die erste Staatsprüfung für das Maschinenbaufach am 15.5.1900. Gleichzeitig hatte er die Lokomotivführerprüfung erfolgreich abgelegt. Anschließend arbeitete er als Regierungsbauführer bei der Eisenbahndirektion in Elberfeld und in der Industrie. Ab 1903 war Udo Lohse an der Maschinenbauschule Einbeck für die Fächer Technologie als Lehrer tätig, Maschinenbau und Dampfmaschinenkunde. 1905 erlangte er den Grad eines Diplomingenieurs an der technischen Hochschule in Dresden, nachdem er eine Diplomarbeit zu einem Maschinenbauthema mit Erfolg eingereicht hatte.¹

Nach weiterer Tätigkeit an den Maschinenbauschulen in Aachen und Stettin, wurde er am 20.11.1914 zum Professor ernannt. Am 1.12.1914 ging Udo Lohse als Direktor der Maschinenbau- und Hüttenschule nach Gleiwitz, wo „er unter den schwierigen Kriegsverhältnissen erfolgreich wirkte und sich vor allem durch Einrichtung von Lernwerkstätten für Kriegsverletzte bleibende Verdienste erwarb, die im Juli 1918 durch Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes anerkannt wurden“.²

Seit dem 1.1.1918 war Udo Lohse als Regierungs- und Gewerbeschulrat in Köln und Aachen tätig. Seine große Mobilität zeigte er dann erneut, als er sich schon ein halbes Jahr später in Hamburg für die ausgeschriebene Stelle eines Gewerbeschulinspektors interessierte. In dem Verfahren für die Stelle, auf die sich 31 Personen beworben hatten, schrieb der bisherige Schulrat Professor Thomae an Lohse: „Über die Stellung ist folgendes zu sagen. Ich übe bis jetzt die Schulaufsicht allein aus, d. h. schon vielfach nur auf dem Papier, da ich durch die Verwaltungsgeschäfte der

Behörde fast ganz beansprucht werde. Schon der seit 1916 bestehenden Beaufsichtigung der gewerblichen Privatschulen war ich kaum noch gewachsen, unser neues Fortbildungsschulgesetz, das auch die Ungelernten und die Mädchen, auch die Beschäftigungslosen, dem Schulzwang unterwirft, werde ich nicht durchführen können, wenn ich nicht entlastet werde. Daher beantragte ich einen zweiten Schulrat, der im wesentlichen Aufsichtstätigkeit ausüben, mich aber auch, wenn nötig, in den Verwaltungsgeschäften unterstützen sollte. Er sollte mir nachgeordnet sein, wie dies auch bei einem Schulrat der Oberschulbehörde im höheren Schulwesen der Fall ist, damit die Einheit der Verwaltung gewahrt würde. Der Senat beantragte auch den Schulrat, die Bürgerschaft beschloss aber die Amtsbezeichnung ‚Gewerbeschulinspektor‘, damit nicht ein Auseinanderfallen in getrennte Schulgebiete stattfände, wie sich dies bei der Oberschulbehörde zwischen höheren Schulen und Volksschulen vollzogen habe. Da ich nicht Techniker bin, wird der Gewerbeschulinspektor vor allem die mittleren technischen Fachschulen (Kunstgewerbeschule, Baugewerkschule, technische Staatslehranstalten) und den Zeichenunterricht der Fortbildungsschulen zu beaufsichtigen haben und ferner wird er mir das Privatschulwesen abnehmen müssen. Seine Stellung zu mir würde etwa der des Landesgewerberats zum Dezernenten des Ministeriums vergleichbar sein, mit dem Unterschied, daß er dem Vorsitzenden der Behörde unmittelbar Vortrag hält, wie dies auch mit meinem juristischen Hilfsarbeiter der Fall ist. Ich muß nur als der Verantwortliche über alles unterrichtet sein.“³

Eine klare Arbeitsbeschreibung und Erwartungshaltung, von der sich Udo Lohse nicht abschrecken ließ. Er bewarb sich und wurde ausgewählt. Im Protokoll der Behörde für das Gewerbe- und Fortbildungswesen vom 3.9.1919 wurde festgehalten: „Herr Schulrat Prof. Dr. Thomae legt 31 Bewerbungen um die von der Bürgerschaft am 20. Juni 1919 genehmigte Stelle eines Gewerbeschulinspektors vor. Von diesen kommen 28 nicht in Betracht, da die Bewerber entweder nicht Diplomingenieure sind oder zu geringe Schul- oder Aufsichtspraxis haben.“⁴

Lohse erwies sich unter jedem Aspekt als der Geeignetste und wurde zum 1.10.1919 berufen. Am 24.3.1920 beschloss der Hamburger Senat die Amtsbezeichnung Schulrat für seine Tätigkeit. 1922 wurde er nach Ausscheiden von Prof. Thomae als sein Nachfolger Oberschulrat für das Berufsschulwesen.⁵

Udo Lohse war seit 1904 mit Martha Hausmann verheiratet, einer Tochter des in Hannover lebenden bekannten Landschaftsmaler Gustav Hausmann. Lohses Schwager war Hermann Löns. Mit seiner Frau Martha hatte Lohse eine 1905 geborene Tochter.

Politisch war Udo Lohse offenbar deutsch-national, konservativ. In dem von ihm ausgefüllten Fragebogen vom 20.2.1935 gab er an, Mitglied der Deutsch Natio-

nen Front zu sein, der NSV und dem Reichsluftschutzbund anzugehören, ebenso dem Reichsbund der Deutschen Beamten, dem Verein hamburgischer Staatsbeamte, dem NS-Bund Deutsche Technik. Darüber hinaus war Lohse seit 1933/34 förderndes Mitglied der SS. Der NSDAP gehörte er nicht an.⁶

Auf die konkrete Arbeit von Udo Lohse in der Weimarer Republik werde ich nicht im Detail eingehen. Lohse war sicherlich an der Änderung des Fortbildungsschulpflichtgesetzes federführend beteiligt, das 1926 den Arbeitgebern und Eltern „eine Meldepflicht der berufsschulpflichtigen Jugend auferlegte und bei Verstoß gegen die Fortbildungsschulpflicht Geldstrafen bis zu 10.000 Mark und im Unvermögensfalle eine Haft bis zu zehn Tagen in Aussicht“ stellte.⁷

„Etliche Verstöße gegen das Gesetz wurden aufgedeckt und Strafverfahren durchgeführt. Die Berufsschulbehörde richtete demzufolge 1931 eine Dienststelle ‚Schülerkontrolle‘ mit Sitz im Museum für Kunst und Gewerbe ein. Ihre Aufgabe bestand darin, alle berufsschulpflichtigen Jugendlichen anhand einer Gesamtschülerkartei zu erfassen und den Berufsschulbesuch zu kontrollieren. Auch in anderen Ländern Deutschlands kamen von behördlicher Seite Beschwerden darüber, dass die Berufsschulpflicht nicht in gesetzlich vorgegebener Weise eingehalten wurde. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und des Risikos des Arbeitsplatzverlustes zogen Jugendliche und Eltern die ununterbrochene Arbeit im Betrieb dem Besuch einer Berufsschule vor.“⁸

Udo Lohse blieb seiner beruflichen Herkunft und seinem Fachstudium auch verbunden, als er in Lehr- und Verwaltungstätigkeit aufging. „Während seiner Lehrtätigkeit benutzte Professor Lohse seine Mußestunden zu schriftstellerischen Arbeiten auf verschiedenen Gebieten des Maschinenbaus und des Gießereiwesens“, schrieb die Zeitschrift „Die Gießerei“, deren Mitarbeiter Udo Lohse zeitlebens war.⁹ Sein nebetätiges Engagement war offenbar umfangreich und spezialisiert: „1917 wurde er in den Vorstand des Vereins Deutscher Gießereifachleute berufen, dem er bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand angehörte. Sein Ruf als Sachverständiger auf dem Gebiet des Gießereimaschinenbaus und seine Tätigkeit in den entsprechenden Ausschüssen der Fachvereine veranlaßte den Verein Deutscher Eisengießereien, ihm die Vorbereitung und Leitung der 1923 in Hamburg veranstalteten Gießereifachausstellung zu übertragen. Die hierzu erforderlichen umfangreichen und großzügigen Arbeiten waren nicht nur von sachlichem Erfolg gekrönt, sondern sie führten dazu, daß die zur Mitarbeit herangezogenen Hamburger Fachgenossen sich unter Lohses Führung zur Nordwestdeutschen Gruppe des Vereins deutscher Gießereifachleute zusammenschlossen, deren Vorsitz er bis zu seinem Fortgang aus Hamburg innehatte. Die Gruppe ehrte ihn in Anerkennung seiner großen Verdienste durch Ernennung zum Ehrenmitglied. 1924 konnte Lohse mit staatlicher Unter-

stützung eine Studienreise nach den Vereinigten Staaten von Amerika machen. Die dort gewonnenen Erfahrungen auf dem Gießereigebiet hat er in der Fachpresse und in einem Werk über amerikanisches Gießereiwesen niedergelegt.“¹⁰

So spezialisiert dies klang, waren es möglicherweise für die spätere Kriegsverwendung wichtige Erkenntnisse.

Die Machtübertragung an die Nationalsozialisten 1933 markierte auch für den Berufsschulbereich einen tiefen Einschnitt. „Die im Laufe der 1920er Jahre weit gediehene und gegen Repressionen verteidigte Politik der Selbstverwaltung und der Beiräte innerhalb der Berufsschulbehörde wurde mit Beginn des Nationalsozialismus vollständig zunichte gemacht. Am 31. Mai 1933 wurde zunächst die Hochschulbehörde aufgehoben und in die neue ‚Landesunterrichtsbehörde‘ eingegliedert. Diese bestand nun aus drei Abteilungen Verwaltung, Schulwesen und Hochschulwesen. Das Berufs- und Fachschulwesen wurde in die Abteilung Schulwesen integriert. Zu den wesentlichen Anfangsaufgaben der Schulverwaltung in der NS-Diktatur gehörte der Personalwechsel. Die 27 Schulleiter der staatlichen Berufsschulen wurden bis auf drei ausgewechselt. Aktive Nationalsozialisten wurden in höhere Positionen der Verwaltung befördert oder zu Funktionsträgern ernannt. Weitere Aufgaben der Behörde für das Schulwesen waren die ‚Gleichschaltung‘ der rechtlichen Bestimmungen des Berufsschulwesens, die ‚Straffung‘ der berufsschulischen Organisationen und die ‚planvolle Bewirtschaftung‘ der einzelnen Schulen.“¹¹

Welche konkrete Rolle Udo Lohse dabei spielte, ist nicht überliefert, aber mit Sicherheit war er als der verantwortliche Oberschulrat für diesen Bereich intensiv an der Umgestaltung beteiligt. Lohse blieb noch bis 1936 im Dienst der Behörde und wurde am 31.3.1936, im 64. Lebensjahr pensioniert.¹²

Die Bilanz der ersten Jahre des Berufsschulwesens unterm Hakenkreuz, für die auch der Oberschulrat für diesen Bereich die Verantwortung trug, fiel nicht positiv aus. So resümierte die Festschrift zum 150-jährigen Jubiläum der staatlichen berufsbildenden Schulen in Hamburg: „Die nationalsozialistische Diktatur war in jeder Hinsicht ein Rückschlag für das bis 1933 etablierte staatliche berufsbildende Schulwesen Hamburgs. Schülerinnen und Schüler wurden aufgrund ihrer ‚Rasse‘ diskriminiert und der Unterricht für ungelernte Jugendliche und ‚Hilfsschülerinnen und Hilfsschüler‘ wieder abgebaut. Auch die Berufsschulpflicht konnte immer weniger eingehalten werden und die Lehrzeit wurde in einigen Berufen gekürzt. Allgemeine Bildung und selbständiges Denken wurden durch ideologische Indoktrination ersetzt, die akademische Lehrerbildung abgebaut, Lernmaterialien gekürzt oder für Kriegszwecke verwandt und Schulgebäude zerstört.“¹³

Udo Lohse schied im völligen Einvernehmen. Über den Pensionszeitpunkt hinaus blieb er noch zwei Monate in Hamburg weiter beschäftigt. Nach seiner Pen-

sionierung zog Udo Lohse mit seiner Frau nach Jena, wo auch die Schwägerin Lisa Hausmann-Löns wohnte. Aus Jena schrieb Udo Lohse an den Senator für Kulturangelegenheiten, Wilhelm von Allwörden, der zu diesem Zeitpunkt auch für den Bildungsbereich zuständig war: „Leider war es mir nicht möglich, mich vor meinem Fortgang von Hamburg von Ihnen persönlich zu verabschieden, der Sie noch Rekonvaleszent waren. Ich habe aber das Bedürfnis, Ihnen wenigstens auf diesem Wege aufrichtig zu danken für das Wohlwollen, mit dem Sie mir während der Zeit, in der ich unter ihrer Oberleitung bei der LUB arbeiten durfte, stets entgegengekommen sind. Ich habe immer das Empfinden gehabt, daß Sie mein restloses Bemühen, meine Arbeit im Sinne des Dritten Reiches zur Auswirkung zu bringen, verstanden und anerkannten. Möge mein Nachfolger im Amt sich desselben Vertrauens seiner Mitarbeiter und Vorgesetzten erfreuen, wie es mir in so reichem Maße zuteil geworden ist, was in den mich sehr ehrenden Abschiedsworten von Herrn Präsident Witt und in den vielen Zeichen der Anhänglichkeit und Wertschätzung der Beamten der Behörde und der Lehrerschaft Ausdruck erhielt. Darf ich Ihnen, Herr Senator, meine besten Wünsche für restlose Genesung übermitteln, die ich mit ergebensten Ostergriüßen verbinde. Mit Heil Hitler bin ich Ihr sehr ergebener Lohse.“¹⁴

Hier war jemand in völligem Einvernehmen und mit dem Ziel, „meine Arbeit im Sinne des Dritten Reiches zur Auswirkung zu bringen“ aus Hamburg geschieden.

Udo Lohse starb am 15.10.1940 in Jena.

Seine Fachzeitschrift „Die Gießerei“ schrieb in ihrem Nachruf: „Auch nach seinem Eintritt in den Ruhestand blieb Prof. Lohse nicht müßig: Er betätigte sich vor allem weiter als Mitarbeiter unserer Zeitschrift, für die er neben dem Gesamtgebiet des Gießereimaschinenbaus im besonderen die Entwicklung des amerikanischen Gießereiwesens bearbeitete. Aber nicht nur um den hervorragenden Wissenschaftler und Fachmann, auch um den Menschen Udo Lohse trauern viele Freunde aus den Gießereikreisen; sein gerader aufrichtiger Charakter und sein liebenswürdiges vornehmes Wesen sicherten ihm die Zuneigung aller derer, die mit ihm je in Berührung kamen; sie alle werden den ebenso zuverlässigen wie schlichten Menschen schmerzlich vermissen und sein Andenken stets in Ehren halten.“¹⁵



Udo Lohse, 1940

Die Landesunterrichtsbehörde würdigte Prof. Udo Lohse mit einem eigenen Nachruf, in dem es hieß:

„Der Aufbau des Berufs-Fachschulwesens der Stadt Hamburg nach dem Weltkrieg und die Reorganisation dieses Schulwesens nach dem Umbruch ist zu einem

großen Teil seinem Mitwirken zu verdanken. Neben seinen beruflichen Arbeiten nahm er auch an den Bestrebungen des VDI regen Anteil. In seinem Wirken an leitender Stelle des Hamburgischen Schulwesens bleibt er seinen Lehrern als verständnisvoller Vorgesetzter, seinen näheren Mitarbeitern als charaktvoller Mensch und guter Kamerad in bestem Andenken. Nach dem Ausbruch des Krieges von 1939 hat er sich in treuer Pflichterfüllung dem Vaterland mit seiner Arbeit wieder zur Verfügung gestellt. Hamburg und insbesondere die hamburgischen Schulen haben mit seinem Hinscheiden viel verloren.“¹⁶

Am 12.11.1940 wandte sich Udo Lohses Schwägerin, Lisa Hausmann-Löns aus Jena an Karl Witt, den Präsidenten der Landesunterrichtsbehörde. Lisa Hausmann-Löns schrieb an Karl Witt, von dem sie wusste, dass er mit Udo Lohse schon seit 1922 bekannt war. Karl Witt hatte seit 1922 als Lehrer im Hamburger Berufsschuldienst gearbeitet und war seit 1922 Mitglied der Berufsschul-Lehrerkammer und seit 1931 als deutschnationaler Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft auch Vertreter in der Landesunterrichtsbehörde. Während dieser längeren Bekanntschaft hatte sich ein gutes Vertrauensverhältnis zwischen Udo Lohse und Karl Witt entwickelt.¹⁷

Lisa Hausmann-Löns wies Witt auf den besorgniserregenden Gesundheitszustand ihrer Schwester, der Witwe von Udo Lohse hin, die nun auch viele „Bankangelegenheiten zu ordnen hätte und feststellen musste, dass kein Gehalt überwiesen worden ist“.¹⁸

Die Schwägerin schrieb auch, dass ihre Schwester in den letzten drei Jahren „den erbittertsten Kampf gegen den Tod“ hätte führen müssen, die Jahre nach der Pensionierung waren offenbar auch für Udo Lohse nicht einfach gewesen.

Die Fragen wurden von Stadtinspektor E. Sanck, der früher ein enger Mitarbeiter Lohses gewesen war, mit den besten Empfehlungen von Senator Witt beantwortet.

In der Personalakte Udo Lohses ist auch der Entnazifizierungsfragebogen seiner Witwe Martha Lohse vom 7.1. 1946 enthalten. Sie gab an, in keiner einzigen NS-Organisation gewesen zu sein, vor 1933 in der DDP.¹⁹

Das könnte mit der Einstellung ihrer Schwester, Lisa Hausmann-Löns, korrespondieren, die als intellektuelle Journalistin und Frauenrechtlerin bezeichnet wurde. Lisa Hausmann-Löns war seit 1902 mit Hermann Löns verheiratet, von dem sie sich 1911 trennte, aber nicht scheiden ließ.

Hermann Löns hatte sich 1914 freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet und starb bereits am 26.9.1914 in der Schlacht bei Loivre.²⁰



Hermann Löns

In der Romanbiografie von Heinrich Thies: „Mein Herz gib wieder her: Lisa und Hermann Löns“, in der sich der Autor eng an den biografischen Fakten orientiert, wird beschrieben, wie beide sich in der Redaktion der „Hannoverschen Zeitung“ kennengelernt hatten und wie sie sich entzweiten, unter anderem, weil Hermann Löns den Krieg idealisierte, während seine Frau Pazifistin war.²¹

Udo Lohses Witwe (geb. am 3.7.1878) starb am 11.8.1960.²²

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte Prof. Udo Lohse, StA HH, 361-3_A 1117, darin auch ein handgeschriebener Lebenslauf vom 6.8.1919 für seine Bewerbung in Hamburg.
- 2 Aus dem Nachruf, in: „Die Gießerei“, Zeitschrift für das gesamte Gießereiwesen, Heft 24/1940, S. 490.
- 3 Schreiben von Prof. Thomae an Udo Lohse vom 19.8.1919, Personalakte a. a. O.
- 4 Auszug aus dem Protokoll der Behörde für das Gewerbe- und Fortbildungswesen, Personalakte a. a. O.
- 5 Alle Angaben laut Personalakte a. a. O.
- 6 Personalakte a. a. O.
- 7 150 Jahre staatliche berufsbildende Schulen in Hamburg, Festschrift, Hamburg 2015, S. 19.
- 8 Ebd.
- 9 Nachruf in „Die Gießerei“, a. a. O.
- 10 Ebd.
- 11 Festschrift 2015, a. a. O., S. 17.
- 12 Personalakte a. a. O.
- 13 Festschrift a. a. O., S. 21.
- 14 Schreiben vom 7.4.1936, Personalakte a. a. O.
- 15 Nachruf in „Die Gießerei“, a. a. O.
- 16 Nachruf der Landesunterrichtsbehörde in Kopie in Lohses Personalakte, a. a. O.
- 17 Siehe die Biografie von Karl Witt, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 88ff.
- 18 Schreiben vom 12.11.1940, Personalakte a. a. O.
- 19 Personalakte a. a. O.
- 20 Angaben laut: https://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_Löns
- 21 Heinrich Thies: „Mein Herz gib wieder her: Lisa und Hermann Löns“, Springe 2016.
- 22 Personalakte a. a. O.

Ernst Preuße

„Er hat, nachdem die NSDAP ihn abzuschütteln versucht hatte, hartnäckig für seine Rehabilitierung als Nazi gekämpft.“

In nur wenigen Fällen gab es so divergente Stellungnahmen im Entnazifizierungsverfahren wie bei Ernst Preuße. Es kann dabei aufgezeigt werden, mit welcher unterschiedlichen Akzentuierung in den Ausschüssen gearbeitet wurde, die nach 1945 ehemalige Nationalsozialisten begutachten und bewerten sollten. Interessant dabei, wie divergent auch auf Seiten derer argumentiert wurde, die zu den führenden Personen der Gesellschaft der Freunde zu zählen sind. Es wird aber auch deutlich, wie die formale Belastung durch frühzeitiges Bekenntnis zu den Nationalsozialisten gegenüber der später in Funktionen des NS-Staates gezeigten und praktizierten Haltung stand.

Ernst Preuße wurde am 14.4.1890 in Hamburg geboren. Nach Besuch der Volksschule Schaudinnsweg ging er 1904 über in das Lehrerseminar in Hamburg, wo er 1910 die erste Lehrerprüfung bestand. Danach wechselte er an das Pestalozzistift in Volksdorf, absolvierte von 1911 bis 1912 seine Militärausbildung, die er als Unteroffizier abschloss. Von 1912 bis 1914 arbeitete Preuße an der Schule Schanzenstraße 105, wie später noch einmal, von 1918 bis 1919. Vorher war er für ein halbes Jahr an der deutschen Schule in Brüssel tätig. Zum 1.4.1919 wechselte er an die Gemeindeschule Wohldorf-Ohlstedt.¹ An dieser kleinen Schule, die zu diesem Zeitpunkt nur aus zwei Lehrern und einer Handarbeitslehrerin bestand, fungierte er zugleich als Lehrer und Schulleiter.²

Im Schuljahr 1930/31 war die Schule angewachsen und hatte sieben Lehrer und eine Handarbeitslehrerin, Preuße war nach wie vor Leiter der Schule.³

Ernst Preuße blieb in der Zeit vom 1.1.1930 bis zum 30.4.1939 Rektor und wurde zum 1.5.1939 als Schulrat berufen.⁴

Soweit die formalen beruflichen Daten.

Politisch gab es zwei interessante Punkte in Preußes Biografie. Im Januar 1932 trat er dem „Opfering der NSDAP“ bei, einer Organisation, die die NSDAP finanziell unterstützte und deren Beitritt so etwas wie eine Anwartschaft auf die Mitgliedschaft bedeutete. Gleichzeitig tarnte es die für Beamte zu diesem Zeitpunkt verbotene Mitgliedschaft in der NSDAP. Dann gab es einen Konflikt in der Gemeindeverwaltung von Wohldorf, deren Gemeindeschule Ernst Preuße leitete und deren sozialdemokratischen Gemeindevorsteher Preuße schätzte und unterstützte. Nationalsozialistische Einwohner hatten gegen Gemeindevorsteher Timmermann

ein Verfahren angestrengt und da sich Ernst Preuße für Timmermann verwendete, wurde er schon im Februar 1932 aus dem „Opferring der NSDAP“ wieder ausgeschlossen. Preuße trat 1933 in den NSLB ein und erreichte die Aufnahme in die NSDAP zum 1.11.1935, zu einem Zeitpunkt, zu dem es einen Aufnahmestopp für Beamte und Lehrer gab. Dies wird im Weiteren noch zu beleuchten sein.

1933 betrieben einige Nationalsozialisten in der Gemeinde Wohldorf Preußes Absetzung vom Amt des Schulleiters der Gemeindeschule. Das gesamte Kollegium, sieben Personen, protestierte am 27.4.1933 in einem Schreiben an Schulrat Dietrich Ossenbrügge dagegen:

„Der Lehrkörper der Gemeindeschule Wohldorf und Ohlstedt hat mit Erstaunen Kenntnis genommen von der Absicht, den Schulleiter Herrn Ernst Preuße von der Leitung der Schule entsetzen zu wollen. Er erbittet Mitteilung der Gründe, die einen solchen Entschluss rechtfertigen, insbesondere welche dienstlichen und menschlichen Verfehlungen Ernst Preuße zum Vorwurf gemacht werden. Die Tatsache, dass Herr Preuße in seiner Eigenschaft als vormaliger Gemeindevertreter und Mitglied des Gemeindevorstandes in der Gemeinde eine Gegnerschaft besitzt, ohne dass es dieser Gegnerschaft bisher gelungen ist, trotz jahrelanger Fehde und Untersuchungen seitens der zuständigen Behörden, ihm irgendwelche Verfehlungen nachzuweisen, kann kein Grund sein, zu dieser schwerwiegenden und entehrenden Maßnahme. Der Lehrkörper spricht Herrn Preuße sein Vertrauen aus und fühlt sich insbesondere verpflichtet, die Verdienste hervorzuheben, die Herr Preuße um die Entwicklung der hiesigen Gemeindeschule sich erworben hat.“⁶

Trotz dieser Anfeindungen hatte sich Ernst Preuße offensichtlich bis 1935 erfolgreich bemüht, in die NSDAP (wieder) aufgenommen zu werden. Durch seine Berufung zum Schulrat am 1.5.1939 wurde dokumentiert, dass Preuße von den verantwortlichen Nationalsozialisten als zuverlässige Person angesehen wurde.⁷

Natürlich spielten diese Daten und Entscheidungen im Entnazifizierungsverfahren nach 1945 eine wesentliche Rolle. Preuße war am 29.8.1945 entlassen worden und vom 1.7. bis zum 16.11.1945 auf Veranlassung der britischen Militärregierung interniert.⁸

Im Weiteren soll jetzt beschrieben werden, wie sich Ernst Preuße im anschließenden Entnazifizierungsverfahren verteidigte, wie er seine Haltung zur NSDAP beschrieb und die erlittenen und erlebten Auseinandersetzungen in der Gemeinde Wohldorf darstellte.

Auffällig war zunächst einmal, dass Preuße, wie es in solchen Schreiben üblich war, konkrete Auseinandersetzungen mit Mitgliedern der NSDAP oder Parteistellen als Auseinandersetzung mit „der NSDAP“ beschrieb und bezeichnete: „Im Sommer 1933 hatte die NSDAP zweimal meine Entlassung von der Schulverwaltung gefor-

dert. Während der folgenden Jahre brachte sie mich wiederholt vor den Staatsanwalt und den Untersuchungsrichter. Ehe ich selber wusste, dass ich Schulrat werden sollte, war schon eine Abordnung von Lehrern aus dem NSLB in der Schulverwaltung um ihre Bedenken gegen meine Ernennung vorzutragen. Von den bei Kriegsende amtierenden Schulräten war ich der einzige, der das Kriegsverdienstkreuz nicht erhalten hatte, obschon es in verschwenderischer Fülle ausgegeben worden war. Jahrelang hat mich die Partei verfolgt; ihr Vertrauen habe ich nie besessen.“⁹

In seinem Einspruch gegen die Entlassung erklärte Ernst Preuße, warum er sich im Januar 1932 der NSDAP zugewandt hatte: „1932 stand das deutsche Volk vor der Entscheidung, ob der Kommunismus oder der Nationalsozialismus seine Geschicke bestimmen sollte. Letzterer schien die sittlichen Kräfte der Nation aufzurufen und bejahte das Christentum. Da es für mich eine Erziehung ohne religiöse Grundlage nicht gibt, näherte ich mich dem Nationalsozialismus und ließ mich Anfang Januar 1932 in den ‚Opfering der NSDAP‘ aufnehmen. Knapp sechs Wochen später am 21. Februar, wurde ich wieder ausgeschlossen.“¹⁰

Auch den Konflikt in der Gemeindeverwaltung Wohldorf beschrieb Ernst Preuße: „Damals war ich Leiter der Gemeindeschule Wohldorf-Ohlstedt. Nebenher arbeitete ich ehrenamtlich in der Gemeindeverwaltung. Nationalsozialistische Einwohner hatten gegen den um das Gemeinwohl hochverdienten Gemeindevorsteher Timmermann ein Verfahren wegen Korruption angestrengt. Ich war seine rechte Hand. Die Partei nahm den Prozess auf. Er sollte ein politischer Schauprozess werden. Von mir verlangten sie, ich sollte Timmermann fallen lassen und gegen ihn aussagen. Das lehnte ich scharf ab. Darauf wurde ich ausgeschlossen. Das Verfahren wurde mit großem Aufwand durchgeführt; allein 128 Zeugen wurden vernommen. Als es nach Jahr und Tag zur Verhandlung kam, erhielt der Gemeindevorsteher den seltenen und glänzenden Freispruch: wegen Mangel an Tatverdacht. Damit war auch meine Ehre wiederhergestellt.“¹¹

Seine Erkenntnisse aus dieser Auseinandersetzung beschrieb Preuße folgendermaßen: „Während der langen Prozessjahre hatte ich einen tiefen Einblick in das innere Getriebe der Partei getan. Sachliche kommunalpolitische Arbeit stand gegen beschränkten Parteifanatismus. Persönlich hatte ich viel Aufregung und Kummernis erduldet. Beinahe wäre ich aus dem Amt gekommen. Der Gemeindevorsteher hatte 29 Tage im Konzentrationslager zugebracht. Daran erkannte ich früh, dass dem deutschen Volke das hohe Kulturgut, ein Rechtsstaat zu sein, verloren gegangen war. Ich war nicht nur äußerlich von der Partei geschieden, auch innerlich hatte ich mich von ihr gelöst.“¹²

Diese Aussage ist schon absurd, in Anbetracht der Tatsache, dass sich Preuße um die Wiederaufnahme in die NSDAP bemühte. Er schrieb:

„Am 1. November 1935 wurde ich gleichwohl Mitglied der NSDAP. Maßgebend für mich war der Gesinnungsdruck, den die Schulverwaltung ausübte. Nach ihrer Auffassung war ein Schulleiter, der der Partei nicht angehörte, als Vorgesetzter für Lehrer, die Ämter in ihr bekleideten und Uniformen trugen, undenkbar. Als Gemeindebeamter war ich von der Ortsgruppe, die gleichzeitig Gemeindeverwaltung war, in jeder Kleinigkeit abhängig. Nur wer in einer kleinen Landgemeinde gelebt hat, weiß, wie radikal und scharf dort politische Gegensätze aufeinanderprallen. Ich konnte nur ruhig leben und wirken, wenn ich Frieden mit der Partei hatte. Als man mir auch fernerhin mit Misstrauen begegnete, ließ ich mich in die Stadt versetzen und verlegte auch meinen Wohnsitz dorthin. In der neuen Ortsgruppe nahm ich kein Amt an. Uniform habe ich weder besessen noch getragen. Meine Zugehörigkeit war rein äußerlich.“¹²

Hier passt manches nicht zusammen. Im Weiteren argumentierte Preuße, er habe auch im „unversöhnlichen Gegensatz zur Führung des NSLB“ gestanden, weil er als Mitglied des Vorstandes der gleichgeschalteten Gesellschaft der Freunde 1933 „für das Fortbestehen unseres bodenständigen Lehrervereins und seiner Einrichtungen eingetreten“ sei.¹³

Gleichwohl wurde Ernst Preuße 1939 zum Schulrat ernannt, verantwortlich dafür waren letztlich der Gauamtsleiter des NSLB, Landesschulrat Willi Schulz und sein Vertreter, der Personalverantwortliche des NSLB, Oberschulrat für den Volksschulbereich, Albert Mansfeld. Die Argumentation Preußes passt nicht zu den Realitäten.

Das Entnazifizierungsverfahren für Ernst Preuße zog sich in die Länge. So schrieb er im März 1947 dem Fachausschuss bei der Schulverwaltung und gab weitere Gründe für den Einspruch gegen seine Entlassung an:

„Es war Ehrfurcht vor meiner beruflichen Aufgabe, wenn ich die Politik stets aus der Schule ferngehalten habe; ich wusste mit den Kindern etwas Besseres anzufangen. Lehrkräfte, die in anderen Kreisen politisch angeeckt waren, hat Herr Oberschulrat Köhne in meinen Kreis versetzt, den er scherzweise als politisches Sanatorium bezeichnete. Die in dem einen Gutachten erwähnte freimütige Kritik an



Vier Männer im Wald in Wohldorf 1924, Schulleiter Ernst Preuße, 2. von links

den Zeitverhältnissen ist nichts gegen das, was ich mir an heftigen Ausbrüchen im Amtszimmer des Herrn Oberschulrat Köhne geleistet habe.“¹⁴

Fritz Köhne war es auch hier, der sich massiv für Ernst Preuße einsetzte. Er erwähnte dabei nicht, dass er Ernst Preuße schon persönlich verbunden war, als sie gemeinsam im Kollegium der Schule Schanzenstraße 105 als Lehrer zusammengearbeitet hatten.¹⁵

Schon am 7.6.1945, also noch vor der Inhaftierung Preußes, schrieb er an die britische Militärregierung: „In den 5 Jahren, in denen Herr Preuße sein Schulratsamt mit Einsicht und Fleiß verwaltet hat, ist eine nationalsozialistische Haltung bei ihm nicht hervorgetreten. Er hat sich stets ein gesundes Urteil über die nationalsozialistische Schulpolitik bewahrt, hat oft in Sitzungen und Konferenzen scharfe Kritik geübt und sich durch seinen Freimut wiederholt die Mißbilligung der politischen Führung zugezogen. In der Lehrerschaft hat sich Herr Preuße durch seine Fachkenntnis, seine Gerechtigkeit und Güte allseitiges Vertrauen erworben. Er ist ein Schulmann von innerer Berufung, der an dem Niedergang der Schule in der nationalsozialistischen Epoche sehr gelitten hat. Herr Preuße ist im Grunde seines Wesens ein konservativer deutscher Mensch mit christlich-religiöser Haltung und echter Gemütstiefe. Soldatentum und Krieg sind ihm wesensfremd. Wenn er jemals Nationalsozialist gewesen sein sollte – was ich trotz seines frühen Eintrittes in die Partei zu bezweifeln wage –, so ist er rechtzeitig und gründlich davon bekehrt worden.“ Köhne plädierte dafür, Preuße „weiterhin in seinem Amte zu belassen und ihm die Aufsicht über das Landschulwesen, das er besonders gut kennt, zu übertragen.“¹⁶

Köhnes Initiative war nicht erfolgreich, Ernst Preuße wurde am 1.7.1945 verhaftet und interniert. Köhne schrieb am 28.8.1945 an Senator Landahl, mit der Bitte um Weiterleitung an den bei der britischen Militärregierung für das Schulwesen verantwortlichen Major Shelton: „Ich unterstütze auf wärmste eine Aktion zu Gunsten des Schulrates Ernst Preuße, der zur Zeit von der englischen Militärregierung in Haft gehalten wird. Aus meiner langjährigen Kenntnis seiner Person glaube ich zu wissen, dass er nicht den Typ des Nationalsozialisten verkörpert, wenn er auch sehr früh der Partei beigetreten ist. In seinem Dienst war er ein einsichtiger, gütiger Schulmann, bei dem sich alle Lehrer wohl beraten fühlten. Er hatte den Irrweg des Nationalsozialismus längst erkannt, hat darunter innerlich gelitten und offen und frei daran Kritik geübt. Er hat niemals einen Amtsträger der Partei bevorzugt behandelt, hat aber Nichtparteiengenossen, und besonders solche, die unter dem Nationalsozialismus zu leiden hatten, geschützt.“¹⁷

Der Beratende Ausschuss für die Oberbeamten, der aus den Oberschulräten Johannes Schult, Emmy Beckmann und Karl Hoffmann bestand, positionierte sich

am 19.4.1947 folgendermaßen: „Als Schulrat hat er sich sachlich verhalten und keinerlei nationalsozialistische Tendenzen gezeigt. Im Gegenteil war er gegenüber der NSDAP kritisch und gab dieser Haltung auch oft genug Ausdruck. Seine Gesundheit ist stark erschüttert. Eine Wiederbeschäftigung kommt nicht in Frage; da er seine Beförderung zum Schulrat seiner Parteizugehörigkeit verdankt, ist seine Zurückführung in das Amt, das er vor dieser Beförderung innehatte, gerechtfertigt. Es wird empfohlen, ihn unter Zurückstufung in das Amt eines Rektors in den Ruhestand zu versetzen.“¹⁸

Ein etwas ungewöhnliches Schreiben des kommissarischen Schulrates Otto Wommelsdorf, auf dem Briefpapier von Oberschulrat Fritz Köhne, in Vertretung, geschrieben am 6.5.1947, an den Rechtsanwalt Fritz, lautete:

„Auf Wunsch des Schulrats Herrn Ernst Preuße teile ich Ihnen mit, daß seine Berufungsangelegenheit günstig steht. Aufgrund seiner glänzenden Leumundszeugnisse und des befürwortenden Berichts des behördlichen Ausschusses ist mit seiner Wiedereinstellung in Bälde zu rechnen. Leider konnte der Berufungsausschuss im Monat April nicht arbeiten. Sonst wäre die Angelegenheit schon erledigt gewesen.“¹⁹

Da sollte sich Otto Wommelsdorf täuschen. Am 23.6.1947 entschied der Berufungsausschuss 3 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten im Beisein von OSR Köhne zwar, der Berufung stattzugeben, allerdings mit der Maßgabe, Preuße „unter Zurückstufung in das Amt eines Hauptschulrektors in den Ruhestand“ zu versetzen. In der Begründung hieß es: „Ob Preuße 1932 der Partei beigetreten ist, mag dahingestellt bleiben. Er ist zum mindesten Mitglied des Opferringes gewesen, der nach seinen eigenen Angaben zur Tarnung seines Beitritts zur Partei diente. Obgleich er infolge seines Eintretens für den SPD-Gemeindevorsitzenden Timmermann in Holdorf nach sechs Wochen aus dem Opferring ausgeschlossen wurde, ist er 1935 noch einmal der Partei beigetreten. Wenn er auch ein Amt nicht bekleidet hat, so hat er sich damit doch nach außen eindeutig zum Nationalsozialismus bekannt. Andererseits ergeben die Unterlagen, insbesondere die Bekundungen des Oberschulrats Köhne, daß Preuße sich niemals als aktiver Nationalsozialist gezeigt, sondern sich im Gegenteil auch gegenüber den Wünschen der Parteidienststellen mit Mut und Einsatzbereitschaft ‚quer‘ gelegt hat. Eine Pensionierung als Schulrat kommt angesichts der formalen Belastung nicht in Betracht.“²⁰

Die Zahl der Leumundszeugen für Ernst Preuße war beachtlich. So schrieb unter anderem der ehemalige SPD-Gemeindevorsteher, Richard Timmermann, der in Wohldorf eine Fleischkonservenfabrik betrieb, und bestätigte fast wörtlich die von Ernst Preuße beschriebene Auseinandersetzung. Auch der ehemalige Elternratsvorsitzende der Gemeindeschule Wohldorf, der ehemalige Generalstaats-

anwalt Dr. Lang, bekundete die unpolitische, ausschließlich pädagogische und sachlich-ausgleichende Arbeit des Schulleiters Ernst Preuße. Darüber hinaus gab es Unterschriftenlisten von Lehrern aus den von Schulrat Ernst Preuße betreuten Schulkreisen, die sich für ihn einsetzten, mit dem Hinweis darauf, dass er sich sehr stark für „seine Schulen“ eingesetzt habe. So gab es u. a. eine Eingabe der Landlehrerschaft vom 12.1.1946, in der es hieß: „In den hinter uns liegenden Zeiten der großen Abwertung aller pädagogischen Arbeiten war es wieder und wieder Ernst Preuße, der in Ansprachen und Einzelaussprachen den Berufsidealismus hochhielt, der die Verantwortung der Lehrerpersönlichkeit vor der Klasse und der Öffentlichkeit immer stärker und mahnender betonte und die ruhige, intensive Klassenarbeit höher wertete als alles Marschieren.“²¹ Unterzeichnet wurde dieses Schreiben auch von einer Reihe langjähriger und belasteter Nationalsozialisten, was für die Entnazifizierungsausschüsse möglicherweise nicht verifizierbar gewesen war.

In welchen Zeiten man damals lebte, macht auch das Schreiben der Schulleiterin für Mädchen in der Jahnschule vom 16.8.1945 deutlich. Als Leistung Preußes wurde von Schulleiterin Hedwig Heinrich dessen Verhalten bei nachfolgender Begebenheit gewertet: „Bei der Einschulung von Helga Kaufmann, der zweiten Tochter des damaligen Reichsstatthalters, rief ich bei Herrn Preuße an und bat ihn, mir zu erlauben, keine Rücksicht auf die Stellung des Vaters zu nehmen. Das hieß in diesem Falle, daß ich die Verteilung der Klassen unter die Lehrkräfte so einrichten durfte, daß auch dieses Kind unter der Beeinträchtigung des Schulbetriebes durch den Krieg zu leiden hätte wie andere, obwohl die Möglichkeit bestand, auf Grund der Zahl der Lehrkräfte günstigere Verhältnisse für eine einzelne Klasse zu schaffen. Sofort erklärte der Schulrat mir, ihm wäre diese Handlungsweise selbstverständlich und er wäre bereit, mich bei Angriffen zu schützen. Dieses Versprechen genügte mir, da Herr Preuße stets bei amtlichen Zusammenkünften so offen und mutig seine Ansichten geäußert hatte, daß ich im Stillen oft um seine persönliche Sicherheit besorgt war.“²²

Wie hoch können wir schätzen, in anderen Zeiten zu leben.

Offenkundig hatte sich Ernst Preuße gegenüber den Lehrern und Schulleitern seiner Schulkreise respektabel verhalten.

Ernst Preuße beantragte am 31.7.1948 beim Leitenden Ausschuss die Wiederaufnahme seines Verfahrens. Er wiederholte im Großen und Ganzen seine bisherigen Argumente, äußerte sich dann aber auch zu der Frage: „Wie sind Sie Schulrat geworden?“ Seine Antwort: „Das war der Kernpunkt der Verhandlung vor dem Berufungsausschuss. Ich wußte das selber nicht und konnte keine andere Auskunft geben, als daß mich meine Berufung sehr überrascht hätte. Wie hätte ich mit einer solchen rechnen können, denn die Partei hätte mich bestimmt nicht vorgeschlagen,

nachdem sie mich jahrelang verfolgt hatte. Durch die Zeugenaussagen wurde die Frage bestens geklärt. Danach haben die beiden aus der Zeit der Demokratie in der Behörde verbliebenen Schulräte, die Herren Köhne und Schmidt, meine Ernennung vorgeschlagen und vermöge ihrer Geschicklichkeit durchgesetzt. Sie ist offenbar erfolgt auf Grund einer Überprüfung meiner jahrzehntelangen Leistungen als Lehrer und Schulleiter. Das ist meines Erachtens der anständigste Berufungsmodus, den es gibt.“²³

Interessant ist, dass es von Schulrat Gustav Schmidt keine einzige Stellungnahme in diesem Verfahren gab. Ungewöhnlich, weil Schmidt sich für von ihm geschätzte, in schwierigen Verfahren Befindliche, stets schriftlich befürwortend geäußert hatte. Dafür gab es eine Stellungnahme von Kurt Zeidler, der am 1.6.1949 für den Fachausschuss erklärte: „Wenn Preuße auch während seiner Tätigkeit als Schulrat mutig für schulische Belange eingetreten ist und Auseinandersetzungen mit übergeordneten Parteistellen nicht gescheut hat, so bleibt doch die schwere formale Belastung bestehen: Preuße hat schon vor der ‚Machtergreifung‘ Hitlers Anschluss an den Nationalsozialismus gesucht und gefunden. Er hat, nachdem die NSDAP ihn abzuschütteln versucht hatte, hartnäckig für seine Rehabilitierung als Nazi gekämpft und sie auch erreicht. Der Grundsatz, daß im Schulwesen alte Parteigenossen, die vor 1937 der NSDAP beigetreten sind, in leitenden Stellen nicht verwendet werden dürfen, ist bisher strikte durchgeführt worden. Die Schulbehörde ist nicht bereit, im Falle Preuße eine Ausnahme zu machen. Eine Verwendung als Schulleiter oder gar Schulrat käme somit für Preuße nicht in Frage.“²⁴

Am 29.6.1949 tagte und entschied der Berufungsausschuss für die Ausschaltung von Nationalsozialisten. Er veränderte die bisherige Beschlusslage nicht. Preuße wurde mit vollem Ruhegehalt als Hauptschulrektor in den Ruhestand versetzt und nunmehr in Kategorie V, Entlasteter, eingestuft. In dem Beschluss hieß es:

„Nach dem Inhalt der Akten steht es fest, dass Preuße sich bereits sehr frühzeitig dem Nationalsozialismus anschloss und dass er offenbar schon vor 1932 mit den Nationalsozialisten sympathisierte. Selbst wenn Preuße in Leumundszeugnissen bestätigt wird, dass er innerlich kein überzeugter Nationalsozialist gewesen sei, so hat er doch durch seinen frühen Anschluss an die NSDAP sich politisch als nicht zuverlässig erwiesen. Da in die höheren Ämter der Schulverwaltung jedoch nur solche Persönlichkeiten eingesetzt werden können, die eine besondere politische Zuverlässigkeit aufweisen, erscheint es dem Ausschuss geboten, ihn nicht wieder in den aktiven Schuldienst bzw. in seine frühere Stellung als Schulrat einzusetzen. Auch konnten ihm nicht die Pensionsbezüge eines Schulrats zugesprochen werden. Da Preuße offenbar aufgrund des Vertrauens, das ihm seitens der NSDAP wegen seiner nach außen hin zur Schau getragenen Haltung entgegengebracht wurde,

1939 die Stellung eines Schulrats erhielt, sah der Berufungsausschuss auch keine Veranlassung, ihm die Pension eines Schulrats zuzuerkennen.²⁵

Ernst Preuße wandte sich jetzt an die nächste Instanz, den Leitenden Ausschuss beim Herrn Staatskommissar für Entnazifizierung und bat um erneute Aufnahme des Verfahrens. In seinem Schreiben mutmaßte er, wer verantwortlich war für die Nichtanerkennung seines Begehrens:

„Ich weiß genau, daß in beiden Fällen der Vertreter der Schulbehörde, Herr Schulrat Zeidler, an der Beschlussfassung mitgewirkt und sie maßgebend in für mich ungünstigem Sinne beeinflusst hat. Die Wiederaufnahme-Verhandlung wurde durch Herrn Dr. Soll mit einer im vornehmen Tone gehaltenen Erklärung eröffnet, daß gegen mich nichts vorläge und man wegen neuer guter Berichte über mich das Verfahren wieder aufgenommen hätte. Im weiteren Verlauf nahm Herr Zeidler das Wort und tat in unsachlicher, geradezu gehässiger Weise dar, dass es ‚selbstverständlich völlig ausgeschlossen sei‘ einen so ‚politisch unzuverlässigen‘ Mann wie mich wieder in den Dienst zu übernehmen, auch könne man mir die Pension des Schulrats nicht zubilligen. Die Haltung des Herrn Zeidler hat mich befremdet. Nach der ‚Machtübernahme‘ war er in ähnlicher Lage wie ich. Er war als Schulrat entlassen worden und mußte als Lehrer weiterarbeiten. Damals erreichte er auf dem Wege der Privatklage gegen die Behörde, daß man ihm das volle Schulratsgehalt zahlen mußte, obwohl er als Lehrer wirkte. Ihm gegenüber hat sich also der NS-Staat als Rechtsstaat gezeigt. Seine Stellungnahme in meiner Angelegenheit war unsachlich und reine politische Willkür, hat mit Recht und Gerechtigkeit gar nichts zu tun. Er hat damit m. E. das Ansehen des neuen Staates geschädigt. Als 1940 meine Berufung bekannt wurde, hat er in meiner und anderer Zeugen Gegenwart ausgerufen: ‚Das ist die beste Ernennung, die die NS-Behörde getätigt hat.‘²⁶

Interessant erscheint ein interner Vermerk von Landesschulrat Ernst Matthewes an Senator Landahl vom 27.2.1950. Matthewes beschrieb darin den Entnazifizierungsablauf im Fall Preuße. Er wies darauf hin, dass nach Wiederherstellung von dessen Gesundheit, Preuße nunmehr beantrage, wieder als Lehrer für den Schuldienst zugelassen zu werden. Und Matthewes beschrieb gleichermaßen eine persönliche Erfahrung, die er mit Preuße gemacht hatte: „Ich habe P. als Schulrat kennengelernt. Obwohl ich wegen des Gestapo-Verfahrens gegen mich nach meiner Beurlaubung vom Dienst strafversetzt wurde, hat P. vom ersten Tage an mir gegenüber in sehr scharfen Worten die Schul- und Personalpolitik der Behörde und vor allem führende nationalsozialistische Schulmänner angegriffen und mich bei jeder Gelegenheit gegenüber den Nationalsozialisten lobend herausgestellt. Er versuchte sogar, mich demonstrativ zum Mittelschullehrer zu befördern, und gab das

erst auf, als ich mich beharrlich weigerte.“²⁷ Überraschend die weitere Auskunft: „Die Schulräte des Volksschulwesens lehnen seine Wiedereinstellung ab, nicht weil sie ihn politisch für zu belastet halten, sondern weil er ein schwieriger Mensch sei, der sich auf die Dauer mit der Stellung als Lehrer doch nicht begnügen und der Behörde noch manche Unannehmlichkeiten bereiten werde. Meines Erachtens dürfte das aber – obwohl ich diese Befürchtung nicht für unbegründet halte – kein ausreichender Grund für die Ablehnung sein.“²⁸

Am 2.3.1950 ergänzte Matthewes darunter handschriftlich: „Herr Senator Landahl hat sich der Meinung der Schulräte angeschlossen und eine Wiedereinstellung abgelehnt.“²⁹

Ernst Preuße machte nun geltend, dass „andere während der nationalsozialistischen Zeit ernannte Schulräte wie Herr Ossenbrügge und Herr Backeberg mit den Bezügen eine Schulrats in den Ruhestand versetzt“ worden waren.³⁰

Das war in der Tat eine unverständliche Ungleichbehandlung. Und somit war damit zu rechnen, dass sich Preuße mit der Zeit juristisch durchsetzen würde.

Am 27.10.1951 entschied der Leitende Ausschuss die Aufhebung der Entscheidung des Berufungsausschusses mit dem Ergebnis, Preuße mit Wirkung vom 1.10.1951 in Kategorie V einzuordnen, was einer „echten Entnazifizierung mit allen Rechtsansprüchen“ gleichkomme.³¹

Zwischenzeitlich gab es viele Gespräche innerhalb der Schulbehörde und zwischen dem für diese Verfahren zuständigen Juristen von Zerssen und dem als Rechtsanwalt von Ernst Preuße hinzugezogenen Gustaf Hernmarck. Dabei zog sich die Schulbehörde bei aller Anerkennung der NS-kritischen Dienstführung Preußes als Schulrat auf die Aussage zurück: „Preuße ist nicht wegen enger Verbindung zum Nationalsozialismus zum Schulrat ernannt worden. Aber ohne seine frühe Mitgliedschaft zur NSDAP wäre die Ernennung nicht erfolgt.“³²

Die Entnazifizierungsverfahren nicht nur in Hamburg waren mittlerweile in eine neue Phase getreten. Am 2.1.1953 wies Rechtsanwalt Hernmarck darauf hin, dass seines Wissens „der frühere Oberschulrat Mansfeld bereits seit Mitte Dezember 1952 wieder im aktiven Schuldienst beschäftigt sein soll“.³³ Diese Information war richtig. Albert Mansfeld hatte den Dienst als Lehrer an der Schule Christian-Förster-Straße am 15.12.1952 aufgenommen.³⁴ Und da wäre es in der Tat eine völlig unverständliche Ungleichbehandlung eines ungleich weniger belasteten ehemaligen Nationalsozialisten.

Ernst Preuße schaltete nun auch die von zum Teil äußerst fanatischen ehemaligen Nationalsozialisten gegründete „Vereinigung der Entnazifizierungsgeschädigten“ ein, die sich an die Schulbehörde wandten, um die Wiedereinstellung Preußes zu erreichen.³⁵

Preußes Rechtsanwalt Gustaf Hernmarck war mittlerweile Deputierter in der Schulbehörde und stellte in der Deputationsitzung am 3.12.1953 die Frage nach der Wiederbeschäftigung von Ernst Preuße und bekam die Antwort, dass eine „Verwendung an leitender Stelle, sei es als Schulleiter oder als Schulrat, weiterhin abgelehnt würde“. Die Schulbehörde bat daraufhin den Lehrerbetriebsrat „um Zustimmung zur Einstellung des ehemaligen Schulrats Preuße als Lehrer im Hamburger Schuldienst“.³⁶

Der Lehrerbetriebsrat war damit am 23.4.1953 einverstanden.³⁷

Es wurde Ernst Preuße gleichermaßen angeboten, den Antrag zu stellen, sich mit dem Ruhegehalt eines Schulrats pensionieren zu lassen. Er zögerte lange, wollte er doch wieder in den aktiven Dienst, sicherlich aber in einer ihm verwehrten leitenden Funktion.³⁸

Als Ernst Preuße am 14.4.1960 seinen 70. Geburtstag feierte, bekam er ein Glückwunschsreiben von Landesschulrat Ernst Matthewes, gerichtet an den Schulrat a. D., in dem es hieß: „Ihnen ist die Arbeit in der Schule und der Umgang mit Kindern immer ein Herzensbedürfnis gewesen, und zu allen Zeiten gaben Sie Ihr Bestes für die Schule. Ich denke gern an die Zeit, da Sie mein Schulrat waren, und erinnere mich deutlich, wie Sie auch in jener Zeit, in der es nicht immer leicht war, das Pädagogische über alle anderen Überlegungen stellten.“³⁹

Eine späte persönliche Entnazifizierung.

Und 1975, zu Preußes 85. Geburtstag, als schon alles vergessen war, unterschrieb Landesschulrat Wolfgang Neckel ein Glückwunschsreiben, in dem es hieß: „Es ist für mich eine große Freude, Ihnen zu diesem Festtage wiederum den Dank und die Anerkennung der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung für ihre Arbeit im Dienst an der Hamburger Schuljugend aussprechen zu können. Sie haben diesen Dienst unmittelbar vor der Klasse und in leitenden Funktionen wahrgenommen. Auch in diesen haben Sie nicht nur institutionell gedacht, sondern als Pädagoge bei allen Maßnahmen und Entscheidungen, die ihnen oblagen, immer das Wohl des einzelnen jungen Menschen im Auge gehabt, der uns anvertraut ist. Sie haben zwar immer klare Forderungen gestellt, aber auch ein feines Einfühlungsvermögen bewiesen, allgemeine Notwendigkeiten und menschliche Besonderheiten aufeinander abzustimmen. Ihre künstlerische Veranlagung wird Ihnen dabei besonders hilfreich gewesen sein.“⁴⁰

Ernst Preuße starb am 11.4.1979.⁴¹

Anmerkungen

- 1 Personalakte Ernst Preuße, StA HH, 361-3_50368.
- 2 So noch im Schuljahr 1924/25, laut Hamburgisches Lehrerverzeichnis vom Schuljahr 1924/25, hrsg. von der Gesellschaft der Freunde.
- 3 Hamburgisches Lehrerverzeichnis vom Schuljahr 1930/31, hrsg. von der Gesellschaft der Freunde.
- 4 Personalakte a. a. O.
- 5 Alle Angaben laut Entnazifizierungsakte Preuße, StA HH, 221-11_Ed 17447
- 6 Angaben laut Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 7 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 8 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 9 Begründung seines Einspruchs vom Oktober 1946 gegen die Entlassung, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Ebd.
- 13 Ebd.
- 14 Schreiben Preußes an den Entnazifizierungsausschuss, datiert im März 1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 15 Ausweislich des Verzeichnisses Hamburger Volksschullehrer und -Lehrerinnen für das Schuljahr 1913/14, hrsg. u. a. von der Gesellschaft der Freunde.
- 16 Schreiben vom 7.6.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 17 Schreiben vom 28.8.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 18 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 19 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 20 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 21 Alle Schreiben in der Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 22 Schreiben vom 16.8.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O. Siehe auch die Kurzbiografie von Hedwig Heinrich, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, 2016, S. 416.
- 23 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 24 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 25 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 26 Schreiben Preußes vom 19.9.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 27 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 28 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 29 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 30 Schreiben vom 19.9.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 32 Vermerk von Landesschulrat Ernst Matthewes vom 4.11.1952.
- 33 Schreiben vom 2.1.1953, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 34 Siehe die Biografie Albert Mansfeld, in: de Lorent 2016, S. 118 ff.
- 35 Schreiben vom 30.4.1953, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 36 Antrag an den Lehrerbetriebsrat vom 12.4.1953, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 37 Ebd.
- 38 Siehe Auszug aus dem Sitzungsprotokoll der Deputation vom 21.5.1953, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 39 Personalakte a. a. O.
- 40 Personalakte a. a. O.
- 41 Personalakte a. a. O.

Hugo Millahn

„Er ist seiner Gesinnung, Haltung und Tätigkeit nach als ausgesprochener Vertreter des Nationalsozialismus in einem üblen Sinne anzusprechen.“

Ein Fall voller Besonderheiten und Absonderlichkeiten ist die Entnazifizierungsgeschichte des Wandsbeker NSDAP-Schulrats Hugo Millahn, der 1945 einerseits auf Anordnung der britischen Militärregierung nicht nur aus dem Schuldienst entlassen wurde, sondern auch 18 Monate inhaftiert war. Die größten Fürsprecher für Millahn waren ausgerechnet die Vertreter des britischen Army Education Centre, die Hugo Millahn seit 1948 in ihrer Armeeschule beschäftigt hatten. Ein leichtes Spiel später für Rechtsanwalt Oscar Toepffer, der vor seiner Entlassung aus dem Hamburger Staatsdienst in der NS-Zeit für einige Monate als Senator auch für den Schuldienst verantwortlich und nach 1945 ziemlich erfolgreich bei der Entnazifizierung seiner ehemaligen Parteigenossen tätig war. Unter diesen Bedingungen wunderte es nicht, dass Millahn am Ende im Ruhestand die vollen Schulratspensionsbezüge erhielt.

Hugo Millahn wurde am 23.12.1894 in Hamburg geboren. Er besuchte das Lehrerseminar in Eckernförde, wo er am 4.8.1914 die erste Lehrerprüfung ablegte. Danach arbeitete er in Bisdorf bei Oldenburg in Holstein, bis er am 25.1.1915 zum Kriegsdienst eingezogen wurde. Dort blieb er bis zum 26.4.1917, zuletzt als Sanitätsunteroffizier.

Am 1.10.1918 wechselte Millahn nach Wandsbek, wo er am 4.10.1922 die zweite Seminarprüfung bestand. Später, am 6.2.1931, absolvierte Hugo Millahn noch die Mittelschullehrerprüfung, die ihn für eine Rektorentätigkeit qualifizierte.¹

Interessant und brisant zugleich waren die Gutachten nach Schulbesuchen bei Hugo Millahn. Für diese zeichnete der Wandsbeker Schulrat Scheer verantwortlich, der später von den Nationalsozialisten wegen seiner ehemaligen Zugehörigkeit zu einer Freimaurerloge in den Ruhestand versetzt wurde, wodurch die Berufung von Hugo Millahn zum Schulrat möglich wurde. Bei seinem ersten Besuch 1927 bescheinigte Schulrat Scheer dem Lehrer Millahn: „Ist wenig befähigt und ohne rechte Selbsterkenntnis. Seine Leistungen müssen besser werden.“²

Scheers Bericht nach der Besichtigung vom 20.2.1929 war jedoch eine reine Katastrophe. So schrieb Scheer: „Die Klasse macht einen schlafmützigen und toten Eindruck. Der Lehrer versteht nicht, die Kinder anzuregen.“ Zum Rechenunterricht bemerkte er: „Der Lehrer macht den groben Unfug, in einer sechsten Klasse mit dem gedruckten Rechenbuch in der Hand zu unterrichten. Dementsprechend sind auch

die Leistungen zu bewerten.“ Zum Thema Schülerhefte notierte Scheer: „Die Diktate sind schlecht durchgesehen. Viele Fehler sind stehen geblieben.“ Und das gesamte Resümee glich einer Drohung. „Lehrer Millahn wird von mir im Laufe des Jahres mehrmals revidiert werden. Wenn er weiter so lässig und bummlig unterrichtet, bestrafe ich ihn disziplinarisch.“³

Dass Schulrat Scheer ein anspruchsvoller und pädagogisch versierter Schulinспекtor war, geht auch aus den Beurteilungen von Schulleiter Walter Frahm hervor.⁴

Wandsbek gehörte 1933 noch zu Schleswig-Holstein und das Schulwesen wurde vom Regierungspräsidium in Schleswig verwaltet. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten beförderten diese Hugo Millahn am 1.4.1935 zum Mittelschul-Konrektor.⁵

Millahn war am 1.8.1932 in die NSDAP eingetreten und 1933 in den NSLB. Dort übte er das Amt des Kreiswalters aus, war also ein führender Funktionär der NSDAP in Wandsbek. Zwar steigerte dies möglicherweise nicht seine Leistungen als Pädagoge, zumindest verbesserte sich das Ergebnis bei der Begutachtung seines Unterrichts am 29.1.1936. Der Schulrat hieß nach wie vor Scheer, der bei der NSDAP allerdings umstritten war. Das Ergebnis der Visitation lautete nun: „Konrektor Millahn ist fleißig und gewissenhaft.“⁶

Hugo Millahn profilierte sich als Kreisleiter des NSLB in Wandsbek. Auf dem Briefpapier der NSDAP, Gau Schleswig-Holstein mit dem Aufdruck: Amt für Erzieher (NS Lehrerbund) schrieb Millahn Erfolgsmeldungen an den Gauamtsleiter des NSLB in Schleswig: „In Verfolg der Anregungen des Gausachbearbeiters habe ich im Stadtkreis Wandsbek mit der Arbeit für die Schullandheimbewegung begonnen, mit dem Erfolg, dass heute 25 Kinder mit einem Lehrer auf vier Wochen in ein Schullandheim bei Büdelsdorf kommen. Finanziell getragen wird dieses Werk von der NSV, der Wandsbeker Lehrerschaft, der Elternschaft und einigen Unternehmungen.“⁷

Der Erfolg blieb nicht aus. In der Dezernentenbesprechung am 15.10.1937 wurde mitgeteilt, „daß Schulrat Scheer, Studiendirektor Schlemilch und stellvertretender Studiendirektor Schwarz nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933 in ein anderes Amt versetzt worden sind. Mit der vorläufigen Dezernatswahrnehmung ist Konrektor Millahn beauftragt worden.“⁸ Da mittlerweile nach dem Groß-Hamburg-Gesetz die Hamburger Schulverwaltung die Verantwortung auch für Wandsbek ausübte, musste Justiziar Dr. Schultz sich mit diesem Fall befassen. Er kam zu dem Ergebnis: „Herr Millahn ist Kreisamtsleiter des Lehrerbundes und hat sich als solcher bewährt. Er ist alter Parteigenosse. Außerdem ist er am 7. Juni 1935, also vor mehr als zwei Jahren, zum Mittelschulkonrektor berufen worden. Der Erlaß des Ministers bestimmt zwar, daß nur Schulleiter

zu Schulaufsichtsbeamten ernannt werden sollen. Wenn auch anzunehmen ist, daß Konrektoren damit nicht gemeint sind, so müßte in Anbetracht der besonderen Lage dieses Falles doch festgestellt werden, ob der Minister in diesem Falle geneigt sein wird, eine Berufung Millahns vorzunehmen. Ich halte es für tunlich, diese Frage durch mündliche Besprechungen im Ministerium zu klären, bevor die Ernennung von hier aus schriftlich eingereicht wird.“⁹

So einfach war das offenbar nicht. Aber die Hamburger Schulverwaltung hielt an der Absicht fest, Hugo Millahn zum Kreisschulrat zu machen. Karl Witt verfügte am 17.12.1937: „Es müßte dort mit Rücksicht auf die ministeriellen Bestimmungen eingefügt werden, daß sich ein staatlicher hamburgischer Schulaufsichtsbeamter durch Besuch im Unterricht von der uneingeschränkten fachlichen Eignung des Millahn überzeugt hat, daß dem Anwärter Gelegenheit zur Beurteilung des Unterrichts anderer Lehrkräfte gegeben ist und daß in persönlichen Besprechungen mit dem Anwärter festgestellt ist, daß sein fachliches Wissen und methodisches Können so tiefgehend begründet ist, daß seine führende Stellung in der Lehrerschaft dadurch gerechtfertigt wird und daß er zur Wahrnehmung der Aufgaben als Mitglied von Kommissionen befähigt ist.“¹⁰

OSR Albert Mansfeld nahm die Sache in die Hand und trotz aller zu überwindenden juristischen Schwierigkeiten gelang es, Hugo Millahn am 14.7.1938 zum kommissarischen Schulrat im Wandsbeker Volksschulwesen zu ernennen. Am 1.1.1939 war Millahn dann endgültig zum Schulrat ernannt. Millahn war eine imposante Erscheinung, 1,96 m groß und über 120 Kilo schwer, wurde er in Wandsbek als ein „richtiger alter Parteigenosse“ empfunden und erlebt.¹¹

Hugo Millahn hatte für diesen Karrieresprung nicht nur die Rückendeckung des NSLB, sondern auch der NSDAP. Der Oberbürgermeister von Wandsbek setzte sich in einem Schreiben an Senator Karl Witt nachdrücklich für Millahn ein.¹² Da während des Krieges „mehrere Schulaufsichtsbeamte zum Heeresdienst eingezogen sind, steht der Schulverwaltung für Schulrat Millahn eine Ersatzkraft nicht zur Verfügung“, schrieb Senatssyndikus Ernst Schrewe am 8.3.1944 an das Reichsverteidigungsreferat der Staatsverwaltung und reklamierte: „Die Zurückstellung des Schulrats Hugo Millahn vom Heeresdienst ist im öffentlichen Interesse dringend erforderlich.“¹³

Die persönliche Katastrophe für Millahn ereignete sich 1945. In einem Vermerk für den neuen Schulsenator Heinrich Landahl wurde festgehalten, das Hugo Millahn „kurz nach der Besetzung Hamburgs von der Militärregierung in Haft genommen wurde“.¹⁴

Am 18.5.1945 teilte Heinrich Landahl dem internierten Millahn seine sofortige Entlassung mit.¹⁵ Als Begründung wurde am 22.5.1945 angegeben: „Alle Beamten,



Kollegium der Mittelschule Wandsbek mit dem gewichtigen Konrektor Hugo Millahn (vorn, 6. v. l.)

die der NSDAP vor dem 1.4.1933 beigetreten sind, sind bis auf weiteres mit sofortiger Wirkung zu beurlauben.“¹⁶

Das Entnazifizierungsverfahren konnte erst nach Millahns Entlassung aus dem Internierungslager am 19.11.1946 stattfinden. Und es offenbarte noch einige absonderliche Wendungen.¹⁷

Als Hugo Millahn noch in Neuengamme interniert war, wo ihn starke gesundheitliche Probleme zusetzten, meldete sich Oberschulrat Fritz Köhne bei der britischen Militärregierung am 9.3.1946 und bat um die Entlassung Millahns aus dem Camp wegen seiner schlechten Konstitution. Fritz Köhne bezeugte, dass Hugo Millahn während seiner Schulratstätigkeit niemals Vorurteile gegen Personen gehabt hätte.¹⁸ Das in seiner Personalakte vorliegende Gutachten aus dem Lagerlazarett Neuengamme vom 6.8.1946 bestätigte Millahns gesundheitlichen Probleme. Er verzeichnete in den 15 Monaten der Internierung einen Gewichtsverlust von 55 Kilo.¹⁹ Nachdem er mit Unterstützung der Schulverwaltung am 19.11.1946 aus der Internierung entlassen worden war²⁰, bereitete er sich auf sein Entnazifizierungsverfahren vor. Sicherlich hatte er dieses im Kreise anderer NS-Belasteter in Neuengamme schon vorbesprechen können.

Am 2.1.1947 verfasste er eine vierseitige Schrift: „Meine politische Rechtfertigung.“²¹

Dieses Schreiben war in gewisser Weise typisch für Rechtfertigungen ehemaliger Nationalsozialisten, die im Mai 1945 unter starkem persönlichen Druck standen

und sich erklären mussten. Millahn schrieb: „Nach meiner Entlassung aus dem Internierungslager Neuengamme und der Rückkehr in die Heimat habe ich Kenntnis genommen von den Maßnahmen, die gegen mich und meine Familie getroffen worden sind wegen meiner Zugehörigkeit zur NSDAP und wegen meiner Betätigung in derselben. Diese Maßnahmen hatten zur Folge meine Entlassung aus dem Dienst in der Gemeindeverwaltung, die Ausweisung aus meinem Hause und die Blockierung meines Vermögens.“²² Hugo Millahn war also in großer Not, körperlich durch die Internierungshaft schwer angeschlagen. Sein Erklärungsmuster bestand darin, „mit heißem Herzen und gutem Glauben zur Partei“ gekommen zu sein, in seinen Funktionen, in die er stets gegen seinen Willen berufen wurde, nur positiv gewirkt zu haben. Er sei angetreten, „mit dem Willen, durch Mitarbeit zu helfen, die Not des Volkes zu lindern; durch vorbildliche Lebensführung auf allen Gebieten, durch Bescheidenheit in den eigenen Ansprüchen und durch Toleranz den Andersdenkenden und Andersgläubigen gegenüber den unseligen Bruderkampf beseitigen zu wollen.“²³ Millahn gab vor, ohne eigene Ambitionen in Parteifunktionen und leitende Tätigkeiten im NSLB gedrängt worden zu sein, immer wieder Anfeindungen ausgesetzt, um Schlimmeres zu verhüten. So argumentierten viele in ihren Entnazifizierungsverfahren. Wobei Hugo Millahn ein paar Leumundszeugnisse beibringen konnte, von Personen, die bestätigten, dass er sie tatsächlich vor drohender Verfolgung geschützt hatte. Dazu etwas später.

Erst einmal beschrieb Millahn seine Parteikarriere:

„Am 1. August 1932 wurde ich in die NSDAP aufgenommen. Die damalige Not unseres Vaterlandes und unseres Volkes, der Bruderkampf im deutschen Volke ließen mich glauben, daß in dem Manne, der unser Volk zu einen und aus der Not herauszuführen versprach, der Retter des Vaterlandes zu sehen sei. Ich wollte mit-helfen, aus der gemeinsamen Not zu steuern und ich habe es getan. Meine erste Arbeit galt der Betreuung der Ärmsten in Wensenbalken, einem kleinen Ortsteil von Volksdorf von ungefähr 200 Einwohnern. 1933 wurde ich zum Leiter dieser kleinen Gemeinschaft bestellt. Im Jahre 1933 wurde in Wandsbek der Nat. Soz. Lehrerbund, Kreisgruppe Wandsbek, gegründet, als deren Leiter der Dipl. Handelslehrer Dr. Müller bestellt wurde. Im Herbst desselben Jahres wurde Dr. Müller ins Ministerium berufen und ich wurde sein Nachfolger als Kreiswalter des Lehrerbundes. Die Leitung der Kreisgruppe habe ich bis zu ihrer Stilllegung im Jahre 1942 in Händen gehabt. Von 1942 bis 1944 war ich ohne Parteiamt. Als dann im Oktober 1944 der damalige Ortsgruppenleiter Natskow in Volksdorf verabschiedet wurde, hatte man Schwierigkeiten, einen Nachfolger zu finden. Auch mir wurde neben anderen das Amt angetragen. Ich lehnte ab. Zur Gauleitung bestellt, habe ich noch einmal abgelehnt, wurde aber trotz meiner Ablehnung durch Verfügung

des Gauleiters zum stellvertretenden Ortsgruppenleiter bis Kriegsende bestellt.“²⁴ Was Hugo Millahn in diesem Kontext nicht erwähnte, war, dass beide Tätigkeiten ihm die berufliche Karriere ermöglichten, erst zum Konrektor einer Mittelschule, mit ausdrücklichem Hinweis auf seine NSLB-Funktion, und später die Berufung zum Kreisschulrat. Auch bei Hugo Millahn tauchten dann Sätze auf, wie: „Ich hatte mich aber trotz aller Kritik und damit unter stark diffamierender Behandlung entschieden, so lange wie möglich auf meinem Posten zu bleiben, um auf dem mir anvertrauten Sektor des Unterrichts und der Erziehung alles zu tun, um die Schule und die mir unterstellten Lehrpersonen zu schützen und zu bewahren vor Auswirkungen eines Prinzips, das unserer Jugend nicht zum Segen sein konnte. Es war meiner Meinung nach richtiger, Schaden zu verhüten als nachher Schaden zu beklagen. Wäre ich gegangen, ein willfähiges Werkzeug als Nachfolger wäre leicht gefunden worden und der dann entstehende Schaden nicht wieder gut zu machen gewesen.“²⁵ Millahn konstruierte Konflikte über Kritik, die er an Vorgesetzten geübt hätte, so mit dem früheren Ortsgruppenleiter Natskow, dessen Nachfolger er wurde oder mit dem NSLB-Gauamtsleiter und Landesschulrat, Willi Schulz, der Millahn in die Schulverwaltung berufen hatte und zum Zeitpunkt, als er seine Rechtfertigung schrieb, bereits gestorben war.²⁶

Es muss aber auch erwähnt werden: Ernstzunehmende Zeugen bekundeten, dass Hugo Millahn sie in der Zeit des Nationalsozialismus gewarnt und geschützt hatte. So schrieb der Oberstudiendirektor des Matthias-Claudius-Gymnasiums in Wandsbek, Prof. Peter Zylmann, am 23.8.1946 an Frau Millahn noch während der Internierungszeit ihres Mannes, dass er Millahn als „einen sehr toleranten und verstehenden Leiter“ des NSLB empfunden hatte. Millahn hätte ihm gegenüber auch mitgeteilt, dass gegen einen der Freunde Zylmanns, den 1933 von den Nationalsozialisten abgesetzten Schulleiter, Dr. Merck, eine Anzeige „wegen antifaschistischer Äußerungen vor der Öffentlichkeit eingegangen wäre“, und Hugo Millahn Zylmann gebeten hätte, Merck daraufhin zu warnen.²⁷

Schwerwiegend auch das Schreiben von Dr. Hans Maschmann:

„Ohne Ihren persönlichen Einsatz wäre ich heute wahrscheinlich nicht mehr unter den Lebenden. Sie haben mich im Herbst 1943 vor dem Konzentrationslager bewahrt, wenn nicht vor einem schmachvollen Tod. Es lief damals eine Anklage wegen Hochverrats gegen mich, die sich auf Äußerungen stützte, die ich während meines Unterrichts getan hatte. Schüler, von Kollegen aufgehetzt, hatten diese Äußerungen gesammelt und sie zu einer Anklage zusammengestellt, die der Bannführer der HJ der Gauleitung und der Schulbehörde zuleitete. Sie als mein zuständiger Schulrat waren beauftragt, die Voruntersuchung zu führen. Ich weiß, daß Sie mich entgegen ihrer dienstlichen Verpflichtung aus Gründen reiner Menschlichkeit ge-

schützt haben und sich wegen Ihres Verhaltens schwere Vorwürfe von Seiten der Kreis- und Gauführung zuzogen. In diesem wie auch in einem früheren Falle haben Sie die Untersuchung durchaus kameradschaftlich-wohlwollend geführt. Sie haben im letzten Augenblick verhütet, daß die Akte an das Gaugericht weitergegeben wurde. Sie haben den Fall dann so gelöst, daß meine Versetzung von der Schule in Sasel nach Oldenfelde nicht zu einer Strafe wurde.“²⁸

Hier hatte sich Hugo Millahn offenbar nicht nur menschlich sondern auch mutig verhalten. Skeptischer bin ich in Bezug auf einen anderen Fall, wo ich auch das Verhalten des Schulleiters kritisch sehe.

An der Adolf-Hitler-Schule in Farmsen hatte eine unverheiratete Lehrerin am 29.11.1944 bei ihrem Schulleiter, Heinrich Böe, ein Gesuch eingereicht: „Ich bitte um eine vorläufige Beurlaubung aus dem Schuldienst, da ich Ende März 1945 ein Kind erwarte. Laut beiliegender ärztlicher Bescheinigung von Herrn Dr. B. liegt bei mir eine Komplikation vor, es ist mir deshalb größtmögliche Schonung angeraten. Ich bitte höflichst um Berücksichtigung meines Gesuches.“²⁹

Für mich ist dieser Fall erst einmal ein Beleg für die mangelnde Courage des Schulleiters Heinrich Böe, der das Gesuch seiner Lehrerin an Schulrat Hugo Millahn weiterleitete, mit der Bitte um Stellungnahme. Er hätte das Gesuch bei der Sachlage genehmigen können, um eine Gefährdung der Lehrerin seiner Schule zu vermeiden. Hugo Millahn ordnete eine Vorladung der Lehrerin B. in seiner Sprechstunde an und fertigte darüber eine Aktennotiz, in der es hieß: „Fräulein B. weigert sich, den Namen des Vaters des Kindes zu nennen. Nach eingehender Besprechung unter Hinweis auf die entstehenden Schwierigkeiten, bestätigt B., daß der Vater des Kindes der bei ihrem Vater arbeitende jugoslawische Kriegsgefangene ist. Rücksprache mit v. W. ist erfolgt wegen Beurlaubung.“³⁰

Auch Hugo Millahn hatte sich in diesem Fall aus meiner Sicht nicht heldenhaft verhalten. Aus seiner Aktennotiz ist zu ersehen, dass er die Lehrerin genötigt hatte, über die Vaterschaft unter Druck Auskunft zu geben, um sich danach bei dem Justiziar der Schulverwaltung, Hasso von Wedel („Rücksprache mit v. W.“), der in seinen Entscheidungen unberechenbar war, abzusichern. In seinem Entnazifizierungsverfahren erwähnte Millahn diesen Fall als Beispiel für sein untadeliges Verhalten: „Die Lehrerin XY (der Name bleibt aus Gründen der Diskretion in dieser Schrift ungenannt, ist aber auf Anfordern im Originalgesuch durch die urteilende Stelle einzusehen) war 1944 durch einen serbischen Kriegsgefangenen Mutter eines unehelichen Kindes geworden. Sie stand vor Schimpf und Schande und schwerster Bestrafung. Der Kriegsgefangene hätte das schreckliche Los seines Kameraden in Poppenbüttel teilen müssen. Er wäre durch den Strang geendet. Ich habe beide vor einem schrecklichen Schicksal bewahrt. Unter Verletzung meine Amtspflichten und

unter Einsatz meines eigenen Lebens und meiner Stellung wurde sie von mir unter Bewahrung des Geheimnisses mit Gehalt beurlaubt, bis sie dem Kinde das Leben gegeben hatte.“³¹

Hier wurden große Worte gemacht. Faktisch hatten weder Schulleiter Heinrich Böe noch Schulrat Hugo Millahn in diesem besonderen Fall persönlichen Mut gezeigt oder menschliches Verhalten. Sie hatten einen verwaltungsmäßigen Akt daraus gemacht, eine Lehrerin unter schweren persönlichen Druck gesetzt und die Entscheidung über ihr Schicksal an den Justiziar der Schulverwaltung, Hasso von Wedel, delegiert und dabei „Glück gehabt“, dass dieser im Sinne der Lehrerin und des Vaters ihres Kindes entschied.

Dennoch erwies sich Millahns Strategie als erfolgreich. Der Beratende Ausschuss für die Oberbeamten, der aus den Oberschulräten Johannes Schult, Emmy Beckmann und Karl Hoffmann bestand, entschied: „Bei der Abwägung der Belastungs- und Entlastungstatsachen kommt der Beratende Ausschuss zu dem Vorschlag, Millahns Beförderung zum Schulrat rückgängig zu machen, weil sie aus politischen Gründen erfolgte und ihn als Mittelschullehrer in den Ruhestand zu versetzen.“³² Der Beratende Ausschuss hatte festgestellt: „Herr Hugo Millahn ist bereits am 1.8.1932 in die NSDAP eingetreten. Er war Vertreter des Ortsgruppenleiters von Volksdorf, im NSLB Kreisleiter. Zum Schulrat wurde er aus politischen Gründen befördert. Gegen seinen Amtsvorgänger hat er sich in unschöner Weise benommen. Diese Gründe sprechen gegen ihn.“³³ Zu seinen Gunsten wurden die Fälle Prof. Zylmann, sowie die beiden Beispiele gewertet, nach denen Hugo Millahn zwei Kollegen vor der Gestapo und dem KZ gerettet haben soll. Auch das Beispiel der Lehrerin B. wurde genannt: „Außerdem hat Millahn eine Lehrerin, die unehelich die Mutter eines Kindes wurde, das von einem jugoslawischen Kriegsgefangenen stammte, vor Verfolgung bewahrt.“³⁴

In der Schulbehörde hatte es auch andere Sichten auf Hugo Millahns Verstrickung in den Nationalsozialismus gegeben. So im Vermerk von Schulrat Hans Brunckhorst vom 19.8.1947, in dem es hieß: „Der frühere Schulrat, Herr Millahn, ist nach Mitteilungen, die ich aus Lehrerkreisen und aus der Bevölkerung seines Wohngebietes bekommen habe, bereits vor 1933 ein aktiver Nationalsozialist gewesen. Er hat damals sich in der SA-Uniform des öfteren öffentlich gezeigt, z. B. auffällig bei einer Beerdigung, während Gesinnungsgenossen von ihm es noch für richtig hielten, im Zivilanzug zu erscheinen. Er galt als führender Nationalsozialist in Volksdorf und ließ seinen Führungsanspruch auch ganz deutlich nach außen in Erscheinung treten. Als Schulrat hat Herr M. auf die seiner Aufsicht unterstellte Lehrerschaft nachdrücklich dahin eingewirkt, daß sie in die NSDAP eintreten sollten und er hatte von den Junglehrern und Junglehrerinnen verlangt, daß sie sich politisch betätigen sollten.

Herr M. ist seiner Gesinnung, Haltung und Tätigkeit nach als ausgesprochener Vertreter des Nationalsozialismus in einem üblen Sinne anzusprechen und müßte dementsprechend behandelt werden.“³⁴ Welch ein Widerspruch zu den Erkenntnissen der Oberschulräte im Beratenden Ausschuss einen Monat zuvor.

Am 15.10.1947 beschäftigte sich der Berufungsausschuss für die Ausschaltung von Nationalsozialisten mit dem Fall. Dieses Mal wurden verschiedene Zeugen befragt und deren Aussagen protokolliert. So etwa die des Lehrers Hugo Martens, der in Volksdorf wohnte:

„Schon vor dem Jahre 1933 stellte sich heraus, dass Herr Millahn politisch rechts gerichteten Verbänden angehörte. Diese politische Einstellung führte zu einer gewissen Reserviertheit zwischen uns. Nach der sogenannten Machtübernahme fand eine Veranstaltung in Wensenbalken statt, in der für die NSV geworben wurde. Gleichzeitig wurden Zettel in den Haushaltungen verteilt. Diese Zettel sollten als Beitrittserklärung für die NSV ausgefüllt und nach einer bestimmten Zeit abgeholt werden. Ich hatte diesen Zettel nicht ausgefüllt und nicht die Absicht, auf diese Aufforderung hin der NSV beizutreten. Ich erwartete vielmehr eine solche Aufforderung über den Kollegenkreis. Als Herr Millahn bei mir den ausgefüllten Zettel abholen wollte, erklärte ich ihm, daß ich diesen nicht ausgefüllt hätte und setzte ihm meine Gedanken auseinander. Dies führte zu einem scharfen Disput. Seit diesem Zeitpunkt hörte jeglicher Verkehr zwischen mir und Herrn Millahn auf. Ich stellte fest, daß ich in der Folgezeit auch von den übrigen Nachbarn geschnitten wurde. Inwieweit dies auf Herrn Millahn zurückzuführen ist, weiß ich nicht.“³⁵

Interessant war in diesem Zusammenhang die Befragung von Oberschulrat Fritz Köhne, der erklärte: „Es ist mir nicht ganz erklärlich, wie es zur Ernennung (von Herrn Millahn) zum Schulrat gekommen ist. Nach meiner Auffassung können hierfür politische Erwägungen ausschlaggebend gewesen sein.“ Und zur Frage, welche Spannungen es zwischen Schulrat Kruse und Hugo Millahn gegeben hatte, erklärte Köhne: „Herr Kruse hat sich mir gegenüber verschiedentlich dahin geäußert, dass er sich Herrn Millahn gegenüber bedrückt fühle. Ich konnte mir dies wohl erklären aus der politischen Stellung von Herrn Millahn, insbesondere wegen seines Amtes als Kreisamtsleiter und seiner alten Parteizugehörigkeit.“³⁶

Hugo Millahn war Kruse als Schulrat nachgefolgt, als dieser ausschied, nicht ohne Beteiligung von Millahn, wie vermutet wurde.

Eine andere Zeugin, die Volksschullehrerin Hildegard Junker, sagte aus: „Es ist mir ferner von einer Kollegin, der Lehrerin Magda Rieper, berichtet worden, dass sie zweimal von Herrn Millahn als Kreisamtswalter des Lehrerbundes aufgefordert worden sei, Stellung zu nehmen, warum sie nicht dem NSLB angehöre. Sie sei diesen beiden Aufforderungen nicht nachgekommen und habe daraufhin ein Schreiben

erhalten, dass sie nicht würdig sei, deutsche Kinder zu unterrichten. Ihr ist jedoch in ihrer Stellung als Lehrerin nichts geschehen.“³⁷

Der Berufungsausschuss fasste den Beschluss, Hugo Millahn „mit der Pension eines Volksschullehrers in den Ruhestand“ zu versetzen und in Gruppe IV einzustufen.³⁸

Im Weiteren zeigte sich eine völlig unverständliche Absurdität. Hugo Millahn war ja von der britischen Militärregierung interniert und im Namen der britischen Militärregierung aus dem Schuldienst und dem Beamtenverhältnis entlassen worden. Seit 1948, nachdem der nunmehr in deutscher Regie handelnde Entnazifizierungsausschuss ihn mit der Pension eines Volksschullehrers in den Ruhestand versetzt hatte, wurde er ausgerechnet von der britischen Besatzungsmacht an ihrem „Forces College“ als Lehrer beschäftigt und erhielt darüber am 18.8.1948 ein Testat, überschrieben: „To whom it may concern“.³⁹ Darin hieß es:

„Herr Millahn hat seit April 1948 an dieser Schule Physik, Chemie und Mathematik unterrichtet. Er ist ein außerordentlich gewissenhafter und sorgfältiger Lehrer, der sein möglichstes tut, seinen Schülern alles klar zu machen. Es ist besonders bemerkenswert, daß er in englischer Sprache zu unterrichten hatte. Er hat eine lange Erfahrung als Schulrat deutscher Schulen, ist sehr zuverlässig und wird bestens empfohlen für die Übernahme oben genannter Studienfächer bis zum Intermediate Bachelor of Science.“⁴⁰

Am 3.6.1949 stellte das „Army Education Centre, School of Social Studies“, bei dem Hugo Millahn nunmehr beschäftigt war, fest: „Hiermit wird bescheinigt, daß Herr Hugo Millahn Lehrer an der School of Social Studies ist. Sie ist Teil der Armee und wird von ihr unterhalten, untersteht aber nicht der Kontroll-Kommission für Deutschland (Militärregierung).“⁴¹ Das positive Zeugnis der britischen Schule nahm Hugo Millahn zum Anlass, sich an den für die Handelsschulen zuständigen Oberschulrat Walter Gätje aus Volksdorf zu wenden, der mit Hugo Millahn ein im „menschlich warmen Ton“ gehaltenes Gespräch geführt hatte. Millahn bat um Prüfung einer Beschäftigungsmöglichkeit im Handelsschulbereich.⁴²

Aber es kam viel besser. Inzwischen war der in der NS-Zeit kurzfristig für das Schulwesen zuständige Senator Oscar Toepffer, der sich nach seiner Entlassung 1945 als Rechtsanwalt niedergelassen hatte und mit seiner Expertise sehr erfolgreich ehemalige Nationalsozialisten in deren Entnazifizierungsverfahren vertrat, auch für Hugo Millahn tätig geworden. Er forderte „die Beseitigung einer unbilligen Härte im Entnazifizierungsverfahren des Herrn Hugo Millahn“ und benötigte nur eine Schreibmaschinenseite für seinen Antrag, Millahn „die Pension eines Schulrates zuzubilligen.“⁴³ Oscar Toepffer hatte die Akte Millahn genau studiert und monierte die Entscheidung, seinen Mandanten „mit der Pension eines Volksschullehrer in

den Ruhestand“ zu versetzen. Denn: „Bereits aus der Begründung der Entscheidung des Berufungsausschusses ergibt sich, dass er, obgleich er der NSDAP im Jahre 1932 beigetreten ist, die Partei nicht aktiv gefördert hat, sondern im Gegenteil sich der politisch Verfolgten auch unter eigener Gefährdung angenommen hat. Seine Stellung als Schulrat verdankt der Gesuchsteller nicht seiner Zugehörigkeit zur NSDAP, sondern seiner Tüchtigkeit. Er hatte bereits vor 1933 die Prüfung als Mittelschullehrer abgelegt. Bereits vor 1933 hatte man ihm die Ernennung zum Mittelschullehrer in sichere Aussicht gestellt.“⁴³

Und, Ex-Senator Oscar Toepffer brachte nun als Zeugen einen anderen Ex-Senator, nämlich Karl Witt, mit einer Aussage in das Verfahren ein. Karl Witt hatte am 17.4.1951 schriftlich erklärt: „Der Schulrat Hugo Millahn ist von der Kultur- und Schulbehörde Hamburg zum Schulrat ernannt, weil er bei der Übernahme der Stadt Wandsbek an Hamburg uns als der geeignete Mann erschien, dieses Amt zu verwalten. Es wurde als Schulaufsichtsbeamter ein Mann benötigt, der die pädagogische und wissenschaftliche Eignung besaß, und mit den Personal- und Rechtsverhältnissen des neuen Gebietes Bescheid wusste. Meiner Erinnerung nach hatte Herr Millahn die Mittelschullehrerprüfung gemacht und nach Auskünften, die ich besonders bei Herrn Schulrat Kruse einholte, wurde er mir als der geeignetste Mann genannt. Herr Schulrat Kruse war im Kreis Stormarn beamtet und kannte Herrn M. seit längerer Zeit. Politische Stellen haben bei der Entscheidung der Behörde nicht mitgewirkt. Ich gebe diese Erklärung nach bestem Wissen und Gewissen und erwähne, dass ich mit Herrn Millahn nicht verwandt bin.“⁴⁴

So können alte Kameraden auch zusammenhalten, wenn sie nicht direkt miteinander verwandt sind.

Am 2.7.1952 wurde Hugo Millahn mitgeteilt, dass auf Antrag von Rechtsanwalt Oscar Toepffer der Leitende Ausschuss zum Abschluss der Entnazifizierung in seiner Sitzung 27.6.1952 beschlossen hatte, die Vorentscheidung vom 15.10.1947 abzuändern und Hugo Millahn „mit Wirkung vom 1.7.1952 die volle als Schulrat erdiente Pension“ zuzusprechen.

Von Oscar Toepffer weiterhin gut beraten, stellte Hugo Millahn am 19.8.1952 den Antrag, „da ich 70 % schwer kriegsbeschädigt bin und ich annehme, daß ich für die Verwendung im Schuldienst nicht mehr dienstfähig bin, mich aus gesundheitlichen Gründen pensionieren zu lassen“.

Nach einigen ärztlichen Gutachten wurde Hugo Millahn am 14.3.1953, 58-jährig, mit dem Ruhegehalt eines Schulrates pensioniert.

Millahn starb am 19.12.1972.

Seine Witwe, Auguste Millahn, geb. am 3.8.1892, mit der er seit 1920 verheiratet war und eine Tochter hatte, lebte noch bis zum 18.4.1984.

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte Hugo Millahn, StA HH, 361-3_A 2207.
- 2 Ebd.
- 3 Ebd.
- 4 Siehe die Biografie Frahm in diesem Band.
- 5 Personalakte a. a. O.
- 6 Personalakte a. a. O.
- 7 Personalakte a. a. O.
- 8 Personalakte a. a. O.
- 9 Schreiben vom 12.11.1937, Personalakte a. a. O.
- 10 Personalakte a. a. O.
- 11 Zitiert nach Uwe Schmidt: Hamburger Schulen „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 342.
- 12 Personalakte a. a. O.
- 13 Personalakte a. a. O.
- 14 Personalakte a. a. O.
- 15 Personalakte a. a. O.
- 16 Datum laut Personalakte a. a. O.
- 17 Personalakte a. a. O.
- 18 Personalakte a. a. O.
- 19 Personalakte a. a. O.
- 20 Entnazifizierungsakte Hugo Millahn, StA HH, 221-11_Z 7401
- 21 Schreiben vom 2.1.1947, ebd.
- 22 Ebd.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Ebd.
- 26 Siehe auch die Biografie Willi Schulz, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 99ff.
- 27 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 28 Ebd.
- 29 Das Schreiben ist in Abschrift enthalten in der Entnazifizierungsakte Millahn, a. a. O.
- 30 Vermerk vom 9.12.1944, Entnazifizierungsakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Heinrich Böe, S. 573.
- 31 Hugo Millahns Rechtfertigungsschreiben vom 2.1.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 32 Entscheidung vom 21.7.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 33 Ebd.
- 34 Ebd.
- 35 Berufungsausschuss vom 15.10.1947.
- 36 Ebd.
- 37 Ebd.
- 38 Ebd.
- 39 Schreiben des Forces College, W. L. Brown, vom 18.8.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 40 Ebd.
- 41 Ebd.
- 42 Schreiben vom 1.10.1951, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 43 Schreiben von Oscar Toepffer vom 1.3.1951, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 44 Ebd. Alles weitere Personalakte a. a. O.

Dietrich Ossenbrügge

„Als Pg. nehme ich den Vorwurf der politischen Unzuverlässigkeit nicht stillschweigend und unwidersprochen hin.“

Lehrer in Cuxhaven, deutschnationaler Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft, vorher in völkischen und antisemitischen Gruppierungen engagiert, 1933 Schulrat in Hamburg, danach in die NSDAP eingetreten, wegen seiner früheren Logenzugehörigkeit in Parteigerichtsverfahren verstrickt, schrieb Ossenbrügge nach 1945 Leumundszeugnisse für ehemalige Deutschnationale, die in der NS-Zeit in Hamburg Karriere gemacht hatten.

Dietrich Ossenbrügge wurde am 2.9.1878 in Barnkrug, Kreis Kehdingen geboren. Den Beruf seines Vaters gab er mit Stallbesitzer an.¹

Ossenbrügge besuchte die Volksschule, danach das Lehrerseminar in Stade von 1895 bis zu seiner ersten Lehrprüfung 1898. Die zweite Lehrprüfung absolvierte Ossenbrügge im Juni 1902 in Hamburg.

Er gehörte lange Zeit zum Kollegium der Abendrothschule in Cuxhaven, nebenamtlich arbeitete Ossenbrügge 15 Jahre als Lehrer an der Fortbildungsschule in Cuxhaven. Mit seiner Frau Emma Luise hatte er vier Kinder.

Von 1914 bis 1918 war Ossenbrügge im Kriegsdienst, zuletzt als Leutnant.²

Dass nicht nur während der Nazizeit vertrauliche Aussagen über die politische Zuverlässigkeit abgefordert wurden, ist aus einer Anfrage des Bezirkskommandos Hamburg, Stabsoffizierabteilung vom 17.10.1916 an die Oberschulbehörde ersichtlich. Wegen der „in Aussicht zu nehmenden Beförderung“ von Dietrich Ossenbrügge zum Offizier bat das Wehrkommando „um vertrauliche Auskunft über die persönlichen Einkommens-, Vermögens- und Familien-Verhältnisse des Genannten, wenn bekannt auch seiner Eltern, sowie ob irgendetwas Nachteiliges bekannt geworden ist, was seine Beförderung zum Offizier nicht wünschenswert erscheinen lässt.“³

Die Oberschulbehörde antwortete eine Woche später, bezifferte Ossenbrüggens Gehalt aus der Lehrertätigkeit und seiner Nebenbeschäftigung, verwies auf ein nicht bekanntes Privatvermögen und schrieb weiter: „Ossenbrügge ist verheiratet. Sein Vater ist Landwirt; sein Schwiegervater war Kaufmann. Ossenbrügge ist als Lehrer tüchtig und vom Charakter ehrenhaft und zuverlässig. Er steht in Lehrer- und Bürgerkreisen in gutem Ansehen und gehört seit längerer Zeit der Cuxhavener Stadtvertretung an. Es ist über ihn nie etwas Nachteiliges bekannt geworden, das seine Beförderung zum Offizier des Beurlaubtenstandes nicht wünschenswert erscheinen lassen könnte.“⁴

Dietrich Ossenbrügge war demnach schon frühzeitig politisch aktiv. Als der aus Cuxhaven stammende Bruno Peyn in der NS-Zeit Probleme bekam, weil er die jüdischen Spuren seiner Familie mütterlicherseits aus den Kirchenakten verwischen wollte, trat Ossenbrügge als Zeuge für Peyns zuverlässige nationalsozialistische Gesinnung auf. Dabei sagte er auch etwas über sich: „Der Beschuldigte ist mir seit etwa 1900 bekannt. Ich habe auch niemals aus der Bevölkerung etwas gehört, dass irgendwelche Zweifel in Bezug auf die arische Abstammung der Frau Peyn geäußert worden sind. Ich bemerke dazu, dass ich im Jahre 1899 Mitglied der antisemitischen Partei geworden bin. 1905 wurde ich Vorsitzender der Gruppe Cuxhaven und Umgegend. Bis zum Übergang der antisemitischen Partei in die Deutschnationale Volkspartei im Jahre 1918 bin ich Vorsitzender dieser Gruppe gewesen. Wenn irgendwelche Zweifel an der arischen Abstammung der Mutter des Beschuldigten in der Bevölkerung Cuxhavens laut geworden oder sonst irgendwelche Anzeichen in dieser Beziehung aufgedeckt worden wären, so hätte ich sicher hiervon Kenntnis erhalten.“⁵

Von 1921 bis 1933 war Dietrich Ossenbrügge für Cuxhaven Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft für unterschiedliche nationale und rechte Gruppierungen, am Ende der Deutschnationalen Volkspartei. Ossenbrügge gab am 26.11.1952 in Cuxhaven eine eidesstattliche Erklärung ab, in der er im Entnazifizierungsverfahren für den ehemaligen Schulsenator Karl Witt interessante Hinweise zur Senatsbildung 1933 veröffentlichte: „Als Mitglied der ehemaligen deutschnationalen Bürgerschaftsfraktion (1921–1933) und als Vorstandsmitglied der DNVP ist der Unterzeichnete über die Vorgänge bei der Senatsbildung im Jahre 1933 noch heute genau im Bilde: Die Verhandlungen um die Senatsbildung im März 1933 sind seitens der DNVP von Herrn Stavenhagen und Dr. Koch, dem Fraktionsvorsitzenden geführt worden. Am Tage vor der Senatswahl ist Karl Witt vom Deutschnationalen Vorstand zum Schulsenator vorgeschlagen worden. Herr Witt wurde vorgeschlagen, weil die DNVP die Baubehörde und die Schulbehörde besetzen sollte. Herr Witt war lange Jahre Abgeordneter, hatte an drei Schulsystemen jahrelang unterrichtet und war die letzten Jahre vor 1933 bürgerschaftliches Mitglied der Landesschulbehörde. Zu erwähnen ist noch am Schluß, daß die NSDAP zunächst noch Einwände erhob, weil Herr Witt im letzten Bürgerschaftswahlkampf die NSDAP scharf angegriffen hatte.“⁶

Als Schulrat war Dietrich Ossenbrügge für die Landschulen zuständig, unter anderem für die sieben Volksschulen in Cuxhaven, darunter auch seine ehemalige Schule, die Abendrothschule, an der er selber lange als Lehrer gearbeitet hatte.⁷ Gleichzeitig war Ossenbrügge Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei in Cuxhaven.⁸

An 4.1.1936 wurden die Leistungen von Ossenbrügge in einem Befähigungsbericht, der von dem ihm verbundenen Karl Witt unterzeichnet war, sehr positiv



Das Kollegium der Abendrothschule in Cuxhaven während der Weimarer Republik.
Dietrich Ossenbrügge 3. von rechts, stehend

bewertet (mit Ausnahme der schriftlichen Ausdrucksweise, die ein „ausreichend“ bekam). Das Gesamturteil lautete: „Guter Organisator, aufrecht, ehrlich, praktischer Schulmann, weniger Theoretiker“.⁹

Am 1.4.1936 war Ossenbrügge in die NSDAP eingetreten.¹⁰

Die Wolken verdunkelten sich über Dietrich Ossenbrügge, nachdem das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung am 18.2.1937 einen Erlass herausgegeben hatte, nach dem Beamte, insbesondere in leitender Funktion, nur mit besonderer Genehmigung ihre bisherigen Funktionen weiter ausüben durften, wenn sie früher einer Loge angehört hatten. Die Kultur- und Schulbehörde schrieb am 31.3.1937, dass es unter den Schulaufsichtsbeamten in Hamburg zwei Personen gab, die zu diesem Personenkreis zählten. Einer davon war OSR Dr. Walter Behne, der der Organisation „Zur Hanseatentreue – Große Landesloge der Freimaurer von Deutschland“ vom 29.1.1923 bis zum 15.8.1931 angehört hatte. Zu Walter Behne, der Oberschulrat für die höheren Schulen war, wurde festgehalten: „Er ist aus der Organisation auf eigenem Antrag ausgeschieden und ihm ist ein Entlassungsschein unter dem 15. August 1931 ausgestellt. Oberschulrat Dr. Behne gehört seit Dezember 1931 der NSDAP an, außerdem der SA, in der er den Rang eines Truppführers einnimmt. Es bestehen keine Bedenken dagegen, OSR Dr. Behne weiterhin in der Tätigkeit eines Schulaufsichtsbeamten zu belassen.“¹¹

Walter Behne blieb tatsächlich in seinem Amt und war unter den Oberschulräten für die höheren Schulen derjenige, der schon vor 1933 der NSDAP beigetreten war.¹²

Bei Dietrich Ossenbrügge verhielt es sich anders. Das Schreiben an das Staatsamt war von Karl Witt unterzeichnet worden, der mit Ossenbrügge seit Jahren eng verbunden war und kein Interesse daran hatte, Ossenbrügge als Schulrat in der Behörde zu verlieren. Über Ossenbrügge wurde gemeldet:

„Dieser hat einer logenähnlichen Organisation, nämlich der Organisation ‚Zur siegenden Wahrheit‘ in Cuxhaven von 1903–1904 angehört, bei ihr aber kein Amt und keinen Hochgrad bekleidet und überhaupt keinen Grad innegehabt. Er ist nach seiner Angabe aus der Organisation durch freiwilligen Austritt ausgeschieden, weil der Betrieb, über den er bei seiner Aufnahme im Unklaren geblieben war, seinem völkischen Empfinden widersprochen habe. Schulrat Ossenbrügge ist als früheres Mitglied des Stahlhelms 1936 in die NSDAP überführt worden. Da Schulrat Ossenbrügge in irgendeiner Bindung zur logenähnlichen Organisation seit Jahrzehnten nicht gestanden hat und gegen seine Zuverlässigkeit nichts einzuwenden ist, so habe ich auch bei ihm nicht das mindeste Bedenken gegen seine Belassung in der Stellung eines Schulaufsichtsbeamten. Ich bitte, dem Herrn Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung in diesem Sinne zu berichten und bei ihm darum nachzusuchen, daß er nach Einholung der Zustimmung des Stellvertreters des Führers sein Einverständnis dazu erteilt, die genannten Beamten in ihrem bisherigen Wirkungskreise zu belassen.“¹³

Der „Stellvertreter des Führers“ entschied anders. Oscar Toepffer, Leiter des Staatsamtes, das für alle Personalien zuständig war, teilte Karl Witt am 11.9.1937 mit, dass das Reichsministerium an den Reichsstatthalter Karl Kaufmann am 9.9.1937 geschrieben hatte: „Der Stellvertreter des Führers hat mich gebeten dafür Sorge zu tragen, daß der Schulrat Ossenbrügge aus dem Schulaufsichtsdienst entfernt wird, da er politisch ungünstig beurteilt wird.“¹⁴ Toepffer bat Witt um umgehende Äußerung. Und Karl Witt erklärte intern, wie verfahren werden könnte. Justiziar Dr. Schultz vermerkte: „Das Staatsamt steht auf dem Standpunkt, dass die Anordnung des Ministers vom 9. September betreffend Schulrat Ossenbrügge nicht dadurch erfüllt würde, dass Ossenbrügge unter Belassung in der Stelle eines Schulrates lediglich aus dem eigentlichen Schulaufsichtsdienst herausgezogen wird unter Enthebung von dem Amt des Leiters eines Schulkreises und unter Übertragung anderer Amtsgeschäfte (Vorerarbeitung von Schulneubauten, insbesondere im neuhamburgischen Gebiet).“¹⁵ Offenbar gab es in dieser Angelegenheit eine einvernehmliche Kommunikation zwischen Witt, Toepffer und Kaufmann. Am Ende wurde Ossenbrügge auf eine Stelle als Mittelschullehrer versetzt, damit seine Besoldung erhalten blieb. Er wurde beauftragt, sich um Schulneubauten zu kümmern.¹⁶

Dietrich Ossenbrügge selbst wurde auf zwei Wegen aktiv. Einmal schrieb er an Rudolf Hess:

„Durch den anliegenden politischen Lebenslauf glaube ich den Beweis erbracht zu haben, dass meine politische Zuverlässigkeit allgemein nicht in Zweifel gezogen werden kann. Dabei lasse ich meine kurze Zugehörigkeit zu einer logenähnlichen Verbindung im Jahre 1904 unerwähnt, weil – wie ich hörte – diese Verirrung vor 33 Jahren, die innerhalb eines Jahres durch freiwilligen Austritt wieder gut gemacht wurde, auch höheren Ortes – Präsidium der Behörde und Reichsstatthalterschaft – als nicht belastend angesehen wurde.“ Ossenbrügge verwies darauf, dass sowohl sein Dienstvorgesetzter Karl Witt als auch Reichsstatthalter Karl Kaufmann es unterstützen, die Maßnahme gegen ihn „einer Nachprüfung zu unterziehen“. Ossenbrügge schrieb: „Ich glaube das tun zu dürfen, weil meines Erachtens der Gau Hamburg der NSDAP gegen mich keine Bedenken erhoben hat und auch nicht erheben wird, und weil ich nach wie vor davon überzeugt bin, dass der mich belastende Bericht, der aus dem Gau Hannover-Ost stammen soll, einer eingehenden Prüfung nicht standhält. Abgesehen davon, dass ich die Unterstellungen nicht kenne, die man gemacht hat, glaube ich Verwahrung dagegen einlegen zu müssen, dass ein Gau, dem ich nie angehört und in dessen Neugebiet (Cuxhaven, Amt Ritzebüttel) ich schon seit dreieinhalb Jahren nicht mehr meinen Wohnsitz habe, ein politisches Urteil über mich fällt, das mich grundlos meiner politischen Ehre beraubt. Als Pg. nehme ich den Vorwurf der politischen Unzuverlässigkeit nicht stillschweigend und unwidersprochen hin. Aus diesem Grunde habe ich auch den Herrn Reichsstatthalter gebeten, ein beschleunigtes Parteigerichtsverfahren gegen mich anstrengen zu wollen. Der Herr Reichsstatthalter hat dem Präsidenten meiner Behörde bereits mitgeteilt, dass er es mir überlasse, das Verfahren gegen mich zu beantragen.“¹⁷

Während Dietrich Ossenbrügge weiter in der Schulverwaltung arbeitete, befasste sich das Gaugericht mit dem Antrag von Ossenbrügge. Oscar Toepffer vermerkte dazu: „Nach Prüfung der Unterlagen kommt das Gaugericht zu dem Ergebnis, dass für die von dem Pg. Ossenbrügge beantragte Durchführung eines Parteigerichtsverfahrens zur Wiederherstellung seiner Ehre kein Anlass vorliegt, da es sich bei der Anordnung des Stellvertreters des Führers um eine Maßnahme handelt, die sich ausdrücklich nur auf die staatliche Stellung und Beschäftigung des Pg. Ossenbrügge erstreckt. Die Parteizugehörigkeit und die Ehre des Pg. Ossenbrügge werden durch diese innerdienstliche Maßnahme nicht berührt.“¹⁸

Oscar Toepffer schlug vor, eine politische Beurteilung Ossenbrüggens durch den Gau Hamburg der NSDAP herbeizuführen und dann, nach der zu erwartenden positiven Beurteilung, Ossenbrügge erneut als Schulrat zu bestellen.¹⁹

So wurde verfahren. Am 6.1.1942 verfügte Reichsstatthalter Kaufmann, Dietrich Ossenbrügge wiederum zum Schulrat zu ernennen und in die freie Stelle eines Schulrats einzuweisen. Allerdings: „Die Schulverwaltung wird ersucht, den Schulrat

Ossenbrügge auch ferner im Verwaltungsdienst unter Ausschluss der unmittelbaren Schulaufsicht zu verwenden.“²⁰

Das nennt man Gesichtswahrung.

Dietrich Ossenbrügge stellte den Antrag, zum 1.11.1944 in den Ruhestand versetzt zu werden. „Gleichzeitig übermittelte Ossenbrügge eine Bescheinigung des Ortsbauernführers in Barnkrug, aus der sich ergab, dass Schulrat Ossenbrügge nach seiner Pensionierung zweckmäßigen und kriegswichtigen Arbeitseinsatz auf seinem väterlichen Hof leisten könnte.“²¹ Intern hatte der neue Justiziar, Hasso von Wedel, vermerkt: „Schulrat Ossenbrügge wird im kommenden Monat 66 Jahre. Aus den dort bekannten Gründen darf er im Schulaufsichtsdienst nicht verwandt werden. Den Anforderungen seines Referates – Bausachen und Raumbewirtschaftung in der Schulverwaltung – war er unter den besonders schwierigen Verhältnissen nach den Luftangriffen im vorigen Jahr nicht mehr voll gewachsen. Dieses Referat mußte ihm daher genommen werden. Er war zuletzt nur noch mit einem Sonderreferat verhältnismäßig unwichtiger Angelegenheiten, die im Zuge der augenblicklichen Einsparungen im wesentlichen stillgelegt werden, beschäftigt. Schulrat Ossenbrügge ist nach meiner pflichtgemäßen Überzeugung für die Dauer unfähig, die Amtspflichten eines Schulrats voll zu erfüllen.“²²

Dem letzten Leiter der Schulverwaltung in der NS-Zeit, Prof. Ernst Schrewe, blieb es überlassen, einen wertschätzenden Brief an Dietrich Ossenbrügge zu schreiben: „Bei ihrem Übertritt in den Ruhestand ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen für Ihre langjährigen treuen Dienste und Ihre Leistungen als Lehrer und Schulrat meinen persönlichen und der Schulverwaltung Dank auszusprechen. Trotz vieler Widrigkeiten, die Sie trafen, haben Sie sich immer wieder mit ganzer Kraft als Lehrer und Verwaltungsmann den Ihnen gestellten Aufgaben gewidmet und niemals Liebe und Begeisterung und innere Verbundenheit mit der Schule durch äußere Verhältnisse sich lockern lassen. Ich habe es persönlich sehr bedauert, daß ich durch die Entwicklung der Verhältnisse gezwungen war, die von Ihnen verwalteten Aufgaben auf andere Schultern zu verlagern. Ich freue mich zu hören, daß Sie in Ihrem Ruhestand nunmehr eine andere schöne und kriegswichtige Aufgabe, die Sie persönlich befriedigt, in der Verwaltung eines Hofes gefunden haben. Ich wünsche Ihnen herzlich, daß Sie sich noch lange Jahre dieser schönen Aufgabe widmen können und Ihnen die Gesundheit erhalten bleibt.“²³

Während der Entnazifizierungsverfahren, die für Dietrich Ossenbrügge persönlich unproblematisch waren, verwendete sich Ossenbrügge in meinen Augen in unrühmlicher Weise.

So trat er als Entlastungszeuge mit eidesstattlicher Erklärung und persönlichem Schreiben für den ehemaligen Senator Karl Witt ein. Ossenbrügge wurde dabei von

Rechtsanwalt Samwer aus der Sozietät Samwer und Bucerius als ein Mann bezeichnet, „der bei dem Nationalsozialismus in Hamburg einen besonders schlechten Ruf hatte, weil er einer Freimaurerloge angehört hatte“. Das konnte man 1952 so einfach wahrheitswidrig behaupten. Und Ossenbrügge produzierte das, was als Prototyp eines „Persilscheins“ jener Tage gelten kann. Er schrieb an Witt, „Mein lieber Karl“, am 16.12.1952:

„Nachdem der deutschnationale Stavenhagen als Senator der Baubehörde abserviert worden war, kamst Du als zweiter an die Reihe. Für mich war das keine Überraschung, wußte ich doch, daß in der Schulbehörde Kreise um OSR Dr. Behne im Senat und im Reichsministerium von Anfang an stark gegen Dich intrigierten.

Auch Quertreibereien durch den NS-Lehrerbund und die Führung der HJ mögen die Partei zu Deiner Ausbootung veranlaßt haben.

Erinnerst Du Dich noch, wie Du mir damals voll Erbitterung erklärtest: ‚Ich haue ab und schmeiße den Nazis den ganzen Kram vor die Füße.‘ Ich sagte Dir, daß ein solcher Entschluß übereilt und unklug sei. Du würdest ja gerade damit erfüllen, was die Nazis wollten, Dich billig ganz loszuwerden. Auch mußtest Du Rücksicht nehmen auf Deine Getreuen in der Schulverwaltung und der Lehrerschaft, denn was sollte aus dem ganzen Erziehungswerk in Hamburg werden, wenn ein 150 % iger an die Spitze der Schulverwaltung gesetzt würde? Man wollte den unbequemen Witt loswerden.“²⁴

Alte Kameraden schrieben sich in der Not. Schließlich hatte Karl Witt in der NS-Zeit auch Dietrich Ossenbrügge geholfen.

Ossenbrügge starb am 30.9.1956.²⁵

Das Kondolenzschreiben von OSR Franz Jürgens an Emma Ossenbrügge vom 4.10.1956 lautete:

„Mit Trauer habe ich Ihre Nachricht erhalten, daß Ihr lieber Mann einem Herzschlage erlegen ist. Er hat als Lehrer und als Schulrat seine besten Kräfte für die Schule und die ihr anvertrauten Kinder eingesetzt. Daran denken wir in der Schulbehörde mit Dankbarkeit zurück und erinnern uns des Verstorbenen mit Hochachtung. Seien Sie versichert, daß alle Mitarbeiter der Schulbehörde, die Ihren Mann gekannt haben, an Ihrer Trauer und an der Trauer Ihrer Familie herzlich teilnehmen.“²⁶

Anmerkungen

1 Personalakte Ossenbrügge, StA HH, 361-3_A 2192

2 Ebd.

3 Personalakte a. a. O.

4 Schreiben vom 27.10.1916, Personalakte a. a. O.

5 Personalakte Bruno Peyn, StA HH, 361-3_A 1067

- 6 Personalakte Karl Witt, StA HH, 361-3_A 47. Siehe auch die Biografie Witt, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 88ff.
- 7 Siehe Hamburgisches Lehrerverzeichnis von 1935/36, bearbeitet vom NSLB, S. 119ff.
- 8 Personalakte a. a. O.
- 9 Personalakte a. a. O.
- 10 Laut dem von ihm ausgefüllten Fragebogen vom 8.1.1946, Personalakte a. a. O.
- 11 Personalakte a. a. O.
- 12 Siehe auch die Biografie Walter Behne, in: de Lorent 2016, S. 457ff.
- 13 Personalakte a. a. O.
- 14 Personalakte a. a. O.
- 15 Ebd.
- 16 Vermerk Witt vom 27.9.1937, Personalakte a. a. O.
- 17 Personalakte a. a. O.
- 18 Schreiben vom 31.1.1941, Personalakte a. a. O.
- 19 Ebd.
- 20 Vermerk Kaufmanns vom 6.1.1942, Personalakte a. a. O.
- 21 Vermerk von Hasso von Wedel vom 8.8.1944, Personalakte a. a. O.
- 22 Vermerk vom 7.8.1944, Personalakte a. a. O. Das Schreiben war von Ernst Schrewe unterzeichnet, aber von von Wedel verfasst.
- 23 Schreiben vom 13.9.1944, Personalakte a. a. O.
- 24 Personalakte Witt, a. a. O.
- 25 Personalakte a. a. O.
- 26 Personalakte a. a. O.
- 27 Personalakte a. a. O.
- 28 Personalakte a. a. O.

Karl Himstedt

„Er hat sich jedoch gegen die nationalsozialistische Herrschaft niemals auch nur im geringsten gesträubt oder irgendwelche Kritik geübt, war also ein gefügiges Werkzeug.“

Wie schwer es ist, Personen nur nach Daten und formalen Kriterien zu beurteilen, zeigt der Fall Karl Himstedt, der schon im März 1926 in die NSDAP eintrat. Himstedt war schon im August 1930 Leiter der kleinen Volksschule in Rönneburg geworden. In der NS-Zeit wurde er Kreisschulrat in Harburg und erhielt nach 1945 viele positive Leumundszeugnisse. Seine frühe Parteimitgliedschaft sowie die Funktionen in der NSDAP und im NSLB belasteten ihn schwer und führten zur Internierung im Lager Neumünster. Im Entnazifizierungsverfahren mussten dann die positiven Rückmeldungen über Karl Himstedt mit seiner formalen Belastung konfrontiert werden.

Karl Himstedt wurde am 4.4.1887 in Hannover geboren. Sein Vater war dort Eisenbahn-Werkführer. Himstedt besuchte von 1893 bis 1901 die Volksschule in Hannover, anschließend die dortige Präparandenanstalt. Danach ging er in Verden an der Aller auf das Lehrerseminar und legte im Februar 1907 die erste Lehrprüfung ab. Die zweite Lehrprüfung bestand er 1911 in Uelzen, nachdem er in der Dorfschule Lefitz bei Clenze im Kreis Lüchow beschäftigt gewesen war. Anschließend arbeitete er in Zasenbeck bei Lüneburg. In seinem handgeschriebenen Lebenslauf wies Himstedt darauf hin, dass er „gleichzeitig in der Jugendpflege und als erster Turnwart im Männerturnverein Clenze tätig war, im Nebenamt auch an der ländlichen und an der gewerblichen Berufsschule.“¹

Seine Lehrerarbeit in Zasenbeck war verbunden mit der dortigen Organistenstelle.²

Zu Beginn des Krieges verwaltete Karl Himstedt parallel zwei Dorfschulen, bis er im Juni 1915 selbst „ins Feld rückte“, wie er schrieb.³

Im Kriegsdienst hatte er „den Vormarsch in Polen und Russland mitgemacht“ und „nach Beendigung der Offensive an der Ostfront an der Westfront gekämpft“. Ein siebenmonatiger Lazarettaufenthalt beendete 1917 seinen Kriegseinsatz.⁴

Seit 1919 war Karl Himstedt verheiratet und bekam mit seiner Frau zwei Söhne. 1930 bewarb sich Karl Himstedt an der Schule Rönneburg bei Harburg als erster Lehrer und Schulleiter, „wegen seiner Söhne“ wollte er in der Nähe einer Stadt wohnen. Zum 1.8.1930 erhielt er die Stelle in Rönneburg.⁵

Über seine Parteimitgliedschaft schrieb Karl Himstedt im späteren Entnazifizierungsverfahren: „Am 1.3.1926 wurde ich Mitglied der NSDAP unter der Nummer

31 276. Die NSDAP hielt ich für die Partei, der es gelingen würde, Deutschland aus der politischen und wirtschaftlichen Not zu retten. Ich war lediglich nominelles Mitglied. 1930 forderte die Partei von mir Aktivität. Da ich neben meiner Arbeit in der Schule und im Lehrerverein ihr nicht dienen konnte, kam es zwischen mir und der Partei zu Differenzen. Von 1920–1933 war ich Vorsitzender eines Lehrervereins, Mitglied des Bezirkslehrrates bei der Regierung in Lüneburg, Leiter einer Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung auf die zweite Lehrerprüfung und als solcher Mitglied des Prüfungsausschusses für die zweite Prüfung. Da ich diese Tätigkeit nicht aufgeben oder einschränken wollte, trat ich am 1.10.1931 aus der Partei aus. Im Juni 1933 kam die Gleichschaltung der Lehrervereine im NSLB. Unser Lehrerverein wurde ein Abschnitt des Kreisvereins. Aus dem Vorsitzenden wurde ein Kreishauptstellenleiter, ohne daß eine besondere Ernennung stattfand. Im Juni 1933 trat ich wieder in die NSDAP ein, ich erhielt die Nummer 2 625 240.“⁶



Karl Himstedt, 1933

Karl Himstedt wurde dann am 13.10.1934 zum Rektor in Harburg-Wilhelmsburg ernannt und war vorgesehen für eine Stelle im Schulaufsichtsdienst. Die Bewährung als Rektor war Voraussetzung dafür, ihm eine kommissarische Stelle als Schulrat in Harburg zu übertragen. Himstedt hatte sich offenbar bewährt und wurde zum 1.10.1935 vertretungsweise mit der Verwaltung des Schulaufsichtskreises Harburg betraut. In einem Bericht vom 2.4.1936 über diese kommissarische Arbeit wurde festgestellt: „Himstedt arbeitet in engster Verbundenheit mit der NSDAP. Im Schreiben der Gauleitung wird erneut bezeugt, dass gegen Himstedt in politischer Hinsicht keine Bedenken bestehen.“⁷

Im Befähigungsbericht vom 31.3.1936 schrieb Regierungs- und Schulrat Behrens:

„Er führt dieses Amt nunmehr ein halbes Jahr. Da er als Lehrer nur an wenig gegliederten Schulen gearbeitet hatte und darauf nur ein Jahr hindurch die Leitung einer 8-klassigen Volksschule in Harburg-Wilhelmsburg geführt hat, waren ihm wesentliche Teile der Verwaltungsarbeit zunächst nicht geläufig. Seine Berichte haben an Zuverlässigkeit, Sicherheit und Bestimmtheit ständig gewonnen und können nunmehr als ausreichend bezeichnet werden.“ Himstedt habe sich „erneut als tüchtiger Schulmann erwiesen. Wo immer er in dem Unterricht eingegriffen hat, hat er den Lehrern und Lehrerinnen durch seine Gabe, mit Kindern umzugehen und durch sein Unterrichtsgeschick, gute Vorbilder für ihre erzieherische und unterrichtliche Arbeit gegeben.“ Es habe sich allerdings auch gezeigt, „dass der Kreisschulrat die Aufgabe, den Lehrern Beispiel und Anregung zu geben, noch einseitig bevorzugte, dass er aber die andere Aufgabe, nüchtern zu prüfen, ob und wie weit jeder Lehrer

seine Pflicht getan, welche Ergebnisse seine Arbeit erzielt hat, in welchem Maße die Schule im ganzen ihren Aufgaben gerecht geworden und auch rein äußerlich alles in Ordnung ist, zu sehr in den Hintergrund hat treten lassen.“⁸

Im Weiteren hieß es: „Das Verhältnis Himstedts zu seiner Lehrerschaft ist das eines freundlichen und gütigen Führers, der gern bereit ist, das vorhandene Gute anzuerkennen und zum wachsen zu bringen, der aber auch schon gelernt hat, dass Schlechtes beschnitten und unterdrückt werden muss.“

Abschließend schlug Regierungsrat Behrens vor, Himstedt endgültig zu bestellen, sein Hinweis: „Unter den Schulleitern sind Männer von besonderer Tüchtigkeit und auch Männer von lebhaftem Temperament und starkem Geltungsbedürfnis. Der Kreisschulrat, der hier erfolgreich nicht nur das Vorhandene bewahren, sondern auch in die Zukunft hinein Neues gestaltend wirken will, muss außer einem tieferen und umfangreichen Fachwissen und reichen pädagogischen Können, hervorragende organisatorische Fähigkeiten besitzen. Er muss überdies, wenn er, wie bei Himstedt der Fall, aus der Reihe der dortigen Schulleiter hervorgegangen ist, eine besonders starke und überlegene Führernatur sein.“⁹

Am 12.12.1936 wurde Karl Himstedt dann endgültig Kreisschulrat für Harburg I.¹⁰

Vorher hatte Himstedt noch einmal aufgeschrieben: „Vom völkischen Schutz- und Trutzbund bin ich im März 1926 zur NSDAP gekommen.“ Er war Kreisamtsleiter der Kreisleitung der NSDAP Harburg.“¹¹

1945 sah es für ihn dann alles ganz anders aus. Am 22.5.1945 wurde Karl Himstedt vom Dienst entbunden, weil er bereits vor dem 1.4.1933 NSDAP-Mitglied gewesen war. Am 18.6.1945 wurde er auf Anordnung der Britischen Militärregierung entlassen, am 7.5.1945 in Haft genommen und dann im Internierungslager Neumünster verwahrt.¹²

Über seine Ämter in der NSDAP und in NSLB schrieb Himstedt im Entnazifizierungsverfahren:

„Da die politische Leitung der Lehrerschaft Aufgabe der Kreisamtsleiter war, beschränkte sich meine Vereinsarbeit seit 1933 auf die berufliche Weiterbildung der Kollegen und Kolleginnen. In einer Reihe von Arbeitsgemeinschaften habe ich der Lehrerfortbildung, die mir seit meiner Ernennung zum Schulrat besonders am Herzen lag, gedient. Als Harburg 1938 nach Hamburg kam, konnten wir uns hier in Harburg auf die Arbeit in Heimatkunde, Biologie (Schulgarten) und Leibesübungen beschränken, denn Hamburg hatte die Lehrerfortbildung zentralisiert und hervorragend ausgebaut.“

1942 wurde der NS-Lehrerbund aufgelöst. 1943 wurde ich mit der Vertretung des im Osten gefallenen Kreisschulungsleiters Bremer beauftragt. Da die Schulung zu der Zeit schon ruhte (keine Redner, keine Versammlungsräume, keine Zuhörer

wegen der stetig zunehmenden Alarme), habe ich in dieser Dienststellung keine Arbeit gehabt. Im Sommer 1943 setzte dann im verstärkten Maße die Kinderlandverschickung ein, für die ich in engster Zusammenarbeit mit dem Beauftragten der Schulverwaltung, dem Oberstudienrat Dr. Sahrhage bis zum Ende des Krieges in meinem Kreise tätig war.“¹³

Karl Himstedt war 21 Monate in der Internierung und konnte erst danach das Entnazifizierungsverfahren absolvieren.

Zwischenzeitlich verwendete sich ein ehemaliger Mitarbeiter von Karl Himstedt in einem Schreiben an den Kommandanten des Internierungslagers Neumünster für Himstedt. Ernst Tausendfreund schrieb: „Ich bin ehemaliger politischer Gefangener, Ausweisnummer des Komitees 3171. Ich war zehn Jahre bei der Schulverwaltung in Hamburg-Harburg tätig, wurde von einem Mitarbeiter denunziert, am 30. August 1944 von der Gestapo verhaftet, in Untersuchungshaft gebracht und vor das Hamburger Sondergericht gestellt. Meine Anklage lautete auf Wehrmachtszersetzung und Feindbegünstigung.

Mein Vorgesetzter, der damalige Schulrat Himstedt, hat nichts unversucht gelassen, um mich aus der Untersuchungshaft zu befreien. Seine Eingabe im Dezember 1944 an den Generalstaatsanwalt war von Erfolg. Am 21. Dezember 1944 wurde ich aus der Haft entlassen und mein Fall von dem Sondergericht an das Oberlandesgericht zur Aburteilung überwiesen. In der Hauptverhandlung am 6. März 1945 haben alle von der Staatsanwaltschaft geladenen Belastungszeugen unter Einfluss des Himstedt zu meinen Gunsten ausgesagt, so dass der Staatsanwalt selbst meine Freisprechung beantragte. Ich bin Herrn Himstedt zu großem Dank verpflichtet und wäre Ihnen, Herr Kommandant, dankbar verbunden, wenn Sie Himstedt aus der Haft entlassen würden. Jedenfalls würde dieses keinen Unwürdigen treffen.“¹⁴

Für Karl Himstedt setzte sich nach dessen Entlassung aus der Internierung auch Oberschulrat Fritz Köhne ein:

„Herr Himstedt war ein tüchtiger Schulmann, dem das Wohl der Schule, ihrer Kinder und Lehrer sehr am Herzen lag. Mit seinem lebendigen Temperament lehnte er die Machtansprüche der Partei und HJ an die Schule ab. Im persönlichen Umgang war er sehr angenehm und trat nie als aktiver Nationalsozialist in Erscheinung. In seinem Wort und Wesen war er offen und ehrlich, von anständiger Gesinnung und warmherziger Hilfsbereitschaft. Nichtparteilichem Mitgliedern im Schulkollegium und in der Lehrerschaft seines Kreises stand er unvoreingenommen gegenüber und erkannte eine ehrliche Andersmeinung und charaktervolle Leistung ohne weiteres an. Es lag seiner Natur fern, sich über andere zu erheben, zu denunzieren oder sich auf Kosten anderer einen Vorteil zu verschaffen.

Ohne Zweifel hat sich Herr Himstedt zur nationalsozialistischen Idee bekannt, seine natürliche Menschlichkeit und Güte hat er dabei nicht verloren. Er war gewiß kein politischer Kämpfer, sondern nur ein gutgläubiger Mensch, der durch die nationalsozialistische Wirklichkeit zu einer leidvollen tiefen Einsicht gekommen ist.“¹⁵

Anders akzentuiert argumentierten die Mitglieder des Beratenden Ausschusses für Oberbeamte, die Oberschulräte Johannes Schult, Karl Hoffmann und Emmy Beckmann: „Herr Himstedt hat sich, wie durch Nachfrage insbesondere bei denen, die seine Tätigkeit während der nationalsozialistischen Herrschaft genau kennen, ergeben hat, niemals in parteipolitischen Sinne in seiner Amtsführung betätigt. Er ließ sich nur von sachlichen und menschlichen Erwägungen leiten und handelte objektiv. Aus mehrfachen Vernehmungen, die der Beratende Ausschuss und der Referent der Schulbehörde vorgenommen haben, wird dieser Eindruck bestätigt. Himstedt kann nicht als aktiver Nationalsozialist bezeichnet werden.

Andererseits hat Himstedt sich jedoch gegen die nationalsozialistische Herrschaft niemals auch nur im geringsten gestäubt oder irgendwelche Kritik geübt, war also ein gefügiges Werkzeug. Er macht den Eindruck eines gehorsamen Beamten ohne ausgesprochene eigene Stellungnahme, bietet also nicht die Gewähr, daß er in einer unsicheren politischen Lage als Schützer der Demokratie auftreten würde. Ihn wieder als Lehrer in der Schule zu verwenden, ist nicht tunlich, da er die Gewähr, Kinder im demokratischen Geiste zu erziehen, nicht bietet. Er ist von 1926–1931 und dann wieder von 1933 bis 1945 Mitglied der NSDAP gewesen. Die frühe Mitgliedschaft steht seiner Wiederbeschäftigung im Wege. 1931 ist er nicht aus Überzeugungsgründen ausgetreten, wie er selbst sagt, sondern nur, weil es von der damaligen Regierung verboten war, der Partei anzugehören.

Himstedt ist unter der nationalsozialistischen Herrschaft zum Rektor und dann zum Schulrat ernannt worden. Diese Ernennungen müssen wieder rückgängig gemacht werden. Er ist in den Stand vor 1933 zurückzusetzen. Damals war er Lehrer und Schulleiter im Kreis Lüneburg.

Seine anständige Gesinnung und sein objektives Verhalten im Dienst lassen es zulässig erscheinen, ihn als Volksschullehrer in den Ruhestand zu versetzen. Er ist 60 Jahre alt. Der Beratende Ausschuß schlägt vor, ihm unter Entbindung von jeder Dienstleistung das Ruhegehalt als Volksschullehrer zuzubilligen.“¹⁶

Interessant dabei auch, dass Himstedt vor dem Beratenden Ausschuss den wahren Grund für den Austritt aus der NSDAP 1931 zugab, nämlich das damalige Verbot für Beamte, dieser Partei anzugehören und keine Differenzen vorschob, wie in seiner zitierten schriftlichen Erklärung.

An den Berufungsausschuss 3 gewandt, hatte OSR Schult am 15.4.1948 noch einmal bekräftigt: „Die Schulbehörde kann Himstedt nicht wieder verwenden. Seine

langjährige Mitgliedschaft in der NS-Bewegung schon vor 1933 zeigt, daß er Nationalsozialist ist, und es ist nicht anzunehmen, daß er seine Haltung inzwischen aufgegeben hat. Seine Versetzung in den Ruhestand im Range eines Volksschullehrers kann jedoch befürwortet werden.“¹⁷

Mit leichter Verbitterung schrieb Karl Himstedt am 11.11.1948 an das Sekretariat des Staatskommissars für die Entnazifizierung, mit dem Ziel, wieder eingestellt zu werden: „Meine ganze Arbeit gehörte immer der Schule und der Jugend. Ich möchte daher wieder in der Schule tätig sein.“ Und Himstedt wies darauf hin: „Bei meiner geschwächten Gesundheit ließ der Vertrauensarzt des Arbeitsamtes nur leichte Innenarbeit für mich zu, die mir das Arbeitsamt jedoch nicht zuweisen konnte. So bin ich bis heute arbeitslos. Meine wirtschaftliche Lage ist schlecht, besonders jetzt nach der Geldreform. Mein Sohn befindet sich noch in der Berufsausbildung.“¹⁸

Unter Vorsitz des für milde Urteile bekannten Dr. Kiesselbach fasste der Berufungsausschuss am 15.12.1948 den Beschluss, Himstedt mit den Pensionsbezügen eines Volksschullehrers in den Ruhestand zu versetzen. Er wurde in Kategorie IV eingestuft. Begründung:

„Himstedt ist insofern belastet als er von 1926–1931 und später wieder ab 1.5.1933 Mitglied der Partei war und von 1933–1942 das Amt eines Kreishauptstellenleiters bekleidet hat. Ihm ist zugute zu halten, daß er nach dem Verbot der Partei ausgetreten ist und daß er bereits seit 1920 Vorsitzender eines Lehrervereins war und als solcher dann auch das Amt des Kreishauptstellenleiters übertragen erhielt. Die vorliegenden Unterlagen ergeben, daß er politisch niemals hervorgetreten ist, sondern sich menschlich, anständig und zurückhaltend verhalten hat. Daß er angesichts seiner Belastung heute nicht mehr als Rektor verwandt werden könnte, ist ihm klar. Der Ausschuß hätte keine Bedenken gehabt, ihn zunächst als Lehrer wieder einzustellen. Da aber in drei Jahren ohnehin das pensionsfähige Alter erreicht sein würde, glaubte der Ausschuß dem Wunsche des Herrn Himstedt, schon jetzt in den Ruhestand zu treten, entsprechen zu können.“¹⁹

Mit dem Gesetz zum Abschluss der Entnazifizierung vom 4.7.1953 wurde Karl Himstedt als Entlasteter in Kategorie V überführt. Dr. Otto Hattermann, Schulrat in Harburg, verfasste ein Gutachten über Karl Himstedt:

„Herr Himstedt wurde am 1.10.1934 Schulleiter der Schule Buddestraße 25. Ich selbst unterrichtete damals an der Nachbarschule, Rahmwerderstraße, und lernte Herrn Himstedt persönlich kennen. 1936 wurde Herr Himstedt Schulrat des jetzigen Kreises. Herr H. war wohl überzeugter Nationalsozialist, aber meines Wissens hat er keinem Lehrer geschadet, der der Bewegung skeptisch gegenüberstand. Es sind im Gegenteil Beweise dafür vorhanden, dass er sich schützend vor Kollegen

stellte, die aufgrund ihrer Einstellung in Schwierigkeiten gerieten. Er selbst galt als guter Schulpraktiker, der auch die fachlichen Leistungen der Lehrer wohl zu beurteilen wusste. Ich erinnere mich, dass Herr Himstedt als Schulrat den Hauptlehrer Gericke, der der NSDAP nicht angehörte, während des Krieges zum Schulleiter der Schule Buddestraße ernannt hat. Herr H. wusste fachliche Qualitäten der Lehrer zu schätzen und zeigte Verständnis für die Nöte und Schwierigkeiten des einzelnen. In persönlichen Besprechungen war er ein wohlwollender und freundlicher Vorgesetzter. Ich habe den Eindruck, dass Herr Himstedt sein Amt als Schulrat als solider Praktiker wohl ausfüllen konnte und von dem grössten Teil der Lehrerschaft durchaus geschätzt wurde.“²⁰

Daraufhin unterschrieb Landesschulrat Ernst Matthewes eine Stellungnahme der Behörde, Karl Himstedt die Pension eines Rektors zuzubilligen. Die Frage im Formular: „Sind Einstellung, Ernennung oder Beförderungen mit Rücksicht auf enge Verbindung zum Nationalsozialismus vorgenommen?“, wurde verneint.²¹

Schon kühn, bei jemandem der 1926 in die NSDAP eingetreten war, bei aller Wertschätzung für sein persönliches Verhalten im Umgang mit Andersdenkenden.

Karl Himstedt starb am 30.9.1969.²²

Anmerkungen

- 1 Personalakte Himstedt, StA HH, 361-3_A 1496
- 2 Ebd.
- 3 Ebd.
- 4 Personalakte a. a. O.
- 5 Personalakte a. a. O.
- 6 Entnazifizierungsakte, StA HH, 221-11_X 1701
- 7 Personalakte a. a. O.
- 8 Personalakte a. a. O.
- 9 Personalakte a. a. O.
- 10 Personalakte a. a. O.
- 11 Lebenslauf vom 3.11.1934, Personalakte a. a. O.
- 12 Personalakte a. a. O.
- 13 Schreiben Himstedts v. 12.6.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 14 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 15 Schreiben vom 21.7.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 16 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 17 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 18 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 19 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 20 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 21 Personalakte a. a. O.
- 22 Personalakte a. a. O.

Johannes Böckenhauer

„Ich habe die festeste Absicht, mit ganzer Kraft mitzuarbeiten an der Heranbildung und Erziehung eines vaterlandsbegeisterten, einsatzbereiten, opferfreudigen Jungdeutschlands im Sinne unseres Führers.“

Ein hindernisreiches Leben absolvierte Johannes Böckenhauer auf dem Weg zum strammen Nationalsozialisten. Es führte ihn zu Funktionen im NSLB-Hamburg und auf eine Schulrats-Position. Sein Leben endete durch ein jähes Unglück.

Johannes Böckenhauer wurde am 26.8.1887 als zweiter von drei Söhnen des Zigarrenfabrikanten Fritz Böckenhauer in Sternberg bei Schwerin geboren. In seinem handgeschriebenen Lebenslauf stellte er fest: „Nach froher und ungetrübter Kinderzeit in Mecklenburg kam die zwangsvolle Enge des Internatsseminars zu Uetersen. Die harte Schule und die geforderten Leistungen unter dem strengen Regiment des Direktors Lic. Kabisch aber stärkten Pflicht- und Selbstbewußtsein.“¹

Im August 1907 bestand er die erste Lehrerprüfung und arbeitete danach in Brodersberg bei Schleswig „als zweiter Lehrer in einer zweiklassigen Schule und hatte etwa 80 Kinder in der Klasse“.²

Johannes Böckenhauer schrieb nicht nur über die Stationen seines beruflichen Weges, sondern nannte auch Mühsal, Gefühle und „Schicksalsschläge“: „Mehr als die körperlichen Entbehrungen bei dem geringen Gehalt (75 M) lasteten die Verlassenheit und geistiges Brachliegen auf mir. Ich ergriff freudig die Gelegenheit, in die Nähe der Großstadt zu kommen. Im Herbst 1908 wurde ich an die dreiklassige Schule in Neuengamme gewählt und trat dadurch in den hamburgischen Volksschuldienst über. Da ich die in der Stadt gebotenen Anregungen zur Fortbildung benutzen wollte, ging ich nach Ablegung des 2. Examens in die Stadt (1911). Ich bereitete mich auf das Studium vor. Eine umständliche, langwierige Bruchoperation und dann der Ausbruch des Krieges unterbrachen meine Arbeit.“³

Der Krieg war für Johannes Böckenhauer folgenschwer: „Im Frühjahr 1915 zog ich ins Feld, um erst im Mai 1920 aus fünfjähriger sibirischer Gefangenschaft heimzukehren. Die ausgestandenen Leiden und Hungerkuren, die Strapazen auf der ein halbes Jahr währenden Flucht und die seelischen Qualen hatten mich so mitgenommen, daß an eine anstrengende, planmäßige geistige Arbeit vorläufig nicht zu denken war.“⁴

1923 war Böckenhauer soweit stabilisiert („fühlte ich mich frisch genug“), um an der Hamburger Universität Nationalökonomie zu studieren (acht Semester) und „dann an die Handelsschule überzugehen. Leider war ich inzwischen zu alt geworden (40 Jahre) und wurde nicht zugelassen.“⁵

Am 30.9.1924 hatte Böckenhauer Alma Kleist geheiratet.

Offenbar setzte Böckenhauer seine Hoffnungen auf die Nationalsozialisten. Am 1.5.1933 trat er in die NSDAP ein (Mitgliedsnummer 3 004 892) und parallel dazu in den NSLB (Nummer 61 754). Zusätzlich wurde er Mitglied im NSV, im Reichsluftschutzbund (RLB) und dem NS-Fliegerkorps (NSFK). Sein Hauptaugenmerk galt dem NSLB, er fungierte als Kreisamtsleiter und Gaustellenleiter der NSLB-Bücherei im Curio-Haus. Später wurde er Vertrauensmann des NSLB in der Kultur- und Schulbehörde, wie er im Fragebogen 1938 angab. Im Curio-Haus kam er mit den NSLB-Führern Willi Schulz und Albert Mansfeld zusammen, die ihn auch beruflich förderten und beförderten.

Böckenhauer, bis dato Lehrer auf der Veddel, wurde am 26.3.1934 mit sofortiger Wirkung zum Schulleiter der Adolf-Hitler-Schule (vorher Volksschule Eilbecktal) ernannt.⁶ Als er die offizielle Bestätigung erhielt, antwortete er Willi Schulz, dem NSLB-Gauamtsleiter und Landesschulrat: „Ich bin selbstverständlich bereit, mein bestes Können und mein ganzes Wollen in den Dienst der Adolf-Hitler-Schule zu stellen. Und wenn es mir gelingen sollte, das Kollegium der Schule in meinem Sinne zu gestalten, glaube ich, daß alle Erwartungen der Behörde erfüllt werden können. Ich habe jedenfalls die festeste Absicht, mit ganzer Kraft mitzuarbeiten an der Heranbildung und Erziehung eines vaterlandsbegeisterten, einsatzbereiten, opferfreudigen Jungdeutschlands im Sinne unseres Führers. Daß mir dieser Wirkungskreis anvertraut wurde, dafür danke ich Ihnen, sehr geehrter Herr Landesschulrat, ergebenst und herzlichst. Heil Hitler!“⁷

Wie Johannes Böckenhauer diese „festeste Absicht“ umsetzte, zeigte eine Ausstellung ein Jahr später. Die Adolf-Hitler-Schule unter Böckenhauers Leitung präsentierte sich unter dem Titel „Nationalsozialistische Bildungsgüter im Dienste der politischen Erziehung“⁸ vor einem geladenen Kreis der Schulverwaltung und der Elternschaft mit einer Ausstellung, „von Schulleiter Pg. Böckenhauer eröffnet, der auf die große verantwortungsvolle Aufgabe hinwies, die kommende Generation im Sinne unseres Führers Adolf Hitler zu erziehen“.⁹

20 Räume waren mit selbst hergestelltem Material hergerichtet, „in dem eine Klasse für eine bestimmte Zeit ein Thema von allen Seiten behandelt. Ein gutes Beispiel dafür bot die Ostland-Ausstellung einer Klasse von Zwölfjährigen. Auch die rassische Zusammensetzung des Ostraumes wurde unter allen bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten besprochen und bildlich dargestellt. In der Raumfolge ‚Blut und Boden‘ war der Rasse ein besonderer Raum gewidmet. Weil jedes Kind – auch in der Rassenfrage – erst einmal an sich selbst denkt, war man hier von der Herkunft der eigenen Familie ausgegangen und hatte dabei sogleich gelernt, aus welchen deutschen Stämmen sich die hamburgische Bevölkerung zusammensetzt.“¹⁰

Und: „Bevölkerung- und Rassefragen, Bauerntum, Berichten und Erinnerungen aus der Kampfzeit der Bewegung ist besonders viel Platz eingeräumt.“¹¹

Da wundert es nicht, dass Johannes Böckenhauer von den Verantwortlichen im NSLB und in der Schulverwaltung geschätzt wurde.

Als 1935 Paul Günther, Schulrat im Volksschulwesen, starb und die Stelle wieder besetzt werden sollte, brachte Albert Mansfeld am 4.6.1935 Böckenhauer ins Spiel: „Ich schlage vor, Johannes Böckenhauer, den Leiter der Adolf-Hitler-Schule. Er hat sich als Nationalsozialist bewährt, arbeitet tatkräftig im NSLB mit, hat gute Fühlung mit der örtlichen Parteiorganisation bekommen, ist tüchtig als Lehrer und Schulmann und ein tadelloser Schulleiter in unserem Sinne.“ „Einverstanden“, vermerkte Willi Schulz am 7.6.1935.¹² Die Ernennung wurde dann von Karl Witt am 6.7.1935 und Senator Wilhelm von Allwörden mit den von Mansfeld formulierten Worten abgezeichnet. Aus der Formulierung „tadelloser Schulleiter in unserem Sinne“ wurde „tadelloser Schulleiter in nationalsozialistischem Sinne“ gemacht.¹³

Die Anforderungen aus Berlin vom „Reichs- und Preussischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“ waren etwas strenger. Mit Schreiben vom 27.11.1935 an Reichsstatthalter Kaufmann wurde zur Ernennung Böckenhauers zum Schulrat festgestellt: „Voraussetzung für die Übernahme in den Schulaufsichtsdienst ist die uneingeschränkte fachliche Eignung des Anwärters. Ich bitte daher einen Bericht der Landesunterrichtsbehörde in Hamburg über die fachliche Eignung des Lehrers Böckenhauer vorzulegen. Dieser Bericht muss sich auf das Ergebnis einer Besichtigung des Anwärters durch den schulfachlichen Sachbearbeiter der Landesunterrichtsbehörde stützen. Die Besichtigung ist jedoch erst vorzunehmen, wenn der Anwärter mindestens vier Monate seine Stelle auftrags- und vertretungsweise verwaltet hat. Dem Bericht sind mehrere Niederschriften des Anwärters über das Ergebnis seiner Schulbesichtigungen aus letzter Zeit beizufügen. Ferner hat der Anwärter ein amtsärztliches Zeugnis über seinen Gesundheitszustand vorzulegen. Ich bitte hiernach um neuen Bericht.“¹⁴



Johannes Böckenhauer,
1933

Ein bisschen mehr als „tadelloser Schulleiter im nationalsozialistischen Sinne“ wurde auf Reichsebene schon erwartet. Daraufhin verfasste Albert Mansfeld einen erneuten Bericht: „Der Pg. Böckenhauer, der mir durch die Mitarbeit im NSLB (Nationalsozialistischer Lehrerbund) als zuverlässiger Nationalsozialist und in seiner Tätigkeit als Schulleiter der Adolf-Hitler-Schule in Hamburg als ausgezeichneter Lehrer und Leiter eines Kollegiums seit einigen Jahren bekannt ist, hat sich mit dem nötigen Einfühlungsvermögen und gutem Geschick in seine Stellung als kommissarischer

Schulrat der Landesunterrichtsbehörde Hamburg eingefunden. Es ist ihm in der Zeit seit dem August des vorigen Jahres dank seiner fachlichen Eignung und persönlichen Hingabe an das neue Amt gelungen, sich das Vertrauen seiner vorgesetzten Dienststellen und der ihm als Schulrat unterstellten Lehrkräfte zu gewinnen. Über seine Auffassung von seinem Amte und über seine Tätigkeit gibt der anliegende, von ihm selbst geschriebene Bericht Auskunft. Ich bitte, nunmehr seine endgültige Anstellung beim Ministerium in Berlin schnellstens bewirken zu wollen.“¹⁵

Und am 26.5.1936 ergänzte Mansfeld: „Führungseigenschaften hervorragend; Leistungen über dem Durchschnitt.“¹⁶

Johannes Böckenhauer hatte über seine NSLB-Funktionen hinaus die Gauführerschule besucht und an zwei Lehrerlagern teilgenommen.¹⁷

Wie vom Reichsministerium gefordert, legte Böckenhauer am 26.1.1936 einen Bericht über seine Arbeit vor, über die Besichtigungen als kommissarischer Schulrat in der Zeit vom 18.11.1935 bis Ende Januar 1936. Böckenhauer hatte die Aufsicht über 30 Volksschulen, zwei Hilfsschulen, eine katholische Gemeindeschule und vier Privatschulen übernommen. In seinem Bericht wurde deutlich, mit welcher Haltung und Zielsetzung er seine Arbeit durchführte. So schrieb er einleitend: „Gleich nach meiner Ernennung zum kommissarischen Schulrat hatte ich Gelegenheit, in einer Versammlung von Schulleitern und HJ-Führern über nationalsozialistische Erziehungsarbeit zu sprechen. Ich konnte in meinem Vortrag den grundlegenden Unterschied der früheren Erziehungs- und Bildungsarbeit und der heutigen in den Schulen aufreißen. Hatten wir vor dem Kriege die Schule des Wissens, in der Nachkriegszeit die des Könnens, so haben wir im nationalsozialistischen Deutschland die Schule des Wollens. Aus dem Willen entspringen Leistung und Tat. Klarstes und schönstes Beispiel der Führer, der sich durch kein Hindernis und durch keine Rückschläge vom gesteckten Ziel abbringen ließ. Darum ist unser Erziehungsziel, die deutsche Jugend zum politischen Wollen zu erziehen, d. h. zu körperlich und geistig gesunden Menschen, die sich mit freudigem Herzen zur deutschen Volksgemeinschaft bekennen und sich stolz und treu einreihen in die Gefolgschaft des Führers.“

Für eine erfolgreiche Arbeit in der Schule ist Voraussetzung, daß das Kollegium nicht nur weltanschaulich ausgerichtet ist, es muß auch eine kameradschaftliche Arbeitsgemeinschaft bilden. Sie zu schmieden und zu leiten ist Aufgabe des Schulleiters. Dieser Geist der Kameradschaft muß dem Schulaufsichtsbeamten auf Schritt und Tritt in der Schule deutlich spürbar sein, sonst ist ihre gedeihliche Gemeinschaftsarbeit in Frage gestellt.“¹⁸

Nach dieser ideologischen Einleitung gab Böckenhauer Einblick in sein pädagogisches Verständnis: „Der Träger alles schulischen Lebens ist die Klasse. Sie ist eine Gemeinschaft. Der Lehrer ist der Führer. Er muß also Führerqualitäten haben.“

Seine geistige und körperliche Überlegenheit allein genügt nicht, damit er als der eigentliche Führer der Klasse anerkannt wird. Er muß die Kinder in ihrem Denken und Fühlen verstehen, ihre Freude und ihr Leid mitfühlen können, ihre kleinen Sorgen und Nöte mitempfinden und ihren Gerechtigkeitsinn nicht verwirren. Dann wird er liebevolles Vertrauen haben und unbedingte Anerkennung. Das frische und frohe Wesen des Lehrers reißt die Klasse mit, und an dem geschäftigen, frohen Eifer der Kinder entzündet sich das Temperament des Lehrers. Da strömt das Fluidum über, und 1000 geheimnisvolle Fäden ziehen sich von Herz zu Herz. – Ob alle mit heißen Köpfen über ihre Arbeit sitzen, ob ein frohes Lachen durch die Klasse braust, ob mit schweißgeröteten Gesichtern um den Sieg gerungen wird, – ein Pulsschlag hämmert in der Klasse, ein Geist durchströmt sie: Kameradschaft! In diesem Sinne ist der schönste Beruf, Klassenlehrer zu sein. Und es ist die schönste Aufgabe des Schulaufsichtsbeamten, dieses Gefühl im Lehrer zu wecken und zu verstärken.“¹⁹

Die Beschreibung seiner Hospitationstätigkeit weist Böckenhauer als durchaus geschickten und leidenschaftlichen Pädagogen aus. Sein Verständnis von der Arbeit als Schulaufsichtsbeamter fasste er abschließend zusammen: „Wie gesagt, ich halte es für meine Hauptaufgabe anzuregen, zu beraten, zu helfen, wegweisend zu sein. Der Schulaufsichtsbeamte ist – bei allem schuldigen Respekt selbstverständlich – der kameradschaftlich denkende Vertreter der Behörde. Er wacht darüber, daß auch der Lehrer der leitende Kamerad der ihm anvertrauten Kinder ist. Er fordert, daß er die deutsche Jugend im nationalsozialistischen Sinne erzieht, daß er sie also körperlich schult, charakterlich festigt und ihnen das erforderliche Wissen vermittelt. Wenn der Lehrer die jugendfrohen Herzen so hinführt zur deutschen Volksgemeinschaft, dann hat er seine Aufgabe erfüllt, und der Schulaufsichtsbeamte wird ihm gern und anerkennend die Hand drücken.“²⁰

Am 20.11.1939 wurde der letzte Befähigungsbericht über Johannes Böckenhauer geschrieben: „Böckenhauer, der sich schon in seiner früheren Tätigkeit als zuverlässiger Nationalsozialist und ausgezeichnete Lehrer und Schulleiter bewährt hatte, hat sich nach seiner Ernennung zum Schulrat auch in sein neues Amt als Schulaufsichtsbeamter mit Hingebung und Geschick gut hineingefunden. Es ist ihm gelungen, das Vertrauen seiner vorgesetzten Behörde und der unterstellten Lehrerkollegien zu erwerben.“²¹

Johannes Böckenhauers Drama ereignete sich am 12.12.1941. Er versuchte an diesem Tag, acht Meter vor der Straßenbahnhaltestelle Bürgerweide zwischen einem Kohlelastwagen und dem Anhänger stehend, auf eine langsam sehr dicht daran vorbeifahrende Straßenbahn aufzuspringen. Ein Zeuge schilderte den Unfall: „Ich stand auf der Vorderplattform des Beiwagens und habe den Unfall genau gesehen. Als der Straßenbahnzug sich der Haltestelle mit nur noch geringer Geschwin-

digkeit näherte, sah ich zwischen dem am Kantstein parkenden Motorwagen und Anhänger des Lastzuges einen Mann in Parteiuniform stehen. Als wir an dem Lastzug entlang fuhren, bemerkte ich, daß der Mann Anstalten machte, auf die Bahn aufzuspringen. Ich rief ihm noch zu, daß er den Unsinn lassen sollte. Er sprang aber trotzdem auf das Trittbrett der Vorderplattform des Beiwagens. Hierbei wurde er von dem Motorwagen des Lastzuges erfaßt und zwischen dem Motorwagen und unserem Beiwagen eingeklemmt und mehrere Male herumgerollt. Ich gab sofort Notsignal, was aber eigentlich schon überflüssig war, da die Bahn bereits im Anhalten begriffen war und auch gleich anhielt.“²²

Johannes Böckenhauer starb am Unfallort an den inneren Verletzungen.

Auf der Trauerfeier am 18.12.1941 hielt Fritz Köhne die Trauerrede für die Schulverwaltung. Er würdigte Böckenhauer „als Lehrer und Erzieher von reichem Wissen und großer Zuverlässigkeit“.²³

Andere Trauerredner waren der NSDAP-Kreisleiter Fromm, der „letzte Grüße des Gauleiters und Reichsstatthalters Karl Kaufmann überbrachte“, sowie Rektor Elwin Kludas für die Schulleiter in Böckenhauers Schulkreis und Oberschulrat Richard Schlorf für den NSLB.²⁴

Gauleiter und Reichsstatthalter Karl Kaufmann kondolierte in einem Schreiben an die Witwe Böckenhauers: „Ich habe ihren Mann als Menschen mit besonders guten Eigenschaften und als befähigten Jugenderzieher kennen und schätzen gelernt und habe diesem durch seine 1936 erfolgte Ernennung zum Schulrat Ausdruck gegeben. Schulrat Böckenhauer hat sowohl in seiner Erziehungsarbeit an unserer Jugend als auch im Rahmen seines Amtes im NS-Lehrerbund stets im Sinne der Idee unseres Führers verdienstvoll gewirkt. Ich bedaure daher seinen allzu frühen Tod sehr.“²⁵

Die Witwe Alma Böckenhauer erhielt nach dem Tod ihres Mannes die Hinterbliebenenpension eines Schulrates, die auch nach 1945 unangefochten weiter erfolgte.

Alma Böckenhauer starb am 7.1.1972.²⁶

Anmerkungen

1 Lebenslauf vom 24.5.1928 in seiner Personalakte, StA HH, 361-3_A 1406

2 Ebd.

3 Ebd.

4 Ebd.

5 Ebd.

6 Alle Angaben laut Personalakte, a. a. O.

7 Mit Schreiben vom 30.3.1934., ebd.

- 8 „Hamburger Anzeiger“ vom 18.3.1935.
- 9 Ebd.
- 10 „Hamburger Nachrichten“ vom 21.3.1935.
- 11 „Hamburger Anzeiger“ vom 18.3.1935.
- 12 Vermerk in der Personalakte, a. a. O.
- 13 Ebd.
- 14 Ebd.
- 15 Bericht vom 12.5.1936, Personalakte, a. a. O.
- 16 Ebd.
- 17 Ebd.
- 18 Bericht vom 26.1.1936, im folgenden wird aus diesem Bericht zitiert.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 Auszug aus der Akte des Leiters der Amtsanwaltschaft über den tödlichen Unfall des Schulrats Johannes Böckenhauer, in: Personalakte a. a. O.
- 23 „Hamburger Fremdenblatt“ vom 19.12.1941. Zu Fritz Köhne siehe: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Band 1, Hamburg 2016, S. 61 ff.
- 24 „Hamburger Fremdenblatt“ vom 19.12.1941. Siehe auch die Biografie Kludas in diesem Band und die Biografie Schlorf in: de Lorent 2016, S. 731 ff.
- 25 Personalakte Böckenhauer, a. a. O.
- 26 Ebd.

Hans Wenke

„Er galt als untadeliger Nationalsozialist und konnte durch seine regelmäßige Mitarbeit die Loyalität gegenüber dem NS-Staat deutlich dokumentieren.“

Eine für Hamburgs Schulwesen nach der NS-Zeit wichtige Person war Professor Hans Wenke. Er wurde an der Universität Hamburg Nachfolger von Prof. Gustaf Deuchler, der, obwohl renommierter Erziehungswissenschaftler während der Weimarer Republik, schon 1933 in die NSDAP und die SA eingetreten war und fortan in SA-Uniform seine Vorlesungen und Seminare absolvierte. Wenke, ehemals Assistent von Professor Eduard Spranger, machte dann 1954 einen weiteren Karriereschritt und wurde Schulsenator, als der Hamburg-Block die SPD im Senat abgelöst hatte. In seiner Zeit wurden auch die am stärksten belasteten ehemaligen Nationalsozialisten im Schulwesen Hamburgs und aus anderen Bundesländern wieder eingestellt, die Schwierigkeiten mit der Entnazifizierung gehabt hatten. Eine Bürgerschaftswahl später wechselte Hans Wenke nach erneutem Regierungswechsel wieder als Erziehungswissenschaftler an das Pädagogische Institut der Universität Hamburg. Während der antiautoritären Studentenbewegung kam Wenke ins Gerede, nachdem ausgegraben und zum Teil veröffentlicht wurde, was er in der NS-Zeit veröffentlicht hatte. Der SDS und der Hamburger AstA riefen dazu auf, Wenkes Vorlesungen zu boykottieren, ein öffentlicher Streit entstand, in dessen Folge sich Hans Wenke pensionieren ließ. Seine Geschichte ist nie wirklich aufgearbeitet worden.

Hans Wenke wurde am 22.4.1903 in Sangerhausen als Sohn eines Gastwirts geboren. Er besuchte das humanistische Gymnasium seiner Heimatstadt, an dem er am 10.3.1921 das Abitur bestand. Von 1921 bis 1926 studierte er an der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin Philosophie, Pädagogik, Psychologie, Geschichte und Staatswissenschaften und promovierte dort am 12.10.1926.¹

Danach war er zunächst am Deutschen Institut für Ausländer an der Berliner Universität tätig, leitete dann von 1929 bis 1934 den Berliner „Pädagogischen Rundfunk“ und „trug seit 1933 auch an der Volkshochschule vor“.² Parallel zu seiner Arbeit am Institut für Ausländer übernahm er 1936 die Assistenz bei Professor Eduard Spranger am Pädagogischen Seminar der Universität Berlin. Spranger war seit 1925 Herausgeber der neu gegründeten Zeitschrift „Die Erziehung“, gemeinsam mit anderen bedeutenden Erziehungswissenschaftlern, wie Wilhelm Flitner, Theodor Litt, Hermann Nohl und Aloys Fischer. Wilhelm Flitner, der seit 1929 als Erziehungswissenschaftler in Hamburg lehrte, hatte die Funktion des Schriftleiters dieser Zeitschrift übernommen. In seinen „Erinnerungen 1889–1945“ beschrieb er

die Arbeit an dieser Zeitschrift und auch die Personen der Herausgeber.³ Laut Wilhelm Flitner wurde die Arbeit für die Zeitschrift „Die Erziehung“ seit 1933 immer schwieriger: „Es war klar, daß sie den pädagogischen Tendenzen und vollends den Ideen der Nationalsozialisten stracks entgegenstand. Blicke sie ihrer Linie treu, so waren Eingriffe vorzusehen, zumal einer der beiden Verleger jüdischer Abkunft war und fürchtete, der Verlag könnte ihm gewaltsam genommen werden. Daher riet uns der Verlag demnächst zur Vorsicht.“⁴

Flitner beschrieb ausführlich den Prozess und die Diskussion unter den Herausgebern, bis alle 1937 im September die Herausgeberfunktionen kündigten. „Aber der Verlag beharrte auf seinem Eigentumsrecht und suchte eine neue Redaktion. Dazu erbot sich Sprangers Assistent Hans Wenke, und Spranger, der noch in Tokio weilte, wurde zweifelhaft, ob man die Zeitschrift eingehen lassen solle.“⁵ Wilhelm Flitner schrieb in seinen Erinnerungen, dass er von Zeit zu Zeit noch Beiträge an den Schriftleiter Hans Wenke sandte, aber sich ansonsten nicht mehr beteiligte. „Wenkes Redaktionstätigkeit betrachtete ich von außen, ohne mit ihm zu korrespondieren, und war oft verwundert über seine Auswahl. Ich hatte den Verdacht, daß der Verlag durch seine Lektoren Zusätze in die Manuskripte einfügte, um regimiekonform zu erscheinen, und mit Erbitterung erblickte ich im Jahrgang XIV (1939) das Huldigungsblatt auf Seite 265, das Eduard Sprangers Billigung unmöglich gehabt haben kann. Auch ein Aufsatz über ‚Böhmen, Mähren und Prag‘ im Jahr der Okkupation dieser Länder war schwerlich mit der Tradition unserer Zeitschrift vereinbar. Tarnungsversuche nutzten der Zeitschrift ohnehin nicht mehr. Zwei Jahre vor dem Zusammenbruch ging sie ein, unrühmlich genug, weil ihr kein Papier mehr zugeteilt wurde.“⁶

Erinnerungen von Zeitzeugen und Akteuren während der NS-Zeit, insbesondere wenn deren Memoiren 50 Jahre später notiert werden, sind durchaus vorsichtig auszuwerten. Wilhelm Flitner, der zeitweise in der Weimarer Republik der SPD angehörte und im scharfen Gegensatz zu seinem Hamburger Kollegen im Fachbereich Erziehungswissenschaft, Gustaf Deuchler, stand, der bedingungslos zu den Nationalsozialisten „übergelaufen“ war, erinnerte auch manche Ungereimtheiten. Einerseits gab es in seinem Oberseminar einen Studentenkreis, dem mehrere Mitglieder angehörten, die im Kontakt zum Münchener Kreis der Weißen Rose standen⁷, zudem war er an der Universität nach eigenen Aussagen sehr eng mit den jüdischen Professoren Ernst Cassirer und William Stern verbunden, andererseits beschrieb Flitner einen Kreis von Kollegen, die „trotz wiederholter Aufforderung der NS-Partei nicht beitraten“⁸, die zusammenhielten und ein „wissenschaftliches Kränzchen“ in ihren Privathäusern veranstalteten. Zu diesen Personen zählte Wilhelm Flitner auch den Psychiater Hans Bürger-Prinz, der aus meiner Sicht zu den

unangenehmsten Nationalsozialisten zählte und als SA-Mann an das Universitätskrankenhaus berufen worden war.⁹

Unaufgeklärt bleibt auch, ob Wilhelm Flitner auf der Unterzeichnerliste „Bekennnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat“ stand, wie Ernst Klee in seinem „Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945“ berichtet.¹⁰ In dem Band „Hochschulalltag im ‚Dritten Reich‘. Die Hamburger Universität 1933–1945“ behauptet Hans Fischer, es gäbe Zweifel an der Authentizität der Hamburger „Unterschriften“.¹¹

Und merkwürdig erscheint mir, dass es Wilhelm Flitner war, der 1947 die Berufung von Hans Wenke zum Professor für Erziehungswissenschaft in Hamburg vorschlug.

Jenseits der interessanten, aber subjektiven persönlichen Erinnerungen, bleiben als wichtige und aus meiner Sicht wertvolle Arbeiten, die Dokumentationen der Forschungsstelle NS-Pädagogik am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main für den hier untersuchten Kontext relevant. Dort haben in einem Projekt über zwei Jahre Prof. Benjamin Ortmeier und seine Kollegin Dr. Katharina Rhein fünf für diese Biografie relevante Dokumentationen zusammengestellt und herausgegeben. Es handelt sich dabei um die Wiedergabe von Schriften und Artikeln, die Eduard Spranger, Hermann Nohl, Erich Weniger, Peter Petersen und schließlich Hans Wenke in der NS-Zeit publiziert hatten.¹²

Eine darüber hinaus für diesen Kontext bemerkenswerte Veröffentlichung ist die Habilitationsschrift von Benjamin Ortmeier: „Mythos und Pathos statt Logos und Ethos. Zu den Publikationen führender Erziehungswissenschaftler in der NS-Zeit: Eduard Spranger, Hermann Nohl, Erich Weniger und Peter Petersen“, Weinheim und Basel 2010. In Bezug auf Hans Wenke interessant ist dabei insbesondere die Auseinandersetzung mit Eduard Spranger, Wenkes Doktorvater. Über Spranger resümierte Benjamin Ortmeier:

„In der NS-Zeit referierte er im Kriegsministerium und publizierte bis 1944 in der Tagespresse. Dabei berührte er keineswegs nur abgelegene Themen wie Nohl, sondern bemühte sich, mit Fichte für den Sieg im Krieg des NS-Regimes zu agieren. 1937 betätigte er sich in Japan im Sinne der NS-Propaganda. Die Zusammenfassung seiner politisch durchgängig reaktionären Positionen von 1933 im Sammelband ‚Volk, Staat, Erziehung‘ zeigen die theoretischen Schwierigkeiten, ‚deutsche Ideologie‘ von der NS-Ideologie abzugrenzen. Sowohl inhaltlich als auch in der Terminologie sind die Überschneidungen wie die Analyse dieses Sammelbandes zeigt, erheblich. Die Quatrologie ‚Blut, Arbeit, Ordnung, Gläubigkeit‘, die Spranger 1930 formulierte, weist deutlich darauf hin, dass auch in der Geisteswissenschaft der

Biologismus bereits vor 1933 Einzug gehalten hatte. Die theoretischen Arbeiten Sprangers in der NS-Zeit räumten biologistischen und zoologistischen Einflüssen in der Erziehungswissenschaft breiten Raum ein. Der Begriff der ‚Rasse‘ findet sich nun auch bei Spranger.

Sprangers politische Optionen vor und nach 1933 beinhalteten eine Zustimmung zum Bündnis der NSDAP mit den Deutschnationalen, von Hitler und Hindenburg, wobei Sprangers Akzentsetzung im Rahmen dieses Bündnisses und im Rahmen der Unterstützung des ‚großen positiven Kerns‘ der nationalsozialistischen Bewegung auf der Linie Hindenburg lag. In Bezug auf dieses Bündnis lavierte Spranger sowohl praktisch (sein Rücktrittsgesuch 1933, das er kurz darauf wieder zurücknahm), als auch theoretisch. Ob mit oder ohne Überzeugung: Spranger unterstützte sowohl in der Zeitschrift ‚Die Erziehung‘ als auch in seinen Vorträgen in Japan 1937/38 und in anderen Schriften terminologisch den Nationalsozialismus, nämlich dessen Phrase vom ‚Adel des Blutes‘ und der ‚Pflege des hochwertigen Nachwuchses (Eugenik)‘. Spranger ging sogar soweit, 1938 als das ‚wesentlichste Verdienst Adolf Hitlers‘ herauszustellen, dass es ihm gelungen sei, gegen ‚marxistischen‘ und ‚fremdstämmigen‘ Einfluss die Arbeiterschaft wieder national zu machen.“¹³

Das lässt vermuten, dass sich Hans Wenke inhaltlich nicht weit entfernt von Eduard Spranger bewegte. Darauf möchte ich aber erst eingehen, wenn der weitere berufliche Werdegang Wenkes dargestellt wurde. Helmut Stubbe da Luz bemerkte in seiner Kurzbiografie dazu:

„Wenke galt als Sprangers Lieblingsschüler. Aber während Spranger ein bedeutender Wissenschaftler war, handelte es sich bei Wenke, der sich 1938 aufgrund dreier Probevorlesungen habilitierte, von denen die letzte den Titel ‚Die Lehre von den Biotypen und ihre pädagogische Bedeutung‘ trug, um einen Epigonen; Spranger selbst, der ihn im Rahmen des von ihm gesponnenen akademischen Netzwerks unablässig förderte, beurteilte Wenkes wissenschaftliche Produktion als ‚auffallend gering‘, betonte aber seine praktisch-pädagogischen Fähigkeiten. Von wissenschaftlicher Forschung in Pädagogik, Psychologie und Philosophie kann bei Wenke kaum die Rede sein, schon gar nicht mehr nach 1945. Sein Werk besteht vor allem aus einer Vielzahl von Aufsätzen und Vorträgen. Hingegen war er ein umtriebiger Feuilletonist, Propagandist, politischer Programmatiker und Ideologe.“¹⁴

Als Assistent und wissenschaftlicher Mitarbeiter des bei den Nationalsozialisten wohlgeleiteten Prof. Eduard Spranger und als Schriftleiter der gleichgeschalteten Zeitschrift „Die Erziehung“ waren die nächsten akademischen Karriereschritte von Hans Wenke vorprogrammiert. 1938 bekam er einen Ruf als Dozent an die Universität Erlangen, zugleich war er Vertreter des Lehrstuhls für Psychologie und Pädagogik, am 1.12.1940 erhielt er dort die Ernennung als außerordentlicher Pro-

fessor für Psychologie und Pädagogik, mit der gleichzeitigen Bestellung als Direktor des Psychologischen und Pädagogischen Seminars der Universität Erlangen. 1943 wurde er zum ordentlichen Professor ernannt.¹⁵

Faktisch war er von 1939 bis 1942 zur Wehrmacht eingezogen und diente als Regierungsrat der Reserve in der Funktion eines Heerespsychologen. Noch am 3.2.1945 bewilligte ihm der Reichsforschungsrat 2000 Reichsmark für eine Arbeit, die Wenke am Institut für Wehrpsychologie-Immunologie der Universität Erlangen erstellte zum Thema „Untersuchungen über die Typen der Psychopathen, ihre kriegsbedingte seelische Belastung sowie ihre Behandlung in Kriegsstrafrecht und Strafvollzug der Wehrmacht“.¹⁶

Interessant und bemerkenswert war nun, wie sich Hans Wenke nach dem Ende der NS-Herrschaft verhielt. In seiner Hamburger Personalakte und in seiner Entnazifizierungsakte liegen Dokumente vor, die das Verfahren rekonstruierbar machen. Am 8.5.1946 hatte Hans Wenke bei der amerikanischen Militärregierung einen „Meldebogen aufgrund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946“ ausgefüllt. Darin hatte er angegeben, keiner NS-Organisation angehört zu haben, außer dem Nationalsozialistischen Dozentenbund (NSDoB), in dem er die Funktion des Leiters der Universitäts-Pressestelle ab 1943, verbunden mit dem Amt Presse des NSDoB innegehabt hatte. Darüber hinaus war er seit 1941 Mitglied der NSV und seit 1937 der Reichspressekammer.¹⁷

Hans Wenke gab an, als Professor am 5.12.1945 und als Prodekan am 26.9.1945 von der Militärregierung Erlangen bestätigt worden zu sein.¹⁸

Auf Nachfrage wurde mir von dem zuständigen Staatsarchiv mitgeteilt, dass es darüber keine Dokumente gibt und auch anhand der Personalakte und der Entnazifizierungsakte von Hans Wenke in Hamburg ist dies nicht belegt. Dokumentiert sind seine politischen Mitgliedschaften, die auf einem Arbeitsblatt des Stadtkreises Erlangen von verschiedenen Dienststellen im November und Dezember 1946 abgezeichnet worden waren.¹⁹

Hans Wenke war so klug, sich fern seines alten Arbeitsplatzes, in Hamburg noch einmal entnazifizieren zu lassen. Auf seinem Personal-Fragebogen, den er am 23.1.1947 noch in Erlangen ausgefüllt hatte, nachdem ihn die Berufung nach Hamburg erreichte, strich er die Fragen 23–26 durch, die NS-Mitgliedschaften eruieren wollten, darunter auch die Frage nach der Zugehörigkeit zum NS-Dozentenbund. Wahrheitswidrig, wie man unschwer nachprüfen konnte. Bruno Snell, Hamburger Professor und Nichtnationalsozialist, Vorsitzender des zuständigen Fachausschusses und einer derjenigen, die in nicht nachzuvollziehender Weise „Persilscheine“ für fanatische nationalsozialistische Aktivisten ausstellte, schrieb am 20.1.1946: „Herr Professor Dr. Hans Wenke ist laut beiliegender Abschrift bereits als Universitäts-

lehrer an der Universität Erlangen bestätigt. Der Fachausschuss 6a hat auf seiner heutigen Sitzung beschlossen, seine Bestätigung für die Universität Hamburg zu befürworten.“²⁰

Über seine Veröffentlichungen hatte Wenke als Anlage zum Fragebogen angegeben: „Mein wichtigstes Publikationsorgan war die von Eduard Spranger und mir herausgegebene Monatsschrift ‚Die Erziehung‘. Hier veröffentlichte ich u. a. monatliche Berichte unter dem Titel ‚Die pädagogische Lage in Deutschland‘ von 1936–1943, als die Zeitschrift auf Beschluss der Reichspressekammer ihr Erscheinen einstellen musste, weil wir die verlangte Vereinigung mit zwei parteigebundenen nationalsozialistischen pädagogischen Zeitschriften und den Übergang in den Zentralverlag der NSDAP ablehnten“²¹, was tatsächlich nicht dem realen Ablauf entsprach. Darauf wird später noch genauer eingegangen werden, insbesondere aber auch darauf, was Wenke tatsächlich veröffentlichte.

Ein Blick in Wenkes Personalakte zeigt, dass der Impuls oder zumindest die Akzeptanz für die Berufung von Hans Wenke von Wilhelm Flitner kam, der für die philosophische Fakultät der Universität Hamburg am 14.8.1946 folgendes Gutachten unterzeichnete:

„Die Fakultät schlägt in erster Linie Herrn Prof. Dr. Hans Wenke in Erlangen für den zweiten Lehrstuhl der Erziehungswissenschaft vor. Herr Wenke, 1903 geboren, ist ein Schüler von Eduard Spranger, dessen Assistent er lange Zeit gewesen ist. Er hat sich einen Namen gemacht durch seine ausgezeichneten laufenden Berichte über das Erziehungswesen im In- und Ausland, die er in der Zeitschrift ‚Die Erziehung‘ regelmäßig veröffentlicht hat. Ebenso ist er als Schriftleiter der ‚Erziehung‘ in den Jahren 1937 bis 1942 tätig gewesen. Seine Dissertation behandelt das Thema: ‚Hegels Theorie des objektiven Geistes‘ und seine Habilitationsschrift ‚Entwicklung und Wandlung der deutschen Schule in Idee und Gestalt seit der Jahrhundertwende‘. Hans Wenke ist seit 1943 ordentlicher Professor der Psychologie und Pädagogik in Erlangen und hat dort mit großem Lehrerfolg beide Fächer vertreten. Die psychologischen Vorlesungen sind von Hörern aller Fakultäten besucht worden. Herr Wenke wird das Gebiet der Didaktik und der pädagogischen Psychologie (Jugendkunde, Charakterologie, Entwicklungspsychologie) vertreten und damit die dringendste Lücke im Lehrplan ausfüllen können. Seine organisatorische Geschicklichkeit wird auch der Leitung des pädagogischen Instituts und den schulpraktischen Übungen zugute kommen, und wenn er auch weiterhin seine psychologischen Vorlesungen fortführen würde, so hätte die Fakultät die Möglichkeit, bei der Berufung des Psychologen einen Vertreter der mehr naturwissenschaftlichen Richtung der Psychologie nach Hamburg zu ziehen und die Tradition von Ernst Neumann und William Stern fortzusetzen.“²²

In einem Schreiben des Rektors der Universität Hamburg, Prof. Emil Wolff, an die Hochschulabteilung der Hamburger Schulverwaltung vom 27.8.1946 wurde auch der auf Rang zwei gesetzte Bewerber genannt, es war der Göttinger Professor Erich Weniger, der Assistent von Hermann Nohl gewesen war, „der selbst ein Freund von Polemik und Parteilichkeit war“, wie Wilhelm Flitner es in seinen Erinnerungen nannte.²³

Flitners Motive, ausgerechnet Hans Wenke nach Hamburg zu holen, sind unbekannt. Aber es ist bemerkenswert, dass für die Stellenbesetzung die ehemaligen Assistenten von Flitners befreundeten Kollegen Eduard Spranger und Hermann Nohl benannt wurden. Und auffällig ist auch, dass Wilhelm Flitner in seinen Erinnerungen kein positives Wort über Hans Wenke fallen ließ. Allerdings waren die Erinnerungen 1985 abschließend zu Papier gebracht worden, nachdem die Geschichte von Hans Wenke in Hamburg in den 1960er-Jahren unrühmlich zu Ende gegangen war.

Über Erich Weniger, der Alternative zu Hans Wenke bei der Besetzung des wichtigen Lehrstuhls für Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg, schrieb Benjamin Ortmeier:

„Der Rückblick auf das Werk Erich Wenigers ergibt ein widersprüchliches Bild: Er war ein belesener Erziehungswissenschaftler, in seinem ganzen Denken und Handeln von einem reformierten Militarismus, einem intellektuell anspruchsvollen Militarismus, einem pädagogisch und geisteswissenschaftlich aufbereiteten Militarismus bestimmt. Goethe und die Generäle, Clausewitz als Geisteswissenschaftler, das pädagogisierte Militär als Vorbild für die Gesellschaft – das sind Grundelemente seines Denkens, die sich in seinen Schriften in der NS-Zeit, vor allem in ‚Wehrmachtserziehung und Kriegserfahrung‘ (Berlin 1938), aber auch vor und nach der NS-Zeit als Kontinuum immer wieder aufzeigen lassen.

Erich Weniger betonte, dass er kein Militarist gewesen sei, da er immer für die Inhalte des Krieges eingetreten sei. In dieser Hinsicht war er in der Tat zumindest teilweise ein Unterstützer des NS-Staates und der NS-Politik. Aber die zentrale Rolle der Wehrmacht als Erzieherin der Nation herauszustellen, das Soldatische als Vorbild auch für das zivile Leben zu fordern, ist deutlicher Ausdruck einer Ideologie, die als Militarismus bezeichnet wird. Im Bewusstsein eines Bruchs mit der pädagogischen Tradition, bei der Erziehung im Mannesalter eigentlich aufhört, wird das Soldatische von Weniger als ‚Volkserziehung‘ definiert und begründet.

Weniger hat sich auf die ‚unzerstörten Kräfte der Rasse und des Volkes‘ berufen und betonte deutlich seine Einbindung in die Politik und Kriegsführung des NS-Staates und Adolf Hitlers. Wenigers Schriften aus der NS-Zeit zeigen nicht nur Militarismus und Unterstützung des NS-Staats, sondern auch, dass er in einer Weise Goethes Biografie bearbeitet, in der Goethe als Militarist und Nationalist er-

scheint. Das war das Ergebnis dessen, was Weniger ‚heroische Geschichtsbetrachtung‘ nennt.

Eine Zusammenfassung von Wenigers Schriften in der NS-Zeit ergibt, dass sich Weniger bereits 1933 für die ‚nationale Revolution‘ ausgesprochen hat. Unmissverständlich sprach Weniger 1935 vom revolutionären Erneuerungswillen, der ‚im Nationalsozialismus durchgebrochen‘ sei. Wie auch schon vor 1933 wurde nun die ‚Frontkämpfergeneration‘ als ‚Inbegriff der Erziehung der heranwachsenden und der künftigen Generationen‘ vorgestellt. Ausdrücklich stellte er ‚Wehrerziehung des ganzen deutschen Volkes‘ heraus, die vormilitärische ‚Ausbildung durch die Hitler-Jugend, SA, Schule und Reichsarbeitsdienst‘. Angelehnt an ein Zitat aus Hitlers ‚Mein Kampf‘ verkündete Weniger: ‚Die Wehrmacht ist nach dem Wort des Führers die ‚letzte und höchste Schule vaterländische Erziehung‘. 1944, in seiner letzten Publikation in der NS-Zeit, ließ Weniger ‚keinen Zweifel‘ an seiner Position zum NS-Staat: ‚Denn da kann es keinen Zweifel geben. Er ist der Feldherr, der will und entscheidet. Dieser Wille der obersten Führung muss absoluten Gehorsam verlangen, er muss sich unter allen Umständen durchsetzen.‘²⁴

Mit Fassungslosigkeit liest man diese Zusammenstellung in Benjamin Ortmeyers Habilitationsschrift 2010. Ein belesener Erziehungswissenschaftler wie Wilhelm Flitner muss zumindest einen größeren Teil der Aussagen und Schriften von Erich Weniger gekannt haben, der als Assistent seines Freundes Hermann Nohl in seinem unmittelbaren beruflichen Umfeld agierte. Aber das Problem war offenbar, dass es 1945 kaum renommierte Erziehungswissenschaftler mit ausgewiesenen wissenschaftlichen Publikationen gab, die nicht belastet waren.

So wurde die Berufung von Hans Wenke mit einem Vermerk vom 28.10.1946 vorbereitet. „Die Hochschulabteilung wird sich bei der Erlangung der Zuzugenehmigung für die Familie (Ehefrau, ein Kind, eine Hausgehilfin) nach Kräften einsetzen und ihm auch bei der Erlangung einer geeigneten Einzelwohnung behilflich sein.“²⁵

Das weitere Verfahren war bemerkenswert. Am 14.11.1946 schrieb Hans Wenke, der in einem „Meldebogen aufgrund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ angegeben hatte, dass seine Wohnung „durch die US-Army seit April 1945 besetzt“ sei²⁶, dass er seinen Wechsel nach Hamburg regeln konnte:

„Ich habe unmittelbar mit Herrn Minister Dr. Fendt konferiert und bei ihm mehr Verständnis gefunden, als ich je gehofft hatte. Er war bemüht, mir jede Komplikation zu ersparen, und teilte mir mit, dass auf meine Anfrage hin der zuständige Erziehungsbeamte mir die freie Entschließung überlasse. Die hiesigen Universitätsstellen (Rektor und Dekan) schließen sich der Haltung des Herrn Ministers an. Die Frage meines Ausscheidens ist bereits geregelt, und ich kann die Beendigung mei-

ner hiesigen Verpflichtungen mit ausdrücklicher Genehmigung des Herrn Ministers jederzeit durchführen.“²⁷

Am 3.2.1947 veröffentlichte „Die Neue Zeitung“ einen groß aufgemachten Artikel mit der Überschrift „76 Entlassungen an der Erlanger Universität“ und im Untertitel „Säuberung auf Anordnung der Militärregierung“. Darin hieß es: „In einem Brief an das bayerische Kultusministerium hat die amerikanische Militärregierung für Bayern die sofortige Entlassung von 76 Professoren, Assistenten und an-



Hans Wenke, 1957

deren wissenschaftlichen und administrativen Hilfskräften der Universität Erlangen angeordnet. Dieser Befehl ist das Ergebnis einer Untersuchung aller Angestellten der Universität durch eine Sonderkommission der Militärregierung, die bereits früher ähnliche Entlassungen an der Münchner Universität angeordnet hat. Den Entlassenen wurde verboten, weiterhin Amtswohnungen, Büros, Laboratorien und andere Einrichtungen der Universität zu benutzen. In einem Brief an das Kultusministerium stellt die Militärregierung fest, daß die verantwortlichen Stellen der Universität die Bestimmungen des Säuberungsgesetzes nicht mit

der erforderlichen Initiative in die Praxis umgesetzt haben und ermahnte sie, in Zukunft die Bestimmungen dieses Gesetzes gewissenhaft zu befolgen. Die Universität Erlangen habe die Möglichkeit gehabt, ihren Lehrkörper allmählich zu entnazifizieren und so eine Gefährdung des Unterrichts zu vermeiden. Sie habe jedoch diese Möglichkeiten nicht wahrgenommen und dadurch die Militärregierung zum Eingreifen gezwungen.“²⁸

Das nächste Schreiben von Hans Wenke war vom 4.2.1947 datiert, erreichte den Ministerialrat Dr. Hans von Heppe in der Hamburger Hochschulabteilung allerdings erst am 28.2.1947. Das kann an den Postverbindungen gelegen haben, möglicherweise gab es auch andere Gründe, was ich eher glaube.

Neben ein paar Bemerkungen über Absprachen mit Wilhelm Flitner über seinen zukünftigen Einsatz an der Hamburger Universität, schrieb Wenke, dass es in der „Neuen Zeitung“ vom 3.2.1947 einen Artikel gegeben hätte über eine Entlassungsliste von Erlanger Hochschullehrern, in der auch sein Name aufgelistet worden wäre. Wenke gab lapidar wieder, was in dieser Liste über ihn notiert war:

„Prof. Dr. Hans Wenke, Psychologe, Pressewart, Hochschullehrer-Gruppenwaller und Gaukassenwaller im NSDoB (ist bereits aus dem Verband der Universität ausgeschieden).“²⁹

Hans Wenke hatte diese Hinweise eingeleitet mit dem Satz: „Heute habe ich Anlass, unverzüglich auf folgende Angelegenheit einzugehen“, um dann zu erklä-

ren: „Hierzu habe ich bereits dem Herrn Rektor der Universität Erlangen eine eidesstattliche Erklärung abgegeben, dass ich

1. niemals Hochschullehrer-Gruppenwalter war,
2. niemals Gaukassenwalter im NSDoB war.

Es bleibt lediglich die Tätigkeit des Pressewarts, genauer gesagt des Leiters der Universitäts-Pressestelle, zu dem ich vom Rektor der Universität ernannt wurde (Hierüber enthält mein in Hamburg ausgefüllter Fragebogen die näheren Angaben).

Wie in der Pressenotiz vermerkt ist, war ich bereits aus dem Dienst ausgeschieden. Dies geschah aus folgendem Anlass:

Als ich nach meinen Verhandlungen in Hamburg dem Herrn Bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus Dr. Fendt mündlich über meine Pläne Bericht erstattete, suchte er mich zu bestimmen, im Bayerischen Hochschuldienst zu bleiben. Angesichts der gerade bevorstehenden umfangreichen Entlassungen von Dozenten der Münchner Universität, unter denen sich zahlreiche Nicht-Parteigenossen befanden, mit denen ich mich als Nicht-PG. im Vergleich setzen konnte und musste, stellte ich die Frage, ob der Herr Minister seine Absicht, mich im dortigen Hochschuldienst zu halten, mit der Gewähr einer unangefochtenen Lehrtätigkeit verbinden könne. Diese Frage musste er in der damals gegebenen Situation verneinen. Daraufhin bat ich ihn um die Genehmigung meines Ausscheidens aus dem bayerischen Hochschuldienst, die er mir unter dem Datum des 5. November 1946 erteilte. Die beglaubigte Abschrift füge ich bei.“³⁰

Man kann feststellen, dass Hans Wenke einer äußerst geschickten Strategie folgte. Nachdem er über nicht dokumentierte Aussagen in Hamburg eine Stelle als Professor für Erziehungswissenschaft und Psychologie zugesprochen bekommen hatte, kündigte er in Erlangen, so dass die kurz darauf ausgesprochene beabsichtigte Entlassung gar nicht wirksam werden konnte und auch das Verfahren nicht weiter verfolgt wurde. Damit wurde auch die Frage, welche Funktion Wenke im Nationalsozialistischen Dozentenbund innegehabt hatte, nicht weiter überprüft. Nach der Veröffentlichung in der „Neuen Zeitung“ wandte er sich mit diesem Schreiben an die Hochschulabteilung in Hamburg, vorgeblich am 4. Februar 1947 datiert, also einen Tag nach dem Erscheinen des Artikels, aber erst 24 Tage später in Hamburg angekommen. Bei allen Wirren der Nachkriegszeit und Schwierigkeiten der Postbeförderung, bleiben bei mir Zweifel, ob die Datierung richtig war. Wenke schrieb in dem Brief außerdem: „Außer jener Pressemeldung vom 3.2.1947 habe ich bis jetzt nichts erfahren. Eine amtliche Zustellung habe ich nicht erhalten, sie kann nach der Auffassung der hiesigen amtlichen Stellen, insbesondere des Herrn Rektors und des Herrn Dekans der philosophischen Fakultät auch nicht erfolgen, da ich, wie die Pressemeldung selbst andeutet, nicht mehr im Bayerischen Hochschuldienst stehe.

Somit bestand streng genommen für mich kein Anlass, von diesem Vorgang zu berichten. Da ich jedoch annehmen muss, dass in mannigfacher Abwandlung und ohne Angabe der näheren Umstände, vor allem aber ohne die hier notwendigen Richtigstellungen jene Pressenachricht in Hamburg amtlich bekannt wird, halte ich es für geboten, unverzüglich über die Vorgänge und über die verwaltungsrechtliche Seite der Angelegenheit einen genauen Bericht zu erstatten.“³¹

Die Pressenachricht war in Hamburg bekannt geworden. Am 21.2.1947 schrieb Ministerialrat von Heppe an Hans Wenke:

„Leider haben wir aus einer Zeitungsnotiz ersehen, daß Sie auch zu den von der amerikanischen Militärregierung entlassenen Dozenten der Erlanger Universität gehören. Bei dieser Sachlage kann leider trotz der inzwischen erfolgten Bestätigung durch die englische Militärregierung Ihre vereinbarte und vorbereitete Ernennung zum ordentlichen Professor an der Universität Hamburg zur Zeit noch nicht erfolgen. Derartige Maßnahmen einer Besatzungsmacht wirken auch über eine Zone hinaus und müssen von uns anerkannt und berücksichtigt werden. Ich darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß Sie die Möglichkeit haben, gegen die Maßnahme dort vorzugehen und wäre Ihnen für eine gelegentliche nähere Unterrichtung darüber dankbar.“³²

Hans Wenke antwortete darauf am 3.3.1947 und bedauerte, dass sein Schreiben vom 4.2.1947 offenbar noch nicht vorgelegen hätte. „Da sie eine nähere Unterrichtung wünschen, darf ich auf jenen Bericht verweisen, der alles zur Sache Gehörende enthält. Ich kann heute jene Darstellung dahin ergänzen, dass die Entlassungsschreiben an die übrigen Kollegen inzwischen ausgehändigt wurden, mir aber aus den im Schreiben vom 4. Februar genannten Gründen kein solcher Bescheid zugestellt wurde.“ Dies war offenkundig eine Lüge, weil es ein solches Schreiben, datiert vom 6.2.1947, tatsächlich gab.³³

Es ergab sich nun die Notwendigkeit, der britischen Militärregierung in Hamburg das Verfahren zu erklären. Dies übernahm im Auftrag Ministerialrat Dr. von Heppe:

„Prof. Dr. Hans Wenke, Erlangen, ist auf den zweiten Lehrstuhl für Erziehungswissenschaft berufen worden. Er hat den Ruf angenommen und sich bereit erklärt zum Sommersemester 1947 seine Tätigkeit an der Universität Hamburg aufzunehmen. Professor Wenke ist durch die Entscheidung der Militärregierung am 6. Februar 1947 bestätigt worden. Nachträglich ist aus einer Pressemitteilung hier bekannt geworden, dass Professor Wenke unter den 76 Lehrkräften der Universität Erlangen sich befindet, die auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung entlassen worden sind. Professor Wenke hat dazu mitgeteilt, dass er bereits im November vorigen Jahres wegen seiner Berufung nach Hamburg aus dem bayerischen Hochschuldienst ausgeschieden ist und dass außerdem die in der Presse aufgestellten

Behauptungen, er sei Hochschullehrer-Gruppenwalter und Gaukassenwalter im NS Dozentenbund gewesen, nicht zutreffen. Das Ausscheiden von Professor Wenke aus dem bayerischen Hochschuldienst im November 1946 wird von dem Bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus bestätigt. Für die Richtigkeit seiner politischen Angaben gibt Herr Professor Wenke eine eidesstattliche Erklärung ab. Bei dieser Sachlage wird angefragt, ob Professor Wenke seine Tätigkeit zum Sommersemester 1947 an der Universität Hamburg aufnehmen kann.³⁴

Bei der Sachlage erfolgte ohne weitere Überprüfung am 8.3.1947 der Ernennungsvorschlag, unterschrieben von Senator Landahl, der auch für den Hochschulbereich zuständig war.³⁵

Wie trickreich Hans Wenke vorging, zeigt ein Schreiben, das im Universitätsarchiv Erlangen vorliegt. Wenke hatte verschwiegen, dass er tatsächlich eine Mitteilung des Bayerischen Staatsministers vom 6.2.1947 bekommen hatte, in dem ihm im Namen der Militärregierung Bayern mitgeteilt wurde, dass er „mit sofortiger Wirkung aus dem Dienst entlassen“ werde, da er „im Rahmen der neuerlichen Überprüfung des Lehrkörpers der Universität Erlangen für die Verwendung an der Universität als ungeeignet erachtet wurde“.³⁶ Nur seine vorherige Kündigung nach erhaltener Zusicherung der Berufung in Hamburg verhinderte ein ordentliches Entnazifizierungsverfahren in Bayern.

Schon knapp zwei Jahre später folgte Hans Wenke einem Ruf auf ein Ordinariat an der philosophischen Fakultät in Tübingen, an der inzwischen auch Eduard Spranger lehrte.³⁷

Verglichen mit der Entnazifizierungspraxis im Lehrerbereich ist auffällig, wie einfach dies vonstatten ging. Bei Hans Wenke reichten Erklärungen, die er abgab, eine eidesstattliche Versicherung, die nicht vor Ort überprüft wurde. Überhaupt war der Wechsel von einer Universität zur nächsten eine gute Möglichkeit, weniger überprüfbar zu sein, keine personenbezogene Expertise vor Ort zu haben und in der Regel über ein gut funktionierendes Netzwerk mit kollegial befreundeten anderen Hochschullehrern zu verfügen. Dabei hätte ein Blick in die Veröffentlichungen genügt, um die notwendigen Informationen zu erhalten.

Hans Wenke hatte zum 60. Geburtstag von Professor Eduard Spranger am 27.6.1942 eine Festschrift herausgegeben, zu der er selbst auch einen Beitrag beisteuerte. Sein Thema: „Zur Philosophie des totalen Krieges“, wobei er anmerkte: „Nach Vorträgen, die in der Ortsgruppe der Deutschen Philosophischen Gesellschaft und der Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften in Berlin und auf dem Gau-Appell des NS-Rechtswahrerbundes in Düsseldorf gehalten wurden.“³⁸

Hans Wenke führte aus: „Dieser Krieg, so sagt man, ist ein totaler Krieg. Es gibt keine Stimme, die das bestreitet. Indem es nun aber alle sagen, hat die Philosophie

ein Recht, danach zu fragen, ob sich auch alle dabei etwas denken. Es besteht freilich kein Zweifel, daß für viele das einprägsame Wort vom totalen Krieg allein ausreicht, um ein Bild, vielleicht sogar eine Vision vor ihre Seele zu stellen. Sie bedürfen keiner begrifflich-analysierenden Klärung. Sie erfüllen aus dem Schwung des Herzens, aus der Kraft des Gefühls die Forderungen des totalen Krieges in Haltung und Tat auf das genaueste und bis ins kleinste und letzte. Ja, es gibt viele Kriegssituationen in denen dies und nicht das Nachdenken entscheidend ist.“³⁹

Dennoch befragte und zitierte Hans Wenke im Weiteren ausführlich die Philosophen zu diesem Thema, Kant, Fichte, Hegel, Nietzsche, um dann zu schreiben:

„Die Kriegsphilosophie wird den Krieg nicht denaturieren, sondern in seiner wahren Natur verdeutlichen, wenn sie sich in gründlicher Einzelarbeit darum bemüht, die irrationalen und die rationalen Faktoren seines Wesens genauestens aufzuspüren und zu sondern.“⁴⁰

An anderer Stelle hielt Wenke fest:

„Der Begriff des Feindes hat sich als ein besonderes schwieriges Problem der Kriegsphilosophie herausgestellt. Daneben wäre es eine lohnende Aufgabe der Kriegsphilosophie, dem deutschen Volke einprägsam zu demonstrieren, wie wichtig es ist, überhaupt den Blick scharf und unverwandt auf den Feind zu richten und sich ein klares Bild seines Wesens und seiner Welt zu machen. Damit wird zugleich eine große Aufgabe politischer Erziehung sichtbar, die nicht nur den Schulunterricht angeht.“⁴¹

Zum Abschluss dieses Aufsatzes schrieb der fast 40-jährige Hans Wenke, inzwischen Professor in Erlangen, zu einem Zeitpunkt, als der reale Krieg sich 1942 im dritten Jahr befand:

„Deutschland hat die Verwirklichung des totalen Krieges auf einem gänzlich anderen Wege als England gesucht. Es hat getreu einer tieferen Auffassung seiner Philosophie und Weltanschauung, die Totalität als die wahre Einheit in der Vielheit verstanden und verwirklicht; d. h. es hat den totalen Krieg auf das breite und feste Fundament des eigenen Volkes in allen seinen Teilen und Gliedern gestellt. Dieser totale Krieg beherrscht unsere Zeit. Da ist es am Platze, an Hegels tiefes Wort zu erinnern: ‚Die Philosophie ist ihre Zeit, in Gedanken erfaßt.‘ Wenn sie heute das Bild des totalen Krieges zu klären unternimmt, arbeitet sie entscheidend an dieser großen, von Hegel vorgezeichneten Aufgabe mit, die nicht endet, die jede Zeit, jede schöpferische Epoche von neuem zu lösen hat.“⁴²

Allein für diesen Text hätte man aus meiner Sicht Hans Wenke 1946 verwehren müssen, für die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrer nach Ende der Nazi-herrschaft in Hamburg verantwortlich zu sein.

Erst einmal war Hans Wenke also 1949, nachdem ihm Hamburg die Möglichkeit gegeben hatte, nach Ende der Nazi-herrschaft wieder Ordinarius einer Universi-

tät zu sein, nach Tübingen gewechselt, wo er 1953 zum Rektor der Universität gewählt wurde. Als dann in Hamburg 1953 bei den Bürgerschaftswahlen die SPD von einem konservativen „Hamburg-Block“ abgelöst wurde, der aus CDU, FDP, Deutscher Partei (DP) und dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) bestand, suchte der neue Bürgermeister Kurt Sieveking einen neuen Schulsenator. Im Wahlkampf hatte es heftige Auseinandersetzungen um die zuvor eingeführte sechsjährige Grundschule gegeben und die CDU hatte angekündigt, diese im Falle eines Wahlerfolges rückgängig zu machen. Dafür benötigte Sieveking möglichst einen wissenschaftlich renommierten und parteilosen Kandidaten. Als die Hamburger Medien davon erfuhren, dass Hans Wenke als künftiger Schulsenator im Gespräch war, reagierten sie überaus positiv. Im „Hamburger Anzeiger“ wurde an Wenkes Tätigkeit als Erziehungswissenschaftler in Hamburg erinnert: „Seine Mittagsvorlesungen im Hörsaal A waren ständig überfüllt. Mit Bedauern sahen ihn Studenten und Universität zum Wintersemester 1949/50 einem Ruf nach Tübingen folgen, wo er bald wieder zu den populärsten Professoren gehörte. In Presse und Rundfunk und zahlreichen akademischen Veranstaltungen bemühte er sich vor allem um eine lebendige Beziehung zwischen Universität und Öffentlichkeit, Wissenschaft und Erziehung. Im September 1953 wurde er zum Vorsitzenden des neu geschaffenen ‚Deutschen Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen‘ gewählt.“⁴³

Und das „Hamburger Abendblatt“ notierte unter der Überschrift „Schulsenator in Sicht“: „In den Jahren 1947–1949 wirkte er als ordentlicher Professor an der Universität Hamburg. Das war zu einer Zeit, als die Einführung der vierjährigen Grundschule in Hamburg schon zur Debatte stand. Wenke hat mit dem damaligen Rektor der Universität Hamburg, Harteck, dem Prorektor Laun und den Professoren Sieverts, Zeiger und Remy die viel erörterte Denkschrift verfaßt, in der vor der Schulreform, wie sie dem Senator Landahl vorschwebte, ernst gewarnt wurde. In dem Sondergutachten von Wenke stehen die Sätze: ‚Vom psychologischen, physiologischen und pädagogischen Standpunkt aus ist der Übergang des Kindes von der Grundschule zur Oberschule im zehnten Lebensjahr als Regelfall zu bejahen. Die Erfahrungen eines Zeitraums von mehr als einem Jahrhundert haben keine Momente ergeben, die dagegen sprechen oder auch nur den Verdacht einer Verfrühung nahelegen.‘“ Weiter wusste das Abendblatt zu vermelden: „Er ist nicht ein in Gelehrsamkeit eingeschlossener Professor. Er ist bestrebt, von der Universität aus ins Weite zu wirken, auch in die Politik hinein, soweit es sich um Schulpolitik handelt.“⁴⁴

In sämtlichen Zeitungsmeldungen zu Wenkes Berufung zum Senator gab es erwartungsgemäß keinen Hinweis auf irgendetwas, was mit seiner Tätigkeit in der NS-Zeit zu tun hatte. Im Gegenteil. Vermeldet wurde: „Außer den Studenten wer-

den auch die Rundfunkhörer, die jeden zweiten Sonntag am Radio Stuttgart saßen, den Wechsel bedauern. Als Sprecher der sieben Hochschulen und Universitäten des Landes Baden-Württemberg hat Wenke in seinen kulturpolitischen Kommentaren immer wieder Worte der Aufmunterung oder der Mahnung gefunden.“ So die „Welt“ am 17.3.1954, dem Tag als er in Hamburg Senator wurde. Und: „Für das deutsche Schulwesen gilt er als Sachkenner ersten Ranges. In zahlreichen Gremien wußte und weiß man seine Konzilianz und sein klares, sicheres Urteil zu schätzen. Als Sprecher der Universität im weitesten Sinne des Wortes hat er es auch verstanden, mit Erfolg die finanziellen Mittel und um das Verständnis für die Förderung der Universität zu werben. Ein Programm für den Hamburger Bereich? Davon möchte er einstweilen absehen. ‚Erst muß ich mich gründlich über alles orientieren.‘ Man wird ihm mit Fragen zusetzen. Aber es besteht kein Zweifel, daß er sich höflich, heiter und souverän aus der Affäre ziehen wird.“⁴⁵ Was zu überprüfen sein wird.

Die Schulsenatorenzeit von Hans Wenke verlief verhältnismäßig unspektakulär. Die sechsjährige Grundschule wurde abgewickelt und nach drei Jahren war die Zeit des Hamburg-Blocks vorbei und Heinrich Landahl wurde wieder Hamburger Schulsenator. Hans Wenke hatte vorgesorgt, kehrte als Hochschullehrer und dann 1957 als Direktor des Seminars für Erziehungswissenschaft an die Hamburger Universität zurück. 1960 berief man ihn als Vorsitzenden der Kommission zur Beratung der Bundesregierung und ein Jahr später wurde er Vorsitzender des Gründungsausschusses der Ruhr-Universität Bochum. „Wenke avancierte im Laufe seiner Tätigkeit 1963 auch zum Gründungsrektor der Universität Bochum, als hier die Verwaltung installiert worden war und seine Beratungstätigkeit ständig vor Ort benötigt wurde.“⁴⁶

Hans Wenke konnte so manches unter einen Hut bringen. Nachdem er aus dem Amt des Schulsenators wieder an die Universität wechselte, schrieb das „Hamburger Abendblatt“ am 10.10.1957: „Was kann der Mensch mit der vielen Freizeit anfangen, die ihm die 45-Stunden-Woche beschert? Mit dieser wichtigen Frage, die man in den Gewerkschaften und in der Industrie der ganzen Welt erörtert, wird sich auch Hamburgs Schulsenator Prof. Hans Wenke demnächst sehr gründlich befassen. Sie ist eines der Hauptthemen für das UNESCO-Institut für Pädagogik, dessen Leitung er am 1. August 1958 für drei Jahre übernimmt. Professor Wenke hat schon mehr als ein schwieriges Problem gemeistert. Der 54-jährige konnte zum Beispiel in weniger als drei Jahren den Hamburger Schulkonflikt („hie vier-, hie sechsjährige Grundschule“) zur Zufriedenheit der Hansestadt lösen. Nach diesem Erfolg wird er nun mit dem Ende der Legislaturperiode im November aus dem Senat ausscheiden. Der weltbekannte Pädagoge will auch untersuchen, welche pädagogischen Methoden und welche Lehrpläne in der ganzen Welt angewandt werden.“

Eins liegt ihm besonders am Herzen: ‚Die Arbeit des Instituts darf sich nicht nur auf den Westen beschränken.‘ Mehr als bisher werden während seiner Amtszeit Vertreter des Ostblocks an dem Institut in der Hamburger Feldbrunnenstraße arbeiten.⁴⁷

Parallel zu seiner Tätigkeit als Professor am Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg war Wenke dann „1963 vom nordrhein-westfälischen Kultusminister Paul Mikat (CDU; 1943–45 NSDAP) als Gründungsrektor der in Bochum geplanten Universität eingesetzt. Das rief an einigen Orten der Bundesrepublik Proteste hervor, und in der Presse wurden eine Reihe von politisch belastenden Zitaten aus der NS-Zeit präsentiert. Als Wenke dann Partei für den Gründungsrektor der Universität Regensburg, Götz von Pölnitz, ergriff, den er aus Erlangen kannte und dem noch umfangreichere Äußerungen aus der NS-Zeit vorgehalten wurden, veranlasste der Düsseldorfer Ministerpräsident Heinz Kühn die Wahl eines neuen Bochumer Gründungsrektors.“⁴⁸

Ausgangspunkt war ein Artikel von Wendula Dahle im „Spandauer Volksblatt“ vom 18.11.1964. Unter der Überschrift: „Kompetent für ‚Rassenpflege‘“ wurde „Fragwürdige Literatur aus der Feder des künftigen Rektors für Bochum“ präsentiert. Darin hieß es:

„Im nächsten Jahr wird es in Bochum die Neueröffnung einer Universität geben. Schon lange bevor sie mit ihrer Arbeit begonnen hat, ist der Rektor der Öffentlichkeit bekannt geworden. Weiß sie auch, wer dieser Rektor ist? Noch hat man Zeit, dem zukünftigen Rektor, Prof. Hans Wenke von der Universität Hamburg, Fragen zu stellen. Man sollte sie jetzt stellen, um der neuen Universität vielleicht Peinlichkeiten zu ersparen. Nach herrschender Meinung war auch Hans Wenke 1934 mit 31 Jahren noch sehr jung. Damals schrieb er in der Zeitschrift für Deutschkunde Rezensionen unter der Rubrik ‚Geschichte und Rassenkunde‘. In der Nummer des Jahres 1934 finden sich auf den Seiten 595 ff. 22 von Hans Wenke besprochene Bücher mit Titeln wie: ‚Die Führerpersönlichkeit in der deutschen Geschichte.‘ ‚Ewiges deutsches Volk.‘ ‚Deutsche Bauerngeschichte.‘ ‚Erbkunde, Rassenkunde, Rassenpflege.‘ ‚Vorschule der Rassenkunde.‘ usw. Er empfiehlt diese Bücher Geschichts- und Deutschlehrern zur Lektüre. Freilich: Glaubensbekenntnisse schwärmerischer Art finden sich auch bei ihm nicht.“⁴⁹

Wendula Dahle nannte noch andere Beispiele: „Zu dem Buch von Hermann Reißer, ‚Sieg-Heil SA‘, schreibt er unter anderem: ‚Diese Festigkeit der Gesinnung ist die stärkste Grundlage der nationalsozialistischen Bewegung. Das Buch erfüllt seinen Zweck, wenn es in seiner einfachen eindringlichen Art diese Erkenntnis vertieft.‘ In derselben Nummer dieser Zeitschrift findet sich auch ein recht langer und ausführlicher Beitrag von Hans Wenke mit dem Titel: ‚Die Wesensbestimmung des politischen Menschen‘. Dieser ‚politische Mensch‘ war für ihn 1934 ein ‚Kämpfer‘

und ein ‚Held‘, der ‚Willensantrieb‘ besitzt und der sein ‚Kämpfertum‘ und ‚Heldentum‘ treu in den Dienst ‚in und an der Gemeinschaft‘ stellt (S. 125). Das sind Sätze, die der Autor vielleicht auch heute noch vertreten wird, aber man muß wissen, was man damals unter ‚Kämpfer‘ und unter ‚Gemeinschaft‘ zu verstehen hatte. Im folgenden wird Wenke noch sehr viel präziser: ‚Der politische Mensch des völkischen Staates vereinigt die grundständige völkische Gesinnung mit einem nüchternen Blick für die politischen Notwendigkeiten ...‘ (S. 123).“⁵⁰

Die Journalistin Dahle stellte dazu fest: „Die politischen ‚Notwendigkeiten‘ waren 1934 jedem klar: Sie bedeuteten freiwillige Aufgabe der Freiheit und Unterwerfung unter das damalige Regime. Einige Seiten vorher hatte der Autor diese Notwendigkeit bereits erwähnt: ‚Die wichtigste Aufgabe, die hiernach dem Staate zufällt, besteht darin, der Selbstverwirklichung des Volkstums zu dienen. Dieser Dienst widerspricht nicht dem Wesen des totalen Staates, insofern, als er sich – um seinen Dienst am Volksganzen zu erfüllen – mit Totalitätsanspruch dem einzelnen gegenüber durchsetzen muß. Wir belegen diesen Gedankengang mit einigen Sätzen aus Hitlers Buch ‚Mein Kampf‘ ...‘ (S. 59)“⁵¹

Und Dahle schrieb dazu: „Auch das hier erwähnte ‚Völkische‘, das mit der Zeit zu einem Zentralbegriff der nationalsozialistischen Ideologie wurde, wird von Hans Wenke genauer definiert. Das Völkische steht nach seiner Ansicht ‚dem Menschen näher als das im engeren Sinne ‚Politische‘, weil es zum Urbestande seiner leiblichen, seelischen und geistigen Natur gehört; es ist enthalten in rassischer Zugehörigkeit, in Sprache, Heimat und in einem aus dem Blute und den geschichtlichen Schicksalen des Volkes hervorgegangenen Erbe, das jedem einzelnen mitgegeben ist‘ (S. 122).“⁵²

Dahle kommentierte: „Mit diesen Sätzen bekennt der Autor sich zu den irrationalen Kräften, die bis 1945 als Grundlage des Deutschtums angesehen und propagiert wurden. Es mußte ihm damit klar sein, auf welcher Seite er schrieb und in wessen Dienst er sich damit begab.“⁵³

Es bedurfte offenbar einer neuen Generation, um sich in dieser Weise mit Wissenschaftlern, Autoren, renommierten Politikern und deren Veröffentlichungen in der NS-Zeit auseinanderzusetzen.

Wendula Dahle hatte auch die von Hans Wenke herausgegebene Festschrift für seinen Protegé Eduard Spranger gelesen und darin Wenkes Beitrag „Zur Philosophie des totalen Krieges“, aus dem sie einige Zeilen zitierte. Sie knüpfte daran die Bemerkung:

„Vielleicht ist es erlaubt, den zukünftigen Rektor der Bochumer Universität zu fragen, ob er die Werte der Totalität des totalen Krieges und der totalen Anstrengung eines Volkes, wie er sie in dem von Hitler und dem deutschen Volk geführten



Als sich Prof. Hans Wenke noch darauf freute, Gründungsrektor der Universität Bochums zu werden.

Eroberungskrieg verwirklicht sah, etwa als Leitbilder der Bundeswehr auch heute anerkennen würde. Das sind Fragen, die Studenten gerade seines pädagogischen Seminars interessieren müßten. Denn es stimmt uns Jüngere doch nachdenklich, wenn diejenigen, die im Dritten Reich ohne Mühe tüchtig sein konnten, auch heute wieder an hervorragender Stelle repräsentieren.“⁵⁴

Und sie schloss:

„Als Kulturpolitiker war er schließlich noch während des CDU-Interims in Hamburg Senator für das Schul- und Hochschulwesen. Mit dieser Aktivität steht Herr Professor Wenke sicher in dem Ansehen, sich um den demokratischen Aufbau unseres Staates verdient gemacht zu haben.“⁵⁵

Es ist schon berichtet worden, dass Hans Wenke nach dieser Veröffentlichung nicht Gründungsrektor der Universität Bochum bleiben konnte. Überraschend ist, wie gering die Resonanz darauf in Hamburg war. In der „Bild-Zeitung“ erschien ein kleiner Artikel mit der Überschrift „Buchbesprechungen aus der NS-Zeit veröffentlicht“ und darin wurde über Hans Wenke berichtet: „Er soll den nationalsozialistischen Rassenwahn verherrlicht haben! Er hat jetzt das ihm angebotene Amt abgelehnt, erster Rektor der neuen Ruhr-Universität in Bochum zu werden.“⁵⁶ Es war wohl eher andersherum, die Ablehnung erfolgte von politischer Seite. Für die „Bild“ positiv: „Prof. Wenke bleibt in Hamburg und wird als international anerkannter Pädagoge und Philosoph weiterhin den Lehrernachwuchs ausbilden.“ Zitiert wurde auch

der damalige Schulsenator Drexelius: „Wir werden keine Maßnahmen gegen Professor Wenke wegen seiner früheren Veröffentlichungen ergreifen. Ich persönlich war tief betroffen, als ich davon hörte!“⁵⁷ Haug von Kuenheim schrieb dazu in der „Zeit“: „Hamburgs Senator Drexelius meinte damals in einem Telefonat mit der ‚Stuttgarter Zeitung‘: ‚Vielleicht können Sie Ihren Kultusminister veranlassen, daß Wenke wieder einen Ruf nach Schwaben bekommt, dann wären wir eine Sorge los.‘ Inzwischen hat der Senator die inkriminierten Werke seines Professors gelesen und lesen lassen. ‚Sie waren noch gerade eben tragbar‘, lautet sein Kommentar heute.“⁵⁸

Und auch die „Hamburger Morgenpost“ brachte gleichzeitig einen kleinen Artikel ähnlichen Inhalts unter der Überschrift „Skandal um die Kritik“.⁵⁹

Ganz anders äußerte sich ein Kollege und Freund seit gemeinsamer Tübinger Zeiten von Hans Wenke, der Hamburger Theologieprofessor Helmut Thielicke, der einen Kommentar in der „Welt am Sonntag“ veröffentlichte. Er pries die Kompetenzen von Hans Wenke, der wie kein zweiter geeignet wäre Gründungsrektor einer neuen Universität zu werden:

„Ich wüßte niemanden in Deutschland, der das so hätte bewältigen können wie er. Denn in seiner Person treffen jene vielfältigen Eigenschaften zusammen, deren Kombination hier gefordert war: Er ist ein Gelehrter von Rang und Namen, der das geistige Profil einer Universität zu prägen vermag. Er kennt die Geheimnisse und Finessen akademischer Selbstverwaltung; denn er war selber Rektor, und zwar in Tübingen. Als ehemaliger Hamburger Schulsenator und insofern als Kultusminister verfügt er über die Erfahrung als Chef einer staatlichen Aufsichtsbehörde. Und endlich: Er brachte und bringt die Bereitschaft auf, durch Jahre hin seiner nicht übermäßig robusten Gesundheit ein männermordendes Doppelamt abzurufen: nämlich Professor in Hamburg zu sein und gleichzeitig die unzähligen Fäden des Bochumer Riesenunternehmens in der Hand zu behalten, zu reisen und zu verhandeln.“⁶⁰

Wie nun ging Helmut Thielicke mit den konkreten Kritikpunkten um?

„Wenige Monate, bevor es soweit ist, werden nun in einer Studentenzeitung einige Worte ausgegraben, die Wenke als junger Mann während des Dritten Reiches geschrieben hat, vor allem in zwei- bis dreizeiligen Buchrezensionen. Diese Worte lesen sich heute, wo wir über die Erfahrung gebrannter Kinder verfügen, nicht angenehm. Sie verherrlichen allerdings nicht, wie übertreibend gesagt wurde, das Regime. Sie sind nur, für dieses Stadium der Zeitgeschichte vielleicht begreiflich, unkritisch. Dieser vergleichsweise kümmerliche Fund genügte, um in Presse und Fernsehen einen Mann dieses Ranges und dieser einsamen und einzigartigen Leistung als alten Nazi abzustempeln. In der bei uns üblich gewordenen kollektiven Vergangenheitsneurose war plötzlich alles aber auch alles hinwegretuschiert,

was dieser Mann seit zwei Jahrzehnten ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit, öffentlich und noch mehr im Verborgenen, für unser Land getan hat, oder man ist unverfroren genug, es aus ehrgeizigen Motiven zu erklären. Ich erlaube mir angesichts dessen ein vernehmliches Pfui auszurufen und stelle die Frage, in welchem Lande Derartiges möglich wäre. Leute, die sich so unkontrolliert dem Gefälle von Emotionen hingeben, würden in einer neuen Tyrannei die ersten sein, die ihren Blendungskünsten nicht gewachsen wären. Sollte es denn mit uns so weit kommen, daß die Deutschen in zwei Lager zerfielen: in die hysterischen Sündenbocksucher auf der einen und in die Indifferenten, die Wurstigen – die nur vergessen und verdrängen wollen – auf der anderen Seite? Gott bewahre uns vor dieser Alternative! Aber vieles spricht dafür, daß unser Kompaß dahin zeigt. Der Fall Wenke kann uns eine Warnung sein. Aber er warnt in einem anderen Sinne, als gewisse Pharisäer in unserem undankbaren Volk es wahr haben möchten.“⁶¹

Starke Worte. Und sicherlich hatte Helmut Thielicke Recht damit, dass es hier eine Unverhältnismäßigkeit gab, im Vergleich zu anderen Personen, die in der NS-Zeit in ganz anderer Weise agiert und in Nachkriegsdeutschland Karriere gemacht hatten. Unverhältnismäßig erschien die Reaktion auf Wenke auch deswegen, weil in den Jahren zuvor gar nichts mehr thematisiert worden war, was Personen in Wissenschaft, Publizistik, Schule und Politik in der NS-Zeit gemacht, gesagt oder geschrieben hatten. Insofern erwies sich die Reaktion auf den Artikel im „Spandauer Volksblatt“ und eine anschließende Fernseh-Glosse über Wenkes Vergangenheit 1962 als ein erster Wendepunkt in der Reaktion und Aufarbeitung der NS-Geschichte im Laufe der 1960er-Jahre. Verstärkt wurde dies durch einen Artikel im „SPIEGEL“, der weitestgehend die im „Spandauer Volksblatt“ zitierten Passagen aus Wenkes Schriften und der Spranger-Festschrift wiedergab und feststellte: „Bei so viel Pflichterfüllung blieb der Lohn nicht aus: 1941 erhielt Wenke einen Lehrstuhl für Pädagogik, Psychologie und Philosophie in Erlangen.“⁶³

Da Helmut Thielicke sich im Kontext der Auseinandersetzung mit Hans Wenke an der Hamburger Universität noch einmal deutlich äußerte, möchte ich an dieser Stelle aufgreifen, was Benjamin Ortmeier in seiner Auseinandersetzung mit den Publikationen führender Erziehungswissenschaftler in der NS-Zeit aus den 1984 veröffentlichten Erinnerungen von Helmut Thielicke aufgriff. Zu seiner eigenen Haltung während der NS-Zeit, im Spannungsfeld von Anpassung und der Bewahrung eines gewissen Rückgrats, hatte Thielicke geschrieben:

„Ich wählte folgende Lösung: Ich nahm mir bestimmte Dinge vor, die ich auf gar keinen Fall tun würde. Ich würde nie, trotz allen Drängens und trotz aller Versprechungen, in die Partei eintreten. Und ich würde nie – weder mündlich noch schriftlich oder gar gedruckt – irgendein Bekenntnis zu diesem Regime oder auch

nur eine positive Zensur zum Ausdruck bringen. Denn viel schlimmer als eine organisatorische Angliederung oder ein formelles Mitmachen empfand ich jeden Verrat am Wort und mit Worten. Die bekennende Aussage musste etwas sein, an dem der Vertreter eines Gesinnungsberufes, ein ‚Professor‘, seine Glaubwürdigkeit zu bewahren hatte; Zugeständnisse waren hier unmöglich. Ich konnte einem Freund die Parteilugehörigkeit verzeihen, wenn wenigstens sein Wort unantastbar blieb. Umgekehrt verachtete ich die, die einen äußeren Anschluss zwar vermieden, in ihren Worten aber hemmungslos opportunistisch waren. Ein Professor muss nach seinen Worten beurteilt werden; sie sind seine Taten. Nach dem Krieg hat es mich deshalb oft verdrossen, wie töricht die Kriterien waren, nach denen man einstige Schuld bemaß, wie man ein HJ-Abzeichen als diffamierend, eine organisatorische ‚Jungfräulichkeit‘ aber als heroischen Status erachtete, statt die einzig sachgemäße Frage zu stellen: ‚Was hast du gesagt und was hast du publiziert?‘⁶⁴

Darauf werde ich zurückkommen, wenn ich mich noch mit einigen Schriften von Hans Wenke aus der NS-Zeit beschäftige. Zwischenzeitlich aber muss referiert werden, wie die antiautoritäre Studentenbewegung auf Wenke reagierte. Erstaunlicherweise hatte es auf die Veröffentlichungen 1964 in der Hamburger Studentenschaft keine sichtbare oder dokumentierte Resonanz gegeben. Dies änderte sich im Jahre 1967. Es begann mit einem Artikel in der vom AStA der Universität Hamburg herausgegebenen Studentenzeitschrift „Auditorium“, in der der damals 24-jährige Pädagogikstudent und Mitglied im SDS, Reinhold Oberlercher, unter der Überschrift „Wenke – oder die Unmöglichkeit einer Rezension“ gegen Hans Wenke polemisierte.⁶⁵ Es war zeitgleich zu einer spektakulären Aktion im Auditorium Maximum der Universität Hamburg gekommen, als die beiden Studenten Detlev Albers und Gert Hinnerk Behlmer bei dem Rektorenwechsel am 9. November 1967 mit dem Transparent „Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren“ vor den Spektabilitäten in das Audimax einmarschierten.⁶⁶ Diese Aktion war der Beginn einer tiefgreifenden Erschütterung des akademischen Establishments.

Reinhold Oberlercher hatte vor seinen Artikel ein Zitat aus einem Beitrag von Hans Wenke in der von ihm in der NS-Zeit als Schriftleiter verantworteten pädagogischen Zeitschrift „Die Erziehung“, 17. Jahrgang 1942, Seite 154 vorangestellt, in dem es hieß: „In Grenzfällen ist ein Bericht des zuständigen Beauftragten des rassenpolitischen Amtes der NSDAP über die erbbiologischen und rassischen Verhältnisse des Schülers und seiner Sippe einzuholen.“⁶⁷

Oberlercher schrieb: „Allen Ernstes war geplant, Wenkes Vorlesung ‚Der Aufbau des Erziehungs- und Bildungswesens‘ und sein Seminar über ‚Kultur- und bildungspolitische Probleme der Gegenwart‘ zu rezensieren. Aber: Den Anspruch der Wissenschaft, die an sich erst kritisch und somit auch kritikwürdig wäre, stellt Wen-

ke gar nicht. Seine beiden Veranstaltungen sind unter aller Kritik. Über sie trotzdem zu schreiben ist nicht Kritik, sondern Deskription eines pathogenen Syndroms im akademischen Betrieb.“⁶⁸

Und weiter: „Wenke ist kein ‚Grenzfall‘, er ist keineswegs extrem. In einem Land, wo KZ-Erbauer, Renegaten und Alt-Nazis die höchsten Regierungsposten besetzen, ist ein alternder Ideologe des pädagogischen Hitlerismus, ein fast gemüthlicher Normalfall. Nicht Wenke beunruhigt, sondern seine Hörer; nicht monologisierende Paragrafenalchemie ist verhängnisvoll, sondern ein Audimax voller geduldiger Adepten.

Was treibt junge Leute dazu, anderthalb Stunden schulbürokratisches Rasonnement über sich ergehen zu lassen? Ist es die ausführliche Paraphrasierung der Frage nach der rechten Gehaltsgruppe, oder die frisch von der Massenpsyche kommende Feststellung, daß man wieder einmal sehe, ‚wie das Gute und das Schlechte immer so beieinander liegt‘? Oder füllen Wenkes flüssiger Vortragsstil ihm den Hörsaal, die Witzchen und Anekdotchen aus dem lustigen Schulalltag, mit denen er den alten und neuen Gesetzesmuff garniert?“⁶⁹

Oberlerchers Fazit:

„Bleibt zu konstatieren die totale Verschulung des Wenkeschen Hauptseminars, seine perfekte Technik, kritische Äußerungen zu ignorieren, im Keim zu ersticken oder lächerlich zu machen. Die Diskussion ist zum infantilen Frage-und-Antwort-Spiel geschrumpft. Jede Frage, die Wenke stellt, genügt bereits, denn er will immer nur das wissen, was er schon weiß. Darauf angesprochen, gibt Wenke die Verschulung seines Hauptseminars zu, versichert jedoch, in seinem Doktorandenseminar herrsche bei 10 Teilnehmern ein freier und sachlicher Arbeitsstil. Eine empirische Überprüfung dieser Behauptung lehnte er rundweg ab und verlangte, ihm zu glauben.“⁷⁰

Oberlerchers Konsequenz: „Angesichts des ritualisierte Vorurteils, des zum System sozialer Institutionen verfestigten Totalidiotismus muß Vernunft, so sie überhaupt noch etwas ausrichten will, ihrer geschichtlichen Dimension sich erinnern und zur revolutionären Gewalt greifen. Akademische Zumutungen vom Schlage Wenkescher Vorlesungen sind nur dadurch zu kritisieren, daß man sie sprengt.“⁷¹

Hans Wenke hätte diese Einlassung in einer nicht sonderlich professionellen und übermäßig gelesenen Studentenzeitung ignorieren können. Zumal nur ein geringer Teil der etwa 700 Studierenden, die regelmäßig seine Vorlesungen besuchten, von Oberlercher als „geduldige Adepten“ bezeichnet, was eigentlich „kritiklose Deppen“ heißen sollte, sich von dieser Rezension irritieren ließen.

Wenke entschied anders und initialisierte damit eine Erschütterung, die am Ende dazu führte, dass er resigniert die Universität verließ. Der Reihe nach.

Prof. Hans Wenke schloss den Studenten Oberlercher am 30.11.1967 aus seinem Hauptseminar aus. Dagegen protestierte der Fachschaftsrat Erziehungswissenschaft und forderte Wenke auf, „den sachlich ungerechtfertigten Rauswurf rückgängig zu machen und sich bei dem betroffenen Kommilitonen öffentlich zu entschuldigen“.⁷² Wenke erklärte dazu: „Meine Aufforderung an Herrn Oberlercher, den Raum meiner Seminarübung zu verlassen ist die Konsequenz eines Faktums. Dieses Faktum ist der in der vom AStA herausgegebenen Zeitschrift ‚auditorium‘ Nummer 50 veröffentlichte Artikel von Reinhold Oberlercher mit dem Titel ‚Wenke – oder die Unmöglichkeit einer Rezension‘. Ich bitte alle, diesen Artikel genau zu lesen und sich ein eigenes Urteil zu bilden. Ich beteilige mich nicht mit Erklärungen an dieser Urteilsbildung, die jedem einzelnen überlassen bleibt.“⁷³

In einer der ersten Dekanekonferenzen, die der neue Rektor der Universität, Professor Dr. Werner Ehrlicher nach der geschilderten Amtseinführung im Audimax durchführte, wurde auch über diesen Fall berichtet. Neben dem Fachschaftsrat hatten auch der AStA und der SDS Prof. Wenke aufgefordert, sich bei Oberlercher zu entschuldigen, „andernfalls werde er in seiner Vorlesung am 7. Dezember ‚zur Rede gestellt werden‘“. Daraufhin hatte Wenke seine Vorlesung ausfallen lassen: „Dabei habe es sich gezeigt, daß wesentlich mehr Studenten erschienen seien, als die Vorlesung Hörer habe; unter den Studenten haben längere Diskussionen stattgefunden.“⁷⁴ Rektor Ehrlicher erklärte seine Absicht, den Widerspruch von Oberlercher zurückzuweisen „und zwar vornehmlich wegen des in dem Zeitungsartikel enthaltenen Aufrufs, die Vorlesungen von Professor Dr. Wenke zu stören“.⁷⁵

Am 10.12.1967 schrieb der Hamburger GEW-Vorsitzende, Hanspeter Schlesinger, an Hans Wenke:

„In der Zeitung habe ich von Ihrer Auseinandersetzung mit dem Studenten O. gelesen. Anhand der sehr ausführlichen Darstellung in WELT und Abendblatt kann ich Ihnen nur sagen: Sie haben völlig richtig gehandelt! Auch ich hätte mir eine solche Beleidigung nicht gefallen lassen, weder von einem Studenten noch irgendeinem anderen Menschen. Die Stellungnahme des AStA hingegen beweist, daß man hier offenbar völlig verdrehte Vorstellungen von Recht und Unrecht besitzt. Ich bin, wie Sie wissen, der Meinung, daß vieles gerade in unserem Bildungswesen reformbedürftig ist. Die Art aber, in der gewisse Kreise unserer Studenten agieren zu müssen glauben, ist empörend und in höchstem Maße würdelos. Es war meines Erachtens höchste Zeit, daß ein Hochschullehrer sich einmal in aller Deutlichkeit gegen solche Rüpeleien verwahrte. Und ich möchte Ihnen ganz einfach dafür Dank sagen, daß gerade Sie, einer der angesehensten Wissenschaftler unserer Universität, das getan haben. Ich sage das nicht nur als Ihr ehemaliger Schüler, sondern als in verantwortlicher Arbeit stehender Pädagoge und Schulpolitiker, der Sie in vielen

Bereichen ihrer Tätigkeit seit 20 Jahren erlebt hat und der weiß, was die Arbeit an der Jugend für Sie bedeutet und was Ihre Arbeit auch für unsere Jugend bedeutet. Bitte lassen Sie sich durch Torheiten einiger unreifer Lümmel nicht beirren! Sie können, wenn Sie mich brauchen, immer auf mich rechnen!“⁷⁶

Die GEW sollte Diskussionen mit den „unreifen Lümmeln“ wenige Jahre später auch noch bekommen.

Am 7.12.1967 verteilte der SDS ein Flugblatt mit der Überschrift: „Wer ist Wenke?“ Darin hieß es:

„Im Dritten Reich propagierte Wenke leidenschaftlich den Faschismus:

„Sie (viele Menschen) bedürfen keiner begrifflich-analytischen Klärung. Sie erfüllen aus dem Schwung des Herzens, aus der Kraft des Gefühls die Forderungen des totalen Krieges in Haltung und Tat auf das genaueste und bis ins kleinste und letzte.“ (Wenke, Hans, Zur Philosophie des totalen Krieges, in: Festschrift für Eduard Spranger, Leipzig 1942, S. 268)

Nach 45 passte Wenke sich geschickt der neuen Strömung an. Schnell kam er wieder zu Amt und Würden. Schnell konnte er wieder seinen Mief verbreiten! Wenke ist der typische Vertreter des karrieristischen und akademischen Schleimscheißers, der sich in jedes Verhältnis fügt, der bei den Nazis die Universitäten zu Hochburgen des Faschismus machte, und der gegenwärtig am heftigsten die überkommenen feudalen Strukturen der bestehenden Universität verteidigt, wohlweisend, dass er das erste Opfer einer Demokratisierung der Hochschule sein würde.

Für Karrieristen und Schleimscheißer ist in der Universität kein Platz! Sie müssen schnell verschwinden. Wie können wir Wenke am schnellsten in den Ruhestand versetzen? Da nicht zu hoffen ist, dass der Rektor Wenke relegieren wird, müssen wir seine Vorlesungen und Seminare boykottieren. Boykottiert seine Vorlesungen und Seminare!“⁷⁷

Die Konflikte schienen unauflösbar. Die Positionen beider Seiten waren verhärtet. Helmut Thielicke solidarisierte sich erneut mit Hans Wenke, ließ sein Kolleg im Auditorium Maximum ausfallen und verlas stattdessen eine Erklärung unter der Überschrift „Armes Deutschland“. Darin verglich er die gerade erlebte Situation mit dem, was er in der Nazizeit zu ertragen gehabt hatte. Den Studenten Oberlercher nannte er einen „ordinären Schmutzschleuderer mit psychopathischen Zügen“.⁷⁸

Ein großer Teil der Studierenden von Hans Wenke war genervt von den ständigen Störungen, aber es gab keine einzige Veranstaltung, ohne dass Hans Wenke zu seiner Vergangenheit und zu der Auseinandersetzung mit Reinhold Oberlercher gefragt oder kritisiert wurde. Interessant war dabei, dass die Assistenten wie auch Professor Helmut Thielicke behaupteten, Oberlercher hätte das Zitat auf seinem Flugblatt aus der Zeitschrift „Die Erziehung“ als von Hans Wenke stammend ge-

fälscht. Darauf werde ich im nächsten Abschnitt noch etwas genauer eingehen, denn die von Hans Wenke in dieser Zeitschrift seit 1934 verfassten Beiträge „zur pädagogischen Lage in Deutschland“ waren so verfasst, dass sie über neue Entwicklungen, Ordnungen, Richtlinien etc. in Nazideutschland berichteten, mit Hinweisen auf die Quellen, aber in großem Umfang ohne Zitate als Zitate auszuweisen, so dass nicht deutlich wurde, inwieweit Hans Wenke sich das Beschriebene zu eigen gemacht hatte. So auch in den von Oberlercher zitierten Sätzen.

Inzwischen hatte der SDS auch die Wenke-Zitate aus dem „Spandauer Volksblatt“ gefunden und brachte sie als Sonderinfo in die Universitätsöffentlichkeit, was wieder dazu führte, dass Hans Wenke dazu aufgefordert wurde, Stellung zu beziehen. Am 14.3.1968 vermeldete das „Hamburger Abendblatt“, dass Reinhold Oberlercher gegen die Suspendierung aus den Seminaren von Hans Wenke klagen würde. Gleichzeitig erklärte Wenke, nach dem abgeschlossenen Wintersemester keine Vorlesungen mehr halten zu wollen.⁷⁹

Und so kam es auch. Hans Wenke führte zum ersten Mal am 20.3.1968 mit Bildungssenator Wilhelm Drexelius ein Gespräch über die Fortsetzung seiner Lehrtätigkeit, das er am 12.7.1968 fortsetzte. Drexelius verfasste dazu einen internen Vermerk, in dem er festhielt:

„Herr Professor Wenke teilte mir mit, dass er sich nach sehr sorgfältiger Überlegung nun doch entschlossen habe, seine vorzeitige Emeritierung zum 30. September 1968 zu beantragen. Zugleich teilte er mir mit, dass er sich nicht erklären könnte, sich selbst bis zur Wiederbesetzung des Lehrstuhls zu vertreten. Als Begründung führte Herr Professor Wenke als wesentlichen Punkt an, daß er nicht mehr die Kraft und den Ausweis für viele Aufgaben habe, deren Erledigung er sich vorgenommen habe. Auch sei durch die Ereignisse des Wintersemesters 1967/68 seine Unbefangenheit im akademischen Lehrbetrieb genommen worden, d. h. auch wenn es nicht zur Fortsetzung der Störungen kommen sollte, so könne er doch nicht mehr das alte Verhältnis zu den Studenten und zum Lehrbetrieb wiedergewinnen.“⁸⁰ Wenkes Pensionierung zum 30.9.1968 wurde von Bürgermeister Herbert Weichmann unterschrieben.⁸¹

In die Debatte um Hans Wenke und die „braune Vergangenheit“ mischte sich auch Hamburgs jüdischer Schriftsteller und Maler Arie Goral ein, der ein paar Jahre zuvor die Entgleisungen des Psychologen Peter Hofstätter angeprangert hatte und der in den Jahren der politisierten Studentenbewegung ein häufiger Gast und Diskutant auf dem Hamburger Campus war. Arie Goral machte zu der beschriebenen Auseinandersetzung ein paar wichtige Anmerkungen:

„Ob nun das studentische enfant terrible Reinhold Oberlercher der geeignetste Vertreter einer geistes- und gesellschaftskritisch fundierten und ausgerichte-

ten, politisch wie pädagogisch grundsätzlich analysierenden und argumentierenden Auseinandersetzung, die uns weiterbrächte, ist, werden wohl selbst manche seiner SDS-Genossen bezweifeln. Seine Diktion und Rhetorik ist oft ebenso stimulierend wie enervierend. Ich weiß nicht, ob er ideologisch überhaupt einen festen Standpunkt hat, ob er beispielsweise als Mitglied des SDS Sozialist ist. Ich vermute, dass er selbst es nicht weiss. Müsste ich ihn einordnen, so würde ich sagen, er ist ein nach rechts tendierender ‚linkelnder‘ Anarchist. Aber es geht hier nicht um ihn, sondern um Prof. Wenke.



Arie Goral, 1994

Man muss sich entscheiden ob man für den Stein des Anstoßes, nämlich Prof. Wenke, oder für denjenigen ist, der diesem Stein einen deftigen Tritt gab. Ungeachtet meiner Vorbehalte, abgesehen von verschiedenen Einwänden, die ich gegenüber Oberlercher und dem SDS zu machen hätte, stehe ich auf Seiten des Studenten, weil er die gerechtere, freiheitlichere und demokratischere Sache vertritt.“⁸²

Arie Goral weiter: „Ob er für seine Kritik die richtige Form gefunden hat, das ist eine andere Frage. Aber Leute wie Wenke und Hofstätter, die in einer Zeit, in der es für andere um Tod und Leben ging – zumeist nur noch um den Tod, – die in jener Zeit wissenschaftlich, methodisch, stilistisch und nicht zuletzt menschlich skrupellos jede Norm und Form anständigen Verhaltens als Sachwalter des Geistes verrieten, sie sollten doch heute, da sie wieder einmal in aller Sicherheit mit von der Partie sind, nicht so ‚pingelig‘ sein, nicht so auf ‚die Würde der Universität‘ pochen. Vor allen Dingen sollten nicht diejenigen nach der Inquisition gegen einen Studenten rufen, der rebellierte, die in der Zeit, in der es galt, die Würde der Universität zu wahren und zu beweisen, nicht nur zu feige zur Rebellion waren, sondern sich zusätzlich sogar würdelos bei jenen anbiederten, die die Freiheit des Geistes nicht nur in den Universitäten unterdrückten. Wenn sie schon nicht Rede und Antwort stehen, so sollten doch wenigstens diejenigen schweigen, die damals intellektuell legitimierten, dass Menschen in Gaskammern getrieben wurden. Dass sie aber heute Erzieher kommender Erzieher sind, das müssen diejenigen verantworten – so weit sie das können! –, die sie zu dem machen, was zu sein sie behaupten: Repräsentanten des Geistes und der Wissenschaft an deutschen Universitäten.“⁸³

Die Charakterisierung von Reinhold Oberlercher durch Arie Goral als „nach rechts tendierender ‚linkelnder‘ Anarchist“ hatte etwas Prophetisches. Oberlercher driftete im Laufe der Jahre in das rechtsradikale Milieu ab. Felix Krebs schrieb schon 1996 in der „Konkret“ unter der Überschrift „Schulungsleiter der nationalen Intelligenz“ wo Oberlercher später landete, bei den „Republikanern“, in der NPD, als

Freund des ebenso nach rechts gewendeten ehemaligen „APO-Anwalts“, Horst Mahler: „Oberlerchers ‚100-Tage Programm‘ das den Vergleich mit dem 25-Punkte-Programm der NSDAP nicht zu scheuen braucht, fand viel Anklang im neofaschistischen Spektrum. Seit Februar 1995 kann die nationale Intelligenz Oberlerchers zuletzt genannten Texte in didaktisch aufbereiteter Form in Berlin bestellen. Neben dem Einführungskurs ‚Reichsbürgerkunde‘ bietet das Nazi-Kolleg Aufbau- und Führungskurse an. Im Bericht des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz heißt es, Oberlercher wolle mit ‚dem umfangreichsten und radikalsten Schulungsprogramm einen heterogenen Kreis aus Neonazis, studentischen Gruppen, neuen Rechten und rechten Altparteien ansprechen und politische Kader schmieden‘.“⁸⁴



Horst Mahler und Reinhold Oberlercher

Reinhold Oberlercher ist laut Internet bis heute in rechtsradikalen Kreisen aktiv und verbreitet nationalsozialistisches Gedankengut. Oberlercher, Jahrgang 1943, befindet sich also da, wo er Hans Wenke 1967 währte, über den er, als dieser 64 Jahre alt war, spöttisch sagte: „Das ist ein netter alter Opa, der mir sympathisch ist.“⁸⁵

Welch Ironie der Geschichte.

Ich möchte mich zum Ende damit auseinandersetzen, was durch Benjamin Ortmeier erst 2014 systematisch gesichtet wurde. Ortmeier hatte sich im Kontext seiner Forschung über die Erziehungswissenschaftler Eduard Spranger, Hermann Nohl, Erich Weniger und Peter Petersen auch intensiv mit Hans Wenke beschäftigt. Wenke war seit 1937 Schriftleiter der Zeitschrift „Die Erziehung“, seit 1939 mit Eduard Spranger zusammen zugleich auch deren Herausgeber. In dieser Zeit veröffentlichte Wenke in der Rubrik „Kleine Beiträge, Kritiken und Berichte“ in der Zeit von Februar 1934 bis Mai 1942 insgesamt 55 Berichte unter der Überschrift „Die pädagogische Lage in Deutschland“. Benjamin Ortmeier hat die 55 Berichte in einer Dokumentation zusammengestellt und mit einer Vorbemerkung und einem Überblick zur Artikelserie veröffentlicht.⁸⁶

In seiner Vorbemerkung schrieb Ortmeier:

„Hans Wenke, der Schriftleiter der Zeitschrift ‚Die Erziehung‘, war nach der Analyse von Klaus-Peter Horn eine zentrale Stütze, um die Zeitschrift auch gegen Anfeindungen aus den Reihen der NSDAP hindurchzusteuern. Dahinter steht die Tatsache, dass die alte, traditionelle Zeitschrift ‚Die Erziehung‘, mit Eduard Spranger als Symbolfigur, zwar politisch sehr rasch auf den Kurs des NS-Regimes einschwenkte, aber dennoch die sogenannten ‚geisteswissenschaftlichen Traditionen‘

bewahren und in die NS-Ideologie einarbeiten wollte. Wenke hatte eine Vermittlerfunktion, galt als untadeliger Nationalsozialist und konnte so durch seine regelmäßige Mitarbeit die Loyalität gegenüber dem NS-Staat deutlich dokumentieren. Seine kontinuierlichen Bemühungen, das Erlass-Chaos ein wenig übersichtlicher zu gestalten – was zunehmend schwieriger wurde – hatte einen unzweifelhaften Wert während der NS-Zeit.“⁸⁷

Ich habe alle Beiträge von Hans Wenke in dieser 388-seitigen Dokumentation gelesen und stimme der Schlussfolgerung von Benjamin Ortmeier absolut zu: „Wenke war also ohne Frage auch ein propagandistischer Unterstützer des NS-Regimes und des NS-Erziehungssystems.“⁸⁸ Er hatte sich in Hinsicht auf das – oftmals nur als Dschungel zu bezeichnende – ausgesprochen umfangreiche Erlassmaterial als eine Art formal-organisatorischer Verwaltungsfachmann spezialisiert, der sich bemühte, „der Leserschaft der Zeitschrift ‚Die Erziehung‘ wenigstens die Grundzüge der technischen und organisatorischen Veränderungen nahe zu bringen“.⁸⁹ Wenkes Arbeit bestand darin, „das NS-Regime politisch loyal zu unterstützen, auch in seinen Maßnahmen verwaltungstechnischer Art, die ausdrücklich begrüßt wurden. Aber dies geschah in der Rolle eines loyalen Bündnispartners.“⁹⁰

Wie Hans Wenke konkret arbeitete, soll an dem Beispiel gezeigt werden, das Reinhold Oberlercher in seinem Artikel in der Studentenzeitschrift „Auditorium“ Nummer 50, 1967 anführte. Oberlercher zitierte:

„In Grenzfällen ist ein Bericht des zuständigen Beauftragten des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP über die erbbiologischen und rassistischen Verhältnisse des Schülers und seiner Sippe einzuholen.“ Dies stand genau so in dem Bericht von Hans Wenke: „Die pädagogische Lage in Deutschland“ in Heft 7/8 aus dem April/Mai 1942 auf Seite 154. Es war nicht als Zitat, in Anführungszeichen gesetzt. In dem gesamten Text hatte Wenke allerdings darauf hingewiesen, mit Quellenangabe, dass es einen Erlass über „Schülerauslese für die Hauptschulen“ vom 3. Juli 1941 gegeben hätte.⁹¹ So arbeitete er. Er fasste zusammen, möglicherweise paraphrasierte er auch, machte aber nur in wenigen Fällen deutlich, wenn er zitierte, so dass nie klar wurde, was eigene Texte waren, Identifikationen, oder nur die originale Wiedergabe von Teilen der Richtlinien, Erlasse, Bestimmungen. In Oberlerchers Auseinandersetzung mit dem Artikel hatten elf Assistenten des Fachbereichs Erziehungswissenschaft dem Studenten vorgeworfen, er hätte Wenke einen Satz untergeschoben, der aus einem Erlass lediglich zitiert worden wäre.⁹² Und auch Helmut Thieliicke hatte in seiner Rede „Armes Deutschland behauptet: ‚Man war offenbar auch bereit, jede Fälschung in Kauf zu nehmen. Denn über dem Anti-Wenke-Artikel stand als Motto ein schockierendes, massives Nazi-Zitat, für das Herr Wenke als Urheber bezeichnet wurde, während es in Wirklichkeit nur den Wortlaut einer na-

zistischen ‚Verordnung‘ zitierte und als diese Zitierung auch in Wenkes Referat mit genauem Fundort gekennzeichnet war. Nicht so aber in jenem ‚Auditorium‘-Artikel. Wie gesagt: Fälschungen dieser Art, die man unmöglich als bloßes Versehen erklären kann, ließ man ungerügt durchgehen. Der aber, der das Opfer von Fälschungen und Rüpeleien war, wie sie in der deutschen Universitätsgeschichte wohl einmalig sind, sollte sich bei diesem Herren entschuldigen! Man fragt sich angesichts dessen, ob denn allmählich alle durchdrehen.“⁹³

Hier irrte der Theologieprofessor, es war Hans Wenkes Methode gewesen, nicht eindeutig zu zitieren, das konnte man nicht dem Studenten Oberlercher vorwerfen und ihn der Fälschung bezichtigen.

Im Folgenden werde ich jetzt aus den 55 Berichten zur „pädagogischen Lage in Deutschland“ ein paar Beispiele anführen, die belegen, warum Benjamin Ortmeyer Hans Wenke als „NS-Autor“ bezeichnete, der „ohne Frage auch ein propagandistischer Unterstützer des NS-Regimes und des NS-Erziehungssystems“ gewesen war.⁹⁴

So schrieb Hans Wenke im Februar 1934:

„Die nationalsozialistische Bewegung hat, wenn sie ihr innerstes Wesen bezeichnen wollte, darauf hingewiesen, daß sie vom Geist der jungen Generation erfüllt sei, und sie erwartet von der jetzt heranwachsenden Jugend die Erfüllung ihres Willens und die Vollendung ihres Werkes. Die politische Formung der gesamten deutschen Jugend gehört deshalb zu den höchsten Zielen des Nationalsozialismus; es wird zugleich als das schicksalsschwerste empfunden. Das ist nicht nur deshalb der Fall, weil man den Satz für richtig hält: ‚Wer die Jugend hat, hat die Zukunft‘, sondern auch darum, weil man überzeugt ist, daß die Jugend ihrem ewigen Wesen nach die Kräfte der Begeisterung und der echten Gesinnung am reinsten zu entfalten und zu bewahren vermag, ohne die der Bau des Neuen Reiches nicht möglich wäre. Wie der Nationalsozialistische Lehrerbund der Lehrerschaft neue Formen gab, so hatte diese Aufgabe von vornherein die Jugendorganisation der Partei, die Hitler-Jugend, zu erfüllen. Sie stellte sogleich ihre Arbeit auf das Endziel der Einheit von Nationalsozialismus und Staat ein: Die fortschreitende organisatorische Zusammenfassung der deutschen Jugend ist für sie gleichbedeutend mit dem Weg zur deutschen Staatsjugend.“⁹⁵

Hier wurde nicht zitiert, dies konnte schon als loyales Bekenntnis gewertet werden.

Dass Wenke auch anders arbeiten konnte und sich nicht alle Aussagen zu eigen machte, zeigte er in einem anderen Beispiel. So schrieb er:

„Das wirksamste Mittel aber, die Fürsorgeerziehung vor Diffamierung zu schützen, sieht die NSV in der Ausscheidung der völlig minderwertigen und asozialen Jugendlichen. Diesen Zweck soll ein neu zu schaffendes ‚Bewahrungsgesetz‘ er-

füllen, ‚in dem die Möglichkeiten für die Unterbringung gesellschaftsfremder und unverbesserlicher Elemente in geschlossenen Anstalten geregelt werden und auch die Möglichkeiten dafür geschaffen werden sollen, derartige Fürsorgezöglinge, die als für die menschliche Gesellschaft verloren erscheinen müssen, bei ihrem Eintritt in die Volljährigkeit in eine andere geschlossene Anstalt zu überführen.‘⁹⁶ Hier zitierte Hans Wenke und gab auch in der Fußnote direkt die Quelle an.

Ein Beispiel dafür, wie Berichte und persönliche Identifikation mit Aussagen ineinander gingen, bietet folgendes Beispiel: Wenke berichtete über den neu ernannten Führer der Reichsschaft der Studierenden an den deutschen Hoch- und Fachschulen, Andreas Feickert, und eine Verfügung über die Kameradschaftserziehung, sowie Aufsätze, die von der Deutschen Studentenschaft ausgingen und in der Tagespresse veröffentlicht worden waren. Er schrieb: „Sie gehen von dem Leitgedanken aus, daß eine nationalsozialistische Hochschule notwendig ist, um später eine nationalsozialistische Akademikerschicht zu haben. Die Reform der Hochschule muß von unten her und von Anfang an durchgeführt werden; d. h. der Einsatz muß bei den Studenten der gegenwärtig ersten Semester planmäßig und lückenlos geschehen. Gerade sie sind geeignet, weil sie nach der nationalsozialistischen Revolution die Schule verlassen haben und teilweise bereits der Hitlerjugend oder der SA angehörten, in jedem Falle aber durch den Arbeitsdienst hindurch gegangen sind. So erscheint die Kameradschaftserziehung zugleich als das dritte Glied eines weitgespannten Ausleseprozesses, der mit der Zuerkennung der Hochschulreife beginnt, die nur als Vorauslese zu gelten hat, und dessen zweite Stufe der Arbeitsdienst ist. Die Auslese findet dann in einer vierten Stufe, im Lager der Studenten ihre Ergänzung.“⁹⁷ Hier setzte Wenke nichts in Anführungszeichen, er wies lediglich in einer Anmerkung darauf hin, dass es eine „ausführliche Darlegung dieser Forderung“ in einer genannten Schrift von Feickert gebe und in einem Aufsatz in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ mit konkreter Angabe der Veröffentlichung. Was er woraus zitierte oder zusammenfasste und was seine eigene Position war, blieb völlig offen. Offenbar sicherte er damit seine Loyalität mit dem System und seinen Organisationen.

Im Juni 1936 schrieb Wenke: „Eine neue Vereinbarung über den SA-Dienst der Studenten wurde zwischen der obersten SA-Führung und der Reichsführung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes getroffen, die neben organisatorischen Einzelregelungen folgende Weisungen für die Zusammenarbeit von Studentenschaft und SA enthält: Der NSDStB wird eine besonders geschulte Mannschaft aufstellen der als besondere Aufgabe die Durchdringung von Studium und Hochschule mit dem nationalsozialistischen Gedankengut zufällt. Solche ‚Stamm-Mannschaften‘ werden in einer Höchststärke von 60 Mann gebildet. Die Mitglieder einer solchen Mannschaft, die der SA angehören, werden für die Dauer

dieses besonderen Studentendienstes, jedoch unter Anrechnung dieser Zeit als SA-Dienst, beurlaubt. Der NSDStB übernimmt für diese Zeit die Verpflichtung, die Studenten so auszubilden, daß sie nicht hinter den SA-Männern zurückbleiben. Außerdem verpflichtet er sich, darauf hinzuwirken, daß sämtliche deutschen Studierenden einer der Gliederungen der Partei (SA, SS, NSKK, HJ) angehören.“⁹⁸ Hier notierte Wenke in einer Anmerkung, dass die Vereinbarung von der „Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz“ mitgeteilt wurde und in Tageszeitungen Anfang Mai 1936 berichtet wurde.

Im Kontext des ländlichen Schulwesens schrieb Wenke, ohne zu zitieren:

„Der völkische Unterricht hat für Knaben und Mädchen verschiedene Ausgangspunkte. Sippe und Heimat in dem einen Fall, die Familie im anderen. Das Ziel besteht darin, über eine kurze Darstellung der Geschichte des Bauerntums, den Schüler zum Wesen, zur Entwicklung und zum Wirken des Nationalsozialismus zu führen. Den Mädchen soll von der Familie aus ein Gesamtbild des völkischen Gemeinschaftslebens entwickelt werden. Die nationalsozialistische Ausrichtung des Unterrichts kommt aber auch darin zum Ausdruck, dass die Schüler angehalten werden, am politischen Leben ihres Dorfes und ihrer Heimat innerhalb der NS-Organisationen, die für sie infrage kommen, teilzunehmen.“⁹⁹

Im Oktober 1937 stellte Hans Wenke, ganz ohne sich auf Erlasse oder Verordnungen zu beziehen, fest:

„Ebenso sieht der Nationalsozialismus, wie wir eben an Einzelbeispielen darlegten, in der politischen Erziehung das Kernstück der geistigen Formung des Volkes. Alle Bemühungen der politischen Erziehungsarbeit zielen auf die Idee der Erziehung zur Gemeinschaft. In ihr kündigt sich nichts anderes an als Förderung und Verwirklichung des großen Planes der Volksgemeinschaft mit pädagogischen Mitteln. Die politische Führung hat diesen schwersten Weg zur Volkswerdung gewählt – es gibt gewiß einfachere, die auf Erziehung verzichten und sich mit der Konstatierung äußerer Uniformität zufrieden geben! – Sie hat es aber getan in der Überzeugung, daß der mühsame Weg der Erziehung zugleich die Gewähr der Dauer und Festigkeit in sich schließt. Die pädagogischen Probleme müssen deshalb heute stets in diesem großen Rahmen unserer völkischen und staatlichen Existenz gesehen werden.“¹⁰⁰

Auch im März 1938, als Hans Wenke über Richtlinien zur Neuordnung des höheren Schulwesens berichtete, gab er einen Überblick, ohne zu zitieren, Bericht und eigene Stellungnahme waren nicht zu unterscheiden. So schrieb Hans Wenke unter der Überschrift „Leitsätze über Bildung und Bildungsziel“:

„Alle echte Bildung stammt aus dem Leben, und Leben kann nur durch Leben entzündet werden. Wenn der Nationalsozialist den Vorrang des Lebens und der Tat vor allen Systemen der Erziehung und der Bildung behauptet, dann spricht er das

Gesetz der Entwicklung jeder großen Kultur aus. Politisches Handeln ist die Stiftung einer neuen Ordnung. Bevor von einer neuen Erziehung die Rede sein kann, muß die Ordnung, der überzeugende Kraft innewohnt, geschaffen sein.

Die nationalsozialistische Revolution der Weltanschauung hat eine Erziehungsordnung aufgebaut, die sich aus der Gemeinschaft des wirklichen Kampfes entwickelt hatte. Nur aus dem Geiste dieser politischen Zucht kann auch echte Bildung als die zentrale Aufgabe der kommenden Schule erwachsen, die die Begeisterungsfähigkeit des jungen Deutschen nicht lähmt, sondern steigert und zur Einsatzfähigkeit fortführt. Jede Bildung, die abseits von dieser nationalsozialistischen Erziehungswirklichkeit erfolgt, bleibt abstrakt und volksfremd, weil sie, selbst wenn der völkische Charakter des Bildungsgutes feststeht, nicht den Menschen in seiner Wirklichkeit, sondern als bloßes Verstandeswesen entspricht. Aufgabe der deutschen Schule ist es, Menschen zu erziehen, die in echter Hingabe an Volk und Führer fähig sind, ein deutsches Leben zu führen, ihre geistigen Kräfte zu entfalten und zur höchsten Leistungsfähigkeit zu entwickeln, damit sie an ihrer Stelle die Aufgaben meistern, die Deutschland gestellt sind.“¹⁰¹

Hans Wenke schrieb zwar einleitend: „Es entspricht auch der Aufgabe unseres Berichtes am ehesten, wenn wir diese Leitgedanken möglichst in der von der Unterrichtsverwaltung festgelegten Formulierung wiedergeben.“¹⁰² Was heißt „möglichst“ und warum zitierte Wenke nicht, was die „festgelegte Formulierung“ war? Hier verschwammen Bericht und Propaganda, Informationen und Loyalität.

Erstaunlich, dass diese Berichte erst 2014 wieder ausgegraben wurden.

In seiner umfangreichen Untersuchung: „Pädagogische Zeitschriften im Nationalsozialismus. Selbstbehauptung, Anpassung, Funktionalisierung“ hatte sich Klaus-Peter Horn 1996 auch intensiv mit der Geschichte der Zeitschrift „Die Erziehung“ beschäftigt.¹⁰³ Darin lenkte er natürlich auch den Blick auf Hans Wenke und seine Rolle als Schriftleiter und späterer Mitherausgeber. Horn stellte fest, dass „mit Hans Wenke als Schriftleiter“ die Zeitschrift „noch einmal ihr Gesicht änderte“. Insbesondere war seit 1937 „eine Zunahme direkter politischer Bezüge zu vermerken, die vor allem von Wenke ausgingen“.¹⁰⁴ Unter Wenkes Schriftleitung zierte die erste Seite des April-Heftes 1939 ein Geburtstagsgruß: „Adolf Hitler, dem Oberhaupt des Großdeutschen Reiches, dem Führer und Beschützer des deutschen Volkes, dem Verkünder nationalsozialistischer Ideale, zum 50. Geburtstag, Glück und Segen.“¹⁰⁵ Darüber hatte sich Wilhelm Flitner noch in seinen Erinnerungen 1985 aufgeregt und geschrieben: „Das Huldigungsblatt auf Seite 265, das Eduard Sprangers Billigung unmöglich gehabt haben kann. Auch ein Aufsatz über ‚Böhmen, Mähren und Prag‘ im Jahr der Okkupation dieser Länder war schwerlich mit der Tradition unserer Zeitschrift vereinbar.“¹⁰⁶

Horn wies darauf hin, dass „Die Erziehung“ in solchen Fragen früher sehr zurückhaltend gewesen war. „Unter dem Schriftleiter Wenke änderte sich das. Nicht nur wurden die Anordnungen des RMVP (Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, de L.) sehr ernst genommen. Wenke saß sogar an der Quelle solcher Anordnungen. In seiner Eigenschaft als verantwortlicher Schriftleiter erhielt Wenke auch nach dem Ende der Zeitschriftenkonferenzen Informationen aus dem RMVP“, die er mit Hinweis auf deren „Vertraulichkeit“ an Autoren der Zeitschrift weitergab.¹⁰⁷

Könnte man bei der Schriftleiter-Arbeit für „Die Erziehung“ noch davon sprechen, dass Hans Wenke einen gewissen Balanceakt zu absolvieren hatte, zeigt sein Aufsatz „Die Wesensbestimmung des politischen Menschen“ in der „Zeitschrift für Deutschkunde“ aus dem Jahr 1934, wie Hans Wenke nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten dachte, zumindest eindeutig schrieb. Ich habe den Aufsatz, aus dem schon im „Spandauer Volksblatt“ 1964 zitiert worden war, erst kürzlich in der gut sortierten Hamburger Bibliothek für Universitätsgeschichte gefunden und zitiere einige wichtige Passagen.¹⁰⁸

Zu Beginn schrieb Hans Wenke: „Wir wollen aber zunächst das Neue und Einmalige, das diesen politischen Menschen der Gegenwart von allen früheren Formen unterscheidet, bestimmen; hierfür ist der konkrete Ausgangspunkt eindeutig gegeben: er liegt, wie oben ausgeführt, in der Idee des völkischen Staates, die das deutsche Leben in allen seinen Bezirken bestimmt und umspannt. Diese Idee, die die Einheit von Staat und Volk ausspricht, bedeutet jedoch im Hinblick auf Deutschland – denn davon allein ist die Rede – nicht die Bezeichnung einer realen geschichtlichen Größe, sie ist vielmehr der kurze Ausdruck für eine ungeheure Aufgabe, die der Nationalsozialismus den Deutschen in der Gegenwart gestellt hat.“¹⁰⁹

In diesem Aufsatz machte Hans Wenke eindeutige Aussagen. Er paraphrasierete nicht, seine Ausführungen waren seine Gedanken und Zitate als solche gekennzeichnet, sie unterstrichen, was er zu diesem Zeitpunkt als Unterstützung seiner Positionen ansah.

Wenke: „Auf diesem geschichtlichen Hintergrunde wird erst wahrhaft deutlich, vor welche große Aufgabe die Idee des ‚völkischen Staates‘ die Deutschen der Gegenwart stellt und welche starken moralischen Kräfte in allen, die zur Lösung dieser Aufgabe mitberufen sind, vorausgesetzt werden müssen. So empfängt von dieser Zielsetzung aus die ethische Gestalt des politischen Menschen ihre besonderen Wesenszüge. Die historische Betrachtung läßt außerdem erst ganz klar erkennen, welche ungeheure Synthese der Nationalsozialismus im Aufbau des völkischen Staates vollbringt. Der Zug zur Synthese ist im höchsten Maße charakteristisch für das Wesen des Nationalsozialismus und er wird sich für die Bestimmung des politischen Menschen als besonders wichtig erweisen.“¹¹⁰

Hans Wenke unterstützte diesen Gedanken mit einem Zitat von Hans Grimm, der „einmal das völkische Wesen des neuen Reiches in geschichtlicher Schau eindrucksvoll mit folgenden Worten dargestellt hat“: „Das Erste Reich, das tausend Jahre war, ist ein Stück Geschichte ohne und gegen das Volk und gegen Germanentum und gegen die Deutschheit. Das Zweite Reich ist daran zu Grunde gegangen, daß es den Weg zum deutschen Volke nicht ganz wagte und also auf dessen völkischer Notwendigkeit nicht neu entstand. Das Dritte, das heilige unverletzliche eine Reich der Deutschen im Glauben, im Geiste und zugleich in Wirklichkeit wird entstehen aus dem Volke, das sich zu seiner Deutschheit als seiner Verpflichtung und als seinem Rechte und als seiner Hoheit bekennt und das heißt zu sich und der Steigerung seines ureigensten Wesens.“¹¹¹ Hans Grimm (1875–1959) war einer der Lieblingsschriftsteller von Adolf Hitler gewesen. Grimms Buchtitel „Volk ohne Raum“ wurde zum Motto der nationalsozialistischen Expansionspolitik.¹¹²

Hans Wenke schrieb weiter: „Der Ansatzpunkt hierzu liegt im Völkischen. Es steht dem Menschen näher als das im engeren Sinne ‚Politische‘, weil es zum Urbestande seiner leiblichen, seelischen und geistigen Natur gehört; es ist entstanden in rassistischer Zugehörigkeit, in Sprache, Heimat und in einem aus dem Blute und den geschichtlichen Schicksalen des Volkes hervorgegangenen Erbe, das jedem einzelnen mitgegeben ist.“¹¹³

Und etwas später: „Das Volkstum muß zu hellem Bewußtsein emporgehoben werden, weil nur so Willenskräfte an geeigneter Stelle angesetzt werden können zum zielsicheren politischen Handeln, das in nichts anderem besteht als im Dienst für das Volk, für die überlegte, machtvolle Durchsetzung seiner Lebenswerte und für die Sicherung seines Lebensraumes. Ein nur in den Tiefen webendes Volkstum wäre bald vernichtet. Wenn das Völkische die Grenze des Unbewußten überschreitet, muß es natürlich in seiner Wesenhaftigkeit erhalten bleiben. Das ist auch durchaus möglich, wenn man nicht gerade zersetzende Aufklärungsmethoden anwendet.“ Dies gab Gelegenheit für einen Seitenhieb auf einen gewissen Intellektualismus: „Der berechtigte Kampf gegen den für das Volksleben gefährlichen, wurzellosen, auf keinen großen Gegenstand gerichteten und deshalb zersetzenden Intellektualismus darf unter keinen Umständen, wie es unglücklicherweise oft geschieht, zu einer Verachtung der Vernunft und der Verstandeskräfte führen.“¹¹⁴

Hans Wenke stellte fest: „Im politischen Menschen der Gegenwart hat der völkische Staat in seinem Totalitätsanspruch von dem gesamten Dasein der Person Besitz ergriffen und sie auf diese Weise aus ihrer Vereinzelung herausgehoben.“ Die Rolle der Pädagogik ordnete er dem unter: „Es ist auch heute noch notwendig, vor der Überschätzung bildungsmäßiger Möglichkeiten zu warnen, die sich auf die aufklärerische Meinung gründet, daß man das Politische in das Pädagogische hin-

einziehen und darin aufgehen lassen könne. Es ist in Wahrheit genau umgekehrt: Bildung und Erziehung empfangen heute ihren Sinn vom Politischen und haben ihm gegenüber eine dienende Stellung einzunehmen. Die Entscheidung über die Zukunft unseres Volkes liegt bei der politischen Führung.“¹¹⁵

Über die Rolle des Deutschunterrichts schrieb Wenke:

„Für die völkische Erziehung steht der Deutschunterricht im Mittelpunkt. Seine wichtigsten Gegenstände: Sprache, Dichtung, volkstümliches Brauchtum sind der reinsten und unmittelbarsten Ausdruck des Volkstums, das die ‚Lebensmitte‘ aller Menschen des völkischen Staates ist. In seiner Arbeit wird also auch die völkische Gesinnung ihre klarste Ausprägung und ihre höchste Bewußtheit erfahren.“ Als Beispiel führte er Paul Fechter an. Fechter „hat in einer geistvollen Betrachtung ‚Vom Wilhelm Meister zur SA‘ gezeigt, daß die nationalsozialistische Bewegung die in Goethes Wilhelm Meister zur Darstellung gebrachte Idee von Bildungs- und Erziehungswert des Schauspielerischen in ihre politische Erziehungsarbeit mit größtem Erfolg eingeführt und damit eine Seite menschlichen Wesens lebendig gemacht habe, die in der Schulerziehung nicht klar genug gesehen worden ist.“¹¹⁶

Am Ende schrieb Hans Wenke: „Wir haben gesehen, welche große Bedeutung das Bild des Kämpfers und des Helden für die Gestaltung des politischen Menschen hat. Dem Zögling, dessen Blick zunächst auf das Konkrete und Persönliche gerichtet ist, müssen ohne überflüssige Reflexionen die Lebensbilder politischer Kämpfer vor Augen gestellt werden. Mit den Darstellungen der Gestalten der Vergangenheit stehen die der politischen Kämpfer der Gegenwart auf der gleichen Stufe, psychologisch gesehen sogar auf einer höheren als jene, denn sie stehen dem auf das Hier und Jetzt gestellten Erleben der Jugendlichen näher und beeinflussen ihre Haltung zu Staat und Volk eindringlicher als die Heroen der Geschichte.“¹¹⁷ Als beispielhaft für diesen Zweck nannte Hans Wenke zwei Bücher, „die diese Aufgabe der Weckung politischer Willenskräfte im Zögling auf vorbildliche Weise lösen: Czech-Jochberg: Unser Führer. Ein deutsches Jungen- und Mädchenbuch. Stuttgart 1933, und Peter Hagen: Die Straße zu Hitler. Berlin 1932. Diese Bücher vereinigen in einer jedem verständlichen Sprache und Bildhaftigkeit die Begeisterung echter Gesinnung mit dem nüchternen Blick für die Dinge des Alltags.“¹¹⁸

Zur politischen Erziehung gehörte für Hans Wenke auch, dass der im Werden begriffene politische Mensch „schon in früherer Entwicklung in enge seelisch-geistige Berührung, mit dem, was Männer, die am politischen Leben gestanden haben oder stehen, literarisch überliefert haben.“¹¹⁹ Und auch dafür bot Hans Wenke Literatur an, zum Beispiel Ernst Moritz Arndts politische Schriften, die Staatsschriften des Freiherrn vom Stein, Bismarcks Gedanken und Erinnerungen, und: „In eben diese Reihe gehört Adolf Hitlers Buch ‚Mein Kampf‘.“¹²⁰

Wenn der SDS 1968 diesen Aufsatz gefunden hätte, wäre die damalige Auseinandersetzung noch ganz anders verlaufen.

Trotz aller Anpassungsbereitschaft von Hans Wenke, die sicherlich auch seinen Ambitionen geschuldet war, eine Professur zu erlangen, waren die dienstlichen und politischen Beurteilungen Wenkes äußerst widersprüchlich, wobei sie auch immer vor dem Hintergrund der Tatsache erfolgten, dass Wenke als Assistent von Eduard Spranger gesehen wurde und somit Kritik an Spranger auch auf ihn übertragen wurde. Dies zeigte sich besonders, als Hans Wenke, der seit 1939 eine Professur für Psychologie und Pädagogik an der Universität Erlangen vertrat, „v. a. aufgrund der positiven Voten der Dozentenschaft der Universität Erlangen 1940 zum außerordentlichen, 1943 zum ordentlichen Professor ernannt“ wurde. Horn berichtete, dass der Amtsleiter des Amtes Wissenschaft der Dienststelle Rosenberg, Alfred Baeumler, in einem Schreiben an den NS-Dozentenbund in München Einspruch dagegen erhoben hatte. Er schrieb u. a.:

„Aus den schriftlich vorliegenden Veröffentlichungen Dr. Wenkes ist weltanschaulich nichts zu entnehmen, außer dass er ein Schüler von Eduard Spranger ist. Dr. Wenke gibt jedoch seit Jahren im Auftrage Sprangers auch die Zeitschrift ‚Erziehung‘ heraus. Er hat diese Zeitschrift im Sinne der geistigen Opposition gegen die nationalsozialistische Weltanschauung redigiert und darin Artikel von Theodor Litt abgedruckt, die sich vor allem gegen den Rassenbegriff richteten. Es soll damit dem anpasslichen Dozenten Dr. Wenke kein besonderer Vernichtungswille gegenüber dem neuen Reiche zugeschrieben werden. Seine Redaktionstätigkeit ist jedoch ein eindeutiger Beweis dafür, dass er sich für die nationalsozialistische Weltanschauung nicht aus Überzeugung einzusetzen vermag. Es würde unverständlich sein, wenn man einem solchen Manne einen Lehrstuhl für Erziehungswissenschaft anvertrauen würde.“¹²¹

Dass auch Gustaf Deuchler, der in Hamburg im scharfen Gegensatz zu Wilhelm Flitner stand und dessen Lehrstuhl Hans Wenke 1947 übernehmen sollte, eine Abneigung gegen die Macher der „Erziehung“ hatte, war anzunehmen und führte zu einer entsprechenden Äußerung, die zeigte, welche Konkurrenzen und Eitelkeiten hier eine dominierende Rolle spielten:

„Wie ich höre, soll Wenke für Psychologie und Pädagogik nach Erlangen kommen. Das ist doch eigentlich unmöglich: für Psychologie ist er in gar keiner Weise ausgewiesen; außerdem gehört er in den Kreis der Zeitschrift ‚Die Erziehung‘, die ja in keiner Weise mehr eine Existenzberechtigung hat; denn es ist ja doch die Zeitschrift im großen und ganzen der Leute, die im Grunde genommen der nationalsozialistischen Bewegung feindlich gegenüberstehen, mögen sie auch ihre Verbeugung vor der augenblicklichen Geschichte und ihrer Führung machen oder gar Parteiabzeichen tragen.“¹²²

Während das Hauptamt Wissenschaft der Dienststelle Rosenberg die Habilitationsschrift von Hans Wenke negativ bewertete, da der Verfasser den Eindruck „völliger Standpunktlosigkeit“ vermittelte, beurteilten sowohl der NS-Dozentenbund als auch das Reichssicherheitshauptamt und die Gauleitung der NSDAP-Franken Wenke positiv.¹²³

Klaus-Peter Horn bemerkte zu diesen Widersprüchen: „Was aus Sicht der selbst ernannten Hüter der Reinheit der nationalsozialistischen Lehre als nicht nationalsozialistisch genug wahrgenommen wurde, war und ist für den rückschauenden Betrachter oftmals eben eindeutig nationalsozialistisch.“¹²⁴

Hans Wenke starb am 27.1.1971 in Hamburg.¹²⁵

Seine Vergangenheit holte ihn zu einem späten Zeitpunkt seiner politischen und akademischen Karriere ein. Offenbar konnte er sich davon nicht wieder erholen.

Arie Goral hatte zum Thema „Prof. Hans Wenke und die ‚braune Vergangenheit‘“ 1967 geschrieben:

„Unverständlich bleibt nur, warum Prof. Wenke nun für einen Sachverhalt attackiert wird, der seit langem bekannt und nicht einmal so singulär ist. Warum hält man ihm jetzt seine ‚braune Vergangenheit‘ vor, die er doch mit einer großen Zahl seiner Kollegen teilt? Wie er denkt und lehrt, denken und lehren die meisten der Professoren an den meisten Universitäten. Nicht nur das: die ‚braunen‘ Flecke auf seiner so bieder-demokratisch weissen Weste, sie sind doch ‚nur‘ Schönheitsfehler, die nachgerade im engsten und weitesten Kollegenkreis völlig legitim sind. Warum sollte bei ihm nicht recht sein, was an anderen Fakultäten – und nicht nur der hiesigen Universität – schon längst billig ist. Nimmt man es in ‚brauner Couleur‘ genau, so ist der Herr Wenke doch nur ein kleiner Fisch, der munter im allgemeinen Strom mitschwimmt. Alors, pourquoi tant de bruit pour une omelette?“¹²⁶

Die Nachrufe zeigten Empathie für Hans Wenke und klammerten aus, was noch 1971 verschwiegen, ummäntelt oder tabuisiert wurde. So schrieb Bernd Nellesen in der „Welt“ unter der Überschrift „Aus der Schule Spranger. Zum Tode Hans Wenkes“: „Die Nachricht von seinem Tod vor nahezu vier Wochen kam erst jetzt, weil er nicht wollte, daß ihm Gedenkreden an seinem Grab oder wo auch immer, gehalten werden sollten. Ist die Vermutung so abwegig, daß auch in diesem Wunsch nach totaler Stille noch die in Resignation umgeschlagene Verbitterung des einst heiteren, zu jedwedem forensischen Gefecht aufgelegten Professors nachschwang, der die letzten Jahre seiner Professur im Feuer studentischer Rebellenzirkel stand? Prof. Hans Wenke, Erziehungswissenschaftler und Psychologe, der von Eduard Spranger herkam, hat seine Aufgabe nie im Elfenbeinturm einer gesellschaftsfernen Universität zu erledigen getrachtet. Universität und Öffentlich-

keit, Schul- und Hochschulreform waren seine Themen auch schon in den fünfziger Jahren, als er in Tübingen lehrte. Lange stand er dem ‚Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen‘ vor; drei Jahre amtierte er als Schulsenator in Hamburg, wo er dann als Direktor des Erziehungswissenschaftlichen Instituts der Universität blieb. Daß er Anstöße gab für die Erneuerung der Lehrerbildung und der Erwachsenenbildung, bleibt sein fortwirkendes Verdienst, auch wenn rebellische SDS-Zirkel an der Hamburger Universität ihn 1967 mundtot zu machen suchten und die von Wenke nie bestrittene Dozententätigkeit während der nationalsozialistischen Zeit zum Vorwand nahmen, seine pädagogischen Prämissen zu treffen. Vor drei Jahren, als 65-jähriger, hatte er sich emeritieren lassen – müde der Auseinandersetzungen und der Angriffe der letzten Jahre, die er wohl nicht mehr verwand.“¹²⁷

Es war nicht die „Dozententätigkeit während der nationalsozialistischen Zeit“, die man Wenke vorgehalten hatte.

Das „Hamburger Abendblatt“ schrieb: „Als er vor drei Jahren von seinem Ordinariat für Erziehungswissenschaften an der Hamburger Universität aus Altersgründen entpflichtet wurde, stand er mitten im Kreuzfeuer der Angriffe radikaler Studenten. Er hatte nie die wissenschaftliche und politische Auseinandersetzung gescheut, stets unumwunden Stellung bezogen und Meinung geäußert, sich auch für Reformen eingesetzt.“¹²⁸ Auch das war nicht der Konfliktpunkt gewesen. Aber in Nachrufen ist man in der Regel gnädig und weder der Nationalsozialismus noch die antiautoritäre Studentenbewegung waren zu diesem Zeitpunkt Themen rationaler Aufarbeitung.

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personal-Fragebogen in der Personalakte Hans Wenke, StA HH, 361-6_IV 1510
- 2 Helmut Stubbe da Luz: Hans Wenke, in Hamburger Biografien, Bd. 6, S. 366. Die Angaben und Daten sind auch entnommen der Beschäftigungsübersicht, die Hans Wenke für seinen Entnazifizierungsfragebogen vom 29.10.1946 aufgestellt hatte, StA HH, 221-11_16236
- 3 Wilhelm Flitner: Erinnerungen 1889–1940, Paderborn; München; Wien; Zürich 1986, S. 318ff.
- 4 Wilhelm Flitner 1986, S. 367.
- 5 Wilhelm Flitner 1986, S. 374.
- 6 Wilhelm Flitner 1986, S. 375.
- 7 Wilhelm Flitner 1986, S. 394.
- 8 Wilhelm Flitner 1986, S. 384.
- 9 Eine Biografie von Hans Bürger-Prinz wird im nächsten Band erscheinen.
- 10 Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Koblenz 2013, S. 156.
- 11 Hans Fischer: Völkerkunde, in: Eckart Krause, Ludwig Huber, Holger Fischer (Hrsg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“. Die Hamburger Universität 1933–1945, Berlin und Hamburg 1991, Bd. 1, S. 391ff.
- 12 Die Dokumentationen ad fontes sind über das Internet einsichtbar und über die Goethe-Universität Frankfurt am Main und Benjamin Ortmeier zu bestellen.
- 13 Benjamin Ortmeier: Mythos und Pathos statt Logos und Ethos. Zu den Publikationen führender

Erziehungswissenschaftler in der NS-Zeit: Eduard Spranger, Helmut Nohl, Erich Weniger und Peter Petersen, Weinheim und Basel, 2010, S. 303f.

- 14 Helmut Stubbe da Luz 2012, S. 366f.
- 15 Personalakte a. a. O.
- 16 Laut Entnazifizierungsakte, a. a. O. Die Bewilligung vom 3.2.1945 ist enthalten im BArch, R 73_ 15622
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 Personalakte a. a. O.
- 23 Wilhelm Flitner 1986, S. 321.
- 24 Ortmeier 2010, S. 307ff.
- 25 Personalakte a. a. O.
- 26 Ergänzungsangaben vom 22.1.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 27 Personalakte a. a. O.
- 28 „Die Neue Zeitung“ vom 3.2.1947, in Kopie in Personalakte a. a. O.
- 29 Schreiben datiert vom 4.2.1947, Personalakte a. a. O.
- 30 Ebd.
- 31 Ebd.
- 32 Schreiben vom 29.2.1947, Personalakte a. a. O.
- 33 Schreiben vom 3.3.1947, Personalakte a. a. O. Siehe Anmerkung 36.
- 34 Vermerk vom 4.3.1947, Personalakte a. a. O.
- 35 Ernennungsvorschlag vom 8.3.1947, Personalakte a. a. O.
- 36 Schreiben vom 6.2.1947 an Prof. Hans Wenke, Universitätsarchiv Erlangen-Nürnberg. Und das macht es noch wahrscheinlicher, dass sein am 28.2.1947 in Hamburg eingetroffenes Schreiben von Wenke bewusst auf den 4.2.1947 zurückdatiert worden war. Das Entlassungsschreiben vom 6.2. hatte Wenke niemals erwähnt oder zugegeben.
- 37 Personalakte a. a. O.
- 38 Hans Wenke: Zur Philosophie des totalen Krieges, in: Festschrift für Eduard Spranger, herausgegeben von Hans Wenke, Leipzig 1942, S. 267.
- 39 Ebd.
- 40 Hans Wenke: Zur Philosophie des totalen Krieges, S. 287.
- 41 Hans Wenke: Zur Philosophie des totalen Krieges, S. 288.
- 42 Hans Wenke: Zur Philosophie des totalen Krieges, S. 289.
- 43 „Hamburger Anzeiger“ vom 29.1.1954, Kopie in: StA HH, 731-8_A 773, Wenke Hans
- 44 „Hamburger Abendblatt“ vom 29.1.1954.
- 45 „Die Welt“ vom 17.3.1954.
- 46 <http://www.ruhr-uni-bochum.de/rubens/rubens165/11.html>
- 47 „Hamburger Abendblatt“ vom 10.10.1957
- 48 Stubbe da Luz a. a. O., S. 367.
- 49 „Spandauer Volksblatt“ vom 18.11.1964, als Kopie in: StA HH, 136-3_797
- 50 Ebd.
- 51 Ebd,
- 52 Ebd.
- 53 Ebd.
- 54 Ebd.

- 55 Ebd.
- 56 „Bild“ vom 23.3.1965, als Kopie in: StA HH, 136-3_797
- 57 Ebd.
- 58 „ZEIT“ vom 22.12.1967.
- 59 „Hamburger Morgenpost“ vom 23.3.1965, als Kopie in: StA HH, 136-3_797
- 60 „Welt am Sonntag“ vom 28.3.1965, als Kopie in: StA HH, 136-3_797
- 61 Ebd.
- 62 Torben Fischer/Matthias N. Lorenz (Hg.): Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, Bielefeld 2007, S. 150.
- 63 „DER SPIEGEL“ 14/1965, S. 40.
- 64 Helmut Thielicke: Zu Gast auf einem schönen Stern. Erinnerungen, Hamburg 1984, S. 103. Zitiert nach Benjamin Ortmeier 2010, S. 167. Er weist darauf hin, dass die Hervorhebungen im Original vorgenommen wurden.
- 65 „Auditorium“ 50, Hamburger Studentenzeitschrift, November 1967, Herausgeber: Asta der Universität Hamburg, S. 11.
- 66 Siehe dazu: Rainer Nicolaysen: „Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren.“ Ein Hamburger Studentenprotest trifft den Nerv der Ordinarienuniversität, in: 19 Tage Hamburg. Ereignisse und Entwicklungen der Stadtgeschichte seit den fünfziger Jahren, hg. Von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg 2012, S. 111 ff.
- 67 „Auditorium“ 50, November 1967, S.11.
- 68 Ebd.
- 69 Ebd.
- 70 Ebd.
- 71 Ebd.
- 72 Informationen der Pressestelle für die Mitglieder des Lehrkörpers der Universität Hamburg Nummer 12, vom 8.12.1967, StA HH, 136-3_797 (Hochschulgruppen in Konflikten mit Dozenten).
- 73 Ebd.
- 74 Niederschrift der Dekanekonferenz vom 8.12.1967, StA HH, 136-3_797
- 75 Ebd. Schreiben vom 10.12.1967, StA HH, 136-3_797
- 76 Mitteilungen der Universitätsverwaltung der Universität Hamburg vom 12.12.1967, StA HH, 136-3_797
- 77 Ebd.
- 78 Siehe „DER SPIEGEL“ vom 52/1965, S. 40f. und „Hamburger Abendblatt“ vom 12.12.1967.
- 79 „Hamburger Abendblatt“ vom 14.3.1968. Lothar Zieske fand heraus, dass Wenke im Sommersemester ein Forschungsseminar genehmigt bekam. Siehe: Lothar Zieske: „Die Reformbedürftigste von allen?“ Untersuchungen zu Wandlungsprozessen in der philosophischen Fakultät der Universität Hamburg Mai 1967 bis Dezember 1969, Hamburg 2014, S. 106f.
- 80 Vermerk vom 12.7.1968, Personalakte a. a. O.
- 81 Personalakte a. a. O.
- 82 Text eingegangen bei der Universität Hamburg am 27.12.1967, StA HH, 136-3_797
- 83 Ebd.
- 84 „Konkret“ 7/96, S. 26.
- 85 „DER SPIEGEL“ 52/1967, S. 61.
- 86 Benjamin Ortmeier (Hrsg.): Hans Wenke Berichte über „Die pädagogische Lage in Deutschland“ (Februar 1934 bis Mai 1942), Dokumentation ad fontes XII, Fachbereich Erziehungswissenschaften Goethe-Universität Frankfurt am Main, 2014.
- 87 Ortmeier 2014, S. I.
- 88 Ortmeier 2014, S. V.
- 89 Ortmeier 2014, S. II.
- 90 Ortmeier 2014, S. III.

- 91 Siehe den Bericht faksimiliert in der Dokumentation, Ortmeier 2014, S. 380.
- 92 „Hamburger Abendblatt“ vom 13.12.1967.
- 93 Redemanuskript von Professor Helmut Thielicke, StA HH, 136-3_797
- 94 Ortmeier 2014, S. V.
- 95 „Die Erziehung“, Heft 5, Februar 1934, S. 237, dokumentiert in: Ortmeier 2014, S. 6.
- 96 „Die Erziehung“, Heft 9, Juni 1934, S. 439f., dokumentiert in: Ortmeier 2014, S. 42f.
- 97 „Die Erziehung“, Heft 2, November 1934, S. 72f., dokumentiert in: Ortmeier 2014, S. 70f.
- 98 „Die Erziehung“, Heft 9, Juni 1936, S. 437, dokumentiert in: Ortmeier 2014, S. 197.
- 99 „Die Erziehung“, Heft 9, Juni 1937, S. 411 f., dokumentiert in: Ortmeier 2014, S. 254f.
- 100 „Die Erziehung“, Heft 1, Oktober 1937, S. 25f., dokumentiert in: Ortmeier 2014, S. 272f.
- 101 „Die Erziehung“, Heft 6, März 1938, S. 267, dokumentiert in: Ortmeier 2014, S. 285.
- 102 Ebd.
- 103 Klaus-Peter Horn: Pädagogische Zeitschriften im Nationalsozialismus. Selbstbehauptung, Anpassung, Funktionalisierung, Weinheim 1996.
- 104 Horn 1996, S. 268.
- 105 Wilhelm Flitner 1986, S. 375.
- 106 Horn 1996, S. 268.
- 107 Horn 1996, S. 268f.
- 108 Hans Wenke: Die Wesensbestimmung des politischen Menschen, in: Zeitschrift für Deutschkunde, Heft 2/Jahrgang 1934, S. 120ff.
- 109 Hans Wenke: Die Wesensbestimmung des politischen Menschen, a. a. O., S. 120.
- 110 Hans Wenke: Die Wesensbestimmung des politischen Menschen, a. a. O., S. 121.
- 111 Ebd.
- 112 Hermann Weiß (Hrsg.): Biographisches Lexikon zum Dritten Reich. Frankfurt am Main 2002, S. 164.
- 113 Hans Wenke: Die Wesensbestimmung des politischen Menschen, a. a. O., S. 122.
- 114 Hans Wenke: Die Wesensbestimmung des politischen Menschen, a. a. O., S. 123.
- 115 Hans Wenke: Die Wesensbestimmung des politischen Menschen, a. a. O., S. 125.
- 116 Hans Wenke: Die Wesensbestimmung des politischen Menschen, a. a. O., S. 126.
- 117 Hans Wenke: Die Wesensbestimmung des politischen Menschen, a. a. O., S. 128.
- 118 Ebd.
- 119 Hans Wenke: Die Wesensbestimmung des politischen Menschen, a. a. O., S. 129.
- 120 Ebd.
- 121 Schreiben von Alfred Baeumler vom 10.10.1940, Horn 1996, S. 296.
- 122 Schreiben von Gustaf Deuchler an Alfred Baeumler vom 9.11.1940, Horn 1996, S. 297.
- 123 Horn 1996, S. 298.
- 124 Ebd.
- 125 Personalakte a. a. O.
- 126 Arie Goral: Prof. Hans Wenke und die „braune Vergangenheit“ oder Tant de bruit pour une omelette?“ (So viel Lärm für ein Omelette? de L.), StA HH, 136-3_797
- 127 „Die Welt“ vom 18.3.1971.
- 128 „Hamburger Abendblatt“ vom 18.3.1971.

Hans Reimers

„Seine innere Haltung ist durch seine häusliche und waffenstudentische Erziehung bestimmt. Ich habe den Eindruck eines gefestigten, zielsicheren Mannes bester ethischer Haltung.“

Eine der wichtigsten und einflussreichsten Personen im Hamburger Schulwesen nach 1945 war Dr. Hans Reimers. Erstaunlich ist für mich, dass Hans Reimers im Juni 1945 von Senator Heinrich Landahl zu seinem persönlichen Referenten gemacht wurde, obwohl Reimers eine deutliche NS-Belastung hatte. Wahrscheinlich benötigte Landahl Hans Reimers wegen dessen hervorragenden englischen Sprachkenntnissen. Wie es Landahl gelang, die Zustimmung der britischen Militärregierung für diese Personalie zu erhalten, ist nicht dokumentiert. Eine Entnazifizierungsakte Reimers ist nicht aufzufinden. Dokumente der Wichernschule, die von Hans Reimers in den letzten Jahren – bis 1943, als sie unter Prof. Bernhard Pein eine SS-Heimschule werden sollte – der Nazizeit geleitet wurde, nachdem der Schulleiter der Wichernschule, Richard Ackermann, im Krieg als Offizier in Estland getötet worden war, belegen einen deutlichen NS-Hintergrund. Schon während seines Referendariats 1934 war Reimers SA-Mitglied geworden.

Als Nachfolger für den NS-kritischen Oberschulrat Heinrich Schröder und als Personalchef für die höheren Schulen hatte Reimers starken Anteil daran, NS-Belastete wieder in die Gymnasien zu holen, als Lehrer und als Schulleiter. In den 1960er-Jahren machte Hans Reimers im Rahmen der Kultusministerkonferenz Karriere, mit hoher Anerkennung über Hamburg hinaus, und bei seiner Pensionierung 1973 erhielt er den ausdrücklichen Dank des GEW-Bundesvorsitzenden Erich Frister.

Die formalen Daten der Bildungsbiografie von Hans Reimers sind schnell erzählt. Er wurde geboren am 17.4.1908 in Hamburg als Kind des Volksschullehrers Hans Willi August Reimers, der an der Mädchenschule Averhoffstraße 18 unterrichtete, und dessen Ehefrau Nelli. Hans Reimers besuchte von 1915 bis 1918 die Lehrerseminarschule, 1918 das Gymnasium Hadersleben, danach die Realschule Hamburg-Hamm. 1921 wechselte er auf das Kirchenpauer-Realgymnasium, an dem er am 5.2.1927 die Reifeprüfung bestand.¹ Reimers studierte dann Englisch und Spanisch von 1927 bis 1929 an der Universität Jena, danach in Marburg, anschließend an der Universität Hamburg. In den Semesterferien vertiefte Reimers seine Sprachkenntnisse in Spanien und England. 1934 wurde Hans Reimers SA-Mitglied, wahrscheinlich, weil ihm die Parteizugehörigkeit für den Eintritt in den Schuldienst nötig erschien, aber es eine Aufnahmesperre für die NSDAP gab, die er auf diese Weise umgehen konnte.

Am 27.3.1934 absolvierte er die wissenschaftliche Prüfung „mit Auszeichnung“ für das Lehramt an höheren Schulen und der Lehrbefähigung für Geschichte, Englisch und Spanisch. Seine schriftliche Arbeit: „Die Exercitia Spiritualia des Ignatius von Loyola und ihr Verhältnis zur Gegenreformation'. Ein Beitrag zur Charakteristik der geistlichen Übungen Loyolas.“² Am 16.7.1934 promovierte Reimers mit einer Arbeit zum Thema: „Jonathan Swift. Gedanken und Schriften über Religion und Kirche.“³

Das Referendariat absolvierte Reimers am Realgymnasium des Johanneums und seiner ehemaligen Schule, dem Kirchenpauer-Realgymnasium, vom 10.4.1934 bis zum 5.9.1935. Auch das zweite Staatsexamen bestand er mit Auszeichnung. In dem Bericht des Leiters des Schulseminars am Realgymnasium des Johanneums, Prof. Otto Schliack, hieß es am 4.4.1935: „Herr Dr. Reimers war ein Jahr Mitglied des Schulseminars. Er hat einen Vortrag gehalten über das Verhältnis der HJ zur Schule. Herr Dr. Reimers sprach frei und überzeugend. An der Aussprache pflegte er sich lebhaft und mit Scharfsinn zu beteiligen. Sein Verhältnis zum Kollegium war infolge seines Wesens und seines Auftretens ausgezeichnet.“⁴

Am Ende des Referendariats war der Wunsch von Hans Reimers schon bekannt, als Assessor ein Jahr als Austauschlehrer in England zu unterrichten. Prof. Otto Schliack schrieb in seiner Stellungnahme: „Ich kenne Herrn Dr. Reimers aus seiner einjährigen Tätigkeit am Realgymnasium des Johanneums und in seiner sportlichen Betätigung außerhalb der Schule. Er ist wissenschaftlich sehr gut vorgebildet und in der Erörterung wissenschaftlicher Fragen gewandt; bei den Schülern fand er deshalb und wegen seines sicheren Auftretens ganz von selbst die Achtung, die sie auf allen Klassenstufen der geschlossenen Persönlichkeit entgegenbringen. Er beherrscht die gesellschaftlichen Formen vollständig und macht bei vorteilhafter Gestalt in seiner äußeren Haltung den besten Eindruck. Als Sport betreibt er das Tennisspiel und gehörte zu den Spitzenspielern seines Vereins. Seine innere Haltung ist durch seine häusliche und waffenstudentische Erziehung bestimmt. Ich habe den Eindruck eines gefestigten, zielsicheren Mannes bester ethischer Haltung. Ich halte Herrn Dr. Reimers für hervorragend geeignet, in England als Vertreter seines Vaterlandes aufzutreten und zu wirken.“⁵

Im Institut für Lehrerfortbildung hatte Hans Reimers während des Referendariats vier Kurse belegt, unter anderem bei OSR Walter Behne den Kurs „Nationalpolitische Erziehung“ und bei Alfred Kleeberg „Grundlagen der Erziehungs- und Unterrichtsfragen“.⁶

Bevor Hans Reimers als Austauschlehrer nach England an die Westcliff High School of Boys in Southend-on-Sea ging, hatte er noch ein anderes Problem zu regeln. So schrieb er am 16.4.1935 an die Landesunterrichtsbehörde: „Die Landes-

unterrichtsbehörde gestattete mir, aufgrund einer im Oktober anzutretenden Stellung, bereits ein halbes Jahr vor dem endgültigen Ablauf meiner Referendarzeit, also im September 1935, das Assessorenexamen abzulegen. Ich bitte die LUB, meine Beurlaubung vom SA-Dienst von jetzt ab bis zum September zu erwirken. Laut Protokoll der Schulleiterkonferenz hält die LUB bei Studienreferendaren eine Beurlaubung vom SA-Dienst fünf Monate vor dem Examen für unbedingt erforderlich. Da ich aber innerhalb von fünf Monaten mir das erarbeiten muß, wozu mir normalerweise noch ein Jahr zur Verfügung gestanden hätte, scheint mir eine Beurlaubung besonders dringlich. Ich muss erwähnen, daß mir für meine Vorbereitung zum Examen als Arbeitszeit nur die Abende und Sonntage zur Verfügung stehen, da ich vormittags im Schuldienst vollauf beschäftigt bin und da diese Tätigkeit nicht besoldet wird, nachmittags mir meinen Unterhalt durch Erteilung von Privatstunden verdienen muß. Ich bitte die LUB, für mich ein Gesuch an die Gruppenführung der SA weiterzuleiten, ich bin SA-Mann im Sturm 4/15.“⁷

Daraufhin wandte sich OSR Theodor Mühe am 14.5.1935 an den Führer der SA-Gruppe „Hansa“, den Gruppenführer und NSDAP-Reichstagsabgeordneten Herbert Fust, mit der Bitte, Hans Reimers in der verkürzten Zeit des Referendariats in Vorbereitung auf den Auslandseinsatz für einige Zeit vom SA-Dienst zu befreien. Theodor Mühe argumentierte: „Für einen solchen Austausch nach England kommen alljährlich nur zwei Studienreferendare für Hamburg in Betracht. Da die der Behörde hierfür vorliegenden Meldungen nicht gering sind, spricht die auf Reimers gefallene Wahl für ihn, zumal nur Referendare in Frage kommen, die Gewähr dafür bieten, daß sie die deutschen Interessen im Ausland in angemessener Form auch unter den gegenwärtigen besonders schwierigen Umständen jederzeit vertreten.“⁸

Da die Entnazifizierungsakte von Hans Reimers im Hamburger Staatsarchiv nicht auffindbar ist, kann nur vermutet werden, wie Reimers seine SA-Mitgliedschaft begründet haben würde. Wahrscheinlich hätte er darauf hingewiesen, dass die Genehmigung für einen Auslandsschuldienst nur mit nachgewiesenen Aktivitäten in NS-Organisationen möglich gewesen wäre. Das ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen. Karriere, auch zu Beginn einer Schullaufbahn, hatte den Preis von Anpassung, Opportunismus und tatsächlicher oder vermeintlicher Begeisterung für die Arbeit in NS-Organisationen. Und Hans Reimers wusste offenbar, was für seinen Weg notwendig war. Als weiteren Schritt hatte Reimers geplant, beim Auswärtigen Amt in Berlin die generelle Verwendung im Auslandsschuldienst genehmigt zu bekommen. Dafür setzte sich OSR Wilhelm Oberdörffer in einem Schreiben am 8.1.1936 an das Auswärtige Amt ein: „Herr Dr. Reimers ist ein außerordentlich befähigter Jugenderzieher im besten Sinne des Wortes. Er hat natürliches pädagogisches Geschick und versteht es durch sein freundliches, aber bestimmtes Auftreten,

sich bei der Jugend aller Altersstufen ohne jede Schwierigkeit durchzusetzen. Herr Dr. Reimers verfügt über ausgezeichnete wissenschaftliche Kenntnisse und hat sich in der Zeit seiner praktischen Ausbildung so gut entwickelt, dass ihm ein Teil seiner Ausbildungszeit geschenkt werden konnte. Sein Auftreten ist sicher und gewandt, so dass er jeder Situation, auch in gesellschaftlicher Hinsicht, unbedingt gewachsen ist. Ich wüsste aus der großen Zahl der Studienreferendare, die ich kennengelernt habe, kaum einen zu nennen, der den Ansprüchen, die an einen Lehrer im deutschen Auslandsschuldienst gestellt werden müssen, so vollkommen gerecht wird wie Herr Dr. Reimers. Dr. Reimers hat sich auch in England jetzt mit dem nötigen Takt und der erforderlichen Selbstbehauptung sehr gut eingeführt und sollte für die in Aussicht genommene Stellung in Madrid als Bewerber an erster Stelle in Frage kommen. Politisch ist Dr. Reimers, der der SA angehörte, einwandfrei.“⁹

Es ist bemerkenswert, wie viel Rückhalt Hans Reimers schon mit 28 Jahren in der Schulverwaltung gefunden hatte. Und an dem Schreiben von Wilhelm Oberdörffer wurde deutlich, welche als notwendig gesehene Funktion der Hinweis auf die SA-Mitgliedschaft hatte. Der Plan, in den Auslandsschuldienst zu wechseln, realisierte sich nicht. Aber die Aufmerksamkeit von OSR Dr. Oberdörffer erwies sich als hilfreich, war dieser doch verantwortlich für die Privatschulen.

Nach dem Auslandsschuljahr wurde Hans Reimers am 1.10.1936 als Studien-assessor an der privaten Wichernschule eingestellt. Am 1.5.1937 trat Reimers in die NSDAP ein, am 23.12.1936 hatte er geheiratet, die in Kirkcaldy/Schottland geborene deutsche Staatsangehörige Rut Weihe, mit der er drei Kinder bekam.¹⁰

An der Wichernschule war Hans Reimers erst angestellt, dann ab dem 1. April 1940 als Studienrat tätig. Gleichzeitig fungierte er als stellvertretender Schulleiter und nebenamtlich als Leiter des Schülerheims der Schule.¹¹ Da Schulleiter Richard Ackermann seit Kriegsbeginn als Offizier in den Krieg gezogen war, fiel Reimers an der Schule schon früh die leitende Funktion zu. Insbesondere durch die Aufarbeitung des ehemaligen Schulleiters Dietrich Hölscher und der ehemaligen Lehrerin der Wichernschule, Hildegard Thevs, ist die Arbeit von Hans Reimers in der Leitungsfunktion gut dokumentiert.¹²

Hans Reimers' Hauptverantwortung für die Arbeit an der Wichernschule fiel in eine schwierige Zeit. Der Krieg hatte begonnen, Schulleiter Richard Ackermann befand sich im Kriegsdienst und die Schulverwaltung überlegte, die Privatschulen zu verstaatlichen. Der gesamte Prozess dieses Verfahrens wurde in der Festschrift der Wichernschule zum 125-jährigen Jubiläum 1999 ausführlich und präzise dargestellt.¹³

Eine zentrale Rolle in diesem Verfahren spielte der damals 31-jährige Hans Reimers, der die Schule faktisch leitete: „Am Sonnabend, dem 16. September 1939



Kollegium der Wichernschule 1937/38. Schulleiter Richard Ackermann vorne links neben den beiden Kolleginnen (1). Hans Reimers in der 2. Reihe (2).

nachmittags 15 Uhr tritt das durch Einberufung zur Wehrmacht stark zusammengeschmolzene Kollegium zusammen. Das ist ein ungewöhnlicher Zeitpunkt. Es gibt dafür aber auch einen bedeutenden Anlaß: die Zukunft der Schule. Das Problem ist den Kollegen seit über einem Jahr bekannt. Sie haben immer wieder darüber gesprochen. Natürlich haben sie auch von den Plänen gehört, die Wichernschule als selbständige Stiftung vom Rauhen Haus abzutrennen. Std.Ass. Dr. Reimers, seit dem 26. August 1939 stellvertretender Schulleiter, eröffnet die Konferenz und kommt ohne Umschweife zur Sache: ‚Die Behörde hat beschlossen, die Wichernschule aufzulösen ... Infolge Fehlens von Lehrkräften und aus wirtschaftlichen Gründen sollen die Privatschulen sofort, nicht erst zum 1.4.1940 aufgelöst werden. Der Staat übernimmt die Sicherstellung der Lehrkräfte. Dabei sollen einige Schulen verstaatlicht werden.‘ Das hat das Kollegium nicht erwartet. Keine eigene Stiftung, sondern Schließung der Wichernschule. Verteilung aller Schüler und Lehrer auf die umliegenden öffentlichen Schulen. Die Existenzsicherung der Kollegen ist nicht gefährdet. Der Staat wird sich um sie kümmern. Daß dessen Gründe nicht ganz uneigennützig sind, ist jedem klar. Bei dem zum Teil kriegsbedingten Lehrermangel kann man die frei werdenden Privatschullehrer gut gebrauchen. Aber wenn die Wichernschule schon nicht als selbständige Stiftung weitergeführt werden kann, warum wird sie dann nicht wenigstens als Staatsschule erhalten?“¹⁴

Hans Reimers war eng an den Gesprächen mit der Schulbehörde und dort insbesondere mit dem für die Privatschulen zuständigen OSR Oberdörffer beteiligt. Er erklärte dem Kollegium, dass dem Verwaltungsrat des Rauhen Hauses die Alternative gestellt worden war: Entweder wird die Schule vom Staat im Ganzen übernommen oder sie wird aufgelöst. „Der Verwaltungsrat habe sich nicht dazu

durchbringen können, das Rauhe Haus zu teilen. Zu der Sitzung am 14. September 1939 sei kein Vertreter der Schule hinzugezogen worden. Er, Dr. Reimers, habe mit zwei Mitgliedern Fühlung aufgenommen, die sich beide mit aller Macht für die Verstaatlichung eingesetzt hätten. Trotzdem habe sich der Verwaltungsrat dagegen erklärt. Darauf habe Oberschulrat Dr. Oberdörffer den Befehl zur Auflösung erteilt. Der Lehrkörper geht an den Staat über.“¹⁵

In der Festschrift wurde dazu konstatiert: „Vermutlich hat es nach dieser Darstellung im Kollegium eine heftige Diskussion gegeben. Das Protokoll berichtet: ‚... wird vom Kollegium der Versuch gemacht, die Schule zu erhalten. Der Verwaltungsrat ist wohl nicht umzustimmen, auch will der Staat nicht enteignen. Kollege Reimers hat mit dem Kreisleiter Rücksprache genommen und wird als Letztes eine Petition an den Reichsstatthalter vorbereiten. Alles das ist Privatinitiative.“¹⁶

Hier erwies es sich offenbar als hilfreich, dass Hans Reimers über gute Kontakte zum Parteiapparat und zur Schulverwaltung verfügte. „In den nächsten Tagen zeigt sich, wie im Dritten Reich Staat und Partei miteinander verflochten sind. Nachdem also der Staat durch die Schulverwaltung als Teil der Gemeindeverwaltung der Hansestadt Hamburg eine Entscheidung getroffen hat, versuchte Dr. Reimers – nicht als angestellter stellvertretender Schulleiter, sondern als Parteigenosse – über die Parteischiene, diese Entscheidung wieder rückgängig zu machen. Er muß am Wochenende bei dem Kreisleiter der NSDAP des Kreises 5, Pg. Amandus Brandt, vorstellig geworden sein und ihn um Unterstützung gebeten haben. Denn am Montag, dem 18. September 1939, wendet sich der an den Reichsstatthalter und Gauleiter Pg. Karl Kaufmann mit der dringenden Bitte, ‚mit allen Mitteln die Schule, wenn es sein muß, zwangsweise für ihre außerordentlich umfangreichen und wichtigen Aufgaben nicht nur im Interesse der Hamburgischen Bevölkerung, sondern auch der Auslandsdeutschen zu erhalten‘.“¹⁷

NSDAP-Kreisleiter Amandus Brandt argumentierte, dass aus staatspolitischen Gründen die besonderen Aufgaben der Wichernschule gerade in Kriegszeiten nicht eingeschränkt werden dürften, „besonders die Erziehung der Kinder, deren Väter im Felde ständen und deren Mütter in der Industrie arbeiteten, und die Unterbringung von Kindern aus Hamburger Familien, die durch den Tod des Vaters besonders hart getroffen wären“.¹⁸

Dass Hans Reimers mit dem NSDAP-Kreisleiter gesprochen hatte, ging auch daraus hervor, dass dieser besonders die Bedeutung des Schülerheims betont hatte. Außerdem war dem Schreiben von Brandt eine ausführliche Stellungnahme von Hans Reimers beigefügt.¹⁹ Reichsstatthalter Kaufmann reagierte sofort, forderte Senator Karl Witt auf, dazu einen Bericht abzugeben, OSR Wilhelm Oberdörffer wurde eingeschaltet und auch Schulleiter Richard Ackermann, als Offizier an der

Front, telegraphierte aus Brest-Litowsk: „Die Wichernschule zu schließen während ich vor dem Feind stehe ist völlig unmöglich. Ich bitte von allen Maßnahmen Abstand zu nehmen.“²⁰ Als Richard Ackermann kurzfristigen Fronturlaub bekommen hatte, um an den Verhandlungen um die Zukunft der Wichernschule teilnehmen zu können, gab es schnell ein Ergebnis. Auf der Konferenz, der letzten, die Ackermann leiten konnte, wurde das Ergebnis verkündet: „Ab 1. Oktober 1939 wird die Wichernschule und Internat ein Staatsbetrieb. Die Unterzeichnung der Übernahme ist bereits vollzogen durch Vertreter des Rauhen Hauses, der Schulverwaltung, Herrn Direktor Ackermann und durch den Reichsstatthalter.“²¹

Der Beitrag von Hans Reimers für das Gelingen war aber auch nicht unerheblich. Und Reimers übernahm auch gleich wieder die Leitung der Schule.

Hildegard Thevs wies darauf hin, dass Hans Reimers sich noch andere Verdienste um die Schule erworben hatte: „Er organisierte im Herbst 1940 die Verlegung des Schülerheims und freiwilliger Externer, ca. 130 Jungen, in ein „luftsicheres“ Gebiet, und zwar in das Schloss Kranzbach in Oberbayern (nahe von Schloss Elmau gelegen und gleichzeitig mit ihm gebaut, aber nie als Schloss genutzt. Ob die Wahl des Ortes auf seine Initiative oder auf Weisung einer der an der KLV beteiligten Einrichtungen geschah, ist bisher nicht geklärt). Ab 1932 diente Schloß Kranzbach als „Hochgebirgsheim der Inneren Mission“ zur Erholung. Die Vermutung, dass es trotz der Verstaatlichung der Wichernschule die Verbindungen innerhalb der Inneren Mission Hans Reimers ermöglichten, das Schülerheim in eine Einrichtung der Inneren Mission zu verlegen, wird dadurch gestützt, dass neben dem KLV-Lager der Erholungsbetrieb weiter lief.

Das Lagerleben war einerseits durch die Strukturen der KLV bestimmt, aber auch durch Hans Reimers' Fortführung der Prinzipien der Erziehung im Schülerheim. Entgegen den Vorgaben von Baldur von Schirach für die Durchführung der KLV, setzte Hans Reimers HJ-Führer aus der eigenen Schule ein, gab ihnen Unterricht, beschäftigte eine höhere Zahl von Lehrkräften und Erzieherinnen als vorgeschrieben und orientierte die Aufenthaltsdauer der Schüler an ihren bzw. ihrer Eltern Bedürfnissen und den Unterrichtsmöglichkeiten der Wichernschule in Hamburg. Bei den Ehemaligen hat die Erinnerung an Schloß Kranzbach einen hohen Stellenwert, ausgenommen bei denjenigen, die Schnee hassten.

Am 13.4.1942 mussten die 85 in Schloß Kranzbach verbliebenen Schüler umziehen, weil kein Dieselkraftstoff mehr geliefert wurde. Auf die Wahl aller weiteren KLV-Stätten hatte Hans Reimers keinen direkten (indirekt über die Lagerleiterlehrer) Einfluss mehr.“²²

Die Schulverwaltung hatte langfristig andere Pläne mit der Wichernschule, deren Schüler zu einem großen Teil während des Krieges in der Kinderlandverschickung

waren oder 1943 als Luftwaffenhelfer eingezogen wurden. „Entscheidend für die weitere Entwicklung der Wichernschule war im Mai 1943 die Teilung der bisherigen Wichernschule in eine Internatsschule, die der Inspektion der Deutschen Heimschulen unterstellt werden sollte, und in eine bezirksmäßig gebundene öffentliche Oberschule, die mit Beginn des neuen Schuljahres im September 1943 die Arbeit aufnehmen sollte. Als Direktor für die Internatsschule, die spätere Heimschule, ist der bisherige stellvertretende Schulleiter Dr. Reimers in Aussicht genommen. Sein Auftrag umfasste sowohl die Schulleitung als auch die Internatsangelegenheiten. Für die abzutrennende Oberschule ist der Studienrat Dr. Jünemann als späterer Direktor in Aussicht genommen.“²³

Soweit kam es für Hans Reimers nicht. Am 15.4.1943 wurde er zur Dolmetscher-Kompanie einberufen. 1944 war Reimers Sonderführer einer Dolmetscher-Kompanie in der Lettow-Vorbeck-Kaserne, wurde am 1.4.1944 zum Oberstudienrat befördert und zum 1.9.1944 nach Berlin versetzt. Seine Entlassung aus der Wehrmacht erfolgte am 7.5.1945.²⁴

Der Ruf von Hans Reimers an der Wichernschule war nicht unumstritten. Positiv sahen einige Schüler, dass Reimers Brieffreundschaften mit englischen Jugendlichen initiiert hatte, die bis 1939 andauerten.²⁵

Wichtiger aber war, dass sie durch die Verstaatlichung keinen Bruch mit ihrem vorherigen reformpädagogisch orientierten Unterricht erfuhren. Dieser kam aber auch: „1942 hörten etliche Schüler gerüchteweise, daß die Wichernschule in eine Napola, eine nationalpolitische Erziehungs- bzw. Aufbauanstalt umgewandelt werden sollte und daß Herr Dr. Reimers als der damalige stellvertretende Direktor dieses betreibe. Im Gegensatz zu Ackermann habe er Uniform getragen, einige charakterisieren sie als die der SS, jemand erinnert noch das Schaudern, mit dem er die SS-Runen auf dem Revers wahrgenommen habe. Mit Dr. Reimers seien auch Flaggenappelle mit Horst-Wessel- und Deutschlandlied häufiger geworden; er habe ganz und gar Parteilinie vertreten und sei merkwürdigerweise nicht eingezogen worden. Gegen Dr. Reimers opponierten Eltern und erreichten, daß er mit seinen Plänen scheiterte.“²⁶ Was die vermeintliche SS-Mitgliedschaft von Hans Reimers betraf, lag hier offensichtlich eine Verwechslung vor, wie auch andere ehemalige Schüler berichteten: „Zweifellos war Dr. Reimers ein strammer Pg, aber nicht in der SS, und es war SS-Sturmbannführer Prof. Dr. Pein, der, 1942 als Direktor eingesetzt, die Wichernschule zusammen mit dem Rauhen Haus dazu ausersehen hatte, als SS-Heimschule/deutsche Heimschule vor der Partei zu rangieren.“²⁷

An der Wichernschule gab es auch einige Schüler, die der Swing-Jugend angehörten. Laut Festschrift der Wichernschule fühlte sich mindestens einer dieser

Swing-Jugendlichen, Bruno Himpkamp, von Dr. Reimers denunziert.²⁸ (Er wurde später als Mitglied der Weißen Rose inhaftiert und vor den Volksgerichtshof zitiert.) Reimers hatte am 31.1.1942 die Lehrerkonferenz darüber informiert, dass es „Swing-Neigungen in der Schule, besonders in den Klassen 5 gebe, vier Schüler müssen die Schule verlassen. Die Klassenlehrer werden gebeten, sich über die Freizeitgestaltung ihrer Schüler an den Nachmittagen zu informieren. Die Kollegen werden ersucht, bei den Schülern auf anständiges äußeres Auftreten, Haarschnitt, Huttracht usw. zu achten.“²⁹

Irritationen löst aus, dass Hans Reimers die Gestapo ins Haus holte, um u. a. Mitgliedschaften im „Penny-Club“ und das Tragen von alliierten, insbesondere sowjetischen Truppenabzeichen, zu kontrollieren. Konsequenzen folgten nicht, weil ein hochdekoriertes Vater intervenierte (Mauss). Auch Eltern hatten sich über Hans Reimers bei der Schulverwaltung beschwert: „Seit letzter Zeit häufen sich die Klagen aus dem Kreise der Elternschaft gegen den Leiter der Schule und auch gegen verschiedene Lehrer. Da ich seinerzeit, als die Wichernschule noch Privatschule war, dem Vorschlage des damaligen Leiters, Herr Oberstudiendirektor Ackermann, Herrn Dr. Reimers zu seinem Stellvertreter zu ernennen, zustimmte, fühle ich mich in gewisser Hinsicht der Elternschaft gegenüber für die Handlungen des Herrn Dr. Reimers moralisch verantwortlich. Die Klagen über Herrn Dr. Reimers und verschiedene andere Lehrer bestehen schon seit langem, trotzdem habe ich geschwiegen in der Hoffnung, dass Herr Dr. Reimers sich mit der Zeit in sein Amt einfinden würde. Leider ist aber gerade das Gegenteil der Fall, und das letzte Vorkommnis, das sich mit einem meiner Söhne ereignete, hat mich jetzt bewogen, die Schulverwaltung anzurufen, damit sie Gelegenheit nehmen kann, sich über die wahren Verhältnisse, die in der Wichernschule herrschen, ein genaues Bild zu machen. Herr Dr. Reimers besitzt nicht die Fähigkeiten eines Schulleiters, wie ihn der nationalsozialistische Staat verlangen muss. Er ist überheblich, anmaßend und im höchsten Grade unhöflich sowohl gegenüber den Schülern als auch den Eltern. Gerade über die Unhöflichkeit gegenüber den Eltern liegen verschiedene Beweise vor. Es kann wohl nicht gutgeheißen werden, wenn sich ein Lehrer, der stellvertretend mit der Schulleitung betraut ist, aus falsch verstandenem nationalsozialistischem Führerprinzip heraus zu einem Autokraten entwickelt, der gegenüber den Schülern und der Elternschaft einen höchst unversöhnlichen Ton anschlägt.“

Auf dem Schreiben des Vaters Hans Zuschlag ist von OSR Albert Henze vermerkt: „Nach telefonischer Rücksprache mit Herrn Zuschlag erledigt.“³⁰

Persönlich hatte das Mitglied des Elternrats der Wichernschule, Hans Zuschlag, an Reimers am 19.3.1942 geschrieben: „Mit Bedauern habe ich schon seit langer Zeit Beschwerden vieler Eltern über Ihre Leitung der Schule gehört. Ich habe

Sie wiederholt sprechen wollen. Wenn ich in Ihrem Büro eine Nachricht hinterließ, dass Sie mich einmal anrufen möchten, ist ein solcher Anruf niemals erfolgt. Es ist festgestellt, dass Sie als Schulleiter den Kontakt mit der Elternschaft vollkommen verloren haben, wie Sie es auch nicht für nötig erachtet haben, den Elternverein zusammenrufen zu lassen, um die Eltern über alles zu unterrichten, was von gemeinsamem Interesse ist. Sie haben jetzt seit zweieinhalb Jahren die stellvertretende Leitung der Schule, aber es ist eine allgemeine Ansicht, dass Sie die Schule nicht so geführt haben, wie es im Sinne unseres unvergesslichen Oberstudiendirektors Ackermann war. Da ich seinerzeit dem Vorschlag des Herrn Ackermann, Sie zu seinem Stellvertreter zu ernennen, zustimmte, schmerzt mich diese Feststellung heute umso mehr.“³¹

Die Nachkriegskarriere von Hans Reimers ist bemerkenswert und erstaunlich. Seit Juni 1945 war er persönlicher Mitarbeiter von Senator Heinrich Landahl. Möglicherweise hatte Wilhelm Oberdörffer, der selbst kurz als Leiter der Schulverwaltung im Gespräch war und der als Oberschulrat für die Privatschulen einen engen Kontakt zu Reimers gehabt hatte, als dieser faktisch die Wichernschule leitete, Verbindungen hergestellt. Bemerkenswert ist auch, dass Hans Reimers einen sehr guten Kontakt zu dem ehemaligen Vorsitzenden der Gesellschaft der Freunde und Schulrat vor 1933, Kurt Zeidler, hatte. Zeidler war nach 1945 wieder Schulrat für die Volksschulen geworden und eine entscheidende Person in den Entnazifizierungsverfahren. Zeidler hatte gemeinsam mit Hans Reimers mehrere Bände englischer Schulbücher produziert: „Come along“, Lehrgang in englischer Sprache, Bände I bis IV, die vom Westermann Verlag vertrieben wurden. Ein anderer Band war der „Kernwortschatz englischer Sprache“, ebenfalls von Kurt Zeidler und Hans Reimers gemeinsam herausgegeben. Es gehörte offenbar zu den besonderen Stärken von Hans Reimers, die richtigen Kontakte herzustellen und zu pflegen.



Hans Reimers, 1945

In seinen Erinnerungen hatte Kurt Zeidler 1975 den Kontakt zu Hans Reimers beschrieben und seine Wertschätzung für diesen deutlich gemacht:

„Kaum war der Unterricht wieder aufgenommen worden, da wurde der Schulbuchmangel empfindlich spürbar. Die bisher benutzten Bücher wurden verboten, da sie vom Nazigeist durchsetzt waren. Die Militärregierung forderte dazu auf, Entwürfe für Schulbücher zur Lizenzierung einzureichen. Ich hielt den Augenblick für gekommen, mein Manuskript ‚Fundamental English‘, das ich seit Jahren bereithielt,

aus der Schublade zu holen. Da ich die englische Sprache nicht als Linguist, sondern als Lehrer lediglich von der didaktisch-methodischen Seite her angepackt hatte, war mir von vornherein klar gewesen, dass ich für den Fall einer Veröffentlichung einen Anglisten als Mitarbeiter gewinnen müsse. Ich brauchte nicht lange zu suchen. Der damalige Oberstudienrat Dr. Hans Reimers war der gegebene Mann für die Aufgabe, zumal wir uns auch in unseren pädagogischen Auffassungen nahestanden. Senator Landahl hatte ihn als Dolmetscher in die Behörde geholt. Wenn auch in Hamburg, wo schon von altersher jeder Volksschüler Englisch lernt, sich jeder Engländer darauf verlassen kann, sich mit den meisten Hamburger verständigen zu können, war doch für den amtlichen Verkehr zwischen den deutschen und den britischen Stellen, für Besprechungen in größerem Rahmen sowie für den Schriftwechsel und für die Herstellung authentischer zweisprachiger Texte wichtiger amtlicher Verlautbarungen ein kompetenter Mittelsmann erforderlich. Dr. Reimers war längere Zeit als Lehrer an einer englischen Schule tätig gewesen und beherrschte das Englische wie seine Muttersprache. Ihm zuzuhören, wenn er in gemischtsprachigen Sitzungen gewandt und treffsicher dolmetschte, war ein reines Vergnügen. Außerdem war er ein gewandter Unterhändler. Wie sehr es in gewissen Situationen auf die Wendigkeit, Schlagfertigkeit und den guten Stil ankommt, hatte ich bei abendlichen Arbeitssitzungen im Zimmer von Dr. Reimers häufig Gelegenheit zu beobachten, wenn von britischer Seite angerufen wurde, um Rückfrage zu halten, Missverständnisse aufzuklären, Zweifel auszuräumen, Einwendungen zu begegnen, Bedenken zu zerstreuen. Hier kam Dr. Reimers seine Vertrautheit mit dem englischen Lebensstil und den gesellschaftlichen Gepflogenheiten des Briten zustatten, und oft konnte er durch ein Scherzwort, eine persönliche Wendung des Gesprächs schwebende Angelegenheiten, deren Bereinigung sich unter anderen Umständen lange hingezogen hätten im Handumdrehen regeln. Seinem stillen Wirken ist es weitgehend zu verdanken, dass wir im Hamburger Schulwesen nach dem Zusammenbruch in mancher Hinsicht schneller voran kamen als andere deutsche Länder. Nach gemeinsamer Durcharbeitung meines Entwurfs zu ‚Fundamental English‘ erklärte Dr. Reimers sich bereit, die Mitverantwortung für das Lehrbuch zu übernehmen. Auch Senator Landahl nahm Einsicht in das Manuskript und ermutigte mich. So reichte ich es der Erziehungsabteilung der Militärregierung ein und hatte die Genugtuung, mit ‚Fundamental English‘ die britische Schulbuchlizenz Nr. 1 zu erhalten.“³²

Nach dieser Beschreibung ist deutlicher, warum Hans Reimers die Unterstützung zweier entscheidender Männer im Hamburger Schulwesen so kurz nach Ende der NS-Herrschaft errungen hatte.

Am 30.8.1945, also drei Monate, nachdem Senator Heinrich Landahl Hans Reimers mit seinen vorzüglichen englischen Sprachkenntnissen an seine Seite geholt

hatte, erhielt Reimers die Bestätigung durch die britische Militärregierung. Er wurde in Kategorie V, Entlasteter, eingruppiert. Neben den Leumundszeugen im unmittelbaren Umfeld von Senator Landahl hatte sicherlich auch eine Rolle gespielt, dass Reimers erst zum 1.5.1937 in die NSDAP eingetreten war und seine Mitgliedschaft in der SA als notwendiger Opportunismus eines in der Ausbildung Befindlichen interpretiert werden konnte, der kaum eine Chance hatte, zu diesem Zeitpunkt als Lehrer für das höhere Lehramt in den öffentlichen Schuldienst zu kommen.

Als Heinrich Schröder, der unbestechliche Vertreter als Oberschulrat für die höheren Schulen in allen Entnazifizierungsverfahren, überraschend starb, wurde Hans Reimers am 1.2.1950 zum kommissarischen Oberschulrat ernannt, am 1.4.1955 wurde er Leitender Regierungsdirektor, vertrat Hamburg im Schulausschuss der Kultusministerkonferenz und spielte als Hamburger für Deutschland mit auf der internationalen Bildungsbühne.³³

Hans Reimers gelang es nicht nur, Senator Landahl für sich einzunehmen. Die Begründung, ihn am 1.4.1955 zum Leitenden Regierungsdirektor zu befördern, wurde von Landahls Nachfolger, dem Schulsenator des konservativen Hamburg-Blocks vorgebracht, von Prof. Hans Wenke. Dieser schrieb:

„Herr Dr. Reimers war bisher als Personalreferent für die Wissenschaftlichen Oberschulen tätig; zugleich war er mit der Behandlung aller Fragen beauftragt, die die ständige Konferenz der Kultusminister der Länder der Bundesrepublik Deutschland und das ausländische Schulwesen betreffen. Hierdurch ergab sich für mich eine regelmäßige Zusammenarbeit, in der die Klärung grundsätzlicher schulpolitischer Fragen im Mittelpunkt stand. Dabei hat sich mir folgendes Bild seiner fachlichen und persönlichen Eignung ergeben: er ist in ungewöhnlichem Maße befähigt, jedes einzelne Problem in die größeren Zusammenhänge des deutschen und ausländischen Schulwesens zu stellen. Er vereinigt eine solide und vielseitige Sachkenntnis mit durchaus selbständiger Urteilsfähigkeit und weiß, seine Überlegungen und Ratschläge in einer höchst präzisen und klaren Form in Wort und Schrift zum Ausdruck zu bringen. Insbesondere ist er nicht den Schulfragen in engem Sinne verhaftet, er hat vielmehr einen weiten Blick für die allgemeinen Tatsachen des gesellschaftlichen und politischen Lebens und für die Anliegen und Interessen anderer Verwaltungsbereiche und Behörden. So vermag er auch schwierige Verhandlungen mit anderen Instanzen in der Absicht einer abwägenden sachgerechten Verständigung bestimmt und zugleich unaufdringlich zu führen. Die Überzeugungskraft liegt stets in der Darlegung wohldurchdachter Argumente, niemals im Versuch zu billiger Überredung. Sehr nützlich wirkt sich seine Fähigkeit aus, sich ungewöhnlich schnell in neue Aufgaben und Probleme hineinzudenken und sie gründlich zu durchleuchten. Einen Beweis für die Richtigkeit meiner Beurteilung wird man darin

sehen dürfen, daß die Ständige Konferenz der Kultusminister ihn kürzlich auf Vorschlag des Kultusministers von Nordrhein-Westfalen mit einstimmigem Beschluss zum Vorsitzenden ihres Schulausschusses als Nachfolger von Präsident Dr. Löffler, der seit vier Jahrzehnten in der Schulverwaltung steht, gewählt hat. Aus allen diesen Gründen schlage ich die Ernennung des Herrn Dr. Reimers zum leitenden Fachbeamten vor.“³⁴

Mit seinen Sprachkompetenzen und den Erfahrungen in der Kultusministerkonferenz trat Hans Reimers sehr schnell auch auf die internationale Bühne. So ernannte ihn Außenminister Clemens von Brentano am 8.9.1958 nach dem Kulturabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Spanien zum Mitglied des deutsch-spanischen gemischten ständigen Ausschusses.³⁵ Im Jahr darauf schickte ihn von Brentano auch in den entsprechenden deutsch-englischen Ausschuss,³⁶ er wurde berufen, die Reifeprüfungen in Teheran, Beirut, Bagdad und Kabul abzunehmen, ebenso wie in Italien.³⁷ Dann wurde er für die Kultusministerkonferenz in den nächsten Jahren zu Konferenzen nach Mailand, Genua, Rom, Amsterdam, Genf, Teheran, Straßburg, zur UNESCO nach Paris, nach Washington, zu mehreren Tagungen in verschiedenen amerikanischen Städten vom 15.2. bis zum 31.3.1961 in die USA geschickt.³⁸ Wozu umfassende Sprachkenntnisse gut sein können.

1968 wurde Hans Reimers in den Exekutivrat der UNESCO gewählt, er war zu diesem Zeitpunkt immer noch Vorsitzender des Schulausschusses der KMK.³⁹

An 30.4.1973 trat Hans Reimers in den Ruhestand. Die staatliche Pressestelle veröffentlichte dazu eine Erklärung, in der noch einmal auf die Anfangstätigkeit von Hans Reimers rekurriert wurde, mit Hinweis darauf, warum er nach 1945 auch für die britische Militärregierung ein wichtiger Mann gewesen war:

„Seine ersten Verdienste erwarb sich Dr. Reimers in den Nachkriegsjahren, als er mit der Militärregierung über die Freigabe von Schulen über Reparaturen und Versorgung, über die Unterrichtserlaubnis für Lehrer, die Genehmigung von Lehrplänen und Unterrichtsmaterial verhandelte. An der Vorbereitung des ersten Schulgesetzes, das 1949 in Kraft trat, war er neben Landesschulrat Matthewes und Oberschulrat Schröder maßgeblich beteiligt.“⁴⁰

Auch der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft wandte sich zu diesem Anlass mit einem veröffentlichten Schreiben an Hans Reimers: „Der Pressemitteilung aus Anlass der 156. Plenarsitzung der KMK verdanke ich die Nachricht, daß Sie mit Erreichen der Altersgrenze aus dem aktiven Hamburger Staatsdienst ausscheiden. Die Nachricht verblüffte, man war darauf nicht gefaßt, und es fällt auch schwer, sich den Schulausschuss der KMK und die vielfältige internationale Vertretung der deutschen Kulturpolitik ohne Dr. Hans Reimers

Lieber Herr Dr. Reimers,
der Pressemitteilung aus Anlaß
der 156. Plenarsitzung der KMK
verdanke ich die Nachricht, daß
Sie mit Erreichung der Alters-
grenze aus dem aktiven Hamburger
Staatsdienst ausscheiden. Die
Nachricht verblüffte, man war
darauf nicht gefaßt, und es
fällt auch schwer, sich den
Schulausschuß der KMK und die
vielfältige internationale Ver-
tretung der deutschen Kultur-
politik ohne Dr. Hans Reimers
vorzustellen.

Ich bitte Sie, aus diesem Anlaß
alle guten Wünsche der Gewerk-
schaft Erziehung und Wissen-
schaft für den neuen, sicher
nicht minder aktiven Lebens-
abschnitt entgegenzunehmen. Dies
verbindet sich mit dem Dank für
die meist sehr unauffällige,
weltmännische, aber wirkungs-
volle Arbeit, die Sie in die
mühsame Aufgabe des Koordinie-
rens der föderalistischen Schul-
situation der Bundesrepublik
gesteckt haben. Ich freue mich,
daß Sie den Vorsitz des Aus-
landsschulausschusses als Son-
derauftrag der Kultusminister-
konferenz beibehalten, und bin
sicher, daß die Zusammenarbeit



**Senatsdirektor Dr. Hans Reimers, aus dem aktiven
Hamburger Staatsdienst ausgeschieden.**

zwischen den Repräsentanten des
Auslandsschulwesens in der GEW
und Ihnen nun noch intensiver
werden kann.

Mit sehr freundlichen Grüßen
Ihr Erich Frister

Auch der GEW-Bundesvorsitzende, Erich Frister, schätzte Hans Reimers anlässlich dessen Pensionierung 1973

vorzustellen. Ich bitte Sie, aus diesem Anlass alle guten Wünsche der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft für den neuen, sicher nicht minder aktiven Lebensabschnitt entgegenzunehmen. Dies verbindet sich mit dem Dank für die meist sehr unauffällige, weltmännische, aber wirkungsvolle Arbeit, die sie in die mühsame Aufgabe des Koordinierens der föderalistischen Schulsituation der Bundesrepublik gesteckt haben. Ich freue mich, daß Sie den Vorsitz des Auslandsschulausschusses als Sonderauftrag der Kultusministerkonferenz beibehalten, und bin sicher, daß die Zusammenarbeit zwischen den Repräsentanten des Auslandsschulwesens in der GEW und Ihnen nun noch intensiver werden kann. Mit sehr freundlichen Grüßen,
Ihr Erich Frister.⁴¹

Hans Reimers starb am 6.10.1989.⁴²

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben nach den Personalakten Hans Reimers, StA HH, 361-3_57857 und 361-3_Nr. 4240
- 2 StA HH, 131-15 Senatskanzlei-Personalakten_C 1009
- 3 Ebd.
- 4 StA HH, 361-12_A 338_Bd.1
- 5 Ebd.
- 6 Ebd.
- 7 StA HH, 131-15_C 1009
- 8 StA HH, 361-12_A 338_Bd.1
- 9 StA HH, 131-15_C 1009
- 10 Alle Angaben ebd.
- 11 Ebd.
- 12 So unter anderem in der Festschrift der Wichern-Schule: 125 Jahre Wichernschule im Rauhen Haus, 1874–1999, Hamburg 1999.
- 13 Ebd. Insbesondere auf den Seiten 17ff.
- 14 Festschrift Wichern-Schule, a. a. O., S. 26f.
- 15 Festschrift Wichern-Schule, a. a. O., S. 27.
- 16 Ebd.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Festschrift Wichern-Schule, a. a. O., S. 28.
- 20 Festschrift Wichern-Schule, a. a. O., S. 29. Siehe auch die Biografie Ackermann in diesem Band.
- 21 Festschrift Wichernschule, a. a. O., S. 21.
- 22 Hildegard Thevs in einem Schreiben an mich vom 8.8.2016. Als Quelle verwies sie auf: StA HH 362-2/14_44, Bände 1–4
- 23 Festschrift Wichern-Schule, a. a. O., S. 36. Siehe auch die Biografie Jünemann in diesem Band.
- 24 StA HH, 131-15_C 1009
- 25 Festschrift Wichern-Schule, a. a. O., S. 46.
- 26 Festschrift Wichern-Schule, a. a. O., S. 53.
- 27 Ebd.
- 28 Festschrift Wichern-Schule, a. a. O., S. 54
- 29 Laut Konferenzprotokoll vom 31.1.1942, von Hildegard Thevs aus dem Protokollbuch übertragen.
- 30 StA HH, 131-15_C 1009
- 31 Ebd.
- 32 Kurt Zeidler: Pädagogischer Reisebericht durch acht Jahrzehnte, Hamburg 1975, S. 104f.
- 33 Alle Angaben laut Personalakte Reimers, StA HH, 131-15_C 1009
- 34 StA HH, 361-3_Nr. 4240
- 35 Schreiben vom 8.9.1958, ebd.
- 36 Schreiben vom 9.4.1959, ebd.
- 37 Schreiben von Senator Heinrich Landahl vom 30.4.1959, ebd.
- 38 Schreiben von Heinrich Landahl vom 25.1.1961, ebd.
- 39 HLZ 11/1968, S. 376.
- 40 Meldung der Staatlichen Pressestelle vom 27.4.1973, StA HH, Zeitungsausschnitt-Sammlung 731_A 767, Dr. Hans Reimers.
- 41 Archiv der Wichern-Schule.
- 42 Personalakte a. a. O.

Wilhelm Arp

**„Vom starken Willen getrieben, etwas zu leisten,
bisweilen etwas vorlaut.“**

Wilhelm Arp gehörte zu den jungen, ambitionierten Nachwuchskräften, die vermutlich auch unter anderen politischen Vorzeichen Karriere gemacht hätten.

Er verschrieb sich den Nationalsozialisten, wurde gefördert von Professor Gustaf Deuchler, war führender Erziehungswissenschaftler im NSLB, erhielt mit 36 Jahren eine Professur und starb zwei Jahre später für Führer, Volk und Vaterland.

Der ehemalige Vorsitzende der „Gesellschaft der Freunde“ ab 1948, Hermann Lange, erzählte Reiner Lehberger und mir eine kleine von ihm erlebte Episode mit Wilhelm Arp: „Ich muss Ihnen folgendes über Wilhelm Arp erzählen. 14 Tage vor Beginn des Dritten Reiches war die Hauptversammlung der ‚Gesellschaft der Freunde‘. Am Schluss kam Stückrath zu mir, den ich vom Studium her kannte, er war damals schon Assistent bei Deuchler, und wollte, dass ich Arp kennenlerne. Von diesem kannte ich die Dissertation mit dem Titel ‚Das Staatsbewusstsein‘, die ich mit sehr großem Gewinn gelesen hatte. Am 5. März 1933 war dann die berühmt-berühmte Reichstagswahl. Am Tag darauf teilte mir Friedrich Kraus mit, ein Dr. Arp hätte angerufen und wollte mich dringend sprechen. Ich rief ihn schließlich an, und er bat mich, so schnell wie möglich zu kommen. Als ich bei ihm war, schloss er sein Zimmer von innen ab und sagte: ‚Ich habe gestern meinen Bruder über die dänische Grenze gebracht, er ist durch die Nazis gefährdet. Wir müssen jetzt alles überlegen, was wir tun können, damit das Dritte Reich nicht lange dauert.‘ Ich fragte: ‚Was sollen wir denn tun, Menschenkind? Die sind doch nun da.‘ Einige Zeit später wurden Schietzel, Hildebrandt, Ludolf Mevius und noch einige andere entlassen. Was sollte ich nun machen? Ich hatte inzwischen erfahren, dass dieser Arp als Schulrat oder dergleichen in die Schulbehörde gekommen war. Ich ging also zu ihm und fragte, warum ich nicht rausgeschmissen worden war. Das war so ein ideologischer Tick von Solidarität. Er antwortete, ich sollte an meiner Stelle nicht so keck fragen. Eines Tages, Anfang Mai 1933, traf ich ihn in der Nähe der Wohnung meiner Frau auf der Straße mit einem Hakenkreuz am Revers. Ich fragte ihn, was denn mit ihm los wäre und vermute, dass ich ihn richtig anschnauzte. Er war jedenfalls sehr verlegen. Können Sie mir einen Vers darauf machen, wieso der Mann mich zu sich bestellte, sich einschloss und fragte, wie wir das Dritte Reich beenden könnten? Er spielte dann während des Dritten Reiches eine große Rolle.“¹

Zumindest zu diesem Zeitpunkt war der junge Nachwuchs-Erziehungswissenschaftler Wilhelm Arp offenbar politisch nicht festgelegt gewesen. Das änderte sich schnell. Am 1.5.1933 trat er in die NSDAP ein (Mitgliedsnummer: 3 008 785).

Die Voraussetzungen dafür waren gegeben, da Wilhelm Arp im erziehungswissenschaftlichen Seminar der Universität Hamburg durch Prof. Gustaf Deuchler, der sich 1933 zum fanatischen Nationalsozialisten entwickelte und in SA-Uniform an der Universität auftrat und lehrte, besonders gefördert worden war.

Wilhelm Arp wurde am 18.3.1903 in Horneburg bei Stade als Sohn des Lehrers Julius Arp und dessen Frau Elisabeth geboren. Nach dreijährigem Besuch der Volksschule Horneburg ging Wilhelm Arp in das Gymnasium Stade, das er Ostern 1921 mit dem Reifezeugnis verließ. Durch den 18-monatigen Besuch des Lehrerseminars in Stade erwarb er die Befähigung zur einstweiligen Einstellung in den Schuldienst. Er studierte zwei Semester an der Universität Köln. Danach wechselte Arp an die Universität Hamburg und befasste sich, wie er schrieb, „vornehmlich mit Erziehungswissenschaft, Geschichte, Psychologie, Soziologie und Philosophie“. In seinem 1929 angefertigten Lebenslauf nannte er die Hochschullehrer, deren Vorlesungen und Übungen er besucht hatte. Ideologisch noch nicht festgelegt, zählte er unter anderem die Professoren Cassirer, Rein, Stern, Salomon und Deuchler sowie Martha Muchow auf. „Die Herren Professoren Deuchler, Keutgen und Stern gaben meinem Studiengang schließlich die Richtung. Insbesondere regte Herr Professor Dr. Deuchler mich im Herbst 1924 zu einer Untersuchung über das Staatsbewusstsein an, die ich nach fünf Jahren abschließen konnte und zu Beginn des Wintersemesters 1929/30 der philosophischen Fakultät der Hamburgischen Universität als Dissertation vorzulegen gedenke.“²

Arp erwähnte auch seine schulpolitische Tätigkeit „als Vorstandsmitglied des Bezirkslehrervereins Stade sowie als Vertreter dieses Vereins für den Provinziallehrerverein Hannover im Interesse der preußischen Junglehrerbewegung“.³

Seit dem 16.5.1927 war Wilhelm Arp am Institut für Lehrerfortbildung (IfL) in Hamburg als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter angestellt, seit dem 8.4.1929 leitete er die Bücherei des IfL am Steinhauerdamm 10.⁴

Gustaf Deuchler, Inspirator und Förderer Arps setzte sich für dessen Übernahme an das Erziehungswissenschaftliche Seminar ein. „Herr Wilhelm Arp ist mir seit 1923 genau bekannt (vergleiche auch Lebenslauf); er hat eine sehr umfangreiche bildungspsychologische Untersuchung über das Staatsbewusstsein durchgeführt und wird zu Beginn des Wintersemesters promovieren. Er ist eine ausgezeichnete wissenschaftliche und pädagogische Kraft, die früher zum Abschluss gekommen wäre, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse sie nicht zum Nebenerwerb gezwungen hätten. Ich bitte, Herrn Arp sofort einzustellen und ihm die Tätigkeit als wis-

senschaftlicher Hilfsarbeiter im Institut für Lehrerfortbildung, in der er sich hervorragend bewährt hat, voll in Anrechnung zu bringen.“⁵

Nach Abschluss des Promotionsverfahrens wandte sich Gustaf Deuchler am 1.3.1930 erneut an die Hochschulbehörde: „In Ergänzung der am 24. Juni gegebenen Ausführungen über den wissenschaftlichen Hilfsarbeiter Wilhelm Arp teile ich mit, dass er am 1. März 1930 die Doktorprüfung mit dem Prädikat ‚Ausgezeichnet‘ bestanden hat; seine Arbeit erhielt ebenfalls das erste Prädikat (‚Vorzüglich‘).“⁶



Wilhelm Arp, 1941

Und in der Tat wurde Wilhelm Arp von Schulsenator Emil Krause am 17.7.1930 auf eine wissenschaftliche Mitarbeiterstelle befördert, allerdings am Institut für Lehrerfortbildung.⁷

Als im März 1932 eine Assistentenstelle am Seminar für Erziehungswissenschaften der Universität Hamburg frei wurde, schrieb Deuchler erneut. Aber erst in der NS-Zeit wurde Wilhelm Arp wissenschaftlicher Angestellter zur Unterstützung des neuen Oberschulrats für das Volksschulwesen, Willi Schulz, am 16.7.1933 dann zum wissenschaftlichen Rat in der Lehrerausbildung befördert, gleichzeitig im NSLB als Leiter der Abteilung Erziehung und Unterricht benannt. In dieser Funktion schrieb Arp zahlreiche Artikel in der „Hamburger Lehrerzeitung“, die später noch genauer betrachtet werden sollen.

Am 19.10.1936 wurde Wilhelm Arp an die neue Hochschule für Lehrerbildung überwiesen. Karl Witt, Präsident der Landesunterrichtsbehörde, unterschrieb am 4.1.1936 den Ernennungsvorschlag und beurteilte Wilhelm Arp: „Tüchtiger und fleißiger Arbeiter, wissenschaftlich gut veranlagt und ausgebildet. Guter Kenner der Volksschulpädagogik, energisch, vom starken Willen getrieben, etwas zu leisten, bisweilen etwas vorlaut.“⁸

Im Mai 1938 wurde der Antrag auf den Weg gebracht, Wilhelm Arp zum Professor zu ernennen. Die Hochschulbehörde vollzog dies am 19.4.1939, gleichzeitig mit den Kollegen Max Fehring, Heinrich Geffert, Karl Albrecht und Sophie Barrelet.

Wilhelm Arp zeigte sich produktiv und stellte unmittelbar nach Ernennung zum Professor den Antrag auf Neufestsetzung seiner Besoldung. Er verwies darauf, dass er kommissarisch mit einer Besoldung als wissenschaftlicher Rat zweieinhalb Jahre die Hochschule geleitet hatte mit aufwendigen Repräsentationspflichten. Seine weitere Begründung war zumindest originell:

„Als kinderreicher höherer Beamter darf ich nach den Ausführungen des Herrn Reichsstatthalters und Gauleiters auf der letzten großen Beamtenkundgebung in der Hanseatenhalle wohl auf eine bevorzugte Behandlung bei der Festsetzung mei-

ner Besoldung rechnen. Außerdem bin ich im Lehrkörper der Hochschule für Lehrerbildung der einzige Vater von vier Kindern, der als solcher dem Reichsbund für Kinderreiche angehören kann. Im Hinblick darauf ist auch der Einwand, dass ich für die von mir beantragte Besoldungsregelung zu jung sei, nicht stichhaltig; denn volksbiologisch ist nicht als jung anzusprechen, wer im Alter von 36 Jahren vier Kinder im Alter von 2–7 Jahren hat. Gerade der Umstand, dass dieser Fall für einen Beamten in meiner Stellung sehr selten eintritt, macht auch eine ausnahmsweise bevorzugte Feststellung meines Dienstalters erforderlich. Ich darf darauf hinweisen, dass ich mich gegenüber allen nicht kinderreichen Berufskameraden in gleicher Stellung hinsichtlich notwendiger Ausgaben für meine wissenschaftliche Arbeit und Mitbeteiligung am gesellschaftlichen Leben auch weiterhin, wie bisher, in einem großen Nachteil befinden würde, wenn er nicht durch die besondere Festsetzung meines Dienstalters annäherungsweise jetzt endlich einmal ausgeglichen würde. Auch aufgrund meiner sechsjährigen Tätigkeit als Politischer Leiter darf ich nach den Ausführungen des Herrn Reichsstatthalters und Gauleiters auf der letzten Beamtenkundgebung in der Hanseatenhalle wohl auf eine wohlwollende Neuregelung meiner Besoldung hoffen. Als Gauhauptstellenleiter der NSDAP ist mir in dem ihr angeschlossenen NSLB die Leitung der großen Abteilung für Erziehung und Unterricht anvertraut, die mich unaufhörlich mit großen Kreisen der Hamburger Lehrerschaft in Verbindung bringt. Ich brauche wohl kaum zu erwähnen, dass die für diesen ehrenamtlichen Dienst gewährte Aufwandsentschädigung niemals so hoch sein kann, dass mir die tatsächlich daraus erwachsenen Ausgaben auch nur annähernd daraus bestritten werden können.“⁹

Wie in dem Schreiben erwähnt, war Wilhelm Arp Vater von vier Kindern (von 1931 bis 1937 geboren), seit dem 28.9.1923 verheiratet mit Mariechen Arp.

Über die inhaltlichen Positionen, die Wilhelm Arp als Funktionär des NSLB vertrat, aber auch als Lehrerausbilder und Lehrerfortbildner, geben seine Veröffentlichungen Aufschluss. Seine Doktorarbeit widmete Arp seinem Doktorvater: „Im Geiste Gustaf Deuchlers, des Trägers einer neuen Erziehungswissenschaft und Lehrerbildung an der Hamburgischen Universität ist diese Untersuchung durchgeführt.“¹⁰

Arps Arbeit war eher eine philosophisch-soziologische Abhandlung. In seinem Resümee, „Rückblicke und Ausblicke“, deutete er an, wo er ideologisch einmal landen würde, wobei er immer noch aus der Situation am Ende der Weimarer Republik schrieb, als sein persönliches Verhältnis zum Staat getrübt war durch seine schwer zu sichernde materielle Existenz: „Der ideale Staatsbürger ist schließlich der tatfrohe Gestalter seines Staates, dessen Politik sich als bestmögliche herrschaftliche Lebensreform an der bestehenden staatlichen Lebensform des menschlichen Zusammenlebens betätigt. Dabei ist der pflichttreue Träger des bestehenden Staates dem

tatfrohen Gestalter des künftigen Staates keineswegs entgegengesetzt, sondern geradezu vorausgesetzt: Nur wer aus innerer Verbundenheit mit dem eigenen Staat dessen ideales Wesen in seiner empirischen Gestalt angelegt sieht, kann durch äußere Tat jenes in dieser zu entfalten suchen. Die Motive seiner Politik gewinnt der ideale Staatsbürger aus einem Werten, das staatliche Werte aller möglichen Modalitäten nicht nur als abstrakte Qualitäten in ihrem Anundfürsichsein erfaßt, sondern auch als positive und negative Qualitäten in ihrer Verwirklichung an Staatsaktionen und Staatsinstitutionen anschaulich sieht, ergreifend fühlt und durchdringend erlebt. So ist in ihm eine Werttotalität von staatlichen Macht-, Sicherheits-, Wohlfahrts-, Rechts-, Sittlichkeits-, Frömmigkeits-, Kultur- und Geschichtswerten lebendig, deren Wertkumulationen er durchschaut und deren Wertkonflikte er auflöst nach der apriorischen Rangordnung der Werte, ohne durch Intellektualismus und Subjektivismus geblendet und ohne in einer Interessenperspektive oder in einem Ressentiment befangen zu sein. Insbesondere übt er eine kraftvolle, freimütige, großzügige, treffende und fruchtbare Kritik an den negativwertigen Mißständen und an den minderwertigen Zuständen des bestehenden Staates.“¹¹

Wenig später, ab 1933, wurde Wilhelm Arp zu einem wichtigen Propagandisten der Nationalsozialisten im Hamburger Bildungswesen. Als im Sommer 1934 eine große Schulausstellung in Hamburg mit Schülerarbeiten unter tatkräftiger Mitwirkung des NSLB stattfand, verfasste Wilhelm Arp einen einführenden und begleitenden Artikel in der „Hamburger Lehrerzeitung“ unterm Hakenkreuz: „Vom Weltkrieg zur nationalen Revolution“. Arp schrieb: „Wenn irgendetwas, dann lehrt ein Rundgang durch die Ausstellung, wie fruchtbar die Schule die einfachen und wesentlichen Grundlagen der nationalsozialistischen Weltanschauung entfalten kann. Hier wird der Schule in der gegenwärtigen Meinungsbildung ihr eigentlicher Beruf anschaulich: Wie die Familie muß auch die Schule ihre Arbeit an der nationalsozialistischen Lebensführung, Gemeinschaftsbildung und Leibeserziehung mit der Hitler-Jugend, dem Arbeitsdienst, dem Wehrverband und der Parteiorganisation teilen. Will sie aber nicht wieder zu einer Lese-, Schreib- und Rechenschule auf der einen Seite oder zu einer Gelehrtenschule auf der anderen Seite zurückkehren, so findet sie ihren eigenen Sinn in der Vermittlung des nationalsozialistischen Weltbildes. Daß in diesem Sinne die Lehrer auch wieder zu Führern der Jugend werden können, indem sie im jungen Geschlecht immer wieder die Grundlagen einer politischen Weltanschauung entwickeln, die dieses junge Geschlecht dann immer weiter im Aufbau einer politischen Lebensgestaltung entfaltet – das mag der Öffentlichkeit diese Ausstellung beweisen.“ Und weiter: „Die deutsche Geschichte zeigt die rassistischen, völkischen, kulturellen und politischen Grundlagen, die Nachkriegszeit, die marxistischen, liberalistischen, jüdischen und außenpoliti-

schen Gegenkräfte, das Fronterlebnis des Weltkrieges und die nationalsozialistische Bewegung, die Triebkräfte des Dritten Reiches auf. Entsprechend der einen Aufgabe nationalsozialistischer Schulreform, neue Wertgehalte in den Unterricht einzuführen, ist die Ausstellung auch nicht nach Arbeitstechniken, sondern nach Stoffgebieten aufgegliedert: Weltkrieg (Einkreisungspolitik, Westfront, Ostfront, Nebenfronten, Seekrieg, Kriegsversorgung, Kriegszusammenbruch), Gewaltsfriede (entrissene Gebiete, wirtschaftliche Verluste, Grenzdeutschtum, Auslandsdeutschtum, Deutschlands Wirtschaft vor und nach dem Kriege, Abrüstung, Luftschutz, Außenpolitik nach dem Kriege), Drittes Reich (vom Parteienstaat zum Volksstaat, Hitler, Horst Wessel, Schlageter, Arbeitsbeschaffung, Winterhilfswerk, Erntedankfest, Reichsparteitag usw.). Auch wenn man bedenkt, daß vieles in den Aufsatzheften und Sammelmappen steckt, was ausstellungstechnisch nicht hervorgehoben werden konnte, bleibt festzustellen, daß die innerpolitischen Gegenkräfte der Nachkriegszeit in der Ausstellung verhältnismäßig wenig hervortreten. Das hat neben anderem seinen Hauptgrund darin, daß der Unterricht der Jugend eben nur zur Abwehr, aber nicht zu einer neuen Aufwühlung der volkszersetzenden Mächte der jüngsten Vergangenheit führen soll. Allerdings muß die Judenfrage künftig noch nachhaltiger behandelt werden, da ihre Lösung gegenwärtig der Pädagogik ebenso sehr aufgegeben ist wie der Politik.“¹³

Als einen wesentlichen Effekt für die mitarbeitenden Schüler selbst nannte Arp: „Diese Schülerarbeiten haben den Sinn, das gelesene und gehörte Wort lebendig in der Gefühlshaltung und Willensrichtung zu verankern und dadurch die Schule vor einem unfruchtbaren Intellektualismus zu bewahren. Und wenn die Schüler ihre sorgfältig geführten und reichhaltig illustrierten Hefte und Mappen aus der Schule mit ins Leben nehmen, werden sie daran später ein wertvolles Rüstzeug im Kampf gegen die Nörgler und Miesmacher haben.“¹⁴

Wilhelm Arp gab beispielhafte Kostproben von Schülerarbeiten und Ausstellungstexten, so etwa die Einleitung von Aufsätzen aus dem Geschichtsunterricht einer ersten Volksschulklasse: „Wir Kinder, die wir in der neuen Zeit leben, verfolgen alles, was in Deutschland geschieht, mit größtem Interesse. Wir erleben den Wiederaufbau Deutschlands mit wachsender Spannung. Durch alles, was bis jetzt geschehen ist, wurde in uns der Glaube und die Hoffnung an das Dritte Reich immer wieder entfacht. Erschüttert, ja entrüstet hörten wir vom Weltkrieg und seinen Folgen. Unsere Lehrer schildern uns die Vorgänge in ergreifender Weise. Blicken wir zum Führer Adolf Hitler auf, der sich allen Hindernissen, die sich ihm in den Weg legen, mutig entgegenstellt und das deutsche Volk vor dem roten Terror der Kommunisten bewahrt. Daß auch wir Kinder uns ganz und gar für die neue Zeit begeistern, mögen folgende Aufsätze zum Ausdruck bringen.“ Und im Abschnitt:

„Was will der Nationalsozialismus von der Jugend?“ wurde geschrieben: „Auch die Jugend hat durch den Nationalsozialismus allerlei Pflichten zu erfüllen. Vor allem sollen wir unsere Körper gut pflegen und tüchtig in der frischen Luft herumtoben, damit wir abgehärtet werden. Wenn der Körper frisch und gesund ist, dann kann man sich auch viel mehr selbst beherrschen. Wenn der Lehrer oder die Eltern an uns zu tadeln haben, sollen wir uns zusammennehmen und nicht gleich weinen. Das ganze Leben ist durch die Selbstbeherrschung viel leichter. Viele von uns sind auch in der Hitler-Jugend. Die Scharführerinnen erzählen uns so begeistert, was unser Führer von uns Kindern verlangt und wie wir selbst unserem Führer dienen und helfen können. Vor allen Dingen wird von uns strengster Gehorsam verlangt. Dann sollen wir die Willenskraft zur Opferwilligkeit beweisen.“¹⁶

Als NSLB-Propagandist begab sich der Erziehungswissenschaftler Wilhelm Arp mit staatsphilosophischen Ambitionen auf ein schlichtes Niveau. In einem Leitartikel in der HLZ desselben Jahres zum Thema Schulpropaganda zur Volksabstimmung schrieb er: „Politische Werbung und politische Schulung sind heute Mittel, das Volk an den Staat zu schmieden. Im totalen Staat des Dritten Reiches ist die demokratische Parteipropaganda durch die nationalsozialistische Staatspropaganda und eine schulblasse ‚Staatsbürgerkunde‘ durch eine völkische Nationalerziehung ersetzt. Dabei bearbeitet die politische Werbung die Gesamtheit des Volkes (,Mein Kampf‘, S. 653, Abs. 2) und wirkt in die Breite seiner Masse, während die politische Schulung die einzelnen Volksgenossen bearbeitet (,Mein Kampf‘, S. 652, Abs. 5) und in die Tiefe ihres Charakters wirkt. Die politische Werbung versucht das Volk über augenblickliche Maßnahmen des Staates (z. B. über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Neuordnung des Außenhandels, Austritt aus dem Völkerbund) aufzuklären, es also zum Mitkenner zu machen, oder das Volk zu bestimmten Handlungen für den Staat (z. B. zu Spenden für das Winterhilfswerk, Eintritt in die Arbeitsfront, Ja-Sagen bei der Volksabstimmung) zu veranlassen, es also als Mitarbeiter zu gewinnen. Dagegen bemüht sich die politische Schulung, die Volksgenossen der ureigenen deutschen Weltanschauung von rassischer Eigenart, heimatlichem Boden, völkischer Gemeinschaft, staatlicher Ordnung, kulturellem Wirken und geschichtlichem Schicksal zu erfüllen, in ihnen tiefe Gefühlshingabe an Volk und Führer sowie harte Willensbereitschaft zu Opfer und Einsatz überhaupt zu erzeugen. Werbung ist als staatliche Volksgestaltung selbst unmittelbar politische Tat, wogegen Schulung als völkische Menschenformung pädagogische Mühe ist. Diese unterbaut, was jene ausmünzt, und jene verbreitet, was diese vertieft. So hängen Politik und Pädagogik wesensmäßig zusammen.“¹⁷

Arp berichtete von den Schularbeiten zur Volksabstimmung vom 19.8.1934, zu der die Landesunterrichtsbehörde die Schulen aufgefordert hatte, exemplarisch

positive Schularbeiten auszustellen. Wilhelm Arp schrieb: „Da jede Schule mindestens ein Wahlplakat und aus jeder Klasse zwei Handzettel für Ausstellungszwecke abliefern musste, lässt sich hier ein Stück Hamburger Schularbeit so lückenlos wie nur möglich überblicken.“¹⁸

Der Gauhauptstellenleiter für Unterricht und Erziehung, Wilhelm Arp, veröffentlichte, was er gelungen fand. Der Handzettel eines ersten Schuljahres in Stäbchenschrift:

„mama + papa, alle: ja
oma + opa, alle: ja
alle so : ja“¹⁹

Und später, unter der Überschrift „Sprechchöre zur Volksabstimmung“:

„Es werden zunächst 16 Entwürfe von Lehrern angeführt, an denen sich eine Debatte über die Frage entfesseln mag, ob der einfache Spruch, das ‚Gedicht‘ oder die Wechselrede einem Sprechchor im Aufmarsch am angemessensten ist:

1. Wählt Hitler, dem die Jugend glaubt,
zu Deutschen Reiches Oberhaupt!
2. Wenn Hitler ruft, sind alle da,
das deutsche Volk stimmt nur mit ‚Ja‘!
3. Es hat des Schicksals Mittler
der Zwietracht Not gebannt;
drum stimmt für Adolf Hitler,
er rettet Volk und Land!
4. Niemals wird das Reich zerstört,
wenn ihr einig seid und treu.
Ein Volk, ein Führer, ein ‚Ja‘.
5. Hindenburg tot?
Nein, er lebt!
Hitler in seinem Geist Deutschland erhebt.
Drum stimmt alle, Hitler ist uns Führer
durch Nacht zum Licht.
Wir haben ihm viel zu danken!
Vergesst es nicht! – Stimmt alle mit ‚Ja‘.
9. Von der Ostsee zu den Alpen,
von der Weichsel bis zum Rhein
tönt's aus Millionen Herzen:
‚Hitler soll uns Führer sein!‘
Ein Reich – ein Führer – ein ‚Ja‘.
10. Den längst die ganze Welt schon kennt,
des Deutschen Reiches Präsident,
der uns geführt durch Kampf und Not,
der alte Hindenburg ist tot.“²⁰

Auch die im Laufe der NS-Zeit zunehmende Auseinandersetzung zwischen Hitler-Jugend und den Schulleitungen, das Misstrauen von HJ-Führern gegenüber der Lehrerschaft thematisierte Wilhelm Arp. Er griff die Neujahrsbotschaft des Reichsjugendführers, Baldur von Schirach, für das Jahr 1936 auf und erläuterte die Neugliederung der deutschen Jugendorganisationen: „Nach den Berichten der Tagespresse soll das Jungvolk (bzw. die Jungmädchenschaft) künftig alle Jugendlichen im Alter von 10–14 Jahren umfassen. Danach soll für die Jugendlichen im Alter von 14–18 Jahren die Hitler-Jugend (bzw. der Bund deutscher Mädel) als Ausleseorganisation für spätere Führerstellungen sowie als Nachwuchsorganisation für die Partei und daneben die Staatsjugend als Massenorganisationen eingerichtet werden. Die gesamte Reichsjugend aber soll unter der Führung der Hitler-Jugend stehen. An jedem 20. April soll die Auslese der 14-jährigen aus dem Jungvolk für die Hitler-Jugend und an jedem 9. November die Überführung der 18-jährigen aus der Hitlerjugend in die Partei erfolgen. Während man für die Massenorganisation des Jungvolks und der Staatsjugend Mitte Januar noch von einer Art von Jugenddienstpflicht sprach, will man Ende Februar an einem freiwilligen Eintritt, aber auch an einer verstärkten Werbung für das Jungvolk festhalten. Für die Ausbildung von HJ-Führern sollen Reichsakademien für Jugendführung, zunächst in München und Braunschweig, eingerichtet werden. Die entsprechende Aufgabe soll auch die Reichssportschule des BDM in Berchtesgaden übernehmen. In diese Reichsakademien sind nur HJ-Führer aufzunehmen, die sich mindestens vier Jahre als Führer einer HJ-Einheit bewährt haben. Künftig soll niemand mehr Führer in Staat und Partei werden, der nicht das Jungvolk, die Hitler-Jugend und die Reichsakademie durchlaufen hat.“²¹

Wilhelm Arp, Jahrgang 1903, positionierte sich deutlich:

„Vielmehr sei an dem Grundsatz ‚Jugend kann nur durch Jugend geführt werden‘ heute mehr denn je festzuhalten. Diese Verteidigung verstehen wir sehr wohl. Liegt ihr doch die berechtigte Sorge zugrunde, daß die Quellen nationalsozialistischer Weltanschauung, Lebensführung, Werkgestaltung und Tausrichtung, die besonders machtvoll und gänzlich neuartig der Jugend entströmen, unter der Führung von Erwachsenen leicht getrübt werden könnten. Wissen wir doch auch aus unserer Kenntnis der heutigen Jugend und ihrer Bewegung, daß sie mehr als etwa die romanische Jugend ihrer Wesensart gemäß der Selbstverantwortung in der Gemeinschaft zustreben muß.“²²

Über die Rolle der Lehrer schrieb Arp: „Jedenfalls kann der Lehrerschaft nicht an einem Einfluß auf die Jugend liegen, der auf ihre spätere Leistung im militärischen Dienst oder politischen Leben abzielt, sondern nur an einer Hilfe für die Jugend, ihr jetziges Leben jugendgemäß auszugestalten. Diesem Helfenwollen der Lehrerschaft steht die Hitler-Jugend mit einigem Mißtrauen gegenüber. Zunächst befürchtet sie,

daß die ‚Pauker‘ ihr auch den Jugendbund ‚verschulmeistern‘. Diesen Einwand nehmen wir nicht so tragisch, da die Lehrerschaft ebenso wenig wie die Hitler-Jugend nach einigen ungeeigneten Vertretern beurteilt werden kann. Schwerer wiegt schon der Einwand, daß die Lehrerschaft nicht von einem sachlichen Helfenwollen, sondern von einem standespolitischen Machtstreben geleitet sei. Demgegenüber können wir nur betonen, daß uns die Stellung der Schule im neuen Erziehungssystem des Dritten Reiches so gesichert erscheint, daß wir sie nicht durch einen Übergriff auf den Jugendbund zu verteidigen brauchen. Aus ihrem Erzieherberuf heraus hat die Lehrerschaft ein Verständnis für die Jugend, daß sie auch zum Einsatz für die Jugend treibt. Schon häufiger hat die Lehrerschaft, wenn jugendlicher Tatendrang aus vorzeitigem Erwachsenseinwollen heraus sich in Leistungsübersteigerung und Haltungsverflachung verirrt, behutsam zu echter Jugendlichkeit zurückgelenkt. So sind also Jugend und Lehrerschaft natürliche Bundesgenossen. Daher sollte man auch unbekümmert geeignete Lehrer als Sachberater (nicht als Amtsträger) für Leibesübungen, Musikpflege, Laienspiel und dergleichen mehr überall dort im Jugendbund heranziehen, wo Erfahrung gebraucht wird.“²³

Hiermit fand Wilhelm Arp sicherlich nicht die ungeteilte Zustimmung in der Lehrerschaft, insbesondere geriet er damit in Konflikt mit den Schulleitungen besonders der höheren Schulen, die Versuchen der Hitlerjugend, „in die Schule hinein zu regieren“ am schärfsten widersprachen. Für Wilhelm Arp gab es eine „Überschneidungslösung“: „Zu den HJ-Führern, die jetzt ohnehin auch in den Lehrerberuf hineinwachsen, könnten für die Übergangszeit auch geeignete junge Lehrer auf den Führerschulen der Hitler-Jugend für ihren Dienst im Jugendbund vorbereitet werden. Wenn auch die Lehrerschaft, insbesondere der höheren Schule, stellenweise überaltert ist, so werden sich doch stets genügend Lehrer finden, die sich schon aus ihrem pädagogischen Berufsethos heraus, zumal in unserer Zeit politischer Bewegung, die erforderliche Jugendlichkeit bewahrt haben. Denn so lautet die Neujahrsbotschaft des Reichsjugendführers: ‚Die nationalsozialistische Bewegung kennt kein Generationsproblem. Sie ist selbst in ihren an Jahren ältesten Kämpfern eine Bewegung der Jugend. Ein echter Nationalsozialist bleibt immer jung. Wer hinter der Fahne Adolf Hitlers marschiert, ... gehört zur ewigen Jugend unseres deutschen Volkes.“²⁴

Auch in einer anderen Frage zeigte sich Wilhelm Arp durchaus Streitbar oder, wie es in dem Urteil über ihn von Karl Witt hieß, „vorlaut“. So äußerte sich Arp zum Thema: „Frauen in der Schulverwaltung“ in der HLZ: „Immer wieder hört man von unseren Berufskameradinnen, der Grundsatz: ‚Unabhängig von der Geschlechtszugehörigkeit, allein nach persönlicher Eignung und Leistung sowie nach politischer Zuverlässigkeit würden auch die Schulleiterstellen neu besetzt‘ (aus Hamburg im

Dritten Reich, Heft 1, Die Neugestaltung der Schule, Seite 73) sei bis heute in Hamburg leider nur auf dem Papier stehengeblieben.“²⁵

Arp hielt dagegen, aus heutiger Sicht provokativ, damals wohl nur wiedergebend, was in der Männerwelt des NSLB Gemeingut war: „Nun, zunächst sind in den Schulleitungen aller Schulgattungen Hamburgs Frauen tätig. Aber nur wenige! Gewiß, ihrer sachlichen Leistung und politischen Haltung nach hätten sich mehr Schulleiterinnen herausstellen lassen. Aber wieviele Frauen besitzen denn die persönliche Eignung (und Neigung!), in unserem soldatischen Zeitalter als dienstliche Vorgesetzte gegenüber Männern aufzutreten, da doch an den meisten Stellen sowohl der Knaben- als auch der Mädchenbildung Männer und Frauen in den Lehrkörpern zusammenarbeiten müssen?“²⁶ Um dann zu dem Schluss zu kommen: „Als stellvertretende Schulleiterin an reinen Mädchenschulen könnten Frauen allerdings diesem Vorgesetztenverhältnis zu Männern entgegen und doch als Beraterinnen der Schulleiter die Besonderheiten der Mädchenbildung maßgebend vertreten. Daher verspricht dieser Weg künftig auch noch breiter ausgebaut zu werden. Im allgemeinen aber will und soll sich der das erzieherische Ethos (leider meist ohne mütterliche Färbung) begründende frauliche Instinkt in seiner unentbehrlichen Echtheit mehr in der unmittelbar bildnerischen und erzieherischen Tätigkeit als in den mittelbar leitenden und verwaltenden pädagogischen Funktionen einsetzen.“²⁷

Das Frauenbild der Nationalsozialisten und Wilhelm Arps schwächte es nicht ab durch den Hinweis, dass gerade eine, heute würde man sagen „Quotenfrau“ in die Schulverwaltung berufen worden war, für die Arp auch noch alle spezifischen Aufgabengebiete beschrieb: „Daß übrigens die Landesunterrichtsbehörde durchaus guten Willens ist, hat sie gezeigt, als sie im Dezember 1935 unsere Gausachbearbeiterin für weibliche Erziehung im NSLB, die Dozentin am Erziehungswissenschaftlichen Seminar der Hansischen Universität, Pg. Dr. Sophie Barrelet, als behördliche Hilfsarbeiterin berief. Seitdem berät in Hamburg wieder eine Frau alle Entscheidungs- und Aufsichtsinstanzen über die allgemeinen weiblichen Erziehungsangelegenheiten aller Schulgattungen, wie Nadelarbeit, Hauswirtschaft, pflegerische Fächer und weibliche Leibesübungen sowie über besondere weibliche Schulsysteme, wie Staatliches Fröbelseminar, Staatliche Schule für Frauenberufe, Allgemeine Berufsschulen für die weibliche Jugend, entsprechende Abteilungen der Berufsschulen im Landgebiet und dreijährige Frauenschulen.“²⁸

Für die HLZ in diesen Jahren ziemlich unüblich, weil die Diskussion, der Meinungsstreit in Führungszeiten nicht gewünscht war, erschien später im Jahr eine kommentierte Gegenposition von Irma Stoß. Die HLZ-Redaktion, wohl Schriftleiter Max Fehring, im Hauptberuf Kollege von Wilhelm Arp in der Lehrerbildung, bemerkte einleitend, „von Berufskameraden beiderlei Geschlechts manche anerken-

nende Stimme gehört, daneben allerdings auch Stimmen aus der früheren Frauenbewegung“ erhalten zu haben.²⁹ Irma Stoß hielt Wilhelm Arp entgegen: „Es gibt eine beträchtliche Zahl von Lehrerinnen, die besondere Fähigkeit zu leitender, verwaltender, organisatorischer Tätigkeit besitzt und gewillt ist, sie lebendig werden zu lassen. Das haben die Jahre vor 1933 gezeigt, das bewiesen uns auch die Direktorinnen an den privaten Mädchenschulen Hamburgs, wie die Direktorinnen an den öffentlichen Schulen Preußens und anderer deutscher Länder, die dort nach wie vor in anerkannter und hoch geschätzter Stellung tätig sind. Weshalb sollten die Hamburger Frauen nicht können, was ihre Kolleginnen im Reich überall tun? Würde man heute in Hamburg nur ernstlich suchen, man würde unter den Lehrerinnen mehr zur Leitung geeignete Frauen finden als man jetzt anzunehmen scheint!“³⁰

Irma Stoß entkräftete gleich das einwendende Gegenargument: „Aber – so würde wohl die Entgegnung lauten – wir leben heute in einem soldatischen Zeitalter, und Schulleiterinnen sind heute anders als vor 1933 Vorgesetzte der männlichen Kolleginnen ihrer Schule. Ganz abgesehen davon, daß es in Preußen und den meisten deutschen Ländern nie etwas anderes als das Vorgesetztenverhältnis gegeben hat, so daß dort Frauen Vorgesetzte von Männern gewesen und bis heute geblieben sind, will mir scheinen, als wäre das Wohlbefinden männlicher Lehrkräfte an der Mädchenschule keine entscheidende Frage. Denn – es braucht ja kaum ausgesprochen zu werden – die Mädchen einer Mädchenschule sind nicht um der Lehrer willen da, sondern alle Lehrkräfte der Mädchenschule sind um der Schülerinnen willen da, stehen im Dienst der Mädchenerziehung und haben sich daher der Forderung einer werterfüllten Mädchenerziehung zu beugen.“³¹

Und die Vertreterin „der früheren Frauenbewegung“ drehte ein wesentliches Argument der „jungen Erzieher“ einfach um: „Und weshalb ist uns Mädchenerziehung in ihrem eigentlichen höchsten Sinn nur denkbar unter der Führung von Frauen? Es steht völlig außer aller Diskussion, daß Knabenschulen nur von Männern geleitet werden können. Denn diese Leiter einer Knabenschule sollen das gesamte Leben ihrer Schule bestimmend formen, soll in ihr den eigenen pädagogischen Willen Gestalt werden lassen. Sie sollen ihren Schülern Vorbild eines reifen, starken Mannestums sein. Und genau entsprechend liegt es in der Mädchenerziehung. Nicht um ihrer selbst willen, sondern aus Verantwortung gegenüber ihrem eigenen Geschlecht haben Frauen die Leitung von Mädchenschulen übernommen. Denn nur Frauen können der Mädchenschule den ihr eigenen Stil geben, können in ihr ein weibliches Erziehungsideal gestalten und können durch ihr Vorbild eines echten Frauentums ihre Schülerinnen zum Nachleben aufrufen. Darum genügt es in keiner Weise, wenn etwa eine stellvertretende Schulleiterin den männlichen Leiter einer Mädchenschule ‚berät‘, denn damit entgeht ihr die eigentliche Erfüllung leitender

Tätigkeit, die Formung eines bestimmten pädagogischen Willens. Die Frau muss vielmehr in uneingeschränkter Verantwortung, ausgestattet mit aller Vollmacht einer Schulleitung, an der Spitze ihrer Schule stehen dürfen. Nur dann wird es möglich sein, daß sie auf dem ihr wesensgemäßen Betätigungsfeld ihren Eigenwert voll und ganz zur Ausprägung bringt.“³²

Wilhelm Arp war, wie berichtet, im Jahre 1937 kommissarischer Leiter der Hochschule für Lehrerbildung in Hamburg. Seine Rede „zur feierlichen Immatrikulation des Sommersemesters 1937“ am 12.5.1937 wurde wieder abgedruckt in der HLZ. Zitiert werden soll von dieser sehr formal und theoretisch angelegten Ansprache, was Arp als Hauptaufgabe des Lehrers anführte: „Die Hauptakte seiner Berufsarbeit sind folgende: Zunächst hat er insbesondere der heranwachsenden Jugend die Richtung zu weisen auf das nationalsozialistische Bildungsideal vom heroischen, kämpferischen, politischen deutschen Menschen, dessen höchster Personenwert die Ehre ist; sodann hat er vor allem dem nachfolgenden Geschlecht die Inhalte zu vermitteln, die in der nationalsozialistischen Weltanschauung, in der deutschen Volkskultur und Wertleistung enthalten sind; drittens soll er Gemeinschaft gestalten, und zwar die schulische Arbeits- und Lebensgemeinschaft als Vorbereitungsstufe für die völkische Wirkungs- und Schicksalsgemeinschaft; schließlich soll er Charakteren helfen, sich artgerecht und wesensgemäß zu entfalten!“ Und weiter: „Der gemeinschaftsgestaltende Jugendführer, der mit dem Eintritt zahlreicher HJ-Führer in der Lehrerschaft immer häufiger wird, wird eine Gefolgschaft stiften, die zu jeder Unterrichtsarbeit einsatzbereit und jeder Erziehungseinwirkung hingegeben ist. Der fürsorgende Jugendhelfer wird sich heute mehr der Pflege gesunder und starker Jugend als der Heilung kranker und schwacher Kinder zuwenden, wenngleich wir vorläufig noch immer Heilpädagogien brauchen.“³³

Und zur Rolle der Frau im Lehrerberuf blieb Wilhelm Arp auf der bekannten Schiene: „Schließlich gebrauchen wir aber auch immer wieder in der Erzieherhaltung jene Fraulichkeit und Mütterlichkeit, die, geleitet von der Liebe zum Kinde und von dem Instinkt der Pflege, so besonders geeignet sind, Charaktere in ihrer ersten Entwicklung zu umhüten und Gemeinschaft im kleinen Kreise zu gestalten. Der Erzieherberuf ist der fraulichen Art durchaus gemäß und daher auch fraulicher Betätigung weithin zu öffnen. Im Berufsfeld der Erziehung wird die Frau auch an anderen Stellen als beim Kleinkind und bei Mädchen eingesetzt werden müssen, je mehr die jungen Männer für die unmittelbaren Tatberufe beansprucht werden.“³⁴

Wilhelm Arp war ideologisch für den NSLB und die Lehrerbildung in Hamburg sicherlich ein richtungsweisender Vertreter. Darum soll er noch mit einem anderen Werk zitiert werden. 1939 veröffentlichte er in der Reihe „Bayreuther Bücher für Erziehung und Unterricht“, herausgegeben von der Reichsleitung des NSLB, das

Buch: „Das Bildungsideal der Ehre“. Auf knapp 130 Seiten setzte sich Wilhelm Arp mit allen Aspekten der Ehre auseinander, dem altgermanischen Ideal. Ausgangspunkt war das Wort Adolf Hitlers, wenn er, an die Jugend gewandt von der „neuen Wertegestalt des deutschen Menschen“ sprach. Arp zitierte Hitler: „Wir wollen, daß dieses Volk treu ist, und ihr müßt diese Treue lernen! Wir wollen, daß dieses Volk einst gehorsam ist, und ihr müßt euch in Gehorsam üben! Wir wollen, daß das Volk friedliebend, aber auch tapfer ist, und ihr müßt deshalb friedfertig sein und mutig zugleich! Wir wollen, daß dieses Volk einst nicht verweichlicht wird, sondern daß es hart sei, daß es den Unbilden des menschlichen Lebens Widerstand zu leisten vermag, und ihr müßt euch in der Jugend dafür stählen! Ihr müßt lernen, hart zu sein, Entbehrungen auf euch zu nehmen, ohne jemals zusammenzubrechen! Wir wollen, daß dieses Volk dereinst wieder ehrliebend wird, und ihr müßt euch schon in den jüngsten Jahren zu diesem Begriff der Ehre bekennen! Wir wollen aber, daß ihr einst auch wieder ein stolzes Volk werdet, und ihr müßt in eurer Jugend in einem wahrhaften Stolz leben, müßt stolz sein als Junggenossen eines stolzen Volkes, auf daß dereinst euer Jugendstolz zum Stolz der Nation wird.“³⁵

Und, etwas schlichter, zitierte Wilhelm Arp Hermann Göring, der bei einem Staatsbesuch in Hamburg gefordert hatte: „Schafft Charaktere, schafft anständige Kerle!“³⁶

Laut Arp ging es darum, zu klären, worin die höchsten Werte bestehen: „Dieser Höchstwert in unserem Menschenideal ist offenbar die Ehre. Denn die Auslese der Bewegung, die SS, und ihre Hoffnung, die HJ, sie tragen beide auf ihren Ehrenwaffen Ehrensprüche: Auf dem Dienstdolch der SS steht ‚Meine Ehre heißt Treue‘ und auf dem Fahrtenmesser der HJ ‚Blut und Ehre‘. Der Führer hat das Volk zur Entscheidung über ‚Ehre und Frieden‘ gerufen. Und wer noch zweifelt, welcher Wert in diesen Verbindungen als höher gilt, den mag ein Ausspruch Alfred Rosenbergs überzeugen: ‚Wiederum ringt die deutsche Nation um neue Werte, und da findet sie, daß sie zurückkehren muß zu den ältesten Werten, und sie sieht das Wesen der ganzen nationalsozialistischen Revolution in einer Idee beschlossen: der nationalen Ehre!‘ Demgemäß lauten die Schwertworte der Jungvolkungen: ‚Jungvolkungen sind hart, schweigsam, treu; Jungvolkungen sind Kameraden; der Jungvolkungen Größtes ist die Ehre.‘ Übereinstimmend besagt das zweite von den zehn Gesetzen der deutschen Studenten: ‚Oberstes Gesetz und höchste Würde ist dem deutschen Mann die Ehre. Verletzte Ehre kann nur mit Blut gesühnt werden. Deine Ehre ist die Treue zu deinem Volk und zu dir selbst.‘“³⁷

Bezogen auf Wilhelm Arps persönliches Schicksal war es schon von tragischer Bedeutung, wenn seine Abhandlung mit dem Abschnitt endete: „Opfer und Ehre“. Arps letzter Satz: „Wer aber überhaupt einmal zur völkischen Opfargesinnung und

zur politischen Dienstbereitschaft erzogen ist, der wird im Gedenken an die Opfer des Weltkrieges im Ernstfall auch der Nation das letzte Opfer bringen.“³⁸

Wilhelm Arp hatte, getreu seiner Ideologie, seit 1935 jedes Jahr freiwillige Reichswehübungen absolviert. 1937 beantragte er die „Zurückstellung aus dienstlichen Interessen“. Am 27.11.1939 wurde er, nur einige Monate nachdem er die Professur erlangt hatte, einberufen, Schütze Arp, Feldpostnummer 150 923.³⁹

Am 4.10.1941 schrieb Arps Kompanieführer, Oberleutnant Kaff an Mariechen Arp: „Sehr geehrte Frau Arp! Ich habe die traurige Pflicht, Ihnen mitteilen zu müssen, dass Ihr Mann, der Unteroffizier Wilhelm Arp, bei einem Ortsgefecht in Malaja Belosjorka, ca. 20 km nordwestlich Melitopol, Südrussland, am 28.9.1941 gegen 10 Uhr in soldatischer Pflichterfüllung, getreu seinem Fahneneide, für das Vaterland gefallen ist.“⁴⁰

Am 18.11.1941 fand an der Hansischen Hochschule für Lehrerbildung eine Wilhelm-Arp-Gedächtnisfeier statt, auf der Landesschulrat Willi Schulz, gleichzeitig Gauwalter des NSLB in Hamburg die Trauerrede hielt. Das Mitteilungsblatt des NSLB aus dem Dezember 1941 veröffentlichte auf seiner Vorderseite ein Foto von Wilhelm Arp und eine Würdigung von Willi Schulz: „Parteigenosse Wilhelm Arp war einer der hervorragendsten Mitarbeiter des NS-Lehrerbundes. Seit Jahren hat er seine unverwüsthliche Arbeitskraft und sein großes Können mit seltenem Idealismus in den Dienst der deutschen Schule und des Lehrerstandes eingesetzt. Seine organisatorischen Fähigkeiten gaben ihm die Möglichkeit, seine Abteilung mustergültig aufzubauen. Seine tiefe wissenschaftliche Bildung, sein zäher Wille und seine klare und entschiedene weltanschauliche Haltung machten ihn zu einem wahren Führer seiner Mitarbeiter. Sein tapferer Mut und sein leidenschaftliches Kämpfertum ließen ihn zu einem nie verzagenden Streiter für die deutsche Schule und ihrer Lehrer werden. Sein heiteres, frohes Wesen und die Treue seines Herzens machten ihn allen, die ihm näher traten, zu einem guten Kameraden und Freund. Das von ihm verkündete Bildungsideal der Ehre hat er in seinem Leben und seinem Opfertod zur letzten Vollendung geführt. So wird er als leuchtendes Vorbild für uns alle in unserer Erinnerung weiterleben. Sein Werk werden wir in seinem Geiste weiterführen. Wir werden in unauslöschlicher Dankbarkeit sein Andenken in hohen Ehren halten.“⁴¹

In seiner Trauerrede erinnerte Willi Schulz an das Vorwort zur 2. Auflage von Wilhelm Arps Buch „Das Bildungsideal der Ehre“. Da hatte Arp, als Soldat in Frankreich 1941, ein kurzes Vorwort geschrieben: „Dieses Buch ist im Kriege 1939 erschienen. So konnte es kaum einen öffentlichen Widerhall finden. Denn viele berufene Beurteiler standen gleich dem Verfasser als Soldaten im Felde. Immerhin gingen dem Verfasser einige maßgebliche Stellungnahmen und so viele freudige

Zustimmungen zu, daß er eine zweite, nur wenig veränderte Auflage ruhig verantworten zu können glaubt. Daß dieses Buch aber überhaupt schon im Kriege vergriffen sein konnte, beweist, daß der deutsche Mensch wirklich zu jenem politischen Menschen geworden ist, der in voller Klarheit über sein Wesen und seine Aufgabe sein Leben für sein Volk einsetzt. So ist es Allgemeingut des deutschen Volkes geworden: Das Bildungsideal der Ehre ist das Gesetz, nachdem wir angetreten und marschiert sind, nach dem wir kämpfen und arbeiten müssen. Der Krieg hat nicht viel mehr geändert, als dieses Ideal beschleunigt in die Wirklichkeit umzusetzen. So ist dieses Buch selbst zu einer geschichtlichen Erscheinung geworden: Es sammelt die mannigfaltigen Bestrebungen nationalsozialistischer Selbstbestimmung und Selbstgestaltung in dem Brennpunkt, von dem die volkspädagogische Aufrüstung ausstrahlt zum kriegerischen Tateinsatz. Die neuen Ausstrahlungen unseres Menschenideals sind fast unübersehbar. Umso wichtiger ist es, dieses in seinem Entfaltungsstand bei Kriegsbeginn auch weiterhin aufzuzeigen, da alle ferneren Darstellungsversuche und Erziehungstendenzen hierauf zurückführen müssen.⁴²

Mit großer Empathie für den ihm eng verbundenen Wilhelm Arp sagte Willi Schulz: „Seit den letzten Septembertagen dieses Jahres, den Tagen, an denen aus der Heimat unsere Gedanken und die kleinen Gaben der Kameradschaft und der Liebe zu ihm hinausgingen, ruht Dr. Wilhelm Arp in ferner Erde, wie schon manche Kameraden des Nationalsozialistischen Lehrerbundes und Studierende dieser Hochschule vor ihm, dort wo er, seiner Gruppe vorausstürmend, gefallen ist für Führer, Volk und Reich. So, wie er in seinem tiefsten Wesen war: voll innerer Kraft, voll schnellen und festen Entschlusses, voll harten Willens zur Entscheidung und zur Tat, die vorwärts führt. Nicht mit heroischem Pathos, sondern gleich den Helden der germanischen Zeit, die er in seiner wissenschaftlichen Arbeit der letzten Jahre immer wieder suchte, wohl weil er in ihrer seelischen Haltung etwas ihm inhaltlich Verwandtes spürte, schritt er dem Schicksal entgegen, klaren Blickes, doch furchtlos und vertrauend, es in seinen Willen aufnehmend.“⁴³

Willi Schulz versuchte im Weiteren ein Bild von Wilhelm Arp zu zeichnen und schilderte dessen Wirkungsbereiche. Schulz zitierte, wie die Hochschulkollegen der Hansischen Hochschule für Lehrerbildung Arp charakterisiert hatten:

„Von altem niedersächsischen Geschlecht herstammend,
war sein Wesen aus niedersächsischem Stoff aufgebaut:
zäh bis zur Verbissenheit und Starrköpfigkeit
im Festhalten des Zieles,
tapfer bis zum Tode in der kämpferischen
Niederzwingung von Feind und Widerstand,
treu dem Gesetz seines Herzens und dem Gesetz

seines Dienstes,
besinnlich und nüchtern in der Beurteilung
von Mensch und Sache.“⁴⁴

Schulz erwähnte auch kurz den wohl auch anwesenden Gustaf Deuchler. Schulz und Arp waren parallel und gemeinsam als wissenschaftliche Hilfsarbeiter bei Ordinarius Deuchler tätig gewesen. „In der strengen Schule Deuchlers gewann er den Zugang zu der Fülle der Bildungswirklichkeit und ihrer Probleme, und erwarb in zäher Arbeit an sich selbst die methodische und begriffliche Präzision, die sich gerade bei ihm mit einer sicheren und lebendigen Bewegung des Geistes im Wesenhaften verband.“⁴⁵

Willi Schulz, selbst aus Niedersachsen stammend und lange als Landschullehrer tätig, zeigte seine Empathie für Wilhelm Arp mit den Worten: „Die herbe Landschaft der niederelbischen Marsch mit ihrem schweren Boden, der Weite des Raumes und dem Grau der seenahen Atmosphäre gab seiner empfänglichen Jugend den Horizont. Das väterliche Lehrerhaus pflanzte ihm die strengen Regeln eines ganz auf Pflicht und Leistung abgestellten Lebens ein, weckte in ihm Liebe zu Heimat und Vaterland und lenkte sein Streben schon früh auf die Bahn des Lehrers und Erziehers. Selbst in weiterer Linie bäuerlichen Ursprungs, aufwachsend und in unmittelbarer Berührung mit niederdeutschem Bauerntum, blieb er diesem Zeit seines Lebens verhaftet. Er dachte niederdeutsch, auch wenn er hochdeutsch sprach und schrieb. Er liebte, wie der Bauer seiner Heimat, nach anstrengendem Dienst ein gemütliches, von behaglichem Witz durchsetztes Gespräch im kleinen Kreise. Er fand rasch den alten Gleichmut, wenn er einer zernerregenden Ursache die plattdeutsche Bezeichnung gegeben hatte. Verhalten, dabei weit- und tief ausholend, war der Schritt seines Denkens. Übersorgfältig steckte er das Feld ab, das er wissenschaftlich zu bearbeiten dachte. Wie ein Bauer seinen Acker abgrenzt und einzäunt, so schützte er seinen Gegenstand durch präzise Begriffsbestimmung vor dem Übergriff. Dann teilte er ein, sonderte und gliederte Tatsachen und Inhalte so lange, bis er die volle Übersicht hatte.“⁴⁶

Schulz fuhr fort: „Immer deutlicher erkannte er, daß der neuen Lebensordnung des Nationalsozialismus als richtunggebende Kraft ein lebendiges Wertbild von bestimmter völkischer Seinsart zugrunde lag, und es trieb ihn nun, die Linien dieser Wesensgestalt aufzuspüren.“⁴⁷

Schulz spannte dann den Bogen zu dem letzten Buch Wilhelm Arps, das nach seinem Tod 1943 veröffentlicht wurde: „In den kurzen Pausen, die der fast zweijährige Dienst in der Feldtruppe ihm gönnte, griff er stets neu zur Feder, und wie von einer Todesahnung erfaßt, riß sein unbändiger Lebenswille alle geistigen Kräfte

zur Vollendung einer wissenschaftlichen Tat zusammen, die seinem forschenden Streben bleibenden Bestand verleihen sollte. In diesem Wettlauf mit dem Tode holte ihn der Tod erst ein, als sein ruheloser Geist das Ziel sicher zu fassen hatte. Wer sich in das fertige Manuskript vertieft, kann sich des erschütternden Eindrucks nicht erwehren, daß hier ein Mann am Werke war, der mit der unbewußten Schicksalsgewißheit in der jungen Brust das Fazit seines Lebens an Innerlichkeit, ausgereifter Anschauung, politischem Schaffen und gelebtem Deutschtum zusammenballte. Es ist ganz und gar das Werk eines Soldaten, der getreu seinem Eid marschiert, der den Feind mutig aufsucht und dann mit geübter Waffe zerschlägt, der weiß, was er dem Kameraden verdankt und das eigene Verdienst bescheiden zurückstellt vor der Leistung des anderen, der im entscheidenden Augenblick entschlossen voranstürmt, schließlich, das starke Bild des geliebten Führers im Herzen, sein Blut verströmt und noch im Sterben die Fahne weitergibt.“⁴⁸

Die Witwe Wilhelm Arps, Mariechen Arp, 1907 geboren, bei der Trauerfeier also erst 34 Jahre alt, mit vier kleinen Kindern (vier, sieben, acht und zehn Jahre alt) schrieb Vorwörter für die 2. Aufl. und das posthum veröffentlichte neue Buch Arps. Darin würdigte sie die Arbeit ihres Mannes auf ihre Weise, auch eine Form der Identifikation mit seiner Arbeit: „Als mein Mann zu Beginn des Jahres 1941 aus Frankreich die obigen Zeilen als Vorwort zur 2. Aufl. sandte, hat er neu am Schlusse des Werkes hinzugefügt einen ‚Ausblick auf die europäische Aufgabe des deutschen Menschen‘, wie er sich ihm als Unteroffizier der Infanterie beim Marsch durch Dänemark und durch die Niederlande nach Frankreich hinein bot, nachdem er auf Grund früherer Freiwilligenübungen seit November 1939 zur Truppe einberufen war.

Als diese europäische Aufgabe den deutschen Menschen, schneller als gedacht, im Osten zum Kampf gegen den Bolschewismus stellte, dann nahm er seit dem 22. Juni teil an den harten, ununterbrochenen Kämpfen der Südfront, deren ‚bittere Notwendigkeit‘ mancher Brief ausführlich dartat. Ausgezeichnet mit dem Eisernen Kreuz und dem Infanterie-Sturmabzeichen, fiel er ‚seiner Gruppe voranstürmend‘ am 28. September 1941 bei Melitopol, nördlich des Asowschen Meeres. Wenn er im Alter von 38 Jahren so seiner wissenschaftlichen und erzieherischen Lebensarbeit zu früh entrissen wurde, war es ihm doch noch möglich, auf der Grundlage seiner idealforschenden Arbeit über die Ehre einen weiteren Beitrag zur Philosophie der deutschen Bildung zu leisten. Diese Schrift ‚Deutsche Bildung im Kampf um Begriff und Gestalt unseres arteigenen Menschentums‘ wurde zum größten Teil erst während des Krieges vollendet. Wenn diese letzte Arbeit zu gegebener Zeit erscheint, so möge sie wie jetzt die 2. Auflage zum ‚Bildungsideal der Ehre‘ in dessen Ergänzung mitwirken, daß der Verfasser über den Tod hinaus noch teilnehme an

dem auch mit geistigen Waffen geführten Kampf um den deutschen Sieg. Hamburg, Januar 1942. M. Arp.⁴⁹

Und im Juni 1942 schrieb Mariechen Arp das Vorwort für das im Krieg verfasste Buch ihres Mannes: „Deutsche Bildung“:

„Auch die vorliegende Arbeit über ‚Die deutsche Bildung‘ nahm mein Mann in diesem letzten Urlaub noch einmal zur Hand. Obgleich er das starke Verlangen hatte, den grundsätzlichen Teil weiter auszuführen, gab er mir doch den Auftrag, das Werk unverändert in der vorliegenden gedrängten Fassung herauszugeben, wenn er nicht zurückkehren sollte. Die Überzeugung von der Richtigkeit und Notwendigkeit seiner aufgestellten Forderungen in der ‚Deutschen Bildung‘, um deren Begriff und Gestalt er mit aller Kraft gerungen hatte, wurde dem Verfasser bestätigt in der unerbittlichen Prüfung vorm harten Antlitz des Krieges.“⁵⁰

Mariechen Arp zog mit ihren vier Kindern nach dem Tod ihres Mannes zurück nach Horneburg. Dort heiratete sie zehn Jahre später wieder, 1952, den Fuhrunternehmer Franz Rieger.⁵¹

Anmerkungen

- 1 Gespräch mit Hermann Lange am 16.9.1986. Das Gespräch wurde geführt zusammen mit Reiner Lehberger und ist abgedruckt am Ende der Biografien in diesem Buch.
- 2 Lebenslauf in Personalakte Wilhelm Arp, StA HH, HW DPA_IV 1227
- 3 Ebd.
- 4 Ebd.
- 5 Schreiben Gustaf Deuchlers an die Hochschulbehörde vom 29.7.1929, ebd. Siehe dazu auch die Biografie Deuchler in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile, Hamburg 2016, S. 142 ff.
- 6 Ebd.
- 7 Schreiben von Emil Krause vom 17.7.1930, ebd.
- 8 Ebd.
- 9 Schreiben vom 10.5.1939, StA HH, 113-5_BV 119
- 10 Wilhelm Arp: Das Staatsbewußtsein. Ein Beitrag zur Bildungspsychologie, Hamburg 1930.
- 11 Ebd., S. 179f.
- 12 Wilhelm Arp: Vom Weltkrieg zur Nationalen Revolution, HLZ 24/1934, S. 377.
- 13 Ebd.
- 14 HLZ 24/1934, S. 378.
- 15 HLZ 24/1934, S. 379f.
- 16 HLZ 24/1934, S. 380.
- 17 Wilhelm Arp: Schulpropaganda zur Volksabstimmung, HLZ 40/1934, S. 573.
- 18 HLZ 40/1934, S. 574.
- 19 Ebd.
- 20 HLZ 40/1934, S. 575.
- 21 HLZ 10/1936, S. 113.
- 22 Ebd.
- 23 HLZ 10/1936, S. 113f.

- 24 HLZ 10/1936, S. 114.
- 25 HLZ 10/1936, S. 117.
- 26 Ebd.
- 27 Ebd.
- 28 Ebd. Siehe die Biografie Sophie Barrelet in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile, Hamburg 2016, S. 352 ff.
- 29 HLZ 32/33-1936, S. 308.
- 30 Ebd.
- 31 Ebd.
- 32 Ebd.
- 33 Wilhelm Arp: Erziehung als Beruf, HLZ 22/1937, S. 230.
- 34 HLZ 22/1937, S. 231.
- 35 Wilhelm Arp: Das Bildungsideal der Ehre, Bayreuth 1939, S. 10.
- 36 Arp 1939, S. 11.
- 37 Arp 1939, S. 11 f.
- 38 Arp 1939, S. 104.
- 39 Personalakte Arp, a. a. O.
- 40 Ebd.
- 41 Mitteilungsblatt des NSLB. Gauverwaltung Hamburg, Nr. 12, Dezember 1941, S. 69.
- 42 Wilhelm Arp: Das Bildungsideal der Ehre, 2. Auflage, München 1942, S. 7.
- 43 Willi Arp zum Gedächtnis, in Mitteilungsblatt des NSLB, a. a. O., S. 70.
- 44 Die Rede von Willi Schulz ist auch abgedruckt in: Wilhelm Arp: Deutsche Bildung – im Kampf um Begriff und Gestalt unseres arbeitsfähigen Menschentums, 1942, S. 122 ff.
- 45 Wilhelm Arp zum Gedächtnis, a. a. O., S. 127.
- 46 Wilhelm Arp zum Gedächtnis, a. a. O., S. 126.
- 47 Wilhelm Arp zum Gedächtnis, a. a. O., S. 129.
- 48 Wilhelm Arp zum Gedächtnis, a. a. O., S. 130 f.
- 49 Arp 1942, hier Vorwort von M. Arp, S. 7 f.
- 50 Arp: Deutsche Bildung 1942, S. III f.
- 51 Laut Personalakte Arp, a. a. O.

Heinrich Sahrhage

**Wichtige Figur im NS-Apparat – aber:
„has done valuable work in returning evacuated children!“**

Heinrich Sahrhage ist in jeder politischen Phase, vor, nach und während der Zeit des Nationalsozialismus die führende Person der Schullandheimbewegung gewesen. Ab 1940 war er in enger Verbindung mit der Schulverwaltung, dem NSLB und der HJ der Organisator und Chefinspekteur der erweiterten Kinderlandverschickung (KLV).

Während des Entnazifizierungsverfahrens, das ihn zum Studienrat zurückstufte, knüpfte er nahtlos an die Schullandheimarbeit an. 1961 wurde ihm das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen.

Heinrich Sahrhage wurde am 21.4.1892 in Hamburg als Sohn des Kaufmanns Johann Hermann Sahrhage und dessen Frau Margarethe geboren. Nach der Reifeprüfung am 23.9.1911 an der Oberrealschule St. Georg studierte Heinrich Sahrhage Naturwissenschaften an der Universität Kiel, wo er am 13.11.1915 „zum Doktor promoviert wurde“.¹

Die Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen bestand er am 3.12.1915 mit der Lehrbefähigung für Botanik und Zoologie, Chemie nebst Mineralogie und Erdkunde. An der Oberrealschule vor dem Holstentor absolvierte Sahrhage seit dem 1.4.1916 sein Anleitungsjahr und das Probejahr. Während dieser Zeit wurde Sahrhage vom Bezirkskommando I zum 11.7.1916 für den Kriegsdienst reklamiert. Der Einspruch der Oberschulbehörde bewahrte ihn davor, ließ ihn die Ausbildung zum Lehrer fortsetzen. Die Militärkommission des Senats stellte ihn zurück, gruppierte ihn zu den „Überzähligen“, so dass er bis Ende des Krieges nicht mehr eingezogen wurde.

Am 1.6.1923 wurde Heinrich Sahrhage zum Oberlehrer ernannt.² Er arbeitete weiter an der Oberrealschule vor dem Holstentor, einer Schule, die zusammen mit der Lichtwarkschule zu den reformpädagogisch orientierten höheren Schulen in Hamburg zählte.³

Heinrich Sahrhage erkannte als Naturwissenschaftler von Beginn seiner Lehrtätigkeit an den Wert, das Lernen nicht nur im Schulgebäude stattfinden zu lassen, Ausflüge und Wanderungen durchzuführen. „Die erste Fahrt mit Übernachtungen unternahm Sahrhage mit seinen Schülern zu Pfingsten 1919. Ein Vater stellte sein Sommerhaus in Niendorf an der Ostsee zur Verfügung. Für vier Tage musste sich die Klasse, versorgt durch mitgenommene Lebensmittel, selbst verpflegen. Im Ja-

nuar des folgenden Jahres unternahm man eine siebentägige Klassenfahrt in das Heidehaus Horst des Hamburger Schwimmvereins Stern.“⁴

Für Sahrhage waren das „die ersten Versuche eines landverbundenen Unterrichts“.⁵ Er wurde danach zum Propagandisten und Funktionär der Schullandheimbewegung. Für die Oberrealschule vor dem Holstentor (später Albrecht-Thaer Schule) initiierte und realisierte er 1922 den Kauf des Schullandheims in Hoisdorf. Mit Schülern und Kollegen „machte er sich umgehend an die Herrichtung des erworbenen Niedersachsenhauses mit 10.000 m² Grundstück, zwei Stallgebäuden, Garten, Teich und Ackerland“.⁶

Mit einer Gruppe ausgesuchter Schüler blieb er dort für einige Wochen. Ein Schüler erinnerte diese Zeit: „Unser Tagwerk war eingeteilt in Unterricht, Küchendienst und Arbeit am Haus. Wir durften gegenüber der Klasse nicht zurückbleiben. Dr. Sahrhage bestritt den gesamten Unterricht für zwei Klassen allein. 2–3 Stunden vormittags reichten aus. Schularbeiten waren nicht nötig.“⁷

Und Heinrich Sahrhage beschrieb den Wert der Arbeit im Schullandheim so: „Man lernte sich im kleinen Kreise schnell kennen, man wurde mit den Klassenlehrern seiner Jungen vertrauter, man gewann das Gefühl der gemeinsamen Mitverantwortlichkeit.“⁸

Später pointierte Sahrhage dies: „Der Lehrer stieg (endlich) vom Katheder und wurde Mensch, lernte seine Kinder besser kennen und – oft erst dann – auch wirklich seinen Beruf verstehen.“⁹

Sahrhage war somit offensichtlich ein pädagogischer Pionier.

Er verschrieb sich seiner Arbeit völlig, lebte dafür. Kein einzuweihendes Schullandheim in Hamburg ohne Heinrich Sahrhage. Als der Reichsbund Deutscher Schullandheime am 1.10.1925 gegründet wurde, gehörte Sahrhage dem Vorstand an, zuständig für die Tagespresse und später für das Mitteilungsblatt des Reichsbundes. Er war gleichzeitig Vorsitzender der AG Hamburger Schullandheime¹⁰, wobei Sahrhage, anders als die Protagonisten der Reformpädagogik, sich nicht auf eine explizit pädagogische Ausrichtung, ein pädagogisches Programm festlegen wollte. Sahrhage schrieb: „Denn das ist die Grundlage des Schulheimgedankens: die einzelnen Klassen geschlossen hinaus zu schicken unter Führung ihrer Lehrer, die in der Schule bestehende Arbeitsgemeinschaft zu erweitern zu einer Lebensgemeinschaft, zugleich der körperlichen Erholung und geistigen Entspannung zu dienen und für den Unterricht neue wertvolle Anregungen zu gewinnen. Obgleich zumeist aus der Erholungsfürsorge geboren, geht der Schulheimgedanke heute weit darüber hinaus.“¹¹ Und an anderer Stelle „Das ist ja das Schöne an der Schullandheimbewegung, daß sie nicht aus bestimmten pädagogischen Theorien von außen her geformt wird, sondern sich nach eigenen inneren Gesetzen folgerichtig aus der pädagogischen Praxis entwickelt.“¹²

Sahrhage war überregional unterwegs, hielt Vorträge zum Thema Schullandheime. Auch an internationalen Tagungen nahm er teil. Für einen Kongress in Brüssel vom 8. bis zum 11.4.1931 vom Comité international des Écoles de plein air erhielt er Dienstbefreiung und einen Kostenzuschuss von 200 Reichsmark.

Für die Nationalsozialisten erwiesen sich die Schullandheime und die Schullandheimbewegung als sehr nützlich. Sie boten den Rahmen für andere ideologische Zwecke. Und Heinrich Sahrhage, der laut seiner Entnazifizierungsakte von 1918 bis 1933 der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der daraus entstandenen Deutschen Staatspartei angehört hatte, machte weiter mit.



Heinrich Sahrhage, Schüler, Hoisdorf, 1925

An der Oberrealschule vor dem Holstentor war der eifrige Nationalsozialist Bruno Peyn als Schulleiter eingesetzt worden¹³ und auch der Verein des Schullandheims in Hoisdorf wurde nach dem Führerprinzip umstrukturiert. Bruno Peyn stand als Vorsitzender des Schullandheimvereins der Schule an der Spitze mit Heinrich Sahrhage als Geschäftsführer. Ziele und Zwecke des Schullandheims änderten sich, um, wie

der Lehrer Erich Scheffe schrieb „nach so vielen lauen Jahren erste Grundlagen zu Mannhaftigkeit und Wehrhaftigkeit zu legen“.¹⁴

1933 wurde damit begonnen, in der Umgebung des Schullandheimes Schießübungen zu veranstalten. „Diese Art der Erziehungsabsicht mündete nach dreijähriger Gemeinschaftsarbeit in einem 50 m langen, von Wällen umgebenen Kleinkaliberschießstand mit vier Ständen. Im Rahmen der nationalsozialistischen Wehrsporterziehung kamen im wöchentlichen Wechsel 3–4 Klassen für einen Tag nach Hoisdorf, um dort Schießübungen abzuhalten.“¹⁵

Im Schullandheim Hoisdorf fanden jetzt auch Lehrer- und Schulungslager des NSLB statt, auch unter Teilnahme von Heinrich Sahrhage: „Hinzu kamen Tagungen des BDM. Als Neuerung wurde von der NSV den Schullandheimen für die Sommerferienbetreuung einige erholungsbedürftige Kinder zugewiesen.“¹⁶

Der Reichsbund der deutschen Schullandheime schwenkte sofort in NS-Richtung um. In einer Erklärung, die der Vorstand unter Beteiligung von Heinrich Sahrhage am 1.4.1933 abgab, hieß es: „Der Reichsbund der deutschen Schullandheime vertritt eine pädagogische Bewegung, welche aus ihrem innersten Wesen heraus nationale und soziale Zwecke verfolgt. Hygienische Lebensführung, kameradschaftlicher Geist, soziales Verantwortungsgefühl, staatsbürgerliche Gesinnung und tief empfundene

Vaterlandsliebe sind seine Ziele. In diesem Sinne führen wir unsere Arbeit weiter und begrüßen den sozialen und nationalen Ausbau unseres Schulwesens, mit dem wir einen machtvollen Aufschwung der deutschen Schullandheimbewegung erwarten.“¹⁷

Und der Vorsitzende des Reichsbundes, Rudolf Nicolai, der am 1.4.1933 in die NSLB und am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten war, schrieb im „Völkischen Beobachter“: „Ein Bäumchen, das bisher wenig beachtet im Schatten stand, hat nun die Möglichkeit bekommen, sich frei zu entfalten und zu einem kräftigen Baum zu entwickeln: das deutsche Schullandheim“.¹⁸

In den Führerbeirat des Reichsbundes berief Nicolai als Stellvertreter den Hamburger Leiter der Schülerfürsorge, Theodor Breckling und Heinrich Sahrhage als Schriftführer und Leiter der Wirtschafts- und Pressestelle.¹⁹

Sahrhage war seit dem 1.5.1933 im NSLB und seit dem 1.5.1937 NSDAP-Parteimitglied geworden. Er fungierte als Gausachbearbeiter für die Schullandheime.

Der Reichswalter des NSLB, wie der Führer der Gesamtorganisation genannt wurde, Fritz Wächter, hatte 1936 erklärt: „Eine Schule kann ihre heutige nationalsozialistische Erziehungsaufgabe nicht voll erfüllen, wenn ihr nicht die Möglichkeit gegeben ist, ihre Klassen alljährlich ins Schullandheim zu bringen.“²⁰

Tobias Mittag notierte, dass auch Adolf Hitler sich sehr „erfreut“ über die Nutzungsmöglichkeiten der Schullandheime für die Arbeit mit Schulklassen geäußert hatte, so dass NSLB-Führer Wächter feststellen konnte: „Wer also heute noch Zweifel über die Bedeutung der Schullandheime hegt, setzt sich in Widerspruch zu der Meinung unseres Führers.“²¹

Heinrich Sahrhage arbeitete nun im Curiohaus, hielt dort Sprechstunden ab und veröffentlichte in der HLZ unterm Hakenkreuz, auch zu Themen, die nicht unmittelbar mit Schullandheim-Fragen zu tun hatten, im Laufe der Jahre dann insbesondere im Zusammenhang mit der Kinderlandverschickung. Seit 1940 übernahm Heinrich Sahrhage eine zentrale Rolle als „Leiter des Einsatzstabes bei der Gauverwaltung des NSLB“. Er war hierbei der engste Mitarbeiter von NSLB-Führer Willi Schulz, der gleichzeitig als Landesschulrat fungierte. In enger Absprache mit Schulz und der Schulverwaltung sowie der NSDAP, der HJ und den Hamburger Schulen organisierte Heinrich Sahrhage die Verschickung der Kinder, der Lehrer und der Lagerleiter. Er war die Ansprechperson bei allen Schwierigkeiten, Problemen und Konflikten und bewies dabei viel Umsicht, Klarheit und Problemlösungskompetenz. Sahrhage schien in seinem Element. Unzählige Dokumente im KLV-Bestand des Staatsarchivs Hamburg belegen dies. Da das Thema Kinderlandverschickung von zentraler, lebensrettender Bedeutung war im Laufe der Kriegsjahre²², erlangte Heinrich Sahrhage in dieser Funktion eine wichtige Rolle und Verantwortung für das Hamburger Schulwesen, den NSLB und die NSDAP. Er war Teil des NS-Appa-

rates, mit allen führenden Personen im engen persönlichen Kontakt. Und auch in seinen Veröffentlichungen machte er deutlich, Teil der NS-Bewegung zu sein.

Ein paar Beispiele: „Mit dem 30. Januar 1933 trat der Wendepunkt in der deutschen Wirtschaftskrise ein. Adolf Hitler wurde Kanzler und Führer des Reiches. Neues Vertrauen wuchs wie überall im Lande so auch bei uns und kam bei der feierlichen Flaggenhissung am ‚Tag der Schulgemeinde‘ in Hoisdorf zum Ausdruck.“²³

Das Schwerpunktheft des Mitteilungsblattes des NSLB, Gauverwaltung Hamburg, im Februar 1941 wurde eingeleitet durch einen Beitrag von Heinrich Sahrhage: „Die Hamburger Kinderlandverschickung im Kriegswinter 1940/1941“. Sahrhages Funktion im NSLB-Einsatzstab wurde dabei benannt. Er begann: „In den ersten Oktobertagen 1940 erging ein Rundschreiben der NSDAP Gau Hamburg, Amt für Volkswohlfahrt, an alle Hamburger Eltern. Darin hieß es: ‚Von jeher ist es das Bestreben unseres Führers, die Gesunderhaltung der Jugend ganz besonders zu fördern. Jetzt, mitten im Kriege, ist es wieder seiner großzügigen Anregung zuzuschreiben, daß eine stattliche Anzahl Kinder sich fern der Großstadt erholen sollen.‘“²⁴

Wie sehr Sahrhage im Zentrum des Geschehens stand, beschrieb er: „Der Gauleiter selbst faßte in zwei großen Sitzungen im Rathaus alle an der Arbeit beteiligten Parteistellen und Organisationen zusammen und gab ihnen genaue Richtlinien für die gemeinsame Arbeit. Die NSV übernahm die Anmeldung und Transportleistung, sowie die Unterbringung der Kinder unter zehn Jahren in Familienpflegestellen. Die HJ hatte in den Gastgauen für die Bereitstellung der Lagerunterkünfte für die 10 bis 14-jährigen Jungen und Mädels zu sorgen. Der NSLB bekam den Einsatz der Lehrkräfte für die unterrichtliche Betreuung der verschickten Kinder und die verantwortliche Leitung der Lager. Neben dem Lehrer sollte jeder Gruppe ein HJ-Führer bzw. eine BDM-Führerin zugeordnet werden. So lief die Sache schnell in geordneten Bahnen. Um die praktische Verbindung mit den Gastgauen herzustellen, wurden Verbindungsstäbe nach Bayreuth, Dresden, München und Wien entsandt, denen Mitglieder von NSV und NSLB, HJ und BDM, NS-Frauenschaft und NS-Ärztenschaft angehören.“²⁵

Und auch die Größe der Aufgabe für Heinrich Sahrhage im Epizentrum der Organisation im Curiohaus wurde deutlich: „Der Gauwalter des NSLB, Pg. Landeschulrat Schulz, bildete einen Einsatzstab, der seither im Curiohaus wirkt und über die zehn Kreiswalter mit den Schulwaltern und Schulleitern die Besetzung der Transporte, Gastschulen und Lager mit Lehrkräften regelt, diese betreut und sie nach Bedarf austauscht, versetzt, beurlaubt oder ergänzt, und zwar im Einvernehmen mit den Lehrerbundvertretern in den Verbindungsstäben, welche wieder in den Gau- und Kreiswaltungen der Gastgaue den Anschluss an die dortigen Berufsorganisation herstellen. Dieser Einsatz ist leichter gesagt als getan, da bis Weihnachten

rund 1200 Berufskameraden davon erfasst wurden, welche etwa 60.000 Hamburger Kinder betreuen.“²⁶

Für Heinrich Sahrhage wurde dabei offensichtlich auch der Gedanke der Schul-landheimbewegung Wirklichkeit – nun in der lebensbedrohenden Not des freilich selbst angezettelten Krieges: „Da wechseln nicht nur die Mahlzeiten mit Unterricht, Sport, HJ-Dienst, Freizeit und Appellen, da gibt es nicht nur Ausmärsche, Besichtigungen, Wanderungen, Ski- und Schlittenfahrten, Musik, Gesang, Spiel und Tanz, sondern da heißt es Bettenbauen, Stuben fegen, Küchendienste leisten, Körperpflege treiben, Haareschneiden, Kleidung und Schuhe in Ordnung halten, an die Eltern schreiben und vieles andere mehr.“²⁷

Es erwies sich schon zu diesem Zeitpunkt, noch lange bevor die unendlichen Klagen von Lehrern und KLV-Lagerleitern im Curio-Haus ankamen, dass Heinrich Sahrhage durchaus den Wert und die Funktion der HJ-Führer und BDM-Führerinnen zu schätzen wusste und weit entfernt davon war, über Kompetenzschwierigkeiten zu lamentieren: „In diesen Dingen haben sich die HJ-Führer bzw. BDM-Führerinnen vielfach als gute Helfer und Mitarbeiter der Lehrkräfte erwiesen, und es wird gewiß auch ein Erfolg der Kinderlandverschickung sein, daß Hitler-Jugend und Lehrerschaft in wirklicher Gemeinschaftsarbeit sich gegenseitig kennen und verstehen gelernt haben.“ Wobei Sahrhage einräumte: „Gewiß sind nicht alle Lehrkräfte und alle HJ-Führer in gleicher Weise für den Lagerbetrieb geeignet, es sind ja aber auch Lehrer abgestellt, um an den örtlichen Schulen der Gastgaue die dort eingeschulten Hamburger Kinder aus den Familienpflegestellen zu unterrichten. Gewiß sind auch nicht alle Kinder für die Verschickung geeignet, es gibt darunter robuste wie empfindliche, Flegel wie Muttersöhnchen, solche, die mehr aus Abenteuerlust oder elterlicher Bequemlichkeit als aus wirklicher Notwendigkeit mit hinausgingen. Gewiß sind Schwierigkeiten und Mißverständnisse aller Art vorgekommen und nicht restlos beseitigt. Aber: wenn 95 v. H. vom Ganzen in Ordnung sind, dann soll man es nicht nach dem Rest von 5 v. H. beurteilen. Wir wissen jedenfalls, und möchten das vom Einsatzstab des NSLB her ausdrücklich feststellen, daß sich unsere Berufskameraden größter Tatkraft und Gewissenhaftigkeit unter persönlichem Einsatz aller ihrer körperlichen und geistigen Kräfte der ihnen mit der Kinderlandverschickung gestellten Aufgaben hingeben. Das ist umso anerkennenswerter, als sich von den am besten geeigneten jüngeren männlichen Lehrkräften ein großer Teil bei der Wehrmacht befindet und weiter mehrere Hundert beim Sicherheits- und Hilfsdienst, im Luftschutz, an wichtigen Parteistellen, sowie im Osteinsatz unabkömmlich sind. Und wenn wir daneben bisher 1200 Lehrer und Lehrerinnen für die Kinderlandverschickung haben einsetzen müssen, so sind dieses nicht gerade diejenigen, die in Friedenszeiten in erster Linie dafür in Frage gekommen wären.“²⁸

Bevor Heinrich Sahrhage mit dieser zentralen Aufgabe beginnen konnte, wurde die Gauverwaltung Hamburg im Auftrag der Reichsverwaltung des NSLB aufgefordert, „eine politische Beurteilung darüber abzugeben, ob Bedenken irgendwelcher Art gegen Studienrat Sahrhage bestünden.“²⁹

Ende Oktober 1940 übersandte der NSLB-Hamburg der Reichsverwaltung des NSLB in Bayreuth zwei Gutachten über Sahrhage. Zum einen eine politische Beurteilung der NSDAP, Gau Hamburg vom 16.8.1940, zum anderen eine Einschätzung des Amtes für Erzieher vom 7. 7.1940:

Der Gauhauptstellenleiter des Amtes für Erzieher, Wilhelm Arp, bescheinigte Sahrhage, daß er „ein tüchtiger Lehrer sei, der sich ‚durch sein Wirken in vielen Ehrenämtern ...‘, insbesondere in der Schullandheimarbeit, ‚... voll und ganz für Partei und Staat ...‘ einsetzt“. Und der Kreisleiter der NSDAP schrieb: „Vor der Machtergreifung war Dr. Sahrhage marxistisch eingestellt und gehörte bis 1933 dem Reichsbanner an. Nach der Machtergreifung ist in politischer und charakterlicher Hinsicht Nachteiliges nicht bekannt geworden.“

In dieser Undifferenziertheit wurden Mitglieder der SPD und selbst der DDP, die auch noch der „Gesellschaft der Freunde“ angehörten, pauschal als „Marxisten“ bezeichnet.

Tobias Mittag vermutete: „Die Aussage, Sahrhage sei marxistisch gewesen, könnte eventuell darauf beruhen, daß er 1931 in ‚Volk und Zeit‘ unter der 1. Mai-Parole: ‚Aufmarsch gegen den internationalen Faschismus‘ einen allerdings unpolitischen, über Schullandheime informierenden Artikel veröffentlicht hatte.“³⁰

Dass die NS-Ideologie auf Heinrich Sahrhage eingewirkt hatte, wird an manchen seiner Aussagen und Formulierungen deutlich, die er in HLZ-Aufsätzen und Berichten verwendete: „Seit langen Jahren kämpft die deutsche Schullandheimbewegung für die Rückkehr zu heimatlichem Blut und Boden, für die Umstellung der Pädagogik auf Gemeinschaft, Gesundheit, Natur und Volkstum. Sie war eine Art Selbstbefreiung vom Intellektualismus und Individualismus der Schule. Auch heute noch muß sie von der Schule aus gesehen werden. Die deutsche Lehrerschaft ist für ihre weitere Entwicklung verantwortlich. Das, was in der neuen deutschen Jugendbewegung, in der Hitlerjugend, so tatenfroh und begeistert begonnen ist, eine wahrhaftig jugendgemäße Einstellung zum Leben, das muß auch in der Schule seine Parallele finden. Es ist zu verstehen, wenn in der soeben heranwachsenden Generation so manche Abneigung gegen den von ihnen erlebten Betrieb der ‚absolvierten Lehranstalten‘ sich auswirkt. Aber sie haben dann wohl keine Schullandheime gehabt. Unsere Bewegung erfaßt immer erst einen Bruchteil des deutschen Schulwesens. Aber sie wächst mächtig heran. Der Reichsbund ist dem NS-Lehrerbund eingegliedert und der NS-Volkswohlfahrt angeschlossen. Sie hat also starke Helfer.“³¹

Heinrich Sahrhage propagierte die „Nationalpolitischen Lehrgänge“ für Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten: „Entscheidend ist die willige, tatbereite Einordnung aller Lehrer in die über den Rahmen der Klasse hinaus gehende große Lebensgemeinschaft und ihre begeisterte Mitarbeit an der großen Aufgabe der nationalpolitischen Erziehung. Die Hamburger Lehrerschaft aller Schularten kann bereits auf so manche erfolgreiche Arbeit in dieser Richtung verweisen. So blieb eine Anerkennung in der großen Rede unseres Reichsstatthalters nicht aus. Verdienen wir sie uns nunmehr auch in den nationalpolitischen Lehrgängen der höheren Schulen.“³²

Und manchmal waren es auch die kleinen Dinge, die Sahrhage unterstützte. Als „Mitglied des Vollkornbrotausschusses des Gau Hamburg“ formulierte er „nationalsozialistische Forderungen an das Brot“. Sein Resümee: „So erhebt sich aus nationalsozialistischem Denken die Forderung, daß unsere Nahrung, und ganz besonders unser tägliches Brot, die Nährstoffe so bieten muß, wie die Natur sie in ihrer Zusammensetzung bringt. Also zurück zum alten, echten Vollkornbrot!“³³

Heinrich Sahrhage war längst integraler Funktionär im nationalsozialistischen Hamburger Schulwesen. Am 7.12.1942 teilte er der Schulbehörde mit, dass ihm für seine zweijährige Tätigkeit als Gausachbearbeiter des NSLB für die erweiterte Kinderlandverschickung das Kriegsverdienstkreuz verliehen worden war.³⁴

Das hatte er sich durch seine praktische Arbeit in der Kinderlandverschickung verdient, aber auch durch sein ideologisches Einschwenken.³⁵

Als in Kriegszeiten 1943 nach der Bombardierung Hamburgs der NSLB „stillgelegt“ worden war, wurde Sahrhage vom Reichserziehungsministerium, das nun die KLV organisierte, zum staatlichen Schulbeauftragten der KLV des Gaues Hamburg bestimmt. Als der Reichsamtsleiter der KLV-Reichsdienststelle für Schulerziehung, Wolf, Heinrich Sahrhage im August 1943 als Dienststellenleiter der KLV in Prag einsetzen wollte, lehnte Sahrhage ab. Erwin Zindler, dem das Erbe des NSLB übertragen worden war und der als Sachbearbeiter und Inspekteur der Hamburger KLV fungierte, erklärte Sahrhage für unentbehrlich.³⁶

Am 30.1.1944 wurde Heinrich Sahrhage vom Reichsstatthalter Karl Kaufmann zum Oberstudienrat befördert.³⁷

Am 18.7.1944 teilte Sahrhage der Schulverwaltung mit, „daß mir vom Herrn Reichsstatthalter am 11.7.1944 für meinen Einsatz in der KLV-Arbeit das Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse überreicht wurde“.³⁸

Interessant am Rande, dass Heinrich Sahrhage auch seinen Bruder Otto in die Schullandheimarbeit integriert hatte. Otto Sahrhage war Geschäftsführer der AG Hamburger Schullandheime und auch im Schullandheim Hoisdorf tätig. „Otto Sahrhage war ein ausgeglichener, eher ruhiger Gegenpart zu seinem leicht erregbaren und aufbrausenden Bruder Heinrich.“³⁹

Eine enorme Leistung vollbrachte Heinrich Sahrhage am Ende des Krieges mit der geordneten Rückholaktion aller Hamburger KLV-Gruppen unter schwierigsten Bedingungen. Da dies sowohl für die Kinder und Jugendlichen, die in zum Teil über ein Jahr von Hamburg entfernt untergebrachten Gruppen waren, und für ihre Lehrerinnen und Lehrer und letztlich dann auch für Heinrich Sahrhage von existenzieller Bedeutung war, soll auf die Rückholaktion etwas ausführlicher eingegangen werden. Alles war sehr gut dokumentiert, insbesondere durch Heinrich Sahrhage selbst.⁴⁰

Heinrich Sahrhage legte nach Abschluss des Rückholens aller KLV-Verschickten einen Bericht vor, der nach Ende der NS-Herrschaft abgeschlossen wurde, aus dem im Weiteren einige zentrale Informationen zusammengestellt werden sollen.⁴¹

Als sich 1940 die Luftangriffe auf Hamburg mehrten, „zunächst harmlos gegenüber den späteren katastrophalen Luftbombardements“⁴², notierte Sahrhage: „Man rechnete damals nach dem beendeten Frankreich-Feldzug allgemein mit einem kurzen aber heftigen Kampf mit England und glaubte dem Aufruf zu entnehmen, dass dabei eine besondere Gefährdung der Heimat mit eintreten würde. Es meldeten sich in Hamburg in wenigen Wochen etwa 80.000 Kinder zur Landverschickung, zu deren Betreuung 1250 Lehrkräfte abgestellt wurden.“⁴³

Die ersten Aufnahmegebiete waren Bayreuth, Bayern und Sachsen. „In Bayern wurden vielfach Klöster und kirchliche Einrichtungen herangezogen, welche besser geeignet waren als die in Sachsen behelfsmäßig als KLV-Lager eingerichteten Schulgebäude. Wenn auch die großen Schwierigkeiten in der Bereitstellung der Lager bei der Schnelligkeit der damaligen Verschickung nicht verkannt werden sollen, so war doch zu verlangen, dass man allmählich allen Erfordernissen der Praxis Rechnung trug. In Bayern gelang das besser als in Sachsen, weil dort die Kreisleiter und Bürgermeister unmittelbar mitwirkten, während in Sachsen die Hitler-Jugend allein zuständig sein wollte und sich die sachverständigen Ratschläge unseres Hamburger Rektors Kuhlmann in ungehöriger Form verbat. Es kam hier zu zunehmenden Differenzen, welche schließlich zu einem Wechsel des Lehrervertreters (Wilhelm Wessel) führten, ohne dass wir von Hamburg aus unsere Ansprüche auf die bestmögliche Betreuung unserer Kinder aufgaben.“⁴⁴

In den nächsten Monaten kamen als weitere Aufnahmegebiete München-Oberbayern und Wien dazu, wobei ersteres nur Lager einrichtete und letzteres ausschließlich Grundschüler in Familienquartieren unterbrachte.

Sahrhage resümierte die erste KLV-Aktion folgendermaßen: „Die im Herbst 1940 verschickten Hamburger Kinder blieben wesentlich länger weg als die Eltern bei der Anmeldung gewollt und wir alle geglaubt hatten. Es ging nicht nur der ganze Winter sondern auch ein großer Teil des folgenden Sommers darüber hin, und

da inzwischen die Luftangriffe nachließen, so verlangte die Bevölkerung die Kinder in zunehmendem Maße zurück. Aus den Familienpflegestellen wurden viele Kinder einfach von ihren Eltern abgeholt, und die NSV bewilligte schließlich alle Anträge auf Einzelrückführungen. Die Lagerbelegschaften kehrten während der Sommerferien 1941 mit Sonderzügen zurück.⁴⁴⁵

In der nächsten Phase, 1941, wurden 25 000 Kinder mit 650 Lehrkräften verschickt. Sahrhage begründete dies etwas merkwürdig: „Da soeben der Krieg mit Russland begonnen hatte und im Gegensatz zur bisherigen Meinung eine lange Kriegsdauer in Aussicht stand, fand die Neuwerbung zur Kinderlandverschickung einen günstigen Boden.“⁴⁴⁶

Die dritte Phase begann im Februar 1943 mit Sonderzügen nach Böhmen, Bayreuth und Ungarn, im Sommer 1943 auch nach Thüringen, in das polnische Grenzgebiet der Karpaten und nach Nord-Schleswig (Dänemark). Zahlenmäßig waren es 35 000 Hamburger Kinder mit 750 Lehrkräften.

1945 verschärfte sich durch den Kriegsverlauf die Lage für die KLV-Lager. Heinrich Sahrhage beschrieb diese Entwicklung so: „Durch das Freiwerden mancher Lager im Gau Bayreuth konnte jetzt auch unser Wunsch verwirklicht werden, die Hamburger Kinder aus Böhmen und Mähren dorthin umzulegen. Zwar waren Unterbringung und Verpflegung im Protektorat immer ganz besonders gut gewesen, und auch die Zusammenarbeit mit den böhmischen Dienststellen war schließlich erträglich geworden. Doch war den Eltern mit Recht das Gefühl der weiten Entfernung ihrer Kinder inmitten einer fremdrassigen Bevölkerung zunehmend unangenehm geworden. Zwar war und wurde Böhmen kein Kriegsschauplatz, doch stand zu befürchten, dass bei einem ungünstigen Kriegsende unsere Lager ins feindliche Ausland gerieten. Wir haben daher in vorsichtiger Weise, und zwar stimmte die HJ mit mir durchaus überein, in wiederholten Ferngesprächen mit Berlin und Prag geltend gemacht, dass wir die böhmischen Lager räumen möchten, um unser Schulwesen im Gau Bayreuth zu konzentrieren, und dass wir dadurch den allgemeinen Vorteil anboten, in Böhmen Platz zu schaffen für die aus den bedrohten Ostgauen herüber zu holenden Lager Berliner und anderer Entsendestädte.“⁴⁴⁷

Danach begann die Rückführung der Hamburger Kinder aus der Kinderlandverschickung: „Der Durchbruch der Russen an der Ostfront im Januar 1945 bewirkte einen großen Flüchtlingsstrom, der sich über Berlin nach Westen ergoss und sehr bald auch unsere Aufnahmegebiete in der Prignitz berührte. Die Dörfer mussten durchweg zahlreiche Menschen aufnehmen, sodass die Hamburger Kinder in die Enge gerieten, keine eigenen Schlafräume und zum Teil nicht einmal mehr eigene Betten behielten. Zwar waren sie den Pflegeeltern durchweg sehr lieb geworden, doch konnten sich die Bürgermeister den Anforderungen der Flüchtlingsfürsorge

nicht entziehen. Manche Lehrkräfte berichteten nach Hamburg über zunehmende Schwierigkeiten der Unterbringung und Verpflegung. Wir waren in allen Jahren sehr vorsichtig gewesen und haben überall bei den geringsten Anzeichen irgendwelcher Gefahren die Kinder aus dem betreffenden Aufnahmegebiet entfernt.“⁴⁸

Zweifelhaft waren die Rückholaktionen aus noch nicht als sehr gefährdet angesehenen Gebieten, weil die Luftangriffe auf Hamburg im April 1945 wieder zugenommen hatten. Sahrhage und andere KLV-Inspektoren waren emsig unterwegs, es mussten Lastkraftwagen und Autobusse organisiert und die Aktivitäten vieler Beteiligten und Behörden koordiniert werden. Dass Heinrich Sahrhage nach Ende des Krieges auch politisch unter Druck geriet, wurde am Schluss seines Berichtes deutlich: „Die zurückkehrenden Lehrkräfte wurden in ähnlicher Weise, wie es auch früher nach dem Abschluss der einzelnen Verschickungsperioden geschehen war, zu Versammlungen im Sitzungssaal der Schulverwaltung zusammengefasst, um in offener Aussprache die Ergebnisse der Verschickung festzustellen und aus den Erfahrungsberichten gegenseitig zu lernen. Während wir diese früher den neu ausreisenden Lehrkräften wieder mitgaben, kam es uns jetzt beim Abschluss der KLV darauf an, die Meinung der Lehrerschaft über ihren Gesamtwert, die Fehler ihrer parteigebundenen Organisation und die Haltung der zuständigen Dienststellen zu erfahren. Für mich und meine Mitarbeiter, besonders auch für Herrn Früchtenicht und die übrigen auswärtigen Hamburger Schulbeauftragten, war diese Meinung wichtig, weil jetzt nach dem Zusammenbruch von übelwollenden Seiten Gerüchte kursierten, dass die Kinderlandverschickung nur eine höchst überflüssige Sache der NSDAP gewesen wäre und dass die daran beteiligten Lehrkräfte und Dienststellen gewissermaßen mit zu den ‚Kriegsverbrechern‘ gehörten. Da war es nun recht erfreulich, die eindeutige Meinung in den genannten Versammlungen zu hören, dass der Verschickungserfolg in gesundheitlicher, sozialer, erziehlicher und unterrichtlicher Hinsicht außerordentlich gut sei, dass die Kinder sich draußen vorzüglich entwickelt und die Lehrkräfte ihr ganzes Wollen und Können darein gesetzt haben, an ihnen so gut wie möglich Elternstelle zu vertreten.“⁴⁹

Es liegt auch noch ein letztes Schriftstück von Heinrich Sahrhage vor: „Beendigung der Rückholaktionen aus den KLV-Lagern an der Ostsee“. Darin beschrieb er das allerletzte Kapitel der Aktivitäten. Wegen der besonderen Bedeutung dieses Dokumentes, soll es im Ganzen zitiert werden:

„Nachdem Berlin am 1. Mai gefallen und Hamburg am 3. Mai vom Feind besetzt war, stockten natürlich alle Rückführungen. Durch den Widerstand der KLV-Dienststellen in Hamburg, Malente und Timmendorf hatten wir zwei Tage verloren, sodaß nicht mehr alle Kinder haben kommen können. Es riß sofort jeglicher Post- und Telefonverkehr ab. In Hamburg gab es zunächst dreieinhalb Tage

Ausgehverbot, doch bin ich gleich am Montag 7. Mai wieder bei der Fahrbereitschaft vorstellig geworden, die aber eine Woche lang lahmgelegt wurde. Vom 10. bis 14. Mai ruhte der Bahnverkehr. Ich bin am Montag, 14. Mai mit dem Fahrrad wiederum bei der Fahrbereitschaft gewesen und habe dann tägliche Besprechungen gehabt. Zahlreiche Versuche wurden bei der Militärregierung und im Rathaus unternommen bis schließlich 2 Autobusse vom 19. bis 24. Mai zugelassen wurden, um die letzten 300 Hamburger Kinder aus den Ostseebädern zu holen.

In diesen 3 Wochen hatten sich die Lebensverhältnisse in den Lagern so entwickelt, wie ich es vorausgesagt hatte. Mit der Feindbesetzung der Ostseebäder waren die Dienststellen der HJ sofort verschwunden und hatten keinerlei Vorsorge für die weitere Betreuung der Lager getroffen. Diese waren weder mit Geld- noch mit Lebensmittelvorräten versehen. Die Hausbesitzer und Lieferanten, welche zum Teil schon seit längerer Zeit keine Zahlungen bekommen hatten, betrachteten die Kinder als unerwünschte Gäste. Die Feindbesetzung nahm im allgemeinen Rücksicht auf die KLV-Lager, doch wurden manche Häuser für Quartiere, Lazarett usw. gebraucht. Wiederholte Umlegungen und Zusammenlegungen der Hamburger Kinder waren die Folge. Da es keine Verbindung mit Hamburg gab, waren die Lehrkräfte sehr bedrückt von ihrer großen Verantwortung. Einige Lagerbelegschaften in Niendorf und Timmendorfer Strand wurden glatt auf die Straße gesetzt, doch gelang es ihnen mithilfe der Ortsbehörden Wagen nach Hamburg zu organisieren. Das Lager Pönitz marschierte zu Fuß nach Hamburg. Aus Kellenhusen kam Studienrat Troll zu Fuß hier an, um Verbindung herzustellen. Am 19. Mai endlich konnten die beiden Wagen der Fahrbereitschaft Hamburg starten und holten in drei Fahrten alle noch übrigen Kinder aus Niendorf, Timmendorf, Pönitz und Kellenhusen. Am Pfingstmontag fuhr ich selbst mit und brachte unsere Vertreterin in Timmendorf, Fräulein Ehlers, zurück. Der nach dort verlegte Teil der Hamburger KLV-Dienststelle hatte kaum irgendwelche Arbeit für uns leisten können. Der als Kurier nach Hamburg entsandte Karl Otto Soltau hat sich hier überhaupt nicht gemeldet. Die drei Mädels kamen ohne ihre Schreibmaschinen und Büromaterial zurück. Dieses Besitztum wurde von dem Hausbesitzer einbehalten, weil er von der Dienststelle in Timmendorfer Strand kein Geld erhalten konnte. Die HJ-Vertreter haben alle sachlichen Unterlagen vernichtet, zum Beispiel auch die Gesamtkartei aller durch die KLV verschickten Hamburger Kinder, die dort eigentlich vor den Luftangriffen hatte sichergestellt werden sollen.“⁵⁰

Die Rückholaktion, die erst deutlich nach Ende der Naziherrschaft abgeschlossen war, in der Sahrhage auch mit dem neuen Bürgermeister Rudolf Petersen und Schulsenator Heinrich Landahl zusammenarbeitete, mit dem er bis 1933 in derselben Partei gewesen war (DDP/Deutsche Staatspartei) und die für die Hamburger

Kinder und deren Eltern erfolgreich beendet wurde, trug dazu bei, dass Heinrich Sahrhage trotz seiner tiefen Verstrickung, seiner Verwobenheit mit dem NSLB und der NS-Schulverwaltung nach 1945 im Schuldienst verblieb. Sogar der für das Erziehungswesen in der britischen Militärregierung zuständige Major Shelton bescheinigte Heinrich Sahrhage 1945 wertvolle Arbeit: „Has done valuable work in returning evacuated children.“⁵¹

Sahrhage blieb im Hamburger Schuldienst, weiterhin am Albrecht-Thaer-Gymnasium, weiter auch in der Schullandheimbewegung. Die Schullandheime mussten jetzt wieder aufgebaut werden. Das bestehende Netzwerk funktionierte nach wie



Heinrich Sahrhage, 1946

vor. Adolf Winter, der stellvertretende Schulleiter der Albrecht-Thaer-Schule in der NS-Zeit, in Abwesenheit des bisherigen Schulleiters, Bruno Peyn, mit der Wahrnehmung der Leitung beauftragt und nach 1945 trotz seiner Verstrickung in das NS-System weiterhin Schulleiter, lieferte Sahrhage den „Persilschein“: „Herr Dr. Sahrhage ist mir als einer der regsamsten, fähigsten und erfolgreichsten Mitarbeiter an der Albrecht-Thaer-Schule seit über 30 Jahren bekannt. Ich weiß, daß seine von fortschrittlichem Geist getragene Unterrichts- und Erziehungsarbeit nach der wissenschaftlichen wie nach der didaktischen Seite hin auch

von seinen engeren Fachkollegen einmütig anerkennend beurteilt wird, und ich verstehe es, daß seine muntere und fesselnde Lehrweise seine Schüler zu lebendiger Mitarbeit hinreißt. Beruf und Berufung sind in ihm eine überaus glückliche Verbindung eingegangen; Dr. S. hat wesentlich dazu beigetragen, daß der Leistungsstand der Schule nach rückläufigem Gang in schwerer Zeit sich nun wieder in aufsteigender Linie bewegt. Wäre S.'s Tätigkeit mit seiner eben nur angedeuteten Unterrichtsarbeit erschöpft, so hätte sie schon die Arbeitskraft eines Mannes ganz in Anspruch nehmen können. Tatsächlich ist sie seit seinem Eintritt in den Schuldienst mit der Gründung und dem Ausbau unseres Schulheims, mit seiner unermüdlichen und selbstlosen Arbeit in der Landheimbewegung überhaupt, und später mit dem außergewöhnlich vielseitigen und schwierigen Arbeiten zur KLV weit darüber hinausgegangen. Dem organisatorischen Geschick, das Herr Dr. S. dabei entfaltet hat, verdanken es unsere Jungen, daß sie Jahr für Jahr die Wohltat eines mit regelmäßigem Unterricht verbundenen Landheimaufenthaltes genießen konnten und daß die jüngeren Jahrgänge während des Krieges aus der luftbedrohten Heimat in weniger gefährdetem Gebiet untergebracht und durch Lehrkräfte der Schule verantwortlich betreut werden konnten. Ohne seinen praktischen Sinn, ohne seinen festen Willen und ohne seine schier unerschöpfliche Arbeitskraft wäre die Durchführung dieser

lebensnotwendigen Aufgaben nicht möglich gewesen. Herr Dr. S. hat dabei, soweit es vertretbar war, im Einvernehmen mit staatlichen Stellen, sobald es nötig wurde, aber auch in offenem Gegensatz zu ihren machtlüsternen Vertretern arbeiten müssen. Niemals hat er sich von der herrschenden Partei ins Schlepptau nehmen lassen, immer hat er im Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit so gehandelt, wie es ihm die Pflicht als Schulbeauftragter der KLV und sein Gewissen vorschrieben. – Zusammenfassend glaube ich sagen zu können, daß S.'s sozialpädagogische Leistungen auf dem Gebiet der Landheimbewegung sowohl wie die über 4 Jahre sich erstreckenden kriegsbedingten Arbeiten in der KLV, die erst mit der Rückführung aller Kinder ihren Abschluß gefunden haben, jeder Kritik standhalten können und höchste Anerkennung verdienen.“⁵²

Die Entnazifizierungsausschüsse teilten die ungetrübte Sicht auf Heinrich Sahrhage nicht. So stellte der Beratende Ausschuss für das höhere Schulwesen am 11.11.1946 fest: „Er ist schon vor 1933 in der Schullandheimbewegung tätig gewesen. Seine Kenntnisse hat er den nationalsozialistischen Machthabern zur Verfügung gestellt. Besonders in der KLV hat er so eng mit der führenden HJ-Clique zusammengearbeitet, daß ein Verbleib in der Stellung als Oberstudienrat unmöglich erscheint. Andererseits halten wir ihn für fähig, an seine Arbeit vor 33 wieder anzuknüpfen. Der Beratende Ausschuss empfiehlt, ihn zum Studienrat zurückzustufen.“⁵³

Der Fachausschuss 6b, der auch Bedenken gegen Sahrhage hatte, erklärte sich einverstanden mit der Weiterarbeit Sahrhages in der Schule unter der Bedingung seiner Rückstufung zum Studienrat.⁵⁴

Heinrich Schröder, die unbestechliche Instanz bei der Entnazifizierung im Bereich der höheren Schulen, missfiel, dass Sahrhage seine Arbeit nach Ende der Naziherrschaft uneingeschränkt fortsetzte und fortsetzen konnte. Er schrieb am 17.6.1947:

„Der frühere Oberstudienrat Dr. Sahrhage ist wegen seiner nationalsozialistischen Haltung als Leiter der KLV während des Krieges in die Stelle eines Studienrates zurückgestuft worden. Es war Sinn dieser Maßnahme, dass Dr. Sahrhage nach der Abwicklung der Geschäfte der KLV aus allen Funktionen der Schulfürsorge ausscheiden und ausschließlich im Unterricht seiner Schule eingesetzt werden sollte. Es ist daher nicht länger tragbar, dass Dr. Sahrhage für die Schulbehörde oder für die Schulfürsorge oder für die Geschäftsführung der Schullandheime irgendwelche Anordnungen oder Vereinbarungen trifft. Es liegt ebenfalls kein Anlaß vor, Dr. Sahrhage den Gebrauch eines Dienstwagens zu gestatten.“⁵⁵

Außerhalb Hamburgs gab es diese Kontinuität nicht. Rudolf Nicolai, der ehemalige Führer des Reichsbundes der deutschen Schullandheime, mit dem Sahrhage

die Vorstandsarbeit leitete, der im sächsischen Schuldienst gearbeitet hatte und bis zu seinem Tod 1970 in Sachsen blieb, „wurde dort im November 1945 aus dem Schuldienst entlassen und lebte nach seiner Entnazifizierung unter schwierigen Existenzbedingungen als arbeitsloser, ungelernter Arbeiter, Weber, Katechet und Rentner“, wie Tobias Mittag feststellte.⁵⁶

Sahrhage war in seiner Funktion wieder unermüdlich unterwegs. Ab 1951 wurde von verschiedenen Seiten beantragt, ihn für seine ehrenamtliche Tätigkeit vom Schulunterricht teilweise oder völlig zu befreien. Auch seine Schule hatte ein Interesse daran, da Sahrhage häufig abwesend sein musste und den vorgesehenen Unterricht gar nicht immer wahrnehmen konnte.⁵⁷

Zu Sahrhages 60. Geburtstag gratulierte Landesschulrat Ernst Matthewes: „Sie haben ein Leben geopfert für unsere Jugend. Ihnen ist es zu verdanken, wenn unsere Jungen und Mädchen Jahr für Jahr zu Tausenden mit ihren Lehrern in die Natur ziehen können, um dort an Leib und Seele sich zu finden. Daß die Schule dieser Bewegung nicht feindlich oder fremd gegenübersteht, sondern sie sich aufgefangen hat, ja ihr Inhalt und Gestalt gegeben hat, ist das Schöne und Beglückende und dürfte zur Hauptsache auf Ihr Wirken zurückzuführen sein. Sie haben damit der inneren Erneuerung der Schule bis in den Unterricht hinein einen großen Dienst erwiesen.“⁵⁸

Das „Hamburger Echo“ bezeichnete Sahrhage als „Freund der Jugend“.⁵⁹ Und die „Hamburger Freie Presse“ zitierte Heinrich Sahrhage, der über sich sagte, „bekannt geworden wie ein bunter Hund“, was er schon wieder geschafft hätte: „Am schlimmsten war es nach dem letzten Krieg. Von 204 Heimen im Reichsgebiet: 98 völlig zerstört. Über 70 konnten bereits wieder gegründet werden. Finanzierung fast nur durch Privat-Hilfe, genauer, durch die Eltern. Allein in Hamburg gaben sie im letzten Jahr zwei bis drei Millionen Mark. 210.000 Mark beträgt der staatliche Fonds dafür. 2600 Klassen oder 850.000 Kinder oder 40 % aller Schüler fuhren 1951 in Heime. Ohne die Mütter, die sich als ‚Kochmütter‘ zur Verfügung gestellt hatten, hätten wir das nicht geschafft.“⁶⁰

Lediglich ein Relikt der Entnazifizierung betrübte Sahrhage, wie er in einem Schreiben an die Schulbehörde am 9.12.1952 feststellte: „In meiner Rückstufung vom Oberstudienrat zum Studienrat sehe ich nach wie vor eine kränkende Ungerechtigkeit in meiner fast 40jährigen makellosen Dienstzeit. Ich bitte also um Wiedereinsetzung in meine alte Rechtsstellung.“⁶¹

Auch hier wurde korrigiert, was die Entnazifizierung festgelegt hatte.

Heinrich Sahrhage erhielt 1958 noch die Medaille für treue Dienste des Volkes und 1961 das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse.⁶²

Und, als wäre in der Zeit von 1933 bis 1945 nichts die Leistung Sahrhages Trüben des geschehen, enthält auch die Biografie Sahrhages in dem verdienstvollen sechs-

bändigen Werk „Hamburgische Biografien, Personenlexikon“ kein einziges Wort über die NS-Verstrickung Heinrich Sahrhages.⁶³

Anders bei Tobias Mittag, der bei intensiver Durchsicht aller wichtigen Dokumente zur Schullandheimbewegung und der Rolle von Heinrich Sahrhage zu dem Ergebnis kommt: „Die Beschäftigung mit der Biografie Sahrhages ergab, daß er seine Arbeit in der Schullandheimbewegung zu allen Zeiten, auch während der NS-Herrschaft, relativ konfliktfrei fortsetzte. Die Dokumente zeigen, daß Sahrhage im Nationalsozialismus mit Orden für seine Arbeit bedacht wurde und nach Beendigung seiner KLV-Tätigkeiten schon bald wieder erfolgreich mit dem Aufbau der bundesrepublikanischen Schullandheime begann. Dabei wurde er nicht nur auf ehrenamtlicher Ebene, sondern auch in seinem Lehrerberuf immer wieder von Behördenvertretern unterstützt, so daß er im Beruf verbleiben, befördert und später hoch geehrt werden konnte. Rückblickend kam es weder von Sahrhage noch durch andere Schullandheimmitarbeiter zu einer kritischen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Schullandheimen. Ein Bewußtsein der Mitverantwortung für das nationalsozialistische Erziehungswesen, dessen Teil die Schullandheime seit 1933 geworden waren, ist nicht auszumachen.“

Schwerpunkt der bisherigen Betrachtungen der Schullandheime in der NS-Zeit – soweit sie überhaupt erfolgten – waren die Auseinandersetzungen mit der HJ, bei denen die Heime in ihrer ursprünglichen Trägerschaft erhalten bleiben konnten. Wenige Monate nach der Machtübernahme stellte sich der Reichsbund widerstandslos in den Dienst der nationalsozialistischen Ideologie, und die Schullandheime

Dr. Heinrich Sahrhage

„Bekanntgeworden wie ein bunter Hund“, dieser Ausspruch über sich selbst kennzeichnet den beliebten Pädagogen Dr. Sahrhage schlagartig. 37 Jahre ununterbrochener Tätigkeit in der Albrecht-Thaer-Schule, der früheren Schule vor dem Holstentor, dürften allein schon genügen. Dr. Sahrhage in einer Millionenstadt bekannt werden zu lassen, Deutschland aber lernte ihn kennen durch seine Arbeit in der Schullandheim-Bewegung. „Es begann 1922 mit dem Bauernhaus



in Heisdorf. Erster Anlaß die Erholungsfürsorge für die verwahrloste Nachkriegsjugend. Bald aber spürten wir die wirklichkeitsnahe Erziehungsaufgabe, die dahinter steckt. Der Lehrer stieg (endlich) vom Katheder und wurde Mensch, lernte seine Kinder besser kennen und – oft erst dann – auch wirklich seinen Beruf verstehen.“ 1925 standen bereits ein Dutzend Schullandheime. Und heute besitzt Hamburg 43 Heime für die Volksschule, sechs für die Oberschule.

„Am schlimmsten war es nach dem letzten Krieg. Von 204 Heimen im Reichsgebiet 98 völlig zerstört. Über 70 konnten bereits wieder gegründet werden. Finanzierung fast nur durch Privat-Hilfe, genauer, durch die Eltern. Allein in Hamburg gaben sie im letzten Jahr zwei bis drei Millionen Mark, 210 000 Mark beträgt der staatliche Fonds dafür. 2600 Klassen oder 850 000 Kinder oder 40 Prozent aller Schüler führen 1951 in Heime. Ohne die Mütter, die sich als „Kochmütter“ zur Verfügung gestellt hätten, hätten wir das nicht geschafft.“

Sein Wunsch zum 60. Geburtstag am 21. April? Eine Bitte an den Finanzminister: Die Aufhebung der Umsatzsteuer für alle Schullandheime und Jugendherbergen. Ob man in Bonn ein Ohr dafür hat? (Der Antrag liegt wenigstens schon dem Bundestag vor!) —hn.

Hamburger Freie Presse, 21.4.1952

gingen auch nach der Eingliederung in den NSLB mit dem nationalsozialistischen Schulverständnis konform. Vorseilenden Gehorsam zeigten Schullandheimvertreter zusätzlich in der Frage der jüdischen Schüler in Schullandheimen. Die Instrumentalisierung der Schullandheime im Nationalsozialismus erfuhr z. B. nicht nur in der Gründung eines Schullandheimschiffes durch den NSLB ihren Ausdruck, sondern wurde später noch in der Zusammenarbeit mit der KLV deutlich.⁶⁴

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben nach der Personalakte Sahrhage, StA HH, 361-3_A 2626.
- 2 Ebd.
- 3 Hildegard Milberg: Oberlehrer und höhere Schulen, in: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 197f.
- 4 Tobias Mittag: Zur Geschichte der deutschen Schullandheimbewegung von den Anfängen in der Weimarer Republik bis zur Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, unter besonderer Berücksichtigung Heinrich Sahrhages. Hausarbeit zur ersten Staatsprüfung, Hamburg 1994, S. 16.
- 5 Zitiert nach Mittag, ebd.
- 6 Mittag a. a. O., S. 20.
- 7 Zitiert nach Mittag, a. a. O., S. 21.
- 8 Heinrich Sahrhage: Schullandheim Hoisdorf der Thaer-Oberrealschule vor dem Holstentor in Hamburg, ein Film von neuzeitlicher Erziehungsarbeit, Hamburg 1928; zitiert nach Mittag, a. a. O., S. 19.
- 9 „Freie Presse“ vom 21.4.1952.
- 10 Siehe Personalakte Sahrhage, a. a. O.
- 11 Heinrich Sahrhage: Das Schullandheim – eine pädagogische Tat, ursprünglich Rundfunkvortrag, NORAG vom 27.8.1925, zitiert nach Mittag, a. a. O.; S. 27.
- 12 Mittag, a. a. O., S. 27f.
- 13 Siehe die Biografie Bruno Peyn, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile, Bd. 1, Hamburg 2016, S. 480ff.
- 14 Zitiert nach Mittag a. a. O., S. 22.
- 15 Mittag a. a. O., S. 23.
- 16 Ebd.
- 17 Mittag a. a. O., S. 37.
- 18 Mittag a. a. O., S. 38.
- 19 Siehe Mittag a. a. O., S. 40.
- 20 Zitiert nach Mittag a. a. O., S. 45.
- 21 Zitiert nach Mittag a. a. O., S. 46.
- 22 Siehe Reiner Lehberger: Kinderlandverschickung, in: Lehberger/de Lorent 1986, S. 370ff.
- 23 Sahrhage, zitiert in: 75 Jahre Schullandheim Hoisdorf, Festschrift zum Jubiläum 1922–1997, herausgegeben vom Verein der Freunde des Albrecht-Thaer Gymnasiums (Schullandheim Hoisdorf) e. V., Hamburg 1997, S. 40.
- 24 Mitteilungsblatt des NSLB, Gauverwaltung Hamburg, Nr. 2/1941 S. 9.
- 25 Ebd.
- 26 Ebd.
- 27 Ebd., S. 10.
- 28 Ebd.
- 29 Alles BArch, NSDAP-Kartei Sahrhage, zitiert nach Mittag a. a. O., S. 8. Alle weiteren Dokumente ebd.

- 30 Heinrich Sahrhage: Die Schule im Grünen, in: Volk und Zeit, Nr. 17, Berlin 1931; siehe: Mittag a. a. O., S. 8f.
- 31 Heinrich Sahrhage: Jeder Schule ihr Schullandheim? In: HLZ 16/1934, S. 225.
- 32 HLZ 46/1935, S. 445.
- 33 Mitteilungsblatt des NSLB, November 1940, S. 87.
- 34 Personalakte a. a. O.
- 35 HLZ 16/1934, S. 225.
- 36 Schreiben Erwin Zindlers an Wolf vom 10.9.1943, StA HH 361-10 KLV_15. Siehe auch Biografie Zindler in: de Lorent 2016, S. 538ff.
- 37 Personalakte, a. a. O.
- 38 Ebd.
- 39 Schulleiter Karl Heinz Wilgalis: Erinnerungen an Dr. Sahrhage, in: Holstentorwarte (HTW) 47/1972, S. 13 ff.; zitiert nach Mittag, a. a. O., S. 12f.
- 40 Tobias Mittag bezifferte das von Heinrich Sahrhage produzierte und hinterlassene Archiv, das 1994 noch weitestgehend ungeordnet war und für das Mittag eine erste Ordnung vorlegte, auf einen Umfang von 10,7 laufende Meter. Ein Teil der Unterlagen ist auch aufbereitet im Hamburger Staatsarchiv. Siehe Mittag, a. a. O., S. 62ff.
- 41 Heinrich Sahrhage: Die erweiterte Kinderlandverschickung in Hamburg. Geschichte ihrer Entwicklung und Durchführung während des Krieges 1939/45, StA HH, 361-2 VI, OSB VI_1547.
- 42 Heinrich Sahrhage: Die erweiterte Kinderlandverschickung in Hamburg, a. a. O., S. 2.
- 43 Ebd.
- 44 Heinrich Sahrhage: Die erweiterte Kinderlandverschickung in Hamburg, a. a. O., S. 3.
- 45 Heinrich Sahrhage: Die erweiterte Kinderlandverschickung in Hamburg, a. a. O., S. 4.
- 46 Ebd.
- 47 Heinrich Sahrhage: Die erweiterte Kinderlandverschickung in Hamburg, a. a. O., S. 12.
- 48 Heinrich Sahrhage: Die erweiterte Kinderlandverschickung in Hamburg, a. a. O., S. 13.
- 49 Heinrich Sahrhage: Die erweiterte Kinderlandverschickung in Hamburg, a. a. O., S. 22.
- 50 StA HH, 361-10_53 Bd. 4.
- 51 Entnazifizierungsakte Sahrhage, StA HH, 221-11_Ed 1154
- 52 StA HH, 362-2/22_P 7
- 53 Entnazifizierungsakte Sahrhage, a. a. O.
- 54 Stellungnahme vom 13.2.1947 und 29.4.1947, ebd.
- 55 Ebd.
- 56 Mittag a. a. O., S. 51.
- 57 Landesschulrat Matthewes hatte mit Einverständnis von Senator Landahl 12 Stunden Entlastung vorgeschlagen. Am Ende wurde er für einen Schultag vom Unterricht befreit. Siehe Personalakte, a. a. O.
- 58 Ebd.
- 59 „Hamburger Echo“ vom 19.4.1952.
- 60 „Hamburger Freie Presse“ vom 21.4.1950.
- 61 Personalakte, a. a. O.
- 62 Siehe: Hamburgische Biografie, Personenlexikon Bd. 1, Hamburg 2001, S. 262.
- 63 Ebd.
- 64 Mittag a. a. O., S. 58f.

Hellmuth Dahms

„Nationalsozialist wird man nur im Lager und in der Kolonne. Ihr müsst etwas anderes werden als ihr wart.“

Eine wichtige Funktion im NSLB-Hamburg hatte Hellmuth Dahms. Er war Leiter der Gauhauptstelle und Abteilung Schulung und damit verantwortlich für die Lagerschulungen von Lehrerinnen und Lehrer, die für die ideologische Umerziehung der Hamburger Lehrerschaft von zentraler Bedeutung waren. Über Hellmuth Dahms gibt es nur noch wenige personenbezogene Dokumente. Seine Personalakte existiert nicht mehr, da er am 3.10.1947 in der Kriegsgefangenschaft starb. Deshalb ist auch keine Entnazifizierungsakte vorhanden.

Das Thema Lagerschulung in Hamburg soll über die Person Hellmuth Dahms rekonstruiert werden.

Hellmuth Dahms wurde am 7.9.1904 in Leipzig als Sohn des Privatgelehrten Albert Dahms und seiner Frau Magdalena geboren.¹

Offenbar durchlief Hellmuth Dahms die seminaristische Lehrerausbildung und trat somit mit 22 Jahren in den Hamburger Schuldienst ein. Er war zuerst Lehrer an der Schule Wendenstraße 268 und später an der Schule Osterbrook.² Seit dem 4.10.1933 war Hellmuth Dahms verheiratet mit Elsa Frieda Dahms, geborene Börner, mit der er zumindest eine Tochter hatte.³ Laut dem NSLB-Pressewart 1934, Herbert Bieber, war Hellmuth Dahms eines der langjährigen Mitglieder des NSLB. Mit 29 Jahren war er schon Kreisamtsleiter von Hohenfelde und Gauhauptstellenleiter des NSLB, der Abteilung Schulung.⁴ Er war von Landesschulrat und Gauamtsleiter Willi Schulz für die „nationalpolitische, allgemeinsportliche und kameradschaftliche Ausbildung“ der Lehrerinnen und Lehrer eingesetzt worden.⁵

Die erste große Aktivität war ein Schulungslager des NSLB-Hamburg in der Wingst, das unter Leitung von Hellmuth Dahms stattfand. Daran nahmen 36 junge Lehrer aus dem Hamburger Stadt- und Landgebiet teil, die an Volksschulen und höheren Schulen unterrichteten und sich erstmals am 22.9.1933 im früheren Lehrerseminar Freiligrathstraße zur Vorbereitung getroffen hatten. Helmut Dahms berichtete darüber in der HLZ.⁶ Schon während der Autobusfahrt in das Schulungslager wurden „Stubenobleute“ ernannt. Geplant wurden: Sportliche Übungen, Lieder singen, Leseabende, Fahnenhissen- und einholen, ideologische Vorträge, kein Meinungsstreit, sondern „Gespräch“ als „wirksames Mittel der Werbung“. Es fanden Wanderungen statt und ein Tanzabend. Zum Abschluss übergaben Willi Schulz und

Kurt Holm der in der Wingst neu gegründeten „Lehrerbereitschaft Heinrich von Kleist“ die erste Fahne des NSLB-Hamburg. Zur Fahnenweihe erinnerte Willi Schulz an die Gefallenen der Bewegung. Zum Gedenken an die Langemarck-Jugend wurde ein Feuer entzündet.⁷

Was nach unpolitischer Lagerromantik klang, hatte eine zutiefst politische Absicht. In einer Rede anlässlich seines Antrittsbesuchs beim NSLB-Reichsführer, Hans Schemm, im Münchener Zirkus Krone hatte der Reichskommissar für das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Bernhard Rust am 6.8.1934 erklärt: „Nationalsozialist wird man nur im Lager und in der Kolonne. Ihr müsst etwas anderes werden als ihr wart.“ Rust verkündete seine Absicht, „alljährlich die Lehrer ohne Unterschied zu sammeln und sie wissenschaftlich, wehrpolitisch und nationalpolitisch zu überholen“.⁸

Willi Schulz hatte Helmut Dahms auch zum Leiter eines neu geschaffenen Amtes für Junglehrer im NSLB ernannt. Eine der dringendsten Aufgaben war die Betreuung der stellungslosen und bedürftigen Junglehrer.⁹

Die HLZ nannte als Informanten über die Schulungsveranstaltungen des NSLB-Hamburg: Hellmuth Dahms, Knabenschule Osterbrook; Dr. Herbert Bieber, Wichernschule; Egon Herz, Schule Slomanstieg; Konrad Paschen, Institut für Leibesübungen an der Universität Hamburg; Hans Einfeldt, Schulverwaltung.¹⁰

NSLB-Landesleiter Willi Schulz beauftragte Hellmuth Dahms auch mit der Organisation des Schulschutzes. Die Einführung des Schulschutzes beschrieb Uwe Schmidt folgendermaßen:

„Eine der wirksamsten Einrichtungen zur Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes sei der Luftschutz gewesen. Insbesondere die Lehrer seien oft den flegeligen Anrempelungen von Vertretern des nationalsozialistischen Reichsluftschutzbundes wehrlos ausgesetzt gewesen. Damit auch die Lehrer einmal in Uniform zu sehen sein sollten, hatte man nach dem Vorbild des ‚Werkschutzes‘ den ‚Schulschutz‘ erfunden, eine Formation, die offenbar flankierend zur Sicherung von NSLB-Versammlungen eingesetzt werden sollte. Der Schulschutz leistete seinen Beitrag zur Verbreitung des militärischen Umgangstones im dienstlichen und zivilen Leben der Lehrer und produzierte das vorgegebene nationalsozialistische ‚Niveau‘.“¹¹

Schmidt berichtete auch, dass im Oktober 1933 anfangs 200, später 400 Junglehrer im Langenhorner Jugendpark zu „Übungen“ zusammengezogen wurden. Für die militärische Ausbildung der Schulschutz-Kollegen war SS-Sturmführer Ewald



Hellmuth Dahms, 1933

Schumacher zuständig, für die nationalpolitische, alltagsportliche und kameradschaftliche Ausbildung NSLB-Schulungsleiter Hellmuth Dahms.¹²

Als sich herausstellte, dass viele Lehrer bei den Schulschutzübungen unentschuldig fehlten, wurde die Verantwortung für den Schulschutz dem stellvertretenden Gauamtsleiter des NSLB und Oberschulrat für den Volksschulbereich, Albert Mansfeld, übertragen.¹³

1935 berief die Schulverwaltung Hellmuth Dahms nebenamtlich als Dozent an das Institut für Lehrerfortbildung.¹⁴

Am 30.3.1935 erstellten Hellmuth Dahms, Werner Müller und Herbert Manig einen Bericht für den NSLB-Hamburg über die Zusammenarbeit mit der Gauführerschule Hamburg. Zu jedem Kurs wurden 10 bis 15 Lehrer entsandt. Zuständig dafür waren die Gausachbearbeiter des NSLB für körperliche Ertüchtigung (Werner Müller), Geländesport (Herbert Manig) und Schulung (Hellmuth Dahms). Gemeinsame Arbeitsfelder von NSLB und Gauführerschule waren die Fortbildungsabteilungen für den Schulschutz, die Lehrerbereitschaft und die Lehrerlager. Die älteren drei Fortbildungsabteilungen (240 Mann) standen unter der Regie von Lehrern, die jüngeren zwei Ausbildungsabteilungen (160 Mann) wurden wöchentlich einmal von SS-Lehrern soldatisch ausgebildet. „Sprechabende behandeln die Themen Führung und Gefolgschaft, Kriegertum und Drill, nationalpolitische Erziehung durch das Lager.“ Als Sprechabende und Arbeitsgemeinschaftsarbeit wurden unter anderem folgende Beispiele genannt: Johannes Böckenhauer über seine sibirische Gefangenschaft, John Wöhlert über den Unterschied zwischen dem NS-Erziehungswillen und dem der ersten Erzieherbewegung und Herbert Bieber über die Reichsführerschule, verbunden mit der Frage: „Schulung oder Erziehung“?¹⁵

Am 27.12.1935 erstellte Hellmuth Dahms als Gauschulungsleiter für den Hamburger NSLB einen Bericht über die „Lehrerlager 1935“. Er schrieb darin: „Die Gefahr des Erzieherstandes ist, dass sich die Lehrer mit dem nationalsozialistischen Gedankengut anschauungsmäßig, wissenschaftlich, literarisch und intellektuell beschäftigen und glauben, den Nationalsozialismus auf diese Weise erkannt zu haben und durch Annahme seiner Weltanschauung als Anschauung bereits Nationalsozialisten zu werden oder geworden zu sein.“¹⁶ Er verwies auf die Erkenntnis des Reichserziehungsministers Bernhard Rust, der die Lagerschulung angeordnet hatte mit der Feststellung: „Nationalsozialist wird man nur im Lager und in der Kolonne.“¹⁷

Hellmuth Dahms kritisierte an der Mehrheit der damals tätigen Lehrer, dass ihnen in vielen Fällen die „Kenntnis der Erziehungsmöglichkeiten der Schulen“ und die Beherrschung der Methoden fehle, so auch „der Wille zur Verteidigung der schulischen Möglichkeiten gegenüber dem planmäßigen Angriff der Hitler-Jugend gegen alle schulische Erziehungsarbeit“. Als Probleme benannte er auch, dass die

Schulverwaltung in den Personen des Juristen Henry Edens und OSR Wilhelm Oberdörffer die Auffassung vertrete, dass es sich bei den Schulungsveranstaltungen nicht um behördliche Veranstaltungen handeln würde, sondern um nationalsozialistische und diese daher in den Ferien stattzufinden hätten. Hauptzielgruppe für die Schulungsveranstaltungen war die Gruppe der jungen Lehrerinnen und Lehrer.

OSR Theodor Mühe legte am 12.5.1934 eine Denkschrift zur Neuordnung des Vorbereitungsdienstes vor, in der für die künftige Referendarausbildung von Lehrern an Volksschulen und an höheren Schulen nach dem Studium ein sechswöchiges Schulungslager vorgesehen war.¹⁸ Und in dem Protokoll der Lehrerkonferenz der Schule Taubenstraße wurde festgehalten: „Lehrer, die an einem 21-tägigen Schulungslager teilnehmen können und möchten, haben sich bei der Schulleitung zu melden. Für die Teilnahme bleibt das Alter unbegrenzt, doch wird erwartet, das vornehmlich jüngere Kollegen sich melden. Es soll kein Zwang sein. Später werden auch Lager für Lehrerinnen eingerichtet werden.“¹⁹

Ostern 1935 begann der NSLB mit seinen obligatorischen Lagerschulungen. Die 40-Jährigen und Jüngere wurden zur Teilnahme verpflichtet. Von den in den Lagern verwendeten Flaggensprüchen stammten etwa 20 aus Hitlers „Mein Kampf“ und elf von Gorch Fock.²⁰ Am 19.4.1935 nahm Hellmuth Dahms an einer Arbeitstagung der NSDAP im Hamburger Rathaus teil, die zur Vorbereitung und Eröffnung des Hamburger HJ-Sommerlagers bei Cuxhaven am 1.7.1935 dienen sollte. Das Lager, unter der Schirmherrschaft von Gauleiter und Reichstatthalter Karl Kaufmann, sollte zugleich der Erholung und der Ausrichtung der Jugend im nationalsozialistischen Geiste dienen. Das „Hamburger Tageblatt“ zitierte aus der Rede Kaufmanns: „Die gegenwärtige Generation hat nur zum Teil das nationalsozialistische Hochziel erreicht. Jugend muß vollenden, was mit der nationalsozialistischen Revolution begonnen wurde. Darum gilt es, die Träger der Zukunft zu schulen und zu ertüchtigen, damit sie ihre Aufgabe erfüllen können.“²¹

In der HLZ-Ausgabe 10/1937 wurde schwerpunktmäßig das Thema Lagerschulung behandelt. In einigen Aufsätzen äußerten sich einige Teilnehmer nach dem 7. Führerlager vom 2. bis 6.1.1937. Die Einleitung dafür schrieb Hellmuth Dahms auf dem Titelblatt dieser HLZ unter der Überschrift „Schulung und Einsatz!“ Dahms nannte dabei die seine Arbeit leitenden Grundsätze:

„1. Die Schulung der Hamburger Lehrerschaft soll ein Weg in die Bewegung sein, den sie selbst geht. Sie sollen nicht wie Schüler oder Lehrlinge durch ältere oder bessere Nationalsozialisten dazu geschult werden, sondern dauernd aus ihr selbst ein Kräftestrom erzeugt werden, der sie in die Bewegung hineinträgt. Dabei gelten keine vergangenen Verdienste, sondern die Dienstgesinnung und das Leistungsvermögen in der Gegenwart und ihr Wert für die Zukunft.“

2. Die Schulung der Lehrerschaft muß bei deren Ausbildung und Eigenart in erster Linie nicht auf dem Wege der Aufklärung und Belehrung erfolgen, sondern die Herzen unmittelbar in Bewegung bringen, versiegte Erlebnisquellen wieder aufschlagen und so die notwendigsten Voraussetzungen zur nationalsozialistischen Erziehtätigkeit wieder wecken: Aufgeschlossenheit zum Mitmenschen, Glauben an Deutschlands Kraft und Volkstum, Vertrauen zur Führung.

3. Schulung ist nur echt, wenn sie zum Tun führt. Eine unlösbare, stetige Verbindung besteht zwischen der gedanklichen Ausrichtung an der Idee des Führers bis hin zum Handeln, zwischen Führerschulung und Winterhilfswerk, zwischen der Teilnahme an Kursen und Lagern unter eigenem, selbständigen Dienen und der Übernahme eines Amtes, dem Ergreifen eines Einsatzes. Schulung und Einsatz, unlösbar verbunden, erst ergeben einen nationalsozialistischen Erzieherstand, beide Pole gewinnen erst in dieser Verbindung jeder seine Bedeutung und seinen erziehenden Wert.“²²

An anderer Stelle hatte Hellmuth Dahms ausgeführt, dass Hamburg die Anforderung des Reichswalters des NS-Lehrerbundes, Fritz Wächtlers, „Stoßtrupps“ in den Gauen zu bilden, schon umgesetzt habe.

„Der Blick der Erzieherschaft muß mehr als der jedes anderen Standes gerichtet sein auf das Schicksal unseres ganzen Volkes, seine Nöte, seine Aufgaben, seine Anstrengungen und dementsprechend unsere Pflichten als deutsche Männer und Frauen dabei mitzuhelfen. Je mehr der Lehrer hier als Mann unter Männern mitkämpft und mitarbeitet, desto mehr wird das Zerrbild des ‚Paukers‘ und ‚Pensumschusters‘ verblasen, das uns immer wieder in der Literatur und in der Anschauung des Volkes entgegentritt. Je mehr der Lehrer so sich in den Strom des Lebens stellt, desto mehr wird die Schularbeit seinen Pulsschlag spüren lassen. So ist es eine unabweisbare Forderung, daß gerade die Erzieherschaft – wie übrigens jeder andere Stand auch – neben den beruflichen Pflichten auch die politischen Pflichten als Berufsstand erfülle.“²³

Stoßtrupps zu folgenden Themen hätte der Hamburger NSLB schon auf den Weg gebracht: „Grenz- und Ostarbeit! Deutschtum und Ausland! Seefahrt ist not! Volksarbeit in Hamburg! Wirtschaftsaufbau, Vierjahresplan! Gesundes und wehrhaftes Volk. Heimat und Weltanschauung. Feinde unserer Weltanschauung!“²⁴

An zwei Beispielen soll gezeigt werden, was Hellmuth Dahms als konkrete Aufgabe für die jeweiligen Stoßtrupps konzipiert hatte. Zum Thema „Heimat und Weltanschauung“ schrieb er: „Diese beiden Pole nationalsozialistischer Geistesarbeit sollen bei unseren Kameraden vereinigt werden: Heimatkundler sollen Kün-der unserer Weltanschauung und Schulungsmänner Heimatkundige sein. Die vorgeschichtlichen, rassen-, volks-, sippenkundlichen und geschichtlichen Erkenntnisse

werden bei der Vertiefung in die Heimat zu einer anschaulichen Grundlage unserer Weltanschauung. Das Gauschulungsamt der NSDAP wird sich dieser Arbeit annehmen. Männer und Frauen, die so geschult sind, fehlen uns noch an vielen Orten. Wer ist berufener, hier der Bewegung zu dienen, als gerade der Lehrer?“²⁵

Und zum Stoßtrupp „Feinde unserer Weltanschauung“ formulierte er:

„Aus ihrem Menschenideal heraus und wegen der antisemitischen Kampfform hat im allgemeinen die Lehrerschaft sich diesem Kampfe möglichst ferngehalten. Auch heute dürfte das kaum wesentlich anders sein. Uns fehlen Kämpfer, die bei gründlicher Kenntnis und steter Beobachtung der Judenfrage und der Arbeit anderer zersetzender Mächte (Komintern u. a.) in und außerhalb der Lehrerschaft vom Gauschulungsamt der NSDAP zur Aufklärung eingesetzt werden können.“²⁶

Am 1.11.1937 verfasste Hellmuth Dahms eine 13-seitige Denkschrift über die Lehrerlager und die in ihnen betriebene Schulung. Die Schulungen richteten sich gezielt „gegen den politisch uninteressierten und nicht an der Aufbauarbeit unserer Bewegung beteiligten Kollegen, den gleichgültigen Beamten, aber auch gegen den ‚privaten Gelehrten‘, gegen den Sondersachbearbeiter für den Privatgebrauch, den Fachmann ohne politische Verbundenheit, den Fachlehrer ohne nationalsozialistisches Erziehungsziel, den Unterrichtsmethodiker von Profession.“ Gemeint waren ein großer Teil der älteren Kollegen, auch manche Amtsträger des NSLB. Die Politisierung sollte in Form des „Stoßtrupps“ erfolgen. Besonders wichtig seien Lager in Gegenden Deutschlands, wo die „Feinde unserer Bewegung“ vertreten sind: Bayerische Ostmark, Münsterland, Paderborn. Dahms hielt es für vorteilhaft, dass der Hamburger NSLB keine Gauschule besaß, denn die Lager seien viel anregender und reizvoller.²⁷

Der eifrige Parteisoldat Hellmuth Dahms wurde mit einer Schulleiterstelle belohnt. Das Lehrerverzeichnis des Schuljahres 1938–1939 führte ihn als Schulleiter der Schule Hasselbrook, Ritterstraße 46.²⁸

Mit Kriegsbeginn endete das Programm der Lagerschulung der Lehrer. Bereits vor Kriegsbeginn waren Lagerschulungen stark rückläufig. Da von Hellmuth Dahms keine Personalakte mehr existiert, kann über sein weiteres „Schicksal“ nur spekuliert werden. Aus seiner Sterbeurkunde geht hervor, dass er am 3.10.1947 im Kriegsgefangenenlazarett Nummer 2989 in Russland verstarb. Als Todesursache wurde „Krankheit“ angegeben. Vermerkt wurde auch, dass Hellmuth Dahms Leutnant gewesen war. Vermutlich wird er, nachdem seine politische Lebensaufgabe, Lagerschulungen zu organisieren, mit Beginn des Krieges erfüllt war, sich für den Kriegsdienst gemeldet haben.²⁹

Uwe Schmidt, der einen Kontakt zu Dahms Tochter Ortrud hergestellt hatte, gab eine andere Variante an: „1945 wurde Dahms im Erzgebirge, wohin seine Fami-

lie evakuiert worden war, von sowjetischen Organen verhaftet und nach Sibirien deportiert. Dort starb er 1947.“³⁰

Anmerkungen

- 1 Daten aus der Sterbeurkunde von Hellmuth Dahms, die mir in Kopie am 18.2.2008 von Uwe Schmidt zugeschickt worden war. Gemeinsam mit Uwe Schmidt habe ich in den Jahren 2007 und 2008 über Hellmuth Dahms geforscht und die zusammengetragenen Daten und Dokumente ausgetauscht, wie wir es auch zu anderen Personen, die uns gemeinsam interessierten, getan haben.
- 2 Angaben laut den Hamburgischen Lehrerverzeichnissen der Schuljahre 1929/30 und 1932/33, beide herausgegeben von der Gesellschaft der Freunde und dem Verein Hamburger Volksschullehrerinnen.
- 3 Laut Sterbeurkunde.
- 4 BArch, NS 12_1416a.
- 5 HLZ 34-35/1934, S. 523. Siehe auch: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 33.
- 6 HLZ 43/1933, S. 571 f.
- 7 Ebd. Siehe auch die Biografien Willi Schulz und Kurt Holm in: de Lorent 2016, S. 99 ff. und 701 ff.
- 8 Andreas Kraas: Lehrerlager 1932–1945. Politische Funktion und pädagogische Gestaltung, Bad Heilbrunn 2004, S. 69.
- 9 BArch, NS 12_1416a.
- 10 HLZ 34-35/1934, S. 524.
- 11 Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 341 f.
- 12 Schmidt 2010, S. 342.
- 13 Ebd. Siehe auch die Biografie Albert Mansfeld in: de Lorent 2016, S. 118 ff.
- 14 Laut Hamburgisches Lehrerverzeichnis für das Schuljahr 1935/1936, herausgegeben vom NSLB Hamburg.
- 15 BArch, NS 12_913.
- 16 BArch, NS 12_1416a.
- 17 Alle weiteren Zitate ebd.
- 18 StA HH, 361-2 VI_1722 - Neuordnung des Vorbereitungsdienstes 1933–1940.
- 19 StA HH, 362-3/66, Ablage 2006/1_1.
- 20 BArch, NS 12/1416a.
- 21 „Hamburger Tageblatt“ vom 20.4.1935.
- 22 HLZ 10/1937, S. 109.
- 23 HLZ 36/1937, S. 382.
- 24 Ebd.
- 25 Ebd.
- 26 Ebd.
- 27 BArch, NS 12_1416a.
- 28 Hamburgisches Lehrerverzeichnis für das Schuljahr 1938/1939, herausgegeben vom NSLB.
- 29 Zur Sterbeurkunde siehe Anmerkung 1.
- 30 Schmidt 2010, S. 454.

Herbert Bieber

„Wir sind die junge Lehrerschaft, dem Führer treu ergeben.
Wir fragen nicht, was früher war, wir sind ein neues Leben.
Wir kämpfen nur für Volk und Staat, im Dienst an deutscher Jugend.
Uns kümmert nicht Geburt und Grad. Hier gilt die Männertugend.“¹

Herbert Bieber gehörte zu den jungen Propagandisten im NSLB, die insbesondere die Zusammenarbeit mit der Hitlerjugend suchten. Schon 1931 in die NSDAP eingetreten war er offensichtlich ein leidenschaftlicher naturwissenschaftlicher Lehrer, eng mit der NS-Ideologie verbunden, aber ohne größeres Charisma für leitende Funktionen im Hamburger Schulwesen. Er profilierte sich als Gausachbearbeiter für den naturwissenschaftlichen Unterricht im NSLB und als Chronist für die Hamburger Lehrerzeitung (HLZ). Nach der NS-Zeit gelangte er nicht sofort wieder in den Hamburger Schuldienst. Später, 1953, kehrte er zurück an das Matthias-Claudius-Gymnasium, leitete dessen Ehemaligen-Verein und schrieb einige Artikel über die Hamburger Schulgeschichte, mit erkennbaren Schwierigkeiten, sich über die NS-Zeit zu äußern.

Herbert Bieber war am 4.3.1904 in Sankt Petersburg geboren, wo sein Vater Rudolf Bieber zu der Zeit als Kaufmann arbeitete. In Hamburg besuchte er bis Ostern 1913 eine private Vorschule (Grundschule) und wechselte danach auf das Matthias-Claudius-Gymnasium, an dem er 1922 die Reifeprüfung bestand.²

Anschließend studierte Bieber Mathematik und Physik in Marburg und Göttingen, promovierte 1927, wechselte zum Referendariat an das Gymnasium zum Grauen Kloster und zum Helmholtz-Realgymnasium nach Berlin, wo er 1929 das erste Staatsexamen ablegte.³ Danach ging Herbert Bieber zum 1.4.1929 an die private Wichernschule und arbeitete dort bis zum Übertritt in den Staatsdienst 1938. Die letzten Jahre an der Wichernschule fungierte Bieber als stellvertretender Schulleiter und war damit der Vorgänger von Dr. Hans Reimers, der später noch eine Rolle in Biebers Berufsleben spielen sollte.⁴

Herbert Bieber war schon früh politisch aktiv. Mit 27 Jahren trat er am 1.12.1931 in die NSDAP ein, 1932 in den NSLB, außerdem in die NSV und in den NS Altherrenbund. Im NSLB fungierte er als Gausachbearbeiter für die naturwissenschaftlichen Fächer sowie zeitweise als Presseverantwortlicher, er schrieb regelmäßig Artikel für die HLZ und wirkte als Chronist von Veranstaltungen. In der NSDAP hatte er in Wandsbek das Amt des Kreisschulungsleiters übernommen.⁵

Wegen seiner früheren NSLB-Mitgliedschaft überrascht die Aussage von Uwe Schmidt, dass Bieber 1933 im Hamburger Philologenverein zum 2. Vorsitzenden gewählt wurde, mit Karl Züge, dem neuen 1. Vorsitzenden in der Nachfolge

von Theodor Mühe. Somit hatte Herbert Bieber vermutlich dafür geworben, den Philologenverein ebenfalls in den NSLB zu überführen.⁶

In der HLZ versuchte Herbert Bieber in fast schwärmerischer Weise ein Bild zu zeichnen, dass nach der „nationalen Revolution“ ein ganz anderes Zusammenleben an den höheren Schulen zwischen Schülern und jungen Lehrern entstanden sei:

„Aber die große Veränderung, die sich durch die bündische Bewegung und durch die Hitler-Jugend zwischen Schülern und Junglehrern vollzogen hat, ist noch nicht in das öffentliche Bewußtsein übergegangen. Wann kommt endlich der Film, der uns die wirkliche Entwicklung der heutigen Primaner zeigt? Z. B. wie wir in den Jahren des Kampfes einmal 7 Stunden – Lehrer und Schüler auf engstem Raume – bei Sagebiel gestanden haben, um Adolf Hitler zu hören, wie ein andermal die Klasse unter Führung ihres Lehrers von der Schule nach der Lokstedter Rennbahn hinausfuhr, wo der Führer am 23. April 1932, dem Tage vor der Preußen Wahl, zu

hunderttausend sprach, dann die großen Tage des Frühjahrs 1933 und endlich den 25. Februar 1934, an welchem Lehrer und Schüler gemeinsam auf den Führer vereidigt wurden. Diese Erlebnisse haben uns das Bewußtsein unserer öffentlichen Verantwortung in der Bewegung so tief ins Herz gebrannt, daß zwischen uns keine Pennälerromantik mehr möglich ist. Niemals allerdings darf sich ein Lehrer vergessen und die besondere Ehre eines Hitlerjugendführers antasten, indem er ihn als Pennäler behandelt. Niemals wieder dürfen Lehrer versuchen, wie es mir selbst als Junge gegangen ist, einen Schüler zum Verrat an seinen



Herbert Bieber, 1931

Kameraden zu stiften; gerade dieses Verfahren wird ja auch von Adolf Hitler in seinem Buche besonders gegeißelt.“⁷

Herbert Bieber war ein beseelter Nationalsozialist. An anderer Stelle hatte er gereimt:

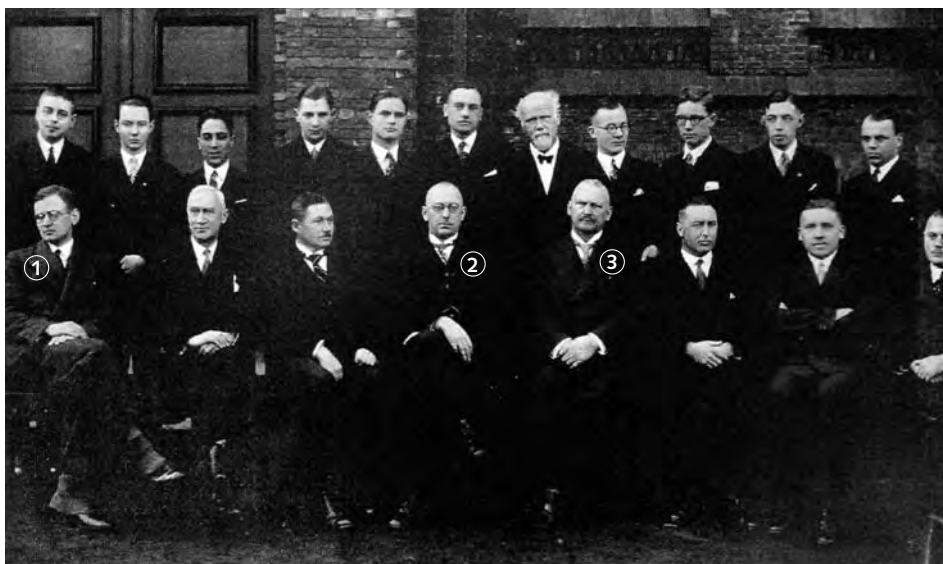
„Wir sind die junge Lehrerschar, dem Führer treu ergeben.

Wir fragen nicht, was früher war, wir sind ein neues Leben.

Wir kämpfen nur für Volk und Staat, im Dienst an deutscher Jugend.

Uns kümmert nicht Geburt und Grad. Hier gilt die Männertugend.“⁸

Der damals 30-jährige Herbert Bieber, der schon in der von den Nationalsozialisten „Kampfzeit“ genannten Phase der vehementen Agitation von und für Adolf Hitler und seine Bewegung mit Schülern gemeinsame Sache machte und dem „Führer“ huldigte, versuchte zu einem Zeitpunkt für die Hitlerjugend eine Lanze zu brechen, als andere Lehrer an höheren Schulen und insbesondere deren Schulleiter sich zunehmend über die Einflussnahme der Hitlerjugend auf die Schule beklagten.



Kollegium der Wichernschule, 1931. Herbert Bieber (1). In der Mitte Schulleiter Richard Ackermann (2), rechts daneben OSR Wilhelm Oberdörffer (3)

Somit wird Bieber eher eine Minderheitenposition in der Lehrerschaft vertreten haben, wenn auch mit Leidenschaft:

„Die öffentliche Verantwortung die die HJ trägt, unterscheidet sich grundlegend von den höheren Bünden, aus denen man nach Belieben austrat, ja die man selbst beliebig gründete. Wir Älteren haben unsere Jugend und unsere Ausbildungszeit in diesem grundsätzlich individualistischen Zeitalter erfahren, wir sind zur NSDAP aufgrund freier Entscheidung als Einzelkämpfer gestoßen. Die Jugend aber wächst in den neuen Staat als in eine natürliche Lebensordnung. Darum klagen diese Jungen nicht, wenn sie einmal beim Gebietsaufmarsch zwei Nächte lang nicht zum Schlafen kommen, weil sie in der Organisationsleitung sitzen; gibt es doch keine schönere Erinnerung als die an erfolgreiche Arbeit.“⁹

Herbert Bieber war beseelt davon, wie sich die Jugend in die NS-Bewegung hineingefunden hatte:

„Den tiefsten Sinn dieses Aufbruches der Jugend hat der preußische Ministerialrat Haupt in einer Rede zur Eröffnung des ersten Schultages für Kameradschaftshäuser ausgesprochen, indem er sagte: ‚Vor kurzem schrieb die Pariser jüdische Zeitung ‚Das Tagebuch‘: ‚Der Urwald rückt an.‘ Das soll eine Verhöhnung des Nationalsozialismus sein, aber ich möchte im Rahmen des interessanten (im Gegensatz zum langweiligen) Nationalsozialismus diesen Ausdruck anerkennen. So muß Westeuropa es sehen. Das ist für Westeuropa der Urwald, das sind die germa-

nischen Barbaren. Der Mutterboden, der Urwald brach in unserem deutschen Urvolk in Zeiten der Gefahr immer wieder durch. Heute, wo sich die westeuropäische Zivilisation durch die ganze Welt hindurchgefressen hat, da wagt es das deutsche Volk, zum Urwald zurückzukehren.' – Die Lebensform im Urwald ist das Feldlager. Der urtümliche Drang nach dem Männerbund ist aus der Verschüttung wieder aufstanden und treibt die Jugend mit Macht in die HJ, SA, in die Arbeitslager und Kameradschaftshäuser. Der Aufstand gegen die Stadt ist in vollem Gange."¹⁰

Herbert Bieber begab sich in seiner weiteren Argumentation in eine nicht ungefährliche Gegenposition zu der „älteren Lehrerschaft“ und konnte das, weil er als NSDAP-Mitglied seit 1931 als „alter Kämpfer“ angesehen werden musste:

„In der HJ führt der Junge ein Feldlagerleben, mag es sich auch äußerlich in der Stadt abspielen. Da aber, wie wir gesehen haben, die Schule zutiefst der Stadt verwandt ist, so kann die Jugend mit der heutigen Schule keinen Frieden schließen, sondern sie befindet sich auf absehbare Zeit hinaus noch im Angriff. Denn das Bildungsideal der bisherigen höheren Schule und der älteren Lehrerschaft ist noch immer der wissenschaftlich gebildete, kontemplative Mensch, aber nicht der politische Soldat, der nur das gerne lernt, was er als Waffe brauchen kann.“¹¹

Noch zwei Beispiele, die zeigen, wie stark Herbert Bieber Adolf Hitler verehrte:

„Welches Erziehungsziel stellen wir denn nun heute auf? Der Nationalsozialismus ist von Adolf Hitler geschaffen, also sehen wir uns den Führer an, und der Mensch, den wir erstreben, steht lebendig vor uns. Trotz seiner ungeheuren Arbeitsenergie ist Adolf Hitler kein betriebsamer Politiker, wie sie die Weimarer Republik hervorbrachte. Adolf Hitler ist in seinem Lebensgrunde ein tief religiöser Mensch. Wenige Tage nach dem Antritt seines Kanzleramtes sagte er zu dem späteren Reichsbischof Müller: ‚Es ist mir immer noch wie ein Wunder Gottes.‘ Und niemals werden wir das Gebet vergessen, mit dem er seine große Rede am 1. Mai 1933 auf dem Tempelhofer Felde schloß. Doch trotz seiner religiösen Grundhaltung und trotz seiner persönlichen Einfachheit ist er ein Künstler in der vollendeten Beherrschung aller technischen Mittel. Man muss in dem Buche von Dr. Dietrich ‚Mit Hitler in die Macht‘ die atemberaubenden Schilderungen seiner Propagandazüge zu den großen Wahlschlachten 1932 lesen, wir erinnern uns ferner des 27. August 1933, an dem er morgens am Tannenbergdenkmal und abends auf dem Niederwald zu den Saardeutschen sprach, man male sich endlich das Ereignis vom 25. Februar 1934 richtig aus, als zwei Millionen politische Leiter und HJ-Führer auf ein Kommando stillstanden und vereidigt wurden; dann vermißt man erst wirklich, daß Adolf Hitler als erster den Rundfunk in das politische Leben einbezogen und dadurch auch eine neue Form des außenpolitischen Verkehrs geschaffen hat, indem er sich unmittelbar an die fremden Völker wendet.“¹² Hier schwärmte ein glühender Anhänger.

An anderer Stelle berichtete Herbert Bieber in der HLZ von einer Arbeitsversammlung, auf der die Gegensätze zwischen HJ und NSLB deutlich geworden waren:

„Als Ergebnis des Abends kann man feststellen: der Typ des Jungen, den wir – HJ und NSLB – erstreben, ist derselbe: Der geweckte stahlharte Junge, der jedes Hindernis nimmt, weil er gelernt hat, seine gesammelte geistige und körperliche Kraft in disziplinierter Weise einzusetzen. Zur Erziehung solcher Jungen ist es nötig, ihnen klare Pflichten zu zeigen und sie nicht zwischen drei Autoritäten hin- und herzuzerren. ‚Wenn wir uns doch erst mal die Zeit unserer Jungen teilen könnten‘, sagte ein Schulleiter, aber das ist zu wenig. Wir gehören als Nationalsozialisten alle zusammen, mahnte uns der Führer in Nürnberg deutlich genug. – Über die Wege, auf denen HJ und NSLB gemeinsam vorgehen, wird hoffentlich schon in Kürze weiteres berichtet werden können.“¹³

Herbert Bieber schrieb zahlreiche Beiträge für die HLZ, auch größere Aufsätze, die es auf die HLZ-Titelseite brachten, wie etwa: „Die Naturwissenschaft im Dienste der weltanschaulichen Erziehung“.

Er begann dabei mit folgender Problembeschreibung:

„Der Führer schreibt in ‚Mein Kampf‘ auf Seite 469: ‚Es liegt im Zuge unserer heutigen materialisierten Zeit, daß unsere wissenschaftliche Ausbildung sich immer mehr den nur realen Fächern zuwendet, also der Mathematik, Physik, Chemie, usw. So nötig dies für eine Zeit auch ist, in welcher Technik und Chemie regieren und deren wenigstens äußerlich sichtbarste Merkmale im täglichen Leben sie darstellen, so gefährlich ist es aber auch, wenn die allgemeine Bildung einer Nation immer ausschließlicher darauf eingestellt wird. Diese muß im Gegenteil stets eine ideale sein.‘ Aus dem harten Urteil, das der Führer hier zwischen den Zeilen über die Naturwissenschaft fällt, entstanden in der Zeit der Machtergreifung Vorschläge, nach denen die Naturwissenschaften mit Ausnahme der Biologie, für die allgemeinbildende Schule fast völlig abgelehnt und an Fachschulen verwiesen wurden. Heute, nach der Verkündung des neuen Vierjahresplanes, wird die ungeheure Bedeutung der Naturwissenschaft wieder allgemein zugegeben. Trotzdem genügt es nicht, daß die Naturwissenschaft als ein notwendiges Mittel etwa zur Landesverteidigung anerkannt wird, sondern auch sie hat hohe Aufgaben bei der weltanschaulichen Erziehung unserer Jugend zu erfüllen, wie wir zeigen wollen.“¹⁴

Herbert Bieber hatte sich im NSLB und der NSDAP profiliert. Er war „alter Kämpfer“, Kreisschulungsleiter der NSDAP in Wandsbek, stellvertretender Schulleiter der privaten Wichernschule und bemühte sich in einem Schreiben an OSR Wilhelm Oberdörffer um die Aufnahme auf die Anwärterliste für den Hamburger Schuldienst.¹⁵

Am 1.4.1938 wurde Herbert Bieber in den Staatsdienst übernommen und an der Oberschule für Jungen Rahlstedt eingesetzt sowie seine Beförderung zum Studienrat vorgeschlagen. In dem Ernennungsvorschlag hieß es ganz offen: „Dr. Bieber wird jetzt zur Beförderung vorgeschlagen, weil er seit Dezember 1931 Mitglied der NSDAP ist.“¹⁶ Mit alten Parteigenossen wurde großzügig umgegangen. Am 5.6.1941 notierte die Personalabteilung, daß „die Dienstzeiten von Herbert Bieber in der NSDAP bis zum 30.1.1933 auf sein Besoldungsdienstalter angerechnet würden.“¹⁷

Herbert Bieber verfügte offenbar in dieser Zeit über ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein. In einem Fall wurde in der Schulverwaltung geprüft, ob Bieber „sich nicht so ungehörig“ verhalten habe, dass „dagegen etwas zu unternehmen“ sei. Bieber hatte einen Brief an das Gesundheitsamt Wandsbek geschickt, über den sich der Arzt des Gesundheitsamtes bei der Schulverwaltung beschwert hatte. Bieber war zu einer ärztlichen Untersuchung aufgefordert worden und antwortete:

„Ist diese Untersuchung tatsächlich nötig? Ich bin am 22.2.1938 von Ihnen selbst zwecks Erlangung eines Ehestandsdarlehens untersucht worden; ich bin zum zweiten Male am 4.7.1938 von Herrn Dr. Reuß im Gesundheitsamt Besenbinderhof zwecks Anstellung als Studienrat untersucht worden. In beiden Fällen wurde ich als völlig gesund bezeichnet. Weshalb ich nun wieder untersucht werden soll, ist mir einfach unerfindlich. Wenn aber das Gesundheitsamt über so viel Zeit verfügt, daß es einen von ihm selbst bereits zweimal als gesund befundenen jungen Mann im gleichen Jahre ein drittes Mal zu untersuchen wünscht, so bitte ich wenigstens auf meine und meiner Kollegen vollbesetzte Arbeitszeit insofern Rücksicht zu nehmen, als Sie mir eine Zeit nach 15 Uhr geben, so daß ich ohne Beeinträchtigung des Unterrichts von Rahlstedt nach Wandsbek kommen kann. Halten Sie nicht auch mal in Rahlstedt Sprechzeit ab?

Entschuldigen Sie diesen offenen Brief, aber ich erinnere mich noch sehr gut an unsere angeregte Unterhaltung anlässlich meiner Untersuchung und Sie tun mir wirklich leid heute. Ich denke also, Sie erwarten mich erst einmal am Dienstag nicht. Heil Hitler! Ihr Dr. Bieber.“¹⁸

Der Sachbearbeiter in der Schulverwaltung, der das Schreiben auf „Ungehörigkeit prüfen“ sollte, war zu dem Ergebnis gekommen: „Das Erstaunen des Dr. B., der nach dem Gutachten vom 4.7. ‚sehr gute Allgemeinkonstitution‘ besitzt, (und von dem am 28.7. ein neues Gutachten angefordert wurde), ist daher zum mindesten verständlich, meiner Auffassung nach auch der Brief verzeihlich.“¹⁹

Am 4.4.1938 heiratete Herbert Bieber Anita Renneberg, mit der er zwei Kinder bekam.²⁰ Am 3.5.1940 wurde Herbert Bieber zur Wehrmacht eingezogen, seinen Dienst während des Krieges leistete er „im Wetterdienst, wo er seine physikalischen Kenntnisse nutzen und vermehren konnte“.²¹

Am 20.6.1945 wurde Herbert Bieber im Auftrag der britischen Militärregierung entlassen. Über die unmittelbare Zeit danach gibt es keine gesicherten Erkenntnisse. Möglicherweise war Herbert Bieber interniert worden wegen seiner Funktion als Kreisschulungsleiter und seiner Tätigkeit im NSLB. Dies ist daraus zu schließen, dass das Entnazifizierungsverfahren von Herbert Bieber erst 1947 betrieben wurde. Der Fachausschuss 6b stellte am 15.7.1947 fest:

„Mit Rücksicht auf die schwere politische Belastung hält der Fachausschuss in Übereinstimmung mit dem Beratenden Ausschuss Dr. B. als Lehrer nicht tragbar. Er wird in Kategorie III eingestuft.“²²

Der Beratende Ausschuss hatte am 24.6.1947 geurteilt:

„Wir haben durch Unterhaltung mit ihm und Studium der Unterlagen den Eindruck gewonnen, dass er wohl einer echten Umkehr, einer definitiven Abwendung vom Nationalsozialismus fähig ist. Wir glauben dass er dann wertvolle pädagogische Arbeit leisten wird. Die Schwere seiner Belastung lässt im Augenblick noch keine Bestätigung zu. Der Ausschuss empfiehlt, seinen Fall in einigen Jahren erneut zu überprüfen.“²³

Herbert Bieber musste die Zeit durch eine Tätigkeit als Bauhilfsarbeiter bei der Trümmerbeseitigung überbrücken. Die Baufirma Emil Dilger aus Wandsbek bestätigte ihm am 1.3.1948, dass er ein Jahr lang „in jeder Hinsicht seine Pflicht getan hat, bis ihn Krankheit zwang, aus dem Bausektor auszuschneiden, um eine leichtere Tätigkeit zu übernehmen“. Und weiter: „Ich habe ihn als einen ruhigen und besonnenen Mann kennengelernt, der wegen seiner sachlichen Haltung und seiner Kameradschaftlichkeit bei allen Mitarbeitern des Betriebes beliebt war.“²⁴ Herbert Bieber erhielt zwei Leumundszeugnisse von Personen, die in diesem Kontext einen guten Ruf besaßen und insbesondere für die Schulverwaltung wichtige Akteure waren. Dr. Wilhelm Oberdörffer, der Oberschulrat für die höheren Schulen gewesen war, bevor er 1941 aus unterschiedlich interpretierten Gründen aus der Schulverwaltung ausschied, der nach 1945 ähnlich wie Fritz Köhne zahlreiche „Persilscheine“ ausstellte²⁵, verwandte sich auch für Herbert Bieber:

„Herr Dr. Bieber gehörte zu den wenigen Lehrern an höheren Schulen in Hamburg, die bereits vor 1933 der NSDAP beigetreten und in ihr rege tätig gewesen waren. Es steht für mich außer Zweifel, daß Herr Dr. Bieber sich der Bewegung aus idealer Begeisterung ohne eigennützige Beweggründe angeschlossen hat. Er hat seine politische Überzeugung stets ehrlich und offen zu erkennen gegeben und im Lehrerbund und in den Gliederungen der Partei längere Zeit tatkräftig mitgearbeitet. Dabei hatte er seine Obliegenheiten in der Wichernschule nicht vernachlässigt, sondern alle seine Pflichten dort pünktlich und zuverlässig erfüllt. Die Aufgaben an der Wichernschule unter der Leitung des verstorbenen

Oberstudiendirektors Ackermann²⁶ haben ihn von jeher gereizt, und er hat keine Mühe und Opfer gescheut, um die Schule, die immer schon für sorgfältig überlegte pädagogische Versuche weiten Spielraum ließ, vor allem auf seinem Fachgebiet der Physik mit auszubauen und auch gegenüber Anfeindungen aus Kreisen der NSDAP erfolgreich zu schützen.

Ebenso zweifelsfrei ist, daß Herr Dr. Bieber nach Erziehung und aus innerer Überzeugung fest auf dem Boden des Christentums stand und sich in dieser Hinsicht auch nicht zu Kompromissen bereitfand. Schließlich muss hervorgehoben werden, dass Herr Dr. Bieber aus seiner Eigenschaft als alter Parteigenosse und tätiger Mitarbeiter in der Partei keinerlei Nutzen in seinem beruflichen Fortkommen gehabt hat. Zusammenfassend möchte ich sagen, daß Herr Dr. Bieber ein sehr befähigter, wissenschaftlich bestens fundierter Lehrer und begeisterter Jugenderzieher war und auch charakterlich insofern Anerkennung verdient, daß er zwar in seinem Idealismus einen falschen politischen Weg eingeschlagen, aber später doch in klarer Erkenntnis der Zusammenhänge und der Entwicklung, die die Partei nahm, sich von tätiger Mitarbeit immer mehr zurückgezogen hat. Unter Berücksichtigung der nicht zu bestreitenden menschlichen und beruflichen Vorzüge, die Herrn Dr. Bieber eigen sind, wäre ihm eine milde politische Beurteilung seiner Persönlichkeit mit der Aussicht auf Wiedereinstellung in den Schuldienst zu wünschen.“²⁷

Als hilfreich für Herbert Bieber erwies sich zudem, dass mittlerweile ein ehemaliger Kollege aus seiner Tätigkeit an der Wichernschule während der NS-Zeit, als Bieber dort stellvertretender Schulleiter war, nunmehr in der Hamburger Schulbehörde Verantwortung hatte. Hans Reimers, der aus meiner Sicht ebenfalls erheblich NS-belastet war, aber erstaunlicherweise nach 1945 von Schulsenator Landahl zu dessen persönlichem Referenten gemacht worden war und Karriere machte²⁸, ebnete offenbar den Weg für Herbert Bieber. Zunächst gab Hans Reimers am 7.3.1949 eine Erklärung zugunsten von Herbert Bieber ab:

„1. Ich kenne Herrn Dr. Bieber aus der Zeit seiner Tätigkeit in der Wichernschule. Wir haben gemeinsam an dieser Schule gearbeitet, und zwar ab Oktober 1936 bis zu seiner Versetzung an eine Staatsschule. Herr Dr. Bieber hat während dieser Zeit niemals irgendwelche politische Einflußnahme auf irgend ein Mitglied des Kollegiums genommen. Seine ganze Arbeit war rein fachlicher Natur.

2. Herr Dr. Bieber stand meines Wissens durchaus auf dem Boden des Christentums. Bei der Frage der regelmäßigen Morgenandachten, die zwischen Schule und Internat Rauhes Haus zu regeln war, nahm er eine vermittelnde Stellung ein. Die Schulleitung wollte nach 1933 meines Wissens die Andachten einstellen; Herr Dr. Bieber setzte sich dafür ein, dass die Internatsjungen auch weiterhin regelmäßig ihre Morgenandacht hatten.“²⁹ Hans Reimers hatte von dem Weggang des stellver-

tretenden Schulleiters Biebers profitiert, er übernahm danach diese Leitungsfunktion an der Wichernschule.

Bieber wurde erst 1949 als Angestellter wieder in den Schuldienst übernommen. Bis dahin war er bei der Vollkorn-Spezialbäckerei Walter Jüngst in Rahlstedt beschäftigt.³⁰ Der Nachruf im Mitteilungsblatt des Ehemaligen-Vereins ging großzügig mit dieser Lebensphase um: „Während der Wirren der Nachkriegszeit blieb Dr. Bieber durch den Verein der Ehemaligen immer seiner alten Schule verbunden, bis er Ostern 1953 als Lehrer hierher zurückkehrte.“³¹

Der Berufungsausschuss zur Entnazifizierung hatte Herbert Bieber am 9.3.1949 in Kategorie IV eingruppiert, seiner Einstellung als Studienrat zugestimmt, mit der Einschränkung, ihn bis zum 1.1.1952 im Angestelltenverhältnis zu beschäftigen. Bieber nahm dann am 20.4.1949 (skurriler Weise am Geburtstag der nicht mehr lebenden Person, die von Bieber einmal sehr verehrt worden war) seinen Dienst an der Oberschule für Mädchen am Lerchenfeld wieder auf. Zum 1.4.1951 wurde Bieber an die Walddorfer-Schule versetzt. Zwischenzeitlich hatte der Leitende Ausschuss zum Abschluss der Entnazifizierung Herbert Bieber mit Wirkung vom 1.8.1952 in Kategorie V überführt, was als „echte Entnazifizierungsentscheidung“ galt. Oberschulrat Hans Reimers wies Bieber dann am 1.4.1953 wieder dem Matthias-Claudius-Gymnasium zu.³²

Reimers schrieb Bieber: „Von Herrn Schulrat Hoffmann erfahre ich, daß Sie nun doch nicht an eine Schule gekommen sind, die für Ihre Wohnung günstig liegt. Er sagte mir zwar, daß Sie sich mit einer Tätigkeit an der Meerweinstraße einverstanden erklärt haben; ich bedaure aber doch, daß damit Ihre Wünsche nicht voll haben erfüllt werden können. Vielleicht liegt es doch daran, daß die Entscheidung in Ihrem Falle so spät gefallen ist. Ich möchte Ihnen persönlich für Ihre freundliche Bereitwilligkeit, eine einjährige Tätigkeit außerhalb der Wissenschaftlichen Oberschule zu übernehmen, herzlich danken. Ich glaube, daß Sie dadurch der Walddorferschule bei der Planung für das neue Schuljahr sehr geholfen haben. Mit herzlichen Grüßen für Sie und Ihre Frau Gemahlin bin ich Ihr Reimers.“³³

Kurz darauf wandte sich Herbert Bieber noch einmal am 29.5.1952 an Hans Reimers mit der Bitte, ihn doch möglichst bald in das Beamtenverhältnis zu übernehmen: „In ernster Sorge wende ich mich heute unmittelbar an Sie. Ich halte mich aber diesmal dazu für berechtigt, weil wir alte Kollegen sind und Sie daher wissen, daß ich in den 23 Jahren meines Hamburger Schuldienstes noch niemals der Behörde mit übermäßig vielen Be- und Gesuchen lästig gefallen bin, einerlei welche Richtung am Ruder war.“³⁴

Herbert Bieber benötigte die Festanstellung, weil er damit eine günstigere Finanzierung für einen Hausbau mit einem zuteilungsreifen Bausparvertrag in Anspruch nehmen konnte. Dem Kollegen konnte geholfen werden, einen Monat spä-



Kollegium am Matthias-Claudius-Gymnasium, 1954. Herbert Bieber sitzt in der Mitte in der 2. Reihe (1). Ganz hinten die ehemaligen NS-Aktivisten Walter Brockmüller (2) und Erwin Gottsleben (3), die auch erst nach längerer Entnazifizierung wieder eingestellt worden sind.

ter wurde ihm eine freie Studienratsstelle zugewiesen, am 2.7.1952 erhielt er die von Bürgermeister Max Brauer unterschriebene Verbeamtungsurkunde.³⁵

Am Matthias-Claudius-Gymnasium (MCG) nahm Herbert Bieber seine Arbeit mit großem Engagement wieder auf und widmete sich insbesondere der Tätigkeit im Ehemaligen-Verein der Schule, seit 1957 als Vorsitzender und Herausgeber des Mitteilungsblattes. Bieber war Chronist der Schulgeschichte, so für die Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum der 1872 gegründeten Schule. Darin gab es auch einen kurzen Abschnitt über die Zeit von 1930 bis 1945, ein sensibles Anliegen für jemanden mit der politischen Vergangenheit von Herbert Bieber. Bemerkenswert schmal hatte Bieber über das Jahr 1933 notiert:

„Inzwischen war schweres Gewölk am politischen Himmel aufgezogen. Hitler war seit dem 30. Januar 1933 deutscher Reichskanzler, und die Hand der Nationalsozialisten wurde bald in jeder Schule, ja in jeder Familie spürbar. Niemand der Nachgeborenen kann sich diese Zeit vorstellen; höchstens das Leben in der DDR erinnert entfernt daran. Die Lehrer blieben zwar im wesentlichen dieselben, aber oft nicht die gleichen wie vorher. Mancher der vor dem berühmten 30. Januar Hitler in Grund und Boden verdammt hatte, konnte nun nicht schnell genug eine braune Uniform – auf eigene Kosten – anziehen.“³⁶

Ein Beispiel dafür, warum die Involvierten aus dieser Zeit nicht die besten und geeignetsten Berichtersteller waren. Schwierigkeiten bereitete dem Chronisten Herbert Bieber aber nicht so sehr die NS-Zeit, sondern eher die jüngere Schulgeschichte:

„Im Frühjahr 1969 hatte die von den Studenten ausgehende Unruhe (man denke an den Schahbesuch in Berlin 1967 und an den Tod des Studenten Ohne-sorg) auch die Hamburger Schüler erfaßt. Im Mai 1969 kam es stellenweise zu Schülerstreiks und mehr oder weniger geordneten Umzügen von Schülern während der Vormittagszeit. Ein solcher Haufen erschien eines Morgens mit lauten Rufen auch auf dem Hof des MCG, fand aber kaum Resonanz, und nur ganz wenige unserer Schüler schlossen sich dem Zuge an. Unsere Jungen blieben immer zugänglich, als wir damals ruhig mit ihnen diskutierten. Daß die Schule ein Ort ernster, wissenschaftlicher Ausbildung sei, wurde von niemandem bestritten, und daß man wegen der natürlichen Faulheit der Menschen Klassenarbeiten und Prüfungen nicht entbehren kann, gaben sie auch zu. So blieben eigentlich nur ein paar Äußerlichkeiten übrig, in denen die Lehrerkonferenz den Wünschen der Schüler nachgab: Die Oberklassen dürfen in den Pausen in ihren Räumen und im Altgebäude bleiben und dürfen außerdem auf dem Hof an der Witthöfftstraße rauchen. Diese Dinge trugen schnell zur Beruhigung der Gemüter bei. Trotzdem hat sich das Verhältnis der jungen Leute zu ihrer Schule verändert. Seit 1970 finden keine Entlassungsfeiern mehr statt, weil die Mehrheit der Abiturienten sie damals ablehnte. „Solche Feiern täuschen nur eine heile Schule in einer heilen Welt vor.“³⁷

Es gab Zeiten, da hatte Herbert Bieber mehr Empathie für die Schuljugend gezeigt. Aber da gab es auch keine „Haufen in mehr oder weniger geordneten Umzügen“, da waren die Reihen noch fest geschlossen gewesen.

Die dienstlichen Beurteilungen über die Arbeit Herbert Biebers waren äußerst positiv. Am 28.4.1961 schrieb Schulleiter Werner Rockel:

„Herr Dr. Bieber besitzt auf fachlichem Gebiet überdurchschnittliche Kenntnisse. Er begnügt sich nicht mit dem, was er einmal studiert hat, sondern ist unermüdlich bemüht, wissenschaftlich den Stand zu erreichen, den die moderne Forschung in seinen Fachgebieten erfordert. Abgesehen davon, daß er als sehr rühriges Mitglied der mathematischen Gesellschaft tätig ist, besucht er Vorträge und Praktika, um jederzeit in der Lage zu sein, seinen Schülern ein lebendiges Wissen zu vermitteln. Zu seinen fachlichen Fähigkeiten tritt eine ausgeprägte pädagogische Begabung. Sein Unterricht wird so in allen Unterrichtsstufen fruchtbar. Es ist ihm jedoch nicht genug, den Schülern Kenntnisse und Erkenntnisse beizubringen, sondern es kommt ihm letzten Endes darauf an, pädagogisch zu wirken und den Schülern ein väterlicher Freund zu sein. Um dieses Ziel zu erreichen, opfert er viel

Zeit. Als pädagogische Persönlichkeit arbeitete Herr Dr. Bieber auch in der Ausbildung des Lehrernachwuchses. Jeder Referendar kann sich glücklich schätzen, Herrn Dr. Bieber als Anleiter gehabt zu haben. Herrn Dr. Bieber zeichnet eine natürliche Bescheidenheit aus. Nie drängt er sich vor. Sein hervorstechendes Merkmal ist der Wille, einer guten Sache zu dienen. So gehört er zu den Menschen, die jede Arbeit, die über den Rahmen der Dienstpflichten hinausgeht, mit Freuden übernehmen. So ist es kein Wunder, daß er im Kreise seiner Mitarbeiter auf Hochachtung und Vertrauen stößt. Im Kollegium hört man auf sein Wort.“³⁷

Am 1.8.1961 wurde Herbert Bieber zum Oberstudienrat befördert.³⁸ Mit einer ähnlichen Begründung erreichte Schulleiter Rockel, dass die Schulverwaltung Herbert Bieber für seine Arbeit in der Lehrerbildung am 1.7.1965 eine Stellenzulage (A 14 Z) gewährte, da alle A 15-Stellen zu diesem Zeitpunkt besetzt waren.³⁹

Herbert Bieber blieb emsig und aktiv, insbesondere in der Ehemaligen-Arbeit des MCG und auch in dem Deutschen Verein zur Förderung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichtes, dessen Tagungen er seit 1930 besuchte.⁴⁰

Bieber hatte noch ein anderes Hobby. Er reiste mit seiner Frau viel „in die SBZ, nach Berlin, Magdeburg, Leipzig und Dresden – überall haben wir Verwandte“. In einem kuriosen Schreiben vom 18.4.1963 fragte er bei der Schulbehörde an: „Ich habe die Absicht, mit meiner Frau und meinen beiden Kindern im eigenen Volkswagen hinzufahren, und zwar diesmal nur nach Hoppegarten. Ich bitte um Mitteilung, ob gegen die Reise, die etwa vom 1. bis 4. Juni 1963 geplant ist, seitens der Schulbehörde Bedenken bestehen.“⁴¹ Der daraufhin von einem Sachbearbeiter für Oberschulrat Hans Wegner erstellte Vermerk war ebenso bemerkenswert:

„Herr Dr. Bieber wurde bei dieser Gelegenheit von mir noch darauf hingewiesen, sich in der SBZ so zu verhalten, um mit den dort geltenden Gesetzen nicht in Konflikt zu geraten. Herr Dr. Bieber wurde weiter mitgeteilt, daß er bei einer durch Fahrlässigkeit verursachten Festnahme damit rechnen müsse, daß sein Gehalt gesperrt würde. Herr Dr. B. teilte mir daraufhin mit, daß er schon mehrmals in der SBZ gewesen wäre und bisher keine Schwierigkeiten gehabt hätte. Er kenne auch die dort geltenden Gesetze genau.“⁴²

Im März 1969 trat Bieber in den Ruhestand, übernahm danach bis 1973 noch 10–16 stündige Lehraufträge und blieb weiter ehrenamtlich aktiv.⁴³

Er starb am 18.1.1988.⁴⁴

Anmerkungen

- 1 Gedichtet von Herbert Bieber, Lehrer an der Wichernschule, 1934, siehe: BArch, NS 12_1416.
- 2 Personalakte Herbert Bieber, StA HH, 361-3_A 2819.
- 3 Personalakte a. a. O.

- 4 Alle Daten laut Personalakte, a. a. O.
- 5 Alle Daten laut Personalakte, a. a. O.
- 6 Uwe Schmidt: Aktiv für das Gymnasium, Hamburg 1999, S. 320.
- 7 Herbert Bieber: Höhere Schule und Hitlerjugend, HLZ 23/1934, S. 361.
- 8 BArch, NS 12_1416.
- 9 Herbert Bieber: Höhere Schule und Hitlerjugend, HLZ 23/1934, S. 361.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Ebd.
- 13 Herbert Bieber: Eine Zusammenkunft zwischen HJ-Führern und Amtswaltern des NSLB, HLZ 36/37-1934, S. 544.
- 14 Herbert Bieber: Die Naturwissenschaft im Dienste der weltanschaulichen Erziehung, HLZ 49/50-1936, S. 457.
- 15 Schreiben vom 2.10.1936, Personalakte a. a. O.
- 16 Ernennungsvorschlag vom 12.8.1938, Personalakte a. a. O.
- 17 Personalakte a. a. O.
- 18 Personalakte a. a. O.
- 19 Personalakte a. a. O.
- 20 Personalakte a. a. O.
- 21 So Arnulf Egert in seinem Nachruf über Herbert Bieber im Mitteilungsblatt des Vereins der Freunde und Förderer des MCG, Folge 39, das Herr Egert mir freundlicherweise zur Verfügung stellte.
- 22 Entnazifizierungsakte Herbert Bieber, StA HH, 221-11_Z 6547.
- 23 Votum vom 24.6.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 24 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 25 Siehe die Biografie Wilhelm Oberdörffer, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 528ff.
- 26 Siehe die Biografie Richard Ackermann in diesem Band.
- 27 Erklärung von Wilhelm Oberdörffer vom 4.2.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 28 Siehe die Biografie Hans Reimers in diesem Buch.
- 29 Erklärung vom 7.3.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 30 Personalakte a. a. O.
- 31 Mitteilungsblatt des Vereins der Freunde und Förderer des MCG, Folge 39, a. a. O.
- 32 Personalakte a. a. O.
- 33 Schreiben vom 19.4.1952, Personalakte a. a. O.
- 34 Schreiben vom 29.5.1952, Personalakte a. a. O.
- 35 Personalakte a. a. O.
- 36 100 Jahre Matthias-Claudius-Gymnasium. 1872–1972, Festschrift, Hamburg 1972, S. 13.
- 37 100 Jahre Matthias-Claudius-Gymnasium. 1872–1972, Festschrift, Hamburg 1972, S. 30.
- 38 Gutachten vom 28.4.1961, Personalakte a. a. O.
- 39 Personalakte a. a. O.
- 40 Schreiben vom 1.3.1961, Personalakte a. a. O.
- 41 Schreiben vom 18.4.1963, Personalakte a. a. O.
- 42 Vermerk vom 3.5.1963, Personalakte a. a. O.
- 43 Personalakte a. a. O.
- 44 Personalakte a. a. O.

Adolf Lambeck

„Unverhältnismäßig hohe Ausgaben, die an einem unverbesserlichen Menschenmaterial verschwendet werden.“

Eine zwiespältige Person im Hamburger Schulwesen in der Zeit des Nationalsozialismus war Adolf Lambeck. Er war Leiter der Gaufachschafft Sonderschulen im NSLB. Einerseits hatte er sich schon in der Weimarer Zeit als Sprachheillehrer in Veröffentlichungen und in der Praxis bei der „Frühbehandlung sprachkranker Kinder“ verdient gemacht. Andererseits wurde er nach 1933 zu einem der Protagonisten der Sterilisation von „Erbkranken“. Erstaunlich, dass Lambeck, seit 1935 Schulleiter in Hamburg, nach 1945 nahezu unbeschadet wieder als Schulleiter arbeiten konnte.

Merkwürdigerweise existiert keine Personalakte mehr von Adolf Lambeck im Hamburger Staatsarchiv. Und dies, obwohl Lambeck objektiv eine auffällige Rolle im Hamburger Schulwesen gespielt hatte.

Und auch seine Entnazifizierungsakte ist dünn. Darin erklärte Lambeck:

„Ich bin am 1.5.1937 in die Partei eingetreten. Bereits Ende 1933 wurde ich als Mitglied des NS-Lehrerbundes mit der Bearbeitung der Fragen der Schulen für Taubstumme, Blinde, Sehschwache, Schwerhörige und Sprachkranke und der Hilfsschulen und ihrer Lehrkräfte als Fachschaftsleiter beauftragt. Ich habe dieses Amt also jahrelang geführt, ohne Parteimitglied zu sein. Ich bin nicht darüber informiert, ob ich mit dem Eintritt in die Partei als Fachschaftsleiter auch Mitglied des Korps der Politischen Leiter geworden bin. Zu Vorträgen, Besprechungen oder anderen Veranstaltungen eines Führerkreises bin ich nie eingeladen worden, noch habe ich daran teilgenommen. Eine Uniform habe ich weder besessen noch jemals getragen.“¹

Seinen Fragebogen hatte er am 28.6.1945 abgegeben. Als Zeuge zeichnete OSR Fritz Köhne ab.² Und Köhne war es auch, der unter der oben wiedergegebenen Erklärung Lambecks handschriftlich ergänzte:

„Ist als politischer Funktionär nicht in Erscheinung getreten; als Fachmann für die Heilung von Sprachgebrechen allgemein anerkannt und geschätzt.“³

Auch ungewöhnlich, ein dermaßen direktes Eintreten für einen zu Entnazifizierenden auf dessen Unterlagen.⁴

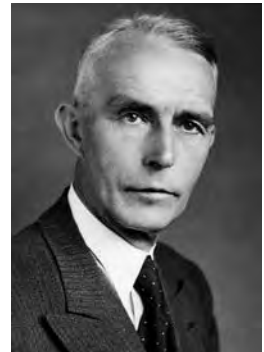
Adolf Lambeck gab zudem an, vor 1933 Mitglied der „Gesellschaft der Freunde“ und der DVP gewesen zu sein. Außerdem fügte er eine Liste mit 20 fachpädagogischen Aufsätzen, Schriften und Vorträgen hinzu, zur Hälfte vor der NS-Zeit datiert.⁵

Die Veröffentlichungen von Adolf Lambeck insbesondere nach 1933 sollen noch genauer betrachtet werden, führten sie doch dazu, dass die Erziehungswissenschaftlerin mit sonderpädagogischem Schwerpunkt, Prof. Inge Krämer-Kilic, einen Aufsatz veröffentlichte unter der Überschrift: „Adolf Lambeck – ein strammer Nazi und verdienter Leiter einer Hamburger Sprachheilschule bis 1950?“⁶

Adolf Lambeck war am 19.11.1887 in Stöckte, Kreis Harburg, geboren worden.⁷ Er besuchte das Lehrerseminar in Hamburg, am 1.6.1908 wurde er in Hamburg als Volksschullehrer fest angestellt.⁸

Anschließend arbeitete er als Lehrer im Hamburger Volksschuldienst, 1913/14 an der Knaben- und Mädchenschule Fuhlsbüttelerdamm 115.

„1922 trat er, im Alter von 35 Jahren, seinen Vorberedungsdienst an der Sprachheilschule an. Zusammen mit Heinrich Möhring legte Lambeck 1924 die Sprachheillehrerprüfung ab und nahm seine Lehrtätigkeit an der Sprachheilschule ‚links der Alster‘ auf. Kurz nach Beginn seiner Berufstätigkeit als Sprachheillehrer im Jahr 1925 begann er, nach einer relativ kurzen Zeit praktischer Tätigkeit, zu publizieren und veröffentlichte bis 1927 jährlich ein bis zwei Arbeiten in verschiedenen Zeitschriften, die sich anfangs ausschließlich fachwissenschaftlichen Fragestellungen widmeten. Lambeck profilierte sich in fachwissenschaftlicher Hinsicht, indem er sich nach Angaben von Hans Wendpap ab 1940 auf die Behandlung von Kindern mit Lippen-Kiefer-Gaumenspalten spezialisierte. Zu diesem Themenkreis liegt eine Publikation aus dem Jahr 1936 vor.“¹⁰



Adolf Lambeck, Leiter der Gaufachschafft Sonderschulen im NSLB Hamburg

In der „Gesellschaft der Freunde“ hatte sich Adolf Lambeck 1925 mit dem Hauptaufsatz der Ausgabe Nummer 46 in der HLZ profiliert, der auf der Titelseite begann: „Frühbehandlung sprachkranker Kinder“.¹¹

Dieser Aufsatz war sicherlich ein Meilenstein für die Hamburger Lehrerschaft, sich mit einem Problem zu befassen, dem sie im Schulalltag mit Hilflosigkeit begegnete und wofür Lambeck eine fachkundige Hilfe anbot.

Krämer-Kilic bescheinigte diesem Aufsatz:

„Zusammenfassend ist festzustellen, dass es sich um eine Arbeit mit sprachheilpädagogischer Schwerpunktsetzung handelt, der ein humanistisches Menschenbild zugrunde zu liegen scheint. Standespolitische, bzw. staatspolitische Überlegungen und Argumente spielen in dieser Publikation keine Rolle.“¹²

Adolf Lambeck war 1927 Mitbegründer und Vorstandsmitglied sowie Schriftführer der „Arbeitsgemeinschaft für Sprachheilpädagogen in Deutschland“ gewor-

den. Krämer-Kilic stellte fest, dass dieser Verband „vergleichsweise fortschrittliche“ Positionen vertrat und dokumentierte.¹³

Im Zuge der Gleichschaltung nicht nur pädagogischer Organisationen durch die Nationalsozialisten ab 1933 wurde diese Arbeitsgemeinschaft in den NSLB eingegliedert. Lambeck vermerkte dazu:

„Die Krisenzeit drängte die ‚Arbeitsgemeinschaft‘ bald in die Verteidigung, und nach der nationalsozialistischen Erhebung hat sie 1933 ihren Arbeits- und Wirkungskreis dem NS-Lehrerbund anvertraut, der nun nach den Jahren der Besinnung einen neuen Zeitabschnitt für die Sprachheilarbeit einleiten will.“¹⁴

Krämer-Kilic kommentierte dieses so: „Lambecks Aussage, dass die ‚Arbeitsgemeinschaft‘ ihren Arbeits- und Wirkungskreis freiwillig dem NS-Lehrerbund ‚anvertraut‘ habe, stellt sicherlich eine Verzerrung der Realität dar. Ihr Vorsitzender Wilhelm Schleuß gehörte den Freimaurern an und war deshalb eine den nationalsozialistischen Machthabern missliebige Person, außerdem zählte die ‚Arbeitsgemeinschaft‘ eine Anzahl von Juden zu ihren Mitgliedern.“¹⁵

Wilhelm Schleuß war jahrelang auch Schulleiter der Schulen für Sprachkranke in der Stiftstraße 69 und später der Rostocker Straße 62 gewesen, an denen Lambeck als Lehrer zwischen 1925 und 1933 tätig war.¹⁶ Schleuß wurde als Freimaurer am 1.4.1933 nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, 64-jährig, in den Ruhestand versetzt.¹⁷

Jetzt begann die Zeit von Adolf Lambeck. 1933 mit der Fachschaftsleitung der Gaufachschaft Sonderschulen betraut, wurde er 1935 als Schulleiter der Schule für Sprachkranke in der Altonaer Straße 58 eingesetzt. 1934 hatte er die Fachzeitschrift „Die deutsche Sonderschule“ gegründet, „die als Ziel hatte, die nationalsozialistische Weltanschauung in der Sonderschularbeit zu verankern und dies auch durch spezielle Schulungen und Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte zu erreichen versuchte. Die Zeitung sollte der ‚volksbiologischen, bevölkerungspolitischen und rassenhygienischen Aufgabe der Sonderschulen und deren Mitwirkungspflicht an der Durchführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses‘ dienen.“¹⁸

An dieser Stelle lohnt ein Blick in Lambecks Veröffentlichungen während der NS-Zeit. 1935 beschrieb Lambeck die Aufgaben der von ihm geleiteten Fachschaft im NSLB:

„Der Fachschaft 5 gehören alle Lehrer an den Sonderschulen an. Sie soll nach dem Willen der Hauptamtsleitung (Reichsleitung) alle Personen umfassen, die berufsmäßig ‚defektes Schülermaterial‘ erzieherisch und fürsorgerisch betreuen. Es ist dabei ohne Belang, ob die Behinderungen der Zöglinge auf körperlichem, geistigem oder moralisch-sittlichem Gebiete liegen, und ebenso, ob der Mangel aus der Anlage entspringt oder durch die Einflüsse der Umwelt bedingt ist. Es sind die Kinder,



Schulleiter Adolf Lambeck und Kollegen und Kollegin, 1937, an der Sonderschule für sprachkranke Knaben und Mädchen in der Altonaer Straße 58 mit vielen Parteiabzeichen.

bei denen es besonderer Mittel in der Erziehung und im Unterricht bedarf, um die auch in ihnen angelegten Kräfte zu wecken und zu entwickeln, um junge Menschenkinder, die ohne diese besonderen Hilfen gänzlich versagen und nutzlos untergehen würden. Vom Volksganzen aus gesehen handelt es sich um den Teil, der, um ein Wort des Führers hier zu gebrauchen, auf der negativen Seite des Lebens steht oder der zum mindesten in Gefahr ist, sich den Schädlingen am Volkstum zuzugesellen. Die gemeinsame Aufgabe des Rettens und Erhaltens aber auch des Ausmerzens und die gesteigerte Verantwortung, die aus der Erziehungsaufgabe an diesem defekten Schülermaterial dem Ganzen gegenüber erwächst, geben der Fachschaft das einigende Band.“¹⁹

Im Einzelnen beschrieb Lambeck die zentrale Aufgabe nach einer Tagung zum Thema „Nationalsozialismus und Sonderschule“:

„Ein Besinnen auf die Stellung und Aufgaben der Schule im neuen Staat ist notwendig, ein Besinnen auf die Grenzen der pädagogischen Tätigkeit und auf die Verpflichtung vor dem Volksganzen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß für die Unterbringung und Erziehung der Kinder, die die Mitglieder der Fachschaft 5 berufsmäßig zu betreuen haben, vielerorts unverhältnismäßig hohe Ausgaben entstanden sind, die sich unser schwer um sein Dasein ringendes Volk besonders dann nicht erlauben kann, wenn sie an einem unverbesserlichen Menschenmaterial verschwendet werden. Die Sonderschullehrerschaft fühlt sich verpflichtet, an einem Wandel mitzuwirken, aus dem Erfahrungsbereich Vorschläge zu einer Verringerung der Kosten zu machen und durch Absonderung der Nichtbildungsfähigen und Untüchtigen die Arbeit produktiv zu gestalten.“²⁰

Lambeck machte auch das Spannungsverhältnis deutlich:

„Ebenso hält sie sich auch für berufen, Forderungen nach einem radikalen Abbau der Sonderschuleinrichtungen zurückzuweisen unter Hinweis darauf, daß eine Ertüchtigung vieler Behinderter bis zur wirtschaftlichen Vollwertigkeit wohl möglich und nachweisbar ist, und daß die Einsparung notwendiger Ausgaben in der Gegenwart eine ungeheure Belastung für die Zukunft bedeuten würde. Die Sonderschulen können so lange nicht entbehrt werden, als es behinderte Kinder gibt.“²¹

Danach beschrieb Adolf Lambeck, dass sich die Fachschaft in zwei Hauptversammlungen mit der „Grundlegung und Durchführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933“ beschäftigt hatte:

„Man hat dieses Gesetz das ‚Fachschaftsgesetz‘ genannt in dem Sinne, daß die Sonderschullehrer in besonderem Maße berufen sind, an dem Wirksamwerden dieser Maßnahmen zur Volksgesundung mitzuarbeiten. Auch hier galt es zunächst einmal durch eine klare eindringliche Darstellung der tatsächlichen Lage und der daraus erwachsenden Gefahren für das Volkstum alle Kräfte zur Mitarbeit wachzurufen, eine unzweideutige und entschieden politische Einstellung zu dem Gesetz bei allen Mitgliedern zu erreichen. Daß die Vorträge aus der ärztlichen Praxis herausgehalten wurden (Oberarzt Dr. Kreyenberg, Alsterdorfer Anstalten, und Physikus Dr. Holm, Gesundheitsbehörde), machte sie umso wirkungsvoller. Es muß erreicht werden, daß alle Sonderschullehrer zu tätigen Mitarbeitern an der Durchführung des Gesetzes werden. Dazu müssen die geknüpften Beziehungen zu dem Erbgesundheitsgericht ausgebaut werden.“²²

Dahinter stand die Tatsache, dass der ärztliche Leiter der Alsterdorfer Anstalten, Gerhard Kreyenberg, es erreicht hatte, dass die Schulverwaltung 1934 eine Anordnung verfügte, sämtliche Hamburger Hilfs- und Sonderschüler und ihre Familien auf „Schwachsinn“ zu untersuchen, mit dem Ziel, sie gegebenenfalls sterilisieren zu lassen.²³

Zur richtigen Einordnung muss dazu festgestellt werden, dass dieses Gesetz durchaus auf Positionen aufsetzte, die es schon in der Weimarer Republik gegeben hatte. So schrieb der Schriftleiter der Hamburger Lehrerzeitung, C. Hermann Müller, schon 1930:

„Man müßte und würde alles schlechte Erbgut von der Fortpflanzung ausschließen, alles Gute in der Fortpflanzung begünstigen. Eine sehr einfache und plausible Schlußfolgerung, deren Schwierigkeit, so scheint es lediglich in der praktischen Erkennung und Begrenzung des Schwachen bestünde ... Aber unüberwindlich sind die Schwierigkeiten sicher nicht.“²⁴

Heike Joost stellte fest: „Die Lehrerschaft stand, wenigstens soweit es um die Selektion ging, zu einem sehr großen Teil hinter der sozialdarwinistischen Theorie.

Nach 1933, als der Sozialdarwinismus zur Staatsideologie erhoben wurde, verstärkten sich die Angriffe auf die Hilfsschule, wobei auf das schon bekannte Argument der Unrentabilität der Schule für ‚Minderwertige‘ zurückgegriffen wurde. Die Folge war, daß an vielen Orten Sonderschulen schließen mußten oder Lehrerstellen gekürzt wurden.“²⁵

Quantifiziert sah es so aus, „daß nach einer Einzelstatistik für Hamburg bis zum 31.12.1934 bei 2770 Anträgen in 2179 Fällen die Unfruchtbarmachung beschlossen wurde“.²⁶

Und: „Die Gleichsetzung von ‚Hilfsschüler‘ und ‚Schwachsinniger‘ schon in der Weimarer Republik wurde vielen Schwachsinnigen durch das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses zum Verhängnis: ‚Der angeborene Schwachsinn als Kriterium für die Sterilisation muß den Schüler nahezu pauschal treffen, da die Heilpädagogen, die Hilfsschullehrer, die Ärzte und die Psychologen drei Jahrzehnte lang den Hilfsschüler mehr oder weniger als ‚Schwachsinnigen‘ umschrieben haben.“²⁷

Es haben somit viele eine schwere Verantwortung auf sich geladen. Und Adolf Lambeck gehörte dabei zu den Protagonisten. In seinem Aufsatz: „Die Auswahl der Kinder für die Sonderschule“ 1935, schrieb Lambeck: „Nach dem Durchbruch der nationalen Revolution wurden Stimmen laut, die den radikalen Abbau oder gar die Auflösung sämtlicher Sonderschulen forderten. Die Rufer im Streit verwechselten den Kampf des Nationalsozialismus gegen die Krankheit, gegen das Krankhafte in unserem Volkstum und gegen die Ausbreitung der Minderwertigen, mit einem Kampf gegen die Kranken, gegen die bedauernswerten Opfer einer verkehrten Bevölkerungspolitik der vergangenen Jahrzehnte.“²⁸

Scharfe Kritik äußerte Ingrid Krämer-Kilic an der 1939 erstellten Schrift von Adolf Lambeck: „Neubau des Sonderschulwesens“²⁹:

„Diese Arbeit trägt die Handschrift eines Pädagogen, der vom nationalsozialistischen Geist völlig durchdrungen ist. Individuelle, humanistische Belange des Kindes werden an keiner Stelle des Textes erwähnt, geschweige denn abgewogen oder gar diskutiert. Es handelt sich um eine Zusammenstellung von am nationalsozialistischen Gedankengut orientierten Parolen und Festlegungen, die in wenig strukturierter Form dargestellt werden und scheinbar keinen wissenschaftlichen Anspruch erheben. Im Vergleich zu früheren Arbeiten springt der veränderte Sprachduktus förmlich ins Auge, der die ‚rassenhygienischen‘, utilitaristischen und sozialdarwinistischen Gedanken, die den inhaltlichen Schwerpunkt des Textes darstellen, transportiert. Da ist die Rede von ‚Menschenmaterial‘, ‚Schülerreserven‘, ‚negativer Auslese‘, ‚Ballast‘ und ‚hochwertigen Menschen‘. Wie bereits erwähnt, fehlen Aussagen, die den einzelnen Menschen und seine Lebenssituation mit einer Behinderung in den Blick nehmen, in diesem Text vollständig. Lambeck scheint 1939, im Jahr

des Kriegsbeginns, beseelt zu sein von der Idee, dass die Sonderschulen ein Instrument des Staates sind, mit deren Hilfe quasi die letzten Reserven für die Umsetzung der nationalsozialistischen Idee aus dem deutschen Volk gepresst werden können.“³⁰

Nach Adolf Lambeck wurde die Existenz von Sonderschulen durch zwei Hauptaufgaben legitimiert: „Der rassenpolitischen und der der Mitwirkung an der Leistungssteigerung des gesamten Volkes. Sonderschulen sind demnach ‚Instrumente des Staates‘, die dadurch eine Zuständigkeit für das Wohlergehen der Menschen mit Behinderungen aufgeben. Ihr gesamtes Wirken stellen sie in den Dienst von Zielen wie ‚negativer Auslese‘, der ‚Aufartung des gesamten Volkes‘ und der Bereitstellung einer ‚Arbeitsarmee‘ zur Unterstützung des Ausbaues der Rüstungsindustrie und der Kriegsvorbereitung.“³¹

Lambeck setzte sich für eine „schärfere Erfassung“ von Kindern mit Behinderungen und eine strengere Selektion der „Nichtbildungsfähigen“ aus allen Sonderschulen ein. Inge Krämer-Kilic schrieb dazu:

„Aufgrund der Erhebung solcher Forderungen und der Mitwirkung an ihrer Unterstützung lieferten Lambeck und andere Sonderschullehrer den nationalsozialistischen Machthabern die Kinder und Jugendlichen, die z. B. im Rahmen der Aktion T4 1942 getötet wurden.“³²

„T4“ war die Abkürzung für die Adresse der damaligen Zentraldienststelle T4 in Berlin: Tiergartenstraße 4. „Die Aktion T4 ist eine nach 1945 gebräuchlich gewordene Bezeichnung für die systematische Ermordung von mehr als 70.000 Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen in den Jahren 1940 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa 1945 während der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland. Die systematische Ermordung ‚unwerten Lebens‘ wurde bis zur bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht und dem Untergang des ‚Dritten Reichs‘ ausgeübt.“³³

Adolf Lambeck hatte sich als Schulleiter einer Sonderschule für sprachkranke Knaben und Mädchen besonders mit Kindern beschäftigt, die mit einer Lippen-Kiefer-Gaumen-Spalte (LKG) geboren worden waren. Uwe Schmidt schrieb dazu: „Auf operativem Wege und durch eine konsequente Sprachtherapie werden Kinder mit einer LKG heute rehabilitiert und nehmen am gesellschaftlichen Leben teil. Aus Sicht der nationalsozialistischen Erbbiologie waren sie dagegen als ‚Erbgeschädigte‘ von der biologischen Reproduktion auszuschließen, und das hieß Sterilisierung. Von einem Sprachheillehrer wie Lambeck hätte man eigentlich erwarten können, dass er auf Grund seiner Kenntnisse und sprachpädagogischen Erfahrungen diesen Weg nicht mitgehen würde. Es ist zwar nicht nachweisbar, dass er Schüler der von ihm geleiteten Schule zur Sterilisation angezeigt hat, doch hielt er die Erblichkeit der LKG für überwiegend erwiesen. Er persönlich und die von ihm geleitete Gaufach-

schaft des NSLB identifizierten sich daher mit dem Erbgesundheitsgericht und mit der im Reichsschulpflichtgesetz vom 1. November 1938 festgeschriebenen Absicht einer ‚Ausscheidung der Nichtbildungsfähigen‘.³⁴

Inge Krämer-Kilic führte im Juli 1999 ein Gespräch mit der Enkelin von Adolf Lambeck: „Im Gespräch mit seiner Enkelin wurde deutlich, dass Lambeck ein verschlossener, zynischer und ernster Mann war, dessen Leben z. T. erheblich durch seine Lungenerkrankung bestimmt war. Sie kann sich an Sprachheilschüler erinnern, die ins Haus nach Hamburg-Fuhlsbüttel kamen und von ihm therapiert wurden. Nach ihrer Einschätzung war er weniger an Geld interessiert, da die Familie sehr wohlhabend war, sondern er wollte diesen Kindern helfen. Ehrlich erschüttert war sie, als sie vom Inhalt der Veröffentlichungen ihres Großvaters im Nationalsozialismus erfuhr, zumal sie von seinem politischen Engagement während dieser Zeit bisher nichts wusste. Nachdem sie Einblick in seine Schriften genommen hatte, sagte sie fast wörtlich: ‚Ich hätte nie gedacht, dass mein Opa vielleicht am Tod von Kindern mitschuldig war!‘ Heute existieren in der Familie keine Texte des Autors. Seine Enkelin erinnert sich dunkel, dass ihre Mutter (Lambecks Tochter) irgendwann nach dem Krieg viele Bücher und Papiere weggeworfen habe.“³⁵

Und: „Aufgrund ihrer Kenntnis von Persönlichkeitsmerkmalen Adolf Lambecks sieht seine Enkelin das Streben nach persönlicher Karriere und die Durchsetzung von standespolitischen Interessen als die wahrscheinlichsten Beweggründe für sein Engagement während des Nationalsozialismus an. Dass sein Handeln durch irgend eine Form von Zwang, zum Beispiel finanzieller Art, geprägt gewesen sein könnte, schließt sie aus.“³⁶

Nach Krämer-Kilic ergeben sich noch andere Schlussfolgerungen:

„Die Ergebnisse unserer Recherchen stützen ebenso die Annahme, dass ein intensiver persönlicher Karrierewunsch, der Versuch die Sprachheilschulen als Institutionen hoffähig zu machen bzw. zu retten sowie eine mögliche Faszination an der nationalsozialistischen (Erziehung-)Ideologie, die wahrscheinlichsten Triebfedern für sein Engagement waren. Ein persönliches Karrierestreben kann daraus abgeleitet werden, dass er in zwei Verbänden, die inhaltlich konträre Positionen vertraten, herausragende Funktionen inne hatte, nämlich in der ‚Arbeitsgemeinschaft für Sprachheilpädagogik in Deutschland‘ und im NSLB. Die rasche Folge und vergleichsweise große Anzahl von seinen Veröffentlichungen belegen ein starkes Streben nach fachlicher Anerkennung. Schließlich wurde er vermutlich ziemlich unmittelbar nach seinem Eintritt in die NSDAP mit einer Schulleiterstelle ‚belohnt‘.“³⁷

Der letzte Punkt ist nicht zutreffend. Die Schulleiterstelle, die man Lambeck 1935 gab, war die „Belohnung“ für seine Arbeit im NSLB. Personalverantwortlicher im Hamburger NSLB war OSR Albert Mansfeld, der zugleich für die Sonderschulen

als Oberschulrat verantwortlich zeichnete. In die NSDAP trat Lambeck 1937 ein, als die Parteimitgliedschaft für Lehrer und Beamte wieder möglich war.

Krämer-Kilic hielt auch fest, dass Lambeck besonders mit seiner Publikation in der HLZ 1925 noch ganz andere Positionen vertreten hatte als 1939:

„Lambeck verfügte zweifellos über umfangreiche fachliche Kenntnisse im Bereich der Sprachheilpädagogik. Sein ursprünglich vorhandenes starkes fachwissenschaftliches und praktisch-therapeutisches Engagement für die Belange von Kindern und Sprachgestörten scheint unumstritten und wurde anhand seines Aufsatzes ‚Zur Frühbehandlung sprachkranker Kinder‘ belegt. Dieses Engagement wurde vermutlich ganz besonders durch die Schließung von Sonderschulen Mitte der Dreißigerjahre angestachelt. Mit seiner Arbeit über ‚Nationalsozialistische Erziehung in der Sprachheilschule‘ hebt er die Sprachheilschule als besondere Schulform unter den Sonderschulen hervor, welche die nationalsozialistische Erziehungsideologie umsetzt und für die sich staatliche Investitionen mehr als für andere Sonderschulen lohnen. In dieser Publikation aus dem Jahr 1935 wird die nationalsozialistische Erziehungsideologie vergleichsweise umfassend rezipiert und auf die Sprachheilschule übertragen. Lambeck schließt sich damit dem seinerzeit als modern geltenden ‚Mainstream‘ einer nationalsozialistischen (Un)Pädagogik an, die das Individuum völlig negiert und Staat und Volksgemeinschaft über alles stellt. Vergleicht man den Inhalt dieser Arbeit mit dem seiner Publikation aus dem Jahr 1925, so ist ein grundsätzlich verändertes Menschen- und Gesellschaftsbild des Autors festzustellen. Inwieweit er sich aus opportunistischen Gründen dem pädagogischen Mainstream anschließt und diesen auf die Sprachheilschule übertragen will, um damit seiner Karriere und der Institution zu dienen, oder ob der Haltungsänderung eine tiefe Überzeugung zugrunde liegt, ist aus der heutigen Perspektive nicht mehr zu rekonstruieren.“³⁸

Und in ihrer abschließenden Beurteilung kam sie zu dem Ergebnis:

„Trotz unserer Beweisführung anhand von Lambecks Schriften, deren Inhalt vermuten lassen, dass er ein ‚strammer Nazi‘ war, bleiben Widersprüche und Zweifel über die eigentliche Motivation seines Handelns. Vermutlich steht Adolf Lambecks Wirken während des Nationalsozialismus stellvertretend für viele Menschen, die – getrieben von dem Wunsch Gutes zu tun – die politischen Zeichen der Zeit nicht erkannt haben und korrumpiert durch persönliches Machtstreben zu willfährigen Handlangern des Systems wurden. Sie trugen damit zu dessen Stabilisierung bei und entfernten sich immer mehr von dem eigentlichen Auftrag professioneller Helfer.“³⁹

In seinen Entnazifizierungsfragebogen hatte Adolf Lambeck als Nebentätigkeit ab dem 1.8.1942 noch aufgeführt: „Leiter der Sprachabteilung in der Nordwestdeutschen Kieferklinik, Hamburg Reservelazarett VIII, Sprachbehandlung bei Kindern und Verwundeten. Gesundheitsverwaltung.“⁴⁰



Kollegium der Schule für Sprachkranke Carolinenstraße, 1949, Adolf Lambeck (vorne 2. v. l.), Schulleiter, als wäre nichts gewesen.

Das Entnazifizierungsverfahren mit der starken persönlichen Unterstützung von Fritz Köhne fand praktisch nicht statt. Auch Krämer-Kilic stellte dazu fest:

„Ebenso überrascht die Tatsache, dass Lambeck trotz seiner herausragenden Funktionen im NSLB und dem Inhalt seiner Publikationen als einer der ersten Lehrer von der englischen Besatzungsmacht bereits ab August 1945 wieder als Leiter der Sprachheilschule Karolinenstraße in Hamburg eingesetzt wurde. Somit konnte er seinen Dienst vermutlich von jeglicher Entnazifizierung unbehelligt nahtlos wieder aufnehmen.“⁴⁴¹

Möglicherweise hatte gerade auch Lambecks Arbeit in der Kiefernkllinik für Kinder und Verwundete dabei eine Rolle gespielt.

Als der lungenkranke Adolf Lambeck im 62. Lebensjahr 1950 in den Ruhestand trat, kam Schulrat Gustav Schmidt zu der Pensionierungsfeier. Gustav Schmidt, eine wichtige Person in den Entnazifizierungsverfahren, aber anders als Fritz Köhne mit einem kritischen Blick auf die Aktivitäten der zu Entnazifizierenden während der NS-Zeit, war 1950 für die Schule Lambecks als Schulrat zuständig und möglicherweise auch ein Unterstützer Lambecks in dem kurzen Entnazifizierungsverfahren 1945. Darüber gibt es aber keinen sicheren Beleg. Das „Hamburger Echo“ berichtete kurz unter der Überschrift „Helfer der Sprachkranke“: „In einer kleinen Schulfeier dankte Schulrat Schmidt dem Scheidenden, dessen Lebensarbeit es war, den bedauernswerten Stammlern, Stotterern, und anderen Sprachgestörten zu helfen. Er setzte sich besonders für die Behandlung vorschulpflichtiger Kinder ein und arbeitete im Zusammenwirken mit der Nordwestdeutschen Kiefernkllinik geschickte Operationsmethoden für Kinder mit Gaumen- und Lippenspalten aus. An seine

Schule in der Carolinenstraße 35 war eine öffentliche Beratungsstelle für Sprachkranke angegliedert. Wegweisende fachwissenschaftliche Arbeiten über die Heilung von Sprachleiden hatten Lambeck und seine Hamburger Arbeit in der medizinischen und pädagogischen Fachwelt des In- und Auslandes bekannt gemacht.⁴²

Auf der Feier am 30.1.1950 trug der Kollege Rudolf Brenke für Adolf Lambeck ein Gedicht vor, in dem es hieß:

„Freund! Dein offener Blick und deine gelassene Miene
heißt uns, den Kummer des Abschiedes sparen; doch tief in der Brust Dir
selber bewegt sich das männliche Herz. Wer möchte es ihm wehren?
Denn du verläßt das Haus, das Dir wie Dein eigenes lieb war,
das Du gehütet, gepflegt, gefördert als treuer Verwalter,
strebend gefestigt mit Fleiß, unterbaut mit erfahreinem Weitblick,
wachsam geschützt, als Irrwahn es tückisch bedrohte,
dem Du die Blüte der Jahre geweiht in redlichem Tagwerk.“⁴³

Als „Irrwahn es tückisch bedrohte“: Es waren immer die anderen, vor denen man sich schützen musste, den eigenen Beitrag negierend.

Adolf Lambeck bedankte sich am nächsten Tag mit einem Schreiben an das Kollegium, weil er bei der Feier „nicht imstande gewesen war, in Worte zu fassen, was ihn bewegte“. Es gab darin einen Passus, der als Hinweis auf eine kritische Selbstreflexion interpretiert werden könnte:

„Es wird mir der Gedanke an diesen Tag eine liebe Erinnerung sein und ein Beweis, daß wir uns trotz allem in Treue und Kameradschaft nahe gestanden haben und in gemeinsamer Arbeit glücklich gewesen sind. Ich sagte, trotz allem, denn was ich gefehlt und versäumt habe in meinem Beruf, das ist gestern nicht gesagt worden; darüber habe ich mir aber selber eine kleine Rede gehalten und es mir auf mein Konto geschrieben.“⁴⁴

Adolf Lambeck starb am 26.8.1952.⁴⁵

Anmerkungen

1 Entnazifizierungsakte, StA HH, 221-11_Ed 3063

2 Ebd.

3 Ebd.

4 Siehe zu Köhne den Abschnitt: Die unvollendete Entnazifizierung, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, besonders S. 61 ff.

5 Entnazifizierungsakte a. a. O.

6 Inge Krämer-Kilic: Adolf Lambeck – ein strammer Nazi und verdienter Leiter einer Hamburger Sprachheilschule bis 1950? bidok - Bibliothek, <http://bidok.uibk.ac.at/library/kilic-lambeck.html>. Umfangreicher dargestellt in: Inge Krämer-Kilic/Hendrik Hauschild: „Du stotterst ja!“: Sprachbehindertenpädagogik im Nationalsozialismus; eine exemplarische Betrachtung der Hamburger Verhältnisse, Münster 2000.

7 Entnazifizierungsakte a. a. O.

- 8 Laut Hamburgisches Lehrerverzeichnis Schuljahr 1932–33, hrsg. von der Gesellschaft der Freunde, Hamburg.
- 9 Laut Verzeichnis Hamburger Volksschullehrer und -Lehrerinnen, Schuljahr 1913–14, hrsg. von der Gesellschaft der Freunde.
- 10 Krämer-Kilic 2000, digitale Fassung, S. 3. Hans Wendpap war Lehrer an der von Lambeck geleiteten Schule Altonaer Straße 58 gewesen und hatte 1962 eine „Chronik der Schule für Sprachkranke am rechten Alsterufer, Karolinenstraße 35“ geschrieben: „40 Jahre Dienst an sprachkranken Hamburger Kindern“.
- 11 Adolf Lambeck: Frühbehandlung sprachkranker Kinder, HLZ 46/1925, S. 929.
- 12 Krämer-Kilic, digitale Fassung, S. 8; Krämer-Kilic/Hauschild 2000, S. 104.
- 13 Krämer-Kilic, digitale Fassung, S. 4.
- 14 Zitiert nach: Krämer-Kilic, digitale Fassung, S. 14.
- 15 Ebd.
- 16 Laut Hamburgisches Lehrerverzeichnis Schuljahr 1925–26 und Schuljahr 1932–33.
- 17 Laut Hamburgisches Lehrerverzeichnis Schuljahr 1935–36.
- 18 Iris Groschek: Unterwegs in eine Welt des Verstehens. Gehörlosenbildung in Hamburg vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart, Hamburg 2008, S. 142.
- 19 HLZ 6/1935, S. 66.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 HLZ 6/1935, S. 67.
- 23 Siehe: Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 128.
- 24 C. H. Mueller: Erziehung und Zucht, HLZ/1930, S. 615.
- 25 Heike Joost: Die Grundlagen der NS-Schulpolitik in Bezug auf die Sonderschulen, in: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 215.
- 26 Ebd.
- 27 Ebd. Siehe auch in: Lehberger/de Lorent 1986 die Aufsätze von: Britta Bruhnhöfer: Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses und seine Vermittlung im Unterricht, S. 70ff.; Stefan Romey: „Unheilbar und nicht mehr arbeitsfähig“, S. 256ff.; Sieglind Ellger-Rüttgardt: Frieda Stoppenbrink-Buchholz: Eine Hamburger Heilpädagogin, S. 243.
- 28 Adolf Lambeck: Die Auswahl der Kinder für die Sonderschulen, HLZ 9/1935, S. 98.
- 29 Adolf Lambeck: Neuaufbau des Sonderschulwesens. In: Gehörgeschädigte und sprachgestörte Kinder. Beiträge der Lehrer. Im Auftrage der Gauverwaltung des NS-Lehrerbundes, Hamburg 1939, S. 5ff.
- 30 Krämer-Kilic, digitale Fassung, S. 9; Krämer-Kilic/Hauschild 2000, S. 106.
- 31 Ebd.
- 32 Ebd.
- 33 https://de.wikipedia.org/wiki/Aktion_T4.
- 34 Uwe Schmidt 2010, S. 126.
- 35 Krämer-Kilic, digitale Fassung, S. 1 f.; Krämer-Kilic/Hauschild 2000, S. 95f.
- 36 Krämer-Kilic, digitale Fassung, S. 10.
- 37 Ebd.
- 38 Ebd.
- 39 Krämer-Kilic, digitale Fassung, S. 10f.
- 40 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 41 Krämer-Kilic, digitale Fassung, S. 3.
- 42 „Hamburger Echo“ 2.2.1950.
- 43 Enthalten in: StA HH, 362-10/2_32
- 44 Schreiben vom 31.1.1950, StA HH, 362-10/2_32
- 45 Laut Auskunft der Altregistratur der Behörde für Schule und Berufsbildung in Hamburg vom 18.7.2017.

Herbert Manig

„Der Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus müsse sich über die Lagerschulung durchsetzen.“

Nicht spektakulär aber exemplarisch ist die Biografie von Herbert Manig, insbesondere auch in Bezug auf sein Entnazifizierungsverfahren. Ähnlich wie der Sprachheillehrer Adolf Lambeck verfügte Manig über einen gewichtigen Fürsprecher, als er sich nach seiner Entlassung 1945 wieder um Einstellung in den Hamburger Schuldienst bemühte. In seinem Verfahren erlebte man die klassische Form der Umdeutung von NS-Aktivitäten, gezielt wurde Manig unterstützt von anderen NS-Belasteten. Hilfreich war für ihn auch, dass der Sonderschulbereich mit Schülern für sogenannte Sprachkranke auf soziales Engagement hindeutete und Manigs Aktivitäten im NSLB darauf reduziert wurden, dass er lediglich Gausachbearbeiter für Geländesport gewesen sei. Trotzdem wurde Manig nicht sofort wieder eingestellt.

Herbert Manig wurde am 16.7.1900 in Hamburg als Sohn des Tischlermeisters Friedrich Manig und seiner Frau Bertha geboren. Nach Besuch der Volksschule wechselte er auf das Lehrerseminar, wo er am 1.4.1921 die erste Lehrprüfung ablegte. Nach der zweiten Prüfung wurde Manig am 16.7.1923 fest angestellter Lehrer in Hamburg und arbeitete an der Schule Papendamm 5.

Ähnlich wie Adolf Lambeck interessierte sich Herbert Manig für die Arbeit mit sprachkranken Kindern. Er absolvierte den Vorbereitungsdienst und legte 1926 die Sprachheillehrerprüfung ab und nahm seine Lehrtätigkeit an der Sprachheilschule Stiftstraße ab, an der auch Adolf Lambeck arbeitete.¹

Am 1.5.1933 trat Herbert Manig in die NSDAP ein, gleichzeitig in den NSLB und die SA. Auffällig ist, dass er in allen Organisationen aktiv war.² Später, im Entnazifizierungsverfahren würde er angeben, Gausachbearbeiter für den Geländesport gewesen zu sein. Dabei war sein Aufgabenfeld wesentlich umfassender. Er arbeitete von Beginn an in der Abteilung Schulung und war dort Beauftragter für Amtsträger- und Führerlager, hatte also mit Qualifizierung und Propaganda für wichtige Funktionäre des NSLB zu tun. In der NSDAP fungierte Manig als Zellenleiter für die Siedlung der Baugenossenschaft Wietreie, über die noch zu sprechen sein wird. Seine Funktion in der SA als Rottenführer war vergleichsweise gering.

Auffällig ist auch, dass Manig als ausgebildeter Volksschul- und Sonderschullehrer im Kriegsdienst zum Oberleutnant befördert wurde, offensichtlich bescheinigte man ihm in der Wehrmacht Führungskompetenz.³ Anders als Adolf Lambeck

trat Herbert Manig nicht als NS-Propagandist in der Hamburger Lehrerzeitung in Erscheinung. Welche wichtige Funktion die Arbeit des Gauschulungsamtes hatte, kann genauer in den Biografien Albert Henze und Wilhelm Gundlach in dem ersten Band der „Täterprofile“ nachgelesen werden⁴, aber auch in der Biografie von Hellmuth Dahms, dem Gauschulungswalter, wie die Abteilungsleiter in der NS-Zeit genannt wurden, der Abteilung Schulung im NSLB Hamburg.⁵

Die formale Funktion von Herbert Manig lag schwerpunktmäßig in der organisatorischen Absicherung der Lehrerlager. Am 15. und 16.4.1936 hatte Hellmuth Dahms in seiner Funktion als Gauschulungswalter des NSLB in Hamburg Richtlinien für sechs Bereiche der Lagerschulung erlassen: „Die Leibeszuht in den Lagern, Fei-ergestaltung, Beurteilung der Schulungsteilnehmer, Geistesschulung im Lehrerlager und Planung, Durchführung und Abschluss.“⁶ Die Arbeit in den Lehrerlagern diente der persönlichen und ideologischen Schulung, sie war im NSLB verbunden mit der Gauhauptstelle Presse und Propaganda, die von Wilhelm Gundlach⁷ geleitet wurde, der auch Leiter der Gauführerschule war. Herbert Manig arbeitete eng zusammen mit dem Beauftragten für Berichte und Propaganda, Heinrich Wiegank. Mit der Lagerschulung war auch das Ziel der Kaderrekrutierung verbunden, heute würde man von Personalentwicklung sprechen. Die Teilnehmer an den Lehrerlagern erhielten anschließend eine Beurteilung. Es wurden Beurteilungsrichtlinien entwickelt, die dazu beitragen sollten, die „Ausrichtungs- und Auslesearbeit des NSLB und der NSDAP“ voranzutreiben. „Aufgrund der Bewährung im Lager wurde in sechs Stufen eine



Sprachheilschule Stiftstraße 1929, unter den Kollegen Adolf Lambeck (1) und Herbert Manig (2)

Eignungshierarchie aufgebaut: Der Beurteilte wurde für geeignet angesehen als Lagerleiter oder als Gruppenführer, er rangierte als ‚wertvolles‘ Gruppenmitglied, als Helfer oder als normales Gruppenmitglied, das nicht weiter auffiel, aber mitmachte. An unterster Stelle stand der ‚Einzeling‘, der sich absonderte, aus dem Gruppenleben herausfalle und vielleicht sogar abgelehnt wurde.“⁸

Stellvertretender Gauamtsleiter und verantwortlicher Leiter der Gauhauptstelle Organisationen und Personal war der Oberschulrat für die Volks- und Sonderschulen, Albert Mansfeld⁹, für den die Auswertung der Lagerschulung wichtige Anhaltspunkte bei der Besetzung von Funktionsstellen im Hamburger Schulwesen bot. Insofern war auch damit zu rechnen, dass der Organisator dieser Lagerschulen, Herbert Manig, sich durch diese Arbeit für eine Schulleiterstelle empfahl.

Im Mai 1934 fanden Lager zur Ausbildung von Schulschutz-Unterführern und zur Ausbildung künftiger Schulleiter statt, im Juli wurden Lager durchgeführt für HJ-Führer, die in die Rassenpolitik eingewiesen wurden. Am 5.12.1934 kündigte OSR Theodor Mühe an, dass künftige Lehrer an Volksschulen und an den höheren Schulen in Zukunft nach ihrem Studium an einem sechswöchigen Schulungslager teilnehmen müssten.¹⁰

Mit zunehmendem Zwangscharakter kündigte der NSLB-Hamburg im Mai 1935 für die Jahre 1935, 1936 und 1937 in den schulischen Sommerferien und während der Schulzeit dreiwöchige Lagerschulungen an. Immer stärker wurden danach diese Lager mit der Arbeit der Gauführerschule der Hamburger NSDAP verbunden.

„Das Gewicht, das die nationalsozialistischen Potentaten in Hamburg der Lagerschulung beimaßen, und die Vernetzung der Organisationen über die Lagerschulung kam durch eine Tagung zum Ausdruck, die am 5. Dezember 1937 in der Hamburger Musikhalle durch Gauschulungsleiter Albert Henze eröffnet wurde und an welcher Gauleiter Karl Kaufmann, der stellvertretende Gauleiter Harry Henningsen, sämtliche Schulungsleiter der NSDAP, die Schulungsbeauftragten der Gliederungen (NSLB, NSV, HJ) sowie Vertreter von Wehrmacht und Reichsarbeitsdienst teilnahmen. Ausgehend von den Grundbegriffen der nationalsozialistischen Weltanschauung, die ein Ringen von Idee und Gegenidee sei, mahnte der Hauptschulungsleiter zur ‚restlosen weltanschaulichen und haltungsmäßigen Klärung und Festigung‘. Der ‚Führer‘ habe die Schulung immer wieder als eines der allerwichtigsten Arbeitsgebiete der Bewegung herausgestellt. Es müsse sich über die Lagerschulung eine völlig einheitliche politische Willensbildung durchsetzen, die den Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus verwirkliche. Durch Auslese und Formung werde so der notwendige Nachwuchs an Ideenträgern entstehen.“¹¹

An allen diesen Aktivitäten war Herbert Manig beteiligt. Für Veranstaltungen, die in der Dienstzeit lagen, beantragte er Dienstbefreiung, so für zwölf Tage

im Gauschulungsamt Trittau vom 11. bis zum 23.1.1937. Darüber hinaus nahm Herbert Manig bei Lehrern das SA-Sportzeichen ab. Teilnehmer an Lehrgängen des NSLB zur Ausbildung von Geländesportlehrern mussten sich bei Manig in der Schule Rostocker Straße anmelden.¹²

Aber Manig war eben nicht nur Gausachbearbeiter für den Geländesport, wie es verharmlosend bei der Entnazifizierung vermerkt wurde.

Bei seinem NSLB-Engagement war eine schulische Karriere vorgezeichnet. Im Schuljahr 1935/36 fungierte Herbert Manig als stellvertretender Schulleiter an der Sprachheilschule für Knaben und Mädchen Rostocker Straße 62, sein Schulaufsichtsbeamter war OSR Albert Mansfeld, ihm aus dem NSLB bestens vertraut. Im Kreis Altona bekam Manig es zu tun mit einem anderen emsigen Nationalsozialisten, dem Schulrat Karl Schlotfeldt.¹³

Herbert Manig war am 20.4.1938 zum kommissarischen Schulleiter der neu eingerichteten Sprachheilschule in Altona, Adlerstraße 84, ernannt worden. Für den nächsten Karriereschritt erstellte Schlotfeldt einen Befähigungsbericht, in dem es hieß:

„Herr Manig hat mir in allen Klassen nacheinander lispelnde, stammelnde, näselnde und stotternde Kinder vorgeführt und die mit ihnen erzielten Erfolge gezeigt. Ich hatte ferner Gelegenheit mich eingehend zu unterrichten, in welcher Weise das einzelne Kind betreut wird und wie an dieser Anstalt Sprachheilpädagoge, Schulfacharzt und Elternhaus aufs engste und beste zusammenarbeiten. Ebenso erfreulich war für mich die Feststellung, daß Herr Manig bemüht ist, seine Schule auch räumlich zur Erfüllung ihrer besonderen Aufgaben schlicht und würdig herrichten zu lassen. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß Herr Manig mit seiner ganzen Person und Kraft und in steter Fühlungnahme mit den übrigen Schulleitern in Altona an dem Ziel arbeitet, die Kinder von ihrem Sprachleiden zu befreien und sie schnellstens wieder den Bezirksschulen zurückzuführen, und daß er in diesem Streben von seinen Mitarbeitern unterstützt und als der geeignete Führer des Kollegiums anerkannt wird.“¹⁴ OSR Albert Mansfeld notierte darunter: „Das vorstehende Urteil bestätige ich.“¹⁵ Am 30.1.1939 wurde Manig endgültig zum Schulleiter ernannt und auf eine freie Stelle als Oberlehrer für Sprachkranke gesetzt.¹⁶

Am 15.12.1939 erhielt Herbert Manig den Einberufungsbefehl und zog in den Krieg, in dem er am 1.7.1942 zum Oberleutnant befördert wurde.¹⁷ Die nächste Nachricht in seiner Personalakte ist eine Aktennotiz von Schulrat Gustav Schmidt vom 14.1.1946: „Herr Herbert Manig meldet sich aus der amerikanischen Kriegsgefangenschaft zurück. Auf Befragen gibt er an, dass er seit 1933 Mitglied der NSDAP gewesen ist und das Amt eines Zellenleiters bekleidet hat. Ich eröffne ihm daraufhin, dass er nicht wieder sein Amt als Schulleiter ausüben darf und versetze ihn an die Sprachkrankenschule Carolinenstraße 35.“¹⁸

Hier schlossen sich Kreise. Gustav Schmidt war langjähriger Haus-Nachbar von Herbert Manig und die Schule, an die er Manig versetzte, wurde schon wieder geleitet von Adolf Lambeck, der schon bis Ende der NS-Zeit dort als Schulleiter fungierte, mit dem Manig vor 1933 an der Sprachheilschule Stiftstraße zusammengearbeitet hatte und der im NSLB die Funktion des Leiters der Gaufachschaft für Sonderschulen bekleidet hatte.¹⁹ Herbert Manig befand sich also auf vertrautem Terrain. Dennoch wurde Manig eine Woche später, am 22.1.1946 mit sofortiger Wirkung beurlaubt, am 12.3.1946 aus dem Beamtenverhältnis entlassen. Vergleicht man die Fälle Lambeck und Manig erscheint die Ungleichbehandlung erstaunlich und resultierte wohl daraus, dass Manig am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten war und als Zellenleiter fungierte, während Lambeck erst 1937 Parteimitglied wurde, aus meiner Sicht aber inhaltlich und von seiner NSLB-Funktion mindestens ebenso verstrickt war wie Herbert Manig.

Während Adolf Lambeck als wichtigsten Fürsprecher Fritz Köhne an seiner Seite hatte, schrieb im Fall Manig Schulrat Gustav Schmidt ein politisches Gutachten, das insofern bemerkenswert war, da Schmidt ein kritischer Nicht-Nationalsozialist gewesen war und sich in den Entnazifizierungsverfahren sonst als kritische Instanz erwies.²⁰

Umso überraschender, wie sehr er sich für seinen Nachbarn Herbert Manig einsetzte, wobei Schmidt dabei seinem wichtigen Kriterium bei der Beurteilung von Nationalsozialisten folgte, nämlich darauf zu sehen, wie die Personen sich menschlich verhielten und ob sie Druck auf Personen mit anderer politischer Einstellung ausübten. Schmidt schrieb am 6.7. 1947, im Vorfeld des Berufungsverfahrens gegen die Entlassung von Herbert Manig:

„Herr Manig ist mir seit ungefähr 1926 bekannt; wir waren damals Mitglieder der Baugenossenschaft Ratsmühle und wurden später Nachbarn in der Wietrie in Volksdorf. Über sein politisches Verhalten von 1933–45 kann ich folgendes aussagen:

1. Als 1933 alle Vereine gleichgeschaltet wurden, standen wir auch in unserer Baugenossenschaft vor der Aufgabe, den Vorstand und den Aufsichtsrat möglichst mit Parteigenossen zu besetzen. Herr Manig erhielt in einer Verhandlung mit dem Ortsgruppenleiter die Zusage, daß alle Mitglieder in ihren Ämtern bleiben durften. Herr Manig war der einzige Pg im Vorstand, im Aufsichtsrat saß kein Pg. Ich war Vorsitzender des Aufsichtsrates, und ich bezeuge, daß Herr Manig in den folgenden Jahren in seiner ausgezeichneten Arbeit für die Genossenschaft sich nie von der Parteizugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit eines Genossen hat leiten lassen; er hat für alle gleichmäßig gut gesorgt.

2. 1936 wurde ich durch einen eifrigen Parteigenossen aus der Nachbarschaft bei der Schulverwaltung angezeigt, weil ich es wagte, den Heil-Hitler-Gruß eines

Amtswalters mit dem Tagesgruß und Hutziehen zu erwidern. Herr Manig mußte als Zellenleiter über mich berichten; seinem Bericht verdanke ich es, daß ich von Unannehmlichkeiten von Seiten der Behörde verschont blieb.

3. Als 1937 sehr viele Beamte auf den Druck ihrer Behörde hin der NSDAP beitraten, kam Herr Manig zu mir, um mit mir über die Gründe meiner Weigerung zu sprechen. In einer langen Unterredung habe ich ihm offen und unzweideutig meine Ablehnung begründet. Er hat von meinen freimütigen Äußerungen niemals Gebrauch gegen mich gemacht; ein enger, sturer Pg hätte mir sehr schaden können.

4. In unserem Verkehr untereinander und in den Familien hat sich durch unsere politisch auseinanderstrebenden Meinungen nichts geändert; selbst nach 1942, als ich vom Reichsstatthalter als Beamter entfernt worden war, blieb alles beim alten.

5. Bei mir als einem Gegner der NSDAP kamen manche Leute aus der Nachbarschaft, um sich in politischen Dingen Rat zu holen. Dabei habe ich nie gehört, daß der Zellenleiter Manig sein Parteiamt irgendwie benutzt hat, um Andersdenkende unter Druck zu setzen; im Gegenteil ist mir einige Male versichert worden, daß er sich den Wünschen anderer wilder Pg entgegengestemmt habe.

Ich halte Herrn Manig für einen ehrlichen Menschen, der sich damals 1933 der NSDAP gläubig angeschlossen hat, der sich nicht blind gegen die Fehler innerhalb seiner Partei verschloß, der duldsam gegen Leute mit anderer Meinung war. Irgend eine gemeine oder schädliche Handlung ist mir nicht bekannt geworden; ich halte ihn solcher Taten auch nicht für fähig.

Was mir dienstlich als Schulrat über Herrn Manig bekannt geworden ist, sage ich gerne in einer mündlichen Verhandlung oder in einem amtlichen Gutachten aus.²¹

Gustav Schmidt versuchte dabei, die politische Stellungnahme von einem amtlichen Gutachten zu trennen. Darin blieb er seinem Prinzip treu, eine charakterliche Bewertung von den politischen Funktionen einer Person zu trennen. Aus meiner Sicht hat er dabei vernachlässigt, wie schwerwiegend die politische Verstrickung von Herbert Manig war. Für problematisch halte ich auch, dass Schmidt durch seine langjährige Bekanntschaft zum Nachbarn Manig schwerlich zu einer unvoreingenommenen Bewertung in der Lage war.

Gustav Schmidt hatte schon dem Entnazifizierung-Ausschuss angehört, der am 27.2.1946 eine Stellungnahme zum Entnazifizierungsfragebogen von Herbert Manig abgegeben hatte. Darin hieß es unter Hinweis auf die Bekanntschaft und Nachbarschaft zwischen Manig und dem Schulrat Schmidt:

„1933 trat Herr Manig voller Enthusiasmus in die NSDAP ein, und stellte seine Energie und Organisationfähigkeit der Partei und dem NSLB zur Verfügung, weil

er ernsthaft überzeugt von der Wahrheit der nationalsozialistischen Doktrin war. In diesem guten Vertrauen organisierte er Lehrerlager, wo die Lehrer mit der Ideologie der regierenden Partei vertraut gemacht wurden und ein quasi militärisches Training in Geländesport bekamen.“²²

Im Weiteren wurden dieselben Argumente wiederholt, die Gustav Schmidt 18 Monate später in seiner persönlichen Stellungnahme anführte. Zusammenfassend schrieb der Beratende Ausschuss:

„Es zeigt den ehrlichen, aufrechten Charakter von Herrn Manig.“²³

Gustav Schmidt war sicherlich überzeugt von seiner persönlichen Einschätzung. Trotzdem bekommt sein Gutachten für mich den Charakter einer Gefälligkeit für jemanden, der während der Nazizeit in einer sehr persönlichen Angelegenheit in der gemeinsamen Siedlung sich für die Interessen Gustav Schmidts eingesetzt hatte.

Schlimmer war aus meiner Sicht allerdings, dass auch Adolf Lambeck sich am 2.7.1947 mit einer „Auskunft“ für Herbert Manig zu Wort meldete, den er nach seiner eigenen und unkomplizierten Entnazifizierung mit Hilfe von Fritz Köhne als Schulleiter unterschrieb. So sahen „Persilscheine“ aus:

„Ich kenne Herbert Manig seit seinem Eintritt in die Sonderschularbeit (etwa 1925) aus der Beobachtung und aus der Zusammenarbeit.

In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg hatte es sich für die Hamburger Sonderschulen, die damals noch im Ausbau begriffen waren, als zweckmäßig erwiesen, mit den maßgebenden Parteien der Hamburger Bürgerschaft enge Fühlung zu halten. Die Kollegien der Sonderschulen veranlaßten daher ihre Mitglieder, in den Parteien, denen sie innerlich nahe standen, auch die Mitgliedschaft zu erwerben und dann in den Lehrergruppen der Parteien mitzuarbeiten. Herbert Manig hat auf dringenden Wunsch seines Kollegiums (Schule für Sprachkranke, Rostocker Straße 62) die Mitgliedschaft in der Deutschen Volkspartei erworben. Und nach Auflösung derselben ist er der NSDAP beigetreten, um auch dort für die Sonderschulen zu arbeiten.“²⁴ Politischer Opportunismus als abgesprochenes Programm von den Kollegen der Hamburger Sonderschulen – oder der Versuch eines Beteiligten, einen Kollegen und sich selbst im Nachhinein reinzuwaschen?

Lambeck weiter: „Es ist bekannt, daß die NSDAP dem Gedanken der Sonderschule feindlich gegenüberstand. Die Sonderschulen haben während der ganzen zwölf Jahre der Herrschaft dieser Partei um ihren Bestand und um die Rechte ihrer Schülerschaft kämpfen müssen. Wenn in Hamburg die größten Gefahren von der Sonderschule abgewendet werden konnten, und wenn die Rechte der behinderten Kinder im ganzen gewahrt geblieben sind, so ist das auch der aufklärenden Arbeit der Kollegenschaft zu verdanken; diese Arbeit war aber nur durch ein persönliches

Eintreten bei den entscheidenden Parteiführern zu leisten. Die Mitarbeit Herbert Manigs in der NSDAP ist auch in dieser Richtung zu sehen und zu beurteilen.“²⁵

Und auch ein anderer, der damals mitgemacht hatte, ein Dabeigewesener, ursprünglich Reformpädagoge, der mit Schülern das Lagerleben mit Naturerfahrungen propagierte, John Wöhlert, nach 1945 Rektor der Heinrich-Wolgast-Schule, sang jetzt ein Hohelied auf Herbert Manig: „Ich habe die Verbindung mit Herrn Manig aus sachlichen Gründen gesucht. Herbert Manig war Lehrer in St. Georg. Meine Schule lag im selben Stadtteil. Das Schicksal unserer Jungen war also das gleiche, soweit es die Umwelt und auch die soziale Lage betraf. In St. Georg war nicht das Schulleben – Unterricht und Schulerziehung –, sondern das Jungenleben in Gefahr. Es fehlte der Raum, die Natur und vor allem jegliche Führung, damit aus Kindern Jungen wurden. Turnen, Wandern, Bootfahrt, Werken und Lager wurden für uns die Wege, um die Jungen zur männlichen Haltung zu formen. Das war der Weg meiner Schule (Heinrich-Wolgast-Schule, Borgesch 15) seit 1920.

Etwa ab 1930 suchte ich nach Lehrer-Kameraden, die diese zeitlich außerordentliche, soziale Schulaufgabe erfüllen konnten. Sie erforderte Opfer an Zeit, Kraft und Glauben über die gesetzliche Schularbeit hinaus. Es sammelte sich nur langsam ein Kreis der Gleichgesinnten. 1934 wurden wir von der HJ scharf bedrängt, die unser Ziel als ihre Arbeit („Jugenddienst“) erklärten und die Zeit jenseits des Unterrichts als ihre Zeit beanspruchten. Darum schlossen sich die Kameraden enger zusammen. Es wurde nun auch zielbewußte Kameraden geworben. Einer der Kameraden, der zu uns kam, war Herbert Manig. Er hat uns mit seiner energischen, kritischen Natur oft geholfen. Seine organisatorische Begabung hat uns die Arbeit erleichtert. Das Gesamtergebnis war, dass die Arbeit in St. Georg trotz aller Störungsversuche der HJ weiterlief. Es wurde bis zum Kriegsbeginn der Werk- und Turnabend fortgesetzt und fast alle Jungen der Schule ab 10 Jahre gingen alljährlich ins Lager oder mit dem Schulboot auf Fahrt. Die Ablehnung jeglicher politischen Schulung und die alleinige Erfüllung der sozialen Aufgabe in St. Georg erforderte in jenen Jahren ein starkes Einsetzen der Person. Herbert Manig hat diesen Einsatz gewagt.“²⁶

So wurde reformpädagogische Arbeit mit der Lagerbildung des NSLBs verbunden und auch noch behauptet, hier wäre es ausschließlich um gemeinsame Naturerfahrungen gegangen, jenseits jeglicher „politischer Schulung“. Alte Kameraden hielten auch nach 1945 zusammen.

Gustav Schmidt hatte am 4.10.1947 für die Sitzung des Berufungsausschusses noch ein „Amtliches Gutachten“ geschrieben, da Manig immer noch nicht wieder eingestellt worden war. Darin hieß es: „Im Lehrerbund war M. Sachbearbeiter für Geländesport. Auch hier setzte er sich wieder mit seiner Persönlichkeit für das ein, was er

für richtig hielt. Dabei habe ich immer erfahren, daß er auch in dieser Tätigkeit die Meinungen anderer achtete und zu würdigen versuchte; mir ist kein Fall bekannt geworden, daß M. jemand verfolgt hätte wegen anderer politischer Ansichten. Er glaubte an seine Ideale, gestand anderen aber die Freiheit anderer Überzeugung zu.“²⁷

Anders sah das Schulrat Hans Brunckhorst, der am 19.8.1947 festgestellt hatte, Manig habe an seiner Schule von den Junglehrern und Junglehrerinnen verlangt, „daß sie sich aktiv politisch betätigen sollten. Herr Manig ist seiner Gesinnung, Haltung und Tätigkeit nach als ausgesprochener Vertreter des Nationalsozialismus in seinem üblen Sinne anzusprechen und müsste dementsprechend behandelt werden.“²⁸

Der Berufungsausschuss für die Ausschaltung von Nationalsozialisten befasste sich am 12.11.1947 mit dem Fall Manig. Er entschied, Herbert Manig als Oberlehrer für Sprachkranke zu bestätigen und in Gruppe IV einzustufen. In der Begründung hieß es: „Manig hat durch zahlreiche, glaubwürdige Leumundszeugnisse bewiesen, dass er sich während seiner Zugehörigkeit zur NSDAP politisch einwandfrei geführt hat und dass er sich darüber hinaus auch aktiv zugunsten politisch anders Denkender eingesetzt hat.“ Die Einschränkung: „Jedoch erschien es bei seinem frühen Eintritt in die NSDAP und seiner Zugehörigkeit zur SA sowie seines Amtes im NSLB geboten, ihm die während des NS-Regimes zuerkannte Stellung eines Schulleiters abzuerkennen.“²⁹

Es dauerte noch bis zum 18.2.1948, bis Herbert Manig den Dienst als Lehrer an der Schule, die er bis 1945 als Schulleiter geleitet hatte, wieder aufnehmen konnte, an der Sprachheilschule Rostocker Straße. Bis dahin hatte er als Hilfsarbeiter bei einer Maschinenbaufirma gearbeitet, um die materielle Existenz seiner Familie zu sichern.³⁰

In der Folgezeit bemühte sich Herbert Manig über Jahre, seine Amtsbezeichnung als Schulleiter zurückzubekommen und auch die entsprechende Besoldung. Am 10.2.1953 beschloss der Leitende Ausschuss, ihn in Kategorie V einzustufen. Als Schulleiter wurde er aber nicht wieder eingesetzt und auch die Amtsbezeichnung erhielt er nicht.

Zum 31.3.1963 versetzte ihn die Behörde auf eigenen Antrag in den Ruhestand.

Nachtrag: Ingrid Krämer-Kilic und Hendrik Hauschild veröffentlichten 2001 ein Buch über Sprachbehindertenpädagogik im Nationalsozialismus – eine exemplarische Betrachtung der Hamburger Verhältnisse. Darin führten sie ein Gespräch mit der 1931 geborenen Frau M., die als Kind eine Sprachbehinderung hatte. Ihr Vater, ein Blankeneser Jurist, war ein „Bundesbruder“ von Herbert Manig im „Verein deutscher Studenten“ gewesen. „Sie erinnert sich an ihn als ‚Onkel Herbert‘, der ein ‚fanatischer Nationalsozialist‘“ war. Manig empfahl ihren Eltern die Umschulung

der „sprachkranken“ Tochter auf die neu gegründete Altonaer Sprachheilschule.“³¹
So unterschiedlich können Erinnerungen sein.

Herbert Manig starb am 3.3.1978.³²

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte, StA HH, 361-3_A 1450 und Hamburgisches Lehrerverzeichnis von 1924–25, hrsg. von der Gesellschaft der Freunde.
- 2 Entnazifizierungsakte, StA HH, 221-11_Ed 10354
- 3 Personalakte a. a. O.
- 4 Siehe die Biografien von Albert Henze und Wilhelm Gundlach, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 162ff. und 746ff.
- 5 Siehe die Biografie von Hellmuth Dahms in diesem Buch.
- 6 Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 460.
- 7 Siehe die Biografie Gundlach, a. a. O.
- 8 Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 460.
- 9 Siehe die Biografie Albert Mansfeld, in: de Lorent 2016, S. 118.
- 10 StA HH, 361-2 VI_33 und HLZ 28/1934, S. 455f.
- 11 Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 468f.
- 12 Siehe HLZ 5/1935, S. 57.
- 13 Siehe die Biografie Karl Schlotfeldt, in: de Lorent 2016, S. 254ff.
- 14 Befähigungsbericht v. 27.9.1938, Personalakte a. a. O.
- 15 Ebd.
- 16 Personalakte a. a. O.
- 17 Personalakte a. a. O.
- 18 Personalakte a. a. O.
- 19 Siehe die Biografie Lambeck in diesem Buch.
- 20 Siehe den Abschnitt: Die unvollendete Entnazifizierung in: de Lorent 2016, S. 38ff. und die Biografie Henze, ebd., S. 162.
- 21 Politisches Gutachten vom 6.7.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 22 Aus dem Englischen von mir übersetzt, Beratender Ausschuss v. 27.2.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 23 Ebd.
- 24 Schreiben vom 2.7.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 25 Ebd.
- 26 Ebd.
- 27 Schreiben vom 4.10.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 28 Schreiben vom 19.8.1947, Personalakte a. a. O.
- 29 Entscheidung vom 12.11.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 30 Personalakte a. a. O.
- 31 Inge Krämer-Kilic/Hendrik Hauschild: „Du stotterst ja!“: Sprachbehindertenpädagogik im Nationalsozialismus; eine exemplarische Betrachtung der Hamburger Verhältnisse, Münster 2000. S. 90.
- 32 Personalakte a. a. O.

August Hagemann

„Sollte die jüdische Gefahr von der Lehrerschaft wirklich so wenig ernst genommen werden?“

Ein besonderer Fall ist August Hagemann. Mit einer nicht eindimensionalen Bildungsbiografie studierte er seit 1925 Biologie und Chemie an der Universität Hamburg. Parallel dazu arbeitete er an einer höheren Privatschule, promovierte und legte 1933 die pädagogische Prüfung für das höhere Lehramt ab. Zum 1.5.1933 trat Hagemann in die NSDAP ein und in den NSLB. Beides markierte den Start für eine Karriere am Hamburger Institut für Lehrerfortbildung, an dem Hagemann Abteilungsleiter für Biologie wurde und der Apologet für Vererbungslehre und Rassenkunde im Dienste der Nationalsozialisten.

1945 verhielt sich August Hagemann anders als ein Großteil seiner ebenfalls belasteten Kolleginnen und Kollegen. Er zog sich zurück nach Bad Münde, die Stadt, in der sein Vater Betriebsführer im Bergwerk gewesen war und arbeitete dort drei Jahre ebenfalls im Bergwerk. Möglicherweise war ihm klar, dass er mit seiner Funktion als Transporteur der Rassenideologie in Hamburg unmittelbar nach dem Krieg schwerlich wieder eingestellt werden würde. Erst 1948 meldete er sich in Hamburg zurück und gelangte dann relativ schnell wieder in den Schuldienst.

1953 war er dann schon wieder stellvertretender Schulleiter der Caspar-Vogt-Schule und wurde bald zum Oberstudienrat befördert. Das dreijährige Abtauchen „unter Tage“ war hilfreich gewesen, seine NS-Aktivitäten verblassen zu lassen.

Geboren wurde August Hagemann am 29.6.1901 in Barsinghausen bei Hannover. Sein Vater war im Bergwerk beschäftigt. Nach dessen Versetzung nach Linden besuchte Hagemann die dortige Volksschule, ging danach auf die Realschule, die Humboldtschule, die mit einem Realgymnasium verbunden war. 1917 absolvierte er dort die „Einjährigen-Prüfung“ und wechselte danach auf die Präparanden-Anstalt nach Hameln. Anschließend besuchte er dort drei Jahre das Lehrerseminar und legte Ostern 1921 die erste Lehrprüfung ab. August Hagemann arbeitete danach im Büro des Lehrerseminars in Hameln und bereitete sich auf das Studium für das höhere Lehramt vor, für das er 1925 noch das Abitur bestehen musste.

Er wechselte nach Hamburg und begann an der Universität ein Studium für Biologie, Chemie und Sport. Die Sportlehrerprüfung konnte er schon 1927 erfolgreich ablegen. 1931 promovierte er mit einer Arbeit zum Thema „Untersuchungen an Blattstecklingen“. Am 4.5.1932 bestand Hagemann ebenfalls „mit Auszeichnung“ die pädagogische Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen. Zu seinen

Professoren in der Prüfungskommission gehörte der jüdische Psychologieprofessor William Stern, was August Hagemann in seinem späteren Entnazifizierungsverfahren besonders betonte.

Den Vorbereitungsdienst schloss Hagemann mit der zweiten Prüfung am 31.8.1933 ab. Sein Studium hatte er damit finanziert, parallel an der höheren Privatschule Borbis Unterricht zu geben.¹

Am 1.5.1933 trat August Hagemann in die NSDAP ein. Er übernahm dort verschiedene Ämter, war Blockleiter, Zellenleiter, Amtsleiter der Ortsgruppe und danach auch Schulungsleiter seiner Ortsgruppe. Im NSLB fungierte er seit 1933 als Gausachbearbeiter für Rassenfragen und Biologie und war außerdem Mitarbeiter des Gauamtes für Rassenpolitik.² Damit schien August Hagemann für die Stelle als Abteilungsleiter am Hamburger Institut für Lehrerfortbildung für Biologie prädestiniert, mit dem besonderen Fokus auf Rassenfragen und Vererbungslehre.³

Da dies einen Schwerpunkt der nationalsozialistischen Ideologie und Politik bezeichnete, war August Hagemann in der Folge eine nachgefragte Person. In der „Hamburger Lehrerzeitung“ gab es über die Jahre immer wieder Ankündigungen von Veranstaltungen im NSLB, in denen August Hagemann als Referent auftrat. So sprach er über „Rassenpflege und Bevölkerungspolitik“, über „Vererbung und Erziehung“ oder das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“.⁴

An anderer Stelle in der HLZ bot August Hagemann als Leiter des Gausachgebiets Rassefragen im NSLB Material an, das er so beschrieb: „Auch an dieser Stelle sei auf zwei Filme des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP aufmerksam gemacht, sie tragen die Titel ‚Sünden der Väter‘ und ‚Abseits vom Wege‘. Beide Filme sollen in überaus eindrucksvoller Weise Verständnis wecken für die rassenhygienischen Maßnahmen der Reichsregierung. Die Aufnahmen, die in verschiedenen Irrenanstalten gemacht wurden, dürften auch die hartnäckigsten Zweifler von der Notwendigkeit rassenhygienischer Gesetze überzeugen. Die Filme eignen sich sehr gut zur Vorführung in Eltern- und Lehrerversammlungen. Sie sind anzufordern bei der Geschäftsstelle des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP. Ein Redner dafür kann beim Gausachbearbeiter für Rassefragen, Pg. Dr. A. Hagemann angefordert werden.“⁵

1935 hatte August Hagemann gemeinsam mit seinem Mitbiologen am Institut für Lehrerfortbildung in Hamburg, Harry Garms, eine Schulausstellung vorbereitet, unter dem Titel: „Erbgut in Familie, Rasse und Volk“. August Hagemann schrieb darüber einen Bericht für die „Hamburger Lehrerzeitung“. Darin hieß es:

„Völkerschicksale werden letzten Endes nicht entschieden durch die Gunst oder Ungunst der Umweltverhältnisse, durch Wirtschaft oder Politik an sich. Völker sind Lebewesen, wenn auch höherer Ordnung, sie sind als solche biologischen Gesetzen unterworfen. So einfach und selbstverständlich uns heute diese Erkenntnis

erscheint, es blieb unserer nationalsozialistischen Staatsführung vorbehalten, als erste diese grundlegenden Einsichten bewußt und mit voller Absicht ihren gesetzgeberischen Maßnahmen zugrunde zu legen und diese in Einklang zu bringen mit den exakten Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung. Man betrachte unter diesem Gesichtspunkt das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, das Reichserbhofgesetz, das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (Arierparagraph) und die damit zusammenhängenden Erlasse zum Schutze gegen geistige und rassische Überfremdung, die Steuerreformen und die Maßnahmen zur Förderung der Eheschließung. Sie alle sind biologisch begründet und bezwecken letzten Endes die Aufartung unseres in seinem Bestande gefährdeten Volkes. Erfolg wird diesen Bemühungen auf die Dauer nur beschieden sein, wenn hinter der biologisch ausgerichteten Staatsführung ein Volk steht, daß die Gedankengänge, die den Gesetzgeber leiteten, zu seinen eigenen macht und daraus die notwendigen Folgerungen für sein Wollen und Handeln zieht.“⁶

Wie dies im Euthanasie-Programm mündete und welche Bedeutung dies für Sonderschulen bekommen sollte, zeichnete sich in den weiteren Ausführungen schon ab:

„Erbkrank! Noch einmal wird uns die überragende Bedeutung der Erbmasse vor Augen geführt. Beim Anschauen der statistischen Darstellungen (z. T. aus Hamburger Sonderschulen), der von Schülerhand aufgezeichneten Familien- und Geschlechertafeln von Verbrechern und Erbkranken wird uns das ungeheure Elend, die ganze Not offenbar, die das Wort ‚erbkrank‘ umschließt. Da begreift man den tiefen Sinn des Führerwortes: ‚Wer körperlich und geistig nicht gesund und würdig ist, darf sein Leid nicht im Körper seines Kindes verewigen!‘“⁷

August Hagemann schlug den Bogen noch etwas weiter: „Eine nicht geringe Beachtung hätte das Kernproblem der besonderen Rassenkunde, die Reinerhaltung unseres nordisch bestimmten Rassengemisches gegenüber fremdstämmigen Einschlägen, verdient gehabt. So hätte man sich viel angelegentlicher der Judenfrage annehmen müssen, ein Hinweis übrigens, der auch schon gelegentlich der Geschichtsausstellung ausgesprochen wurde. Sollte die jüdische Gefahr von der Lehrerschaft wirklich so wenig ernst genommen werden?“⁸

Im Anschluss an den Aufsatz von August Hagemann gab es auch eine Darstellung, welche rassenpolitischen Richtlinien Reichserziehungsminister Rust erlassen hatte. Es wurden drei Ziele formuliert:

„1. Einsicht zu gewinnen in die Zusammenhänge, die Ursachen und die Folgen aller mit Vererbung und Rasse in Verbindung stehenden Fragen.

2. Verständnis zu wecken für die Bedeutung, welche die Rassen- und Vererbungserscheinungen für das Leben und Schicksal des deutschen Volkes und die Staatsführung haben.

3. In der Jugend Verantwortungsgefühl gegenüber der Gesamtheit des Volkes, d. h. den Ahnen, den lebenden und kommenden Geschlechtern zu stärken. Stolz auf die Zugehörigkeit zum deutschen Volk als einem Hauptträger des nordischen Erbgutes zu wecken und auf den Willen der Schüler in der Richtung einzuwirken, daß sie an der rassistischen Aufartung des deutschen Volkstums bewußt mitarbeiten.

Diese Schulung von Sehen, Fühlen, Denken und Wollen soll nach der Verordnung bereits auf der Unterstufe einsetzen, so daß entsprechend dem Willen des Führers ‚kein Knabe und kein Mädchen die Schule verläßt, ohne zur letzten Erkenntnis über die Notwendigkeit und das Wesen der Blutreinheit geführt zu sein.‘“⁹

Abgeleitet wurde daraus eine „rassistische Geschichtsbetrachtung“: „Aus dem Rassedanken ist weiterhin die Ablehnung der Demokratie oder anderer Gleichheitsbestrebungen (Pan-Europa-Menschheitskultur) abzuleiten und der Sinn für den Führergedanken zu stärken.“¹⁰

Der Reichserziehungsminister lud ein zu Arbeitstagen der hauptamtlichen Dozenten der Hochschulen für Lehrerbildung, zu der August Hagemann und Harry Garms zum Thema Vererbungslehre und Rassenkunde, Biologie und Methodik des naturkundlichen Unterrichts gemeinsam entsandt wurden.¹¹

August Hagemann war der Hauptpropagandist in diesen Fragen in Hamburg und insbesondere im Hamburger Schulwesen.

Neben Veranstaltungen und größeren Aufsätzen in der HLZ wies Hagemann immer wieder auf zentrale Veröffentlichungen zu diesem Thema hin. So schrieb er über einen „Erbbiologischen und rassenhygienischen Wegweiser für jedermann“: „Durch das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses ist der Kampf um die eher biologische Gesundung unseres Volkes kraftvoll eingeleitet worden. Soll er zu einem erfolgreichen Ende geführt werden, so darf man es nicht bei dieser staatlichen, sogenannten ‚negativen‘ Rassenhygiene bewenden lassen, das Volk selbst muß von sich aus mithelfen. Das wird es nur können wollen, wenn es erbbiologisch geschult ist, dazu kann der vorliegende Wegweiser ein vorzügliches Hilfsmittel sein. Eine allgemeine Verbreitung möchte man insbesondere auch dem wünschen, was der Verfasser im dritten Teil des Buches, dem Rassenhygienischen Weg, über die Rassenhygiene als Gewissensangelegenheit jedes einzelnen sagt.“¹²

August Hagemann pries auch eine Veröffentlichung zum Thema „Bekämpfung der Unterwertigkeit“: „Aus grundlegenden Feststellungen über Wertungsprinzipien bei der Bewertung von Lebewesen im allgemeinen und des Menschen im



August Hagemann, 1951–1966 Stv. Schulleiter am Caspar-Voght-Gymnasium

besonderen folgert der Verfasser letzten Endes die Notwendigkeit der Aufstellung einer sozialen Bilanz jedes einzelnen im Rahmen der Gesamtheit. Fällt sie positiv aus, so ist der Betreffende als für die Gemeinschaft wertvoll zu fördern, ist sie jedoch negativ, so muß er als minderwertig gelten. An vielen Beispielen, die größtenteils aktenmäßig belegt sind, geht uns auf, wie Menschen zu unterwertigen Gliedern des Gesamtvolkes werden und wie schwer sie die Allgemeinheit belasten. Eingehende Untersuchungen des Ursprung der Unterwertigkeit im Verein mit sorgfältiger Registrierung der gefährdeten Familien sind Voraussetzungen für eine erfolgsverheißende Besserung, die durch Beratung und differenzierte Fürsorge einerseits und durch Unfruchtbarmachung Minderwertiger andererseits erzielt werden kann.“¹³

Einem anderen Autor bescheinigte Hagemann: „Bisher völlig unbeachtete Beziehungen zwischen Rassezugehörigkeit und bestimmten Krankheiten werden aufgedeckt. Die Entartung der Menschheit ist nach Tirla – und er führt eine Fülle von Beweismaterial dafür ins Feld – eine Folgeerscheinung umfangreicher Rassenmischungen.“¹⁴

Und noch ein Beispiel, in welche Richtung sich die „Rassenpflege im völkischen Staat“ bewegen sollte: „Wir hören etwas über die Grundregeln der Vererbung, über die Gesetze, nach denen die Fortentwicklung alles Lebenden, also auch der Rassen und Völker verläuft, über Fruchtbarkeit und Auslese. Hart und unerbittlich, aber notwendig sind die Forderungen nach scharfer Scheidung der deutschen Rassen von den artfremden (Juden, Farbige), recht beachtlich die Vorschläge, die die Ausstellung von Gesundheitspässen und Eheerlaubniszeugnissen vorsehen und die Förderung der erbgesunden Familie zum Ziele haben.“¹⁵

1936 veröffentlichte August Hagemann in der „Hamburger Lehrerzeitung“ einen großen Aufsatz zum Thema „Vererbung und Erziehung“. Er leitete diesen mit den Worten ein: „Man hat dem deutschen Gelehrten der vergangenen Epoche, auch dem Biologen, nicht ganz mit Unrecht den Vorwurf gemacht, daß er zu wenig Wert darauf lege, daß seine oftmals anerkannt genialen wissenschaftlichen Erkenntnisse nun auch praktisch ausgewertet würden und seinem Volke wirklich zugute kämen. Man kann nicht leugnen, daß nicht wenige Wissenschaftler sich damit zufriedengaben, wenn irgendwelche Tatbestände wissenschaftlich erfaßt und systematisch eingeordnet waren. Mittler zwischen der wissenschaftlichen Forschung einerseits und dem Volke und der politischen Staatsführung andererseits, welche die Ergebnisse exakter Forschung in eine dem Volke verständliche Form übersetzten und vor allem in konsequenter Auswertung der Erkenntnisse klar formulierte Forderungen hinsichtlich ihrer Nutzenanwendung herausstellten, gab es nur wenige.“¹⁶

An dieser Stelle sollte August Hagemann noch einmal zeigen, dass er ein überzeugter Nationalsozialist war. Er benannte, warum sich dies aus seiner Sicht geändert hatte:

Hamburger Lehrerzeitung

Wochenchrift des Nationalsozialistischen Lehrerbundes Gau Hamburg

15. Jahrgang

Hamburg, Sonnabend, den 29. Februar 1936

Nummer 8

Vererbung und Erziehung

Von Dr. Aug. Hagemann

Man hat dem deutschen Gelehrten der vergangenen Epoche, auch dem Biologen, nicht ganz mit Unrecht den Vorwurf gemacht, daß er zu wenig Wert darauf lege, daß seine oftmals anerkannt genialen wissenschaftlichen Erkenntnisse nun auch praktisch ausgenutzt würden und seinem Volke wirklich zugute kämen. Man kann nicht leugnen, daß nicht wenige Wissenschaftler sich damit zufriedengaben, wenn irgendwelche Tatbestände wissenschaftlich erfaßt und systematisch eingeordnet waren. Mittler zwischen der wissenschaftlichen Forschung einerseits und dem Volke und der politischen Staatsführung andererseits, welche die Ergebnisse exakter Forschung in eine dem Volke verständliche Form überetzten und vor allem in konsequenter Auswertung der Erkenntnisse klar formulierte Forderungen hinsichtlich ihrer Anwendung herausstellten, gab es nur wenige. Ihre warnenden Rufe blieben lange Zeit unbeachtet.

Daß dieser Zustand sich grundlegend besserte, ist eines der vielen Verdienste unseres Führers, der auch hier wieder in genialer Intuition die Sachlage durchschaute und keinen Augenblick zögerte, seine Schlussfolgerungen in die Tat umzusetzen. Heute sind die biologischen Erkenntnisse nicht nur Grundlage der nationalsozialistischen Weltanschauung, sondern zum Ausgangspunkt für unsere gesamte Gesetzgebung geworden. Daß sie in womöglich noch höherem Maße für die Lebensführung jedes einzelnen Volksgenossen Richtschnur sein müssen, ist danach selbstverständlich. Und so kann es nicht wundernehmen, wenn die Biologie den Anspruch erhebt, auch die an der Jugend zu leistende Erziehungsarbeit richtungswesend zu beeinflussen. Die Biologen mahnen sich allerdings nicht an, von sich aus etwa für jedes Sachgebiet die Sonderziele festlegen zu wollen, müssen aber immerhin fordern, daß diese Zielsetzungen in jedem Falle biologischen Geschehnissen nicht widersprechen. Mit besonderem Nachdruck aber müssen wir verlangen, daß die Erziehungsmethoden biologisch ausgerichtet werden.

Aus dem diesbezüglichen Fragenkreis, der in einer so kurzen Abhandlung natürlich nicht erschöpfend behandelt werden kann, wollen wir zwei Kernfragen herausgreifen. Sie lauten: Hat es unter Berücksichtigung der neuesten Ergebnisse der biologischen und insbesondere der Erbforschung überhaupt noch einen Sinn, von Erziehung zu sprechen, und — falls diese Frage bejaht werden sollte, und sie wird es — welche Wirkungsmöglichkeiten besteht man unter den veränderten Verhältnissen der Erziehung noch zu? Wollen wir eine klare Antwort auf diese Fragen finden, so kommen wir nicht umhin, mannigfaltiges biologisches Beweismaterial zu verwenden, das auf den ersten Blick weiter abzufragen scheint, dessen Studium aber gerade dem Nichtbiologen dringend empfohlen wird. Es wird ihn von unbegründeter Kritik zurückhalten.

Wir leben heute in einem Weltanschauungskampfe, dessen Bedeutung erst im späteren Geschlechte noch und ganz gewirkt werden wird. Rasse und Vererbung einerseits und Weltbürgertum und Milieu andererseits, das sind die Fronten bei dieser gewaltigen geistigen Auseinandersetzung, deren Ausgang nicht zweifelsfrei sein darf, soll das Weltgeschick überhaupt noch einen Sinn haben. Über einhundert Jahrhunderte sind vergangen, seit Rousseau die Menschheit mit seiner Lehre von der Gleichheit aller Menschen be-

glückte. Für die fernere Entwicklung ist es besonders unheilvoll gewesen, daß seine Anschauungen über Ziele und Wege der Erziehung zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts durch die Theorien seines Landsmannes Lamarck eine scheinbar biologische Fundierung erfuhren. Wissenschaftlich sind die Ideen Lamarcks längst überwunden, aber man zieht in Politiker- und Erzieherkreisen kampfhaft an ihnen fest, nur weil sie bequemer schienen als die sie ablösende Lehre von der biologischen Auslese.

Was lehrte Lamarck? Vor ihm glaubte man an die Konstanz der Arten. Alle Pflanzen- und Tierarten sollten danach durch einen Schöpfungsakt einmal geschaffen und dann, im großen und ganzen gesehen, unveränderlich sein. Lamarck dagegen vertrat den Standpunkt, daß alle Lebewesen entwicklungsgeologisch mehr oder weniger miteinander verwandt seien, daß die verschiedenen Arten und Rassen sich in unendlichen Zeiträumen aneinander emporentwickelt hätten, eine Auffassung, der wir bekanntlich auch heute noch rückhaltlos beistimmen. Es liegt uns also völlig fern, die Verdienste dieses großen Forschers als des Kämpfers des Entwicklungsgebahrens überhaupt irgendwie schmälern zu wollen.

Die entscheidende Frage ist jedoch die nach dem Wie der Entwicklung. Die Ursache der vorgehenden Differenzierung aller Lebewesen ist nach Lamarck die Umwelt mit ihren vielfältigen Einflüssen. Nach ihm wird die Entwicklung der Einzelwesen geleitet durch das Bemühen, sich den sich fortwährend ändernden Umweltbedingungen direkt anzupassen. Jede Umweltänderung hat für das betreffende Lebewesen eine Änderung in den Bedürfnissen zur Folge. Im Bestreben, diese abzustellen, läßt das Lebewesen neue Tätigkeiten aus und nimmt neue Gewohnheiten an, durch die schon vorhandene Organe umgebaut werden. Solche das Schwimmen keine Organe besitzen, die den entstehenden Bedürfnissen gerecht werden können, dann werden solche, um mit Lamarck zu sprechen, durch Anstrengungen eines inneren Gefühls hervorgerufen. Die auf diese Weise abgeänderten oder neuentstandenen Organe und Fähigkeiten sollen dann bei der Fortpflanzung auf die Nachkommen vererbt werden, allerdings nur, wenn beide Elternpartner die neuen Eigenschaften aufweisen. Die Nachkommen werden demzufolge gleich mit den abgeänderten Organen geboren, sie sind schon von Anfang an der neuen Umwelt angepaßt. Einige kleine Beispiele, die von Lamarck selbst stammen, mögen zeigen, wie er sich die Vorgänge im einzelnen vorstellte.

Derfiebene Dösel sollen durch Nahrungsmangel dazu getrieben worden sein, ihr Futter im Wasser zu suchen. Die einen spritzten in dem Bemühen, sich auf dem Wasser fortzubewegen, ihre Zehen weit auseinander und schlugen mit den Füßen gegen das Wasser. Dadurch nahm die Haut, welche die Zehen an der Basis verbindet, die Gewohnheit an, sich auszudehnen und wurde mit der Zeit zu der breiten Schwimmhaut, die gegenwärtig die Zehen der Gänse und Enten und anderer Schwimmvögel verbindet. Die Strandvögel hingegen, die ihre Beute gleichfalls im Wasser suchen, aber nicht gern schwimmen, stehen dauern im Schlamm. In dem Bestreben zu verhindern, daß ihr Körper ins Wasser taucht, machen sie alle Anstrengungen, ihre Beine auszudehnen und zu verlängern. Das Ergebnis dieser Bemühungen sind ihre langen Stelzbeine, entsprechend hat sich dann auch ihr Hals verlängert. Und abschließend noch ein

„Daß dieser Zustand sich grundlegend besserte, ist eines der vielen Verdienste unseres Führers, der auch hier wieder in genialer Intuition die Sachlage durchschaute und keinen Augenblick zögerte, seine Schlußfolgerungen in die Tat umzusetzen. Heute sind die biologischen Erkenntnisse nicht nur Grundlage der nationalsozialistischen Weltanschauung, sondern zum Ausgangspunkt für unsere gesamte Gesetzgebung geworden. Daß sie in womöglich noch höherem Maße für die Lebensführung jedes einzelnen Volksgenossen Richtschnur sein müssen, ist danach selbstverständlich. Und so kann es nicht wundernehmen, wenn die Biologie den Anspruch erhebt, auch die an der Jugend zu leistende Erziehungsarbeit richtungsweisend zu beeinflussen.“¹⁷

Nach dem Bergmannssohn August Hagemann, der selbst ein Beispiel dafür bot, wie man, ohne mit dem silbernen Löffel geboren zu sein, hohe Bildungsabschlüsse und akademische Würden erlangen konnte, war die Entwicklung des Menschen biologisch determiniert. So polemisierte Hagemann gegen Alfred Adler: „Auch der sattsam bekannte Individualpsychologe Adler hat etwas dazu zu sagen: ‚Man kann aber feststellen, daß die Auffassung, daß der Charakter von seinen Eltern ererbt sei, gemeinschädlich ist, denn sie hindert ja den Erzieher, sich mit Vertrauen an seine Aufgabe zu machen.‘ Leider sind die Dinge zu ernst, als daß man über diese Versuche, mit ein paar hingeworfenen Worten festgegründete biologische Tatsachen aus der Welt zu schaffen, nur lächeln könnte.“¹⁸ Hagemann hielt dagegen: „Jeder, der in der Praxis steht und die Dinge mit offenen Augen sieht, muß auch ohne daß er Kenntnis von erbbiologischen Forschungsergebnissen hat, die in diesen Aussprüchen zum Ausdruck kommende maßlose Überschätzung der Erziehungsmöglichkeiten ablehnen. Die meisten Erzieher haben es am eigenen Leibe erfahren, daß sie bei der Erziehung des Kindes mit seiner Veranlagung rechnen müssen; sie haben oft genug mit ihrem Bemühen, unerwünschte Eigenschaften ihrer Schüler zu unterdrücken oder besondere Fähigkeiten zu entwickeln, Schiffbruch erlitten und zunächst wohl den Fehler in sich selbst gesucht.“¹⁹

Die Referenz für Hagemanns Gegenargumentation: „Auch der Lehrer und Erzieher ist oft genug machtlos. Der bekannte Münchener Rassenhygieniker Fritz Lenz spricht das einmal recht drastisch mit folgenden Worten aus: ‚Gegen die Dummheit kämpfen bekanntlich selbst die Götter vergebens, und man kann den Pädagogen keinen Vorwurf daraus machen, daß sie in dieser Beziehung auch nicht bessere Erfolge aufzuweisen haben.‘“²⁰ Die wesentliche Konsequenz, die August Hagemann aus seinen Erkenntnissen zog, war fatal und hatten Langzeitwirkung: „Das bedeutet aber, daß wir die verschiedenen Begabungen rechtzeitig voneinander sondern müssen. So früh wie irgend möglich sollten die überdurchschnittlich Begabten der höheren Schule, die unterdurchschnittlich Begabten den Hilfs- und

Sonderschulen zugewiesen werden. Nur so können wir den verschiedenen Veranlagungen unserer Schüler einigermaßen gerecht werden und erfüllen gleichzeitig die drängende rassenhygienische Forderung nach Abkürzung der Ausbildungszeit der Hochbegabten. Daß bei dieser Auslese, die wir mit Scheidt besser Siebung nennen, nicht nur Intelligenz, sondern auch körperliche Leistungsfähigkeit und vor allem charakterliche Haltung mit bewertet werden sollen, ist bekannt. Wenn es der Schule gelingen sollte, auf diese Weise den Grundstein zu einer umfassenden, den tatsächlichen Veranlagungen der Schüler entsprechenden Siebung zu legen, die dann später im praktischen Leben noch fortgesetzt wird, dann dürfen wir hoffen, daß in nicht allzu ferner Zeit ein Ausspruch unseres Führers an unserem Volke in Erfüllung geht und zwar der: „Insgesamt gesehen wird das Volk die höchsten Leistungen vollbringen, in dem jeder an dem Platze steht, für den er geboren ist.“²¹

Von hier war es nicht mehr weit zu dem Satz: „Jedem das Seine.“

Ein bemerkenswertes Detail am Rande: Der Rassehygieniker und folgerichtig auch Apologet der Ariernachweise, die 1937 von allen Deutschen vorgelegt werden mussten, bekam selbst ein kleines Problem: Am 3.8.1938 wies das Reichsministerium für Wissenschaftserziehung und Volksbildung den Reichsstatthalter Karl Kaufmann darauf hin: „Nach der vorgelegten Geburtsurkunde ist die Großmutter mütterlicherseits der Ehefrau des Dr. Hagemann (Rosalie Emma Johanna Minna Schwenke, geboren 26. September 1859) unehelich geboren. Eine Angabe über den Erzeuger ist weder in der Urkunde noch an anderer Stelle gemacht. Ich halte es für erforderlich, daß – soweit nicht schon geschehen – noch nähere Nachforschungen nach dem Erzeuger und seiner Abstammung angestellt werden. Über das Ergebnis der Nachforschungen, die von Dr. Hagemann vorzunehmen sind, ist mir unter Beifügung der etwa erlangten Unterlagen zu berichten. Sollte er bei seinen Nachforschungen keinen Erfolg haben, so ist mir der von ihm zur Erlangung der Unterlagen geführte Schriftwechsel, insbesondere die Antworten der Standes-, Melde- und Pfarrämter, der Gerichte bzw. anderer Stellen, an die er sich mit Anfragen gewandt hat, vorzulegen.“²²

Das Ergebnis ist nicht dokumentiert, aber es wird schon geklappt haben. August Hagemann wurde zum 1.3.1939 Dozent an der Hochschule für Lehrerbildung.²³

1942/43 übernahm August Hagemann für einen im Krieg verstorbenen anderen Dozenten zusätzlich auch noch Vorlesungen an der Universität für Medizinstudenten über Vererbungslehre.²⁴

In dem Zusammenhang wurde vom Reichsstatthalter in Hamburg noch der Versuch gemacht, August Hagemann zum Oberstudienrat zu befördern: „Dr. Hage-

mann ist eine hervorragend befähigte Lehrkraft, dessen Ernennung zum Professor bereits früher betrieben worden war, aber wegen der inzwischen erfolgten Umstellung der Lehrerausbildung nicht erreicht werden konnte.“²⁵

Im Juli 1943 brannte die Wohnung der Familie Hagemann während der Bombenangriffe auf Hamburg total aus. Frau Hagemann und die drei Söhne zogen zu Hagemanns Schwiegereltern nach Pommern und August Hagemann richtete sich im Gebäude der Lehrerbildungsanstalt I in der Armgartstraße 24 ein, das ebenfalls von Bombenangriffen beschädigt war. Es musste dort ein Wachdienst initiiert werden, um Plünderungen zu verhindern und die Aufräumarbeiten zu organisieren. Dafür stellte sich Hagemann zur Verfügung, um gleichzeitig einen Raum zur Übernachtung zu nutzen. Prof. Karl Albrecht, der Direktor der Anstalt hielt fest: „Dr. Hagemann wohnte im Gebäude der Lehrerbildungsanstalt I und wurde hier auch gepflegt. Diese Regelung traf er von sich aus, ohne Rücksprache mit der Leitung. Die dauernde Anwesenheit einer Lehrkraft war ohne Zweifel wertvoll, dienstlich jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht mehr erforderlich.“²⁶

Am 10.11.1945 erhielt August Hagemann im Namen der britischen Militärregierung die Entlassungsverfügung. Er war inzwischen mit seiner Familie in die Stadt seiner Eltern, nach Bad Münde gezogen.²⁷

Hagemann schrieb am 23.5.1946 an die Hamburger Schulverwaltung, dass er auf seinen Einspruch gegen die Entlassung bisher keine Antwort erhalten habe und den Einspruch deswegen erneuere. Er wies darauf hin, dass er „durch meine Zugehörigkeit zur NSDAP keinerlei Vorteile hatte, sei es nun beruflicher oder finanzieller Art. Promotion und Staatsprüfung in Biologie, Chemie und Leibesübungen habe ich 1931 bzw. 1932 abgelegt und zwar beide mit Auszeichnung.“²⁸

Schulrat Gustav Schmidt antwortete darauf, dass bisher kein Einspruch gegen die Entlassung eingegangen sei. Da das Verfahren geändert würde, bekäme Hagemann demnächst eine Nachricht, was er weiter tun könne.²⁹

August Hagemann ließ die Frist für die Berufung, die auf den 31.12.1947 datiert war, verstreichen und äußerte sich erst Ende August 1948 aus Bad Münde. Ich vermute, dass Hagemann Zeit vergehen lassen wollte, weil ihm persönlich klar war, dass er mit seinen Aktivitäten und seinen Funktionen in dem Bereich der Vererbungslehre und Rassenkunde in Hamburg unmittelbar nach dem Krieg keine Chance auf Entnazifizierung und Wiedereinstellung haben würde. So versuchte er, sich in Bad Münde zu etablieren und positive Leumundszeugnisse zu bekommen.

Hagemann meldete sich mit einem Schreiben bei der Hamburger Schulverwaltung, das am 27.8.1948 dort eintraf: „Auf Anordnung der Militärregierung wurde ich nach meiner Rückkehr aus der Gefangenschaft im November 1945 aus meinem Dienstverhältnis entlassen. Ich war zuletzt als Dozent in der Lehrerbildung

tätig. Seither habe ich in der Landwirtschaft und im Kohlenbergbau gearbeitet, möchte mich aber nun darum bemühen, wieder in den Hamburger Schuldienst aufgenommen zu werden. Ich möchte daher höflichst anfragen, welche Unterlagen ich dafür einzureichen habe. Da ich ausgebombt bin, auf Vermögenswerte nicht zurückgreifen kann, aber ausschließlich auf meinen Lohn als Bergmann angewiesen bin, sehe ich mich leider in der Zwangslage, die Angelegenheit so weit wie möglich schriftlich zu betreiben. Für eine möglichst ausführliche Auskunft wäre ich Ihnen sehr dankbar.“³⁰

Dann wurden fern von Hamburg einige Leumundszeugnisse geschrieben und eingereicht. Bergleute und der Betriebsratsvorsitzende des Steinkohlenbergwerks in Klein-Süntel stellten fest: „Wir haben mit unserem Kumpel, dem jetzigen Lehrhauer Dr. August Hagemann, seit Juni 1947 meist in einer Kameradschaft zusammengearbeitet und zwar untertags teils bei Aufwältigung alter Strecken, teils vor Kohle. Wir kennen ihn als einen ruhigen, pflichtbewussten Menschen von offenem und ehrlichem Wesen, auf den man sich in jeder Lage verlassen kann. Wir halten ihn auch politisch für unbedingt zuverlässig. Wir haben immer gern mit ihm gearbeitet und wissen, dass auch die Arbeitskameraden anderer Schichten, mit denen er zwischendurch zusammenarbeitete, genauso denken wie wir.“³¹

Auch der Schulleiter der Volksschule in Bad Münden meldete sich zu Wort und schrieb, dass Hagemann ihm seit über 30 Jahren bekannt sei. „Seine Eltern wohnen seit 1917 in Bad Münden, haben sich hier einen guten Ruf erworben und genießen großes Ansehen bei der hiesigen Einwohnerschaft. Ich schätze Herrn Hagemann als einen Menschen von tadellosem Charakter, reichem Wissen und sozialem Denken und Handeln. Obwohl er seit dem 1.5.1933 der NSDAP angehört, ist er hier in keiner Weise politisch hervorgetreten.“³²

Und auch Bürgermeister Remmer setzte sich für ihn ein:

„Herr August Hagemann, Bad Münden, ist mir seit seiner Jugend bekannt. Sein Vater war Betriebsleiter des hiesigen Steinkohlenbergwerks und war mehrere Jahre Bürgervorsteher der Stadt Bad Münden und hat im Sinne der Demokratie sein Amt ausgeführt und hat seinen Kindern eine entsprechende Erziehung angedeihen lassen. Wenn Herr Hagemann sich der NSDAP angeschlossen hat, so hat er es aus rein wirtschaftlichen Gründen getan.“³³

In Bad Münden waren sicherlich die einzelnen Funktionen von August Hagemann in der NS-Bewegung und auch seine Aufsätze in der „Hamburger Lehrerzeitung“ nicht bekannt.

Nun gab es aber auch Leumundszeugnisse aus Hamburg. So schrieb der Landesschulrat bis 1933, den die Nationalsozialisten abgesetzt hatten, Prof. Dr. Ludwig Doermer, dass er Hagemann aus dem Prüfungsausschuss von dessen Staatsexamen

1932 kannte und ihm den Vorschlag gemacht hatte, sich für eine Stelle im Staatsdienst zu bewerben. Doermer weiter: „Seine weitere Entwicklung zur Nazi-Partei habe ich mit Bedauern festgestellt. Ich war aber nicht überrascht, daß sich die NSDAP einen so fähigen Mann für ihre Zwecke sicherte und ihn zum Sachbearbeiter für Biologie im NS-Lehrerbund machte. Darüber, ob Herr Hagemann die Politik der Nazis unterstützt hat und wie er heute politisch eingestellt ist, kann ich nichts aussagen. Ich kann lediglich betonen, daß es sich bei ihm um eine Persönlichkeit von besonderer wissenschaftlicher Qualifikation handelt. Wenn ein Mann von solchen Fähigkeiten drei Jahre lang schwere Handarbeit geleistet hat und eine ganze Reihe von Entbehrungen hat tragen müssen, so dürfte das eine angemessene Sühne sein für seine Mitwirkung in der NSDAP.“³⁴

Mit dem Argument „Sühne geleistet“ hatte der in Hamburg hoch angesehene ehemalige Landesschulrat möglicherweise den Weg geebnet, Hagemann eine neue Chance zu bieten.

Ganz anders argumentierte der ehemalige für die höheren Schulen zuständige Oberschulrat Wilhelm Oberdörffer, der aus meiner Sicht selbst eine NS-Belastung hatte³⁵ und zahllose „Persilscheine“ schrieb für deutlich belastete ehemalige Nationalsozialisten. Oberdörffer blendete völlig aus, was August Hagemann in der NS-Zeit veröffentlicht hatte. Er argumentierte, dass Hagemann „eine sehr gute fachliche Durchbildung erfahren“ habe. „Als Biologielehrer bewährte er sich in hohem Maße und wurde deshalb für die Mitarbeit in der Lehrerbildung und Lehrerfortbildung herangezogen. Wenn Herr Dr. Hagemann 1934 oder 1935 durch den Gauwalter, Landesschulrat Schulz, zum Gausachbearbeiter für Biologie im NSLB berufen wurde, so geschah diese Heraushebung nicht etwa, weil Herr Dr. Hagemann politischen Ehrgeiz hatte.“³⁶ Vielleicht war es in erster Linie persönlicher Ehrgeiz, aber alle Veröffentlichungen von August Hagemann ließen ihn als überzeugten Nationalsozialisten und eifrigen Verfechter nationalsozialistischer Doktrin auf dem wichtigen Gebiet der Rassenlehre erscheinen.

August Hagemann meldete sich erneut am 3.11.1948 bei der Hamburger Schulverwaltung und reichte seinen Entnazifizierungsfragebogen ein, verbunden mit einem Anschreiben. Er setzte dabei sehr stark auf die „soziale Karte“. „Als ich 1945 aus der Kriegsgefangenschaft kam, wurde ich auf Anordnung der Militärregierung aufgrund des Gesetzes Nummer 6 aus meinem Amt entlassen. Da mich damals schwere Sorgen drückten, (meine Familie saß in der russischen Zone, ohne dass ich Nachricht von ihr hatte, Wohnung und gesamte Einrichtung hatten wir in Hamburg durch totalen Bombenschaden verloren, so dass ich zunächst tatsächlich vor dem Nichts stand) habe ich auf meine Entlassung nicht weiter reagiert. Ich suchte vorerst im Heimatort meines Vaters Zuflucht, holte dann, nachdem ich

Nachricht bekam, meine Familie herüber und baute Schritt um Schritt unter den primitiven Verhältnissen einen bescheidenen Haushalt auf. Gearbeitet habe ich zuerst in der Landwirtschaft, dann ab Juni 1947 im Steinkohlenbergwerk ‚Süntel‘ ausschließlich untertage.“³⁷

Er machte dann im Weiteren noch einige Angaben zu seinem Werdegang, so wies er darauf hin, dass er nach der ersten Lehrprüfung wegen des Stellenmangels im Lehrerberuf von 1921 bis 1924 schon einmal im Bergbau gearbeitet hatte, was in seiner Personalakte nicht vermerkt war. In seiner Argumentation versuchte er sich als unpolitischen Menschen hinzustellen: „Das ich vor 1933 nicht nationalsozialistisch eingestellt war, ist wohl daraus zu entnehmen, dass ich als studentischer Mitarbeiter der Studentenhilfe reibungslos mit dem der jüdischen Konfession angehörenden Professor Heimann zusammenarbeitete und dass ich mich 1932 von Prof. W. Stern im Staatsexamen in Philosophie prüfen ließ, obwohl mir die Wahl des Prüfers frei stand.“³⁸ Welch ärmliche Argumentation, insbesondere wenn man sich ansieht, wie Hagemann sich öffentlich geäußert hatte, so etwa 1935: „Hart und unerbittlich, aber notwendig sind die Forderungen nach scharfer Scheidung der deutschen Rassen von den artfremden (Juden, Farbige).“³⁹

Hagemann gab dann fast wortgleich wie in dem „Persilschein“ von Wilhelm Oberdörffer wieder, dass er nahezu genötigt worden war, eine Funktion im NSLB zu übernehmen: „1934 oder 35 Ernennung zum Gausachbearbeiter durch meinen Vorgesetzten, den damaligen Landesschulrat Schulz, der gleichzeitig Gauwalter im NSLB war. Ablehnung des Auftrags also kaum möglich. Amt rein fachlich, auch ohne Einfluss oder gar politische Bedeutung.“⁴⁰ Dass es sich dabei um die Verantwortung für den Bereich „Vererbungslehre und Rassenkunde“ handelte, der für die NS-Ideologie und alle daraus folgenden Aktivitäten und Praktiken von enormer Bedeutung war, verschwieg Hagemann. August Hagemann hatte Glück. Der in den Entnazifizierungsverfahren kritische und in Bezug auf nationalsozialistische Aktivisten unerbittliche OSR Heinrich Schröder schrieb am 29.12.1948 an den Berufungsausschuss: „Studienrat Dr. August Hagemann ist mir nicht bekannt. Tatsachen, die ihn über die formale Belastung hinaus als untragbar für den Erzieherberuf machen würden, sind mir nicht bekannt.“⁴¹

Der zweite für August Hagemann hilfreiche Faktor war, dass der milde urteilende Dr. Wilhelm Kiesselbach den Vorsitz im Berufungsausschuss führte und auch sonst niemand diesem Ausschuss angehörte, der über eine personengenaue Kenntnis in Bezug auf den NSLB und die NS-Zeit verfügte. So entschied der Ausschuss, der Berufung stattzugeben, Hagemann als Studienrat im Angestelltenverhältnis wieder einzustellen, mit der Perspektive, ihn zum 1.1.1950 wieder in das Beamtenverhältnis zu überführen. Zur Begründung wurde vermerkt: „Dr. Hagemann

ist insofern formal belastet, als er der Partei am 1.5.1933 beigetreten ist und von 1934–1936 das Amt eines Blockleiters bekleidet hat. Als besonders schwerwiegend sieht der Ausschuss diese Belastung nicht an, da aufgrund der Zeugnisse, insbesondere der Herren Dr. Doermer und Krieger, davon auszugehen ist, dass Dr. Hagemann politisch niemals hervorgetreten ist. Im Einvernehmen mit dem Vertreter des Fachausschusses hatte der Ausschuss deshalb keine Bedenken, Dr. Hagemann, der eine etwaige Verfehlung durch eine dreijährige Arbeit im Bergwerk gesühnt hat, zunächst im Angestelltenverhältnis wieder zuzulassen.“⁴²

Wäre August Hagemann 1945 in das Entnazifizierungsverfahren gegangen, hätte es einen anderen Ausgang genommen. Insofern erwies sich seine Strategie, erst einmal abzutauchen, „unter Tage zu gehen“, als erfolgreich.

Hagemann nahm seinen Dienst am 20.4.1949 an der Caspar-Vogt-Schule, einer Oberschule für Mädchen, auf.⁴³

Und auch dort kam es in der Folgezeit zu einigen Besonderheiten. So schrieb die Schulleiterin, Louise Broscheit, in einem Befähigungsbericht über ihn: „Da er ausgebombt war und mit seiner Familie in Münder am Deister wohnte, wurde ihm in der Caspar-Vogt-Schule das Biologieverwalterzimmer im 3. Stock als Wohnraum zur Verfügung gestellt. Hier hauste er als ein ‚Sich-selbst-versorgender-Junggeselle‘ von montags bis sonnabends. Erst Oktober 1950 gelang es ihm, im Lehrerblock an der Sievekingsallee eine Wohnung zu erwerben und seine Familie nachkommen zu lassen. Das Wohnen in der Schule brachte es zwangsläufig mit sich, daß er sich als ‚Hausvater‘ um alles kümmerte, was die Verwaltung des Schulgebäudes betraf, umso mehr, als es seiner persönlichen Neigung zu hausväterlichem Verhalten, wie einem starken Verantwortungs- und Pflichtbewußtsein entsprach. Denn unser Schulgebäude, das zwar trotz schwerer Bombenangriffe erhalten geblieben war, aber durch Phosphorbombenbrände und Fremdbesatzung und Doppelbelegung mit zwei Schulen stark gelitten hatte und litt, stellte eine Fülle von Verwaltungsaufgaben. Als dann Frau Hart, die, nachdem ich die Leitung der Schule übernommen hatte, mir anfangs stellvertretend zur Seite stand und in diesem Rahmen den Stunden- und Vertretungsplan regelte und die diversen Kassen verwaltete, am 1.4.1950 an das Pädagogische Institut berufen wurde, übernahmen die Herren Dr. Kreiss den Stunden- und Vertretungsplan und Dr. Hagemann die Kassenverwaltung und Abrechnung, und zwar auch hier wieder, weil diese Arbeit durchaus den Neigungen und Eignungen beider Herren entsprach. Von einem Stellvertreteramt war nie die Rede, obwohl das Kollegium Dr. Hagemann stillschweigend wohl als solchen gelten ließ.“⁴⁴

Das klang nicht nach wirklich großer Wertschätzung.

Am 30.12.1952 schrieb Schulleiterin Broscheit an die Schulbehörde: „Herr Dr. H. hat niemals eine schriftliche amtliche Bestätigung seiner Ernennung zum Stell-

vertreter erhalten. Es liegt lediglich die einstimmige Wahl des Kollegiums vor und ihr mündlich gegebenes Einverständnis, ihm vorläufig dieses Amt zu übertragen.⁴⁵

Die Bestätigung erfolgte dann am 13.1.1953, der Lehrerbetriebsrat stimmte am 21.1.1953 zu.⁴⁶

Am 8.10.1957 wurde August Hagemann zum Oberstudienrat befördert, was am Ende der NS-Herrschaft aus Zeitgründen nicht mehr funktioniert hatte. In der von Oberschulrat Curt Zahn gegebenen Begründung hieß es: „Herr Dr. August Hagemann versieht sein Amt als stellvertretender Schulleiter bereits seit dem 30.1.1953 in der Caspar-Vogt-Schule. Mit peinlicher Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit verwaltet er schlechthin alle Gelder und wacht auch über die vernünftige Anschaffung von Lehr- und Lernmitteln, (so daß er scherzhaft der Finanzminister der Schule genannt wird.) Er verhandelt in allen Hausangelegenheiten mit dem Hausmeister und den Handwerkern und bewältigt auch die zusätzliche Belegung des Hauses durch die Kirchenpauer-Schule. Mit Freudigkeit ist er immer am Platze, fühlt sich für alles Geschehen verantwortlich und nimmt auch das Organisatorische weitgehend auf sich. Daneben hat er auch noch genügend Zeit und Kraft, sich seinen Fächern (Biologie, Chemie, Leibesübungen) zu widmen und darüber hinaus, weil es notwendig ist, auch Mathematikstunden zu erteilen. Sein großes fachliches Interesse wird besonders sichtbar in der Biologiesammlung, die er aus kümmerlichen Überbleibseln schon zu einer erfreulichen Stattlichkeit gebracht hat. Herr Hagemann verdient endlich auch die äußere Anerkennung seiner Arbeit durch die Beförderung.“⁴⁷

Zum 40-jährigen Dienstjubiläum am 15.10.1965 wurde August Hagemann der bei Hamburger Beamten beliebte „Portugaleser“ verliehen.⁴⁸

Zum 30.9.1966 wurde Hagemann in den Ruhestand versetzt. Zu seinem 70. Geburtstag erhielt er ein Glückwunschsreiben von Landesschulrat Wolfgang Neckel, in dem es hieß: „Ihre Schule und darüber hinaus das Hamburger Schulwesen sind Ihnen für Ihre treue Pflichterfüllung und vorbildliche Mitarbeit zu großem Dank verpflichtet.“⁴⁹

August Hagemann starb am 13.12.1975.⁵⁰

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut der Dozenten- Personalakte Hagemann, StA HH, 113-5_BV 119, Hagemann
- 2 Laut Personalakte a. a. O. und Entnazifizierungsakte, StA HH, 221-11_Ed 8016
- 3 Personalakte a. a. O.
- 4 HLZ 34/35-1936, S. 321. Dieses ist eines von zahllosen Beispielen.
- 5 HLZ 6/1936, S. 70.
- 6 August Hagemann: Erbgut in Familie, Rasse und Volk, in: HLZ 5/ 1935, S. 49.

- 7 August Hagemann: Erbgut in Familie, Rasse und Volk, in: HLZ 5/ 1935, S. 50.
- 8 Ebd.
- 9 Rassenpolitische Schulungsarbeit in den Schulen, in: HLZ 5/1935, S. 53.
- 10 Ebd.
- 11 Personalakte a. a. O.
- 12 HLZ 51/52-1934, S. 707.
- 13 Ebd.
- 14 HLZ 8/1936, S. 92.
- 15 HLZ 5/1935, S. 57.
- 16 HLZ 8/1936, S. 85.
- 17 Ebd.
- 18 HLZ 8/1936, S. 86.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 HLZ 8/1936, S. 89.
- 22 Personalakte a. a. O.
- 23 Personalakte a. a. O.
- 24 Schreiben vom 12.6.1942, Personalakte a. a. O.
- 25 Schreiben vom 30.6.1942, Personalakte a. a. O.
- 26 Schreiben vom 19.10.1943, Personalakte a. a. O.
- 27 Personalakte a. a. O.
- 28 Schreiben vom 23.5.1946, Entnazifizierungsakte Hagemann, StA HH, 221-11_Ed 8016
- 29 Schreiben vom 13.6.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 30 Undatiertes, handschriftliches Schreiben, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Schreiben vom 3.10.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 32 Schreiben vom 1.10.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 33 Schreiben vom 30.9.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 34 Schreiben vom 16.10.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 35 Siehe Biografie Oberdörffer, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 528ff.
- 36 Schreiben vom 23.10.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 37 Schreiben vom 3.11.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 38 Ebd.
- 39 HLZ 5/1935, S. 57.
- 40 Schreiben vom 3.11.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 41 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 42 Entscheidung vom 23.2.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 43 Schul-Personalakte Hagemann, StA HH, 361-3_A 3082
- 44 Bericht vom 15.11.1960, Schul-Personalakte a. a. O.
- 45 Schreiben vom 30.12.1952, Schul-Personalakte a. a. O.
- 46 Schul-Personalakte a. a. O.
- 47 Vermerk vom 25.3.1957, Schul-Personalakte a. a. O.
- 48 Schul-Personalakte a. a. O.
- 49 Schreiben vom 28.6.1971, Schul-Personalakte a. a. O.
- 50 Schul-Personalakte a. a. O.

Heinrich Hehn

„Er erscheint uns als politischer Wirtkopf.“

Heinrich Hehn gehörte im Hamburger NSLB zu den Funktionären um Hinrich von der Lieth, die schon vor der nationalsozialistischen Herrschaft in Hamburg in der Lehrerschaft agitierten. Freilich blieb der NSLB vor dem März 1933 ohne große Resonanz. Das lag auch an dem Personal, das den NSLB repräsentierte. Hehn, seit 1932 Kassenwart im NSLB, führte mit einer kleinen Gruppe „alter Kämpfer“ aus dem Kreis der NSLB-Funktionäre in der Folge einen unerbittlichen Kampf gegen den von NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter Karl Kaufmann etablierten neuen NSLB-Gauamtsleiter Willi Schulz, seinen Stellvertreter, Albert Mansfeld und den Mann für die sozialen Kassen im NSLB, Kurt Holm. Diese Auseinandersetzung machte deutlich, dass es neben der vergleichsweise moderaten Linie der Gruppe um Schulz und Mansfeld eine weitere Gruppe fanatischer und antisemitischer Aktivisten gab, die sich mit der neuen NSLB-Führung nicht abfinden mochte. Ein Kampf, der zwar die Parteigerichte beschäftigte, letztlich allerdings nicht zu gewinnen war, aber immerhin zeigte, warum in Entnazifizierungsverfahren immer wieder darauf verwiesen wurde, „es habe noch Schlimmere gegeben“.

Heinrich Hehn war am 1.9.1893 in Hamburg geboren worden.¹ Er arbeitete an verschiedenen höheren Schulen als Werk- oder Zeichenlehrer. Gerhard Nöthlich erlebte ihn als Schüler an der Oberrealschule Eimsbüttel am Kaiser-Friedrich-Ufer: „Vorrdermann! Heil Hitler!! Setzen!!!“ So pflegte einer unserer Lehrer seinen Unterricht zu eröffnen, den wir allerdings nur einmal pro Woche erlebten, denn es betraf das Fach ‚Werken‘. Wir stellten Linolschnitte her oder fertigten allerlei aus heutiger Sicht unnützes Gerät an, zum Beispiel einen kleinen Ständer aus dünnem Sperrholz, auf dessen schräg geneigter, am oberen Ende halbrund gesägter Fläche Vaters Taschenuhr zu hängen kam – zur besseren nächtlichen Beobachtung, wenn die Sirenen heulten, was in Hamburg ab 1940/41 regelmäßig der Fall war, mit der Folge, daß Vormittagsstunden ‚wegen Fliegeralarms‘ ausfielen, je nach Zeitpunkt und Dauer des nächtlichen Luftangriffs.“²

Und etwas später beschrieb er den „zackigen Werklehrer“ noch genauer: „Er war einer der wenigen auf den ersten Blick erkennbaren ‚Nazis‘, die ich in jener Zeit am Kaifu erlebte. Zumindest durch seine Reden wies er sich als solcher aus, indem er, während wir sägten, raspelten und hämmerten, aus der ‚Kampfzeit‘ berichtete. Damit meinte er die Zeit vor 1933, in der um den Sieg noch gekämpft wurde. Er

sprach davon vorgeschobenen Kinns und mit fast bebender Stimme: ‚Junge! Da ha’m wir so manchmal gekämpft, mit dem Revolver in der Faust und mit der Faust in der Tasche‘ und was dergleichen Unsinn mehr war. Er beeindruckte die meisten von uns nicht. Etliche Gleichgesinnte unserer Klasse fanden ihn, und was er sagte, lustig, und wir nahmen ihn auf unsere Eimsbütteler Schippe, so gut wir konnten.“³

Dass Heinrich Hehn Antisemit war, musste nicht nur Gerhard Nöthlich erleben: „Hehn war der Typ des Nazis übelster Sorte, wie wir, meine Freunde und ich, ihn empfanden. Mehrfach wies er sich in markigen Worten als ‚alter Kämpfer‘ aus. Mich hatte er eine Zeit lang besonders im Visier. Zu jener Zeit entsprach ich dem äußeren Erscheinungsbild eines jüdischen Jugendlichen, wie es vor allem durch Julius Streichers Hetzblatt ‚Der Stürmer‘ verbreitet wurde (Schaukästen an jeder zweiten Straßenecke). Ich hatte weiches, welliges Haar, eine (bis heute) ausgeprägte, gebogene Nase, eben eine ‚Juden-Nase‘. Der Werklehrer Hehn sprach mich im Zusammenhang mit einem Pogromthema, wahrscheinlich mit dem 9. November 1938, in der folgenden Weise an: ‚Na, wenn sie dich gesehen hätten – dich hätten sie gleich mitgenommen!‘ Zu Hause erzählte ich von dem Vorfall, den ich als 13-jähriger im damaligen politischen Kontext als beleidigend empfinden musste. Mein Vater machte sich, Beschwerde führend, auf den Weg zur Schulleitung, woraufhin Hehn sich zurückhielt. Mein Vater hatte lediglich auf seinen ‚arischen Nachweis‘ hingewiesen. Aus heutiger Sicht: eine Schande, zu dergleichen gezwungen gewesen zu sein!

Wir Schüler sahen in Hehn einen Dummkopf. Immer wieder baten wir ihn, uns Exemplare ‚aus seinen Werken‘ vorzuführen. Es blieb bei der Bitte. Hehn hatte nichts zu bieten.“⁴

Im Lehrerzimmer der Oberrealschule Eimsbüttel war Hehn als Denunziant aufgetreten, wie Kurt Minners im Entnazifizierungsverfahren des damaligen Schulleiters Ernst Dätz bekundete: „Am Tage nach der Zerstörung der Hamburger Synagogen äußerten sich zwei Kollegen im Lehrerzimmer, diese Zerstörung sei zu verurteilen, die Synagogen seien Gotteshäuser. Diese Äußerungen zeigte der damalige Zeichenlehrer Hehn bei Dir. Dätz an, in der Absicht, die beiden Kollegen wegen ihrer Äußerungen zu belangen. Es verdient betont zu werden, dass Dir. Dätz sich schützend vor die beiden Kollegen stellte und es mit großer Mühe schließlich erreichte, dass Hehn seine Anzeige zurückzog.“⁵

Heinrich Hehn war vorher an der Klosterschule tätig gewesen. Seit dem 1.12.1931 gehörte er der NSDAP an. Seit dem 12.2.1932 war er Mitglied im NSLB. Er rühmte sich in einem Schreiben an den Senator für Kulturangelegenheiten, „sehr geehrter Parteigenosse von Allwörden“, damit, dass die Klosterschule „die älteste nationalsozialistische Zelle an den höheren Schulen Hamburgs überhaupt“ besessen hätte.⁶

Hehn nannte auch stolz die Namen der Parteigenossen dieser Zelle: „Hehn, Gottsleben, Schwabe, Löhr, Henningsen.“⁷

Diese Gruppe war dann auch verantwortlich für die Suspendierung und Entlassung ihres jüdischen Kollegen, Walter Bacher, der seit 1927 Lehrer an der Klosterschule gewesen war. „Am 26.5.1933 wurde Dr. Bacher auf Drängen antisemitischer Kollegen beurlaubt. Nach neunwöchiger Wartezeit, in der es ihm trotz mehrfacher Eingaben nicht gelang, persönlich gehört zu werden oder die Gründe für die plötzliche Beurlaubung zu erfahren, erfolgte unter dem 29. Juli seine Entlassung.“⁸



Heinrich Hehn, 1931

Heinrich Hehn hatte von 1900 bis 1908 in Hamburg die Volksschule besucht, danach die Landeskunstschule bis 1914, ebenfalls in Hamburg. Von 1914 bis 1918 war er im Kriegsdienst und kehrte dekoriert mit dem EK II zurück. Mit der Hitler-Bewegung war er möglicherweise in Kontakt geraten, als er von 1920 bis 1923 in München an der Kunstakademie studiert hatte.⁹

Charakteristisch für Heinrich Hehn war auch seine Arbeit im NSLB und insbesondere die Art und Form der Auseinandersetzung innerhalb der Organisationen mit Willi Schulz und dessen Gruppe. Schlecht für Hehn, dass er und seine „alte Garde“ mit Guido Höller und Erwin Gottsleben den Kampf verloren. Die Form und die Argumente ihrer Anschuldigungen gegen die neue NSLB-Führung zeigten, welches Geistes Kinder Hehn und seine Gruppe waren und dass sie für politische Führungsfunktionen auch in NS-Organisationen nicht geeignet waren. Der Machtkampf im NSLB ist von mir in der Biografie Willi Schulz im ersten Band der „Täterprofile“ beschrieben worden.¹⁰ Auch Uwe Schmidt hatte sich ausführlich damit beschäftigt und die Geschichte des NSLB nachgezeichnet.¹¹

Auffällig war bei Hehn, Gottsleben und Höller neben ihrer dogmatischen nationalsozialistischen Überzeugung die mangelnde Sensibilität in der Übergangssituation im April 1933, bei dem Versuch, die Mitgliedschaft der „Gesellschaft der Freunde“ auf den Weg in den NSLB mitzunehmen. Gleichzeitig ging es ihnen nicht zuletzt um persönliche Interessen. Hehn wollte Funktionsträger (Kassenverwalter) im NSLB bleiben, Gottsleben strebte nach Festanstellung und Höller wollte als Schriftsteller anerkannt und nicht in den Ruhestand versetzt werden.

Besonders Heinrich Hehn und Guido Höller eröffneten eine „Schlamm-schlacht“ gegen Willi Schulz und Albert Mansfeld, die neuen Führer des NSLB. Ihr Ziel war die Verhinderung der Übernahme des NSLB durch Schulz und Mansfeld. Während Mansfeld Gründungsmitglied des Hamburger NSLB gewesen war¹², be-

zichtigten sie Schulz, der erst Ende 1932 dem NSLB beigetreten war, ein Karriere-
rist zu sein. Die „alten Kämpfer“ des NSLB strengten ein Parteausschlussverfahren
gegen Schulz an, aber auch gegen den neuen Verantwortlichen der Kassen des
NSLB, Kurt Holm.¹³

Um den Charakter und das politische Verständnis von Heinrich Hehn zu kenn-
zeichnen, sollen die von ihm vorgebrachten Argumente vorgestellt werden.¹⁴ Am
9.12.1934 untermauerte Hehn seinen Antrag auf Ausschluss des Gauamtsleiters des
NSLB und Landesschulrat Willi Schulz aus der NSDAP „wegen parteischädigenden
Verhaltens. Als verantwortlicher Herausgeber der Hamburger Lehrerzeitung tat er
folgendes: a.) Er besetzte die führenden Posten mit aktiven Mitgliedern des marxis-
tisch verseuchten Genitivvereins; b.) Er lässt seit Übernahme der Zeitung Anzeigen
jüdischer Firmen zu; c.) Er duldet, dass auf Beschwerden von Firmen und Parteige-
nossen Antworten erteilt wurden, die das Ansehen der Partei untergraben müssen.“¹⁵

Form und Diktion seiner Schreiben zeigen, dass Heinrich Hehn für die Funktio-
närstätigkeit des NSLB tatsächlich nicht das notwendige Format besaß. In einem
längeren Schriftsatz an das Gaugericht der NSDAP-Hamburg vom 3.1.1935 schrieb
er, „dass ich mit Pg. Mansfeld, nachdem ich ihm, etwa Ende Mai 33, als er uns in
unserer Arbeit stören wollte, ziemlich deutlich die Türe wies, kaum mehr gesprochen
habe. Es muss hier unbedingt eine denkwürdige Versammlung rekonstruiert werden.
Es wird ein sehr interessantes Licht in dieses Dunkel kommen, was außerordentlich
aufschlussreich sein wird. Ich beantrage dringend, hierzu die Zeugen zu laden. (...)“
Im März 33 erfuhren wir zufällig, dass Pg. Schulz wieder unterwegs war, um unsere
Absetzung zu erreichen. Von der Lieth und ich fuhren ihm sofort nach. In Berlin er-
reichten wir ihn. Er war im ersten Augenblick sehr erschrocken; aber trotzdem sehr
freundlich. Pg. Schulz sagte uns nichts über den Zweck seiner Reise. Am nächsten
Morgen erfuhren wir dann, dass er nach München weitergereist wäre. Von der Lieth
und ich fuhren sofort auf den Flugplatz Tempelhof; aber das Flugzeug nach München
startete vor unseren Augen. Wir mussten nun den Zug nach München benutzen und
kamen dort an, als Pg. Schulz bereits wieder abgereist war. Pg. Schemm (Führer der
NSLB-Reichsorganisation, Anm. de. L.) gab uns einen offenen Brief an Pg. Kaufmann
mit, der nach einer langen Besprechung mit uns in unserem Beisein diktiert worden
war. In Berlin erreichten wir Pg. Schulz wieder. Es war spät abends, als wir dort zu-
sammentrafen. Pg. Schulz war wieder sehr aufgeräumt, sagte uns aber nichts über
den Erfolg seiner Reise. (...) Nachdem wir einige Herren der neuen Gauführung des
NSLB Hamburg bei einem ‚Poulardenessen‘ im Ratsweinkeller gestört hatten, und
ich mit Holm, Schlorf im Beisein von Höller die sehr erregte Auseinandersetzung auf
der Straße fortsetzte, bestätigte mir Holm noch einmal, nach deutlicher Vorhaltung
meinerseits, dass auch er Schulz für einen zu weichen Charakter halte.“¹⁶

Es war eine schwierige Zeit für Willi Schulz, der für die Neuaufstellung des NSLB den Auftrag von Gauleiter Karl Kaufmann hatte.¹⁷

Die Schlichtheit von Heinrich Hehn wurde auch in seinen weiteren Ausführungen deutlich: „Mein Absetzungsschreiben habe ich, ohne mich irgendwie aufzuregen, in den Papierkorb getan. Einige Tage darauf erschien Pg. Schulz mit unserer Ablösung in der Geschäftsstelle. Als zweiter, mit einem verlegenen Grinsen, unser ‚Mitarbeiter Denys‘. Ohne viel Federlesens wurde, zur Hauptsache von mir, die ganze Gesellschaft, Mansfeld war auch mit dabei, an die frische Luft befördert. Von der Lieth rief verschiedentlich, laut durchs Treppenhaus nach Pg. Schulz. Er aber hatte es vorgezogen, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Dem Denys versuchte ich das Hakenkreuz abzunehmen, was auch Pg. Kaufmann gemeldet wurde. Denys flog ziemlich unsanft hinaus. Pg. Mansfeld versuchte schnellstens zu entkommen, indem er fortwährend rief: ‚Fassen Sie mich nicht an! Ich gehe schon! Fassen Sie mich nicht an!‘ usw. (...) Pg. Schulz ganzes Sinnen und Trachten aber ging trotzdem darauf hinaus, uns auf irgendeine Art loszuwerden. Er hielt sein dem Gauleiter und uns gegebenes Wort nicht und machte sich wortbrüchig. Pg. Schulz trieb eine jammervolle Kompromisspolitik. Alles blieb, wie es war, nur die NSLB-Front aus der Kampfzeit versuchte er zu zerschlagen. Während der Kampfzeit hat er in unserem Kreise nie etwas bedeutet. Er passte zu uns so wenig wie Feuer zum Wasser.“¹⁸

Für Hehn und seine „alte Garde“ schien das wirkungsvollste Argument, dass Schulz mit der alten „Gesellschaft der Freunde“ zusammenarbeitete. Aber darin bestand gerade der Coup der Gleichschaltung, in einem gemeinsamen Vorstand fast zur Hälfte Vertreter der bisherigen „Gesellschaft der Freunde“ einzubeziehen. Bei Hehn las sich das so: „Pg. Schulz hat nicht dem NSLB gedient, sondern dem alten ehemals rotverseuchten Genitivverein. Pg. Schulz hat dessen wirtschaftliches und geistiges Erbe verwaltet wie er es in der Wahl seiner Mitarbeiter, in der Haltung der Hamburger Lehrerzeitung und in der Verwaltung des Curiohauses bekundet hat. Über die Judenanzeigen unter dem Hakenkreuz in der NS-Lehrerzeitung habe ich in meinem Schreiben vom 20. Februar 1935 dem Obersten Parteigericht einiges Material zugeleitet. Dass aber das Curiohaus als die Geschäftsstelle des NS-Lehrerbundes, sich bis auf den heutigen Tag, seiner Überlieferung gemäß, als ‚Hilfssynagoge‘ der Hamburger Judenschaft erhalten hat, mag Anlage 10 unter Beweis stellen.“¹⁹

Eine groß angelegte Dokumentation zu den „Judenanzeigen“ in der HLZ unter dem Hakenkreuz wurde vorgelegt. Hehn und seine Leute übten erheblichen Druck aus, Anzeigen von jüdischen Firmen nicht länger entgegenzunehmen. In der Anlage fügte Heinrich Hehn auch ein Schreiben des Schulleiters der Volksschule Luttherothstraße 34, Otto Gerhard an, der auch zu den „alten Kämpfern“ gezählt wurde. Gerhard schrieb am 10.10.1934 an den stellvertretenden NSLB-Gauamtsleiter und

Personalverantwortlichen im NSLB, gleichzeitig Oberschulrat für die Volksschulen, Albert Mansfeld: „Ich wende mich persönlich an Sie, nachdem ich erfolglos an den Lehrerbund geschrieben habe. Es betrifft die Daueranzeigen jüdischer Firmen in der Lehrerzeitung. Vor den großen Ferien schrieb ich an den Lehrerbund, dass dauernd jüdische Anzeigen in der Lehrerzeitung erschienen, es handele sich hier wohl um einen Irrtum, und ich bitte um Abstellung. Ich erhielt keine Antwort, und hatte erst recht damit keinen Erfolg, denn in jeder Nummer erschienen wieder jüdische Anzeigen, in der letzten sogar vier. Sie können sich wohl vorstellen, dass mir dies Verfahren als Hohn erscheint, zumal wenn zwischen den Anzeigen noch der echt jüdische Wahlspruch steht: Eine Hand wäscht die andere. Ich könnte nun kurzerhand die Lehrerzeitung abbestellen, um mich nicht dauernd ärgern zu müssen, aber da ich damit der Sache nicht diene, wende ich mich an Sie, und bitte Sie, die Aufnahme von Anzeigen jüdischer Firmen endgültig zu unterbinden.“²⁰

Hehn, Gottsleben und Höller erreichten, dass Anzeigen jüdischer Firmen nicht mehr abgedruckt wurden, ihr Hauptziel verfehlten sie allerdings. Willi Schulz setzte sich durch. Der ehemalige Vorsitzende des NSLB, Hinrich von der Lieth, fand seinen Frieden mit Willi Schulz.²¹ Heinrich Hehn hingegen wurde am 4.9.1934 aus dem NSLB ausgeschlossen.²² Am 4.2.1935 teilte das Gaugericht der NSDAP Hehn dann auch den Ausschluss aus der Partei mit.²³ Nachdem Hehn dagegen Beschwerde eingelegt hatte, entschied die II. Kammer des Obersten Parteigerichts in der Sitzung vom 20.3.1936: „Das Oberste Parteigericht erteilt dem Angeschuldigten in Abänderung des Gaubeschlusses eine Verwarnung und erkennt ihm die Fähigkeit zur Bekleidung eines Parteiamentes bis zum 20.3.1939 ab.“²⁴

Heinrich Hehn wohnte bis Ende 1936 in Hamburg und zog dann mit seiner Frau und zwei Kindern nach Stormarn, ab 1939 lebte er in Glashütte. Aus dem Hamburger Schuldienst wurde er am 20.6.1945 entlassen. Danach verbrachte er 15 Monate in einem Internierungslager.²⁵

Weil sein Wohnort in Stormarn lag, ließ sich Hehn dort auch entnazifizieren. Wie argumentierte nun der „Nazi übelster Sorte“, wie sein ehemaliger Schüler, Gerhard Nöthlich, ihn charakterisierte. Natürlich stellte er seine „Kämpfe“ im NSLB und die Parteiordnungsverfahren als „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ dar. Er gab zwar seine Mitgliedschaften von 1931 bis 1945 in der NSDAP an, schrieb aber in dem ausführlichen Entnazifizierungsfragebogen am 2.6.1945 doch tatsächlich bei Frage 110: „Waren sie seit 1933 Mitglied einer verbotenen Oppositionspartei oder Gruppe?“: „Ja.“ Frage 111: „Welcher?“: „Ohne Namen.“ Frage 112: „Seit wann?“: „Von Sommer 1933 an.“²⁶

Da war es schon hilfreich für ihn, im Entnazifizierungsausschuss in Stormarn niemanden mit Hamburger Innensichten dabei zu haben. Allerdings fielen auch

dort manche Ungereimtheiten in Hehns Erklärungen auf, so dass er zusätzliche Fragen beantworten musste: „Wie ist es zu erklären, dass Sie laut dem politischen Fragebogen einmal vom 1.12.1931 bis 45 der NSDAP angehört haben und zum anderen wollen Sie 1934 aus der Partei ausgeschlossen worden sein?“ Hehn notierte in seiner Antwort die Daten des Gaugerichts und die Aufhebung des Ausschlusses durch das Oberste Parteigericht. Er ergänzte, wahrheitswidrig: „In dem Fragebogen wollte ich zum Ausdruck bringen, dass ich in Hamburg aus der Partei ausgeschlossen wurde. Nach dem Ausschluss bin ich nach Stormarn verzogen und habe mich von der Partei zurückgezogen.“²⁷

Auf die Frage: „Welches sind die Gründe, die zu Ihrem Ausschluss aus der Partei, dem NS-Lehrerbund und Beurlaubung aus dem Schuldienst geführt haben?“, schrieb er: „Ich sah nach der Machtübernahme manche meiner Ideale nicht mehr oder wenig verwirklicht. Besonders die zunehmende Bekämpfung des Christentums machte mir Sorge. Ich trat öffentlich gegen Korruption und Bonzentum auf.“²⁸

Von außen betrachtet hätte die Antwort heißen müssen: „Ich ertrug es schwer, nicht länger einer der Bonzen im NSLB sein zu dürfen.“

Heinrich Hehn gab noch eine Zusatzklärung zu seinem Fragebogen ab. Seine Begründung, er wolle „so erscheinen, wie ich gekämpft und auch gelitten habe, um die Sauberkeit in der Bewegung, gegen Korruption und Engstirnigkeit, für die Gesetze der Menschlichkeit.“²⁹

Der Antisemit Heinrich Hehn, der gegen NSLB-Gauleiter Willi Schulz vor das Parteigericht zog, weil dieser „zu weich und kompromissbereit“ gewesen war und „jüdische Anzeigen“ in der HLZ gestattet hatte. Aber davon wusste man nichts bei der Entnazifizierung in Stormarn.

Die Gründe seines NSDAP-Eintritts beschrieb Hehn so:

„Als Künstler bin ich zur Partei gekommen, weil ich vor der Machtübernahme, in der Zeit des sogenannten ‚Expressionismus‘ – den ich aus tiefstem Herzen ablehnte – keine Möglichkeit fand, mit meinen Bildern, die in einer feinen, sauberen Manier gemalt waren, an die Öffentlichkeit zu kommen. Einmal in der Partei, kämpfte ich als Idealist gegen alle Auswüchse, die meiner Meinung nach dazu angetan schienen, das Ansehen der Partei zu untergraben. Ich bekämpfte die Korruption und setzte mich ein für die Gesetze der Menschlichkeit, gegen die Engstirnigkeit und für die Sauberkeit. Aus tiefster Überzeugung stand ich auf dem Boden des positiven Christentums. Die Judenfrage wollte ich gelöst wissen im Sinne der Zionisten, wie eines Martin Buber und eines Jakob Goldschmidt.“²⁹

Es war bei der Entnazifizierung von Vorteil, auf Parteiordnungsverfahren hinweisen zu können, weil man verdächtigt wurde, „Zersetzungsarbeit“ geleistet und eine Parteiorganisation als „Parteisumpf“ bezeichnet zu haben.³⁰

Heinrich Hehn und seiner Tochter waren 1943 auch in Glashütte Schwierigkeiten erwachsen, weil die Tochter, aus welchen Motiven auch immer, Kontakte zu französischen Zwangsarbeitern aufgenommen hatte, die nach den Bombenabwürfen auf Hamburg nach Stormarn gekommen waren.

Bei so viel demonstriertem „Widerstand“ gegen die Nationalsozialisten wurde Heinrich Hehn von dem Ausschuss in Stormarn am 24.11.1948 in Kategorie V als Entlasteter eingruppiert. Unmittelbar danach stellte er in Hamburg einen Antrag auf Wiedereinstellung. Kurt Zeidler, ehemaliger Vorsitzender (Proponent) der Gesellschaft der Freunde und Schulrat bis 1933, nach 1945 wieder in der Schulbehörde und Mitglied des Fachausschusses für die Entnazifizierung, kannte Hehn natürlich aus dessen öffentlich demonstrierter Kampfzeit. Er schrieb an den für das höhere Schulwesen zuständigen Oberschulrat Heinrich Schröder am 16.12.1948: „Dem schleswig-holsteinischen Entnazifizierungsausschuss kann das Recht, den früheren technischen Oberlehrer Heinrich Hehn zu kategorisieren, nicht abgesprochen werden, da Hehn auf schleswig-holsteinischem Gebiete wohnt. Nach Auffassung des Fachausschusses schließt die vorgenommene Einstufung in Kategorie V jedoch nicht die Aufhebung der durch die zuständigen Stellen in Hamburg entschiedenen Entlassung aus dem Schuldienst ein. Diese kann gegebenenfalls nur durch einen hamburgischen Berufungsausschuss vorgenommen werden. Es wäre dem Antragsteller anheim zu geben, einen dahingehenden Antrag zu stellen.“³¹

Das nun wollte Hehn auf keinen Fall. Aus nachvollziehbaren Gründen. Hehn argumentierte am 24.1.1949, sicherlich juristisch beraten:

„1. Es widerstrebt mir, mich zweimal entnazifizieren zu lassen. § 24 Abs. 3 des Entnazifizierungsgesetzes besagt: ‚Gegen den Betroffenen findet nur ein Verfahren statt.‘

2. Seit dem 24.12.1948 ist die Entscheidung in meiner Entnazifizierungssache vor dem Spruchgericht Ahrensburg nach Gruppe V rechtskräftig geworden.

3. § 50 des Entnazifizierungsgesetzes vom 10.2.1948 erklärt: ‚Rechtskräftige Entscheidungen der Entnazifizierungsausschüsse anderer Länder werden anerkannt.‘

4. Da ich seit 1937 in Stormarn wohne, musste ich nach dem Gesetz in Ahrensburg entnazifiziert werden. § 24 Abs. 1: „Die örtliche Zuständigkeit des Ausschusses wird durch den gegenwärtigen Wohnsitz des Betroffenen begründet.‘

5. Auf der Konferenz der Länderchefs am 9. Juni 1948 in Hannover wurde ein Übereinkommen getroffen hinsichtlich der Anerkennung der Entscheidungen der Spruchgerichte, dahingehend, daß diese Entscheidungen grundsätzlich anerkannt werden.“³²

Das war sicherlich ein wesentlicher Teil der Rechtslage. Für Heinrich Hehn ging es aber auch um den Widerspruch gegen die Entlassung aus dem Hamburger

Schuldienst und dafür war ein Berufungsverfahren in Hamburg unabweislich. Das wurde Hehn am 25.1.1949 unmissverständlich mitgeteilt.³³

Daraufhin stellte sich Heinrich Hehn dem Verfahren. Am 20.4.1949 befasste sich der Beratende Ausschuss für die Entnazifizierung mit Hehn und entschied unter Vorsitz von Johann Helbig:

„Hehn erscheint uns als politischer Wirrkopf, der etwa 1938 im Kollegium der Oberschule Eimsbüttel gegenüber Herrn Rudolf Jacobs offen die Brandstiftungen an jüdischen Gotteshäusern verteidigte, der andererseits aber nach der Katastrophe 1943 sich für ausländische Zwangsarbeiter einsetzte, so dass er wie seine Tochter kriegsgerichtlich verfolgt worden. Eine Wiederbeschäftigung kommt nach unserer Ansicht keineswegs infrage. Wir befürworten aber die Gewährung eines größeren Prozentsatzes der Pension, umso mehr als er bereits in Schleswig-Holstein in die Kategorie V eingestuft ist.“³⁴

Der Berufungsausschuss befasste sich am 7.5.1949 mit der Angelegenheit Hehn. Dieser bestritt dabei, in dem Gespräch mit Rudolf Jacobs die Brandstiftung der jüdischen Synagogen begrüßt zu haben: „Ich habe 1938 beim Gespräch mit Dr. Jacobs gar nicht gewusst, dass in der Nacht vorher jüdische Gotteshäuser in Brand gesetzt waren. Am Morgen ist ein Gespräch zwischen mir und einem Dritten aufgekommen, in dem über jüdische Gotteshäuser gesprochen wurde. Über dieses Gespräch ist Dr. Jacobs hinzugekommen und ich habe mich mit ihm über den Begriff ‚Gotteshaus‘ unterhalten, wobei ich ihm meine Auffassung mitgeteilt habe. Diese Unterhaltung betraf rein die christliche Ideologie, bezog sich jedoch nicht auf irgendeinen konkreten Fall einer Brandstiftung von Gotteshäusern. Ich bestreite, seinerzeit die Brandstiftung der Synagogen gutgeheißen zu haben.“³⁵

Diese Erklärung ließ der Ausschuss nicht gelten. „Hehn ist durch seinen frühen Parteieintritt erheblich belastet. Er hat auch 1938 im Kollegium gegenüber Dr. Jacobs eine Bemerkung über die Brandstiftung an jüdischen Gotteshäusern gemacht, die ihn belastet.“ Allerdings: „Dagegen hat er 1934 und nach der Katastrophe 1943 sich in scharfem Widerspruch zu den Auffassungen der NSDAP gesetzt und ist deswegen Anfeindungen seitens der NSDAP resp. anderer Behörden ausgesetzt gewesen. Der Berufungsausschuss ist daher der Auffassung, dass Hehn als Zeichenlehrer tragbar ist. Seine Einstufung in die Kategorie V erscheint berechtigt, da Hehn durch seine bisherige Ausschaltung seine politische Belastung gesühnt hat.“³⁶

Hehn wurde nicht wieder in den Hamburger Schuldienst eingestellt. Im weiteren Verfahren ging es dann um die Gewährung der Pension für die Zeit von 1923 bis 1945, während der Hehn technischer Oberschullehrer in Hamburg gewesen war.

1950 wurde er in den Ruhestand gesetzt.

Heinrich Hehn starb am 21.8.1977.³⁷

Anmerkungen

- 1 Von Heinrich Hehn liegt keine Personalakte vor im Staatsarchiv Hamburg, lediglich seine Entnazifizierungsakte, StA HH, 221-11_Ed 7789
- 2 Gerhard Nöthlich: Am Kaifu im Dritten Reich, in: 100 Jahre Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Festschrift, Hamburg 1992, S. 63.
- 3 Am Kaifu im Dritten Reich, a. a. O., S. 65.
- 4 In einem Schreiben an mich vom 29.5.2016.
- 5 Entnazifizierungsakte Ernst Dätz, StA HH, 221-11_Ed 1053
- 6 Barbara Brix: „Land, mein Land, wie leb' ich tief in dir“. Dr. Walter Bacher – Jude, Sozialdemokrat, Lehrer an der Klosterschule, Hamburg 1997, S. 20.
- 7 Ebd.
- 8 Ebd.
- 9 Entnazifizierungsakte Hehn a. a. O.
- 10 Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 99ff. Siehe auch die Biografie Kurt Holm, S. 701 ff. im selben Band. Siehe auch: Hans-Peter de Lorent: Der Nationalsozialistische Lehrerbund, in: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 119ff.
- 11 Uwe Schmidt: Lehrer im Gleichschritt: Der Nationalsozialistische Lehrerbund Hamburg, Hamburg 2006.
- 12 de Lorent 1986, S. 119ff. Siehe auch die Biografie Albert Mansfeld in: de Lorent 2016, S. 118ff.
- 13 Siehe die Biografie Kurt Holm in: de Lorent 2016, S. 701 ff.
- 14 Dieses Schreiben und alle weiteren Unterlagen aus dem Berlin Document Center (BDC), OPG I 83_Bl. 1026
- 15 Berlin Document Center (BDC), OPG I 83_Bl. 1030
- 16 Berlin Document Center (BDC), OPG I 83_Bl. 1032 und Bl. 1034
- 17 Berlin Document Center (BDC), OPG I 83_Bl. 1036 und Bl. 1038
- 18 Siehe Biografie Willi Schulz, in: de Lorent 2016, S. 99ff.
- 19 Berlin Document Center (BDC), OPG I 83_Bl. 0876
- 20 Berlin Document Center (BDC), OPG I 83_Bl. 808
- 21 Siehe auch die Biografie Hinrich von der Lieth, in: de Lorent 2016, S. 717ff.
- 22 Entnazifizierungsakte Hehn a. a. O.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Schreiben von Heinrich Hehn an die Hamburger Schulbehörde vom 1.12.1948, Entnazifizierungsakte Hehn a. a. O.
- 26 Ebd.
- 27 Ebd.
- 28 Ebd.
- 29 Ebd.
- 30 Ebd.
- 31 Ebd. Siehe auch zur Entnazifizierungspraxis: Die unvollendete Entnazifizierung, in: de Lorent 2016, S. 38ff.
- 32 Entnazifizierungsakte Hehn a. a. O.
- 33 Aktenvermerk von Regierungsamtmann Werber vom 25.1.1949, Entnazifizierungsakte Hehn a. a. O.
- 34 Entnazifizierungsakte Hehn a. a. O.
- 35 Entnazifizierungsakte Hehn a. a. O.
- 36 Ebd.
- 37 Laut Auskunft der Altregistratur der Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg vom 8.6.2016.

Erwin Gottsleben

„Er beeinflusste die Jugend in seinem Unterricht in nationalsozialistischem Sinne.“

Erwin Gottsleben gehörte zu einer kleinen Gruppe der „alten Garde“, die schon vor der Machtübertragung an die Nationalsozialisten in Hamburg, insbesondere im NSLB aktiv gewesen war. Diese Gruppe, zu der auch Heinrich Hehn und Guido Höller zählten, führte einen erbitterten Kampf gegen den von Gauleiter Karl Kaufmann protegierten neuen Gauamtsleiter des NSLB, Willi Schulz, gegen den sie vor das Parteigericht zog. Diese Auseinandersetzung war für sie nicht zu gewinnen und so machte auch Erwin Gottsleben im Hamburger Schulwesen keine Karriere. Bemerkenswert war, wie sich Gottsleben im Entnazifizierungsverfahren äußerte.

Erwin Gottsleben wurde am 22.5.1901 in Hamburg als Sohn des Lehrers Carl Gottsleben geboren. Nach dem Besuch der Volksschule wechselte er zur Oberrealschule auf der Uhlenhorst, an der er 1920 die Reifeprüfung bestand. Danach begann er an der Universität Hamburg Chemie zu studieren, wechselte danach an die Universitäten Leipzig und Jena.¹

In seinem handgeschriebenen Lebenslauf beschrieb er, wie sich im Laufe der Studienzeit sein Berufswunsch veränderte, deutlich wurde aber auch, wie sehr die ökonomische Situation in der Weimarer Republik und die materiellen Einschränkungen diese Generation belasteten: „Schon seit Beginn meiner Studienzeit tendierte meine Neigung weniger auf den Beruf des Chemikers in der Industrie als vielmehr auf den Beruf des Lehrers der Naturwissenschaften. Ich hatte aber den Chemikerberuf gewählt, weil die Aussichten für die Oberlehrerlaufbahn damals gar zu trostlos waren. In Jena nahm ich jedoch die Gelegenheit wahr, bei dem Senior der Herbartischen Schule, Wilhelm Rein, pädagogische Vorlesungen zu hören. Die Pädagogik nahm seitdem einen erheblichen Teil meines Interesses in Anspruch.“²

1923 entschied Gottsleben dann, sich auf den Lehrerberuf zu konzentrieren. Er nahm als zweites Fach Biologie dazu und legte vom 9. bis zum 11. November 1925 die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an den höheren Schulen an der Universität Hamburg ab. Zur Prüfungskommission gehörten, wie bei vielen anderen auch, Prof. Gustaf Deuchler, der spät ein glühender Nationalsozialist wurde, und Prof. William Stern, Psychologe, der als Jude nach 1933 emigrieren musste.³

Den Vorbereitungsdienst absolvierte Gottsleben an der Oberrealschule Eppendorf, wo er von seinem Anleiter, Laurits Olufsen, keinen sonderlich guten Bericht

erhielt: „Nach meiner Erfahrung ist Herr Gottsleben eine verschlossene, schwer zugängliche, auch wohl eigenwillige Natur. Sein Unterricht ist, nachdem eine anfängliche, recht große Unbeholfenheit mehr und mehr überwunden ist, befriedigend, zum Teil sogar recht gut. Anzuerkennen ist, daß er auch im Laufe der Zeit dauernd sich gebessert hat. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß er sehr wohl die Fähigkeit besitzt den Stoff in verständiger und angemessener Form an die Jugend heran zu bringen. Leider entsprachen die erzielten Erfolge meist nicht der großen Mühe, die er sich offenkundig mit seinen Schülern machte. Es liegt dies an einer bedauernswerten Unfähigkeit die Disziplin zu handhaben. Trotz ungewöhnlich häufiger Belehrungen, Vorhaltungen und Deutungen meinerseits ist es ihm wohl nur selten gelungen, in einer Klasse wirklich festen Fuß zu fassen. Die Mißerfolge auf diesem Gebiete seiner Tätigkeit sind nach meiner Meinung besonders auf sein zaghafte, unentschlossenes Auftreten vor der Klasse zurückzuführen, nicht aber auf Mangel an Interesse und Anteilnahme für die Jugend.“⁴

Nach bestandener Prüfung setzte Erwin Gottsleben seine Studien an der Universität Hamburg fort, um auch die Lehrbefähigung für Erdkunde zu erwerben. Er studiert dafür bei dem Hamburger Geographie-Professor Siegfried Passarge. Da Gottsleben im Hamburger Schuldienst als Hilfslehrer beschäftigt war, benötigte er für sein Examensprojekt eine sechswöchige Beurlaubung, um im nördlichen Finnland eine ausgedehnte Exkursion machen zu können. Dafür schrieb ihm Prof. Passarge eine wärmste Befürwortung, in der er darauf hinwies, dass Gottsleben für dieses Projekt sogar Finnisch gelernt hatte. Der Antrag wurde am 6.2.1931 von Oberschulrätin Emmy Beckmann genehmigt.⁵

Inwieweit Erwin Gottsleben durch die Arbeit bei Siegfried Passarge auch weiter ideologisch beeinflusst wurde, ist nicht verbrieft. Auffällig war Passarge bereits in den 1920er-Jahren durch antisemitische Äußerungen geworden, 1929 wurde er der „Judenfresser-Propaganda“ beschuldigt und hatte zahllose Ausfälle gegen „wissenschaftliche Schädlinge“ und „Charakterkrüppel“.⁶ Am 1.11.1933 wurde Passarge trotz Aufnahmesperre in die NSDAP aufgenommen, wofür er sich bei Martin Bormann bedankte. Er unterschrieb auch das „Bekanntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat“.⁷

Erwin Gottsleben trat am 1.12.1931 in die NSDAP ein, nachdem er schon einmal 1927–1928 NSDAP-Mitglied gewesen war. Seit dem 1.1.1932 war er auch Mitglied im NSLB und arbeitete als Kreisleiter, vom 1.2.1933 an auch als Leiter der Fachschaft für höhere Schulen.⁸

Wie viele andere seiner Generation lebte Erwin Gottsleben am Ende der Weimarer Republik in einem unsicheren Beschäftigungsverhältnis. Am 14.8.1931 hatte er die Kündigung als Tariflehrer bekommen, wurde ab dem 1.10.1931 mit halber



Vor der NS-Gewaltherrschaft: Hehn (1) mit Anzug und Fliege und nicht in Uniform. Um ihn herum die „älteste NS-Zelle an höheren Schulen“: rechts neben ihm Johann Schwabe (2), über Schwabe Friedrich Löhrl (3) und über Hehn Heinrich Henningsen (4). Stehend ganz links oben Margarethe Deinhard (5), die, laut Hehn, statt Gottsleben gefördert wurde. Sitzend in der Mitte, der Schulleiter Reinhard Rost (6), später Oberschulrat, nach 1933 von den Nazis entlassen und später inhaftiert.

Stundenzahl als Hilfslehrer beschäftigt. Um materiell abgesichert zu sein, arbeitete Gottsleben dann noch an einer privaten Mädchenschule. Am 20.3.1933 wurde die Kündigung zurückgezogen, Erwin Gottsleben lehrte seit 1929 an der Klosterschule.⁹

Interessant ist, wie Gottsleben in einem von der Klosterschule herausgegebenen Buch beschrieben wurde, in dem Barbara Brix den Lehrer der Klosterschule, Walter Bacher porträtierte, der Jude und Sozialdemokrat war und 1933 in das Fadenkreuz der Nationalsozialisten geriet: „1929 war Erwin Gottsleben an die Schule gekommen. Auch er trug zu dem Stimmungsumschwung bei: ‚Groß, schlank, blauäugig, sportlich und SA-Mann. Er war der Prototyp der neuen Zeit, und viele Herzen, auch solche, die vorher Dr. Bacher gehört hatten, flogen nun ihm zu.“¹⁰ Laut seiner Personal- und Entnazifizierungsakte gehörte Gottsleben der SA nicht an, trat in der Schule aber, ebenso wie Heinrich Hehn, in NS-Uniform auf, wie auf einem Kollegiumsbild zu sehen ist. Von Hehn wissen wir auch, dass es an der Klosterschule schon vor 1933 eine NSDAP-Gruppe gegeben hatte. Hehn brüstete sich in einem Schreiben an den Senator für Kulturangelegenheiten, „sehr geehrter Parteigenosse von Allwörden“, damit, dass die Klosterschule „die älteste nationalsozialistische Zelle an den höheren Schulen Hamburgs überhaupt“ besessen hätte. Stolz nannte Hehn die Namen der Parteigenossen dieser Zelle: „Hehn, Gottsleben, Schwabe, Löhrl, Henningsen.“ Diese Gruppe war dann auch verantwortlich für die Suspendierung und Entlassung ihres jüdischen Kollegen, Walter Bacher, der seit 1927 Lehrer an der Klosterschule gewe-

sen war. „Am 26.5.1933 wurde Dr. Bacher auf Drängen antisemitischer Kollegen beurlaubt. Nach neunwöchiger Wartezeit, in der es ihm trotz mehrfacher Eingaben nicht gelang, persönlich gehört zu werden oder die Gründe für die plötzliche Beurlaubung zu erfahren, erfolgte unter dem 29. Juli seine Entlassung.“¹²

Erwin Gottsleben hatte als Funktionär im NSLB mit Heinrich Hehn und Guido Höller eng zusammengearbeitet. Die Auseinandersetzung zwischen den alten NSLB-Funktionären, die sich auch als „alte Garde“ sahen und bezeichneten, ist ausführlich in der Biografie Heinrich Hehn beschrieben worden. Bevor ich auf die Konsequenzen für Erwin Gottsleben eingehe, möchte ich noch skizzieren, wie in den Streit mit Gauamtsleiter Willi Schulz, der gleichzeitig Landesschulrat war, auch ganz persönliche berufliche Interessen mit einbezogen wurden. So hatte Heinrich Hehn in einem Schreiben vom 30.8.1934 an das Parteigericht der NSDAP mit aufgeführt, dass die Schulverwaltung unter Landesschulrat Willi Schulz den Parteigenossen Erwin Gottsleben gegenüber einer Lehrerin der Klosterschule benachteiligt hatte. Ein Beispiel, das zeigt, wie schamlos auch vor Denunziationen nicht zurückgeschreckt wurde. Überschriften war diese „Beweisschrift“ für das Parteigericht: „Bevorzugung einer Marxistin gegenüber einem alten Kämpfer des NSLB in der Landesunterrichtsbehörde des Dritten Reiches in Hamburg.“ Und als Motto wurde ein Zitat aus Hitlers „Mein Kampf“ vorgeschaltet: „Aus dem Grundstamm der alten Bewegung hat sie nicht nur alle wichtigen Positionen des eroberten Gebildes zu besetzen, sondern auch die gesamte Leitung zu bilden. Und das so lange, bis die bisherigen Grundsätze und Lehrer der Partei zum Fundament und Inhalt des neuen Staates geworden sind.“¹⁴ Danach wurde der Fall aus Sicht der alten Kämpfer ausgebreitet:

„1. Pg. Erwin Gottsleben arbeitete bereits in der Kampfzeit als Amtswalter der P.O. in der damaligen Sektion Kielort und dann (ebenfalls in der Kampfzeit) als Führer der Arbeitsgemeinschaft der Lehrer an höheren Schulen des NSLB Gau Hamburg in der nationalsozialistischen Bewegung mit.

2. Dr. Margarete Deinhardt betätigte sich mit fanatischem Eifer als radikale Marxistin sowohl im sozialdemokratischen Lehrerverein als auch im Unterricht. Einige Beispiele für ihre Tätigkeit siehe Anlage I.

Pg. Gottsleben beeinflusste die Jugend in seinem Unterricht in nationalsozialistischem, FrI. Dr. Deinhardt in marxistischem Sinne. Pg. Gottsleben war im Herbst 1931 von der damaligen marxistischen Behörde zu 50 % abgebaut worden, angeblich wegen Mangel an Beschäftigung, für FrI. Dr. Deinhardt war jedoch genügend Beschäftigung vorhanden, sodass sie nicht abgebaut werden brauchte. Wesentlich ist, dass sowohl Gottsleben als auch Deinhardt auf den Tag das gleiche Dienstalter haben, nämlich den 1. April 1929. Trotz dieser eindeutigen Sachlage wurde im

Frühjahr 1933 unter der verantwortlichen Leitung des deutschnationalen Personalchefs Oberschulrat Mühe, als einige Assessoren zu außerplanmäßigen Beamten ernannt wurden, die Deinhardt befördert, Gottsleben jedoch übergangen. Daraufhin richtete Pg. Gottsleben ein Protestschreiben an die Landesunterrichtsbehörde, zu Händen des Oberschulrats Mühe. In einer Unterredung erklärte Mühe dem Pg. Gottsleben, dass ihm dieser Missgriff außerordentlich leid täte, dass man auf der Behörde über die politische Stellung der Deinhardt nichts gewusst hätte (!), dass im anderen Falle selbstverständlich dieser Irrtum nicht vorgekommen wäre. Bei der nächsten Gelegenheit sollte das Unrecht ausgeglichen werden. Daraufhin wurde Gottsleben vom 15.10.1933 ab wenigstens voll beschäftigt, der Unterschied in der beamtenrechtlichen Stellung dagegen blieb erhalten. Ein anderes Trostpflaster, das zu einer wesentlichen Beruhigung allerdings nicht beitragen konnte, wurde Gottsleben zwar gewährt, als er den Antrag stellte, von der Klosterschule nicht nach einer anderen Schule versetzt zu werden, weil an der Klosterschule die älteste Nazizelle an Hamburger Schulen war. In einer späteren Unterredung, die Pg. Gottsleben mit Oberschulrat Mühe pflog, wiederholte dieser sein Versprechen, die Angelegenheit bei der nächst möglichen Gelegenheit in Ordnung zu bringen. Als es jedoch bei diesem Versprechen blieb und nichts weiter erfolgte, ging die Verlobte des Pg. Gottsleben, Pgin. Charlotte Kröger, zum Stellvertreter des Gauleiters, Pg. Harry Henningsen, der Gottsleben auffordern ließ, eine Eingabe an den Reichsstatthalter zu machen. (...) Das Ergebnis sämtlicher mehrfach wiederholter Versprechungen war, dass nichts geschah. Eine günstige Gelegenheit den Fall wenigstens halbwegs ins Reine zu bringen, bot sich Ostern 1934, als politisch unzuverlässige Lehrkräfte aus dem Schuldienst entfernt werden konnten. Trotz feierlicher Versprechen der Herren Schulz und Mühe ließ man diese Gelegenheit vorübergehen. Fräulein Deinhardt ist heute (Mitte September 1934) immer noch als a. p. Beamtin im Schuldienst des Dritten Reiches in Hamburg beschäftigt. Es ist zu bewundern, dass Pg. Gottsleben seinen Idealismus als Nationalsozialist (allerdings im Sinne Adolf Hitlers, nicht im Sinne gewisser „gescheiter Spätlinge“) trotzdem noch nicht verloren hat.“¹⁵

Es mag eine Rolle gespielt haben, dass Schriftsätze dieser Art, die die „Verfehlungen“ des Gauamtsleiters und Landesschulrats Willi Schulz dokumentieren sollten, massenhaft an das Gaugericht geschickt worden. Erwin Gottsleben hatte zudem den Fehler gemacht, parallel zu einer schweren Auseinandersetzung des Lehrers Hans Rösch mit der Schulverwaltung diesen Hans Rösch als Redner in seinem NSLB-Kreisverband sprechen zu lassen, die dieser nutzte, um gleichfalls schwere Vorwürfe gegen die Schulverwaltung zu artikulieren. Ein Sakrileg war sicherlich auch, dass Erwin Gottsleben im Beisein der neuen Hamburger NSLB-Führung den Besuch des NSLB-Reichsführer Hans Schemm nutzte, um diesen zur Parteinahme

für die Gruppe der „alten Kämpfer“ zu veranlassen. Daraufhin wurde Gottsleben seines NSLB-Amtes enthoben.¹⁶ Gleichwohl ernannte die NS-Landesunterrichtsbehörde Erwin Gottsleben am 1.6.1938 zum Studienrat. Anders als Heinrich Hehn wurde Gottsleben auch nicht aus der NSDAP ausgeschlossen. 1939 wurde Gottsleben Soldat, wobei er auch bei der Wehrmacht keine Karriere machte, sondern lediglich zum Unteroffizier befördert wurde.¹⁷ Am 15.5.1940 wurde Erwin Gottsleben durch mehrere Bombensplitter schwer verwundet, lag lange Zeit im Lazarett Bad Ems, nahm am 11.1.1941 für einige Monate den Schuldienst an der Klosterschule wieder auf, um dann wieder in den Krieg zu ziehen, allerdings mit dem Ziel, „Wehrmachtbeamter“ zu werden.¹⁸

Am 20.6.1945 bekam Erwin Gottsleben im Namen der britischen Militärregierung das Entlassungsschreiben. Da er sich noch in kurzer Kriegsgefangenschaft befand, wurde die Entlassung von Senator Landahl am 22.2.1946 noch einmal bestätigt. Es erfolgte ein Entnazifizierungsverfahren, in dem Gottsleben ausführlich seinen nationalsozialistischen Werdegang begründete. Daraus soll zitiert werden, weil Gottsleben anders als viele aktive Nationalsozialisten argumentierte: „Es liegt mir fern, meine frühere Mitgliedschaft zur NSDAP zu leugnen. Jedoch bitte ich, aufgrund des folgenden Berichtes über meine politische Entwicklung die Maßnahme meiner Entlassung einer Revision unterziehen zu wollen.“¹⁹

Die Gründe für seinen Parteieintritt erklärte Erwin Gottsleben so: „Da ich in erster Linie pädagogisch und wissenschaftlich eingestellt bin, hatte ich mich mit politischen Auseinandersetzungen wenig befasst. Jedoch sah ich die Gefahr, dass unser Volk in Parteienzersplitterung und wirtschaftlicher Not zu Grunde ging. Das Versprechen der NSDAP, Deutschland zur Einigkeit und zu wirtschaftlichem Wohlstand zurückzuführen, fand meinen Glauben, und so trat ich der Partei bei, in der sicheren Erwartung, dass sie ihre Versprechen wahr machen würde. Egoistische Motive trieben mich nicht, konnten es damals auch nicht.“²⁰

Im Weiteren bezog sich Gottsleben dann offenbar auf seine subjektiven NSLB-Erfahrungen in Hamburg: „Als bald nach der Machtübernahme musste ich mit Enttäuschung feststellen, dass eine ungeheure Diskrepanz bestand zwischen Wort und Tat. Aus der Einigkeit wurde Gleichschaltung und Unterdrückung, aus dem Kampf gegen das Bonzentum entstand eine noch viel krassere Bonzokratie. Das führte zu Auseinandersetzungen grundsätzlicher Art, die mich 1934 mein Amt im NSLB kosteten. Um in der immer mehr militarisierten Zwangs-HJ ein idealistisches Gegengewicht zu bilden, arbeitete ich für kurze Zeit in der HJ mit, scheiterte jedoch auch dort. (...) Während des Krieges, in dem ich als grundsätzlicher Gegner des militaristischen Systems stets Schwierigkeiten hatte, arbeitete ich von 1943 bis 1945 als Lehrer bei Luftwaffen Helfern der Flak, und zwar in Uniform. Auch hier scheiterten

meine Versuche, die Jungen, die wie Erwachsene behandelt und schikaniert wurden, zu erziehen, an der Verständnislosigkeit der Offiziere. So hatte ich mich bis zum Ende des Krieges zu einem scharfen Gegner des Regimes entwickelt, wie mir mehrere Zeugen bestätigen.“²¹ Interessant, weil vergleichsweise ungewöhnlich und dem Anschein nach für mich ein Versuch, den eigenen Werdegang zu reflektieren und nicht nur vorgeschobene Argumente aufzureihen, um wieder in den Schuldienst zu gelangen, Gottslebens Erklärung: „Für mich hatte dieses Ende des Krieges die Konsequenz, dass ich meinen Beruf, den ich aus Begeisterung und Liebe ergriffen hatte, verlor. Aber es war eine Konsequenz, die ich innerlich hätte bejahen müssen, wenn ich noch überzeugter Nationalsozialist wäre. Obwohl dies seit langem nicht mehr der Fall ist, habe ich mir selbst ein Jahr des Schweigens und der Besinnung auferlegt, ehe ich diesen Schritt unternehme und um Revision bitte, ein Jahr, in dem ich, solange ich gesund war, in körperlicher Arbeit auf dem Lande meine Familie kärglich über Wasser hielt. Die Folgen meiner Kriegsverletzungen machten es mir jedoch unmöglich auf die Dauer von körperlicher Arbeit zu existieren.“

Am Ende machte Erwin Gottsleben, der ohne anwaltliche Beratung schrieb, entweder etwas sehr Geschicktes oder zeigte eine tatsächliche Weiterentwicklung: „Auf die Gefahr hin, dass man mich zu Unrecht zu denjenigen zählt, die gegen ihre wirkliche Überzeugung vorgeben, den Willen und die Absichten der Besatzungsmacht und der demokratischen deutschen Kreise unterstützen zu wollen, muss ich noch eine Erklärung abgeben. Ich bemerke dazu, dass ich meine volle Überzeugung ausdrücke, Heuchelei und Unehrllichkeit hat mir noch niemand vorwerfen können.

1.) Die Ereignisse haben gezeigt, dass eine autoritäre Staatsführung ein Volk nur ins Unglück stürzen kann.

2.) Nur eine demokratische Staatsform kann Glück und Wohlstand bringen.

3.) Auch wer diese beiden Sätze nicht anerkennt, muss, wenn er seinen klaren Verstand noch besitzt, einsehen, dass offener oder geheimer Widerstand Wahnsinn sein würde.

4.) Die Konsequenz dieser drei Sätze ist loyale Mitarbeit. Ich bin dazu bereit und bitte mir Gelegenheit zu geben, meine Bereitschaft in die Tat umzusetzen.“²²

Der Beratende Ausschuss fasste am 24.3.1947 den Beschluss: „Beim heutigen Stand der politischen Säuberung fühlt sich der Beratende Ausschuss noch nicht berufen, eine Milderung des Urteils vorzuschlagen. Gottsleben ist durch seine Mitgliedschaft seit 1927 bzw. 1931 zu stark belastet, umso mehr, als er noch 1937 in der HJ die Leitung von Schulungsabenden übernahm. Wir haben uns allerdings aus seinen Aussagen, sowie aus Gutachten überzeugt, dass er sich keiner menschlichen oder politischen Gemeinheiten schuldig gemacht hat und nehmen auch seine heutigen Bemühungen in der FDP zur Kenntnis.“²³ Am 2.6.1948 befasste sich der Beru-



Kollegium des Matthias-Claudius-Gymnasium, 1954, mit interessanter Konstellation: In der Mitte des Tisches sitzt Schulleiter Johann Helbig (1), der in vielen Entnazifizierungsausschüssen der höheren Schulen den Vorsitz hatte. Drei ehemalige NS-Aktivisten waren nach längeren Verfahren der Schule zugeordnet worden: Erwin Gottsleben (2), ganz oben, Mitte rechts, der übernächste links von ihm Walter Brockmüller (3), unter Brockmüller sitzend Herbert Bieber (4).

fungsausschuss mit dem Fall Gottsleben. Der Ausschuss stellte zwar fest: „Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass Gottsleben als ein sehr altes Mitglied der NSDAP der NS-Ideologie stark verfallen war. Andererseits ist es auffallend, dass Gottsleben in der NSDAP kein Amt bekleidete. Mehrere seiner Kollegen, die ihn seit langen Jahren vor 1933 kennen, stellen ihm ein gutes Leumundszeugnis aus. Nach diesen Leumundszeugnissen erschien es glaubhaft, dass Gottsleben bereits im Jahre 1934 das Amt im NSLB wegen grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten niederlegte und dass er sich innerlich vom Nationalsozialismus gelöst hat.“²⁴ Dies halte ich nun allerdings für eine Fehlinterpretation. 1934 ging es um eine Richtungsentscheidung der Arbeit innerhalb des NSLB. Und dabei gehörte Erwin Gottsleben zu einer ideologisch dogmatischeren, wenig kompromissbereiten Richtung. Dass Erwin Gottsleben sich im Laufe der Jahre und der Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus, insbesondere aber im Kontext seiner antimilitaristischen Haltung vom Nationalsozialismus enttäuscht und ernüchtert abgewandt hatte, kann angenommen werden.

Der Berufung wurde stattgegeben, der Wiedereinstellung Erwin Gottsleben stand nichts im Wege. Er wurde in Kategorie IV, Mitläufer, eingestuft und wieder in den Schuldienst eingestellt, erst als Angestellter, ab 1953 wieder als Beamter. Seinen Dienst begann er am 19.8.1948 am Charlotte-Paulsen-Gymnasium. Später wechselte er an die Oberschule für Jungen St. Georg und an das Matthias-Caudi-

us-Gymnasium. Zwischendurch stand es um die Gesundheit Gottslebens nicht gut, er litt unter Nachwirkungen seiner Kriegsverletzungen. Schulleiterin Musold schrieb besorgt, „seine Gedächtnisschwäche wirkt oft erschreckend“.²⁵

Am 15.2.1966 wurde Erwin Gottsleben noch zum Oberstudienrat ernannt, ein halbes Jahr später sollte er in den Ruhestand versetzt werden, erhielt aufgrund des Lehrermangels aber noch einen Lehrauftrag für ein weiteres Jahr.

Am 31.7.1967 setzte er sich dann endgültig zur Ruhe.

Erwin Gottsleben starb am 21.6.1982.²⁶

Anmerkungen

- 1 Personalakte Gottsleben, StA HH, 361-3_A 1640
- 2 Lebenslauf in Personalakte a. a. O.
- 3 Siehe die Biografie Deuchler in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 142ff.
- 4 Personalakte a. a. O.
- 5 Ebd.
- 6 Ernst Klee: Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt a. M. 2013, S. 450.
- 7 Ebd.
- 8 Entnazifizierungsakte Gottsleben, StA HH, 221-11_Ed 10225
- 9 Personalakte a. a. O.
- 10 Barbara Brix: „Land, mein Land, wie leb' ich tief aus dir“. Dr. Walter Bacher – Jude, Sozialdemokrat, Lehrer an der Klosterschule, Hamburg 1997, S. 17.
- 11 Barbara Brix 1997, S. 20.
- 12 Ebd. Siehe auch die Biografie Heinrich Hehn in diesem Buch.
- 13 Berlin Document Center (BDC), OPG I 83_BI. 0980
- 14 Ebd.
- 15 Ebd.
- 16 Siehe auch die Biografie Hans Rösch, in: de Lorent 2016, S. 768ff.
- 17 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 18 Personalakte a. a. O..
- 19 Erklärung Gottsleben vom 16.10.1946, in: Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Alle Angaben laut Personalakte a. a. O.
- 26 Ebd.

Guido Höller

„Durch seinen hysterischen NS-Radikalismus hat Höller damals die Lehrerschaft stark beunruhigt.“

Guido Höller, der in Hamburg schon 1913 zum Rektor einer Volksschule ernannt worden war, trat 1931 dem NSLB bei und war seit 1932 Mitglied der NSDAP. In der kleinen Gruppe von alten Aktivisten des NSLB bekämpfte er die neue NSLB-Führung um Willi Schulz und zeigte sich als streitsüchtig, weil auch unter NS-Herrschaft keine seiner Egomane entsprechenden Ämter auf ihn übertragen wurden. Nach seiner Pensionierung, 1934, gegen die er sich vehement wehrte, fungierte er als Schriftsteller, mit begrenzter Resonanz. Seine ausführlichen Schriftsätze in allen Verfahren sind heute historisch wertvoll, weil sie einen (sehr subjektiven) Einblick in die Auseinandersetzungen im Hamburger Bildungs- und Kulturwesen der 1920er- bis 1940er-Jahre geben.

Guido Höller wurde am 19.12.1871 in Hamburg geboren. Sein Vater war Küfer und Lagermeister einer hamburgischen Weingroßhandlung, laut Höller „ein gesuchter Weinkenner und Weinprober“, aus Franken zugewandert.¹

Guido Höller hatte als Zweitgeborener noch acht Geschwister, die „über die Kinderjahre hinaus kamen“.²

Seine schulische und berufliche Entwicklung beschrieb Höller in der kinderreichen Familie so: „Das erforderte strenges Haushalten. Trotzdem wurde jedoch nicht in unserer Erziehung gespart. Ich besuchte den Fröbelkindergarten, die Paßmannsche Stiftschule und das Lehrerseminar in Hamburg. 1893 wurde ich Lehrer, machte 1896 die zweite Lehrerprüfung, wurde im folgenden Jahr festangestellt, leistete den Bürgereid, bestand 1908 die Mittelschullehrerprüfung in Deutsch, Geschichte und Geographie und wurde 1913 zum Rektor einer Hamburgischen Volksschule ernannt, in welcher Stellung ich bis zu meiner Versetzung in den Ruhestand verblieb. Eine Ernennung zum Schulrat wurde von dem marxistischen Senator, Präses der Oberschulbehörde abgelehnt.“³

Guido Höller war Rektor an der Volksschule Papendamm, später Bachstraße 96, zwischenzeitlich Barmbecker Straße 32.⁴

Als die Nationalsozialisten auch in Hamburg an die Macht kamen, sah Höller seine Zeit gekommen, war er doch am 1.8.1932 in die NSDAP eingetreten und schon am 1.12.1931 in den NSLB, wo er Fachschaftssprecher der Volksschullehrer war, Ortsgruppenleiter und Presseobmann. Dort gehörte Höller auch der Gruppe der „alten Garde“ an, die sich dagegen wehrte, dass der NSLB nach der Gleichschal-

tung der „Gesellschaft der Freunde“ neu aufgestellt werden sollte und mit Willi Schulz und Albert Mansfeld eine neue Führung bekam, die den Rückhalt des Gauleiters der NSDAP, Karl Kaufmann, hatte. Darauf ist schon ausführlicher in den Biografien Heinrich Hehn und Erwin Gottsleben in diesem Band eingegangen worden.⁵ Höllers Rolle im NSLB wird später noch zu beschreiben sein.

Die Nationalsozialisten hatten mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933 das Hamburger Schulwesen personell erheblich umgestaltet und dadurch 468 Stellen für junge Lehrerinnen und Lehrer geschaffen, die nach vorher prekären Arbeitsverhältnissen feste Anstellungen bekamen. Es waren meist um 1900 Geborene. „Der nationalsozialistische Staat konnte daher sicher sein, dass er sich die meisten der 1933 neu Eingestellten nach den Jahren beruflicher ungesicherter und materieller Not, die sie durchlebt hatten, zu Dank verpflichtete.“⁶

Nach § 6 dieses Gesetzes wurden Versetzungen in den Ruhestand „zur Vereinfachung der Verwaltung“ vorgenommen, insgesamt 555 Pensionierungen, darunter auch zahlreiche Personen, die noch jünger, aber politisch unliebsam waren. Auch Guido Höller sollte mit knapp 63 Jahren pensioniert werden, wogegen er sich am 12.2.1934 schriftlich wehrte: „Die Absicht, die Überalterung des Lehrerstandes zu Gunsten des Nachwuchses in gewissen Grenzen zu beseitigen, hätte mich veranlassen können, selbst den Antrag zu stellen, mich in den Ruhestand zu versetzen, wenn es lediglich eine wirtschaftliche Einbuße für mich bedeutet hätte. Wenn ich es trotzdem unterlassen habe, so wesentlich aus der Erwägung heraus, daß die Zahl der entschiedenen Nationalsozialisten in der Lehrerschaft und im besonderen unter den Schulleitern nicht so groß ist, als daß ich freiwillig zurücktreten dürfte, ich vielmehr die verdammte Pflicht und Schuldigkeit hätte, auf meinem Posten auszuharren, um die innere Krise der Lauheit und Unsicherheit überwinden zu helfen. Aus diesen Gründen halte ich mich für berechtigt, im Namen des Nationalsozialismus das Ersuchen an die Behörde zu richten, meine Versetzung in den Ruhestand noch einmal überprüfen zu wollen und mich nach der alten gesetzlichen Regelung die kurze Spanne bis zum Ablauf meines 63. Lebensjahres in meinem Amt als Schulleiter zu belassen.“⁷

Höller bat also um Aufschub für ein halbes Jahr. Auf seinem Schreiben wurde vermerkt: „Keine besonderen Gründe.“ Und am 20.4.1934 antwortete die Schulverwaltung, Justitiar Dr. Schultz, sachlich und lapidar: „Der Herr Senator bedauert ebenso wie die Landesunterrichtsbehörde, daß sich die sehr harten Abbaumaßnahmen im Interesse des Ganzen nicht haben vermeiden lassen können. Da Sie selber im 63. Lebensjahr stehen, also ohnehin nahe vor der Pensionierung standen, war es leider nicht möglich, zu Ihren Gunsten eine Ausnahme zu machen.“⁸

Es war sicher kein Zufall, dass Guido Höller von dem Zeitpunkt seiner Pensionierung an die Auseinandersetzung im NSLB gegen den neuen NSLB-Gauamtsleiter Willi Schulz und seinen Stellvertreter, Albert Mansfeld, verstärkte und zahlreiche Schriftsätze gegen beide verfasste.

Auch Heinrich Hehn wandte sich am 1.4.1934 an Willi Schulz und versuchte, eine Bresche für SA-Mann Hans Rösch zu schlagen, der gerade wegen einer Rede vor der ganzen Schulgemeinschaft des Wilhelm-Gymnasiums die Schulleitung, das Lehrerkollegium und die Schulverwaltung brüskiert und provoziert hatte und er stellte sich auch hinter Guido Höller: „Der beste Nationalsozialist und Kämpfer den ich in unserem Kreise kenne, ist der SA-Mann Hans Rösch. Es ist ein für unsere Bewegung nicht wieder gut zu machender Schade, wenn unsere besten Kämpfer auf diese Weise verbraucht werden. Hauen Sie doch einmal mit durch, dass die Funken stieben! Müssen wir es dulden, dass der Bürokratismus unsere Bewegung gefährdet dadurch, dass unentbehrliche alte Mitkämpfer wie Guido Höller einfach beseitigt werden, wo sie noch vollkommen rüstig und arbeitsfähig sind? Sind wir schon so fest verankert, dass wir uns solche Maßnahmen gestatten können? Dieser Abbau ist uns unverständlich. Er dünkt uns als ein Verrat am Recht der Kämpfer. Sie wissen doch, Pg. Schulz, wie wenig alte Pgs es unter den zum großen Teil roten Volksschullehrern gibt.“⁹

Heinrich Hehn, schon die eher primitive Variante des kompromisslosen und dogmatischen Nationalsozialisten, machte in seinem Schreiben deutlich, warum es mit ihm und seiner Gruppe schwer ein einvernehmliches Handeln geben konnte:

„Wo gehobelt wird, fliegen Späne. Und wenn man dem quer geschossenen Bürgergesoxe ein wenig auf die Hühneraugen tritt, so schadet das wirklich nicht. Wir sind Landsknechte und Kämpfer. Wir haben das dritte Reich mit unserem Führer uns erzwungen. Wenn wir damals dazu gut genug waren, so sind wir es heute auch noch. Und wenn wir irgendwo anstoßen, so ist es gegen Mist, der aus dem Wege geräumt werden muss. Wir sind dieselben, gestern und heute und können uns nicht ändern.

Wenn ich als alter Frontkämpfer, der ich durch Not, Tod und Elend gegangen bin, von Treue um Treue spreche, so ist mir das eine heilige Sache. Ohne die Treue meiner Kameraden wäre ich heute nicht mehr am Leben. – Wir sind bereit, auch Ihnen diese Treue zu halten; nur müssen Sie sich zu uns stellen. Und wenn einmal einer von uns vorbeihauen sollte, so haben wir ihm beizustehen. Das Verdienst eines jeden Kämpfers um die Bewegung ist so unerhört, dass, wer anders handelt, Verrat an der Bewegung begeht. Wir haben auch füreinander zu sorgen um der Bewegung willen. Und wenn hier und da noch Missstände sind, so müssen wir die Schuld erst einmal bei uns buchen. Ich bin diesen Weg gegangen, und ich kann

nur sagen, von uns aus ist alles in Ordnung. Uneinigkeit unter den alten Kämpfern kommt den Feinden der Bewegung zugute.“¹⁰

Guido Höller fungierte in der Gruppe der „alten Garde“ nach seiner Pensionierung als Chronist. Vorher war er im alten NSLB-Vorstand Presse-Obmann. In seiner Chronik aus dem August/September 1934, überschrieben: „Die Auseinandersetzung der alten Mitglieder des NSLB“, führte er 14 Personen an. Für die Geschichte des NSLB ist dies ein wichtiges Dokument. Höller benannte drei Phasen der NSLB-Entwicklung:

„1. Abschnitt: Zeit persönlicher Bewegungen zwischen Gloede, Schönwald, Mansfeld und von der Lieth unsicher in Ziel und Aufgaben – wenig ergiebig in der Arbeit – dauerte bis Dez. 32.

2. Abschnitt: von der Lieth gewinnt Hehn, Oetcke und Teichert zu Mitarbeitern in der Führung – Zeit ernster eifriger Facharbeit, besonders in den Fachschaften für höhere Schulen (Gottleben), für Volksschulen (Höller), für Berufsschulen (Teichert, später Albers) und für Mädchenschulen (Hedwig Förster) – und in der Arbeitsgemeinschaft der Fachschaftsführer (Höller). Pg. Schulz (Mitglied seit September 32 unter Nummer 89) beteiligte sich in den Arbeiten nicht – Arbeit gipfelte im Aufbau des heutigen Lehrerbundes von gut 100 auf 6–7000 Mitglieder – dauerte bis Ende Mai 33.

3. Abschnitt: Gesunde Entwicklung durch unerwartete Ernennung von Pg. Schulz zum Landesleiter und einsetzende Absetzung der alten Gaugeschäftsleitung beendet. Verbissener Kampf gegen die alte Leitung und ihre Helfer – mit dem Ziel, sie durch gefügige Neulinge zu ersetzen – Rücksicht auf den gleichgeschalteten marxistischen Genitivverein der Untergrund – politische und pädagogische Schulung der Amtswalter und der Lehrerschaft durchaus plan- und ziellos – in den Kreisen und Ortsgruppen – noch von der alten Führung geschaffen – wurde zwar gearbeitet – aber da die Führung versagt auch nur willkürlich und unzulänglich – dauert bis heute und dauert an.“¹¹

Dann führte er die alten Aktivisten auf:

„1. Rudolf Teichert – Studienrat und Diplomhandelslehrer, Mitglied des NSLB seit 1.7.1931, Ämter: Fachschaftsführer für Berufsschule – Gaugeschäftsführer – Kreisleiter, Mitglied der NSDAP seit 1.7.1931. Abgesetzt als Gaugeschäftsführer und durch Neuling ersetzt. Zum 1.1.1934, zum Austritt aus NSLB gezwungen.

2. Guido Höller – Rektor, Mitglied des NSLB seit 1.12.1931 – Ämter: Fachschaftsführer der Volksschullehrer – Presseobmann – Ortsgruppenleiter und Leiter der Fachschaft beamtete Künstler, Mitglied der NSDAP seit 1.8.1932. Als Pressewart durch Schreiben Mai 1933 abgesetzt. In den Ruhestand versetzt, Eingabe um Rückgängigmachung von Pg. Schulz nichtssagend abgewiesen.

3. Erwin Gottsleben – Studienassessor, Mitglied des NSLB seit 1.1.1932, Ämter: Fachschaftsführer der Lehrer an höheren Schulen – Kreisleiter – Mitglied der NSDAP seit Dezember 31. Als Kreisleiter vorläufig abgesetzt.

4. Heinrich Hehn – Zeichenlehrer an der Klosterschule, Mitglied des NSLB seit 1.1.1932. Ämter: Gaukassenwart – Kreisobmann, Mitglied der NSDAP seit Dezember 31. Als Gaukassenwart abgesetzt – von den übrigen Ämtern und als politischer Leiter abgesetzt.

5. Fritz Oetcke – Privatlehrer, Mitglied des NSLB seit 1.1.1932, Ämter: Gaukassenwart – Kreisleiter – 2. Gaugeschäftsführer, Mitglied der NSDAP seit 1.8.1932, aus allen Funktionen abgesetzt.

6. Friedrich Albers – Studienrat und Dipl. Handelslehrer, Mitglied des NSLB seit 1.3.1932, Ämter: Fachschaftsführer der Handels- und Gewerbelehrer – Kreisleiter, Mitglied der NSDAP seit 1.3.1932, als Fachschaftsführer abgesetzt.

7. Julius Hedwig – Gewerbelehrer, Mitglied des NSLB seit 1.3.1932 Ämter: Kreisleiter, Mitglied der NSDAP seit 1.12.1931.

8. Erich Martin – Berufsschullehrer – Mitglied des NSLB seit Mai 32, Ämter: Ortsgruppenleiter, Mitglied der NSDAP seit 1.1.1931.

9. Gerhard Riecks – Diplomhandelslehrer, Mitglied des NSLB seit Mai 32, Ämter: Gaukassenwart, Mitglied der NSDAP seit August 32, abgesetzt.

10. Hermann Zwiebelmann – Lehrer, Mitglied des NSLB seit August 32, Ämter: Ortsgruppenleiter, Mitglied des NSLB seit August 32, als Ortsgruppenleiter durch anderen ersetzt.

11. Dr. Wilhelm Reyer – Lehrer und Schulleiter, Mitglied des NSLB seit August 32, Ämter: Ortsgruppenleiter – Gauredner. Mitglied der NSDAP seit 1.4.1933, im Kampfbund für deutsche Kultur als Redner tätig. Abgesetzt als Ortsgruppenleiter, als Gauredner ausgeschaltet. Ernennung zum HLZ-Schriftleiter stillschweigend zurückgenommen, einer hässlichen Unmöglichkeitmachung ausgesetzt.

12. Wilhelm Schönfeld – Gymnasiallehrer, Mitglied des NSLB seit 1.4.1933, Ämter: Ortsgruppenleiter. Mitglied der NSDAP seit 1.4.1933, aber seit 1929 für sie getarnt tätig, die Tochter, Charlotte Koeberle-Schönfeld Mitglied seit 1.2.1929, zum Kreisleiter ernannt, dann aber plötzlich hinterhältig durch anderen ersetzt.

13. Hans Rösch – Altphilologe, Mitglied des NSLB seit 1.3.1933, Ämter: Führer der Fachschaft für Lehrer an höheren Schulen – Ortsgruppenleiter, Mitglied der NSDAP seit 1.4.1933, aber alter Gegner des Marxismus. Als Ortsgruppenleiter ohne Benachrichtigung abgesetzt, in der Tätigkeit als Fachschaftsführer lahmgelegt und maßloser Hetze ausgesetzt.

14. Reinhard Albrecht – Lehrer und Schulleiter, Mitglied des NSLB seit September 32, Ämter: stellvertretender Ortsgruppenleiter, Referent der HLZ für Poli-

tik, Mitglied der NSDAP seit 27.4.33. Als Ortsgruppenleiter stillschweigend ausgeschaltet.“¹²

Und resümierend polemisierte Höller gegen die alte „Gesellschaft der Freunde“, von ihm stets „Genitivverein“ genannt und insbesondere gegen die HLZ und deren Schriftleitungen:

„Der Kampf der neuen Lehrerbundsleitung um die Macht hat auch die Überführung des Genitivvereins im NSLB behindert – NSLB nur Verbrämung des alten marxistischen Vereins – dessen Arbeitsausschüsse sämtlich bestehen blieben und die die Schulen nach wie vor mit den von ihm bearbeiteten Lernmitteln beliefern, wie Lesebuch, Liederbuch, Deutschbuch und Rechenbuch. Die Hamburger Lehrerzeitung spiegelt dies Verhältnis wieder. Nach der Gleichschaltung übernommen vom Genitivverein, wurde sie kein Kampfblatt des Nationalsozialismus, sondern ein liberalistisches Unterhaltungsblatt. Prof. Kriek hat dies Urteil bestätigt. Die Schriftleiter entstammen dem marxistischen Genitivverein und dem Lehrerfortbildungsinstitut, das von der marxistischen Regierung gegründet worden ist; frühere Hilfskräfte sind gleichfalls für redaktionelle Tätigkeit beibehalten worden. Der Stil der Zeitung hat sich nicht geändert, obgleich die führenden Nationalsozialisten weit abgerückt sind von dem geistreichelnden, verkniffenen und verschachtelten Ausdruck des liberalen Intellektualismus. Aus den Aufsätzen sind natürlich die Gehässigkeiten und Verdächtigungen verschwunden; aber was geboten wird an Abhandlungen und Mitteilungen ist noch immer ein buntes Allerlei persönlicher Meinungen aus allen Gebieten; nationalsozialistisches Kerngut ist selten darunter zu finden. Die Mitarbeit der alten Mitglieder ist ja auch nicht erwünscht. Unser Kampf geht jedoch nicht um unsere Person, sondern um die Sache, um die Erziehung der hamburgischen Jugend.“¹³



Guido Höller, 1932

Dabei hatte die HLZ in ihrer Ausgabe 20/1933 am 20.5.1933 einen kurzen Artikel von Guido Höller abgedruckt, ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus, unter der Überschrift: „Volk und Schule“. Höller betrieb darin Abgrenzung. Er betonte, dass der NSLB mit dem alten Genitivverein nichts gemein habe:

„Der größte Feind der nationalen Revolution ist die Lauheit, die Leisetreterei, das Aneinandervorbeigehen und Jedengewährenlassen. Die Meinungen müssen herausgefordert werden, daß sie sich klären und ins Bett der völkischen Mehrheit einmünden. Das setzt aber voraus, daß die Lehrerschaft sich innerlich zum Nationalsozialismus bekennt. Mit der Gleichschaltung allein ist es nicht getan. Sie will nicht ein Nebeneinander heterogener Bestandteile schaffen, sie will vielmehr einen

Boden und ein Klima schaffen, darinnen die unverständigen und widerstrebenden Elemente von ihrem falschen Wachstum gesunden können. Darum gibt es für uns keinen Funkenaustausch zwischen NSLB und früherem Genitivverein – das führt nur zur Bastardisierung der Meinungen – sondern der Lehrerbund ist der Sauerteig, der durch einen Gärungsprozess in den Andersdenkenden die falschen Lehrmeinungen zum Ausscheiden bringt. Damit dieser Vorgang stattfinden kann, ist es notwendig, daß sich dem NSLB die gesamte Lehrerschaft widerspruchslos ein- und unterordnet. Die Lehrerschaft muß eine fest geschlossene Hierarchie sein, die in einem Landesschulrat gipfelt und in der der Nationalsozialismus die Entscheidung hat. Das sind wir unserem Führer und unserem Volk schuldig.“¹⁴ Dieser einspaltige Artikel, der einzige, den die HLZ nach 1933 von Guido Höller druckte, war ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus, ein Profilierungsversuch, der deutlich machte, warum Höller und seine Gruppe nicht in der Lage waren, die Hamburger Lehrerschaft anzusprechen und in die neue Bewegung zu integrieren:

„Für den Nationalsozialismus ist jede Schule Volksschule. Alle Schulgattungen bis zur Universität und Akademie hinauf haben die eine und die gleiche Aufgabe: den deutschen Volksgenossen zu erziehen. Dieses Ziel ist durch das Wesen, die Geschichte und die Bestimmung des deutschen Volkes gegeben. Es sind zum ersten die altgermanischen, blutvererbten Tugenden der Tapferkeit, der Treue, der Ehre und der Wahrhaftigkeit, die Tacitus mit seiner Germania dem morschenden Römertum ins Herz gestoßen hat; es sind zum andern die durch den geographischen Raum bedingten und in der Geschichte sich entfaltenden deutschen Wesenszüge der Arbeitsfreudigkeit, des schöpferischen Dranges, der Gläubigkeit und der Jenseitssehnsucht, und zum dritten ist es die Mission – jedes Volk hat eine nur ihm auferlegte Aufgabe –, aus dem Zwiespalt zwischen Irdischem und Göttlichem zu erlösen und die Gegensätze des Lebens in die Einheit des Wollens umzuwandeln. Diese Erkenntnis ist in der Vergangenheit oft genug verwirrt und verkannt worden. Fremde Einflüsse haben vielfach die Instinktsicherheit übertäubt, die deutsche Entwicklung in falsche Bahnen getrieben und die Volkwerdung aus dem eigenen Grundstock gefährdet. Wenn die Führer versagen, ist das Volk verloren, das erst durch deren überlegene Tüchtigkeit zum Bewußtsein der notwendigen und dienstlichen Schritte kommt, sie aber dann mit der Begeisterung sehend gewordener Hoffnung geht. Der Nationalsozialismus hat die Urkräfte des deutschen Volkes in lebendiger Einheit geschaut und will sie von allem Artfremden gereinigt zur endgültigen Volksgestaltung auf allen Gebieten des leiblichen und geistigen Lebens einsetzen. Darum sein unerbittlicher Kampf gegen links und rechts, gegen Fremdes und Unechtes, gegen Angenommenes und Aufgezwungenes, gegen alles, was nicht tiefste Wurzeln im eigenen Volkstum hat. In diesem Kampf soll die Schule ein starker Mitkämpfer sein.

Sie wird es aber nur sein, wenn Lehrer, Schüler und Eltern in einmütigem Willen zusammenstehen. Die Schüler zu gewinnen schafft wenig Sorge. Ihre junge Begeisterung hat längst, als die Schule noch im alten, stärkeren Bann lag, das Morgenrot der neuen Zeit gewittert und hat sich überraschend schnell zu ihm bekannt, ehe noch die Torschlüsse gegen die neue Zeit von den Lehrern beseitigt wurden. Es war für viele ein freies Aufjubeln, als sie endlich auch in der Schule Hitlers Namen aussprechen und seine Abzeichen tragen durften. Im Nu war der Geschichtsunterricht von seiner verstaubten Lebensferne befreit, da sie die geschichtlichen Tatsachen aus dem Blickpunkt der sie bewegendem Gegenwart betrachten durften. Die Eltern freilich stehen noch in größerer Zahl abseits oder gar gegensätzlich. Sie dürfen aber dort nicht stehen bleiben, soll sich nicht von neuem eine Kluft zwischen Schule und Haus auftun. Die Schule kann aber nicht warten, bis die Eltern durch ihre Kinder für die neue Schule gewonnen werden. Das kann viel zu lange dauern und eine politische Verstimmung festigen, die das nationalsozialistische Einigungswerk zu gefährden vermag. Die Kollegien müssen daher von sich aus die Eltern zu erobern suchen. Sie müssen jede Gelegenheit wahrnehmen, die Eltern durch Versammlungen, Veranstaltungen und Schulfeste zum Bekenntnis nationaler Verpflichtung zu bringen, also allen Schulunternehmungen einen politischen Charakter zu geben.“¹⁵

Frustrierend für Höller, dass er in der HLZ unterm Hakenkreuz keinen Platz mehr fand.

Guido Höller lebte mit Feindbildern und war im Streit mit allen, von denen er sich nicht gewürdigt und unterstützt fühlte.¹⁶

Der Entnazifizierungsausschuss brachte es nach Anhörung Höllers und Prüfung der Unterlagen am 19.3.1947 auf den Punkt: „Er führte aus, dass er in den späteren Jahren Differenzen mit dem Nationalsozialismus gehabt habe. Seine eigenen Ausführungen lassen aber erkennen, dass diese Differenzen vor allem darauf zurückzuführen waren, dass die Partei ihn seiner Meinung nach nicht genügend beachtete und seine Ämter seinem Ehrgeiz nicht genügten.“¹⁷

Die Vita Höllers war durchaus vielseitig, schillernd, turbulent und interessant gewesen. Als er sich nach seinem Austritt aus dem NSLB am 31.3.1934 nach seiner Pensionierung verstärkt dem Schreiben zuwandte, intensivierte er seine Kontakte zum „Hamburger Tagesblatt“. Er hatte dessen Schriftleiter, Dr. Albert Krebs im September 1931 kennengelernt.¹⁸ Im Entnazifizierungsfragebogen vom 26.9.1946 gab Guido Höller an, von Sommer 1933 bis zum 22.3.1939 unbezahlter Mitarbeiter des „Hamburger Tagesblattes“ gewesen zu sein und Berichte über den NSLB, Buchbesprechungen, literarische Aufsätze und Gedichte verfasst zu haben. Aber kein Feld ohne Konflikte für Guido Höller: „Dr. Krebs musste gehen. Der neue Schriftleiter Okraß schob mich stillschweigend ab.“¹⁹

Reichskulturkammer Reichsschrifttumskammer

Mitgliedsausweis Nr. A 0 493

Der durch nebenstehendes Bild mit Unterschrift
gekennzeichnete Inhaber dieses Ausweises

Herr Guido Höller
Frau
Fräulein
Wohnort: Hamburg-Fu
Straße: Suhrenkamp 23
geboren am: 19. Dezember 1871

Nachname:

ist Mitglied der Reichsschrifttumskammer und damit
der Reichskulturkammer. Er/Sie ist durch den
körperchaftlichen Anschluß der Reichskulturkammer an
die Deutsche Arbeitsfront mittelbares Mitglied der DAF.

Berlin, den 7. Oktober 1936

Der Präsident der Reichsschrifttumskammer

Hanns Am
Am Nord



Guido Höller

Eigenhändige Unterschrift

S. d. N.

Dieser Ausweis ist Eigentum der R. S. K. und auf Anfordern
jederzeit zurückzugeben.

Ausweis Reichsschrifttumskammer

1936 bemühte sich Guido Höller, Mitglied der Reichskulturkammer/Reichsschrifttumskammer zu werden. Dafür schrieb er einen ausführlichen Lebenslauf, der interessante Informationen enthielt, aber auch Höllers Konflikte und Scheitern dokumentierte.

Mir bis dahin nicht bekannt war die Behandlung der Volksschullehrer in der Wehrmacht im Ersten Weltkrieg:

„Der einjährig-freiwillige Militärdienst war den Volksschullehrern verschlossen. So wurde 1893 für sie eine besondere Dienstpflicht eingeführt. Es wurden Volksschullehrerkompanien gegründet, die in drei aufeinanderfolgenden Jahren 10, 6 und 4 Wochen zu dienen hatten, das letzte Jahr innerhalb einer alten Stammenschaft. Ich diente in Schleswig, in Flensburg und im zweiten Hanseatischen Infanterieregiment No. 76 Hamburg. Zu Reserveübungen wurde ich nicht eingezogen. Mit dem Ausbruch des Weltkriegs wurde meine Schule von der Heeresverwaltung in Anspruch genommen. Nach dem alten Dienstrecht durfte ich nur in meinem Dienstgrad verwendet werden; aber eine andere Rektorstelle war nicht frei. So meldete ich mich zum Kriegsdienst, und ich wurde am 23.9.1914 dem ersten Landsturm-Infanteriebataillon Flensburg IX/17 überwiesen. Wir hatten von Apen-

rade und später von Hadersleben aus Küstenschutz zu stellen, wurden aber, da viele dänisch-sprechende Landsturmmänner in unseren Reihen standen nach einem halben Jahr zur Gefangenenüberwachung nach Wrohm bei Heide abkommandiert. Ich wurde Gefreiter, in die Schreibstube befohlen und hatte sämtliche schriftlichen Arbeiten für die Kompanie und die 1000 gefangenen Russen, Belgier, Franzosen und Engländer zu machen, und wurde daneben noch mit Sonderaufgaben bedacht: Meldegänger, Totenbestattung (Flecktyphus) und Abendunterhaltungen (Aufführung der Torgauer Heide von Otto Ludwig). Das brachte mir eine Nervenentzündung ein, die mir das Dienstudium immer mehr erschwerte. Ich wurde g.v. geschrieben und von meiner Behörde zurückgefordert. Am 25.9.1916 war ich wieder Rektor und zugleich Leiter einer Lebensmittelkarten-Bezirksausgabestelle, wofür ich das Verdienstkreuz für Kriegshilfsdienst erhielt.“²⁰

Nüchtern gelesen ist Höllers Biografie eine Dokumentation der Zerwürfnisse und des Scheiterns. Wobei es Höller und seine Frau persönlich zwischenzeitlich sicherlich besonders getroffen hatte, dass 1930 deren einzige Tochter, 24-jährig, tödlich verunglückte.²¹

Wo Höller auf- und eintrat, gab es Auseinandersetzungen und Konflikte. Für die Korrespondenz mit der Reichskulturkammer schien es hilfreich zu sein, die Gegner von Guido Höller als Juden und Marxisten zu denunzieren.

„Ich wurde in den Jugendschriftenausschuss gerufen, baute dort die Bücherei auf und verwaltete sie eine Reihe von Jahren. Diese Tätigkeit endete mit meinem Eintritt in die Lehrervereinigung zur Pflege der künstlerischen Bildung. Dort wurde ich Vorsitzender des literarischen Ausschusses, war Mitarbeiter des ‚Säemanns‘, Vertreter auf dem 3. Kunsterziehungstag und führte einen langwierigen Kampf mit dem jüdischen Schuldirektor Jacob Löwenberg, der die von der Lehrervereinigung herausgegebene Anthologie: Vom goldenen Überfluß mit jüdischen Dichtern durchsetzen wollte. Mit der Novemberrevolte wurde die Lehrervereinigung in den marxistischen Genitivverein (Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens) eingegliedert, und ich legte mein Amt nieder und trat aus dem GV aus, als er immer unduldsamer gegen jede andere Meinung wurde. 1919 wandte sich Lothar Schreyer an mich, und die Besprechungen führten zur Gründung der Kampfbühne, die durch Bekämpfung des Epigonentums und des doktrinären Naturalismus die Bahn für die neue Dichtung freimachen, mithin ihr vorderster Stoßtrupp sein wollte. Aber die KB entpuppte sich rasch als ein Werkzeug der aufwuchernden jüdisch-bolschewistischen Kunst, und die Volksbühne geriet ins Schlepptau demokratischer Massenentscheidungen und der Arbeiterbildungsbestrebungen der SPD. Als diese Entwicklungen nicht mehr aufzuhalten waren und auch ein letztes Druckmittel gegen mich, meine Gudrun in der Volksbühne aufzu-

führen, mich nicht willfähriger machte, legte ich den Vorsitz nieder und schied aus den Unternehmungen aus etwa 1920–21.“²²

Auch an der Hamburger Volkshochschule hatte Guido Höller lange mitgearbeitet. Nach Kämpfen gegen „marxistische“ Bestrebungen und „jüdisches Literatentum“ traf er 1933 auf einen anderen Egomanen, den neuen nationalsozialistischen Leiter der Volkshochschule, Heinrich Haselmayer.²³ Da war das Zerwürfnis vorprogrammiert. Bei Höller las es sich so: „Die Novembermachthaber riefen im Frühjahr 1919 die Hamburgische Volkshochschule ins Leben. Ich wurde als Dozent für neueste Literatur berufen und hielt im gleichen Sommer meine erste Arbeitsgemeinschaft über ‚Werdende Dichtung‘, die so zahlreich besucht wurde, daß sie den Charakter einer Vorlesung annehmen mußte. Doch noch vor Schluß des Jahres überwarf ich mich mit dem marxistischen Schulsenator aus politischen Gründen. Er war mein Schulpfleger gewesen und hatte vergeblich versucht, mich zum Eintritt in die SPD zu bewegen. Ich vermochte es nicht wegen ihrer materialistischen Welt- und Geschichtsauffassung, ihrer Massenverehrung, die den Individualismus umgehen zu können glaubte und ihres Abtuns aller geistigen Lebenshintergründe als Ideologie. Meine Stellung in der Volkshochschule wurde unsicher, und es gab mehr oder minder versteckte Kämpfe um die von mir eingereichten Themen, von denen mir: Vom Ich zum Du und Wir als zu undurchsichtig glatt abgelehnt wurde. Erbitterter wurde der Kampf unter dem neuen Direktor, Dr. Adams, der die Volkshochschule in eine marxistische Funktionärsschule umwandeln wollte. Aber da ich ihm offen in der Versammlung der Dozenten und Hörer entgegentrat und ihn auch im Hamburger Tageblatt kennzeichnete, wurde ich nicht ausgeschaltet, wenn er auch jede Gelegenheit nutzte, mir Schwierigkeiten zu machen. Ich blieb bis zur Niederringung der SPD in der Volkshochschule, obgleich ich immer schärfer gegen das jüdische Literatentum zu Felde zog, und ich blieb auch Dozent, als sie im nationalsozialistischen Geist umgewandelt wurde. Als erster las ich dort über die Edda. Aber infolge Meinungsverschiedenheiten über die methodische Ausgestaltung der Volkshochschularbeit wurde ich von dem damaligen Leiter heimlich ausgebootet. Ein Brief, in dem ich schrieb, daß ein offenes Wort immer echte deutsche Mannesart gewesen sei, blieb unbeantwortet, und so hörte mit dem Winter 1934 meine Tätigkeit in der Volkshochschule auf.“²⁴

Durchaus informativ auch, wie Höller seine Entwicklung zum Schriftsteller beschrieb: „Von den üblichen Reimversuchen aufbrechender Jugend abgesehen, ist der Schaffenstrieb spät in mir erwacht. Als junger Lehrer begann ich, als ich eben in meinem Beruf festen Fuß gefaßt hatte, mich in der Pädagogischen Reform und später im Säemann über methodische, sprachliche und literarische Fragen auszusprechen und Kritik an Jugendschriften und Dichtungen zu üben. Das aber hielt

ich nicht für schöpferische Tätigkeit. Die Jugendschrift brachte mich zum Märchen und im besonderen zur Andersenschen Märchenform. Ich fand in seinen Märchen und Geschichten manches unvollkommen übersetzt, ließ mir aus der königlichen Bibliothek zu Kopenhagen die dänische Gesamtausgabe der Märchen kommen, sah meine Vermutung bestätigt, las mich ein und übersetzte die 44 bisher noch nicht ins Deutsche übertragenen Märchen und Geschichten, was mir von dänischer Seite das Lob einer besonders getreuen Übersetzung eintrug. Ich hatte Blut geleckt und gab nun nach und nach Bearbeitungen, Nacherzählungen und Auswahlen anerkannter Schriftwerke und zeitgenössischer Dichter heraus. Sowohl Otto Ernst wie Gustav Falke sprachen mir ihren Dank für die einleitende Darstellung ihres Lebens und ihres Schaffens aus. Aber das war auch noch Kärnerarbeit. Aus Eigenem wollte es mir nicht fließen. Da kam das Lagerleben des Weltkriegs, und in der einsamen Mittagstunde zwischen Weiden und Hecken kamen geschaute Gestalten zu mir und sprachen mit mir. Der Männersand war die erste, noch in das Märchen gekleidete Erzählung. Aber was damit begonnen hatte, hörte nicht mehr auf mich zu spornen. So entstanden Novellen, Gedichte und Dramen, meist bruchstückweise auf meinen Gängen durch Stadt und Feld, daß ich alles um mich her vergaß und mir einmal ein Radfahrer zurief: Du stirbst einmal auch keinen natürlichen Tod. 1913 wurde ich Theaterreferent am Hamburger Echo, das auch mehrere meiner Novellen zum Abdruck brachte. Als Kritiker lernte ich das ganze Elend des ‚Deutschen‘ Theaters, das mehr eine östliche Angelegenheit war, aus dem Grunde kennen und habe mich auch nicht gescheut, mancherlei auszusprechen, freilich ohne mir dadurch Freunde zu erwerben. Da die von mir abgelehnten Stücke vielfach vom Arbeiterbildungsausschuß in den Spielplan ihrer Gewerkschaftsvorfürungen aufgenommen wurden, kam es 1919 zum Bruch.“²⁵

Letztlich glich auch die Arbeit Höllers bei den organisierten Schriftstellern einer Geschichte des Scheiterns:

„Ich trat schließlich in den Schutzverband deutscher Schriftsteller ein, fand aber im Hamburger Gau nicht, was ich gesucht hatte. Die freien Schriftsteller hatten auch damals schwer um ihren Lebensunterhalt zu ringen und nutzten den SDS vorwiegend zu wirtschaftlichen Zwecken aus. Sie waren in den zersetzenden Tendenzen liberaler und jüdischer Aufbauschung und Kleinmacherei zu Hause und steuerten immer tiefer ins kommunistische Fahrwasser hinein. Ich kam nur selten in die Versammlungen, um nicht allzu oft abgebürstet zu werden, denn nur wenige, wie auch ich einige Male, setzten sich zu Wehr. Ich beschloß auszutreten und schrieb am 24.11.1932 an den Geschäftsführer einen dahingehenden Brief. Es geschah nichts darauf. Da kam der 5. März und brachte den Sturz des Berliner Hauptvorstandes. Ich schrieb am 27.3.1933 aufs neue an den Geschäftsführer und wurde

für den folgenden Tag aufgefordert im Vorstand zu erscheinen. Ich beantragte die Umbildung des Vorstands und wiederholte den Antrag in der sich anschließenden Hauptversammlung. Er wurde mit Hohn aufgenommen und als Antwort ein jüdisches Mitglied in den Vorstand gewählt. Da riß mir die Geduld. Ich wandte mich sofort an den Kampfbund für deutsche Kultur, der die Ausräumung dann auch gründlich besorgte.“²⁶

Guido Höllers Schlussbetrachtung:

„Ich habe auf fast allen Gebieten des deutschen Schrifttums geschrieben, aber nur selten ist es mir gelungen, gedruckt oder aufgeführt zu werden, trotzdem ich es etliche Male versucht und auch gute Beurteilungen erfahren habe. Doch da ich nicht Not zu leiden brauchte und auch keine Literaturgruppe hinter mir hatte, so ließ ich mich leicht abschrecken und begnügte mich mit Anerkennung im kleinen Kreis, obgleich ich nur zu gut weiß, daß die Schiebeladen des Schreibtischs nicht die Bretter sind, die die Welt bedeuten und das Licht der Öffentlichkeit heller lockt als der Lampenschein am häuslichen Herd.“²⁷

Guido Höller war stolz auf seinen Mitgliedsausweis der Reichskulturkammer. Er bezeichnete sich nach seiner Pensionierung auch als Schriftsteller. Als er am 19.10.1936 einen Fragebogen der Reichsschrifttumskammer ausfüllte, gab er als Auskunftspersonen über sich an: Bruno Peyn, Heinrich Hehn, Hermann Claudius und Heinrich Behnken.²⁸

Nun drohte auch die letzte Bastion Höllers zu fallen. Am 20.9.1941 schrieb die Reichsschrifttumskammer Guido Höller:

„Die Kammer führt Sie bisher als Mitglied in der Voraussetzung, daß eine Tätigkeit als Berufsschriftsteller vorliegt. Diese Voraussetzung dürfte nicht mehr vorliegen, nachdem die Einnahmen der letzten Jahre eine Tätigkeit geringfügigen Umfangs erweisen bzw. nebenberuflicher Art vermuten lassen.“²⁹

Höller antwortete darauf postwendend: „Berufsschriftsteller bin ich niemals in dem Sinne gewesen, daß ich mir durch meine literarischen Arbeiten hätte den Lebensunterhalt erwerben müssen. Ich war also zu keiner Zeit freier Schriftsteller. Auf Anforderung der RSK vom 1.10.1936 übergab ich ihr auch den gewünschten ausführlichen Lebenslauf, in welchem ich meine Lebenszustände und meine schriftstellerische Entwicklung offen darstellte; ich war damals schon pensionierter Rektor. Die angekündigte Entlassung aus der Reichsschrifttumskammer aber kommt mir ungelegen. Wenn ich auch meine Buchmanuskripte den Verlegern in der Regel gegen eine einmalige Entschädigung abtrat, so beziehe ich doch auch jährlich laufende Erträge aus meinem Schrifttum. Außerdem produziere ich noch und möchte weiter Gelegenheit haben, meine Arbeiten, vor allem das germanische Schicksalsdrama – das wesentlich vom griechischen und christlichen-romantischen Schick-

salsdrama unterschieden ist – und daß ich bereits überhalb fertig gestellt habe, zur Veröffentlichung anbieten zu können.“³⁰

Es nützte nichts. Am 8.10.1941 erhielt Guido Höller den Bescheid: „Aus den hier vorliegenden Unterlagen habe ich ersehen, daß Sie nicht als Berufsschriftsteller im Sinne meiner amtlichen Bekanntmachung Nummer 88 tätig sind. Damit entfällt die Voraussetzung, Sie weiterhin als Mitglied meiner Kammer zu führen. Ich habe Sie daher mit sofortiger Wirkung aus der Mitgliedschaft entlassen und bemerke dazu ausdrücklich, daß die Entlassung weder mit einer Wertung Ihres schriftstellerischen Schaffens zusammenhängt, noch eine Unterbindung dieser Tätigkeit bedeutet; sie erfolgt vielmehr in Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen, die zur organisatorischen Abgrenzung des Berufsstandes erlassen worden sind.“³¹

Am 14.10.1941 gab Guido Höller seinen Ausweis zurück, nicht ohne sein Unverständnis über diese Regelung zu formulieren: „Damit bin ich außerhalb des Kreises der Literarisch-Schaffenden gestellt und in der freien Beweglichkeit, meine schriftstellerischen Arbeiten zu nützen, beträchtlich beschränkt worden.“³²

Im Unterschied zu früheren Zeiten blieb Höller in seiner Korrespondenz moderat und nicht aufbrausend. Am 23.11.1941 schrieb er:

„Ich hatte es bisher als Vorzug empfunden, daß ich in amtlicher Stellung nicht um Lohn und Brot zu schreiben brauchte, sondern allein aus innerem Antrieb, da die wirtschaftliche Not des freien Schriftstellers, die schon Walther von der Vogelweide als äußerst drückend erschienen war, zu einer maßlosen Vielschreiberei und Überflutung des Büchermarktes geführt hat; bin freilich nun belehrt worden, daß die Anerkennung als Schriftsteller von Zahl und Umfang der jährlichen Veröffentlichungen abhängig gemacht worden ist. Das wird meiner Meinung nach zur Ausmerzung der Mittelschicht zwischen der kleinen Gruppe der schöpferischen und der gewaltigen Gruppe der nur aufnehmenden Volksgenossen führen, die bekanntlich schon durch die wirtschaftliche Not des deutsch-völkischen Interregnums stark gelichtet wurde.“³³

Am 19.3.1944 wandte sich Guido Höller noch einmal an den Präsidenten der Reichsschrifttumskammer, Hanns Johst:

„Auf Ihre Anordnung habe ich im Herbst 1941 aus der Reichsschrifttumskammer ausscheiden müssen, freilich unter der nachdrücklichen Zusicherung, daß dadurch die Möglichkeit veröffentlichen zu können, in keiner Weise berührt werde; ich müsse mir nur rechtzeitig einen Befreiungsschein für meine Arbeiten verschaffen. Aber als ich daraufhin für drei meiner Dichtungen: für die gerade beendigte germanische Schicksalstragödie ‚Der Schildunge Heil‘, für das Treuespiel ‚Gudrun‘ und für das groteske Totentanzepos ‚Die Sesselblütigen‘ diese Scheine beantragte, wurden sie mir mit der Begründung verweigert, ich müsse erst den Nachweis erbringen, daß die Verleger das Papier für deren Druck bereit stellten – wurde mir also

die praktische Lösung auf den Kopf gestellt, indem ich ein Ergebnis erzielen sollte, ohne die notwendige Voraussetzung dafür in Händen zu haben. So hatte ich zwar das nominelle Recht drucken zu lassen; doch in Wirklichkeit waren mir alle Pforten in die Öffentlichkeit versperrt.“³⁴

Höller hatte also die Kriegszeit genutzt, produktiv zu sein. Nun folgte er also dem Wunsch, seine Werke auch zu veröffentlichen, zu einem Zeitpunkt, wo es schon andere Sorgen gab:

„Die Reichsschrifttumskammer hat mich zwar zu meinem 70. Geburtstag am 19. Dezember 1941 beglückwünscht, aber sie ist zu spät gekommen und hat in den stiebenden Wind gesprochen. Wenn ich von meiner aufgestauten Saat noch ein wenig ernten soll, wird es höchste Zeit für mich. Ich bitte darum um eine allgemeine Lizenz, daß ich das mir zustehende Recht, zu veröffentlichen, auch ungehemmt ausüben kann.“³⁵

Aber gegen Ende der NS-Herrschaft gab es kein großes Interesse, Höllers Werke zu veröffentlichen. Bald musste er sich darauf konzentrieren, Schriftsätze für den Entnazifizierungsausschuss zu produzieren, was er dann ausgiebig tat. Jetzt ging es um sein Ruhegehalt.

Wie nun argumentierte Guido Höller nach 1945?

Als er 1934 in den Ruhestand versetzt werden sollte, hatte er an die Landesunterrichtsbehörde noch geschrieben: „Als alter Kämpfer für die nationalsozialistische Bewegung fühle ich mich in meiner Ehre schwer gekränkt, daß ich aufgrund des Paragraphen 6 zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den Ruhestand versetzt worden bin.“³⁶

Jetzt wurde der Schriftsteller Guido Höller wieder zum umfangreichen „Schriftsatersteller“. Zur Frage 21 im Entnazifizierungsfragebogen: „Haben Sie sich öffentlich oder nicht öffentlich von der Kirche gelöst?“, schrieb Höller: „Ja, wegen der unduldsamen Wortgläubigkeit der protestantischen Orthodoxie und des ungläubigen Rationalismus des protestantischen Liberalismus.“³⁷

Über seine Konflikte mit der Gesellschaft der Freunde berichtete er, bei seinem Vortrag 1925 zum Thema: „„Schulreform auf anthroposophischer Grundlage“ stieß ich auf so viel Unverstand und Gehässigkeit, daß ich unter Protest die Arbeitsversammlung verließ und im Verlaufe der Mißhelligkeiten aus dem Lehrerverein austrat.“³⁸

Erwähnt hatte ich schon, dass seine unbezahlte Mitarbeit beim nationalsozialistischen „Hamburger Tageblatt“ endete, als Schriftleiter Albert Krebs in Ungnade fiel.³⁹

Die Lebensgeschichte Guido Höllers dokumentiert Zerwürfnisse, wo immer er sich engagierte.⁴⁰

In seinen ausführlichen Anmerkungen zum Entnazifizierungsfragebogen beschrieb er, jetzt passenderweise, seine Annäherung an die SPD nach der Novemberrevolution:

„Ich war Theaterreferent für das Hamburger Echo, das auch Novellen von mir veröffentlichte, und habe das ganze Elend des damaligen Schrifttums durchkostet: die Entmündigung der deutschen Sprache bis zum Dadaismus hinunter und die Schändung alles dessen, was dem deutschen Volk durch Sage und Geschichte heilig geworden: Familie, Ehe und Liebe, Vaterland, Heldentum und menschliche Größe, Religion, Gesittung und Scham, gab aber im Sommer 1919, als meine Stellung aussichtsreicher werden konnte, dieselbe auf, wegen Meinungsverschiedenheiten über das dramatische Schaffen. Ich wurde vom Schulsenator mit hamburgischen Parteigrößen in sein Heidehaus geladen, konnte mich aber, als ich die Verbürgerlichung und Täglichsierung ihres Lebens vor Augen hatte, nicht entschließen, in die sozialdemokratische Partei einzutreten, vor allem auch grundsätzlich nicht wegen Ausbleibens der sozialen Gerechtigkeit, wegen der gottlosen Bewegung und des historischen Materialismus.“⁴¹

Und, natürlich: „Ich überwarf mich auch mit dem Schulsenator wegen der zerstörenden Atomisierung des Schulbetriebs und der Beibehaltung des hohen, nur auf Gnadenwege zu erlassenden Schulgelds für die höheren Schulen, und wurde daher auch nicht Schulrat, obgleich die Schulbehörde zweimal dazu einen Anlauf unternahm.“⁴²

In seinen Anmerkungen beschrieb Höller auch alle seine Konflikte mit der Reichsschrifttumskammer. Aber auch, dass er permanent aktiv war und immer wieder Aufträge übernahm – die freilich selten zufriedenstellend für ihn endeten.

Das Entnazifizierungsverfahren konnte für Guido Höller nicht erfolgreich ausgehen. Schlecht für ihn, dass er dabei mit Kurt Zeidler zu tun bekam, einem profunden Kenner der Hamburger Schul- und Kulturgeschichte.⁴³ Zeidler schrieb für den Fachausschuss daraufhin, dass „es der Fachausschuss für angebracht hält, die Frage zu prüfen, ob dem Rektor i. R. das Ruhegehalt belassen bzw. in voller Höhe belassen bleiben kann. Herr Höller hat sich nach Auffassung einiger Mitglieder des Fachausschusses in den ersten Jahren des Nationalsozialismus als lauter Nationalsozialist gebärdet und im Schulwesen nicht ganz wenig Unheil angerichtet.“⁴⁵

Der Entnazifizierungsausschuss hatte sich am 19.3.1947 in seltener Deutlichkeit geäußert:

„Herr Höller war Pg. 32 (Ortsgruppenkulturwart 33/35) SA 35–39, NSV 34, NSLB 31 (Ortsstellenleiter 34), Schrifttumskammer 36, VDA 37 (Kreisstellenleiter 38), ferner Kreisstellenleiter im Schrifttumsamt Rosenberg. Seine Belastung ist sowohl durch die frühe Parteimitgliedschaft wie die Vielzahl seiner teilweise bedeu-

tenden Ämter sehr schwer. Er führt aus, dass er in den späteren Jahren Differenzen mit dem Nationalsozialismus gehabt habe. Seine eigenen Ausführungen lassen aber erkennen, dass diese Differenzen vor allem darauf zurückzuführen waren, dass die Partei ihn seiner Meinung nach nicht genügend beachtete und seine Ämter seinem Ehrgeiz nicht genügten. Seine eigenen Ausführungen beweisen ferner, dass er auch vor 1933 alles andere eher als ein Demokrat gewesen ist. Seine Persönlichkeit bietet nicht die geringste Gewähr für eine Mitarbeit im demokratischen Sinne.⁴⁴⁶

Der Beratende Ausschuss am 14.12.1947 hatte beschlossen, Höller höchstens das Ruhegehalt eines Volksschullehrers zu belassen. Daraufhin wurde Kurt Zeidler für den Fachausschuss am 9.4.1948 noch einmal schärfer:

„Guido Höller war 1933 einer der lautesten und radikalsten Streiter für den Nationalsozialismus in der Hamburger Lehrerschaft. Daß er sich bei seiner rechthaberischen und streitsüchtigen Natur bald mit seinen Gesinnungsgenossen überwarf und von ihnen beiseite geschoben wurde, ist nicht zu verwundern, entlastet ihn aber politisch nicht im geringsten. Als die Oberschulbehörde ihm 1933 vor der NS-Machtübernahme, wie es damals üblich war, eine Anerkennungsurkunde des Senats für 40-jährige Dienste als Beamter überreichen wollte, verbat er sich diese Ehrung in einer unverschämten Form, die erkennen ließ, daß der Nazi Morgenluft witterte und seine Zeit für gekommen hielt. Mit den berüchtigten Oetje, Teichert und von der Lieth bildete Guido Höller das Kernstück des radikalen Flügels im NS-Lehrerbund und war einer der übelsten Inspiratoren der verhängnisvollen und hetzerischen Schul- und Personalpolitik des NS-Lehrerbundes in den ersten Monaten nach der NS-Machtergreifung. Durch seinen hysterischen NS-Radikalismus hat Höller damals die Lehrerschaft tief beunruhigt, in seinen Vorträgen die ‚Umwertung aller Werte‘ verkündet und mit dem Hochgenuß des geborenen ‚Radikalinski‘ die Menschen an allen traditionellen Werten irre gemacht. Wenn der Fachausschuß 6b diesem höchst gefährlichen Nazi jetzt 50 % seines Ruhegehaltes streicht, so ist das eine Maßnahme, die eher wegen ihrer fast ungewöhnlichen Milde zu kritisieren wäre als wegen ungerechtfertigter Härte. Der Fachausschuß hat sich zu dieser großzügigen Regelung auch lediglich im Hinblick auf das hohe Alter des Höller entschlossen. Eine Abschwächung dieser Maßnahme in irgend einer Form muß er sich allerdings mit allem Nachdruck widersetzen. Auch die erbetene Ausfertigung eines Unbedenklichkeitsnachweises für schriftstellerische Tätigkeit kommt für einen Mann nicht infrage, der nach eigenem, keineswegs übertriebenen Eingeständnis alle nur irgend erdenklichen ‚Ismen‘ durchprobiert und öffentlich mit der ihm eigenen Lautheit und fanatischen Unbedingtheit verkündet und vertreten hat.⁴⁴⁷

Höller nahm sich einen Rechtsanwalt und dieser, Werner Neuhäuser, beantragte am 12.2.1951, die Kürzung der Pensionsbezüge auf die Hälfte aufzuheben,

die vom Berufungsausschuss am 15.12.1948 festgesetzt worden war unter Vorsitz des milden Dr. Kiesselbach, der extra betont hatte: „Trotz seines Alters trat er weiter 1935 der SA bei; wie er erklärt, um für den Fall eines Krieges und etwaiger Unruhen Dienst tun zu können.“

Und: „Höller steht im 77. Lebensjahr. Wenn er jünger wäre, hätte er mit seiner Entlassung aus dem Dienst rechnen müssen.“⁴⁸

Die Entscheidung des Berufungsausschusses lautete, sich auf eine gekürzte Pension um ein Viertel zu beschränken. So beschloss dann der Leitende Ausschuss am 27.2.1952, wobei das Rektorengelalt dabei zu Grunde gelegt wurde.⁴⁹

Was die Mitglieder der Entnazifizierungsausschüsse sicherlich auch aufgeregt hatte, war die Unverfrorenheit, mit der sich Höller bei dieser Lebensgeschichte als „Opfer“ des Nationalsozialismus darstellte, „als ein älteres (1.8.1932), und politisches, den kulturellen Parteianschauungen widerstrebendes und in seinen Lebensrechten stark geschädigtes Mitglied der NSDAP, damit ich wieder wie vor 1933 veröffentlichen könnte, worin mich die Parteileitung durch alle Jahre ihrer Macht verhinderte.“⁵⁰

Die Dreistigkeit Höllers wurde auch deutlich, als er sich parallel zum Entnazifizierungsverfahren am 11.4.1948 an die Wiedergutmachungsstelle Hamburgs wandte und tatsächlich behauptete:

„In der Partei galt ich von der Machtübernahme an als verfehmtes Mitglied, das seine Zugehörigkeit zur SPD verschweigen wollte, da ich eine Reihe von Jahren mit dem späteren Schulsenator Emil Krause befreundet und als Theaterreferent und Buchkritiker am Hamburger Echo tätig gewesen war.“⁵¹

An anderer Stelle in früherer Zeit hatte er noch seine Streitigkeiten mit Emil Krause angeführt.

Guido Höller starb am 11.6.1953.

Seine Witwe Toni Höller, 1875 geborene Paulsen, starb am 4.7.1970.⁵²

Anmerkungen

- 1 Ausführlicher Lebenslauf Höllers in seiner Akte der Reichskulturkammer/Reichsschrifttumskammer, BArch, RK B 0078, Bl. 1728
- 2 Ebd.
- 3 Ebd.
- 4 Laut Personalakte Höller, StA HH, 361-3_A 957.
- 5 Siehe auch die Biografien Willi Schulz und Albert Mansfeld, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 99ff. und S. 118ff.
- 6 Hildegard Milberg: Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft. Die politischen und sozialen Aspekte der Schulreform in Hamburg 1890–1935, Hamburg 1970, S. 371. Siehe auch: de Lorent 2016, NS-Personalpolitik im Hamburger Bildungswesen, insbesondere S. 35ff.
- 7 Personalakte Höller, a. a. O.
- 8 Personalakte a. a. O.

- 9 Berlin Document Center (BDC), OPG I 83_Bl. 0934. Siehe auch die Biografie Hans Rösch, in: de Lorent 2016, S. 768ff.
- 10 Berlin Document Center (BDC), OPG I 83_Bl. 0918. Siehe auch die Biografie Heinrich Hehn in diesem Buch.
- 11 Berlin Document Center (BDC), OPG I 83_Bl. 0906
- 12 Berlin Document Center (BDC), OPG I 83_Bl. 0906, Bl. 0908, Bl. 0910. Die Liste ist von mir leicht gekürzt worden.
- 13 Berlin Document Center (BDC), OPG I 83_Bl. 0910
- 14 HLZ 20/1933, S. 287.
- 15 HLZ 20/1933, S. 286f.
- 16 Berlin Document Center (BDC), OPG I 83_Bl. 0910
- 17 Entnazifizierungsakte Höller, StA HH, 221-11_Misc 7249
- 18 Laut ausführlichem Lebenslauf, S. 3, Akte Reichskulturkammer, BArch a. a. O.
- 19 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 20 Ausführlicher Lebenslauf, BArch a. a. O.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd.
- 23 Siehe Biografie Heinrich Haselmayer, in: de Lorent 2016, S. 621ff.
- 24 Ausführlicher Lebenslauf, BArch a. a. O.
- 25 Ebd.
- 26 Ebd.
- 27 Ebd.
- 28 BArch. RK Bl. 0078. Siehe auch die Biografie Bruno Peyn, in de Lorent 2016, S. 480ff. Siehe auch die Biografie Heinrich Hehn in diesem Buch.
- 29 Ebd.
- 30 Ebd.
- 31 Schreiben vom 23.9.1941, ebd.
- 32 Ebd.
- 33 Ebd.
- 34 Ebd.
- 35 Ebd.
- 36 Schreiben vom 28.3.1934, in: Personalakte a. a. O.
- 37 Im ausführlichen Fragebogen, ausgefüllt am 26.9.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 38 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 39 Nötige Anmerkungen zum Fragebogen, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 40 Ebd.
- 41 Ebd.
- 42 Ebd.
- 43 Siehe das Kapitel: Die unvollendete Entnazifizierung, in: de Lorent 2016, S. 38ff.
- 44 Schreiben von Guido Höller vom 6.3.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 45 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 46 Ebd.
- 47 Ebd.
- 48 Entscheidung des Berufungsausschusses vom 15.12.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 49 Ebd.
- 50 Schreiben von Guido Höller vom 6.3.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 51 Schreiben vom 11.4.1948, in: StA HH, 351-11_1746
- 52 Personalakte a. a. O.

Elwin Kludas

„Viele Hilfsschüler sind so triebgebunden, daß sie auch ohne besondere Beschulung eine Familie gründen.“

Elwin Kludas gehört zu der Gruppe der aktiven Nationalsozialisten in Hamburg, die ihre Karriere im Hamburger Schulwesen ihren NS-Mitgliedschaften und hervorgehobenen Aktivitäten verdanken. Er wurde 1933 mit 31 Jahren Schulleiter und später kommissarischer Schulrat, war in der NS-Zeit im NSLB verantwortlich für die Hilfsschulen.

Nach dem Krieg kam er in das Internierungslager Eselheide, wurde vom Spruchgericht Bielefeld als NS-Aktivist verurteilt und war 1954 in Hamburg schon wieder Schulleiter einer Hilfsschule. Er hatte wichtige Fürsprecher, die seine Menschlichkeit hervorhoben. Er ist aber auch ein Beispiel dafür, wie die Entnazifizierungsverfahren nicht nur in Hamburg ad absurdum geführt wurden.

Elwin Kludas wurde am 28.8.1902 in Hamburg geboren. Nach dem Besuch der Volksschule meldeten seine Eltern ihn im April 1918 an der städtischen Präparandenanstalt in Bad Oldesloe an. Zwei Jahre später wechselte er in das Lehrerseminar Uetersen, wo er am 2.3.1923 die 1. Lehrerprüfung bestand. Elwin Kludas hatte als im Jahr 1902 Geborener das Glück, nicht zum Kriegsdienst eingezogen worden zu sein. Andererseits bekam er nach dem erfolgreich absolvierten Lehrerseminar keine feste Anstellung. Das Los vieler seiner Lehrergeneration. Er gab Privatstunden und fand dann Beschäftigung an der privaten Vorschule für Knaben von Olga Schmidt, Eilenau 44.¹

1928 erhielt Elwin Kludas eine Anstellung als Hilfslehrer an der Öffentlichen Hilfsschule Bramfelder Straße 49.

Nachdem er dort auch das 2. Staatsexamen bestanden hatte, setzte sich Schulleiter Oskar Heuer in einem Schreiben an Schulrat Gustav Schmidt für die Feststellung von Kludas ein, verbunden mit der Gewährung der Hilfsschullehrerzulage. Kludas hätte „nach Ansicht des Kollegiums seine Eignung als Hilfsschullehrer in Unterricht und Erziehung bewiesen“.²

Schulrat Gustav Schmidt befürwortete dies, „nach meiner Kenntnis der Arbeit des Herrn Kludas“.³

Am 30.10.1930 wurde Elwin Kludas planmäßiger Lehrer im Hamburger Schuldienst. Unterschrift unter der Anstellungsurkunde: Schulsenator Emil Krause.⁴

Drei Jahre später hatten sich die Vorzeichen verändert. Kludas war, 31-jährig, zum 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten sowie in den NSLB.⁵

Senator Karl Witt setzte ihn als Schulleiter an der Hilfsschule Bramfelder Straße 49 ein, der bisherige Schulleiter Oskar Heuer, der Kludas gefördert hatte, verblieb als einfacher Lehrer im Kollegium.⁶

Ein Jahr später bat Kludas die Schulverwaltung um Sonderurlaub für die Teilnahme am Reichsparteitag in Nürnberg für sich und Oskar Heuer, der später, nach Auflösung des Standortes Bramfelder Straße 49, als Kludas am neuen Standort Käthnerkamp 8, Schulleiter wurde, an dieser Schule als Stellvertreter fungierte.⁷ Elwin Kludas machte Karriere im NSLB. Er war Kreisamtsleiter seit dem 1.10.1934, leitete die Fachgruppe Hilfsschulen im NSLB seit dem 13.12.1935 und gehörte auch dem Korps der politischen Leiter seit dem 1.10.1934 an.⁸ Kludas besuchte die Gauführerschule in Hamburg vom 14.1. bis zum 9.2.1935 und erhielt auch Sonderurlaub für den Staatsbesuch von Hermann Göring in Hamburg am 6.12.1935.⁹ Kludas war rührig unterwegs. Als NSLB-Kreisamtsleiter wurde er zu überregionalen Arbeitstagen gerufen.¹⁰ Zur Gründungsfeier des NSLB bekam er mit sieben anderen Schulleitern nach Bayreuth eine Einladung¹¹, zu Lehrgängen des Gauschulungsamtes, am staatlichen Sozialpädagogischen Institut unterrichtete er in Nebentätigkeit in Heilpädagogik.¹² Ein kleiner Schatten fiel auf den Pädagogen Kludas durch ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hamburg, nachdem der Reichsautobahnbauarbeiter Friedrich Wilhelm Wiegmann eine Anzeige erstattet hatte:

„Mein Sohn Emil besucht die Hilfsschule in der Bramfelder Straße, Klasse 5 b, wurde heute um 8 Uhr von dem Lehrer B. dermaßen mit dem Rohrstock über das Gesäß geschlagen, daß hiervon zwei blutunterlaufende Striemen vorhanden sind. Der Grund der Körperverletzung ist angeblich darin zu suchen, daß mein Sohn keinen Bleistift hatte. Gegen den Lehrer B. stelle ich Strafantrag wegen leichter Körperverletzung zum Nachteil meines Sohnes Emil Wiegmann.“¹³

Bei der weiteren Untersuchung stellte sich heraus, dass der Junge von Schulleiter Elwin Kludas bestraft worden war. Kludas erklärte dazu: „Der Knabe Emil Wiegmann wurde am 12.6.1937 von mir mit zwei Stockschlägen bestraft. Der Junge kam fast täglich zu spät, so auch am 12.6.1937. Als er in der Klasse von seiner Lehrerin gescholten wurde, erklärte er, bereits von Herrn B. bestraft worden zu sein. Eine sofort eingeleitete Untersuchung ergab, daß E. Wiegmann gelogen hatte. Darauf erhielt er von mir die oben angegebene Strafe.“¹⁴ Das Verfahren wurde eingestellt. Prügeln und körperliche Züchtigung gehörten damals zum Repertoire der „Pädagogik“, oder, wie der Oberstaatsanwalt feststellte, die Ermittlung habe „keine Anhaltspunkte für eine etwaige Überschreitung des Züchtigungsrechts ergeben“.¹⁵

Als aktiver Nationalsozialist und Funktionär des NSLB hatte Elwin Kludas engen Kontakt zu NSLB-Gauamtswalter Willi Schulz, gleichzeitig Landesschulrat,

Hamburger Lehrerzeitung

Wochenchrift des Nationalsozialistischen Lehrerbundes Gau Hamburg

15. Jahrgang

Hamburg, Sonnabend, den 18. April 1936

Nummer 14

Die Hilfsschule im Dritten Reich

Von E. Kludas

Der Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus auf allen Gebieten völkischen Lebens erfasst auch Schule und Erziehung. Künftig wird es nur noch eine Schule und eine Erziehung geben, die durchdrungen sind vom Übergenut des Nationalsozialismus. Da der Nationalsozialismus eine Weltanschauung ist, wird die Schule des Dritten Reiches eine Weltanschauungsschule sein mit dem Bildungsziel: Erziehung des deutschen Menschen. So erstreckt die Einheitsschule, und zwar die völkische Einheitsschule, und verwirklicht einen alten Wunsch der Lehrerschaft. Man würde den Begriff der völkischen Einheitsschule mißverstehen, sähe man in ihr eine Erziehungsanstalt, die sich schematisierend über naturgegebene Anlagen hinwegsetzt. Der rassenbiologisch begründete Nationalsozialismus kann gar nicht anders, als der naturgegebenen Gliederung unseres Volkes in Minder-, Mittel-, Gut- und Hochbegabte in der Gliederung seines Schulwesens Rechnung zu tragen. Er wird die verschiedenen Schulstufen durch ein Ausleseverfahren organisch verbinden und die Einheit des Bildungszieles streng wahren, insofern als die weltanschaulichen Grundlagen der Erziehung überall dieselben sind und sie sich nur in verschiedener Höhe und Fülle entsprechend den vorhandenen Anlagen entfalten sollen; so also nicht: Allen das Gleiche, sondern jedem das Seine!

Deshalb kann der nationalsozialistische Staat der Hilfsschule die Daseinsberechtigung nicht abschöpfen, und er wird sie bestehen lassen, solange die Notwendigkeit ihrer Erhaltung vorliegt. Weit verbreitet ist der Gedanke, und durchaus ernst zu nehmende Strömungen haben lange Zeit die Ansicht vertreten, daß für die Hilfsschule im Dritten Reich kein Platz mehr sei. Sie begründen ihre Ansicht zur Hauptsache mit folgenden Dornwäulen und Einwänden, die sie gegen die Hilfsschule erheben:

1. Ein Hilfsschüler wird dem Volk doppelt so teuer wie ein Normalchüler. Es ist richtiger, das für Hilfsschüler auszugebende Geld den gesunden Kindern und den überfüllten Volksschulklassen zuzuwenden.
2. Die Arbeit in den Hilfsschulen und somit das aufgewandte Geld sind unnütz verthan, weil doch nichts erreicht wird.
3. Wird aber der Hilfsschüler erwerbsfähig, so nimmt er dem Gesunden, Normalen die Arbeitsstätte, und
4. gibt man ihm so die Möglichkeit zur Familiengründung und zur Zeugung weiterer minderwertiger Nachkommenschaft.

Sehen wir uns einmal mit diesen Argumenten auseinander. Ich glaube, daß gerade anhand dieser Angriffe auf die Hilfsschule die Notwendigkeit ihres Bestehens zwingend bewiesen werden kann. Zum ersten: Die Hilfsschule wird so teuer und bürdet unserem Volk eine zu hohe finanzielle Last auf. Demgegenüber stelle ich jetzt: Die Hilfsschule ist nicht für die Hilfsschüler allein da, sondern ebensosehr für das Volk. Sie stellt ein Sicherungsorgan des Volkes dar. Es ist einmal so, daß ein Teil der deutschen Jugend körperlich-geistlich abnorm veranlagt oder in seiner Entwicklung gehemmt ist. Man mag dies noch so sehr behauern; die Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen. Es wird auch in der Zukunft immer, wenn auch die eugenischen Maßnahmen die Zahl herabsetzen werden, berartige Menschenkinder geben (durch äußere Ursachen erworbener Schwachsinns, wie Verletzungen durch Zangen-geburten, Unfälle, infektiöse Kinderkrankheiten, Syphtilis usw.).

Diese gefährdeten Kinder zu noch brauchbaren Gliedern der Volksgemeinschaft zu machen, ist Aufgabe der Hilfsschule. In den Volksschulen ist der größte Teil dieser Kinder nicht zu bilden; denn die Volksschule eines hochentwickelten Volkes muß eine gewisse Leistungshöhe halten, die aber von einer Anzahl durchaus noch bildungsfähiger Kinder nicht erreicht werden kann. Nun darf aber kein Volk, das sich seiner Verantwortung seinen Gliedern gegenüber bewußt ist, einen Teil in Stumpfheit verkommen und ohne Willenszucht aufwachsen lassen. Diese Menschen würden zu Schöllingen ihres Volkes werden, sich von Verbrechern mißleiten und mißbrauchen lassen, selbst zu Verbrechern und Sittenverberhern werden, die dem Staat sehr viel teurer würden als eine ihre Sonderveranlagungen entsprechende Erziehungseinrichtung, eben die Hilfsschule. Es trifft also nicht ein, daß die durch Schließung der Hilfsschulen eingesparrten Gelder der Volksschule und ihren überfüllten Klassen zuzuflehen könnten. Zudem besteht gerade bei Überfüllung der Volksschule mehr denn je eine sachliche Notwendigkeit zur Erhaltung der Hilfsschule. Hinzu kommt, daß es unverantwortlich den Begabten und Führernaturen gegenüber, die doch zweifellos in der Volksschule zu finden sind, wäre, hemmte man deren Entwicklung durch den Beßatz, den Anomale und Entwicklungsgehemmte in einer solchen Gemeinschaft bilden. — Zum andern wird behauptet, daß der Erfolg der Hilfsschularbeit nicht im Verhältnis zu dem aufgewendeten Geld steht. Es ist erwiesen, daß 75 v. H. der Hilfsschüler berufsähig werden, daß 75 v. H. noch wertvolle Glieder unseres Volkes darstellen, daß 75 v. H. mindestens für die eigene Person die öffentliche Wohlfahrt nicht zu belasten brauchen, daß 75 v. H. im Wehr- und Werkzeuge der Nation ein wichtiges Glied bilden, wenn ihnen eine entsprechende Erziehung zuteil wird. Daß diese nur durch die Hilfsschule geleistet werden kann und muß, erhärtet daraus, daß, da diesen Kindern jede Eignung zum Führer von Grund aus fehlt, jede auf Führertum ausgerichtete Erziehung — und das muß in der Volksschule geschehen — Fehlerziehung bedeutet und volksgefährdende Verblöbung ergibt. Damit hat die Hilfsschule eine nationale Aufgabe zu erfüllen von nicht zu unterschätzender Bedeutung: Einen gefolterstüchtigen Volksgenossen heranzubilden, der unter geeigneter Führung im Vaterlande seinen Mann steht. Den Vorwurf, die Hilfsschularbeit wäre doch vergeblich, kann ich mir nur dann erklären, wenn man der Hilfsschule jene armen bildungsunfähigen, schwerstschwachsinntigen Geschöpfe aus das Debetkonto schreibt, die gar nicht in die Hilfsschule gehören, aber der Kosten wegen und weil sie harmlos erscheinen, nicht in eine Anstalt gestellt werden. Die Hilfsschule danach zu beurteilen, ist entschieden zurückzuweisen; beurteilt man doch auch die Arbeit einer Volksschule nicht nach jenen Schülern, die dort bleiben mußten, weil in dem Bezirk eine Hilfsschuleinrichtung fehlte. — Wenn weiter gesagt wird, daß der durch Hilfsschulbesuchung berufsähig gemordene Hilfsschüler den Gesunden den Arbeitsplatz nehme, so ist zu erwidern, daß der Hilfsschüler vorwiegend für einfache Arbeiten geeignet ist, die der Volksschüler möglichst meidet, die aber auch getan werden müssen. Im übrigen kann dieser Einwand nur im heute noch herrschenden Mangel an Arbeitslosigkeit vorgebracht werden. Bei normalen Verhältnissen kam

und dessen Stellvertreter, Albert Mansfeld, der als Oberschulrat auch für die Hilfsschulen zuständig war. Da gingen Einvernehmen und Förderung Hand in Hand. Kludas veröffentlichte auch im Organ des NSLB, der HLZ unterm Hakenkreuz. Am 18.4.1936 platzierte die Redaktion den Aufsatz von Elwin Kludas auf der Titelseite: „Die Hilfsschule im Dritten Reich.“ Da Kludas hier auch als NSLB-Verantwortlicher für die Schule schrieb und seine Grundhaltung damit deutlich machte, sollen seine Ausführungen etwas genauer beleuchtet werden. Hier äußerte sich ein überzeugter Nationalsozialist:

„Der Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus auf allen Gebieten völkischen Lebens erfaßt auch Schule und Erziehung. Künftig wird es nur noch eine Schule und eine Erziehung geben, die durchdrungen sind vom Ideengut des Nationalsozialismus. Da der Nationalsozialismus eine Weltanschauung ist, wird die Schule des Dritten Reiches eine Weltanschauungsschule sein mit dem Bildungsziel: Erziehung des deutschen Menschen. So entsteht die Einheitsschule, und zwar die völkische Einheitsschule, und verwirklicht einen alten Wunsch der Lehrerschaft. Man würde den Begriff der völkischen Einheitsschule mißverstehen, sähe man in ihr eine Erziehungsanstalt, die sich schematisierend über naturgegebene Anlagen hinwegsetzt. Der rassenbiologisch begründete Nationalsozialismus kann gar nicht anders, als der naturgegebenen Gliederung unseres Volkes in Minder-, Mittel-, Gut- und Hochbegabe in der Gliederung seines Schulwesens Rechnung zu tragen. Er wird die verschiedenen Schulgattungen durch ein Ausleseverfahren organisch verbinden und die Einheit des Bildungszieles streng wahren, insofern als die weltanschaulichen Grundlagen der Erziehung überall dieselben sind und sie sich nur in verschiedener Höhe und Fülle entsprechend den vorhandenen Anlagen entfalten sollen; so also nicht: Allen das Gleiche, sondern jedem das Seine!“¹⁶ Schon makaber, in diesem Zusammenhang, die Losung an den Toren der Konzentrationslager, so wie in Buchenwald, auch auf Schüler bezogen zu lesen.

Kludas meinte, eine Lanze für die Notwendigkeit des Bestandes von Hilfsschulen zu brechen und erwähnte dabei auch die Argumente der Gegner:

„Deshalb kann der nationalsozialistische Staat der Hilfsschule die Daseinsberechtigung nicht absprechen, und er wird sie bestehen lassen, solange die Notwendigkeit ihrer Erhaltung vorliegt. Weit verbreitet ist der Gedanke, und durchaus ernst zu nehmende Strömungen haben lange Zeit die Ansicht vertreten, daß für die Schule im Dritten Reich kein Platz mehr sei. Sie begründen ihre Ansicht zur Hauptsache mit folgenden Vorwürfen und Einwänden, die sie gegen die Hilfsschule erheben:

1. Ein Hilfsschüler wird dem Volk doppelt so teuer wie ein Normalschüler. Es ist richtiger, das für Hilfsschüler auszugebende Geld den gesunden Kindern und den überfüllten Volksschulklassen zuzuwenden.

2. Die Arbeit in den Hilfsschulen und somit das aufgewandte Geld sind unnütz vertan, weil doch nichts erreicht wird.

3. Wird aber der Hilfsschüler erwerbsfähig, so nimmt er dem Gesunden, Normalen die Arbeitsstätte, und

4. gibt man ihm so die Möglichkeit zur Familiengründung und zur Zeugung weiterer minderwertiger Nachkommenschaft.“¹⁷

Kludas argumentierte: „Es wird auch in der Zukunft immer, wenn auch die eugenischen Maßnahmen die Zahl herabsetzen werden, derartige Menschenkinder geben (durch äußere Ursachen erworbener Schwachsinn, wie Verletzungen durch Zangengeburt, Unfälle, infektiöse Kinderkrankheiten, Syphilis usw.). Diese gefährdeten Kinder zu noch brauchbaren Gliedern der Volksgemeinschaft zu machen ist Aufgabe der Hilfsschule. In den Volksschulen ist der größte Teil dieser Kinder nicht zu bilden; denn die Volksschule eines hoch entwickelten Volkes muß eine gewisse Leistungshöhe halten, die aber von einer Anzahl durchaus noch bildungsfähiger Kinder nicht erreicht werden kann. Nun darf aber kein Volk, das sich seiner Verantwortung seinen Gliedern gegenüber bewußt ist, einen Teil in Stumpfheit verkommen und ohne Willenszucht aufwachsen lassen. Diese Menschen würden zu Schädlingen ihres Volkes werden, sich von Verbrechern mißleiten und mißbrauchen lassen, selbst zu Verbrechern und Sittenverderbern werden, die dem Staat sehr viel teurer würden als eine ihren Sonderveranlagungen entsprechende Erziehungseinrichtung, eben die Hilfsschule. Es trifft also nicht ein, daß die durch Schließung der Hilfsschulen eingesparten Gelder der Volksschule und ihren überfüllten Klassen zufließen könnten. Zudem besteht gerade bei Überfüllung der Volksschule mehr denn je eine sachliche Notwendigkeit zur Erhaltung der Hilfsschule. Hinzu kommt, daß es unverantwortlich den Begabten und Führernaturen gegenüber, die doch zweifellos in der Volksschule zu finden sind, wäre, hemmte man deren Entwicklung durch den Ballast, den Anormale und Entwicklungsgehemmte in einer solchen Gemeinschaft bilden.“¹⁸

Konsequenz nach Kludas: „Damit hat die Schule eine nationale Aufgabe zu erfüllen von nicht zu unterschätzender Bedeutung: Einen gefolgstüchtigen Volksgenossen heranzubilden, der unter geeigneter Führung im Vaterlande seinen Mann steht.“¹⁹

Auf welch dünnen Eis sich die Diskussion um die Schulen und eine bestimmte Schülerschaft in diesen Zeiten nationalsozialistischer Ideologie bewegte, wurde bei Kludas immer wieder deutlich, wobei anzuerkennen ist, dass er zumindest zum Teil Gegenpositionen entwickelte, wenngleich er pädagogisch und ideologisch nationalsozialistisch eingewoben war: „Der Vorwurf, daß die Hilfsschule kontraselektorisierend wirke, indem sie ihren Schülern die Möglichkeit zur Familiengründung gibt,

ist nur dann haltbar, wenn man von den bevölkerungspolitischen und eugenischen Maßnahmen der nationalsozialistischen Staatsführung absehen will. Es ist dabei weiter zu bedenken, daß viele Hilfsschüler so triebgebunden sind, daß sie auch ohne besondere Beschulung eine Familie gründen, vor allem aber Nachkommen zeugen würde; daß aber Hinwendung zu fester Arbeit und geregelter Lebensführung eher die Zügelung eines hemmungslosen Geschlechtstriebes ermöglicht und daß nicht zuletzt eine ganze Anzahl von Hilfsschülern keine Schädigung ihrer Erbmasse aufweist. (Nach Gütt, Rüdin, Ruttke sind rund zwei Drittel der Fälle von Schwachsinn erbbedingt, also ein Drittel erworben.)²⁰

Mit welchen Fragen sich die Schule und ihre Pädagogen in diesen Zeiten auseinandersetzen, wird im Weiteren deutlich: „Es gibt da nur dreierlei: Vernichtung, Asylierung oder besondere Erziehung. Wohl ist das erste Mittel das bequemste. Das zweite ist das kostspieligste. Für unser sittliches Empfinden ist der Vernichtungskampf gegen die fehlveranlagten Volksgenossen nur tragbar, wenn er sich lediglich gegen die Ungezeugten wendet.“²¹

Und: „Die Hilfsschule ist mehr als jede andere Erziehungseinrichtung berufen, dem Erbgesundheitsgericht bei seinen verantwortungsschweren Entscheidungen Hilfen zu leisten, bzw. an ihnen mitzuarbeiten; haben wir doch in ihr das erste große Sammelbecken all derjenigen, die von den eugenischen Maßnahmen des Staates betroffen werden. Um mit der letzten Äußerung nicht mißverstanden zu werden, sei aber ausdrücklich betont, daß auf keinen Fall jeder Hilfsschüler nun unter das Sterilisationsgesetz fällt, sondern ‚daß selbstverständlich von Fall zu Fall entschieden werden muß, um die wirklich erbgefährlichen Fälle zu erkennen‘. (Schreiben des Gesundheitsamtes Hamburg, das den Leitungen der Hilfsschulen durch die Landesunterrichtsbehörde zugeleitet wurde.)

Es darf nicht mehr vorkommen, daß zu sterilisierende Schwachsinnige sich dem ärztlichen Zugriff entziehen können infolge Nichterkennens des Schwachsinnigen.“²² Der Grat war schmal, auf dem Elwin Kludas und die Schulen in der NS-Zeit sich bewegten.

Durch die Hilfsschulen sollten also die Volksschulen entlastet werden. Laut Kludas gab es dafür folgende Maxime: „Es muß unbedingt gefordert werden, daß Schwachsinnige schweren Grades, bei denen alle Bildungsarbeit erfolglos bleiben muß, sowie Epileptiker mit lang anhaltenden schweren Anfällen nicht in die Schule aufgenommen werden.

Schüler mit schweren Charakterfehlern sind im Rahmen der Volksschule als schuluntüchtig anzusprechen. Es sind hier die Kinder gemeint, die Energie und Antrieb so sehr vermissen lassen, daß jegliche Einwirkung der Schule erfolglos erscheint. Hierher gehören auch jene Schüler, die durch Fehlen jeden Gemein-

schaftssinnes die Bildung von Klassen- und Arbeitsgemeinschaften und somit die Unterrichts- und Erziehungsarbeit gefährden. Ihre Aussonderung hat mit alleiniger Rücksicht auf die Volksschule zu erfolgen. Der Übergang in die Hilfsschule ist zu jeder Zeit möglich. Endlich sind alle Kinder in die Schule aufzunehmen, die durch ungünstige Umwelteinflüsse (Verwahrlosung, schlechte Beeinflussung durch die Eltern, Fehlen jeglicher Hilfe) schulisch so in Rückstand geraten und voraussichtlich bleiben, daß sie in der Volksschule immer Ballast darstellen. Ihre Aufnahme soll gleichfalls möglichst frühzeitig erfolgen.“²³

Elwin Kludas wurde am 27.11.1940 für den Kriegsdienst „uk“ gestellt und zum 1.10.1941 als Schulleiter an die Volksschule Brackdamm 14–16 versetzt, am 17.2.1942 dann sogar mit der stellvertretenden Wahrnehmung einer Schulratsstelle betraut.

Am 12.5.1942 heiratete Elwin Kludas und bekam mit seiner Frau in der Folge drei Kinder. Vom 25.2.1943 bis zum 7.5.1945 gab es keinen Grund mehr, Kludas Uk-Stellung aufrechtzuerhalten. Kludas wurde zum Kriegsdienst eingezogen, als Sanitätsunteroffizier in einem Feldlazarett in Russland.²⁴

Nach dem Krieg entließ Senator Landahl Kludas am 21.2.1946 im Namen der britischen Militärregierung. Er wurde verhaftet und in Eselheide zwei Jahre lang interniert. Am 6.2.1948 erfolgte das Spruchkammergerichtsurteil in Bielefeld. Kludas wurde zu vier Monaten Gefängnis wegen Zugehörigkeit zum Korps politischer Leiter verurteilt. Durch die Internierungszeit war die Haft abgegolten.²⁵

Das Entnazifizierungsverfahren begann bedingt durch Elwin Kludas Internierungshaft erst 1948, zu einem Zeitpunkt also, der für Kludas günstig war. Die britische Militärregierung war nicht mehr involviert und die deutschen Ausschussmitglieder gehörten nicht mehr zur ersten Reihe der gut Informierten. Und Kludas konnte hilfreiche Leumundszeugen aufbieten. Zum einen Oberschulrat Fritz Köhne, der sich nahezu für alle verwendete, die darum baten.²⁶ Großes Gewicht hatte ein Schreiben von Schulrat Gustav Schmidt, dass dieser bei seinem erzwungenen Abgang 1942²⁷ an Elwin Kludas schickte.

Gustav Schmidt, der schon 1930 als Schulrat die Festanstellung von Kludas befürwortet hatte, bedankte sich für die Zusammenarbeit bei Kludas am 4.6.1942. Vorher hatte er mit Kludas neun Jahre dienstlichen engen Kontakt gehabt, als dieser Schulleiter in Schmidts Schulkreis gewesen war. Und die letzten drei Monate in der Schulbehörde in der Dammtorstraße hatte Kludas als Schmidts Schulratskollege gearbeitet. Gustav Schmidt schrieb: „Leider traf ich Sie gestern und heute nicht in der Schulverwaltung an; darum muss ich schriftlich von Ihnen Abschied nehmen. Ich scheidet nur schweren Herzens von meinen Kollegen in der Dammtorstraße und in Barmbek. Sie werden wissen, wie sehr ich mit meinem Herzen an der Volksschule hänge. Aber ich war es mir schuldig, eine solche Behandlung mit einem Ausschei-

den aus dem Dienst zu beantworten. Ihnen möchte ich danken für die Jahre des gemeinsamen Arbeitens in Barmbek, hatte ich bei Ihnen doch immer das Gefühl, dass ich bei Ihnen meine sachlichen Sorgen frei und offen besprechen konnte; obwohl Sie parteilich gebunden sind, habe ich immer gefunden, dass Sie sich den klaren Blick für die Schule und ihre Notwendigkeiten bewahrt hatten. Darin waren wir uns einig. Es geht also auch ohne dass alle der gleichen Partei angehören. Ich möchte Ihnen wünschen, dass Sie in der Schulverwaltung noch einmal den Aufstieg des Schulwesens miterleben können, mir ist es nicht vergönnt gewesen. Hoffentlich dauert es nicht allzu lange mehr. Dann werden Sie Arbeit genug finden und Freude am Tun und Schaffen dazu. Ich wünsche Ihnen die Gesundheit und die Kraft dazu. Für mich bitte ich um ein gutes Gedenken von Ihrer Seite. – Ich bleibe mit den besten Wünschen für Sie mit Heil Hitler! Ihr gez. G. Schmidt²⁸

Dieses Schreiben hatte ausschlaggebende Bedeutung für die Wiedereinstellung von Elwin Kludas. Der Fachausschuss für die Entnazifizierung hatte diese auch befürwortet: „Herr Elwin Kludas ist als politischer Leiter in Gruppe IV eingestuft worden. Er ist Pg. seit dem 1.5.1933. Als Hilfsschullehrer wurde er Kreiswalter und Fachgruppenleiter für Hilfsschulen im NSLB. Dadurch kam er in Beziehung mit dem damaligen Landesschulrat Schulz, der ihn zum Hauptschulrektor ernannte und später mit der stellvertretenden Wahrnehmung der Schulratsgeschäfte betraute.

Nach dem Zeugnis von Herrn Oberschulrat Köhne und von Herrn Schulrat Schmidt hat er in diesen Ämtern politisch Andersdenkenden niemals Schwierigkeiten gemacht, kann also nicht als Aktivist bezeichnet werden. Als Vertreter der Hilfsschulen ist es ihm gelungen, trotz des Widerstandes maßgebender Parteistellen mehrfach Milderungen von Maßnahmen gegen die Hilfsschüler durchzusetzen, was für seine menschliche und pädagogisch vernünftige Einstellung zeugt. Nach seiner Entlassung aus dem Internierungslager war Kludas als Arbeiter in einer Ölfabrik beschäftigt, z. Zt. ist er aus gesundheitlichen Gründen freigestellt.

Der Ausschuss ist der Meinung, daß nunmehr gegen eine Ausübung des Lehrberufes Bedenken nicht mehr bestehen und schlägt vor, Elwin Kludas als Hilfsschullehrer wieder einzustellen.“²⁹ Und der Berufungsausschuss stufte ihn am 18.6.1948 in Kategorie IV ein, mit „der Maßgabe, daß Kludas als Hilfsschullehrer wieder beschäftigt werde“. Die Begründung zeigte, dass dieser Ausschuss nicht wirklich über alle NS-Aktivitäten von Elwin Kludas informiert war oder diese ausblendete: „Kludas ist Pg. vom 1.5.1933 und seit diesem Jahre auch Mitglied des Lehrerbundes, in dem er Ortsobmann und Kreiswalter wurde. In letzterer Eigenschaft hat er nur schulische Belange verfolgt ohne jemals propagandistisch für die NS tätig geworden zu sein. Die eingereichten Zeugnisse, insbesondere aber der Brief des Rektors Schmidt vom 4.6.1942, werfen auf seine Sinnesart ein sehr günstiges Licht. Da er

weiterhin einerseits zwei Jahre interniert war, andererseits aber doch unter dem NS-Regime Rektor wurde, ist er als Hilfsschullehrer zurückgestuft, aber ohne vorheriges Angestelltenverhältnis zur alsbaldigen Wiedereinstellung zugelassen, und zwar unter Einstufung in Gruppe IV.³⁰

Kludas hatte eine knappe Stellungnahme abgegeben an den Berufungsausschuss, er verzichtete auf einen Rechtsanwalt. Er bagatellierte seine Aktivitäten: „Über meine frühere politische Betätigung möchte ich in diesem Zusammenhang folgendes ausführen: Der NSDAP trat ich am 1.5.1933 bei. Als an mich die Aufforderung zur Mitarbeit, der ich mich als Beamter damals nicht entziehen zu dürfen glaubte, erging, zog ich es vor, in meiner Fachorganisation, dem NSLB, ein Amt zu übernehmen. Nach Eingliederung der angeschlossenen Verbände in die Organisation der Partei wurde ich als Kreiswalter des Lehrerbundes zum Leiter des Kreisamtes für Erzieher in der damaligen Kreisleitung 4 bestellt. In diesem Amt habe ich nach besten Kräften versucht, die Belange von Schule und Lehrerschaft zu vertreten. Meine Hauptaufgaben sah ich darin, der Diffamierung der Lehrerschaft entgegenzuwirken und die Schule vor Übergriffen insbesondere von Seiten der HJ zu schützen. Amtskollegen, die mit ihren Sorgen zu mir kamen, versuchte ich zu helfen. So konnte ich den ehemaligen Kreisleiter Morisse bewegen, für einen fähigen und fleißigen Lehrer, der wegen seiner Zugehörigkeit zu einer Freimaurerloge nicht festangestellt werden konnte, einzutreten und seine Festanstellung zu erwirken.“³¹

Und zu seiner Arbeit als NSLB-Hilfsschulfachgruppenleiter schrieb er: „Einem mir sehr am Herzen liegenden Teil der Volksschule, der Hilfsschule, konnte ich durch meine Arbeit als Fachgruppenleiter besonders dienen. Manche Härte und Not, von der die Schüler der Hilfsschule betroffen wurden, konnte beseitigt oder gemildert werden. Es gelang, in der Frage der Sterilisation zu einer vernünftigen Handhabung des Gesetzes zu kommen. Die ablehnende Haltung von staatlichen und Parteidienststellen zur Hilfsschule und -schülern wurde in weitgehendem Maße überwunden. Für den Einsatz von Hilfsschülern in Lehrstellen wurde trotz größter Schwierigkeiten der Weg freigemacht.“³²

Schon am 19.8.1948 war Kludas wieder im Schuldienst in der Hilfsschule Paulstraße in Altona. Im März 1949 wurde Kludas vom Hauptschulrektor besoldungsmäßig zurückgestuft zum Schullehrer, wie Senator Landahl ihm am 28.3.1949 mitteilte.³³

Fünf Jahre später stand in der Niederschrift der Schulratskonferenz der Schulbehörde vom 30.4.1954: „OSR Jürgens hat den Hilfsschullehrer Kludas als kommissarischen Leiter der Schule in Lohbrügge in Aussicht genommen, bittet aber, gegebenenfalls auch andere geeignete Hilfsschullehrer vorzuschlagen. Es wird kein weiterer Vorschlag gemacht. Die Konferenz erhebt keine Bedenken gegen Kludas.“³⁴

Ernst wurde dieser Plan vierzehn Tage später mit einem Vermerk von Oberschulrat Franz Jürgens: „Die Schulleiterstelle der Hilfsschule in Hamburg-Lohbrügge, Binnenfeldredder, ist durch die Pensionierung des Rektors Otto Klein zum 1.4.1954 freigeworden. Nach Rücksprache mit den Vertretern des Kollegiums schlage ich vor, den Hilfsschullehrer Elwin Kludas, geboren 28.8.1902, als Leiter der Schule einzusetzen. Es handelt sich um eine kleine Hilfsschule mit sechs Lehrkräften. Von diesen Lehrkräften sind drei 57, 60 und 64 Jahre alt. Sie kommen schon wegen ihres vorgerückten Lebensalters für die Übernahme der Schulleitung nicht in Frage. Zwei weitere Lehrkräfte scheiden wegen mangelnder Eignung als etwaige Nachfolger in der Schulleitung aus. Herr Kludas ist unter den sechs Hilfsschullehrern der einzige, der als Schulleiter überhaupt geeignet ist. Er hat sich als Hilfsschullehrer bewährt, ist ein tüchtiger Organisator und geschickt in der Menschenbehandlung. Er wird von Eltern und von seinen Kollegen in gleicher Weise geschätzt.

Herr Kludas hat sich allerdings zwischen 1933 und 1945 maßgeblich in der Arbeit des NSLB beteiligt. Er ist damals im NSLB Leiter eines Kreises und m. W. Leiter der Hilfsschullehrer-Fachschaft in Hamburg gewesen. Trotzdem hat die Schulkonferenz gegen die Übernahme der Schulleitung durch Herrn Kludas keinen Einspruch erhoben. Mir sind keine Tatsachen bekannt geworden, die darauf schließen lassen, dass Herr Kludas sich heute noch in einem politisch bedenklichen Sinne betätigte. Er hat sich auch nicht vorgedrängt und sich nicht selbst als Nachfolger der Schulleitung empfohlen. Vielmehr hat er sich, solange er nach dem Kriege in meinem Schulkreis als Hilfsschullehrer tätig ist, taktvoll zurückgehalten. Ich glaube daher, dass bei der Beurteilung des Herrn Kludas der Tatsache seiner fachlichen Eignung gegenüber etwaigen politischen Bedenken wegen seines Verhaltens in der nationalsozialistischen Zeit der Vorrang gegeben werden darf, und bitte zu erwirken, dass Herr Kludas mit der kommissarischen Leitung der Schule in Lohbrügge beauftragt wird.“³⁵

Fritz Köhne und Gustav Schmidt waren nicht mehr in der Hamburger Schulbehörde. Schulsenator Prof. Hans Wenke und Personalreferent Dr. Hans Reimers unterstützten diese Argumentation und stimmten der Ernennung Kludas zum kommissarischen Schulleiter zu. Wenke und Reimers waren beide selbst NS-belastet.³⁶

Nach einem Jahr hatte sich Elwin Kludas wieder als Schulleiter bewährt und wurde endgültig ernannt. Begründung: „Der Lehrer Elwin Kludas wurde zu Beginn des vergangenen Schuljahres mit der kommissarischen Leitung der Hilfsschule Lohbrügge beauftragt. Er hat die in ihn gesetzten Erwartungen als Leiter der Schule erfüllt. Das Gutachten, das ich anlässlich seiner kommissarischen Beauftragung erstattete, halte ich vollinhaltlich aufrecht. Herr Kludas kennt sich in Theorie und Praxis der Hilfsschularbeit gut aus. Er ist ein tüchtiger Schulpraktiker. Die Erfolge seiner

Unterrichts- und Erziehungsarbeit sind gut. Er hat bei früherer Gelegenheit von der Schulbehörde den Auftrag erhalten, die künftigen Jugendleiterinnen in das Gebiet der Heilpädagogik einzuführen. Aus dieser Tatsache mag ersehen werden, dass das berufliche Interesse und der Gesichtskreis des Herrn Kludas über den engeren Rahmen der eigenen Schule hinausreichen. Herr Kludas ist auch ein guter Organisator. Er hat mich bei der Neueinrichtung seiner Schule gut beraten und unterstützt. Er ist geschickt in der Menschenbehandlung. Bei der oft nicht einfachen Beratung der Eltern, deren Kinder der Hilfsschule zugewiesen werden, verhält er sich geschickt und versteht es, das Vertrauen der Eltern zu gewinnen.“³⁷

1967, kurz vor Kludas 65-jährigem Geburtstag, beantragte Schulrat Paul Wobbe die Dienstzeitverlängerung von Elwin Kludas bis zum 31.3.1968: „Herr Kludas besitzt eine ausgesprochen hervorragende persönliche Vitalität und Schaffenskraft und hat sich auf dem Gebiete des Sonderschulwesens (Hi) besonders bewährt. Seine speziellen Kenntnisse von den beiden Schulkreisen Bergedorf/Lohbrügge und Vier- und Marschlande lassen es geboten erscheinen, Herrn Kludas so lange im Dienste zu belassen, daß er die vorbereitenden Arbeiten für die Osterorganisationen 1968 leisten und abschließen kann. Im Kollegium der Sonderschule Leuschnerstraße ist kein geeigneter Nachfolger zu erkennen, und einem in den Schulkreisen 60 und 61 Fremden würde es fast unmöglich sein, diese besonders schwierige Aufgabe zu lösen.“³⁸ Zum 31.3.1968 wurde Kludas dann pensioniert. Bis Sommer 1968 beschloss die Schulbehörde für ihn noch einen Lehrauftrag mit 18 Wochenstunden an seiner bisherigen Schule.

Am 18.7.1968 starb Elwin Kludas dann überraschend bei einem Spaziergang mit seiner Frau in der Lüneburger Heide, wie sein ehemaliger Schüler, Hasso Schumacher, mir mitteilte.³⁹ Hasso Schumacher ergänzte das Bild vom Lehrer und Schulleiter Elwin Kludas aus seiner ehemaligen Schülerperspektive:

„Nun bekamen wir Herrn Kludas als Klassenlehrer, einen ‚Edelnazi‘, für den würden wir durch Feuer gegangen sein. Ich kann mich nicht erinnern, ihn je in einer Uniform gesehen zu haben, auch drangsalierte er uns überhaupt nicht mit Nazigeschichten, Appellen usw. Aber Herr Kludas machte dann Karriere, wurde erst Schulleiter, dann Schulrat und meldete sich schließlich freiwillig zum Wehrdienst. Ein schwerer Fehler, wie er später bei einem Heimaturlaub von der Ostfront bekannte, als er uns 1943 im KLV-Lager in Kubitzen/Böhmen besuchte. Und er ließ keinen Zweifel daran, dass der Krieg für Deutschland ein böses Ende nehmen wird – das ahnte ohnehin schon jeder von uns, aber sein Vertrauen uns gegenüber und seine Offenheit ließ uns doch ziemlich erschrecken.“⁴⁰

Elwin Kludas – offenbar ein Pädagoge mit verschiedenen Gesichtern.

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte Kludas, StA HH, 361-3_A 2874
- 2 Schreiben vom 21.2.1930, Personalakte a. a. O.
- 3 Ebd.
- 4 Personalakte a. a. O.
- 5 Entnazifizierungsakte Kludas StA HH, 221-11_Ed 9930
- 6 Lehrerverzeichnis 1935/36, bearbeitet vom NSLB Hamburg, S. 116.
- 7 Lehrerverzeichnis 1938/39, S. 182.
- 8 Entnazifizierungsakte Kludas a. a. O.
- 9 Personalakte a. a. O.
- 10 So am 13.3.1936 und am 8.1.1938, Personalakte a. a. O.
- 11 Gründungsfeier des NSLB am 3.4.1939; Schulungsleiterlehrgang im Juni 1939, Personalakte a. a. O.
- 12 Personalakte a. a. O.
- 13 Auszug aus der Akte der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hamburg vom 12.6.1937, Personalakte a. a. O.
- 14 Erklärung Kludas vom 16.7.1937, Personalakte a. a. O.
- 15 Schreiben vom 19.8.1937, Personalakte a. a. O.
- 16 Elwin Kludas: Die Hilfsschule im Dritten Reich, HLZ 14/1936, S. 145.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Elwin Kludas: Die Hilfsschule im Dritten Reich, HLZ 14/1936, S. 146.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd.
- 23 Ebd. und S. 147. Vgl. dazu auch die Beiträge in: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent: „Die Fahne hoch“. Schule und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986; insbesondere: Heike Joost: Die Grundlagen der NS-Schulpolitik in Bezug auf die Sonderschulen, S. 214ff.; Britta Brunhöver: Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses und seine Vermittlung im Unterricht, S. 70ff.; Stefan Romey: „Unheilbar und nicht mehr arbeitsfähig“, S. 256ff.
- 24 Personalakte a. a. O.
- 25 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 26 Siehe Hans- Peter de Lorent: Täterprofile, Bd. 1, Hamburg 2016, S. 38ff.
- 27 Siehe de Lorent 2016, S. 170ff.
- 28 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 29 Schreiben vom 4.5.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 30 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Schreiben von Elwin Kludas vom 23.2.1948 an den Berufungsausschuss, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 32 Ebd.
- 33 Personalakte a. a. O.
- 34 Ebd.
- 35 Ebd.
- 36 Siehe die Biografien Wenke und Reimers in diesem Buch.
- 37 Franz Jürgens in einem Vermerk vom 21.5.1955, Personalakte a. a. O.
- 38 Schreiben von SR Paul Wobbe vom 12.5.1967, Personalakte a. a. O.
- 39 Laut Personalakte a. a. O. Hasso Schumacher, geboren 1928 in Hamburg, schrieb mir eine ausführliche Mail am 21.4.2016.
- 40 Hasso Schumacher in seiner Mail vom 21.4.2016. Ich hatte mit Herrn Schumacher einen regen Austausch und verdanke ihm einige Hinweise, die das Bild von Elwin Kludas ergänzten.

Paul Löden

„Er ist gewiss besten Glaubens gewesen, als er im Jahre 1932 in die NSDAP eintrat.“

Paul Löden war der Klassenlehrer von Uwe Storjohann an der Bismarck-Oberrealschule in der Bogenstraße in Eimsbüttel. Durch die von Storjohann veröffentlichten Erinnerungen an seine Kinder- und Jugendzeit wurde bekannt, wie Löden als Lehrer agierte und als Nationalsozialist und SA-Mann an der Pogromnacht am 9. November 1938 beteiligt war. Nach sechsjährigem Kriegsdienst und einer einjährigen Kriegsgefangenschaft kam Löden nach Hamburg zurück. Persönliche Schicksalsschläge in seiner Familie führten zu wohlwollenden Leumundszeugnissen, so dass er nach ungewöhnlich kurzer Zeit wieder eingestellt wurde. Wie so manch anderer NS-Belasteter machte er nach 1945 dann noch einmal einen Karriereschritt.

Paul Löden wurde am 11.5.1906 in Hamburg geboren. Sein Vater war Hausmeister der Oberrealschule in der Bogenstraße, später Bismarck-Oberrealschule. Löden besuchte die Volksschule, danach von 1914 bis 1925 die Oberrealschule an der Bogenstraße, in der er mit seinen Eltern auch wohnte. Nach dem Abitur am 11.2.1925 studierte er in Freiburg und seit 1927 in Hamburg Geschichte, Deutsch, Englisch und Turnen. Die Turnlehrerprüfung bestand er 1927 in Freiburg, am 26.3.1930 promovierte er, sein Dissertationsthema: „Zur Vorgeschichte und Geschichte der preußischen Grundrechte. Ein Beitrag zur preußischen Verfassungsgeschichte.“¹

Anschließend legte Paul Löden die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen mit „gut“ ab.

1926 hatte Paul Löden an der Oberrealschule an der Bogenstraße mit besonderer Erlaubnis der Oberschulbehörde Turnunterricht erteilt. Oberstudiendirektor Karl Züge bescheinigte ihm erfolgreiche Arbeit:

„Herr Löden hat sich dieser Aufgabe in allen Klassenstufen mit großem Eifer hingegeben. Er hat es verstanden, sich stets sofort durch seine Persönlichkeit durchzusetzen und durch sein Vorbild die Klassen mit fortzureißen. Ganz besonders zu erwähnen ist der frische Zug, den Herr Löden in den Turn- wie in den Spielbetrieb hinein brachte, wodurch er auch innerlich den Schülern schnell nahtet. Die Schule kann ihm das Zeugnis ausstellen, daß er alle ihm anvertrauten Aufgaben mit großem Geschick, ernster Berufsfreude und gutem Erfolg löste.“²

Vom 1.4.1932 bis zum 23.8.1933 absolvierte Löden den Vorbereitungsdienst, zuerst an der Lichtwarkschule und anschließend an der Oberrealschule auf der

Uhlenhorst. An der Lichtwarkschule, einer der ausgewiesenen Reformschulen in Hamburg, hatte Paul Löden offenbar keine wirklichen Erfolgserlebnisse gehabt, wie aus dem Bericht des für die Lehramtsanwärter zuständigen Studienrats, Friedrich Kauffmann, von Schulleiter Heinrich Landahl gegengezeichnet, hervorging:

„Herr Löden war während des Sommerhalbjahres unserer Schule überwiesen. Er konnte nicht immer und nicht regelmäßig an den Besprechungen des Seminars teilnehmen, weil er in ungewöhnlichem Ausmaß durch Vertretungen in Anspruch genommen war. Er zeigte dann eine gewisse Zurückhaltung, die ihn hinderte, über einen Gegenstand sich zu äußern, mit dem er innerlich noch nicht fertig war. Bei privaten Unterhaltungen war jedoch festzustellen, daß er unterrichtlichen und erzieherischen Fragen lange nachging, und ich vermute, daß er ein starkes Interesse an allen Fragen des Schullebens hat, nicht minder an den Problemen, die sich aus der Entwicklung des öffentlichen Lebens unserer Zeit für den Aufgabenkreis der Schule ergeben.

Was nun die praktische Arbeit des Herrn Löden angeht, so handelte es sich für ihn um eine Aufgabe, die zu schwer war und wohl für jeden anderen zu schwer gewesen wäre. Er mußte notgedrungen den ganzen kulturkundlichen Unterricht in der Obersekunda übernehmen. Die Schüler waren also in dem Alter, in dem sie besonders schwer ein inneres Verhältnis zu einem neuen Lehrer gewinnen. Für einen Anfänger im Lehramt mußte sich diese Schwierigkeit besonders stark auswirken. Es muß auch in Rechnung gesetzt werden, daß die fragliche, nur mäßig begabte Klasse ohnehin dem Lehrer schwierige Aufgaben stellte. Dies vorausgeschickt, muß die Tätigkeit des Herrn Löden durchaus anerkannt werden. Mit unermüdlichem Fleiß hat er immer wieder seine Aufgabe zu lösen unternommen. Hätte er den Beistand und die Führung gehabt, die sonst einem Anfänger im Lehramt nicht vorenthalten bleiben, so würde er Gutes geleistet haben.“³

Dennoch bestand Paul Löden die pädagogische Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen und somit das zweite Staatsexamen am 8.3.1932 mit „gut“.⁴ Anschließend war Löden Vertretungslehrer im privaten Schulbereich, zuerst bei der Schulgemeinschaft auf Gut Marienau und danach an der Wahnschaff-Schule, bis er am 24.8.1933 als wissenschaftlicher Hilfslehrer an der Bismarck-Oberrealschule beschäftigt wurde, zum 1.4.1934 als Studienassessor.⁵

Über die Unterrichtsarbeit von Paul Löden hat Uwe Storjohann in seinem Erinnerungsbuch „Hauptsache: Überleben“ berichtet. Storjohann, dessen Schulerlebnisse an der Jahnschule ich in dem ersten Band der „Täterprofile“ schon an verschiedenen Stellen zitiert habe⁶, beschrieb in einem Gespräch, das ich mit ihm am 21.6.2012 führte, wie sich Löden seiner fünften Klasse als Klassenlehrer vorstellte:

„Als Löden an die Bismarck-Oberrealschule kam und sich in der 1. Stunde der neuen Klasse vorstellte, schrieb er an die Tafel ‚Dr. Löden‘, nicht etwa ‚Herr Löden‘.

Dazu ließ er uns Schüler wissen: ‚Herr Löden, das ist der von unten. Dr. Löden, das bin ich, und er unterstrich dabei seine Dokortitelabkürzung.“⁷ Diese Abgrenzung Lödens von seinem Vater, dem Hausmeister in der Souterrainwohnung der Schule, hatte Uwe Storjohann auch 80 Jahre später nicht vergessen.

Paul Löden war im September 1932 in die NSDAP eingetreten, im November 1933 wurde er SA-Mann und als Rottenführer⁸ aktiv.

In seinen Erinnerungen beschrieb Uwe Storjohann den Morgen am 10. November 1938, dem Tag nach dem Pogrom an den deutschen Juden:

„Ich bin an diesem Tag einer von vielen tausend willigen Statisten, ein Kind, das mitläuft in der großen Masse, nach Wunsch und Willen seiner Regisseure. Das Drehbuch schreibt mir meine Aufgabe vor. Am Morgen, in der Bismarck-Oberrealschule, muß ich mich mit 28 anderen Knaben der Quarta dem Volkszorn an die Seite stellen. Wir tun es mit Befriedigung, denn eigentlich war für die Stunde englische Grammatik vorgesehen. Unser Klassenlehrer Dr. Löden, erprobt im Umgang mit den Feinden unseres Deutschtums, ist der Stichwortgeber. Er trägt die Spuren des nächtlichen Einsatzes noch auf Gesicht und Uniform. Gerötete Augenlider, Bartstoppeln, verschwitzte Mensurnarbe, Mundgeruch, die sonst stets frisch und sorgsam geglätteten Haare flüchtig aus der Stirn gekämmt, das braune SA-Trupführerhemd zerknittert und mit Ruß befleckt. Woher die Spuren stammen, können wir uns denken. Es hat sich herumgesprochen, was in der Nacht passiert ist. Doch niemand stellt Fragen. Wir kennen Dr. Löden. In einer ernsten Stunde wie dieser ist es nicht angebracht, mit eigenem Heldentum zu protzen. Er liest uns einen vorbereiteten Text vor, den wir später auch in der Zeitung nachlesen können. ‚Nach Bekanntwerden des Ablebens des durch feige jüdische Mörderhand niedergestreckten deutschen Diplomaten Parteigenossen vom Rath haben sich im ganzen Reich spontane Anti-Judenkundgebungen entwickelt. (...) Ausdruck des heiligen Zorns, der Empörung und der Verachtung für das meuchelmörderische Pack war es, wenn die Menge dabei die Fensterscheiben der großen jüdischen Geschäfte in der Innenstadt zertrümmerte, deren Besitzer noch immer in satter Behaglichkeit in Deutschland leben. Jahrelang ist ihnen kein Härchen gekrümmt worden. Nun hat das Volk in spontaner, einmütiger Erhebung gegen die ungebetenen Fremdlinge gezeigt, daß die Zeit der Warnungen vorbei ist ...“⁹

Paul Löden profilierte sich neben der Schule auch auf anderem Gebiet. Als die Hamburger Volkshochschule unter ihrem neuen Leiter, Heinrich Haselmayer¹⁰, im Sommersemester 1933 Kurse für Lehrer durchführte, „die speziell auf den neuen Geschichtsunterricht zugeschnitten waren“¹¹, referierte Paul Löden zum Thema „Verfassung und Revolution in der deutschen Geschichte“. Er befand sich dabei in prominenter Gesellschaft von Nationalsozialisten, die ab 1933 im Schulbereich Kar-

riere machten. So etwa die beiden ehemaligen Studienräte der Bismarck-Oberrealschule, der neue OSR Walter Behne („Geschichte des 19. Jahrhunderts und Fichtes Reden an die deutsche Nation“) sowie Bruno Peyn, ab 1933 Oberstudiendirektor („Das Niederdeutsche und seine Literatur“), dann der neue OSR Theodor Mühle („Die sozialen Triebkräfte in der Bildung der menschlichen Persönlichkeiten und ihre biologischen Grundlagen“), der spätere Leiter der Gauführerschule und OSR Albert Henze („Die Aufgabe der deutschen Kolonialpolitik“), sowie Hans Rösch („Irrlehren des Marxismus“). Alle Personen sind im ersten Band der „Täterprofile“ ausführlich porträtiert worden.¹²

Lödens Auftreten in diesem Kontext, sowie seine frühe Parteimitgliedschaft vor 1933 hätten erwarten lassen, dass auch er im Schulbereich Karriere machen würde. Nun war er im Sommer 1933 erst 27 Jahre alt und gerade in den hamburgischen Schuldienst eingetreten. Am 12.11.1938 wurde er erst einmal zum Studienrat befördert. Ein weiterer Karriereschritt wäre möglicherweise erfolgt, wäre Paul Löden nicht am 28.8.1939 zum Kriegsdienst eingezogen worden.¹³ Löden hatte 1937 und 1938 mehrmonatige militärische Übungen absolviert, so dass er während seiner Militärzeit zum Oberschirrmeister befördert worden war.¹⁴

Noch arbeitete Paul Löden an der Bismarck-Oberrealschule als Lehrer von Uwe Storzjohann, der einiges über Löden zu berichten hatte, so etwa vom Sportunterricht, über den der damalige Oberstudiendirektor Karl Züge¹⁵ urteilte: „Ganz besonders zu erwähnen ist der frische Zug, den Herr Löden in den Turn- wie in den Spielbetrieb hineinbrachte, wodurch er auch innerlich den Schülern nahtet.“¹⁶

Das Nahetreten im erlittenen Sportunterricht sah bei Uwe Storzjohann so aus:

„Ich klebte mit schweißnassen Händen an den Ringen, unfähig, mich hochzustemmen und dem Vorturner Kurti Brandt die ‚Schwalbe‘ nachzuturnen. Neben mir Dr. Löden: ‚Reiß dich gefälligst zusammen, Mensch! Du schlotterst ja vor Schiß! Das gibt's doch gar nicht! Nimm den Hintern hoch!‘ In sein pausbäckiges Gesicht steigt drohend und gefährlich Zornesröte, über die eingekerbten Überkreuzmensuren in die frische Rasur. ‚Seht ihn euch an, den feigen Lahmarsch!‘

Ich schwanke hilflos auf dem Hochreck. Unter mir Gesichter, ich bilde mir ein, daß sie nur auf mein Versagen lauern. Die Bauchwelle ist angesagt. Dr. Löden greift ein, drückt meinen Kopf nach unten und dreht mich mit einem Ruck um die Reckstange herum. Mir wird schwarz vor Augen, in den Ohren saust es. ‚Fallen lassen‘, hämmert es in meinem Kopf. ‚Laß dich fallen! Vielleicht hast du Glück, brichst dir Arm und Beine und brauchst dann in den nächsten Wochen nicht mehr mitzuturnen. Laß dich fallen!‘ Die nassen Hände rutschen von der Stange. Ich in die Tiefe, ein Strom der Erleichterung geht durch den Körper – und noch im selben Augenblick das bittere Gefühl einer zermalnten Hoffnung. Nichts ist gebrochen, weder Arm

noch Beine. Dr. Löden und Kurt Brand, der unten Hilfestellung gibt, haben mich gemeinsam aufgefangen. Kein Aussichtsschimmer auf ein Ende des Martyriums, nur wieder Schimpf und Schande. Da capo für den ‚feigen Lahmarsch‘. Ich empfinde Scham, Verzweiflung, Minderwertigkeit. Gibt es eine schlimmere Demütigung für einen deutschen Sextaner, als vor versammelter Klasse von seinem Lehrer, der als SA-Truppführer höchstes Ansehen genießt, derart abgekanzelt, erniedrigt zu werden? Ich erwarte inständig die Pausenglocke, das Ende der Folterstunde.“¹⁷



Straffe Haltung von Sportlehrer Löden vor dem Schullandheim 1938

Die Bismarck-Oberrealschule verfügte über ein Schullandheim in Wenningstedt auf Sylt, das von den Schulklassen regelmäßig besucht wurde. Nicht immer zur Freude von Uwe Storjohann:

„Daß ich in diese Schule gehe, verdanke ich meinem Vater: ‚Weil du dann jeden Sommer drei Wochen mit der Klasse nach Sylt fahren kannst.‘ Er hat es gut gemeint. Nichts wirkt stimulierender auf Geist und Körper heranwachsender Knaben als Sylter Nordseeluft, nichts zwischen Belt und Alpen, was diesem Prickelklima gleichkäme. Es reizt die Sinne und den Drang, sich zu entfalten. Aber eben das paßt leider nicht in jedermanns Erziehungskonzept. Unser Klassenlehrer Dr. Löden mißtraut der sinnlichen Entfaltung vorpubertärer Oberrealschüler. Drei Jahre lang setzte er Zwang, Drill, harte Zucht dagegen. Sogar zum Baden in die Brandung geht’s militärisch straff in geschlossener Formation. Jeder Schritt ist überwacht. Ob zum Strand, zum Sportplatz, zum Geländespiel, zum Ausflug in die Dünen, wird in Reih und Glied marschiert. ‚Im Gleichschritt marsch! Ein Lied, drei, vier!‘ ‚Die blauen Dragoner, sie reiten ...‘ Wenn ich das Lied höre, läuft es mir kalt den Rücken hinunter. Ich denke an die krachenden Ohrfeigen, die sich für gewolltes oder ungewolltes Aus-der-Reihe-Tanzen in mein Gesicht wuchten, jeder Schlag zwei Tage Schädelbrummen, garantiert.

Die Anlässe sind nichtig. Das erste Mal im Sommer 1936, am zweiten Tag auf der Insel, war es der Übermut. Auf dem Tagesplan stand Mittagsruhe, aber wie schafft es ein Zehneinhalbjähriger, von Jod und Nordseesalzen aufgekratzt leptoso-



Löden im Sommer 1939 auf Sylt

mer Knabe still im Bett zu liegen, wenn draußen hell die Sonne scheint, die Möwen kreischen und die anderen Sextaner auf der Bude von all den neuen Eindrücken genauso überdreht sind wie er selbst? Natürlich schafft er es nicht. Er singt stattdessen ein Nonsenslied: ‚Eine Wasserm Maus und eine Kröte, stiegen eines Abends spöte, einen steilen Berg hin-nan-nan-nan-nan ...‘ An dieser Stelle reißt Dr. Löden die Tür zu unserem Schlafräum auf. ‚Wer hat da gesungen?‘ Er bohrt seinen Geierblick in unseren Stubenältesten Kurt Brand hinein. Dem rutscht das Herz in die Pyjamahose. Er zeigt auf mich. Klatsch! Voll im Gesicht getroffen, schleuderte ich gegen die Spindwand und falle krachend vorneüber auf die Nase. Das ist der Auftakt, jetzt weiß ich, woran ich bin. Ohrfeigen und Dauerüberwachung stehen als Synonyme für Sylt und Nordseelandschulheim. Und das drei Sommer lang.“¹⁸

Möglicherweise unterschied sich Paul Löden mit diesem Verhalten nicht von den Praktiken vieler anderer Lehrer in der Zeit (und nicht nur in dieser), für die prügeln zur Pädagogik gehörte, zumindest als Mittel zur Aufrechterhaltung von Disziplin und Ordnung.

Interessant ist, was Storjohann bei seinem Syltaufenthalt mit Klassenlehrer Löden 1939 erlebte, unmittelbar vor Beginn des Zweiten Weltkrieges:

„Doch nun, in diesem Sommer 1939, bei unserem vierten Aufenthalt im Nordseeheim, ist alles ganz anders. Dr. Löden ist wie verwandelt. Freundlich, fürsorglich, fast ein Kumpel, nicht nur zu seinen Lieblingen Jürgen und Didi. Er ist nett zu allen. Kein Brüllen mehr, keine Stubenarreste, keine stumpfsinnigen Kampf- und Kadettenspiele. Statt Mißtrauen, ständiger Kontrollen und Bestrafungen: Großzügigkeit und Freizeit. Wie kann ein Mensch sich so verändern? ‚Na, ist doch klar! Er hat eben geschnallt, daß wir keine kleinen Kinder mehr sind‘, meint der lange Rudi, dessen Stimme gerade in den Keller gerutscht ist. Ich gebe mich damit zufrieden. Wir werden langsam erwachsen, das wird der Grund sein.

Natürlich ist das nicht der Grund. Was uns zugute kommt in diesen letzten Augusttagen 1939, ist die Besorgnis der Lehrer. In ihrem Aufenthaltsraum steht ein Radioapparat. Früher stand er meistens stumm und unbeachtet in der Ecke. Nun sind die Stühle davor fast immer besetzt. Die Lehrer sitzen dort als geschlossene Gesellschaft, mit angespannten Gesichtern, Warten auf die neuesten Nachrichten, versäumen kaum eine Rede, kaum eine aktuelle Übertragung. Manchmal schnappen wir auf, was sie miteinander reden. Gesprächsfetzen. Die Stimmen sind leiser als sonst, unruhiger, ernster. In Schülernähe tun sie, als sei der Wetterbericht das Wichtigste von der Welt, unser bevorstehendes Tischtennisturnier ein Ereignis von ungeheurer Bedeutung, aber wenn sie unter sich sind, fällt immer wieder, geflüstert und als bange Frage das eine Wort ‚Krieg‘ ... ‚Wird es Krieg geben?‘

Es ist üblich, daß die Ehefrauen der Lehrer ihre Männer ins Nordseeheim begleiten. Dr. Löden hat außerdem noch seine beiden Kleinkinder dabei. Er nutzt jede Minute, jede Gelegenheit, um mit ihnen zusammen zu sein. Ich bemerke es schon. Doch meine Lebenserfahrung reicht nicht aus, den Zusammenhang zu begreifen, zu erkennen, daß die gelockerte Disziplin, der wir die viele Freizeit verdanken, mit der drohenden Kriegsgefahr zu tun hat. Unsere Freizeit läßt Dr. Löden Zeit für die Familie. Es sind vielleicht die letzten Tage, die er mit Frau und Kindern erleben kann. Er müßte als Reserveoffizier sofort zu seinem Regiment, wenn mobil gemacht wird. ‚Mobilmachung‘ – auch das ein Wort der Stunde.“¹⁹

Uwe Storjohann beschrieb damit eine einschneidende Lebenssituation von Paul Löden. Dieser wurde unmittelbar danach zur Wehrmacht eingezogen, mit Ausnahme von kurzen Fronturlauben kehrte Paul Löden erst nach Kriegsgefangenschaft am 29.9.1946 wieder nach Hamburg zurück.²⁰

Löden war seit dem 15.7.1933 mit Elisabeth Karcher verheiratet und hatte drei Kinder, von denen eines tödlich verunglückte.²¹

Während seiner Kriegsgefangenschaft war Paul Löden am 24.5.1945 mitgeteilt worden, dass er, wie alle anderen Beamten, die vor dem 1.4.1933 der NSDAP beigetreten waren, mit sofortiger Wirkung von seinem Dienst beurlaubt werde. Am 20.6.1945 wurde Löden aus dem Dienst entlassen.²²

Nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft reichte Paul Löden seinen Entnazifizierungsfragebogen ein. Kurz darauf konnte er einige Leumundszeugnisse nachliefern, die aus meiner Sicht erstaunlich positiv waren und ihre Wirkung nicht verfehlten. So etwa vom neuen Schulleiter der Bismarck-Oberrealschule, Dr. Otto Nicolai, der jahrelang als Studienrat an der Schule gearbeitet hatte. Nicolai, der als Freimaurer nicht in die NSDAP eintreten konnte, schrieb nach 1945 nahezu für alle NS-belasteten Kollegen seiner Schule „Persilscheine“, als nach 1945 neu

eingesetzter Schulleiter, der stets betonte, niemals der NSDAP angehört zu haben, mit erkennbarem Renommee bei den Entnazifizierungsausschüssen. Über Löden gutachtete er:

„Herr Paul Löden ist mir seit seiner frühesten Jugendzeit gut bekannt. Er war Schüler meiner Schule; auch nach der Schulzeit und während seiner Studienzeit und Lehrertätigkeit bin ich stets in enger Berührung mit ihm gewesen. Er entstammt einer sehr ehrenwerten Familie. Sein verstorbener Vater war der Hausmeister unserer Schule, ein Muster von Pflichttreue und das beste Vorbild eines Beamten. Er stand mir persönlich als Freimaurer nahe; aus sehr häufigen Gesprächen mit ihm weiß ich, in welcher Gesinnung Paul Löden erzogen worden ist. Er ist gewiss besten Glaubens gewesen, als er im Jahre 1932 in die NSDAP eintrat. In der SA war er seit 1934, wie ich annehme, durch damaligen äußeren Druck veranlasst. In der Partei hatte L. kein Amt, in der SA war er Rottenführer, und als Studienrat ist er erst 1938 angestellt worden, nachdem er schon 1932 sein Staatsexamen gemacht hat. Im Unterricht war er niemals politisch eingestellt, wie ich oft bemerken konnte, besonders bei häufigen gemeinsamen Aufenthalten in unserem Schullandheim auf Sylt. Im Krieg hat ihn schweres Leid getroffen. Er verlor seinen Vater, seine Schwiegereltern sind bei Bombenangriffen auf Freiburg im Breisgau getötet worden, sein kleiner Sohn wurde ihm durch ein Autounglück entrissen.“²³

Die persönlichen Schicksalsschläge und die einjährige Kriegsgefangenschaft mögen zur Empathie für Paul Löden beigetragen haben. Denn auch der gegenüber den Nationalsozialisten kritisch eingestellte Lorenz Nicolaysen, der zwar 1937 auch der NSDAP beigetreten war, aber von Uwe Storjohann als begnadeter Pädagoge und Demokrat geschildert wurde und der nach 1945 als Schulleiter der Oberschule für Jungen in Blankenese eingesetzt worden war, sprach sich zugunsten von Paul Löden aus. Nicolaysen, der nach Lödens Eintritt in den Kriegsdienst dessen Klasse als Klassenlehrer übernahm, schrieb:

„Aus seiner Haltung und aus Gesprächen ging deutlich hervor, daß er aus Idealismus und im Glauben an eine gute Sache der Partei schon frühzeitig beigetreten war. Seine politischen Überzeugungen, die sich zwar im allgemeinen aus der nationalsozialistischen Ideologie ableiteten, aber doch einer kritischen Betrachtung sich nicht verschlossen, hat er in durchaus fairer Weise zum Ausdruck gebracht, ohne eine betonte Aktivität zu entfalten oder Meinungsgegner zu unterdrücken oder zu gefährden. Er gehört nach meiner Meinung zu der Gruppe der mißbrauchten Idealisten, die man als intellektuelle Opfer des Faschismus ansprechen kann und denen man die Berufsgrundlage wieder festigen sollte.“²⁴

Der Beratende Ausschuss wertete die beiden Leumundszeugnisse sehr positiv, insbesondere die Aussage, dass Löden nicht sehr aktiv gewesen sei und abweichen-

de Positionen anderer geachtet habe. Nach einem ausführlichen Gespräch mit ihm war der Ausschuss davon überzeugt, dass er persönlich immer stärker in kritischer Distanz zur Partei stand. „His first disappointment was the RÖHM scandal. But he was completely disillusioned by the pogroms in the autumn of 1938.“²⁵

Dies war nun laut den Erinnerungen von Uwe Storjohann eine glatte Fehleinschätzung gewesen, da Paul Löden im Gegenteil an den Pogromen direkt beteiligt gewesen war. Der Beratende Ausschuss befand, dass Löden jenseits seiner formalen Belastung wertvolle Arbeit in der Schule leisten könne. Somit wurde die Wiedereinstellung befürwortet.²⁶

Der Fachausschuss mochte dem nicht zustimmen und empfahl, Löden nicht wieder als Lehrer zu beschäftigen.²⁷

Der Funktionsoffizier der britischen Militärregierung war anderer Auffassung und somit wurde Löden am 11.11.1946 bestätigt und schon am 25.11.1946 konnte Oberstudiendirektor Nicolai den Dienstantritt von Paul Löden in der Bismarckschule vermelden.²⁸

Eine Entscheidung nach kurzmöglichster Überprüfung auf der Grundlage von falschen Aussagen von Paul Löden vor dem Beratenden Ausschuss und von „Persilscheinen“, die vom starken Eindruck der persönlichen Schicksalsschläge Lödens geprägt waren.

Interessant ist, was Uwe Storjohann mir im Gespräch außerdem noch erzählte. Er war 1974 mit einem jüngeren Arbeitskollegen beim NDR eher zufällig im Gespräch auf den Namen Paul Löden gestoßen. Beide hatten Löden als Klassenlehrer erlebt, Storjohann vor dem Krieg und der Kollege danach. Storjohann hatte ihm „die Grausamkeiten Lödens“ während seiner Zeit geschildert. „Ich stieß bei meinem Gegenüber jedoch auf Erstaunen, denn dieser hatte Löden immer als ‚eigentlich ganz nett‘ empfunden und eingeschätzt. Einzig beim Rudern habe Löden einen scharfen Ton angeschlagen“, so der Kollege Storjohanns im Gespräch. „Die NS-Historie sei jedoch selbstverständlich nicht im Geschichtsunterricht erwähnt worden.“²⁹

Möglicherweise hatte es eine Verhaltensänderung bei dem Pädagogen Paul Löden nach dem Krieg gegeben.

Löden, dem ich in der NS-Zeit schon eine Karriere zugetraut hätte, wenn es nicht zum Krieg gekommen wäre, erlebte einen weiteren Karriereschritt 1959. Im Herbst 1958 hatte eine informelle Befragung an dem nun Bismarck-Schule genannten Gymnasium in der Bogenstraße ergeben, „dass das Kollegium als zukünftigen stellvertretenden Schulleiter Herrn Dr. Löden wünscht“, wie Oberstudiendirektor Radbruch am 5.3.1959 der Schulbehörde mitteilte. Am 2.3.1959 war nun die eigentliche Wahl durchgeführt worden und Löden erhielt 32 Stimmen von 35 Kollegen, einer stimmte gegen ihn und zwei enthielten sich der Stimme.³⁰ Oberschulrat



Seit 1959 war Paul Löden Klassenlehrer und stellvertretender Schulleiter an der Bismarck-Schule.

Prof. Möckelmann hatte auf dem Schreiben der Schule handschriftlich vermerkt: „Zwar hätte ich der Schule einen energischeren stellvertretenden Schulleiter gewünscht, aber gegen Herrn Dr. Löden kann man keine Bedenken geltend machen, die seine Eignung infrage stellen.“³¹

In seiner Beurteilung schrieb Möckelmann dann am 15.4.1959:

„Studienrat Dr. Paul Löden ist ein in allen Klassenstufen bewährter Lehrer von sicherem und besonnenem Wesen, vorbildlich in seiner Bescheidenheit, aber streng in sachlichen Forderungen, wenn sie notwendig sind. Besonders hervorzuheben ist die ruhige und selbstverständliche Art, mit der er als Protektor des Schülerrudervereins seine Jungen im Sinne der Schülermitverwaltung zur Verantwortungsfreude und Selbständigkeit erzieht. Er ist als stellvertretender Schulleiter gut geeignet.“³²

1962 machte Oberstudiendirektor Robert Radbruch in seiner Beurteilung noch den Versuch, Paul Löden für die Übernahme einer Schulleitungsfunktion zu empfehlen: „Aufgrund seines hervorragenden Fachwissens, einer sehr guten pädagogischen Begabung und seines feinen menschlichen Wesens konnte er immer wieder besonders gute Unterrichts- und Erziehungserfolge erreichen. Regelmäßig führt er Oberstufenklassen in sehr feiner Weise durchs Abitur. Er ist für mich ein wertvoller Mitarbeiter und aufrichtiger Berater. Als solcher hat er wiederholt gezeigt, daß er auch geeignet ist, eine Schule zu leiten. Ich halte ihn darum für würdig, in jeder Hinsicht gefördert zu werden.“³³

Daraus wurde zwar nichts, aber am 11.12.1962 erhielt Paul Löden eine Stellenzulage zu seiner A14-Besoldung und die Amtsbezeichnung „Studiendirektor“.

Das 40-jährige Dienstjubiläum feierte Löden am 7.4.1970 an der Schule, an der er immer tätig gewesen war, die er schon als Schüler besucht hatte und in deren Souterrain er in der Hausmeisterwohnung seiner Eltern aufgewachsen war. Am 31.3.1971 trat er in den vorzeitigen Ruhestand.

Paul Löden starb am 30.10.1984.³⁴

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte Paul Löden, StA HH, 361-3_A 2593
- 2 Kopie am 16.4.1930 bescheinigt vom Schulleiter der Lichtwarkschule, Heinrich Landahl, Personalakte a. a. O.
- 3 Bericht vom 27.10.1930, Personalakte a. a. O.
- 4 Personalakte a. a. O.
- 5 Personalakte a. a. O.
- 6 Hans-Peter de Lorent: Täterprofile, Bd. 1, Hamburg 2016, insbesondere S. 11 ff., S. 397 ff., S. 404 ff. und S. 424 ff.
- 7 Im Gespräch mit mir und Lena Griem am 21.6.2012, von Lena Griem protokolliert.
- 8 Laut Entnazifizierungsakte Löden, StA HH, 221-11_Ed 14741
- 9 Uwe Storjohann: „Hauptsache: Überleben“, Hamburg 1993, S. 49f.
- 10 Siehe die Biografie Haselmayer in: de Lorent 2016, S. 621 ff.
- 11 Uwe Schmidt: Hamburger Schulen „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 100. Die Dozenten und ihre Themen sind hier genannt worden.
- 12 Alle Biografien in: de Lorent 2016.
- 13 Daten laut Personalakte, a. a. O.
- 14 Laut Entnazifizierungsfragebogen, Entnazifizierungsakte Löden, a. a. O.
- 15 Siehe auch die Biografie Karl Züge, in: de Lorent 2016, S. 385 ff.
- 16 Siehe Anmerkung 2.
- 17 Storjohann 1993, S. 21 f.
- 18 Storjohann 1993, S. 70 ff.
- 19 Storjohann 1993, S. 72.
- 20 Laut Personalakte, a. a. O.
- 21 Personalakte, a. a. O.
- 22 Personalakte, a. a. O.
- 23 Gutachten von Otto Nicolai, undatiert, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 24 Schreiben vom 23.8.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 25 Beratender Ausschuss vom 30.8.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 26 Ebd.
- 27 Entscheidung vom 4.10.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 28 Personalakte a. a. O.
- 29 Laut Mitschrift des Gesprächs mit Uwe Storjohann vom 21.6.2012.
- 30 Schreiben vom 5.3.1959, Personalakte a. a. O.
- 31 Ebd.
- 32 Beurteilung vom 15.4.1959, Personalakte a. a. O.
- 33 Beurteilung vom 22.11.1962, Personalakte a. a. O.
- 34 Alle Angaben laut Personalakte, a. a. O.

Hans Lüthje

„Auf seine Beurteilung stützte sich die Schulbehörde ausdrücklich, als sie die ‚unruhige‘ Mewes der Gestapo auslieferte.“

Eine aus meiner Sicht zwiespältige Person war Hans Lüthje, der schon in den Jahren der Weimarer Republik zum stellvertretenden Schulleiter gewählt worden war und auch in der NS-Zeit in verschiedene Leitungsfunktionen berufen wurde. Hans Lüthje war sicherlich kein typischer Nationalsozialist, wohl aber ein ambitionierter und auch eitler Pädagoge, der mitmachte, ein Rädchen im Getriebe, der im Fall der Lehrerin Yvonne Mewes ein folgenschweres Gutachten an die Landesunterrichtsbehörde schickte, das dazu beitrug, die Lehrerin der Gestapo-Willkür auszusetzen, die sie schließlich in das KZ Ravensbrück und in den Tod schickte. Lüthje war am Ende der NS-Zeit Oberstudiendirektor, bekam schon im Juli 1945 entlastende Gutachten und wurde sofort darauf wieder als Oberstudiendirektor Leiter des Emilie-Wüstenfeld Gymnasiums. Eine nahtlose Karriere.

Hans Lüthje wurde am 26.6.1891 in Hamburg als Sohn des technischen Lehrers Franz Heinrich Lüthje geboren. Er besuchte in Hamburg die Volksschule, danach die Oberrealschule Eimsbüttel, an der er 1910 das Abitur ablegte. Anschließend studierte er in Kiel, München und danach wieder in Kiel Biologie, Chemie und Mathematik. 1914 promovierte Hans Lüthje. Ende des Jahres, am 21.11.1914, trat er in den Kriegsdienst ein, der für ihn erst am 9.1.1919 als Leutnant und Regiments-Adjutant endete, dekoriert mit dem Eisernen Kreuz I und II.¹

Wegen seiner Kriegsteilnahme konnte Hans Lüthje sein Studium mit den Fachprüfungen erst 1919/20 abschließen. Das darauf folgende Anleitungsjahr absolvierte Lüthje an der Oberrealschule vor dem Holstentor. Zum 1.7.1922 wurde er Oberlehrer.

Lüthje galt als ambitionierter, guter Lehrer, der auch diverse Lehrbücher für den Chemieunterricht veröffentlichte. Er arbeitete an der am 1.4.1922 neu gegründeten Aufbauschule, die mit zwei Klassen im Seminargebäude an der Hohen Weide entstand. Hier wurden begabte Volksschüler beiderlei Geschlechts nach der siebten Klasse unterrichtet und zum Abitur gebracht. An dieser Schule wurde Hans Lüthje 1930 zum stellvertretenden Schulleiter gewählt.²

Hans Lüthje blieb auch nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten stellvertretender Schulleiter an dieser Schule. Er stand auf der Liste der Leitungen an höheren Schulen, die Senator Karl Witt am 10. Juli 1933 vorlegte³ und er blieb dort auch, nachdem die Schule in Richard-Wagner-Schule umbenannt worden war.⁴

Hans Lühje war bei der Besetzung von Schulleiterstellen für die Nationalsozialisten nicht die erste Wahl, aber ein nützliches Rädchen im Getriebe. Nachdem er vor 1933 in der DVP organisiert war, aktiv im Hamburger Philologenverein, trat er am 1.1.1935 in den NSLB ein, 1937 in die NSV und den NS-Altherrenbund, deren Vorsitzender er seit dem 1.5.1938 war.⁵ Mitglied in der NSDAP wurde Lühje am 1.5.1937.⁶

Die stellvertretenden Schulleiter im Bereich der höheren Schulen waren das Personalreservoir, wenn es zu schnellen Umbesetzungen kommen musste. So setzte man Hans Lühje als stellvertretenden Schulleiter an der Oberschule für Jungen in St. Georg ein, als kurzfristig der bisherige Stellvertreter, der NSLB-Funktionär Ernst Hüttmann, sein Amt abgeben musste, nachdem er festgestellt hatte, dass seine Ehefrau „nicht arischer Abstammung war“.⁷

Hans Lühje erwies sich als einsatzbereit und wurde am 29.3.1940 mit der Stellvertretung und später, im März 1941, einer Schulleiterstelle an der Heilwig-Schule belohnt.⁸ Förderlich war dafür sicherlich auch sein Parteieintritt 1937 gewesen. Hans Lühje hatte jetzt die Aufgabe, die bis 1939 private Heilwig-Schule, die nach der Zusammenlegung mit der privaten Berblinger-Schule verstaatlicht worden war, zu führen. In diesem Zusammenhang waren mehrere Lehrkräfte ausgeschieden und durch jüngere Kollegen ersetzt worden. Hans Lühje hatte also eine sensible Aufgabe zu vollbringen, die man anderen NS-Aktivisten möglicherweise nicht zutraute.

Hilde Dietz, die Hans Lühje als Schulleiter an der Heilwig-Schule seit seiner Ankunft erlebte, beschrieb die Veränderungen so:

„Als Lühje im Zuge der Verstaatlichung der Privatschulen die Kreussler- und Berblinger-Schule als Schulleiter übernahm, waren wir Schülerinnen gespannt auf den neuen Direktor. Es gab neue, jüngere Lehrerinnen – nach wie vor ‚Fräulein‘ genannt. Die alten Damen, die uns bis dahin unterrichtet hatten, verschwanden. Die Atmosphäre an der Schule blieb angenehm entspannt und freundlich war der Umgangston.“

Natürlich wurde der Unterricht mit Hitlergruß begonnen, aber mehr beiläufig, nicht dominierend. Die politischen Feiertage wurden begangen, aber es herrschte nicht der nationalsozialistische Geist, wie ich es bei meiner kurzen Gastschulzeit (1943) im Bertha-Lyzeum in Groß-Flottbek als unangenehm erlebt hatte.

Die Heilwig-Schule blieb auch in der Zeit ihrer Auslagerung nach Wittstock im Rahmen der Kinderlandverschickung (KLV) von Januar bis Ende 1944 und in Scharbeutz Anfang 1945 bei dieser Orientierung. Ein Beispiel dafür: Wir grüßten in Wittstock unsere Lehrerinnen mit ‚Guten Tag‘ und Knicks, bis ein ortsansässiger NSDAP-Verantwortlicher von Lühje verlangte, dass wir mit ‚Heil Hitler‘ zu grüßen hätten. Daraufhin wurde es eingeführt.

Nach Wittstock in die KLV nahm Lühje eine Schülerin mit, die Jüdin oder Halbjüdin war. Sie war ein paar Klassen unter mir. Lühje hat sie dadurch beschützt.“⁹

In der schuleigenen Beschreibung liest es sich so:

„Dr. Lühje, dessen Mitgliedschaft in der NSDAP zwar nicht belegt ist, in seiner Funktion als Schulleiter jedoch vorausgesetzt werden darf, setzte die Vorgaben der Schulverwaltung offiziell widerspruchs- und reibungslos um, war dabei allerdings bemüht, der Schule einen gewissen Handlungsspielraum zu erhalten. Vieles deutet darauf hin, dass es innerhalb des Kollegiums einen allgemeinen Konsens gab, Indoktrination und Einflussnahme der nationalsozialistischen Machthaber so gering wie möglich zu halten. Zwei Lehrer, an die sich ehemalige Schülerinnen als überzeugte Nationalsozialisten erinnerten, wurden auf Initiative der Schulleitung ‚unauffällig‘ durch andere Personen ersetzt. Mehrere Lehrkräfte wurden nach Aussage einer damaligen Lehrerin, immer wieder zur Schulbehörde beordert, um sie – in der Regel erfolglos – zu einem Eintritt in die Partei zu bewegen. Schülerinnen, die nach den Rassekriterien der Nationalsozialisten als ‚nichtarisch‘ galten, wurde – solange es möglich war – Schutz und Zuflucht gewährt, teilweise auch unter stillschweigender Missachtung einschlägiger Vorschriften. Das Prinzip der unauffälligen Anpassung nach außen, unter Wahrung einer beschränkten Autonomie im innerschulischen Bereich, wurde auch während des Krieges zunächst durchgehalten. Das Kollegium, das nach der Einberufung der wehrfähigen Lehrer mit Ausnahme Dr. Lühjes nur noch aus Lehrerinnen bestand, war bemüht, den Unterricht allen personellen und materiellen Engpässen zum Trotz so gut wie möglich aufrecht zu erhalten. Die Belastungen durch den sich verstärkenden Luftkrieg und die zahlreichen Dienste, besonders die nächtlichen Luftschutzwachen, die regelmäßig abzuleisten waren, erhöhten den psychischen und physischen Druck auf die Lehrerschaft.

Der Zusammenbruch des Hamburger Schulsystems nach den zerstörerischen Angriffen vom Juli 1943 bedeutete auch für das Lehrerkollegium der Heilwig-Schule eine völlige Neuorientierung. Ein Teil der Lehrer begleitete die Schülerinnen Anfang 1944 in die Kinderlandverschickung nach Wittstock, die übrigen Lehrerinnen wurden zu Kriegsdiensten verpflichtet.“¹⁰

An anderer Stelle wurde geschrieben: „Auf Seiten der Schulleitung war man bemüht, die Schule – allen Anfeindungen von nationalsozialistischer Seite zum Trotz – zu erhalten. Billigend wurde dabei in Kauf genommen, sich mit dem System zu arrangieren und offiziell sogar einem klaren Antisemitismus das Wort zu reden.“¹¹

Und über die Lehrerschaft hieß es: „Den neuen Machthabern standen die Lehrerinnen und Lehrer nach Aussagen ehemaliger Schülerinnen eher abwartend bis ablehnend gegenüber, ohne ihrer persönlichen Einschätzung den Schülerinnen

gegenüber klaren Ausdruck zu verleihen. Echte Begeisterung scheint vereinzelt der Person Adolf Hitlers entgegengebracht worden zu sein. Eine deutlich ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus zeigte die junge Lehrerin Yvonne Mewes, die allerdings 1938 zunächst aus dem Kollegium der Heilwig-Schule ausschied.“¹²

Die Maßnahmen der Kinderlandverschickung wurden für Hans Lüthje eine zentrale Aufgabe und ein persönliches Anliegen. Er beschrieb das zu seiner Rechtfertigung am 2.7.1945:

„Nach der Katastrophe im Sommer 1943 wurde behördlicherseits die KLV erneut mit Hochdruck betrieben, vor allem, nachdem feststand, daß die Schulen im Stadtkern nicht wieder anlaufen sollten. Aus der KLV wurde die ‚Schulumquartierung‘, ganze Schulsysteme sollten ‚umquartiert‘ werden. Ich versuchte zunächst durch alle möglichen Maßnahmen, meinen Schulverband (Gebäude, Kollegium und Schülerschaft) – so gut es ging – zusammenzuhalten. Wir hatten nämlich Nähstuben eingerichtet, wir arbeiteten klassenweise für die Seewarte. Es gelang so, fast alle in Hamburg verbliebenen Kinder täglich zusammenzufassen, vor allem auch mein Kollegium fast geschlossen als solches zu erhalten, das Schulgebäude vor vielfach beabsichtigter fremder Besetzung (insbesondere vor der Benutzung als Kaserne) zu retten. – Ende November 1943 wurde die Aussicht, unsere Schule in den Kreis der Randschulen mit einzubeziehen, immer geringer, wuchs der Wunsch der Eltern nach schulischer Unterweisung ständig, so daß die Notwendigkeit, dem Gedanken einer Schulverlagerung ernsthaft näherzutreten, nicht mehr auszuweichen war. Bayreuth lehnte ich nach wie vor ab. Lediglich eine Verlagerung in ‚nicht gefährdete Orte‘ der Nachbargaue Hannover, Mecklenburg und Schleswig-Holstein kamen in Frage. Ich hatte durch Unterstützung von Eltern und Freunden wohl mehr als 20 Vorschläge für Unterkünfte in diesen Gauen, den Dienststellen unterbreitet. Sie wurden aber alle abgelehnt, da diese Gaue keine Aufnahmegebiete für Hamburg waren. Erst sehr spät wurden für eine relativ kleine Anzahl von Kindern die Prignitz und Osthannover freigegeben. Aufgrund unserer ‚privaten‘ Bemühungen wurde der Heilwig-Schule ein Platz in diesen ‚Nachbargauen‘ eingeräumt. Anfang Dezember 1943 wurde uns Wittstock/Dosse als Aufnahmeort, die dortige Oberschule für Unterrichtszwecke zur Verfügung gestellt. Bevor ich aber über die Verlagerung unter den neu geschaffenen ‚Umquartierungsverhältnissen‘ zu meinen Eltern sprach, fuhr ich nach Wittstock, um mir alles anzusehen, vor allem, um mit



Dr. Hans Lüthje mit Parteiabzeichen am Revers, 1938

dem Bürgermeister alle Einzelheiten zu besprechen. Am 7./8. Dezember 1943 war ich in Wittstock und Mitte Dezember folgten die Elternversammlungen für alle Klassen.“¹³

Die Anstrengungen von Schulleiter Hans Lühje fanden auch die positive Begleitung des nationalsozialistischen Schriftleiters des „Hamburger Tageblatt“, der am 1.3.1944 nach einem Gespräch mit Lühje einen Sonderdruck herausgab, unter der Überschrift „Eine Schule zog um“. Darin hieß es:

„Jetzt ist die gesamte Schule schon seit einiger Zeit in ihrer neuen Heimat; im Heim der Hitler-Jugend läuft der Unterricht morgens und nachmittags, es wird regelmäßig und planmäßig unterrichtet, störungsfrei und nach einem alle Kräfte einspannenden Lehrplan. Der Vorteil gegenüber den hamburgischen Verhältnissen liegt zu eindeutig auf der Hand, als daß er noch einmal wieder in allen Einzelheiten aufgezeigt werden müßte. Hauptsache: der Vorteil ist nicht zu bestreiten und wird unter anderem auch durch die Briefe der Kinder belegt. Die Kinder sind nicht zu jener festen Lagergemeinschaft zusammengezogen, wie sie in den eigentlichen KLV-Lagern von selbst gegeben ist, sondern haben ihre Unterkunft in Privatquartieren gefunden. Das bedeutet, daß der Schulleiter nicht nur der schulische Betreuer, sondern auch zu einem mit erheblichen Pflichten belasteter ‚Vater‘ von rund 100 Kindern geworden ist, der sich in getreuer Gemeinschaft mit allen Lehrkräften um seine Schutzbefohlenen kümmert. Diese Betreuung setzte schon ein, als die Mädels noch in Hamburg weilten, in Wittstock aber die Quartiere festzulegen waren. Nach den drei Grundsätzen ‚Menschliche Haltung der Pflegeeltern‘, ‚Beschaffenheit der Quartiere‘ und ‚Sicherstellung der Verpflegung‘ wurden die Quartiere ausgesucht, und die überwiegende Zahl von zufriedenen Pflegekindern beweist den Erfolg dieser Auslese. Wo aus mancherlei Gründen eine Umlegung notwendig geworden ist, ist sie inzwischen schon erfolgt; es ist dabei nicht immer ohne Tränen der Pflegeeltern abgegangen. Die Hilfsbereitschaft des größten Teils der Bevölkerung und sozusagen eine gewisse ‚Nachfrage‘ nach Hamburger Kindern haben ein Fundament geschaffen, auf dem die Hamburger, bei aller Beanspruchung doch zufriedenen Herzens, ihren Neubau errichten und einrichten konnten.

Die Unterbringung in Privatquartieren läßt die Mädels nicht jederzeit beisammen sein; es ist aber ausreichend Vorsorge getroffen, daß die Gemeinschaft doch gewahrt bleibt, nicht nur während des Unterrichtes, sondern auch bei anderen Gelegenheiten, die mit BDM- oder Jungmädels-Dienst, Spaziergängen, Badeanstaltsbesuchen keineswegs erschöpft sind. Disziplin wird mit allem Nachdruck verlangt, und gerade diese Forderung gibt den Eltern die beruhigende Gewißheit, daß ihre Mädels in der Wittstocker Schule aus Hamburg eine gute vorübergehende Heimat gefunden haben.“¹⁴

Hans Lühje war also ein durchsetzungsfähiger Mann. In einem kurzen Befähigungsbericht, den der zwischenzeitliche Schulleiter der Richard-Wagner Schule, Paul Dittmer, über seinen Stellvertreter Lühje am 1.4.1939 geschrieben hatte, stand: „Dr. Hans Lühje ist im Unterricht fleißig und gewissenhaft, jedoch sehr von sich eingenommen. Er hat zweifellos organisatorisches Geschick, doch muss er auf diesem Gebiet mit besonderer Vorsicht angesetzt werden, da ihm



Dr. Hans Lühje mit Kolleginnen der Heilwig-Schule vor der Evakuierung

die nötige Ruhe fehlt. ‚Er macht seine Mitarbeiter wild!‘ Lühje ist stark kritisch eingestellt; er nimmt sich selbst reichlich wichtig.“¹⁵ Dies sagte nun beinahe mehr über den Verfasser als über Lühje aus. Dittmer war ein unangenehmer Nationalsozialist¹⁶, der in diesem System Karriere machte und sich zu Hans Lühje offenbar in starker Konkurrenz empfand. Andererseits wies er darauf hin, dass Lühje Schwierigkeiten damit hatte, wenn Mitarbeiter seinen Strategien und Vorstellungen nicht folgten.

Eine solche Mitarbeiterin war Yvonne Mewes, die keine Bereitschaft bekundete, in der Kinderlandverschickung zu arbeiten. Ihren Konflikt mit allen Folgen habe ich in diesem Buch ausführlich in den beiden Biografien von dem Leiter der Hamburger Schulverwaltung in den beiden letzten Jahren der NS-Zeit, Prof. Ernst Schrewe, beschrieben und seinem Stellvertreter, dem Justiziar Hasso von Wedel.

Yvonne Mewes wurde am 22.12.1900 in Karlsruhe geboren. Sie stammte aus einer bürgerlichen Familie, ihr Vater, der Zahnarzt Dr. Wilhelm Mewes, hatte in Hamburg die Gelehrtenschule des Johanneums besucht und dort das Abitur gemacht. Bis 1919 lebte die Familie in Straßburg im Elsass. Danach zog sie nach Hamburg und bewohnte eine Villa am Grindelberg 42. Yvonne Mewes war die Älteste von vier Töchtern. Sie studierte von 1920 bis 1925 Englisch und Französisch in Hamburg und München, legte 1925 das erste Staatsexamen ab und im Jahr 1927 die Lehramtsprüfung. Anschließend war sie als Studienassessorin an der damals noch privaten Heilwig-Schule beschäftigt. Am 1.4.1938 wurde Yvonne Mewes auf ihren Antrag in den Dienst der Gemeindeverwaltung Hamburg übernommen und bis 1942 an der Schule Curschmannstraße beschäftigt. Sie weigerte sich in diesem Jahr, in ein KLV-Lager zu gehen. Die Schulverwaltung nahm auf ihre Weigerung Rücksicht. Sie wurde dann für kurze Zeit an der Schule Caspar-Vogt-Straße und anschließend wiederum an die Heilwig-Schule versetzt. Der Schulleiter der Heilwig-Schule, Dr. Hans Lühje, führte viele Gespräche mit Yvonne Mewes und überredete sie,

mit nach Wittstock zu kommen. Dort störte es Yvonne Mewes schon, in einem HJ-Heim mit „Marschieren und Kasernenhofgeschrei“ arbeiten zu müssen, ohne ihre Bücher und Unterlagen für die Unterrichtsvorbereitungen. Als sie in Hamburg ausgebombt wurde, ebenso wie ihre Eltern, fuhr sie zu einer Schwester nach Passau, fand dort auch Arbeit und bemühte sich darum, ihre Stelle in Hamburg zu kündigen. Insbesondere der neue Justiziar der Schulverwaltung, Hasso von Wedel, aus altem Adels- und Offiziersgeschlecht, sah darin so etwas wie Fahnenflucht und befürchtete darüberhinaus, dass dieses Beispiel auch andere Lehrer veranlassen könnte, „nicht mehr ihre Pflicht zu tun“. Er versuchte ein Exempel an Yvonne Mewes zu statuieren, drohte ihr und übergab den Fall der Gestapo, aus deren Fängen Yvonne Mewes dann nicht mehr befreit werden konnte. Am Ende landete die Lehrerin in Ravensbrück und war kurze Zeit später tot.¹⁷

Hätte Hans Lüthje an dieser Entwicklung etwas ändern können?

Eine gehörige Mitschuld hatte Hans Lüthje aus meiner Sicht durch einen Bericht auf sich geladen, den er über Yvonne Mewes geschrieben und an die Schulverwaltung weiterleitet hatte. Darin charakterisierte er seine Lehrerin folgendermaßen:

„Ein bis zum Fanatismus wahrheitsliebender Mensch, der keine Bindung anerkennt und anerkennen will, sich rücksichtslos gegen alles stemmt, was nach Zwang



Yvonne Mewes

aussieht, sich mit allen Kräften gegen die notwendigen Anforderungen der Gemeinschaft sträubt. Sie ist alles in allem der Prototyp eines Individualisten, in ihre Ideen verrannt, schwer, wenn überhaupt, belehrbar und anderen Gedanken kaum zugänglich. Mewes ist in ihrer Sucht, jeglicher Bindung auszuweichen, auch nicht der NSDAP beigetreten.“¹⁸ Dies las sich wie eine Aufforderung an die Schulverwaltung, hier zu handeln und belastet, aus meiner Sicht in Kenntnis des weiteren Fortganges, Schulleiter Lüthje stark. Insbesondere der Hinweis auf die mangelnde Bereitschaft von Frau Mewes, der NSDAP beizutreten, war zu diesem Zeitpunkt ein massiver Impuls für alle Parteidienststellen und fanatischen

Nationalsozialisten, gegen diese Frau vorzugehen. Das hätte einem erfahrenen Mann wie Hans Lüthje bewusst sein müssen, wenn er es so nicht sogar in voller Absicht formuliert hatte, möglicherweise im Ärger darüber, trotz aller Gespräche und Bemühungen seinerseits, bei Yvonne Mewes keine Verhaltensänderung bewirkt zu haben.

Dass man die Persönlichkeit und das Verhalten in der Schule der Lehrerin Yvonne Mewes auch anders darstellen und beschreiben konnte, zeigte Landgerichtsdirektor Valentin, der Yvonne Mewes in seinem Urteil in dem Prozess gegen Ernst Schrewe und Hasso von Wedel folgendermaßen charakterisierte:

„Sie war eine ausgeprägte geistige, zu wissenschaftlichen Arbeiten neigende, ihren Dienst sehr gewissenhaft vershende Lehrerin, die hohe Anforderungen an sich selbst stellte. Selbständig im Denken, vertrat sie die einmal von ihr für richtig gehaltene Meinung kompromisslos und unnachgiebig. Sie war dabei zwar bereit, auch andere Meinungen in offener Aussprache anzuhören und gelten zu lassen, beharrte jedoch oft eigensinnig auf ihrem Standpunkt. Sie war im parteipolitischen Sinne unpolitisch. Aus ihrer geistig-freiheitlichen Haltung heraus gegen den Nationalsozialismus eingestellt, empfand sie offenbar die geistige Bevormundung durch die Partei als so niederdrückend, dass sie sich deswegen ihres Deutschtums, das bei ihr als Grenzlanddeutscher besonders stark ausgeprägt war, zu schämen anfang. Bei ihrer Einstellung gegen die NSDAP mag es eine Rolle gespielt haben, dass ihr Neffe Harry Mewes, um dessen geistige Erziehung sie sich sehr stark kümmerte, als Halbjude unter dem nationalsozialistischen Ausnahmerecht erheblich zu leiden hatte.“¹⁹

Über den Schulleiter der Heilwig-Schule, Hans Lühje, sagte Richter Valentin: „Von dem Zeugen Lühje ist Yvonne Mewes als der Prototyp eines Individualisten bezeichnet worden, der jeglicher Bindung an eine Gemeinschaft abhold sei. Diese Formulierung ist ganz offensichtlich zum mindesten überspitzt.“²⁰ Valentin begründete seine Aussage nach den Erkenntnissen mehrwöchiger Zeugenvernehmung: „Yvonne Mewes ordnete sich sehr wohl in Gemeinschaften ein, die sie anerkannte. In der Schulgemeinschaft und in den Kollegien führte sie sich so diszipliniert, dass ihr auch in Kleinigkeiten nie eine Unregelmäßigkeit oder Rücksichtslosigkeit vorgeworfen werden konnte. In der Haft im Konzentrationslager Fuhlsbüttel und im Konzentrationslager Ravensbrück zeigte sie sich ihren aus einfachen Verhältnissen stammenden und geistig weit unter ihr stehenden Mitgefangenen gegenüber als aufgeschlossen, kameradschaftlich und hilfsbereit. In ihren äusseren Formen war sie im allgemeinen höflich und korrekt, wurde allerdings zuweilen im Verkehr mit Vorgesetzten, wenn es sich um die Besprechung von ihr unliebsamen Entscheidungen handelte, bis an die Grenze der Ungebühr laut und scharf im Ton und Ausdruck.“²¹

Yvonne Mewes schien also „gemeinschaftsfähig“ zu sein, es kam auf die Gemeinschaft an.

Der ehemalige Bibliothekar im Institut für Lehrerfortbildung in Hamburg, Gerhard Hoch, der über den Fall Yvonne Mewes zum ersten Mal geschrieben hatte²², kannte auch die Gerichtsakten in den Fällen Ernst Schrewe und Hasso von Wedel, in deren Prozess Hans Lühje als Zeuge ausgesagt hatte. Er sah Hans Lühje sehr kritisch und wies darauf hin, welche schlimme Konsequenz Lühjes Beurteilung seiner Lehrerin Yvonne Mewes hatte: „Auf diese Beurteilung stützte sich die Schulbehörde ausdrücklich, als sie die ‚unruhige‘ Mewes der Gestapo auslieferte.“²³

Und: „Schulleiter Lühje wies die Behörde, nachdem es schon zum gefährlichen Konflikt gekommen war, noch ausdrücklich auf dieses belastende Moment hin: ‚Mewes ist in ihrer Sucht, jeglicher Bindung auszuweichen, auch nicht der NSDAP beigetreten.‘ Später behauptete Lühje dann vor Gericht, daß sie ‚hier in der Heilwig-Schule völlige Lehrfreiheit hatte, von Einflüssen seitens der Partei und der HJ nichts merkte, zudem Mitglied eines ihr wohl bekannten, ‚nicht nazistischen Kollegiums‘ gewesen sei.“²⁴

Gerhard Hoch dazu: „Folgt man diesen Angaben Lühjes, so muß die Heilwig-Schule die einzige in Hamburg gewesen sein, in der während des Dritten Reiches ‚völlige Lehrfreiheit‘ geherrscht hat, die einzige auch, die ‚frei gewesen wäre von Einflüssen seitens der Partei oder HJ‘. Diesen Sätzen des Schulleiters fehlt die Glaubwürdigkeit, sie belegen aber das ganze Ausmaß geflissentlicher Vergeßlichkeit schon so bald, nachdem auch an der Heilwig-Schule zum letzten Mal die Hakenkreuzfahne aufgezogen worden war. Seltsam, wie hier ein Lehrerkollegium als ‚nicht-nazistisch‘ präsentiert wird, während doch dessen Schulleiter vor wenigen Jahren noch seine Lehrerin bei der Schulbehörde denunzierte als ‚nicht der NSDAP beigetreten‘. Demnach scheint doch den übrigen Mitgliedern des Kollegiums, einschließlich des Schulleiters, dieser Mangel nicht angehaftet zu haben.“²⁵

Uwe Schmidt, mit dem ich bei der Erforschung der Hamburger Schulgeschichte sehr eng und kollegial zusammengearbeitet habe, kritisierte Gerhard Hoch: „Die stark generalisierenden Behauptungen von Gerhard Hoch (Schule unterm Hakenkreuz, S. 260ff.) über Lühjes angebliche zweifelhafte ‚Grundeinstellung‘ und die damit behaupteten Zweifel an seiner Integrität können sich kaum auf eine solide Quellenbasis stützen. Auch wer mit Gerhard Hoch der Überzeugung ist, daß die ‚Durchleuchtung und Infragestellung‘ der Verbrechen des Nationalsozialismus – so auch die unmenschliche Behandlung von Frau Mewes – nach wie vor zu unseren wesentlichen Aufgaben gehört, kommt an der Feststellung nicht vorbei, daß es ein Schulleiter in Yvonne Mewes mit einer schwierigen Kollegin zu tun hatte (so auch Frau Ursula Randt im Gespräch mit dem Verfasser am 13.4.1998. Sie hat als Schülerin der Heilwig-Schule Yvonne Mewes persönlich kennengelernt).“²⁶

Hier kann ich Uwe Schmidt nicht zustimmen. Was immer den Schulleiter Hans Lühje dazu bewogen hatte, in dem laufenden Verfahren gegen Yvonne Mewes die zitierten Aussagen zu machen, die Konsequenzen waren fatal. Sicherlich hatte Lühje nicht intendiert, dass Mewes in das KZ Ravensbrück und in den Tod geschickt wurde. Aber er hatte dazu beigetragen, dass dieser Weg eingeschlagen wurde. Und dass er in dem Prozess gegen seine ehemaligen Vorgesetzten versucht hatte, die Bedingungen, unter denen Yvonne Mewes an der Schule und in der Kinderlandverschickung gearbeitet hatte, positiv darzustellen, diente auch dem Eigenschutz.

Hilde Dietz schrieb über Yvonne Mewes:

„Yvonne Mewes war meine Englischlehrerin bis zum Sommer 1944 in Wittstock. Nach den Sommerferien war sie nicht mehr da. Man fragte als Kind nicht warum. Ich habe erst viel später von ihrem Tod im KZ erfahren und war zweimal in Ravensbrück, um von ihrem Schicksal etwas in Erfahrung zu bringen.

Lüthje nahm unsere Klasse im November 1945 mit in die Emilie-Wüstenfeld-Schule, an der er Schulleiter wurde und war gleichzeitig unser Klassenlehrer bis zum Abitur 1947. Auf einem der späteren Klassentreffen kam er auf Yvonne Mewes zu sprechen und erklärte, er habe noch erfolglos versucht, sie zu schützen.“²⁷

Das hatten Ernst Schrewe, Hasso von Wedel und sogar der ehemalige Reichsstatthalter, Karl Kaufmann, nach 1945 auch von sich behauptet. Sie hätten sich vorher über die möglichen Folgen ihres Verhaltens kritische Gedanken machen sollen.

Möglicherweise gibt es noch einen anderen Schlüssel für bestimmte Verhaltensweisen Hans Lüthjes, dem daran gelegen war, bei den Nationalsozialisten nicht in ein für ihn ungünstiges Licht zu geraten. Lüthje musste, wie jeder andere im öffentlichen Dienst Beschäftigte auch, ab Ende 1936 für sich und seine Frau Hilda, geb. Meister, der Schulverwaltung den sogenannten Ariernachweis vorlegen. An der Richard-Wagner-Schule war es nun ausgerechnet der fanatische nationalsozialistische Schulleiter Paul Dittmer, der die kopierten Dokumente gegenzuzeichnen hatte. Dabei stellte sich heraus, dass Lüthjes Ehefrau am 26.9.1891 in Bahia, Brasilien, geboren worden war und es sich als schwierig erwies, aus Brasilien die notwendigen Dokumente beizubringen. Am 7.3.1940 wurde ein Vermerk in Lüthjes Personalakte gelegt: „Dr. Hans Lüthje ist weiterhin bemüht, den Nachweis der arischen Abstammung seiner Ehefrau aus Bahia zu erbringen.“²⁸

Es war für Lüthje eine mühevolle, schwierige und am Ende auch peinliche und gefährliche Angelegenheit, in einer für die Nationalsozialisten so wichtigen Angelegenheit wie der Bescheinigung „arischer Abstammung“, die Vorgesetztenstellen immer wieder vertrösten zu müssen. Am 7.12.1936 hatte Lüthje an die Schulverwaltung geschrieben, dass er „über Verwandte seiner Ehefrau vor Ort versuchen würde, die notwendigen Dokumente zu bekommen“.²⁹ Am 8.12.1938, nach dringlicher Aufforderung, die notwendigen Nachweise beizubringen, musste er antworten: „Trotz vielfacher Bemühungen meinerseits und der Verwandten meiner Frau ist es uns nicht gelungen, irgendwelche Papiere über die Eltern meiner Schwiegermutter beizubringen. Die Großeltern Kleinschmidt meiner Frau lebten in Bahia, wo auch meine Schwiegermutter, Frau Julia Meister, geborene Kleinschmidt am 18. Januar 1865 geboren ist. Nach unserem Wissen soll der Cornelius Adolph Kleinschmidt Deutscher oder deutscher Abstammung sein. Wir haben aber nicht herausbekom-

men, wann er nach Brasilien gekommen ist oder ob er dort geboren ist. Dasselbe gilt von seiner Frau Anna, geborene Schleusner. Meinen Verwandten und mir ist nicht bekannt, dass meine Ehefrau von jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt. Ich bin mir bewusst, dass ich bei wissentlich falschen Angaben ein Dienstverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung zu gewärtigen habe.“³⁰

Auch am 10.11.1940, da war Lühje schon Schulleiter der Heilwig-Schule, konnte er immer noch keinen Erfolg in dieser Angelegenheit melden: „Seit August 1939 stockt die Verbindung mit Südamerika so gut wie ganz. Trotzdem läuft noch wieder ein neuer Versuch über meine Schwägerin in Rio. Meine Hoffnungen, ein Vetter meiner Frau, Herr Alfred Domschke, ansässig in Bahia, würde mir beschleunigt helfen können, haben sich, anscheinend durch den Krieg bedingt, noch nicht verwirklicht. Ich schreibe Ihnen diese Zeilen, damit Sie sehen, dass die Angelegenheit nach wie vor intensivst von mir weiter verfolgt und bearbeitet wird. Wenn auch nicht die geringsten Zweifel einer rein arischen Abstammung meiner Frau vorliegen, habe ich selbst das größte Interesse daran, meine Papiere für mich vollständig in Ordnung zu haben. Ich hoffe, dass sofort nach Beendigung des Krieges, wenn nicht bis dahin bereits erledigt, die Frage sich schneller regulieren lassen wird.“³¹

Nach dem Krieg stellten sich ganz andere Fragen.

Erst einmal war Hans Lühje am 27.6.1945 vorübergehend auf Anordnung der britischen Militärregierung vom Dienst beurlaubt worden. „Gegen Ihre Amtsführung sind aus Elternkreisen Einwände erhoben worden wegen eines unzulässigen Druckes, den Sie für die Kinderlandverschickung ausgeübt hätten.“³²

Aus der umfangreichen Stellungnahme Lühjes ist bereits zitiert worden. Er konnte deutlich machen, dass er sich auf der Elternversammlung Mitte Dezember 1943 sehr zurückgehalten hatte in seiner Argumentation für den KLV-Standort Wittstock. Sehr schnell wurde dies von einflussreichen Eltern der Heilwig-Schule bestätigt, die ausdrücklich betonten, wie froh die Elternschaft darüber gewesen war, dass die Schule nicht in ferne Gauen ausgelagert worden war. Es waren Ärzte, Professoren und Rechtsanwälte, die sich gegenüber Oberschulrätin Emmy Beckmann für Lühje einsetzten. „In Wittstock ist er dem manchmal anmaßenden Auftreten des Ortsgruppenleiters energisch entgegengetreten und ist für seine Schülerinnen eingetreten. Sowohl dort wie in Scharbeutz ist der Unterricht trotz der erschwerten Verhältnisse in vorbildlicher Weise im besten Sinne mit einer Lehrerinnen und Kinder mitreisenden Freude am Erziehen durchgeführt worden. Als dann der Zusammenbruch nahe bevorstand, hat er seinem Versprechen den Eltern gegenüber getreu entgegen den Weisungen der KLV die Kinder sicher nach Hamburg zurückgebracht“, schrieb Prof. Otto Pratje, andere Eltern unterzeichneten.³³

Ein anderer Vater, der Arzt Dr. E. Röper, schrieb: „Um meine Tochter Lotte der Führung und dem Einfluß des in religiösen Dingen höchst geschmacklosen, in politischen und rassistischen Dingen ultra-nazieingestellten Dir. Lüth zu entziehen, bemühte ich mich um die Einschulung in der in tolerantem und liberalem Geist von Dr. Lüthje geleiteten Heilwig-Schule. Mir erscheint auch unter den heutigen Gesichtspunkten Dr. Lüthje ein durchaus geeigneter Schulleiter.“³⁴

Am 9.7.1945 wurde die Beurlaubung aufgehoben. Senator Landahl teilte Hans Lüthje mit: „Nähere Nachprüfungen haben erfreulicherweise ergeben, daß kein Bedenken gegen die Wiederaufnahme Ihres Amtes besteht.“³⁵

Am 7.9.1945 verfügte Senator Landahl, dass Lüthje mit Wirkung vom 8.9.1945 mit der Übernahme der Leitung der Emilie-Wüstenfeld-Schule beauftragt worden sei.³⁶

Dass diese Entscheidung auch im weiteren Verlauf der Entnazifizierung in Hamburg innerhalb der Schulbehörde durchaus nicht einvernehmlich war, ging aus einem Gutachten hervor, das Emmy Beckmann am 24.3.1947 an den Fachausschuss, zu Händen von Kurt Zeidler abgab. Möglicherweise war die Personalie Lüthje von Zeidler noch einmal problematisiert worden. Emmy Beckmann schrieb:

„Die Frage ob Herr Oberstudiendirektor Dr. Lüthje in seinem Amt belassen werden sollte, ist noch einmal im Kollegium der Abteilung für höhere Schulen besprochen worden. Herr Oberschulrat Schröder kam zu einer ablehnenden Antwort, die drei anderen Oberschulräte Merck, Franck und Beckmann zu einer Bejahung der Frage, und zwar aus folgenden Gründen: Herr Oberstudiendirektor Dr. Lüthje ist zwar durch die nationalsozialistische Schulverwaltung zum Oberstudiendirektor befördert worden, aber es wird von Mitgliedern der damaligen Schulverwaltung, die auch jetzt im Amt geblieben sind, (zum Beispiel Herrn Schulrat Dressel) bezeugt, daß seine Beförderung damals verschiedenen nationalsozialistischen Mitgliedern der Schulverwaltung durchaus nicht genehm war und nur gegen Widerstände durchgesetzt werden konnte. Auf der anderen Seite ist gewiß, daß er manche heftigen Kämpfe mit der Partei gewagt und ausgetragen hat, wenn er seine pädagogischen Aufgaben durch Anordnungen der Partei bedroht sah. Es ist sicher und von vielen Seiten bezeugt, daß er seine Schule mit großem pädagogischen Verantwortungsgefühl geführt hat und daß er sich über das durchschnittliche Maß mit voller Hingabe für das Wohlbefinden und die Erziehung aller einzelnen Schülerinnen eingesetzt hat. Herr Dr. Lüthje ist eine Persönlichkeit mit starkem pädagogischem Interesse unter regstem selbst-



Dr. Hans Lüthje, bei einem Klassentreffen nach seiner Pensionierung

bewußten Streben für die ihm anvertraute Schule, seine Mitarbeiter und die von ihnen gemeinsam zu leistende Erziehungs- und Bildungsaufgaben. Es ist ihm schon jetzt an der neuen Stelle gelungen, sein Kollegium, das in der überwiegenden Mehrheit fest zu ihm steht und seine Führungsqualitäten hoch schätzt, zu gemeinsamer Arbeit zu verbinden und zu hohen Arbeitsleistungen einzuspannen. Herr Dr. Lühje ist wohl viel mehr pädagogisch als politisch interessiert: seine politische Haltung ist allen Berichten nach einwandfrei und loyal. Er schaltet in seiner Schule als zielbewußter Führer in sehr männlicher Form, aber nicht als Diktator. Im Gegenteil bekennen die Kolleginnen dankbar, daß da, wo er wertvolle Qualität sieht, er sehr bereitwillig anerkennt und jedem echten Streben gern den erforderlichen Raum zu voller Wirkung gibt.

Frau Beckmann als Dezernentin würde es für einen schweren Fehler halten, wenn diese wertvolle pädagogische Persönlichkeit aus der Leitung einer unserer großen Schulen ausgeschaltet würde.“³⁷

Gegen Emmy Beckmann konnte sich offenbar auch Heinrich Schröder nicht durchsetzen. Die Tatsache, dass über eine Ablösung von Oberstudiendirektor Lühje überhaupt nur nachgedacht wurde, ist öffentlich meines Wissens nie bekannt geworden. Hans Lühje blieb im Amt, hatte in den 1950er-Jahren mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen, stellte aber, als er 1956 pensioniert werden sollte, den Antrag auf Weiterbeschäftigung. Am 6.2.1957 wurde er dann in den Ruhestand versetzt, arbeitete danach noch für das Pädagogische Institut der Universität Hamburg.³⁸

Am 8.6.1967 heiratete Hans Lühje noch einmal, Ingrid Schellenberg, geboren 1920.

Hans Lühje starb am 18.5.1977.³⁹

Anmerkungen

1 Alle Angaben laut Personalakte Hans Lühje, StA HH, 361-3_Nr 68332

2 Ebd.

3 Siehe Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 32.

4 Siehe Hamburgisches Lehrerverzeichnis für das Schuljahr 1935–1936, bearbeitet vom NSLB, Gau Hamburg, S. 103.

5 Entnazifizierungsakte Lühje, StA HH, 221-11_Ed 1039

6 Ebd.

7 Siehe: de Lorent 2016, S. 512 ff.

8 Personalakte a. a. O.

9 Hilde Dietz in einem Schreiben an mich vom 24.7.2012.

10 StA HH, 362-2/10_43

11 Ebd.

- 12 Ebd.
- 13 Schreiben vom 2.7.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 14 „Hamburger Tageblatt“ vom 1.4.1944, abgedruckt auch in: Heiligwig-Gymnasium, Festschrift zum 100-jährigen Bestehen, Hamburg Oktober 1981, S. 49.
- 15 Personalakte a. a. O.
- 16 Siehe die Biografie Dittmer, in: de Lorent 2016, S. 268.
- 17 Siehe ausführlich in den Biografien Schrewe und von Wedel in diesem Band.
- 18 Bericht von Schulleiter Hans Lühje, in: Gerhard Hoch: Yvonne Mewes – „Warten, dass ich mich ins Unrecht setze ...“, In: Ursel Hochmuth/Hans-Peter de Lorent (Hg.): Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 259ff. Abgedruckt auch in: Ingeborg Brusberg, www.stolpersteine-hamburg.de
- 19 Urteil des Landgerichtes Hamburg vom 28.8.1950, (50) 22/50, abgedruckt unter der Lfd. Nr. 234 in einer Urteilssammlung unter dem Stichwort: Denunziation, Hamburg, August 1944. Eine Kopie des Urteils ist mir von Gerhard Hoch 1985 zur Verfügung gestellt worden.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd., S. 12f.
- 22 Gerhard Hoch a. a. O.
- 23 Ebd., S. 260.
- 24 Gerhard Hoch a. a. O., S. 261f.
- 25 Gerhard Hoch a. a. O., S. 262.
- 26 Uwe Schmidt: Aktiv für das Gymnasium, Hamburg 1999, S. 260. Die Tatsache, dass Hans Lühje ein lebenslanger persönlicher Freund von Alfred Kleeberg gewesen war, der von Schmidt sehr geschätzt wurde und auch der Hintergrund, dass Lühje ebenso wie Kleeberg aktive Mitarbeiter des Hamburger Philologenvereins in der Zeit vor der Naziherrschaft waren (siehe Uwe Schmidt 1999, S. 343), mögen zu seinem Urteil beigetragen haben.
- 27 Hilde Dietz in einem Schreiben an mich vom 24.7.2012.
- 28 Personalakte a. a. O.
- 29 Personalakte a. a. O.
- 30 Personalakte a. a. O.
- 31 Personalakte a. a. O.
- 32 Senator Landahl in einem Schreiben vom 9.7.1945, Personalakte a. a. O.
- 33 Schreiben vom 6.7.1945, Personalakte a. a. O.
- 34 Personalakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Richard Lüh in diesem Buch.
- 35 Ebd.
- 36 Schreiben vom 7.9.1945, Personalakte a. a. O.
- 37 Angaben laut Personalakte a. a. O.
- 38 Personalakte a. a. O.
- 39 Personalakte a. a. O.

Reinhold Bierwirth

„Sehr ruhig, aber sehr bestimmt hat Herr Bierwirth das Kollegium wieder zu systematischer Arbeit geführt, die Schulzucht der Kinder gehoben.“ (1952)

Eine nicht untypische, dennoch erstaunliche Nachkriegskarriere machte Reinhold Bierwirth. 1909 geboren, wandte er sich nach dem Abitur an der Aufbauschule Hohe Weide einer Burschenschaft zu, „aus der er 1933 in die SA überführt“ worden war. Die unspektakuläre Aktivität eines jungen Lehrers während der NS-Zeit, Wehrmacht seit 1939, anschließende Kriegsgefangenschaft bis 1948, die für die Entnazifizierungsausschüsse eine mildernde Wirkung hatte. Schon drei Jahre später wurde Bierwirth als Schulleiter an der Volksschule Seilerstraße 34 auf St. Pauli eingesetzt. Damit war er einer von vielen Lehrern, deren NS-Belastung nach 1945 kein Makel war.

Reinhold Bierwirth wurde am 22.2.1909 in Hamburg geboren. Er besuchte von 1915 bis 1922 die Volksschule Altonaer Straße 58 und ging danach über auf die Aufbauschule Hohe Weide, die von der Schulverwaltung eingerichtet worden war, um begabten Volksschülern die Möglichkeit zu geben, das Abitur zu machen. Die Reifeprüfung bestand Reinhold Bierwirth dort am 10.9.1929.

Bierwirth begann danach an der Universität Hamburg ein Studium als Volksschullehrer mit den Fächern Deutsche Sprache und Literaturgeschichte und trat parallel dazu der Burschenschaft Hansea bei. Die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an Volksschulen bestand er am 11.2.1933. Zur Prüfungskommission gehörten der Erziehungswissenschaftler Gustaf Deuchler, der sich den Nationalsozialisten zugewandt hatte und der jüdische Psychologieprofessor William Stern, der später vor eben diesen Nationalsozialisten emigrieren musste.¹

Reinhold Bierwirth bekam eine Anstellung als Hilfslehrer an der Schule Poolstraße 10 und unterschrieb eine Verpflichtungserklärung, die in der Übergangsphase zur Herrschaft der Nationalsozialisten noch den Wortlaut hatte:

„Hiermit gelobe ich, daß ich das mir als Hilfslehrer von der Landesunterrichtsbehörde übertragene Amt nach der mir erteilten oder noch zu erteilenden Anweisung gewissenhaft ausführen, den dienstlichen Anordnungen meiner Vorgesetzten pünktlich Folge leisten und in Betreff aller zu meiner Kenntnis gelangenden Dienstangelegenheiten Verschwiegenheit beachten will. Vorstehende Verpflichtung ist am heutigen Tage unterzeichnet und durch Handschlag bekräftigt worden.“ Neben Reinhold Bierwirth unterschrieb diese Verpflichtung am 31.8.1933 auch Schulrat Fritz Köhne.²



Kollegium Poolstraße, 1934–1939. Alle männlichen Lehrer in der NSDAP. Von links: Wilhelm Blümel, Friedrich Leverenz (Stellvertretender Schulleiter), Werner Matthies (Schulleiter), Reinhold Bierwirth

Bierwirth arbeitete mit 24 Pflichtstunden an der von NSDAP-Mann Werner Matthies geleiteten Schule Poolstraße 10 (nach 1945 Rudolf-Ross-Schule) in einem kleinen Kollegium und bestand dort auch die zweite Lehrprüfung am 23.10.1936.

Am 15.10.1935 heiratete Reinhold Bierwirth Hildegard Pohl, mit der er vier Kinder bekam.³ Nach eigenen Angaben wurde er „als Mitglied der Burschenschaft Hansea am 15.11.1933 in die SA überführt“.⁴ Als Mitglied der SA-Gruppe „Hansa“ nahm Reinhold Bierwirth als „Vor- und Nachkommando am Reichsparteitag 1936 in Nürnberg teil, oder, wie es im Vordruck des Führers der Gruppe Hansa vom 20.7.1936 an die Schulverwaltung hieß: „Zum Reichsparteitag der NSDAP 1936 in Nürnberg vom 5.9.1936 bis zum 14.9.1936 ist der Sturmmann Bierwirth dienstlich zur Teilnahme befohlen. Es wird gebeten, Vorgenannten rechtzeitig beurlauben zu wollen.“⁵

Reinhold Bierwirth war 1933 auch Mitglied im NSLB geworden, ohne besondere Funktion, aber mit Dienstbefreiungen für Kurse und Lagerveranstaltungen des NSLB. In der SA wurde er Rottenführer, in die NSDAP trat er am 1.5.1937 ein.⁶

Für Wehrdienstübungen wurde er beurlaubt, die längste absolvierte er vom 17.8. bis zum 15.10.1938. Alles in allem keine herausragende NS-Karriere. Ein dabeigewesener Mitläufer, wie viele andere auch. Erst am 30.1.1939 wurde Reinhold Bierwirth zum Beamten auf Lebenszeit ernannt.⁷

Schulleiter Wilhelm Matthies, geb. 1893, Teilnehmer des 1. Weltkriegs von 1914 bis 1920 (mit frz. Kriegsgefangenschaft), nahm seit 1936 an jährlichen Reserveoffiziersübungen teil, meldete sich am 24.9.1939 zum Kriegsdienst und starb am



Lehrerzimmeridylle in der Volksschule für Mädchen Poolstraße 10: Identifizierbar die Lehrer Blümel, Bierwirth, Leverenz und der stets strahlende Schulleiter Matthies, stets in Parteiuniform (v. l.)

19.7.1945 nach einem Unfall als Kriegsgefangener als Hauptmann im Lazarett. Er wurde als Schulleiter während des Krieges von Friedrich Leverenz vertreten.

Am 30.10.1939 erfolgte Reinhold Bierwirths Einberufung zur Wehrmacht. Er war zu diesem Zeitpunkt 30 Jahre alt, hatte mit seiner Frau zwei Kinder (1936 und 1938 geboren), ein drittes Kind kam 1940 auf die Welt. Bierwirth nahm an Kriegshandlungen erst im Westen, dann im Osten teil, bis er am 19.4.1944 auf Kreta stationiert wurde. Am 15.6.1945 wurde er als Feldwebel auf Kreta gefangen genommen und geriet in englische Kriegsgefangenschaft. Zuerst war er untergebracht im Lager in Ägypten und dann bis Ende 1947 im Kriegsgefangenenlager auf Kreta.⁸

Am 2.1.1948 wurde Reinhold Bierwirth aus der Kriegsgefangenschaft entlassen und meldete sich am 7.1.1948 bei der Hamburger Schulverwaltung zurück, um wieder in den Schuldienst übernommen zu werden.⁹

Kriegsgefangene, zumal solche mit geringer NS-Belastung, erfuhren in der Regel milde Beurteilungen und wurden in Zeiten, in denen nach dem Krieg ein großer Lehrermangel herrschte, schnell wieder eingestellt.

Schon am 8.1.1948 hatte Schulrat Kurt Zeidler für den Entnazifizierungsausschuss eine politische Unbedenklichkeitserklärung für Reinhold Bierwirth ausgestellt, in der es hieß, dass „gegen den sofortigen Einsatz des am 7.1.1948 aus der englischen Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Lehrer Reinhold Bierwirth im Verwaltungsdienst der Schulbehörde Hamburg keine Bedenken bestehen.“¹⁰

Dem schloss sich der Beratende Ausschuss an und befand am 3.2.1948:

„Herr B. ist von dem Ausschuss gehört worden. Die geringen gegen ihn sprechenden Belastungen (Beitritt in die SA, Rottenführer) kann Herr B. glaubwürdig entkräften. Zur Unterstützung dieser Entkräftung sind gewichtige Gutachten vorgelegt. Der Beratende Ausschuss hat daher keinerlei Bedenken gegen Herrn B. und empfiehlt Bestätigung.“¹¹

Die „gewichtigen Gutachten“ kamen aus seinem ehemaligen Kollegium an der Poolstraße, unter anderem von Schulleiter Friedrich Leverenz, der in der NS-Zeit und auch nach 1945 die Schulleiterfunktion innehatte, selbst auch NSDAP-Mitglied gewesen war, der bezeugte, dass der ehemalige Burschenschaftler Reinhold Bierwirth „ohne sein Zutun“ in die SA überführt worden war, aber „sich nicht aktiv für den Nationalsozialismus eingesetzt, vielmehr oft scharfe Kritik geübt“ hätte: „Seine Arbeitskraft und sein Einsatz galten der Schule.“¹² Auch Mitläufer konnten sich gegenseitig entlasten.

Nun war Reinhold Bierwirth sicherlich kein besonderer NS-Aktivist gewesen. Am 5.3.1948 trat er seinen Dienst wieder im vertrauten Umfeld der Poolstraße 10 an. Erstaunlich war hingegen der nächste Karriereschritt. Als an der Volksschule Seilerstraße 43 auf St. Pauli der bisherige Schulleiter, Heinz Beck, Ostern 1951 pensioniert wurde, schlug Schulrat Robert Werdier den Lehrer Reinhold Bierwirth als kommissarischen Schulleiter vor. In seinem Gutachten schrieb er:

„Er ist ein fleißiger, erfolgreicher und sehr geschickter Pädagoge, an dem die Kinder hängen und der von den Eltern sehr geschätzt wird. Er ist stark sozial interessiert und bemüht sich um jedes einzelne Kind. Von den Kollegen wird er wegen seines verbindlichen Wesens und wegen seiner steten Einsatzbereitschaft anerkannt. Der Findungsausschuß hat sich auf ihn geeinigt. Das Kollegium der Volksschule Seilerstraße 43 hat diesem Vorschlag zugestimmt.“¹³

Nach einem Jahr musste Schulrat Werdier ein Bewährungsgutachten über Reinhold Bierwirth schreiben, in dem es hieß:

„Ihm war keine leichte Aufgabe zugefallen, da das Kollegium durch den sehr entgegenkommenden Herrn Beck in jeder Weise verwöhnt worden war und einen Hang zur Bequemlichkeit zeigte. Sehr ruhig, aber sehr bestimmt hat Herr Bierwirth das Kollegium wieder zu systematischer Arbeit geführt, die Schulzucht der Kinder gehoben und sich unablässig bemüht, dass auch eine Reihe von Renovierungen der Schulräume vorgenommen wurden. An der Abstimmung nahmen 16 Mitglieder des Kollegiums teil, zwölf entschieden sich für Herrn Bierwirth, drei stimmten gegen ihn, ein Mitglied enthielt sich der Stimme. Ich befürworte die Ernennung des Herrn Bierwirth zum Rektor auf Lebenszeit.“¹⁴

So geschah es, Reinhold Bierwirth wurde am 28.7.1952 zum Rektor auf Lebenszeit ernannt, seine Urkunde von Bürgermeister Max Brauer unterzeichnet.¹⁵

Die Berufsbiografie von Reinhold Bierwirth war nicht untypisch. Für Leitungsstellen nach 1945 standen nur in Ausnahmefällen Personen zur Verfügung, die keinerlei Verstrickung mit dem NS-Regime hatten. In vielen Fällen wurden sogar ehemalige Funktionsträger im Hamburger Schulwesen während der NS-Zeit wieder mit Leitungsaufgaben betraut und im Falle von Reinhold Bierwirth, der nach seinem zweiten Lehrerexamen abzüglich seiner Kriegsteilnahme und der anschließenden Gefangenschaft erst sechs Berufsjahre im Hamburger Schulwesen absolviert hatte, zählten sicherlich auch die gemachten Führungserfahrungen als Feldwebel mit, die ihn für die Leitung einer Schule qualifizierten.

Am 1.3.1958 gratulierte ihm die Schulverwaltung zum 25-jährigen Dienstjubiläum, wobei die Zeit in der Wehrmacht und der Kriegsgefangenschaft offenbar mitgerechnet worden waren.¹⁶

Reinhold Bierwirth erkrankte 1962 schwer an einem Magengeschwür, wurde einige Wochen im Krankenhaus Elim behandelt, wo er am 30.6.1962 verstarb.¹⁷

Anmerkungen

1 Alle Angaben laut Personalakte Reinhold Bierwirth, StA HH, 361-3_A 2334. Siehe dazu auch die Biografie Gustaf Deuchler, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 142ff.

2 Ebd.

3 Ebd.

4 Entnazifizierungsakte Bierwirth, StA HH, 221-11_20360 KAT

5 Personalakte a. a. O.

6 Entnazifizierungsakte a. a. O.

7 Personalakte a. a. O.

8 Entnazifizierungsakte a. a. O.

9 Personalakte a. a. O.

10 Entnazifizierungsakte a. a. O.

11 Entnazifizierungsakte a. a. O.

12 Erklärung vom 28.1.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.

13 Gutachten vom 12.1.1951, Personalakte a. a. O.

14 Gutachten vom 5.3.1952, Personalakte a. a. O.

15 Personalakte a. a. O.

16 Personalakte a. a. O.

17 Personalakte a. a. O.

Emma Lange

1933 von der NS-Schulverwaltung als Schulleiterin abgesetzt – zehn Jahre später wieder berufen

Eine der wenigen Frauen im Hamburger Schulwesen, die sowohl in der Weimarer Republik als auch während der NS-Zeit eine Rolle gespielt hat, war Emma Lange. Sie war sozial engagiert und hatte sich der Mädchenerziehung verschrieben. Als Schulleiterin der Schule Schanzenstraße 15 gewählt, musste sie ihr Amt 1933 aufgeben, arbeitete an ihrer Schule aber weiter als Lehrerin, engagierte sich im NSLB als Leiterin der Gau-fachschaft für Mädchenerziehung. Als die Leiter und Lehrer der Schule zur Wehrmacht gerufen wurden, übertrug man Emma Lange 1943 erst die Stellvertretung der Schule und dann die Schulleitung. Nach rascher Entnazifizierung wurde sie am 1.8.1945 wieder als Schulleiterin eingesetzt. Sie war keine Täterin, aber ein Rädchen im Getriebe, das zum Funktionieren des Systems beitrug.

Emma Lange wurde am 2.11.1891 in Hamburg als Tochter des Kaufmanns Ernst Lange geboren. Ihr Leben war geprägt durch harte soziale Bedingungen. In ihrem Lebenslauf, den sie für ihre erneute Schulleiterbestellung am 14.3.1945 schrieb, stellte sie zwar fest: „Ich verlebte inmitten meiner vier Geschwister eine frohe Jugendzeit.“ Die wahrte allerdings nicht lange: „Leider verloren wir in meinem 6. Lebensjahr meinen Vater. Von der Zeit an mußte meine Mutter allein für unseren Unterhalt und unsere Erziehung sorgen.“¹ Das mag ihr Frauen- und Mädchenbild geprägt haben.

Wie noch zu zeigen sein wird, fühlte sich Emma Lange zeitlebens für ihre Mutter und ihre zwei Schwestern und zwei Brüder verantwortlich und unterstützte sie nach Kräften, insbesondere als ihr zweiter Vater, der Kaufmann Karl Petersen im April 1911 plötzlich an einer Blutvergiftung starb.²

Emma Lange besuchte acht Jahre lang eine Hamburger Volksschule und trat danach in das Hamburger Lehrerinnen-Seminar über, das sie nach fünf Jahren am 11.3.1911 mit durchweg guten Noten in der ersten Lehrprüfung erfolgreich abschloss.³ Sie finanzierte ihre Lehrerausbildung mit täglich ein bis zwei Privatstunden im Hause des Hamburger Kaufmanns Robert Heidrich, „dessen zwei Kinder ich bis zur Einjährigen-Reife führte“.⁴

Anschließend begann sie ihre Lehrtätigkeit an der Volksschule Schanzenstraße 105, an der sie in unterschiedlichen Positionen bis zu ihrer Pensionierung tätig blieb.

Ihr soziales Engagement und ihre nicht versiegende Arbeitskraft bewies sie auch dadurch, dass sie seit ihrem 15. Lebensjahr bis 1933 in allen Sommerferien

„ehrenamtlich in der Tageskolonie Moorwärder gearbeitet hatte“. Sie schrieb, sie sei „infolge meiner langjährigen Mitarbeit in allen Fragen der Mädchenbetreuung maßgeblich am Ausbau der Kolonie“ beteiligt gewesen.⁵

Emma Lange war 1932 zur Schulleiterin gewählt worden, nachdem der langjährige Schulleiter, Hermann Grünhagen, am 1.3.1932 in den Ruhestand getreten war. Damals waren mit Emma Lange zwölf Lehrerinnen und drei Lehrer im Kollegium der Schule. Ein Jahr später, als die Nationalsozialisten die Schulpolitik bestimmten, standen Schulleiterinnen in „Führerfunktionen“ nicht hoch im Kurs, Emma Lange wurde durch einen Kollegen der Schule Rellinger Straße, Hellmuth Riecks, abgelöst, sie arbeitete weiter als Lehrerin an der Schule und im sozialen Bereich. „Im Kriegsjahr 1914 rief mich die Behörde für Jugendfürsorge zur ehrenamtlichen Jugend- und Waisenpflegerin in meinem Schulbezirk. Dieses Amt habe ich im Jahre 1938 infolge größerer Inanspruchnahme durch meine Arbeiten für den NSLB niederlegen müssen, da ich 1933 zur Gausachbearbeiterin für Mädchenerziehung ernannt worden war und einige Jahre später Mitarbeiterin unserer Reichszeitung (NS-Mädchenerziehung) wurde.“⁶

Emma Lange definierte sich nicht politisch, sondern sozial, ihr Anliegen war die Mädchenerziehung und sie merkte nicht, dass sie durch ihr Engagement durchaus eine politische Funktion im nationalsozialistischen Hamburger Schulwesen innehatte. Sie war, wie sie selbst erklärte, seit dem 1.5.1933 Mitglied des NSLB, in der NS-Frauenschaft ab dem 1.6.1934, in der NSV seit 1934, trat auch am 1.5.1937 in die NSDAP ein, von außen gesehen, ohne Not, da sie zu diesem Zeitpunkt von ihrem Schulleitungsamt entpflichtet war.⁷

Ausgehend von ihrer Funktion als Gauverantwortliche für die Mädchenerziehung war Emma Lange seit 1933 mit „Einzelvorträgen im Rahmen der Lehrerfortbildung und in Schulungslehrgängen auch in der Lehrerinnenfortbildung“ aktiv.⁸

Später sollte es für Emma Lange hilfreich sein, dass sie von Beginn ihrer Lehrtätigkeit an der Schule Schanzenstraße 105 mit Fritz Köhne, der dort als Lehrer arbeitete, freundschaftlich verbunden war. Als sie sich aufgrund großer familiärer Not am 25.10.1938 an den Präsidenten der Schulverwaltung, Karl Witt, um Unterstützung wandte, nannte sie ihre Leumundszeugen: „Herr Schulrat Köhne, der mich aus gemeinsamer Lehrtätigkeit seit 27 Jahren kennt, sowie Fräulein Dr. Barrelet, die mich in meiner Tätigkeit im NSLB seit 1933 genauer kennen lernte, sind bereit, meine Glaubwürdigkeit zu bezeugen.“⁹

Das Schreiben von Emma Lange an die Schulverwaltung enthielt die Bitte um finanzielle Unterstützung. Es soll in einem Auszug zitiert werden, weil es ihre unfassbare persönliche soziale Not dokumentiert, aber auch bezeichnend ist dafür, wie die Lebensverhältnisse in den geschilderten Jahren waren:

„Als im April des Jahres 1911 mein zweiter Vater, der Kaufmann Karl Petersen, plötzlich an einer Blutvergiftung starb und meine Mutter und drei Geschwister unversorgt zurückließ, war es selbstverständlich, daß ich, solange die Ausbildung meines älteren Bruders, der Lotse werden wollte, dauerte, restlos mein Geld meiner Mutter zur Verfügung stellte, um meinen Bruder in seiner Ausbildung, die er sich selbst ersparen mußte, nicht zu behindern. Mitte Juli 1914 bekam er nach bestandener Prüfung für weite Fahrt sofort die Stelle eines II. Offiziers bei der Kosmos-Linie und hätte von diesem Tage ab mich in meinen häuslichen Verpflichtungen entlastet, wenn er gekonnt hätte. Nach einer lebensgefährlichen Flucht aus Antwerpen hat er vom ersten Kriegstage an ununterbrochen Frontdienste geleistet, bis er auf einem Fluge über England am 11. Dezember 1917 den Heldentod erlitt. Ich habe meinen Bruder, als er den zwingenden Wunsch äußerte, als Flieger dem Vaterlande dienen zu wollen, in die Hand versprochen, bis zuletzt für unsere Mutter zu sorgen und meinem jüngeren Bruder, der damals noch ein Kind war, die Ingenieurlaufbahn zu ermöglichen. Dies Versprechen habe ich nur unter schwerstem Verzicht auf eigenes Lebensglück und dadurch, daß ich täglich mehrere Privatstunden gab, halten können. Meine jüngere Schwester, die nach vierjähriger Berufsausbildung eine sichere Stellung bekleidete und mich in meinen Verpflichtungen unterstützen wollte, starb 1919 plötzlich. 1923 hatte mein jüngerer Bruder seine Ausbildung als Schiffbauingenieur abgeschlossen. Er konnte aber trotz bester Zeugnisse, da die Werften still lagen, jahrelang in seinem Berufe keine Beschäftigung finden. Zu allem Unglück erkrankte er 1924 schwer an einer Lungenentzündung. Da er damals in keiner Kasse war, mußte ich, um Arztkosten, Tag- und Nachtschwester und eine lange Pflege bezahlen zu können, 300 Mark Vorschuß von der ‚Gesellschaft der Freunde‘ und 200 Mark Vorschuß von unserer Behörde erbitten. Es hat über ein Jahr gedauert, bis ich dieses Geld abbezahlt hatte. 1929 erkrankte meine ältere Schwester, die ihrer zarten Gesundheit wegen niemals einen Beruf ergreifen konnte, daher auch in keiner Kasse war, sehr schwer, wie das anliegende Attest bescheinigt. Seit 1932 leidet meine jetzt 79-jährige Mutter an einer nicht mehr heilbaren Altersverschleimung.“¹⁰

Emma Lange führte weiter aus, welche Ausgaben damit verbunden waren, aber auch was dies für sie persönlich bedeutet hatte:

„Infolge der laufenden Verpflichtungen und der angeführten, ungewöhnlich großen Ausgaben habe ich in meiner 27-jährigen Tätigkeit noch nicht ein einziges Mal eine Erholungsreise machen können. Meine ebenso lange ehrenamtliche Beschäftigung als Jugend- und Waisenpflegerin in meinem Schulbezirk, sowie meine 26-jährige Arbeit am Aufbau der Tageskolonie Moorwärder, in der ich Sommer für Sommer unter den Kindern zubrachte, ließen mich einen kleinen Ausgleich für den Verzicht auf eigene Kinder und körperliche Erholung finden.“¹¹



Emma Lange 1936, Schanzenstraße 105: engagiert, selbstlos und uneitel.

Dies alles nötigt Empathie für Emma Lange ab.

Nichtsdestotrotz war Emma Lange, sozial engagiert und aus eigener Sicht unpolitisch, durch ihre NSLB-Funktion für die Mädchenbildung ein nützliches Rädchen im Getriebe des Systems.

Zumindest bedenklich war, was Emma Lange in ihrer Funktion als Gau-Sachbearbeiterin für Mädchenerziehung 1936 in der HLZ schrieb. Da hieß es:

„Die neue Mädchenerziehung steht vor der Aufgabe, echtes Frauentum, auf das allein die Pflichten der Frau im Volke und in der Familie gestellt sind, zu bilden. In den Hamburger Volksschulen für Mädchen zeigt sich heute viel ernstes Mühen, durch Erziehung zu rassistisch-völkischem Denken und Handeln den Sinn für Rasseinheit schon mit der heutigen Jugend tief in der Volksseele zu verankern. Aus der Verbindung der Schule mit den feierlichen Anlässen an den großen Tagen der Nation und aus den vielen kleinen stimmungsvollen Volkstumsfeierstunden erwächst ein Wachsein für viele Frauen unseres Volkes, eine langsame Vertiefung nationaler Gesinnung. Vielerlei praktische Versuche beweisen den ernstesten Willen, alles Werkschaffen der Mädchen in der Volksschule so auszurichten, daß schon hier die Grundlage für eine gesunde Entwicklung hausmütterlicher Fähigkeiten vorbereitet werde; es soll Untüchtigkeit der Frauen bei den ihnen allen gemeinsamen Aufgaben mehr und mehr ausgeschaltet werden.“¹²



Emma Lange 1936 Schanzenstraße 105: An den Rand geschoben. Wenn Schulleiter oder Stellvertreter in den Krieg zogen, wurden andere Männer an deren Stelle gesetzt, bis an der Schule keine Männer mehr vorhanden waren.

Damit war Emma Lange schon mehr als ein Rädchen im Getriebe. Auch mit Sätzen wie: „Es muß uns gelingen, jene Besinnung, aus der heraus der Nationalsozialismus neue Kulturmöglichkeiten erschließen will, bis in die Grundschule hineinzutragen und um unsere Mädchen eine Atmosphäre heiterer Ruhe zu schaffen, in der die in rührender Einfachheit oft schon im kleinen Kinde angelegte Mütterlichkeit am besten behütet werden kann; es muß uns gelingen, das der Mädchenschule eigene innere Leben im lebendigen Zusammenhang mit der Familie zu bringen, der wichtigsten erzieherischen Lebensform unseres Volkes. (...) Es wäre leicht, die Verinnerlichung der Mädchenbildung zur Vollendung zu führen, könnten wir jedes Ideal, von dem wir sprechen, auch zugleich vorleben. (...) Und mahnt nicht vor allem unser Führer uns, die Kraft des Idealbildes nicht gering zu achten?“¹³

Emma Lange schrieb von „einem leuchtenden Vorbild jener typisch deutschen Mutter, der lebensstüchtigen, opferwilligen Frau, die nur helfen und beglücken will und dadurch bis ins hohe Alter Beraterin und Lenkerin ihrer Kinder und treue Gefährtin ihres Mannes bleibt. Gelänge es uns darüber hinaus, dann noch, das reifere Mädchen so weit zu führen, daß es gefühlsmäßig erfaßt oder auch nur erahnt, daß das Warten- und Schweigenkönnen, das gütige Übersehen eines Unrechtes zur Größe der mütterlichen Frau gehört und daß die Tugenden, die unser Führer von

jedem Deutschen fordert: ‚Treue, Tapferkeit und Opfersinn‘ auch im Leben jeder deutschen Frau Bedeutung haben, wird es leicht ein Vorbild finden, nach dem es sich, wenn auch zuerst unbewußt, zu erziehen beginnt.“¹⁴

Das ist aus heutiger Sicht schon ziemlich gruselig.

Als im Laufe der Kriegszeit immer mehr Lehrer und Schulleiter, auch der Schule Schanzenstraße 105 in den Kriegsdienst gezogen wurden, machte die Schulverwaltung Emma Lange 1943 zunächst zur stellvertretenden Schulleiterin und anschließend übergab man ihr sogar wieder die Schulleitung der Schule. Schulrat Backeberg schrieb einen sehr positiven Befähigungs- und Leistungsbericht über sie am 26.10.1944. Darin hieß es:

„Fräulein Emma Lange steht seit vielen Jahren in Hamburg mit an führender Stelle für die besonderen Belange der Mädchenerziehung. Sie ist eine Führungspersönlichkeit im besten Sinne.“¹⁵ Er bescheinigte ihr „Tüchtigkeit im öffentlichen Leben. Sie hat einen sicheren Blick für die Notwendigkeit des Augenblicks sowie die große Linie. Jegliches Geltungsbedürfnis ist ihrem Wesen fremd. Fräulein Lange ist eifrig bemüht, auf den Gebieten der Psychologie und der Methodik des Unterrichts auf dem Laufenden zu bleiben. Ihr Unterricht in den oberen Klassen der Volksschule ist erfolgreich. Sie ist eine geschickte Gestalterin des Lehrergesprächs. Organisatorische Begabung ist ihr eigen. Sie kann vorgeschlagen werden als Rektorin.“¹⁶

Aus dem Archiv der Schule Schanzenstraße 105 sind drei Schreiben der Schulleiterin Emma Lange erhalten geblieben, die deutlich machen, was in den Zeiten 1943 bis 1945, in der ein geregelter Unterricht nicht mehr möglich war, an Problemen für Schulleitungen entstanden.

Am 1.11.1943 wandte sich Emma Lange an den zuständigen Schulrat Dietrich Ossenbrügge:

„Durch Zufall erfahre ich heute morgen, daß im Erdgeschoß und im ersten Stock des Schulhauses Schanzenstraße 105 eine feste Wand im Treppenhausbogen hochgemauert werden soll, um im Katastrophenfall die in die Schule geflüchteten Volksgenossen (die Schanzenstraße ist Auffangschule) ganz von den im 1. bis 3. Stock untergebrachten 400 Italienern zu trennen. Gegen das Hochziehen solcher Wände ist als dringlicher Grund anzuführen, daß die Flure des Erdgeschosses und des ersten Stockes dadurch stockdunkel werden, daß ferner der für die Italiener im Erdgeschoss eingebaute 200-Liter Kaffeekeßel in das erste Stockwerk verlegt werden müßte, wodurch nochmals eine Flurwand stark beschädigt werden würde. Lehrer, Hausmeister, Kinder und gegebenenfalls Obdachlose sind vom Zugang zu den Toiletten abgeschlossen. Hiermit im Zusammenhang muß der Schulverwaltung mitgeteilt werden, daß das saubere Schulhaus, da wir seit der Katastrophe weder

Wasser noch Heizung haben, jetzt bereits völlig verschmutzt ist. Ungeziefer und ekelerregender Auswurf pp. werden in immer stärkerem Maße beobachtet. Die Latrinen und die Unsauberkeit auf dem Hofe sind für unsere das Schulhaus eng umwohnenden Volksgenossen berechtigte Gründe zunehmenden Anstoßes und bedauerlich anwachsender Unzufriedenheit.“¹⁷

Einen Monat später schrieb Schulleiterin Emma Lange an die Bauabteilung der Schulverwaltung, und es wurde deutlicher, mit wem die Schule das Gebäude teilen musste: „Beschädigte Schulaborte durch das Militär-Interniertenlager Arbeitskommando 1028 (400 Italiener).“¹⁸

Dies sagte nun mehr über die Lebensbedingungen der internierten Italiener in einer Hamburger Schule aus: „Seit etwa 14 Tagen benutzen die 400 in die Schule gelegten Italiener unsere im Keller liegenden Schulaborte, während sie bis dahin zwei auf dem Hofe angelegte Latrinen aufsuchen mußten. In dieser kurzen Zeit sind, da die Aborte trotz der Wasserspülung ständig verstopft sind, – es sind für 400 Italiener, die 16 Mädchenaborte naturgemäß nicht ausreichend – drei Abortbecken zertrümmert worden, nicht etwa aus Mutwillen, sondern aus Unkenntnis bei dem Versuch, die stark verstopften Becken zu durchspülen. Da die Hausmeistertoilette an dasselbe Rohr angeschlossen ist, wird sie bei jeder Verstopfung ebenfalls unbrauchbar. Ich bitte die Bauabteilung der Schulverwaltung, sich dieser Angelegenheit anzunehmen, denn wenn weiterhin die Toilettenbecken so zahlreich zertrümmert werden, werden für die Kinder, wenn wir das für den Unterricht noch brauchbare Erdgeschoß für Schulzwecke verwenden sollten, keine Toiletten vorhanden sein. Außerdem muß ich die Bauabteilung darauf aufmerksam machen, daß die Italiener an ihren freien Sonnabendnachmittagen und ihren Sonntagen in großer Zahl ihr Zeug auswaschen, wobei in allen Stockwerken der Flurboden im weiten Umkreise um die Wasserbecken herum stundenlang unter Wasser steht.“¹⁹

Es gab noch eine Steigerung. Am 23.5.1945, als der Krieg zu Ende war, teilte Emma Lange der Schulverwaltung mit, wie die italienischen Militärgefangenen das Kriegsende begangen hatten:

„In der Nacht vom 6./7. Mai haben die Italiener, die in den oberen drei Stockwerken der Schule untergebracht sind, die Türen zu den der Schulverwaltung vorbehaltenen Räumen des Erdgeschosses erbrochen, sowie sämtliche Materialschränke, die Schreibtische der Leiter und das gesamte wertvolle Lehr- und Lernmaterial beider Schulen gestohlen. Nach dem in den folgenden Tagen die Schlösser wieder in Ordnung gebracht worden waren, die Türen zum Teil vernagelt wurden und die Materialräume von geschulten Packern der Transportfirma Pommerenke mit Bänken, Schränken und Turmgeräten vollständig zugebaut worden waren, ist trotzdem

aus einem dieser Räume einige Tage später das Klavier der Schwerhörigenschule nachts in das Lager geholt worden und von dort einen Tag später mittags aus dem hinteren Treppenhaus der Schule weggeschleppt worden, so daß die im Erdgeschoß untergebrachte englische Wachmannschaft, die inzwischen abgelöst worden ist, diese Plünderung nicht bemerkt hat. Leider sind sämtliche Bemühungen der Schulverwaltung und eine sofortige Durchsuchung des Lagers erfolglos geblieben. Bedauerlicherweise werden weiterhin täglich Schulbänke, Schränke und Stühle immer wieder aus den verschlossen gehaltenen Räumen gestohlen und zu Kleinholz zertrümmert, womit sich die Italiener ihre kleinen eisernen Öfen heizen, die in fast jedem zweiten Klassenraum stehen. Ich bitte die Schulverwaltung, die englische Militärbehörde um Hilfe zu ersuchen, daß sie veranlassen möge, daß durch Anschlag im Lager unter Strafandrohung bekannt gemacht wird, daß die Diebstähle von Schulmöbeln schwer bestraft werden, und daß die englische Wache beauftragt werden möge, einzuschreiten, daß die Schulmöbel nicht zu Kleinholz zertrümmert werden.“²⁰

Emma Lange hatte noch ein anderes persönliches Problem. Sie war seit 1943 total ausgebombt und wohnte ebenfalls in der Schanzenstraße 105.²¹

Mit der Entnazifizierung hatte sie hingegen kein Problem. In ihrem Fragebogen hatte sie zwar ihre NSLB-Mitgliedschaft ab dem 1.5.1933 angegeben, aber wahrheitswidrig bei der Zusatzfrage: „Ämter bekleidet?“ geantwortet: „Nein.“²²

Sie wurde am 1.8.1945 von dem noch im Amt befindlichen Schulrat Backeberg, der kurz darauf suspendiert wurde, mit der Schulleitung der Schule Hohe Weide 12 beauftragt, aber am 25.9.1945 dann mit der Schulleitung ihrer alten Schule Schanzenstraße 105 beauftragt. Wahrscheinlich trat Emma Lange so deutlich sozial und pädagogisch aktiv in Erscheinung, dass ihre NS-Mitgliedschaften, insbesondere im NSLB, dagegen völlig verblassten. Als Schulrat Robert Werdier am 10.3.1947 für ihre Bestätigung als Schulleiterin einen Bericht verfassen musste, stellte er fest:

„Frau Emma Lange war bis 1933 gewählte Leiterin der Mädchenschule Schanzenstraße 105, wurde dann von den Nazis abgesetzt und im Sommer 1945 wieder in ihr altes Amt eingeführt. Sie ist in jeder Beziehung vorbildlich. Auch Lehrer und Studenten des Sonderlehrgangs der Hohen Weide, die hier ihre praktische Arbeit ableisten, rühmen die pädagogische Arbeitsfreudigkeit der Leiterin und des Kollegiums. Gerade die Schanzenstraße ist mir dafür ein Beweis, dass es bei einer Schule nicht so sehr auf das Gebäude ankommt, sondern auf den Geist, der Lehrkörper, Elternschaft und Kinder zusammenhält. Ich bitte, Frau Lange zu bestätigen.“²³

Fritz Köhne zeichnete diesen Bericht ab und die Unrichtigkeit, dass Emma Lange nicht erst im Sommer 1945, also in der Nach-Nazizeit, wieder als Schulleiterin eingesetzt wurde, sondern schon bevor, fiel nicht weiter ins Gewicht.

Emma Lange blieb eine geachtete Schulleiterin der Nachkriegszeit, weiter sozial aktiv und an der Mädchenbildung interessiert. Über den Anfang nach dem Krieg schrieb Emma Langes Nachfolgerin, Ingrid Möller:

„Als schließlich im Sommer 1945 der Unterricht wieder aufgenommen wurde, war das Haus durch die vorhergegangene Belegung durch italienische Soldaten und Ausgebombte, durch Dienststellen verschiedener Art in seinen oberen Stockwerken vorerst nicht für Schulzwecke zu gebrauchen. Im Erdgeschoß wurden die ersten Klassen notdürftig eingerichtet und mit wenigen Lehrkräften, die alle zwei Klassen mit mehr als 60 Kindern führten, begann der Schulbetrieb wieder. Schnell stieg die Zahl der Kinder, so daß zeitweise auf eine Lehrkraft 65 Schülerinnen fielen. Neben dem Unterricht galt es in diesen ersten Nachkriegsjahren vor allem der äußeren Not abzuhelpfen. Lebertran und Essen wurden in der Schule verteilt, bei der Schuhsohlenbeschaffung versuchte man zu helfen. Statt 350–400 Kinder wie in den Vorkriegsjahren besuchten schließlich 1000 Mädchen die Schule, so daß 1946 Schichtunterricht eingeführt werden mußte. Dank Frau Langes stetiger Bemühungen, oft in Zusammenarbeit mit der Elternschaft, normalisierte sich allmählich der Unterrichtsbetrieb, das ganze Haus konnte schließlich von der Mädchenschule übernommen werden und ein ruhigeres Arbeiten beginnen.“²⁴

Eine ehemalige Schülerin, H. Ruchatz, erinnerte sich an Emma Lange:

„Unsere Schulleiterin war Fräulein Emma Lange, eine sehr warmherzige und verständnisvolle Frau, aber auch Respekt einflößend. Sie sprach in einem ruhigen Tonfall, ihre braunen Augen hinter dicken Brillengläsern guckten jedem immer freundlich entgegen. Ihre damals kaum grauen, dunklen Haare trug sie zu einem Zopf geflochten und dann zu einer Haarkrone aufgesteckt. Ihre Figur war rundlich und wirkte sehr mütterlich. Meiner Erinnerung nach trug sie fast immer knöchellange Röcke und langärmelige Blusen mit einer Wollweste oder -jacke darüber und dunkle Schnürstiefel. Aber das kann auch nur eine Erscheinung der damaligen Verhältnisse gewesen sein, denn Schuhzeug gab es nicht zu kaufen. Viele meiner Schulkameradinnen kamen, so lange es die Witterung noch zuließ, barfuß. Für die heutige Zeit waren wir alle sehr eigenartig gekleidet. Wer erinnert sich nicht an die Mäntel aus Woldecken und die Stricksachen aus den aufgeribbelten amerikanischen Zuckersäcken? Ich hab nie mehr so viele rote Faltenröcke bei Mädchen gesehen wie im Sommer 1946. Sie waren aus den Fahnen genäht worden.

Nach der Einschulung waren ungefähr sechs Wochen oder etwas mehr vergangen, als uns Fräulein Schmonsos sagte, am morgigen Tag würde der Schulrat und eine Delegation der britischen Militärbehörde kommen, und wir sollten uns ordentlich am Unterricht beteiligen. Am nächsten Morgen, es war wohl ein stilles Übereinkommen zwischen uns allen gewesen, hatte jeder sein bestes Kleidungs-

stück an und wer hatte, dem thronte am Ende seiner Tolle eine Haarschleife im Haar, genannt ‚Butterlecker‘, oder war eine solche in die Zöpfe eingeflochten. Es wurden noch einige Stühle in unsere Klasse gestellt. Dann erschien Fräulein Lange mit der ganzen Gefolgschaft. Der Schulrat im Anzug begrüßte Fräulein Schmonses mit Handschlag, die Engländer in Uniform nickten ihr zu. Geräuschlos hatten wir uns erhoben, sagten ‚Guten Morgen‘ und sangen stehend ein Lied. Diesmal gab Fräulein Lange das Zeichen zum Hinsetzen. Jetzt begann der Unterricht. Wir bekamen ein Märchen vorgelesen. Zu meiner Verwunderung wurde Fräulein Schmonses hochrot im Gesicht, als sie mit dem Vorlesen begann. Ich guckte zu der Besuchergruppe und merkte erst jetzt, daß auch eine Frau unter den Engländern saß. Statt der langen Hose trug sie einen uniformfarbenen Rock und dazu farblich abgestimmte Seidenstrümpfe, für damalige Zeiten etwas absolut Schickes. Während über die Gesichter des Schulrates und Fräulein Langes häufig ein Schmunzeln lief, blieben die Gesichter der Engländer ernst. Als das Klingelzeichen das Unterrichtsende angekündigt hatte, erhob sich Fräulein Lange, lobte unsere Mitarbeit und sprach dann zu den Engländern auf Englisch. Heute ist das wohl in so einem Falle eine Selbstverständlichkeit, aber damals waren wir mucksmäuschenstill, lauschten auf jedes Wort, und Fräulein Langes Ansehen wuchs und wuchs. Noch am nächsten Tag war unser aller Gesprächsstoff Fräulein Lange, unsere Schulleiterin, die so gut Englisch sprechen konnte.“²⁵

Zu Frau Langes Pensionierung schrieb Landesschulrat Ernst Matthewes:

„Über 40 Jahre haben Sie Ihre Kraft und Ihre Liebe der Jugend geschenkt. Sie haben helle und dunkle Tage des Hamburger Schulwesens miterlebt, von dem Aufbruch neuer pädagogischer Kräfte über die Blütezeit des Schulwesens in Hamburg bis zu dem Niedergang unserer Schule. Und in den bitteren Tagen nach dem Zusammenbruch haben sie tapfer Hand angelegt, um die schlimmsten Folgen zu beseitigen helfen. Immer aber stand hinter Ihrem Wirken ein warmherziger, gütiger, aber auch ein kluger, umsichtiger Mensch. Ich darf es ihnen am Ende ihrer Dienstzeit sagen: Sie haben Kindern, Kollegen und Eltern sehr viel gegeben, und wir alle waren und sind sehr stolz auf Sie, denn Sie haben in ihrer bescheidenen und unauffälligen Lebensarbeit Pflichterfüllung und Menschlichkeit, sachliche Tüchtigkeit und Güte zu einer schönen Einheit gebracht.“²⁶

Emma Lange antwortete darauf: „Ich hätte vorher niemals geglaubt, daß es so schwer sein könnte, eine Arbeit aufgeben zu müssen, die man viele Jahre lang gern getan hat. Daß nun mal Sie, lieber Herr Matthewes, davon wissen, daß es mir mit Herrn Werdiers Hilfe gelungen ist, die schon fast zerstörte Schule wieder so aufzubauen, wie sie mir aus ihrer besten Zeit – als auch Herr Köhne hier als Lehrer wirkte – vor Augen stand, habe ich dankbar aus Ihren Worten empfunden.“²⁷

Die Menschlichkeit und das soziale Engagement sollen und können Emma Lange nicht bestritten werden, eine politische Eintrübung in den dunklen Jahren der NS-Herrschaft muss dennoch konstatiert werden.

Emma Lange starb am 5.4.1971.²⁸

Anmerkungen

- 1 Personalakte Emma Lange, StA HH, 361-3_A 3972
- 2 Laut Schreiben von Emma Lange vom 25.10.1938, Personalakte a. a. O.
- 3 Entlassungszeugnis vom 26.3.1911, Personalakte a. a. O.
- 4 Lebenslauf, Personalakte a. a. O.
- 5 Ebd.
- 6 Ebd. Zu den Schulleiterbestellungen siehe die Hamburgischen Lehrer-Verzeichnisse für die Schuljahre 1932–1933 und 1935–1936, herausgegeben von der Gesellschaft der Freunde und dem Verein Hamburger Volksschullehrerinnen, bzw. dem Nationalsozialistischen Lehrerbund.
- 7 Alle Angaben laut Entnazifizierungsakte Emma Lange, StA HH, 221-11_Ed 1991
- 8 Lebenslauf, Personalakte a. a. O.
- 9 Schreiben vom 25.10.1938, Personalakte a. a. O. Zu Fritz Köhne siehe: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 61 ff.; sowie: Caesar Hagener: Fritz Köhne – Mythos und Wirklichkeit, in: Ursel Hochmuth/Hans-Peter de Lorent (Hrsg.): Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 244 ff.; zu Sophie Barrelet siehe: de Lorent 2016, S. 352 ff.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Emma Lange: Mädchen Erziehung in den Hamburger Volksschulen, HLZ 51/52-1936, S. 470f.
- 13 Emma Lange 1936, S. 470.
- 14 Emma Lange 1936, S. 471.
- 15 Befähigung-und Leistungsbericht 26.10.1944, Personalakte a. a. O.
- 16 Ebd.
- 17 Schreiben vom 1.11.1943, StA HH, 362-3/2_Abl. 2006/1, 40
- 18 Schreiben vom 1.12.1943, StA HH, 362-3/2_Abl. 2006/1, 40
- 19 Ebd.
- 20 Schreiben vom 23.5.1945, StA HH, 362-3/2_Abl. 2006/1, 40
- 21 Laut Personalakte, a. a. O.
- 22 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 23 Bericht vom 10.3.1947, Personalakte a. a. O.
- 24 Schule Altonaer Straße 100 Jahre, 1884–1984, Festschrift, Hamburg 1984, S. 76.
- 25 Schule Altonaer Straße 100 Jahre, 1884–1984, Festschrift, Hamburg 1984, S. 81 ff.
- 26 Schreiben vom 29.6.1957, Personalakte a. a. O.
- 27 Schreiben vom 31.7.1957, Personalakte a. a. O.
- 28 Laut Personalakte, a. a. O.

Adelheid Barrelet

„Dieses Gelöbnis schwang sich auf im sieghaften Gruß an den Führer.“

Wie ihre Schwester Sophie, galt Adelheid Barrelet als eine der wenigen überzeugten Nationalsozialistinnen, die während der NS-Zeit in Hamburg sowohl im NSLB als auch im Schulwesen eine exponierte Stellung einnahm. Verwunderlich war dies aufgrund der Herkunft der beiden, deren Großväter Pastoren waren und deren Eltern französisch-schweizerische Herkunft hatten bzw. in London geboren waren. Im Unterschied zu Sophie, die eine starke intellektuelle Begabung hatte und sich in der Lehrerausbildung und im Sportunterricht insbesondere den Mädchen widmete, war Adelheid Barrelet im Erzieherinnenbereich tätig, organisierte diese Berufsgruppe im NSLB und hatte offenbar eher eine praktische, soziale Ader. Adelheid Barrelet wurde 1933 zur Leiterin des Fröbelseminars berufen und erreichte später sehr viel schneller die Entnazifizierung als ihre Schwester Sophie Barrelet.

Adelheid Barrelet wurde am 30.12.1898 in Hamburg geboren. Sie war die Tochter des Kaufmanns Edouard Barrelet und seiner Frau Mary Adelaide, geb. Walbaum. Ihre Herkunft ließ die spätere Hinwendung zum Nationalsozialismus nicht unbedingt erwarten. Ihr Vater entstammte einer französisch-schweizerischen Familie. Der Großvater und andere Familienmitglieder wirkten lange als Pastoren der Französischen Kirche, eng verbunden mit der Hugenotten-Gemeinde in Hamburg. So war Adelheid Barrelet von Kindheit auf mit der französischen Sprache vertraut. Bei den zahlreichen Familienbesuchen in der Schweiz wurde stets Französisch gesprochen.

Auch mit dem Englischen waren die Kinder Barrelet aufgewachsen. Mit ihrer Mutter, die in London geboren wurde und lange dort gelebt hatte, sprachen sie stets Englisch. Großvater und Urgroßvater mütterlicherseits waren deutsche Hofprediger am englischen Hof gewesen. Adelheid Barrelet hatte neben Sophie noch zwei weitere Geschwister.¹

Adelheid Barrelet besuchte das private Lyzeum von Frau M. Mittel von 1905 bis 1915 und absolvierte danach eine Kindergärtnerinnenausbildung, die sie am 13.3.1917 abschloss. Anschließend arbeitete sie zunächst als Praktikantin und Gehilfin, später als Leiterin in verschiedenen Tagesheimen und Horten. Nachdem sie am 5.3.1930 eine Jugendleiterinnenprüfung abgelegt hatte, übertrug man ihr zum 1.4.1930 die Leitung des Kindertagesheims Barmbek. In ihren Zeugnissen wurde stets das soziale

Engagement von Adelheid Barrelet besonders betont und gewürdigt. „Frau Barrelet hatte sich durch ihre mütterliche Wärme, ihr großes soziales Verständnis, ihre völlige Hingabe an den Dienst am Anderen und ihr großes pädagogisches Können, die Liebe und Anhänglichkeit der Kinder und ihrer Eltern, der Schülerinnen und der Mitarbeiterinnen in so starkem Maße erworben, daß ihr Fortgehen eine Lücke hinterlässt, die schwer auszufüllen ist“, wurde in ihr Zeugnis geschrieben, als sie 1932 an das staatliche Fröbelseminar wechselte.²

Für das Fröbelseminar war Adelheid Barrelet von dessen Leiterin, Konradine Lück angeworben worden. Zwischen beiden bestand offenbar ein langjähriger Kontakt. Als am Fröbelseminar eine Stelle frei geworden war, beantragte Konradine Lück im März 1932 bei Oberschulrätin Emmy Beckmann, Adelheid Barrelet einzustellen. Ihre Begründung: „Frau Barrelet hat seit Jahren unsere Schülerinnen in der Praxis angeleitet, sowohl die der Kindergärtnerinnen- und Hortnerinnen-Seminare als auch den Jugendleiterinnen-Kursus und besitzt ein besonderes Geschick in der Behandlung und Unterweisung junger Menschen. Ihre unterrichtlichen Fähigkeiten hat sie während des Ausbildungsjahres am hiesigen Jugendleiterinnen-Seminar bewiesen. Sie hat damals einige Zeit an der Berufsschule Schrammsweg unterrichtet, die mit ihren Leistungen außerordentlich zufrieden war. Da sie sehr intelligent und wissenschaftlich sehr interessiert und gut vorgebildet ist, würde sie unseres Erachtens ein sehr wertvolles Mitglied unseres Seminars werden.“³ Aus dem Zeugnis in ihrer Personalakte geht hervor, dass Adelheid Barrelet die Prüfung als Jugendleiterin bei Konradine Lück absolviert und am 15.3.1930 bestanden hatte.⁴

Adelheid Barrelet trat zum 1.5.1932 eine Jugendleiterin-Stelle am Staatlichen Fröbelseminar an. Ein Jahr später, als die Nationalsozialisten die Personalpolitik in den Hamburger Schulen bestimmten, wurde Adelheid Barrelet zur Leiterin des Fröbelseminars bestimmt, Konradine Lück zu ihrer Stellvertreterin.⁵ Konradine Lück arbeitete in dieser Funktion noch bis zu ihrer Pensionierung am 1.4.1935, 50-jährig.⁶ Überraschenderweise meldete sie sich noch einmal am 29.9.1945 zu Wort, als Adelheid Barrelet entlassen worden war und sich um ihre Entnazifizierung bemühte. Lück schrieb: „Fräulein Adelheid Barrelet ist mir aus der Zeit vor 1933 als meine Schülerin in der Ausbildungszeit und später als Leiterin des Heimes am Jacob Moresweg bekannt. Sie fiel im Jugendleiterinnen-Kursus auf durch besondere Begabung für pädagogische und soziale Arbeit und große Hingabebereitschaft für ihren Beruf. Sie hatte starke religiös-kirchliche Bindungen und stand in regsten Beziehungen zur Anschargemeinde, der sie angehört. Sie hat dann im Jacob Moresweg unter den schwierigsten Verhältnissen eine ausgezeichnete soziale und pädagogische Arbeit aufgebaut – ohne den geringsten politischen Einschlag. Auch tat sie ihre Arbeit mit unermüdlicher Hingabe an allen, die der Hilfe bedurften, ganz gleich, welcher



Adelheid Barrelet, 1933

politischen Partei sie angehörten.“⁷ Es scheint zwischen beiden Frauen eine gute, einvernehmliche Beziehung bestanden zu haben. Dass sich dies später ganz anders darstellte, werde ich am Ende noch genauer beschreiben.

Am 1.5.1933 war Adelheid Barrelet in die NSDAP eingetreten, zum selben Zeitpunkt auch in den NSLB und in die NS-Frauenschaft.⁸ Im NSLB übernahm sie die Leitung für die Gaufachgruppe Kindergärtnerinnen, Hortnerinnen und Jugendleiterinnen. Für diese war sie rührig aktiv, wie ein Blick in die Veranstaltungshinweise vieler HLZs unterm Hakenkreuz belegt. Dabei vermischte Adelheid Barrelet mitunter NSLB-Aktivitäten und ihre berufliche Funktion.

Für Veranstaltungen der von ihr geleiteten NSLB-Fachgruppe gab sie als Anmeldestelle stets das staatliche Fröbel-Seminar an.⁹

Anders als ihre Schwester Sophie war Adelheid Barrelet nicht die Ideologin, die durch Aufsätze in der HLZ auffiel, sie war die Organisatorin, die Veranstaltungen plante und durchführte, auf denen nationalsozialistische Themen behandelt wurden. So etwa am 7.1.1936 zum Thema: „Die Gestaltung des Lebens im Kindergarten und Tagesheim nach den Forderungen des Nationalsozialismus“ („Hans Schemms Forderung: Die Kraftquelle im Kinde muss offen gehalten werden.“). Adelheid Barrelet schrieb dazu: „Die große Umgestaltung des deutschen Volkes geht uns alle wesentlich an, nicht weil unsere Zusammenarbeit mit HJ, NSV, NSF usw. erwartet und verlangt wird, sondern weil die schöpferischen und gestaltenden Kräfte des Nationalsozialismus zu ihrer Verwirklichung der Erziehung des Volkes, der Eltern und Kinder bedürfen. – Aus dieser Erkenntnis, aus Verantwortungsbewußtsein, erwächst die Verpflichtung zu tätigster Mitarbeit!“¹⁰

Für ihre Fachgruppe organisierte sie einen Abend zum Thema: „Die Rassenfrage des Nationalsozialismus“.¹¹ Oder auch schlicht: „Die Aufgaben der Kindergärtnerinnen, Hortnerinnen und Jugendleiterinnen im Dritten Reich.“ Dabei fungierte sie selbst als Rednerin.¹²

Es waren ideologische Themen und keine berufsspezifischen Fortbildungen. Wie etwa: „Bevölkerungspolitik“, „Vererbung und Erziehung“, „Erbgesundheitspflege“. Als Referent war der Parteigenosse Dr. August Hagemann vorgesehen, für Rassenkunde in der Lehrerfortbildung und im NSLB zuständig.¹³ Adelheid Barrelet setzte sich darüber hinaus auch für die Arbeitsplatzinteressen ihrer Kolleginnen ein. In der HLZ schrieb sie:

„Das Deutsche Frauenwerk, Abteilung Mütterdienst, beabsichtigt Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen, soweit sie weltanschaulich zuverlässig sind, und das

Alter von über 25 Jahren haben, als hauptamtliche Lehrkräfte einzustellen. Zunächst sollen die stellenlosen Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen bedacht werden. Die in Frage kommenden Berufskameraden sollen sich Kenntnisse in Kurzschrift und Maschinenschreiben aneignen. – Wir sind durch diese Maßnahme des Reichsmütterdienstes in der Sicherstellung der Berufsarbeit auch der alten Berufskameraden einen guten Schritt weitergekommen. In Zukunft wird die junge Kindergärtnerin, Hortnerin und Jugendleiterin, solange sie die Arbeit leisten kann, in der Erziehungsarbeit am Kinde stehen, die ältere Berufskameradin wird, soweit sie weltanschaulich zuverlässig ist, ihre Berufserfahrungen in der Schulung der Mütter einsetzen können.“¹⁴

Adelheid Barrelet verfasste auch Berichte von Tagungen, an denen sie teilgenommen hatte. Darin zeigte sie, dass sie zu jeder Zeit eine überzeugte Nationalsozialistin war: „Der NSLB ist Kampforganisation und muß es bleiben. Die Erzieherin hat in ihm große Aufgaben. Es ist aber notwendig, daß sie, soweit sie nicht durch die Arbeit im NSLB voll in Anspruch genommen ist, sich zur Mitarbeit in den Gliederungen der Partei zur Verfügung stellt, nur so kann die Zusammenarbeit aller weiblichen Kräfte in unserem Volke gewährleistet werden.“¹⁵

Wie ihre Schwester Sophie, liebte auch Adelheid das Gemeinschaftserlebnis nach Tagungen und Lehrgängen: „Wir alle haben durch Handschlag gelobt, daß wir unsere Arbeit in den Gauen in treuer Gefolgschaft leisten werden. Dieses Gelöbniß schwang sich auf im sieghaften Gruß an den Führer. – Der Lehrgang klang aus in einem frohen, harmonischen Kameradschaftsabend, der uns alle zusammenschloß, bis die ersten Kameraden mit dem Nachtzug Bayreuth verlassen mußten. Wir alle haben in diesen Tagen der Arbeit und der Kameradschaft große innere Bereicherung erfahren. Wir scheiden aus diesem Lager voll tiefen, ehrlichen Dankes mit der heiligen Verpflichtung, auf unserem Arbeitsplatz mit den uns gegebenen Kräften treu und tapfer unsere Pflicht zu tun im Dienste an Führer und Volk.“¹⁶

Adelheid Barrelet war häufig unterwegs und bekam dafür Dienstbefreiung vom Fröbelseminar. Etwa zur Reichstagung der Erzieherinnen und zur Gautagung der ostpreußischen Erzieherschaft in Königsberg vom 27. bis 30. Mai 1937, wo sie über die Berufsausbildung der Kindergärtnerinnen referierte.¹⁷ Bei einer ähnlichen Zusammenkunft des NSLB in Bayreuth vom 22. bis zum 27. Februar 1937, oder für die Erarbeitung einheitlicher Vorschriften für die Ausbildung der Kindergärtnerinnen, für die das Reichsministerium sie als Leiterin einer Arbeitsgruppe nach Berlin einlud.¹⁸ Adelheid Barrelet scheute keine Arbeit und keine Wege. 1935 teilte sie der Landesunterrichtsbehörde mit, dass die meisten Kolleginnen ihrer Schule in den Sommerferien an einem Schulungslager teilnehmen würden, sie ebenso, bei einer Wanderung durch Ostpreußen, so dass sie eine Vertretung und eine Ansprechpartnerin benennen musste.¹⁹

Interessant am Rande ist, dass auch im Nationalsozialismus der politische Wille bei Beförderungen nicht ohne weiteres beamten- und laufbahnrechtliche Bestimmungen zur Seite schieben konnte. Adelheid Barrelet leitete das Fröbelseminar über lange Zeit mit der Besoldung einer Jugendleiterin. So wies der Präsident der Landesunterrichtsbehörde, Karl Witt, das für Personalangelegenheiten zuständige Hamburgische Staatsamt darauf hin, dass Adelheid Barrelet das staatliche Fröbelseminar und die staatliche Kinderpflegerinnenschule zusammen leite, an der 24 Personen beschäftigt seien. Adelheid Barrelet, der wegen „besonderer Eignung in nationalsozialistischer und fachlicher Beziehung die Leitung der Anstalten übertragen ist, werden lediglich Bezüge der Besoldungsgruppe A8 gezahlt. Die Möglichkeit, ihr eine Stellenzulage zu gewähren, besteht deshalb nicht, weil diese Stellenzulage nur für die Gewerbelehrer der Besoldungsgruppe 12 und 13 vorgesehen ist. Es liegt aber im dienstlichen Interesse, daß dem Leiter der genannten Anstalten eine seiner Stellung und seine Leistungen entsprechende Besoldung zuteil wird. Die Besoldung nach Gruppe A8 als Jugendleiter kann nicht als angemessen angesehen werden, da sowohl die dienstlichen Leistungen, wie auch die dienstliche Verantwortung über die Anforderungen, die sonst an Jugendleiterinnen gestellt werden, weit hinausgehen. Die Landesunterrichtsbehörde ist der Ansicht, daß der Jugendleiterin Barrelet eine verfügbare Stelle eines Gewerbelehrers Gruppe A13 übertragen wird. Fräulein Barrelet hat die Voraussetzungen der Anstellungsfähigkeit für Gewerbelehrer allerdings nicht erfüllt. Aus den angeführten Gründen beantrage ich aber, der Jugendleiterin Adelheid Barrelet unter Absehen von den Voraussetzungen für die Anstellungsfähigkeit als Gewerbelehrer die zum 1. Oktober des Jahres frei werdende Stelle eines Gewerbelehrers zu übertragen.“²⁰

Welche Konstruktion. Der Leiter des Staatsamtes, Oscar Toepffer, konnte diesem Antrag „aus grundsätzlichen Erwägungen nicht entsprechen“ und wies darauf hin: „Das Hamburgische Beamtenbesoldungsgesetz sieht als Entgelt für die Tätigkeit als Schulleiter grundsätzlich die Gewährung von Stellenzulagen vor, die nur so lange gewährt werden, als die Schulleitertätigkeit ausgeübt wird. Ein Abweichen von dieser Regelung in Einzelfällen ist nicht angängig.“²¹

Es dauerte noch bis zum 1.7.1938, bis Adelheid Barrelet eine ruhegehaltsfähige und unwiderrufliche Stellenzulage von 700 Reichsmark für die Leitung des Fröbelseminars gewährt wurde. Zum 1.8.1942 konnte die Behörde sie dann zur Berufsschuldirektorin mit der entsprechenden Besoldung befördern.²²

Am 2.7.1945 wurde Adelheid Barrelet vom Dienst beurlaubt, zehn Tage später vorläufig mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte einer Lehrerin an der Kinderpflegerinnenschule beauftragt. Am 21.9.1945 schrieb ihr Senator Landahl, dass „Sie aufgrund des Gesetzes Nr. 6 der Militärregierung mit sofortiger Wirkung aus dem Beamtenverhältnis suspendiert sind“.²³

Adelheid Barrelet reagierte darauf am 30.9.1945 und erklärte: „Durch meine soziale Arbeit als Leiterin eines besonders schwierigen Kinderheimes in Nord-Barmbek und einer Gruppe von arbeitslosen männlichen und weiblichen Jugendlichen hatte ich die damalige große soziale Not in unserer Volks mit all ihren Gefahren kennengelernt. Die NSDAP versprach in ihren Zielen, die soziale Frage zu lösen, die Not der Arbeitslosigkeit zu beseitigen, und eine Volksgemeinschaft zu gründen, in der in gegenseitiger Hilfsbereitschaft alle Not gemeistert werden sollte. In dieser sozialen Aufbauarbeit wollte ich mitarbeiten und sah damals die einzige Möglichkeit dafür im Rahmen der NSDAP. Deshalb trat ich in die Partei ein.“²⁴

Adelheid Barrelet legte im Weiteren den Hauptakzent auf den kirchlichen Hintergrund ihrer Familie: „Ich bin in kirchlichem Sinne erzogen. Meine beiden Großväter waren Pastoren, ebenso fast alle meine Vorfahren väterlicher- und mütterlicherseits. Meine Mutter ist in London geboren und aufgewachsen, wo mein Großvater und Urgroßvater Hofprediger an der deutschen Hofkapelle waren. Mein Vater war gebürtiger Schweizer, mein Großvater väterlicherseits Pastor an der französisch-reformierten Kirche in Hamburg. Ich habe durch meine Eltern und durch Reisen in die Schweiz, nach England und in die Vereinigten Staaten von Amerika das Ausland schon früh kennen und schätzen gelernt. Ich habe mich immer bemüht, in meinem Beruf das Verständnis für andere Völker zu wecken.“²⁵

Johannes Schult, vor 1933 Oberschulrat in der Schulbehörde und 1945 wieder als Oberschulrat für den Berufsschulbereich zurückgekehrt, legte Senator Landahl am 11.10.1945 einen Vermerk vor, in dem es über Adelheid Barrelet hieß:

„Sie wird allgemein geschätzt und insbesondere um ihre vorbildliche Haltung und ihren unermüdlichen Einsatz in allen sozialen Fragen sehr gelobt. Insbesondere wird ihre stark religiös-kirchliche Bindung allgemein hervorgehoben. Ich habe von Fräulein Barrelet einen guten Eindruck gewonnen und ich kann daher ihr Gesuch um Wiedereinstellung befürworten. Da sie als Jugendleiterin sicherlich noch sehr wertvolle Arbeit leisten kann, empfehle ich, Fräulein Barrelet unter Rückversetzung ins Lehramt weiter zu beschäftigen.“²⁶

Senator Heinrich Landahl notierte darauf handschriftlich: „Ich kann dem Vorschlag nicht zustimmen. Frl. B. ist in zu vielen Organisationen gewesen, außerdem war sie überzeugte Nationalsozialistin. Ihr Vorschlag hat auch bei der Militärregierung keine Aussicht.“²⁷

Barrelets Rechtsanwalt, Walter Tachau, schrieb an die Schulverwaltung:

„Wenn sie gemeint hat, daß sie ihre soziale Arbeit im Rahmen der NSDAP besser erfüllen könnte, so ist sie wie so viele andere ein Opfer der Irrlehre des Nationalsozialismus und der verlogenen Propaganda der Nazis geworden. Es ist völlig ausgeschlossen, daß Frau Barrelet, der weiter nichts am Herzen lag, als durch ihre

Tatkraft der bedrohten und verletzten Jugend zu helfen, sich mit den Zielen der Nazis, die ihr wie so vielen anderen verborgen geblieben waren, einverstanden erklärt haben könnte.“²⁶

Damit konnte man nicht durchkommen bei einem Entnazifizierungsausschuss, in dem Personen saßen, die das öffentliche Wirken von Adelheid Barrelet im NSLB verfolgt hatten. So schrieb der Beratende Ausschuss am 20.9.1946: „Nach Auffassung des Beratenden Ausschusses, die sich auf die mit Frau Barrelet geführte Unterhaltung stützt, ist letztere aktivistische Nationalsozialistin gewesen. Sie hat sich in der Partei, in der Frauenschaft und als Fachgruppenleiterin in dem NSLB in Rede und Schrift jederzeit für den Nationalsozialismus eingesetzt. Eine weitere Verwendung in der Jugenderziehung kann aus diesem Grunde nicht befürwortet werden.“²⁸

Mitglied des Beratenden Ausschusses war auch Johannes Schult, der nunmehr zu einer anderen Überzeugung gekommen war.

Adelheid Barrelet brachte im folgenden eine ganze Anzahl von Leumundzeugnissen bei, die ihr soziales Engagement und ihre Menschlichkeit im Arbeitsalltag betonten.

Der Berufungsausschuss gab der von Barrelet eingelegten Berufung am 9.6.1947 statt, „mit der Maßgabe, daß Sie in die gleiche Stellung, die Sie vor 1933 bekleideten, wieder eingesetzt werden“.²⁹

Während das Entnazifizierungsverfahren sich hinzog, hatte Adelheid Barrelet eine Beschäftigung beim Evangelischen Hilfswerk gefunden, aus der sie „zur Zeit nicht abkömmlich“ sei. Sie bat um Beurlaubung ohne Gehalt aus dem Schuldienst für ein Jahr.³⁰

Möglicherweise betrachtete Adelheid Barrelet es selbst als sensible Frage, wieder in dem Bereich zu arbeiten, für den sie während der zwölf Jahre des Nationalsozialismus die Verantwortung gehabt hatte und in dem sie auf Kolleginnen treffen würde, für die sie alle Veranstaltungen des Nationalsozialistischen Lehrerbundes mit deutlicher ideologischer Orientierung geleitet hatte. Es dauerte bis 1950, bis Adelheid Barrelet in der Schulverwaltung vorstellig wurde. Am 20.2.1950 legte ein Mitarbeiter von OSR Schult ihm einen Vermerk vor: „Fräulein Barrelet hat ihren Dienst noch nicht wieder aufgenommen, da sie im evangelischen Hilfswerk beschäftigt war. Wie ich erfahren habe, möchte sie nun wieder in den Schuldienst eintreten. Sie war bisher immer im Fröbelseminar tätig. Dort sind zu Ostern des Jahres zwei Jugendleiterinnen-Stellen frei geworden. Ob Fräulein Barrelet für diese Schule, wo sie zuletzt als Direktorin tätig war, wieder erwünscht ist, dürfte noch festzustellen sein. Sonst werden Jugendleiterinnen nur noch bei der Kinderpfle-

gerinnen-Schule der F/Altona und der WV beschäftigt. Ob an diesen Schulen im Augenblick eine Jugendleiterin benötigt wird, ist mir nicht bekannt. Können Sie sich vielleicht mit Frau Oberschulrat Pollitz verständigen, ob Fräulein Barrelet zu Ostern eine der freiwerdenden Stellen für Jugendleiterinnen bekommen kann?³¹

Tatsächlich erwies es sich als großes Problem, Adelheid Barrelet an einer dieser Schulen zu beschäftigen, an der sie keine Unbekannte war. Die Anfragen bei den jeweiligen Schulleitungen blieben erfolglos, es wurden Stellen- oder Platzprobleme angeführt. In einem handschriftlichen Vermerk wurde nach einem Gespräch der zuständigen Oberschulrätin Alice Pollitz und der neuen Direktorin des Fröbelseminars, Luise Besser, festgehalten: „Beide Damen sind zu der Überzeugung gekommen, daß es ganz ausgeschlossen ist, Frl. Barrelet an ihrer alten Wirkungsstätte wieder zu beschäftigen, zumal sie jetzt die Jugendleiterinnen unterrichten müßte, die sie früher zu Kindergärtnerinnen ausgebildet hat.“³²

Am Ende schrieben sich OSR Schult und OSRin Pollitz jeweils kurze Vermerke. Schult: „Ich habe versucht, Fräulein Adelheid Barrelet an einer der berufsbildenden Schulen unterzubringen. Aber es besteht nirgends ein Bedarf. In ähnlichen Fällen habe ich die herabgestuften Direktoren wieder an ihrer früheren Schule beschäftigt, und es geht ganz gut. Da am Fröbelseminar Stellen frei sind, wäre es das Natürlichste, Fräulein Barrelet dort wieder zu beschäftigen. Sie ist noch ziemlich weit von der Altersgrenze entfernt, kennt die Arbeit, ist verträglich und würde dem Staat Gehalt ersparen, wenn sie wieder eingestellt werden würde.“³³ Frau Pollitz antwortete darauf: „Das Fröbelseminar ist mit Lehrkräften jetzt voll besetzt. Außerdem halte ich meine Bedenken gegen die Beschäftigung von Frau Barrelet im Fröbelseminar aufrecht. Ich möchte raten, Frau Barrelet der Jugendbehörde zur Verfügung zu stellen, die sicher einen großen Bedarf an Jugendleiterinnen hat.“³⁴

In kaum einem vergleichbaren Fall waren die Schwierigkeiten, belastete, aber entnazifizierte ehemalige nationalsozialistische Aktivisten wieder zu beschäftigen, so groß, aber auch so gut dokumentiert in der Personalakte wie im Fall Barrelet. Der Mitarbeiter von OSR Johannes Schult teilte ihm am 16.5.1950 mit: „Am 10.5.1950 war Frl. Barrelet hier, um nach ihrer eventuellen Wiedereinstellung nachzufragen. Ich habe ihr mitgeteilt, daß wir im Augenblick keine Verwendung für sie hätten und Frau OSR Pollitz angeregt hätte, sie der Jugendbehörde zur Verfügung zu stellen. Frl. Barrelet machte darauf aufmerksam, daß sie in ihrem Alter nicht mehr gut bei der Jugendbehörde zu verwenden sei. Sie glaubt aber, an den W-Schulen den allgemeinen Unterricht geben zu können.“³⁵

Es dauerte noch bis zum 5.4.1951. Dann wurde Adelheid Barrelet in der Gewerbe- und Hauswirtschaftsschule Harburg wieder eingestellt.³⁶ Am 27.10.1952 erfolgte dann ihre Verbeamtung auf Lebenszeit.

Mit der Entscheidung des Leitenden Ausschusses zum Abschluss der Entnazifizierung vom 31.7.1952 und mit Hinweis auf den Art. 131 des Grundgesetzes wurde Adelheid Barrelet dann auch wieder als Berufsschuldirektorin zur Wiederverwendung bezeichnet und erhielt die entsprechende Besoldung.³⁷

Adelheid Barrelet, die in der NS-Zeit so großen Wert auf Fortbildungen und Lager-Schulungen gelegt hatte, beantragte nur noch einmal die Teilnahme an einer Tagung der Stuttgarter Gemeinschaft Arzt und Seelsorger vom 8. bis zum 12.6.1960 in Berlin. Sie erhielt Unterrichtsbefreiung und das Fahrgeld erstattet mit besonderem Hinweis auf das Thema im Programm: „Zur Rettung des Menschlichen in unserer Zeit.“³⁸

Bald darauf stellte Adelheid Barrelet den Antrag auf Pensionierung, die dann am 31.3.1962 vollzogen wurde.³⁹

Adelheid Barrelet starb am 19.9.1978.⁴⁰

Ein Nachwort zu Konradine Lück⁴¹ und ihrem Verhältnis zu Adelheid Barrelet.

Mir schien, als hätte sie eine Art Mentorin-Funktion für Adelheid Barrelet gehabt. Sie hatte sie ausgebildet und begleitet, schien ohne Widerstand 1933 die Stellvertreterinfunktion an der Schule übernommen zu haben und sprach sich 1945 in dem zitierten Leumundsschreiben für die Wiedereinstellung von Adelheid Barrelet aus. Ein Blick in ihre Personalakte vermittelte nun ein gänzlich anderes Bild.

Konradine Lück war so etwas wie ein Gegenentwurf zu Adelheid Barrelet. Am 5.7.1885 in Freienwalde an der Oder geboren, als Tochter des Oberstudiendirektors eines Gymnasiums und Geheimrats Dr. Robert Lück, machte sich Konradine Lück auf den Weg zu einer ungewöhnlichen und breit gefächerten Bildungsentwicklung. Sie besuchte eine höhere Mädchenschule in Steglitz, später die Königliche Augustaschule in Berlin, anschließend bis 1904 das königliche Berliner Lehrerinnenseminar, wo sie Ostern 1904 die Prüfung für höhere und mittlere Schulen bestand. Parallel dazu warf sie einen Blick in die Methoden des Blindenunterrichts und der Blindenfürsorge in Steglitz und hatte während ihrer Seminarzeit regelmäßigen Kontakt zu blinden Kindern und jungen Mädchen. Sie war Vorstandsmitglied der Frauenhilfe, ging danach für zwei Jahre nach England, wo sie in dem Hause eines Politikers tätig war, der als Sekretär der liberalen Partei fungierte, arbeitete danach an einer Schule in der Nähe von Liverpool, wo sie 13- bis 18-jährige Mädchen im Deutschen und Französischen, zum Teil auch in Mathematik unterrichtete. Danach, wieder in Berlin, unterrichtete sie an einer Privatschule in Steglitz Französisch und Englisch und gab fakultative Lateinkurse für Schülerinnen der Oberklassen. Anschließend war sie am städtischen Lyzeum (mit Studienanstalt) elf Jahre lang tätig. Danach erkrankte sie an einer fieberhaften Polyeythämie, deren Ursache jahrelang

kein Arzt entschlüsseln konnte, eine Krankheit, die sie fünf Jahre lang bis 1922 aus dem Schuldienst ausscheiden ließ.⁴² Die anschließenden Stationen waren die Arbeit für die Auslandsabteilung des russischen Kulturministerium auf Veranlassung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, publizistische Tätigkeit, Arbeit in einer Fröbel-Arbeitsgemeinschaft. Danach bestand Konradine Lück 1925 „die verkürzte humanistische Reifeprüfung beim Provinzial-Schulkollegium in Berlin“, sie studierte dann in Berlin Philosophie, Psychologie und Pädagogik, speziell bei Prof. Eduard Spranger, danach in Hamburg bei Prof. William Stern und Prof. Ernst Cassirer mit dem Ziel einer anschließenden Promotion. Daraus wurde nichts, weil sie vom Fröbelseminar in Hamburg 1929 als Lehrerin eingestellt und 1930 zur Leiterin des Fröbelseminars ernannt wurde.⁴³

Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten wurde, wie dargestellt, Adelheid Barrelet Leiterin des Fröbelseminars und Konradine Lück ihre Stellvertreterin. Der interne Ablauf war höchst ungewöhnlich, wie Konradine Lück am 4.6.1945 ausführlich vermerkte:

„Am 1. Juli 1933 wurden in Hamburg alle Schulleitungen automatisch abgesetzt. Einige Tage später wurde ich zum Landesschulrat gerufen, der mich fragte, ob ich es annehmen würde, wenn man mir wieder die Leitung des Fröbelseminars übergäbe. Ich sagte: ‚Jawohl, das würde ich annehmen; aber ich gebe zu bedenken, ob es nicht praktischer ist, eine Pg an die Stelle zu setzen, weil man dann das Seminar mehr in Ruhe lassen wird. Ich bin nicht Pg und werde auch niemals Pg werden.‘ Im Laufe der Unterhaltung, bei der der Landesschulrat sehr freundlich war, schlug ich Fräulein Adelheid Barrelet als die einzige bei uns in Frage kommende Pg vor. Der Landesschulrat fragte mich dann noch, wie ich zum Nationalsozialismus stünde, ging aber schnell zu etwas anderem über, ohne meine Antwort abzuwarten. Zu Hause angekommen, überlegte ich mir, daß ich keinesfalls meine frühere Stellung aufgrund falscher Voraussetzungen wieder einnehmen wollte. Ich schrieb daher einen Brief an den Landesschulrat, in dem ich ihm meine Stellung zum Nationalsozialismus genau auseinandersetzte: ‚Soweit es sich darum handele, national zu empfinden und sozial zu handeln, könne ich ihn bejahen. Doch könne ich mich nicht mit vielen Einzelheiten seiner Anschauungen und seines Handelns einverstanden erklären. Ich könne es vor allen Dingen nicht in der Judenfrage. Es sei ein jüdischer Arzt gewesen, der mich, nachdem alle anderen Ärzte mir nicht helfen konnten, wieder gesund und leistungsfähig gemacht habe. – In meinem Studium und in meiner philosophischen Entwicklung verdanke ich wissenschaftlich und menschlich am meisten Professor Ernst Cassirer. Vor allem aber habe ich in Hamburg erlebt, was Frau Dr. Warburg für die gesamte Kinderfürsorge hier bedeutet, nicht nur durch immer bereite und großzügig gewährte pekuniäre Hilfe, sondern vor allem auch

durch feinstes Verständnis und persönlichen Einsatz. Aus diesen persönlichen Gründen und aus Gründen allgemeiner menschlicher Billigkeit könne ich mich mit der Behandlung der Judenfrage durchaus nicht einverstanden erklären. Ich wisse nicht, ob man mit solchen Anschauungen in dem nationalsozialistischen Staat eine leitende Stelle einnehmen könne.⁴⁴⁴ Konradine Lück war mit dieser Haltung nicht nur der Gegenentwurf zu Adelheid Barrelet, sondern zu vielen anderen, die prinzipienlos der eigenen Karriere vieles unterordneten.

Konradine Lück hatte mit ihrer Aussage ihren Standpunkt klargemacht, aber damit nicht ihr Problem gelöst: „Diesen Brief brachte ich persönlich in das Vorzimmer des Landesschulrats. Daraufhin erhielt Fräulein Barrelet die Leitung des Seminars. Ich blieb als Lehrkraft in der Anstalt und sollte die stellvertretende Leitung wahrnehmen. Es ergab sich aber, das Fräulein Barrelet, die bei ihrem Antritt erklärte, sie hoffe, es werde ihr gelingen, endlich den richtigen Geist in die Anstalt zu bringen, nicht gesonnen war, mich in irgendeiner Form mitarbeiten zu lassen. Auch stellte sie sehr bald fest, daß meine Art des Unterrichts, die darauf abzielte, die jungen Menschen zu selbständigem Denken und freiem Meinungs austausch zu erziehen, damit sie aus eigenem freien Willen mit bewußter Verantwortung sich der sozialen Arbeit hingaben, in diesem Staate nicht mehr am Platze war. So sah ich ein, daß ich nicht mehr lange an der Anstalt würde arbeiten können, zumal da Fräulein Barrelet harmlose Äußerungen von mir als ‚staatsfeindlich‘ bezeichnete und mir drohte, mich wegen ‚gefährlicher Umtriebe‘ anzuzeigen, die mir völlig fern lagen. Außerdem war ich dauernd in Gewissenskonflikten, weil es mir schwer wurde zu entscheiden, wie weit ich mitarbeiten konnte, ohne unehrlich zu werden. Als dann im Sommer 1934 der Hitler-Eid von uns verlangt wurde, war ich der Überzeugung, daß ich ihn nicht leisten konnte. Da ich außerdem schon seit einigen Monaten an Beschwerden der Wechseljahre litt und voraussah, daß sie mich noch mindestens zwei Jahre lang zu häufigem Fehlen und Unterbrechen der Arbeit zwingen würden, hielt ich den Zeitpunkt für gekommen, aus dem Schuldienst auszuschneiden.“⁴⁴⁵ Nicht verständlich ist nach dieser Beschreibung, warum sie einige Monate später einen Persilschein für Adelheid Barrelet ausstellte. Es könnte so etwas wie eine Art soziale Tat gewesen sein.

Frau Lück schied am 13.12.1934 aus dem Schuldienst aus. Sie arbeitete danach an Büchern mit biografischen Inhalten, wurde aus London aufgefordert, einen „wissenschaftlichen Beitrag für eine Festgabe für Professor Cassirer zu liefern“, was sie dann auch tat. Sie hielt Fröbel-Vorträge in Göttingen und „half in Prof. Sprangers Auftrag Erika Hoffmann – Berlin – bei der Herausgabe von ‚Fröbels Briefwechsel mit Kindern‘.“⁴⁴⁶

Oberschulrätin Emmy Beckmann sorgte dafür, dass Konradine Lück 1945 wieder eingestellt wurde: „Ich bin überzeugt, dass Frau Lück mit einem durch sie ge-

fürten Kollegium das Fröbelseminar zu einem wertvollen Faktor der neuen freien Erziehungs- und Bildungsarbeit in Hamburg machen wird.⁴⁴⁷

So war es dann auch. Am 1.7.1946 wurde Konradine Lück zur Berufsschulrektorin ernannt. Durch einen Unfall im Dienst im Paternoster der Schulbehörde in der Dammtorstraße und durch anschließende Krankheiten schied Konradine Lück 1948 wieder aus dem Schuldienst aus. Als sie am 24.8.1959 starb, hielt Schulsenator Heinrich Landahl vier Tage später eine Trauerrede, in der er sagte:

„Ein Mensch wie Konradine Lück konnte dem Nationalsozialismus nur mit tiefer, innerer Fremdheit gegenüber stehen. Am Fröbelseminar, das sich dem Ungeist beugen mußte, konnte sie nicht bleiben. Es war und ist für mich eine große Genugtuung, daß ich ihr im Jahre 1945 die Leitung des Fröbelseminars wieder anvertrauen konnte. In jenen schweren und gerade deswegen auch so schönen Jahren bin ich Konradine Lück mehrfach begegnet. Der starke Eindruck ihrer in sich geschlossenen Persönlichkeit ist mir bis heute lebendig geblieben.“⁴⁴⁸

Erzieherin zur Menschlichkeit

J.H. „Ich hab' Ihnen soviel Zeit verschwätzt — Sie müssen das mit freundlicher Nachsicht der Geschwätzigkeit des Alters zugute halten, bitte. Und ich habe Ihnen doch gar nichts von dem erzählt, was eigentlich der Inhalt meines Lebens ist: die sozialpädagogische Arbeit — und die tiefenpsychologischen Studien.“ Das schrieb Conradine Lück vor ein paar Tagen als Nachtrag zu einem Interview für das Fremdenblatt. Sie hatte tatsächlich, während sie ihren von Lernen und Lehren erfüllten Lebensweg schilderte, nichts darüber gesagt, aber in jedem ihrer Worte klang die innige Liebe zu den Menschen mit, ihre wahrhafte Berufung, zu erziehen und zu helfen, ihr kompromißloses Für-andere-Dasein.

Die heute fast sechzigjährige gebürtige Berliner kam zu Beginn der zwanziger Jahre nach Hamburg, um bei Ernst Cassirer Sprachphilosophie zu studieren. Sie wird Lehrerin am Fröbelseminar. 1933 bietet man ihr den Vorsitz des Fröbelverbandes an. Wegen ihrer politischen Einstellung lehnt sie ab und muß sich zwei Jahre später pensionieren lassen.

Nach Kriegsende endlich kann Conradine Lück an die Stelle berufen werden, die sie zwölf Jahre vorher ausschlug: die Sechzigjährige übernimmt die Leitung des Fröbelseminars. Aber sie gehört nicht zu den Menschen, die durch eine Berufsarbeit voll erfüllt werden. Sie arbeitet außerdem an Zeitschriften mit und nimmt an der Tätigkeit wichtiger pädagogischer Ausschüsse teil. Ihre Kunst, mit Menschen umzugehen, sie genau dort einzusetzen, wo sie ihr Bestes leisten können, ihr unmerkliches Leiten und Führen haben Conradine Lück zu einer der seltenen Persönlichkeiten werden lassen, die durch ihr bloßes Dasein Menschlichkeit ausstrahlen.



Konradine (Conradine) Lück im Hamburger Fremdenblatt 10.10.1954

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte, StA HH, 361-3_A 1540
- 2 Alle Daten und das Zeugnis vom 29.3.1932, Personalakte a. a. O.
- 3 Personalakte a. a. O.
- 4 Personalakte a. a. O.
- 5 Laut Liste der Schulleitungen der höheren Staatsschulen vom 10.7.1933, abgedruckt in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 32.

- 6 Laut Hamburgisches Lehrer-Verzeichnis für das Schuljahr 1953/54, herausgegeben von der Gesellschaft der Freunde.
- 7 Entnazifizierungsakte Adelheid Barrelet, StA HH, 221-11_Ed 3349
- 8 Laut Entnazifizierungsfragebogen, in Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 9 Siehe HLZ 49/50-1935, S. 486.
- 10 Ebd.
- 11 HLZ 5/1935, S. 58.
- 12 HLZ 23/1934, S. 374.
- 13 HLZ 8/9-1937, S. 106.
- 14 HLZ 5/1937, S. 58f.
- 15 HLZ 3/1939, S. 66.
- 16 Ebd.
- 17 HLZ 23/1937, S. 252.
- 18 Alle Einladungen in der Personalakte a. a. O.
- 19 Schreiben vom 6.7.1935 zum Thema: Vertretung während der Sommerferien, Personalakte a. a. O.
- 20 Schreiben vom 6.9.1935, Personalakte a. a. O.
- 21 Schreiben vom 17.2.1936, Personalakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Oscar Toepffer in diesem Band.
- 22 Personalakte a. a. O.
- 23 Alle Schreiben in der Personalakte, a. a. O.
- 24 Schreiben vom 30.9.1945, Personalakte a. a. O.
- 25 Ebd.
- 26 Vermerk vom 11.10.1945, Personalakte a. a. O.
- 27 Notiz von Heinrich Landahl vom 15.10.1945, Personalakte a. a. O.
- 28 Gutachten in der Personalakte, a. a. O.
- 29 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 30 Schreiben vom 14.8.1947, Personalakte a. a. O.
- 31 Personalakte a. a. O.
- 32 Vermerk vom 28.3.1950, Personalakte a. a. O.
- 33 Vermerk vom 2.5.1950, Personalakte a. a. O.
- 34 Vermerk vom 6.5.1950, Personalakte a. a. O.
- 35 Personalakte a. a. O.
- 36 Personalakte a. a. O.
- 37 Personalakte a. a. O.
- 38 Vermerk vom 13.5.1960, Personalakte a. a. O.
- 39 Personalakte a. a. O.
- 40 Personalakte a. a. O.
- 41 Konradine Lück schrieb ihren Namen selbst häufig „Conradine“.
- 42 Alle Angaben nach dem Lebenslauf von Konradine Lück vom 1.10.1928, in ihrer Personalakte: StA HH, 361-3_A 0694
- 43 Ebd.
- 44 Schreiben vom 4.6.1945, Personalakte Lück, a. a. O.
- 45 Ebd.
- 46 Ebd.
- 47 Vermerk von Emmy Beckmann vom 29.6.1945, Personalakte Lück, a. a. O.
- 48 Rede von Senator Heinrich Landahl am 28.8.1959 in der Dammtorstraße 25, Personalakte Lück, a. a. O.

Richard Lüth

„Er verstand es, allein durch Worte, die durch Taten noch nicht belegt werden konnten, den Eindruck eines wirklich brauchbaren, einsatzbereiten, tatkräftigen Nationalsozialisten zu erwecken.“

Eine relativ typische Karriere dank seiner nationalsozialistischen Aktivitäten machte Richard Lüth. 1933 sowohl Mitglied in der NSDAP und im NSLB geworden, engagierte er sich als Funktionär in beiden Organisationen, wurde 1934 zum stellvertretenden Schulleiter befördert, hielt engen Kontakt insbesondere zum einflussreichen NSDAP-Kreisleiter Gloy in Eimsbüttel. Anfang 1942 erfolgte dann die Beförderung zum Schulleiter der Hansaschule in der Bogenstraße, dem späteren Helene-Lange-Gymnasium. Insbesondere in der Zeit der Kinderlandverschickung erwies sich Richard Lüth als bequemer und nur auf das eigene Wohl und das seiner Familie bedachter Egozentriker, der dafür von den Verantwortlichen der KLV heftig kritisiert wurde.

Richard Lüth wurde am 22.5.1890 als Sohn eines Gastwirtes in Hamburg geboren. Er besuchte von 1897 bis 1901 die Volksschule Repsoldstraße, anschließend die Realschule St. Pauli, um 1907 auf die Oberrealschule Eimsbüttel zu wechseln, an der er 1910 das Abitur ablegte. Danach studierte er in Marburg, Leipzig und Greifswald und schloss sich Burschenschaften an, in Leipzig der Sängerschaft Arion, in Marburg der Sängerschaft Chattia. Die Prüfung für das höhere Lehramt absolvierte Richard Lüth am 27.10.1917. Mit Unterbrechungen war er seit dem 15.8.1914 im Kriegsdienst, wo er als Vizefeldwebel am 20.10.1917 in englische Kriegsgefangenschaft geriet und diese bis zum 20.11.1919 im Kriegsgefangenenlager, dem Camp Isle of Jersey verbrachte.¹

Anschließend ging Lüth für den Vorbereitungsdienst an die Oberrealschule Eppendorf, am 1.11.1923 wurde er zum Oberlehrer in Eppendorf befördert, wo er bis 1934 als Studienrat arbeitete.²

Zum 1.5.1933 trat Richard Lüth sowohl der NSDAP als auch dem NSLB bei. In der NSDAP übernahm er die Ämter des Ortsgruppenleiters und schon 1934 die Kreisamtsleitung. Am 3. Januar 1934 besuchte er für drei Wochen die Gauführerschule der NSDAP, im NSLB fungierte er bereits 1933 als Kreisschulungsleiter, 1937 wurde er Hauptstellenleiter. Zum 22.4.1937 übernahm Richard Lüth die stellvertretende Schulleitung der Hansa-Oberrealschule in der Bogenstraße, heute Helene-Lange-Gymnasium. Dass Lüth mit den wahrgenommenen NS-Funktionen erst am 30.1.1942 Oberstudiendirektor und somit Leiter einer höheren Schule in Hamburg wurde, lässt ahnen, dass nicht alle Verantwortlichen von seinen Kompetenzen als



Kollegium Oberrealschule Eppendorf mit Richard Lüth, der sich schon 1927 gerne zentral positionierte (1). Der übernächste rechts von ihm, Ernst Hüttmann (2), der 1933 Fachschaftsleiter für die höheren Schulen im NSLB wurde.

Führungskraft im Hamburger Schulwesen überzeugt waren. Die Schulleiterstelle hatte Lüth bekommen, weil der Schulleiter der Hansaschule in Eimsbüttel, Victor Grüber, als Offizier in den Krieg gezogen war, aus dem er nicht wieder zurückkehrte.

Richard Lüth war also ein williger Parteisoldat, als Kriegsbeschädigter des Ersten Weltkriegs (Gehör zumindest auf einem Ohr völlig eingeschränkt), ohne große Kompetenzen und öffentliche Beiträge.

Richard Lüth und seine Frau hatten drei Töchter, deren älteste, Utta, geboren 1921, Jungmädels-Gruppenführerin war, wie Richard Lüth der Schulverwaltung stolz mitteilte.

Bezeichnend für Richard Lüths Berufsauffassung und seinen pädagogischen Einsatz waren Auseinandersetzungen, die er während der Kinderlandverschickung hatte. Am 20.2.1944 teilte er Oberschulrat Karl Züge mit, dass der Kreisleiter der NSDAP in Eimsbüttel, „Staatsrat Walter Gloy, mich mit einer Reise von 10–12 Tagen in die Heime der Hamburger Kinder in der bayerischen Ostmark und in Sachsen beauftragt“ hatte. „Ich bitte um den entsprechenden Urlaub, und wenn es statthaft ist, um zwei Tage darüber hinaus zur Aufarbeitung des gewonnenen Materials.“³

Lüth hatte offenbar Gefallen an der Tätigkeit als Inspekteur bzw. Lagerleiter bei der Kinderlandverschickung gefunden. Die Begeisterung blieb aber einseitig. Vernichtend war die Kritik an Lüth, die der Vertraute des Hamburger Schulbeauftragten für die KLV, Heinrich Sahrhage, schriftlich festhielt. Jürgen Fruchtenicht,

selbst Rektor einer Hauptschule, begründete, warum es notwendig gewesen war, Richard Lüth von allen seinen KLV-Funktionen zu entbinden. Das Schreiben vom 26.3.1945 enthielt so viele konkrete Vorhaltungen, die tiefe Einblicke in Dienstauffassung und Charakter von Richard Lüth gaben, dass es mit hoher Wahrscheinlichkeit zu dienstrechtlichen Konsequenzen geführt hätte, wäre mit Ende des Krieges nicht kurze Zeit später auch die Naziherrschaft beendet gewesen.

Richard Lüth war Hauptlager- und Unterrichtsleiter in dem KLV-Lager der Hansa-Schule aus Eimsbüttel in Egloffstein, wohin die gesamte Schule verlagert worden war. Jürgen Früchtenicht beschrieb die Vorgeschichte und die einzelnen Vorhaltungen:

„Oberstudiendirektor Lüth verstand es, gleich nach Eröffnung seiner Lager in Egloffstein bei den verschiedenen Parteistellen allein durch Worte, die durch Taten noch nicht belegt werden konnten, den Eindruck eines wirklich brauchbaren, einsatzbereiten, tatkräftigen Nationalsozialisten zu erwecken. Auf diese Weise erreichte er auch vom ehemaligen gebietsbeauftragten Bannführer Schäffler gewisse Sonderzugeständnisse aufgrund seiner von ihm vorgebrachten Kriegsbeschädigung (angebliche Schwerhörigkeit). Die Kreisleitung Forchheim begrüßte sein Angebot, sich in die politische Arbeit des Kreises einzuschalten. Er beteiligte sich an der Gestaltung von Parteifeiern, hielt einige Vorträge bei der Wehrmacht und wurde Schulungsleiter beim Volkssturm.“⁴

Richard Lüth hielt jedoch nicht, was er versprochen hatte, im Gegenteil. Die Vorwurfsliste war lang. Der Beauftragte des Reichsschatzmeisters der NSDAP in Bayreuth, Niebler, fasste zusammen:

„Ich möchte mit Herrn Lüth nichts zu tun haben. Er kann unter Ausnutzung harter notwendiger Kriegsgesetze Partnern, die sich nicht von ihm missbrauchen lassen, sehr gefährlich werden durch Verdrehung selbst einfachster Gespräche und durch willkürliche Entnahme aus Zusammenhängen. Er sucht Kumpane für seine Interessen, aber nicht Dienststellen und Kameraden, die ehrlich auftretende Schwierigkeiten bereinigen wollen.“⁵

Jürgen Früchtenicht schrieb einen sechsseitigen Bericht, in dem alle Einzelheiten aufgelistet waren: „Oberstudiendirektor Lüth führte kein Lager, wie die KLV-Vorschrift es verlangt, weil er als Kriegsversehrter, ‚es nicht hören würde, wenn nachts im Lager etwas los wäre‘. Er spielte die eingesetzten Kolleginnen gegeneinander aus und gab Aussagen von ihnen völlig verdreht wieder. ‚Studienrätin Reimpell habe Oberstudiendirektor Lüth gegenüber erklärt, daß er sie nicht zur nationalsozialistischen Weltanschauung bekehren könne. Bei der Gegenüberstellung behauptete er, daß er gesagt habe, sie wolle sich nicht zu seiner Anschauung bekehren. Studienrätin Reimpell berichtete, daß sie als glühende Hindenburgverehre-



Helene-Lange-Schule, von den Nazis in Hansa-Oberrealschule Bogenstraße umbenannt. Schulleiter Victor Grüber (in der Mitte, 2. Reihe mit Fliege). Vor ihm rechts steht Richard Lüth, Stv. Schulleiter, der nach Grübers Tod als Offizier im Krieg 1942 die Schulleitung übertragen bekam.

rin in einem Gegensatz zu Oberstudiendirektor Lüth gestanden habe und ihm bei einem Gespräch im Anschluß an eine Feier vor einer Reihe von Jahren die Äußerung getan habe, das Oberstudiendirektor Lüth sie nicht zu seiner Anschauung (in Bezug auf Hindenburg) bekehren könne.“

Früchtenicht monierte auch: „Oberstudiendirektor Lüth erledigte seine Arbeiten als Hauptlagerleiter von seinem stets gut geheizten Büro aus. Er hat nach seiner Auffassung mehr als genug zu tun mit der Beschaffung von Kohlen, der Erledigung der Lagerkorrespondenz und des Schriftwechsels mit den Eltern, der Kontrolle der ein- und ausgehenden Post und der Überwachung der Lagerleiterinnen. Er zeigt sich und sein Lager in der Öffentlichkeit durch Übernahme von Feiern, indem er die Ansprache hält und Angehörige der Lagerbelegschaften Umrahmung gestalten.“ Ein Beispiel für einen zensierten Brief: „So hatte eine Mutter zur Beruhigung ihrer Tochter geschrieben, daß sie gehört habe, daß die Russen nicht jeden Deutschen töteten. Der Brief wurde von Oberstudiendirektor Lüth unterschlagen, um die Stimmung unter den Mädchen nicht verderben zu lassen.“⁶

Auch als Unterrichtsleiter sei Lüth untragbar, schrieb Früchtenicht: „Oberstudiendirektor Lüth scheint kaum ernstlich Unterricht erteilt zu haben, obgleich er sich selbst in seiner Unterrichtsmeldung mit 12 Stunden eingesetzt hatte. Er erklärte, daß er selbst ebenso wie die übrigen Lehrkräfte während der Kälteperiode an der

Erteilung von Unterricht behindert gewesen sei. Über Ausfall und Einschränkungen des Unterrichts waren keine Meldungen von ihm erstattet worden. Obgleich in jedem Lager ein Tagesraum und auch Lehrerzimmer geheizt waren, wurden die Ferien verlängert und der Unterricht stark eingeschränkt.“⁷

Auch die BDM-Führerin klagte über Richard Lüth: „Er halte zwar nationalsozialistische Reden, lebt aber selbst nicht danach. Gier nach Zigaretten, unpünktlich, hält keinen Unterricht, die Frau des Dr. Lüth führe ein Leben des Nichtstuns. Mein persönlicher Eindruck: Dr. Lüth tritt als vornehmer Mann auf, ist sehr von sich eingenommen, hat eine außerordentlich geschickte Art zu reden und sich zu bewegen.“⁸

Als der Schulleitungskollege von Lüth aus Hamburg von der Caspar-Vogt-Oberschule, Dr. Gustav Schmidt, nicht zu verwechseln mit dem namensgleichen Schulrat für den Volksschulbereich, als Inspekteur des von Lüth geleiteten Lagers eingesetzt wurde, Lüth folglich mit einem negativen Bericht rechnen musste, war er zu einem diffamierenden präventiven Gegenschlag angetreten. So schrieb er am 27.2.1945 an den Gebietsführer der KLV in Bayreuth:

„Herr Oberstudiendirektor Dr. Schmidt erzählte unter anderem: ‚Wir haben keine Lokomotiven mehr, die sind alle kaputt geschossen. In den Zügen sitzen nur noch Soldaten, die alle ihren Urlaub überschreiten. Es ist genau wie 1918, genau wie 1918. Sie reisen von einer Stadt in die andere und lassen sich überall einen Stempel drauf drücken.‘ Es ist klar, dass durch solche Worte der Glaube an den Sieg untergraben wird. Zwei Lehrkräfte waren empört über die Äußerung, bei anderen Personen beobachtete ich lähmendes Entsetzen.“⁹

Dieses Schreiben von Lüth richtete sich nicht nur präventiv gegen eine schlechte Beurteilung, sondern war in höchstem Maße denunziatorisch. Es hätte Lüth klar sein müssen, dass er mit einer solchen Aussage den Kollegen Gustav Schmidt in absolute Lebensgefahr bringen konnte. Er verwies sogar am Ende seines Briefes noch auf den Aufsatz „Gegen alle Verräter und Saboteure“. Somit wollte er, dass gegen Schmidt gravierende Maßnahmen ergriffen wurden.

Schmidts Bericht wurde am folgenden Tag geschrieben. Er stellte fest, dass Lüth „zur Zeit überhaupt keinen Unterricht“ erteilte. Und dem Hamburger Schulleiterkollegen war auch ein anderer Missstand negativ aufgefallen: „Als einen unmöglichen Zustand muss ich es bezeichnen, daß der Direktor täglich zwei Schülerinnen vom Unterricht fernhält, die als sogenannte Ordonanzen für ihn persönlich zur Verfügung stehen müssen. Da er sein Büro im Lager Mostvill eingerichtet hat, so müsse ihm die Post und anderes dorthin gebracht werden. Dabei wohnt er nicht im Lager, ist auch selbst nicht Lagerleiter, hat seine Frau, die nicht weiter mit besonderen Verpflichtungen beschäftigt ist, ständig zu seiner Seite, also Hilfe genug.“

Da die Ordonanzen auch noch für den Nachmittag eingeteilt waren, monierte Schmidt, dass diese beiden Mädchen nicht einmal Zeit zum Anfertigen ihrer Schulaufgaben hätten. „Ich habe Kollegen Lüth im Interesse seiner Schulkinder gebeten, diese Ordonanzen abzuschaffen.“ Sowohl alle vier Lehrerkollegen als auch die BDM-Führerin hatten sich bei Gustav Schmidt negativ über den Hauptlagerleiter geäußert, „daß neben den Charaktergründen und dem Fernwohnen und -essen von der Lagergemeinschaft der Einfluß der Gattin des Direktors die Atmosphäre so unerfreulich beeinflußt hat“.¹⁰

Gustav Schmidt hatte sich am 2.3.1945 auch zu den Vorwürfen, die Lüth ihm in seinem Denunziationsschreiben gemacht hatte („mir Defaitismus vorgeworfen“), gegenüber dem KLV-Gebietsbeauftragten geäußert. Neben der Bemerkung, dass Lüth „Wendungen aus einem zwanglosen Tischgespräch herausgerissen oder verändert“ hatte, und unter Hinweis darauf, dass Richard Lüth selbst keinen Unterricht erteilen würde, weil er als Kriegsversehrter des ersten Weltkrieges das Gehör auf einem Ohr verloren hatte, stellte er den Zusammenhang folgendermaßen dar:

„Während des Mittagessens wurde von der Kreisamtsleitung angerufen und Pg. Lüth gebeten, einige Kinder zum Abholen von Sachen nach Forchheim zu senden. Da die nach Forchheim führende Bahn in letzter Zeit beschossen, eine Maschine zerstört worden war, da ich selbst auf dieser Bahn nicht nur stundenlange Verspätungen, später auch wegen des Fehlens der Maschinen den Ausfall eines Zuges erleben mußte, hielt ich es für meine Pflicht, Pg. Lüth darauf hinzuweisen und ihn zu bitten, möglichst wenig Kinder auf Reisen zu schicken. Aus meinen Erfahrungen auf vielen Eisenbahnfahrten der letzten Monate habe ich die Schwierigkeiten illustriert. Ich habe dabei nicht gesagt, daß alle Lokomotiven kaputtgeschossen sind, das ist ja absurd, sondern daß ich selbst gesehen habe, daß in Regensburg der Maschinenschuppen mit allen Loks zerstört war. Ich bin der Ansicht, daß man unter zuverlässigen Parteigenossen wohl über solche Tatsachen einmal sprechen kann. Denn nur die rechtzeitige Kenntnis drohender Gefahren setzt uns in den Stand, ihnen wirksam zu begegnen. 1918 ließen wir schließlich alles in stumpfer Resignation über uns ergehen. Das wird heute nicht wieder passieren, aber wir wollen auch nicht den Kopf in den Sand stecken.“ Gustav Schmidt schloss: „Da ich aber leider, wie aus meinem Bericht am 28. Februar zu entnehmen ist, bei der mir aufgetragenen Schulrevision einige für Pg. Lüth unerfreuliche Beobachtungen melden mußte, so geht meine Annahme wohl nicht fehl, das Pg. Lüth mit seinem telefonisch durchgegebenen Brief meinem Bericht zuvorkommen und den unbequemen Bericht vorher abschließen wollte, ehe er ihm schaden konnte.“¹¹

Der Schulbeauftragte für die KLV, Heinrich Sahrhage, wusste richtig einzuschätzen, was der Hintergrund für diese so unterschiedlichen Versionen war. Hinzu

kam das Fehlverhalten von Richard Lüth zum Ende der Kinderlandverschickung. So musste Sahrhage am 24.4.1945, als die Schulverwaltung intensiv damit zu tun hatte, alle Hamburger Kinder aus den verschiedenen Lagern wieder heil nach Hamburg zurückzuholen, an Richard Lüth über die Adresse von dessen Mutter in einem kleinen Ort bei Ludwigslust in Mecklenburg einen kurzen Brief aufsetzen: „Von der KLV-Dienststelle in Bayreuth wird hierher mitgeteilt, dass Sie mit dem 22. März 1945 aus der KLV ausgeschieden sind und den Auftrag hatten, sich alsbald nach Hamburg zurückzubegeben und sich hier in der Schulverwaltung zu melden. Letzteres ist leider bisher nicht geschehen, obwohl inzwischen ein Monat vergangen ist und man in den ersten Wochen durchaus noch die Möglichkeit hatte, hierher durchzukommen. Durch Eltern von inzwischen heimgekehrten Schülerinnen Ihres Lagers erfahren wir, dass Sie angeblich mit einer Gruppe Mädels abgereist seien, die sie dann später verloren hätten. Zu irgendjemand sollen Sie die Absicht geäußert haben, nach Mecklenburg zu reisen. Daher schreibe ich an die Anschrift Ihrer Mutter mit der Bitte um sofortige Nachricht, falls Sie dort anwesend sind.“¹²

Und für die Akte vermerkte Heinrich Sahrhage am 11.6.1945:

„Herr Ob.Dir. Lüth meldet sich als am Sonnabend 9.6.1945 in Hamburg eingetroffen. Er berichtet, daß er am 8. April mit einer Gruppe von 19 Mädels (vergl. Liste der Schule) aus Egloffstein abgereist sei. Er hat diese bis Marktredwitz begleitet, wo sie in den Zug nach Berlin gesetzt wurden, während Herr Lüth mit seinem Gepäck und seiner Frau und Tochter in den Zug nicht hineinkam. Alle Mädels sind inzwischen in Hamburg eingetroffen, wie seitens der Schule festgestellt sein soll. Herr Lüth ist selbst in Personenzügen strecken- und tageweise von Marktredwitz nach Hof-Köthen-Brandenburg-Ludwigslust nach Jasnitz zu seiner Mutter gefahren. Er ist dort am 13. April 1945 eingetroffen. Hier wurde Herr Lüth krank und der Arzt verbot ihm die Weiterreise. Der Ort wurde später erst amerikanisch, dann englisch besetzt. Abreise am 1. Mai 1945 und Eintreffen in Hamburg am 9.6.1945. Für die Zwischenzeit wird Bericht an die Schulverwaltung eingereicht.“¹²

Laut Vermerken in seiner Personalakte war Richard Lüth 1945 als Mitglied des Korps der politischen Leiter verhaftet und interniert worden¹³, nachdem er am 15.6.1945 seinen Entnazifizierungsfragebogen eingereicht hatte und seine politischen Mitgliedschaften und Funktionen damit dokumentiert waren.¹⁴

Richard Lüth war offenbar bis 1947 interniert, am 7.7.1947 hatte der öffentliche Ankläger beim Spruchgericht Bergedorf bei der Hamburger Schulverwaltung noch nachgefragt, ob die Angaben Lüths stimmen würden, nur bis Oktober 1935 Kreisschulungsleiter gewesen zu sein und danach nur noch als „gelegentlicher Mitarbeiter im Kreisschulungsamt“ tätig gewesen zu sein, was offenkundig nicht der Fall war.¹⁵

Auf Anordnung der britischen Militärregierung war Richard Lüth am 26.10.1945 aus dem Hamburger Schuldienst entlassen worden.¹⁶

Die Charakterlosigkeit von Richard Lüth wurde auch in dem von ihm 1947 ausgefüllten langen Entnazifizierungsfragebogen deutlich. So beantwortete er die Frage 113: „Wurden Sie jemals aus rassistischen oder religiösen Gründen oder weil Sie aktiv oder passiv den Nationalsozialisten Widerstand leisteten in Haft genommen oder in Ihrer Bewegungs- oder Niederlassungsfreiheit oder sonstwie in Ihrer gewerblichen oder beruflichen Freiheit beschränkt?“ mit „Ja.“¹⁷ Und als Begründung trug er ein: „Nachdem ich Anklage gegen Personen, die an Lebensmittelunterschlagungen teilgenommen hatten, erhoben hatte, wurde ich durch HJ-Gebietsführung und KLV-Schulbeauftragten unter nichtigem Vorwand als KLV-Lagerleiter und Schulleiter abgesetzt und öffentlich diffamiert.“¹⁸

Man hätte vermuten können, dass Richard Lüth die Reaktionen auf sein egoistisches und inkompetentes Verhalten in den letzten Monaten der Kinderlandverschickung als Maßregelung durch „nationalsozialistische Stellen“ bezeichnen würde. Und so war es auch: „Am 9. Januar wurde ich zu einer Besprechung mit dem Reichsrevisor in Bayreuth aufgefordert, an deren Schluß ich erklärte, daß andere Leute strafbare Handlungen begangen hätten, ich mich nach der Besprechung aber als der Angeklagte fühlen mußte. Der Reichsrevisor teilte darauf den mir vorgesetzten Dienststellen mit, daß ich einen ‚schlechten Eindruck‘ gemacht hätte, und es begann dann gegen mich ein zermürendes Treiben, welches meine berufliche Tätigkeit behinderte und mit meiner Absetzung und Abschiebung aus dem KLV-Lager nach Hamburg endete.“¹⁹ Den tatsächlichen Ablauf habe ich ausführlich dargestellt.

Und auch seine Tätigkeiten als Kreisschulungsleiter verharmloste Lüth: „Es wurden die vom Gauschulungsamt gegebenen Stoffe besprochen mit Ausnahme der Wirtschafts-, Juden- und Freimaurerfrage: Die Wirtschaftsfragen beherrschte ich als Schulmann nicht gründlich genug, um sie vor Kaufleuten behandeln zu können; die gegebenen Stoffe über die Judenfrage waren mir nicht gründlich genug aufgebaut; die Freimaurerfrage behandelte ich nicht, wegen meiner Jugendfreunde, die durchweg Freimaurer sind.“²⁰ Was immer es hieß, wenn er „die Judenfrage“ als „nicht gründlich genug aufgebaut“ bezeichnete.

Alle Verharmlosungen seiner Tätigkeit nutzten Richard Lüth erst einmal nichts. Der Beratende Ausschuss für die Entnazifizierung im höheren Schulwesen stellte am 21.12.1948 fest:

„Er ist seit 1933 der gesamten Oberlehrerschaft Hamburgs als einer der führenden Männer im NS-Lehrerbund bekannt. Er selbst macht keinen Hehl daraus, daß er bis zuletzt kritiklos den Behauptungen der Partei Glauben beigemessen hat.

Er ist daher für den Unterricht nicht mehr tragbar. Rücksprache mit den Kollegien der Schulen Eppendorf, Heinrich Hertz und Helene-Lange hat allerdings ergeben, daß er keinen Terror ausgeübt hat, so daß die Kollegen nicht etwa in Angst vor ihm lebten. Es ist kein Fall bekannt, in dem er einem Kollegen wegen seiner politischen Einstellung Schaden zugefügt hätte. Da seine Beförderungen zum Oberstudienrat und Oberstudiendirektor nur wegen seiner Zugehörigkeit zur NSDAP erfolgt sind, müssen sie aber aberkannt werden. Der Ausschuss schlägt vor, ihn mit dem Gehalt eines Studienrates in den Ruhestand zu versetzen.“²¹

Auch Richard Lüth vermochte es, einige Leumundszeugnisse einzubringen, die ihn in einem günstigen Licht zeichneten. Wie wenig aussagekräftig solche „Persilscheine“ waren, zeigte das Schreiben des Oberfinanzpräsidenten Walter Münch, der am 25.11.1948 bescheinigte:

„Herrn Richard Lüth, mit dem mich Erinnerungen an die gemeinsam verlebte Studentenzeit verbinden, lernte ich durch öfteres Zusammensein näher kennen, als ich 1922 nach Hamburg kam und bis 1926 im selben Stadtteil wohnte. In den späteren Jahren, so insbesondere ab 1933, war ich nur noch seltener in Gaststätten oder gelegentlich in meinem Dienstzimmer mit ihm zusammen. Herr Lüth ist ein aufrechter gerader Charakter, zum Idealismus neigend, ein Mann von großer Lauterkeit der Gesinnung, der alles Unsaubere und moralisch Anfechtbare verabscheut. Besonders ausgeprägt war seine Liebe zum Vaterlande, dessen Stärkung er mit Befriedigung verfolgte. Seiner idealistischen Auffassung entsprechend wollte er als geborener und begeisterter Lehrer diese Auffassung der Jugend vermitteln. Diese Absicht kam in unseren Gesprächen wiederholt zum Ausdruck, ohne daß Herr Lüth hierbei der Politik irgend welchen Raum gab. In seinen gelegentlichen politischen Äußerungen war er stets maßvoll und zurückhaltend. Er zeigte niemals eine irgendwie aktiv geartete Einstellung zur Ideologie des Nationalsozialismus.

Im übrigen handelte es sich in unseren Unterhaltungen meist um den Austausch von Jugenderinnerungen, bei denen die Politik von selbst ausschied.“²²

Richard Lüth legte gegen seine Entlassung Berufung ein. Der Berufungsausschuss entschied am 23.2.1949, Lüth mit der Pension eines Studienrats in den Ruhestand zu schicken und in Kategorie IV einzustufen, mit Wirkung vom 1.1.1950 in die Kategorie V. In der Begründung wurde auf seine vielen Ämter in der NSDAP und im NSLB hingewiesen und darauf, dass seine Beförderungen zum Oberstudienrat 1934 und zum Oberstudiendirektor 1942 eng damit zusammenhingen. Weiter hieß es: „Ludwig bestreitet nicht, sich stark für die NSDAP eingesetzt zu haben. Es wird ihm jedoch vom BA bestätigt, dass er keinen Terror ausgeübt hat, so dass die Kollegen keine Angst vor ihm hatten.“ Der Berufungsausschuss meinte, bei Lüth von einer „menschlich einwandfreien und lauterer Haltung“ sprechen zu können.²³

Wie schon in anderen Fällen, melde ich auch hier in Bezug auf die Gründlichkeit der Entscheidungen des von Rechtsanwalt Soll geleiteten Berufungsausschusses Bedenken an. Dass dieser Ausschuss in kurzer Zeit massenhaft Verfahren durchführen musste, um zu Urteilen zu kommen, führte offensichtlich dazu, häufig sehr formal zu entscheiden, ohne in die Tiefe zu gehen. Symptomatisch in diesem Fall erscheint, dass Lüth in der Begründung des Ausschusses zweimal fälschlicherweise „Ludwig“ genannt wurde. Die Frage stellt sich also, ob dieser Berufungsausschuss immer wirklich wusste, mit wem er sich jeweils zu befassen hatte.²⁴

Richard Lüth gab sich mit der Entscheidung, lediglich das Ruhegehalt eines Studienrats zu erhalten, nicht zufrieden. Er stellte den Antrag auf Neufestsetzung seiner Pension und wies dabei hin auf das „Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 Grundgesetz fallenden Personen“, also derjenigen öffentlich Bediensteten, die beim Entnazifizierungsverfahren nicht als Hauptschuldige oder Belastete eingestuft worden waren. Hier war die Schulverwaltung allerdings nicht bereit, Richard Lüth ein Angebot zu machen. Oberschulrat Hans Reimers, der gegenüber ehemaligen NS-Aktivisten durchaus milde gestimmt war²⁵, schrieb in dieser Sache an das Personalamt:

„Die Beförderung des Herrn Lüth zum Oberstudiendirektor ist seinerzeit auf Betreiben der NSDAP erfolgt. Die Schulbehörde (Senator und Dezernenten) sollen sich entschieden gegen diese Maßnahme geäußert haben. Die Beförderung ist offenbar von dem damaligen Reichsstatthalter verfügt worden und ist deshalb als eine einseitige Maßnahme der NSDAP anzusehen. Diese Angaben wurden der Schulbehörde gemacht von Oberschulrat a. D. Dr. K. Züge, damals Dezernent der Schulbehörde, und von Studienleiter Professor Kleeberg, der mit dem damaligen Personalreferenten, dem verstorbenen Oberschulrat Behne, über diese Angelegenheit gesprochen hat. Beide Herren sind bereit, ihre Aussagen auch andernorts zu wiederholen. In der Personalakte festgehaltene Vorgänge aus den Jahren 1945 dürften einen weiteren Beweis dafür liefern, daß Herr Lüth die Voraussetzungen für eine Beförderung sachlich kaum erfüllte. Die Schulbehörde ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die damalige Ernennung Lüths starkes Befremden hervorgerufen hat.“²⁶

Ein entsprechendes Schreiben schickte das Personalamt am 11.12.1952 an Richard Lüth, worauf dieser beim Verwaltungsgericht Hamburg Klage gegen diese Entscheidung einreichte.²⁷

Es ergab sich daraus der interessante Auftrag für die Schulverwaltung, zu belegen, dass in Parallelfällen von Schulleitern, die zu vergleichbaren Zeitpunkten ebenso wie Richard Lüth zu Oberstudiendirektoren befördert wurden, die Parteiaktivitäten keine Rolle gespielt hatten, es vielmehr „im normalen Verlauf der Dienst-

laufbahnen“ zur jeweiligen Beförderung gekommen war. Das Personalamt forderte die Schulbehörde auf, in jedem einzelnen Fall zu überprüfen, ob fachliche Eignung oder NS-Aktivitäten die ausschlaggebende Rolle gespielt hatten.²⁸

Es erwies sich 1953 für die Verwaltungsjuristen als kaum zu bewältigende Aufgabe, anhand der Personalakten schlüssige Aussagen zu machen. Aus meiner Sicht war die am 29.9.1953 vorgelegte Aufstellung deutlich fehlerhaft, da alle zwischen 1938 und 1942 zu Oberstudiendirektoren Beförderten dieses ihren Aktivitäten als Mitglieder der NSDAP und des NSLB zu verdanken hatten, auch wenn dafür in den Personalakten nicht immer eindeutige Belege vorhanden waren. So kam die Verwaltung zu der Auffassung, dass Dr. Gerhard Rösch, Dr. Walter Lohse, Dr. Richard Ackermann, Dr. Gerhard Eckmann, Dr. Hans Lüthje und Erwin Zindler aufgrund ihrer pädagogischen Fähigkeiten als Schulleiter berufen worden waren, im Gegensatz zu Richard Lüth und Wilhelm Bartels.²⁹

Hiermit waren die Regierungsrätin Miething sowie die Oberschulräte Wagner und Dr. Reimers befasst und zumindest überfordert gewesen.³⁰

Von den Verhandlungen vor dem Verwaltungsgericht gibt es zwei aufschlussreiche Unterlagen. Einmal einen „Terminsbericht“ für das Personalamt, in dem es hieß:

„In obiger Sache wurde am 5.11.1953 vor dem Landesverwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtsdirektor Dr. Sieveking, Verwaltungsgerichtsrat Schröder) verhandelt. Die Kammer ließ keinen Zweifel darüber, daß die Position des Senats schwach sei, weil der Kläger erst nach dem 30.1.1933 der NSDAP beigetreten und bisher in keiner Weise nachweisbar sei, daß er seine Beförderung zum Oberstudiendirektor einer engen Verbindung zum Nationalsozialismus verdanke. Die Personalakte gebe hierüber nicht den geringsten Aufschluß. Insbesondere sei es eigenartig, daß sich in der Personalakte keine Beurteilung des Klägers befinde. Üblicherweise werde doch vor einer Beförderung eine Beurteilung angefordert.“

Ich habe demgegenüber ausgeführt, daß gerade die Tatsache, daß bei der Beförderung des Klägers zum Oberstudiendirektor offenbar keine Beurteilung angefordert sei, für die Ansicht des Beklagten, daß nämlich die Beförderung des Klägers zum Oberstudiendirektor ausschließlich auf seine enge Verbindung zum Nationalsozialismus zurückzuführen sei, spreche. Dies würden auch die beiden vom Beklagten benannten Zeugen bekunden. Das Gericht beschloß alsdann, daß eine schriftliche Entscheidung ergehen soll.“³¹

In der nächsten Verhandlung erfolgten dann zwei für Richard Lüth nicht günstige Zeugenaussagen, von den beiden ebenfalls mit Schwierigkeiten entnazifizierten Karl Züge und Alfred Kleeberg:

„Die Zeugen Dr. Züge und Prof. Kleeberg gaben übereinstimmend an, daß L. ausschließlich infolge seiner guten Bekanntschaft mit dem damaligen Kreisleiter

Gloy gegen den Willen des Senators Dr. Offerdinger und des Personalreferenten, Oberschulrat Behne, zum Oberstudiendirektor ernannt worden ist. Gloy war seinerzeit Mitglied der Deputation in der Schulbehörde und hat aufgrund dieser Stellung sehr weitgehende Einfluss auf die Ernennung von L. zum Oberstudiendirektor ausgeübt. Nach Angabe von Dr. Züge herrschte innerhalb der Schulbehörde seinerzeit einhellig die Auffassung, daß L. die für die Ernennung zum Oberstudiendirektor erforderliche fachliche Befähigung nicht besaß. Senator a. D. Witt konnte zu dem Beweisthema nichts Sachdienliches aussagen, weil er im Zeitpunkt der Ernennung von L. zum Oberstudiendirektor bereits mehrere Jahre lang im Feld war.“³²

Die Aussage von Karl Züge, der als Schulleiter der Bismarck-Oberrealschule jahrelang in Konkurrenz zur Hansaschule in der Bogenstraße gestanden hatte und im NSLB mit Richard Lüth um die Vorherrschaft in der Fachgruppe höhere Schulen konkurrierte, ist von daher mit Vorsicht zu genießen, wengleich sie offenbar den damaligen Gegebenheiten entsprach.

Nach diesen Zeugenaussagen entschied das Gericht gegen Richard Lüth. Im Urteil bezog es sich auf die Zeugenaussagen von Karl Züge und Alfred Kleeberg und es hieß: „Zur Beförderung des Klägers ist es dann trotz der von den Fachleuten geäußerten Bedenken deshalb gekommen, weil der Kreisleiter Gloy, der seit 1938 als Ratsherr Mitglied der Deputation der Schulbehörde war, die Beförderung des Klägers durchsetzte. Gloy hat nach den Bekundungen des Zeugen Witt schon in der Zeit vor dem Kriege dessen Aufmerksamkeit auf den Kläger mit dem Hinweis gelenkt, daß dieser wohl einmal für eine Beförderung infrage käme. Nach den Äußerungen des Zeugen Züge ist der Einfluß der Partei auf die Besetzung der Lehrstellen sehr stark gewesen. Es habe nicht nur der Kreisleiter, sondern auch die HJ gehört werden müssen.“³³

Auch die Berufung vor dem Obergericht wurde zurückgewiesen, wobei es schon merkwürdig war, wie ehemalige Nationalsozialisten, die selbst aufgrund ihrer Aktivitäten in der NS-Zeit befördert worden waren, sich in diesem Verfahren als Richter gegen Richard Lüth wandten und sich dabei auf Walter Behne, der als Kriegsverbrecher in Serbien 1947 hingerichtet worden war, und den ebenfalls im Internierungslager verstorbenen ehemaligen Senator Offerdinger beriefen.³⁴

Richard Lüth starb am 16.2.1957.³⁵

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte Richard Lüth, StA HH, 361-3_A 1397
- 2 Ebd.
- 3 Schreiben vom 20.2.1944, Personalakte a. a. O.
- 4 Personalakte a. a. O.
- 5 Schreiben vom 9.3.1945, Personalakte a. a. O.
- 6 Schreiben vom 26.3.1945, Personalakte a. a. O.
- 7 Ebd.
- 8 Bericht der Hauptgefolgschaftsführerin Köhler vom 9.2.1945, Personalakte a. a. O.
- 9 Schreiben vom 27.2.1945, Personalakte a. a. O.
- 10 Bericht vom 28.2.1945, Personalakte a. a. O.
- 11 Schreiben vom 24.4.1945, Personalakte a. a. O.
- 12 Aktenvermerk vom 11.6.1940, Personalakte a. a. O.
- 13 Personalakte a. a. O.
- 14 Entnazifizierungsakte Lüth, StA HH, 221-11_Ed 6943
- 15 Schreiben vom 7.7.1947, Personalakte a. a. O.
- 16 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Anmerkung 3 zum Entnazifizierungsfragebogen, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 20 Anmerkung 2 zum Entnazifizierungsfragebogen, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 21 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 22 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 23 Entscheidung vom 23.2.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 24 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 25 Siehe die Biografie Hans Reimers in diesem Buch.
- 26 Schreiben vom 24.11.1952, Personalakte a. a. O. Siehe auch die Biografien Karl Züge (S. 385ff.) und Walter Behne (S. 457ff.), in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016.
- 27 Schreiben des Personalamtes vom 10.9.1953, beantwortet am 29.9.1953, Personalakte a. a. O.
- 28 Ebd.
- 29 Ebd. Siehe dazu die Biografien von Hans Lüthje und Richard Ackermann in diesem Band, sowie die Biografie von Erwin Zindler in: de Lorent 2016, S. 538ff.
- 30 Was in einem dritten Band der Täterprofile nachzuweisen sein wird.
- 31 Terminsbericht von Regierungsassessor Bonnet vom 9.9.1953, Personalakte a. a. O.
- 32 Terminsbericht von Regierungsassessor Bonnet vom 2.12.1953, Personalakte a. a. O.
- 33 Urteilsbegründung, Personalakte a. a. O.
- 34 StA HH, 131-11_4077
- 35 Personalakte a. a. O.

Johannes Saß

„Vielleicht wurde neben seinem guten Arbeitswillen sein Geltungsbedürfnis die Ursache für seine besonders aktive Rolle in der NSDAP.“

Eine rührige Person in der Weimarer Republik im Hamburger Schulwesen war Johannes Saß gewesen. Aus einfachen Verhältnissen über das Lehrerseminar Volksschullehrer geworden, hatte Saß studiert, promoviert und sich als Führer der rechten Lehrerorganisation „Aufbau“ gegenüber der „Gesellschaft der Freunde“ und später auch dem NSLB als streitbar erwiesen. Saß war erkennbar profilierungssüchtig und eitel, aber auch ein launiger Plauderer und Autor im Kontext der niederdeutschen Sprache. 1933 trat er, sicherlich aus Opportunismus und um seine gesellschaftliche Stellung als Schulleiter zu halten, sofort in die NSDAP ein und wurde dort vielfältig aktiv. 1945 versuchte sich Johannes Saß herauszureden, reichte Leumundszeugnisse ein, die keinen Entnazifizierungsausschuss überzeugten, da Saß wie kein zweiter in solchen Verfahren anmaßend und arrogant auftrat. Er wurde mit der Schulleiterpension in den Ruhestand geschickt, machte weiter Furore im Rahmen niederdeutscher Veranstaltungen und Dichtertagungen und blieb schriftstellerisch aktiv.

Johannes Saß wurde am 4.9.1889 als Sohn des Gastwirts Carl Saß in Hamburg geboren.¹ „Seine Wiege stand mitten in Hamburgs Innenstadt, und der Vater hatte eine Gastwirtschaft, in der die Paketfuhrleute verkehrten. Hier sprach man nur Platt, und das wirkte nachhaltig auf das ganze Leben von Johannes Saß“, wie es das „Hamburger Abendblatt“ in der Rubrik „Menschlich gesehen“ 1969 formulierte.²

Johannes Saß besuchte bis zu seinem 15. Lebensjahr die Volksschule in Hamburg, wechselte in die auf den Lehrerberuf vorbereitenden Präparandenanstalten in Uetersen und Eisleben und anschließend in das Lehrerseminar in Quedlinburg im Harz. Dort absolvierte er am 1.3.1911 die erste Lehrerprüfung und bekam danach eine Anstellung an der preußischen Mittelschule in Oschersleben. 1911 wurde er in den hamburgischen Schuldienst übernommen als Hilfslehrer an der Schule Sieldeich, auf der Veddel. Er besuchte die Oberrealschule vor dem Holstentor, wo er am 27.2.1913 die Reifeprüfung bestand. Am 13.5.1914 legte er die zweite Lehrerprüfung ab.³

Um ein Studium der neueren Philologie und Geschichte an der Universität Kiel zu beginnen, kündigte er seine Lehrerstelle, wurde aber schon im Februar 1915 zum Kriegsdienst eingezogen. In seinem Lebenslauf in der Personalakte notierte er: „Durch den Krieg wurde ich fünf Jahre von Deutschland ferngehalten, die ich

teils im Osten, teils im Westen, teils in französischer Gefangenschaft verbrachte.“⁴ Aus der Kriegsgefangenschaft hatte er sich am 28.4.1918 an die Hamburger Oberschulbehörde mit einer Bitte gewandt: „Der Unterzeichnete bittet ergebenst, ihm einen Ausweis darüber auszustellen, daß er seinem Berufe nach zu den Intellektuellen gehört. Ich war seit 1. Oktober 1911 in Hamburg, Sieldeich 28, als Hilfslehrer beschäftigt und wurde im Februar 1915 von der Militärbehörde einberufen. Seit 1. Oktober 1915 in Gefangenschaft, möchte ich vermeiden, in Bergwerken usw. zur Arbeit herangezogen zu werden. Ganz ergebenst Johannes Saß.“⁵

Johannes Saß kehrte erst 1920 aus der Gefangenschaft zurück, hatte somit über viereinhalb Jahre dort verbracht und war vorher lediglich ein halbes Jahr im „aktiven Kriegsdienst“ als Grenadier gewesen. Eine Tatsache, die er in seinen Lebensläufen nie so explizit benannte, weil er das möglicherweise als nicht besonders ehrenhaft ansah. Das Thema Krieg und Frankreich sollte später noch eine besondere Rolle spielen.

Nach seiner Rückkehr wurde Johannes Saß am 1. April 1920 wieder in den Schuldienst übernommen und absolvierte parallel, nun an der Universität Hamburg, ein Studium. Seine Fächer waren Niederdeutsch, Hochdeutsch und Geschichte. Nebenbei hörte er neusprachliche und philosophische Vorlesungen und engagierte sich politisch: „Schon während meines Studiums, vor allem aber nach dessen Abschluß, nahm ich teil am schulpolitischen Leben, da ich seit 1922 dem Schulbeirat angehöre und seit zwei Jahren Vorsitzender einer Fraktion bin“, schrieb er in seinem Lebenslauf nach seiner am 31.10.1928 bestandenen Prüfung für das Lehramt an der Volksschule.⁶



Johannes Saß, 1933

Am 23.9.1928 wurde Johannes Saß mit einer Dissertation zum Thema „Die Sprache des niederdeutschen Zimmermanns, dargestellt auf Grund der Mundart von Blankenese (Holstein)“ promoviert. In dem im Kontext der Promotion verfassten Lebenslauf bedankte sich Johannes Saß „ganz besonders bei Frl. Professor Lasch für die vielfältigen Anregungen bei der Abfassung meiner Dissertation“.⁷ Dies sollte später noch eine besondere Bedeutung bekommen, da Agathe Lasch als Jüdin von den Nationalsozialisten verfolgt wurde und Johannes Saß ein Schreiben zugunsten von Agathe Lasch unterzeichnete. Der Prüfungskommission für die erste Lehrerprüfung gehörten die Professoren Borchling, Deuchler und Cassirer an, deren Wege bald darauf in verschiedene Richtungen gingen. Gustaf Deuchler wurde ein fanatischer Nationalsozialist, Conrad Borchling ein angepasster Nationalsozialist und Ernst Cassirer musste als Jude emigrieren.⁸

Die Schulbehörde wies Johannes Saß der Volksschule für Mädchen Hohe Weide 12 zu, an der er die Prüfung für die feste Anstellung am 15.3.1930 erfolgreich absolvierte. Kurz darauf wählte ihn das zwölfköpfige Kollegium zum Schulleiter.⁹

Saß entfaltete umfangreiche Aktivitäten außerhalb der Schule. Neben seiner Arbeit in der Selbstverwaltung des Hamburger Schulwesens, insbesondere im Schulbeirat, schrieb er zahlreiche Aufsätze zu schulpolitischen und heimatkundlichen Themen und zu Fragen der niederdeutschen Sprachpflege. So veröffentlichte er beispielsweise größere Aufsätze in der Hamburger Lehrerzeitung 1926 und 1927 zu den Themen „Ein Jahr Abschlußklasse“ und „Von Sitzenbleibern und Sonderklassen“.¹⁰ Sein heimatkundliches Buch „Die Elbe von Hamburg bis Cuxhaven“ erschien 1931.¹¹

Johannes Saß versuchte als Führer der Gruppe „Aufbau“, die sich im Laufe der Weimarer Republik immer weiter nach rechts entwickelte, sich gegenüber dem NSLB abzugrenzen. In seinem späteren Entnazifizierungsverfahren wies er darauf ganz besonders hin:

„Im NS-Lehrerbund habe ich kein Amt bekleidet, obgleich ich als ehemaliger Führer des ‚Aufbau‘, einer Gruppe, die seinerzeit ein Drittel aller Sitze in der Lehrerkammer innehatte, wohl dazu imstande gewesen wäre. Man mochte mich dort nicht, weil ich den Herren Schulz und Mansfeld gegenüber die Politisierung der Schule von Anfang an bekämpft habe. Man hatte dort auch niemals vergessen, dass ich mich noch im November 1932 in einer Wahlversammlung so eindeutig gegen die Ansprüche der NSDAP aufgelehnt hatte, daß ich wiederholt niedergeschrien wurde.“¹²

Als Beleg dafür gab Johannes Saß eine Kopie des Berichtes von dieser Versammlung aus dem von ihm herausgegebenen Blatt „Aufbau“ zu den Akten. Darin wurde der von Johannes Saß geschilderte Auftritt allerdings mit keinem Wort erwähnt:

„Der Referent hielt eine richtiggehende Wahlrede. Wie ihm von den verschiedenen Debattenrednern unter der Zustimmung eines Teiles der Versammlung attestiert wurde, hatte er von seinem Thema ‚Die Schule im Dritten Reich‘ so gut wie nichts gebracht. Er sagte dagegen, die NSDAP hätte wohl ein vollständiges Schulprogramm, würde es aber erst bekanntgeben, wenn sie an die Macht gelangt wäre. Diese Forderung auf Vorschuß an Vertrauen ist eine ganz ungeheuerliche Zumutung. Sie wird nur verständlich wenn man liest, daß Hitler in ‚Mein Kampf‘ die Masse der Geführten als eine ‚Hammelherde von Hohlköpfen‘ bezeichnet. Das hat aber noch keine Partei der Lehrerschaft zu bieten gewagt. Wir glauben ja gerne, daß nach Meinung der Partei diese Kenntnis des Schulprogramms gegebenenfalls vollständig überflüssig sein werde, da ja restlos alles verordnet würde und sich nie-

mand mehr Gedanken machen brauchte. Wir glauben ja auch gern, was so erzählt wird, daß die NSDAP die Liste der neuen Schulleiter für Hamburg fertig hat, umso mehr als der Referent bekannt gab, daß bei ihm in Braunschweig die Schulleiter von der Regierung eingesetzt würden. Wir verstehen nur nicht, wie sich dieses autoritative Gebaren mit der vorgetragenen Erklärung verträgt, daß der Führer alle Mal schicksalhaft aus der Masse herauswache.“¹³

Darüberhinaus hatte der „Aufbau“ spitz festgestellt: „Am Vorstandstisch ein Kollege in SA-Uniform, der einstmals dem Aufbau vorwarf, er bekenne sich zum Schatten der Simultanschule; nun deckte er mit Leib und Leben den Redner, der die Bekenntnisschule ablehnte. Oder, daneben ein anderer SAler, der einmal Selbstverwaltung als ‚unbedingt erforderlich‘ bezeichnete und sich nun für das autoritäre Schulregiment einsetzte. Im Saale unter den Mitgliedern ein Professor, der einmal öffentlich für die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Schule eintrat und sich nun doch notgedrungen auch für die christlichen Grundsätze in der Erziehung betätigen muß. Und noch so mancher andere Paulus, der einst als Saulus das verfolgte, was er heute anbetet. Und dabei standen 50 kriegerische SA-Leute am Ende des Saales und schützten die ‚Lehrerversammlung‘.“¹⁴

Es ist somit nicht verbrieft, dass Johannes Saß in dieser Versammlung „niedergeschrien“ worden war. Aber er war verantwortlich für diesen Artikel und hatte möglicherweise bei dem Hinweis, dass „die NSDAP eine Liste der neuen Schulleiter in Hamburg fertig hat“ um seinen Namen auf dieser Liste gefürchtet. So wurde auch Johannes Saß zum Paulus. Er trat zum 1.5.1933 in die NSDAP ein und mehr noch: Am 10.4.1933 forderte er mit einer Unterschriftensammlung die Mitglieder der Gesellschaft der Freunde dazu auf, sich für eine Gleichschaltungs-Hauptversammlung einzusetzen, mit dem Tagesordnungspunkt: „Der Vorstand der Gesellschaft stellt seine Ämter zur Verfügung“. Die Begründung von Johannes Saß: „Eine einfache Erklärung bisheriger Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, jetzt im nationalen Geist arbeiten zu wollen, genügt nicht.“ Vorgeblich ging es ihm darum, die staatliche Beschlagnehmung der Kassen und des Curiohauses damit zu verhindern.¹⁵

Johannes Saß trat folgerichtig auch unmittelbar in den NSLB ein und schon im Dezember 1933 lud der Ortsgruppenleiter des NSLB in Blankenese, Bruno Peyn, zu einer Ortsgruppenversammlung ein, mit dem Referenten Johannes Saß zum Thema: „Deutsche Geschichte, nationalsozialistisch gesehen“.¹⁶

Selbstverständlich stand Johannes Saß somit auch auf der Schulleiterliste, die der neue Schulsenator Karl Witt am 11.7.1933 vorlegte. Saß blieb Leiter der Schule Hohe Weide 12.¹⁷

Und, einmal zum Paulus geworden, schritt die politische Aktivität kräftig voran. Vom 9. bis zum 28.4.1934 wurde Johannes Saß für einen Lehrgang an der

Gauführerschule vom Dienst beurlaubt. Am 24.8.1934 schrieb er auf dem Schulleitungsbogen der Volksschule für Mädchen Hohe Weide 12 an die Landesunterrichtsbehörde: „Da ich von der Ortsgruppe Blankenese der NSDAP für die Teilnahme am Vorbeimarsch vor dem Führer vorgesehen bin, bitte ich, mich für die Zeit des Reichsparteitages zu beurlauben. Die Vertretung wird dann von mir geregelt.“¹⁸

Solche Schreiben richtete Johannes Saß auch 1937 und 1939 an die dienst-vorgesetzte Behörde. Somit hatte Johannes Saß zumindest an drei Reichsparteitagen in Nürnberg teilgenommen. Überhaupt war Johannes Saß viel unterwegs. Im Juli 1935 besuchte er eine Tagung des Vereins für niederdeutsche Sprachforschung. Im Oktober 1936 trafen sich die Gaukulturwarte Norddeutschlands mit Sachverständigen für niederdeutsche Sprachpflege, Johannes Saß fungierte als Referent. Am 9.12.1936 fand eine Tagung der Landesstellenleiter des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda statt, Johannes Saß zählte zur einberufenen Kommission. Solche Sitzungen des Reichspropagandaministeriums fanden mit Johannes Saß als Teilnehmer und Sachverständigem jährlich statt.¹⁹

Daneben arbeitete Saß an einem „Plattdeutschen Wörterverzeichnis mit Regeln“, das er 1935 veröffentlichte.²⁰

Zwischenzeitlich hatte der Heimatkundler Johannes Saß ein anderes, ganz persönliches Problem zu bearbeiten. Für die Erstellung seines Ariernachweises ergab sich die Schwierigkeit, die Herkunft seines unehelich geborenen Vaters zu belegen. Am 4.1.1936 schrieb Johannes Saß an die „Familie des verstorbenen Schornsteinfegermeisters Eckmann in Doberan:

„Mein Vater, Carl Sass²¹, geboren 9.9.1863, stammte aus Doberan, aus der Neuen Reihe. Er war der uneheliche Sohn der Helene Sass. Wie ich von der Schwester meines verstorbenen Vaters erfahre, war der Schornsteinfegermeister Eckmann der Vormund der Kinder. Der Vater meines Vaters soll der Tischler Ludwig Möller, wohnhaft damals Lettowsberg gewesen sein. Ich möchte nun über diesen Ludwig Möller Näheres wissen, z. B. den genauen Namen, sein Geburtsjahr und Datum, sein Sterbejahr, die Namen seiner Eltern, ferner ob er sich zur Vaterschaft bekannt hat. Es ist ja möglich, dass die Verwaltungspapiere des Vormunds noch vorhanden sind, oder dass der Möller dort persönlich bekannt war. Da heute auf die Abstammungspapiere so großer Wert gelegt wird, möchte ich freundlichst bitten, mir zu helfen, diese zu beschaffen.“²²

In der Personalakte ist nur noch ein Schreiben der Tante von Johannes Saß enthalten, in dem sie bezeugte: „Ich erkläre hiermit, dass ich als Kind in Doberan für meine Pflegemutter und Tante Lisette Sass regelmäßig Geld von Ludwig Möller geholt habe. Das Geld war für den Lebensunterhalt meines Bruders Carl Sass bestimmt. Ludwig Möller galt allgemein als sein Vater.“²³ Das Beibringen von

Ariernachweisen konnte auch für Heimatforscher und NS-Aktivisten unangenehm, schwierig und nach Maßstäben der nationalsozialistischen Ideologie peinlich sein. Ähnlich wie für seinen Blankeneser Freund und Autor niederdeutscher Schriften, Bruno Peyn, der sogar die von ihm eingesehenen Kirchenbücher zu manipulieren versuchte, als er bei seiner unehelich geborenen Mutter einen jüdischen Ahnen ermittelte. Deswegen hatte Peyn in einem peinlichen Verfahren seine Oberstudien-direktoren-Stellung und alle seine Parteiämter verloren.²⁴

Johannes Saß war weiter bemüht, sein nationalsozialistisches Engagement unter Beweis zu stellen. Am 1.11.1940 meldete er seine Mitgliedschaften in der NSDAP (Mitgliedsnummer 2 729 586) und im NSLB sowie dem Reichsluftschutzbund seit 1934. Seine Frau war seit 1933 in der NSV organisiert und in der NS Frauenschaft seit 1934, wie Saß angab. „In der Partei bekleide ich das Amt eines Ortsgruppen- amtsleiters (Schulungsreferent im Kreise VII). Außerdem bin ich Sonderbeauftragter der Reichsschrifttumskammer. Seit Beginn des Krieges bin ich als Luftschutzbeauf- tragter der Schulverwaltung für Kreis II tätig.“²⁵ Das Ziel von Johannes Saß war da- bei auch, mit 56 Jahren nicht noch einmal das Trauma der Kriegsteilnahme erleben zu müssen, sondern „uk“ gestellt zu werden, was auch gelang.²⁶

Der neue für den Schulkreis bestellte Schulrat Backeberg, anders als viele sei- ner Vorgänger nicht als altes Parteimitglied oder Aktivist in der schulpolitischen Auseinandersetzung, sondern als engagierter Schulmann, vormals Schulleiter einer Privatschule, bat Johannes Saß 1942 um Angaben über dessen wissenschaftliche und schriftstellerische Tätigkeiten, die dieser ausführlich beantwortete. Bei der Vielzahl der Projekte und Veröffentlichungen von Johannes Saß war kaum noch erkennbar, dass es sich hierbei um nebenberufliche Tätigkeiten handelte. Als letzten Punkt führte Saß an:

„Gegenwärtig leite ich zum vierten Male die Sichtung der für die Wehrmacht gesammelten Bücher im Kreise VII (jedes Mal etwa 50.000 Bücher) und baue im Gauschulungsamt als ‚Spezialist‘ eine Judenbibliothek auf.“²⁷

Am 29.5.1941 hatte Johannes Saß einen Hinweis darauf gegeben, welchen Zusammenhang es zwischen dem Sammeln von Büchern für die Wehrmacht und dem Aufbau einer „Judenbibliothek“ geben könnte. Unter dem Absender: „Kreis- leitung der NSDAP, Hamburg VII, Schrifttum“ schrieb er an die Leitungen der Schulen in diesem Kreis: „Die Gauschrifttumsstelle hat auf Grund der von der NS. Frauenschaft angefertigten Listen in jeder Kiste noch einige Bücher beanstandet, die von Juden geschrieben oder aus anderen Gründen unerwünscht sind. Diese Bücher müssen aus den Kisten entfernt werden. Für jede Kiste liegt eine Liste der zu entfernenden Bücher vor. Es handelt sich also nur darum, die betr. Bücher heraus- zufinden. Diese Arbeit (167 Kisten) ist viel für einen, wenig für viele. Ich bitte des-

halb noch einmal eine Reihe von Schulen um die Gestellung von Mitarbeitern.“²⁸ Johannes Saß war also Spezialist im doppelten Sinne. Er konnte Listen erstellen von „auszumerzenden Autoren“, besonders solchen mit jüdischem Hintergrund und andererseits im Gauschulungsamt eine „Judenbibliothek“ aufbauen, zu welchem Zweck auch immer.

Am 4.1.1943 schrieb Schulrat Backeberg einen Befähigungsbericht über Johannes Saß, in dem dessen zahlreiche Aktivitäten außerhalb der Schule notiert wurden, so etwa: „Neuerdings hätte Saß dem Kreiswalter im NSLB von der Lieth die Geschäftsführung abgenommen“.²⁹ Weiter vermerkte Backeberg kritisch, dass dem Schulleiter Saß „die Verwaltungsarbeit in Schul- und verwandten Belangen offenbar mehr als die Unterrichtstätigkeit in Klassen“ liege. Und: „Hier vermißte ich Wärme und fachliche Verbundenheit mit den Kindern. Wenn ein Rektor einer 11-klassigen Volksschule nur 9 Unterrichtsstunden in der Woche erteilen kann, weil er die oben erwähnten Nebenämter führt (bei 9–16 Klassen ist die amtlich vorgeschriebene Unterrichtsstundenzahl für ihn 14), so sollten dabei nicht 2 Stunden zweite Schwimmaufsicht sein. Dann wählt er für sich m. E. wichtigere Unterrichtsstunden aus.“ Immerhin schrieb Backeberg abschließend: „Herr Dr. Saß wird auch eine Hauptschule leiten können.“³⁰

Das entsprach nun nicht dem kritischen Tenor des Berichtes, was die Schularbeit betraf. Entsprechend vermerkte Fritz Köhne handschriftlich hinter Backebergs Bericht: „Bedingt geeignet für Leitung einer Hauptschule.“³¹

Vom 8. bis 31. Mai 1944 wurde Johannes Saß als Wehrmachtsredner in Frankreich eingesetzt. Er reiste mit der Einsatzgruppe Rosenberg, Abteilung Schulung³² und wird dies als Genußtuung angesehen haben, angesichts seiner kurzen Kriegserlebnisse in Frankreich mit der anschließenden viereinhalbjährigen französischen Kriegsgefangenschaft im Ersten Weltkrieg. Am 2.10.1944 bescheinigte ihm der Gauschulungsleiter Albert Henze, einer der schlimmsten Nationalsozialisten in der Hamburger Schulgeschichte³², dass Johannes Saß „vom Gauschulungsamt als Wehrmachtsredner eingesetzt worden ist“.³³

Um zu überleben, war es natürlich hilfreich, nicht in den aktiven Kriegsdienst gezogen zu werden. Andererseits hatte Johannes Saß dadurch bis zuletzt in Hamburg Funktionen gehabt und Aktivitäten gezeigt, die nach Ende der Naziherrschaft noch nicht vergessen waren. Interessant ist, dass Schulrat Backeberg, der am 12.8.1945 noch im Amt war, sich noch einmal über Johannes Saß äußern konnte, der kurz zuvor dem neuen Schulsenator Heinrich Landahl geschrieben hatte. Somit können beide Berichte von Schulrat Backeberg verglichen werden und das, was Backeberg 1943 schon kritisch über Saß angemerkt hatte, wurde von diesem in eine deutlichere Sprache übersetzt:

„Herr Dr. Saß ist infolge seiner besonders eifrigen Tätigkeit als Ortsgruppenschulungsleiter in Blankenese und als Redner bei anderen Veranstaltungen und als Propagandaredner bei vielen Wehrmachtsteilen in und um Hamburg von allen Schulleitern meines Hamburger Schulkreises wohl der aktivste Nationalsozialist gewesen. Er war, wenn ich ihn traf, fast immer in brauner Uniform. Vielleicht wurde neben seinem guten Arbeitswillen sein Geltungsbedürfnis die Ursache für seine besonders aktive Rolle in der NSDAP. Ich hoffe, die Bestätigung als Lehrer für ihn noch zu bekommen. Damit muß er sehr zufrieden sein.“³⁴

Am 1.8.1945 wurde Johannes Saß im Auftrag der britischen Militärregierung beurlaubt, seit dem 15.8.1945 war er in der Beschaffungsstelle der Schulbehörde beschäftigt. Am 23.7.1945 reichte er seinen Entnazifizierungsfragebogen ein. Die Tätigkeit in der Beschaffungsstelle endete am 25.10.1945, am 1.11.1945 wurde er mit Schreiben von Heinrich Landahl entlassen. Am 19.12.1945 erklärte Landahl gegenüber der britischen Militärregierung, es könne keine Wiedereinstellung von Johannes Saß geben, „weil er aktiver Nationalsozialist gewesen war.“³⁵

Seit dem 1.5.1946 arbeitete Johannes Saß „drei Jahre lang bei einer Wach- und Schließgesellschaft als Wachtmann“.³⁶

Im Weiteren sollen jetzt die ziemlich einheitlichen negativen Sprüche der Entnazifizierungsausschüsse dargestellt werden, anschließend die Argumentation von Johannes Saß und schließlich die erstaunliche Karriere, die Johannes Saß in den 1950er- und 1960er-Jahren wieder machte.

Nachdem Johannes Saß gegen seine Entlassung Widerspruch eingelegt hatte, musste der Berufungsausschuss entscheiden. Für die Hamburger Schulverwaltung äußerte sich der vertretungsweise eingesetzte neue Schulrat, Robert Werdier:

„Trotz der beigebrachten Entlastungszeugnisse wird die Wiedereinstellung des Herrn Dr. Saß nicht befürwortet. Ich kenne ihn persönlich. Er ist wohl kein ausgesprochen politischer Mensch, dafür aber ein ehrgeiziger und berechnender Streber, der, um materielle Ziele zu erreichen, seine Intelligenz jeder politischen Richtung zur Verfügung stellen würde. Er ist menschlich deshalb wenig sympathisch. In der Ortsgruppe der NSDAP hat er eine führende Rolle gespielt. 1934 bittet er die damalige Landesunterrichtsbehörde, ihn für die Teilnahme am Reichsparteitag zu beurlauben, weil, nach seinen eigenen Worten, ‚ich für den Vorbeimarsch vor dem Führer vorgesehen bin‘. Am 4.11.1942 schreibt er in einem wissenschaftlichen Tätigkeitsbericht an die Schulverwaltung: ‚Ich baue im Gauschulungsamt als Spezialist eine Judenbibliothek auf.‘ Am 8. bis 31.5.1944 ist er als Wehrmachtsredner in Frankreich eingesetzt. In demselben Jahre an vier aufeinanderfolgenden Tagen hält er Vorträge vor Wehrmachtsangehörigen und Schulungs- und Propagandaleitern des Kreises 7.

Diese mit eigener Feder gemachten Angaben in der Personalakte dürften Herrn Dr. Saß hinreichend kennzeichnen.“³⁷

Es wäre schön gewesen, wenn alle mit der Entnazifizierung Befassten die Personalakten so gründlich studiert hätten. Die Schulverwaltung schlug somit vor, die Berufung zu verwerfen.³⁸

Der Leitende Ausschuss befasste sich am 16.4.1948 mit der Angelegenheit Johannes Saß und lehnte dessen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens ab, „da der Antragsteller nicht bewiesen hat, dass er nur Mitläufer war. Er ist im Mai 1944, also nachdem es einwandfrei feststand, dass der Krieg für Deutschland verloren war, noch als Wehrmachtsredner nach Frankreich gegangen, wo er sich nach Sachlage nur als Kriegshetzer betätigt haben kann. Als Wehrmachtsredner wurden nur solche Leute auf die Truppe losgelassen, die große Nazis waren. Dieser Fall ist als besonders schwer zu bezeichnen, so dass der Leitende Ausschuss keine Möglichkeiten für eine erfolgreiche Wiederaufnahme als gegeben ansieht.“³⁹ Dem Leitenden Ausschuss gehörte auch der NS-kritische OSR Heinrich Schröder an, der vermutlich Johannes Saß persönlich nicht kannte, da dieser nicht im Bereich der höheren Schulen gearbeitet hatte.

Für den Berufungsausschuss musste vorher der Beratende Ausschuss eine Stellungnahme abgeben. Darin hieß es am 6.4.1949:

„Herr Dr. S. vertrat seine Sache vor dem Beratenden Ausschuss in einer Art, die weitgehend als arrogant empfunden werden mußte und mehrfach fast zum Abbruch der Verhandlung führte. Bei aller Würdigung der vorliegenden und inzwischen nachgereichten Gutachten muß sich die Beurteilung weitgehend auf zwei Punkte richten: Früher Eintritt in die NSDAP, Tätigkeit als NS-Redner 1944 in Frankreich. Daneben treten Urlaubsgesuche, mehr als ausgedehnte Tätigkeit in allen möglichen NS-Einrichtungen zurück.

Zu den Hauptpunkten: Herr Dr. S. will den frühen Eintritt mit einer ‚Überführung‘ von der DVP in die NSDAP (war die DVP der HJ gleichzusetzen??) und mit seiner Absicht, zu mildern und Schlimmeres zu verhüten, erklären. Kein Mitglied des Beratenden Ausschusses ist auch nur teilweise von dieser Begründung überzeugt worden. Der Eindruck der Opportunität bei Herrn Dr. Saß ist weitgehend geblieben.

Herr Dr. S. gibt für seine Frankreichreden an, daß er dort so sehr viel gesprochen habe, weil er nicht-nazistische Stellungnahmen und Betrachtungen brachte. Irgendwelche Gutachten über diese Vorträge von Hörerseite liegen der sonst an Gutachten nicht armen Akte nicht bei. Mitglied I des Beratenden Ausschusses, das selbst jahrelang in der fraglichen Zeit in den Bunkern des sog. Atlantikwalles gelegen hat, muß es nach den dort gemachten Erfahrungen mit den NS-Rednern als völlig

ausgeschlossen ansehen, daß NS-Redner ausgerechnet noch 1944 etwa wiederholt und ausgesprochen in der von Dr. S. behaupteten Art gesprochen haben können.

Der Beratende Ausschuss kann daher nur zu folgender Stellungnahme kommen: Kein Mitglied des BA kann die Wiedereinstellung des Herrn Dr. Saß in den Schuldienst befürworten. Kein Mitglied des BA möchte Herrn Dr. S. als Kollegen in der gleichen Schule haben.⁴⁰

Eine solche einmütige Ablehnung hatte es in kaum einem anderen Fall gegeben. Es blieb dem Berufungsausschuss für die Ausschaltung von Nationalsozialisten vom 30.4.1949 vorbehalten, wieder in der Besetzung: Vorsitzender Rechtsanwalt Soll mit den Beisitzern Rabe und Birr, anders zu entscheiden. Der Ausschuss beschränkte die Berufung auf die Pensionierung als Volksschullehrer und entschied auch entsprechend. Johannes Saß wurde in den Ruhestand versetzt und man billigte ihm die Ruhegehaltsbezüge eines Volksschullehrers zu. Gleichzeitig wurde er in Kategorie IV eingruppiert (Mitläufer), mit Wirkung ab dem 1.1.1950 in die Kategorie V.⁴¹

Ich vermute, dass es das war, was Johannes Saß angestrebt hatte. Er war zu diesem Zeitpunkt knapp 62 Jahre alt.

Auch der Berufungsausschuss stellte fest, dass Johannes Saß „bei der NSDAP als überzeugter Nationalsozialist galt“, da er „in ihr als Schulungsleiter tätig war und im Kriege als Wehrmachtsredner eingesetzt wurde. Andererseits hätte sich das gesamte Kollegium seiner Schule stark für ihn eingesetzt“ und es wäre bezeugt worden, „dass er im Unterricht sich politisch zurückhaltend und maßvoll geführt hat“.⁴² Insofern wäre ein im Einvernehmen mit der Schulverwaltung und dem Fachausschuss gefundener Beschluss gefasst worden.

Wie nun argumentierte Johannes Saß in seinem Entnazifizierungsverfahren?

Nachdem er am 1.8.1945 von seiner Schulleitungstätigkeit beurlaubt worden war, richtete er ein Schreiben an Senator Landahl. Darin hieß es: „Ich bin der Meinung, dass die Beurlaubung der Schulleiter auf Grund des Datums des Eintritts in die Partei und des Amtes, das man in ihr bekleidet hat, eine Maßregel ist, die an unserer Tätigkeit in der Schule vorbeigreift. Wenn wir ehrlich bekennen sollen, worin unsere hauptsächliche Aufgabe während der Zeit des nationalsozialistischen Regimes bestand, so ist es die gewesen, alle Eingriffe der Partei in Gestalt des Ortsgruppenleiters und der HJ von unserer Schule abzuwehren. Ich sprach hier absichtlich von ‚uns‘, als der Mehrzahl der Schulleiter. Nur wer selbst diese Stellung innehatte, weiß, wie oft man im Interesse der anvertrauten Schule seine bürgerliche Existenz aufs Spiel setzte. Man kann ohne Übertreibung von einem andauernden Spannungszustand mit den parteilichen Instanzen sprechen.“⁴³

Das von Johannes Saß angeführte Beispiel war durchaus symptomatisch:

„Ein Mädchen wird zum Straßenbahndienst herangezogen. Da es ein Mädchen des neunten Schuljahres war und den Unterricht bitter nötig hatte, untersagte ich ihm diesen Dienst. Darauf erfolgte ein geradezu frecher Anruf der BDM-Dienststelle. Im Gegenzug verfügte ich die sofortige Entlassung des Mädchens, falls es wegen des Straßenbahndienstes eine Woche dem Unterricht fernbleiben würde. Da es zum Unterricht eine Woche lang nicht erschien, stellte ich ihm sein Entlassungszeugnis zu. Nun erfolgten weitere Anrufe von Seiten des BDM und von Stellen der Schulverwaltung. Ich blieb bei meiner Entscheidung: Kinder des 9. Schuljahres, die nicht regelmäßig den Unterricht besuchen, sind zu entlassen. Zuletzt forderte mich Oberschulrat Henze auf nachzugeben; er käme, wenn die Sache an den Gauleiter ginge, in des Teufels Küche. Ich gab auch dann nicht nach. Da ich formal im Recht war, weil ich nur eine Anordnung der Schulverwaltung durchführte, wurde die Angelegenheit wenige Tage später, durch persönliche Entscheidung des Oberschulrates Henze' niedergeschlagen. Die Entlassung blieb bestehen. Es ist klar, dass man solche Angriffe von außen nur abwehren konnte, wenn man selbst Mitglied der Partei war, womit sich das bestätigt, was mich seinerzeit veranlasste, der Partei beizutreten, nämlich dort einen mäßigenden Einfluss auszuüben.“⁴⁴

Solche Beispiele wurden gern als Beleg für die Auseinandersetzung mit *dem* Nationalsozialismus angeführt. Dabei ging es einzig um Kompetenzgerangel, Schulleiter fühlten sich in ihrer Macht als Führer der Schule beschnitten. In diesem Fall hatte Johannes Saß den damals einflussreichsten Nationalsozialisten in der Schulverwaltung an seiner Seite, der über beste Kontakte zu Gauleiter Karl Kaufmann verfügte. Albert Henze war es auch, der als Gauschulungsleiter 1944 verfügt hatte, Johannes Saß als Wehrmachtsredner einzusetzen.

Eine Argumentation von Saß, die schwerlich verfangen konnte.

Erbärmlich auch die Argumentation dieses Mannes, der sich noch im November 1942 als „Spezialist für den Aufbau einer Judenbibliothek“ bezeichnet hatte. Zweieinhalb Jahre später schrieb er an Senator Landahl:

„In einer Ihrer Ansprachen sagten Sie, dass die Schule die Kinder zur Duldung Andersdenkender erziehen müsse. Sie rühren da an einem Punkt, der uns das Gehorchen während der nationalsozialistischen Zeit äußerst schwer gemacht hat. Ich nehme für mich in Anspruch, dass ich in der Duldung so weit gegangen bin, wie es irgend durchzuführen war. Als die Universitätsprofessorin Dr. Agathe Lasch als Volljüdin ihren Platz verlassen sollte, habe ich ein Ansuchen an den Gauleiter unterschrieben, sie in ihrer Tätigkeit zu belassen. Bei jedem halbjudischen Kind, das in meiner Schule zur Anmeldung kam, habe ich befürwortend ein Gesuch an die Schulverwaltung gerichtet, das Kind zur Aufnahme zuzulassen. Als nach der Katastrophe vom Juli 1943 ein großes halbjudisches Mädchen meiner Schule auf

der Kreisstelle 2 des Ernährungsamtes Beschäftigung fand, habe ich dieser Stelle gegenüber verschwiegen, dass der Vater dieses Mädchens Volljude sei. Ich will mich damit nicht als Freund der Juden hinstellen, sondern nur dartun, dass ich auch unter den schwierigen Verhältnissen der letzten Vergangenheit den Grundsatz der Duldung nicht aufgegeben hatte.“⁴⁵

Es sagt viel über Johannes Saß und diese Zeit aus, dass er „die Duldung“ von halbjüdischen Kindern an seiner Schule als heroische Tat anführte, ebenso wie die Unterschrift für die jüdische Germanistin Agathe Lasch 1933, die fünf Jahre zuvor noch seine Dissertation mit entscheidenden Impulsen und Hinweisen möglich gemacht hatte.

Töricht aus meiner Sicht auch das Argument gegenüber Heinrich Landahl, der 1933 als Schulleiter der Lichtwarkschule von den Nationalsozialisten abgesetzt worden war: „Man rechnet heute groß an, wenn einem 1933 dienstliche Nachteile erwachsen, man zum Beispiel seine Stellung als Schulleiter aufgeben musste. Das hat mich nicht getroffen, wenn auch die damals vom NSLB aufgestellte Liste der erwünschten Schulleiter meinen Namen nicht enthielt. Die Oberschulbehörde ließ mich allerdings von sich aus in meiner Schulleiterstelle.“ Dafür war Johannes Saß rechtzeitig am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten.

„Aber mir wurde 1933 die Vereinigung ‚Aufbau‘ zerschlagen, mir wurde meine Zeitschrift zunichte gemacht und mir wurde der Hamburgische Elternbund, der von mir gegründet war und geleitet wurde, zertrümmert.“ Auch dieses Argument war erbärmlich, wenn man weiß, dass es Johannes Saß war, der 1933 am 10. April den Impuls für die Gleichschaltung der Gesellschaft der Freunde und somit aller Lehrerorganisationen gab, um „jetzt im nationalen Geist arbeiten zu wollen.“⁴⁶

Johannes Saß schloss sein Schreiben an Heinrich Landahl mit den Worten:

„Nach alledem kann ich nicht einsehen, weshalb ich etwa eine Gefahr für die Kinderseelen darstellen soll, wenn ich in meinem Amt als Schulleiter verbleibe. Den Arm haben wir alle, die wir in der Schule standen, erhoben und ‚Heil Hitler!‘ haben wir auch alle gesagt. Aber das ist vorbei, auch von innen her gesehen, ob wir ein an sich unbedeutendes Amt in der Partei gehabt haben oder nicht. Mit Schematismus kann man keine innere Säuberung der Lehrerschaft vornehmen. Es sind eine ganze Reihe von Lehrkräften da, die zwar sehr spät in die Partei eintraten und kein Amt dort begleiteten, die sich aber hundertprozentig und mehr den Kindern gegenüber gebärdeten.“⁴⁷

Dieser Hinweis, dass die anderen die Schlimmeren gewesen wären, machte Johannes Saß nicht sympathischer. An anderer Stelle verfuhr er nach dem gleichen Muster. Eine Notiz, überschrieben „Verwahrung“ und in der englischen Übersetzung „For clearness“, lautete so:

„Aus Gesprächen mit Bekannten entnehme ich, dass ich möglicherweise zu Unrecht durch einen Parteigenossen gleichen Namens belastet bin. Es gab im Kreise 7, zu dem auch ich gehörte, noch einen Dr. Saß, der, da er vielfach vor der Öffentlichkeit sprach, häufig in Zeitungsberichten erwähnt wurde. Es war Dr. Hermann Saß, vor der Errichtung Gross-Hamburgs Senator in Altona, danach Oberschulrat in Hamburg. Er war in den letzten Jahren Kreisschulungsleiter. Ich hatte die Kreisleitung wiederholt gebeten, bei Veröffentlichungen den Vornamen hinzuzusetzen. Diesem Wunsche ist aber nie entsprochen worden. Infolge der Verwechslung erhielt ich öfter Zuschriften, die für den anderen Dr. Saß bestimmt waren.“ Unterschrieben von Dr. Johannes Saß, „seinerzeit Ortsgruppenschulungsleiter“.⁴⁸ Als solcher, in dieser Funktion, war er also vom Kreisschulungsleiter angeleitet worden.

Dass Johannes Saß vor den Entnazifizierungsausschüssen persönlich einen denkbar schlechten Eindruck machte, „als arrogant“ empfunden wurde, lag auch an seiner unglaublichen Argumentation. Etwa, wenn er, der, wie dargestellt, durch eine persönliche Initiative dafür sorgte, dass eine Gleichschaltungs-Hauptversammlung der Gesellschaft der Freunde stattfand, 1945 schrieb:

„Wenn der alte Vorstand der ‚Gesellschaft der Freunde‘ am 27. April 1933 in einer ‚Außerordentlichen Hauptversammlung‘ den Antrag stellte: ‚Die Gesellschaft der Freunde erklärt ihren Eintritt in den Nationalsozialistischen Lehrerbund‘, so geschah das auch nicht aus Begeisterung für das Neue sondern aus dem Gefühl der Verpflichtung, die ungestümen, und wie wir alle überzeugt waren, unzulänglichen Neuerer nicht allein arbeiten zu lassen. Leider ist dieser Weg nur von Einzelnen weiter verfolgt worden. Sie haben bestimmt Erfolg gehabt, aber sie tragen heute mit an der ‚Schuld‘, während andere, die vor jedem Fähnlein stramm standen, heute als brauchbare Männer angesehen werden. Die ‚Gesellschaft‘ aber, die noch vor dem kritischen 1.5.1933 die Parole gab, durch Eintritt in den NSLB das Neue anzuerkennen, schließt heute diejenigen aus, die damals die Konsequenz aus dieser Parole gezogen haben.“⁴⁹

Johannes Saß bewegte sich hier immer noch wie der ehemalige Führer einer Lehrergruppe in der Auseinandersetzung mit der Gesellschaft der Freunde, die er persönlich 1933 gedrängt hatte, „in nationalem Geist“ die Gleichschaltung zu vollziehen. Da Vertreter dieser Gesellschaft der Freunde 1945 in den Entnazifizierungsausschüssen mit entscheidender Stimme saßen, erwies sich Johannes Saß für diese nach Ende der Naziherrschaft als unverbesserlich. Und auch die Vertreter der britischen Militärregierung mussten über ein anderes Argument von Saß befremdet sein: „Aus Besorgnis um eine Radikalisierung der Schule glaubte ich, dabei sein zu müssen. Ich kann mir denken, dass ein Engländer den Standpunkt, man habe in der Partei nur mäßigend wirken wollen, nicht anerkennt. Eine deutsche Instanz, die die Verhältnisse

besser kennt, kann unmöglich diese Tatsache übersehen. Sie muss auch anerkennen, dass man sich umso mehr in die Parteiarbeit einschleichen musste, je ernsthafter man seine Aufgabe nahm. Es ist daher nicht angängig, die politische Beurteilung von heute allein von dem Maß der Mitarbeit in der NSDAP abhängig zu machen.“⁵⁰

Johannes Saß war ein eitler Mensch. Über seine Tätigkeit als Propaganda- und Wehrmachtsredner schrieb er:

„Aus dem gleichen Grunde wurde ich auch von Wehrmachtstellen immer wieder angefordert. Man hatte dort die Parteiredner schon längst satt und griff begierig nach den wenigen, die Vorträge hielten, die eigentlich keine Parteivorträge waren. Ich konnte mich gegen die Inanspruchnahme nicht wehren und hatte auch keine Veranlassung, die schweren Folgen einer Weigerung auf mich zu nehmen, da die Schulverwaltung mir für meine Einsätze stets bereitwilligst Urlaub erteilte. Außerdem waren geistige Anregungen in jenen Jahren so rar, dass ich keinen Grund sah, andern Menschen diese vorzuenthalten, wenn ich doch offensichtlich in der Lage war, ihnen solche zu geben.“⁵¹

Typisch auch in diesem Fall, dass Leumundszeugnisse geschrieben wurden von anderen, die ebenfalls Rädchen im Getriebe gewesen waren, selbst belastet, sich aber nun gegenseitig die beste Gesinnung bescheinigten. So etwa Walther Niekerken, ehemaliges SA-Mitglied, mit dem Johannes Saß zu niederdeutschen Themen gearbeitet hatte und der erstaunlicherweise schon 1946 wieder Professor am Germanischen Seminar der Universität Hamburg war. Niekerken schrieb:

„Hiermit bescheinige ich Herrn Dr. Johannes Saß, daß ich ihn seit dem Jahre 1933 kenne und bis zum Kriegsausbruch oft mit ihm zusammen war, und zwar im Rahmen einer Lehrerarbeitsgemeinschaft für Niederdeutsch und vor allen Dingen aber als Mitarbeiter an einem neuniederdeutschen Wörterbuch. Ich habe nie bemerkt, daß er in seinen Anschauungen parteipolitisch gebunden war. Im Gegenteil, er verhielt sich in seinen Äußerungen sehr kritisch, wie es ein echter Nazi nie tat. So beklagte er ganz besonders den traurigen Verfall der deutschen Schule und sprach sich einmal mir gegenüber sehr entrüstet über die Verkommenheit in der Reichsschrifttumskammer aus. Wie wenig er Nazi war, scheint mir eindeutig auch aus der Tatsache hervorzugehen, daß er im April 1934 auf mein Werben sofort bereit war, sich auch für die jüdische Professorin Fräulein Dr. Agathe Lasch einzusetzen. Und zwar begnügte er sich nicht mit einer einfachen Unterschrift, sondern fügte meinem Gesuch eigene Zeilen bei. Sie sind noch heute vorhanden.“⁵²

Ich habe schon darauf hingewiesen, das Agathe Lasch ganz wesentlich die Dissertation von Johannes Saß mit Hinweisen und Impulsen möglich gemacht hatte. Interessant ist, dass die „eigenen Zeilen, die noch heute vorhanden sind“, niemals vorgelegt wurden.

Auch ein anderer niederdeutscher Sprachforscher, der ebenfalls NSDAP-Mitglied gewesen war, Professor Conrad Borchling, verwendete sich für Johannes Saß:

„Der Rektor Dr. Johannes Saß hat seit 1929 das Korrespondenzblatt des Vereins für niederdeutsche Sprachforschung herausgegeben. Während der 12 Jahre des nationalsozialistischen Regimes war es den Schriftleitern wiederholt zur Pflicht gemacht, mit jeder von ihnen herausgegebenen Nummer die Propaganda der Partei zu unterstützen. Aus meiner genauen Kenntnis der Zeitschrift als Vorsitzender des Vereins kann ich bezeugen, dass Dr. Saß niemals, auch nicht andeutungsweise auf die propagandistischen Anregungen der Partei eingegangen ist, obgleich die Verbreitung unseres Korrespondenzblattes im Ausland der Propaganda sehr dienlich gewesen wäre. Dr. Saß hat sogar, obgleich es verboten war, Zitate von jüdischen Autoren ohne Einschränkungen zum Abdruck gebracht.“⁵³

Schwer erträglich für jemanden der weiß, dass Johannes Saß sich gerühmt hatte, Experte für eine „Judenbibliothek“ zu sein, für deren Aufbau und das Ordnen „auszumerzender Schriften.“

Bekanntlich konnten diese Gutachten das schlechte Bild, das Johannes Saß vor den Entnazifizierungsausschüssen abgegeben hatte, nicht mildern.

Mit dem Ruhegehalt eines Volksschullehrers widmete sich Johannes Saß nun, ab 1949, wieder verstärkt seiner schriftstellerischen Arbeit. Am 28.8.1952 wurde Johannes Saß zum Abschluss der Entnazifizierung in Kategorie V eingruppiert, als Entlasteter. Nach Art. 131 Grundgesetz wurde ihm ab 1953 die Pension eines Rektors gewährt, verbunden damit auch die Amtsbezeichnung „Rektor im Ruhestand“.⁵⁴

Sein Ruf in der Hamburger Schulbehörde hatte sich damit aber nicht verbessert. Als zum 70. Geburtstag von Johannes Saß das obligatorische Glückwunschsreiben des Landesschulrats vorbereitet wurde, hatte OSR Werdier intern notiert: „Großer Nazi! So kurz wie möglich.“⁵⁵ Johannes Saß erhielt daraufhin das formale Glückwunschsreiben, unterzeichnet von Landesschulrat Ernst Matthewes. Und auch zum 75. Geburtstag hatte der zuständige Oberschulrat intern vermerkt: „Keine Zusätze“.⁵⁶

Anderswo wurde Johannes Saß in anderer Weise gewürdigt. Als Heimatforscher erhielt er am 17.3.1971 die Medaille für treue Arbeit im Dienste des Volkes in Bronze. Die „Welt“ vermerkte:

„Der 81-jährige Hamburger Philologe und Heimatforscher ist durch seine zahlreichen plattdeutschen Vorträge und seine Bemühungen um eine Vereinheitlichung der niederdeutschen Rechtschreibung auch außerhalb Hamburgs bekannt geworden. Hobby des aktiven Hanseaten sind seine ehrenamtlichen Arbeiten als Leiter der niederdeutschen Dichtertagungen in Bevensen und als Vorsitzender von sechs Kuratorien der Stiftung F. v. S.“⁵⁷

Zu seinem 80. Geburtstag hatte das „Hamburger Abendblatt“ Johannes Saß am 30.8.1969 auf der ersten Seite in der Rubrik „Menschlich gesehen“ porträtiert:

„Unzählige Hamburger kennen den schlanken Mann von seinen plattdeutschen Vorträgen, als Vorsitzenden der Fehrgilde, als Dozenten an der Volkshochschule, als Leiter der niederdeutschen Dichtertagungen in Bevensen. Für ihn ist der Ruhestand mit viel Arbeit verbunden. Aber die ehrenamtliche Arbeit ist sein Hobby. Sein Arbeitszimmer gleicht einer Bücherei und eine Reihe eigener Schriften steht in den Regalen, zum Beispiel das kleine plattdeutsche Wörterbuch, von dem schon die dritte Auflage erschienen ist und das Grundregeln für die plattdeutsche Rechtschreibung enthält, die heute von den meisten niederdeutschen Schriftstellern als verbindlich angesehen werden. Frau Hildegard, mit der er seit 1920 verheiratet ist, kann ihn nur schwer von seinem Blankeneser Schreibtisch (mit Elbblick) mal losreißen. Manchmal arbeitet er dort bis zwei Uhr nachts. Niemand sieht es dem aktiven Mann an, daß er am 4. September 1969 80 Jahre alt wird.“⁵⁸

Johannes Saß hatte sich einen Namen gemacht als Moderator von Veranstaltungen und Lesungen, die immer wieder auch im Ohnsorg-Theater stattfanden und über die regelmäßig berichtet wurde. Unter der Überschrift „Sinnig und vergnügt“ wurde vermerkt: „Schon der gemütliche und immer schlagfertige Dr. Johannes Saß sorgte als Ansager dafür, daß der Humor gewissermaßen den Generalnenner bildete.“⁵⁹

Fast am Ende seines Lebens wurde Johannes Saß noch eine besondere Ehrung zuteil:

„Zu Ehren des Vorsitzenden der Niederdeutschen Bevensen-Tagung und der niederdeutschen Kuratorien, Dr. Johannes Saß, der 80 Jahre alt geworden ist, gab die Stiftung F. V. S. zu Hamburg in ihrem schönen Gästehaus an der Elbchaussee einen Empfang. In Vertretung von Dr. Alfred Toepfer, der verreist war, machte Senator a. D. Heinrich Landahl die Honneurs. Unter den zahlreich erschienenen Gästen, die das rüstige ‚Geburtstagskind‘ begrüßte, sah man auch den 90-jährigen Dichter Hermann Claudius sowie den Bürgermeister und Stadtdirektor von Bevensen. Während unten auf der Elbe die Dampfer vorbeifuhren, saß man gemütlich und harmonisch ‚ganz niederdeutsch‘ beisammen.“⁶⁰

Johannes Saß starb am 31.12.1971.⁶¹

In der „Welt“ erschien ein Nachruf:

„Wenn in der Klosterkirche zu Medingen (Bevensen) in jedem Jahr der ‚Klaus-Groth-Preis‘ und der ‚Fritz-Stavenhagen-Preis‘ der Stiftung F. V. S. zu Hamburg feierlich verliehen wurden, und man abends bei dem Empfang der Tagungsteilnehmer im ‚Hotel Stadt Hamburg‘ zusammensaß, so trat ein schlanker Mann auf das Podium, der schmunzelnd und mit launigen Worten die Anwesenden begrüßte. Das

war Dr. Johannes Saß. Und wenn – auch alle Jahre wieder – die ‚Plattdüütsche Dichterstünn‘ im Richard-Ohnsorg-Theater stattfand, dann stand bescheiden unter der Vortragsfolge: ‚Dr. Saß seggt allemal en paar Wöör vörweg.‘ Ja, er sagte ein paar Worte vorweg! Aber welche Arbeit hinter ihm lag, das wußten nur die Eingeweiheten.“⁶²

Da bin ich mir nicht so sicher, dass die alles wussten.

Anmerkungen

- 1 Personalakte Johannes Saß, StA HH, 361-3_A 1268
- 2 „Hamburger Abendblatt“ vom 30.8.1969.
- 3 Personalakte a. a. O.
- 4 Ebd.
- 5 Personalakte a. a. O.
- 6 Lebenslauf in der Personalakte, a. a. O.
- 7 Weiterer Lebenslauf in der Personalakte, a. a. O., Blatt 79, abgeschrieben aus der 1926 in Hamburg gedruckten Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der philosophischen Fakultät.
- 8 Siehe die Biografie Gustaf Deuchler, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 142ff.
- 9 Personalakte a. a. O.
- 10 Johannes Saß: Ein Jahr Berufsleben, HLZ 6/1927, S. 109ff; Johannes Saß: Von Sitzenbleibern und Sonderklassen, HLZ 37/1927, S. 590ff.
- 11 Johannes Saß: Die Elbe von Hamburg bis Cuxhaven, Himmelheber-Verlag, 1931, in 4. Aufl. 1951 im Kröger Verlag, Hamburg.
- 12 Einspruch gegen seine Entlassung vom 9.7.1946, Entnazifizierungsakte Johannes Saß, StA HH 221-11_Ed 6736
- 13 Aufbau Heft 11/1932, als Kopie in der Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 14 Ebd.
- 15 HLZ 16/1931, S. 221. Siehe: Kristina Steenbock: Nationalsozialistische Gleichschaltung der „Gesellschaft der Freunde“, in: 175 Jahre Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Hamburg, Hamburg 1980, S. 132ff. Gekürzt ist dieser Beitrag auch abgedruckt in: Ursel Hochmuth/Hans-Peter de Lorent: Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 13ff. Siehe auch: Hans-Peter de Lorent: „Laßt hinter Euch die Welt des Intellekts.“ Der Nationalsozialistische Lehrerbund, in: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.): „Die Fahne hoch.“ Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg und am Hakenkreuz, Hamburg 1996, S. 119.
- 16 HLZ 49/1933, S. 676.
- 17 Personalakte a. a. O.
- 18 Personalakte a. a. O.
- 19 Alle Daten dazu in der Personalakte, a. a. O.
- 20 Johannes Saß: Plattdeutsches Wörterverzeichnis mit Regeln, Meissner Verlag Hamburg 1935.
- 21 Der Name wurde unterschiedlich, mal mit ß, mal mit ss geschrieben.
- 22 Schreiben vom 4.1.1936, Personalakte a. a. O.
- 23 Erklärung vom 29.1.1936, Personalakte a. a. O.
- 24 Siehe die Biografie Bruno Peyn in: de Lorent 2016, S. 480ff.
- 25 Schreiben vom 1.11.1940, Personalakte a. a. O.
- 26 Als 1942 auch die älteren Jahrgänge zur Wehrmacht gezogen worden, beantragte die

- Schulverwaltung die uk-Stellung von Johannes Saß, Personalakte a. a. O.
- 27 Schreiben vom 4.11.1942, Personalakte a. a. O.
- 28 Schreiben vom 29.5.1941, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 29 Befähigungsbericht, Personalakte a. a. O.
- 30 Ebd.
- 31 Kurzvermerk Köhne vom 5.1.1943, Personalakte a. a. O.
- 32 Laut Personalakte, a. a. O.
- 33 Schreiben vom 2.10.1944, Personalakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Albert Henze, in: de Lorent 2016, S. 162ff.
- 34 Schreiben vom 12.8.1945, Personalakte a. a. O.
- 35 Alle Angaben laut Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 36 Laut Personalakte, a. a. O. und dem von Johannes Saß und Hermann Quistorf herausgegebenen „Niederdeutsches Autorenbuch“, Hamburg 1959, S. 159.
- 37 Schreiben vom 20.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 38 Empfehlung vom 26.8.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 39 Beschluss des Leitenden Ausschusses vom 16.4.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 40 Beratender Ausschuss vom 6.4.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 41 Berufungsausschuss vom 30.4.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 42 Ebd.
- 43 Schreiben von Johannes Saß an Senator Landahl von 8.8.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 44 Ebd.
- 45 Ebd.
- 46 Siehe HLZ 16/1933, S. 221.
- 47 Ebd.
- 48 Schreiben vom 20.1.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O. Siehe dazu auch die Biografie Hermann Saß, in: de Lorent 2016, S. 178ff.
- 49 Schreiben vom 16.11.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 50 Ebd.
- 51 Schreiben vom 9.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 52 Schreiben vom 17.1.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 53 Schreiben vom 18.1.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 54 Personalakte a. a. O.
- 55 Personalakte a. a. O.
- 56 Personalakte a. a. O.
- 57 Die „Welt“ vom 18.3.1971.
- 58 „Hamburger Abendblatt“ vom 30.8.1969.
- 59 „Hamburger Abendblatt“ vom 14.10.1964.
- 60 „Hamburger Abendblatt“ vom 6.9.1969.
- 61 Personalakte a. a. O.
- 62 Die „Welt“ vom 6.1.1972.

Walther Machleidt

„Ich weiß mich in letzter Verantwortung stehend vor Gott und dem Führer.“

Eine besonders vielschichtige Persönlichkeit war offenbar Walther Machleidt. Nach früher Mitgliedschaft in der NSDAP 1933 wurde er am 10.7.1933 zum Schulleiter an der Luisenschule in Bergedorf ernannt, zwei Jahre später wieder abgesetzt, wohl wegen seiner christlichen Überzeugung, die er im Einklang mit dem Nationalsozialismus sah. Vorher gehörte er der Kommission an, die Vorschläge zur Säuberung der Hamburger Schülerbüchereien machte. Gerüchte rankten sich um seinen Tod als Oberleutnant bei der Wehrmacht 1942 in Riga.

Eine besondere Sicht auf Walther Machleidt hatte sein ehemaliger Schüler an der Oberschule für Jungen in Eimsbüttel, Kaiser-Friedrich-Ufer, Gerhard Nöthlich, mit dem ich über Machleidt korrespondierte, siehe in diesem Buch unter „Begleitwort“.

Walther Machleidt wurde am 15.5.1900 als Sohn eines Oberzollkontrolleurs in Hamburg geboren. Er besuchte die Hansaschule in Bergedorf, an der er am 29.1.1918 die Reifeprüfung bestand. Das anschließende Studium (Deutsch/Geschichte/Erdkunde) begann er 1918 in Tübingen, nur durch eine kurze Kriegsteilnahme von Juli 1918 bis zum 7.12.1918 in einem Infanterieregiment unterbrochen. Als Freiwilliger in einem Freikorps kämpfte er vom 17.5.1921 bis zum 10.9.1921 gegen den „Polenaufstand“ in Oberschlesien, wie er im „Fragebogen zur Vervollständigung der Personalakte“ am 19.3.1938 vermerkte.¹

Seine Promotion erfolgte am 7.7.1923. Thema seiner Doktorarbeit: „Die Naturschilderungen bei Löns“. Das Staatsexamen absolvierte Machleidt am 20.1.1924, sein pädagogisches Assessoren-Examen bestand er 1925, nachdem er im Probejahr an der Oberrealschule St. Georg gearbeitet hatte.²

Zur Prüfungskommission gehörten unter anderem der Psychologieprofessor William Stern, der nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten emigrierte, und der Germanist Prof. Conrad Borchling, der sich den Nationalsozialisten annäherte.³

Walther Machleidt wurde ab September 1925 als wissenschaftlicher Hilfslehrer am Wilhelm-Gymnasium eingestellt. Für die Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum des Wilhelm-Gymnasiums 1931 schrieb er einen Beitrag zum Thema „Studienfahrten im Dienste der Deutschkunde“. Hier wurde bei Machleidt eine Grundhaltung deutlich, die durchaus ideologisch in die neue Zeit ab 1933 passte:

„Die Studienfahrten stehen sämtlich im engsten Zusammenhang insbesondere mit dem deutschkundlichen Unterricht. Seitdem sind sie keine familiären Reisen, sondern Wanderfahrten, die männerbündlerischen Charakter tragen. Der Weg vom Schauen zum Verstehen wird dem Jungen durch deutschkundliche Studienfahrten ganz wesentlich erleichtert und verkürzt. Die täglich wechselnde neue Umgebung regt an und macht in hohem Maße aufnahmebereit. Die Gegenwart eines deutschen Kulturdenkmals, das Hineingestelltsein in eine andere Landschaft übt eine tiefe, rational nicht erfaßbare, ja oft magische Wirkung aus. Aber wirkliches Verstehen ist nur da möglich, wo das Geschaute zur Substanz des Inneren in unmittelbarer Beziehung gesetzt werden kann. Darum kann der Junge Wesen und Kultur seines Volkes und die Struktur des Deutschen Staates schauend begreifen und verstehen. Fahrten ins Ausland gehen aber im allgemeinen über die Aufgaben der Schule hinaus. Erst der Jüngling, für den Volk und Staat fraglose Gegebenheiten sind, wird auch Fremdes einzuordnen vermögen.“⁴

Am 1.2.1928 wurde Walther Machleidt außerplanmäßiger Beamter am Wilhelm-Gymnasium.⁵ Bezeichnend für seine Vielseitigkeit war noch, dass Walther Machleidt nach seinem Examen 1925 parallel zu seinem Lehrauftrag am Wilhelm-Gymnasium als Werkstudent in einer Filiale der Deutschen Bank in Hamburg für 15 Monate gearbeitet hatte.⁶

Zum 1.5.1933 trat Machleidt in die NSDAP ein (Mitgliedsnummer 3 279 313)⁷. Die NS-Schulverwaltung berief ihn in eine „Kommission zur Überprüfung der Schülerbüchereien an den höheren Schulen Hamburgs“, mit dem Auftrag, eine Liste von Autoren zu erstellen, die aus Schülerbibliotheken und Unterricht geäubert werden sollten. Die Wegbereiter der Bücherverbrennung. Mit Walter Machleidt agierten Alexander Stempel, Bruno Peyn, Otto Ludwig und Erwin Zindler. Im Vorwort zur erstellten Liste hieß es: „Die Kommission schlägt der Landesschulbehörde vor, folgendermaßen zu verfahren: Die Bücher der in Liste A genannten Verfasser sind umgehend an die Landesschulbehörde einzusenden. Diese Schriften werden in nächster Zeit öffentlich verbrannt. Die Bücher der in Liste B genannten Verfasser sind aus der Schülerbücherei zu entfernen und aus den Katalogen zu streichen. Sie können entweder in die Lehrerbücherei oder in die Schüler-Lehrbücherei aufgenommen werden. Jedenfalls sollen sie nur auf besonderen Antrag eines Lehrers in die Hand der Schüler kommen. Die Landesschulbehörde wünscht sich bis zum ... Meldung von den Büchereiverwaltern über alle Schriften, die aus ihrer Schülerbücherei ausgeschieden worden sind, mit genauer Angabe von Verfasser, Titel und neuem Aufbewahrungsort. Erst nachdem dies geschehen ist, werden die Büchereien wieder zur Benutzung freigegeben. Die Kommission fasst ihre ausmerzende Tätigkeit nur als den ersten Teil ihres Auftrages auf. Sie wird daher in nächster Zeit der Landes-

schulbehörde eine Bücherliste einreichen, von deren Schriften sie glaubt, dass sie in einer modernen Schülerbücherei vorhanden sein müssen. Die Kommission bittet, den Büchereiverwaltern von dieser Liste Kenntnis zu geben und sie zu verpflichten, bei nächster Gelegenheit aus ihr Bücher zur Anschaffung auszuwählen.“⁸

Zu den „auszumerzenden“ Autoren der Liste A gehörten laut Machleidt und seiner Kommission u. a.: Josef Conrad, Alfred Döblin, Lion Feuchtwanger, Leonhard Frank, Heinrich Heine, Heinrich Mann, Ludwig Marcuse, Arnold Zweig und Stefan Zweig.⁹

Und in Liste B befanden sich unter anderem die Autoren: Dostojewski, Fallada, Gogol, Gorki, Gandhi, Gerhart Hauptmann, Hofmannsthal, Kollwitz, Thomas Mann, Karl Marx, Puschkin, Stendhal, Rousseau, Zola, Tolstoi, Werfel, Wilde.¹⁰

Walther Machleidts nationalsozialistisches Engagement wurde damit belohnt, ihn in Bergedorf an der Luisenschule, einer Realschule und Deutschen Oberschule für Mädchen, am 10.7.1933 zum Schulleiter zu ernennen.¹¹



Walther Machleidt, 1933

Machleidt war überzeugter Nationalsozialist und zugleich überzeugter Christ. Gegenüber der NSDAP und der Schulverwaltung machte er daraus keinen Hehl. So beantragte er zum Beispiel für den 14.12.1933 Sonderurlaub, um bei der Einweihung des Kameradschaftshauses des christlich-deutschen Studentenverbandes die Rede zu halten.¹²

Auch an der Luisenschule in Bergedorf kam die christliche Überzeugung des Schulleiters Walther Machleidt zum Tragen. Die Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum des Luisengymnasiums setzte sich damit auseinander, wobei die nationalsozialistische Bindung und Überzeugung Machleidts, mit der und wegen der er als Schulleiter eingesetzt worden war, nicht wirklich benannt wurde: „Er kam aus dem konservativen, deutsch-national eingestellten Bürgertum, hatte Deutsch, Geschichte und Religion studiert, war Freikorpskämpfer geworden und hoffte, daß er seine Vorstellungen eines neuen Deutschlands innerhalb eines nationalsozialistischen Staates verwirklichen könnte.“¹³

Nach den Konferenzprotokollen der Schule führte Walther Machleidt vermutlich mit Überzeugung die angeordneten Maßnahmen der nationalsozialistischen Umgestaltung der Schulen aus. So wurde in den Protokollen in der Zeit der Leitungstätigkeit Machleidts vermerkt:

„Da die nationalsozialistische Ideologie sich ihrem Inhalt nach am besten mit den geisteswissenschaftlichen Fächern und der Biologie (Rassenkunde, Vererbungslehre) verbinden ließ, gewann im Lehrplan der Komplex ‚deutschkundige Fächer‘ gegenüber den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern und dem fremd-

sprachlichen Unterricht an Bedeutung. Diese schwerpunktmäßigen Verschiebungen spiegeln sich deutlich im resümierenden Protokoll zu den ‚Fachkonferenzen orientierenden Charakters‘, die im Herbst 1933 an der Luisenschule abgehalten wurden. Hier lesen wir z. B.: ‚Die Naturwissenschaften spielen eine zu weitgehende Rolle und müssen beschnitten werden‘ oder ‚der Sinn der Fremdsprachen ist es, die Gegenwelt aufzuzeigen und die eigene Tiefe zu finden‘. Das Protokoll der Semestereröffnungskonferenz am 10.4.1934 meldete stolz: ‚Die restlose Durchführung der Deutschen Oberschule ist nunmehr erreicht. Mathematik hat in der ganzen Schule nur noch 3 Stunden, Physik nur noch 2 Stunden; in allen Klassen gibt es 5 Stunden Deutsch und 3 Stunden Geschichte.‘¹⁴

Das Führerprinzip in den Schulen wurde eingeführt, die Selbstverwaltung abgeschafft. „Ebenso verlor die Lehrerkonferenz ihr Beschlußrecht und behielt nur eine beratende Funktion. Von jetzt an wurde nicht mehr viel diskutiert, sondern knapp und kategorisch von oben bestimmt. So liest man zum Beispiel im Konferenzprotokoll vom 17.8.1933: ‚Der Schulleiter ist verpflichtet, zu hospitieren, und er wünscht es zur Orientierung.‘ Dasselbe Protokoll zeigt, wie wichtig die äußerlich erkennbare demonstrative Anerkennung des neuen Regimes genommen wurde: ‚Die Beamten grüßen innerhalb des Gebäudes im Dienst und außerhalb des Dienstes mit dem Hitlergruß. Schüler und Schülerinnen ebenfalls. Für die Schule gilt: beim erstmaligen in die Klassekommen grüßen Lehrkraft und Schülerinnen mit Heil Hitler, im Schulhaus nur durch Emporstrecken des Arms.‘ Oder: ‚Am Flaggenhissen am Montag hat die ganze Lehrerschaft teilzunehmen.‘¹⁵

Vermerkt wurde aber auch: „Nun, Erlasse und Vorschriften sind eine Sache, ihre Durchführung eine andere. Mit der Lektüre der Mitteilungsbücher gewinnt man den Eindruck, daß im Laufe der Dreißigerjahre eine gewisse Lässigkeit gegenüber diesen Verordnungen aufkam, denn am 18.1.1936 wurde angeordnet, daß ‚während einer Woche in sämtlichen Klassen in der Turnstunde das Grüßen zu üben ist, wobei besonders zu beachten ist, daß Oberarm, Unterarm und Hand eine gerade Linie bilden und die Hand wiederum bis zur Augenhöhe gehoben wird.‘¹⁶

Zu Recht wird genauer beschrieben, wie Walther Machleidt als gleichzeitig bekennender Christ in Konflikte mit der örtlichen NSDAP geriet.

Machleidts Bekenntnis zum christlichen Glauben in der Arbeit an der Luisenschule hielt das Konferenzprotokoll beim Thema „deutschkundliche Fächergruppe“ fest: „Im Mittelpunkt steht Religion. Möglichst sollen Religion, Deutsch, Geschichte in einer Hand sein.“¹⁷

In der Festschrift des Luisengymnasiums wurde weiter notiert:

„Von vornherein war es klar, Religion nahm die erste Stelle bei Herrn Dr. Machleidt ein. Neben der obligatorischen Flaggenhissung am Montagmorgen führ-

te er ganz selbstverständlich die traditionellen Morgenandachten weiterhin durch. Manchmal erwachsen daraus Jugendgottesdienste, die Dr. Machleidt gemeinsam mit einem Ortsgeistlichen durchführte. Auch die Abschiedsfeiern für Schüler zeigen in der Programmgestaltung neben dem nationalen Einschlag einen ausgesprochen religiösen Charakter mit Choralgesang, Psalmen und Schriftlesungen. ‚Die Welt ist aus dem Glaubensgrund heraus zu erleben, und zwar aus der spannungsvollen Einheit des Deutschen und des Christlichen‘, so wird ein Ausspruch Dr. Machleidts im oben erwähnten Konferenzprotokoll wiedergegeben.“¹⁸

Damit schien der Konflikt mit dogmatischen Nationalsozialisten in Bergedorf vorprogrammiert. In der Schulfestschrift aus dem Jahr 1988 liest es sich so: „Als kritisch eingestellter Geist durchschaute Dr. Machleidt sehr bald, daß der neue Staat von keiner christlichen Obrigkeit geführt wurde, und er scheute sich nicht, in der Aula wortgewaltig zu verkünden, daß ‚der Teufel umgeht wie ein brüllender Löwe und suchet, wen er verschlinge‘.“¹⁹

Hier ist sicherlich eine verkürzte Interpretation des Textes aus dem Brief an Petrus unangebracht. Tatsache ist allerdings, dass Walther Machleidt mit Schreiben vom 29.3.1935 als Schulleiter der Luisenschule zum 1.4.1935 abberufen wurde.

Die Schulverwaltung nahm eine Rochade vor. Neuer Schulleiter wurde der bisherige Stellvertreter am Realgymnasium an der Curschmannstraße, Otto Ludwig, und Machleidt wurde nach Eppendorf auf Ludwigs bisherige Stellvertreterstelle versetzt. Um Machleidt zumindest finanziell zu entschädigen, erhielt er zusätzlich 600 Reichsmark pro Jahr, „als Studienrat in besonders verantwortlicher Stellung“.²⁰

Eine öffentliche Brisanz erhielt die Angelegenheit durch den Bergedorfer NSDAP-Kreisleiter Fritz Schuster, der dazu eine Erklärung abgab, die zuerst in der „Bergedorfer Zeitung“ abgedruckt wurde und anschließend auch in anderen Hamburger Tageszeitungen: „Der Fall Dr. Machleidt“. Darin hieß es: „Der Kreisleiter des Kreises I Bergedorf-Geesthacht der NSDAP, Pg. Schuster, teilt uns folgendes mit: ‚Ich sehe mich gezwungen, zu der am 1. April des Jahres erfolgten Abberufung Dr. Machleidts als Leiter der Luisenschule eine Erklärung abzugeben, um aller Gerüchtemacherei die Spitze abzubrechen: Die Abberufung Dr. Machleidt erfolgte auf meine Veranlassung hin, und zwar allein aus politisch-weltanschaulichen Gründen. Die weltanschauliche Haltung Dr. Machleidts bietet der NSDAP keine Gewähr dafür, daß die Jugend von ihm im unbedingten nationalsozialistischen Sinne erzogen wird. – Mit dieser Erklärung dürfte gewissen Gerüchtemachern, die diese Gelegenheit benutzt haben, um ihre wahre Gesinnung an den Tag zu legen, das Handwerk gelegt sein. Sie mögen zugleich für alle Zukunft gewarnt sein.“²¹

Walther Machleidt war empört: „Sein Abgang entbehrte nicht der Dramatik. Er teilte Mitarbeitern und Schülerinnen, die er zu diesem Zweck in die Aula berufen



NSDAP-Kreisleiter Fritz Schuster (ganz rechts) sorgte für die Entfernung Walter Machleidts als Schulleiter in Bergedorf.

hatte, in einem dünnen Satz die Tatsache mit, daß er vom nächsten Tage an nicht mehr der Schulleiter sein werde, durchmaß dröhnenden Schrittes die Aula, vorbei an den Reihen der Versammelten, die sich wortlos erhoben hatten, und knallte die Tür hinter sich zu.“²²

Machleidt reagierte aber auch offiziell und schriftlich. Am 10.5.1935 wandte er sich an Wilhelm von Allwörden, zu diesem Zeitpunkt der Senator für Kulturangelegenheiten, damit auch für den Schulbereich zuständig. Machleidt schrieb:

„Ich muss gegen das sachliche wie gegen das formale Vorgehen der Bergedorfer Kreisleitung Beschwerde einlegen. Ich kann mich aber auch mit der Maßnahme der Landesunterrichtsbehörde nicht einverstanden erklären. Leider bin ich bisher in der ganzen Angelegenheit nur sehr unzureichend gehört worden. Bis heute habe ich nicht die Möglichkeit gehabt, den Beschwerde über mich führenden Parteistellen gegenüberzutreten und mich zu rechtfertigen.

Wenn ich Ihnen gegenüber, Herr Senator, bisher geschwiegen habe, so ist das in dem Willen zu erblicken, zunächst Abstand von den Ereignissen zu gewinnen, in der Sache aber umso entschiedener und klarer zu sein. Wenn ich nunmehr spreche, so geschieht es, weil ich zu diesen Dingen nicht schweigen darf und weil ich Rechenschaft ablegen muß für das, was ich als Leiter der Luisenschule getan und gesagt habe. Und dafür weiß ich mich in letzter Verantwortung stehend vor Gott und dem Führer.“²³

Im Einzelnen erklärte Machleidt:

„Ich bin lutherischer Christ und Nationalsozialist. Aus der Tatsache, daß ich in meiner Schule das Wort Gottes verkündigt und gelehrt habe und daß ich die Wirklichkeiten und Ordnungen unserer Zeit, denen ich als politischer Mensch und als alter Kämpfer gegen den Liberalismus mit Leidenschaft zugetan bin, im Lichte des Evangeliums sehe und darstelle, glaubt man folgern zu müssen, ich sei kein Nationalsozialist. Dem muß ich mit aller Energie widersprechen.

Die Landesunterrichtsbehörde hat mir auch bis zur Stunde nicht die geringsten Vorwürfe gemacht, sondern sich wiederholt anerkennend über meine Arbeit geäußert. Herr Präsident Witt hat die Maßnahme meiner Abberufung mir gegenüber ausschließlich mit praktischen Erwägungen erklärt, der Art, daß dem Unfrieden in Bergedorf doch am besten dadurch ein Ende gemacht werde, wenn ich versetzt werde.

Nun erschien aber, nachdem die Bergedorfer Bevölkerung durch die gegen mich getroffene Maßnahme in Erregung versetzt worden war, am Freitag, den 5. April, ein Schriftsatz des Bergedorfer Kreisleiters in der ‚Bergedorfer Zeitung‘, gegen den ich aufs Energischste Beschwerde führen muß. Hierin wird mir geradezu die Zuverlässigkeit als verantwortlicher Erzieher der Jugend im nationalsozialistischen Staate abgesprochen. Die Erklärung der Kreisleitung ist indessen auch für die Landesunterrichtsbehörde eine Unmöglichkeit. Denn aus ihr geht hervor, daß der Kreisleiter meine Abberufung erwirkt hat. Nach dem bekannten Erlaß des Herrn Reichsinnenministers dürfen aber Parteistellen sich nicht in die inneren Angelegenheiten der einzelnen staatlichen Behörden einmischen.“²⁴

Machleidt benannte drei Aspekte und bat Wilhelm von Allwörden um ein persönliches Gespräch und dessen Unterstützung im weiteren Verfahren:

„1. Die Luisenschule ist aufs schwerste erschüttert und gefährdet worden. Der organische Aufbau, zu dessen Fortführung nach der anerkannt hervorragenden Leitung von Fräulein Popkes ich seit Juli 1933 berufen war, und die Stetigkeit der christlich-nationalsozialistischen Erziehung der Schülerinnen sind in unheilvoller Weise durchbrochen worden.

2. Es ist die Gefahr vorhanden, daß dieser Fall von sehr vielen Menschen für symptomatisch angesehen wird in der Richtung, daß evangelische Christen, die sich zum Evangelium nicht nur persönlich bekennen, sondern die ihnen vertraute Jugend auch mit Entschiedenheit so erziehen, an verantwortlicher Stelle im nationalsozialistischen Staate nicht gewünscht werden.

3. Meine Ehre ist durch meine Abberufung verletzt worden. Mir ist im Jahre 1933 die Leitung einer höheren Schule anvertraut worden, jetzt nimmt man sie mir. In der gedruckten Erklärung des Bergedorfer Kreisleiters wird mir aber darüber hinaus noch die Vollwertigkeit als Erzieher überhaupt abgesprochen.“²⁵

Der leitende Jurist der Schulverwaltung und spätere Senatssyndikus Dr. Hermann Schultz schrieb in einem Vermerk für den Präsidenten der Landesunterrichtsbehörde, Karl Witt: „Herr Senator von Allwörden meint, daß die Anliegen der Eingabe, die sich in der Hauptsache gegen die Veröffentlichung des Kreisleiters richtet, eine Parteiangelegenheit sei, die Herrn Dr. Becker zu überweisen sei.“²⁶

Dr. Hellmuth Becker war Staatsrat und Verbindungsreferent im Hamburger Rathaus. Nach interner Beratung und dem Hinweis von Karl Witt, dass Walther Machleidt keineswegs degradiert worden sondern, wie in anderen Fällen auch, ein Revirement vorgenommen worden wäre, bekam Machleidt die Antwort von Senator von Allwörden: „Ihre mir eingereichte Beschwerde vom 10. Mai des Jahres gegen das sachliche und formale Vorgehen der Bergedorfer Kreisleitung habe ich, da es sich um eine reine Parteiangelegenheit handelt, an Herrn Staatsrat Dr. Becker als Verbindungsreferenten weitergegeben mit der Bitte, einen befriedigenden Ausgleich zu suchen und unter Hinweis darauf, daß Ihre Versetzung von der Landesunterrichtsbehörde lediglich aus dienstlichen Gründen erfolgte und bereits kurz nach Weihnachten in Aussicht genommen war.“²⁷

Nicht ersichtlich ist in der Personalakte, warum Walther Machleidt zum 31.3.1936 als stellvertretender Schulleiter an der Curschmannstraße entpflichtet wurde. Ein Jahr später, am 16.3.1937 wurde ein Vermerk zur Personalakte Machleidt genommen, der die Beleidigung des Bergedorfer Studienrates Dr. Hans-Paul Roloff betraf, der offenbar zu der Gruppe von Bergedorfer NSDAP-Aktivisten gehörte, die gegen Walther Machleidt intrigiert hatten.²⁸

Machleidt wurde dann als Studienrat an die Oberrealschule Eimsbüttel am Kaiser-Friedrich-Ufer versetzt.

Am 12.10.1935 heiratete Walther Machleidt die 20-jährige Dorothea Mitten-dorf, mit der er bis 1941 vier Kinder bekam.

Seit 1936 unterrichtete Machleidt also an der Oberrealschule in Eimsbüttel. Er war der Klassenlehrer von Gerhard Nöthlich, der ihn als Fachlehrer für Deutsch, Religion, Geschichte und Latein erlebte. Mit Gerhard Nöthlich habe ich über seine Erfahrungen und Erlebnisse mit seinem Lehrer Walther Machleidt korrespondiert, ein Teil davon ist abgedruckt in diesem Buch als „Begleitwort“. Gerhard Nöthlich schrieb mir:

„Ich komme aus einem im damaligen Sinne regimekritischen Elternhaus. Mein Vater hatte Hitlers Pamphlet ‚Mein Kampf‘ gelesen und war nie auch nur irgend einer NS-Organisation beigetreten. Sein häufiger Spruch lautete: ‚Den Brüdern traue ich alles zu!‘ Recht sollte er behalten! Für meinen damaligen Freundeskreis und deren Eltern galt Ähnliches. Man kann sich vielleicht vorstellen, dass meine Paren-

talgeneration auf Elternabenden mit kritisch gespitzten Ohren lauschten, wenn M. redete.

Was hörten sie? Viel über Disziplin – Vorbild: die alten Römer; über Religion – Vorbild: ein Mann vom Schlage Martin Luthers; viel über den Sinn von Erlebnissen in der Natur – Vorbild: Hermann Löns (dessen amouröse Eskapaden M. aus Gründen christlicher Moralvorstellungen verurteilte – so, sinngemäß, in seiner Dissertation vermerkt.).

Meine Eltern waren beruhigt, aus M.'s Mund im Zusammenhang mit irgendwelchen staatlichen Edikten zu hören: ‚Ich habe hier ein Amt und keine Meinung.‘ (Schiller, ‚Wallenstein‘) Schon aus dieser Bemerkung leiteten sie eine latent kritische Einstellung ab.

Was ich – fast überdeutlich – aus meiner Schülerzeit im Hinblick auf M. erinnere, sind die folgenden Fakten:

– M. war, was die Engländer ‚a stickler for discipline‘ nennen. Wir minderjährigen Schüler hatten einen heillosen Respekt vor ihm, denn er konnte uns zusammenbrüllen, dass die Wände zitterten.

– Disziplin – das war die Tugend, durch die Rom – nach M. – groß geworden war. Das ‚Imperium Romanum‘, mit nüchterner Konsequenz und Zucht allbeherrschend geworden, erregte M.'s höchste Bewunderung.

– Diese Bewunderung wirkte sich bis in M.'s Unterricht in Latein aus, den er uns fachfremd, aber wirkungsvoll erteilte. Wir sollten, so sein Reden, den Marschtritt der römischen Kohorten durch die lateinische Sprache vermittelt wahrnehmen.

– M. nahm auf unsere christliche Erziehung Einfluss. Was mir an Gesängen und Sprüchen der evangelisch-lutherischen Liturgie in Erinnerung ist, verdanke ich M. Selbst auf Klassenreisen gab es religiöse Unterweisungen.

– M. brachte es auch fertig, im schmucklosen Klassenraum an einem normalen Unterrichtstag uns damals vielleicht 12jährige Schüler zu einem Fürbittegebet für einen tödlich erkrankten Mitschüler zu versammeln. Wir standen in den Bänken, M. betete, keiner von uns muckste. Und das geschah mitten in der Nazizeit! G. W., der erkrankte Mitschüler, genas. Ob durch die Fürbitte, war uns zweifelhaft. Aber wir waren beeindruckt.

Zum Bild jenes Mannes ‚M‘ gehört auch die Erinnerung an eine lutherisch-deftige Sprache, die uns Schüler seinerzeit einerseits beeindruckte, andererseits belustigte. Wenn er uns im Schullandheim Hoisdorf nach abendlicher ‚Freizeit am Dorfteich‘ zu Bett schickte, sprach er von ‚Furzmulden‘, in die wir uns zu begeben hatten, wie er andererseits uns, wenn etwas nicht in seinem Sinne ‚klappte‘, als ‚Dünnmänner‘, im Extremfall sogar als ‚Schweinepriester‘ bezeichnete.

Dem gegenüber stand manche Zartheit in seinem Wesen. Er fesselte uns bei der Besprechung des ‚Abendlieds‘ von Matthias Claudius und hatte keine Schwie-

rigkeit, uns Adalbert Stifters ‚Bergkristall‘ zu Weihnachten – war es 1937 oder 1938? – bei Kerzenschein vorzulesen, und wir lauschten gebannt. ‚Ja, Konrad!‘

‚Heil Hitler!‘ habe ich von M. nie, von manchen anderen Lehrern am ‚Kaifu‘ hingegen häufiger gehört. Doch eine Ohrfeige von ihm habe ich kassiert, als ich nämlich lachen musste, weil sich die ‚Fahne‘ – auch für M. ein heiliges Tuch – anlässlich der Flaggenhissung auf einer Klassenreise in einer Birkenkrone verhedderte und weder nach oben noch nach unten wollte. Da kannte M. keinen Spaß, was ich damals nicht verstand, was ich heute aber einordnen kann.“²⁹

Walther Machleidt wurde 1940 zum Kriegsdienst herangezogen und in kurzer Folge befördert zum Feldwebel, Leutnant und am 1.5.1942 zum Oberleutnant. Im September 1942, in den Monaten nach der Geburt des vierten Kindes, insistierte die Schulverwaltung darauf, die noch ausstehenden Papiere für den „Ariernachweis“ von Walther Machleidt nachzureichen. Alexander Stempel, der den ebenfalls im Kriegsdienst befindlichen Schulleiter Ernst Dätz am Kaiser-Friedrich-Ufer vertrat, schrieb an Oberschulrat Walter Behne: „Frau Walther Machleidt hat mir berichtet, die Schulverwaltung verlangte jetzt sehr energisch den arischen Nachweis ihres Gatten von ihr. Da sie vier kleine Kinder und fast keine Hilfe hat, dazu seit vielen Wochen oder Monaten, seit der Geburt des letzten Kindes nämlich, bettlägerig ist oder gewesen ist, kann sie neben der unter diesen Umständen erheblichen Arbeit des täglichen Lebens nicht noch alle Schreibereien erledigen, die der Nachweis vermutlich mit sich bringen wird. Nun haben Sie, Herr Oberschulrat, als alter Mitkämpfer Walther Machleidts aus der Umbruchzeit seiner Frau in diesen Tagen angeboten, sie zu unterstützen und ihr zu helfen.“³⁰

Behne hatte kurz zuvor vermerkt: „Frau Machleidt fernmündlich aufgefordert, die erforderlichen Urkunden der Schulverwaltung vorzulegen. Frau M. hat erneut zugesichert, dies baldmöglichst zu erledigen.“³¹

Dass es in diesen Zeiten eigentlich ganz andere Probleme gab, wurde in der folgenden Woche deutlich. In einem Vermerk der Personalabteilung der Schulverwaltung stand: „Der Studienrat Dr. Walther Machleidt, O. f. J. in Eimsbüttel, ist am 15.9.1942 an den Folgen eines Unfalls als Oberleutnant im Osten gestorben. Seine Ehefrau Dorothea M. wohnt Hamburg 6, Schäferkampsallee 11. Dr. Machleidt hinterlässt vier Kinder im Alter von 1–6 Jahren.“³²

Senator Friedrich Ofterdinger kondolierte am 27.10.1942 und schickte der 26-jährigen Witwe Dorothea Machleidt „einen Abdruck der Sonderausgabe des amtlichen Anzeigers vom 15. Oktober 1942, in dem Ihr Mann, der Studienrat Dr. Walther Machleidt, gestorben als Oberleutnant an den Folgen eines Unfalls im September 1942, aufgeführt ist, und spreche Ihnen und Ihren Angehörigen zu dem

schweren Verlust im Namen der Schulverwaltung mein aufrichtiges Beileid aus.“³³

Um den Tod Machleidts rankten sich einige Gerüchte, so dass noch einmal rekonstruiert werden soll, was die Ermittlungen der Todesursache ergeben hatten. Machleidts Armeevorgesetzter, Major Daven, schrieb am 17.9.1942 aus Riga an Machleidts Witwe: „Hochverehrte gnädige Frau! Durch Fernschreiben war der Fürsorgeoffizier in Hamburg gebeten worden, Sie, hochverehrte gnädige Frau, von dem plötzlichen Ableben Ihres Gatten persönlich in Kenntnis zu setzen. Herr Oberleutnant Dr. Machleidt, unser lieber und hoch geschätzter Kamerad, hatte am Montagabend mit mehreren anderen Sportgruppenleitern bis zum späten Abend Richtlinien für einen Sportleiterlehrgang in Riga ausgearbeitet. Er hatte kurz vorher eine neue Wohnung im 2. Stock bezogen, da unsere Offiziere aus Beheizungsgründen in zwei Wohnhäuser zusammengelegt sind. Die Fensterbretter seiner neuen Wohnung sind sehr niedrig. Durch einen unglücklichen Zufall muss er das Gleichgewicht verloren haben und ist aus seinem Fenster hinuntergestürzt. Das Bewusstsein hat er nicht wieder erlangt, sondern ist nach mehreren Stunden im Lazarett verschieden. Seine Beisetzung findet morgen im Beisein des Wehrmachtbefehlshabers vieler Wehrmachtabteilungen auf dem Kriegerfriedhof in Riga statt.

Ihr verewigter Gatte hat sich nicht nur als Zensuroffizier, sondern besonders in seiner Eigenschaft als Standortssportoffizier von Riga große Verdienste erworben. Der Aufbau des Wehrmachtssportes im Ostland und die gute sportliche Zusammenarbeit zwischen Wehrmacht und den lettischen Sportvereinen ist seiner Organisationsgabe und seiner Persönlichkeit in erster Linie zu danken. Die Lauterkeit seines Charakters, seine pflichttreue und unermüdliche Arbeitskraft, sein Humor und seine Kameradschaftlichkeit haben ihn weit über den Stab hinaus geschätzt und beliebt gemacht. Die Abteilung 1c beim Wehrmachtbefehlshaber Ostland verliert durch diesen unbegreiflichen Unglücksfall einen ihrer hochwertigsten Offiziere, ich selbst einen meiner engsten und wertvollsten Mitarbeiter.

In der Verbundenheit des gemeinsamen herben Verlustes bitte ich, Ihnen den Ausdruck meines herzlichsten Beileids übermitteln zu dürfen. Möge Ihnen, sehr verehrte gnädige Frau, der Stolz auf die Leistung Ihres verewigten Gatten über die Schwere des Heimgang hinweghelfen!“³⁴

Die Umstände des Unfalls waren noch einmal gesondert untersucht worden mit folgendem Ergebnis:

„1. Oberleutnant Walther Machleidt ist in der Nacht vom 14. zum 15. September 1942 in Riga aus dem Fenster seines Quartiers auf die Straße gestürzt und hat dabei infolge schwerer Verletzung der Schädelbasis den Tod gefunden.

2. Die vorgelegten Untersuchungsakten des Gerichts des Oberbefehlshabers Ostland haben ergeben, daß der Unfall wahrscheinlich auf die ungünstige Beschaf-

fenheit der äußeren sich ungewöhnlich stark nach unten wiegenden Fensterbleche zurückzuführen ist, so daß jemand, der sich im Dunkeln auf sie stützen will, keinen Halt findet.

Ein Selbstmord erscheint nach Zeugenaussagen ausgeschlossen. Es ist vielmehr anzunehmen, daß Oberleutnant M., nachdem er schon einige Zeit im Bett gelegen hat, (Oberleutnant M. war mit einem Schlafanzug bekleidet) schlaftrunken das Fenster geöffnet hat, sich dabei auf das Fensterblech stützen wollte und dabei wegen der ungewöhnlichen Beschaffenheit der Fensterbleche nach vorn übergefallen und abgestürzt ist. Oberleutnant M. war außerdem stark kurzsichtig.“³⁵

Aus meiner Sicht gibt es keinen begründeten Zweifel an dieser Darstellung. Machleidt war mit der Vorbereitung für ein Ereignis der nächsten Tage bis spät am Abend mit anderen Offizieren beschäftigt. Er war bei der Wehrmacht in Riga ein sehr geschätzter Offizier. Für einen Selbstmord oder gar Mord gibt es kein Anzeichen und keinen Beleg. Der Arm der Bergedorfer NSDAP reichte jedenfalls nicht bis nach Riga.

Nachtrag:

Selbst nach dem Tod von Walther Machleidt musste der Ariernachweis nachgeliefert werden. Darum hatte sich Alexander Stempel gekümmert. Er schrieb am 12. Oktober 1942 an die Personalabteilung der Schulverwaltung: „Frau Machleidt, die Witwe unseres kürzlich im Osten verunglückten Kollegen Dr. Walther Machleidt, hat mich gebeten und beauftragt, an ihrer Stelle die Papiere für den arischen Nachweis des Verstorbenen wie der Gattin bei Ihnen einzureichen, da der vom rassopolitischen Amt gestempelte Ahnenforschungsbogen nicht ausreicht. Sie finden in der Anlage 20 Papiere, meines Erachtens also alles Erforderliche, mit Ausnahme des Geburtsscheines von Johann Gottlieb Machleidt, Turnlehrer aus Erfurt. Dieser eine Geburtsschein wird nachgeliefert, ich habe ihn bereits bestellt. Die sonstigen Papiere sind mit besonderen Zetteln versehen so zusammengeheftet, dass sie ohne Weiteres ansehen können, um welches Familienmitglied es sich handelt.

Noch einen besonderen Wunsch möchte ich äußern. Bei der verzweifelten Lage, in der sich Frau Dr. Machleidt befindet, ist es erwünscht, dass man sie möglichst nicht unnötig behelligt. Daher habe ich die Bitte, dass sie bei allen Nachfragen, Rückäußerungen usw. sich an mich wenden.“³⁶

Dorothea Machleidt erhielt monatlich 520 Reichsmark Witwen- und Waisengeld. Am 15.1.1946 füllte sie den Entnazifizierungsfragebogen aus. Sie war in keiner NS-Organisation Mitglied gewesen.

Sie überlebte ihren Mann um 68 Jahre und starb am 5.4.2000.³⁷

Anmerkungen

- 1 StA HH, 362-2/30 Wilhelm-Gymnasium_413 Akte Machleidt
- 2 Personalakte Machleidt, StA HH, 361-3_66974. Alle weiteren Angaben laut Personalakte.
- 3 Laut Prüfungszeugnis, Personalakte Machleidt, a. a. O.
- 4 Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum des Wilhelm-Gymnasiums in Hamburg, Hamburg 1931, S. 106f.
- 5 StA HH, 362-2/30 Wilhelm-Gymnasium_413 Akte Machleidt
- 6 Personalakte Machleidt, a. a. O.
- 7 Ebd.
- 8 in: 100 Jahre Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Hamburg 1992, S. 58ff.
- 9 100 Jahre Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Hamburg 1992, S. 59f.
- 10 100 Jahre Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Hamburg 1992, S. 61f.
- 11 Siehe die Liste der neu ernannten Schulleiter und Stellvertreter an höheren Staatsschulen vom 10.7.1933, abgedruckt in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile, Bd. 1, Hamburg 2016, S. 32.
- 12 Personalakte Machleidt, a. a. O.
- 13 100 Jahre Luisen-Gymnasium Bergedorf (1888–1988). Festschrift, Hamburg 1988, S. 133.
- 14 Festschrift 1988, S. 132.
- 15 Festschrift 1988, S. 132f.
- 16 Festschrift 1988, S. 133.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Personalakte Machleidt, a. a. O.
- 21 „Bergedorfer Zeitung“ vom 5.4.1934.
- 22 Festschrift 1988, S. 134.
- 23 Personalakte Machleidt, a. a. O.
- 24 Ebd.
- 25 Ebd.
- 26 Vermerk vom 5.6.1935, ebd.
- 27 Personalakte Machleidt, a. a. O.
- 28 Siehe Biografie Roloff in diesem Buch.
- 29 Gerhard Nöthlich in einem Schreiben an mich vom 24.6.2016.
- 30 Schreiben vom 12.9.1942, Personalakte Machleidt, a. a. O.
- 31 Vermerk vom 10.9.1942, Personalakte Machleidt, a. a. O.
- 32 Vermerk vom 2.10.1942, Personalakte Machleidt, a. a. O.
- 33 Ebd.
- 34 Personalakte Machleidt, a. a. O.
- 35 Aktenvermerk des Wehrmachtsfürsorge- und Versorgungsamtes Hamburg-Nord vom 16.3.1943, Personalakte Machleidt, a. a. O.
- 36 Personalakte Machleidt, a. a. O.
- 37 Alle Angaben laut Personalakte Machleidt, a. a. O.

Otto Ludwig

„Über ihn sei nur Negatives zu sagen.
Er sei als Mensch und Charakter unerträglich und
ein widerlicher Nationalsozialist gewesen.“

Die Geschichte eines Hamburger Lehrers, der nach einer Begegnung mit Adolf Hitler im Jahre 1932 sich dem Nationalsozialismus zuwandte, ab 1933 Schulleitungs-Karriere machte, sich in den Augen von Kolleginnen als „widerlicher Nationalsozialist“ gebärdete und in „hässlicher Weise jüdische Schülerinnen behandelte“. In seinem Entnazifizierungsverfahren nach 1945 gehörte er dann zu denjenigen, die nicht zu den „traurigen Gestalten gerechnet werden wollten, die plötzlich einen befremdlichen Gedächtnisschwund an den Tag legen und versuchen, Tatsachen aus ihrer Vergangenheit wegzuleugnen oder mindestens zu bagatellisieren“. Damit zumindest unterschied er sich von vielen anderen Belasteten. Am Ende wurde ihm die volle Pension zugebilligt.

Otto Ludwig wurde am 30.1.1887 in Hamburg als Sohn des Volksschullehrers Carl Ludwig und dessen Frau geboren. Er besuchte in Hamburg die Volksschule, danach die Oberrealschule auf der Uhlenhorst, wo er am 5.9.1906 die Reifeprüfung bestand. Danach studierte er Philosophie, neuere Sprachen und Religion, zuerst in Straßburg bis 1908, danach in Berlin und Göttingen, wo er sich für die Prüfung für das höhere Lehramt anmeldete. Nach Abgabe der Hausarbeiten sollte Ludwig im Herbst 1914 den Termin für die mündliche Prüfung erhalten. Da er aber zum 21.8.1914 „zum Heer eingezogen wurde“ und von August 1914 bis Dezember 1918 im Kriegsdienst war, zuletzt zum Leutnant befördert, konnte die Prüfung erst 1920 stattfinden. Otto Ludwig legte dann am 29.3.1920 die Fachprüfung für das Lehramt an höheren Schulen ab, erhielt die Lehrbefähigung in Englisch, Deutsch und Religion. Am 1.6.1921 bestand er auch noch die Prüfung in Philosophie und absolvierte anschließend das Anleitungsjahr an der Realschule Rothenburgsort.



Otto Ludwig, als Schulleiter der Luisenschule in Bergedorf

Danach arbeitete Otto Ludwig als Oberlehrer am neuen staatlichen Lyzeum am rechten Alsterufer, danach an der Emilie-Wüstenfeld-Oberschule.¹

Otto Ludwig zeigte sich politisch und bildungspolitisch aktiv. Von 1920 bis 1927 war er Mitglied der DNVP, nahm vom 30.9. bis 5.10.1929 an der Tagung der Gesellschaft für deutsche Bildung in München teil, engagierte sich im Philologenverein,

besuchte die 58. Versammlung Deutscher Philologen 1931. Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten trat er am 1.3.1933 in die NSDAP und in den NSLB ein. Im Mai 1933 wurde er auch in der SA aktiv.²

Die NS-Schulverwaltung berief ihn in eine „Kommission zur Überprüfung der Schülerbüchereien an den höheren Schulen Hamburgs“, mit dem Auftrag, eine Liste von Autoren zu erstellen, die aus Schülerbibliotheken und Unterricht entfernt werden sollten. Die Wegbereitung der Bücherverbrennung. Mit Otto Ludwig agierten Alexander Strempel, Bruno Peyn, Walter Machleidt und Erwin Zindler. Im Vorwort zur erstellten Liste hieß es: „Die Kommission schlägt der Landesschulbehörde vor, folgendermaßen zu verfahren: Die Bücher der in Liste A genannten Verfasser sind umgehend an die Landesschulbehörde einzusenden. Diese Schriften werden in nächster Zeit öffentlich verbrannt. Die Bücher der in Liste B genannten Verfasser sind aus der Schülerbücherei zu entfernen und aus den Katalogen zu streichen. Sie können entweder in die Lehrerbücherei oder in die Schüler-Lehrbücherei aufgenommen werden. Jedenfalls sollen sie nur auf besonderen Antrag eines Lehrers in die Hand der Schüler kommen. Die Landesschulbehörde wünscht sich bis zum ... Meldung von den Büchereiverwaltern über alle Schriften, die aus ihrer Schülerbücherei ausgeschieden worden sind, mit genauer Angabe von Verfasser, Titel und neuem Aufbewahrungsort. Erst nachdem dies geschehen ist, werden die Büchereien wieder zur Benutzung freigegeben. Die Kommission fasst ihre ausmerzende Tätigkeit nur als den ersten Teil ihres Auftrages auf. Sie wird daher in nächster Zeit der Landesschulbehörde eine Bücherliste einreichen, von deren Schriften sie glaubt, dass sie in einer modernen Schülerbücherei vorhanden sein müssen. Die Kommission bittet, den Büchereiverwaltern von dieser Liste Kenntnis zu geben und sie zu verpflichten, bei nächster Gelegenheit aus ihr Bücher zur Anschaffung auszuwählen.“³

Zu den „auszumerzenden“ Autoren der Liste A gehörten laut Ludwig und seiner Kommission u. a.: Josef Conrad, Alfred Döblin, Lion Feuchtwanger, Leonhard Frank, Heinrich Heine, Heinrich Mann, Ludwig Marcuse, Arnold Zweig und Stefan Zweig.⁴

Und in Liste B befanden sich unter anderem die Autoren: Dostojewski, Fallada, Gogol, Gorki, Gandhi, Gerhart Hauptmann, Hofmannsthal, Kollwitz, Thomas Mann, Karl Marx, Puschkin, Stendhal, Rousseau, Zola, Tolstoi, Werfel, Wilde.⁵

Dies alles hatte Otto Ludwig dafür qualifiziert, auf die von Schulsenator Karl Witt am 10.7.1933 vorgelegte Liste der neuen Schulleitungen für die höheren Schulen zu gelangen.⁶ Otto Ludwig wurde zum stellvertretenden Schulleiter des Realgymnasiums für Mädchen in der Curschmannstraße ernannt. Über seine Tätigkeit stellte Irma Stoß fest, die zu jener Zeit Lehrerin an dieser Schule gewesen war und dort nach Ende der nationalsozialistischen Herrschaft 1945 als

Oberstudiendirektorin eingesetzt wurde, „dass über Ludwig nur Negatives zu sagen sei. Er sei als Mensch und Charakter unerträglich und ein widerlicher Nationalsozialist gewesen. Das Kollegium sei vor ihm in Ängsten gewesen und er habe in hässlicher Weise jüdische Schülerinnen behandelt.“⁷ Eine andere ehemalige Lehrerin dieser Schule, Olga Franke, die ebenfalls nach 1945 als Oberstudiendirektorin eines Mädchengymnasiums eingesetzt wurde, beschrieb dies genauer:

„Herr Ludwig ist mir, soweit ich mich erinnere, seit 1929 an der Curschmannstraße bekannt. Menschlich bin ich ihm nie näher gekommen, und nach und nach trennten uns unsere entgegengesetzten politischen Anschauungen völlig voneinander. Herr Ludwig hat sich seit dem Aufkommen des Nationalsozialismus, insbesondere dann seit 1933, mit allen Kräften für ihn eingesetzt. Er nahm jeden sich irgend bietenden Anlass wahr, Kollegen und Schülerinnen in dieser Hinsicht zu beeinflussen. Vom Auftreten in brauner Uniform bei jeder irgendwie motivierbaren Gelegenheit bis zu dem Befehl, dass – zunächst immer, dann beim gemeinsamen Ein- und Ausmarschieren der Schule in die Aula und aus ihr heraus – jeder mit erhobenem Arm und darauf hingeworfenes Blick an dem in der Vorhalle hängenden Hitlerbild, zu dessen Seiten zwei Schülerinnen Posten standen, vorbeigehen musste, wurden alle Möglichkeiten der Einwirkung, vor allem natürlich während des Unterrichtes, benutzt. Herr Ludwig war derjenige, der den Ton angab und durch seine Methoden der Schule in andersdenkenden Kreisen den durch die Form des Schulgebäudes begründeten doppeldeutig Spitznamen ‚die Hochburg (des Nationalsozialismus)‘ eingetragen hat. Denjenigen Schülerinnen, die ihm nicht ohne weiteres Gefolgschaft leisteten, unter anderem war das auch in starkem Maße in der von mir geleiteten Klasse der Fall –, setzte Herr Ludwig auf alle Weise zu, um sie für seine Sache zu gewinnen, und erreichte auch, dass mir Leitung und Unterricht in dieser Klasse genommen worden. Den jüdischen Schülerinnen gegenüber verhielt er sich so, dass diese, soweit sie bei ihm Unterricht hatten bzw. haben sollten, es vorzogen, freiwillig die Schule zu verlassen. Herr L. war wohl auch der Urheber des Gedankens, dass diese Schülerinnen einen Nebeneingang zur Schule benutzen sollten. Da ich mich mit einigen Gleichgesinnten im Kollegium ständig von ihm beobachtet und bespitzelt fühlte, nahmen wir an den gemeinsamen Unterhaltungen des Kollegiums in den Pausen nicht mehr teil, wie überhaupt vielfach Gespräche verstummten, sobald Herr L. hinzutrat, da man von ihm alles erwarten zu müssen fürchtete. Der größere Teil des Kollegiums und der Schülerinnenschaft atmete, erlöst von einem ständigen Druck, auf, als Herr L. infolge seiner Versetzung nach Bergedorf die Schule verließ.“⁸

Vom 11.6. bis 7.7.1934 hatte Otto Ludwig die Gauführerschule besucht. Und als in Bergedorf die örtliche NSDAP dafür sorgte, dass der Schulleiter der Ober-

schule für Mädchen, der Luisenschule, abgesetzt wurde, weil er, Walther Machleidt, obwohl überzeugter Nationalsozialist, Morgenandachten mit christlichem Inhalt abgehalten hatte, wurde Otto Ludwig dort am 1.4.1935 als Schulleiter eingesetzt. Merkwürdig ist, wie sich Otto Ludwig später über Walther Machleidt äußerte, mit dem er zusammen einige Zeit in der Kommission gearbeitet hatte, die Vorschläge für das „Ausmerzen“ von Werken aus den Schülerbüchereien entwickelte. In seinem Entnazifizierungsverfahren, in dem er sicherlich nicht daran interessiert war, diese Tätigkeit auch nur zu erwähnen, erklärte er: „Der Schulleiter, den ich abgelöst habe, hieß Dr. Machleidt. Er war auch ein Parteigenosse, aber sehr kirchlich eingestellt und betonte das Christentum im mystischen Sinne und erregte dadurch auch in rein christlichen Kreisen Anstoß. Ich persönlich habe Dr. Machleidt kaum gekannt. Ich weiß, daß er als Pg. sogar rednerisch in Hamburg in Erscheinung getreten ist. Ich bin wohl aus dem Grunde als Nachfolger für Dr. Machleidt an der Luisenschule bestimmt worden, weil die Schulbehörde hierfür jemand suchte, der auch kirchlich tragbar war und ich war im Kirchenvorstand. Ich bin nicht gottgläubig. Auch war es so, wenn die Schulbehörde einen neuen Schulleiter einsetzte, daß dieser zwischen den stellvertretenden Schulleitern ausgesucht wurde und dazu gehörte ich.“⁹

Der Beginn der Schulleitertätigkeit Otto Ludwigs nach dem erzwungenen Abgang von Walther Machleidt durch die massive Einwirkung des NSDAP-Kreisleiters Schuster dürfte nicht einfach gewesen sein.¹⁰ Hinzu kam, dass die Nationalsozialisten eine Vorstellung von der Mädchenbildung hatten, die an der Luisenschule zu heftigen Reaktionen führte. In der Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum des Luisen-Gymnasiums wurde dazu festgestellt: „Im Laufe der dreißiger Jahre wirkte sich immer stärker aus, was die Machtübernahme der Nationalsozialisten insbesondere für die Entwicklung der höheren Mädchenbildung bedeutete. Alles, was Helene Lange, Emmy Beckmann u. a. für die Frauen erkämpft hatten: Abitur, Studium, Aufgaben im öffentlichen und beruflichen Leben, paßte nicht in das Konzept der Nationalsozialisten, deren Frauenideal ausgesprochen reaktionär war.“¹¹ An einigen Beispielen wurde dies genauer ausgeführt:

„Die Mutter soll sich ganz ihren Kindern und der Familie, die Frau sich ganz dem Manne widmen können, und das unverheiratete Mädchen soll nur auf Berufe angewiesen sein, die der weiblichen Wesensart entsprechen. Im übrigen soll jede Berufstätigkeit dem Manne überlassen bleiben“, so definierte der damalige Innenminister Frick die Rolle der Frau im ‚Völkischen Beobachter‘ vom 12.6.1934. Dieselbe Auffassung spiegelt sich im Konferenzprotokoll der Luisenschule vom 29.9.1933: ‚Die Mädchen und Eltern sollen die Oberstufe nicht ansehen als notwendige Vorstufe eines Berufs, sondern als Ausbildungsstätte dessen, was einer deutsche Frau



Diese Foto von einer Nordmark-Klassenreise 1934 mit Klassenlehrer Otto Ludwig an der Schule Curschmannstraße wurde 1949 von einer ehemaligen Schülerin an den Entnazifizierungsausschuss geschickt, als Beleg dafür, dass Ludwig eine jüdische und eine halbjüdische Schülerin davon nicht ausgeschlossen hatte.

bewußt sein soll.' Folglich schränkten die Nationalsozialisten durch restriktive Maßnahmen die gymnasiale Ausbildung der Mädchen und das Frauenstudium ein. Von den 10.000 Abiturientinnen, die 1934 das Abitur bestanden, erhielten nur 1.500 die Möglichkeit, zu studieren. Die Zahl der weiblichen Studierenden die 1931 21.300 betrug, sank bis 1936 auf 10.300, d. h. sie verringerte sich um etwas mehr als die Hälfte.“¹²

Welche Auswirkungen dies für die Luisenschule in der Zeit hatte, als Otto Ludwig Schulleiter war, wurde in der Festschrift präzise beschrieben: „Durch die Typenvereinheitlichung, die der Reichserziehungsminister 1937 im höheren Schulwesen anordnete, blieben für die höhere Mädchenschule nur noch zwei Formen der Oberstufe bestehen: der sprachliche und der hauswirtschaftliche Zug. Besonders die hauswirtschaftliche Form wurde stark propagiert. Auch die Luisenschule erhielt 1939 einen hauswirtschaftlichen Zug, der bis 1949 bestand. Dafür wurde im Parterre des rechten Seitenflügels eine perfekte Schulküche eingerichtet. Wie das Zeugnisblatt einer Schülerin dieses Zuges zeigt, entfielen die zweite und dritte Fremdsprache (Französisch und Latein) zugunsten der ‚Fächer des Frauenschaffens‘. Mit dem hauswirtschaftlichen Abitur, volkstümlich ‚Puddingabitur‘ genannt, konnten die Absolventinnen sogar die Universität besuchen, ohne daß eine Zusatzprüfung in wissenschaftlichen Fächern verlangt wurde.“¹³

Die Einrichtung des hauswirtschaftlichen Zuges fiel in die Amtszeit von Otto Ludwig. „Auch er bekam – wenn auch in ganz anderer Weise – bitter zu spüren,

was es bedeutete, Schulleiter unter den Nationalsozialisten zu sein. Als Repräsentant des Systems mußte er natürlich alle Maßnahmen von oben gegenüber den Eltern und Schülern rechtfertigen. Diese Maßnahmen trafen die Schule z. T. sehr hart, wie die folgenden Beispiele zeigen:

– Die Oberstufe wurde um ein Jahr verkürzt, damit die Jugend schneller zum Arbeitsdienst und zur Wehrmacht eingezogen werden konnte.

– Der Sonnabend wurde der Hitlerjugend als Staatsjugendtag reserviert.

– Die Jugend wurde vielfach zu Spenden- und Sammelaktionen herangezogen.

– Die männlichen Lehrkräfte mußten sehr oft während der Schulzeit an militärischen Übungen teilnehmen, ohne daß Vertretung gestellt wurde.“¹⁴

Ich zweifle daran, dass Schulleiter Otto Ludwig mit diesen Maßnahmen grundsätzliche Schwierigkeiten hatte. Sie entsprachen seiner Ideologie und wurden sicherlich von ihm völlig mitgetragen. Otto Ludwig selbst nahm in erheblichem Maße an militärischen Lehrgängen teil, seit 1933 jährlich, im Jahr seiner Schulleiterbestellung an der Luisenschule war er zu kurzen Militärübungen dreimal vom Dienst befreit.

Die Elternschaft an der Luisenschule war stets kritisch und fordernd: „Kamen dann noch Erkrankungen und Versetzungen hinzu, wie es an der Luisenschule der Fall war, wurde die Situation allerdings kritisch. Sorge, Ärger und Unwillen machten sich in der Elternschaft breit. Am 26.6.1936 sah sich Herr Ludwig gezwungen, ‚den heftigen Vorwürfen der Eltern entgegenzutreten und die Atmosphäre zu entgiften‘, indem er ihnen ‚das unglückliche Zusammentreffen zahlreicher unverschuldeter Umstände‘ erklärte; so berichtete die Bergedorfer Zeitung. Auch der Kreisleiter und andere Vertreter der Partei waren bei dieser Elternversammlung anwesend, ‚um ihre Verbundenheit mit dem Schicksal der Luisenschule zum Ausdruck zu bringen‘. Aber es kriselte weiter. Ende 1936 spitzte sich die Situation wieder so weit zu, dass mehrere Eltern von Schülerinnen der zehnten Klasse androhten, ihre Töchter zur Klosterschule oder ins Berufsleben zu schicken. In der Bergedorfer Zeitung erschien am 19.1.1937 ein Artikel mit der alarmierenden Überschrift: ‚Erhaltet der Luisenschule ihre Oberstufe!‘ Auch dieser Konflikt konnte schließlich beigelegt werden.“¹⁵

In der Festschrift der Luisenschule wurde auch darauf hingewiesen, dass es trotz Führerprinzip auch im Kollegium der Schule nicht ohne Auseinandersetzungen abging:

„Ärger und Disharmonie gab es offensichtlich auch im Kollegium, das durch die parteipolitisch orientierte Personalpolitik der Behörde auseinandergerissen worden war; denn ganz bewußt war auch hier durch vorzeitige Pensionierungen, willkürliche Versetzungen und durch die Neueinstellung von jungen – und wider Erwarten dann doch nicht immer linientreuen – Lehrkräften das Kollegium zunehmend

uneinheitlich geworden. Die Ehemaligen erinnern sich an häufigen Lehrerwechsel, besonders in der Mittelstufe. Daß Herr Ludwig sich bemühte, der unerfreulichen Arbeitsatmosphäre beizukommen, zeigt das Konferenzprotokoll vom 21.1.1937: ‚Heutige Tagesordnung: Führung in der Schule nicht nur durch den Schulleiter, sondern auch durch die Lehrkräfte. Diese Lehrerbesprechung soll einen Wendepunkt für die Schule bringen, um die Unzulänglichkeiten zu beseitigen und das Schulleben in eine für alle erträgliche Bahn zu leiten ... In der praktischen Arbeit des Alltags darf es den Unterschied: in der Partei oder nicht in der Partei nicht mehr geben (‚mehr‘ später vom Protokollanten gestrichen) ... Alle, auch die nicht in der Partei sind, mögen wieder Freude an der Arbeit haben ... Ausrichten nach dem Geist der Zeit ist selbstverständlich, daneben sei aber wissenschaftlich Tüchtiges zu leisten. Dies möge ein Markstein in der Entwicklung der Schule sein.“¹⁶

Otto Ludwig war auf vielen Feldern umtriebig. Den seit 1933 fast eingeschlafenen „Verein der Freunde der Luisenschule“ reaktivierte er 1937 und stellte ihn mit einer Satzungsänderung auf den Boden nationalsozialistischer Interessen und Prinzipien. „Der Verein hieß jetzt ‚Verein der Eltern und Freunde der Luisenschule Bergedorf‘. Nach § 2 ‚kann jeder arische Volksgenosse Mitglied werden‘. Der Schulleiter war der ‚Führer‘ des Vereins und berief aus dem Lehrkörper einen Geschäftsführer und einen Kassenwart. Diese bildeten mit ihm den engeren Vorstand. Nach § 6 erweiterte sich dieser jedoch zur Beratung grundsätzlicher Angelegenheiten zu einem Gesamtvorstand durch die Schuljugendwartin, die Untergauleiterin, die Schulärztin und je einen Elternvertreter aus jeder Klassenstufe. Man erkennt, auch hier schob die Partei ihren Keil hinein.“¹⁷

Otto Ludwig war neben seinen Funktionen als Kreisamtsleiter im NSLB seit dem 1.10.1934 auch Schulungsreferent der Marinestandorte, nahm als Delegierter sowohl 1934 als auch vom 10.9. bis zum 16.9.1936 am NSDAP-Parteitag in Nürnberg teil. Er wurde Mitglied in der SA, der er von 1933 bis 1945 angehörte, erst als Rotten-, später Sturmführer, und war zudem Mitglied der NSV, des NS-Altherrenbundes, des Reichskolonialbundes, des NS-Reichskriegerbundes und des VDA.¹⁸ Auch im Privatleben war es für Otto Ludwig eine produktive Zeit. Mit seiner 21 Jahre jüngeren Frau Helene, geborene Tietgen, bekam Otto Ludwig in kurzer Zeit 5 Kinder (1938, 1939, 1940, 1941 und 1945).¹⁹

Ein Problem wurde deren Versorgung, nachdem Ludwig am 30.8.1945 aus dem Dienst und dem Beamtenverhältnis entlassen worden war.²⁰

Otto Ludwig, der bei der Marine seit 1933 jährlich militärische Übungen abgehalten hatte, meldete sich am 27.8.1939 als Kapitänleutnant zum Kriegsdienst, den er bis 1945 absolvierte. Noch im letzten Kriegsjahr wurde er zum Korvettenkapitän befördert.²¹

In seiner Anlage zum Entnazifizierungsfragebogen hatte Otto Ludwig angegeben: „Am 1.8.1945 wurde ich nach eingehender Vernehmung von der Militärregierung aus der Wehrmacht entlassen (in Eutin), weil ich mit bestem Gewissen versichern konnte, dass ich an der Absetzung meines Vorgängers an der Luisenschule, der aus politischen Gründen aus dem Amte als Schulleiter entfernt wurde, in keiner Beziehung beteiligt war, und dass ich nach 1937 kein Amt in der NSDAP wieder bekleidet hatte.“²² Zuvor war Ludwig schon am 8.7.1945 bei der Schulverwaltung vorstellig geworden: „Nach meinem letzten Einsatz am Schluß des Krieges folgten für meine Kameraden und mich eine Reihe von Wochen, in denen wir viel hin- und hergeworfen wurden. Jetzt bin ich einem auf einer Insel gelegenen Marineoffizier-Lager zugewiesen worden. Damit kann ich endlich der Schulverwaltung meine Anschrift, die sich bis zu meiner Entlassung nun voraussichtlich nicht mehr ändern wird, bekannt geben. Die Offiziersentlassungen laufen hier gerade an, allerdings in sehr bescheidener Form. Ich bitte die Schulverwaltung freundlichst, mir kurz hierher mitzuteilen, bis wann ich mich spätestens dort zurückzumelden habe, damit für mich die Wiederaufnahme meines Schuldienstes zum Winterhalbjahr gewährleistet ist. Dieses Schriftstück würde mir hier eine gute Hilfe sein, meine rechtzeitige Entlassung sicherzustellen, für die sonst Schwierigkeiten grundsätzlicher Art nicht bestehen.“²³

Am 30.8.1945 legte Otto Ludwig Einspruch gegen seine Entlassung ein. Sein Schreiben offenbarte einerseits die Verzweiflung in der für ihn neuen und existenziellen Situation und gab andererseits, noch ohne juristische Beratung, authentisch wieder, mit welcher Haltung er Nationalsozialist geworden war. Otto Ludwig war nach kurzer Gefangenschaft am 3.8.1945 nach Hause gekommen und am folgenden Tag hatte ihm OSR Heinrich Schröder die Entlassung als Oberstudiendirektor mitgeteilt.²⁴

„In den nahezu vier Wochen, die seitdem verflossen sind, ist mir klar geworden, dass diese Entlassung für mich, meine Frau und meine fünf kleinen Kinder einfach das Ende bedeutet. Seit dreieinhalb Wochen bemühe ich mich täglich mit unermüdlicher Ausdauer um eine Erwerbsmöglichkeit, bisher ist mir jeder Erfolg versagt geblieben. Bei dem sich ständig steigenden Überangebot junger, unverbrauchter Kräfte dürften auch fernerhin die Aussichten für einen Menschen meines Alters schwerlich besser werden. Unter solchen Umständen sehe ich keinen Ausweg, wie ich dem Schicksal entgegen soll, mit meiner Familie in absehbarer Zeit dem Nichts gegenüberzustehen. So furchtbar mich das bedrückt, will ich heute dennoch Gewesenes nicht verkleinern oder gar verleugnen. Offen bekenne ich, dass ich bereits in den letzten Monaten des Jahres 1932 an Adolf Hitler glaubte und immer mehr anfing, nur ihm die Fähigkeit zuzutrauen, Deutschland aus der

verzweifelten Lage zu befreien, in der es sich damals befand. Deshalb wurde ich mit dem 1. März 1933 Mitglied der NSDAP; auch trat ich einige Monate später der SA bei und hatte seit dem Sommer 1933 vier Jahre lang die Stellung eines Kreisamtsleiters im NS-Lehrerbund inne. In ehrlicher Überzeugung habe ich zum nationalsozialistischen Staate gestanden, dem ich selbstlos gedient habe, ohne mich je irgendwie in den Vordergrund zu drängen.“²⁵

Otto Ludwig, 58-jährig, beschrieb noch einmal, dass er nicht verstehen könne, warum er stellvertretend für die Mehrheit des deutschen Volkes so hart bestraft werden solle:

„Hinsichtlich des Datums meines Eintritts in die NSDAP (1.3.1933) darf ich wohl daran erinnern, dass diese selbe Partei vier Tage später bei der Reichstagswahl unter den 39 Millionen Wählern, die zur Wahlurne gingen, 17 ¼ Millionen Stimmen fand. Das waren 44 v. H., d. h. eine Mehrheit, wie sie in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus erstmalig war. Dieser kurze Hinweis vermittelt einen realen Anhalt für die damalige parteipolitische Lage und für das starke Vertrauen, das die NSDAP schon damals beim deutschen Volk genoss. Angesichts solcher Sachlage erscheint es unendlich hart, einen Einzelnen wegen seiner derzeitigen Zugehörigkeit zu dieser Partei, die doch eine vaterländische Partei war, so folgenschwer zur Verantwortung zu ziehen, dass man ihn und seine Familie dem Untergange preisgibt. Die unter dem nationalsozialistischen Regime verhängten Strafen werden heute gern als brutal bezeichnet. Ist es weniger grausam, einen deutschen Mann und Beamten, der sich – im Weimarer Staate sowohl wie im Dritten Reich – mit allen Kräften stets für die ihm übertragenen Aufgaben eingesetzt und dabei oft die Anerkennung seiner Vorgesetzten gefunden hat, nun mitsamt seiner Familie dem Verderben auszuliefern, nur deshalb, weil er aus einem tiefen Verantwortungsbewusstsein heraus, das er mit Millionen deutscher Menschen teilte, ein stiller Mitmarschierer wurde in dem Lager, das damals als einziges einen Aufstieg unseres Landes möglich erscheinen liess? Ist es weniger brutal, einen Menschen samt seinen Angehörigen zu vernichten, weil er aus anständiger Gesinnung heraus alles für sein Vaterland und nichts für sich selber wollte? Ist eine derart zerschmetternde Bestrafung mit wahrhaft demokratischen Grundsätzen in Einklang zu bringen?“²⁶

Senator Landahl hatte Otto Ludwig die Entlassung in einem Schreiben vom 16.9.1945 noch einmal bestätigt. Ludwig wandte sich daraufhin an Bürgermeister Rudolf Petersen, der das Schreiben an die Schulverwaltung weiterleitete. Otto Ludwig konnte nicht verstehen, warum er mit seinen aus seiner Sicht unbedeutenden Funktionen in der NS-Bewegung so hart bestraft werde. „Ich habe von vornherein mein Schicksal mannhaft getragen und es strikt vermieden, irgendetwas aus der Zeit meiner Parteizugehörigkeit zu verleugnen. Umso mehr aber durfte ich dann

betonen, dass ich zu keiner Zeit und an keinem Ort des gesamten Parteilebens eine auch nur irgendwie nennenswerte Rolle gespielt habe. Selbst mein Einsatz als Kreisamtsleiter des NS-Lehrerbundes in Barmbek-Süd ist über sehr bescheidene Anfänge nicht hinausgekommen, was ja aus den Akten noch heute klar ersichtlich sein wird.“ Und: „Ich möchte wirklich nicht zu den kläglichen oder komischen, jedenfalls aber traurigen Gestalten gerechnet werden, die plötzlich einen befremdlichen Gedächtnisschwund an den Tag legen und versuchen, Tatsachen aus ihrer Vergangenheit wegzuleugnen oder mindestens zu bagatellisieren.“²⁷

Ende des Jahres 1945 war Otto Ludwig dann verhaftet und in ein Internierungslager gebracht worden. Die Aufforderung der Schulverwaltung, Ausweise und anderes abzugeben, beantwortete seine Frau, Helene Ludwig. Sie schrieb, dass ihr Mann „sich seit dem 7. November nicht im Hause aufhält und mir zur Zeit seine Anschrift unbekannt ist“.²⁸

Im Entnazifizierungsverfahren vor dem Hauptausschuss Stormarn wurde protokolliert, Ludwig sei „ehemaliger Internierter, der provisorisch in Kategorie III eingruppiert worden ist“.²⁹

Da das Entnazifizierungsverfahren erst 1947 weiterging mit einem Schreiben von Otto Ludwig, der, in Reinbek wohnend, sich somit auch nicht in Hamburg entnazifizieren lassen musste, kann davon ausgegangen werden, dass Ludwig bis 1947 interniert war. Hatte Ludwig noch im August 1945 erklärt, dass er nicht zu den „kläglichen oder traurigen Gestalten gerechnet werden möchte, die bagatellisieren“³⁰, trieb ihn seine Verzweiflung um die materielle Existenz zwei Jahre später genau in diese Rolle. So schrieb er 1947 in der Anlage zu seinem Entnazifizierungsfragebogen:

„Im Sommer 1933 wurde ich trotz meines Einspruchs von dem Hamburger Leiter des NS-Lehrerbundes, Herrn Schulz, der mich persönlich überhaupt nicht kannte und der als gleichzeitiger Landesschulrat schuldienstlich mein Vorgesetzter war, mit der Leitung des NSLB im Kreise Barmbek-Süd beauftragt. Herr Schulz war bestrebt gewesen, wenigstens einige der zu besetzenden Stellen an Kollegen aus dem höheren Schulwesen und der Philologenvereinsarbeit zu vergeben. Seit 1922 war ich Vertrauensmann des Philologenvereins und ein sehr regelmäßiger und reger Mitarbeiter gewesen. So sehr mich pädagogische und wissenschaftliche Fragen von jeher interessiert hatten, so wenig lag mir ein Amt, das doch offensichtlich auch einen politischen Anstrich haben sollte. Ich war nie in meinem Leben politisch irgendwie tätig gewesen, und ich hielt mich selber durchaus ungeeignet dafür, so dass ich bereits im Laufe des Winters 1933/34 erneut um meine Ablösung bat. Es wurde mir indes dringend nahegelegt, wenigstens vorläufig im Amte zu bleiben.“³¹ Als aus bisher 20 NSLB-Kreisen dann zehn Kreise gemacht wurden, „wurde ich meiner Stellung

enthoben. Dabei war wohl nicht nur mein eigener Wunsch sondern angeblich auch die Tatsache ausschlaggebend, dass der Kreisleiter an meiner gleichzeitigen Tätigkeit als Kirchenvorsteher (an der Auferstehungskirche in Barmbek) Anstoss nahm und nun die ihm willkommene Gelegenheit benutzte, mich – ohne Aufsehen zu erregen – auszubooten. (Es waren mir allerdings während meiner Amtszeit nie irgendwelche Schwierigkeiten in diesem Zusammenhang gemacht worden.) Auch war der Kreisleiter bei diesem Wechsel ohne Frage von dem Wunsch mitbestimmt worden, einen jüngeren und vor allem politisch aktivistischeren Mann in diesem Amt zu sehen.“³²

Das Hinbiegen des Ablaufs in eine für ihn günstige Richtung war ihm nicht ganz gelungen. Und es war wohl eher der ehemalige Vorsitzende des Philologenvereins, Theodor Mühe, ab 1933 Oberschulrat für die höheren Schulen, der für die Repräsentanz von Philologen im NSLB und in Schulleiterfunktionen sorgte. Mühe sollte sich später zum Fall Ludwig auch noch äußern.³³

In seinem Einspruch gegen die Entlassung führte Otto Ludwig ein interessantes Detail an, warum er sich der Hitler-Bewegung zugewandt hatte: „Bis zum August 1932 habe ich mit dem Nationalsozialismus nicht die geringste Berührung gehabt; ich war darüber nur ganz oberflächlich durch gelegentliche Zeitungsnotizen unterrichtet. Damals weilte ich zu kunstgeschichtlichen Studien in München, als ein reiner Zufall es mit sich brachte, dass ein dort ansässiger Künstler mich eines Abends in eine Hitler-Versammlung mitnahm und mich am Schluss dieser Veranstaltung mit dem Begründer des Nationalsozialismus bekannt machte. Wenn meine Unterhaltung mit Hitler auch nur sehr kurz war, so kann ich doch nicht leugnen, dass ich von dem ganzen Abend stark beeindruckt war. Zu jener Zeit befand ich mich schon in einer länger währenden inneren Wandlung, die mich, wenn auch spät und langsam, so doch stetig und folgerichtig von der bürgerlichen Rechten immer mehr zur sozialistischen Auffassung geführt hatte. Die innenpolitischen Zustände in Deutschland erschienen mir hoffnungslos. In Hitler glaubte ich nun den Mann zu sehen, der helfen konnte.“³⁴

Und: „Der von Hitler so nachdrücklich betonte Gedanke der Volksgemeinschaft machte auf mich – angesichts der damaligen Zerrissenheit unseres Volkes – einen starken Eindruck, und der Satz ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘ kam meiner Suche nach einer Neuorientierung auf sozialistischer Grundlage weit und bestrickend entgegen. Kurz, ich glaubte, dass Hitler die verzweifelte Lage, in der sich Deutschland befand, meistern werde. So erklärte ich am 30. Januar 1933 meine Parteimitgliedschaft.“³⁵

Kein Bekenntnis ohne Einschränkung: „Zwar ging mir schon damals keineswegs alles ein, was der Nationalsozialismus lehrte. Ein Judenhasser bin ich zum Beispiel nie gewesen; in jüdischen Häusern habe ich im Laufe der Jahre verkehrt.“³⁶

Dazu hatten Ludwigs ehemaligen Kolleginnen von dem Realgymnasium für Mädchen Curschmannstraße sich, wie erwähnt ganz anders geäußert.³⁷ Solch deutliche Aussagen wie die von Irma Stoß und Olga Franke hat es in solchen Verfahren selten gegeben.³⁸

Die Tatsache, dass Otto Ludwig nicht in Hamburg, sondern im nahen Stormarn entnazifiziert wurde, stellte sich für ihn nicht als Vorteil heraus. Der Entnazifizierungshauptausschuss Stormarn führte eigene Befragungen und Untersuchungen durch und kommunizierte mit der Hamburger Schulverwaltung. In seiner Sitzung am 15.11.1947 erklärte das Ausschussmitglied, Rektor Seeler, über seine Auskünfte, die er in Hamburg einholen sollte: „Ich habe gelegentlich einer Tagung in Gelsenkirchen, an der auch Herr Senator Landahl und Oberschulrat Schröder teilnahmen, den Fall Ludwig erörtert. Herr Oberschulrat Schröder kennt L. und sagte mir, dass L. einer der fanatischen Anhänger für die Rassenidee der Nazis gewesen sei und auch im Unterricht sich sehr stark in diesem Sinne ausgewirkt hat. Herr Oberschulrat Schröder erklärte mir, dass die Hamburger Schulbehörde es ablehnen würde, ihn wieder als Studienrat noch als Oberstudiendirektor zu beschäftigen. Die Hamburger lehnen die Anstellung überhaupt ab, auch nicht als einfacher Lehrer. Dies ist maßgebend gewesen für mich, mich der Ansicht des Oberschulrats Schröder anzuschließen. Schon vor der Machtübernahme gehörte er den nazistischen Gliederungen an. Auch seine Beförderung zeigt, dass die Nationalsozialisten auf ihn ein besonderes Gewicht legten. Ich lehne L. als Lehrer und Erzieher ab und schlage dem Ausschuss vor, die Eingruppierung in Kategorie III, wie sie vorläufig von der Militärregierung vorgenommen ist, zu bestätigen.“³⁹

Entsprechend wurde dann auch beschlossen. Ludwig wurde weiterhin der Kategorie III zugeordnet: „Keine Zulassung zum Erzieherberuf, in der Privatwirtschaft nur eine Stellung, die keinen leitenden Charakter hat, L. wird dem Arbeitsamt zur Verfügung gestellt, das ihn seinen Kenntnissen und Fähigkeiten nach einsetzt.“⁴⁰

Interessant ist der Schriftsatz von Ludwigs Rechtsanwalt Dr. Teufel vom 31.5.1948, der feststellte:

„Vorweg möchte ich bemerken, dass ich hier vielleicht zum ersten Mal in meiner Praxis endlich einmal einen früheren Nationalsozialisten vor mir finde, der offen und ehrlich zugibt, er sei damals von der Richtigkeit der Hitlerschen Lehren und von der Aufrichtigkeit seines Vorhabens überzeugt gewesen, er habe sich deswegen auch offen zu seiner Sache bekannt. Es ist direkt erstaunlich, wenn zum Beispiel Herr Ludwig in seinem Antrag vom 15.6.1947 erklärt, der betonte Gedanke der Volksgemeinschaft hätte auf ihn einen starken Eindruck gemacht, er stellt auch keineswegs in Abrede, dass die gesamte Schularbeit in eine gewisse politische Richtung geraten sei. Es ist das etwas, was wir alle wissen und kennen, was aber in den

allermeisten Fällen von den früheren Nationalsozialisten bestritten wird.“⁴¹

Das war sicherlich richtig festgehalten und unterschied Otto Ludwig von den meisten ehemaligen Nationalsozialisten, die verharmlosten, verfälschten und sich herausredeten. Danach ging Teufel dann auf die Feststellung des Beratenden Ausschusses ein: „Ich habe durch Akteneinsicht festgestellt, dass der Beratende Ausschuss dahin Auskunft erteilt hat, man habe von Herrn Ludwig immer als von einem ‚wilden Nazi‘ sprechen hören, es sei Auskunft erteilt worden, dass man über Herrn Ludwig nur Negatives sagen könne, der in menschlicher und charakterlicher, wie auch in politischer Beziehung gleich unerträglich gewesen sei, das Kollegium habe vor ihm in Ängsten geschwebt, außerdem habe er in hässlicher Weise jüdische Schüler behandelt.“⁴²

Rechtsanwalt Teufel gab dann eine Reihe von positiven Leumundszeugen an von Personen, die Otto Ludwig anders kennengelernt hatten. Und Teufel kritisierte auch, dass die Aussagen von Irma Stoß nicht konkretisiert und mit Beispielen belegt wurden. Auf die gleichlautenden Hinweise von Olga Franke ging er nicht ein. Olga Franke hatte am 8.12.1948 ihre Aussagen noch einmal bekräftigt, aber auch geschrieben: „Herr Ludwig müsste zwar weitere Tätigkeit im Schuldienst untersagt, jedoch eine Pension zugebilligt werden, da sein Verhalten während der nationalsozialistischen Zeit nicht einem Streben nach Vorteilen, sondern der Überzeugung und einem offenbaren Idealismus entsprang.“⁴³ Bezeichnend für die zweifelhafte Leumundspraxis war auch, dass Rechtsanwalt Teufel für seine Gegenargumentation das Schreiben des „Studienrates“ Hugo Krüger einführte.⁴⁴ Hugo Krüger war seit 1927 gemeinsam mit Otto Ludwig als Studienrat an der Curschmannstraße tätig gewesen. Krüger stand auf der Liste von Schulsenator Karl Witt vom 10.7.1933, wurde zum Schulleiter an der Curschmannstraße ernannt, Otto Ludwig als Stellvertreter.⁴⁵ Jede entlastende Erklärung für seinen ehemaligen Stellvertreter war auch immer pro domo geschrieben: „Für die Anschuldigung, das Kollegium sei vor ihm in Ängsten gewesen, habe ich nie einen Anhalt gewonnen.“⁴⁶ Und: „An eine Kontroverse mit Frau Dr. Franke kann ich mich nicht erinnern. Es ist aber wohl bei der Beurteilung des Falles zu berücksichtigen, dass nach einer Anordnung der Behörde jüdische Schülerinnen nicht an Veranstaltungen der Schule oder Klasse, die über den eigentlichen Unterricht hinausgingen, teilnehmen sollten. Diese Anordnung war nach meiner Erinnerung zunächst nur mündlich und erst viel später schriftlich gegeben worden.“⁴⁷ Es gehörte zu den Unerträglichkeiten in den Entnazifizierungsverfahren, dass sich die nationalsozialistisch Involvierten gegenseitig „Persilscheine“ ausstellten. So schrieb Krüger: „Zum Fall der ehemaligen Schülerin Renate Mannhart kann ich folgendes sagen. Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob Herr Ludwig sie wegen Nichtzugehörigkeit zum BdM durch Drohungen un-

ter Druck gesetzt hat. Ich kann das allerdings nicht glauben. Auf jeden Fall war dies nicht der Grund für die Umschulung; denn dagegen hätte ich mich gewehrt. Vielmehr lag folgende grobe Entgleisung vor: Herr Studienrat Engel war von der Oberschule im Alstertal an die Oberschule Curschmannstraße versetzt worden. Da seine Klasse bei Herrn Engel Latein bekommen sollte, hat Herr Ludwig ihr davon Mitteilung gemacht. Am folgenden Tage hat dann die Schülerin, Renate Mannhart, vor der Klasse Herrn Ludwig erklärt, ihr Vater liesse ihm sagen, die Schule solle gegen diese Versetzung Einspruch erheben, da Herr Engel ein unfähiger Lehrer sei. Über diese Diskriminierung eines Lehrers, der noch gar nicht da war, war Herr Ludwig meines Erachtens mit Recht empört und verlangte, um weitere Komplikationen zu vermeiden, die Umschulung.“ Immerhin ergänzte Hugo Krüger noch: „Da ich selbst Pg. war, beschränke ich mich auf diese sachlichen Feststellungen.“⁴⁴⁸ Krüger war nicht nur Pg. gewesen, sondern nationalsozialistischer „Führer“ der Schule Curschmannstraße, er hatte die Verantwortung auch dafür, wie sein Stellvertreter agierte. Den Vorwurf, Ludwig hätte jüdische Schülerinnen diskriminiert, versuchte auch eine ehemalige Schülerin von Ludwig zu entkräften. Maria-Luise Spethmann, geborene Sutor, schickte ein Foto an den Entnazifizierungsausschuss von einer „Nordmark-Klassenreise“ im Herbst 1934. „Auf dem Bild, in Apenrade aufgenommen, befinden sich auch die Jüdin Ludmilla Goldblatt und die Halbjüdin Gerda Heinemann. Es kann also keine Rede davon sein, das nichtarische Schülerinnen durch Herrn Studienrat Ludwig von Klassenunternehmungen ausgeschlossen wurden.“⁴⁴⁹ Dass Otto Ludwig auch über eine Lobby im ehemaligen Philologenverein, in der DNVP und im NSLB sowie der Schulverwaltung verfügte, zeigen die „Persilscheine“ von drei ebenfalls belasteten ehemaligen Oberschulräten und dem ehemaligen Schulsenator Karl Witt. Der ehemalige Kassenwart des NSLB und Oberschulrat Richard Schlorf äußerte sich zu der Frage, ob bei der Beförderung von Ludwig die NSDAP maßgeblich mitgewirkt hätte: „Nach meiner Kenntnis der damals üblichen Praxis ist das nicht geschehen.“ Da Schlorf für den Berufsschulbereich zuständig war, hatte er überhaupt keine Kenntnisse in diesem konkreten Fall und schrieb auch noch: „Während der ganzen Zeit von 1933 ist 1945 ist bei jeder Beförderung – ganz gleich welcher Art, auch bei Festanstellungen, die auch als Beförderung gewertet wurden – stets ein Gutachten der Partei eingeholt worden.“ Aber bei Otto Ludwig sollte es keine Rolle gespielt haben, dass er 1933 Mitglied der NSDAP, des NSLB und der SA geworden war?

Über die Gründe, weshalb Ludwig nach 1937 keine Ämter in der Partei und dem NSLB bekommen hatte, mutmaßte Schlorf: „Es mag sein, daß seine positive Einstellung zu kirchlichen Fragen der Anlaß war; diese Annahme hat einen sehr hohen Grad von Wahrscheinlichkeit, da seit dem Jahre 1937 weite Kreise der Partei

einen scharf antikirchlichen Kurs steuerten. Man kann diese Frage indes offen lassen.“⁵⁰ Welch scheinheilige Argumentationen. Ludwig selbst hatte erklärt, dass man ihm gerade deswegen die Schulleitung in Bergedorf übertragen hätte, weil er auch Kirchenvorsteher gewesen war. Er sollte die Eltern mit christlicher Orientierung integrieren.

Der ehemalige Schulsenator Witt, ein eifriger Schreiber von „Persilscheinen“ für ehemalige DNVP-Mitglieder, erklärte, dass die Oberschulräte Oberdörffer und Mühe keine alten Nationalsozialisten gewesen wären, sondern „stets bei Ernennungen das Wohl der Anstalt im Auge gehabt“ hätten. „Der Vorgänger von Herrn Ludwig hatte uns viele Schwierigkeiten gebracht. Nach der Besetzung der Stelle durch Herrn Ludwig habe ich Unstimmigkeiten nicht mehr gehört. Die Einsetzung des Herrn Ludwig wurde durch seine erfolgreiche Wirkungsweise gerechtfertigt. Eine enge Bindung an die NSDAP, die weder berücksichtigt wurde oder mir bekannt war, hat bei der Besetzung der Stelle keine Rolle gespielt.“⁵¹

Und Oberschulrat Theodor Mühe, über den Karl Witt geschrieben hatte, „Herr Dr. Mühe war von mir zum Oberschulrat vorgeschlagen, er kam wie ich aus der deutschnationalen Partei“⁵², konnte natürlich alles nur bekräftigen:

„Als die damalige Schulverwaltung sich im Frühjahr 1935 der Notwendigkeit gegenüber sah, die Stelle des Leiters der oben genannten Schule neu besetzen zu müssen, wurde bei den zuständigen Oberschulräten, den Herren Dr. Oberdörffer, Dr. Behne und mir, schnell Einigkeit darüber erzielt, daß der Studienrat Ludwig vom Realgymnasium für Mädchen an der Curschmannstraße dafür in erster Linie in Frage kam. Herr Ludwig war mit ausgezeichnetem Erfolg seit vielen Jahren im höheren Mädchenschulwesen tätig und verfügte also in hohem Maße über einschlägige Erfahrungen. Aus langjähriger Zusammenarbeit im Hamburger Philologenverein, in dem Herr Ludwig bis zur Auflösung des Vereins sehr aktiv und einsatzwillig mitwirkte und sich immer wieder gerade auch für die Belange des höheren Mädchenschulwesens nachdrücklich einsetzte, hatte ich diesen Kollegen ganz besonders schätzen gelernt. Zudem war uns Oberschulräten bekannt, daß Herr Ludwig im Lehrkörper seiner Schule eine sehr geachtete Stellung einnahm und daher auch vom Kollegium zum stellvertretenden Schulleiter gewählt worden war. Für den damals recht schwierigen Boden Bergedorfs brachte Herr Ludwig auch insofern noch ein besonderes Maß von Eignung mit, als er, der schon von jeher den vielen Fragen des Religionsunterrichts lebhaft zugewandt war, als Kirchenvorsteher einer Hamburgischen Kirche auch in der praktischen kirchlichen Arbeit stand, was in den der Luisenschule nahestehenden Bergedorfer Kreisen als besonderes Aktivum gewertet werden mußte. Auf Grund der vorstehenden Tatsachen schienen den Oberschulräten bei Herrn Ludwig die persönlichen und sachlichen Voraussetzungen vollauf

erfüllt, die seine Ernennung zum Schulleiter rechtfertigten und die sich im Verlaufe seiner Tätigkeit an der Luisenschule dann auch bestätigt haben. Etwaige Parteibindungen waren bei dieser Ernennung von keiner Bedeutung, und keine Parteiinstanz ist daran beteiligt gewesen.“⁵³

So lief das nach 1945. Alte Netzwerke bestanden noch und waren emsig tätig.

Auch Wilhelm Oberdörffer, auf den sich Mühe berief, hatte jede Menge „Persilscheine“ insbesondere für Mitglieder seiner ehemaligen Partei, der DVP, verfasst. In diesem Fall verweigerte er sich. Das Schreiben, das er an Otto Ludwig schickte, ist bemerkenswert: „Nachdem ich heute mit Herrn Oberschulrat Dr. Reimers über ihre Angelegenheit nochmals gesprochen habe, sind wir übereingekommen, daß die Schulbehörde auf ein besonderes Gutachten von mir verzichten will. Bei dieser Sachlage möchte ich, um Ihren Fall nicht weiter zu komplizieren, ebenfalls davon absehen, zu den Ihnen ausgehändigten Bescheinigungen der Herren Senator Witt und Dr. Mühe Stellung zu nehmen. Ich glaube, Ihnen damit am besten dienen zu können, möchte aber nicht unausgesprochen lassen, daß ich den beiden oben genannten Bescheinigungen nach Inhalt und Form in mehreren Punkten nicht zustimmen kann.“⁵⁴

Oberdörffer wusste also, dass es anders gewesen war, und zog es vor, öffentlich zu schweigen.

Die Stellungnahme des Beratenden Ausschusses vom 21.5.1948 ist schon zitiert worden. Die Äußerungen von Irma Stoß und Olga Franke hatten bei dem Ausschuss den Eindruck hinterlassen, es handele sich bei Otto Ludwig um einen „wilden“ Nationalsozialisten.⁵⁵ Der Berufungsausschuss vom 23.2.1949 urteilte milder, gab der Berufung statt mit der Maßgabe, „dass Sie in den Ruhestand versetzt und Ihnen die Pensionsbezüge eines Studienrates mit Wirkung vom 1.2.1949 zuerkannt werden. Ihre Einstufung erfolgt in Kategorie IV. Mit Wirkung vom 1.1.1950 werden sie in die Kategorie V eingereiht.“⁵⁶

Damit ging Hamburg in diesem Fall weit nachsichtiger mit Otto Ludwig um, als der Entnazifizierungsausschuss in Ahrensburg, was ich im Vergleich der jeweiligen Praxis Hamburg – Schleswig-Holstein selten gefunden habe. In seiner Begründung bezog sich der Ahrensburger Ausschuss auf zahlreiche Äußerungen ehemaliger Lehrerinnen, die mit und unter Otto Ludwig gearbeitet hatten. Neben den schon wiedergegebenen Äußerungen gab der Ausschuss für seine Begründung noch einige weitere Beispiele, die „die unerträgliche Charakterlosigkeit“ von Otto Ludwig bezeichneten: „Die damals an derselben Schule tätige Frau Dr. Olga Franke hatte im Frühjahr 1933 mit ihrer Klasse eine Aufführung vorbereitet, um Geld für eine Klassenreise zu bekommen, an der auch jüdische Schülerinnen beteiligt waren. Der Betroffene hatte nichts gegen die Proben eingewendet, aber zwei Tage vor

der Aufführung verbot er diese wegen der Teilnahme der jüdischen Schülerinnen, machte Frau Dr. F. schwerste Vorwürfe, sie habe kein Gefühl für Rassenreinheit und drohte ihr mit Hinauswerfen aus dem Amt. Ferner verlangte er, dass allen jüdischen Schülerinnen der Schule die Teilnahme an Aulazusammenkünften untersagt würde. Er ließ eine Schülerin, Renate Mannhart, die nicht Mitglied des BdM war, allein in die Schülerinnen-Bücherei kommen und setzte sie dort durch Drohungen unter Druck. Sie verließ deshalb seinetwegen diese Schule und trat in die Heilwegschule über. Der Betroffene beurteilte die Leistungen der Schülerinnen, die nicht im BdM waren nicht mehr objektiv und setzte ihre Zeugnisse herunter. Den fünf jüdischen Schülerinnen seiner Klasse verbot er die Teilnahme an Klassenfeiern. Weiter setzte er durch, dass nach Aulafeiern die gesamte Schule einschließlich aller Lehrkräfte die Bilder der nationalsozialistischen Führer, die im Vorraum der Aula hängen, mit dem Hitlergruß grüßen. Als Leiter der Luisenschule bearbeitete er die jüngeren Kolleginnen, wie Frau Beza, Frau Dr. Gertrud Daniels so lange, bis sie in die NS-Frauenschaft eintraten, indem er ihnen drohte, sonst nicht angestellt zu werden.“⁵⁷

Der Hauptausschuss Stormarn stufte Ludwig weiter in Kategorie III ein und beschloss, ihn in den Ruhestand zu versetzen. „Es wird angeordnet, dass sein Ruhegehalt auf 50 % des gesetzlichen Ruhegehaltes herabgesetzt und erst bei Erreichung des 65. Lebensjahres gezahlt werde.“⁵⁸

Da der Arbeitsplatz von Otto Ludwig in Hamburg gelegen hatte, musste die Entscheidung über seine Pension auch in Hamburg getroffen werden. Ludwig schrieb am 20.5.1951, als er mit Abschluss der Entnazifizierung als „Entlasteter“ (Kategorie V) galt:

„Ich bitte hinweisen zu dürfen:

1. auf die in der Begründung der Entscheidung vom 23.2.1949 gegebene Formulierung, derzufolge ich nach Auffassung des Berufungsausschusses hinreichend bestraft bin und meine Belastung gesühnt ist, zumal angesichts der Tatsache, dass ich eine große Familie (fünf Kinder im Alter von 6–13 Jahren) habe;

2. auf meine Kriegsbeschädigung: ich zog mir beim Marineeinsatz in Polarnorwegen eine beiderseitige Innenohrstörung zu und bin stark schwerhörig, so dass ich keine freie berufliche Tätigkeit ausüben kann;

3. auf die Praxis der Berufungsausschüsse in der letzten Zeit, die milder geworden ist und in Fällen meiner Art bei Zurückgestuften stets entschieden hat, das bei Eintreten des Pensionierungsdienstalters die erdiente Pension eines Oberstudiendirektors gewährt wird.

Ich bitte freundlichst, nunmehr auch mir die Pension eines Oberstudiendirektors zuerkennen zu wollen.“⁵⁹

Unterstützung fand er beim neuen Oberschulrat für die höheren Schulen, Dr. Hans Reimers, der nach dem Tod von Heinrich Schröder diese Funktion innehatte. Reimers, aus meiner Sicht selbst als ehemaliger Nationalsozialist und SA-Mann belastet⁶⁰, schrieb am 12.11.1952:

„Die Voraussetzungen für eine Beförderung zum Oberstudienrat und später zum Oberstudiendirektor waren nach Ausbildung und Laufbahn erfüllt. Daneben spielte für diese Ernennung die Zugehörigkeit zur NSDAP eine Rolle. Der Nachweis, daß die Beförderungen ausschließlich wegen enger Verbindung zum NS. erfolgt sind, dürfte nicht lückenlos geführt werden können.“⁶¹

Die Personalakte von Otto Ludwig gibt keine Auskunft darüber, aber es ist zu vermuten, dass ihm auch wieder die Pension eines Oberstudiendirektors zuerkannt wurde.

Von 1961 bis 1964 arbeitete er auf Honorarbasis an der Bundeswehrfachschule.⁶²

Otto Ludwig starb am 30.10.1981, 94-jährig.

Seine Witwe, Helene Ludwig, am 20.7.2001, mit 93 Jahren.⁶³

Anmerkungen

- 1 Personalakte Ludwig, StA HH, 361-3_ Nr. 3727
- 2 Entnazifizierungsakte Ludwig, StA HH, 221-11_Ed 1902
- 3 100 Jahre Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Hamburg 1992, S. 58ff. Siehe dazu auch die Biografie von Erwin Zindler, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 538ff.
- 4 100 Jahre Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Hamburg 1992, S. 59f.
- 5 100 Jahre Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Hamburg 1992, S. 61f.
- 6 Siehe de Lorent 2016, S. 32.
- 7 Schreiben des Beratenden Ausschusses vom 21.5.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 8 Schreiben von Dr. Olga Franke vom 17.7.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 9 Aus dem Protokoll der 119. Sitzung des Entnazifizierungshauptausschusses Kreis Stormarn in Ahrensburg vom 29.9.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 10 Siehe dazu auch die Biografie Walther Machleidt in diesem Buch.
- 11 100 Jahre Luise-Gymnasium Bergedorf (1888–1988). Festschrift, Hamburg 1988, S. 134.
- 12 Ebd.
- 13 100 Jahre Luise-Gymnasium Bergedorf (1888–1988). Festschrift, Hamburg 1988, S. 135.
- 14 Ebd.
- 15 100 Jahre Luise-Gymnasium Bergedorf (1888–1988). Festschrift, Hamburg 1988, S. 135f.
- 16 100 Jahre Luise-Gymnasium Bergedorf (1888–1988). Festschrift, Hamburg 1988, S. 136.
- 17 Ebd.
- 18 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 19 Personalakte a. a. O.
- 20 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 21 Personalakte a. a. O.
- 22 Entnazifizierungsakte a. a. O.

- 23 Personalakte a. a. O.
- 24 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 25 Schreiben von Otto Ludwig an die Schulverwaltung vom 30.8.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 26 Ebd.
- 27 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 28 Schreiben vom 29.12.1945, Personalakte a. a. O.
- 29 Protokoll der 119. Sitzung des Entnazifizierungshauptausschusses Stormarn vom 29.9.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 30 Schreiben von Otto Ludwig an Bürgermeister Rudolf Petersen vom 16.9.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Anlage zum Entnazifizierungsfragebogen, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 32 Ebd.
- 33 Siehe auch die Biografie Theodor Mühe in: de Lorent 2016, S. 371 ff. Die Art und Weise, wie Schulleiterbestellungen im höheren Schulwesen 1933 vorgenommen wurden, habe ich ausführlich beschrieben in der Biografie Hans Rösch: de Lorent 2016, S. 768 ff.
- 34 Schreiben vom 15.6.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 35 Ebd.
- 36 Ebd.
- 37 Schreiben vom 17.7.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 38 Ebd.
- 39 132. Sitzung des Entnazifizierungshauptausschusses vom 15.11.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 40 Ebd.
- 41 Schreiben vom 31.5.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 42 Ebd.
- 43 Schreiben vom 8.12.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 44 Schreiben von Rechtsanwalt Teufel vom 27.1.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 45 Siehe de Lorent 2016, S. 32.
- 46 Schreiben von Hugo Krüger vom 25.9.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 47 Ebd.
- 48 Ebd.
- 49 Schreiben vom 22.2.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 50 Entnazifizierungsakte a. a. O. Zu Richard Schlorf siehe: de Lorent 2016, S. 731 ff.
- 51 Schreiben vom 5.11.1952, Entnazifizierungsakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Karl Witt, in: de Lorent 2016, S. 88ff.
- 52 Ebd.
- 53 Ebd.
- 54 Schreiben vom 13.11.1952, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 55 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 56 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 57 Entscheidung vom 9.8.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 58 Ebd.
- 59 Ebd.
- 60 Siehe die Biografie von Hans Reimers in diesem Buch.
- 61 Personalakte a. a. O.
- 62 Personalakte a. a. O.
- 63 Personalakte a. a. O.

August Wulff

„Als Grundsätze der Humanität verlassen wurden, bereute ich meinen Eintritt in die Partei und trieb nur mit Widerstreben mit.“

Einen Typus Schulleiter in der NS-Zeit repräsentiert August Wulff. Nicht alle Personen, die auf der Liste der neuen Schulleitungen 1933 standen, waren junge Nationalsozialisten, die nach der Machtübertragung an die Nazis eine Karriere starteten. Einige waren schon in der Weimarer Zeit, in Zeiten der Selbstverwaltung der Schulen, in solchen Funktionen gewesen. Sie traten am 1.5.1933 in die NSDAP ein und machten, unter anderen Vorzeichen, ähnlich weiter wie zuvor. Als der „Spuk“ 1945 vorüber war, ließen sie sich bescheiden, dass sie eigentlich keine Nationalsozialisten gewesen waren und wurden schon bald wieder in den Hamburger Schuldienst übernommen.

Von August Wulff ist im Hamburger Staatsarchiv keine Personalakte mehr erhalten. Dies ist eigentlich verwunderlich, war er doch zwischen 1930 und 1945 in Schulleitungsfunktionen tätig gewesen.

Als er am 29.5.1945 seinen Entnazifizierungsfragebogen abgab, als Zeuge unterschrieb der ehemalige Vorsitzende des Hamburger Philologenvereins und Oberschulrat für die höheren Schulen in der NS-Zeit, Karl Züge, benannte Wulff seine NS-Zugehörigkeiten: NSDAP seit 1.5.1933, NSV seit November 1934, im NSLB seit dem 1.1.1935, dort auch als Ortsgruppenleiter tätig. Unter frühere Mitgliedschaften hatte August Wulff den Philologenverein eingetragen.¹

Am 12.9.1945 war August Wulff von seinem Amt als Leiter der Luisenschule in Bergedorf suspendiert, am 23.11.1945 aus dem Schuldienst und dem Beamtenverhältnis entlassen worden.²

Das ist auf den ersten Blick nicht überraschend, war August Wulff doch die gesamte NS-Zeit über in Schulleitungsfunktionen in Hamburg an höheren Schulen tätig gewesen. Dabei hatte ihn die Realschule Rothenburgsort in Zeiten der Selbstverwaltung zum 1.1.1930 als Schulleiter gewählt, drei Jahre später noch einmal bestätigt, bevor die Nazis an die Macht kamen. August Wulff blieb Schulleiter an dieser Schule bis zum 10.10.1934. Dann wurde sein Stellvertreter, Felix Schmidt, ein älterer, verdienter Parteigenosse der NSDAP, an seine Stelle gesetzt. Wobei auch Felix Schmidt schon in Zeiten der Selbstverwaltung vom Kollegium zum stellvertretenden Schulleiter gewählt worden war.

Die Karriere von August Wulff war allerdings 1934 nicht beendet, die NS-Schulverwaltung setzte ihn als stellvertretenden Schulleiter an der Mädchen-Oberreal-

schule am Lerchenfeld ein und beförderte ihn zum Oberstudienrat. Als am 1.4.1939 ein neuer stellvertretender Schulleiter an der Luisenschule benötigt wurde, versetzte man August Wulff dorthin. Die stellvertretenden Schulleiter der höheren Schulen waren in der NS-Zeit die „Manövriermasse“, wenn personelle Umstellungen vorgenommen werden mussten. Und als der Oberstudiendirektor der Luisenschule, Otto Ludwig, sich als Marineoffizier zum Kriegsdienst meldete, übernahm August Wulff die Leitungsfunktion.³

Der am 24.10.1891 in Hamburg geborene August Wulff folgte an der Luisenschule zwei Schulleitern, Walther Machleidt und Otto Ludwig, die für die Schulgemeinde eher anstrengend gewesen waren. So wundert es nicht, wenn in der Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum der Luisenschule konstatiert wurde: „Die Luisenschule hatte das Glück, im August 1939 in Herr Dr. Wulff einen kommissarischen Schulleiter zu bekommen, der nie die Ruhe verlor und alle schwierigen Situationen überlegen meisterte. ‚Die Ruhe, die Herr Dr. Wulff ausstrahlte, übertrug sich auf uns alle‘, sagte eine Abiturientin in ihrer Abschiedsansprache. Was das damals bedeutete, kann nur der ermessen, der diese wirren und unruhigen Zeiten miterlebt hat.“⁴

Wie Schule im Krieg aussah, wurde im Weiteren geschildert:

„Von Anfang an mußte Herr Dr. Wulf mit Raumproblemen fertig werden. Schon 1939 war das gesamte Erdgeschoß als Luftschutzrevier und Rettungsstelle beschlagnahmt worden. Die neu eingerichtete Küche im hinteren Flügel wurde als Luftschutzraum bei Alarmen bestimmt und mit Sandsäcken verbarrikiert. Im ersten Stock wurden zwei Zimmer mit Schlafgelegenheiten für die Lehrer bereitgestellt, die nachts – für 2,50 M – Luftschutzwache halten mußten. Nun, die 300 Schülerinnen und die Lehrer rückten recht eng zusammen, und zum Kochunterricht zog man in die Berufsschule Wentorfer Straße.“⁵

In diesen Zeiten wurde kein ideologischer Führer benötigt, sondern ein ruhiger Verwaltungsfachmann, der August Wulff offensichtlich gewesen war. Als seine Leistung wurde dokumentiert:

„Herr Dr. Wulff wehrte zunächst den Zugriff schulfremder Stellen auf weiteren Schulraum erfolgreich ab. Aber mit der Zeit wurde das immer schwieriger. Der Luftschutz dehnte sich in den ersten Stock aus, und im zweiten Stock richtete sich die ‚Rhenania‘, ein in Hamburg ausgebombter Betrieb, in der Chemieabteilung ein. ‚Bei den ständigen Umräumungen entpuppten sich einige Kollegen als wahre Möbeltransporteure‘, erzählt Herr Dr. Wulff in der Festschrift zum 75-jährigen Jubiläum, ‚sie schlossen sich unter der Leitung des bewährten Heizers, Herrn Bollhorn, zu einer Boll-Kompanie zusammen und standen dem Schulleiter jederzeit zum Einsatz zur Verfügung‘.“⁵

In Kriegszeiten war alles anders. Ein geregelter Schulbetrieb war auch in Bergedorf nicht länger möglich. „Etwas Luft gab es, als im Frühjahr 1941 drei Lehrer mit 100 Schülern für einige Monate in die Kinderlandverschickung gingen. Direkt vor der Abreise wurde ihnen von Parteifunktionären klargemacht, daß ‚sie von nun an mitsamt den Kindern der Partei unterstünden, daß ein KLV-Lehrer von morgens bis mitternachts im Dienst sei, daß er einfach alles zu können habe, selbst Tische und Stühle müsse er nageln können – und daß er auf der Reise nur Auge, Ohr und Hand und Herz für die Kinder zu sein habe‘. Damit ihm das leichter falle, hatte er keinen Anspruch auf einen Sitzplatz im Zug und sollte sich die ganze Fahrt über auf dem Gang des D-Zuges aufhalten.“ Eine der begleitenden Lehrerinnen kommentierte dies so: „Wir waren seit 1933 schon einiges gewöhnt, aber diese Kommandotöne erregten jedenfalls bei mir Verbitterung.“⁶

Schulleitertätigkeit in dieser Zeit bedeutete Krisenmanagement. Und dafür schien August Wulff der geeignete Mann.

„Nach den Großangriffen auf Hamburg im Jahre 1943 wurde die Lage an der Luisenschule noch komplizierter als vorher. Das Improvisationstalent von Schulleiter und Kollegen mußte ständig auf Hochtouren laufen. Zunächst war die Schule überfüllt von Ausgebombten aus Hamburg. Alle Lehrkräfte, sofern sie nicht selbst ausgebombt waren, halfen bei der Verpflegung und Weitervermittlung in Quartiere. Da viele der Ausgebombten in Bergedorf und Umgebung blieben, wuchs die Schülerzahl erheblich. Man rückte noch enger zusammen. Fliegeralarme bestimmten das Schulleben. Kamen die feindlichen Flugzeuge zwischen 24.00 und 6.00 Uhr, fing der Unterricht je nach Altersstufe eine oder zwei Stunden später an, vorausgesetzt, daß der Lehrer da war. Denn die Kollegen, die aus Hamburg kamen, mußten manchmal lange Fußmärsche machen, weil die Gleise durch Bomben zerstört waren. Und später, als die deutsche Flugabwehr zusammengebrochen war, mußten sie oft in Gräben neben den Gleisen Schutz vor Tieffliegerbeschuß suchen. Trotz dieser Störungen steuerte Herr Dr. Wulff ruhig und unbeirrt seinen Kurs, bemüht, den Schülerinnen trotz allem die bestmögliche Ausbildung mitzugeben. Bis zu den Sommerferien 1944 wurde noch relativ planmäßig unterrichtet: die Ausleseprüfungen für die 5. Klasse wurden vorschriftsmäßig durchgeführt, auch Reifeprüfungen abgehalten.“⁷

Die Festschrift der Luisenschule war voll des Lobes für den Krisenmanager Dr. August Wulff:

„Dr. Wulff war auch bemüht, den Kollegen den Arbeitsplatz in der Schule zu erhalten. Von Kriegsbeginn an waren die Lehrer zu außerschulischen Einsätzen herangezogen worden, z. B. zur monatlichen Ausgabe von Lebensmittelkarten. Als nach 1943 die Schüler beim morgendlichen Voralarm nach Hause geschickt wurden,

sollten die Kollegen den Stundenausfall durch Arbeit in kriegswichtigen Betrieben oder bei der Behörde wettmachen. Dr. Lucas hatte die rettende Idee: Heimarbeit in der Schule! Dr. Wulff berichtete darüber: „Durch Beziehungen eines Kollegen übertrug eine Hamburger Uniformfabrik der Luisenschule die Anfertigung von Uniformkragen. Eine Nähstube wurde eingerichtet, und wenn der Unterricht wegen Fliegergefahr abgebrochen werden mußte, dann machten sich die Kollegen – auch die Herren – an die Arbeit und nähten, bügelten und plätteten und bemühten sich, das vertraglich festgesetzte Pensum rechtzeitig zu erfüllen. Dabei ging es meistens recht lustig zu. Zweimal in der Woche brachten zwei Kollegen die fertige Arbeit zu dem Auftraggeber und holten neue Arbeit. Diese Heimarbeit wurde aufgrund eines Lohn- und Arbeitsbuches durchgeführt und bezahlt, aber der Erlös mußte an die Behörde abgeführt werden.“⁸



August Wulff, Schulleiter während des Krieges

August Wulff war bis zum Ende des Krieges für die Luisenschule verantwortlich. „Im Januar 1945 hörte dann für alle Luisenschülerinnen der Unterricht praktisch auf. Wegen Kohlenmangels mußte die Schule schließen. Die Schülerinnen holten und brachten nur noch täglich ihre Hausaufgaben. Anfang Februar wurden in den Bergedorfer Schulen Notlazarette eingerichtet. Das gesamte Gebäude der Luisenschule wurde zum Lazarett für 600 Verwundete. Jetzt sprangen die Eltern helfend ein, damit wenigstens die Jüngeren noch Unterricht bekamen. ‚Wie so oft in diesen Zeiten genügte ein Appell an die Eltern, und es stand alsbald genügend Raum in den der Schule benachbarten Villen zur Verfügung‘, schrieb Dr. Wulff. Außerdem wurde im Amtsgericht und in einer Gaststätte unterrichtet. Die älteren Schülerinnen wurden zum Kriegseinsatz herangezogen. Einige mussten täglich in einer am Ende der Rothenhauschaussee in zwei Baracken untergebrachten Wehrmachtküche arbeiten, in der für die Lazarette gekocht wurde.“⁹

August Wulff wurde im Januar 1945 noch zum Volkssturm herangezogen und machte dort bis zum 30.4.1945 Dienst.¹⁰

Die Suspendierung von August Wulff als Schulleiter erfolgte, obwohl er von seinem Kollegium an der Luisenschule am 20.7.1945 das Vertrauen ausgesprochen bekommen hatte: „Der Lehrkörper der Luisenschule Hamburg-Bergedorf hat Herrn Oberstudienrat Dr. A. Wulff seinen besten Dank ausgesprochen für die aufopfernde Tätigkeit als Schulleiter in schwierigster Zeit, durch die er das volle Vertrauen seiner Mitarbeiter erworben hat. Der Lehrkörper würde es sehr begrüßen wenn Herr Dr. Wulff der Luisenschule erhalten bliebe.“¹¹

Dieser Appell war erst einmal nicht erfolgreich, trug aber dazu bei, für August Wulff den Weg zur Wiedereinstellung im laufenden Entnazifizierungsverfahren zu ebnen.

Zunächst musste August Wulff begründen, warum er schon am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten war. Für die Britische Militärregierung war dies ein Entlassungsgrund. Wulffs Hauptargument fußte darauf, dass er bereits Ostern 1929, also in Zeiten der Weimarer Republik, „vom Elternrat und Lehrkörper einstimmig zum Leiter der Realschule Rothenburgsort gewählt worden war, an der ich seit Ostern 1919 als Fachlehrer für Französisch und Englisch tätig gewesen war. Die Leitung der Schule war bei der damaligen innerpolitischen Hochspannung durch die Zusammensetzung der Elternschaft in dem vorwiegend von Arbeitern und unteren Beamten bewohnten Stadtteil besonders schwierig; ich besaß jedoch das Vertrauen der Schulgemeinde in dem Maße, dass ich Ostern 1932 mit derselben Einstimmigkeit wieder gewählt wurde.“¹²

Und August Wulff konnte auch darauf verweisen, dass er nicht das völlige Vertrauen der NS-Schulverwaltung besessen hatte: „Im Oktober 1934 musste ich mein Amt als Schulleiter an ein altes Parteimitglied, das dem Lehrkörper angehörte, abtreten. Nur der mit allem Nachdruck durchgeführte Einspruch gegen diese von der gesamten Schulgemeinde als ungerecht empfundene Anordnung führte dazu, daß die Schulverwaltung meine Versetzung als Lehrer an die Oberschule für Jungen im Eppendorf in eine Überweisung als stellvertretender Leiter an die Oberschule für Mädchen am Lerchenfeld umwandelte. Als dann im Jahre 1938 die Bezeichnungen Oberstudienrat bzw. Oberstudiendirektor eingeführt wurden, erhielt auch ich automatisch die Bezeichnung Oberstudienrat.“¹³ August Wulff war zwischenzeitlich aber auch in die NSDAP und den NSLB eingetreten, worauf er in diesem Schreiben nicht einging. Er verfolgte hier noch die Strategie, den Kontrast zu Personen herzustellen, die eine stärkere Anbindung an den Nationalsozialismus hatten.

August Wulff musste die Zeit nach seiner Entfernung aus dem Schuldienst mit schwerer, körperlicher Arbeit überbrücken. „Ich bin zur Zeit auf Anweisung des Arbeitsamts bei der Hoch- und Tiefbaufirma Wieczorek in Altona/Bahrenfeld als Arbeiter beschäftigt.“¹⁴

Zu seiner Parteimitgliedschaft erklärte er. „Ich trat im Mai 1933 der Partei bei, blieb aber nur nominelles Mitglied und gehörte weder einer Gliederung an, noch bekleidete ich ein Amt. Militarist bin ich noch nie gewesen, im Ersten Weltkrieg wurde ich als Unteroffizier entlassen und stand seitdem mit dem Militär in keiner Verbindung mehr. Mein Eintritt in die Partei geschah vor allem im Vertrauen zu den sozialen Plänen und den Versprechungen, die allgemeine Arbeitslosigkeit einzudämmen, deren Schäden ich als damaliger Leiter der Realschule in Rothenburgs-

ort, dem Arbeiterviertel, besonders empfand. Ferner verließ ich mich auf die nicht nur einmal proklamierten friedlichen Richtlinien in der Außenpolitik. Als dann der erhoffte Volksstaat sich als Diktatur enthüllte, die freie Meinung unterdrückt und Grundsätze der Humanität verlassen wurden, bereute ich meinen Eintritt in die Partei und trieb nur mit Widerstreben mit. Ein Wiederaustritt aber hätte meine Berufsstellung gefährdet, und dazu war sie mir zu lieb.“¹⁵

August Wulff fand einen Fürsprecher in Oberschulrat Heinrich Schröder, der über einen sehr guten Überblick über den Bereich der höheren Schulen in Hamburg verfügte und eine wichtige Person im Entnazifizierungsprozess war. Schröder stellte fest:

„Dr. Wulff ist zwar im Mai 1933 in die Partei eingetreten, weil er wohl damals an die Propaganda geglaubt hat; er ist aber schon seit Jahren allen Antinationalsozialisten bekannt als zuverlässiger Gegner des Nationalsozialismus. Auch die Luisenschule in Bergedorf, deren Leiter er mehrere Jahre war, hat er keineswegs im nationalsozialistischen Geiste geführt. Schüler, Eltern und Lehrer wussten und spürten an seiner Amtsführung, dass Wulff kein Nationalsozialist war. Seine Beförderung zum Oberstudienrat ist nicht auf seine politische Haltung zurückzuführen sondern ausschließlich auf seine pädagogische Tüchtigkeit, auf Grund derer er bereits 1929 von seinem Kollegium einstimmig zum Schulleiter gewählt worden war. Der Einspruch Dr. Wulffs wird besonders dringlich befürwortet. Seine Wiedereinstellung als Studienrat würde die Wiedergutmachung eines Unrechts bedeuten.“¹⁶

Der Beratende Ausschuss für das höhere Schulwesen schloss sich diesem Gutachten am 15.7.1946 an: „Für alle Beobachter steht fest, dass seine Mitgliedschaft nur nominell war. Von allen wird sein Ausscheiden aus dem Amt aufrichtig bedauert. Eine weitere Tätigkeit als Studienrat wird dringend befürwortet.“¹⁷

Ab September 1946 unterrichtete August Wulff wieder als Studienrat an der Schule, an der er bis 1939 stellvertretender Schulleiter gewesen war, an der Oberschule für Mädchen am Lerchenfeld. Anschließend wurde er umgesetzt an die Albrecht-Thaer-Schule.¹⁸

Am 31.3.1949 stellte August Wulff den Antrag, wieder als Oberstudienrat mit der entsprechenden Besoldung beschäftigt zu werden.¹⁹

Der Beratende Ausschuss unterstützte dieses Anliegen und stellte fest: „Da inzwischen die Situation sich beachtlich geändert hat, erscheint es uns unbedingt nötig, ihn in die Kategorie V einzustufen. Wir bitten, die Meinung der Schulbehörde darüber einzuholen, ob eine Wiederzuerkennung des Ranges eines Oberstudienrats mit dem Stellenplan der Behörde verträglich ist.“²⁰

Und auch der von August Wulff angerufene Berufungsausschuss für die Ausschaltung von Nationalsozialisten unterstützte dieses am 17.9.1949 und stufte Wulff

in die Kategorie V ein mit dem Zusatz: „Einer späteren Beförderung in die Stellung eines Oberstudienrates stehen keine politischen Bedenken entgegen.“²¹

Zur Erklärung hatte der Berufungsausschuss festgestellt, dass er „in allen seinen bisherigen Entscheidungen die Besetzung der gehobenen Stellen im Schulwesen nur politisch besonders zuverlässigen Personen vorbehalten und grundsätzlich niemanden, der bereits 1933 der NSDAP beitrug, in einer solchen Stellung belassen“ hatte. „Von diesem Standpunkt ist der Berufungsausschuss auch in vorliegendem Falle nicht abgegangen. Da Dr. Wulff aber abgesehen von seinem frühen Beitritt zur NSDAP, politisch nicht erheblich belastet ist und nach den übereinstimmenden Gutachten sich nicht betont nationalsozialistisch geführt hat, bestanden keine Bedenken, ihn in die Kategorie V einzustufen und damit der Schulbehörde die Möglichkeit zu geben, ihn zu einem späteren Zeitpunkt wieder in seine alte Stellung zu befördern.“²² Die Zentralstelle für Berufungsausschüsse bestätigte dieses Votum am 17.9.1949.²³

Am 11.3.1952 wies August Wulff in einem Schreiben an das Sekretariat des Staatskommissars für die Entnazifizierung darauf hin, dass er bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht wieder zum Oberstudienrat befördert worden war. Er stellte erneut den Antrag „auf Wiedereinsetzung in meine frühere Stellung und Zuerkennung der entsprechenden Besoldung“, zumindest „für den Fall der Versetzung in den Ruhestand, das Ruhegehalt eines Oberstudienrats zuerkannt zu bekommen“.²⁴

Da von August Wulff keine Personalakte erhalten ist, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, ob dies vollzogen wurde. Aber in allen vergleichbaren Fällen, sogar bei stark belasteten Personen, wurde die Wiederherstellung ehemaliger Ämter mit den entsprechenden Besoldungen realisiert, gerade in den Zeiten, in denen in Hamburg von 1953 bis 1957 der Hamburg-Block regierte.

August Wulff wurde zum 1.4.1957 in den Ruhestand versetzt.²⁵

Er starb am 13.1.1975.²⁶

Anmerkungen

1 Entnazifizierungsakte August Wulff, StA HH, 221-11_Ed 4884

2 Ebd.

3 Ebd.

4 100 Jahre Luise-Gymnasium Bergedorf (1888–1988). Festschrift, Hamburg 1988, S. 139.

5 Ebd.

6 Festschrift 1988, a. a. O., S. 140.

7 Festschrift 1988, a. a. O., S. 140f.

8 Festschrift 1988, a. a. O., S. 141.

9 Festschrift 1988, a. a. O., S. 142

- 10 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 11 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 12 Schreiben von August Wulff an die Schulverwaltung vom 20.7.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 13 Ebd.
- 14 Schreiben Wulffs vom 28.6.1946 an den Berufungsausschuss, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 15 Ebd.
- 16 Gutachten vom 10.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 17 Der Ausschuss bestand aus den Personen: Heinrich Schröder, Johann Helbig und Willi Thede.
- 18 Entnazifizierungsakte a. a. O. und laut: Hamburgisches Lehrerverzeichnis 1953/54, hg. von der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens.
- 19 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 20 Schreiben vom 1.9.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 21 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 22 Ebd.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Hamburgisches Lehrerverzeichnis 1959/60, hg. von der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens.
- 26 Laut Auskunft des Amts für Zentrale Meldeangelegenheiten.

Alfred Aust

„Die Zeiten des bürgerlichen Philistertums, des engherzigen Klassenbewußtseins und des marxistischen Menschheitsbeglückungstraumes sind vorüber.“

Eine besondere Person im Hamburger Schulwesen war Alfred Aust. Ich hatte noch nicht mit meinen Forschungen über das Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz begonnen, als mir Alfred Aust 1981 einen launigen Text zuschickte, „Wie ich 1913 als Schulmeister nach Moorburg kam.“¹ Als verantwortlicher Redaktionsleiter der Hamburger Lehrerzeitung nahm ich diesen Text gerne an und druckte ihn in der HLZ ab. Es war nicht der erste Aufsatz von Alfred Aust in der HLZ. Das merkte ich etwas später, als ich seinen grässlichen Beitrag „Soldatentum und Schule“² aus dem Jahre 1937 las. Aust war ein ambitionierter Mann gewesen, der in der NS-Zeit Karriere als Schulleiter machte, in der Wehrmacht als ehemaliger Volksschullehrer bis zum Major befördert worden war und der mehrere Anträge stellte, in anderen Teilen Deutschlands, insbesondere im Osten zum Schulrat befördert zu werden. Nach dem Krieg gehörte er zu denen, die ihr Engagement für den Nationalsozialismus kleinredeten und auch wieder in den Schuldienst gelangten.

Alfred Aust wurde am 25.7.1892 in Hamburg als Sohn eines Polizeiwachtmeisters geboren. Er besuchte die Präparanden-Anstalt in Oldesloe bis 1910, um danach auf das Königliche Seminar in Tondern zu wechseln. Dort absolvierte er die erste Seminarprüfung am 3.1.1913.³ Seinen weiteren Weg beschrieb er in dem genannten HLZ-Beitrag: „Wie ich 1913 als Schulmeister nach Moorburg kam“.

„Meine Eltern wohnten in Hamburg. Die Bezahlung der Lehrer war dort auch besser als in Schleswig-Holstein. Als ich dann auch noch von Schleswig den Bescheid bekam, eine eingleisige Schule in einem Dorf bei Wilster zu betreuen, stand mein Entschluß fest: Du bleibst in Hamburg! Der Weg, einmal in die Stadt zu kommen, führte über die Landschule. Ich machte mich also auf den Weg zum Landeschulinspektor Hollburg, der seinen Sitz im Gebäude der Oberschulbehörde in der Dammtorstraße hatte. Lebenslauf und Zeugnis hatte ich mitgenommen. Nach einigen Minuten Wartezeit wurde ich hineingerufen. Natürlich klopfte mir das Herz bis zum Halse. Sollte doch jetzt die Entscheidung für mein zukünftiges Leben fallen. Am Schreibtisch saß ein älterer Herr mit ergrautem Haar und Vollbart und einer Brille auf der Nase. Seine Augen blickten freundlich und sein Gesicht flößte Vertrauen ein. Er bot mir einen Stuhl an. Ich nannte meinen Namen, setzte mich und erzählte auf seine Fragen nach meinem Begehren, meinen Wunsch in den Hamburger Schuldienst zu treten.“

„Sind Sie Tonderaner? Mm, gutes Seminar, tüchtige Lehrer!“ Das machte mir ein wenig Mut! „Haben sie Ihr Zeugnis mitgebracht? Wir stellen nur Leute ein, die mindestens mit ‚gut‘ abgeschnitten haben!“ Jetzt atmete ich erleichtert auf. Damit konnte ich dienen. Der Landschulinspektor Hollburg entfaltete die Papiere, überflog das Zeugnis, den Lebenslauf, nickte mit dem Kopf, räusperte sich und sagte: „Sie haben Glück. In Moorburg wird der Schulleiter Grothkopp pensioniert. Da brauche ich einen tüchtigen Nachfolger. Ne, ne nicht, daß Sie seine Stelle einnehmen sollen. Die Sporen müssen Sie sich erst verdienen. Wenn der Gemeinderat also mit Ihnen einverstanden ist – der muss Sie nämlich einstellen – habe ich nichts dagegen. Versuchen Sie Ihr Glück!“ Er schüttelte mir die Hand, und ich war entlassen.⁴

Alfred Aust fuhr nach Moorburg, fand den Gemeinderat und Schulleiter Grothkopp beim Skatspielen, im „Gasthaus Peter Flügel“. Die Botschaft seines Wunsches, in Moorburg als Lehrer zu arbeiten, war dort schon angekommen. Der Gemeinderat schien an den Zeugnissen nicht interessiert. Der Einstellungstest bestand aus drei Fragen auf Plattdeutsch: „Könt Se Skat spelen?“; „Könt Se denn ok'n Grog verdrägen?“; und: „Könt Se denn ok plattdütsch snacken?“ Da Alfred Aust alle drei Fragen mit ja beantworten konnte, war er eingestellt und gleich zu einem ersten Grog eingeladen.⁵

Am 22.5.1916 absolvierte Aust in Moorburg die zweite Lehrprüfung und wurde zum 1.4.1917 fest angestellt.⁶

Zwischenzeitlich war Alfred Aust als Soldat im Ersten Weltkrieg einberufen, kam in Abständen nach Moorburg zurück, um immer wieder in den Krieg zu ziehen. Am 30.11.1918 wurde Aust aus dem Heeresdienst entlassen und kehrte an die Schule zurück.⁷

Am 31.3.1930 schied Alfred Aust aus dem Moorburger Schuldienst aus und wechselte an die Schule Wittenkamp nach Hamburg, ein Jahr später an die Schule Schaudinnsweg.⁸

Über die Beweggründe Alfred Austs, aus dem Landschuldienst in die Stadt zu wechseln, ist nichts verbrieft. Es ist aber zu vermuten, dass Aust als ambitionierter Mann in diesen Zeiten an zentraler Stelle sein wollte.

Am 24.4.1933 trat Aust dem NSLB bei, Mitgliedsnummer 71 989.⁹

Im Juli 1933 wurde er Mitglied der SA, in der er seit dem 5.11.1933 als Schulungsreferent fungierte. Beide Daten sind bedeutsam, weil Alfred Aust und seine Rechtsanwälte später die NS-Zugehörigkeiten durchgehend falsch terminierten, um den Eindruck zu erwecken, dass seine Ernennung zum Schulleiter auf der Liste von Schulsenator Karl Witt vom 11.7.1933 nichts mit einem bewussten oder opportunistischen Beitritt in eine wichtige NS-Organisation zu tun hatten. Dabei war die SA-Zugehörigkeit seit Juli 1933 von Alfred Aust in dem Entnazifizierungsfragebo-



Sportfest 1934 an der Schule Amalie-Dietrichs-Weg (heute Lämmersieith), an der Alfred Aust seit 1933 als Schulleiter fungierte.

gen am 15.10.1945 selbst notiert worden.¹⁰ Und der Beginn seiner Schulungsreferenten-Funktion war auf seiner NSLB-Mitgliedskarte vermerkt.¹¹

Alfred Aust war seit dem 11.7.1933 Schulleiter der großen Volksschule Amalie-Dietrichs-Weg 2. Der Weg nach Hamburg hatte sich also schnell gelohnt.

Parallel dazu arbeitete Aust zielstrebig an seiner weiteren Karriere bei der Wehrmacht. Am 23.9.1935 hatte das Wehrbezirkskommando Hamburg II bei der Hamburger Schulverwaltung nach vertraulichen Auskünften über Alfred Aust angefragt. Der für Austs Schule zuständige Schulrat, Gustav Schmidt, antwortete:

„Herr Aust ist mir seit fünf Jahren als Lehrer und Schulleiter bekannt. Er ist ein ruhiger Mann von stetiger Bestimmtheit in seinem Tun; seine Anordnungen sind wohl überlegt und werden knapp gegeben. Er hat die Gabe, einen größeren Betrieb zu übersehen und zu ordnen. In dem Verkehr mit seinen Untergebenen ist er freundlich und entgegenkommend; doch wahrt er die Stellung des Vorgesetzten jederzeit. In seinem Wesen ist er aufrichtig, hat den Mut, gegenteilige Meinung zu äußern auch anzuhören. Er ist sich seiner Leistungen und Gaben bewusst und ehrgeizig. Seine Umgangsformen sind gemessen und höflich. In den Kreisen seiner Kollegen und der Elternschaft seiner Schule genießt er Ansehen, wenn nach einer anfänglichen Kühle seine Befähigung und sein Charakter durchgedrungen sind; er gewinnt nicht beim ersten Zusammentreffen. Aust bejaht den heutigen Staat durchaus; er setzt sich innerhalb seines Berufes stark für ihn ein. Er gehört der SA an.“¹²

Alfred Aust nahm regelmäßig an militärischen Übungen für Reserveoffiziere teil, mit erheblichen Dienstbefreiungen von der Schulleitungstätigkeit. So fehlte er

allein im Schuljahr 1936/37 deswegen an 99 Schultagen.¹³ Als er dann am 28.8.1939 zur Wehrmacht einberufen wurde, startete er als Oberleutnant und wurde im Laufe des Krieges zum Hauptmann und zum Major befördert, für einen Volksschullehrer eine bemerkenswerte militärische Karriere. Drei Jahre gehörte er zur Besatzungsmacht in Norwegen.¹⁴

Alfred Aust blieb aber auch beruflich ambitioniert. Am 23.12.1935 schrieb er an das Reichserziehungsministerium und bewarb sich auf eine mögliche Schulratsstelle in Preußen. OSR Albert Mansfeld teilte ihm darauf am 17.1.1936 mit, „daß in Preußen zur Zeit keine geeigneten Stellen im Schulaufsichtsdienst frei sind“ und wies Aust darauf hin, „daß derartige Gesuche stets auf dem vorgeschriebenen Dienstweg über die Landesunterrichtsbehörde einzureichen sind“.¹⁵

Später bewarb Alfred Aust sich noch zweimal auf Schulratsstellen außerhalb Hamburgs. 1941 wollte er Schulrat in Stettin werden¹⁶, am 19.8.1943 bemühte er sich um eine Schulratsstelle „im Warthegau oder in Ostpreußen“. Als Referenzen gab er an: „Meine Stellung zu Zeitfragen ist aus meiner Mitarbeit an der Lehrerzeitung hinreichend bekannt. Genauere Auskunft über meine Mitarbeit in der SA kann der Sturmführer des Sturmes 3/463, Lüdecke, erteilen.“¹⁷

Aust war zu diesem Zeitpunkt Hauptmann bei der Wehrmacht, seine Familie in Hamburg gerade ausgebombt, sicherlich auch eine Motivation, den Lebensmittelpunkt zu verlagern. Der Alfred Aust gewogene neue Schulrat in Wandsbek, Hugo Millahn, schrieb an Hauptmann Aust über dessen Feldpostnummer 16577:

„Die Schulverwaltung hat von Ihrer Bitte um eine Versetzung in den Warthegau bzw. Ostpreussen mit einer gleichzeitigen Beförderung zum Schulrat Kenntnis genommen. Sie bedauert Ihrem Wunsche nicht Rechnung tragen zu können, da nach dem Kriege unsere tüchtigsten Kräfte grade recht sind, um unseren Aufbau hier gewährleisten zu können. Ich verbinde mit dieser Mitteilung die besten Wünsche für Ihr weiteres Wohlergehen.“¹⁸ Vor der Weiterleitung an das Reichserziehungsministerium hatte Schulrat Fritz Köhne handschriftlich vermerkt, „daß Rektor Aust die Eignung für ein Schulratsamt besitzt“.¹⁹

Die „Stellung zu Zeitfragen“, die laut Aust durch seine „Mitarbeit an der Lehrerzeitung hinreichend bekannt“ sei, wie Aust es formulierte, bezog sich hauptsächlich auf einen HLZ-Artikel, der als Aufmacher für die Ausgabe 27/28-1937, am 3.7.1937 unter der Überschrift „Soldatentum und Schule“ erschienen war. Darin hatte Alfred Aust in der Tat belegt, welch glühender Nationalsozialist und Militarist er gewesen oder geworden war. Kurz zuvor, am 1.5.1937, war er auch Mitglied der NSDAP geworden.²⁰

Ich habe alle HLZ-Ausgaben der NS-Zeit gelesen und empfinde den Aust-Artikel als einen der schlimmsten, der wohl geeignet war, sich für höhere Aufgaben

im NS-Staat zu empfehlen. Um dieses zu belegen, seien einige Auszüge aus diesem Artikel wiedergeben:

„Die Zeiten des bürgerlichen Philistertums, des engherzigen Klassenbewußtseins und des marxistischen Menschheitsbeglückungstraumes sind vorüber. Wir stehen mitten im Kampf um das Lebensrecht und den Lebensraum des deutschen Volkes. Gewaltige Aufgaben sind uns gestellt, deren Lösung nicht ohne den deutschen Lehrer und Erzieher möglich ist. Wir leben in einer Zeit, die, wie der Krieg, die restlose Erfassung der deutschen Volkskraft, den vollen Einsatz eines jeden Volksgenossen und seine Ausrichtung auf ein Ziel erfordert. Was auch unter der nationalsozialistischen Regierung an gewaltigen Dingen geschaffen wurde, ob es galt, die Arbeitslosigkeit zu bannen, die Autostraßen zu bauen, dem Meere Land abzurufen, Moore zu kultivieren, den Vierjahresplan zu erfüllen, die Ernährung des Volkes sicherzustellen, die deutschen Grenzen zu schützen, die Ketten von Versailles abzuschütteln, immer war es Kampf und wieder Kampf; überall waren Widerstände zu überwinden, offene und versteckte, und vor jeder Tat stand groß das Wort: ‚Trotzdem!‘“²¹

Alfred Aust verfasste nicht nur einen Artikel, sondern eine Agitationsschrift, das Dokument einer echten Überzeugung:

„So fordert die heutige Zeit einen Menschen, den man den ‚soldatischen‘ Typ nennen könnte, einen nie ermüdenden Kämpfer und Streiter, einen Menschen voll Mut und Entschlossenheit, voll Härte und Widerstandskraft, voll Hingabe, Begeisterung und Zähigkeit, voll Kameradschaftsgeist und Opfersinn. Zu diesen Eigenschaften des ‚deutschen Menschen‘ muß noch ein gewaltiges Maß von Wissen und Können treten, wenn das Werk des Führers gelingen soll.“²²

Sicherlich gab Alfred Aust auch wieder, was er bei seinen militärischen Übungen, seinen Offiziersschulungen aufgenommen hatte, für die er im Schuljahr 1936/37 vom Dienst befreit worden war:

„Nicht umsonst wird es immer wieder in die Hirne gehämmert: Kampf! – Kampf der Hoffnungslosigkeit! – Kampf der Arbeitslosigkeit! – Kampf dem Hunger und der Kälte! – Kampf den Meckerern und Miesmachern! – Kampf gegen Versailles! – Kampf dem Judentum! – Kampf dem Verderb! usw. Man fordert damit die Haltung, die Hans Carossa mit den Worten zum Ausdruck bringt: ‚Man müßte Soldat bleiben, dürfte nie völlig abrüsten!‘ – Das ist der Mensch, der im Dritten Reich die Aufgaben lösen wird, der von uns Lehrern und Erziehern gebildet werden soll als die Generation, der wir Frontkämpfer und Kämpfer des Dritten Reiches das Erbe einmal weiterreichen.“²³ Und weiter:

„Soldatentum ist in der Armee entstanden. Von der Armee ging diese Kraft in das Beamtentum. Als das ganze Volk durch die Schule der Armee gehen mußte,

Hamburger Lehrerzeitung

Wochenschrift des Nationalsozialistischen Lehrerbundes Gau Hamburg

16. Jahrgang

Hamburg, Sonnabend, den 3. Juli 1937

Nummer 27/28

Soldatentum und Schule

Von Alfred Auß



Die Zeiten des bürgerlichen Philistertums, des engherzigen Klassenbewußtseins und des marxistischen Menschheitsbeglückungs-traumes sind vorüber. Wir stehen mitten im Kampf um das Lebensrecht und den Lebensraum des deutschen Volkes. Gewaltige Aufgaben sind uns gestellt, deren Lösung nicht ohne den deutschen Lehrer und Erzieher möglich ist. Wir leben in einer Zeit, die, wie der Krieg, die reiflose Ersaffung der deutschen Volkskraft, den vollen Einsatz eines jeden Volksgenossen und seine Ausrichtung auf ein Ziel erfordert. Was auch unter der nationalsozialistischen Regierung an gewaltigen Dingen geschaffen wurde, ob es galt, die Arbeitslosigkeit zu bannen, die Autotrafiken zu bauen, dem Meere Land abzurufen, Moore zu kultivieren, den Dierjahresplan zu erfüllen, die Ernährung des Volkes sicherzustellen, die deutschen Grenzen zu schützen, die Ketten von Versailles abzuschütteln, immer war es Kampf und wieder Kampf; überall waren Überstände zu überwinden, offene und verstopfte, und vor jeder Tat stand groß das Wort: „Großdem!“

So fordert die heutige Zeit einen Menschen, den man den „soldatischen“ Typ nennen könnte, einen nie ermüdenden Kämpfer und Streiter, einen Menschen voll Mut und Entschlossenheit, voll Härte und Widerstandskraft, voll Hingabe, Begeisterung und Zähigkeit, voll Kameradschaftsgeist und Opfer Sinn. Zu diesen Eigenschaften des „deutschen Menschen“ muß noch ein gewaltiges Maß von Wissen und Können treten, wenn das Werk des Führers gelingen soll. Der beste Charakter befähigt noch nicht zur Lösung einer einfachen Rechenaufgabe, geschweige denn zur Konstruktion eines Motors. Das größte Wissen und Können aber ist wertlos, wenn es nicht in den Dienst der Volksgemeinschaft gestellt wird. Sage keiner — auch von uns Schulleistern —: „Auf mich kommt es nicht an!“ Schon das Kind, das sein Butterbrot adios auf den Schulhof wirft, wo es zertrütert wird, der Lehrer, der in seiner Schullehrkraft sinnlos Material vergeuden läßt, gefährdet, zumindest erschwert den Erfolg des deutschen Wirtschaftskampfes um Ernährung und Rohstoffe.

Nicht umsonst wird es immer wieder in die Hirne gehämmert: Kampf! — Kampf der Hoffnungslosigkeit! — Kampf der Arbeitslosigkeit! — Kampf dem Hunger und der Kälte! — Kampf den Medekern und Miesmachern! — Kampf gegen Versailles! — Kampf dem Judentum! — Kampf dem Verderb! usw. Man fordert damit die Haltung, die Hans Carossa mit den Worten zum Ausdruck bringt: „Man müßte Soldat bleiben, dürfte nie völlig abrüsten!“ — Das ist der Mensch, der im Dritten Reich die Aufgaben lösen wird, der von uns Lehrern und Erziehern gebildet werden soll als die Generation, der wir Frontkämpfer und Kämpfer des Dritten Reiches das Erbe einmal weiterreichen.

„Man müßte Soldat bleiben!“ — Um es aber bleiben zu können, muß man es werden, muß man es sein. Dazu gehört ein gewisses Maß von innerer und äußerer Haltung. Man bezeichnet sie mit Soldatentum. Das Wort kann seinen Ursprung nicht verleugnen. Es ist edles Præzeptum, entstanden in der „Schule“ eines Soldatenkönigs und eines Friedrihs des Großen. Mit dem königlichen Wort: „Ich bin der erste Diener meines Staates!“ ist die Haltung eines jeden Staatsbürgers genügend gekennzeichnet. Ist der König verpflichtet, dem Ganzen zu dienen, um wieviel mehr jeder Bürger und Bauersmann! Der Diener hat in erster Linie

Pflichten. Rechte können ihm nur soweit zugesprochen werden, als sie dem Ganzen nicht schaden.

Soldatentum ist in der Armee entstanden. Von der Armee ging diese Kraft in das Beamtentum. Als das ganze Volk durch die Schule der Armee gehen mußte, wurde es zum Herrn der Welt. Es gab ihm die Energien, vier Jahre gegen eine Welt von Feinden standzuhalten, vier Jahre Opfer zu bringen, wie sie bisher von keinem Volke verlangt worden sind. Es gab ihm den Mut, mit den finstern Mächten der Zersetzung zu ringen und dem Nationalsozialismus zum Siege zu verhelfen. Die zwei Millionen Deutsche, die in aller Welt für die Idee „Deutschland“ starben, der Opfertod aller derer, die für die nationalsozialistische Bewegung ihr Leben ließen, offenbarte mit eindringlicher Klarheit, daß in den Herzen des schichtlosen Arbeiters und des einsichtigen Bauern noch die alte Kraft der nordischen Rasse lebendig war. Sie ist es auch heute, die den Gang des deutschen Seins und Werdens bestimmt. Es ist „der Mythos des Blutes und der Mythos der Seele, Rasse und Ich, Volk und Persönlichkeit, Blut und Ehre, allein, ganz allein und kompromißlos.“ (Rosenberg. Der Mythos S. 699.) Nur auf diesem Urgrund konnte das reine und stolze Soldatentum des deutschen Menschen wachsen.

Die harte Schule, die zum Soldatentum in erster Linie erzog, war nach 1918 nicht mehr vorhanden. Judentum und Freimaurertum, Marxismus und Bolschewismus taten ein übriges, um die letzten Reste zu beseitigen. Auch die Schule stellte sich in ihren Dienst. Aber der Urgrund der menschlichen Seele ist nicht zu ändern. Die Rettung des deutschen Blutes und der deutschen Seele durch den Führer mußte auch der Erziehung wieder den Weg zum Quell deutscher Kraft weisen.

Der Soldat des Weltkrieges und der „alte Kämpfer“ der nationalsozialistischen Bewegung haben es entschieden leichter, „Soldat zu sein“; denn sie sind durch die harte Schule der Taten und Wirklichkeiten hindurchgegangen. Aber nur ein Teil der Erzieherischeit hat dieses Plus für sich zu verbuchen; ein großer Prozentsatz hat sich erst aus der Hypnose „der Weltbekehrung, Humanität und Menschheitskultur“ befreien müssen, um mit ehelicher Übergangung an die Aufgaben im neuen Deutschland heranzutreten zu können. Dieser Prozeß der Lösung ist heute nahezu vollendet. Damit ist aber noch nicht überall die soldatische Haltung gewonnen, die für jeden Erzieher vorausgesetzt werden muß.

Was verstehen wir nun im engeren Sinne unter diesem Wort? Daß soldatische Haltung auch eine gewisse Straffheit rein äußerlich voraussetzt, ist selbstverständlich. Damit soll von keinem Lehrer verlangt werden, daß er vor seinem Leiter oder Schutrat die Hände zusammenreißt oder die Abzüge zusammen schlägt. Immerhin soll es selbstverständlich sein, daß er im Gespräch mit ihnen die Hände aus den Taschen nimmt, nicht sitzen bleibt, wenn sie stehen, ihnen nicht ins Wort fällt und an ihren Entscheidungen nicht herummekert. Das alles aber sind Dinge, die sich für einen künftigen Menschen von selbst verstehen. Wissen und wollen wir uns Erzieher doch darüber klar sein, daß unsere Schüler nur zu gute Beobachter sind, und daß jeder Außenstehende von der äußeren Haltung auf die innere schließt.

Das eigentliche Gepräge aber geben dem soldatischen Typ die stillen und stillen Kräfte. „Willenskraft, Wagemut und Härte,

wurde es zum Herren der Welt. Es gab ihm die Energien, vier Jahre gegen eine Welt von Feinden standzuhalten, vier Jahre Opfer zu bringen, wie sie bisher von keinem Volke verlangt worden sind. Es gab ihm den Mut, mit den finsternen Mächten der Zersetzung zu ringen und dem Nationalsozialismus zum Siege zu verhelfen. Die zwei Millionen Deutsche, die in aller Welt für die Idee ‚Deutschland‘ starben, der Opfertod aller derer, die für die nationalsozialistische Bewegung ihr Leben ließen, offenbarte mit eindringlicher Klarheit, daß in den Herzen des schlichtesten Arbeiters und des einfachsten Bauern noch die alte Kraft der nordischen Rasse lebendig war. Sie ist es auch heute, die den Gang des deutschen Seins und Werdens befruchtet. Es ist ‚der Mythos des Blutes und der Mythos der Seele, Rasse und Ich, Volk und Persönlichkeit, Blut und Ehre, allein, ganz allein und kompromißlos‘. (Rosenberg, Der Mythos, S. 699.) Nur auf diesem Urgrund konnte das reine und stolze Soldatentum des deutschen Menschen wachsen.“²⁴

Alfred Aust hatte ein klares Feindbild:

„Die harte Schule, die zum Soldatentum in erster Linie erzog, war nach 1918 nicht mehr vorhanden. Judentum und Freimaurertum, Marxismus und Bolschewismus taten ein übriges, um die letzten Reste zu beseitigen. Auch die Schule stellte sich in ihren Dienst. Aber der Urgrund der menschlichen Seele ist nicht zu ändern. Die Rettung des deutschen Blutes und der deutschen Seele durch den Führer mußte auch die Erziehung wieder den Weg zum Quell deutscher Kraft weisen.

Der Soldat des Weltkrieges und der ‚alte Kämpfer‘ der nationalsozialistischen Bewegung haben es entschieden leichter, ‚Soldat zu sein‘; denn sie sind durch die harte Schule der Tatsachen und Wirklichkeiten hindurchgegangen. Aber nur ein Teil der Erziehschaft hat dieses Plus für sich zu verbuchen; ein großer Prozentsatz hat sich erst aus der Hypnose ‚der Weltbekehrung, Humanität und Menschheitskultur‘ befreien müssen, um mit ehrlicher Überzeugung an die Aufgaben im neuen Deutschland herantreten zu können. Dieser Prozeß der Lösung ist heute nahezu vollendet. Damit ist aber noch nicht überall die soldatische Haltung gewonnen, die für jeden Erzieher vorausgesetzt werden muß.“²⁵

Was genau verstand nun Alfred Aust unter Soldatentum in der Schule, wie sollte es sich äußern?

„Daß soldatische Haltung auch eine gewisse Straffreiheit rein äußerlich voraussetzt, ist selbstverständlich. Damit soll von keinem Lehrer verlangt werden, daß er vor seinem Leiter oder Schulrat die Knochen zusammenreißt oder die Absätze zusammenschlägt. Immerhin soll es selbstverständlich sein, daß er im Gespräch mit ihnen die Hände aus den Taschen nimmt, nicht sitzen bleibt, wenn sie stehen, ihnen nicht ins Wort fällt und an ihren Entscheidungen nicht herummeckert. Das alles aber sind Dinge, die sich für einen höflichen Menschen von selbst verstehen.

Das eigentliche Gepräge aber geben dem soldatischen Typ die sittlichen und seelischen Kräfte. ‚Wissenskraft, Wagemut und Härte, Pflichtbewußtsein, Ehrgefühl und Bescheidenheit‘ sind charakteristische Eigenschaften des Menschen, den wir brauchen. Dazu kommen ‚Pünktlichkeit, Genauigkeit, Straffheit und gegenseitiges Vertrauen‘, auch zwischen Lehrern und Schülern. Es ist die sicherste Grundlage aller Zusammenarbeit und Schulzucht. Der Lehrer muss lernen, ‚sie als selbstverständliche Notwendigkeit zu empfinden‘. Kameradschaft ist das Band, das den Lehrkörper in allen Lagen fest zusammenhält. ‚Weichheit in der Führung schadet immer. Verantwortungsfreudigkeit ist die vornehmste Führereigenschaft. Sie darf nicht zu eigenmächtigen Entscheidungen ohne Rücksicht auf das Ganze führen.“²⁶

Alfred Aust bezog sich hierbei fast wörtlich auf die „Leitsätze über die militärische Erziehung“, „die der Oberbefehlshaber des Heeres, Freiherr von Fritsch, der neuen Ausbildungsvorschrift für die Infanterie vorangestellt hat.“²⁷ Und Aust zitierte auch immer wieder Adolf Hitlers

„Mein Kampf“, der geschrieben hatte: „Die letzte und höchste Schule vaterländische Erziehung – das Heer.“ (‚Mein Kampf‘, S. 459.)²⁸

Trotz dieser so unmissverständlichen Ausführungen behaupteten Alfred Aust und seine Rechtsanwälte später, Aust sei weder Nationalsozialist noch Militarist gewesen.

Alle seine Bewerbungen um Schulratsfunktionen blieben erfolgreich. Er zog am 28.8.1939 in den Krieg, wurde zum Hauptmann und Kompanieführer und am 1.4.1944 zum Major befördert.²⁹

Am 10.9.1945 wurde Alfred Aust aus der Wehrmacht entlassen und verblieb noch bis Oktober in britischer Gefangenschaft.³⁰

Der wieder eingestellte Schulrat Gustav Schmidt hatte am 25.6.1945 eine Aktennotiz zum Rektor Alfred Aust erstellt: „Es bestehen Bedenken gegen die Wiederaufnahme der Schulleitung bei seiner Rückkehr.“³¹

Das konnte Aust nicht wissen, als er am 12.9.1945 aus Heide, wo er bei Bekannten wohnte, da er in Hamburg ausgebombt war, an die Hamburger Schulverwaltung schrieb: „Ich war bis zum Kriegsausbruch Rektor der Schule Amalie-Dietrichs-Weg in Barmbek-Nord und möchte in den Hamburger Schuldienst zurückkehren. Da ich aber im Sperrgebiet wohne, ist es notwendig, mir eine Bescheinigung auszustellen, daß meine Anwesenheit in Hamburg dringend erwünscht und notwendig sei, damit ich von der englischen Dienststelle einen Passierschein erhalte.“³²

Gustav Schmidt stellte ihm diese Bescheinigung aus und schrieb im Begleitbrief: „Ich freue mich, von Ihnen endlich ein Lebenszeichen bekommen zu haben.



Alfred Aust, 1937

Hoffentlich können Sie bald bei mir vorsprechen und wieder in der Schule weiterarbeiten.“³³

Nach dem Gespräch lagen offenbar für Gustav Schmidt neue Erkenntnisse vor. In einer Aktennotiz vom 12.10.1945 hielt er fest: „Der Rektor Alfred Aust von der Schule Amalie-Dietrichs-Weg meldete sich von der Wehrmacht zurück. Auf Befragen erklärt er, dass er am 1. Mai 1937 der NSDAP beigetreten sei, Mitglied der SA gewesen sei und dort den Rang eines Scharführers gehabt habe. Ich eröffnete ihm, dass er deswegen nicht wieder als Rektor eingesetzt werden könne und versetzte ihn als Lehrer an die Schule Alsterdorferstraße 39.“³⁴

Senator Landahl vermerkte auf der Aktennotiz: „Fragebogen anfordern und an Militärregierung einreichen.“³⁵

Alfred Aust reichte den Entnazifizierungsfragebogen ausgefüllt am 15.10.1945 ein und wurde daraufhin auf Anordnung der Britischen Militärregierung vom 29.10.1945 mit sofortiger Wirkung aus dem Beamtenverhältnis entlassen.³⁶

Aust legte Widerspruch gegen die Entlassung ein und bat am 2.7.1946 „um Wiedereinstellung oder Pensionierung“. Offenbar noch ohne anwaltliche Unterstützung gab er eine Erklärung ab, die in wichtigen Punkten nicht den Tatsachen entsprach. So schrieb er: „Mein Amt als Rektor erhielt ich, bevor ich Angehöriger der SA und Mitglied der Partei wurde. Irgendwelche Vorteile habe ich durch meine Zugehörigkeit zu den genannten Organisationen nie gehabt noch erstrebt.“³⁷ Er behauptete jetzt, „im Winter 1933/34 trat ich in die SA ein“ und gab als Begründung drei Argumente an: „Weil die militärische Kameradschaft, der ich damals angehörte, zum geschlossenen Eintritt aufforderte; um Schwierigkeiten beim Nachweis meiner arischen Abstammung zu überbrücken (Großmutter hieß – Salomon –); um meine Rechte als Hausherr in den Räumen meiner Schule gegen SA und HJ besser vertreten zu können“.³⁸

Das war nun wirklich unverfroren, hatte Alfred Aust in seinem Fragebogen vom 15.10.1945 noch selbst angegeben, im Juli 1933 der SA beigetreten zu sein, eindeutig im Zusammenhang mit seiner Schulleiterbestellung.

Seinen Beitritt zur NSDAP am 1.5.1937 erklärte er damit, „weil ich den Nationalsozialismus als Theorie mit Ausnahme des Rassedankens in seiner Zielsetzung anerkannte. Für mich war Nationalsozialismus soziale Tat und nationale Sammlung. In einer starken Wehrmacht sah ich den Garanten des Friedens, wie es heute auch von den alliierten Staatsmännern in Bezug auf ihre Armeen betont wird. Gab doch auch Hitler in all seinen Reden seinem Willen zum Frieden Ausdruck.“³⁹

Zu seiner Militärkarriere schrieb Aust:

„Ich war Soldat während zweier Weltkriege (1914–18 und 1939–45) weil es von mir gefordert wurde. Schon im ersten Weltkrieg erkannte ich, daß gewaltsame

Auseinandersetzungen zwischen den Völkern über Sieger und Besiegte gleiches Leid und Unglück häufen und Kulturnationen eigentlich andere Wege beschreiten müßten, um zu einem Ausgleich zu kommen. Ich war daher stets ein Freund Stresemannscher Friedenspolitik und hielt ihm bei seinem Tode eine offizielle Gedächtnisrede in der Hamburger Gemeinde Moorburg.⁴⁴⁰

Man lese in diesem Zusammenhang noch einmal den HLZ-Artikel „Soldatentum und Schule“. Dieser dürfte den Mitgliedern des Entnazifizierungsausschusses noch präsent gewesen sein. Am 29.8.1946 erhielt Alfred Aust die Mitteilung, dass die Militärregierung die gegen seine Entlassung eingereichte Berufung verworfen habe. In der Empfehlung für diese Ablehnung hieß es am 7.8.1946: „Laut Erklärung der Schulverwaltung soll er ziemlich aktiver Nazi gewesen sein. Er selbst erklärt, noch 1937 aus Überzeugung der Partei beigetreten zu sein. In der Wehrmacht hat er es bis zum Major gebracht, außerdem fällt auf, daß er sehr schnell nach der Machtübernahme zum Rektor befördert wurde. Bei dieser erheblichen Belastung können die beigebrachten Atteste nicht zur Entlastung ausreichen. Auch für die Bewilligung einer Pension liegen nicht genügend positive Umstände vor.“⁴⁴¹

Um die materielle Existenz von sich, seiner Frau und zwei Töchtern zu sichern, musste Alfred Aust seit dem 12.12.1945 als Bauhilfsarbeiter „Steine klopfen“ wie er schrieb. Später wies ihm das Arbeitsamt eine Stelle als Nachtwächter zu.⁴⁴²

Es war Alfred Aust und seinen Rechtsanwälten gelungen, Leumundszeugnisse einzureichen von Personen, die im Hamburger Schulwesen einen guten Ruf hatten. So etwa von Dr. Julius Gebhardt, einem der reformpädagogischen Hamburger Erziehungswissenschaftler, der am 17.7.1947 geschrieben hatte:

„Nach meiner Entlassung von der Universität und Zurückversetzung in den Volksschuldienst wurde Herr Aust mein Schulleiter. Er hat alles getan, um mir die schwierige Lage zu erleichtern, und mich niemals gedrängt, meine Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus aufzugeben. Er hat auch nie in seinen Reden oder Gesprächen nationalsozialistische Forderungen aufdringlich hervorgehoben oder Schüler und Lehrer in diesem Sinne zu beeinflussen versucht. Vielmehr weiß ich, daß er sich für politisch gefährdete Kollegen mit Erfolg eingesetzt hat. Somit gewinne ich den Eindruck, daß er auch in Zukunft in demokratischer Duldsamkeit und Gesinnung sein Amt führen wird, und wünsche ihm von Herzen, daß seine Berufung Erfolg haben möge.“⁴⁴³

Julius Gebhardt besaß ein gewisses Renommee in der Hamburger Lehrerschaft, gut möglich, dass Alfred Aust solchen Personen mit Respekt begegnete und sich in gewisser Weise geehrt fühlte, ihn als Lehrer an seiner Schule zu haben.

Als extrem unangenehm empfinde ich einen Persilschein, den ein anderes ehemaliges SA-Mitglied, Prof. Dr. Walther Niekerken, am 12.12.1948 schrieb, als er

selbst, für mich völlig unverständlicher Weise, schon wieder Professor am Germanischen Seminar der Universität Hamburg war. In deutlicher Kumpanei wurden Tatsachen verfälscht und zurechtgebogen. Auch Niekerken war NSLB-Mitglied gewesen und hatte sicherlich auch den erwähnten HLZ-Artikel von Alfred Aust gelesen. Er war selbst entnazifiziert worden, weil er seine SA-Zugehörigkeit als Zwangsmitgliedschaft bezeichnet hatte. Und so argumentierte er auch für seinen Freund, den Kameraden Alfred Aust, mit dem Renommee eines wieder zugelassenen Universitätsprofessors:

„Herr Alfred Aust ist mir aus den letzten Jahren vor dem Kriege durch gemeinsame, aufgedrängte Mitgliedschaft in der SA-Reserve und in seiner Eigenschaft als Schulleiter bekannt geworden. Ich habe ihn als Kameraden, Kollegen und Menschen hoch schätzen gelernt. Er war als Reserve-Offizier des 1. Weltkrieges zum Scharführer ernannt worden und kassierte die Mitgliedsbeiträge und Umlagen in unserer Schar. Eine selbständige Tätigkeit im Rahmen des Dienstes kam ihm nicht zu. Am Außendienst nahm er, da ihm genauso wie mir die Zeit dazu fehlte, nur selten teil. Auch er sah im SA-Dienst ein notwendiges Übel, um von Ämtern in der NSDAP verschont zu bleiben.

Ich habe während der ganzen Zeit aus dem Munde von Herrn Aust nie ein Wort der Propaganda für den Nationalsozialismus gehört, dagegen im engeren Kreise oft seine harte Kritik an Personen und Handlungen der Partei und SA. Bei all seiner Freude an zuchtvollem soldatischen Wesen hätte nicht einmal ein politischer Gegner in Herrn Aust einen Militaristen vermuten können. Dagegen sprach sein zurückhaltendes, feinsinniges, freundliches, stets hilfsbereites Wesen. Seine ideale Einstellung und die Lauterkeit seiner Gesinnung stehen für mich außer allem Zweifel.“⁴⁴

Der Beratende Ausschuss des Kreises 4, dem auch der von den Nationalsozialisten abgesetzte ehemalige Wandsbeker Schulleiter Friedrich Gosau angehörte, kam nach einer Vernehmung von Alfred Aust zu einem ganz anderen Ergebnis:

„Die beigebrachten zum Teil guten Leumundszeugnisse werden entkräftet durch Zeugenberichte und -aussagen. Sein persönlicher Eindruck war der denkbar schlechteste. Nur sehr widerstrebend und wenn es nicht mehr anders ging, gab er zu, sich zweimal um Schulratsposten beworben zu haben. Auf eine dritte Bewerbung vom 12.9.1943 um ein Schulratsamt im Warthegau (siehe Personalakte) wußte er sich überhaupt nicht mehr zu besinnen. Wie hoch er im Ansehen bei der NSDAP stand, geht aus der Begründung zur Ablehnung dieses letzten Gesuchs durch den ehemaligen Schulrat Millahn hervor. Während Aust dem ‚Beratenden Ausschuss‘ gegenüber seine Zugehörigkeit zur SA zu bagatellisieren sucht, weist er in einem Bewerbungsschreiben auf seine Mitarbeit in der SA hin. In seiner Schule

sah er sich nicht als Schulleiter, sondern (nach seinen eigenen Worten) als Schulführer. Nach Zeugenaussagen hat er wiederholt seine Kollegen im nationalsozialistischen und militaristischen Sinn unter Druck gesetzt. Der Beratende Ausschuss lehnt es ab, die Wiedereinstellung von Herrn Aust zu befürworten.⁴⁵

Da hatte mal ein Beratender Ausschuss sehr gründlich die Personalakte studiert und von sich aus Recherchen durchgeführt. Im Gegensatz dazu agierte der Berufungsausschuss unter Vorsitz von Rechtsanwalt Soll, der in etlichen Berufungsausschüssen den Vorsitz führte und offensichtlich mit den Beisitzern Rabe und Birr ganz wesentliche Daten nicht geprüft hatte, vielleicht auch durch die Vielzahl der Verfahren überfordert war. Dieser Ausschuss kam zu dem Ergebnis, der Berufung gegen die Entlassung zuzustimmen und Alfred Aust wieder als Lehrer im Schuldienst zu bestätigen. In der Begründung schrieb der Berufungsausschuss, dass Aust im Juli 1933 als Schulleiter eingesetzt und zum Rektor ernannt wurde und „erst im Jahre 1934 der SA beigetreten“ war. Genau das hatten die Rechtsanwälte von Alfred Aust wahrheitswidrig behauptet.⁴⁶ Der Berufungsausschuss fokussierte sich auf die positiven Leumundszeugnisse und neutralisierte damit die Aussagen eines ehemaligen Lehrers der von Aust geleiteten Schule Amalie-Dietrichs-Weg, der seinen ehemaligen Schulleiter negativ geschildert hatte. Richard Jürgens gehörte zu den wenigen Lehrern, die überhaupt Bereitschaft zeigten, sich in Entnazifizierungsverfahren nach 1945 kritisch gegenüber ihren ehemaligen nationalsozialistischen Vorgesetzten zu äußern. Seine Beschreibung der Schulleitertätigkeit von Alfred Aust beruhte auf Beobachtungen von 1938 bis zu Austs Einberufung zur Wehrmacht und „gelegentlichen Urlaubsbesuchen während des Krieges“. Jürgens schrieb:

„Ob er Nationalsozialist war aus Überzeugung oder um etwas zu werden, kann ich nicht beurteilen, doch entsprach seine Amtsführung den Anforderungen des Dritten Reiches. So hielt er sämtliche Reden bei politischen Schulfeierlichkeiten selbst, während er für andere Feierlichkeiten (Muttertag) Mitglieder des Kollegiums als Redner bestellte. Er leitete die Schule im autokratischen Sinne, so dass in vielen Fällen Anregungen der Konferenz nicht beachtet wurden. Während des Krieges schrieb er oder äußerte sich anlässlich eines Urlaubsaufenthaltes: „Es ist so leicht, Soldaten zu führen und so schwer, mit Kollegen fertig zu werden.“ Als er dem Kollegen Weise Anordnungen erteilte und dieser Bedenken äußerte, erwiderte er ihm: „Dann kann ich sie nicht gebrauchen.“⁴⁷

Alfred Aust wurde in Kategorie V (Entlasteter) eingeordnet und startete seinen Dienst am 29.1.1949 an der Volksschule Ratsmühlendamm. Im Jahr 1954 wurde er an die Schule Eschenweg umgesetzt.

Der Leitende Ausschuss zum Abschluss der Entnazifizierung hatte Aust mitgeteilt, dass er die Bezeichnung Rektor wieder verwenden dürfe.

Die weiteren Berufsjahre stritt Alfred Aust darüber, auch die entsprechenden Dienstbezüge eines Direktors gewährt zu bekommen. Es gelang ihm aber bis zu seiner Pensionierung am 11.9.1957 nicht.⁴⁸

Nach seiner Pensionierung arbeitete Alfred Aust mit einem Lehrauftrag weiter an der Schule Eschenweg, war dann ab dem 1.3.1959 stundenweise bei der Heeresstandortverwaltung beschäftigt und noch von 1959 bis 1966 an der Bundeswehrfachschule.⁴⁹

Zu seinem 70. Geburtstag gratulierte ihm Landesschulrat Ernst Matthewes: „Über ihre dienstlichen Verpflichtungen hinaus haben Sie mit Ihren reichen Kenntnissen und Erfahrungen Männern und Frauen in Kursen der Volkshochschule und des Arbeitslosen-Bildungswerks helfen können. Wie ich höre, sind Sie auch heute noch – wieder bei bester Gesundheit – an der Heeresfachschule tätig.“⁵⁰ Alfred Aust antwortete am 29.8.1962 und es wurde deutlich, dass bei ihm nach wie vor eine Verbitterung bestand, weil er weder wieder in eine leitende Funktion berufen worden war noch seine alte Besoldung zugesprochen bekommen hatte. Er schrieb als Rektor a. D. und blickte auf seine Vergangenheit in mildem Licht: „Leider kommt bei jeder offiziellen Anerkennung meiner Arbeit als Lehrer und Erzieher unserer Hamburger Jugend das bittere Gefühl in mir hoch, daß der Hamburger Staat als ‚Arbeitgeber‘ nicht sehr fair an mir gehandelt hat. Nicht nur, daß ich nach Rückkehr aus der Gefangenschaft vier Jahre aus dem Amt entfernt wurde, weil ich Stabsoffizier und PG von 1937 gewesen war, sondern auch meine Rektorzulage wurde mir wenige Monate vor meiner Pensionierung genommen.“⁵¹

In einem späteren Schreiben an die Personalverwaltung der Schulbehörde ersuchte nochmals um die Gewährung einer „mir auf Lebenszeit zugesprochenen, funktionsfähigen Zulage als Rektor“.⁵² Hier brachte er die Probleme seiner Wiedereinstellung nach 1945 auf einen noch verkürzteren Nenner: „Ich wurde nach Rückkehr aus der Gefangenschaft nicht wieder in mein Amt als Rektor eingesetzt. (Hauptgrund: Ich war Stabsoffizier gewesen und damit für ein leitendes Amt im Schuldienst nicht tragbar.)“⁵³

Eine solche Argumentation musste natürlich Unverständnis und Solidarität mit einem ungerecht behandelten ehemaligen Wehrmachtsoffizier, der auch noch in Gefangenschaft geraten war, hervorrufen. Dass die Stabsoffizierstätigkeit überhaupt nicht der Grund für die Entlassung von Alfred Aust gewesen war und „Gefangenschaft“ nicht Sibirien, sondern etwa einen Monat englische Überprüfung von gerade entlassenen Wehrmachtsoffizieren in Norwegen bedeutete, wussten die Adressaten des Geschichtenerzählers Alfred Aust nicht. In diesem konkreten Fall war es übrigens so, dass Alfred Aust ab dem 1.2.1963 wieder eine ruhegehaltsfähige Zulage von 135 DM auf seine Pension gewährt wurde. Aust hatte angefragt:

„Darf ich um eine Mitteilung bitten, ob auch wir ‚abgesägten‘ Rektoren aufgrund der ‚Harmonisierung‘ nun endlich wieder zu unserem Recht kommen werden, oder gilt diese Neuordnung nur für die Flüchtlings-Schulleiter, die nach dem Kriege in Hamburg eingestellt worden sind?“⁵⁴

Nachdem Landesschulrat Ernst Matthewes ihm zum 75. Geburtstag gratuliert hatte, dankte ihm Aust und wies auf seine schriftstellerischen Aktivitäten hin. So hatte er von der Landesbildstelle den Auftrag erhalten, ein Begleitheft zur Lichtbildserie „Hamburger Bürgerbewaffnung“ zu erstellen. Und er bat den Landesschulrat um Unterstützung für ein anderes Projekt: „Sorge macht mir ein druckreifes Manuskript einer jahrelangen Arbeit ‚Frauen um den Freiherrn Caspar von Voght‘, das vom Christians-Verlag als recht gut bezeichnet worden ist und gedruckt werden soll, wenn irgend eine Institution oder ein Mäzen das Risiko der Drucklegung mittragen würde. Voght war befreundet mit Madame de Stael und Madame Recarnier. Der Briefwechsel ist noch nie ausgewertet worden. Ob die Schulbehörde einen Fonds für derartige Zwecke besitzt?“⁵⁵

Alfred Aust erhielt eine Antwort von dem ihm bekannten Schulrat Jürgen Schmidt: „Zwar haben wir einen Fonds für Veröffentlichungen, doch leider reicht er kaum aus, um die notwendigsten Informationen in die Öffentlichkeit zu tragen. Obgleich dem so ist, sinne ich, wie Ihnen zu helfen wäre. Vielleicht versuchen Sie einmal, sich mit Herrn Senator a. D. Heinrich Landahl brieflich in Verbindung zu setzen. Ich weiß, daß er in der Stiftung F.V.S. Hamburg 1, Ballindamm 6, bei Herrn Toepfer fast täglich ehrenamtlich tätig ist. Zu vermuten ist, daß Herr Toepfer, der alljährlich viel Geld für gemeinnützige Zwecke opfert, unter Umständen hier helfen könnte. Da unser alter, immer noch jugendlicher Senator von jeher kulturelle Ambitionen hat, wäre er wohl der gegebene Verbindungsmann zu Herrn Toepfer.“⁵⁶ Und so war es dann auch, das durchaus lesenswerte Büchlein konnte 1971 unter dem Titel „Mir ward ein schönes Los“ im Christians-Verlag gedruckt werden. Alfred Aust war bekanntlich ein guter Geschichtenerzähler.

Zu Beginn habe ich schon darauf hingewiesen, dass ich selbst als Redaktionsleiter der Hamburger Lehrerzeitung 1981 von ihm einen Beitrag zugeschickt bekam, in dem er den Beginn seiner Lehrertätigkeit in Moorburg anschaulich und launig beschrieb. Es ist durchaus denkbar und nachvollziehbar, dass Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen unterschiedlich auftreten und sich profilieren. Das nimmt ihnen aber nicht die Bürde ab, die sie für Taten, Schriften und Handlungen zu verantworten haben.

Nach dem Krieg, nach Ende der Naziherrschaft, oder, wie es häufig ausgedrückt wurde, „nach der Katastrophe“, schienen manche Personen wie ausgewechselt. Der Pressechef und Werbeleiter eines Filmverleihs in Hamburg mit Sitz in

der Rothenbaumchaussee, Hermann M. Mertens, der Alfred Aust nach dem Krieg als Mitarbeiter in kulturellen Projekten kennengelernt hatte, schrieb am 2.1.1949:

„Ich habe Herrn Aust als einen Menschen von ernster und idealer Lebensauffassung, von großer Herzengüte und starkem Wollen kennengelernt. Trotzdem ihn seine wirtschaftliche Lage und die Not der Zeit schwer bedrückten, war er niemals von jenem Pessimismus erfüllt, der den meisten Menschen, die Hausstand, Vermögen, Wohnung und Beruf verloren haben, anhaftet. Die Zeit der schweren körperlichen Arbeit und des geringen Verdienstes als Steineklopfer, Nachtwächter und Lagerarbeiter haben sein soziales Empfinden nur vertieft und die Einsicht in die schweren Fehler des Nationalsozialismus seine demokratische Überzeugung verstärkt und gefestigt. Ich kann mir nicht denken, daß ein Mensch von so tiefem Gefühl für Anständigkeit, Menschlichkeit und Gerechtigkeit, der 1933 für bedrohte Kollegen(innen) vorbehaltlos eintrat und sie in jeder Weise unterstützte, Aktivist der NSDAP oder gar im militaristischen Denken gefangen gewesen sein soll. Das müßte der ganzen Charakteranlage des Herrn Aust widersprechen.“⁵⁷

Vielleicht können „Charakteranlagen“ in verschiedenen Zeiten auch divergente Ausprägungen zeigen. Den Aufsatz „Soldatentum und Schule“ hatte Alfred Aust acht Jahre vor Ende des Krieges veröffentlicht.

Alfred Aust starb am 2.1.1982.⁵⁸

Anmerkungen

- 1 Alfred Aust: Wie ich 1913 als Schulmeister nach Moorburg kam, HLZ 6/1981, S. 24f. In seinem Anschreiben hatte Alfred Aust auf sein Alter hingewiesen, 88 Jahre und bemerkt: „Heute ist die HLZ von tierischem Ernst und beschäftigt sich nur mit Themen, die unter den Nägeln brennen. Ob die Mehrheit der Kollegen weiß, wie man am Anfang dieses Jahrhunderts ins Amt kam?“ Die Kollegen wussten so manches nicht, auch nicht, was zwischen 1933 und 1945 im Hamburger Schulwesen so alles passierte. Dieser Beitrag wurde später, mit unserem Einverständnis, auch gedruckt in dem Buch: Schulerinnerungen aus Hamburg, Husum 1988, S. 88ff.
- 2 Alfred Aust: Soldatentum und Schule, HLZ 27/28-1937, S. 293f.
- 3 Personalakte Alfred Aust, StA HH, 361-3_A 2499
- 4 Alfred Aust 1988, a. a. O., S. 98.
- 5 Alfred Aust 1988, a. a. O., S. 100.
- 6 Personalakte a. a. O.
- 7 Personalakte a. a. O.
- 8 Personalakte a. a. O.
- 9 NSLB- Mitgliedskarte Aust, BArch 3300_A 0006, Bl. 1650
- 10 Entnazifizierungsakte Alfred Aust, StA HH, 221-11_Ed 7990
- 11 BArch 3300_A 0006, Bl. 1650
- 12 Schreiben an das Wehrbezirkskommando vom 10.10.1935, Personalakte a. a. O.
- 13 Laut Versäumnisbögen in der Personalakte, a. a. O.
- 14 Personalakte a. a. O.

- 15 Personalakte a. a. O.
- 16 Personalakte a. a. O.
- 17 Schreiben vom 19.8.1943, Personalakte a. a. O.
- 18 Schreiben vom 23.11.1943, Personalakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Hugo Millahn in diesem Band.
- 19 Vermerk vom 12.9.1943, Personalakte a. a. O.
- 20 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 21 Alfred Aust: Soldatentum und Schule, HLZ 27/28-1937, S. 293.
- 22 Ebd.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Ebd.
- 26 Alfred Aust: Soldatentum und Schule, HLZ 27/28-1937, S. 293 f.
- 27 Alfred Aust: Soldatentum und Schule, HLZ 27/28-1937, S. 294.
- 28 Ebd.
- 29 Militärarchiv Freiburg, Pers 6/194465
- 30 Personalakte a. a. O.
- 31 Personalakte a. a. O.
- 32 Schreiben vom 12.9.1945, Personalakte a. a. O.
- 33 Schreiben vom 24.9.1945, Personalakte a. a. O.
- 34 Personalakte a. a. O.
- 35 Ebd.
- 36 Schreiben vom 7.11.1945, unterzeichnet von Senator Landahl, Personalakte a. a. O.
- 37 Schreiben vom 2.7.1946, Personalakte a. a. O.
- 38 Ebd.
- 39 Ebd.
- 40 Ebd.
- 41 Empfehlung vom 7.8.1946, Personalakte a. a. O. Die später von Aust hinzugezogenen Rechtsanwälte behaupteten, diese Empfehlung sei von Gustav Schmidt verfasst worden.
- 42 Personalakte a. a. O.
- 43 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 44 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 45 Beratender Ausschuss vom 9.7.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 46 Berufungsausschuss vom 12.1.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 47 Schreiben vom 17.5.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 48 Personalakte a. a. O.
- 49 Personalakte a. a. O.
- 50 Schreiben vom 24.7.1962, Personalakte a. a. O.
- 51 Personalakte a. a. O.
- 52 Schreiben vom 6.10.1963, Personalakte a. a. O.
- 53 Ebd.
- 54 Personalakte a. a. O.
- 55 Schreiben vom 1.8.1967, Personalakte a. a. O.
- 56 Schreiben vom 4.8.1967, Personalakte a. a. O.
- 57 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 58 Personalakte a. a. O.

Armin Clasen

**„Es ist uns alten Kriegern eine restlose Befriedigung,
dass man uns wieder gebrauchen kann.“**

Armin Clasen war ein vielseitig interessierter, streitbarer und zielstrebigter Mensch. In der NS-Zeit strebte er nach Anerkennung, nachdem er sich vorher mit dem von ihm als „Kulturdiktator“ bezeichneten VHS-Direktor Heinrich Haselmayer bekriegt hatte, der Clasens Werk, die Volksmusikschule, einverleiben wollte. In der Schule gebärdete sich Clasen als stellvertretender Schulleiter nach Aussagen einiger Mitglieder des Kollegiums als strammer Nationalsozialist. Im Krieg machte er Karriere als Stabsintendant und biederte sich bei Senator Karl Witt für eine Nachkriegskarriere im Schuldienst an.

Als Heimatforscher erwarb er sich im Alter Meriten, so dass in Hamburg eine Straße nach ihm benannt wurde.

Armin Clasen wurde am 15.9.1890 in Neunkirchen, Kreis Ziegenhain, geboren. Nach dem Besuch der Volksschule in Hamburg absolvierte Clasen das Lehrerseminar in der Binderstraße, wo er am 4.2.1911 die Lehrerabschlussprüfung bestand. Nach der zweiten Prüfung zur Festanstellung als Volksschullehrer in Hamburg am 4.5.1914 wurde er am 13.3.1915 an der Schule am Lehmweg fest angestellt. Faktisch stand Clasen dem Lehrerdienst allerdings nicht zur Verfügung. Er war seit 1914 als Freiwilliger im Kriegsdienst an der Westfront, bald befördert zum Unteroffizier und Vizefeldwebel, verwundet schon am 18.9.1914. Er wechselte dann 1916 in den Nachschub- und Versorgungsdienst, in das Feldmagazin und blieb bis Ende des Krieges 1919 als Feldmagazininspektor an der West- und Ostfront.

Zurück im pädagogischen Leben unterrichtete er an der Schule Burgstraße und ab 1924 an der Barmbecker Straße 30.¹

Seine Leidenschaft galt der Musik. Clasen engagierte sich insbesondere in der Volksmusikschule in Hamburg, deren künstlerischer Leiter er war. Und Clasen sicherte den Fortbestand in schwierigen ökonomischen Zeiten. Nach dem Rücktritt des Geschäftsführers erfolgte am 31.8.1923 ein Hilferuf der Volksmusikschule an Schulsenator Emil Krause: „Die fortschreitende Geldentwertung verlangt dauernde Umrechnung des Schulgeldes und der Gehälter. Herr Clasen, der künstlerische Leiter der Schule, hat Tag und Nacht gearbeitet, um der Unordnung Herr zu werden. Er ist der einzige, der den ganzen Betrieb genau kennt. Nun ist er am Rande seiner Kraft. Wir müssen ihn uns aber notwendig für die Volksmusikschule erhalten, sonst droht ihr Gefahr. Das Kuratorium bittet daher die Oberschulbehörde, Herrn Clasen

vorläufig von der Schule zu befreien, damit er sich ganz dem jungen Unternehmen widmen kann.“²

Die Schulbehörde genehmigte eine vorübergehende zeitliche Befreiung. 1926 absolvierte Armin Clasen die Prüfung als Musiklehrer an höheren Schulen, ohne in diesen Bereich zu wechseln.

Am 12.7.1922 heiratete Armin Clasen die Tochter des SPD-Bürgerschaftsabgeordneten und späteren Senators Paul Weinheber, Käthe, mit der er 1924 und 1927 zwei Kinder bekam. Käthe Clasen, ausgebildete Lehrerin, widmete sich der Kindererziehung und konnte auch nach 1933 als „Doppelverdienerin“ nicht in ihren Beruf zurückkehren.

Armin Clasen zeigte sich auf vielen Feldern unermüdlich tätig. Später, 1945, als es um die Würdigung der Person Armin Clasen aus dienstlicher Sicht ging, beschrieb Schulrat Gustav Schmidt ihn als „tüchtigen Verwaltungsbeamten und sehr fleißigen Arbeiter“. Er bemerkte aber auch: „Ein gewisser Stolz und ein etwas stark ausgeprägter Ehrgeiz sind nicht zu verkennen. Daher mag es kommen, daß er von manchen Mitarbeitern nicht günstig beurteilt wird.“³

Armin Clasen wurde nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten am 18.11.1935 stellvertretender Schulleiter seiner bisherigen Schule Barmbecker Straße 30. Er war zu diesem Zeitpunkt noch nicht NSDAP-Mitglied, allerdings seit 1933 im NSLB und seit 1935 in der NSV.⁴

Ein Grund für seine bisherige Distanz zur NSDAP war sicherlich die Auseinandersetzung, die er mit dem egoistischen neuen Leiter der Hamburger Volkshochschule, Heinrich Haselmayer, hatte. Und auch der Umgang der Nationalsozialisten mit der Volksmusikschule, die wesentlich von Armin Clasen geprägt worden war, hatte offenbar für eine Zurückhaltung gegenüber der NSDAP gesorgt. In einem Schreiben an die Schulverwaltung vom 14.6.1945, in dem Clasen sich nach sechsjährigem Kriegsdienst um eine Schulleitungsstelle bewarb, schrieb er: „Es erwuchs mir die schwierige Aufgabe, die Volksmusikschule (VMS) 1933 in das neue Regierungssystem überzuleiten. Wie viele andere hatte auch ich die Hoffnung, dass ein einiges nationalsozialistisches Deutschland für die Sache der Volksmusik eine weit breitere Grundlage bieten müsste als das im Parteienkampf erlegene Reich. Demgemäß stellte ich die VMS mit ihren Einrichtungen gläubigen Herzens der neuen Macht zur Verfügung. Die Enttäuschung kam schnell und gründlich. Die neue Staatsverwaltung strich sofort den von der Bürgerschaft stets grosszügig gewährten nicht unerheblichen Staatszuschuss. Den Versuch einer Fachorganisation,



Armin Clasen, als junger Lehrer (ohne Datum)

die VMS im Wege der ‚Gleichschaltung‘ mit Vermögen und Einrichtung überzuschlucken, konnte ich durch rücksichtsloses Eingreifen im letzten Moment abwehren. Verhandlungen mit der Hitler-Jugend wegen Beteiligung an der VMS verliefen völlig im Sande, weil die Anschauungen über das Wesen der Volksmusik zu weit auseinander gingen. Versuche der Musikprominenten des NSLB, der Herren Häfeker und Treutler, in der VMS Fuß zu fassen, scheiterten, weil ihre hochgesteckte Programmatik in zu krassem Widerspruch stand zu ihren musikalischen Leistungen, auf deren Niveau die VMS unmöglich herabsteigen konnte.“⁵ Hier wurde deutlich, in welche Kämpfe sich Armin Clasen selbstbewusst begeben konnte.

Und über seine Erfahrungen mit Heinrich Haselmayer, einem jungen despotischen „alten Kämpfer der NSDAP“ schrieb Clasen: „Verhandlungen mit dem damaligen Leiter der Volkshochschule, Dr. Haselmayer, führten ebenfalls zu tiefgehenden Differenzen. Als ich mich einer Vergewaltigung der VMS durch ihn entgegenstellte, schwor Dr. Haselmayer, der Volksmusikschule und mir ‚das Genick zu brechen‘. Ich habe mich damals über ihn bei der Gauleitung der NSDAP beschwert. Der Erfolg wäre sehr zweifelhaft gewesen; die Sache fand vor einer Entscheidung ihre Erledigung durch das sang- und klanglose Verschwinden des Dr. H., der anderer Vorfälle wegen inzwischen für seine Partei untragbar geworden war. Es blieb nichts übrig, als die VMS aufzulösen, wobei es allerdings gelang, einen erheblichen Teil der Lehrer und Schüler an die Volkshochschule zu überführen. Ich habe mich dann, obgleich ich die Prüfung für Musiklehrer an höheren Schulen abgelegt hatte, völlig abgewandt von Musikausübung und Musikforschung und meine bereits 1920 begonnenen heimatgeschichtlichen Studien bis zu Beginn des Krieges energisch fortgeführt.“⁶

Dass Armin Clasen nicht als Nachfolger von dem an seiner Schule pensionierten Schulleiter Heinrich Gechter vorgeschlagen wurde, erklärte er damit, dass „dem meine Stellung zur NSDAP wegen meiner Kämpfe mit Dr. Haselmayer wohl problematisch erschien“.⁷

Armin Clasen war nicht nur in dieser Zeit eine kampfbereite, extrovertierte, selbstbewusste und auch eitle Person. Die erbitterte Auseinandersetzung mit Haselmayer, der als Träger des goldenen Parteiabzeichens aufgrund seines frühzeitigen Eintritts in die NSDAP und des großen Rückhalts bei dem ihm freundschaftlich verbundenen Reichsstatthalter und Gauleiter der NSDAP in Hamburg, Karl Kaufmann, war für Clasen sinnbildlich auch ein Kampf mit „der Partei“. In einem dreizehnseitigen Schreiben, mit dem er sich am 6.2.1947 um Rehabilitierung bemühte, beschrieb er in einem Abschnitt „Kampf gegen Missstände in Partei und Staat“ den Konflikt mit Haselmayer und der von ihm vertretenen Kulturpolitik genauer, nicht zuletzt mit der Intention, sich in ein günstiges Licht zu rücken:

„Ein Großteil der Fehden galt dem Kulturdiktator von Hamburg, dem neu ernannten Direktor der Volkshochschule, Dr. Haselmayer, einem brutalen und zu Gewalttätigkeiten neigenden Menschen, der in der Wahl seiner Mittel nicht zauderte und bei dieser Gelegenheit die Faust zeigte. Seinen Projekten auf Propagierung des Partei-Komponisten Richard Wagner widersetzen wir uns in langen Debatten. Unser Eintreten für Hindemith, der mit einer Jüdin verheiratet war, verargte er uns schwer. Die VMS führte am 8. und 10. Mai 1933 Hindemiths ‚Plöner Musiktag‘ auf. Ich hatte Haselmayer eingeladen, der aber nicht erschien. Die Aufführung ist zu einem Ehrentag hamburgischer Jugendmusik geworden. Hindemith war anwesend, geriet selbst so in Begeisterung, dass er erst eines seiner Bratschenkonzerte spielte und dann zum Taktstock griff, um selbst die Plöner Musik zu dirigieren. Ich hatte vorher eine programmatische Ansprache gehalten und gesagt: ‚Diese Aufführung der VMS ist ein Bekenntnis zu dem Menschen und dem Musikanten Hindemith.‘“⁸

Clasen berichtete, gegenüber Haselmayer scharf geworden zu sein: „Seiner VHS widmete ich die folgenden kritischen Worte: ‚Ebenso laufen bei Ihnen noch so viele abgestandene Dinge, die im zweiten Reich sich schon überlebt hatten.‘ Ich kritisierte, dass einer seiner Dozenten der VMS endlich Wagner näher bringen wollte. ‚Dazu sind wir der Meinung, dass die ganze Wagner-Hochflut nur aus seinem deutsch-heldischen Stoffgebiet herkommt.‘“

Und letztlich: „Nachdem dann Haselmayer aktiv durch Verbote in die Arbeit der VMS eingriff, habe ich am 17.8.1935 Beschwerde über ihn bei der Gauleitung Hamburg eingelegt. Ich erklärte, die VHS sei nicht imstande, die VMS-Arbeit durchzuführen. Die auf einseitiges Diktat des H. aufgebauten Maßnahmen wurden kritisiert und um Schutz gegen Haselmayers Drohungen gebeten. Wir haben nicht die Absicht, Prellbock zwischen verschiedenen Kulturorganisationen des Dritten Reiches zu sein. Wir sehen in Herrn Dr. H. nicht den geeigneten Mann, eine Volksmusikarbeit auf lange Sicht aufzubauen.“⁹

Das Problem mit Heinrich Haselmayer erledigte sich für Armin Clasen, sehr zu seinem Wohlgefallen: „Haselmayer hielt, sinnlos betrunken, in Holland eine unmögliche Rede und wurde von seiner Partei kaltgestellt.“¹⁰

Das war im Mai 1936.

Armin Clasen hatte seinen Arbeitsschwerpunkt von der Musik auf die „Heimatgeschichte“ verlagert. Am 7.11.1936 wurde er vom „Präsidenten der Kultur- und Schulbehörde“, Karl Witt, aufgefordert, in der Vereinigung „Niederdeutsches Hamburg“ mitzuarbeiten. Clasen war geschmeichelt und nutzte die Gelegenheit, einerseits seine Kompetenzen und erfolgreichen Arbeitsfelder auszubreiten und andererseits noch einmal darzustellen, dass er sich zu wenig wahrgenommen fühlte. „Mein bisheriges Fortbleiben beruht auf einem nicht ganz unbegründeten Gefühl,

dass meine Arbeit der Behörde aus einem mir nicht bekannten Grunde gleichgültig ist“, wie er in seinem Antwortschreiben an Präsident Karl Witt formulierte.¹¹ Und Clasen zeigte auch gleich auf, worin er eine entsprechende Würdigung und Anerkennung sehen würde: „Ich habe von einem zum andern Male auf eine Ernennung zum Mittelschullehrer gehofft, umso mehr, als die Behörde mehrfach zu erkennen gab, dass wissenschaftliche Befähigung dazu Voraussetzung sei.“ Und dann nannte er seine Tätigkeiten in der Schule: „Stellvertretender Schulleiter, Luftschutzleiter, Schulturnwart und Schulfunkwart.“ Clasen wies auf seine umfangreichen heimatgeschichtlichen Aktivitäten und Veröffentlichungen hin: „Ich darf dabei bemerken, dass ich seit Jahren jede freie Stunde – auch die Ferien – zu Archivstudien und vor- und frühgeschichtlichen Untersuchungen benutzt habe.“

In der Erwägung, dass ihm die Auseinandersetzung mit dem Egomanen Haselmayer den Ruf zerstört haben könnte, vermerkte er noch: „Während meiner Tätigkeit an der Volksmusikschule habe ich mit vielfachen Widerständen zu tun gehabt. Es ist nicht meine Art, in Dingen, die ich für den nationalsozialistischen Staat für richtig und wichtig halte und die in seinen Organisationen ihren Platz zugewiesen erhalten haben, Kompromisse zu schließen oder gegen meine Überzeugung das Feld zu räumen. Ich habe mir dadurch manche Gegnerschaft zugezogen. Wenn auch Zeit und Entwicklung mir in allen Dingen Recht gegeben haben, so könnte es doch leicht möglich sein, dass etwas an mir hängen geblieben ist, worüber ich nicht orientiert bin.“

Schulrat Kurt Holm wurde um Stellungnahme gebeten. Am 22.1.1937 vermerkte er: „Mir ist die Arbeit von Herrn Clasen durchaus bekannt. Seiner besonderen Befähigung wegen habe ich verfügt, ihn als Lehrer für die Jahnschule zu gewinnen. Leider zerschlugen sich damals die Verhandlungen. Zum Mittelschullehrer ist Herr Cl. nicht ernannt worden, da er weder eine Oberbauklasse führte, noch die Mittelschullehrerprüfung abgelegt hatte, noch politisch sich besonders für die NSDAP einsetzte. Ich halte ihn für einen tüchtigen Lehrer und einen Menschen mit Idealen, der sich auch außerhalb der Schule betätigt und einsetzt. Leider haben nicht alle Lehrer, die wie zum Beispiel auch Herr Cl. charakterlich und leistungsmäßig dazu befähigt waren, zu Mittelschullehrern ernannt werden können.“¹²

Es wurden weitere Stellungnahmen eingeholt: So etwa von Prof. Rudolf Schmidt, Schulleiter der Oberrealschule Eppendorf, einem führenden Vertreter der Vereinigung Niederdeutsches Hamburg. Er urteilte: „Armin Clasen ist ein tüchtiger Volksschullehrer. Über seine Berufstätigkeit hinaus hat er seit Jahren auf dem Gebiet der heimatlichen Geschichte gearbeitet u. z. mit dem Erfolg, dass er für flurge-schichtliche Untersuchungen und für die Geschichte der Hamburger Klosterdörfer anerkannt erster Fachmann ist. Niemals hat Herr Clasen andere als ideelle Ziele ver-

folgt oder erstrebt.“ Und er führte weiter aus: „Ich weise auf diese Zusammenhänge hin, weil sie von grundsätzlicher Bedeutung sind. Soll das niederdeutsche Hamburg seine Aufgaben erfüllen, dann müssen die Männer, die die wissenschaftlichen Grundlagen für die kulturelle Arbeit schaffen, wissen, dass die Behörden hinter ihnen stehen und dass Sie sich für die Nutzung des von jenen – wie ich nochmals betone – aus ideellen Gründen Geschaffenen einsetzen. Die gleiche Abneigung gegen heimatkundliche Arbeiten lässt sich auch bei Druckwerken feststellen, wie ich bei Besprechungen mit Kreisleiter Haase mehrfach hervorgehoben habe. Diese Gefahren sehe ich, auf ihre Folgen hinzuweisen halte ich für meine Pflicht als Vorsitzender der Gruppe ‚Heimatliche Geschichte‘, und ich betone zum Schluss, dass ich diese Angelegenheit als solche aufgenommen habe, nicht etwa als Schulleiter gegenüber meiner Behörde. Unter Hinweis auf das beigefügte Zeugnis von Prof. Dr. Reincke bitte ich die Vereinigung Niederdeutsches Hamburg, die Kultur- und Schulbehörde auf die hier aufgewiesenen Tatsachen hinzuweisen, damit diese erwägen kann, ob eine Änderung der bisherigen Einstellung zu Männern wie Armin Clasen notwendig ist oder nicht.“¹³

Auch der Direktor des Staatsarchivs, Professor Reincke, verwandte sich für Clasen: „Armin Clasen ist mir näher bekannt, seine Arbeit als Heimat- und Volkstumsforscher schätze ich sehr hoch. Er ist gewissenhaft, methodisch sauber und klar in seinen Zielen. Seinen flurgeschichtlichen Beitrag zum Stormarner Heimatbuch finde ich ganz ausgezeichnet und in manchem richtungsweisend. Ich halte ihn für einen der Besten in der Volkstumsarbeit und würde mich sehr freuen, wenn er an der grossen Aufgabe des Niederdeutschen Hamburg beteiligt würde.“¹⁴

Damit war der Bann gebrochen. Clasen fühlte sich angenommen und arbeitete mit. Kurz darauf trat er mit Wirkung vom 1.5.1937 in die NSDAP ein.¹⁵

In den Zeiten monatelanger Krankheit des Schulleiters in der Barmbecker Straße 30 übernahm er die Schulleitungsaufgaben.

Wer von sich schrieb, „seit Jahren jede freie Stunde – auch die Ferien – für Archivarbeit und frühgeschichtliche Untersuchungen benutzt zu haben“, musste anderswo Abstriche machen. Am 30.9.1938 wurde die Ehe Armin Clasens mit Käthe Clasen geschieden. Clasen teilte dieses seiner vorgesetzten Behörde mit. Er gab dazu sogar eine erläuternde Erklärung ab und bekannte, „dass meine Ehe nach wenigen Jahren ihren inneren Halt verlor, weil unsere Interessengebiete immer gegensätzlicher wurden und wir uns immer weiter auseinanderlebten. Wenn trotzdem die Ehe so lange aufrechterhalten wurde, so geschah es, unter beidseitigen starken Bemühen, der Kinder wegen, die jetzt groß und vernünftig geworden sind. Nach außen bot die Ehe jederzeit ein einwandfreies Bild. Meine geschiedene Frau vermeinte aber, auf die Dauer den seelischen Anforderungen einer Scheinehe nicht

gewachsen zu sein. Ich habe es deshalb für fair und richtig gehalten, in eine Scheidung einzuwilligen, zumal es der dringende Wunsch meiner geschiedenen Frau ist, baldmöglichst ihren alten Beruf als Lehrerin wieder aufnehmen zu können.“¹⁶

Im ebenfalls in der Personalakte vorliegenden Scheidungsurteil las es sich ganz anders. Käthe Clasen hatte die Klage eingereicht: „Die Klägerin begehrt die Scheidung der Ehe. Sie behauptet, der Beklagte verweigere ihr seit zehn Jahren den ehelichen Verkehr ohne triftigen Grund.“ Und auf der anderen Seite: „Zur Begründung der Widerklage trägt er vor, dass die Klägerin den Haushalt vernachlässigt habe und geistigen Interessen nachgegangen sei. Sie sei unsauber und unpünktlich, so dass er die Mahlzeiten häufig selbst herrichten müssen. Auch habe sie für die Instandhaltung seiner Kleidung nicht ausreichend gesorgt.“¹⁷

Scheidungsurteile haben ihren eigenen Hintergrund und sind für persönliche Charakterisierungen nur von begrenztem Wert. Auffällig war nur, dass und wie Armin Clasen dies gegenüber der Schulverwaltung darstellte, ganz im Gegensatz zu dem tatsächlichen Streit. Das Thema sollte noch eine Rolle spielen im Entnazifizierungsverfahren. Zumindest erschütterte Clasen mit seinem Schreiben an die Schulverwaltung und dem anschließend dokumentierten Urteil seine Glaubwürdigkeit.

Der Bürgerverein Süd-Winterhude beschrieb ihn zu seinem 80. Geburtstag und charakterisierte ihn so: „Er gräbt, wo er kann, die Wahrheit zu ergründen. Er liebt keine Halbheiten, er ist ein Feind von Verschwommenheiten.“¹⁸ War er das?

Armin Clasens Leben war auf der Erfolgsspur. Seit 1935 bereitete er sich auf eine mögliche Karriere als Zahlmeister bei der Wehrmacht vor. Am 16.12.1935 wurde er zu einer einwöchigen Übung des Heeresverpflegungsamtes eingeladen und erhielt Beurlaubung.¹⁹ Am 13.4.1937 teilte er der Schulverwaltung mit, er sei als Zahlmeister der Reserve aufgestellt worden. Am 14. September 1938 kam der Gestellungsbefehl für eine Reserveübung beim Heeresverpflegungsamt, Urlaub für drei Tage vom 29.9. bis zum 1.10.1938. Der Nachschub für den bevorstehenden Krieg wurde vorbereitet. Im letzten Vierteljahr sollte es eine fünfwöchige Übung für Armin Clasen geben, die genehmigt wurde.²⁰ Zu Kriegsbeginn wurde Armin Clasen eingezogen. 1939 Zahlmeister, 1940 Oberzahlmeister, 1941 Stabszahlmeister, 1944 Stabsintendant. Zwischendurch wurde er noch kurz vor dem Krieg mit der Beförderung zum Mittelschullehrer belohnt.²¹

Oberzahlmeister Clasen schien mit sich und seinem Leben zufrieden. Am 31.3.1940 schrieb er an den Präsidenten der Schulverwaltung, „Pg. Witt“, wie er extra vermerkte, jetzt ja selbst Pg., aus der gemütlichen Stelle des Oberzahlmeisters. Er bedankte sich für die Verleihung des „Treuedienst-Ehrenzeichens“, das zum 25. Dienstjubiläum überreicht wurde. Und: „Mein besonderer Dank gilt ferner der im Herbst erfolgten Ernennung zum Mittelschullehrer“. Wie sehr Clasen sich an-

erkannt fühlte, drückte er so aus: „Es drängt mich doch, auch Ihnen persönlich, Herr Präsident, ausdrücken zu dürfen, welch große Freude und tiefe Befriedigung die Ernennung in mir ausgelöst hat. Ich werde die Anerkennung, die in ihr liegt, in vollem Maße zu würdigen wissen und sie als eine Verpflichtung auffassen, nicht nur meine ganze Kraft fernerhin der Schularbeit zu widmen, sondern darüber hinaus nach glücklichem Abschluss des Krieges meine heimatkundlichen Arbeiten in verstärktem Maße fortzusetzen.“ Und weiter: „Seit über sieben Monaten stehe ich bereits wieder im Dienste der Heeresverwaltung. Ich muss gestehen, dass ich, so wie ich im Frieden ganz der Schul- und Kulturarbeit gehöre, mich im Kriege wieder mit Leib und Seele als Soldat fühle. Es ist uns alten Kriegern eine restlose Befriedigung, dass man uns wieder gebrauchen kann. Wir stehen unseren Mann wie die Jüngsten; ja, wir dürfen wohl sagen, dass in der Heeresverwaltung ein großer Teil der reibungslosen Arbeit erst durch unsere Erfahrung so gut gerät.“

Stolz führte Armin Clasen gegenüber Pg. Witt aus, wie er sich auf verschiedenen Feldern qualifizierte: „Leiter der Personalabteilung, Ausbildung des Nachwuchses“. Hier sollten Weichen für die Zeit danach gestellt werden.²²

Im Krieg, am 24.6.1941 heiratete Armin Clasen wieder, Anna Maria Arfmann, geboren 1914. Mit ihr bekam er drei Kinder, 1941, 1942 und 1943. Für Versorgung war offenbar gesorgt.²³

Der Krieg war vorbei. Am 9.5.1945 wurde Armin Clasen aus der Wehrmacht entlassen. Das nächste Schreiben ging am 14.6.1945 nicht an den Präsidenten, Pg. Witt, sondern an die neue Schulverwaltung Hamburg. Clasen beschrieb, welche Kompetenzen er im Kriegsdienst erworben hatte. Er könne sich vorstellen, wegen seiner erweiterten Verwaltungserfahrung eine Schulleitung zu übernehmen. En passant erklärte er noch, dass seine Stellung zur NSDAP wegen seiner Kämpfe mit Dr. Haselmayer wohl problematisch erschiene. Und: „Nun, wo die deutsche Schule in tiefster Not wieder von vorn anfangen muss, deutsches Geistesleben aus den Trümmern aufzurichten, drängt es auch mich, der ich der Schularbeit solange ferngestanden habe, meine Kräfte voll einzusetzen. Der Wunsch, dass mir die Schulverwaltung die Leitung der Schule Barmbecker Straße 30 anvertrauen möge, falls deren Neubesetzung ins Auge gefasst wird, entspricht nicht nur dem Umstände, dass ich zur Zeit der dienstälteste der an der Schule wirkenden Lehrer und der einzige mit Fachexamen für die höhere Schule und in der Stellung eines Hauptschullehrers bin, sondern auch, wie ich mir vorstehend auszuführen erlaubte, dem Bestreben, eine festere Verankerung meiner heimatkundlichen Arbeiten in einer Schulgemeinde zu erreichen, wo ich erhoffe, dass mir die im Heeresdienst gesammelten Verwaltungserfahrungen bei der Verwaltung einer Schule zugute kommen werden.“²⁴

Gustav Schmidt, wieder eingesetzter Schulrat, nachdem er von den Nazis abgesetzt worden war, vermerkte: „Über seine Eignung als Schulleiter muss ich noch Erfahrungen sammeln.“²⁵

Fritz Köhne, auch nach dem Krieg für das Volksschulwesen verantwortlich, entschied am 5.8.1945, Clasen zum 6.8.1945 als Schulleiter in der Barmbecker Straße 30 einzusetzen. Gustav Schmidt begutachtete Clasen am 11.9.1945. Er schrieb: Clasen „ist nicht mehr und nicht weniger Nationalsozialist gewesen als der Durchschnitt der Lehrer“.²⁶

Die Wolken über Armin Clasen wurden dunkler. Ein Nachbar von Clasen in der Schlankreye 19 in Eimsbüttel, W. Hinrichs, belastete ihn schwer. Hinrichs regte sich auf über Clasens Verhalten und Äußerungen gegenüber der Mutter von Clasens ehemaliger Frau nach dem Tod ihres Vaters, dem früheren sozialdemokratischen Senator Weinheber: „Dass der Clasen eine innerliche Einstellung zur NSDAP besessen hat oder vielleicht noch besitzt, ergibt sich aus folgendem Vorfall: Frau Weinheber bezog nach dem Tode ihres Mannes eine ganz geringe Pension. Die geschiedene Frau Clasen nahm ihren Beruf als Lehrerin wieder auf. Als sie später ihre feste Anstellung als Lehrerin betrieb, stellte es sich heraus, dass ihr Vater, Herr Weinheber, nicht rein arisch war, weshalb sie den Schuldienst wieder aufgeben musste. Bei dieser Feststellung gab Herr Clasen seiner Entrüstung darüber mit den Worten Ausdruck, ‚Man müsste der Frau Weinheber die gesamte Pension nehmen.‘ Als Sippenforscher sieht diese Einstellung doch zu sehr nach den nationalsozialistischen Grundsätzen aus.“ Und weiter: „Mich selbst wollte er anlässlich einer Differenz in Luftschutzfragen vor ein Parteigericht bringen. Auch dieser Vorfall beleuchtet den Charakter dieses Mannes und seine gläubige Einstellung zur Partei. Ferner waren doch die Bestrebungen der NSDAP, wie jeder denkende Mensch wusste, auf einen Krieg gerichtet, wozu Herr Clasen sich bereits lange vor dem Kriege als Zahlmeister freiwillig gemeldet und in welcher Eigenschaft er hier in Hamburg auch wohl gute Dienste geleistet hat.“²⁷

Gustav Schmidt reagierte skeptisch auf Hinrichs Vorwürfe. Er schrieb: „Was sein Miteinwohner Herr Hinrichs aus dem Hause Schlankreye aufführt, ist in meinen Augen belanglos. Clasens Ehe wurde 1938 im beiderseitigen Einverständnis geschieden. Wenn aus der Verärgerung dieser Zeit noch etwas nachgeblieben ist, dann soll man sich solche von Herrn Hinrichs angeführte Äußerung über Clasens Schwiegermutter jetzt nach mehreren Jahren nicht noch auf die Waagschale legen. Was im Luftschutzkeller zwischen Hinrichs und Clasen vorgefallen ist, ist nicht zu klären, da der Briefschreiber leider seinen Brief als ‚vertraulich‘ bezeichnet hat und ich darum Clasen zu den einzelnen Punkten nicht hören darf. Ich bin nicht geneigt, auf diese einseitigen Bemerkungen eines Hausgenossen, dem anscheinend wenig

Tatsächliches zugrunde liegt, etwas gegen Herrn Clasen zu unternehmen oder meine Meinung über ihn zu ändern.“²⁸

Senator Landahl vermerkte dazu am 12.9.1948, dass Hinrichs und Clasen miteinander konfrontiert werden sollten. Gustav Schmidt antwortete darauf, dass Hinrichs sein Schreiben vertraulich behandelt wissen wolle. Schmidt hielt die Sache damit für abgeschlossen (15.9.1945). Landahl schrieb: „Einverstanden“, 18.9.1945.²⁹

Nachbar Hinrichs zeigte sich mit dem Umgang hinsichtlich seines Schreibens zur „Angelegenheit des früheren Parteigenossen A. Clasen“ nicht einverstanden. Er erwartete „eine völlige Bereinigung“³⁰ und tatsächlich, Senator Landahl führte selbst ein Gespräch mit W. Hinrichs, konnte dabei die meisten Beschwerdepunkte beilegen, „bis auf den einen, dass Clasen dem Hinrichschen Ehepaar mit einer Anzeige gedroht hat und Unterschriften in der Hausgemeinschaft gegen das Ehepaar gesammelt hat“.³¹

Ergebnis: „Clasen wird vorläufig nicht als Schulleiter bestätigt, er wird weiter beobachtet werden. Hinrichs hat sich mit dieser Regelung zufriedengegeben.“³²

Gravierender noch die Erkenntnisse des Beratenden Ausschusses, der am 14.12.1946 empfahl, Clasen als Schulleiter nicht weiter zu beschäftigen. In der Begründung wurde ausgeführt: „Es wird trotz der oben angeführten Dinge empfohlen, ihn nicht in diesem Amte zu belassen, weil Mitglieder seines Kollegiums übereinstimmend aussagen, dass C. Aktivist gewesen ist. So sagt zum Beispiel Fräulein Lau aus: ‚Wir haben alle das Gefühl gehabt, dass er Nazi war. Er hat mich 2 Std. energisch bearbeitet, in die Partei einzutreten.‘ Er behauptet jetzt, er wäre dazu als Schulleiter verpflichtet gewesen. Fräulein Weihrauch sagt aus, ‚dass die allgemeine Meinung gewesen wäre, dass man sich vor C. in Acht nehmen müsse. Er habe zum Beispiel die jüdische Rasse scharf und hässlich nachgeahmt. Er war aktiver Nazi und ist es in seinem Herzen noch. Er ist heute noch in seinem Sprechen gegen die Engländer eingestellt.‘ Fräulein Heller sagt aus: ‚C. habe 1938 die Kollegen durch Mädchen überwachen lassen, ob sie den Hitler-Gruß erweisen.‘ Unter dem Eindruck dieser Aussagen, die sich anscheinend beliebig vermehren lassen (es wird zum Beispiel auf das Ehepaar Kiel hingewiesen) empfiehlt der Beratende Ausschuss, C. nicht weiter als Schulleiter zu verwenden.“³³

Armin Clasen führte einen seitenlangen Kampf für seine Rehabilitierung. Am vorläufigen Ende der Auseinandersetzung erklärte Clasen am 13.2.1947: „Ich verzichte deshalb auf einen Einspruch und bitte Sie, bevor eine Entscheidung der Schulverwaltung ergeht, mich des Amtes des Schulleiters der Schule Barmbecker Straße 30 zu entheben und mir in einer anderen Schule die Führung einer Klasse anzuvertrauen.“³⁴

Und Gustav Schmidt gegenüber: „Ihnen, sehr verehrter Herr Schulrat, darf ich für die sachliche Erledigung dieser Angelegenheit und für die stete Förderung, die

Sie meiner Wirksamkeit als Schulleiter wie meiner heimatkundlichen Interessen entgegenbrachten, meinen tiefen und aufrichtigen Dank sagen.“

Dennoch ließ Clasen nicht locker. Er konnte Leumundszeugnisse beibringen. Auch sein ehemaliger Schulleiter an der Barmbecker Straße 30, Albert Stübs, verwendete sich für ihn und versuchte die Aussagen der Kolleginnen zu entkräften.³⁵ Aber auch der Fachausschuss unter Leitung von Friedrich Wilhelm Licht lehnte den Einspruch Clasens ab und erklärte: „Es ist offenbar, dass Clasen von seinen Kollegen zwiespältig beurteilt wird. Der Fachausschuss hat in seinen Richtlinien für die Ernennung und die Bestätigung von Schulleitern den Grundsatz aufgestellt, daß Persönlichkeiten, die jemals der NSDAP beigetreten sind, nur dann als Schulleiter tragbar sind, wenn nachgewiesen werden kann, daß sie in den letzten Jahren des Hitlerregiments in eindeutiger innerer Opposition zum Nationalsozialismus gestanden und sich durch die Art ihrer Amtsführung praktisch bemüht haben, den unheilvollen Einflüssen des Nationalsozialismus auf Schule und Erziehung nach Kräften entgegenzuwirken. Dieser Nachweis konnte im Falle Clasen nicht mit der erforderlichen Eindeutigkeit erbracht werden. Er wurde daher mit vollem Recht als untragbar für das Amt eines Schulleiters (nur für dieses!) erklärt.“³⁶

Schließlich beauftragte Armin Clasen den Rechtsanwalt Dr. Schmaltz, der noch einmal alles auflistete, was Clasen schon ausführlich dargestellt hatte. Am 26.4.1949 wurde Clasen dann als „Entlasteter“ in Kategorie V eingeordnet und als Lehrer bestätigt, aber nicht wieder befördert. Er blieb Lehrer an der Schule Alsterdorfer Straße und wurde am 19.8.1955 pensioniert, aber mit Lehraufträgen noch bis 1959 weiter beschäftigt.

Danach wurde es für Armin Clasen alles einfacher und ehrenhafter. Zum 70. Geburtstag gratulierte Landesschulrat Ernst Matthewes: „Durch ihre Tüchtigkeit und durch ihren besonderen Fleiß haben Sie sich als Lehrer und als stellvertretender Schulleiter immer wieder bewährt, und auch nach ihrem 65. Geburtstage sind sie noch in voller körperlicher und geistiger Frische an der Schule Alsterdorfer Straße tätig gewesen. Ihr Wirken ging stets über den Rahmen des Unterrichts hinaus. Ihre vor- und frühgeschichtlichen Studien haben im ganzen niederdeutschen Raum hohe Anerkennung gefunden, und heute kommen ihre besonderen heimatkundlichen Kenntnisse der Zeitung des Winterhuder Bürgervereins zugute.“³⁷

Clasen dankte Matthewes am 20.9.1960: „Sie hatten die Liebenswürdigkeit mir zu meinem 70. Geburtstag Glückwunsch auszusprechen und dazu warme Worte über meine bescheidene Tätigkeit im Schuldienst zu finden. Darf ich Ihnen hierfür meinen tief gefühlten Dank aussprechen? Ich hatte das unverdiente Glück, dass ich am Ende meiner 48 Dienstjahre noch genauso begeistert vor einer Schulklasse stehen konnte wie beim Beginn.“³⁸

Landesschulrat Wolfgang Neckel gratulierte zum 85. Geburtstag: „Ihre letzten Jahre an der Mädchenschule Alsterdorfer Str. 39 sind bei Schülern und Lehrern unvergessen. Ihr Temperament, Ihre Aufgeschlossenheit in so vielen Bereichen und die Gabe, Ihre Schülerinnen für Ihre Unterrichtsvorhaben zu begeistern, ließen Sie zu einem beliebten Lehrer und geschätzten Kollegen werden. Noch heute kommen Eltern, die ihre Kinder zur Schule anmelden, ins Schwärmen, wenn sie von ihrem Lehrer, Herrn Clasen, erzählen. Man kann wohl mit Recht sagen, daß Sie in Winterhude Ihre Spuren nachdrücklich hinterlassen und daß Sie damit auch viel für das Ansehen der Schule überhaupt getan haben.“³⁹

Clasen bedankte sich und erinnerte sich und Neckel an alles Reformpädagogische, wobei er alles andere ausblendete. Er sah noch vor sich seine Schülerinnen aus der Schule Forsmannstraße von 1912 bis 1914: „Das Verhältnis zu den anvertrauten Kindern war vorprogrammiert: Wandervogel, Freie Deutsche Jugend, Leitung der Volksmusikschule, Heimatkundliche Forschung. Pädagogisch bot das Lehrerseminar in der Binderstraße zu wenig: ein genialer Musiker, ein ausgezeichneter Biologe, ein tüchtiger Physiker (Professor Umlauf), der Rest war Schweigen. Aber die benachbarte Seminarschule gab uns ein ausgezeichnetes pädagogisches Rüstzeug auf den Weg. William Lottig, der große Reformler, lehrte uns, ‚vom Kinde aus‘ zu unterrichten. Der Kollege Bormann gab hervorragende Probestunden, die jede Lektion zum Kunstwerk, methodisch wie didaktisch, werden ließen. Ihm nachzueifern, habe ich mich über Jahrzehnte immer wieder bemüht. So sind die Klassenverbände zusammengewachsen und sehen ihre Schulzeit heute noch als schönsten Teil ihres Lebens an. Die Freude darüber über tönt manche Kritik, die ich heute an meiner Arbeit ausübe.“⁴⁰



Armin Clasen, 1960

Das Wirkungsumfeld des späten Armin Clasen ehrte und hofierte ihn. Der Bürgerverein Süd-Winterhude feierte ihn zum 80. Geburtstag. Er nannte ihn „den Altmeister der Heimatforschung“. Er „ist ein fröhlicher Mensch mit heiterem Gemüt“. Armin Clasen „ist ein rüstiger Achtziger, voll rastloser und emsiger Tätigkeit. Mit Rat und Tat steht er jedermann gern zur Verfügung. Wenn er auch mit den Hamburgensien-Freunden oftmals ‚in Fehde‘ liegt oder Meinungsverschiedenheiten hat, so ist Armin Clasen nicht nachtragend, sondern für das klärende Gespräch immer offen. Die Bürgervereine im Bereich Nord und darüber hinaus schätzen und ehren den Altmeister der Heimatforscher, den Schriftleiter und den Kommunalpolitiker. Als Ehren- und Vorstandsmitglied des Winterhuder Bürgervereins von 1872 e.V., als Abgeordneter des Zentralausschusses Hamburgischer Bürgervereine ist er nicht wegzudenken.

Der Senat ehrte einen Heimatforscher



Innensenator Heinz Ruhnau überreicht Armin Clasen am 11.1.1966 die „Medaille für treue Arbeit im Dienste des Volkes“.

Als Schriftleiter hat er seinen Bürgerverein mit seinem Wissen, seinem Fleiß, seiner Hingabe in reichem Maße gedient. Er schöpft aus der Vergangenheit, er hebt die Gegenwart und wirkt für die Zukunft. Mit seiner Gabe des Vortrages und der Erzählung dient er dem Alter und kann auch noch heute die Jugend damit begeistern.⁴¹

In einem anderen Mitteilungsblatt hieß es zu Clasen 80. Geburtstag: „Mit kleinen schnellen Schritten, den Oberkörper leicht vorgebeugt, Bleistift und Notizpapier in der Hand, so streift der erst mit 70 Jahren aus dem Lehreramte ausgeschiedene Hauptschullehrer bei gelegentlichen Exkursionen im Gelände umher, kriecht wie ein Junge durch Stacheldrahtzäune, zwingt sich durch verfilzte Knicks und steht freudestrahlend vor seinem Ziel, einem langgesuchten Grenzstein. Im Weitergehen spähen seine geschulten Augen auf dem frisch gepflügten Acker nach Urnenscherben aus der Vorzeit. Hat er einige erblickt, wandern sie nach eingehender Prüfung dicht vor seinen Augen in die Taschen seines Mantels, um sie im Hause mit Tag, Fundort und allem, was für den Vorgeschichtler dazugehört, zu registrieren. Von der selbst gestellten Aufgabe erfüllt, lässt sich der ‚Grenzsteinjäger‘ in seinem Vorhaben durch nichts abbringen. Unauffällig passt er sich dem jeweiligen Getriebe an.“⁴²

Am 11.1.1966 überreichte Hamburgs Innensenator Ruhnau dem Heimatforscher Armin Clasen die „Medaille für treue Arbeit im Dienste des Volkes in Bronze“. 1960 hatte er schon die Lappenbergs-Medaille vom Verein für Hamburgische Geschichte bekommen.⁴³

Armin Clasen starb am 22.8.1980.⁴⁴

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben nach der Personalakte Clasens, StA HH, 361-3_Nr. 4275
- 2 Ebd.
- 3 Vermerk vom 11.9.1945 in der Entnazifizierungsakte Clasens, StA HH, 221-11_Ed 3206
- 4 Ebd.
- 5 Personalakte Clasen, a. a. O.
- 6 Ebd. Siehe auch die Biografie Heinrich Haselmayer in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 621 ff.
- 7 Ebd.
- 8 Ebd.
- 9 Die erwähnten Schreiben sind nicht dokumentiert, aber in dem Schriftsatz von Clasen angegeben, ebd.
- 10 Ebd. Siehe meine Darstellung des Geschehens in der Biografie Haselmayer a. a. O.
- 11 Schreiben Clasens vom 15.12.1936, in Personalakte, a. a. O.
- 12 Ebd.
- 13 Schreiben vom 27.3.1937, ebd.
- 14 Schreiben vom 17.3.1937, ebd.
- 15 Entnazifizierungsakte Clasen, a. a. O.
- 16 Personalakte, a. a. O.
- 17 Ebd.
- 18 Mitteilungen des Bürgervereins Süd Winterhude 8/9-1970, S. 1.
- 19 Personalakte, a. a. O.
- 20 Alles laut Personalakte, a. a. O.
- 21 Ebd.
- 22 Schreiben in der Personalakte, a. a. O.
- 23 Alles Personalakte, ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Vermerk auf dem Bewerbungsschreiben Clasen, ebd.
- 26 Ebd.
- 27 Schreiben vom 2.8.1945, ebd.
- 28 Vermerk vom 11.9.1945, ebd.
- 29 Alles Personalakte, a. a. O.
- 30 Schreiben vom 14.12.1945, ebd.
- 31 Schreiben vom 22.3.1946, ebd.
- 32 Ebd.
- 33 Ebd.
- 34 Ebd.
- 35 Schreiben vom 13.4.1949, Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 36 Schreiben vom 15.1.1948, ebd.
- 37 Schreiben vom 13.9.1960, Personalakte, a. a. O.
- 38 Ebd.
- 39 Schreiben vom 11.9.1975, ebd.
- 40 Ebd.
- 41 Bürgerverein Süd-Winterhude, Mitteilungen 8/9-1970, S. 1.
- 42 Heimatzeitung und Mitteilungsblatt Fuhlsbüttel, Hummelsbüttel, Klein-Borstel, Ohlsdorf von 1897 e.V. 9/70, S. 1.
- 43 „Die Welt“ v. 11.1.1966.
- 44 Personalakte a. a. O.

Walter Frahm

„Er hat seine Partei-Mitgliedschaft und seinen Einfluss nur zum Besten des niederdeutschen Volkstums und der niederdeutschen Literatur eingesetzt.“

Ein Wandsbeker Heimatforscher, nach dem in Hamburg eine Straße benannt wurde, war schon in jungen Jahren karrierebewusst, seit 1920 Rektor. Am 1.5.1933 trat er in die NSDAP ein, blieb Rektor und zeigte dabei eine unrühmliche pädagogische Haltung.

Walter Frahm wurde am 31.8.1883 als Sohn des Lehrers und niederdeutschen Schriftstellers Ludwig Frahm in Rethwischfeld geboren. Nach Besuch des Lehrerseminars in Ratzeburg absolvierte er dort am 18.2.1904 die erste Lehrerprüfung, die zweite Lehrerprüfung am 25.4.1907 in Kiel. Er bestand am 6.11.1914 die Mittelschullehrerprüfung ebenfalls in Kiel, die ihn zur Übernahme einer Rektorenstelle befähigte. Diese übernahm er dann am 7.11.1916 in Kiel, 1920 wurde er zum Rektor ernannt. „Begünstigt“ wurde die schulische Karriere durch die ärztlich attestierte „Daueruntauglichkeit für den Militärdienst“, die Walter Frahm vor dem vierjährigen Kriegsdienst bewahrte.¹

Walter Frahm, Vater von vier Kindern, musste sich stets um die Versorgung seiner Familie bemühen. Er zeigte aber auch schon in jungen Jahren Ambitionen und war karrierebewusst. Das mag mit seinem bekannten Vater im Zusammenhang gestanden haben. Als Walter Frahm 70 Jahre alt und vom „Hamburger Abendblatt“ gewürdigt wurde, entstand der Eindruck, als habe er stets im Schatten von Ludwig Frahm gestanden. Dieser, Pädagoge, Schriftsteller und Märchensammler, hatte 1900 den Alster-Verein gegründet und war Schriftleiter der Alster-Bücher. Walter Frahm „fühlte sich dem Schaffen seines Vaters Ludwig Frahm verpflichtet“ und setzte dessen Arbeit fort. „Ich wäre nichts ohne den Vater. Mein Vater konnte alles besser als ich und sah die Probleme tiefer“, äußerte sich Walter Frahm bescheiden, wie das „Hamburger Abendblatt“ verriet.²

Weniger bescheiden agierte Walter Frahm im beruflichen Leben. Am 10.5.1930 stellte er ein Gesuch, in den Schulaufsichtsdienst übernommen zu werden. Unterstützung bekam er durch den von Ludwig Frahm gegründeten Alster-Verein. Dessen 1. Vorsitzender, Hans Dreckmann, schrieb am 7.5.1930 an den Regierungspräsidenten in Schleswig: „Der unterzeichnete Verein hat seit dreißig Jahren seine Tätigkeit im Sinne der heimatlichen Volkshochschule ausgeübt und den Schulen des Kreises Stormarn – besonders der Alstergegend – viel heimatkundliches Material geliefert. Da uns jetzt bekannt wird, daß die Stelle des Kreisschulrats für Stormarn demnächst

zu besetzen ist, bitten wir darum, daß ein Schulmann aus unseren Reihen für diesen Posten durch den Herrn Minister ernannt wird. Es handelt sich um den Rektor Walter Frahm aus Wandsbek, der seit 1924 das Ehrenamt eines Archivpflegers für Stormarn bekleidet und sich auf dem Gebiet der Heimatkunde für unsere Gegend in Wort und Schrift – Vorträge und Aufsätze – betätigt hat. Wir verweisen dabei auf die Tätigkeit des Vaters dieses Mannes, des Heimatschriftstellers Ludwig Frahm, und auf die Jahrbücher des Alstervereins. 2 Exemplare anbei.

Wir glauben, daß ein Kreisschulrat, der unsere Gegend und unsere Verhältnisse kennt, unter der Lehrerschaft und der gesamten bodenständigen Bevölkerung sehr anregend wirken kann. Die beigegebenen Jahrbücher unseres Vereins geben am besten den Beweis, in welchem Sinne unser Verein bisher gearbeitet hat. Wir bitten über unseren Verein und den Rektor Frahm Erkundigungen bei dem Herrn Landrat unseres Kreises einzuziehen.“³

Aus diesen Ambitionen wurde nichts. Frahm blieb Rektor, leitete weiter Grundschul-Arbeitsgemeinschaften und solche für Heimatkunde und Lehrplanfragen. Er war Sammler volkskundlichen Materials, veröffentlichte. „Das größte Werk ist sein ‚Stormarn-Buch‘, das 1938 erschien, ein großes Geschichtswerk über das Gebiet zwischen Hamburg und Lübeck.“⁴

Am 20.2.1932 beantragte Frahm eine Amtszulage, weil er eine Schule mit 16 Planstellen und 15 Klassen führte. Ein Vater von vier Kindern musste sich in diesen Zeiten um deren Versorgung sorgen.

Als die Nationalsozialisten an die Macht kamen, trat Walter Frahm in die NSDAP ein, Aufnahme datum der 1.5.1933, ebenfalls in den NSLB und die NSV.⁵

Eine Hospitation von Schulrat Scheer, der an seiner Stelle in das Amt gekommen war, in seinem Religions- und Erdkundeunterricht kam zu positiven Ergebnissen. Schulrat Scheer resümierte: „Rektor Frahm unterrichtet erfolgreich. Einzelne Klassen müssen von ihm öfter und schärfer beobachtet werden.“⁶

Intensiver beschäftigte sich Walter Frahms Personalakte mit zwei Vorfällen, die ein ungünstiges Licht auf dessen Charakter und Verhalten werfen.

Am 3.11.1934 beschwerte sich die Direktorin der städtischen Haushaltungsschule in Wandsbek, Magdalene Junge, über Walter Frahm. Frahm hatte sich als Vater über die



Walter Frahm, 1950



Ludwig Frahm (1856–1936), Lehrer und niederdeutscher Autor

Zeugnisnoten seiner Tochter mokiert und das erteilte Zeugnis der Schule zurückgegeben, „in dem Herr Rektor Frahm das seiner Ansicht nach nicht Zutreffende rot unterstrichen und durchgestrichen hatte“.⁷

Direktorin Junge erklärte, alles eingehend geprüft zu haben, mit dem Ergebnis, „sämtliche Zeugnisnoten würden zu Recht bestehen“. Sie schloss ihre Beschwerde: „Ich muss mich auch dagegen verwahren, dass an einem von der Schule ausgestellten Zeugnis eine derartige sachlich nicht berechnigte und in der Form ungehörige Kritik geübt wird.“

Walter Frahm ärgerte sich darüber, dass die Direktorin der Haushaltungsschule sich in dieser Angelegenheit „ohne meine Ermächtigung“ an die vorgesetzten Stellen in Schleswig gewandt hatte. Er habe seine Argumente anlässlich eines Besuchs von Frau Junge an seiner Schule, von der stets Mädchen für die Haushaltungsschule rekrutiert wurden, genannt. Im mündlichen Gespräch habe Frahm seine Argumente für bessere Noten vorgebracht. Danach erst schickte er das Zeugnis ein, „kennzeichnete aber, da bei der Unterredung das Zeugnis nicht vorgelegen hatte, diejenigen Fächer, in denen meine Tochter und ihr Vater bessere Zensuren erwartet hatten“.

Frahm verwies auf die Notwendigkeit besserer Noten: „Da meine Tochter über FAD auf Landjahr-Lehrgänge übergehen möchte, braucht sie, wenn sie im Wettbewerb mit anderen jungen Mädchen nicht von vornherein unterliegen soll, die erwarteten Zensuren.“

Frahm machte deutlich, warum er die Leistungen seiner Tochter besser beurteilen könne als die jeweiligen Pädagoginnen der Haushaltungsschule: „Das Grundsätzliche, das m. E. aus der Angelegenheit hervorschaut, besteht wohl darin, dass kinderlose Lehrerinnen bei der Zensurenerteilung den Lebenskampf anders erkennen, als ein Vater einer kinderreichen Familie.“⁸

Stadtschulrat Scheer wurde damit befasst und schrieb an den Regierungspräsidenten: „Herr Rektor Frahm sollte auf Veranlassung des Herrn Regierungspräsidenten der Direktorin gegenüber sein Bedauern aussprechen. Dieser Aufforderung ist er nicht nachgekommen, sondern hat mir zur Weiterleitung an den Herrn Regierungspräsidenten das folgende Schreiben übergeben. Es handelt sich bei dem ganzen Vorgange nicht um eine ungerechte Zeugniserteilung, sondern darum, dass ein an einer öffentlichen Schule tätiger Schulleiter ein ordnungsgemäß ausgestelltes Zeugnis einer anderen öffentlichen Schule mit Buntstift durchgestrichen und dadurch wertlos gemacht hat.“⁹

Es dürfte daraufhin ein Normen verdeutlichendes Gespräch mit Rektor Frahm gegeben haben.

Ein anderer Fall, der in der Personalakte von Walter Frahm ausführlich dokumentiert ist, stellte ebenfalls kein Ruhmesblatt für den Pädagogen Walter Frahm dar, auch wenn er wohl einer damals häufig praktizierten Norm entsprach.

Am 8.11.1940 beantragte der Vater Friedrich Stucken ein Disziplinarverfahren „gegen Direktor Frahm wegen Übertretung der Züchtigungsrechte“ gegenüber seinem Sohn, der Schüler an der von Walter Frahm geleiteten Schule war. Der Vater schilderte den Fall folgendermaßen:

„Mein Sohn Arno hat am Morgen des 5. Novembers mit seinem Freund vor Beginn der Schule durch ein offenstehendes Fenster Eingang genommen und gemeinsam mit seinem Freunde Schularbeiten erledigt. Dieses ist von einem Lehrer gesehen worden und ist dem Direktor gemeldet. Sein Freund hat 2 Stockhiebe erhalten und Arno wurden sofort vom Direktor 25 Stockhiebe angedroht. Er hatte fünf Stockhiebe erhalten und wurde durch eine Lehrerin unterbrochen. Wie mein Sohn Arno einen Moment Zeit gewonnen hatte, verliess er fluchtartig die Schule und lief nach Hause. Meine Frau hörte morgens im Garten einen großen Lärm und sah wohl ca. 20 Jungen mit großen Stöckern bewaffnet und fragte sie was los wäre. Die Jungens erklärten, sie hätten von dem Lehrer Auftrag erhalten Arno einzufangen. Hierauf erschien der Schuldiener und verlangte von meiner Frau, dass Arno sofort die Schule aufsuchen sollte, wenn er dies nicht täte würde er die Polizei benachrichtigen die dann Arno abführen sollte. Meine Frau liess sich nicht einschüchtern sondern erwiderte ihr Mann würde schon diese Angelegenheit regeln. Leider war mein Sohn Arno inzwischen in den Garten gegangen und verstand der Schuldiener Arno einzuschüchtern und gab ihm das Versprechen dass er keine Stockschläge mehr bekommen würde. Hierauf ging Arno mit zur Schule und wie er dort ankam nahm ihn Herr Dir. Frahm sofort mit und nahm obendrein noch drei Lehrer hinzu die abwechselnd diesen kleinen Knirps von zehn Jahren über den Tisch zogen und ihm eine große Anzahl Stockhiebe aufzählten. Das Geschrei hat die ganze Schule gehört und ist für die Zukunft mein Sohn derart heruntergesetzt, dass er sich wohl nie mehr in der Schule wohl fühlen wird.“¹⁰

Der Vater legte ein ärztliches Attest vor, aus dem hervorging, dass der zehnjährige Sohn „am linken Gesäß eine große stark angeschwollene blutangelaufene Hautstelle hat, auf der eine größere Anzahl Stockhiebe sichtbar sind“.¹¹

Der Vater war auch deswegen empört, weil sein Sohn „sehr zart und unter ärztlicher Kontrolle und Aufsicht“ wegen diverser Krankheiten stand.

Die Schule und Schulleiter Frahm bagatellisierten den Vorgang, beschrieben den Sohn als schwierig und verhaltensauffällig. Schulrat Hugo Millahn, Nationalsozialist der ersten Stunde, untersuchte den Fall und erstellte einen Bericht, der zu dem Schluss kam, dass die Beschwerde des Vaters zurückgewiesen werden müsse. Und Stadtinspektor Kunstmann befand am 5.12.1940: „Von einer Überschreitung des Züchtigungsrechts kann nicht gesprochen werden. Die Bestrafung des Stucken ist ordnungsmäßig im vorgeschriebenen Buch am Tage der Züchtigung eingetragen worden.“¹²

In Millahns Bericht war festgehalten, dass die Mitschüler des Zehnjährigen ihn überredet hatten, wieder in die Schule zu kommen. „Er ist ihnen dann gefolgt und wurde dann vom Rektor in der Schule bestraft. In Zeugengegenwart – Lehrer Geib und Wriedt – erhielt der Junge zuerst einen Schlag mit einem von der Schulverwaltung gelieferten Stock, der aber durch die Widerspenstigkeit des Jungen vorbei ging. In Folge fortgesetzter Widerspenstigkeit haben dann die Lehrer Geib und Wriedt ihn übergelegt, und er hat dann vom Schulleiter noch 3 weitere Stockschläge erhalten. Insgesamt also hat er 4 Stockschläge bekommen. Nach dieser Bestrafung hat er dann noch 2 Stunden in der Schule gesessen, ohne darüber Klage zu führen, dass er nicht sitzen könne.“

Den Wunsch des Vaters, den Sohn umzuschulen, lehnte die Schulverwaltung ab. Schulleiter Walter Frahm wurde seinerseits bei der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) aktiv, und stellte einen Antrag, den zehnjährigen Sohn von Friedrich Stucken in „Zwangserziehungsfürsorge“ zu nehmen.¹³

Das Ende des Falles ist nicht dokumentiert. Der Vater brachte ein Attest bei, sein Sohn leide nach der Züchtigung des Schulleiters unter „nervösen Angsterscheinungen“ aufgrund des „starken Schocks“ und könne vorerst einen Monat nicht zur Schule gehen.

Die Kommentierung schulischer Disziplinarmaßnahmen nach Aktenlage erscheint schwierig. Ein pädagogisches Ruhmesblatt stellte die dargestellte Züchtigung in keinem Fall dar. Auch wenn in diesen Zeiten und auch noch nach 1945 die Prügelstrafe auf der „unpädagogischen“ Tagesordnung stand.

Auf Anordnung der britischen Militärregierung wurde Walter Frahm 1945 als Schulleiter amtsenthoben, da er schon 1933 der NSDAP beigetreten war.¹⁴

In der neuen Hamburger Schulbehörde wurde Frahm anders bewertet. So schrieb der gerade berufene Schulrat Hans Brunckhorst: „Herr Rektor Frahm hat sich nach den mir gewordenen Erkundigungen als Lehrer und Schulleiter bewährt. Er hat sich auch während der ‚Nazi-Regierung‘ schützend vor seine Schule und seine Mitarbeiter gestellt.“¹⁵

Walter Frahm legte Einspruch gegen die Amtsenthebung ein. Sein Argument: „Im April und Mai 1933 lagen für uns Schulleiter in Altona und den Elbgemeinden, in Wandsbek, Rahlstedt und den Alstertalgemeinden die Verhältnisse bezüglich der Bedrohung und Bedrängung durch die Nazi-Partei wesentlich anders als für unsere Kollegen auf hamburgischem Gebiet. Somit erfolgte für die letzteren der Eintritt in die Nazi-Partei meist erst 1937, während er für ehemals preussische Schulleiter bereits mit dem 1. Mai 1933 aus Dringlichkeitsgründen geboten war.“¹⁶

Frahm blieb in seiner Begründung sehr formal. Für ihn sprach sich der Vorsitzen-

de des Kirchenvorstandes der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Wandsbek aus: „Er hat den Lehrern, die trotz der entgegengesetzten, von Herrn Schulrat Millahn eifrig geförderten Strömung Treue zur Kirche hielten und den Kirchenaustritt verweigerten, nicht die geringsten Schwierigkeiten bereitet und selber auch in vorbildlicher Treue zur Kirche gestanden.“ Außerdem habe Frahm geheizte Schulräume für den Konfirmandenunterricht zur Verfügung gestellt.¹⁷

Walter Frahm gehörte sicherlich zu den Schulleitern, die das Führerprinzip verinnerlicht hatten und sich von niemandem in ihre Schule hineinreden ließen. In seinem Entnazifizierungsfragebogen gab er an: „Im Frühling 1937 widersetzte ich mich dem Verlangen der Nazi-Partei, Lehrer der von mir geleiteten Schule für drei Wochen aus dem Dienst mitten im Schuljahr herauszunehmen. Ich wurde wegen dieser Opposition vor ein Parteigericht gebracht, weil ich mir eine solche Beschränkung meiner beruflichen Freiheit schroff verboten hatte.“¹⁸

Kirchenvorstand Jensen vermerkte zu Gunsten Frahms: „Über diese seine unseren kirchlichen Belangen gegenüber freundliche Einstellung hinaus erfreut er sich hier in Wandsbek, um dessen Geschichte und ihre reicheren Matthias Claudius-Erinnerungen er sich stets besonders bemüht hat, allgemeiner Wertschätzung. Auch auf diesem Gebiet der Heimatbetreuung und Heimatsforschung befinden wir uns hier in tätigem Aufbau.“¹⁹

Und Schulsenator Landahl vermeldete am 6.9.1945 dem Kirchenvorstand: „Die Militärregierung hat jetzt über die weiteren Verwendung von Herrn Rektor Frahm entschieden. Als Rektor konnte Herr Frahm nicht bestätigt werden, da er zu früh in die Partei eingetreten ist. Daran ließ sich leider nichts ändern. Wir haben aber erreicht, daß Herr Frahm als Lehrer weiterverwendet werden darf. Darüber hinaus haben wir in Aussicht genommen, ihm im Rahmen der Raumbewirtschaftung und Bauaufgaben einen besonderen Auftrag zu geben. Mehr konnten wir leider nicht tun. Wir müssen nach Lage der Dinge sogar zufrieden sein, daß wir so viel erreicht haben.“²⁰

Offensichtlich fand Walter Frahm Gefallen an seinem veränderten Einsatz. Am 7.8.1946 gab er einen Bericht über seine Tätigkeiten: „Ich habe mich neben meinen Aufgaben, die mir in der Schulraumbewirtschaftung erwachsen, an folgenden Stellen beim Wiederaufbau Hamburgs eingesetzt:

I. Seitens des Ortsamtes Wandsbek wurde ich aufgefordert: 1. zur Mitarbeit bei der Begründung der Vorschläge für Umänderungen von Straßenbezeichnungen, 2. zur Wiedereinrichtung der Außenstellen der sog. öffentlichen Bücherhallen im Bereich dieses Ortsamtes, 3. zur Übersetzung von Bauanträgen.

II. Unterrichtlich betätigte ich mich im Januar bis März des Jahres bei der Auslese von Mädchen für das hiesige Oberlyzeum und bei der Prüfung von Knaben für das hiesige Gymnasium.

III. Beim Wiederaufbau der Hamburgischen Staatsoper-Universitätsbibliothek war ich seit März des Jahres mit der Gewinnung von mehreren privaten Büchereien und der Katalogisierung derselben beschäftigt.“²¹

Nach einem nicht näher benannten Zwischenfall wurde Walter Frahm von Schulrat Wilhelm Dressel aus der Schulraumbewirtschaftung zurückgezogen und als Lehrer mit 15 Stunden an die Schule Volksdorfer Straße versetzt.

Es gab einige Leumundszeugnisse, die hervorhoben, welche Verdienste Walter Frahm in der Heimatsforschung erworben hätte. So von dem Verleger der Schriften von Ludwig und Walter Frahm, Richard Hermes, der angab, „der nationalsozialistischen Bewegung in jeder Hinsicht ablehnend gegenüber“ gestanden zu haben. Hermes schrieb: „Mir ist bekannt, dass Herr Frahm Pg. gewesen ist, ich habe aber immer gesehen, dass Herr Frahm seine Mitgliedschaft und seinen Einfluss nur zum Besten des niederdeutschen Volkstums und der niederdeutschen Literatur eingesetzt hat, so weit das unter dem nat. Regime eben möglich war. Man kann ihm also in dieser Hinsicht nur dankbar sein.“²²

Auch der Schulleiter des Matthias-Claudius-Gymnasiums, der von den Nationalsozialisten abgesetzt worden war, Prof. Peter Zylmann, nach 1945 wieder im Amt, verwendete sich am 28.9.1946 für Walter Frahm: „Daneben habe ich Herrn Frahm als einen vortrefflichen Kenner der Dichter Matthias Claudius und Detlev von Liliencron und der kulturellen Zusammenhänge Holsteins in den letzten Jahrhunderten kennengelernt. In meinen vielen Unterhaltungen mit Rektor Frahm habe ich eindeutig feststellen können, daß seine Interessen ausschließlich in dem oben bezeichneten Interessengebiet lagen.“²³

Der Fachausschuss für die Entnazifizierung hatte am 18.2.1947 unter Vorsitz von Kurt Zeidler festgestellt, dass Walter Frahm „nicht tragbar für das Amt eines Schulleiters ist“. Daraufhin stellte Frahm den Antrag auf Versetzung in den Ruhestand, dem entsprochen wurde. Am 4.9.1947 wurde er pensioniert.²⁴

Walter Frahm hatte Hoffnung in Fritz Köhne gesetzt, der nach 1945 weiterhin Oberschulrat in der Hamburger Schulverwaltung war. Sicherlich fand Frahm bei Fritz Köhne, der seinen Sohn im Krieg verloren hatte, Verständnis und Sympathie, wenn Frahm seine eigene „Verlustliste der Jahre 1943–1945“ aufschrieb: „1. mein ältester Sohn und ein Schwiegersohn, 2. mein Wohnhaus mit meinen Heimatkundlichen Sammlungen, 3. ein Schulhaus mit meinen amtlichen Papieren, 4. mein Arbeitsfeld als Volksschulrektor.“²⁵

Am 29.11.1947 teilte man Walter Frahm mit, dass er von der Britischen Militärregierung bindend zum Mittelschullehrer zurückgestuft worden sei.²⁶

Am 15.6.1949 war die Entnazifizierung Frahms durch den Berufungsausschuss

abgeschlossen. Der Berufung wurde stattgegeben und Walter Frahm mit Wirkung vom 1.6.1949 die Pension eines Rektors zuerkannt.²⁷

Im Weiteren war Walter Frahm als Heimatforscher tätig. Der „Hamburger Anzeiger“ würdigte ihn zum 70. Geburtstag: „Noch heute wirkt Frahm in der Hamburgensien-Abteilung der Staats- und Universitätsbibliothek, berät Studenten, hilft Liebhabern der Heimatgeschichte und ist jedem Interessierten ein unermüdlicher Ratgeber.“²⁸

Walter Frahm starb am 26.4.1969.



„Hamburger Abendblatt“ vom 31.8.1963

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben nach Walter Frahms Personalakte, StA HH, 361-3_A 1345
- 2 „Hamburger Abendblatt“ vom 31.8.1963, Menschlich gesehen: Walter Frahm.
- 3 Personalakte Frahm, a. a. O.
- 4 „Hamburger Abendblatt“ vom 31.8.1963.
- 5 Entnazifizierungsakte Frahm, StA HH, 221-11_Ed 2088
- 6 Personalakte Frahm, a. a. O.
- 7 Das Schreiben von Schulleiterin Junge und die weitere Korrespondenz ebd.
- 8 Schreiben von Walter Frahm vom 19.1.1935, alle weiteren Dokumente ebd.
- 9 Schreiben vom 25.1.1935, ebd.
- 10 Schreiben vom 8.11.1940, ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Alle zitierten Dokumente in der Personalakte, ebd.
- 13 Ebd.
- 14 Ebd.
- 15 Ebd., wie auch alle weiteren Dokumente, aus denen zitiert wird.
- 16 Schreiben vom 11.7.1945, ebd.
- 17 Fragebogen vom 12.7.1945, Zeuge Hans Brunckhorst, Personalakte a. a. O.
- 18 Schreiben vom 15.8.1945, ebd.
- 19 Ebd.

- 20 Ebd., Schreiben vom 6.9.1945
 21 Ebd.
 22 Schreiben vom 27.9.1946, Entnazifizierungsakte Frahm, a. a. O.
 23 Ebd.
 24 Alles laut Personalakte, a. a. O.
 25 Schreiben vom 21.10.1947, ebd.
 26 Personalakte, a. a. O.
 27 Laut Entnazifizierungsakte, a. a. O.
 28 „Hamburger Anzeiger“ vom 3.9.1953. Siehe auch die Darstellung von Ralph Busch über den Heimatkundler Walter Frahm in der online-Datenbank www.hamburg.de/clp/dabeigewesene-suche

Leebe Landslüüd! Leebe Frünn!

Nun sünd mi to minen 80. Geburtsdag meist hunnert Brewe un Depeschen, veel Biller un Böker un een Hupen von Bloomen mit veel doegte Wöör seggt un schreven un sünst noch veel Schönes verehrt worden. So müch ick denn seggen, dat ick mit Dankeswöör kuum utdrücken kann, wat Affgesandte von Heimatvereine un nedderdüütsche Sellschoppen un enkelte Landslüüd bekundt hebbt. Min Huus weer an 31. August von düit Johr meist as een Dubenslag.

To düsse Dankeswöör müch ick aber doch in een Schlußwoort allens tohopen faten:

Hier weer up beide Sieden: bi all min Frünn un Verehrer un mi as Geburtsdagskind plattdüütsche Spraak un nedderdüütsche Aart, Heimatleev un Heimatpleg so good tohopen wussen, dat wi luut seggen kunnen, dat müch noch lang so in uns Heimat blieben.

Dat seggt mit Dank Juch nochmals

Walter Frahm

Walter Frahm dichtete nach seinem 80. Geburtstag, am 7.9.1963

Heinrich Böe

„Er hielt sich als Beamter verpflichtet,
der jeweiligen Regierung seine besten Kräfte
zur Verfügung zu stellen.“

Eine typische Schulleiterkarriere im Volksschulbereich während der NS-Zeit ist die von Heinrich Böe. Angepasst, bereitwillig, Funktionen zu übernehmen und in der Entnazifizierungsphase stets mit dem Hinweis bei der Hand, etwas getan haben zu „müssen“. An einer entscheidenden Stelle 1944 erwies sich Schulleiter Heinrich Böe als zu ängstlich, um sich schützend vor eine Lehrerin seiner Schule zu stellen.

Er war sicherlich nicht schlimmer als andere, die schon am 1.5.1933 der NSDAP beitraten, aber er offenbarte auch stellvertretend, wie das System mit bereitwilligen Mitläufern und Rädchen im Getriebe funktionierte.

Heinrich Böe wurde am 3.11.1884 in Rostorf, Kreis Nienburg als Sohn eines Weichenstellers bei der Bahn und dessen Frau geboren. Er besuchte die Dorfschule Edendorf bei Itzehoe, anschließend das Lehrerseminar in Uetersen, wo er die Abgangsprüfung am 7.9.1904 absolvierte.¹ Er wechselte danach an die Gemeindeschule Farmsen, an der er am 4.5.1909 die zweite Prüfung bestand und zwei Jahre später fest angestellt wurde. An dieser Schule arbeitete er zusammen mit dem späteren Schulrat Gustav Schmidt. Heinrich Böe musste am 27.2.1915 in den Kriegsdienst ziehen. Als seine Beförderung zum „Offizier des Beurlaubtenstandes in Aussicht genommen“ wurde, fragte das Bezirkskommando bei der Oberschulbehörde vertraulich an, wie die persönlichen Verhältnisse des Heinrich Böe aussahen. Schulinspektor Hollburg antwortete am 17.11.1917: „Er ist als Lehrer tüchtig und hat sich vom Charakter bisher als durchaus zuverlässig gezeigt. Böe ist verheiratet und lebt in geordneten Familienverhältnissen. Seine Umgangsformen sind seinem Stande angemessen und sein Ruf in der Gemeinde ist ein guter. Es ist über Böe nie etwas Nachteiliges bekannt geworden, das seine Beförderung zum Offizier nicht wünschenswert erscheinen lassen könnte.“²

Heinrich Böe schied erst am 31.12.1918 als Leutnant der Reserve aus dem Heeresdienst aus. Danach arbeitete er wieder an der Gemeindeschule in Farmsen als Lehrer.

Am 1.5.1933 trat Heinrich Böe in die NSDAP ein. Schulrat Hans Brunckhorst attestierte ihm später, er wäre



Heinrich Böe, 1933

„zwar 1933 in die NSDAP eingetreten, aber nicht aus Überzeugung über den Wert dieses Systems, sondern aus der Sorge um den wirtschaftlichen Unterhalt für sich und seine Familie; die örtlichen Parteistellen drohten mit Entfernung aus dem Amt, wenn sich die Lehrer und insbesondere die Schulleiter nicht der Nazipartei anschließen. Herr Böe ist ein völlig unpolitischer rein pädagogisch und sozial eingestellter Mensch und hat sich als solcher auch immer gezeigt und bewährt.“³

Nun war Hans Brunckhorst selbst ein von den Nationalsozialisten 1933 abgesetzter Schulrat und zweifellos ohne Sympathien für diese ideologische Richtung. Erstaunlich ist nur, wie nahtlos sich der Lehrer Heinrich Böe in die NSDAP einfügte und Karriere machte. Ab dem 1.8.1933 fungierte er als Blockleiter, 1935 wurde er Zellenleiter in der NSDAP. Er nahm teil am Reichsparteitag in Nürnberg vom 6.9.1934 bis zum 11.9.1934, später noch einmal am Reichsparteitag 1937. Vom 22.10.1934 bis zum 17.11.1934 besuchte er die Gauführerschule und folgerichtig berief ihn die NSDAP zum Konrektor der Adolf-Hitler-Schule in Farmsen im Juni 1933.⁴ „Völlig unpolitisch und rein pädagogisch und sozial eingestellt“, aber durchaus bereit, in der NS-Zeit Karriere zu machen. Als der Schulleiter der Adolf-Hitler-Schule in Farmsen zum Kreisschulrat in Wandsbek berufen wurde, setzte die NSDAP den bisherigen Konrektor Heinrich Böe am 6.9.1938 als Schulleiter ein.⁵

Ich bin auf Heinrich Böe aufmerksam geworden durch einen Vorgang aus dem Jahre 1944. An der Adolf-Hitler-Schule in Farmsen hatte eine unverheiratete Lehrerin am 29.11.1944 bei ihrem Schulleiter, Heinrich Böe, ein Gesuch eingereicht: „Ich bitte um eine vorläufige Beurlaubung aus dem Schuldienst, da ich Ende März 1945 ein Kind erwarte. Laut beiliegender ärztlicher Bescheinigung von Herrn Dr. B. liegt bei mir eine Komplikation vor, es ist mir deshalb größtmögliche Schonung angeraten. Ich bitte höflichst um Berücksichtigung meines Gesuches.“⁶

Für mich ist der daraus entstandene Fall erst einmal ein Beleg für die mangelnde Courage des Schulleiters Heinrich Böe, der dem Gesuch seiner Lehrerin nicht bereitwillig nachkam, sondern es an Schulrat Hugo Millahn weiterleitete, mit der Bitte um Stellungnahme. Böe, dem so großes soziales Engagement nachgesagt wurde, hätte das Gesuch bei der Sachlage genehmigen können, um eine Gefährdung der Lehrerin seiner Schule zu vermeiden. Hugo Millahn ordnete eine Vorladung der Lehrerin B. in seiner Sprechstunde an und fertigte darüber eine Aktennotiz, in der es hieß: „Fräulein B. weigert sich, den Namen des Vaters des Kindes zu nennen. Nach eingehender Besprechung unter Hinweis auf die entstehenden Schwierigkeiten, bestätigt B., daß der Vater des Kindes der bei ihrem Vater arbeitende jugoslawische Kriegsgefangene ist. Rücksprache mit v. W. ist erfolgt wegen Beurlaubung.“⁷

Auch Hugo Millahn hatte sich in diesem Fall aus meiner Sicht nicht gerade vorbildlich verhalten. Aus seiner Aktennotiz ist zu ersehen, dass er die Lehrerin genötigt

hatte, über die Vaterschaft unter Druck Auskunft zu geben und sich danach bei dem Justiziar der Schulverwaltung, Hasso von Wedel („Rücksprache mit v. W.“), der in seinen Entscheidungen durchaus unberechenbar war, abzusichern.⁸

Aufgrund dieses Vorfalles hatte ich mir die Unterlagen über Heinrich Böe im Hamburger Staatsarchiv genauer angesehen und ihn als einen in meinen Augen typischen und aktiven Mitläufer und auch Mittäter im System der Nationalsozialisten identifiziert. Heinrich Böe machte das, was die NSDAP von ihm erwartete und es wäre einfach zu billig, alles darauf zurückzuführen, er hätte dies getan, „aus der Sorge um den wirtschaftlichen Unterhalt für sich und seine Familie“. Er hatte sich durchaus gut in diesem System eingerichtet.

Auf Anordnung der britischen Militärregierung war Heinrich Böe am 19.12.1945 aus dem Schuldienst entlassen worden.⁹

In seinem Entnazifizierungsfragebogen vom 4.12.1945 gab Heinrich Böe noch seine Mitgliedschaften in der NSV seit 1934, im NSLB seit 1933, im NS-Reichskriegerbund und in der Bewegung „Deutsche Christen“ an.¹⁰ In der Anlage zum Fragebogen beschrieb Böe seine Aktivitäten und Reden: „In dem Heft ‚Die Walddörfer‘ ist ein Aufsatz von mir veröffentlicht ‚Das Bildungswesen in den Hamburger Walddörfern‘. Als Schulleiter habe ich bei alljährlichen Schulentlassungsfeiern zu den Schulabgängern und Eltern gesprochen. Als Zellenleiter mußte ich im kleinen Kreise der Blockleiter und der übrigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Zelle an den ‚Arbeitsabenden‘ die von der Ortsgruppe gestellten Aufgaben erläutern und gelegentlich kurze Ansprachen, z. B. zum 20. April, zum 30. Januar und 9. November halten.“¹¹ Für einen „völlig unpolitischen Menschen“ sicherlich eine wirkliche Herausforderung.

Gegen die Entlassung hatte Heinrich Böe Widerspruch eingelegt. Das schon zitierte Schreiben von Hans Brunckhorst vom 14.8.1946 konnte als offizielle Stellungnahme der Schulverwaltung an den Berufungsausschuss gelten. Brunckhorst schrieb weiter: „Wenn er zum Zellenleiter ernannt wurde, so geschah das, weil er ein fleißiger, freundlicher Mann war, der solchem Auftrag keinen Widerstand entgegenzusetzen mochte. Er hat aber als Politischer Leiter nicht im Sinne des politischen Nazitums gewirkt, sondern sich immer bemüht, rein menschlich seinen Mitmenschen ein Helfer zu sein. Das hat sich insbesondere auch bei der Zerstörung Hamburgs gezeigt, wo er mit seiner Frau, fast könnte man sagen, Tag und Nacht für die Flüchtlinge sorgte. Herr Böe hat auch als Schulleiter die Lehrer und Lehrerinnen seines Lehrkörpers in keiner Weise politisch bedrängt, so dass auch heute alle für ihn eintreten würden, um die Aufhebung seiner Entlassung zu erreichen. Herr Böe war ein sehr brauchbarer Lehrer und ordentlicher Schulleiter. Die Schulverwaltung schlägt vor, ihn zu bestätigen; sie wird ihn dann in den Ruhestand versetzen.“¹²

Zusätzlich gab es noch ein Gutachten des Beratenden Ausschusses für den Berufungsausschuss vom 8.11.1947. Darin hieß es:

„Der ehemalige Rektor Heinrich Böe, der 1933 in die NSDAP eingetreten ist, ist ein völlig unpolitischer, rein pädagogisch und sozial eingestellter Mensch. Wer die Verhältnisse in Farmsen um das Jahr 1933 kannte, dem ist es durchaus klar, dass es einer Natur wie Böe unmöglich war, sich von der Arbeit in der Partei freizuhalten. Sein Schulleiter war der spätere Schulrat Paetel, Böes Duzfreund, dem es nicht genügte, dass die Mitglieder seines Lehrkörpers Pg waren, sie sollten auch irgendwie den Posten eines Amtsträgers bekleiden. Böe hielt sich als Beamter verpflichtet, der jeweiligen Regierung seine besten Kräfte zur Verfügung zu stellen und glich darin durchaus dem Vicar of Bray, der den verschiedensten Königen und Kirchenfürsten die Treue schwor und sie hielt, bis ein neuer König kam, der unter Umständen das Gegenteil forderte von dem was sein Vorgänger für gut hielt. Genau wie der englische Pfarrer in seiner Gemeinde, erfreut sich Böe in der Gemeinde Farmsen allgemeiner Hochachtung und Beliebtheit.“¹³

Zum Schicksal der 1944 bei Schulleiter Heinrich Böe um Beurlaubung nachsuchenden schwangeren Kollegin, deren Begehren er nicht entscheiden mochte, sondern aus mangelnder Zivilcourage an den Kreisschulrat Millahn weitergab mit all den damit verbundenen Risiken, gab es in diesem Verfahren keinen Hinweis. Natürlich auch nichts über das Schicksal des jugoslawischen Zwangsarbeiters. Der Berufungsausschuss entschied am 12.12.1947, Böe mit der Pension eines Volksschullehrers in den Ruhestand zu versetzen und ihn in Kategorie IV einzustufen. Die Gründe: „Der Akteninhalt ergibt, daß Böe im Jahre 1933 nicht freiwillig zum NS und seinen Organisationen gestoßen ist. Es wird ihm von den vorgesetzten Dienststellen bestätigt, daß er rein pädagogisch und sozial eingestellt war. Nach dem persönlichen Eindruck und auch seiner eigenen Meinung ist er infolge seines leidenden Zustandes den Anforderungen des Lehrerberufes aber nicht mehr gewachsen. Er ist deswegen wie vorgeschlagen unter Zurückstufung zum Volksschullehrer in den Ruhestand zu versetzen. Der Tatsache seiner Parteizugehörigkeit ist durch die Zurückstufung Rechnung getragen.“¹⁴

Der Leitende Ausschuss bestätigte diese Entscheidung am 1.7.1952.¹⁵ Ebenso wie der ehemalige Wilhelmsburger Oberstudiendirektor Friedrich von Behren stritt Heinrich Böe im Weiteren mit juristischen Mitteln um eine andere Festsetzung seines Ruhegehalts. Am 27.12.1954 war er erfolgreich und bekam danach die Pension eines ehemaligen Rektors.¹⁶

Zwei interessante Details, die seiner Personalakte bis dahin gar nicht zu entnehmen waren, berichtete Heinrich Böe, nachdem ihm Landesschulrat Wolfgang Neckel zum 85. und zum 90. Geburtstag gratuliert hatte. Heinrich Böe antwortete

ausführlich handschriftlich und schrieb am 6.12.1969, er könne „auf eine insgesamt 41-jährige Amtszeit zurückblicken und habe dann bis zu meiner Pensionierung noch drei Jahre ‚Zwangsarbeit‘ in Planten und Blumen und in einer hiesigen Gärtnerei als Gartenarbeiter leisten müssen.“¹⁷

Ein kleiner Hinweis auf seine Tätigkeit während des Entnazifizierungsverfahrens. Und nach dem Glückwunsch zu seinem 90. Geburtstag berichtete er in seinem Antwortbrief, er feiere jährlich seinen Geburtstag mit den ehemaligen Schülern, die er von 1924 bis 1932 als Klassenlehrer unterrichtet „und auch weiter behalten habe, als ich 1929 vom Lehrkörper und Elternrat zum Schulleiter gewählt wurde. Als ich 1932 abermals wieder gewählt wurde, nahm ich die Wahl sehr ungern an, weil ich lieber wieder eine neue Klasse übernehmen wollte. Schon im Herbst desselben Jahres teilte ich dem Lehrerkollegium (...) mit, daß ich Ostern 1933 die Schulleitung wieder niederlegen und eine Klasse übernehmen möchte, und ich war auch nicht zu bewegen, diesen Entschluß rückgängig zu machen. Aber im Juni 33 wurde ich dann zum Stellvertreter des neuen Schulleiters ernannt.“¹⁸

Interessant ist dabei, dass Gustav Schmidt, der zusammen mit Heinrich Böe als Lehrer gearbeitet hatte und später Böes Schulrat gewesen war, nach 1945 keine Stellungnahme über Böe abgegeben hatte.

Heinrich Böe starb am 21.12.1979.¹⁹

Anmerkungen

1 Alle Angaben laut Personalakte Heinrich Böe, StA HH, 361-3_A 1506

2 Ebd.

3 Entnazifizierungsakte Heinrich Böe, StA HH, 221-11_Ed 17313

4 Ebd.

5 Vermerk von OSR Mansfeld vom 2.6.1939, ebd.

6 Das Schreiben ist in Abschrift enthalten in der Entnazifizierungsakte Millahn, StA HH, 221-11_Z 7401

7 Ebd.

8 Entnazifizierungsakte Böe, a. a. O.

9 Personalakte a. a. O.

10 Entnazifizierungsakte a. a. O.

11 Ebd.

12 Ebd.

13 Ebd.

14 Ebd.

15 Ebd.

16 Personalakte a. a. O.

17 Ebd.

18 Ebd.

19 Ebd.

Richard Ackermann

„Er genießt in allen maßgeblichen Stellen der Partei großes Ansehen und wird als Nationalsozialist überall geschätzt.“

Der langjährige Schulleiter des privaten Paulinums, der Schule des Rauhen Hauses in Hamburg, später Wichernschule, war als Pädagoge von Beginn an sozial engagiert. Seit 1933 Mitglied der NSDAP und des NSLB, in beiden Organisationen auch aktiver Funktionär, versuchte er, christliche Überzeugung und Nationalsozialismus unter einen Hut zu bringen.

1939 zog er als Offizier in den Krieg und war bemüht, noch von der Front die Geschicke der Schule zu beeinflussen, bis er den „Heldentod“ fand.

Richard Ackermann wurde am 17.3.1893 in Lauenburg geboren. Sein Vater, Paul Ackermann, verheiratet mit Anna Ackermann, war dort Fährmann. Richard Ackermann besuchte von 1899 bis 1902 die Bürgerschule seiner Heimatstadt, wechselte dort danach auf die Albinus-Mittelschule, später auf die Realschule des Johanneums in Lübeck und anschließend nach Bad Oldesloe in die Oberrealschule, wo er 1912 die Reifeprüfung bestand. Anschließend begann Ackermann ein naturwissenschaftliches Studium (Mathematik, Physik, Chemie) in Halle und Jena. Wie bei vielen anderen seiner Generation wurde das Studium durch den Krieg unterbrochen. Richard Ackermann befand sich vom 17.12.1914 bis zum 31.5.1919 im Kriegsdienst und anschließender Gefangenschaft.

Im Jahre 1917 war er nach einer Kriegsverletzung „kampfunfähig“ und wurde für ein halbes Jahr als Lehrer einer französischen Dorfschule in Sancy bei Briey (Lothringen) eingesetzt. Danach musste Ackermann erneut an die Front.

Nach dem Krieg nahm Ackermann das Studium in Halle wieder auf und absolvierte am 29.7.1921 die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen und am 6.12.1921 die pädagogische Prüfung in Jena. Danach war er in Magdeburg bis März 1922 voll beschäftigt.¹

Ostern 1922 wechselte Ackermann an das Paulinum, die Schule des Rauhen Hauses in Hamburg-Horn. Schon 1921 waren ihre beiden Abteilungen, die Volksschule für die Kinderanstalt und die höhere Schule für die „Pensionäre“, dem hamburgischen Einheitsschulgesetz von 1919 folgend, unter ihrem damaligen Leiter, Dr. Georg Tiede, zur „Deutschen Einheitsschule“ zusammengelegt worden. Nach Thiedes Pensionierung 1923 wurde Richard Ackermann vom Verwaltungsrat des Rauhen Hauses mit Zustimmung der Oberschulbehörde als wissenschaftlicher Leiter

eingesetzt.² Die Schule hatte 176 Schüler, elf fest angestellte Lehrkräfte, darunter eine Lehrerin, Helene Kähler, und vier Lehrer ohne feste Anstellung.

Zur gleichen Zeit heiratete Ackermann am 1.4.1923 Gertrud Opel. Ihre Ehe blieb kinderlos.

Ackermann führte die reformpädagogischen Ansätze seines Vorgängers fort. Ab 1924 wurden auch externe Schüler aufgenommen, womit eine Steigerung der Schülerzahl und die Hoffnung auf zusätzliche Einnahmen verbunden waren. Damit verlagerte sich aber auch der Charakter der bis dahin gültigen Einheit von Sozial- und Schulpädagogik hin zum Schulpädagogischen.

Um dem pädagogischen Ursprungsgedanken seines geistigen Vaters wieder Raum zu geben, ließ Ackermann die Schule nach Umbau und Erweiterung schon ein Jahr später, 1927, in „Wichernschule“ umbenennen.

Richard Ackermanns Tätigkeit als Schulleiter des Paulinums und der Wichernschule war offenbar durchaus engagiert, erfolgreich und anerkannt. Ackermann war als beurlaubter preußischer Lehrer an die Schule gekommen, einer privaten Einrichtung, die ständig unter finanziellen Schwierigkeiten litt. Dieses, sowie das Engagement Ackermanns, wurden deutlich in einem Vorgang zur Zeit der NS-Herrschaft im Hamburger Schulwesen. Richard Ackermann richtete am 24.8.1934 eine Art Hilferuf an die Landesunterrichtsbehörde. Er wies darauf hin, dass er im Status eines beurlaubten Studienrates des Provinzialkollegiums Schleswig die Wichernschule leite und Schleswig die Beurlaubung nicht verlängern wolle.³ Die Wertschätzung für Ackermann spiegelte der Vermerk des für die privaten Schulen zuständigen Oberschulrates Wilhelm Oberdörffer wider.⁴

Oberdörffer schrieb: „Die im Antrage des Studienrats Richard Ackermann (Leiter der Wichernschule Hamburg) vom 24. August des Jahres wegen Übernahme in die Liste Hamburger Studienräte enthaltenen Angaben stimmen. Sowohl Herr Oberschulrat Meyer als auch ich haben Herrn Ackermann wiederholt in sichere Aussicht gestellt, daß er in den hamburgischen Staatsdienst übernommen werden würde, falls seine Tätigkeit an der Wichernschule durch Eingehen dieser Anstalt oder andere nicht in seiner Person liegende Umstände ein Ende finden sollte. Herr Ackermann, der bisher, wie er näher ausführt, von Preußen beurlaubt war, hat die Wichernschule seit Ostern 1923 kraftvoll geleitet und sich um den Austausch der Schule zur Vollanstalt große Verdienste erworben. Er ist ein ausgezeichnete Lehrer, ein vorzüglicher Schulleiter und genießt bei Elternschaft und Lehrkörper gleich hohes Ansehen. Der Antrag des Herrn Ackermann ist so zu verstehen, daß er im Interesse seiner Familie Sicherungen haben möchte für den Fall, daß die Wichernstiftung die Schule aus finanziellen Gründen nicht länger aufrechterhalten könnte. Ich weiß,



Kollegium der Wichernschule 1934 mit Schulleiter Richard Ackermann in der vorderen Reihe (4. v. l.), rechts neben ihm rechts Oberschulrat Wilhelm Oberdörffer.

daß Herr Ackermann nur den Wunsch hat, möglichst lange, am liebsten für immer, an der Spitze der Wichernschule zu stehen und nicht an einer staatlichen Schule in Hamburg zu wirken. Es würde im Augenblick auch kein geeigneter Nachfolger für ihn zu finden sein. Der Wunsch des Herrn Ackermann ist durchaus begreiflich und verdient weitgehende wohlwollende Berücksichtigung.“⁵

Oberdörffer ergänzte: „Sollte dieser Vorschlag undurchführbar sein, so wäre zu erwägen, ob es nicht möglich ist, eine Entscheidung des Staatsamts in der Richtung herbeizuführen, daß Herrn Ackermann die Übernahme in den hamburgischen Staatsdienst zu einem späteren Zeitpunkt schriftlich zugesichert wird unter der Voraussetzung, daß er bei seiner möglichen Übernahme dienstfähig ist und andere in seiner Person begründete Bedenken nicht vorliegen. Hinzufügen möchte ich, daß Herr Ackermann die Übernahme als Studienrat an das Matthias-Claudius-Gymnasium in Wandsbek, die ihn vollkommen sichern würde, ausschlägt, weil er sich mit der Arbeit an der Wichernschule so eng verbunden fühlt, daß er unter den augenblicklich besonders kritischen wirtschaftlichen Verhältnissen des Rauhen Hauses seine Tätigkeit und seinen Einfluß auf die Schule unter keinen Umständen aufgeben möchte. Diese ideale Berufsauffassung kann nicht hoch genug gewertet werden und kennzeichnet den lauterer Charakter des Herrn Ackermann.“⁶

In einem Schreiben vom 11.10.1935 an das Wehrbezirkskommando Hamburg II verfasste Wilhelm Oberdörffer einen Befähigungsbericht über Richard Acker-

mann: „Ich kenne Herrn Ackermann seit Beginn seiner Tätigkeit in Hamburg und habe ihn als eine aufrechte, charakterfeste Persönlichkeit schätzen gelernt, der die für einen Führer erforderlichen Eigenschaften besitzt. Er ist ein besonders tüchtiger Pädagoge und hat es verstanden, die seiner Leitung anvertraute Wichernschule zu einer im hamburgischen Schulwesen angesehenen Vollanstalt auszubauen. Seine wirtschaftlichen Verhältnisse sind, soweit mir bekannt, geordnet. Er ist ein bescheidener und für sich selbst durchaus anspruchsloser Mensch, der in Zeiten, wo die Wichernschule wirtschaftlich schwer zu kämpfen hatte, freiwillig Gehaltsabzüge auf sich genommen hat und damit seinem Lehrkörper mit gutem Beispiel vorangegangen ist. Zum nationalsozialistischen Staate ist er durchaus positiv eingestellt; er ist Politischer Leiter und hat auch einen Kursus in der Gauführerschule Hamburg durchgemacht. Seine Ehefrau ist mir nicht bekannt; Nachteiliges ist mir aber nie über sie oder ihre Ehe bekannt geworden.

Nach meinem Dafürhalten erfüllt Herr Ackermann, der im Kriege seine Pflicht an der Front durchaus erfüllt hat und in Folge eines in seiner unmittelbaren Nähe heruntergegangenen Volltreffers einen Nervenschock erlitten hatte, der aber zum Glück ohne besondere Folgen geblieben ist, alle Forderungen, die man billigerweise an einen Offizier im Reichsheere stellen kann. Nachteiliges ist mir über ihn in den langen Jahren, seitdem ich ihn kenne, nicht zu Ohren gekommen.“⁷

Auf einer Kopie dieses Schreibens vermerkte Oberdörffer vier Jahre später, am 8.11.1939, handschriftlich: „Herr Ackermann hat sich seitdem weiter als tüchtiger Schulmann und Erzieher bewährt und besonders als Leiter der Schule sich allen Aufgaben, die ihm gestellt wurden, uneingeschränkt gewachsen gezeigt. Seine Stellung in der NSDAP ist noch mehr gefestigt; er genießt in allen maßgeblichen Stellen der Partei großes Ansehen und wird als Nationalsozialist überall geschätzt.“⁸

Richard Ackermann war also nicht nur sozial und schulisch aktiv, sondern auch als Nationalsozialist. In dem von ihm ausgefüllten Personalbogen vom 21.10.1939 listete er seine Mitgliedschaften in NS-Organisationen und seine Funktionen auf: „Seit 1.5.1933 NSDAP, Kreisamtsleiter; seit 1.8.1933 NSLB, Kreisabschnittsleiter; seit 1.4.1934 NSV, seit 1.10.1933 NSKOV, seit 10.5.1933 NSBO.“⁹

Vom 5.5.1933 bis zum 20.9.1933 hatte Ackermann an einem Geländesportkurs der Polizei in Hamburg teilgenommen, 1935, 1936 und 1938 jeweils mehrwöchige Übungen bei der Wehrmacht abgeleistet. Das alles war dienstlich für die dann erfolgte Übernahme in den Hamburger Staatsdienst und seine Beförderung wichtig. Da genügte nicht allein die lobende Beurteilung durch den Oberschulrat. So richtete OSR Wilhelm Oberdörffer eine Anfrage an die NSDAP über den NSLB im Curiohaus: „Die Schulverwaltung der Hansestadt Hamburg bittet, eine Äußerung des zuständigen Kreisleiters darüber herbeizuführen, ob der Schulleiter der

Wichernschule, Richard Ackermann, geboren 17.3.1893 in Lauenburg, nach seinem Verhalten die Gewähr bietet, daß er jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintritt. Wohnung seit dem 1.1.1932: Hamburg 34, Horner Weg 170.“¹⁰

Der NSDAP-Kreisleiter Fromm teilte am 12.7.1938 mit: „Laut Auskunft der zuständigen Kreisleitung ist der Obengenannte in politischer und charakterlicher Hinsicht einwandfrei.“¹¹

Albert Mansfeld, der für das Personal verantwortliche Gauhauptstellenleiter im NSLB, fasste das Gutachten abschließend zusammen: „Pg. Ackermann ist bis zur Neugliederung des Gaues (November 1937) Kreisschulungsleiter im Kreise Horn-Hamm-Süd gewesen und jetzt im Kreise 5 im NSLB als Abschnittswalter tätig. In charakterlicher und politischer Hinsicht ist von ihm nur das Beste zu berichten. Die übertragene Arbeit erledigt er sorgfältig und gewissenhaft.“¹²

Welcher Art diese Arbeiten waren, ist nicht bekannt, Tätigkeitsnachweise z. B. in den Gaunachrichten, fehlen.

Richard Ackermann hatte lange darum gekämpft, die Wichernschule als private Schule zu erhalten. Zu diesem Zweck war er darum bemüht, die Schule im Sinne der nationalsozialistischen Ideen zu organisieren. 1934 hatte er seine Gedanken zur „Gestaltung der deutschen Schule“ formuliert und geschrieben:

„Die Forderungen an die neue, jetzt zu gestaltende deutsche Schule sind nicht zu erfüllen durch rein intellektuelle Bewegungen und nur äussere Maßnahmen wie besondere Berücksichtigung von Fächern im Stundenplan, Veränderung der Lehrpläne und dergleichen, sondern allein dadurch, dass alle Kräfte und Fähigkeiten, die im Schüler entwickelt werden sollen, zunächst einmal im Lehrer selbst stark lebendig sind. Der Ansatzpunkt muss deshalb vor allem der Lehrer in seiner inneren und äusseren Haltung sein. In jedem Lehrer muss lebendig sein: eine starke Liebe zur Heimat, zum Volk, zum Vaterland; ein starkes Pflichtgefühl und Verantwortungsbewusstsein; ein ständiger starker Wille zur Tat, zum frischen, mutigen Anpacken des Lebens, sowie der Glaube, dass uns der Führer und die Gegenwartsaufgaben durch den Schöpferwillen Gottes gegeben sind. Zugleich muss das Geistes- und Seelenleben unseres Volkes aus des Lehrers eigener Seele emporquellen und in all seinem Tun mitschwingen. Diese Haltung muss aber auch, wenn sie echt sein soll, durch ein abgerundetes Wissen unterbaut sein, ein Wissen um den Sinn und das Ziel unseres Lebens, ein Wissen um das Geschehen in der geschichtlichen Vergangenheit unseres Volkes, ein Wissen um die in dem politischen Geschehen der Gegenwart um Gestaltung ringenden Seelen- und Geisteskräfte, ein Verwurzelte sein in der nationalsozialistischen Weltanschauung. Außerdem wird der Lehrer aus dem Gefühl der Verantwortung gegenüber dem Volk und um der Jugend willen ein Vorbild und ein Kamerad zu sein haben, der unter denselben Pflichten steht und sich



Kollegium der Wichernschule 1938. Richard Ackermann vordere Reihe (1). Sein Stellvertreter, der die Schule leitete, seitdem Ackermann 1939 als Offizier in den Krieg gezogen war, Hans Reimers (2), stand hier noch in der zweiten Reihe.

demselben Führer verschworen hat, seinen eigenen Körper turnerisch und wehrsportlich ausbilden und stählen.“ In diesem wie in einem weiteren Schreiben von 1937 äußerte sich Ackermann loyal zum NS-Staat, doch fehlten nationalsozialistische Schlüsselbegriffe wie Führerprinzip und Antisemitismus. Tatsächlich verwiesen weder er noch sein Nachfolger Reimers jüdische Schüler von der Schule.

Und zum Verhältnis Schule und HJ stellte er fest: „Da der neue Geist in einer so gelebten Schule derselbe sein wird wie der in den nationalsozialistischen Jugendverbänden, wird ein Hand-in-Hand-arbeiten eine natürliche Folge sein können.“¹³

1937 gelang es Ackermann, eine Ausnahmeregelung für die Grundschule zu erwirken, entgegen einem Ministerialerlass vom 4.4.1936, Kinder in der Vorschule aufnehmen zu können. Oberschulrat Wilhelm Oberdörffer und Schulrat Fritz Köhne hatten dies unterstützt. Köhne mit den Worten: „Es lebt in der Schule – und das geht gewiß auf Wichern zurück – der Geist sozialer Verpflichtung und eine starke Hilfsbereitschaft gegenüber dem durch Anlage, wirtschaftliche Not oder Familienauflösung gefährdeten Jungen. Diese Haltung führt zu einer Erziehung und Unterrichtsform, die den Jungen in seiner Klassengemeinschaft, die so klein ist, daß sie ihn nicht erdrückt, in den Mittelpunkt stellt. Pauker finden in der Wichernschule keinen Platz, sie braucht Lehrer, die lebendig und kraftvoll mit Kindern verbunden sind und ihnen mit innerer Verantwortung nachgehen.“¹⁴

Karl Witt, Präsident der Landesunterrichtsbehörde, stimmte dem am 11.3.1937 zu.

Und, noch im Krieg, telegrafierte Richard Ackermann am 20.9.1939: „Die Wichernschule zu schließen während ich vor dem Feind stehe ist völlig unmöglich. Ich bitte von allen Maßnahmen Abstand zu nehmen. Brestlitowsk Ackermann.“¹⁵ Nach Ackermanns zwischenzeitlicher Rückkehr aus Russland sah es dann anders aus.



Oberleutnant Richard
Ackermann, 1941

Am 29.9.1939 trat Richard Ackermann vor die allgemeine Lehrerkonferenz. Das Protokoll hielt fest: „Ab 1. Oktober 1939 wird die Wichernschule und Internat ein Staatsbetrieb. Die Unterzeichnung der Übernahme ist bereits vollzogen durch Vertreter des Rauhen Hauses, der Schulverwaltung, Herrn Direktor Ackermann und durch den Reichsstatthalter.“¹⁶

Damit war der Bestand der Schule und des Internats gesichert, die Wichernschule wurde nicht, wie andere höhere Privatschulen in Hamburg, aufgelöst.

Für Schulleiter Richard Ackermann hatte die Verstaatlichung der Schule einen durchaus positiven Nebeneffekt: Am 12.12.1939 unterzeichnete Reichsstatthalter Karl Kaufmann die „Ernennungsurkunde zum Oberstudiendirektor“ für Richard Ackermann. Und Ackermann, der im Anschluss seiner letzten Übung bei der Reichswehr, die am 1.8.1939 begann, im Kriegsdienst war („Feldzug in Polen“, wie er schrieb) bedankte sich am 30.12.1939 als Leutnant in einem Infanterieregiment „für meine Ernennung zum Oberstudiendirektor, die mir gerade zum Heiligen Abend mitgeteilt wurde, von ganzem Herzen. Ich hoffe, daß es mir nach siegreich beendetem Kriege vergönnt sein wird, das in mich gesetzte große Vertrauen zu rechtfertigen.“¹⁷

Zwischen seinen Kriegseinsätzen nahm Ackermann sein Amt als Schulleiter wahr, während seiner Abwesenheiten trat sein Stellvertreter, Dr. Hans Reimers, an seine Stelle.¹⁸

Das letzte Schreiben Richard Ackermanns als „Oberleutnant und Kompaniechef einer Panzerjägerkompanie“ an die Schulverwaltung richtete sich am 23.7.1941 von der Ostfront an Oberschulrat Albert Henze. Ackermann dankte „für die Übertragung der nebenamtlichen Tätigkeit als Leiter des Schülerheims der Wichernschule, zumal da ich jetzt auch weiterhin in der Lage sein werde, nach Rückkehr aus dem Felde meine bisherige Arbeit, die ich als meine Lebensaufgabe angesehen habe, fortzusetzen. Ebenso danke ich für die wohlwollende Klärung meiner Besoldung.“¹⁹

Sechs Wochen später war Richard Ackermann tot. Kurz davor hatte Richard Ackermann seiner Mutter noch einen letzten Brief geschrieben. Es gehe ihm gut. Sein Regiment habe Reval genommen. Am 1. September hätten sie auch die Hafenstadt Hapsal erobert. Danach seien sie im Eiltempo quer durch Estland nach Leningrad gezogen. Dort lägen sie im Kampf. „Gleich werden wir unseren Gefechtsstand weiter nach vorn verlegen, da der Russe heute morgen aus einer Stellung vertrieben wurde.“²⁰

Regimentskommandeur Oberst Hippler schrieb am 9.9.1941 an die Witwe Gertrud Ackermann: „Sehr verehrte, gnädige Frau! Ich erfülle eine sehr traurige

Pflicht, wenn ich Ihnen den Heldentod Ihres Herrn Gemahls mitteile. In der Nacht vom 6. zum 7.9.1941 war ihr Gatte in einer russischen Bauernhütte untergezogen. In den frühen Morgenstunden des 7. September schlug eine Fliegerbombe in das Haus. Ihr Gatte wurde durch einen Splitter in die Leber schwer verletzt. Er wurde sofort abtransportiert, ist aber bald darauf im Feldlazarett in Lamocha verstorben, wo er auch beigesetzt worden ist. Ich weiß, wie schwer Sie, sehr verehrte, gnädige Frau, diese Nachricht treffen wird. Es ist schwer, Worte zu finden, die Ihnen ein Trost sein könnten. Ihr Mann ist als wahrer Held für die Größe unseres Vaterlandes gefallen. Wir verlieren einen sehr beliebten Kameraden, die Kompanie trauert um ihren Chef. Ich verliere meinen bewährten Kompaniechef, der Panzerjägerkompanie. Eine große Lücke ist in mein Offizierskorps gerissen. Sie und Ihre Kinder aber verlieren mehr. Ich kann Ihnen nur mein herzlichstes Beileid aussprechen, zugleich im Namen des Offizierkorps. Wir werden unseren lieben Ackermann nicht vergessen. Sein Name wird eingehen in die Geschichte unseres jungen Regiments und stets mit den Taten des Regiments in Frankreich und Russland eng verknüpft bleiben.

Möge Gott Ihnen beistehen, diesen schweren Schicksalsschlag zu tragen. Denken Sie immer daran, wie viel Frauen und Mütter in gleicher Lage sind und tapfer sein müssen. Im Geiste drücke ich Ihnen, sehr verehrte, gnädige Frau, die Hand.“²¹

Ackermanns Schwager, Alexander Opel, hatte in einem Schreiben vom 22.9. 1941 an die Oberschulbehörde noch präzisere Angaben gemacht: „Mein Schwager wurde morgens um 4 Uhr von einem russischen Bombenangriff überrascht. Zu dieser Zeit befand er sich in einer russischen Bauernhütte. Ein Bombensplitter drang ihm in die linke Leibseite ein, verursachte Verletzung der Leber und Zerreißen. 7.30 Uhr wurde er auf dem Hauptverbandsplatz eingeliefert, und 9.30 Uhr ist er auf dem Operationstisch sanft eingeschlafen. Unter den ärztlichen Maßnahmen hatte mein Schwager das Bewußtsein zurückerhalten. Die Ärzte hatten ihm Hoffnung gemacht, daß er wieder gesund würde, was er damit beantwortete, daß er noch sehr viel Arbeit zu erledigen hat. Ohne Vornahme eines chirurgischen Eingriffes ist mein Schwager dann verschieden. Der Ort heißt Lamocha und liegt westlich Petersburgs.“²²

Reichsstatthalter Karl Kaufmann kondolierte mit den Worten: „Möge Ihnen das Bewußtsein, daß Ihr Gatte das Opfer seines Lebens für die Sicherung der Zukunft unseres Deutschen Vaterlandes brachte, ein Trost sein in Ihrem Leid.“²³

Der Witwe Gertrud Ackermann war das kein Trost. Wie so viele andere Ehefrauen von NS-Aktivisten gab sie in ihrem Entnazifizierungsfragebogen an, keiner NS-Organisation angehört zu haben, ohne Beruf und aufgrund eines Venenleidens arbeitsunfähig zu sein. „Meine ganze Habe ist in Hamburg vernichtet“, sie sei „völlig gebrochen.“²⁴

Seit dem 30.5.1951 war sie in den Alsterdorfer Anstalten untergebracht, wo sie am 6.5.1952 starb.²⁵

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut seiner Personalakte, StA HH, 361-3, A 0574
- 2 Schreiben des Verwaltungsrates des Rauhen Hauses vom 29.3.1923, Personalakte a. a. O.
- 3 Personalakte a. a. O.
- 4 Siehe die Biografie Oberdörffer, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 528ff.
- 5 Vermerk Oberdörffer vom 1.9.1934, Personalakte a. a. O.
- 6 Ebd.
- 7 Personalakte a. a. O.
- 8 Ebd.
- 9 Personalakte a. a. O.
- 10 Schreiben vom 30.5.1938, Personalakte a. a. O.
- 11 Ebd.
- 12 Schreiben vom 19.7.1938. Personalakte a. a. O. Seit dem 1.10.1939 war die Wichernschule nicht mehr Privatschule, sondern eine staatliche höhere Schule.
- 13 Archiv der Wichernschule, zur Verfügung gestellt von Hildegard Thevs, die mir auch einige andere wichtige Hinweise gegeben hat.
- 14 Schreiben vom 17.2.1937, ebd.
- 15 125 Jahre Wichernschule. Im Rauhen Haus. 1874–1999, Festschrift, Hamburg 1999, S. 29.
- 16 125 Jahre Wichernschule. Im Rauhen Haus. 1874–1999, Festschrift, Hamburg 1999, S. 30.
- 17 Personalakte a. a. O.
- 18 Siehe Biografie Hans Reimers in diesem Buch.
- 19 Personalakte a. a. O.
- 20 Nach Notizen von Hildegard Thevs.
- 21 Personalakte a. a. O.
- 22 Ebd.
- 23 Personalakte a. a. O.
- 24 Personalakte a. a. O.
- 25 Personalakte a. a. O.

Ernst Dätz

„In seiner politischen Einstellung hat er sich als völkisch national bewährt.“

Ernst Dätz, 1894 geboren, gehörte zu der Generation von Lehrern an höheren Schulen in Hamburg, die sich nach ihrer Schulzeit freiwillig für den Ersten Weltkrieg meldeten oder eingezogen wurden und diesen Krieg als Offiziere beendeten, mit der Depression der Erfahrungen und der Niederlage in ein Lehrerstudium eintraten. Diese Erfahrungen, diese Sozialisation führte viele 1933 in die NSDAP und in schulische Führungsfunktionen, häufig auch erneut als Offiziere in den Zweiten Weltkrieg. So auch Ernst Dätz, der Schulleiter der Oberrealschule in Eimsbüttel war, am Kaiser-Friedrich-Ufer.

Ernst Dätz stammte aus einfachen sozialen Verhältnissen, die er zum ersten Mal in einem kurzen Lebenslauf im Entnazifizierungsverfahren 1945 so benannte und thematisierte: „In meiner harten Jugend (wir waren sechs Kinder, wohnten in Rothenburgsort, mein Vater war Lokführer).“¹

Ernst Dätz wurde am 15.9.1894 in Hamburg geboren. Er besuchte die Volksschule bis 1904, anschließend die Realschule in St. Pauli und wechselte 1910 auf die Oberrealschule in St. Georg, wo er 1913 die Reifeprüfung bestand. Vom 1.10.1913 bis August 1914 diente er als Einjährigen-Freiwilliger beim Infanterie-Regiment 75 in Stade, mit dem er „auch im folgenden Jahre bei Kriegsausbruch ins Feld rückte“.²

Während des Krieges ließ er sich an der Universität Kiel immatrikulieren. Allerdings blieb er im Krieg an der Front, zum Leutnant befördert und mit nahezu allen Kriegsauszeichnungen dekoriert.

Nach dem Krieg begann er dann tatsächlich das Studium, erst in Hamburg, dann in Jena, wo er 1921 mit einer zoologischen Arbeit promovierte. „Leider zwang mich die inzwischen eingetretene Inflation, mein Studium zu unterbrechen, denn meine Ersparnisse aus dem Kriege zerrannen in ein Nichts. Um überhaupt mein Leben zu fristen, und um die Möglichkeit zu haben, mein Studium später einmal zu Ende zu bringen, ging ich ins Bankfach, das ich zunächst natürlich auch erst erlernen mußte.“³

Als er sich 1933 einmal an die Landesunterrichtsbehörde wandte, um seine Kriegszeit auf das Besoldungsdienstalder anrechnen zu lassen, formulierte er diese Phase so: „Die Inflation warf auch mich aus der Bahn, ich ging an die Bank.“⁴

1925 nahm Dätz das Studium (Biologie, Chemie, Mathematik und Philosophie) in Hamburg wieder auf. Am 21.7.1926 bestand er das 1. Staatsexamen, unter anderem bei dem jüdischen Psychologen Prof. William Stern.

„Schon als Student war ich an der Wichernschule des Rauhen Hauses beschäftigt, wo ich auch während meiner Kandidatenzeit und ein Jahr danach noch blieb.“⁵ Den Vorbereitungsdienst absolvierte Dätz am Realgymnasium des Johanneums. Am 1.4.1928 wechselte er von der Wichernschule (Paulinum) an die Oberrealschule in Eimsbüttel. Am 30.5.1930 wurde er zum Studienrat ernannt. Zwischenzeitlich hatte Ernst Dätz am 30.6.1928 geheiratet.⁶

Am 1.5.1933 trat Dätz in die NSDAP ein. Im Jahr zuvor war er Mitglied der DNVP geworden. In der NSDAP fungierte er als Blockleiter (1933 bis 1935) und danach als Ortsgruppenschulungsleiter. Er war seit 1933 auch Mitglied des NSLB, ab 1938 im Reichskolonialbund und im NS-Altherrenbund. Er besuchte vom 9.4 bis zum 28.4.1934 die Gauführerschule⁷ und war, laut Personalakte, Delegierter beim Reichsparteitag vom 5. bis zum 10.9.1934 in Nürnberg.⁸

Die Belohnung für seine NS-Aktivitäten blieb nicht aus. Auf der Schulleiterliste der Landesunterrichtsbehörde für die höheren Schulen vom 10.7.1933 wurde Ernst Dätz als stellvertretender Schulleiter an der Oberrealschule in Eimsbüttel benannt. Ein Jahr später, nachdem Schulleiter Alfred Kärner gestorben war, wurde Dätz an derselben Schule zum Schulleiter berufen.⁹

Parallel zur Schulleitertätigkeit verfolgte Dätz auch weiter seine militärische Karriere. So absolvierte er ab 1935 jedes Jahr mehrwöchige Übungen bei der Wehrmacht, wurde Oberleutnant, 1937 zum Hauptmann befördert.

Wie der Schulalltag an der Oberrealschule für Jungen in Eimsbüttel am Kaiser-Friedrich-Ufer aussah in der Zeit, als Ernst Dätz dort als Schulleiter fungierte, wird deutlich in den Erinnerungen (von 1936 bis 1943) des ehemaligen Schülers Gerhard Nöthlich, Jahrgang 1925, der in der Festschrift zum 100-jährigen Bestehen der Schule schrieb: „Am Kaifu im Dritten Reich“.¹⁰

Gerhard Nöthlich, der später selbst Pädagogik studierte, Lehrer, Schulleiter und Oberschulrat für die höheren Schulen wurde, skizzierte den von ihm erlebten Schulalltag: „Vorrdermann! Heil Hitler!! Setzen!!!“ So pflegte einer unserer Lehrer seinen Unterricht zu eröffnen, den wir allerdings nur einmal pro Woche erlebten, denn er betraf das Fach ‚Werken‘. Wir stellten Linolschnitte her oder fertigten allerlei aus heutiger Sicht unnützes Gerät an, zum Beispiel einen kleinen Ständer aus dünnem Sperrholz, auf dessen schräg geneigter, am oberen Ende halbrund gesägte Fläche Vaters Taschenuhr zu hängen kam – zur besseren nächtlichen Beobachtung, wenn die Sirenen heulten, was in Hamburg ab 1940/41 regelmäßig der Fall war, mit der Folge, daß Vormittagsstunden ‚wegen Fliegeralarm‘ ausfielen, je nach Zeitpunkt und Dauer des nächtlichen Luftangriffs.“¹¹ Bei dem Werklehrer handelte es sich um Heinrich Hehn, der in diesem Buch noch gesondert porträtiert wird, ein extrem fanatischer, unangenehmer, intriganter NS-Aktivist.

Schule hieß nicht immer Schule und sah im Krieg so aus: „Ausfall des Unterrichts hielt seinem Stattfinden während der Kriegsjahre in etwa die Waage. Unterricht fiel nämlich nicht nur wegen Bombenalarms aus. Er fiel auch aus, wenn im Winter die Heizung außer Betrieb war; ‚Kohlenferien‘ gab es dann. Er fiel ebenfalls aus, wenn die gesamte Schülerschaft in die Aula gerufen wurde, um die Rundfunkübertragung einer Rede ‚des Führers‘ im Gemeinschaftserlebnis anzuhören. Hitler sprach häufig und lange, auch schon, und besonders häufig, vor Kriegsbeginn. Unterricht fiel aus, weil ein vierwöchiger ‚Ernteeinsatz‘ zu absolvieren war, im Falle meiner Klasse: Kartoffelernte in der Feldmark eines Dorfes Hollenstedt. (...) Unterricht fiel ferner aus, weil wir als Sechzehnjährige in ein sogenanntes ‚Wehrtüchtigungslager‘ einberufen wurden, um im praktischen und theoretischen Dienst mit der Waffe, im günstigeren Fall am Funkgerät unterwiesen zu werden. Gelegentlich wurde der Schulunterricht auch nur stundenweise unterbrochen, so zum Beispiel, wenn eine kleine Kommission durch die Klassen ging, um unseren Haarschnitt auf Länge und Stil zu kontrollieren. Militärisch kurz, auf Streichholzlänge gestutzt – das war die Forderung jener Jahre, was die männliche Haartracht betraf. Für Mädchen (‚Maiden‘) galt Entsprechendes; sehr erwünscht war schlicht-straft zurückfrisirtes Haar, das im Nacken zu einem festen Knoten geschlungen war. Wer jener Forderung nicht nachkam, seinem Äußeren einen allzu zivilen Anstrich gab, zum Beispiel auch durch Mitführen eines Regenschirms oder durch das Tragen einer flachen, in gewisser Weise englisch wirkenden Sportmütze, galt als latent oder offen oppositionell, gerade in Hamburg, und dagegen schritt man ein.“¹²

Interessant auch die Beschreibung von Begeisterung, Anpassung und Widerspruch bei der Schülerschaft: „Wer war ‚man‘? Das waren überzeugte Anhänger der NS-Ideologie, Funktionäre der NS-Jugendorganisation (HJ), häufig der ‚Streifen-HJ‘, die es innerhalb der Schülerschaft gab und von denen einige es fertig brachten, Oppositionelle, jugendliche Regime-Gegner, Angehörige der in Hamburg stark vertretenen ‚Swing-Jugend‘, bei einschlägigen Stellen zu denunzieren, so daß wir auch den Fall erlebten, daß einer unserer besonders offenen und kritischen Mitschüler für mehrere Monate im KZ-Flügel der Haftanstalt Fuhlsbüttel festgehalten wurde. Andere wurden ‚nur‘ von der Gestapo verhört. Ja, den oppositionellen Geist, der sich an etlichen der Hamburger ‚Oberschulen‘ verbreitete, beargwöhnte das NS-Regime mit Wachsamkeit. Was wuchs da heran? Doch es wuchs – außer den bereits erwähnten regimetreuen – auch anderes heran: Repräsentanten, die geradezu glühend vor Eifer hinter der NS-Ideologie standen, sie offensiv vertraten, von ‚Karl dem Sachsenschlächter‘ und ‚Friedrich dem Einzigen‘ sprachen und mit klirrenden Hufeisen unter den stramm geschnürten Nagelstiefeln die Aula verließen, wenn anlässlich einer Weihnachtsfeier – auch die gab es noch zwischen 1936

und 1943 – helle Sextaner-Stimmen ein Lied sangen, in dem der Nikolaus vorkam, der als christlicher Heiliger einem Nachfolger der Germanen unerträglich war.“¹³

Gerhard Nöthlich schilderte eindringlich, wie schüleroppositionelles Verhalten aussehen konnte: „Die älteren Jahrgänge etlicher Schulen waren nach Sagebiel, einem der großen Hamburger Konzert- und Veranstaltungssäle, in Marsch gesetzt worden, wo sie einen hochdekorierten Frontoffizier live erleben sollten: Ritterkreuzträger als Multiplikator, das war der Sinn der Veranstaltung (natürlich: Unterrichtsausfall). Ein großer Teil derer, die diesem Mann nach dem Willen der damaligen Machthaber bald nacheifern sollten, zog offensichtlich nur widerwillig los. Noch vor Beginn der Veranstaltung breitete sich im Saal eine gewisse Unruhe aus; die Bemühungen der Lehrer, Ruhe zu schaffen, waren nur von Teilerfolgen gekrönt. Nicht lange nach Beginn der Rede, die von Einsatz, Kampf und Mut handelte, begann an völlig unpassender Stelle, bei einer Zeit- oder Ortsangabe etwa, ein rhythmischer Applaus, der sich über Parkett und Ränge ausbreitete. Weder Stimmen, die Ruhe forderten, noch Beschwichtigungsgebärden der Lehrer fruchteten etwas. Irgendwo begannen Gruppen, bald darauf Massen von Schülern, sich von ihren Sitzen zu erheben und, noch immer rhythmisch applaudierend, verließ ein Teil von Hamburgs Jugend den Ort des Geschehens. Die Sache hatte in der Schule lediglich ein verbales Nachspiel, doch vermute ich, daß sich die oben erwähnte Spitzeltätigkeit verstärkte, denn die ‚Rädelsführer‘ wollte man ‚unschädlich machen‘ und das gelang durch Weitergabe von Informationen.“¹⁴

Über die von ihm erlebten Lehrer schrieb Gerhard Nöthlich: „Um nun auf jenen zackigen Werklehrer zurückzukommen: Er war einer der wenigen auf den ersten Blick erkennbaren ‚Nazis‘, die ich in jener Zeit am Kaifu erlebte. Zumindest durch seine Reden wies er sich als solcher aus, indem er, während wir sägten, raspelten und hämmerten, aus der ‚Kampfzeit‘ berichtete. Damit meinte er die Zeit vor 1933, in der um den Sieg noch gekämpft wurde. Er sprach davon vorgeschobenen Kinns und mit fast bebender Stimme: ‚Junge! Da haben wir so manchmal gekämpft, mit dem Revolver in der Faust und mit der Faust in der Tasche‘, und was dergleichen Unsinn mehr war. Er beeindruckte die meisten von uns nicht. Etliche Gleichgesinnte unserer Klasse fanden ihn, und was er sagte, lustig, und wir nahmen ihn auf unsere Eimsbütteler Schippe, so gut wir konnten. Am anderen Ende der Skala gab es Lehrer, deren oppositionelle Einstellung wir aus Geste, Haltung, Miene, nicht selten sogar aus ihrer Art, sich zu kleiden, herausspürten, gelegentlich auch aus dem unverschlüsselten oder verschlüsselten Wort. Vielen meiner ehemaligen Mitschüler wird jener Lehrer in Erinnerung sein, der Stunde für Stunde den Klassenraum mit pflichtgemäß zum ‚deutschen Gruß‘ erhobener Hand betrat, doch in der Hand hielt er sein Schlüsselbund, das er, nach hinten über die Schulter aus-

holend, aufs Lehrerpult knallte, wobei er statt ‚Heil Hitler‘ murmelte: ‚Also, wir hadd’n ...‘“, womit er regelmäßig seine Mathematikstunde begann, auch wenn die Sommerferien zwischen der letzten und der neuen lagen. Mir fallen mehr Lehrer ein, welche diesem Typ zuzuordnen sind, als solche vom Schlage des Werklehrers. So war es auch schon eindrucksvoll, als unser damaliger Klassenlehrer auf die mit Sicherheit dienstlich angeordnete Frage: ‚9. November: welchen Tag feiern wir heute?‘ und die Antwort eines Mitschülers: ‚Meine Mutter hat Geburtstag.‘ lediglich mit der flachen Hand auf die Pultfläche schlug und meinte: ‚Wir sind hier unter uns, aber ... Ihr eckt noch mal an!!‘ Und grimmig besorgt guckte.“¹⁵

Über den Schulleiter, Ernst Dätz, gibt es in der Festschrift nur eine kurze Bemerkung. Er wurde als „Schulleiter im Major-Uniform mit großer Ordensschnalle, der soldatisch-patriotisch tönte“ bezeichnet.¹⁶

Am 5.10.1939 zog Ernst Dätz in den Krieg, am 29.11.1941 wurde er zum Major befördert. Am 1.9.1942, nach seiner Entlassung aus dem Heer, kam er zurück an die Oberrealschule Eimsbüttel. Zum 21.10.1943 versetzte ihn die Behörde als Oberstudiendirektor an die Oberschule für Jungen in Blankenese.¹⁷

Zum 50. Geburtstag gratulierte ihm am 15.9.1944 OSR Walter Behne: „Nachdem ich Ihnen schon fernmündlich die herzlichsten Glückwünsche zu ihrem 50. Geburtstag ausgesprochen habe, möchte ich diese im Namen der Schulverwaltung auf diesem Wege wiederholen. Ich verbinde damit gleichzeitig den Dank der Schulverwaltung und auch meinen persönlichen Dank für die von Ihnen bisher erfolgreich geleistete Arbeit. Möge Ihnen auch für die fernere Zukunft Ihre Schaffenskraft und Einsatzbereitschaft zum Wohle des hamburgischen höheren Schulwesens erhalten bleiben.“¹⁸

Bedeutsam auch für den weiteren Ablauf nach 1945 erscheinen zwei vertrauliche Stellungnahmen der Oberschulräte Wilhelm Oberdörffer und Theodor Mühe, die diese 1935 über Dätz abgaben. Sie waren vom Wehrbezirkskommando Hamburg II „vertraulich“ gefragt worden. Ziel war es, zu überprüfen, ob Dätz für eine weitere militärische Karriere geeignet wäre: „Das Wehrbezirks-Kommando bittet um eine vertrauliche Beurteilung des Bewerbers hinsichtlich Persönlichkeit, Charakter, Lebensführung, Umgangsformen, politische Einstellung, Zugehörigkeit zu Wehrverbänden, wirtschaftliche Lage, Ansehen in der Bevölkerung und dergleichen. Auch betreffs der Ehefrau des Bewerbers wird um Mitteilung über Herkunft, Lebensführung usw. gebeten. Es ist dem Wehrbezirks-Kommando daran gelegen, dass keine Gründe verschwiegen werden, die eine etwaige Verwendung des Bewerbers im Reichsheere unerwünscht oder untunlich machen.“

Theodor Mühe, der selbst an der Oberrealschule in Eimsbüttel tätig gewesen war, bevor er 1933 Oberschulrat wurde und der zusammen mit Ernst Dätz auch vor 1933 der DNVP angehört hatte, schrieb am 28.8.1935:

„Auf das vertrauliche Schreiben vom 19. d. M. betr. den Studienrat und Schulleiter Dr. phil Ernst Dätz habe ich mitzuteilen, daß nach meiner Kenntnis im persönlichen und amtlichen Verkehr Herr Dr. Dätz nach Charakter und Lebensführung ebenso wie hinsichtlich seiner Umgangsformen durchaus einwandfrei ist. In seiner politischen Einstellung hat er sich als völkisch national bewährt. Er erfreut sich allgemeiner Wertschätzung. Ohne eine genauere Kenntnis im einzelnen bin ich überzeugt, daß seine wirtschaftliche Lage gesichert ist, und daß auch gegen seine Ehefrau nach Herkunft, Lebensführung usw. kein Einwand besteht.“¹⁹

OSR Wilhelm Oberdörffer wurde, vertraulich, noch deutlicher:

„Er ist mir seit einer Reihe von Jahren aus seiner unterrichtlichen Tätigkeit im Privatschuldienst und an öffentlichen hamburgischen Schulen bekannt und wird nach seiner Persönlichkeit und seinem Charakter, der Art seines Auftretens und des Verkehrs mit anderen Menschen besonders geschätzt. Er ist bestimmt, aber bescheiden. Man merkt ihm immer wieder an, daß er im Kriege als Offizier gelernt hat, was von einem wirklichen Führer verlangt werden muß. Keine Arbeit wird ihm zu viel, stets ist er einsatzbereit; nie drängt er sich vor, führt aber ihm gegebene Aufträge mit großer Gewissenhaftigkeit und Energie durch. Seine politische Einstellung ist durchaus positiv zum nationalsozialistischen Staat; er gehört der Bewegung an und bekleidet dort auch bereits einige Ämter. Soweit mir bekannt ist, liegen wirtschaftliche Schwierigkeiten nicht vor. Seit 30.6.1928 ist er verheiratet und lebt in glücklicher Ehe, aus der zwei Kinder hervorgegangen sind.

Alles in allem halte ich Herrn Dr. Dätz durchaus für würdig und geeignet, im Reichsheer verwandt zu werden. Jedenfalls ist mir in der langen Zeit, während der ich Herrn Dr. Dätz kenne, nie etwas Nachteiliges über ihn bekannt geworden.“²⁰

Nach dem Krieg war dann alles anders. Durch Schreiben von Senator Landahl wurde Ernst Dätz am 13.8.1945 im Namen der britischen Militärregierung beurlaubt. OSR Heinrich Schröder beauftragte Dätz am 13.8.1945 mit der Arbeit als Studienrat an der Schule in Blankenese. Einen Monat später, am 12.9.1945, wurde er entlassen.²¹

Ich verlasse hier die Chronologie der Ereignisse, um ein wichtiges Leumundzeugnis einzuführen, den „Persilschein“ vom ehemaligen Oberschulrat Wilhelm Oberdörffer, der 1935 noch gerühmt hatte, Ernst Dätz sei „sehr einsatzbereit, führt ihm gegebene Aufträge mit großer Gewissenhaftigkeit und Energie durch. Seine politische Einstellung ist durchaus positiv zum nationalsozialistischen Staat; er gehört der Bewegung an und bekleidet dort einige Ämter.“²²

Am 26.8.1947, hingegen zu einem anderen Zweck, nämlich der Entnazifizierung des Ernst Dätz, akzentuierte Oberdörffer ganz anders:

„Herr Dr. Dätz ist ein tüchtiger Lehrer und Erzieher, der über umfassende, wissenschaftlich gut fundierte Kenntnisse verfügt und sich auch als Leiter einer höhe-

ren Schule durchaus bewährt hat. Er ist ein in jeder Hinsicht einwandfreier, aufrechter Charakter und hat alle Erfolge und Beförderungen in seiner Berufslaufbahn nur seinem unermüdlichen Fleiß, seiner Zuverlässigkeit und Pflichttreue zu verdanken; politische oder andere Einflüsse haben hierbei nicht mitgewirkt. Im Grunde genommen ist Herr Dr. Dätz ein völlig unpolitischer Mensch; er hat sich auch nicht zu einer Betätigung in der Partei gedrängt, sondern Aufgaben, die ihm als Mitglied der NSDAP, in die er seinerzeit aus ehrlicher Überzeugung eingetreten ist, zugewiesen worden sind, ohne starke innere Anteilnahme übernommen und durchgeführt. Wenn Herr Dr. Dätz auch nach seinen Angaben vorübergehend das Amt eines Block- und Schulungsleiters versehen hat, so wäre es unter Berücksichtigung seiner geringen inneren Bereitschaft und seiner Wesensart doch falsch, ihn als Aktivisten oder Propagandisten zu bezeichnen; Bescheidenheit und Zurückhaltung sind vielmehr Grundzüge seines Charakters und Merkmale seines Verhaltens.“²³

Wilhelm Oberdörffer hatte unrühmlich viele „Persilscheine“ für einige sehr belastete Nationalsozialisten geschrieben.²⁴

Auf die Entlassung aus dem Beamtenverhältnis reagierte Ernst Dätz 12.9.1945 zunächst vorsichtig und überrascht: „Ich glaubte erwarten zu dürfen, daß ich entsprechend der Mitteilung vom 13.8.1945 weiterhin für die Tätigkeit eines Studienrats zugelassen bleiben würde. So bitte ich die Schulverwaltung, bei der Militärregierung wegen einer nochmaligen Prüfung meiner Angelegenheit vorstellig zu werden und darauf hinzuwirken, daß es bei der Beauftragung mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte eines Studienrats verbleibt. Im übrigen glaube ich, bei der deutschen Schulverwaltung Verständnis dafür zu finden, daß es mir sehr schwer wird, mich damit abzufinden, daß überhaupt in wohlverworbene Beamtenrechte auf diese Weise eingegriffen wird.“²⁵

Dann begannen die Erklärungen und Rechtfertigungen im Zusammenhang mit dem Ausfüllen des Entnazifizierungsfragebogens. So schrieb Dätz über seine NSDAP-Mitgliedschaft:

„Mein Eintritt in die Partei erfolgte am 1. Mai 33. Mich leiteten damals soziale Gesichtspunkte. In meiner harten Jugend (wir waren 6 Kinder, wohnten in Rothenburgsort, mein Vater war Lok.-führer) lernte ich die soziale Frage in der Praxis kennen. Schon im Jugendalter arbeitete ich in dem von der Inneren Mission unterhaltenen Rothenburgsorter Knabenhort mit, lernte das Rauhe Haus kennen, das mich nach dem Krieg noch 2½ Jahre in seinen Mauern sah. Das Parteiprogramm war nach der sozialen Frage hin so verheißungsvoll, daß ich darin die Lösung der durch das vorherige Jahrhundert aufgeworfenen sozialen Frage sah.“²⁶

Und: „Da von allen Seiten die Verbindung von Schule und Elternhaus gewünscht wurde, nahm ich das Angebot eines Vaters von zwei Jungen, die unsere

Schule besuchten und der zugleich Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe war, in deren Bereich unsere Schule lag, an, bei ihm in der Ortsgruppe Schulungsleiter zu werden. Diese Tätigkeit selbst war im wesentlichen unterrichtender Art.“²⁷

Die soziale Herkunft von Ernst Dätz, das daraus resultierende Bemühen um Anerkennung, mag ein Schlüssel dafür gewesen sein, alle von NS-Seite an ihn herangetragenen Aufgaben bereitwillig zu übernehmen, wobei ihm ein sozialer Impetus gar nicht abgesprochen werden soll. Absurd allerdings die Argumentation, dass seine Einsetzung als stellvertretender Schulleiter und, 1934, als Schulleiter nicht mit seiner NSDAP-Mitgliedschaft am 1.5.1933 zu tun hätten:

„Meine Heraushebung als Leiter einer höheren Schule 1934 ist nicht zurückzuführen auf Bestreben von Parteistellen, sondern beruht auf einer Wertung meiner Person als Lehrer und Erzieher und hat die besondere Förderung von Herrn Oberschulrat a. D. Dr. Oberdörffer erfahren.“²⁸ Das mag sein, aber ohne seinen NSDAP-Beitritt und seine Blockleiter-Funktion hätte sich Oberdörffer nicht durchsetzen können, der opportunistisch ebenfalls am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten war.

Und typisch auch das immer wiederkehrende Muster: „Ich war auch Christ, es gab Schlimmere, ich hatte einen guten Kontakt zu einem Juden und die Anmaßungen der HJ wurden von mir stets zurückgewiesen.“ Bei Dätz las es sich so: „Als Leiter der Schule suchte ich meiner Anstalt zu dienen, den Schülern, Eltern, Kollegen, ohne mich engherzig an Parteidoktrinen und -anweisungen, die meiner Gesinnung entgegenstanden, gebunden zu fühlen. Trotz wiederholt an mich herangetragenen Ansinnens, aus der Kirche auszutreten, blieb ich meinem Gottesglauben treu. Kritisch war ich vor allem den Vorschriften und Einrichtungen der HJ gegenüber eingestellt. Achtung habe ich vor der wirklichen Leistung immer gehabt, auch wenn sie von jüdischer oder jüdisch-versippter Seite kam. Mit Herrn Dr. Goldenring verband mich immer echte Kameradschaft, auch als er unsere Anstalt verlassen hat.“²⁹

Verharmlost wurden die Tätigkeiten innerhalb der NSDAP, wobei Dätz in seinem ersten Fragebogen sogar die Blockleiterfunktion verschwiegen hatte. Seine Aktivitäten als Ortsgruppenschulungsleiter in der Ortsgruppe Schäferkamp bagatellierte er zur Behandlung von „Ostlandfragen und meist geschichtlichen Fragen“. Und später, in der Ortsgruppe Blankenese, von 1944–45 hätte er „Kriegsfragen (Lageberichte)“ thematisiert.³⁰

In seiner Entlastungsargumentation behauptete Dätz:

„Meine Tätigkeit bei der Wehrmacht ist nicht militärischem Ehrgeiz oder starker Begeisterung für den Militarismus entsprungen, sondern beruht auf den gleichen erzieherischen Grundgedanken, wie sie mir als Jugenderzieher nahe lagen. Für mich bedeutet Disziplin ein Vertrauensverhältnis vom Vorgesetzten zum Untergebenen und umgekehrt. Stets war ich mir der Verantwortung bewußt für jeden,

der mir anvertraut war, besonders auch beim Militär. Nach oben hin hat mir diese Haltung mehr Enttäuschungen und Nackenschläge als Vorteile eingebracht. Meine Beförderung zum Major der Reichswehr kam dadurch erst verspätet mit einem späten Patent heraus. Mit knapper Not entging ich 1942 auf dem russischen Kriegsschauplatz im Kessel von Demjansk dem Kriegsgericht, als ich gegen einen undurchführbaren Angriff protestierte. In Verfolgung dieser Angelegenheit wurde ich als Bataillonskommandeur abgelöst und noch im gleichen Jahre entlassen. Nebenbei sei auf die schwere Kriegsschädigung hingewiesen, die mir durch die Entfernung des Meniskus am rechten Knie zugefügt wurde.“³¹

Nüchtern könnte man auch sagen: Dass Dätz, was immer auch dem Major Dätz vorgehalten worden sein mochte, seinem Ausscheiden aus der Wehrmacht 1942 und der Rückkehr auf seine Oberstudiendirektoren-Stelle möglicherweise sein Überleben verdankte.

Gewiss gab es Schlimmere und Fanatischere als Ernst Dätz. So schrieb Kurt Minners ihm ein Leumundszeugnis: „Als ich Ostern 1935 wegen nichtnationalsozialistischen Verhaltens von der Lichtwarkschule an die Oberschule in Eimsbüttel strafversetzt wurde, fand ich dort Direktor Dätz als Schulleiter vor. Direktor Dätz ließ mir in meiner Unterrichtstätigkeit trotz meiner Vorbestraftheit völlig freie Hand. Er drängte nie darauf, dass im Unterricht die nationalsozialistische Ideologie betont werden müsse, so dass ich mich ebenso wie die anderen aus ähnlichen Gründen nach Eimsbüttel versetzten Kollegen unter der Leitung von Direktor Dätz verhältnismäßig unbehelligt fühlen konnte. Dir. Dätz fasste seine Stellung als Schulleiter nicht autoritär auf; er setzte die Lehrer von allen Vorfällen in Kenntnis und besprach sich mit ihnen über zu treffende Maßnahmen. Seine anständige Gesinnung mag folgende Begebenheit erläutern: Am Tage nach der Zerstörung der Hamburger Synagogen äußerten sich zwei Kollegen im Lehrerzimmer, diese Zerstörung sei zu verurteilen, die Synagogen seien Gotteshäuser. Diese Äußerungen zeigte der damalige Zeichenlehrer Hehn bei Dir. Dätz an, in der Absicht, die beiden Kollegen wegen ihrer Äußerungen zu belangen. Es verdient betont zu werden, dass Dir. Dätz sich schützend vor die beiden Kollegen stellte und es mit großer Mühe schließlich erreichte, dass Hehn seine Anzeige zurückzog.“³²

Dies ist sicherlich anerkennenswert. Der technische Lehrer Heinrich Hehn, der in diesem Buch auch porträtiert wird, war ein fanatischer und intriganter NS-Aktivist und die Verhältnisse an der Lichtwarkschule mit Schulleiter Erwin Zindler und seinem Stellvertreter, Berthold Ohm, sind ausführlich im Band 1 der „Täterprofile“ dargestellt worden.³³

OSR Heinrich Schröder, der Ernst Dätz noch am 13.8.1945 als Studienrat in Blankenese belassen hatte, zeigte sich nach den schriftlichen Erläuterungen von

Dätz im Entnazifizierungsfragebogen ernüchert: „Als Blockleiter und Ortsgruppen-Schulungsleiter ist Dr. Dätz als aktiver Nationalsozialist anzusehen. Seine Wiedereinstellung in sein Amt kann daher nicht in Frage kommen.“³⁴

Der Beratende Ausschuss unter Vorsitz von Johann Helbig sah das am 19.10.1946 anders: „Entgegen der von Herrn OSR Schröder niedergelegten Ansicht glauben wir, dass er nicht die Rolle eines Aktivisten gespielt hat. Wir würden nach Prüfung der angelegten Gutachten und einer Reihe von Zeugenäußerungen eine Milderung der Urteile begrüßen.“³⁵

Das Verfahren zog sich noch einige Zeit hin. Ernst Dätz musste seine Familie, mit zwei Kindern in der Ausbildung, ernähren. Oberdörffer schrieb in seinen Leumundsbrief: „Als er nach dem Zusammenbruch vor zwei Jahren aus dem Amt entfernt wurde, hat er, im Bewußtsein, nichts Unrechtes oder gar Unehrenhaftes begangen zu haben, die ihm durch das Arbeitsamt zugewiesene untergeordnete Tätigkeit treu und unverdrossen bis heute ausgeübt in der festen Zuversicht, zu gegebener Zeit seine Lehrtätigkeit in der Schule wieder aufnehmen zu dürfen.“³⁶

Am Ende hatte der Biologe und Chemiker Dätz eine Beschäftigung in der Pharmaindustrie gefunden.³⁷

Im November 1947 wendete sich das Blatt für Ernst Dätz. Der Berufungsausschuss für die Ausschaltung von Nationalsozialisten tagte am 17.11.1947 unter dem Vorsitz des für seine Milde bekannten ehemaligen Präsidenten des Oberlandesgerichtes, Wilhelm Kiesselbach³⁸, der im Bereich der höheren Schulen vielen erheblich Belasteten zur Wiedereinstellung verholfen hatte. Ausschlaggebend für die Beurteilung von Ernst Dätz war erneut Wilhelm Oberdörffer, der als Zeuge gehört worden war und erklärt hatte, „dass Dr. Dätz bei politischen Gesprächen durchaus nicht nazistisch eingestellt gewesen sei. Dr. Dätz sei politisch uninteressiert und ein ausgesprochener Pflichtenmensch. Daraus erkläre sich die Übernahme von Aufträgen.“³⁹

Der Berufungsausschuss resümierte, „daß Dätz die genannten Ämter aus einer gewissen Pflichttreue übernommen und durchgeführt und daß er sich stets anständig und korrekt verhalten hat, insbesondere auch da, wo es sich um die Abwehr nationalsozialistischer Ein- und Übergriffe handelte.“⁴⁰

Die Entscheidung lautete: „Der Berufung wird stattgegeben mit der Maßgabe, dass Dr. Dätz als Studienrat im Angestelltenverhältnis wieder eingestellt und nicht vor dem 1. Oktober 1949 wieder in das Beamtenverhältnis überführt werden kann.“⁴¹

Ernst Dätz wurde zum 1.4.1948 an das Johanneum überwiesen. Zum 1.10.1949 war er wieder Beamter. Er bemühte sich in den nächsten Jahren um „völlige Rehabilitierung“: „Bei dieser Gelegenheit sei es mir erlaubt, darauf hinzuweisen, daß ich alle Rechte und Ansprüche, die mir aus meiner früheren Stellung als Oberstudien-



Kollegium am Johanneum, 1950, Ernst Dätz, 1. Reihe, linksaußen

direktor zustehen, dem Staat gegenüber voll aufrecht erhalte, nachdem ich ohne jede Einschränkung rehabilitiert bin.“⁴²

Die „Rehabilitation“ erfolgte 1959, ein Jahr bevor Ernst Dätz pensioniert wurde. Dätz wurde auf eine A 14-Stelle zum Oberstudienrat befördert. In der Begründung hieß es: „Herr Dr. Dätz ist von 1934 bis 1945 Schulleiter und Oberstudienleiter gewesen und hat als solcher unter den schwierigen Verhältnissen bei den Kollegen volles menschliches Vertrauen genossen. Als Fachlehrer leistet er saubere Arbeit, ist anregend und auf der Höhe der wissenschaftlichen Entwicklung seiner Fächer. In seinem Einsatz für die Schule und für die Schüler ist er unermüdlich. Mit Sachkenntnis und Umsicht leitet er die Chemiesammlung der Schule. Am altsprachlichen Gymnasium werden Referendare der naturwissenschaftlichen Fachrichtung selten ausgebildet. So ist Dr. Dätz darum als Anleiter nicht regelmäßig tätig; aber die dort ausgebildeten Referendare seiner Fächer sind auch bei ihm ausgebildet und gut gefördert worden.“⁴³

OSR Hans Wegner, ehemals Schulleiter des Johanneums, hatte kurz vermerkt: „Herr Dr. Dätz verwaltet die Chemiesammlung mit großer Sorgfalt. Die durch Kriegsschäden eingetretenen Lücken der Sammlung hat er so weitgehend geschlossen, daß jetzt wieder den Normalansprüchen dieses Faches genügt werden kann. Über seine Pflichtstundenzahl hinaus erteilt er fakultativen Französischunterricht, so daß kein Schüler wegen Mangel an Lehrkräften davon ausgeschlossen bleiben

muß. Auch in der Ausbildung von Studienreferendaren seiner Fächer ist er mit tätig und ist dabei ein anregender Förderer.“⁴⁴

Es gab auch eine andere Sicht auf den Pädagogen Ernst Dätz. In dem Buch „Das Johanneum in der Nachkriegszeit“ hat Uwe Reimer viele Gespräche mit ehemaligen Schülern geführt, „Innenansichten einer Hamburger Traditionsschule“. Über Ernst Dätz heißt es: „Manchmal fühlt man sich an Lehrerfiguren aus Heinrich Spoerls Roman ‚Feuerzangenbowle‘ erinnert, so bei Ernst Dätz. Der Biologie- und Chemielehrer, der offenbar ohne jede Autorität war, pflegte zu Stundenbeginn die Namen der einzelnen Schüler aufzurufen, um deren Anwesenheit festzustellen. Die Schüler machten sich einen Spaß daraus, auch bei Fehlenden ‚hier‘ zu rufen – ‚das funktionierte‘. Sogar Namen von Schülern, die bereits abgegangen waren, wurden genannt, ohne dass er es bemerkte. Die Zensurenvergabe hing von der Dreistigkeit der Schüler ab: Wer eine ‚Vier‘ erhalten sollte, brauchte nur zu sagen, dass er auf ‚Zwei‘ geprüft werden wollte, und schon hatte er eine ‚Drei‘ sicher. Auch Dätz war, wie Krause, der Dokortitel wichtig. Torsten Bazoché berichtet: ‚In der neunten Klasse hatten wir Dr. Dätz in Biologie. In einer seiner ersten Stunden erzählte er uns, dass er zwei Dokortitel hätte, also Dr. Dr. Dätz hieße.‘ Ein Mitschüler habe daraus umgehend das Gackern eines Huhnes gemacht: ‚Doc-doc-doc-Dätz, Doc-doc-doc-Dätz‘. Dieser Ruf sei dann später oft benutzt worden, um das Eintreffen von Dätz zu melden, wenn er sich dem Klassenraum genähert habe. Oberstufenschülern gab er Tipps: Als Biologielehrer ermunterte er seine Schüler: ‚Jungs, heiratet ne gesunde Deern‘.“⁴⁵

Ernst Dätz wurde am 30.9.1959 pensioniert und arbeitete danach mit einem Lehrauftrag am Johanneum bis zum 30.7.1961.

Nach der Besoldungsgesetz-Änderung von 1964 wurde er noch nach A15 eingruppiert.

Er starb am 29.7.1964.⁴⁶

Anmerkungen

- 1 Schreiben vom 27.10.1945, Entnazifizierungsakte Dätz, StA HH, 221-11_Ed 1053
- 2 Handgeschriebener Lebenslauf in seiner Personalakte, StA HH, 361-3_A 1295. Alle weiteren Angaben ebenfalls laut Personalakte.
- 3 Gesuch von Ernst Dätz um Anrechnung der Kriegszeit auf sein Besoldungsdienstalter, Personalakte a. a. O.
- 4 Schreiben vom 26.9.1933, Personalakte a. a. O.
- 5 Ebd.
- 6 Personalakte a. a. O.
- 7 Alle Angaben laut Entnazifizierungsfragebogen, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 8 Personalakte a. a. O.

- 9 Ebd.
- 10 100 Jahre Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Festschrift, Hamburg 1992, S. 63 ff.
- 11 100 Jahre Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Festschrift, Hamburg 1992, S. 63.
- 12 100 Jahre Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Festschrift, Hamburg 1992, S. 64.
- 13 Ebd.
- 14 100 Jahre Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Festschrift, Hamburg 1992, S. 65.
- 15 Ebd.
- 16 100 Jahre Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Festschrift, Hamburg 1992, S. 65f.
- 17 Personalakte a. a. O.
- 18 Personalakte a. a. O.
- 19 Personalakte a. a. O.
- 20 Ebd. Siehe auch die Biografien über Theodor Mühe und Wilhelm Oberdörffer, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile, Bd. 1, Hamburg 2016, S. 371 ff. und S. 528 ff.
- 21 Personalakte a. a. O.
- 22 Ebd. Schreiben vom 2.9.1935.
- 23 Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 24 So etwa für Sophie Barrelet und Walter Brockmöller, in: de Lorent 2016, S. 352 ff. und S. 336 ff.
- 25 Schreiben vom 22.9.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 26 Schreiben von Ernst Dätz an die Schulverwaltung vom 27.10.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 27 Ebd.
- 28 Ebd.
- 29 Ebd.
- 30 Ebd. Anlage zum Fragebogen.
- 31 Ebd.
- 32 Schreiben vom 11.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 33 Siehe de Lorent 2016, S. 538 ff. und S. 575 ff.
- 34 Schreiben vom 3.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 35 Schreiben vom 19.10.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 36 Erklärung vom 26.8.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 37 Personalakte, a. a. O.
- 38 Siehe zu Wilhelm Kiesselbach: de Lorent 2016, S. 49 ff.
- 39 Protokoll vom 17.11.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 40 Ebd.
- 41 Ebd.
- 42 Schreiben von Ernst Dätz an die Schulbehörde am 4.12.1953, Personalakte a. a. O.
- 43 Ernennungsvorschlag vom 25.7.1958, Personalakte a. a. O.
- 44 Ebd.
- 45 Uwe Reimer: Das Johanneum in der Nachkriegszeit, Hamburg 2014, S. 131.
- 46 Personalakte a. a. O.

Wolfgang Jünemann

„Es handelt sich bei ihm um den typischen Fall einer hochbegabten sensiblen Künstlernatur, die sich von dem Neuen im Nationalsozialismus fangen ließ.“

Wolfgang Jünemann war ein Mann mit vielen Talenten, hatte einige Förderer, war gut vernetzt, erprobte sich als Lyriker und Schriftsteller, trat als 1909 Geborener schon mit knapp 24 Jahren in die NSDAP und in die SA ein, machte Karriere als Funktionär bei der Hitlerjugend. Trotz seines nationalsozialistischen Bekenntnisses, war es anfangs für Jünemann als Gymnasiallehrer nicht leicht, in eine feste Stellung zu kommen. Nach einem zweijährigen Kriegseinsatz, in dem er Gedichte schrieb und in einem Lyrikband veröffentlichte, musste er, schwer kriegsverletzt, monatelang im Lazarett liegen. Oberschulrat Walter Behne, mit dem er gemeinsam Deutschbücher herausgegeben hatte, erreichte Jünemanns Freistellung vom Kriegsdienst und machte ihn 1943 zum Schulleiter mit einem besonderen Aufgabenbereich.

Wolfgang Jünemann wurde am 20.8.1909 als Sohn des Apothekers Hermann Jünemann und dessen Frau Elisabeth in Hamburg geboren. Er besuchte die Privatschule Dr. Bieber und anschließend die Hammer Realschule, um dann 1922 auf das Kirchenpauer-Realgymnasium zu wechseln, wo er im Februar 1928 die Reifeprüfung bestand. Anschließend studierte er Anglistik, deutsche Literaturgeschichte und Romanistik in Freiburg und Bonn, um das Studium dann an der Universität Hamburg fortzusetzen und darüber hinaus Kunstgeschichte in sein Studienprogramm aufzunehmen. Nach acht Semestern legte er am 16.1.1932 die mündliche Doktorprüfung ab, nachdem er vorher eine Dissertationsschrift zum Thema „Drydens Fabeln und ihre Quellen“ verfasst hatte. Ende Juni 1932 bestand Wolfgang Jünemann die wissenschaftliche Prüfung für die höheren Schulen. Prüfungsvorsitzender war OSR Wilhelm Oberdörffer, der Kommission gehörten auch die beiden jüdischen Professoren Panofsky und Cassirer an, die nach Beginn der NS-Herrschaft emigrieren mussten.¹

In dem handgeschriebenen Lebenslauf in seiner Personalakte gab Jünemann an: „Neben dem Studium war ich als ständiger Kritiker der literarischen Darbietungen des Norddeutschen Rundfunks an einer Hamburger Rundfunkzeitschrift beschäftigt. Eigene literarische Versuche erschienen bisher verstreut in Anthologien und Zeitschriften. Heute bin ich Mitarbeiter mehrerer großer Tageszeitungen, unter anderem der „Hamburger Fremdenblätter“ und der „Hamburger Nachrichten“.²

Den Vorbereitungsdienst absolvierte Wolfgang Jünemann ab dem 1.7.1932 an der Oberrealschule St. Georg und der Oberrealschule Alstertal, wo er auch zusätz-

lich Vertretungsunterricht gab. Vermerkt wurde: „Vergütung ist wegen Mangels an Mitteln nicht möglich.“³

Die Arbeit für Hamburger Tageszeitungen diente auch dem zusätzlichen Broterwerb, ab dem 10.10.1934 bekam Jünemann einen halben Lehrauftrag als wissenschaftlicher Hilfslehrer an dem Realgymnasium des Johanneums, daneben war er noch mit einem Lehrauftrag für Deutsch an einer privaten Realschule beschäftigt.⁴

Wolfgang Jünemann zeigte sich auch politisch umtriebig. Am 26.4.1933 trat er in die NSDAP ein, am 1.5.1933 ging er in die SA, wo er Scharführer wurde und in der Hitlerjugend, in der er seit dem 1.8.1935 als Kulturabteilungsleiter und Oberscharführer tätig war, fand er offensichtlich eine politische Heimat.⁵

Ab dem 1.4.1936 wurde Jünemann als Assessor mit einem Dreiviertelvertrag beschäftigt, erst ab dem 1.5.1937 bekam er eine volle Stelle im Schuldienst.

Wolfgang Jünemann tanzte auf mehreren Hochzeiten. Neben seinen literarischen Arbeiten, dem Dienst in verschiedenen NS-Organisationen und seiner Schularbeit, nahm er regelmäßig auch an Wehrübungen teil. Am 13.1.1938 meldete er eine zeitliche Kollision:

„Heute erhalte ich von der Reichsjugendführung die Mitteilung, dass die diesjährige Reichstheaterwoche der HJ vom Reichsjugendführer nach Hamburg gelegt wurde. Es handelt sich um die erste Woche im April, die Vorbereitungen und die verantwortliche Durchführung liegen beim Leiter der Kulturabteilung des Gebietes Hamburg der Hitlerjugend, also bei mir. Aus diesem Grunde sehe ich mich leider gezwungen, darum zu bitten die Einberufung zum 14.3.1938 zurückzuziehen. Da ich andererseits durch meine Tätigkeit als Studienassessor zeitlich gebunden bin, wird es mir nicht möglich sein, vor dem 15.3.1939 zu meiner zweiten Übung anzutreten. Mir ist bekannt, dass die Genehmigung zu einer zweijährigen Pause zwischen den beiden 8 Wochenübungen nur in Ausnahmefällen erteilt wird. Trotzdem bitte ich, mir diese Genehmigung zu erteilen, da ich in anderer Form nicht den verschiedenen Pflichten nachkommen kann, die mir als Studienassessor, HJ-Führer und Soldaten obliegen.“⁶



Wolfgang Jünemann, 1954

Wolfgang Jünemann bat die Schulverwaltung um eine Unabkömmlichkeitsbescheinigung, die ihm von OSR Theodor Mühe umgehend zugestellt wurde.⁷

Am 13. Juli 1938 beurlaubte die Schulverwaltung Wolfgang Jünemann auf Gesuch des NSLB für die Teilnahme an der „Summer School for Foreign Students des University College in Exeter“.⁸

In der Zeit vom 6.2.1939 bis zum 31.3.1939 wurde Jünemann für eine militärische Übung (Ufa-Lehrgang) vom Unterricht freigestellt.⁹

Das war dann die Vorbereitung auf den Ernstfall. Jünemann wurde zum 1.11.1939 zur Wehrmacht eingezogen. Auch hier genoss Wolfgang Jünemann die Wertschätzung seiner vorgesetzten Offiziere. Am Ende wurde er als Oberleutnant aus der Wehrmacht entlassen. Das Ende begann für ihn am 1.8.1941, als er mit schwersten Kriegsverwundungen in ein Lazarett eingeliefert wurde, die ihn etwa zwei Jahre außer Gefecht setzten und von deren Folgen er sich zeitlebens nicht völlig erholte.¹⁰

Am 3.6.1942 hatte OSR Walter Behne an Jünemanns Kompaniechef, Major Pagels, geschrieben: „Sein Gesundheitszustand wird es wohl auf absehbare Zeit nicht ermöglichen, daß er wieder völlig garnisonsdienstfähig wird, so daß er selbst für eine ausreichende Betätigung innerhalb des Ersatzbataillon keine volle Verwendung finden kann. Aus dem Grund ist wohl zu überlegen, ob nicht Leutnant Jünemann überhaupt wieder in seine zivile Tätigkeit im hamburgischen Schuldienst zurückkommen kann. Während Leutnant Jünemann also einerseits für die Wehrmacht nicht voll verwendungsfähig anzusprechen ist, gehört er andererseits mit zu unseren aktivsten und tüchtigsten Lehrern, die wir im hamburgischen Schulleben haben, so daß es wohl verständlich erscheint, wenn die Hamburgische Schulverwaltung versucht, den Leutnant Jünemann wieder für den Schuldienst einsetzen zu können. Ohne selbstverständlich irgendwie in die Belange der Wehrmacht eingreifen zu wollen, werden Sie, verehrter Herr Major, doch wohl verstehen, wenn die Hamburgische Schulverwaltung bei dem starken Lehrermangel, der durch den Krieg bedingt ist, doch den Versuch machen muß, Lehrkräfte, die aufgrund ihres Gesundheitszustandes innerhalb der Wehrmacht nicht voll verwendungsfähig erscheinen, in den Schuldienst zurückzuberufen.“¹¹

Walter Behne und Wolfgang Jünemann verband nicht nur dienstliches miteinander. Zusammen mit den beiden Hamburger Schulleitern Bruno Peyn und Paul Wetzel gab Walter Behne die im Verlag Moritz Diesterweg erscheinende Nationalpolitische Sammlung heraus, in der Wolfgang Jünemann 1938 die Schrift „Um der Freiheit willen“ publizierte. Gemeinsam mit Jünemann waren Walter Behne sowie Peyn und Wetzel auch Herausgeber der Deutschbücher für den Unterricht an Hamburger höheren Schulen. Jünemann huldigte in seinem Buch „Um der Freiheit willen“ dem Krieg, dem Kampf, dem Heldentod, der Kameradschaft und den „nationalsozialistischen Helden“, wie Albert Leo Schlageter und Adolf Hitler, die sich auch durch Kerkerhaft nicht vom rechten Weg hatten abbringen lassen. In seinem Büchlein, das auch für den Unterricht an Schulen verwendet wurde, druckte Jünemann u. a. „die Schlussworte des Führers im Hitlerprozeß 1924“ ab:

„Die Tat des 8. November ist nicht mißlungen. Sie wäre dann mißlungen, wenn eine Mutter gekommen wäre und gesagt hätte: Herr Hitler, Sie haben auch

mein Kind auf dem Gewissen. Aber das darf ich versichern: es ist keine Mutter gekommen. Im Gegenteil, tausend andere sind gekommen und haben sich in unsere Reihen gestellt. Das ist das sichtbare Zeichen des Gelingens des 8. November, daß in seiner Folge sich die Jugend wie eine Sturmflut erhebt und sich zusammenschließt. Das ist der größte Gewinn des 8. November, daß er nicht zur Depression geführt hat, sondern dazu beitrug, das Volk aufs höchste zu begeistern. Ich glaube, daß die Stunde kommen wird, da die Massen, die heute mit unserer Kreuzfahne auf der Straße stehen, sich vereinen werden mit denen, die am 9. November auf uns geschossen haben. Ich glaube daran, daß das Blut nicht ewig uns trennen wird ... Die Armee, die wir herangebildet haben, wächst von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde schneller. Gerade in diesen Tagen habe ich die stolze Hoffnung, daß einmal die Stunde kommt, daß die wilden Scharen zu Bataillonen, die Bataillone zu Regimentern, die Regimenter zu Divisionen werden, daß die alte Kokarde aus dem Schmutz herausgeholt wird, daß die alten Fahnen wieder voranflattern, daß dann die Versöhnung kommt beim ewigen letzten Gottesgericht, zu dem anzutreten wir willens sind. Dann wird aus unseren Knochen und aus unseren Gräbern die Stimme des Gerichtshofes sprechen, der allein berufen ist, über uns zu Gericht zu sitzen. Denn nicht Sie, meine Herren, sprechen das Urteil über uns, das Urteil spricht das ewige Gericht der Geschichte ... Jenes Gericht wird über uns richten, über den Generalquartiermeister der alten Armee, über seine Offiziere und Soldaten, die als Deutsche das Beste gewollt haben für ihr Volk und Vaterland, die kämpfen und sterben wollten. Mögen Sie uns tausend mal schuldig sprechen, die Göttin des ewigen Gerichts der Geschichte wird lächelnd den Antrag des Staatsanwalts und das Urteil des Gerichts zerreißen; denn sie spricht uns frei!"¹²

1943 gab Wolfgang Jünemann in der Reihe „Die Kleine Glockenbücherei“ die Gedichtsammlung „Stehen hell die Sterne“, Verstagebuch eines Soldaten, heraus. Er wird wohl im Lazarett redigiert haben, was er in seinen beiden Kriegsjahren gedichtet hatte. Ein paar Kostpro-



Wolfgang Jünemanns Kriegsllyrik 1943

ben, nicht aus Hame, weil er aus dem Krieg so schwer verwundet zurückkam, das sicherlich nicht. Aber es soll wiedergegeben werden, in welchem Geist Jünemann in den Krieg gezogen war und welche Botschaften an andere Soldaten, Jugendliche, also potentielle deutsche Soldaten von ihm übermittelt wurden.

Seine 80 Gedichte beginnen mit dem Gedicht

„Vom siegreichen Leben“:

„Und eines Nachts, da ist's so weit –
und wieder wird verladen –
und wieder liegen Seit' an Seit'
im Stroh die Kameraden.

Und Tag und Nacht durch fremdes Land –
und dann – ein deutsches Wort
hat tief sich in das Herz gebrannt –
der Zug rollt fort und fort.

Und eines Morgens ist's so weit –
und es wird ausgeladen –
und stumm marschieren Seit' an Seit'
voran die Kameraden.

Und jede Nacht, da werden's mehr –
Marschtritt und Ruf der Posten –
es zieht das ganze graue Heer
gen Osten nun, gen Osten.

Und näher rücken Seit' an Seit',
ganz nah die Kameraden –
und endlich – ja, es ist so weit! –
wird das Gewehr geladen.

Dampf träumen die Geschütze in den Wäldern
von ihrer dunklen, aufgeturmten Macht.
O Last des Schweigens! – Leiser Ruf von Meldern! –
Die Zeit des Angriffs ist nun überbracht.

Die Panzer ducken sich noch enger an die Hügel –
ein schwacher Lichtschein – Karten ausgebreitet –
besa' das Herz jetzt heimlich stille Flügel –
Ein Brief nur noch! – Die ernste Stunde schreitet.

Schon sind die Sturmkolonnen vorn zum Sprung bereit –
ein heiserer Vogelschrei im Morgenwind –
Minuten sind's, Sekunden – Ewigkeit!
Und jetzt – der Feuerschlag! Die Schlacht beginnt!“¹³

Verse, Heldengesänge, Landseralltag, durchaus wenig heroisch:

„Ein stiller Händedruck
von Mann zu Mann –
du gibst dir einen Ruck –
die Kompanie tritt an!
Du blickst nicht mehr zurück –
stahlhart ist das Gesicht –
zum Feind gewandt der Blick –
es ruft – die Pflicht!“¹⁴

Oder:

„Das ist das Schwerste dieser Zeit –
zum Tode ja zu sagen,
und fern von allem, weit, so weit,
die fremde Erde tragen.
Das ist das Größte dieser Zeit –
hat es so kommen müssen –
du wirst in Treuen Seit' an Seit'
die Kameraden wissen.“¹⁵

Und mancher Vers auch die eigene Kriegsverletzung thematisierend:

„Ja, das ist Deutschland! – Saubere, helle Wagen –
wie lang ist's her, daß wir dergleichen sahn!
Daß ich hier hilflos einst hineingetragen –
ich hätt es nicht geglaubt, als dieser Krieg begann.
Zur Heimat fahren wir – zurück nach Haus,
mit jedem Tag und jeder langen Nacht,
und doch sehnt sich das Herz zur Kompanie hinaus –
nun ließ ich euch allein in Kampf und Schlacht!

Die Grenze – Sonntag ist es – licht und klar –
die erste deutsche Frau steht blond im Gange
und tritt an jedes Bett – Unfaßlich, wunderbar –
ein deutsches Wort aus deutschem Frauenmunde!
Mein Vaterland! In hellem Kindersange
Krönt sich – was weinst du?- diese heil'ge Stunde.“¹⁶

Auch Nachkriegsgedanken:

„Wirst du einst dich auch verlieren
in des Alltags Einerlei –
ostwärts wirst du noch marschieren,
wenn es lang, schon lang vorbei.
Wirst des Nachts wohl oft erschrecken –
suchst noch taumelnd dein Gewehr –
aber das Soldatenwecken
Klingt für dich nicht mehr.“¹⁷

Es war absehbar, dass Wolfgang Jünemann mit all seinen Veröffentlichungen und nationalsozialistischer Heldenverehrung, die auch nach 1945 noch gedruckt vorlag, Schwierigkeiten bei der Entnazifizierung bekommen würde. Zunächst aber wurde er von der Hamburger Schulverwaltung befördert, nachdem er das Lazarett als Oberleutnant der Reserve verlassen konnte. Während er seine Kriegsverletzung auskurierte, war er am 9.11.1942 in Abwesenheit zum Studienrat ernannt worden.¹⁸

Am 9.3.1943 wurde Wolfgang Jünemann als Kriegsversehrter wieder in den Hamburger Schuldienst übernommen und von OSR Walter Behne als Leiter einer Schule mit besonderen Klassen berufen.

Bis zu den verheerenden Bombenangriffen auf Hamburg im Juli 1943, die den „normalen Unterricht“ in Hamburg zum Erliegen brachten, war Jünemann für die Neugründung einer Oberschule in Horn in den Gebäuden der Wichernschule vorgesehen. Danach erhielt er den Auftrag, den Unterricht für sogenannte Einsatzklassen zu organisieren, für HJ-Führer und BDM-Führerinnen, die in der Kinderlandverschickung eingesetzt worden waren, bzw. auf Führungsaufgaben in der KLV vorbereitet werden sollten. Es handelte sich dabei um 199 Schülerinnen und Schüler der Klassen 5, 6 und 7 (heute Jahrgangsstufen 10, 11 und 12). Diese Klassen sollten erst im Gebäude des Johanneums, dann an der Oberschule für Jungen in Eimsbüttel unterrichtet werden, später im Gebäude des HJ-Heimes Martinistraße.¹⁹

Der Unterricht begann am 9.10.1943, die HJ-Einsatzklassen wurden durch OSR Walter Behne, den HJ-Gebietsführer Franz Paul und Schulleiter Wolfgang Jünemann, der gleichzeitig HJ-Stammführer war, begrüßt.²⁰

Der Unterricht fand über einen Zeitraum von drei Monaten statt. Am 8.12.1943 gab es dann eine Besprechung zwischen dem neuen Leiter der Hamburger Schulverwaltung, Prof. Ernst Schrewe, und den Gebietsführungen der HJ und des BDM, deren Ergebnis Justiziar Hasso von Wedel protokollierte:

„Mit der Wiedereröffnung der 5.–7. Klassen für Jungen im Hamburgischen Stadtgebiet ist der Grund für das Weiterbestehen der HJ-Einsatzklassen für Jungen weggefallen. Sie sind daher mit Beginn der Weihnachtsferien aufzulösen. Weiter bestehen bleiben lediglich die Mädels-Klassen, da für Mädchen keine allgemeine Beschulung nach Weihnachten stattfindet.

Es bestand aber Einigkeit darüber, dass in der kurzen Zeit des Bestehens der HJ-Einsatzklassen wertvolle pädagogische Ansätze entwickelt worden sind. Die Weiterführung einer Schule, deren Betrieb nach den in den HJ-Einsatzklassen entwickelten Grundsätzen gehandhabt wird, ist wertvoll für die gemeinsame Absicht der Schulverwaltung und der HJ, später einen besonderen neuen Schultyp vorzubereiten. Es soll daher Oberstudienrat Jünemann die stellvertretende Leitung einer der zur Zeit geschlossenen Schulen übernehmen, die nach Weihnachten eröffnet wird und diese nach den bisher in den HJ-Einsatzklassen verfolgten Grundsätzen führt. Den bisherigen Schülern der HJ-Einsatzklassen soll die Möglichkeit gegeben werden, sich von ihrer alten Schule abzumelden und in der von Oberstudienrat Jünemann geleiteten Schule anzumelden. In Aussicht genommen ist hierfür die Wichernschule. Die Schulverwaltung wird die juristischen Grundlagen für die Wiedereröffnung der Wichernschule prüfen. Oberstudienrat Jünemann wird im Einvernehmen mit der HJ die Frage der räumlichen Unterbringung der von ihm geleiteten Schule, die möglichst zentral liegen soll, in einem HJ-Heim prüfen und beschleunigt die erforderlichen Vorschläge und Anforderungen für die Ausstattung der Schule der Schulverwaltung einreichen.“²¹

Wolfgang Jünemann war also vorgesehen als Schulleiter für eine Art Kaderschule von Hitler-Jugend-Funktionären. Am 9.11.1944 wurde Jünemann endgültig zum Oberstudienrat befördert. Aufgrund der vielen zerstörten und für andere Zwecke umgewidmeten Schulgebäude hatte Wolfgang Jünemann einige Probleme zu bewältigen. Am 13.3.1944 wandte er sich über den für ihn zuständigen Oberschulrat, Karl Züge, an die Schulverwaltung:

„Wir bitten nach Rücksprache mit Herrn OSR Dr. Züge um die Zuweisung der früheren Hilfsschule Bundesstraße 94 für den Unterrichtsbetrieb der Oberschule in Eimsbüttel-Martinstraße und der Mädels-Einsatzklassen. Die Unterbringung im

HJ-Heim Martinistraße kann im Interesse einer intensiven schulischen Arbeit nur ein vorübergehender Zustand sein. Die Knappheit der Räume, der damit zusammenhängende beständige Pendelverkehr mit der Oberschule in Eppendorf, die Mitbenutzung der Räume und Dienststellenzimmer durch die Ortsgruppe und durch HJ-Einheiten, das Fehlen einer ordnungsgemäßen Fernsprechanlage sind die Gründe, aus denen heraus wir dringend um Genehmigung und Ermöglichung dieses Umzuges bitten. Die Hilfsschule ist jetzt von der Polizei belegt.“²²

Uwe Schmidt berichtete, warum der Einsatzort von Wolfgang Jünemann erneut verändert worden war:

„Bis zur Juli-Katastrophe 1943 war vorgesehen, den 33-jährigen Jünemann, Stammführer der HJ, mit der Neugründung einer Oberschule in Horn zu beauftragen, die nach dem im Kriege gefallenen HJ-Gebietsführer Wilhelm Kohlmeyer benannt und in enger Zusammenarbeit mit der HJ aufgebaut werden sollte. Es war vorgesehen, dass er das Kollegium ‚im Interesse der Einheitlichkeit‘ selbst zusammenstellen durfte.“²³ Und: „Jünemann, der als Jugendlicher vom Nationalsozialismus erfasst worden sein muss, steuerte als Beitrag zu einem Weihnachten 1943 vom HJ-Gebietsführer Hans Kaul herausgegebenen „Durchhaltebuch“ ein Gedicht über die Juli-Katastrophe bei. Dort hieß es unter anderem:

„Und aus den Wurzeln quillt ins verkohlte Geäst der Wille, die Kraft
trotzig und dennoch empor.

Da tritt über Nacht, der alles erblühen lässt, aus Tod und Verderben,
ein neuer Frühling hervor.

Ihr mögt die Stadt in Schutt und Asche legen. Das menschliche Herz
ist wie der blühende Baum.

In seinen Tiefen wird es sich keimend regen und findet immer noch
Erde und Licht und Raum.

Sterben auch alle. Es scharen die Toten sich stumm um die letzte
Wiege, die in den Trümmern steht.

Und werden wachen. Und kehren nicht eher um, bis nicht ein Glanz
von diesem Leben ausgeht.“²⁴

Im Vorwort dieses Buches hatte Gebietsführer Hans Kaul geschrieben:

„Der Plan zu diesem Hamburg-Buch entstand in den Julitagen 1943. Als ein Zeichen des durch den Luftterror nicht zu brechenden Lebenswillens soll dieses Buch (...) nicht nur zur Erinnerung an die ewige Größe der Hansestadt dienen, sondern als weihnachtliche Gabe wird es alle Herzen in der gemeinsamen Verpflichtung vor der Zukunft zusammenfassen: Lever dod as Slav!“²⁵

Wolfgang Jünemann stand hoch im Kurs der Hamburger Schulverwaltung in den letzten Jahren der NS-Herrschaft. Jung, politisch zuverlässig und nicht mehr kriegsverwendungsfähig, galt er als geeignet für alle Planungen, wenn eine neue Führungsaufgabe zu vergeben war. Ab dem 1.9.1944 wurde er mit der Leitung einer neuen Oberschule in Poppenbüttel unter dem Namen „Langemarck-Schule“ betraut. Diese war organisatorisch die Fortführung der 1943 völlig zerstörten Oberschule für Jungen in Rothenburgsort, die nunmehr zunächst in Baracken an der Alsterschleife eingerichtet wurde.²⁶

In den letzten Kriegsjahren war Wolfgang Jünemann zudem noch stellvertretender Landesleiter der Reichsschrifttumskammer geworden und ganz zum Schluss, vom 1.3.1945 bis zum 1.5.1945 leitete er sogar noch als Bataillonsführer einen Volkssturm.²⁷

Am 22.10.1945 wurde Jünemann auf Anordnung der britischen Militärregierung aus dem Beamtenverhältnis entlassen. Zwei Jahre verbrachte er in der Internierungshaft im Lager Neumünster.²⁸

Wolfgang Jünemann war klug genug, weil er sich seiner herausgehobenen Funktionen in der HJ und im Hamburger Schulwesen bewusst war, sich nicht sofort wieder um Einstellung bei der Schulverwaltung zu bemühen. Während des folgenden Entnazifizierungsverfahrens fand er am 1.4.1948 eine kaufmännische Anstellung bei der Montangesellschaft, Am Alten Wall 67, in Hamburg.²⁹

Was Wolfgang Jünemann für diese Tätigkeit qualifizierte, ist nicht ersichtlich. Möglicherweise waren es seine Sprachkompetenzen mit einem Anglistik- und Romanistik-Studium. Nach vier Jahren, zum 1.8.1953, bekam er eine deutliche Gehaltserhöhung (900 DM).³⁰

Interessant am Rande erscheint eine Anfrage der Schweizerischen Unfallversicherungsgesellschaft Winterthur (Direktion für das Deutsche Reich West), die für ihren Versicherten Wolfgang Jünemann am 11.5.1950 bei der Schulbehörde anfragte: „Da uns die Auskünfte der früheren Arbeitgeber besonders wertvoll sind, bitten wir Sie höflichst um Auskunft über Ruf, Charakter und die Lebensweise während des Arbeitsverhältnisses, ferner, soweit bekannt, über die wirtschaftlichen Verhältnisse und gegebenenfalls über Vertrauenswürdigkeit vor allem im Bezug auf anvertraute Vermögenswerte.“³¹

Oberschulrätin Pollitz bestätigte daraufhin, dass Jünemann bis zum 20.10.1945 im höheren Schuldienst der Hansestadt Hamburg beschäftigt gewesen war, erklärte aber auch: „Die Schulbehörde sieht sich aus grundsätzlichen Erwägungen außerstande, Auskünfte über Ruf, Charakter und Lebensweise von Lehrkräften zu erteilen.“³² Da war die Schulverwaltung in der NS-Zeit auskunftsfreudiger gewesen.

Wolfgang Jünemann hatte gut daran getan, sich um eine andere Beschäftigung bemüht zu haben. Das Entnazifizierungsverfahren gestaltete sich für ihn schwierig. Im Beratenden Ausschuss agierte mit Louise Broscheit, der neuen Schulleiterin der Caspar-Voght-Schule, eine Kollegin, die während der NS-Zeit als Lehrerin eine deutlich antinazistische Haltung bewiesen hatte, die Jünemann und insbesondere sein literarisches Wirken genau kannte. Sie schrieb am 11.7.1949 an den Vorsitzenden des Ausschusses, Johann Helbig:

„Dies ist ein Täuschungsmanöver! So harmlos war Wolfgang nicht. Ich habe meinen Giftschränk auf den Kopf gestellt, aber leider wenig gefunden, so bedeutend war er nun scheint's auch wieder nicht. Seine Soldatenbegeisterung ist erträglicher lyrisch, weil echte Töne anklingen; aber gerade darum können wir die jetzt auf keinen Fall für unsere Jugend gebrauchen. Er soll weiter Verse schmieden als ‚freier Dichter‘; wir wollen ihn vor der Bürde eines so verantwortungsvollen Berufs bewahren.“³³

Drei Tage später entschied der Beratende Ausschuss:

„Wir bitten den Fachausschuss, den Fall auch seinerseits eingehend zu betrachten. Herr Dr. Wilhelm Kunrede als Zeuge sagt aus, daß J. nicht aufdringlich wirkte, daß man vor ihm keine Angst zu haben brauchte, daß er sich energisch gegen schmutzige NS-Methoden des Zeichenlehrers im Kollegium der Armgartstraße wandte. Seine Gedichte für Feiern hätten nicht abstoßend gewirkt. Wir haben seine vier vorgelegten Gedichtbände einer Prüfung unterzogen. Der Abstieg vom schwärmerischen Idealismus des Jahres 1932 zur krassen Verherrlichung des Kriegerhandwerks hat uns sehr ungünstig beeindruckt.

Wir haben uns mit ihm eingehend unterhalten. Er gab uns offen über seine Motive und Ansichten von ehemals Auskunft. Auf meine Frage: ‚und heute?‘ konnte er nur sagen: ‚Resignation‘.

Wir vermögen uns nicht zu entschließen, seine Wiederbeschäftigung als Lehrer zu befürworten. Nur wenn der Fachausschuß zu dem Entschluß käme, ihm einen neuen Anfang zu gestatten, würden wir mit Bedenken uns anschließen.“³⁴

Der Fachausschuss entschied da eindeutig: „Als Lehrer nicht tragbar, sonst keine Berufsbeschränkung.“³⁵ Jünemann wurde in Kategorie IV eingruppiert.

Am 12.12.1952 wurde Wolfgang Jünemann mitgeteilt, dass der Leitende Ausschuss „gemäß Par. 6 des Gesetzes zum Abschluss der Entnazifizierung“ ihn „mit Wirkung vom 1.12.1952 in Kategorie V einstuft. Diese Entscheidung ist eine echte Entnazifizierungsentscheidung, die bei Erfüllung der allgemeinen gesetzlichen Voraussetzungen Rechtsansprüche gewährt.“³⁶

Damit befand sich Wolfgang Jünemann in der komfortablen Lage, dass sein Rechtsanwalt nunmehr über die Wiedereinstellung in den Hamburger Schuldienst verhandeln konnte.

Es erfolgte ein langwieriger Rechtsstreit über die Frage, unter welchen Bedingungen Jünemann wieder eingestellt würde. Sein Rechtsanwalt Barber hielt es für selbstverständlich, dass Jünemann als Oberstudienrat in den Schuldienst zurückkehren würde und nicht „zum Studienrat degradiert“.³⁷

Durch seine Stellung bei der Montangesellschaft konnte Jünemann in Ruhe abwarten, bis die juristische Situation im Laufe der Jahre die für ihn günstigste Phase erreichte.

Am 28.10.1952 hatte das Personalamt der Freien und Hansestadt Hamburg noch festgestellt: „Nach den mir vorliegenden Unterlagen sind Sie am 20.4.1940 zum Studienassessor im außerplanmäßigen Dienstverhältnis, am 1.9.1942 zum planmäßigen Studienrat und am 1.11.1944 zum planmäßigen Oberstudienrat ernannt worden. Die ungewöhnlich rasche Ernennung zum Oberstudienrat kann nur auf Ihre enge Verbindung zum Nationalsozialismus, nämlich auf Ihre Zugehörigkeit zur SA vom Mai 1933 bis Mai 1935 (Oberscharführer) und auf das von Ihnen seit August 1935 bekleidete Amt eines Oberstammführers bei der HJ, zurückgeführt werden. Es ist damit erwiesen, daß die o. a. Ernennung zum Oberstudienrat wegen enger Verbindung zum Nationalsozialismus vorgenommen worden ist und daher unberücksichtigt bleibt.“³⁸

Aber schon am 15.8.1953 hob das Personalamt diese Entscheidung wieder auf und erklärte, dass Jünemann „nunmehr als Oberstudienrat zur Wiederverwendung zu behandeln“ sei.³⁹

Danach ging es um die Frage, binnen welcher Frist Wolfgang Jünemann von der Montangesellschaft in den Schuldienst wechseln konnte. Rechtsanwalt Barber: „Wir dürfen darauf aufmerksam machen, daß Herr Dr. Jünemann, da er seit 1945 von der Schulbehörde nichts gehört hat, gezwungen war, sich nach einer anderen Stellung umzusehen und dürfen hinzufügen, daß es Herrn Dr. Jünemann anfänglich außerordentlich schlecht ergangen ist. Herr Dr. Jünemann hat sich jedoch mit großer Energie und sehr viel Hingabe eine andere Stellung errungen, die er nicht von heute auf morgen aufgeben kann.“⁴⁰

Es ist schon unglaublich, wie hier die Geschichte auf den Kopf gestellt wurde. Aber die „Gewinner der Geschichte“, die die für sie unvorteilhafte Entwicklung „ausgesessen“ hatten bis zur günstigsten juristischen Situation, blieben unverfroren: „Wie uns bekannt ist, hatte Herr Dr. Jünemann im Zeitpunkt seiner Beurlaubung infolge der Entnazifizierungsgesetzgebung der Besatzungsmächte die Stellung eines Leiters der Oberschule Poppenbüttel inne. Herr Dr. Jünemann wäre daran interessiert, zu erfahren, ob die Schulbehörde in der Lage ist und beabsichtigt, ihm die Leitung dieser Schule wiederum zu übertragen oder ihn mit der Leitung einer anderen Schule zu beauftragen.“

Das Verhalten der Schulbehörde in der Vergangenheit seit 1945, insbesondere die in den letzten Monaten erfolgten Maßnahmen, sind unseres Erachtens nicht gerade geeignet, Herrn Dr. Jünemann zu veranlassen, nunmehr freudig jeder Anregung der Schulbehörde zu folgen, sondern haben wenigstens und zwangsläufig zur Folge, daß sich Herr Dr. Jünemann irgendwelche Entscheidungen, die anscheinend von ihm erwartet werden, sehr reiflich überlegen wird und muß. Dies wird verständlicherweise eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen, so daß wir bitten dürfen, sich sowohl zu erklären als auch zu gedulden.“⁴¹

Nach einigem Hin und Her zwischen Schulbehörde und Personalamt wurde die Rechtsauffassung des Leitenden Regierungsdirektors in der Schulbehörde, Otto von Zerssen, bestätigt, der festgestellt hatte: „Ein Recht, die Wiederaufnahme seiner Tätigkeit im Schuldienst von einer Klärung seiner Rechtsverhältnisse abhängig zu machen, steht ihm nicht zu. Schulleiter zu werden, kann er keinesfalls beanspruchen, wobei bemerkt sei, dass er niemals zum Schulleiter (Oberstudienrat) ernannt ist, sondern nur (überraschend schnell wegen seiner NS-Betätigung) zum Oberstudienrat. Aus seiner vorübergehenden Verwendung als stellvertretender Schulleiter gegen Ende des Krieges, weil sich die Schulleiter im Wehrdienst befanden, kann er keine Ansprüche herleiten.“⁴²

Letztendlich wurde Wolfgang Jünemann zum 1.7.1954 wieder als Studienrat in den Hamburger Schuldienst eingestellt und an der Abendoberschule im Holstenglaci 6 eingesetzt. Sein Schulleiter, Dr. Bernhard Müller, ebenfalls NS-belastet als Schulleiter an der Oberrealschule für Mädchen in Altona bis 1945, nach 1945 wieder eingestellt und zum Schulleiter berufen worden, schrieb am 11.10.1954 einen Befähigungsbericht über Jünemann, der ihm sicherlich von Schulleitersitzungen in der NS-Zeit bekannt gewesen war. Darin hieß es:

„Seine unterrichtliche Verwendung bis Michaelis mit 10 Stunden Geschichte war etwas unglücklich, da er die Lehrbefähigung für dieses Fach nicht besitzt (Geschichte war mit Kunstgeschichte verwechselt worden). Es ist anzuerkennen, dass sich Dr. Jünemann bereitwillig eingefügt und sich um den Erfolg auch in diesem Fach ehrlich bemüht hat.“⁴³

Ich finde es aus anderen Gründen mehr als „etwas unglücklich“, wenn ein stark NS-Belasteter, der bedenkliche NS-verherrlichende Bücher geschrieben hatte, nach seiner Wiedereinstellung als erstes mit zehn Unterrichtsstunden Geschichte eingesetzt worden war.

Die Beurteilung, die Wolfgang Jünemann nach drei Monaten Unterricht bekam, las sich sehr positiv:

„Dr. Jünemann, ein Mann mit gewandtem und sicherem Auftreten, voller Liebenswürdigkeit im Umgang mit Kollegen und Schülern, ist ohne Frage ein guter Lehrer;

man merkt das sehr schnell und untrüglich, auch wenn es zunächst nicht möglich ist, einen durch Einzelheiten begründeten Beweis für dieses mehr gefühlsmäßige Urteil zu bringen. Es erscheint mir aber sicher, dass sich Dr. Jünemann auch innerlich in seinem Beruf wieder zurechtfinden wird; der Wille dazu ist überall spürbar, er dürfte echt sein.

Seine Unterrichtsstunden und ihre Vorbereitung nimmt er ernst, er bemüht sich um lebendige Gestaltung der Stunden, d. h. um die Mitarbeit der Schüler. In seiner Methode neigt er mehr zur Unterhaltung und Diskussion als zu straffer Führung, womit ich nicht sagen will, dass er etwa planlos arbeitete. Seine Beurteilungen liegen etwas hoch, er sieht mehr das Bemühen und den Ansatz als die Leistung des Schülers. So gewinnt er aber schnell Vertrauen (weckt natürlich auch Illusionen) und mit ihm eine gute Grundlage für den Erfolg. Über seine Befähigung, Schüler und Leistungen sachlich zu beurteilen, kann eine begründete Aussage nicht gemacht werden. Ich weiß aber aus den Klassenkonferenzen, dass er seine Beurteilungen ernst nimmt und über den Schematismus der Zensurenskalen hinauskommt. Ich glaube zusammenfassend sagen zu können, dass Dr. Jünemann im höheren Schuldienst Hamburg nicht fehl am Platze ist.⁴⁴

Am 2.2.1955 ergänzte Schulleiter Müller seinen Bericht:

„Es hat sich bestätigt, dass Dr. Jünemann ein guter Lehrer ist: er ist lebendig und sicher im Unterricht, gewandt und energisch in der Arbeit, geschickt in der Behandlung der Schüler. Sein fachliches Interesse ist groß; er verbindet es mit guten wissenschaftlichen Grundlagen. An der Abend-Oberschule füllt er seinen Platz voll und ganz aus, im Kollegium hat er sich einen beachteten Platz verschafft. Sein Verhalten kennzeichnet sich durch Fleiß, Gründlichkeit und gewissenhafte Erfüllung aller Pflichten. Es wird immer wieder deutlich, dass der Lehrerberuf seine eigentliche Bestimmung ist und dass er in kurzer Zeit nach langen Jahren der Entfremdung innerlich und äußerlich den Anschluss gefunden hat.“⁴⁵

Interpretationsfähig und ein wenig sybillinisch erscheinen Müllers abschließende Bemerkungen:

„Wenn Dr. J. auch aus Gründen seiner Sicherstellung in den Schuldienst zurückgekehrt sein mag, schließt das nicht aus, dass er im Grunde seines Herzens glücklich und dankbar ist, wenn er nun wieder als Lehrer tätig sein kann. Bei aller Verslossenheit (ich möchte nicht sagen: Undurchsichtigkeit) seines Wesens spürt man, dass er Vertrauen sucht und Vertrauen rechtfertigen will. Es ist sicher richtig, dass die Vergangenheit noch neben ihm steht und dass er sie auch mit seinen Augen sieht – aber sie verstellt ihm den Blick nicht für die Gegenwart, und vor allem macht sie ihn nicht unsicher in der Bereitschaft, die Forderungen dieser Gegenwart ehrlich anzuerkennen. Und somit könnte man ihm wohl volle Verantwortung und die mit ihr verbundenen Rechte anvertrauen.“⁴⁶

Sollte damit angedeutet werden, dass eine Wiederbeförderung von Jünemann angezeigt sei?

Als nächstes hospitierte OSR Karl Wagner im Deutschunterricht von Wolfgang Jünemann. In seinem Bericht bemerkte er: „Herr Jünemann unterrichtet außerordentlich temperamentvoll, so dass die Schüler spüren, dass ihn die Probleme ungeheuer packen. Und von dieser Spannung springt durchaus ein Funke auf die Schüler über. Manchmal allerdings schlägt bei ihm der Propagandist durch, der einfach von dem, was ihn packt, mitgeben möchte, ohne an die Lösung der eigenen Kräfte der Schüler zu denken. Diese durch sein Temperament bedingte Überumpelung der Schüler soll aber in der angehörten Stunde stärker sich ausgewirkt haben als sonst, wie mir Herr Dr. Müller versichert.“⁴⁷

Der Eindruck des Oberschulrats, der die Begriffe „Propagandist“ und „Überumpelung“ auf Jünemanns Unterricht anwendete, verhinderte nicht, dass Wolfgang Jünemann zum Beamten auf Lebenszeit ernannt wurde. In Hamburg regierte der konservative Hamburg-Block, die Ernennungsurkunde vom 14.6.1955 war von Bürgermeister Kurt Sieveking unterschrieben, der Ernennungsvorschlag von Schulsenator Prof. Hans Wenke. Zur Begründung hatte OSR Wagner positiv formuliert: „Herr Dr. Jünemann zeichnet sich durch Fleiß, Gründlichkeit und gewissenhafte Erfüllung aller Pflichten aus. Seine Wirkung auf die Schüler geht von einem sprühenden Temperament aus, das seinen Unterricht sehr lebendig macht. Er ist gewandt und energisch bei der Arbeit, sein fachliches Interesse ist groß.“⁴⁸

Erstaunlicherweise fand sich in der Rubrik des Vordrucks: „Frühere Zugehörigkeit zur NSDAP, ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden“ lediglich ein Strich. Man lebte wieder in anderen Zeiten.

1957 begann Wolfgang Jünemann erneut, Anträge zu stellen, um endlich zum Oberstudienrat befördert zu werden.⁴⁹

Es dauerte noch vier Jahre, dann war es soweit. Formal wurden Beförderungen in den Fällen beantragt, wo Studienräte sich durch Anleitung von Referendaren profiliert und verdient gemacht hatten. Über Wolfgang Jünemann schrieb nun der Nachfolger von Bernhard Müller am staatlichen Abendgymnasium vor dem Holstentor, Beckmann, einen Ernennungsvorschlag, indem es unter anderem hieß:

„Dr. Jünemann ist vom Kollegium Jahr für Jahr in den Vertrauensauschuß gewählt worden. Das beruht darauf, daß er an allen schulischen Fragen, auch wenn sie ihn nicht unmittelbar betreffen, lebhaften Anteil nimmt, jederzeit mit Rat und Tat zur Verfügung steht und bei auftretenden Differenzen durch verständnisvolle Vermittlung ausgleichend wirkt. Er hat eine entschiedene eigene Meinung, ist aber durchaus auch für andere Auffassungen aufgeschlossen. Obwohl er den faulen Kompromiss scheut, stellt er den Dienst einer gemeinsamen Aufgabe in jedem Falle

über die Rücksichtnahme auf seine eigene Person. Überhaupt ist die Art, wie er in seinem Beruf aufgeht, einmalig und verdient die höchste Anerkennung. Er befördert nicht nur das Schulleben durch seine stets wache Sorge um die Verbesserung der äußeren und inneren Voraussetzungen für einen anspruchsvollen Unterricht, wobei er in der Lage ist, den Schülern mit feinem Verständnis zu begegnen, ohne Konzessionen in Bezug auf Leistungsanforderungen zu machen. Man kann es sehr wohl verstehen, daß er seine Schüler packt und im positiven Sinne beunruhigt, d.h. geistig in Bewegung setzt. Er wirkt durch das eigene Vorbild. Bei der ihm eigenen Toleranz ist die Gefahr einer einseitigen Einflußnahme nicht gegeben. Gerade bei seinen Schülern habe ich beobachtet, daß sie sich erfreulich zu sich selbst entwickeln.“⁵⁰

OSR Karl Wagner befürwortete den Ernennungsvorschlag und ergänzte:

„Trotz einer schweren Kriegsverletzung, die ihm körperlich zu schaffen macht, ist er ungewöhnlich arbeitssam und nimmt auch außerunterrichtliche Verpflichtungen sehr ernst. Wegen seiner guten Fachkenntnisse und methodischen Sicherheit wurde er als Berater und Anleiter der jungen Kollegen eingesetzt, die sich auf die besonderen Verhältnisse des Abendgymnasiums erst einstellen mußten.“⁵¹

Und, in der Tat, am 24.3.1961 legte diesmal Senator Heinrich Landahl in seiner zweiten Amtsperiode den Ernennungsvorschlag vor, der am 16.5.1961 vollzogen wurde.⁵²

Offenbar führte diese Beförderung Jünemanns zum Oberstudienrat zu politischen Reaktionen. So musste Schulsenator Landahl Bürgermeister Paul Nevermann Rechenschaft über diese Beförderung ablegen. Dafür hatte OSR Wagner für Senator Landahl und Landesschulrat Matthewes einen Vermerk zum Werdegang von Wolfgang Jünemann und insbesondere über dessen politische Betätigung von 1933 bis 1945 anzufertigen. Darin gab er alle Belastungspunkte, die sich aus Jünemanns Personalakte ergaben, richtig wieder. Dann vermerkte er aber auch:

„Die Schulbehörde ist der Meinung, daß nach Wiedereinstellung als Studienrat Herr Dr. Jünemann die gleichen Chancen bei Bewährung gegeben werden müssen, wie allen anderen Studienräten auch. Andernfalls würden wir dem Grundsatz gleicher Behandlung aller Beamten widersprechen. Bei Hospitationen und vor allem bei Abiturprüfungen ist Herr Dr. Jünemann dem Problem der neuesten Geschichte einschließlich Nationalsozialismus nicht aus dem Wege gegangen, und von einer verborgenen nationalsozialistischen Haltung war nichts zu bemerken. Er hat in den Abiturprüfungen Werke der modernen Malerei besprochen (z. B. Klee) und sich geradezu leidenschaftlich für die Aussagekraft dieser Werke eingesetzt. Da er nicht zu den Personen gehört, die sich scheuen, anderer Ansicht als ihre Vorgesetzten zu sein, muß ich annehmen, daß hier die eigene Einstellung spricht.

Es ist vor allem zu bedenken, daß Herr Dr. Jünemann mit der Ernennung zum Oberstudienrat keinen neuen Arbeitskreis bekommt, in dem er etwa einflußreicher auf die Jugend als bisher einwirken kann. Es handelt sich nur um eine Anerkennung für seine Fähigkeiten und seinen wirklich ungewöhnlichen Fleiß und für die Bedeutung, die er im Leben des Abendgymnasiums hat.“⁵³

Auf dieser Grundlage schrieb Senator Landahl am 23.8.1961 an Bürgermeister Nevermann:

„Es handelt sich bei Dr. Jünemann um den typischen Fall einer hochbegabten sensiblen Künstlernatur, die sich von dem Neuen im Nationalsozialismus fangen ließ, ohne ein Gefühl für die menschlichen und politischen Unzulänglichkeiten der damaligen Machthaber zu besitzen. Hierin liegt sein eindeutiges Versagen. Die Schulbehörde hat daraus die Konsequenzen gezogen. Ihm wurde erst 1953 die Möglichkeit gegeben, wieder in den Schuldienst einzutreten und obwohl er Oberstudienrat gewesen war und seine Leistungen in der Schule schon nach kurzer Zeit eine Ernennung zum Oberstudienrat gerechtfertigt hätten, hat die Schulbehörde ihn nicht zum Oberstudienrat ernannt, als andere Oberstudienräte aufgrund des Gesetzes zum Art. 131 befördert wurden. Er ist auch später immer wieder übergegangen worden.“⁵⁴

Im Weiteren bezog sich Landahl auf die beobachteten Kompetenzen und den Einsatz von Wolfgang Jünemann am Abendgymnasium.

1973 stellte Wolfgang Jünemann den Antrag auf vorzeitige Pensionierung, der zum 31.7.1973 erfüllt wurde. Danach übernahm er noch bis 1976 verschiedene Lehraufträge.

Er starb am 9.6.1977.⁵⁵

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte Wolfgang Jünemann, StA HH, 361-3, A 3025, Ablieferung 3.2.2006
- 2 Personalakte a. a. O.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd.
- 5 Entnazifizierungsakte Jünemann, StA HH, 221-11_Ed 6620
- 6 Personalakte a. a. O.
- 7 Am 1.2.1938, Personalakte a. a. O.
- 8 Personalakte a. a. O.
- 9 Personalakte a. a. O.
- 10 Personalakte a. a. O.
- 11 Personalakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Walter Behne, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile, Bd.1, Hamburg 2016, S. 457ff.
- 12 Wolfgang Jünemann: Um der Freiheit willen, Frankfurt am Main 1938, S. 63.

- 13 Wolfgang Jünemann: Stehen hell die Sterne. Verstagebuch eines Soldaten, Bayreuth 1943, S. 5f.
- 14 Jünemann 1943, S. 67.
- 15 Jünemann 1943, S. 23.
- 16 Jünemann 1943, S. 38.
- 17 Jünemann 1943, S. 43.
- 18 Personalakte a. a. O.
- 19 Alle Planungsunterlagen siehe: StA HH, 361-2 VI_723
- 20 StA HH, 361-2 VI_4680
- 21 Protokollvermerk vom 8.12.1943, StA HH, 361-2 VI_723
- 22 Schreiben vom 13.3.1944, StA HH, 361-2 VI_723
- 23 Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 616.
- 24 Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 617.
- 25 Zitiert nach: Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 616, Fußnote. Auch OSR Walter Behne hatte an diesem Buch mitgearbeitet.
- 26 Personalakte a. a. O.
- 27 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 28 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 29 Laut Schreiben seines Rechtsanwaltes Dr. Percy Barber vom 28.11.1953, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 30 Personalakte a. a. O.
- 31 Personalakte a. a. O.
- 32 Personalakte a. a. O.
- 33 Schreiben in der Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 34 Vermerk vom 14.7.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 35 Fragebogen Action Sheet vom 6.9.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 36 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 37 So etwa im Schreiben vom 28.11.1953, Personalakte a. a. O.
- 38 Entscheidung vom 28.10.1952, Personalakte a. a. O.
- 39 Personalakte a. a. O.
- 40 Schreiben von Rechtsanwalt Percy Barber vom 19.9.1953, Personalakte a. a. O.
- 41 Ebd.
- 42 Vermerk vom 6.10.1953, Personalakte a. a. O.
- 43 Beurteilung vom 11.10.1954, Personalakte a. a. O.
- 44 Ebd.
- 45 Ergänzung zum Bericht vom 11.10.1954, Personalakte a. a. O.
- 46 Ebd.
- 47 Hospitationsbericht vom 6.5.1955, Personalakte a. a. O.
- 48 Vorschlag zur Ernennung vom 12.5.1955, Personalakte a. a. O.
- 49 Schreiben vom 17.5.1957, Personalakte a. a. O.
- 50 Vorschlag zur Ernennung vom 9.1.1961, Personalakte a. a. O.
- 51 Befürwortung von OSR Wagner, Personalakte a. a. O.
- 52 Ernennungsvorschlag vom 24.3.1961, Personalakte a. a. O.
- 53 Vermerk von OSR Wagner vom 21.8.1961, Personalakte a. a. O.
- 54 Schreiben von Senator Landahl vom 23.8.1961, Personalakte a. a. O.
- 55 Alle Angaben laut Personalakte, a. a. O. Personalakte a. a. O.

Otto Thode

„Er war Nichtnationalsozialisten gegenüber im höchsten Grade unduldsam.“

Eine schillernde Person während der NS-Zeit war Otto Thode. Er gehörte zur Generation der in den 1880er-Jahren Geborenen, die während ihres Studiums in den Krieg zogen, Offiziere wurden und danach anfällig für die Ideologie der Nationalsozialisten waren. Thode war seit 1934 Schulleiter der Hansaschule in Bergedorf, an der schon vor 1933 ein äußerst konservativer Geist herrschte. Zu Thodes Lebensgeschichte gehörte auch, mit einer Frau verheiratet gewesen zu sein, die einen „jüdischen Großvater hatte“. Thode musste die NSDAP 1938 verlassen, wurde aber mit Unterstützung des Bergedorfer Kreisleiters 1941 auf „dem Gnadenwege“ wieder in die Partei aufgenommen, anders als einige Schulleiter in ähnlicher Situation.

Otto Thode wurde am 25.4.1887 in Wetterndorf bei St. Margarethen in Holstein geboren. Sein Vater war Landwirt und Hofbesitzer. Otto Thode besuchte die Volksschule in Landscheide bei St. Margarethen bis zu seinem zehnten Lebensjahr, seit 1898 die Realschule in Eilbeck, danach seit Ostern 1901 das Realgymnasium des Johanneums in Hamburg, wo er 1907 die Reifeprüfung bestand. Danach studierte er Deutsch und Geschichte, daneben Englisch und Kunstgeschichte, in Marburg, Kiel, München und wieder in Kiel, wo er am 27.2.1915 das Dokorexamen bestand mit einer Arbeit: „Untersuchungen zu Klaus Groth's Quickborn. Die Abweichungen vom Dithmarscher Platt unter Einfluß des Volksliedes.“¹

Nach seiner Promotion wurde Otto Thode am 15.4.1915 eingezogen und „war vom 13.7.1915 bis November 1918 im Felde“.² 1916 wurde er zum Leutnant befördert, im August 1916 erhielt er das EK II, im Juli 1918 das EK I. Bis zum Kriegende wurde Thode zweimal verwundet.

Vor Kriegseintritt heiratete Otto Thode am 16.1.1915 Mary Meves, Tochter des Rittergutsbesitzers Conrad Meves, mit der er vier Kinder bekam (geboren 1915, 1917, 1920 und 1923).

Nach Rückkehr aus dem Krieg und Heilung seiner letzten Verwundung bereitete er sich auf das philologische Staatsexamen vor, das er im Juni 1919 bestand und die Lehrbefähigung für Geschichte in der Oberstufe und Deutsch und Englisch in der Mittelstufe erlangte. Am 2. und 3. Oktober 1919 bestand er auch die Ergänzungsprüfung für Deutsch in der Oberstufe und Kunstgeschichte als Zusatzfach.³

Das Anleitungsjahr absolvierte Otto Thode an der Realschule Rothenburgs-

ort, wo er nach der pädagogischen Prüfung außerplanmäßiger Beamter wurde und am 1.6.1923 Oberlehrer.

Zum 1.4.1924 wechselte Thode von Rothenburgsort an die Hansaschule nach Bergedorf.⁴

Um die Familie ernähren zu können, übte Thode zumindest in den Jahren von 1928 bis 1931 zusätzliche Nebentätigkeiten an der Fichte-Hochschule aus. Als eine Tochter und seine Frau längere Zeit ernsthaft erkrankten und eine Kur notwendig wurde, prüfte das städtische Wohlfahrtsamt Bergedorf „eine Beihilfe aus dem Notstandsfonds“.⁵

Vermerkt wurde in diesem Zusammenhang, „daß in der Familie viel Krankheit besteht“.⁶

Während der Weimarer Republik war Otto Thode Mitglied der Deutschen Volkspartei (DVP) gewesen. Am 1.5.1933 trat er in die NSDAP ein, ebenso in den NSLB und die NSV.⁷

Als der Schulleiter der Hansaschule, Prof. Eduard Rüter in den Ruhestand versetzt wurde, berief die Schulverwaltung Otto Thode am 7.4.1934 zu seinem Nachfolger.⁸

Die Festschrift zur 50-Jahr-Feier der Hansa-Schule leitete Schulleiter Prof. Eduard Rüter mit Worten ein, die „in ihrer hoffnungsvollen blinden Ahnungslosigkeit so symptomatisch sind für einen großen Teil des deutschen Volkes“⁹, wie die Herausgeber der Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum es benannten. Rüter sagte 1933: „Der Anbruch einer neuen Zeit erfüllt die Herzen aller Deutschen, darunter der Hanseaten, mit großer Freude; er fällt mit dem 50jährigen Jubiläum der Bergedorfer Hansa-Schule zusammen und führt aus der Verzagtheit, die eine ältere Generation während der letzten 14 Jahre zu erfassen drohte, zu hoffnungsvollem Schauen in die Zukunft. Was seit dem 30. Januar dieses Jahres mit der Bildung der nationalen Regierung Hitler–Hugenberg–Papen–Seldte begonnen und zur Revolutionierung deutschen Geistes durch die fortreibende Redekraft dieser Männer geleistet hat, steht in der neuesten Geschichte einzig da und ist nur mit der Erhebung nach der Franzosenzeit und mit der Geistesbewegung vor den Einigungskriegen vergleichbar. Es scheint so, als ob erst die 14jährige äußere und innere Not die starken Kräfte in uns Deutschen hätte wecken und die Hemmungen, die der ehrvergessene und pazifistische Marxismus einer baldigen Selbstbesinnung nach dem Zusammenbruch entgegenstellte, hätte beseitigen müssen. Nur langsam bereitete sich der seelische und willensmäßige Aufschwung der deutschen Nation vor, um dann urplötzlich in der großen und einzig bedeutsamen Reichstagswahl der letzten Jahre gewaltsam hervorzubrechen. Der 5. März und seine Folgen sind der Wendepunkt in der deutschen

Geschichte und bedeuten für die Jugend, die unsere letzte wirtschaftliche Blüte während der Kaiserzeit, die Hochstimmung beim Kriegsausbruch und die großen Siege nicht miterlebte, ein kaum faßbares Wunder ... Der Geist von Potsdam, der in der Eröffnung des Reichstages in der dortigen Garnisonskirche symbolisch sich offenbaren soll, wird den falschen Geist von Weimar im ganzen Reich verdrängen helfen.“¹⁰

Eduard Rüther, der 1927 die Schulleitung als Nachfolger von Prof. Ferdinand Ohly übernommen hatte, der 27 Jahre lang Schulleiter der Hansa-Schule gewesen war, beschrieb, in welcher Tradition er sich sah: „Er knüpfte an den ‚vaterländischen Geist Ohlys für die Erziehung der Jugend‘ an und lobte ihn, daß er seinen Dienst ‚wie einen heiligen Dienst am Vaterlande ... versah‘ und ‚in den Stürmern der Revolutionszeit alle Anfechtungen von links unerschrocken über sich ergehen‘ ließ. Er konstatierte ganz im Sinne der nationalsozialistischen Propaganda einen nahtlosen Übergang von Ohlys zweifelsohne sehr im Kaiserreich verhaftetem Patriotismus zu dem Ungeist der neuen Machthaber.“¹¹ Die Redakteure der 100-Jahres-Festschrift bemerkten dazu: „Eine Inanspruchnahme des erkonservativen, in Bezug auf die Weimarer Republik sogar wohl mit Recht reaktionär zu nennenden Ohly für den Nationalsozialismus erscheint dem Chronisten aber ungerecht, wenn man seinem überlieferten Ruf und den Erzählungen seiner ehemaligen Schüler Glauben schenken darf. Die neue Zeit zeigte bald ihre pervertierende Umdeutung der Ohly'schen Begriffe von Humanität, Gerechtigkeit und Disziplin.“¹²

Eduard Rüther hatte zum Thema „Höhere Schule und Nationalsozialismus“ auf zwei Elternversammlungen am 6. und 9.11.1933 gesprochen:

„Als Hauptzweck der höheren Schule nannte er die Aufgabe, tüchtige Führer für den neuen Staat zu erziehen, die jenen hohen Anforderungen genügen, die unser Kanzler schon vor zehn Jahren in seinem Buche ‚Mein Kampf‘ aufstellte. Zu solchen Führern taugen nicht die Menschen, die bloß intellektuell begabt sind und die bloßes Wissen eingepumpt bekommen haben, sondern der völkische Staat stellt sich in erster Linie auf das Heranzüchten kerngesunder Körper, auf Entwicklung des Charakters ein, besonders auf die Förderung der Willens- und Entschlußkraft, verbunden mit der Erziehung zur Verantwortungsfreudigkeit. Dann kommt erst die wissenschaftliche Schulung.“¹³

In dieser Tradition stand nun Otto Thode. Der ehemalige Schüler, Peter Lemmersdorf, schrieb über ihn:

„Inzwischen vollzog sich in der Schule ein erstaunlicher Wandel. 1934 wurde Dr. Thode Direktor. Dieser, ein an sich sensibler und gebildeter künstlerischer Mensch, verwandelte sich bald in einen ‚Möchtegern-Hitler‘, nicht nur durch Stakatierten in martialischer Sprache, durch Schnurrbart und Haartracht, sondern auch in seinem gesamten Auftreten. Vielleicht glaubte er, es tun zu müssen, um seine

Stellung oder vielleicht sogar seine schöne Frau zu retten, von der man sagte, daß sie ‚nicht-arisch‘ wäre. Was das hieß, kann nur der begreifen, der die damalige Zeit miterlebt hat.“¹⁴ Wie Thodes Verwandlung aussah, beschrieb Lemmersdorf an einem konkreten Beispiel:

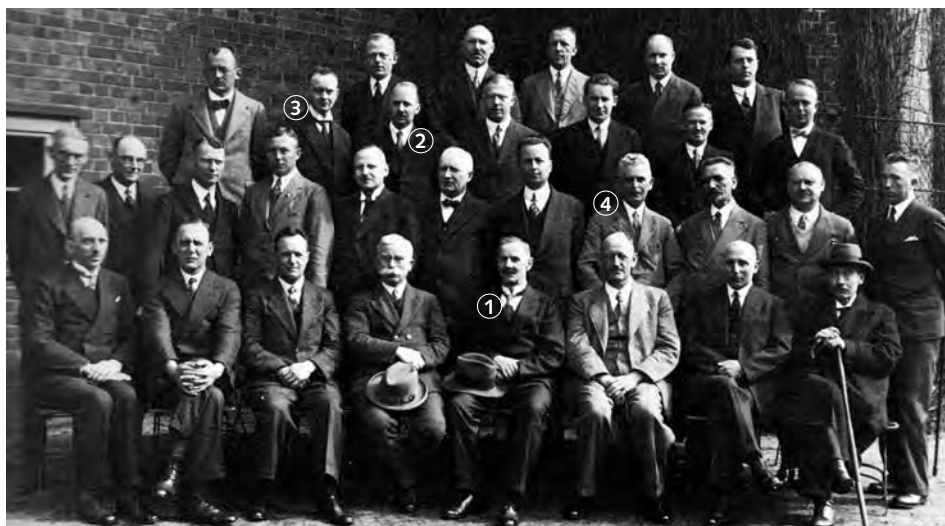
„Die Morgenandachten, die Dr. Thode noch als Kollege geleitet hatte, verschwanden zwischen 1933 und 1934 plötzlich aus dem Stundenplan. Stattdessen gab es montags morgens eine Flaggenparade. War dabei ein besonderes Ereignis zu begehen, so erschien die ganze Schule in Uniform. Wir mussten in U-Form um den großen Flaggenmast antreten, der am Nordrand des Schulhofes stand: rechts vorne die Lehrer, die je nach Gesinnung und Partei-Engagement verschiedenfarbig uniformiert waren, schwarz die von der SS, braun die von der SA, die weniger Engagierten in etwas unauffälligeren Farben, wie die vom NS-Fliegerkorps, NS-Kraftfahrerkorps und ähnlichen mehr an der Sache als an der Partei orientierten ‚Vereinen‘. Es gab sicher auch den einen oder anderen ‚Zivilisten‘ darunter. Ich weiß es nicht mehr genau. Dann folgte quer aufgestellt der Block der HJ-Führer, die HJ-Mitglieder in braun, dann die Jungvolkführer links den Lehrern gegenüber und die ‚Pimpfe‘ in schwarz und ganz am Ende, links neben dem Fahnenmast, ein Häufchen von fünf nicht uniformierten ‚Aussätzigen‘: Drei Schüler aus Aumühle (davon zwei jüdischer Abstammung und ein Sohn eines Freimaurers) und zwei Bergedorfer, deren Väter ihre Kinder vor dem bewahren wollten, was sie von Anfang an kommen sahen. Dann trat ‚Toldi‘ nach vorne, jeder Zoll ein Führer, hob den Arm zum deutschen Gruß und kommandierte: ‚Heiß Flagge!‘ Und alle Hände erhoben sich. Anstatt Worte der Andacht wie bisher, kamen aus seinem Munde ein paar markige Sprüche, dann sangen wir das Deutschland- und Horst-Wessel-Lied und zogen in die Klasse.“¹⁵



Otto Thode, in der NS-Zeit

Und er benannte auch ein von Otto Thode „häufig gehöres Kernwort“: „Jungs, freut euch, daß ihr in so einer großen Zeit Leben dürft!“¹⁶

Ein anderer ehemaliger Schüler schrieb: „Als erster erscheint dann natürlich der Schulleiter Dr. Thode, für mich damals eine Respekt einflößende Persönlichkeit von unbedingter Autorität. Die Pflege der Schultradition lag ihm am Herzen. Sicherlich war er mit Leib und Seele Schulleiter. Oft stand er nach Ende der großen Pause mitten auf der Eingangstreppe und ließ wie ein Fels in der Brandung den Strom der in die Schule zurückdrängenden Schüler an sich vorbeifließen. Offensichtlich genoß er das Bad in der Menge der ihm anvertrauten jungen Menschen.“¹⁷ Und über den Geschichtsunterricht des Direktors: „Im Geschichtsunterricht erwies sich Dr. Thode



Kollegium der Hansaschule 1933: In der 1. Reihe Schulleiter Prof. Rüter (1). Sein Nachfolger Otto Thode in der 3. Reihe (2). Links neben Thode steht sein Widersacher Julius Reimers (3) und in der 2. Reihe Hans-Paul Roloff (4), zeitweise Stellvertreter Thodes.

als ein vorbehaltloser Bejager des Nationalsozialismus. Er unterrichtete stramm nach dem ‚Gehl‘, dem reichseinheitlich verordneten Geschichtswerk. Aus heutiger Sicht stellt sich sein Geschichtsunterricht als ein einziges nationalsozialistisches Weltanschauungsprogramm dar. Damals glaubte ich ihm alles. Der Führer war der Retter und Erneuerer Deutschlands usw. usw. ... Nach dem Zusammenbruch mußte Dr. Thode gehen, und er wurde von vielen angefeindet. Ich mochte keinen Stein auf ihn werfen, denn ich war von seiner Integrität überzeugt. Seine fast sentimentale Hingegenheit an den ‚Führer und sein Werk‘ schien mir idealistisch. Ich glaube, er war selbst ein Verführer.“¹⁸

Ein anderer Schüler erinnerte sich an beide Schulleiter seinerzeit an der Hansaschule von 1933 bis 1938:

„Im ersten Jahr erlebte ich noch Prof. Dr. Eduard Rüter als Schulleiter. Er war sehr ruhig und vornehm. Zu seinem Spitznamen ‚Alo‘ war er in früheren Zeiten gekommen, weil er die Angewohnheit hatte, viele Sätze mit dem Wort ‚also‘ zu beginnen, er aber dabei das ‚s‘ verschluckte. 1934 folgte Dr. Otto Thode (‚Talo‘), der Kreisamtsleiter der NSDAP für Schulung war. Auch er erschien bei Schulfeiern in Naziuniform.“¹⁹

Als die Hitler-Jugend während des Krieges einerseits von der NSDAP benötigt wurde für die Rekrutierung von zukünftigen Soldaten und gleichzeitig die Organisation in den Lagern der Kinderlandverschickung mit übernahm, erhielt sie auch in den Schulen mehr Verantwortung und Privilegien, sehr zum Ärger insbesondere der

Leiter an höheren Schulen. Nachdem der zwischenzeitliche Leiter der Schulverwaltung, Albert Henze, die Kompetenzverteilung zwischen Schule und HJ neu ordnete und die HJ ein Mitspracherecht bei Prüfungen, Zeugnissen und Disziplinarfragen erhielt, wandte sich auch Otto Thode an die Behörde und gab „zu bedenken, die Beauftragung eines Schülers mit den von der Schulverwaltung genannten disziplinarischen Aufgaben sei unverantwortlich, weil ein Schüler das gar nicht leisten könne. Die Schüler seien immer zu Erziehende, auch die Primaner.“ Henze, dem diese Stellungnahme am 24. Juni 1941 vorgelegt wurde, ließ durch rote Randglossen erkennen, dass sein diesbezügliches Rundschreiben undurchdacht gewesen war: ‚Verantwortlich bleibt selbstverständlich stets der Schulleiter‘, aber er müsse die Ansprüche der HJ berücksichtigen. Gegen Übergriffe der HJ würden die Schuldienststelle und die Gebietsführung ‚energisch einschreiten‘. An die Beteiligung des Schulführers bei allen Strafen sei gar nicht gedacht worden.“²⁰

Das Leben und die Schulleitertätigkeit Otto Thodes während der NS-Zeit unterschied sich von anderen Schulleitern dadurch, dass Otto Thode 1937 bei der Zusammenstellung aller Dokumente für den Ariernachweis feststellen musste, dass seine Ehefrau einen jüdischen Großvater mütterlicherseits hatte, den Kaufmann Martin Albrecht. Otto Thode musste 1938 die NSDAP verlassen, in der er bis dahin dem Korps der politischen Leiter angehört hatte. Über wie viel Rückhalt in der NSDAP Otto Thode verfügte, zeigte sich darin, dass er trotzdem Schulleiter bleiben konnte, anders als seine Schulleitungskollegen Cäsar Iburg, Ernst Hüttmann und Bruno Peyn, die, in der Sprache der Nationalsozialisten, ebenfalls „jüdisch versippt waren“.²¹

Otto Thode hatte insbesondere die vehemente Unterstützung des Bergedorfer NSDAP-Kreisleiters Schuster, der 1935 den Nationalsozialisten und Christen, Walther Machleidt, aus dem Schulleitungsamt der Nachbarschule, der Luisenschule, 1935 gedrängt hatte. Thode wurde sogar nach seinem Ausscheiden aus der NSDAP am 1.7.1938 noch zum Oberstudiendirektor befördert und, „auf dem Gnadenwege“ 1941 wieder in die NSDAP aufgenommen.²²

Interessantes Material liegt vor aus dem Entnazifizierungsverfahren und darin gab es ungewöhnlich viele Aussagen und Beschreibungen, die das Wirken Otto Thodes als Schulleiter der Hansaschule beleuchten.

Am 27.6.1945 war Thode „bis auf weiteres beurlaubt worden“, am 13.8.1945 bekam er die Mitteilung der Schulverwaltung, er „solle mit mindestens 6 Stunden außerhalb des Unterrichts eingesetzt werden“ an der Hansaschule, „mit Aufräumen, Sammlungen etc.“²³

Am 12.9.1945 erfolgte dann die Entlassung mit Schreiben von Senator Landahl.²⁴

Der Beratende Ausschuss für das höhere Schulwesen im Entnazifizierungsverfahren entschied am 11.10.1946 eindeutig: „Unser Zeuge, Studienrat Reimers von

der Hansaschule in Bergedorf, berichtete uns, wie Thode als Leiter jener Schule dort als nationalsozialistischer Tyrann gewütet hat. Eine Wiedereinstellung kommt auf keinen Fall in Frage.“²⁵

Das weitere Verfahren erstreckte sich über einen langen Zeitraum. Persönlich war es eine schwierige Zeit für Otto Thode. Seine Frau Mary war am 8.4.1946 gestorben. Thodes Rechtsanwalt, Dr. Gunther Bruch, schrieb am 24.9.1946, wie Thode und seine Frau reagiert hatten, als die nichtarische Herkunft von Mary Thode dokumentiert worden war:

„Seine Frau hat ihm damals verschiedentlich angeboten, in eine Scheidung einzuwilligen und sie und die Kinder nach England gehen zu lassen, um dadurch die ihm entstandenen Schwierigkeiten zu beseitigen. Hierzu hat sich Herr Dr. Thode aber keineswegs bereit gefunden im Gegensatz zu vielen anderen Personen, die in ähnlich gelagerten Fällen durch eine Scheidung alle diesbezüglichen Schwierigkeiten beseitigt haben. Er hat sich in seiner Haltung seiner Frau gegenüber auch jetzt nicht beeinflussen lassen und hat ihr erklärt, dass er alles andere auf sich nehmen würde, als diesen Weg zu beschreiten.“²⁶

Dies zielte, im Entnazifizierungsverfahren eingebracht, darauf ab, Sympathiepunkte für Otto Thode zu gewinnen. Zweifellos war es aber auch eine schwierige Situation gewesen.

Rechtsanwalt Bruch schrieb weiter: „Da die Schulverwaltung, und insbesondere auch die Kreisleitung Herrn Dr. Thode auf jeden Fall als Leiter der Hansaschule in Bergedorf nicht verlieren wollte, hatte sich ganz besonders die Letztere sehr für seine Wiederaufnahme eingesetzt. Vor allem auf ihr Betreiben hin ist Herr Dr. Thode 1941 wieder in die Partei aufgenommen worden. Er hat sich den diesbezüglichen Bemühungen nicht widersetzt, da ihm seine Tätigkeit als Schulleiter der Hansaschule sehr am Herzen lag. Er hat es weiter nicht getan, um sich und seine Familie die wirtschaftliche Existenz zu erhalten. Er hatte vier Kinder. Eine Tochter war bereits vor 1938 gestorben, der älteste Sohn ist im Krieg gefallen. Drei seiner Kinder standen also zu dieser Zeit noch in der Berufsausbildung. Wenn Dr. Thode sich der Wiederaufnahme in die Partei widersetzt hätte, hätte er damit seine wirtschaftliche Existenz aufgegeben und als Auswirkung dieser Tatsache insbesondere die weitere Berufsausbildung seiner Kinder infrage stellen müssen.“²⁷

Nach dieser Einleitung begründete Bruch dann allerdings, dass Otto Thode ein überzeugter Nationalsozialist gewesen war, aus „drei idealistischen Gründe“ wie es in solchen Schreiben hieß:

„Herr Dr. Thode ist aus idealistischen Gründen im Mai 1933 in die Partei eingetreten. Er hielt es damals für seine Pflicht mitzuhelfen, dass das drohende Chaos und die enorm anwachsende Arbeitslosigkeit eingedämmt würden. Nach den Zie-

len, die propagandistisch von der NSDAP verkündet wurden, war er der Überzeugung, dass diese Parteirichtung in der Lage und festen Willens sein würde, die Verhältnisse in Deutschland zu bessern und Deutschland vor dem geistigen und wirtschaftlichen Ruin zu bewahren.“²⁸

Und an anderer Stelle: „Da Herr Dr. Thode 1933 der Überzeugung war, dass die NSDAP das Schicksal des deutschen Volkes nach der guten Seite wenden würde, hat er auch aus rein idealistischen Gründen, einzig und allein getrieben von der Überzeugung, hier nicht untätig beiseite stehen zu dürfen, der Partei seine Mitarbeit nicht versagt; er wurde zunächst Blockleiter. Da Herr Dr. Thode bereits vor 1933 verschiedentlich in Bergedorf kulturelle und historische Vorträge gehalten hatte, entsann man sich im Herbst 1933 bei der Partei dieser Tatsache und der von ihm dabei gezeigten Rednergabe und übertrug ihm innerhalb der Ortsgruppe das Amt des Schulungsleiters. Als dann in der Folgezeit einige Ortsgruppen zu einem Kreis zusammengeschlossen wurden, erhielt Herr Dr. Thode in diesem Zusammenschluss ebenfalls wieder das Amt des Schulungsleiters.“²⁹

Der fanatische NSDAP-Kreisleiter Fritz Schuster hatte Otto Thode also zum Schulungsleiter des Kreises Bergedorf gemacht und sich für dessen Verbleib in der Partei und Wiederaufnahme auf dem „Gnadenweg“ eingesetzt, trotz der „jüdischen Versippung“ von dessen Ehefrau. Zumindest nach 1938 erklärte dies möglicherweise die entschieden nationalsozialistische Haltung Thodes an der Hansaschule, die aber seit 1933 auch schon vorhanden war, wie einige Beteiligte im Berufungsverfahren für die Ausschaltung von Nationalsozialisten aussagten.

Ein zentraler Zeuge war Dr. Julius Reimers, der schon den Beratenden Ausschuss 1946 zu der Feststellung veranlasst hatte, Thode hätte als Leiter der Hansaschule „als nationalsozialistischer Tyrann gewütet“.³⁰

Julius Reimers Aussage vor dem Berufungsausschuss für die Ausschaltung von Nationalsozialisten am 2.6.1948 belastete Thode schwer:

„Ich bin von 1924–1945 mit Herrn Dr. Thode zusammen an der Hansaschule tätig gewesen. Soweit ich mich erinnere, ist Herr Dr. Thode vor 1933 ein Gegner der Nazis gewesen. Wir haben uns gelegentlich über politische Fragen unterhalten. Ich meinte, aus diesen Gesprächen seine Gegeneinstellung entnehmen zu können. Nach der Umwälzung wurde Dr. Thode ein 100-prozentiger Nationalsozialist. Ich habe dies aus einzelnen Gesprächen entnommen. Ich erinnere, dass wir zusammen einen Vortrag aufsuchten. Ich äußerte mich hierüber negativ, da der Vortrag nationalsozialistisch ausgerichtet war. Herr Dr. Thode erklärte mir daraufhin sehr schroff, ich verstünde den Vortrag nicht. Dr. Thode war Nichtnationalsozialisten gegenüber im höchsten Grade unduldsam, jedenfalls was meine eigene Person betrifft. Bis Herr Dr. Thode Schulleiter wurde, wurden die Andachten rein kirchlich gehalten. Dies änderte sich mit

dem Amtsantritt Dr. Thodes als Schulleiter. Die Andachten wurden nationalsozialistisch ausgerichtet. Ich habe mich im Anschluss an eine bestimmte Andacht bei Herrn Dr. Thode schriftlich über die Abhaltung der Andacht durch den betreffenden Kollegen beschwert und mich geweigert, solche Andachten abzuhalten. Dr. Thode wies mich darauf hin, dass er meinen Brief in Händen habe und forderte mich auf, bei dem betreffenden Kollegen Abbitte zu leisten. Ich habe dies im Interesse meiner Familie getan. Etwa ein Jahr später hielt ein Schüler von mir einen Vortrag über Stein und schloss den Vortrag mit den Worten des Bedauerns, dass Stein kein Nationalsozialist gewesen wäre. Ich verwies ihm eine solche törichte Ansicht. Einige Tage später benahm der betreffende Schüler sich ungebührlich, sodass ich ihn ins Klassenbuch eintragen musste. Dr. Thode ließ mich in seine Privatwohnung am Sonntagabend kommen und kanzelte mich herunter, wie ich dazu käme, einen HJ-Führer ins Klassenbuch einzutragen. Er habe dies doch ausdrücklich verboten. In einem anderen Falle hatte sich ein HJ-Führer im Unterricht ungebührlich verhalten, sodass er eine schlechtere Betragens-Zensur verdiente. In der Konferenz waren die Kollegen sich darüber einig. Dr. Thode widersetzte sich jedoch dieser Maßnahme, da es sich um einen HJ-Führer handelte. Ich trat dafür ein, dass das Kollegium hierüber entscheiden sollte. Tatsächlich hat der Schüler dann die Note 1–2 erhalten. Herr Dr. Thode äußerte mir gegenüber: ‚Herr Dr. Reimers, wenn Sie mir noch einmal Opposition machen ...‘ Er vollendete den Satz nicht; das übrige konnte ich mir denken. – In einem anderen Fall hatte ein Schüler englische Schallplatten gehört. Dr. Thode wollte den Schüler deswegen zur Meldung bringen. Ich bat ihn, davon Abstand zu nehmen und riet ihm, lieber dem Jungen einige Ohrfeigen zu geben und an das Los der Eltern zu denken. Dr. Thode erklärte mir am nächsten Tage, dass er keine Rücksicht nehmen wolle. Er habe gar keine Hemmungen in diesem Fall. – Als im Jahre 1937 die Partei wieder aufgemacht wurde, war ein Kollege, Dr. Mottelsell, krank und hatte daher keinen Aufnahme-Antrag gestellt. Dr. Thode schickte daraufhin den Schuldieners zu dem Kollegen und verlangte von ihm, er solle ihm melden, ob er in die NSDAP eintrete oder nicht. Dr. Thode war aus der Kirche ausgetreten und legte auch den Kollegen nahe, den gleichen Schritt zu tun. – Dr. Thode hat auch in seinen Ansprachen gegen das Judentum gesprochen, wenn er auch dieses Wort vermied. Er sprach davon, dass wir eine reine Rasse haben müssten. Mir war dies besonders zuwider, weil Dr. Thode ja selbst jüdisch versippt war. Nach dem 20.7.1944 hielt Dr. Thode eine Rede in der Schule, in der er der Vorsehung dafür dankte, dass sie uns den Führer erhalten hatte.“³¹

Auf Nachfrage der Ausschussmitglieder hatte Reimers noch festgestellt, „dass ein Schüler in einem 1947 herausgegebenen Band von Briefen Vorwürfe gegen das Wirken von Dr. Thode als Schulleiter erhoben hat“.³²

Reimers war eine geschätzte Autorität unter den Lehrern, während der NS-Zeit offenbar eine Art Gegenentwurf zu Otto Thode. So schrieb Peter Lemmersdorf:

„Auch der Unterricht bekam ein anderes Gesicht. Man konnte die Lehrer in mehr oder weniger begeisterte Nazis, vorsichtig taktierende und zögernde Mitläufer, in die schweigende Opposition und in die tollkühnen Gegner einteilen. Zu den letzteren gehörte ‚Jule‘ Reimers. Dr. Reimers war äußerlich das Gegenteil heldenhafter Erscheinung: zierlich, schlank, schüchtern und gehemmt wirkend, mit einem etwas schief gehaltenen Kopf wegen einer tiefen Narbe am Hals, wohl einer Kriegsverletzung, die er stets hinter einem hohen steifen ‚Vatermörder‘ verbarg. Er gab einen ausgezeichneten Deutschunterricht und legte in jedem Aufsatz großen Wert auf klare und strenge Disposition, die am Anfang aufzustellen war. Er war außerordentlich gerecht, und man spürte bei aller Zurückhaltung, wie er seine Klasse liebte. Dieser Mann, den man im damaligen Sprachgebrauch als typischen ‚krummen Zivilisten‘ hätte bezeichnen können, war der einzige Lehrer, der unerschütterlich und mit geradezu tollkühnem Mut aus seiner Meinung über den Nationalsozialismus keinen Hehl machte. Mit schneidender Ironie übte er Kritik an dem, was viele ahnten, aber keiner auszusprechen wagte. Ich sehe ihn noch vor mir, wie er seinen Kopf schief hielt, den Zeigefinger an der Wange abstützte, uns ansah und dann in seiner stockenden Sprechweise zu uns sagte: „Jungs, der Führer und sein Tausendjähriges Reich, wir werden ihr Ende alle noch erleben!“³³

Und von einem anderen Schüler, Eberhard Lohss, wurde eine Episode mit Reimers übermittelt: „Als ich 1939 in der Unter- oder Oberprima war, wurde mein Vater eines Tages zum Schulleiter gebeten, der ihm eröffnete, dass ich nicht zum Abitur zugelassen werden könnte, da ich nicht der HJ oder einer anderen Formation der Partei angehörte. Wir hielten daraufhin zu Haus Familienrat und kamen zu dem Ergebnis, daß ich meinen Zukunftsaussichten zu Liebe den Wiedereintritt in die HJ in Kauf nehmen sollte (ich war vor Jahren einmal ausgetreten). Wegen ‚Vorbereitung aufs Abitur‘ konnte ich mich dann dringend vom Dienst beurlauben lassen!

Inzwischen brach der Krieg aus, und wer sich freiwillig zur Wehrmacht meldete, bekam das Abitur ‚geschenkt‘, während ich mit dem kärglichen Rest im Februar 1940 Abitur machte. Während des Deutschaufsatzes (bei Thode) traf ich zufällig Dr. Reimers auf dem Gang, der mich nach dem Aufsatzthema fragte. Ich nannte das Moltke-Wort: ‚Der ewige Friede der Menschheit ist ein Traum und nicht einmal ein schöner‘, worauf Reimers den Kopf schief legte und, den Finger an der Backe, sagte: ‚So, das soll Moltke gesagt haben? War doch sonst so ein kluger Mensch.“³⁵

Und Rudolf Schmidt, Schüler der Hansa-Schule von 1933–1942, erinnerte:

„Politische Diskussionen habe ich im Unterricht nie erlebt. Politische Differenzen wurden in dieser Zeit auf andere Weise, aber immer mit Terror, ausgetragen.

Das wußte man, darüber sprach man nicht und suchte es zu verdrängen. Und dennoch habe ich nie empfunden, daß dies auf den Unterricht und das Unterrichtsklima Auswirkungen hatte. Das ist insofern erstaunlich, als ich nur sehr wenige Lehrer als überzeugte und aktive Mitglieder von NS-Formationen erlebt habe. Von vielen hatten wir den Eindruck, daß sie der NS-Partei gegenüber Abstand hielten. Natürlich hatten nicht alle das Format von Herrn Dr. Reimers, unseres verehrten Klassenlehrers in den letzten drei Schuljahren. Wir hatten bei ihm Deutsch und Geschichte; und wir genossen seinen Unterricht, dem wir alle viel, viel verdanken. Seine großen wissenschaftlichen Kenntnisse, sein pädagogisches Geschick und seine Menschlichkeit ließen diesen Mann, der in seiner äußeren Erscheinung und in seiner distanzierenden Art eher einem Antihelden glich, für uns zur unumschränkten Autorität werden, dessen Mut wir bewunderten. Er konnte in dieser Zeit Dinge sagen, auch vor HJ-Führern seiner Klasse, die für andere gefährlich waren.“³⁶

Gerd Fuhlendorf, der den Geschichtsunterricht von Otto Thode erlebt hatte und diesen als „ein einziges nationalsozialistisches Weltanschauungsprogramm“ darstellte, erlebte auch Julius Reimers:

„Nach Dr. Thode hatte ich Dr. Reimers in Deutsch und Geschichte. Das gab Gelegenheit zu aufschlussreichen Vergleichen. Beide waren geistig im Konservativismus beheimatet, beide waren zum Beispiel Bismarck-Verehrer, doch machte Dr. Reimers keinen Hehl aus seiner distanzierten Haltung zum Nationalsozialismus. Wir wurden damals vor Beginn des Unterrichts von den Lehrern mit dem Hitler-Gruß begrüßt. Bei Dr. Reimers wurde daraus eine nichtssagende Geste. Das Wort ‚Heil Hitler‘ habe ich nie von ihm gehört. Er ging auch nicht nach dem ‚Gehl‘ vor, sondern unterrichtete nach eigenen Konzepten. Auf die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg ging er überhaupt nicht ein, da sie, wie er meinte, erst von einer späteren Generation kritisch gewürdigt werden könnte. Ich bin aus ihm politisch damals nie so richtig schlau geworden. Er erschien mir als ewiggestriger, als ein an provinzieller Verspätung Leidender, der für die zukünftigen Neuerungen der Gegenwart kein Verständnis hatte. Gleichwohl verehrte ich ihn als Lehrer. Seine Art zu unterrichten war fesselnd interessant und war gekennzeichnet von Vorbereitung, Fleiß sowie nie nachlassender Qualitätsverantwortung. Am Schluss jeder Stunde diktierte er uns den behandelten Stoff. Richtig schätzen gelernt habe ich ihn erst nach dem Zusammenbruch. So mancher Nutznießer und Mitläufer der Hitler-Zeit, der den Arm nicht hoch genug hatte reißen können, gebärdete sich plötzlich als geheimer Widerständler. Dr. Reimers blieb sich selbst treu. Zu einer Zeit, da viele einen weiten Bogen machten um Begriffe wie Nationalgefühl, Vaterland usw., beklagte er die Zerschlagung Preußens und das Verschwinden der deutschen Tugend, der preussischen Tugenden.“³⁷ Julius Reimers, der auch nach 1945 weiter an der Hansaschule unterrichtete, dort noch bis 1952 blieb, wurde in der 100-jährigen Festschrift als „der

am meisten geachtete Lehrer der Hansaschule der Nachkriegszeit“ bezeichnet“. ³⁸ Für-
wahr ein gewichtiger Zeuge im Verfahren des Otto Thode.

Ein anderer ehemaliger Lehrer der Hansaschule, Heinrich Harders, schilderte
nicht weniger gravierende Vorfälle:

„Ich kenne den Berufungskläger seit dem Jahre 1924. Wir haben in demselben
Kollegium bis zum Jahre 1935 gemeinsam gewirkt. Als Dr. Thode 1934 die Leitung
der Schule übernahm, waren wir aus dem Kollegium zwar einigermaßen darüber
erstaunt, jedoch der Ansicht, dass Dr. Thode nicht der schlechteste Schulleiter sein
würde, nach den Erfahrungen, die wir bis dahin mit ihm gemacht hatten. Nach der
Übernahme der Schulleitung habe ich verschiedentlich in einigen Angelegenheiten
versucht, auf Dr. Thode einzuwirken, da ich mit seinen Maßnahmen nicht einverstan-
den war. Es handelte sich hier um Angelegenheiten, die hauptsächlich die Schuldiszi-
plin betrafen. Sie hatten teils auch politischen Hintergrund, wie es seinerzeit häufiger
der Fall war. Ich bin mit meiner Anregung nicht durchgedrungen und hatte auch das
Gefühl, dass Dr. Thode sich meine Einmischung nicht gefallen lassen wollte. Ich bin
dann nach einer Auseinandersetzung mit Dr. Thode aus der Schule fort gekommen.
Dies geschah auf Veranlassung von Dr. Thode. Ich bin allerdings der Ansicht, dass Dr.
Thode nicht die treibende Kraft hierbei war, sondern dass er lediglich vorgeschoben
wurde und dass hinter meiner Versetzung der seinerzeitige gleichgeschaltete stell-
vertretende Schulleiter Dr. Roloff stand, der zugleich Ortsgruppenleiter in Bergedorf
war. Der letzten Auseinandersetzung lag folgender Vorfall zugrunde: Ein Unterpri-
maner hatte mich während des Unterrichts bemogelt. Ich hatte dies einwandfrei
festgestellt und der betreffende Schüler hatte mir dies auch eingestanden. Infolge
einer Anordnung von Dr. Thode mussten sämtliche disziplinarischen Angelegenhei-
ten von Schülern, die NS-Organisationen, wie der SA und HJ angehörten, ihm zur
Entscheidung unterbreitet werden. Die Disziplinar-Gewalt des einzelnen Lehrers war
insofern ausgeschaltet. Da dieser Unterprimaner der SA angehörte, habe ich dem-
entsprechend den Fall Dr. Thode unterbreitet, der sich dann unmittelbar mit dem
Schüler in Verbindung setzte. Nach einer Erklärung von Dr. Thode soll der Schüler
dann in dem Gespräch mit ihm sein Geständnis und die Tat verleugnet haben. Auf
meinen Wunsch einer Gegenüberstellung ging Dr. Thode nicht ein. Er überließ es
vielmehr mir, die Angelegenheit mit dem Schüler zu ordnen. Er hielt mir vor, dass
dies bereits der zweite Fall einer disziplinarischen Auseinandersetzung zwischen mir
und Schülern wäre, die der Partei respektive der SA angehörten. – Ich bin daraufhin
in die Wohnung des betreffenden Schülers gegangen und habe mit ihm in Gegen-
wart seiner Mutter gesprochen. In diesem Gespräch bekannte der Schüler, dass er
mich bemogelt hatte und wiederholte in Gegenwart seiner Mutter sein mir bereits
früher abgelegtes Geständnis. Daraufhin bin ich mit dem Schüler zu Dr. Thode in die

Privatwohnung gegangen und habe ihm den Sachverhalt dargelegt. In Gegenwart von Dr. Thode hat der betreffende Schüler dann sein Geständnis auch wiederholt. Dr. Thode erklärte dann, in dem er uns beiden die Hand auf die Schulter legte, ‚nun sei alles in Ordnung‘. Ich habe dann darauf bestanden, dass nunmehr die disziplinarischen Maßnahmen gegen den Schüler getroffen werden sollten, insbesondere, dass eine Klassen-Konferenz einberufen würde. Dies hat Dr. Thode aber verweigert. Über sein Verhalten habe ich mich beim Oberschulrat beschwert. Dieser sagte mir zu, dass eine Untersuchung erfolgen würde. Diese Angelegenheit fand kurz vor den Weihnachtsferien statt. Während der Weihnachtsferien ging in den Bergedorfer Kreisen bereits das Gerücht, dass ich von der Schule versetzt werden würde. Ein Kollege Meyer erzählte dies anderen Kollegen. Wie ich später in Erfahrung gebracht habe, hatte der Kollege Meyer den Auftrag bekommen, von Partei wegen die Angelegenheit in der Schulverwaltung zu bereinigen. Ich bin, als ich hiervon Kenntnis erhielt, direkt zu dem Kollegen Meyer gegangen und habe ihn deswegen zur Rede gestellt. Meyer warnte mich bei diesem Gespräch, riet mir, an meine Familie zu denken und bestätigte, dass die Versetzungsabsichten beständen, die nach seiner Auffassung auch zur Durchführung kommen würden, bevor überhaupt ein Verfahren gegen mich respektive Dr. Thode vor der Schulverwaltung durchgeführt würde. Tatsächlich ist dann nach den Weihnachtsferien der Oberschulrat nach Bergedorf gekommen. Es ist jedoch nicht zu einem Verfahren gegen den Schüler, sondern zu einem Verfahren gegen mich gekommen. Der Hauptwortführer in dieser Angelegenheit war der stellvertretende Schuldirektor Dr. Roloff, unterstützt von dem Kollegen Meyer. In dieser Verhandlung wurde beleuchtet, dass ich noch bis zum März 1933 als Redner gegen die Nationalsozialisten aufgetreten sei und dass ich überhaupt der NSDAP gegenüber feindlich eingestellt wäre. Am Spätabend desselben Tages rief mich der Oberschulrat Behne selbst an und erklärte mir, dass das Ergebnis der Verhandlung für mich nicht sehr schön sei. Ich fragte ihn bei dieser Gelegenheit, was aus dieser Angelegenheit herauskommen könnte. Er glaubte, dass bei dem Widerstand der Partei gegen mich der Gauleiter mich zwangsweise an eine andere Schule versetzen würde. Ich fragte darauf, ob ich nicht von mir aus diese Versetzung beantragen könnte. Als er dies bejahte, habe ich ihn sofort gebeten, meine telefonische Erklärung zur Kenntnis zu nehmen, dass ich um eine Versetzung von mir aus bäte. Von diesem Antrag habe ich dann schriftlich Dr. Thode Kenntnis gegeben.“³⁹

Auf Nachfragen ergänzte Harders noch: „Es war seinerzeit in Bergedorf bekannt, dass die inzwischen verstorbene Ehefrau des Berufungsklägers nichtarischer Abstammung war. Wir haben uns deshalb vom Kollegium gewundert, dass Dr. Thode den Parteistandpunkt hinsichtlich der Arierfrage einnahm und vertrat. Dies war nach unserer Auffassung eine Unmöglichkeit, da in dem kleinen Bergedorf

ja jeder über die persönlichen Verhältnisse des anderen unterrichtet war.“⁴⁰ Der dritte Zeuge, der Otto Thode belastete, war Hermann Bünemann, der vor 1933 deutscher Konsul und Handelsrat in Oslo gewesen war. Als Julius Reimers dessen Namen vor dem Berufungsausschuss erwähnte, hatte Otto Thode dazu erklärt: „Bünemann und ein weiterer Schüler waren die einzigen, die nicht in der HJ waren. Ich habe es an sich für meine Pflicht gehalten, sie anzuhalten, mit den übrigen Schülern gemeinsam in die HJ zu gehen. Als sie sich dem jedoch widersetzen, habe ich von mir aus nichts unternommen. Beide Schüler haben auch das Abitur gemacht und eine Schulgeldermäßigung weiter bezogen. Als Bünemann sein Abitur gemacht hatte, besuchte er die Universität Kopenhagen und studierte dort Medizin. Hierüber herrschte eine allgemeine Erregung in Bergedorf, da die übrigen Schüler zunächst in den Arbeitsdienst und ihrer Wehrpflicht genügen mussten. Ich habe mich deswegen an die Polizei gewandt, die hierüber Erkundigungen einzog. Die Gestapo hat sich in dieser Angelegenheit nicht eingemischt. Eine Gestapo gab es damals in Bergedorf überhaupt noch nicht.“⁴¹

Hermann Bünemann machte vor dem Berufungsausschuss am 23.2.1949 folgende Aussage: „Mein ältester Sohn ist 1935 von der Hansaschule abgegangen. Er gehörte nicht der HJ an, in die Wehrmachtsrolle wurde er seinerzeit eingetragen und studierte in Kopenhagen. Die Ableistung seines Wehrdienstes wurde von Jahr zu Jahr aufgeschoben. Dies ging gut bis zum Jahre 1942. 1942 musste er sich bei der Wehrmacht stellen. Ich selbst bin dann beim Wehrbezirks-Kommando vorstellig geworden und habe erreicht, dass er bis zum Abschluss seines Examens zurückgestellt wurde. Mein ältester Sohn hat unter Dr. Thode gelitten. Es ist nach meiner Auffassung gerade auf das Verhalten von Dr. Thode zurückzuführen gewesen, dass ihm der Aufenthalt in Deutschland verbittert war. Selbstverständlich soll das nicht heißen, dass das persönliche Vorgehen von Dr. Thode allein ihm den Aufenthalt verbitterte, sondern das gesamte NS-Regime von dem Dr. Thode nur ein Exempel war. Mein zweiter Sohn hat ebenfalls die Hansaschule besucht. Er wollte der HJ nicht beitreten und hat auch alle Angebote dieser Richtung ausgeschlagen. Ich erhielt dann von Dr. Thode am 29.1.1938 ein Schreiben, in dem er mich darauf aufmerksam machte, dass mein Sohn Dietrich bisher der HJ beigetreten sei, obgleich er durch die Schule öfters darauf hingewiesen sei, dass eine Mitarbeit in der Jugendorganisation für jeden deutschen Jungen heute selbstverständliche Pflicht sei. Da er sein Verhalten in höchstem Maße als unkameradschaftlich auffasse, würde er eine Entscheidung herbeiführen, ob mein Sohn auf der Schule bleiben könne oder zu Ostern die Schule verlassen müsse. Ich habe das Schreiben von Dr. Thode nicht beantwortet, jedoch hat mich diese ganze Angelegenheit außerordentlich beschäftigt und belastet. Ich habe seinerzeit mit dem Leiter des Wilhelm-Gymnasiums wegen der Umschulung

meines Sohnes verhandelt, der auch, soweit ich unterrichtet bin, mein Gesuch an die Schulverwaltung weitergeleitet hat. Voraussetzung war die Zustimmung des bisherigen Schulleiters, wie mir der Direktor des Wilhelm-Gymnasiums erklärte. Ich habe etwa am 1.4.1938 die Mitteilung bekommen, dass meinem Umschulungsgesuch nicht stattgegeben werden könne. Am 13.5.1938 wurde ich dann zur Gestapo geladen und einem eineinhalbstündigen Verhör unterworfen. Der wesentliche Gegenstand der Vernehmung war das Fernbleiben meines Sohnes aus der HJ.⁴²

Auf Nachfrage im Ausschuss erklärte Otto Thode: „Von dieser Vorladung durch die Gestapo weiß ich nichts. Ich habe kein Verfahren in dieser Angelegenheit ausgelöst.“ Und Bünemann erwiderte: „Der Name Dr. Thode ist bei der Verhandlung gefallen, jedoch kann ich nicht behaupten, dass er das Verfahren beantragt hat.“⁴³

Fünf Tage später lieferte Hermann Bünemann Dokumente nach, die seine Ausführungen erhärteten. Die Umschulung seines Sohnes Dietrich war von dem altnationalsozialistischen OSR Walter Behne am 2.4.1938 lapidar abgelehnt worden: „Ihrem Antrag kann nicht entsprochen werden.“⁴⁴

Bünemann wies in seinem Schreiben darauf hin, dass er selbst mit Entnazifizierungsverfahren betraut wäre: „Ich wurde 1945 Mitglied des Denazification Advisory Committee für den Großhandel und habe mich da und auch außerhalb dessen wiederholt auch für ‚alte Kämpfer‘, versöhnend und verstehend eingesetzt. Aber was für einen Sinn hätte die Entnazifizierung, wenn die Erziehung unserer Jugend wieder Leuten anvertraut wird, die sie mit solcher Gesinnungsknechtung zur Heuchelei treiben. Wir brauchen Erzieher von Charakter, die nicht, wie Dr. Thode, vor 1933 vor den Schülern mit Begeisterung von der Kunst zum Beispiel Noldes oder Rottluffs sprachen und ab 1933 die Arbeiten solcher Künstler als ‚entartete Kunst‘ vor den Schülern in Misskredit brachten.“⁴⁵

Bünemann hatte für sich den ganzen Fall seit 1938 sorgsam dokumentiert: „Es ist das einzige Mal, dass ich mit der Gestapo zu tun hatte. Mehr als drei Jahre später wurde die damalige Anklage durch eine Vernehmung durch den Bergedorfer Kreisleiter Schuster wieder aufgewärmt (29.7.41), der auch gut orientiert zu sein schien und vor dem ich auch bestand, ohne umzufallen. Es überrascht mich, dass Dr. Thode angab, nichts von meinem Gestapo-Verhör zu wissen. Dass er aber Material zur Sache geliefert hat, scheint mir ziemlich außer Zweifel zu sein, wenn ich meine Aufzeichnung nachlese, die ich 1938, immer für den Fall einer Haussuchung sehr vorsichtig redigierend, streng wahrheitsgetreu zu Papier brachte.“⁴⁶

Auch die eineinhalbstündige Vernehmung bei dem Kriminalsekretär Burkhardt bei der Gestapo und das von diesem angefertigte Protokoll hatte Bünemann noch präsent und vorliegen. Das Gespräch mit Gestapo-Mann Burkhardt nach den Notizen von Hermann Bünemann: „Der Eintritt in die HJ sei eine Selbstverständlichkeit;

die Förderung eines Jungen, der nicht mitmache, sei für den Staat nicht tragbar. Wir stehen noch am Anfang; in 10–20 Jahren können Leute nichts werden, die nicht mitmachen. Beamter könne mein Junge nicht werden, wenn er nicht mitmache. Auf Befragen des Schulleiters habe mein Junge erwidert, er hätte kein Interesse für die HJ, er brauche seine freie Zeit für die Musik, und als der Schulleiter ihn darauf hingewiesen, er könne dann nie Beamter werden, habe er geantwortet, dann werde er eben Kaufmann.“

Seine eigenen Aussagen in der Gestapo-Vernehmung gab Bünemann so wieder: „Ich erwiderte auf die Frage des Flaggens und Grüßens, ich sei nicht Nationalsozialist, erblicke in diesen Dingen ein Bekenntnis und wolle nicht heucheln, auch vor dem Umbruch habe ich nie geflaggt. Derselbe Beweggrund liege in der Frage des Eintritts meines Jungen in die HJ vor: ich wolle nicht seinen Charakter brechen. Diesen Ausdruck, an dem sich Burkhardt zu stoßen schien, musste ich näher erklären; er sagte es sei unnatürlich, wenn ein Junge nicht mit heller Begeisterung in der HJ mitarbeite, und müsse auf Einwirkung vom Elternhause beruhen; er wollte mal sehen wie unglücklich sein Junge wäre, wenn er dem eines Tages sagte, er solle nicht mehr in der HJ sein! Ich hätte meinen Jungen jedenfalls vom Beitritt abgehalten. Ich erwiderte, ich habe dem Jungen sogar nahegelegt, er müsse wegen seiner späteren Existenz doch eintreten. Ich wolle aber, dass er das freiwillig tue nicht unter Brechung seines Charakters, nicht auf eine Drohung von Dr. Thode hin. Antwort: Ich solle mich nicht in meinen Worten vergreifen, das sei keine Drohung, sondern ein Hinweis, für den ich Dr. Thode dankbar sein müsse.“⁴⁷

Auch das Schreiben von Otto Thode an ihn vom 29.1.1938 konnte Bünemann dem Ausschuss vorlegen. „Sehr geehrter Herr Bünemann! Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Ihr Sohn Dietrich bisher nicht der Hitlerjugend beigetreten ist, obgleich er durch die Schule öfters darauf hingewiesen ist, daß eine Mitarbeit in der Jugendorganisation für jeden deutschen Jungen heute selbstverständliche Pflicht ist. Da ich sein Verhalten im höchsten Maße als unkameradschaftlich auffasse, werde ich eine Entscheidung herbeiführen, ob Ihr Sohn auf der Schule bleiben kann oder zu Ostern die Schule zu verlassen hat. Heil Hitler! Der Leiter der Hansaschule in Bergedorf gez. Thode.“⁴⁸

Abschließend schrieb Bünemann an den Berufungsausschuss: „Ob ein Mann, der zu solchen – im Grunde wahrscheinlich selbst damalige Vorschriften übersteigende – Daumenschrauben greift, geeignet ist, wieder Erzieher unserer Jugend zu sein, ist das, was meines Erachtens allein zur Diskussion steht. Selbst wenn Druck von oben hinter der Drohung gestanden haben sollte, musste ein Rektor Manns genug sein, solche Druckmittel zu verschmähen und lieber mündliche Vorstellungen zu erheben.“⁴⁹

Rechtsanwalt Bruch ging in ausführlichen Schreiben insbesondere auf die formalen Belastungen ein, die Mitgliedschaften und Funktionen Thodes. Die Mitgliedschaft im Korps der Politischen Leiter und seine Funktion als Schulungsleiter der Bergedorfer Ortsgruppen wurde, wie in ähnlichen Fällen auch, verharmlost. Zu Julius Reimers bemerkte Rechtsanwalt Bruch im Namen seines Mandanten: „Da er sich aber seiner stets einwandfreien, korrekten und gerechten Haltung bewusst war und andererseits den Zeugen Dr. Reimers nach wie vor als einwandfreien und wahrheitsliebenden Menschen schätzte, war er der Überzeugung, dass sich die bisherigen Mitteilungen des Dr. Reimers als Missverständnisse erweisen und sehr schnell aufklären und richtigstellen lassen würden. Dr. Thode ist sehr wohl erinnerlich, dass er in den ersten Jahren nach Amtsantritt verschiedene Differenzen mit Dr. Reimers gehabt hatte. Wenn ihm auch die Einzelheiten dieser Differenzen nicht mehr in Erinnerung sind, so weiß er doch ganz genau, dass sie ausgesprochen innerdienstlicher Art waren und keinerlei politischen Hintergrund hatten. Er hat in der Folgezeit seiner Auffassung nach mit Dr. Reimers gut zusammengearbeitet und ihn vor allem in seinen beruflichen Leistungen äußerst geschätzt.“⁵⁰

An anderer Stelle desselben Schreibens behauptete Bruch dann allerdings: „Dr. Reimers ist ein sehr eigenartiger, verschlossener und zurückhaltender Mensch. Er scheint gerade aufgrund dieser Verschlossenheit mimosenhaft überempfindlich zu sein und Dinge anders zu sehen, als sie tatsächlich waren.“⁵¹

Der Berufungsausschuss urteilte über Otto Thode am 27.8.1949. Einerseits stellte er fest, „daß Dr. Thode sich über eine rein materielle Mitgliedschaft hinaus für die Ziele des NS eingesetzt hat. Sowohl nach den Erklärungen des Zeugen Harders wie nach den Bekundungen des Zeugen Bünemann hat Dr. Thode sich in nationalsozialistischem Sinne betätigt.“⁵²

Andererseits hätten Zeugen auch bekundet, dass Thode politisch Andersdenkenden gegenüber „loyales Verhalten bewiesen“ hätte. Thode sollte in den Ruhestand versetzt werden mit der Pension eines Studienrates. Er wurde in Kategorie IV eingruppiert und „mit Wirkung vom 1.1.1950 in die Kategorie V, als Entlasteter“. „Über das Ruhegehalt eines Studienrates hinaus Bezüge zuzubilligen, bestand nach der Gesamthaltung von Dr. Thode und auch unter Berücksichtigung, dass seine Ernennung zum Schulleiter, bzw., zum Oberstudiendirektor zu einer Zeit erfolgte, als er noch Mitglied der NSDAP war und Ämter in ihr bekleidete, kein Anlass“, schloss der Berufungsausschuss.⁵³

Aber schon am 22.7.1951 wurde Otto Thode die Pension eines Oberstudiendirektors zuerkannt. Erschreckend für mich die dürftige damalige Stellungnahme der Schulbehörde: „In Hinblick auf die Laufbahn des Dr. Thode kann nicht beweiskräftig angenommen werden, dass seine Ernennung zum Oberstudiendirektor le-

diglich mit Rücksicht auf enge Verbindung zum Nationalsozialismus vorgenommen worden ist, zumal Dr. Thode nach seinen Angaben 1938 aus der NSDAP wegen nicht rein arischer Abstammung seiner Ehefrau ausgeschieden ist.“⁵⁴

Ein bisschen intensivere Beschäftigung mit Personalunterlagen kann der Verwaltung doch zugemutet werden.

Als Otto Thode seinen 80. Geburtstag feierte, würdigte ihn die „Bergedorfer Zeitung“, und dabei blieb die politische Verstrickung in die Zeit von 1933 bis 1945 schlicht unerwähnt: „Nach dem Abgang des damaligen Schulleiters, des Professors Herrn Dr. Eduard Rüther, wurde 1934 Dr. Otto Thode zum Leiter der Hansaschule bestellt. Bis zum Kriegsende 1945 führte er die Leitung unter schwierigen Verhältnissen durch und trat am 1. Mai 1949 in den verdienten Ruhestand.“⁵⁵ Und über sein weiteres Leben vermeldete das Blatt am 29.2.1967: „Nach seiner Entlassung aus dem Schuldienst brach der alte Wunsch, zu zeichnen und zu malen, wieder durch. Bis dahin hatte er bereits in weitem Umfange Silhouetten hergestellt. Jetzt nahm er Unterricht bei dem bekannten Maler Walter Siebelist. Dr. Thode wurde unter Siebelists Förderung so produktiv, daß 1962 eine Ausstellung seiner Werke im Museum für Völkerkunde an der Rothenbaumchaussee in Hamburg erfolgen konnte, die starke Beachtung fand. Wir wünschen dem verdienten Lehrer und Künstler noch manches Jahr in erfolgreichem Schaffensdrang und gesundheitlicher Frische. Er liebt die Lüneburger Heide und wird dort seinen 80. Geburtstag feiern im Kreise seiner Familie.“⁵⁶

Otto Thode starb am 1.9.1972. Seine zweite Frau, Bertha, 1899 geboren, lebte noch bis zum 11.3.1993.⁵⁷

Anmerkungen

- 1 Handgeschriebener Lebenslauf von Otto Thode in seiner Personalakte, StA HH, 361 – 3_A 3055
- 2 Ebd.
- 3 Ebd.
- 4 Personalakte a. a. O.
- 5 Schreiben vom 11.4.1927, Personalakte a. a. O.
- 6 Ebd.
- 7 Entnazifizierungsakte Thode, StA HH, 221-11_X 3391
- 8 Personalakte a. a. O.
- 9 Festschrift 100 Jahre Hansa-Gymnasium, Hamburg-Bergedorf 1983, S. 45.
- 10 Ebd.
- 11 Festschrift 100 Jahre Hansa-Gymnasium a. a. O., S.43.
- 12 Ebd.
- 13 Festschrift 100 Jahre Hansa-Gymnasium a. a. O., S. 56.
- 14 Festschrift 100 Jahre Hansa-Gymnasium a. a. O., S. 72.
- 15 Ebd.
- 16 Ebd.

- 17 Festschrift 100 Jahre Hansa-Gymnasium a. a. O., S. 80.
- 18 Ebd.
- 19 Festschrift 100 Jahre Hansa-Gymnasium a. a. O., S. 74.
- 20 Uwe Schmidt: Hamburg im „Dritten Reich, Hamburg 2010, S. 442. Siehe auch die Biografien von Albert Henze und Hans Einfeldt, in Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd.1, Hamburg 2016, S. 162 ff. und S. 450ff.
- 21 Siehe deren Biografien in: de Lorent 2016. Wobei Bruno Peyn seine jüdische Abstammung in den Kirchenbüchern zu verwischen versucht hatte.
- 22 Personalakte a. a. O.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 26 Schreiben von Rechtsanwalt Dr. Bruch v. 24.9.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 27 Ebd.
- 28 Ebd.
- 29 Ebd.
- 30 Vermerk v. 11.10.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Verhandlung vor dem Berufungsausschuss vom 2.6.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 32 Ebd.
- 33 Festschrift 100 Jahre Hansa-Gymnasium a. a. O., S. 72.
- 34 Ebd.
- 35 Festschrift 100 Jahre Hansa-Gymnasium a. a. O., S. 73.
- 36 Festschrift 100 Jahre Hansa-Gymnasium a. a. O., S. 77.
- 37 Festschrift 100 Jahre Hansa-Gymnasium a. a. O., S. 80.
- 38 Festschrift 100 Jahre Hansa-Gymnasium a. a. O., S. 89.
- 39 Verhandlung des Berufungsausschusses in der Sache Dr. Otto Thode vom 23.2.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O. H. Wilhelm Meyer war Altparteigenosse und Schulungsleiter der NSDAP in Bergedorf. Da er nach 1945 in keinem Lehrerverzeichnis mehr auftauchte, hatte er dieses Jahr offenbar nicht überlebt.
- 40 Ebd.
- 41 Berufungsausschuss vom 2.6.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 42 Berufungsausschuss vom 23.2.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 43 Ebd.
- 44 Schreiben von Hermann Bünemann vom 28.2.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 45 Ebd.
- 46 Ebd.
- 47 Ebd.
- 48 Ebd.
- 49 Ebd.
- 50 Schreiben vom 16.8.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 51 Ebd.
- 52 Entscheidung des Berufungsausschusses vom 27.8.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 53 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 54 Ebd.
- 55 „Bergedorfer Zeitung“ vom 29.4.1967.
- 56 Ebd.
- 57 Personalakte a. a. O.

Hans-Paul Roloff

„Mit dem Amtsantritt von Prof. Stern setzte erst langsam, dann immer stärker eine völlige Verjudung des Instituts ein.“

Einen ungewöhnlichen beruflichen Werdegang hatte Hans-Paul Roloff. Ursprünglich war er ein geförderter Mitarbeiter von Professor William Stern am Psychologischen Institut der Universität Hamburg gewesen mit der Perspektive auf eine akademische Karriere. Als sich dies aus verschiedenen Gründen nicht realisieren ließ, wendete Roloff seine Enttäuschung gegen den jüdischen Psychologieprofessor und dessen andere Mitarbeiterin, Martha Muchow. Hans-Paul Roloff steigerte dies in ein übles Denunziantentum. Es passte zusammen mit einer Hinwendung zur NSDAP schon 1932 und seinem intriganten Verhalten, als er nach seinem Ausscheiden an der Universität als Studienrat an der Hansaschule in Bergedorf arbeitete.

Am 28.8.1883 wurde er als Sohn des Stadtsekretärs Johannes Roloff in Demmin (Pommern) geboren. Nach Besuch der dortigen Volksschule und des humanistischen Gymnasiums bestand er die Reifeprüfung und studierte anschließend von 1901 bis 1905 in Greifswald, Berlin und Marburg Mathematik, Physik, Zoologie und Botanik. Die Lehramtsprüfung für die höheren Schulen bestand er 1905 in Marburg. Er kam nach Hamburg, absolvierte den Vorbereitungsdienst an der Oberrealschule auf der Uhlenhorst. Anschließend fand er 1907 eine Anstellung als Oberlehrer an der Hansaschule in Bergedorf.¹

Hans-Paul Roloffs Personalakte dokumentiert seine gesundheitlichen Probleme. Immer wieder gab es Krankmeldungen und Kuren. Die Diagnose seines Krankheitsbildes: „Er leidet seit etwa einem Jahre, im Anschluss an eine Influenza, an einer Verdichtung und an einem Katarrh der linken Lungenspitze, verbunden mit einer gewissen Magenschwäche. Wenn auch sein Leiden sich offenbar schon wesentlich gebessert hat, so ist es doch noch nicht als ganz behoben zu betrachten. Es bestehen ärztliche Bedenken dagegen, daß er schon jetzt seinen Dienst wieder übernimmt und in unserem Klima lebt. Ich habe ihm daher dringend empfohlen, bis Ostern Urlaub zu nehmen und ein Hochgebirgsklima aufzusuchen (Arosa, Schweiz), da meines Erachtens nur dadurch einem baldigen Rückfall vorgebeugt werden kann.“²

Später tauchten immer wieder Krankschreibungen auf wegen Bronchialkatarrhs, Mandelentzündungen, Rippenfellentzündungen, Asthma und Magenproblemen, Kuraufenthalte in der Schweiz.³

Nach kurzer Einziehung zum Kriegsdienst 1915 wurde Roloff schon 1916 wieder entlassen und zurückgestellt.⁴

Nach dem Krieg begann Roloff das Studium der Psychologie und Philosophie an der Universität Hamburg, das er am 14.1.1923 mit dem Diplom abschloss. Parallel dazu bekam er eine Stelle als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am Psychologischen Institut bei Prof. William Stern und wurde dafür vom Schuldienst beurlaubt.⁵

William Stern hatte zur Begründung geschrieben: „Die Pflege der modernen Begabungsforschung – eine der Hauptaufgaben des Psychologischen Laboratoriums der Hamburgischen Universität – setzt ständige Zusammenarbeit mit der Schule zur Bedingung. Der Vorteil aus dieser Arbeitsgemeinschaft liegt aber keinesfalls einseitig bei der Forschung: die Durchführung des Einheitsschulgedankens wird bekanntlich schon in naher Zeit der Schule Aufgaben stellen, bei deren Bewältigung sie der von der Begabungsforschung erarbeiteten wissenschaftlichen Hilfsmittel und Methoden kaum entraten können. Um die Kontinuität der begonnenen Arbeiten zu sichern (unter anderem leitet Herr Oberlehrer Roloff eine Arbeitsgemeinschaft hamburgischer Oberlehrer zur Untersuchung der Eigenart der mathematischen Begabung), bittet das Psychologische Laboratorium die Oberschulbehörde, auch Herrn Oberlehrer Roloff bis auf weiteres als ständigen Mitarbeiter für psychologische Fragen aus dem Gebiete des höheren Schulwesens an das Psychologische Laboratorium zu beurlauben.“⁶

Und 1922 begründete William Stern, warum die Beurlaubung Roloffs verlängert werden sollte: „Der Oberlehrer Dr. Hans-Paul Roloff ist seit Ostern 1919 an das Psychologische Laboratorium beurlaubt. Er hat durch seine ständige Mitarbeit auf den Gebieten der pädagogischen und der Berufspsychologie dem Laboratorium wertvolle Dienste geleistet, hat selbständig wissenschaftliche Untersuchungen angestellt und bei Demonstrationen, Übungen und Kursen mitgewirkt. Seit einiger Zeit ist ihm die Leitung der psychotechnischen Untersuchungen und Prüfungen übertragen, die der Feststellung der technischen Begabung von jugendlichen Berufsanwärtern dienen. Dieser sehr wichtige Zweig unserer Laboratoriumsarbeit könnte ohne die Mitwirkung Dr. Roloffs nicht fortgeführt werden. Dr. Roloff ist deshalb für die Durchführung der wissenschaftlichen und praktischen Arbeiten unseres Laboratoriums unentbehrlich, und ich bitte seinen Urlaub zu verlängern.“⁷

Am 22.11.1921 hatte Hans-Paul Roloff seine Promotion abschließen können.⁸

William Stern stützte sich bei seiner Arbeit ganz wesentlich auf Martha Muechow und Roloff, die beide als seine Assistenten von schulischen Verpflichtungen entbunden waren. „Um die Arbeiten des Instituts auf dem Gebiet der Jugendkunde und der industriellen Psychotechnik im bisherigen Umfange fortführen zu können, ist ihre hauptamtliche Mitarbeit unbedingt erforderlich. Ich bitte deshalb

die Oberschulbehörde, Fräulein Dr. Muchow und Herrn Dr. Roloff auch weiterhin ohne Gehalt an das Psychologische Laboratorium der Hamburgischen Universität zu beurlauben.“⁹

Trotz zwischenzeitlich langwierigen krankheitsbedingten Ausfällen setzte sich William Stern immer wieder für die Verlängerung der Beurlaubung von Hans-Paul Roloff ein. Am 28.2.1927 reklamierte er erneut dessen Mitarbeit: „Die Weiterbeschäftigung des Studienrats Dr. Roloffs am Psychologischen Laboratorium ist dringend notwendig. Herr Dr. Roloff ist seit Jahren durch Halten von Vorlesungen und Übungen, Leiten von Arbeitsgemeinschaften, Durchführung von Eignungsuntersuchungen und aktive Teilnahme an der Forschungsarbeit sowohl mit der pädagogisch-psychologischen wie mit der psychotechnischen Arbeit unseres Laboratorium aufs engste verbunden, und diese Arbeitszweige würden durch sein Ausscheiden auf stärkste beeinträchtigt werden. Ich beantrage daher, daß er auch weiterhin am Psychologischen Laboratorium beschäftigt wird.“¹⁰

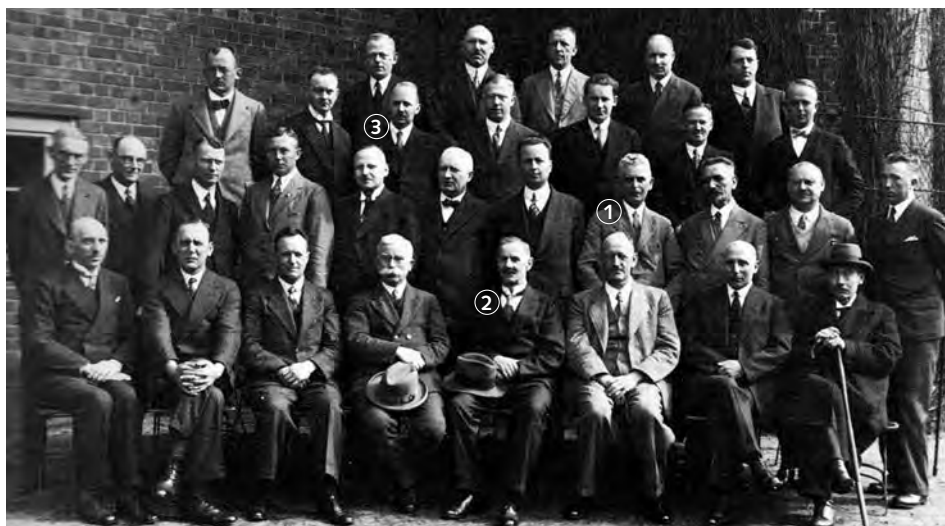


Hans-Paul Roloff, 1933

Die Oberschulbehörde genehmigte dieses erneut, allerdings nur bis zum 31.3.1928: „Einer weiteren Beurlaubung über diesen Zeitpunkt hinaus kann aber nicht mehr zugestimmt werden, da die infolge dieser Beurlaubung nicht besetzte Studienratsstelle nicht mehr entbehrt werden kann. Die Oberschulbehörde gibt anheim, die Hochschulbehörde möge, wenn das Psychologische Laboratorium einen wissenschaftlichen Mitarbeiter nötig hat, eine Stelle dafür einwerben.“¹¹

Am 29.2.1929 genehmigte die Senatskommission für die Verwaltungsreform eine Stelle als „Wissenschaftlicher Rat am Psychologischen Laboratorium unter Fortfall der Stelle eines Studienrates bei der Oberschulbehörde“. Und: „In Frage für die neue Stelle kommt der bisher von der Oberschulbehörde beurlaubte Studienrat Dr. Roloff. Wenn auch die Oberschulbehörde mit Schreiben vom 31. Januar 1928 die Beurlaubung des Genannten letztmalig bis zum 31. März 1929 genehmigt hat, so darf wohl angenommen werden, daß unter den vorliegenden Umständen gegen seine Weiterbeschäftigung am Psychologischen Laboratorium bis zur Genehmigung der neuen Stelle durch die Bürgerschaft Bedenken nicht bestehen.“¹² Viel Wohlwollen offensichtlich für Hans-Paul Roloff, insbesondere durch die stetige Fürsprache von Prof. William Stern.

Im Jahr 1928 war Roloff wegen einer Embolie und eines diagnostizierten Herzfehlers mit anschließender Rippenfellentzündung in längerer Krankenhausbehandlung.¹³ Eine sicherlich anstrengende und zermürbende Leidenszeit.



Kollegium Hansaschule, 1933. Roloff in der 2. Reihe (1). In der 1. Reihe sitzt Prof. Eduard Rütger (2), bis 1934 Schulleiter. Dessen Nachfolger, Otto Thode, steht in der 3. Reihe, 3. v. l.

In der Oberschulbehörde gab es nicht nur Verständnis für Hans-Paul Roloff. Der für die höheren Schulen zuständige Oberschulrat Prof. Wolfgang Meyer hatte schon am 27.9.1922 bemerkt: „Nach eingezogenen Erkundigungen kommt Herr Roloff nur gelegentlich ins Laboratorium; seine Hauptarbeiten fertigt er im Hause an, führt also ein ganz bequemes Privatgelehrten-Dasein.“¹⁴

Prof. William Stern, der mit Roloff zehn Jahre eng zusammengearbeitet und ihn persönlich und wissenschaftlich stets gefördert hatte, rückte mit Hinweis auf Roloffs lang andauernden und immer wiederkehrenden Krankheiten davon ab, ihn auf die Stelle eines Wissenschaftlichen Rates zu berufen. Am 31.3.1930 schrieb er an die Hochschulbehörde: „Die Voraussetzungen, unter denen seinerzeit beantragt wurde, daß Herr Dr. Roloff, der seit elf Jahren von der Oberschulbehörde an das Psychologische Laboratorium als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beurlaubt ist, die Stellung eines Wissenschaftlichen Rates erhalte, treffen heute nicht mehr zu. Im vergangenen Jahr haben sich die Anforderungen, die an Lehre und Forschung in unserem Institut gestellt werden müssen, derart gesteigert, daß nur Personen von robuster Gesundheit ihnen gewachsen sein können. Auf der anderen Seite hat Herr Dr. Roloff im vergangenen Winter eine sehr langwierige Rippenfellentzündung durchgemacht, die seine ohnehin labile Gesundheit stark erschüttert hat, und deren Folgen immer noch nicht ganz behoben sind. Er hat fast das ganze Wintersemester hindurch seine Tätigkeit aussetzen müssen und wird voraussichtlich auch noch April und Mai zu pausieren haben. Über diese Erkrankung wird eine ärztliche Bescheinigung beigelegt.“

Es ist unter diesen Umständen zu befürchten, daß die zarte Gesundheit von Herrn Dr. Roloff durch die hohen Arbeitsanforderungen am Psychologischen Institut ständig bedroht sein würde, und daß das Institut nicht auf die ununterbrochene Wirksamkeit dieses Mitarbeiters rechnen könnte. Ich bitte daher die Behörde, zunächst die weitere Beurlaubung des Herrn Dr. Roloff in der bisherigen Form so lange erwirken zu wollen, bis eine andere Kraft an seine Stelle treten kann.“¹⁵

Bitter für Hans-Paul Roloff, aber auch eine nachvollziehbare Argumentation von William Stern, der für diese Arbeit nur über zwei Assistenten verfügte.

In einem anschließenden Schreiben vom 28.3.1930 wurde die Oberschulbehörde darüber informiert, dass das psychologische Laboratorium nicht weiter mit Hans-Paul Roloff planen würde. Und: „Die Hochschulbehörde vermag unter diesen Umständen der Ernennung Dr. Roloffs zum Wissenschaftlichen Rat nicht näherzutreten und bittet um gefällige Prüfung und Mitteilung, ob unter diesen Umständen die Wiederverwendung Dr. Roloff im Schuldienst etwa als Studienrat, möglich ist. Sollte die Möglichkeit hierfür nicht gegeben sein, wird anheimgestellt, eventuell die Versetzung Dr. Roloff in den Ruhestand in Erwägung zu ziehen und zu veranlassen.“¹⁵

OSR Wolfgang Meyer vermerkte auf diesem Schreiben, dass Dr. Roloff seines Erachtens „als dauernd dienstunfähig anzusehen“ sei.¹⁶

Am 10.11.1930 teilte William Stern der Hochschulbehörde mit, dass die Oberschulbehörde sich bereit erklärt hätte, Roloff wieder in ihre Dienste zu übernehmen.¹⁷ OSR Meyer vermerkte allerdings am 30.1.1931, er bitte, nunmehr Roloffs „Versetzung in den Ruhestand von Amtswegen einzuleiten“.¹⁸ Roloff hatte geäußert, dass „die Erteilung des vollen Schulunterrichts eine schwere Gefährdung seiner Gesundheit bedeuten würde“. Das „deckt sich durchaus mit seinen früheren Aussagen und bestätigt nur meine eigene Überzeugung, daß der Studienrat Roloff für den Lehrberuf dauernd dienstunfähig ist.“¹⁹

Es wurde am 3.2.1931 ein ärztliches Gutachten erstellt. Hans-Paul Roloff hatte bei der Untersuchung angegeben, „er fühle sich ganz wohl“ und „sich vollkommen imstande, die Tätigkeit auszuüben, die er die letzten zwölf Jahre hatte; er sagt, er könne bequem eineinhalb Stunden täglich einen Vortrag halten, er bezweifelt aber, ob er eine tägliche Stundenzahl unterrichten kann, wie sie im Schuldienst verlangt würden.“²⁰

Am 15.3.1931 teilte OSR Oberdörffer Hans-Paul Roloff mit, dass er zur Vertretung am Realgymnasium des Johanneums eingesetzt werden solle. Roloff beantragte daraufhin, um die Hälfte seiner Dienstverpflichtung befreit zu werden. Zum 1.10.1931 wurde Roloff dann wieder an sein altes Gymnasium, die Hansaschule in Bergedorf, versetzt.²¹

Dieser Prozess ist so detailliert dargestellt worden, um den Hintergrund der Verwandlung des Hans-Paul Roloffs zu beleuchten. Bei der ärztlichen Untersuchung

hatte Hans-Paul Roloff gesagt, was das „Physikatsgutachten“ so festhielt: „Dr. R. gibt übrigens an, daß er bei Erregung leicht etwas erhöhte Temperatur habe und erregt ist er zweifellos über seine Lage.“²²

Hans-Paul Roloff, der von Dezember 1918 bis August 1930 Mitglied der Deutschen Volkspartei gewesen war, orientierte sich politisch neu. Im Fragebogen zur „Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933“ gab er an, seit August 1932 Mitglied der NSDAP zu sein.²³

Die „Bergedorfer Zeitung“ schrieb über Roloff, der sich immer stärker zum nationalsozialistischen Aktivistem entwickelte: „Schon 1928, als Dr. Roloff das Werk unseres Führers ‚Mein Kampf‘ kennenlernte, wurde er überzeugter Nationalsozialist. Wenn er die Mitgliedschaft der NSDAP auch erst am 1. August 1932 erwarb, so trat er doch schon lange vorher offen für die Idee des Nationalsozialismus ein. Die Folge war, daß man behördlicherseits bald auf ihn aufmerksam wurde und ihm mancherlei Schwierigkeiten machte. Seine politische Einstellung war wohl auch der eigentliche Grund dafür, daß man ihn 1930 aus dem Psychologischen Institut der Universität entließ – angeblich wegen seiner ‚zu zarten‘ Gesundheit. Nachdem man ihn so aus seiner zwölfjährigen, ebenso lieb gewordenen wissenschaftlichen Forschungsarbeit herausgerissen hatte, ging er im Herbst 1931 wieder als Lehrer an die Hansaschule in Bergedorf zurück. Es kam dann die Zeit, da die Bewegung Adolf Hitlers immer größere Erfolge davontrug, und da wurde auch Dr. Roloff immer mehr in ihren Bann gezogen. Er wurde nun auch aktiv innerhalb der Partei, ein eifriger Kämpfer für die nationalsozialistische Idee, erst als Blockwart, dann als Stützpunktleiter und schließlich bis zu seiner neuerlichen Erkrankung als Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Bergedorf-Bille. Die Leidenschaft, mit der er sich den nationalsozialistischen Zielen hingab, schienen Wunder zu wirken in der Steigerung seiner Arbeitskraft. Die Idee, die ihn trug, befähigte ihn durch Jahre hindurch, doppelte und dreifache Arbeit zu leisten, in der Schule, in NSLB und in der Partei. Er wurde ein eifriger Mitarbeiter an der Neugestaltung des Hamburgischen Schulwesens und sein Einfluss reichte hier weit über Bergedorf hinaus. Auch als Mitbegründer des damaligen NS-Beamtenbundes hat er sich große Verdienste erworben.“²⁴

Hier wurde angedeutet, dass Roloff nach seinem Verlassen des Psychologischen Institutes Prof. William Stern zu seinen Feind erkoren hatte und die Tatsache, dass Stern Jude war, bestens in Roloffs neue Ideologie passte.

Auf welchem Niveau Hans-Paul Roloff gegen seinen ehemaligen Förderer am Psychologischen Institut der Universität Hamburg, Prof. William Stern und seine Mitarbeiter vorging, zeigte ein von ihm initiiertes und mit anderen unterzeichnetes Schreiben an die Hochschulbehörde vom 10.7.1933. Darin hieß es unter anderem:

„Mit dem Amtsantritt von Prof. Stern setzte erst langsam, dann immer stärker

eine völlige Verjudung des Instituts ein. Deutschgesinnte Mitarbeiter wurden durch rassereine Juden oder durch Judengenossen ersetzt, die ganz im jüdisch-marxistischen Sinn arbeiteten. An Stelle von Prof. Anschütz wurde ein ungarischer Jude aus Wien, der sich den Namen Heinz Werner beilegte, gesetzt. Dr. Roloff, der zwölf Jahre lang die Abteilung Psychotechnik bearbeitete, wurde durch den Judengenossen Dr. Wunderlich und seine jüdische Assistentin Katzenstein ersetzt. (...) Dr. Wunderlich hat seine Stellung einzig dem Umstand zu verdanken, dass er sich von Anfang an bedingungslos an die Judenclique anschloss und gegen alle deutschgesinnten Mitarbeiter Stellung nahm. Fräulein Dr. Muchow, die engste Vertraute von Prof. Stern, die ihn auch heute täglich besucht und mit ihm alle Pläne ausarbeitet, ist die gefährlichste von allen dreien. Sie war aktives Mitglied des marxistischen ‚Weltbundes für Erneuerung der Erziehung‘, hat auf internationalen Tagungen, zum Beispiel Genf, in seinem Sinne gewirkt, und war von Oberschulrat Götze in dessen letztem Amtsjahr beauftragt, das Hamburgische Schulwesen ‚psychologisch‘ im marxistischen Sinne zu durchdringen. Ihr pädagogisch-psychologischer Einfluss ist unheilvoll und einer deutschen Staatsauffassung direkt zuwiderlaufend.“²⁵

Hans-Paul Roloff hatte vorher noch ein anderes Schreiben an den neuen Direktor der Volkshochschule, Heinrich Haselmayer, gerichtet, mit ähnlicher Stoßrichtung gegen die „Judenclique“ und auch den Erziehungswissenschaftler Gustaf Deuchler mit einbezogen, der selbst Ambitionen auf die Leitung des Psychologischen Institutes hatte und nach der Entlassung von Willam Stern durch das Inkrafttreten des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7.4.1933 am 19.9.1933 tatsächlich kommissarischer Direktor des Psychologischen Institutes wurde. Martha Muchow beging am 9.10.1933 Selbstmord und William Stern emigrierte 1934 zunächst nach Holland, später in die USA.²⁶ Roloffs Rache war somit übel, durchschlagend und blutig gewesen.

Als Ortsgruppenleiter der NSDAP in Bergedorf führte Roloff zusammen mit dem NSDAP-Kreisleiter Schuster auch einen Kampf gegen den Schulleiter der Luisenschule, Walther Machleidt, der versucht hatte, seine nationalsozialistische und christliche Überzeugung zusammenzuführen. Ein Kampf, der mit der Absetzung Machleidts endete und ein „Beleidigungsverfahren“ nach sich zog.²⁷

Der Behauptung in der „Bergedorfer Zeitung“ zum Trotz, Roloffs Weggang aus dem Psychologischen Institut hätte politische Gründe gehabt, blieb Roloffs Gesundheitszustand fragil. Auch an der Hansaschule fehlte Roloff wegen fieberhafter und Grippe-Erkrankungen häufiger.

Vom 7.5. bis zum 2.6.1934 war Roloff für einen Kursus an der Gauführerschule beurlaubt worden.²⁸ Diesen Kurs musste er vorzeitig abbrechen, da er sich „eine innere Verletzung zugezogen“ hatte.²⁹

Am 10.10.1934 teilte OSR Theodor Mühe Roloff mit, dass er zum stellvertretenden Schulleiter der Hansaschule ernannt worden sei.³⁰

Aber schon knapp ein Jahr darauf wurde festgestellt, dass Roloff die „inneren Verletzungen“ während der Gauführerschulung Probleme bereiten würden. NSDAP-Kreisleiter Fritz Schuster notierte dazu: „In der folgenden Zeit hat Roloff als Ortsgruppenleiter seinen Dienst ordnungsgemäß versehen, mußte aber auch hier häufiger, insbesondere beim Abteilungsdienst ausscheiden, da die Rückwirkungen seiner Seebgener Verletzungen sich stets wieder zeigten. Besonders stark trat dies nach einem Ausmarsch am 4. April des Jahres zu Tage. Unter Berücksichtigung der vorliegenden Verhältnisse darf ich die Bitte aussprechen, daß bei der Beurteilung der Dienstfähigkeit des Pg. Dr. Roloff seine Tätigkeit für die Partei ihm zugute gehalten wird.“³¹ Dieses Schreiben macht den Eindruck, als sollte hier eine Art „Dienstunfall“ testiert werden.

Der Schulleiter der Hansaschule, Dr. Otto Thode, wandte sich am 8.8.1935 an die Landesunterrichtsbehörde und schrieb unter Hinweis auf das Schreiben von NSDAP-Kreisleiter Schuster und zwei ärztliche Atteste: „Angesichts der Tatsache, daß noch etwa ein Vierteljahr vertreten wird, bis Dr. Roloff wieder dienstfähig sein wird, wiederhole ich die Herrn OSR Dr. Behne schon mündlich vorgetragene Bitte um eine volle Vertretung für Dr. Roloff als Klassen- und Mathematiklehrer und bitte gleichzeitig, nach Rücksprache mit Dr. Roloff, um die Ernennung eines neuen stellvertretenden Schulleiters. Im Interesse der Hansaschule halte ich es für richtig, wenn ein junger Studienrat aus Hamburg dazu ernannt würde. Er muß aber Nationalsozialist sein.“³²

OSR Walter Behne antwortete darauf: „Die Landesunterrichtsbehörde ersucht, Herrn Studienrat Dr. Roloff zu veranlassen, seine Abberufung als stellvertretender Schulleiter von sich aus schriftlich zu beantragen.“³³

Paul Roloff erholte sich nicht wieder und starb am 18.9.1935.

Die Hinterbliebenenbezüge von Roloffs Witwes wurden 1946 infrage gestellt. OSR Heinrich Schröder vermerkte am 29.3.1946: „Frau Louise Roloff ist die Witwe des verstorbenen Studienrats Hans Roloff, der der NSDAP bereits im Herbst 1932 beigetreten ist und die Ämter eines Blockleiters, eines Stützpunktleiters und eines Ortsgruppenleiters bekleidet hat, also dem Korps der politischen Leiter angehört hat. Frau Roloff selbst ist am 1. Mai 1933 der Partei beigetreten und hat in der Frauenschaft das Amt einer Kreisleiterin inne gehabt. Bei diesen Belastungen erscheint es nicht gerechtfertigt, dass Frau Roloff weiterhin Hinterbliebenenbezüge aus öffentlichen Mitteln erhält.“³⁴

Am 8.12.1948 entschied der Berufungsausschuss, dass Louise Roloff 75 % der Hinterbliebenenbezüge zuerkannt wurden.

Frau Roloff überlebte ihren Mann um 45 Jahre und starb, 92-jährig, am 25.12.1980.³⁵

Anmerkungen

- 1 Personalakte Roloff, StA HH, 361–3_A 1601. Laut Geburtsurkunde hieß er Hans-Paul, aber häufig wurde er auch Hans Roloff genannt, zuweilen auch Paul.
- 2 So sein behandelnder Arzt, Dr. Ritter, am 15.1.1910, Personalakte a. a. O.
- 3 Krankenübersicht Roloffs vom 4.7.1930, Personalakte a. a. O.
- 4 Personalakte a. a. O.
- 5 Personalakte a. a. O.
- 6 Schreiben vom 22.7.1919, Personalakte a. a. O.
- 7 Schreiben vom 22.9.1919, Personalakte a. a. O.
- 8 Personalakte a. a. O.
- 9 Personalakte a. a. O.
- 10 Personalakte a. a. O.
- 11 Personalakte a. a. O.
- 12 Personalakte a. a. O.
- 13 Personalakte a. a. O.
- 14 Personalakte a. a. O.
- 15 Personalakte a. a. O.
- 16 Ebd.
- 17 Personalakte a. a. O.
- 18 Personalakte a. a. O.
- 19 Personalakte a. a. O.
- 20 Personalakte a. a. O.
- 21 Laut Personalakte a. a. O.
- 22 Gutachten vom 3.2.1931, Personalakte a. a. O.
- 23 Personalakte a. a. O.
- 24 „Bergedorfer Zeitung“ vom 20.9.1935.
- 25 Helmut Moser: Zur Entwicklung der akademischen Psychologie in Hamburg bis 1945. Eine Kontrast-Skizze als Würdigung des vergessenen Erbes von William Stern, in: Eckart Krause, Ludwig Huber, Holger Fischer (Hg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“. Die Hamburger Universität 1933–1945, Berlin–Hamburg 1991, S. 496f.
- 26 Helmut Moser 1991 S. 498f. Siehe auch: Martin Tschechne: William Stern, Hamburg 2010 , S. 149. Zu Gustaf Deuchler und Heinrich Haselmayer siehe: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016 S. 142 ff. und S. 621 ff.
- 27 Siehe Biografie Machleidt in diesem Buch.
- 28 Personalakte a. a. O.
- 29 Schreiben von Schulleiter Dr. Thode vom 30.5.1934, Personalakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Thode in diesem Buch.
- 30 Personalakte a. a. O.
- 31 Personalakte a. a. O.
- 32 Personalakte a. a. O.
- 33 Personalakte a. a. O.
- 34 Personalakte a. a. O.
- 35 Personalakte a. a. O.

Friedrich Albers

„Wer einmal ‚etwas sage‘, würde abgekanzelt und müsse befürchten, in Ungnade zu fallen und bei nächster Gelegenheit aus dem Kollegium entfernt zu werden.“

Im Sommer 1933 wurde Friedrich Albers Schulleiter der Handelsschule 3 in der Schlangkreye. Albers war 1932 in die NSDAP und in den NSLB eingetreten und verfolgte zielstrebig eine Karriere im Schuldienst. Seine Arbeit als Schulleiter zeigte, wie auch in anderen Fällen im berufsbildenden Bereich, dass die Schulbehörde bei der Inthronisierung alter Parteigenossen nicht immer eine glückliche Hand bewies. Dies wurde zwar in verblüffender Deutlichkeit von dem zuständigen Schulrat bei der Überprüfung von Unstimmigkeiten im Kollegium eingeräumt, blieb aber ohne Konsequenzen. Nach 1945 bekam Friedrich Albers ein Leumundsschreiben von seinem bisherigen Oberschulrat Richard Schlorf, mit dem er zu dem Zeitpunkt gemeinsam im Internierungslager Neuengamme saß.

Friedrich Albers wurde am 5.8.1886 in Beckdorf im Kreis Stade geboren. Sowohl sein Vater als auch sein Großvater hatten schon als Lehrer gearbeitet.¹

Albers besuchte die Volksschule in Beckdorf von 1893 bis 1901 und wechselte danach auf die Präparandenanstalt Diepholz, die er bis 1904 besuchte. Anschließend ging er auf das Lehrerseminar Bederkesa, wo er 1907 die erste Lehrprüfung bestand.² Danach wechselte Friedrich Albers nach Hamburg in den Volksschuldienst und absolvierte am 26.4.1910 die zweite Lehrprüfung.³ Im Ersten Weltkrieg war Albers von 1914 bis 1918 als Frontsoldat aktiv. In einem Vermerk, den der Schwiegervater von Friedrich Albers, der ehemalige Schulrat in der Weimarer Republik, Hugo Wiese, dem Oberschulrat für den berufsbildenden Bereich Johannes Schult am 30.12.1947 übergeben hatte, schrieb Hugo Wiese, Friedrich Albers habe „schwere Erschütterungen als Teilnehmer des Ersten Weltkrieges erlebt“. Und: „Er hatte als Einjähriger bei dem Jägerregiment in Dresden gedient und kam als Unteroffizier an die Front. In einem der ersten Gefechte in Frankreich schleppte er seinen verwundeten Hauptmann aus dem Kampfe heraus und rettete diesen vor Tod und Gefangennahme. Dafür erhielt er das Eiserne Kreuz zweiter Klasse. Später erhielt er auch das Eiserne Kreuz erster Klasse. Er hat den Feldzug sowohl im Westen wie auch im Osten mitgemacht, wurde als Offizier zweimal verwundet und einmal verschüttet. Außerdem hatte er einen schweren Ruhranfall zu bestehen. Seine Verwundungen, sowohl die Strapazen und Erlebnisse des Krieges haben für seine Charakterentwicklung üble Nachwirkungen gehabt. Ruhige und sachliche Perioden wechseln mit plötzlich auftretenden Anfällen ab, die auf völligen Nerven-

zusammenbruch zurückzuführen sind und eine starke Belastung seiner Umgebung bedeuten. Das hat sich sowohl im Berufsleben wie in der Familie gezeigt.“⁴

Dieses Schreiben von Hugo Wiese, das der Entlastung dienen sollte, deutete an, worauf viele Schwierigkeiten, die Albers als Schulleiter hatte, zurückzuführen sein könnten. Hugo Wiese war ein sehr anerkannter Lehrer, Schulleiter und Schulinspektor, Kreisschulrat und Schulrat in Hamburg gewesen. Am 18.1.1863 in Neustadt (Holstein) geboren, war er nach Absolvierung des Lehrerseminars in Hamburg 1885 in den hamburgischen Schuldienst eingetreten, 1903 zum Hauptlehrer (Rektor) ernannt worden. Er leitete die Volksschule Norderstraße und von 1911 die Volksschule Telemannstraße 10, 1913 wurde er Schulinspektor für das öffentliche Volksschulwesen, als Schulrat trat er am 31.3.1929 in den Ruhestand. Von 1915 bis 1935 war er Vorsitzender der Internationalen Großloge der Druiden gewesen. 1934 war der Deutsche Druidenorden von den Nationalsozialisten aufgelöst worden. Wiese war vor 1933 auch Mitglied der Deutschen Volkspartei gewesen. Aufgrund seiner Logenzugehörigkeit konnte er kein Mitglied der NSDAP werden. Gleichwohl gehörte er seit 1933 dem NSLB an, nachdem er vorher über Jahrzehnte Mitglied der Gesellschaft der Freunde gewesen war.⁵

Mit dem vor der NS-Zeit sehr anerkannten Hugo Wiese besaß Friedrich Albers also nach 1945 einen gewichtigen Fürsprecher.

Vorerst soll aber noch die weitere berufliche Entwicklung von Friedrich Albers nachgezeichnet werden. Albers war nach dem Ersten Weltkrieg wieder als Volksschullehrer in Hamburg an der Schule Genslerstraße tätig, bis er 1922 an die Hamburger Universität ging, um ein Handelslehrerstudium zu absolvieren, das er am 22.2.1925 abschloss.⁶ Am 9.7.1925 heiratete Friedrich Albers Gertrud Wiese. Albers hatte auch noch Englisch und Französisch studiert und jeweils ein halbes Jahr in England und Frankreich verbracht. 1930 brachte er ein Lehrbuch in englischer Sprache für Handels- und Wirtschaftsschulen heraus.⁷

Er schien somit ambitioniert und auch mit Kompetenzen ausgestattet zu sein. 1929 hatte er sich als Direktor der städtischen Handelslehranstalten in Hannover beworben. Der Magistrat der Stadt Hannover fragte am 28.5.1929 in Hamburg an, ob Albers zuzutrauen sei, „nach seiner ganzen Persönlichkeit, seiner bisherigen Amtstätigkeit und seinen außeramtlichen Verhältnissen eine große Anstalt mit Erfolg leiten zu können“.⁸

Das Antwortschreiben wurde von dem Schulleiter der staatlichen Handelsschule, August Kasten, verfasst, an der Friedrich Albers als Studienrat seit dem 23.5.1925 tätig war. Darin hieß es:

„Er ist ein fleißiger, tüchtiger Lehrer, der seine Schüler fördert und an dem diese mit Liebe hängen. Wie als Lehrer schätze ich Herrn Albers auch als Menschen

gleich hoch. Er ist ein charaktvoller Mann, der es sich angelegen sein läßt, die ihm übertragenen Pflichten unbedingt zu erfüllen. Unter seinen Kollegen nimmt Herr Albers eine geachtete Stellung ein. Seine Führung im Dienst wie außer Dienst war stets tadellos. Nach meiner Auffassung kann Herr Albers für die Leitung der Schule unbedingt empfohlen werden, da er Organisationstalent, Energie und Zielbewußtsein im hohem Maße besitzt. Herr Albers ist mit der Tochter des Schulrats für das Volksschulwesen, Herrn Wiese, verheiratet. Seine Familienverhältnisse sind durchaus geordnet. Sein Gesundheitszustand war immer gut.“⁹

Auch wenn Friedrich Albers am Ende nicht ausgewählt wurde, deutete er sein Karrierebewusstsein an und möglicherweise sah er auch deswegen eine Perspektive, als sich die politischen Verhältnisse am Ende der Weimarer Republik veränderten. Am 1.3.1932 trat Albers in die NSDAP ein, parallel dazu in den NSLB. Es war also vorhersehbar, dass er auf die Liste der neuen Schulleiter für die Berufsschulen gelangte, die der neue Senator, Karl Witt, am 10.7.1933 vorlegte.¹⁰

Später gab Friedrich Albers an, vor 1933 der DVP angehört zu haben. In seinen Entnazifizierungsverfahren tauchte dann seine Austrittserklärung aus der DVP vom 3.6.1931 auf, in der es hieß: „Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der Deutschen Volkspartei. Die Tatsache, dass die deutsche Volkspartei den Zusammenschluss mit den anderen großen nationalen Parteien nicht gefunden hat, ist für mich nicht mehr tragbar. Die Ausführungen des Parteiführers haben gezeigt, dass für die Zukunft Hoffnungen in dieser Hinsicht zwecklos sind.“¹¹

Auch wenn Friedrich Albers später anderes behauptete, er war während der gesamten NS-Zeit aktiv, als Kreisamtsleiter im NSLB von 1933–1937, er gehörte dem Korps der politischen Leiter der NSDAP von 1933–1937 an, dann wieder von 1942–1945. Zusätzlich war er Blockwarter in der NSV und Ortsgruppenwarter im VDA.¹²

Vor Friedrich Albers war Carl Blume seit 1930 Schulleiter an der Handelsschule 3 gewesen. In der Festschrift der Staatlichen Handelsschule ‚Am Lämmermarkt‘ schrieb Gunter Buck über Blume:

„Carl Blume wurde im März 1933 von Schulsenator Witt gefragt, ‚ob er sich mit der nationalsozialistischen Partei befreunden könne‘. Er lehnte ab, wurde am 13. April vom Dienst suspendiert und zum 30. November 1933 im Alter von 59 Jahren in den Ruhestand versetzt. Zuvor hatte er den ‚Fragebogen zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933‘ beantwortet und seine Mitgliedschaft in der SPD von 1918 bis 1933 sowie im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ab Januar 1933 zugegeben. Nach dem Krieg schrieb Blume rückblickend: ‚Mir ist seinerzeit der Abschied vom Amt nicht leicht gefallen. Die Versetzung in den Ruhestand bedeutet wohl immer einen schmerzhaften Eingriff in das Leben eines Beamten, die vorzeitige ganz besonders. Zwar hatte man mir nahe-



Handelsschule Schlankreye: Friedrich Albers hospitiert im Schreibmaschinenunterricht.

gelegt, durch einen politischen Glaubenswechsel mir meine Stellung zu erhalten; aber ich konnte und wollte nicht anbeten, was ich stets abgelehnt hatte. So musste ich folgerichtig die Rolle des Mitwirkenden mit der des Zuschauers vertauschen.“¹³

Der Kontrast zwischen den Schulleitern Blume und Albers war signifikant. Wenzel Schubert erklärte dazu:

„Ich war 1937 an der H 3 Schlankreye. Der Leiter, Herr A., war ein besonders eifriger Parteigänger, der den Ehrgeiz hatte, alle Lehrer der Schule zum Eintritt in die Partei zu bewegen. Da ich bis zum Herbst 37 trotz der Aufforderung von Senator Witt und Landesschulrat Mansfeld¹⁴ an alle Beamten und speziell die Lehrer, der Partei beizutreten, da Staat und Partei jetzt dasselbe sei, mich nicht gemeldet hatte, ließ Herr A. mich in sein Zimmer rufen und legte mir als einem der drei letzten einen Meldezettel zur Unterschrift vor. Ich stand damals unter dem Eindruck folgenden Vorfalls: Eine meiner Klassen hatte in ihrer Zeitung geschrieben, ich zerstöre durch meinen Unterricht, was der Führer in ihnen mühsam aufgebaut habe. Es waren zu jener Zeit an anderen Schulen aus solchen Gründen Entlassungen vorgekommen. So gab ich schließlich meine Unterschrift auf dem Meldezettel, aber mit der schriftlichen Bedingung, daß ich zu aktiver Mitarbeit keine Zeit habe. Ein Abzeichen habe ich nie getragen.“¹⁵

Hugo Wiese hatte geschrieben, dass bei Friedrich Albers „ruhige und sachliche Perioden“ mit „plötzlich auftretenden Anfällen“ abwechselten, die „eine starke Belastung seiner Umgebung“ bedeuteten.¹⁶

In Albers' Personalakte ist ein Vorgang enthalten, der sich mit einer Beschwerde des Studienassessor Ewald Porthun gegen seinen Schulleiter Albers und einer Be-

schwerde von Schulleiter Albers gegen den Studienassessor Porthun befasst. Beide waren in der Schule aneinander geraten und hatten sich anschließend am 24.11.1939 und am 30.11.1939 an die Schulverwaltung gewandt.¹⁷

Daraufhin war Schulrat Kinder beauftragt worden, sich mit dem Fall zu beschäftigen. Kinder legte am 18.7.1940 einen Bericht vor, in dem er schrieb, dass der Fall Albers–Porthun „ein ernstes Symptom für die auf die Dauer unheilbare Spannung zwischen Schulleiter und Lehrkräften an der H3 darstellen“.¹⁸

Kinders zusammenfassender Bericht ließ ernsthaft an den Kompetenzen des Schulleiters Friedrich Albers zweifeln:

„Die Lage, die zu ernststen Besorgnissen für die Zukunft der Höheren Handelsschule Schlankreye Anlaß gibt, ist folgende: Den Schulleiter und seine Stellvertreterin, Frau Studienrat Stachowitz trennt ein Zerwürfnis, das die Aufrechterhaltung des notwendigen dienstlichen Verkehrs zwischen den beiden Persönlichkeiten noch gerade zuläßt, deren Zusammenwirken für eine gedeihliche Arbeit an der Schule von entscheidender Bedeutung ist. Studienrat Dr. Stiebenitz, der Vertrauensmann des Kollegiums, unternimmt es nach seiner Aussage nicht mehr, wegen der Abstellung von Mängeln und zwecks Vorbringen von Klagen und Wünschen beim Schulleiter vorstellig zu werden, da das doch zwecklos sei und den Schulleiter zu keinen Maßnahmen veranlasse. In einer Konferenz am 16.5.1940 habe ich zur Verbesserung der Schuldisziplin, über die seitens mehrerer Lehrkräfte dringend Klage geführt wurde, die allgemeine und einheitliche Anwendung einer festen Disziplinordnung, unter anderem auch die Neufassung und Einführung einer Hausordnung gefordert. Hierzu sei bis jetzt überhaupt nichts geschehen. Es sei alles beim Alten geblieben. So würden Verfügungen der Behörde vom Schulleiter oft ignoriert. Am bedenklichsten sei es, daß die Lehrkräfte bei der Zeugniserteilung oft unzutreffende, nämlich bessere Noten austeilten, als der Schüler es verdiene, und zwar lediglich deshalb, um vom Schulleiter keine Vorwürfe zu erhalten. Dieser vertrete nämlich ausdrücklich den Standpunkt: Wenn die Schüler schlechte Noten bekämen, dann sei das ein Beweis für das Versagen des Lehrers. So enthielten die Zeugnisse der H3 vielfach bessere Urteile, als eigentlich verantwortet werden könne. Die meisten Lehrkräfte hätten resigniert, ‚hielten den Mund‘ und handelten so, daß sie mit dem Schulleiter nicht in Konflikt gerieten, auch wenn es gegen ihre Überzeugung sei. Daß das nicht zum Besten der Schule und der Schüler sei, liege auf der Hand. Wer einmal ‚etwas sage‘, würde abgekanzelt und müsse befürchten, in Ungnade zu fallen und bei nächster Gelegenheit aus dem Kollegium entfernt zu werden.“¹⁹

Schulrat Kinder zitierte einen Lehrer mit den Worten: „Die Höhere Handelsschule Schlankreye erfüllt noch ihre Aufgabe nicht wegen ihrer Leitung, sondern trotz ihrer Leitung.“²⁰

Ein besonderer Kritikpunkt war die mangelnde Disziplin der Schüler gewesen, auch einer der Punkte, die in der Auseinandersetzung mit dem Lehrer Porthun eine zentrale Rolle gespielt hatte, besonders weil „die Lehrkräfte beim Schulleiter keinen oder nur mäßigen Rückhalt fanden, wenn sie nach Erschöpfung der ihnen zu Gebote stehenden Disziplinarmittel ein Einschreiten des Schulleiters verlangten. Schüler, die der Schulleiter endgültig der Schule verwiesen hätte, seien nach kurzer Zeit wieder zum Unterricht zugelassen worden. Die Ansprachen, die Albers hin und wieder in der Aula an die Schüler richtete, veranlaßten diese meistens zur Heiterkeit. In übersteigerter Form, wenn von Albers immer die Pflege der Kameradschaft zwischen Schülern und Lehrern gefordert werde, die Wahrung einer straffen Disziplin jedoch kaum jemals verlangt. Die Schüler machten sich hierüber lustig.“²¹

Schulrat Kinders Diagnose: „Aufgrund meiner Beobachtungen glaube ich, daß Albers sich seinem Kollegium gegenüber unsicher fühlt, ja, es sogar fürchtet. Die Unsicherheit verbirgt sich hinter einem polternd schroffen Ton, der, wie im Falle Porthun, verletzend und kränkend wirken kann. Diese Unsicherheit ist dadurch begründet, daß Mitglieder seines Lehrkörpers ihm in geistiger oder wissenschaftlicher Hinsicht überlegen sind, und daß Albers offenbar keine glückliche Hand in der Menschenführung besitzt, auch daß er selbst das Gefühl der mangelnden Initiative haben muß, über die nun einmal der Leiter einer so großen Schule verfügen muß. Eine Schule dieser Art dieses Umfangs dürfte es wahrscheinlich kaum noch in Deutschland geben. Albers wird fühlen, daß ihm das Kollegium, wenigstens zum großen Teil nicht folgt, ihm aber auch nicht folgen kann, da er ja auch nicht führend und bahnweisend in der Schularbeit vorangeht. Jeder Sachverständige muß nach näherer Betrachtung der H3 und ihrer Leistungen zu der Erkenntnis kommen, daß der Leiter dieser Schule auch rein leistungsmäßig den Aufgaben nicht gewachsen ist, die diese Schule stellt. Unlust beherrscht die Lehrer, Unlust und Unsicherheit, die ihn auch das Lehrerzimmer meiden läßt, empfindet aber auch Albers.“²²

Am Ende stellte Schulrat Kinder fest, daß die Bearbeitung dieses Konfliktes „eine unangemessene, umfangreiche Zeit“ beansprucht habe und daß es weiterhin nötig sei, der Schule die volle Aufmerksamkeit der Schulverwaltung zu widmen.²³

Ein solch desaströser Bericht über die Arbeit eines Schulleiters ist äußerst selten. Es passierte hingegen nichts. Albers blieb Schulleiter, wegen seiner Kriegsverletzungen war er am 21.3.1940 „uk“ gestellt worden. Am 1.8.1942 wurde er dann sogar zum Berufsschuldirektor befördert.²⁴

Möglicherweise kam Albers der Umstand zur Hilfe, dass kein normaler Unterricht mehr stattfand, weil Krieg war und ein großer Teil der Schüler sowie der jüngeren Kollegen sich im Kriegsdienst befanden.

Am 28. Mai 1945 reichte Friedrich Albers seinen Entnazifizierungsfragebogen ein. Als Zeuge fungierte Oberschulrat Richard Schlorf.²⁵ Schon in diesem Fragebogen versuchte sich Albers als von den Nationalsozialisten Reglementierter und Diskriminierter zu gerieren. Am Ende schrieb er unter „Anmerkungen“: „Da ich mit meiner Familie in der ev.-luth. Kirche geblieben bin, trotzdem ich mehrfach zum Austritt aufgefordert war, wurde ich 1937 als Politischer Leiter entfernt, habe während der letzten Kriegsjahre zwar zwangsweise Vertretungen übernehmen müssen, wurde aber nicht als Politischer Leiter bestätigt, da ich meinen Austritt aus der Kirche verweigerte. Mehrfach wurde auch versucht, mich als Schulleiter zu entfernen.“²⁶

Am 20.6.1945 wurde Friedrich Albers auf Anordnung der britischen Militärregierung entlassen, wie alle Beamten, „die der NSDAP vor dem 1.4.1933 beigetreten sind“. Am 21.9.1945 teilte ihm Senator Landahl mit, dass seine Weiterbeschäftigung nicht genehmigt werde.²⁷

Friedrich Albers legte am 3.7.1945 Einspruch gegen die Entlassung ein. Dabei kämpfte er als knapp 59-Jähriger insbesondere um die Gewährung einer Pension. Seine Argumente:

„Seit 1907, also fast vier Jahrzehnte lang, stand ich im Hamburger Schuldienst, mit nur kurzen Unterbrechungen durch Studium im Ausland und Militärdienst. Sonst habe ich in dieser Zeit kaum einen Tag gefehlt und habe jahraus, jahrein meine Pflicht getan, lange bevor der Begriff Nationalsozialismus bestand. Vom einfachen Volksschullehrer aus habe ich durch das Studium von Englisch, Französisch, Volkswirtschaft und Privatwirtschaft die Grundlagen geschaffen, die mich befähigten, mehr als zehn Jahre die höhere Handelsschule der Hansestadt Hamburg zu leiten und diese Schule zu einer Blüte und zu einem Ansehen zu bringen, daß selbst die schwersten Kriegsschäden den Ruf meiner Schule nicht beseitigt haben. Meine letzten Amtshandlungen waren laufend Erledigungen von Anfragen nach Wiedereröffnung der Schule oder Besuche dankbarer Schüler und Schülerinnen.“²⁸ Als hätte es die Kritik von Schulrat Kinder nie gegeben, schrieb Albers: „Der Kern der Dinge liegt für mich für diese Zeit darin, dass unsere Jugend gern gekommen ist, dass es sich nicht um kommandierte Nazijugend handelte, sondern dass ganz nach eigener Wahl auch Kinder aus anderen politischen Lagern kamen und sich wohl fühlten – mit Ausnahme vielleicht von einigen Faulpelzen –, weil ich die Ewigkeitswerte der guten Erzieherpersönlichkeit, nämlich: Liebe, Verstehen und Einfühlen in die anvertraute Jugend als alleinige Grundsäulen meiner Arbeit als Leiter gelten liess. Selbst meine Gegner werden es mir nicht abstreiten können, dass ich ein Verfechter der idealen Erzieherpersönlichkeit gewesen bin.“²⁹

Zur NSDAP-Mitgliedschaft von Friedrich Albers hatte sein Schwiegervater, Hugo Wiese, geschrieben:

„Zum Eintritt in die NSDAP kam er 1932 aufgrund eines Vortrages von Hitler bei Sagebiel, in dem dieser ausführte, daß er nicht den Wahnsinn besitze, einen Krieg zu beginnen.“³⁰

Friedrich Albers argumentierte zu diesem Zeitpunkt ganz anders:

„Nationalsozialist bin ich aus derselben Grundhaltung heraus geworden. Seit 1930 war ich 1. Vorsitzender des Vereins Deutscher Jäger, der über 700 gediente Soldaten umfasste, von denen damals 2–300 erwerbslos waren. Was ich in diesen Jahren an Not und Elend in meinen Klassen und in den Familien dieser armen Kameraden miterlebt habe, ging oft über die Kraft eines einzelnen Menschen, so dass es ganz natürlich war, dass der erste Rettungsanker, der sich bot, ergriffen wurde, denn die alten Parteien hatten in langen Jahren vergeblich sich bemüht, die Not zu meistern. Darum kann ich mir aus meinem Parteieintritt keinen Vorwurf machen, denn die spätere Entwicklung war damals nicht vorauszusehen.“³¹

Im Weiteren bekannte Friedrich Albers, dass er jede Nichtanerkennung seiner Leistungen und Ämter als schwere Kränkung erfahren hatte und daraus einen Konflikt mit *dem* Nationalsozialismus konstruierte. Objektiv absurd, weil er bis 1945 von seinen NS-Funktionen profitierte und beispielsweise noch am 28.8.1942 der Schulverwaltung mitteilte, dass ihn die NSDAP-Ortsgruppe Sülldorf zum Schulungsleiter bestimmt hatte.³² Drei Jahre später imaginierte Albers sich in die Opferrolle und konstruierte Erkenntnisse, die ihn in Gegensatz zum Nationalsozialismus gebracht hätten:

„Schon gleich nach der Machtübernahme aber begann für mich die Erkenntnis, dass das System Adolf Hitlers nicht in Ordnung war, und ich kann mit Wahrheit sagen, dass seit der Machtübernahme für mich ein Leidensweg begann: Die Leitung der Kriegervereine hatte vorher durchweg in den Händen jener Militärklieke gelegen, in der die ostelbischen Adeligen die Hauptrolle spielte. In meiner Fürsorge für die erwerbslosen Kameraden war ich schon vor der Machtübernahme mit dieser Kliке zusammengelassen. Als ich sofort nach der Machtübernahme eine soziale Leitung verlangte, wurden zu meinem maßlosen Erstaunen diese Leute, die Adolf Hitler vorher abgelehnt hatten, von diesem zu unseren Führern wieder eingesetzt. Ich war persönlich in Berlin bei dem damaligen Leiter des wehrpolitischen Amtes einen Oberstleutnant Sichtung, der mir drohte, er würde mich ins KZ bringen lassen, wenn ich noch weiter Kritik an dieser Maßnahme üben würde. So bestand meine erste Erfahrung nach der Machtübernahme in einer scharfen KZ-Androhung.“³³ Faktisch bestand seine erste einschneidende Erfahrung nach der sogenannten Machtübernahme darin, dass er als Nationalsozialist seit 1932, als „alter Kämpfer“ zum Schulleiter befördert worden war. Aber das passte natürlich nicht in seine Argumentation.

Auch im Weiteren argumentierte Friedrich Albers, er habe nur Schwierigkeiten gehabt, im NSLB, in der Partei, was nicht grundsätzlich stimmte, aber möglicherweise mit seiner „Charakterentwicklung“ zusammenhing, wie Hugo Wiese es nannte, die Albers zu einer „starken Belastung im Berufsleben wie in der Familie“ werden ließ, man könnte ergänzen, auch in den NS-Organisationen.

Friedrich Albers war Anfang 1946 verhaftet worden und wurde am 1.2.1946 in das Internierungslager Neuengamme überführt, aus dem er erst am 10.3.1947 entlassen wurde, mit der Entnazifizierung und Eingruppierung in Kategorie III.³⁴

Mehr als merkwürdig war im Entnazifizierungsverfahren der „Persilschein“ des ehemaligen Oberschulrats im Berufsschulbereich, Richard Schlorf, der über die Probleme des Schulleiters Friedrich Albers gut informiert gewesen sein musste. Schlorf war selbst am 28.2.1946 in Neuengamme interniert, traf dort sicherlich mit Friedrich Albers zusammen und fertigte einen handschriftlichen „Persilschein“, in dem es hieß:

„Albers ist nach meinem Dafürhalten ein Mann, der sich für das Wohl seiner Schule auch da eingesetzt hat, wo sein Urteil mit dem Widerstand von anderen Dienststellen und Parteistellen in Widerspruch geriet. Er hat sich das Recht zu sachlicher Kritik nicht nehmen lassen, wenn er das Recht auf seiner Seite hatte. Seit ca. 10 Jahren ist er aus seiner Stellung als Kreiswalter beim Nationalsozialistischen Lehrerbund infolge von Differenzen mit dem damaligen Gauwalter ausgeschieden. Ich habe Albers als einen Mann von ehrlichem Charakter kennengelernt, der in zuverlässiger Weise für das Wohl seiner Schule und der ihm unterstellten Lehrer Sorge zu tragen bemüht war.“³⁵ Für mich einer der perfidesten „Persilscheine“, von jemandem, der die Zusammenhänge alle kannte.

Die Lagerführung des Internierungslagers Neuengamme bescheinigte Friedrich Albers am 8.3.1947, „dass er während der Zeit seiner Internierung sich freiwillig an gemeinnützigen Arbeiten als Lehrer (Handelslehre) und Straßenbauarbeiter vom 1.2.1946 bis 9.3.1947 beteiligt hat.“³⁶

Im Entnazifizierungsverfahren nützte ihm dies nicht viel. Der Beratende Ausschuss hielt in seinem Gutachten vom 9.9.1946 fest:

„Albers ist dem Ausschuss als aktiver Nationalsozialist bekannt. Sofort nach der sogenannten Machtübernahme wurde er zum Schulleiter ernannt und später als Direktor an die Tageshandelsschule berufen. Durch sein nicht immer in gemäßigten Grenzen gebliebenes Auftreten, das durch seine politische Einstellung bedingt war, hat er den Lehrkräften, die das Hitler-System ablehnten, die Arbeit an seiner Schule erschwert und sich dadurch im Laufe der Jahre viele Gegner geschaffen, die heute jegliches Zusammenarbeiten mit ihm ablehnen würden. Der Ausschuss erachtet Albers für untragbar.“³⁷

Und auch der Beratende Ausschuss für die Handelslehrer kam zum gleichen Ergebnis:

„Nach persönlicher Kenntnis und eingehender Prüfung seiner politischen Haltung kommt Herr Albers für eine Wiedereinsetzung in sein früheres Amt als Berufsschuldirektor in keinem Falle in Frage.“³⁸

Auch der Berufungsausschuss unter Vorsitz des für milde Urteile bekannten Rechtsanwalts Soll gelangte zu dem Ergebnis:

„Es kann nach der eigenen Einlassung des Berufungsklägers kein Zweifel unterliegen, dass Albers 1932 und in den Folgejahren aktiv für die NSDAP eingetreten ist. Nur unter Berücksichtigung, dass Albers sich offenbar in den Jahren 1936/37 aus der aktiven Tätigkeit infolge Gewissensbedenken zurückgezogen hat, war seiner Berufung insoweit stattzugeben, dass ihm 50 % des Ruhegehältes als Studienrat zugebilligt wurden.“³⁹

Interessant ist auch der Versuch eines ehemaligen Schülers, H. A. de Boer, der am 7.7.1949 an Oberschulrat Dr. Karl Ebel schrieb und argumentierte:

„Wenn auch Herr Albers größtenteils an den Wochentagen während seiner Unterrichtszeit mit dem Parteiabzeichen herumliief und wenn er seine Ansprachen vor uns, der Elternschaft oder anderen Körperschaften, auch hinter hakenkreuzbeflaggten Podien hielt, so war jeder zweite Satz seinen Schülern gegenüber, die größtenteils Mitglieder der Hitler-Jugend waren und zu denen auch ich mich zählte, immer wenn wir um Urlaub für Sammelaktionen baten: ‚Entweder seid Ihr Höhere Handelsschulschüler und werdet Kaufleute, oder Ihr geht sammeln.‘ Ich könnte Ihnen noch mehr ähnliche Sätze nennen. Von dem kleinen Kreis der Nichtgefallenen meiner früheren Klasse werden viele bereit sein, ähnliche Aussagen zu machen.“⁴⁰

OSR Johannes Schult antwortete darauf am 22.7.1949:

„Gern erkenne ich an, daß Sie sich aus menschlich verständlichen Gründen für Herrn Albers einsetzen. Sie berichten, daß Sie als Schüler aus dem Munde des Herrn Albers Äußerungen gehört haben, die erkennen lassen, daß er sich in erster Linie als Schulleiter und Lehrer und erst in zweiter Linie als Nationalsozialist gefühlt habe. Das soll nicht bestritten werden und ist auch kein besonderes Verdienst des Herrn Albers, sondern eine selbstverständliche Haltung. In den zahllosen Konflikten zwischen Hitler-Jugend und Schule haben ungezählte Lehrer und Lehrerinnen den gleichen Standpunkt eingenommen, ohne daß damit bewiesen werden konnte, sie seien nur Mitläufer und mit halbem Herzen bei der nationalsozialistischen Bewegung gewesen. Sich so zu verhalten, wie es Herr Albers nach Ihrer Darstellung getan hat, war seine Pflicht, die er im anderen Fall verletzt hätte. An dem Urteil über die politische Haltung des Herrn Albers können derartige Vorfälle nichts ändern. Das Urteil berücksichtigt die Gesamthaltung des Herrn Albers, und diese war bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft aggressiv nationalsozialistisch.“⁴¹

Das letzte wichtige Dokument in der Personalakte von Friedrich Albers ist ein Schreiben der Regierungsrätin Miething, die dem Personalamt gegenüber am 4.2.1954 begründen musste, warum die Schulverwaltung nicht bereit war, in einem juristischen Verfahren Friedrich Albers die Pension eines Berufsschuldirektors zu gewähren. Frau Miething schrieb:

„Es ist so, dass allgemein in beteiligten Lehrerkreisen die Meinung herrscht, die Ernennung des Albers zum Berufsschuldirektor sei auf Grund seiner Parteizugehörigkeit geschehen, da er besonders eifriger Nationalsozialist war und seine Ernennung zu einem Zeitpunkt erfolgte, zu dem die damals politisch nicht genehmen Schulleiter abgesetzt und von Nationalsozialisten abgelöst wurden. Zur fachlichen Qualifikation des Herrn Albers darf gesagt werden, dass er als Gewerbeschullehrer durchaus Durchschnittliches leistete, dass er in seinem Amt als Berufsschuldirektor zwar nicht versagte, aber auch keine besonderen Leistungen erbrachte. Bei Bewertung der fachlichen Fähigkeiten allein hätten sich zweifellos geeignetere Persönlichkeiten für die Stellung eines Berufsschuldirektors gefunden.“⁴²

Aus meiner Sicht eine durchaus zutreffende Zusammenfassung.

Es ist nicht auszuschließen, dass Friedrich Albers bei der juristisch für ihn günstigen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland später doch noch eine Pension als Berufsschuldirektor erhielt.

Friedrich Albers starb am 9.8.1980.

Anmerkungen

- 1 Personalakte Friedrich Albers, StA HH, 361-3_A 1708
- 2 Entnazifizierungsakte Friedrich Albers, 221-11_Ed 3373
- 3 Ebd.
- 4 Vermerk von Hugo Wiese, am 30.12.1947 OSR Johannes Schult persönlich übergeben, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 5 Hugo Wiese starb am 12.2.1950. Alle Angaben laut Personalakte Hugo Wiese, StA HH, 361-3_A 0518. Siehe auch „Hamburger Nachrichten“ vom 22.3.1929.
- 6 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 7 Ebd.
- 8 Personalakte a. a. O.
- 9 Personalakte a. a. O.
- 10 Personalakte a. a. O.
- 11 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 12 Ebd.
- 13 Staatliche Handelsschule ‚Am Lämmermarkt‘ 1922–1992, Hamburg 1992, S. 37.
- 14 Mansfeld war nicht Landesschulrat, sondern der Vertreter von Landesschulrat und Gauamtswalter im NSLB, Willi Schulz. Die Schreiben von Senator Karl Witt und Albert Mansfeld werden genauer betrachtet in der Biografie Albert Mansfeld, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 118ff.

- 15 Staatliche Handelsschule ‚Am Lämmermarkt‘ 1922–1992, Hamburg 1992, S. 37.
- 16 Vermerk von Hugo Wiese, am 30.12.1947 OSR Johannes Schult übergeben, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 17 Vermerk von Hugo Wiese, am 30.12.1947 OSR Johannes Schult übergeben, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 18 Bericht von Schulrat Kinder vom 18.7.1940, Personalakte a. a. O.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd.
- 23 Ebd.
- 24 Personalakte a. a. O.
- 25 Entnazifizierungsakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Schlorf, in: de Lorent 2016, S. 731 ff.
- 26 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 27 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 28 Einspruch von Friedrich Albers gegen seine Entlassung vom 3.7.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 29 Ebd.
- 30 Vermerk von Hugo Wiese, am 30.12.1947 OSR Johannes Schult übergeben, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Einspruch von Friedrich Albers gegen seine Entlassung vom 3.7.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 32 Schreiben von Friedrich Albers vom 28.8.1942, Personalakte a. a. O.
- 33 Ebd.
- 34 Ebd.
- 35 Schreiben von Richard Schlorf aus Neuengamme vom 28.2.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 36 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 37 Gutachten vom 9.9.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 38 Gutachten des Beratenden Ausschusses für die Handelslehrer vom 30.10.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 39 Berufungsausschuss für die Ausschaltung von Nationalsozialisten am 17.12.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 40 Schreiben vom 7.7.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 41 Schreiben vom 22.7.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 42 Schreiben vom 4.2.1954, Personalakte a. a. O.
- 43 Personalakte a. a. O.

Franz Bömer

„Er steht auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung, die er seinen Untergebenen zu vermitteln versteht.“

Franz Bömer, promovierter und habilitierter Altphilologe, Professor seit 1944, war von 1955 bis 1972 Oberstudiendirektor des Wilhelm-Gymnasiums in Hamburg. Von 1951 bis 1999 fungierte er als einer der Herausgeber der Zeitschrift „Gymnasium“. Weitgehend unbekannt hingegen ist Bömers Verstrickung in den Nationalsozialismus. Er war Mitglied in der SA seit dem 8.5.1933, der NSDAP und anderer NS-Organisationen und seine Anbiederung an den berüchtigten SS-Obergruppenführer Dr. Werner Best vom „Geheimen Staatspolizeiamt Berlin“, dem Personalchef der Gestapo sowie seine vermutliche Arbeit für den Sicherheitsdienst (SD) der SS waren für Bömer karrierefördernd.

Franz Bömer wurde am 14.3.1911 in Bochum-Harpen als Sohn des Landwirts Heinrich Bömer und dessen Frau Klara geboren. Bömer hatte im Laufe der Jahre höchst unterschiedliche Lebensläufe verfasst, stets adressatengerecht, mit unterschiedlichen Intentionen. Darauf soll noch genauer eingegangen werden.

Nüchtern berichtet ergab sich bei seiner Bewerbung als Schulleiter und Oberstudiendirektor am Wilhelm-Gymnasium in Hamburg folgender Werdegang: Franz Bömer besuchte von 1917 bis 1921 die Volksschule in Bochum-Harpen, danach das Gymnasium in Bochum und in Recklinghausen, wo er am 25.2.1930 das Abitur bestand. Danach studierte Bömer an der Universität Bonn Philosophie und Geschichte. Er promovierte am 12.12.1934, 23-jährig („Der lateinische Neuplatonismus und Claudianus Mamertus in Sprache und Philosophie“).

Am 27. und 28.6.1935 bestand Bömer in Bonn die Staatsprüfung für das höhere Lehramt in den Fächern Latein, Griechisch und Geschichte „mit Auszeichnung“. Danach arbeitete er in München als wissenschaftlicher Mitarbeiter des „Thesaurus Linguae Latinae“, danach als Lehrbeauftragter und Assistent in Berlin, später, seit dem 1.4.1939 als Oberassistent in Bonn nach seiner Habilitation 1939.

Parallel zu seinem beruflichen Werdegang hatte Franz Bömer an militärischen Übungen 1936 und 1937 teilgenommen, wurde mit Kriegsbeginn zur Wehrmacht eingezogen und avancierte dort bis 1944 zum Batteriechef und Oberleutnant.

Am 7.11.1944 bekam er eine außerplanmäßige Professur an der Universität Bonn.¹

In seiner Hamburger Personalakte wird als nächste berufliche Station das Referendariat ab dem 1.12.1948 in Köln ausgewiesen. Nach seiner Assessorenzeit

auch in Köln wurde Bömer 1951 Studienrat und arbeitete bis zu seiner Berufung an das Wilhelm-Gymnasium als Studienrat am Nicolaus-Cusanus-Gymnasium in Bad Godesberg.

Die Zwischenzeit, die Phase einer schwierigen Entnazifizierung soll extra beleuchtet werden. Und damit auch seine NS-Verstrickung und Bömers Militärzeit.

Interessant und in dieser Ausführlichkeit selten dokumentiert in einer Personalakte ist der Entscheidungsprozess, Franz Bömer als Schulleiter nach Hamburg zu holen. Inspirator und treibende Kraft für die Berufung Bömers war offensichtlich Oberschulrat Hans Wegner gewesen. Wegner, Altphilologe, vor 1933 schon Sozialdemokrat gewesen, nach 1945 Schulleiter des Johanneums geworden, seit 1951 Oberschulrat für die höheren Schulen², hatte Bömer nach eigenen Angaben bei einer internationalen Altphilologen-Tagung in Paris 1952 kennen- und schätzen gelernt, insbesondere „seine menschlichen Qualitäten und seine pädagogischen Ansichten und Ziele“.³

Direkt beteiligt an der Bewerbung waren auch Bürgermeister Kurt Sieveking und, schon qua Amt, Schulsenator Hans Wenke. In Hamburg regierte seit 1953 der „Hamburg-Block“ und es erscheint schon als ungewöhnlich, dass der Bürgermeister sich persönlich um eine Schulleiterbestellung bemühte. Wegner schrieb: „Ich darf auch erwähnen, daß Herr Bürgermeister Sieveking in einer Unterhaltung, zu der er Herrn Bömer in Bonn gebeten hatte, einen ausgezeichneten Eindruck von ihm bekommen hat, so daß er ihn gern auch an das Johanneum genommen hätte“.⁴ Und auch Schulsenator Prof. Hans Wenke⁵, selbst Erziehungswissenschaftler in Zeiten des Nationalsozialismus, hatte Erkundigungen über Bömer eingeholt, „nach den von Ihnen selbst eingeholten Auskünften“, wie es Wegner an Wenke formulierte.⁶

Wegner schrieb, dass Bömer am Wilhelm-Gymnasium „zwei Lehrproben abgelegt hätte“ und dadurch bestätigte, daß er seine „pädagogische Staatsprüfung mit Recht mit Auszeichnung bestanden hat“. Zahlreiche Gutachten lagen vor. „Die wissenschaftliche Qualifikation Bömers ergibt sich aus einer Fülle von Veröffentlichungen. Außerdem ist er über die Bundesrepublik hinaus bekannt als der Herausgeber der Zeitschrift ‚Gymnasium‘, die durch Bömer zu einer Zeitschrift von Rang geworden ist, so daß die Schulbehörde Hamburg sich entschlossen hat, sie für alle Hamburger Schulen zu abonnieren.“⁷

Den Wunsch Bömers, nach Hamburg zu wechseln, erklärte Wegner damit, „aus der konfessionellen, engen Atmosphäre Nordrhein-Westfalens herauszukommen“.⁸

Die Details aus dem Entnazifizierungsverfahren Bömers in Bonn waren in Hamburg nicht bekannt. Es war nicht unüblich, in anderen Regionen beruflich Fuß zu fassen, wo die Aktivitäten aus der Zeit von 1933–1945 unbekannt waren.

Franz Bömer wurde von Oberschulrat Hans Wegner im Einvernehmen mit Senator Wenke und Bürgermeister Sieveking auf Platz eins einer Dreier-Bewerbsliste gesetzt.

Auch der auf Rang zwei Platzierte war ein NS-belasteter Altphilologe, Dr. Kurt Person aus Göttingen, ebenfalls mit zahlreichen Referenzen ausgestattet. Der dritte Bewerber, Werner Rockel, der später am Matthias-Claudius-Gymnasium Schulleiter werden sollte, war in der NS-Zeit Studienrat am Wilhelm-Gymnasium gewesen, „verließ während des Dritten Reiches die Schule, weil er sich weigerte, der NSDAP beizutreten und war in dieser Zeit an einer privaten Vorbereitungsanstalt für das Abitur tätig. Im Frühsommer 1946 kam er an das Wilhelm-Gymnasium und ist seitdem dort mit großem Erfolg tätig. Herr Rockel ist ein ausgezeichnete Altphilologe. Er hat mit seiner letzten Klasse eine geradezu aufsehenerregende Aufführung der ‚Antigone‘ in griechischer Sprache veranstaltet und ist, obwohl er keine Fakultas dafür hat, wohl der beste Deutschlehrer der Schule. Er ist Vertrauenslehrer und Verbindungsmann der Schüler des Schülerausschusses zum Kollegium. Die Qualitäten Herrn Rockels, nach meiner Überzeugung auch für den Posten eines Direktors, sind eindeutig vorhanden. Ich hätte auch gar keine Bedenken, ihn beim Wilhelm-Gymnasium als Leiter vorzuschlagen, wenn ich nicht befürchten müßte, daß Herr Rockel vom Kollegium aus kaum mit einer Zustimmung rechnen könnte und nach einer etwaigen Ernennung mit Schwierigkeiten zu rechnen haben würde. Der Grund für diese Tatsache liegt darin, daß das Kollegium befürchtet, sogar mit Recht befürchtet, daß Herr Rockel kein ‚bequemer‘ Schulleiter sein wird. Er ist eine starke Persönlichkeit, die ihre Absichten sehr energisch durchsetzen würde und unter der das Kollegium aus dem etwas geruhsamen Schlaf aufgescheucht werden würde.“⁹

Schlussfolgerung: „Es muß eine ebenso starke Persönlichkeit wie Herr Rockel sein, die dort eingesetzt wird, aber sie muß aus einem anderen Kollegium kommen.“¹⁰

Somit wurde Franz Bömer mit Ernennungsvorschlag vom 16.2.1955 zum 1.4.1955 als Schulleiter des Wilhelm-Gymnasiums berufen. Mit Unterstützung von Bürgermeister Kurt Sieveking erhielt er im Abendrothsweg 25 „aus dem Kontingent des Senats“ eine Dienstwohnung zur Verfügung gestellt.¹¹

Dann gab es noch Irritationen, ob der außerplanmäßige Professorentitel, der Bömer am 7.11.1944 verliehen worden war, tatsächlich eine Verleihung ad personam war oder nach Ablauf der Tätigkeit wegfallen mußte. Wegner vermerkte: „An einer juristischen Klärung der Frage der Berechtigung des Professorentitels liegt der Schulbehörde nicht.“¹² Erstaunlich viel Wohlwollen oder Protektion.

Viel interessanter wäre allerdings die Frage gewesen, warum Franz Bömer noch am 7.11.1944 zum außerplanmäßigen Professor ernannt worden war? Hans

Wegner hatte geschrieben: „Aus Zweckmäßigkeitsgründen etwa in die evangelische Kirche überzutreten, liegt dem graden Wesen und der westfälischen Geisteshaltung Bömers nicht. Wenn ich schlagwortartig die Glaubenshaltung Bömers umreißen darf, so müßte ich sie als einen christlichen Humanismus bezeichnen.“¹³ Sehen wir uns an, was ein „grades Wesen“ aus Überzeugung und eventuell aus Zweckmäßigkeitsgründen in den Zeiten von 1933 bis 1945 gemacht hatte.

Franz Bömer, „ältester von acht Geschwistern“, schrieb im Fragebogen über seine Abstammung, dass sein Vater Heinrich „Landwirt und Rittergutpächter“ gewesen war, sein Großvater „Gutsbesitzer“. An anderer Stelle: „Meine sämtlichen Vorfahren gehörten dem Bauernstande an.“¹⁴

In seiner Dozentenpersonalakte schrieb er in mehreren Lebensläufen, dass er seit dem 8.5.1933 Mitglied der SA war, bis zum 31.8.1937: „An diesem Tage trat ich als ehemaliger Angehöriger der Luftwaffe ins NSFK über“.¹⁵ Seit dem 1.5.1937 war Bömer auch Mitglied der NSDAP (Nummer 4 116 684). Der Übertritt zum NSFK (Nationalsozialistisches Fliegerkorps) erfolgte offenbar nach der zweiten mehrmonatigen Wehr- bzw. Reserveübung, die Bömer absolviert hatte. 1938 hatte Bömer auch am Lehrgang 32 des Reichslagers der NSDAP für Beamte in Bad Tölz teilgenommen. Als Bömer an der Universität Berlin ein Stipendium beantragte, bescheinigte ihm der Führer des NS-Dozentenbundes der Friedrich-Wilhelm Universität in einem Schreiben an den Rektor der Universität Bömers NS-Mitgliedschaften, und: „In politischer Hinsicht bestehen keine Bedenken gegen ihn, charakterlich ist B. einwandfrei. Er ist ein gerader offener Mensch von ehrenvoller Gesinnung, der energisch und sehr zielbewusst das von ihm gesetzte Ziel verfolgt.“¹⁶



Franz Bömer, 1955

Nach einer öffentlichen Lehrprobe wurde Bömer am 11.7.1939 an der Berliner Universität die Dozentur am philosophischen Seminar verliehen. Er wurde fachlich als „äußerst kompetent bezeichnet, „seine politische Einstellung ist einwandfrei“, unterschrieb der Rektor der Universität.¹⁷

Vorher hatte der Dozentenbundführer der NSDAP-Gauleitung Köln-Aachen noch eine Stellungnahme abgegeben. Am 3.7.1937 ging sein Schreiben über das Rektorat der Universität Bonn an den Rektor in Berlin: „Herrn Bömers wissenschaftliche Leistungsfähigkeit wird im allgemeinen hoch eingeschätzt. Sowohl seine Dissertation als auch seine Habilitationsschrift zeigen den Verfasser als gründlich geschulten Philologen, wobei hervorzuheben bleibt, dass neben seiner Begabung auch Fleiß und zielbewusstes Streben bei ihm vorherrschen. Auch menschlich-charakterlich wird Herr B.

positiv beurteilt, obgleich ihm ein gewisses Geltungsbedürfnis nicht abzusprechen ist, das sich jedoch immer noch im Rahmen der kameradschaftlichen Haltung bewegt.“¹⁸

Franz Bömer befand sich seit 1939 im Kriegsdienst. Darauf wird noch genauer eingegangen. Dennoch erhielt er im November 1944 eine außerplanmäßige Professur. Auch darüber geben Gutachten und Stellungnahmen Auskunft. So schrieb der Rektor der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn: „Den Antrag des Herrn Dekans der philosophischen Fakultät gebe ich mit wärmster Befürwortung weiter. Herr Dr. Bömer hat trotz seiner starken dienstlichen Belastung bei der Wehrmacht, der er seit 5 Jahren angehört, jede Stunde zu wissenschaftlicher Arbeit ausgenutzt und damit bewiesen, dass ihm wissenschaftliche Arbeit innerstes Bedürfnis ist. Da auch die Qualität seiner Arbeit außerordentlich günstig bewertet wird, bitte ich auch meinerseits, ihn zum außerplanmäßigen Professor zu ernennen.“¹⁹

In einem Gutachten des Altphilologen Johannes Stroux hieß es:

„Bömer ist eine erfreulich männliche Erscheinung mit klarem und bestimmtem Auftreten und von sicherem, aber in keiner Weise übermäßig kundgegebenem Selbstbewusstsein. Er hat mit festem Ziel vor Augen eifrig gearbeitet. Ich glaube sicher, dass Haltung und Charakter eine gute Stütze seiner hochschulpädagogischen Wirksamkeit sind, und er zugleich Lehrerfolge und Sympathien damit erreicht. Dass die Ernennung zum außerplanmäßigen Professor vorgeschlagen wurde, erscheint nach der oben charakterisierten Leistung verdient. Ich möchte, was mein eigenes Urteil angeht, gestehen, dass ich unter normalen Verhältnissen richtig gefunden hätte zu warten, bis sich die im wesentlichen auf der Dissertation und der vielleicht etwas eilig und unter Ausschluss zugehöriger Probleme zusammengefassten Habilitationsschrift beruhende Leistung noch etwas ergänzt hätte. Aber das scheint mir, wie Bömers jetzige Lage ist, nicht berechtigt. Er, der schon vor Kriegsausbruch als tüchtiger und bewährter Offizier galt, steht, soviel ich weiß, seit Jahren unter den Waffen. Über sein philologisches Talent, sein methodisches Können, wenigstens auf einem Spezialgebiete, hat er sich durch ergebnisreiches Arbeiten ausgewiesen. Danach wäre es unbillig eine reifere Leistung abwarten zu wollen, die unter den jetzigen Umständen nicht entstehen kann.“²⁰

Von dem Dekan des philologischen Seminars der Universität Bonn, Prof. Birkel, wurde darauf hingewiesen, dass Bömer als Oberleutnant eine Flak-Batterie an der Heimatfront führte, und somit „auch während seines Kriegsdienstes Gelegenheit zu wissenschaftlicher Arbeit in beschränktem Maße gehabt und diese Gelegenheit auch energisch ausgenutzt“ hatte.²¹

Und letztlich stimmte auch die Partei-Kanzlei der NSDAP in München am 11.10.1944 der Ernennung Bömers zum außerplanmäßigen Professor zu, da „in politischer Hinsicht keine Bedenken geltend gemacht“ werden.²²

Dass Franz Bömer über einen Studienfreund Kontakte zum SS-Obergruppenführer und Gestapo-Personalchef Dr. Werner Best hatte und 1939 in die SS eintreten wollte, soll im Rahmen seiner Entnazifizierung genauer beleuchtet werden. Vorher noch ein Blick in Bömers Militäarakte.

In der ersten vorliegenden Beurteilung des „Wachtmeisters der Reserve der Flak-Abteilung 401 und Offiziersanwärter Franz Bömer“ wurde am 13.9.1940 kurz festgestellt: „Geistig gut veranlagt; ausreichende flakartilleristische Kenntnisse. Sehr eifrig und dienstwillig, jedoch noch unsicher und ungewandt; zu wenig Soldat.“²³

Schon einen Monat später wurde Bömer zur Beförderung zum Leutnant vorgeschlagen. Begründung: „Er ist ein offener, ausgereifter Charakter, zielstrebig und absolut zuverlässig. Körperlich dürfte er etwas mehr trainiert sein, entspricht aber voll den an ihn zu stellenden Anforderungen. Geistig steht B. über dem Durchschnitt; sehr gute Veranlagung verbindet er mit gründlicher Schulung und klarem logischen Denken. Er versteht einen sehr guten, aufgebauten, fesselnden und leicht verständlichen Unterricht zu geben. Seine Kenntnisse auf flakartl. Gebiet sowohl in der Waffe wie in Feuerleitgerät der 8,8 cm Batterie sind gut. B. hat sich insbesondere in den letzten Monaten mit der ihm eigenen Gründlichkeit eingearbeitet. Dem ihm anfänglich anhaftenden Mangel an soldatischer Haltung und die ihm fehlende Erfahrung in soldatischen Dingen, die ihm durch die Kurzausbildung anhaftet, hat er völlig ausgeglichen. B versteht es, sich das Vertrauen seiner Untergebenen zu erwerben. Vorgesetzten gegenüber ist er anständig und taktvoll und besitzt sehr gute Umgangsformen. Er steht auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung, die er seinen Untergebenen zu vermitteln versteht.“

Am Ende vermerkte der beurteilende Major: „B. hat das Buch ‚Mein Kampf‘ gelesen.“²⁴

Der Regimentskommandeur ergänzte am 3.11.1940: „Wm. Bömer hat nach früheren Beurteilungen Mängel hinsichtlich soldatischer Haltung zu erkennen gegeben. Er hat durch Selbsterziehung energisch an sich gearbeitet, sich die ihm erteilten Belehrungen zu eigen gemacht und ist jetzt ein guter und voll brauchbarer Offiziersanwärter.“²⁵

Und am 8.9.1943 wurde Böhmer als Oberleutnant letztmalig beurteilt: „Oblt. Bömer ist eine gesetzte, gereifte Persönlichkeit mit einwandfreiem Charakter, festen und klaren Anschauungen, selbstbewusst und sehr zuverlässig. Er besitzt Initiative und ist in der Lage zu improvisieren. B. hat sich beim Einsatz im Schwerpunkt der Luftverteidigung des westdeutschen Industriegebietes voll bewährt. Als überzeugter Nationalsozialist bringt er das nationalsozialistische Gedankengut klar und überzeugend zum Vortrag. Seine Leistungen in allen Dienstzweigen sind gut. Er verfügt über gutes Verständnis für Taktik und für alle Fragen, die mit der Gefechts-

führung und Personalsteuerung zusammenhängen. Er gilt als besonders gerechter und fürsorglicher Vorgesetzter mit stark ausgeprägtem Verantwortungsbewusstsein. Er arbeitet zielbewusst, systematisch und gründlich. Beliebter Kamerad.

B. steht geistig weit über dem Durchschnitt, denkt klar, logisch und sachlich. Körperlich kräftig und groß, sportlich gut durchgebildet verfügt er über gute Haltung und gutes militärisches Auftreten. Besonders gute geistige Veranlagung; Fähigkeit, sich systematisch und zielbewusst schnell in ihm bisher neue Gebiete einzuarbeiten und sie zu durchdenken.“²⁶

Die Entnazifizierung gestaltete sich für Franz Bömer kompliziert. Neben seiner Mitgliedschaft in der SA seit dem 1.5.1933, seiner Funktion dort als Rottenführer, der spätere Übertritt in das NS-Fliegerkorps (NSFK), die NSDAP-Mitgliedschaft sowie die Mitgliedschaften im NS-Studentenbund und dem NS-Dozentenbund, spielte die Frage eine besondere Rolle, dass Franz Bömer in die SS eintreten wollte und die besondere Förderung durch die SS und möglicherweise durch den Sicherheitsdienst der SS, den SD genoss. Der Reihe nach.

Franz Bömer hatte am 31.7.1945 den Antrag gestellt, wieder als Dozent und Oberassistent an der Universität Bonn eingestellt zu werden.²⁷

Er füllte den Entnazifizierungsfragebogen aus und gab einige zusätzliche Erläuterungen ab. Am 7.12.1945 legte er Einspruch dagegen ein, dass er im Namen der britischen Militärregierung entlassen werden sollte. Zu Beginn der Entnazifizierung vermutete Bömer offenbar, dass die SA-Mitgliedschaft besonders schweres Gewicht haben würde. Dazu erklärte er: „Nach meinem Eintritt in die SA im Mai 1933 habe ich als Student zwei Semester lang in Bonn (die Semesterferien ausgenommen) Dienst in der SA getan. Um dem weiteren Dienst zu entgehen, der mir meine Zeit für meine berufliche Tätigkeit in einer mir untragbar erscheinenden Form einschränkte, nahm ich, als meine Examina bevorstanden, im Juni 1934 die Gelegenheit wahr, durch einen Bruder meines Vaters, der führend in den vor 1933 bestehenden ländlichen Reitervereinen tätig gewesen war, in einen SA-Reitersturm umgewandelten Reiterverein übernommen zu werden. In diesem SA-Reitersturm bin ich seit Juni 1934 als diensttuendes Mitglied mit der Wohnung meines Onkels (Rittergut Edelburg bei Menden i. W.) geführt worden, obwohl ich dort nie wohnte. Ich habe dort auch keinen Dienst getan. Ich kann überhaupt nicht reiten. Dies ist meine einzige aktive Tätigkeit in der NSDAP und ihren Gliederungen gewesen.“²⁸

Auch Bömers Kirchenaustritt 1940 wurde als Beleg für seine Hinwendung zum Nationalsozialismus gewertet. Bömer dazu: „1. Mein Austritt geschah nicht aus Gründen der Sympathie zum Nationalsozialismus oder zu dessen Kirchenpolitik. Ein politischer, wirtschaftlicher, moralischer oder anders gearteter Druck ist nicht auf

mich ausgeübt worden. Vorteile sind mir weder direkt noch indirekt in Aussicht gestellt worden. 2. Ich halte es für unter meiner Würde, mich gegen den möglichen Vorwurf zu verteidigen, meine persönlichsten Überzeugungen einem billigen politischen Opportunismus geopfert zu haben. 3. Die Gründe liegen vielmehr in anderer Richtung: Seit 1935 habe ich mich beruflich mit Fragen der antiken, speziell der römischen Religion befaßt und auf diesem Gebiete laufend wissenschaftliche Abhandlungen veröffentlicht. Diese jahrelange Arbeit auf eng verwandtem Gebiet trennte mich mehr und mehr von einem konfessionsgebundenen Glauben bestimmter Prägung. Der Austritt als solcher bedeutet nichts als die Bestätigung für eine seit Jahren feststehende Tatsache.“²⁹

Der schwerwiegendste Vorwurf gegenüber Franz Bömer war allerdings seine Hinwendung zur SS, die Kontakte zur SS und zum Sicherheitsdienst (SD) der SS und seine Absicht, der SS beizutreten. Dazu schrieben die Professoren von Weber, Oertel und Troll ein Gutachten:

„1933 trat er der SA bei. Er stand nach seiner Angabe damals der Partei ablehnend gegenüber, vollzog aber den Eintritt in die SA, ohne viel Überlegung mit der Masse der Studenten. Am 1.5.1937 wurde er in die Partei aufgenommen. Inzwischen war seine Einstellung zur NSDAP wesentlich positiver geworden. Das verstärkte sich noch in Berlin unter dem Einfluss seines Bonner Studienfreundes Dr. Grünwald, eines etwa zehn Jahre älteren ehemaligen Benediktiners, der sich 1934 der NSDAP zugewandt hatte. Teils auf dessen Anregung, teils aber auch aus opportunistischen Erwägungen, erwog er in Berlin den Eintritt in die SS; Dr. Grünwald vermittelte ihm zu diesem Zweck eine Unterredung mit Ministerialdirektor Dr. Best. Aus dem gleichen Grund stellte er sich später in Bonn bei Dr. Rössner vor. Es kam jedoch nicht zu einer Aufnahme Bömers in die SS aus Gründen, die dem Ausschuss nicht bekannt sind, jedenfalls aber vom Willen Bömers unabhängig waren. Eine gewisse Förderung erfuhr Bömer von dieser Seite, indem sein Buch ‚Ahnenkult und Ahnenglaube im alten Rom‘ mit geldlicher Unterstützung des ‚Ahnenerbes‘ erschien. 1940 trat Bömer aus der Kirche aus, obwohl er aus einer streng katholischen westfälischen Bauernfamilie stammte. Am 22.8.1944 wurde Bömer, der von 1939 ab eingezogen war und zuletzt als Oberleutnant eine Flak-Batterie im Heimatgebiet führte, auf Veranlassung des Reichsforschungsrates von der Wehrmacht entlassen und u. k. gestellt. Der Ausschuss hält Bömer für eine Stellung in der Universität nicht für tragbar, da seine Absicht, sich im Jahre 1939 der SS anzuschließen, als über den Charakter der SS kein Zweifel mehr bestehen konnte, eine zu starke Identifizierung mit den Zielen der Partei zeigt. Seine anerkannten Leistungen als junger Forscher rechtfertigen es, dass er, zumindest für eine Übergangszeit – er ist verheiratet und hat zwei Kinder im Alter von vier und fünf Jahren – wirtschaftlich sichergestellt wird.“³⁰

Und der entsprechende Entnazifizierungsausschuss befand: „Bei seiner Vernehmung durch den Unterausschuss erklärte Bömer, dass er den Gedanken gehabt hat, der SS beizutreten, weil eine politische Betätigung von ihm gefordert worden sei. Er konnte sich an den Inhalt der Unterredung, die er mit Ministerialdirektor Dr. Best über dieses Thema im Jahre 1938 gehabt hat, nicht mehr erinnern. Er gab aber zu, dass es möglich ist, dass sich der Inhalt dieser Unterredung auf den SD bezog. Bald danach zog er nach Bonn, besuchte Dr. Rössner, dem er von Berlin aus schon angemeldet war. Dr. Rössner war als Obersturmführer aktiv im SD-Hauptquartier tätig. Dr. Bömer ist der SS nicht tatsächlich beigetreten, aber es wurde von ihm kein Beweis seiner politischen Betätigung mehr verlangt. 1944 wurde er als einer der wenigen Wissenschaftler als unentbehrlich erklärt; augenscheinlich wurde ein Antrag hierfür niemals von Seiten der Universität aus gestellt (Brief Dr. Reich, siehe beigefügte Unterlagen). Alle diese Umstände führen zu der Vermutung, dass B. mit dem SD in Verbindung gestanden hat, obgleich er es jetzt verneint. Aus diesem Grunde ist der Unterausschuss zu vorstehender Beurteilung gekommen, und trotz einer späteren Beurteilung, die Bömer begünstigt, wird eine Wiedereinstellung abgelehnt.“³¹

Aus einer Akte im Bundesarchiv geht hervor, dass der erwähnte Freund Bömers, Grünewald, mit dem einflussreichen SS-Obergruppenführer Dr. Werner Best bekannt war und diesem die Habilitationsschrift Bömers, „Ahnenkult und Ahnenglaube“ geschickt hatte. Best nun wandte sich an seinen Freund, den SS-Obersturmbannführer Walther Wüst in München und schrieb: „Durch einen Bekannten ist die anliegende Habilitationsschrift des Dr. Franz Bömer in Bonn zu meiner Kenntnis gelangt. Die Schrift hat mich so beeindruckt, dass ich mir die Frage vorgelegt habe, ob sie nicht im Rahmen unserer Bestrebungen – d. h. vom ‚Ahnenerbe‘ – als Buch herausgegeben werden sollte. Ich bitte Sie deshalb, sich die Schrift einmal anzusehen und zu prüfen, ob eine Veröffentlichung durch das Ahnenerbe nicht durch die Sache geboten und im Interesse unserer Bestrebungen zweckmäßig erscheint.“³²

Nach einigen zustimmenden Begutachtungen und Bemerkungen, was der Autor Bömer noch präzisieren sollte („Das Wort ‚Altertum‘ wollen wir heute nicht mehr als selbstverständliches Synonym zu griechisch-römischer Antike gebrauchen.“ Und: „Jedoch könnte die Arbeit nur gewinnen, wenn der Verfasser wenigstens erkennen ließe, dass er wisse, welche Bedeutung für die Erforschung des römischen Altertums der Vergleich mit den verwandten germanischen Überlieferungen hat.“), teilte SS-Obersturmbannführer Walther Wüst Franz Bömer mit, dass er bereit sei, die Schrift mit den gewünschten Bearbeitungen „in das von mir herausgegebene Archiv für Religionswissenschaft aufzunehmen“.³³

Für die Überarbeitung benötigte Franz Bömer einige Zeit, war er doch mittlerweile im Kriegsdienst, wenn auch an der Heimatfront bei der Flak. Im Jahr 1943 erschien die erweiterte Habilitationsschrift von Franz Bömer als Heft 1 der Beihefte im Archiv für Religionswissenschaft, herausgegeben von Hermann Harmjanz und Walther Wüst mit einer Widmung Bömers: „Dem Andenken an meine gefallenen Kameraden.“³⁴

Dass Franz Bömer 1944 uk-gestellt wurde und eine außerplanmäßige Professur bekam, obwohl der Studienbetrieb in Bonn Ende 1944 nicht mehr regelmäßig stattfinden konnte, so dass Bömer Anfang 1945 in Göttingen tätig wurde, ist sehr bemerkenswert. Die Uk-Stellung Bömers war nicht von der Universität Bonn beantragt worden, sondern vom Reichserziehungsministerium im Einvernehmen mit dem NS-Studentenbund erfolgt, was ein ehemaliger Dozent, Dr. Reich, und der damalige Rektor, Prof. Chudoba bestätigten.³⁵

Bömer geriet nach alledem in Erklärungsnot. Zu seiner SS-Hinwendung schrieb er, dass bei seinen Vorbesprechungen für die Habilitation „von mir der Nachweis politischer Aktivität verlangt wurde“.³⁶

Nicht infrage kamen für ihn, trotz NSDAP-Mitgliedschaft, Aktivitäten in der Partei, in der SA bzw. im NSFK. „So blieb mir zum Schluss die SS, zumal sich dort die Aussicht bot, den Druck einer wissenschaftlichen Arbeit zu finanzieren, die für mein Fortkommen wichtig und zu der ich selbst nicht imstande war. Ich habe nie der SS angehört und auch weiter keinen Versuch dazu gemacht. Gelegenheit bot sich dazu, zumal während des Krieges, genug. Mein passives Verhalten und der Umstand, daß ich offenbar infolgedessen nicht interessiert und zuverlässig genug erschien, sind meines Erachtens hier ausschlaggebend gewesen. Ich verfolgte die Absicht, die mir sonst unüberbrückbar erscheinenden und außerhalb des Bereiches des Wissenschaftlichen liegenden politischen Schwierigkeiten auf beruflichem Gebiete zu umgehen. Auch abgesehen von dem erforderlichen Druckzuschuss war ich nicht in der Lage, ohne die üblichen Konzessionen an die Forderungen auf politische Tätigkeit beruflich meinen Weg zu gehen, den ich als Wissenschaftler alleine zu gehen mich imstande fühlte. Ich verfügte nicht über eigene Mittel, die mir die erforderliche Unabhängigkeit gegeben hätten. Als ausschlaggebendes Zeugnis für dieses Verhalten betrachte ich die Tatsache, daß meine Veröffentlichungen ausnahmslos einen wissenschaftlichen Charakter tragen und keinerlei politische Äußerungen oder Tendenzen enthalten.“³⁷

Nicht unterstützt fühlte sich Bömer von dem ehemaligen Dekan, Prof. Ernst Birkel, der ihn wissenschaftlich gefördert hatte und ihm auch zur Oberassistentenstelle verholfen hatte. Birkel riet Bömer 1946, wieder nach München zu gehen und eine freie Stelle am Thesaurus Linguae Latinae zu übernehmen. Er bot ihm in einem

Schreiben vom 6.2.1946 sogar seine Hilfe dabei an. Birkel verwies in dem Brief an Bömer auf ein Problem: „Zudem ist bei den zahlreichen Theologen und Ordensgeistlichen, die wir im Seminar von jeher zu unseren Schülern zählen, ihr Zusammenhang mit dem einstigen Seminarmitglied, dem ehemaligen Benediktinerpater Grünewald, der, wenn ich recht unterrichtet bin, Sie zur Vorstellung in Himmlers Amt führte, eine ärgerliche Belastung, sodaß Sie nach unserer Meinung besser in den künftigen Räumen der Universitätsbibliothek als im Seminar Ihren Stammplatz hätten, falls Sie doch in Bonn bleiben würden. Den Dingen, wie sie liegen, ins Auge zu sehen, können wir nicht vermeiden.“³⁸

Später erklärte Bömer gegenüber Oberschulrat Hans Wegner, dass er nicht an die Universität Bonn zurückgeholt wurde, „da sein Platz besetzt worden war“ und weil sich „persönliche Spannungen mit dem schwierigen Bonner Prof. Birkel aufgetan hätten“.³⁹

Schwierig war nicht Professor Birkel sondern die Entnazifizierungssituation für Franz Bömer.

Bömer war zwischenzeitlich als „Aktivist“ in Kategorie III eingruppiert worden.⁴⁰ Der Überprüfungsausschuss nahm folgende Korrektur vor:

„Bei B. handelt es sich um einen jungen begabten Wissenschaftler, der im Rahmen seiner wissenschaftlichen Forschung und Weltanschauung Entwicklungen durchgemacht hat, die nicht als eine Anhängerschaft zum Nationalsozialismus zu werten sind. Der Überprüfungsausschuss teilt vielmehr die Ansicht des Hauptausschusses, dass die Parteizugehörigkeit des B. eine rein formale Angelegenheit war, da er sich nur seinen wissenschaftlichen Forschungen hingeeben und dem Nationalsozialismus immer innerlich fremd gegenübergestanden hat. Der Ausschuss hat den Lehrer des Betroffenen, Prof. Birkel, eingehend als Zeugen gehört. Prof. Birkel, der als Nazigegner bekannt ist, hat seinen Schüler menschlich und fachlich gut beleumundet. Mit Rücksicht auf die verhältnismäßige Jugendlichkeit und innere Fremdheit des B. gegenüber dem Nationalsozialismus, die in wissenschaftlicher Arbeit ihren Ausdruck finden, trägt der Ausschuss keine Bedenken, B. in Kategorie V einzureihen.“⁴¹

Am 26.8.1948 war Bömer damit völlig entnazifiziert. Ein weiterer Beleg, dass Prof. Birkel sich gegenüber Bömer nicht als „schwierig“ erwies, ganz im Gegenteil. Franz Bömer ging nicht zurück an die Universität, auch nicht nach München ans Thesaurus Linguae Latinae, sondern 1948, 37-jährig, ins Referendariat. Der Übergang in die Schulunterrichtsarbeit war nicht einfach für ihn. Das beschrieben seine Anleiter im Referendariat. Über allem stand: „Seine wissenschaftliche Befähigung steht außer Zweifel.“ Aber: Probleme gab es bei der didaktischen und methodischen Umsetzung. „Und doch zeigten die ersten Unterrichtsversuche des Referen-

dars, die noch vor Weihnachten erfolgten, außer üblichen Anfängerfehlern (zum Beispiel schlechte Fragestellung, Wiederholen der Schülerantworten, zu starkes Führen) eine Reihe Schwächen: mögliche Schülerfragen waren nicht genügend vorbedacht, die Interpretation nach sprachlichen, sachlichen und formal-künstlerischen Gesichtspunkten sowie die inhaltliche Auswertung waren nicht eingehend und tief genug, vor allem fehlte der rechte Kontakt zur Klasse, woran schlechte professorale Angewohnheit mit Schuld trugen.⁴²

Sein Anleiter, Dr. Herbert Hermesdorf konstatierte: „Anfängliche Mängel in der Unterrichtsführung – Überschätzung der geistigen Aufnahmefähigkeit der Schüler, ungenügendes Eingehen auf ihre Antworten, aufgeregte, abgehackte Sprechweise – schwanden rasch mit wachsender Unterrichtserfahrung.“⁴³ Aber auch: „Wenn Herr Dr. Bömer auch dazu neigt, selbst etwas zu stark zu führen, so ist es ihm doch gut gelungen, die Mitarbeit der Klasse zu erreichen und auch die schwächeren Schüler in das Unterrichtsgespräch einzubeziehen. Sein Unterricht hatte einen guten Erfolg.“

Die Direktoren seiner nächsten Stationen als Studienassessor waren voll des Lobes für Franz Bömer. So konstatierte der Oberstudiendirektor des staatlichen Gymnasiums in Siegburg, Dr. Battes: „Obwohl Herr Bömer als früherer Universitätsprofessor ein Spezialist von reinstem Wasser ist, erteilt er einen so lebendigen, fesselnden und straff und klar aufgebauten Unterricht, wie er selbst bei geschulten Lehrern selten zu finden ist.“⁴⁴

Und sein Kollege vom staatlichen Dreikönigsgymnasium in Köln befand:

„Seine unterrichtlichen und erzieherischen Leistungen waren sehr gut. Bömer, der Ende 1948 vom akademischen Lehramt in den höheren Schuldienst übergetreten ist, zeigt einen erfreulichen Berufseifer. Der Kölner Ortsgruppe des Altphilologenverbandes gehört er seit ihrer Gründung als Vorstandsmitglied an; als Mitherausgeber der Zeitschrift ‚Das Gymnasium‘ ist er um die fachwissenschaftliche Förderung der Lehrer der alten Sprachen an den Gymnasien erfolgreich bemüht. Als korrekter und leistungsfähiger Lehrer ist er bei den Schülern und Eltern sehr geachtet. Auch im Lehrerkollegium erfreut er sich großer Hochschätzung. Seine dienstliche und außerdienstliche Führung war ohne Tadel.“⁴⁵

Franz Bömer übernahm, wie geschildert, die Leitung des Wilhelm-Gymnasiums in Hamburg am 1.4.1955. Am 10.7.1956 wurde er Oberstudiendirektor. Und als Franz Bömer 1956 damit endgültig bestellt war, zeigte er sehr schnell, dass er nicht gewillt war, sich inhaltlich oder politisch zurückzuhalten. Für die Festschrift zum 75-jährigen Jubiläum des Wilhelm-Gymnasiums schrieb er 1956: „Zu alledem ist die Schule, die heute mehr denn je im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht, zu ihrem

großen Unglück vielfach mehr ein politisches Objekt als ein kulturelles oder pädagogisches Subjekt, was sie ihrem Wesen nach ist oder eigentlich sein sollte. Beweise? Der Kampf um die Konfessionalisierung wird unter parteipolitischen Gesichtspunkten ausgetragen, die Schulen erweisen sich ausgerechnet nach Wahlen als besonders ‚reformbedürftig‘, der Streit um die vier- oder sechsjährige Grundschule ist weitgehend ein Politikum (gewesen oder geworden?), und offensichtlich hat die Erkenntnis, daß etwa das Gymnasium ein erstrebenswerter Schultyp ist, nur aus politischen Gründen gerade an der Grenze etwa zwischen Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen (auch anderswo) haltgemacht. Die Politisierung wesentlicher Schulprobleme ist von den Fachleuten, auf die man sonst im öffentlichen Leben hört, nie erstrebt worden, sie ist kein Gewinn und ist nie einer gewesen. Sie hat die allgemeine Unruhe und Nervosität beträchtlich gesteigert; nicht zuletzt aber auch deswegen, weil man oft das für einen Patienten nicht gerade angenehme Gefühl nicht los wurde, daß zu viel Operationen und diese nicht immer im Interesse des Patienten und nicht immer von wirklichen Fachleuten vorgenommen wurden. Es ist wohl nicht zu viel behauptet, daß heute in das Gebiet der Schule nachgerade jeder hineinredet und daß speziell über den Schultypus des Gymnasiums bei Ministerkonferenzen und parlamentarischen Gremien vielfach von Leuten entschieden wird, die ein Gymnasium nicht besucht haben.“⁴⁶

Politisch, beinahe mit einer historischen Rückschau, wurde Bömer, wenn er anschließend ausführte: „Ich bin überzeugt von der Existenz und der Gültigkeit dieser absoluten Werte, um die es hier geht, und ich glaube, unser Tun wäre sinnlos, glaubten wir nicht an sie. Aber man möge verzeihen wenn wir 1956 etwas vorsichtiger sind mit der Lautstärke und der Verkündung von Geltungsdauern (zum Beispiel von Ewigkeitswerten). Diese Kurzfristigkeit fing im politischen Bereich an, etwa mit der Dauer eines tausendjährigen Reiches oder der Ewigkeit, in der Deutschland nach eigenem und seiner Befreier Willen keine Soldaten mehr haben sollte. Überzeugung in Ehren, aber die Jugend glaubt ihrem Brustton nicht. Der hat einen falschen Klang bekommen, nicht ganz zu Unrecht.“ Und: „Geben wir uns doch keinen Täuschungen hin: Ob wir es sind oder nicht, wir gelten jedenfalls der Jugend als die Generation, die einmal oder sogar zweimal Schiffbruch erlitt, als die Generation, die zwei, drei oder vier verschiedene Dienstesteide geschworen, die so oft ihre Richtung geändert (‚umgelernt‘) hat, wobei gerade dem Stande der Lehrer die schöne und nicht immer dankbare Aufgabe zufiel, die jeweilige Staatsform der Jugend als die jeweils beste darzustellen.“⁴⁷

Bömers Arbeit am Wilhelm-Gymnasium war nicht einfach gewesen. Bis 1964 verfügte das Wilhelm-Gymnasium über keine eigenen Schulgebäude mehr. Lehrer und Schüler waren seit 1944 fast 20 Jahre beengt und provisorisch erst in der Al-



Kollegium am Wilhelm-Gymnasium 1956, Schulleiter Franz Bömer vorne, 4. v. r. In der 2. Reihe ganz links steht der von Bömer geschätzte Alfred Grobmann.

brecht-Thaer-Schule vor dem Holstentor untergebracht und von 1952 bis 1964 als Untermieter in Eimsbüttel am Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer.⁴⁸

Bömer beschrieb seinen Arbeitsplatz so: „In einem nur durch eine Wand geteilten Klassenzimmer saßen Hausmeister, Sekretärin, Oberstudienrat und Direktor zwischen Kreide, Schlüsseln, Fundgegenständen, Aktenschränken, Kleiderschränken, Fußbällen, Musikinstrumenten, Tonbandgeräten, Projektionsapparaten, Büchern, Marmorbüsten usw.; in einem Raum etwa gleicher Größe hockte, im Winter zusammen mit der nassen Garderobe, das Kollegium, 30 und mehr Menschen, arme, aber ehrliche Humanisten –: es war schon eine Lust, in diesem Hause Lehrer oder Schüler zu sein.“⁴⁹

Franz Bömer wäre vermutlich weiterhin eher und lieber Wissenschaftler und Altphilologe geblieben, anstatt sich mit Schulbauplanern, Verwaltungsbeamten herumzuplagen. Die mehrjährigen, zähen Auseinandersetzungen frustrierten ihn, wie der Elternratsvorsitzende in dieser Zeit schrieb: „Eine Gruppe um Professor Bömer war verärgert und resignierte.“⁵⁰

Bömer blieb neben der Schulleitertätigkeit die Herausgabe und Reaktionsaufgabe für die Zeitschrift „Gymnasium“.

Auffällig ist, wie sehr Franz Bömer den Studienrat Alfred Grobmann schätzte und zu fördern suchte, der ebenfalls 1955 an das Wilhelm-Gymnasium nach Hamburg gekommen war. Grobmann, ehemaliger NS-Propagandist, Dozent an der SS-Junkerschule in Braunschweig und Mitglied der Waffen-SS wurde von Bömer mehrfach für Schulleiterstellen vorgeschlagen.⁵¹

Franz Bömer hatte sich auch während seiner Schulleitertätigkeit intensiv wissenschaftlich betätigt und weiter sehr rege publiziert. „Daß Franz Bömer weiterhin wissenschaftlich arbeitete, davon zeugen seine Publikationen, die Reihe seiner ‚Untersuchungen über die Religion der Sklaven in Griechenland und Rom‘, die Ovid-Kommentare zu den Fasten (zwei Bände 1957/58) und zu den Metamorphosen (sieben Bände, 1969–1986), wahrhaft unersetzliche Standardwerke für die Ovid-Forschung.“⁵²

Seit 1951 hatte er als Mitherausgeber der Zeitschrift „Gymnasium“ fungiert. 48 Jahre lang, bis Ende 1999. Dies deutet auf die wahre Leidenschaft Bömers hin. Vermerkt wurde auch im „Dank an Franz Bömer“ bei dessen Ausscheiden als Herausgeber der Zeitschrift: „Nicht unerwähnt bleiben darf das Deutsche Archäologische Institut in Rom, in dessen Bibliothek er etwa 30 Jahre lang an seinen Sklaven und an Ovid jeden Sommer einen Monat lang gearbeitet hat.“⁵³

Die Schulleitungstätigkeit wurde für Franz Bömer im Laufe der Jahre immer schwieriger und anstrengender. Er reagierte darauf mit Krankheit und Erschöpfung. 1971 wurde eine mehrwöchige Kur notwendig. Bömer war erst 60 Jahre alt. Der Personalärztliche Dienst befasste sich damit: „Herr Prof. Dr. B. schilderte Vorkommnisse in seiner Schule die ihn bei seiner Hypersensibilität psychisch stark belasten. Herr Prof. Dr. B. fühlt sich zunehmend in seiner Tätigkeit als Rektor beeinträchtigt und in seinen erzieherischen Möglichkeiten als Lehrkraft eingengt. Deswegen meint Herr Prof. Dr. B., seinen schulischen Pflichten und insbesondere seiner Position nicht mehr wie früher gerecht werden zu können.“⁵⁴

1972 wurde seine vorzeitige Pensionierung vorbereitet, von Bömer am 27.10.1971 selbst beantragt. Verbunden mit der Feststellung, dass Franz Bömer als Schulleiter des Wilhelm-Gymnasiums der Schule „während ihres Aufbaus wertvolle pädagogische Impulse gegeben“ hatte, wurde konstatiert: „Seit einiger Zeit erscheint er aber auch nach Äußerung der Schulaufsicht seinem Amt nervlich nicht mehr gewachsen.“ Alternativen waren geprüft worden: „Die Möglichkeit, Herrn Prof. Bömer in einem anderen Aufgabengebiet etwa innerhalb der Behörde, in der Lehrerfortbildung oder in der Ausbildung der Referendare zu verwenden, besteht aber nach eingehender Prüfung aller überhaupt vorhandenen Gegebenheiten nicht. Für eine theoretische Arbeit besteht zurzeit kein Bedarf, der eine Beschäftigung von einiger Dauer erfordert. Eine Tätigkeit in der Lehrerfortbildung oder gar in der Ausbildung von Nachwuchslehrern würde voraussichtlich zu ähnlichen Schwierigkeiten führen wie der Schulbetrieb und Herrn Prof. Bömer in Kürze wieder an die Grenze der gesundheitlichen, insbesondere nervlichen Belastbarkeit bringen.“⁵⁵

Am 1.7.1972 wurde Franz Bömer in den Ruhestand versetzt. Es wurde nicht konkretisiert, worin genau die Schwierigkeiten und „Vorkommnisse in der Schule“ bestanden. Möglicherweise hingen diese mit den damals anstehenden Veränderun-

gen zusammen, der vorbereiteten Oberstufenreform und der Integration einer neuen Lehrergeneration. An verschiedenen Stellen, die sich mit der wissenschaftlichen Arbeit Bömers beschäftigen, wurde erwähnt: „Laudationes waren ihm zeitlebens fremd“, wie Reinhard Klein schrieb.⁵⁶ Und der Altphilologe Dr. Paul Drager stellte fest: „Wer mit Bömer näheren Umgang hatte, weiß, daß er mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg hielt und kurzen Prozess machte. Erfreulich klar, mitunter gewürzt durch Ironie und Sarkasmus, sind seine Urteile über Mitforscher.“⁵⁷

Dies kombiniert mit der von Bömer für sich konstatierten „Hypersensibilität“ lassen erahnen, wie schwer der Umgang mit ihm im schulischen „Alltagswahnsinn“ gewesen sein konnte.

Franz Bömer starb am 27.1.2004.

Sein Nachfolger als Herausgeber schrieb einen wertschätzenden Nachruf. Über Bömers Schulleitertätigkeit am Wilhelm-Gymnasium vermerkte Reinhard Klein: „Dort erwarb er sich nicht nur den Ruf eines gestrengen Lehrers und Chefs, sondern setzte es auch durch, daß die zu klein gewordene Schule im Jahre 1964 einen großzügigen Neubau am Alsterufer erhielt.“⁵⁸

Interessant auch, wie Klein die Publikation der Habilitationsschrift Bömers beschrieb: „Daß er mit dieser Zielsetzung nicht zuletzt der ‚Erschließung des germanischen Erbes‘ diene, dessen vordringliche Erforschung von den damaligen Machthabern vorgegeben wurde, beweist die Veröffentlichung dieser Arbeit im Rahmen der Reihe ‚Ahnenerbe‘, der von der nationalsozialistischen Altertumswissenschaft als intellektuelles Aushängeschild ins Leben gerufenen Forschungs- und Publikationsplattform. Bömer hat die realen Machtverhältnisse und ihre ideologische Unterfütterung nicht problematisiert, sondern auf einer deutsch-nationalen Grundeinstellung fußend, als Basis für den eigenen Karriereweg und die eigene wissenschaftliche Tätigkeit, deren Qualität davon unberührt blieb, akzeptiert. Noch im Jahre 1944 erreichte er an der Bonner Universität die Berufung zum außerplanmäßigen Professor.“⁵⁹

Verkürzt wurde auch die Entnazifizierung Bömers dargestellt: „Nach dem Kriege, von der Spruchkammer als minder belastet (und erst später als entlastet) eingestuft, wurde er aus dem Universitätsdienst entlassen und durfte seine akademische Karriere nicht fortsetzen, auch deswegen, weil andere, Mächtigere ihre Haut retten wollten und er nun ohne Rückhalt dastand, wie er zeitlebens mit einer gewissen Bitterkeit empfunden hat.“⁶⁰

Hier wirkte offenbar die von Franz Bömer geschaffene Legende. Dabei verhielt sich Bömers Doktorvater, Prof. Ernst Birkel ihm gegenüber auch bei der Entnazifizierung loyal. Er hatte allerdings die Schwäche Bömers nicht vergessen, sich der SS zuzuwenden, vielleicht aus opportunistischen Gründen.

Auch für die Geschichte des Wilhelm-Gymnasiums wurde die Vita des Franz Bömer freundlich bereinigt. In der 100-Jahre-Festschrift von 1981 wurden einige Reden des damals noch lebenden ehemaligen Oberstudiendirektors Franz Bömer abgedruckt. Im Vorspann wurden seine Berufs- und Lebensdaten benannt: Zwischen „zunächst von 1935–1939 wissenschaftlich tätig in München, Berlin und Bonn“ klafft eine Lücke bis zum nächsten genannten Datum: „1948 wurde er Studienreferendar in Köln“⁶¹

Dafür vermittelte in zwei abgedruckten Reden Bömer einen Einblick in seine Innensicht. 1964 schrieb Bömer: „Ich habe zum Schrecken meiner schulischen Umgebung, insbesondere von Herrn Zinke, wiederholt die Bekenntnisse eines alternenden Mannes dahin formuliert, daß man sein Herz an nichts hängen sollte auf dieser Welt, wenn man es fertig bringe, an keinen Menschen, und was leichter sei, auch keine Institution, auch nicht an eine Schule. Das mag im letzten brutal oder auch egoistisch klingen, weil man so, so bilde ich mir ein, sich am leichtesten von all den Dingen trennen könne, von denen wir ja alle über kurz oder lang doch einmal Abschied nehmen müssen.“⁶²

Interessant auch, wie er den Wert seines Vorgängers im Amte für das Wilhelm-Gymnasium dabei benannte: „Denn als 1945 wieder aufgebaut wurde, da brauchten die Ehemaligen, der Rest des alten Kollegiums und die neue Generation trotz Exils und trotz Fehlens primitivster Hilfsmittel nicht beim Nullpunkt neu anzufangen. Was die Schule, der bloße Name, trotz der äußeren Vernichtung bedeutete, wird nach außen vielleicht am deutlichsten dadurch sichtbar, daß mit Prof. Wilhelm Ax, der damals vom Johanneum kam, nicht ein Mann deswegen die Leitung der Schule übernahm, weil er glücklicherweise kein Parteibuch besessen hatte.“⁶³

Ein Dokument der Hilflosigkeit, mit der neuen Zeit, der antiautoritären Schüler- und Studentenbewegung klar zukommen, wurde in Franz Bömers Abitursprache 1969 deutlich. Man könnte darin aber auch Ansätze von Selbstreflexion gepaart mit Resignation hineininterpretieren. „Als ich, der ich nie Gelegenheit hatte, bei Ihnen längere Zeit zu unterrichten, im vergangenen Frühsommer mit Ihnen im Plenum und mit einzelnen Vertretern Ihrer Klasse über Fragen sprach, die Sie damals mehr beschäftigten als der Unterricht nach Plan, da stellten wir fest, daß Lehrer und Schüler in vielen Dingen durchaus nicht so verschiedener Meinung waren, wie es gewissen Propagandisten in das Konzept ihrer Schwarzweißmalerei gepaßt hätte. Wir stellten fest – und ich sage das nicht, um Ihnen nachträglich die Schule anzubiedern –, daß es über verschiedene Dinge, die Sie besonders bewegten, eigentlich nur eine Ansicht gab, etwa angefangen von der Geschicklichkeit, mit der es führenden Repräsentanten unseres Staates bis in diese Tage immer wieder gelingt, diese Form der Demokratie in weiten Kreisen der Bevölkerung in Mißkredit

zu bringen, bis zu der tollpatschigen und außenpolitisch kurzsichtigen Art, mit der seinerzeit die Notstandsgesetze durchgepeitscht wurden.“⁶⁴

Interessant und interpretationsfähig erscheint Bömers nächste Einlassung: „Sie haben und hatten in ihrer Kritik an der älteren Generation eigentlich noch mehr erreicht, als sie ahnten. Ihnen ist von fast allen Instanzen, die sich dazu befugt glaubten, und von vielen, die dazu nicht befugt waren, immer wieder eingebleut worden, daß alles oder doch nahezu alles, was diese ältere Generation, also wir, getan haben, Kurzsichtigkeit, Idiotie, Nazismus, Kriegsverbrechen, blinder Autoritätsglaube gewesen sei, und das ist Ihnen so oft gesagt worden, daß Ihre Kritik eigentlich nur die Folge dieser Erziehung gewesen ist, von der die etablierte Gesellschaft natürlich wünschte, daß Sie sie zwar übernehmen, aber nicht konsequenterweise auch auf diese Gesellschaft selbst anwenden möchten.“⁶⁵

Erstaunlich finde ich auch Bömer Aussage: „Die Generation vor uns hatte die Chance verpaßt, weil sie im vermeintlichen Jahr Null glaubte, mit kaiserzeitlich-bürgerlichem Denken ihre zerbrochene Welt retten zu können. Unsere Generation hat die Chance, im wirklichen Jahre Null einen neuen Staat und eine neue Gesellschaft aufzubauen, nicht wahrgenommen und mit der Restauration eines spätkapitalistischen Systems und der ihm innewohnenden Korruptheit alle Voraussetzungen für seinen Untergang geschaffen.“⁶⁶

Und biografisch, ohne seine eigenen Verirrungen zu benennen, sagte Franz Bömer:

„Ich möchte Ihnen zeigen, daß es mir sehr ernst ist mit diesen Gedanken und Wünschen, und mit einem Gedanken aus meiner privaten Sphäre schließen. Mein Vater, Jahrgang 1879, starb im Dezember 1945, nachdem im Frühjahr desselben Jahres noch zwei meiner Brüder ums Leben gekommen waren: der eine fiel in Westfalen, der andere wurde im Rheinland von den Amerikanern ermordet. Das hat diesem Mann, der seinen Jahren und oft auch seiner Mentalität nach ins zweite Kaiserreich gehörte, die Lebenskraft genommen. Er war in einer Welt groß geworden, in der Härte eine Art Selbstzweck war, und er war selbst ein harter Mann. Wir glauben heute noch, daß er oft nur schwer zu ertragen war. Was mich angeht, so habe ich es in vielen, ja oft in den entscheidenden Dingen ganz anders gehalten als er. Ich bin aber, vor allem aus dem Abstand von mehr als 20 Jahren gesehen, heute der Überzeugung, daß er, um mich eines Ausdrucks seines Jahrhunderts zu bedienen, ein aufrechter Mann war und daß er das getan hat, was er vor Gott und seinem Gewissen für Recht und richtig hielt. Meine Damen und Herren: Ob das richtig ist, was die Generation unserer Väter tat, was wir tun, was Sie tun und tun werden, das können im Endeffekt weder wir noch Sie wirklich ermessen. Attestieren Sie bitte uns später einmal – nicht heute –, daß wir nach bestem Wissen und Gewissen, wir

als Kinder unserer Zeit und unserer Erziehung gehandelt haben und daß wir nicht unmenschlich waren, – und handeln Sie selbst, bitte, so, daß Sie diese Bitte, wohl verstanden als Bitte, nicht als Forderung, Ihrerseits vor der Generation, die Ihnen folgt, wenn vielleicht auch nicht immer mit ganz blütenweißem, so aber vielleicht doch einigermaßen gutem Gewissen vertreten können. Erziehen Sie, wenn Sie es wollen und können, die nächste Generation zu besseren Demokraten.“⁶⁷

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut seiner Personalakte, StA HH, 361-3_ A 4119
- 2 Siehe Uwe Reimer: Das Johanneum in der Nachkriegszeit. Innenansichten einer Hamburger Traditionsschule, Hamburg 2016, S. 13 und S. 55.
- 3 Ernennungsvermerk Wegners für Senator Prof. Dr. Wenke vom 30.11.1954, Personalakte Bömer a. a. O.
- 4 Ebd.
- 5 Siehe Biografie Wenke in diesem Buch.
- 6 Personalakte Bömer a. a. O.
- 7 Ebd.
- 8 Ebd.
- 9 Ebd.
- 10 Ebd.
- 11 Vermerk von Hans Wegner vom 1.4.1955, Personalakte Bömer a. a. O.
- 12 Vermerk vom 25.5.1955, Personalakte Bömer a. a. O.
- 13 Ernennungsvermerk vom 30.11.1954, Personalakte Bömer a. a. O.
- 14 BArch 4901_24270
- 15 BArch 4901_24270, Bl. 7288
- 16 Ebd., Bl. 7320
- 17 Ebd., Bl. 7343
- 18 Ebd., Bl. 7346
- 19 Ebd., Bl. 7359
- 20 Ebd., Bl. 7364 A
- 21 Ebd., Bl. 7366
- 22 Ebd., Bl. 7370
- 23 BArch Pers 6/229291
- 24 Vorschlag zur Beförderung vom 27.10.1940, Personalakte Bömer a. a. O.
- 25 Ebd.
- 26 Ebd.
- 27 Alle zitierten Schreiben und Dokumente sind der Entnazifizierungsakte Bömer entnommen, soweit nicht anders zitiert, LAV NRW, 30/1545_Ed 125
- 28 Anlage zum Fragebogen, Entnazifizierungsakte Bömer, a. a. O.
- 29 Ebd.
- 30 Gutachten vom 11.9.1945, ebd.
- 31 Ebd.
- 32 Schreiben von Werner Best vom 25.4.1939, BArch NS/21_1083
- 33 Schreiben von Walther Wüst an Franz Bömer vom 21.6.1939, ebd.

- 34 Franz Bömer: Ahnenkult und Ahnenglaube im alten Rom, Leipzig und Berlin 1943. In seinem Vorwort dankt Franz Bömer Walther Wüst auch für dessen Korrekturlesen. In welchem Zusammenhang Franz Bömer sich durch den Kontakt zu Werner Best und Walther Wüst brachte, ist auch nachzulesen in: Michael Kater: Das „Ahnenerbe“ der SS 1935–1945. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte Bd. 6, Oldenbourg 2006 und: Volker Koop: Himmlers Germanenwahn. Die SS-Organisation Ahnenerbe und ihre Verbrechen, Berlin 2012.
- 35 Entnazifizierungsakte Bömer, a. a. O.
- 36 Schreiben Bömers vom 23.2.1947, ebd.
- 37 Ebd.
- 38 Ebd.
- 39 Ernennungsvorschlag von Hans Wegner, Personalakte Bömer, a. a. O.
- 40 Entnazifizierungsbescheid vom 25.11.1947, Entnazifizierungsakte Bömer, a. a. O.
- 41 Überprüfungsausschuss vom 26.8.1948, ebd.
- 42 Bericht des Studienrats Gottfried Rick vom Staatlichen Dreikönigsgymnasium in Köln über den Studienreferendar Dr. Franz Bömer am 15.3.1949, Personalakte Bömer, a. a. O.
- 43 Ebd.
- 44 Bericht vom 29.3.1950, Personalakte Bömer, a. a. O.
- 45 Bericht vom 1.10.1950, Personalakte Bömer, a. a. O.
- 46 Franz Bömer: Gymnasium 1956. Versuch einer Ortsbestimmung, abgedruckt in Wilhelm-Gymnasium Hamburg 1881–1981. Eine Dokumentation über 100 Jahre Wilhelm-Gymnasium, Hamburg 1981, S. 232f.
- 47 Bömer 1956, S. 234.
- 48 Franz Bömer: Wir haben's getragen 20 Jahr. Rückblick auf das Exil, in: Wilhelm-Gymnasium 1981, S. 239f.
- 49 Franz Bömer: in der neuen Umgebung. Neubeginn am Klosterstieg, in: Wilhelm-Gymnasium 1981, S. 246.
- 50 Oswald Heddaeus: Elternratsvorsitz in schwieriger Zeit, in: Wilhelm-Gymnasium 1981, S. 235.
- 51 Siehe die Biografie Alfred Grobmann, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, a. a. O., S. 602ff.
- 52 Dank an Franz Bömer, in: „Gymnasium“ Bd. 107-2000, Vorwort.
- 53 Ebd.
- 54 Schreiben des Personalärztlichen Dienstes vom 5.11.1971, Personalakte Bömer, a. a. O.
- 55 Schreiben vom 13.1.1972, Personalakte Bömer, a. a. O.
- 56 Richard Klein: Franz Bömer †, gnomon 77. Bd. H 2 (2005), S. 191.
- 57 Paul Dräger im Göttinger Forum für Altertumswissenschaft 9 (2006), S. 1178.
- 58 Richard Klein, a. a. O., S. 190.
- 59 Richard Klein, a. a. O., S. 189.
- 60 Richard Klein, a. a. O., S. 190.
- 61 Wilhelm-Gymnasium 1981, S. 232.
- 62 Franz Bömer: Wir haben's getragen 20 Jahr, a. a. O., S. 240.
- 63 Franz Bömer 1964, S. 239.
- 64 Franz Bömer: Aus der Abitursprache 1969, in: Wilhelm-Gymnasium 1981, S. 251.
- 65 Ebd.
- 66 Franz Bömer 1969, S. 252.
- 67 Ebd.

Gerhard Schumacher

„Zum Parteitag war ich nicht und Judenlokale habe ich auch nicht ausgeräumt.“

Bei meiner Arbeitsweise, regelmäßig die Listen der im Staatsarchiv Hamburg aufbereiteten Personalakten aus dem Bildungsbereich nach identifizierten oder potentiellen „Tätern“ durchzusehen, bin ich auf den Namen Dr. Gerhard Schumacher gestoßen. Für mich kein Unbekannter, war er doch der Schulleiter meiner Schülerzeit am Alexander-von-Humboldt-Gymnasium in Hamburg-Harburg.

Als ich mir die Personalakte bestellte, hatte ich nur eine persönliche Neugierde und nicht die Erwartung, auf etwas zu stoßen, was in Richtung NS-Belastung deuten würde. Es kam anders und plötzlich sah ich mich konfrontiert damit, eigene Erfahrungen mit der Lebensbiografie einer Person abzugleichen, die mich zu einem noch größeren Maß zu vorsichtiger und möglichst wenig subjektiver Interpretation verpflichtet.

Gerhard Schumacher wurde am 29.7.1914 in Sagard, Kreis Rügen, geboren. Er besuchte dort die Volksschule und wechselte 1923 auf die Oberrealschule in Bergen (Rügen), wo er am 10.3.1932 die Reifeprüfung bestand.¹


An der Universität Greifswald studierte er anschließend Erdkunde, Mathematik und Chemie und legte dort auch am 23.1.1937 die wissenschaftliche Prüfung ab. Die pädagogische Ausbildung fand am Gymnasium Stralsund und im Bezirksseminar Stettin statt (von 1937 bis 1939). Am 30.6.1938 promovierte Gerhard Schumacher („Klimatologie von Südkorea“), am 18.9.1939 bestand er die pädagogische Prüfung und wurde an der Oberschule der Stadt Stettin Studienassessor, am 1.12.1940 zum Studienrat ernannt.

Am 29.10.1938 hatte Schumacher Gisela Heinze geheiratet, mit der er am 11.6.1943 einen Sohn bekam.²

Soweit, so unspektakulär.

Gerhard Schumacher konnte also seine Lehrerausbildung zu einem Zeitpunkt abschließen, als nicht weit entfernt von Stettin der Krieg begonnen hatte. Ab dem 28.12.1939 wurde Schumacher zum Kriegsdienst eingezogen, zuerst in eine Sanitäts-Ersatzabteilung, dann, wie erschrrieb, aufgrund „seiner meteorologischen Dissertation“³ an das Marineobservatorium Greifswald beordert. Als Offizier war er vom 1.11.1941 bis zum 31.3.1942 an der Wetterwarte auf Kreta tätig, vom 1.7.1942 bis zum 24.8.1944 an den Wetterwarten Cherbourg, Montpellier, Marseille und Toulon.⁴

Hansestadt Hamburg
Schulbehörde
Hamburg 36, Dammtorstraße 25



Personalbogen

Familienname: *Dr. Schumacher*

Vornamen: *Gerhard Ludwig Emil Alfred*
(Rufnamen unterstreichen)

Erstes Blatt der Personalakte Gerhard Schumachers, 1952

Das schien im Vergleich zu Fronteinsätzen ein eher undramatischer „Kriegsdienst“ gewesen zu sein. Wäre Schumacher nicht am 24.8.1944 in französische Kriegsgefangenschaft geraten, die er bis zum 4.7.1947 in Algerien verbrachte.⁵

Was das persönlich für ihn bedeutete, wird in einem Schreiben erkennbar, das Schumacher am 26.7.1947 an den Entnazifizierungsausschuss Lüneburg sandte und dem er den ausgefüllten Entnazifizierungsfragebogen beilegte: „Je früher ich wieder meinen Beruf ausüben kann, umso früher kann ich daran denken, mit meiner Frau und unserem vierjährigen Jungen wieder ein Familienleben zu führen. Meine Frau wohnt in der russischen Zone, unseren Jungen kenne ich noch gar nicht, da ich vor den drei Jahren der Gefangenschaft über ein Jahr keinen Urlaub hatte, wir also über vier Jahre nicht zusammen waren.“⁶

Damit war auch klar, dass Gerhard Schumacher nicht so ohne weiteres als Lehrer in den öffentlichen Dienst gelangen konnte. In Stettin nach dem Krieg ohnehin nicht, aber auch nicht in Deutschland. Schumacher war seit dem 5.5.1933 Mitglied der SA gewesen, in der NSDAP seit 1937, ebenso im NSLB seit derselben Zeit. Das hatte ich in seiner Personalakte gefunden. Als er in Hamburg 1953 zum Beamten auf Lebenszeit vorgeschlagen wurde, gab es im Formblatt unter Punkt vier noch einen Passus: „Frühere Zugehörigkeit zur NSDAP, ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden“. Schumacher war ein sogenannter verdrängter Lehrer und mithilfe des vom Bundestag beschlossenen Art. 131 GG wurde den ehemals NS-Belasteten nach erfolgtem Entnazifizierungsverfahren die Möglichkeit gegeben, in alte Tätigkeiten und Ämter zu kommen.

Aus Gerhard Schumachers Personalakte geht hervor, dass er nach der Kriegsgefangenschaft seit 1947 an dem Landeserziehungsheim Marienau, bei Dahlenburg, gearbeitet hatte. Die Entnazifizierungsakte Schumachers war also im niedersächsischen Staatsarchiv Lüneburg zu finden, und ich rekonstruierte das abgelaufene Verfahren.

Gerhard Schumacher reichte am 26.7.1947 seinen zwölfseitigen Entnazifizierungsfragebogen ein, den der Schulleiter vom Landeserziehungsheim Marienau, Knoop, gegengezeichnet hatte.

Die Entnazifizierung war zu diesem Zeitpunkt bereits in deutscher Regie. Hilfreich für Gerhard Schumacher war auch, dass die Kriegsgefangenschaft von den Ausschüssen als eine Art „erfolgte Buße“ betrachtet wurde. Und auch das von Schumacher geschilderte persönliche Schicksal, seinen vierjährigen Sohn bisher noch nicht gesehen zu haben, verfehlte seine Wirkung nicht.

Sein Hauptargument hingegen entsprach den immer wieder vorgetragenen Schutzbehauptungen in vielen Verfahren: „Im Mai 1933 war ich 18 Jahre alt, ein gemeinsamer Aufruf des Rektors der Universität Greifswald und des zuständigen SA-Standartenführers verpflichtete alle Studenten zum Erscheinen zu einer Versammlung. Dort wurde ich dann mit allen Studenten ‚freiwillig‘ in die SA aufgenommen. Da ich mich bald vom Greifswalder Sturm in meinen Heimatort überweisen ließ, um ein Studium baldmöglichst zu beenden (zwei jüngere Geschwister mit Studiumsabsicht), machte ich kaum noch SA-Dienst und wurde deshalb auch nie befördert, mein Dienstgrad blieb bis zum Ende SA-Mann. Nach vierjähriger Mitgliedschaft wurde ich dann am 1.5.1937 in die NSDAP aufgenommen. Auch hier habe ich mich nie betätigt und bekleidete nie ein Amt.“⁷

Der damalige Rektor der Universität Greifswald, Prof. Wilhelm Meisner, Augenheilkundler, war vor 1933 Mitglied der DVP gewesen und trat 1934 in die SA ein und 1937 in die NSDAP. Dass er im Mai 1933 alle Studenten verpflichtete, in die SA einzutreten, darf bezweifelt werden, aber welcher Entnazifizierungsausschuss sollte das 1947 nachprüfen können.⁸

Schumacher legte als „Persilschein“ die eidesstattliche Erklärung eines Militärpfarrers bei, den er in der Zeit vor der Invasion der Alliierten in Frankreich kennengelernt hatte. Kaplan Arnold Mente hatte erklärt:

„Von Herbst 1943 bis Mitte August 1944 war ich mit Herrn Dr. Gerhard Schumacher in Toulon zusammen; er war Leiter der Marine-Wetterdienststelle, ich Marinekriegspfarrer. Wir hatten unsere Zimmer in demselben Hause und besuchten uns häufig. Herr Dr. Schumacher war neben dem evangelischen Marinekriegspfarrer der einzige Offizier, mit dem ich über politische Dinge damals offen gesprochen habe. Ich ging derartigen Gesprächen sonst aus dem Wege, weil ich meinen Dienst als Seelsorger tat, aber auch deshalb, weil ich mich sehr mit politischen Äußerungen vorsehen mußte; denn ich war von der Gestapo früher einmal verhaftet worden und hatte mit ihr und dem NS-System mehrere feindliche Begegnungen gehabt.

Herr Dr. Schumacher war ein entschiedener Gegner des NS; für jeden Angehörigen des Offiziers-Casinos, der nur etwas zuhörte, mußte das ohne weiteres

spürbar sein. – In unserer Unterhaltung sprach Herr Schumacher häufig über die unerträgliche Zwangsjacke des Systems, über die unsinnige n.s. Politik, die verbrecherische Kriegsführung, auch über das anmaßende Benehmen der meisten aktiven Offiziere. Er drückte sein tiefstes Bedauern aus über das Fehlgehen des Anschlages auf Hitler am 20. Juli 1944. Ich schätze Herrn Dr. Schumacher als einen fähigen, zuverlässigen und in der Behandlung der ihm Untergebenen pädagogisch treffsicheren Menschen; wir wurden Freunde trotz unserer ganz verschiedenen religiösen Ausgangspunkte, nicht zuletzt wegen unserer gleichgerichteten politischen Ansichten.“⁹

Die Aussage des Militärfarrers soll nicht geschmälert werden. Aber Ende 1943 und 1944 glaubten nur noch verbohrt, fanatische Nationalsozialisten, an den „Endsieg“, denen der Wahnsinn des Krieges, in die der Nationalsozialismus Deutschland geführt hatte, nicht zu denken gab.

Einfach und schnell ging es trotzdem nicht für Gerhard Schumacher. Am 19.11.1948 entschied der Entnazifizierungs-Spruchausschuss für höhere Verwaltungsbeamte in Lüneburg und ordnete Schumacher in Kategorie IV ein: „Der Betroffene hat den Nationalsozialismus unterstützt.“¹⁰

Begründung: „Der Betroffene gehörte der SA von 1933 und der NSDAP von 1937 an. Ämter hat er nicht inne gehabt. Den Nationalsozialismus hat der Betroffene unterstützt, ohne dass eine wesentliche Förderung vorliegt.“¹¹

Ein halbes Jahr später, am 28.6.1949, fand vor dem Entnazifizierungs-Hauptausschuss in Lüneburg unter Vorsitz des Landgerichtsrates Skrodzki eine öffentliche Sitzung statt. Zur Sache wurde Gerhard Schumacher vernommen: „Ich fing 1932 an zu studieren und war 1933 in meinem dritten Semester. Wir mussten alle zusammen Wehrsport treiben. Nach Aufruf des Rektors der Universität Greifswald und des zuständigen SA-Standartenführers wurden alle Studenten zum Erscheinen zu einer Versammlung verpflichtet. Hier wurde ich dann mit allen Studenten in die SA aufgenommen. Uniform habe ich getragen und an Versammlungen teilgenommen. Zum Parteitag war ich nicht und Judenlokale habe ich auch nicht ausgeräumt. Wir waren ein reiner Studentensturm. In die Partei bin ich 1937 eingetreten. Wahrscheinlich habe ich nicht den Mut gehabt, den Eintritt abzulehnen.“¹²

Hier räumte Schumacher zumindest ein, nicht lediglich kollektiv in die NSDAP überführt worden zu sein. Angepasstes Verhalten wäre auch für die SA-Mitgliedschaft, die bis Kriegsende bestand, eine plausiblere Erklärung, als die „Zwangsmitgliedschaft“ der gesamten Greifswalder Studentenschaft in der SA.

Die Entscheidung des Ausschusses erfolgte am selben Tag. Schumacher wurde in Kategorie V eingruppiert. Begründung: „Der am 29.7.1914 geborene Betroffene ist von Beruf Studienrat. Er war Teilnehmer des Weltkrieges bis zum Zusammenbruch und als Meteorologe beschäftigt. Er ist 1933 der SA beigetreten, wie

er glaubhaft angibt als Student auf Druck der Universitätsbehörde und des SA-Standartenführer. Die Aufnahme erfolgte für die Studenten allgemein. An Parteitaggen hat der Betroffene nicht teilgenommen und sich auch nicht, wie er glaubhaft angibt, an Exzessen der SA beteiligt. Er ist dann auch noch 1937 in die NSDAP eingetreten. Er gibt an, nicht den Mut gefunden zu haben, seinen Eintritt abzulehnen. Die von ihm eingereichten Leumundszeugnisse bescheinigen ihm, dass er nach seiner inneren Denkungsart ein Gegner des Nationalsozialismus gewesen ist. Bei dieser Sachlage bestanden keine Bedenken, ihn in Gruppe V als entlastet einzustufen.“¹³

Dieses Verfahren war schon bemerkenswert. Keine Zeugen, die Schumacher in der Zeit ab 1933 kannten. Keine Recherchen, was die Angaben über den „Kollektiveintritt“ in die SA aller Studenten an der Universität Greifswald betraf.

Die Angabe von Gerhard Schumacher in seinem Schreiben vom 26.7.1947, dass nach „Rücksprache mit dem Schulleiter des Johanneums in Lüneburg und des dortigen Studienrates Dr. Matthaei“¹⁴ die Möglichkeit bestünde, dort eingestellt werden zu können, realisierte sich nicht. Schumacher blieb bis zum 31.3.1952 in Marienau. Von dem dortigen Schulleiter, der schon seinen Entnazifizierungsfragebogen als Zeuge gegengezeichnet hatte, und den er möglicherweise aus einem Kontext von früher kannte, erhielt er eine vorzügliche Beurteilung:

„Der Studienrat Dr. Gerhard Schumacher, verdrängter Beamter auf Lebenszeit aus Stettin, war vom 1.8.1947 bis 31.3.1952 als Lehrer und Erzieher bei uns tätig. Er unterrichtete auf allen Klassenstufen in folgenden Fächern: Mathematik, Erdkunde, Chemie, auf der Unter- und Mittelstufe auch Englisch. Wie die anderen Mitglieder des Kollegiums war er auch in der Heimerziehung tätig: als ‚Hausvater‘ bei den mittleren Jahrgängen, als ‚Gruppenvater‘ bei der besonderen Betreuung einer kleineren Gruppe von Kindern; auch war er Verwalter des erdkundlichen Lehrmittelzimmers.

Besonders verdient gemacht hat er sich als Helfer des Leiters in allen organisatorischen Fragen, so bei der Stunden- und Tagesplanaufstellung, der Unterrichtsverteilung und bei der Kontrolle der täglichen Kleinarbeit. Hier hat sich seine unbedingte Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Gewissenhaftigkeit aufs Beste bewährt. Er war auch bei den Kollegen und allen Schülern als hervorragender Lehrer geschätzt. Seine humorvolle und dabei sachlich nüchterne Art, die Dinge mit Entschiedenheit anzupacken, hat ihm von Anfang an Achtung und Autorität verschafft.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass auch seine Ehefrau Dr. Gisela Schumacher als Lehrerin und Erzieherin im Heim an seiner Seite und in seinem Sinne tätig war. Marienau ist beiden für ihre jahrelange treue Mitarbeit zu großem Dank verpflichtet.“¹⁵

Dieses Schreiben war vom Personalreferenten für die höheren Schulen der Hamburger Schulbehörde, Dr. Hans Reimers abgezeichnet worden. Reimers, selbst NS-belastet, hatte manchen Weg für ähnlich Betroffene in die Hamburger Gymnasien geebnet.

OSR Reimers wandte sich am 23.7.1951 an den Lehrerbetriebsrat und bat um Zustimmung für die Einstellung Schumachers, der die nachgefragten Fächer Mathematik und Chemie unterrichten konnte.¹⁶

Der Betriebsrat stimmte am 8.8.1951 zu.¹⁷ Realisiert wurde die Einstellung Schumachers zum 1.4.1952 mit einem Angestellten-Sonderdienstvertrag. Und ein Jahr später erfolgte bereits die Wiederverbeamtung. Begründung: „Dr. Schumacher besitzt ein natürliches Lehrgeschick, das ihn zu erfolgreicher und lobenswerter Arbeit befähigt. Sein Unterricht ist lebhaft, dabei aber zielstrebig und gut aufgebaut. Seine Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit wird befürwortet.“¹⁸

Dies alles könnte man mit einem erheblichen Lehrermangel in Hamburg erklären. Beim nächsten Schritt wäre das schon schwieriger. Gäbe es da nicht eine Auffälligkeit. 1955/56 wurden einige Leitungsstellen an Hamburger Gymnasien mit NS-Belasteten besetzt, die aus anderen Bundesländern kamen. Die ehemaligen SA-Leute Prof. Oppermann (Johanneum), Prof. Bömer (Wilhelm-Gymnasium) und hier Dr. Schumacher am neu gegründeten Gymnasium in Wilstorf wurden zu Schulleitern berufen.¹⁹

Es ist schon bemerkenswert, dass auch der Personalreferent für diese Schulen, Dr. Hans Reimers, belastetes SA-Mitglied gewesen war und auch der neue Schulsenator, Prof. Hans Wenke, später wegen seiner NS-Vergangenheit in die Schlagzeilen geriet. Es war die Zeit des Hamburg-Blocks von 1953 bis 1957, in denen diese Weichen gestellt wurden.²⁰

Schon nach drei Jahren als Studienrat im Hamburger Schulwesen wurde Schumacher also am 24.3.1956 mit der kommissarischen Leitung der neu gegründeten Wissenschaftlichen Oberschule in Wilstorf (Harburg) beauftragt.²¹

OSR Möckelmann schrieb zur endgültigen Bestellung Schumachers am 8.1.1958: „Studienrat Dr. Gerhard Schumacher ist seit zwei Jahren kommissarischer Schulleiter des Gymnasiums Harburg-Wilstorf. Er hat die auf ihn gesetzten Hoffnungen voll erfüllt. Die vielen baulichen und personellen Schwierigkeiten der neuen Schule, die Ostern 1959 bereits auf 16–17 Klassen anwachsen wird, hat er mit geschickter Hand gemeistert. Das Kollegium hat ihm am 6. Januar 1958 einstimmig das volle Vertrauen ausgesprochen. Aufgeschlossen für die Nöte seiner Jungen und ihrer Eltern, konziliant im verhandeln, aber bestimmt in seinen sachlichen Forderungen besitzt er die Autorität, die einer Bestätigung durch äußerliche Maßnahmen stets entbehren kann.“²²

Beurteilung des Stud.Rats Dr. Gerhard Schumacher

Stud.Rat Dr. Gerhard Schumacher ist seit 2 Jahren kommissarischer Schulleiter des Gymnasiums Harburg-Wilstorf. Er hat die auf ihn gesetzten Hoffnungen voll erfüllt. Die vielen baulichen und personellen Schwierigkeiten der neuen Schule, die Ostern 1959 bereits auf 16 - 17 Klassen anwachsen wird, hat er mit geschickter Hand gemeistert. Das Kollegium hat ihm am 6. Januar 1958 einstimmig das volle Vertrauen ausgesprochen. Aufgeschlossen für die Nöte seiner Jungen und ihrer Eltern, konziliant im Verhandeln, aber bestimmt in seinen sachlichen Forderungen besitzt er die Autorität, die einer Bestätigung durch äußerliche Maßnahmen stets entbehren kann.

Beglaubigt

Römel
(Römel)

Regierungsinspektorin

gez. Möckelmann
Oberschulrat

Beurteilung Gerhard Schumachers, 1958

Die ersten Zeiten der neu gegründeten Schule noch am Standort des Friedrich-Ebert-Gymnasiums in Harburg waren Improvisation, wie Willi Mohaupt, ein Gründungsmitglied des Kollegiums schrieb: „Wir besetzten im Haus fünf Klassenräume und einen Raum für Lehrer und Schulleiter. Dieser Raum wurde durch Schränke zweigeteilt, hinten residierte der Schulleiter, vorn war das Lehrerzimmer. In den nächsten Wochen wurden wir mehrfach gebeten, das Lehrerzimmer zu verlassen, weil der ‚Chef‘, wie wir sagten, mit der Behörde telefonierte, was wir nicht hören sollten.“²³

Der „Chef“ war bald überfordert bei den Veränderungen der 1960er-Jahre. Der ehemalige stellvertretende Schulleiter und spätere Oberschulrat auch für das nach Alexander von Humboldt benannte Gymnasium in Wilstorf, Gerhard Nöthlich, schrieb: „Zwar blieb das Schulwesen der 50er und frühen 60er Jahre in seinem Aufbau und seiner Gliederung, auch in der pädagogischen Ausrichtung und im Fächerkanon der Tradition verbunden, aber in Gestalt etlicher damals junger Kollegen zog ein durchaus anderer Geist in jene Schule ein, um die es hier geht. Jene jüngeren wurden während der Aufbaujahre dann auch von den älteren, die Traditionen fortzusetzen trachteten, als ‚zornige junge Männer‘ betrachtet, frei nach den ‚angry young men‘, die in den 50er Jahren das englische Drama bereicherten.“²⁴

Und, diplomatisch, wie man sich in Festschriften äußert, ergänzte er:

„1968/1969 – in den Jahren der Studenten- und Schülerunruhen, als man ‚keinem über 30 traute‘, als ‚der Muff unter Talaren‘ gelüftet werden sollte, als man ‚mehr Demokratie wagen‘ wollte: Das Alexander-von-Humboldt-Gymnasium hat

die Zeiten der Unruhen in vergleichsweise idyllischer Ruhe verbracht. Der Schulleiter jener Jahre verdankt den kaum getrübbten Fortgang der Dinge ein paar Lehrern, die Dialoge mit immer kritischer werdenden Schülern führen wollten und konnten.“²⁵

Zum Glück für Schulleiter Schumacher, denn im Vergleich zu anderen Gymnasien, an denen solche Pädagogen nicht vermitteln konnten, „blieben ,dem Chef‘ Verbalinjurien (...) erspart, ohne dass er so recht wusste, wie ihm geschah oder nicht geschah“.²⁶

1970 feierten die „Harburger Anzeigen und Nachrichten“ (HAN) dieses Gymnasium und ihren Direktor: „Eine moderne Schule ohne Krach und Krawall.“²⁷ Da erklärte Direktor Dr. Schumacher: „Wir erledigen Meinungsverschiedenheiten in sachlicher Diskussion.“ Und die HAN testierte: „Dieses Rezept hat bis heute funktioniert.“²⁸

Gefeiert wurde in dem Artikel auch die seit 1969 praktizierte Oberstufenreform. Und auch da war Dr. Gerhard Schumacher nun wirklich kein Wegbereiter.

In diesem Zusammenhang nun einige persönliche Reminiszenzen:

Ich war 1967 Schulsprecher an dieser Schule, ein Jahr später Bezirksschulsprecher in Harburg. Meine Erinnerung deckt sich mit dem, was Gerhard Nöthlich beschrieb.

1967 bekamen zwei Schüler das Abiturzeugnis auf der offiziellen Feier nicht ausgehändigt, weil sie keine Krawatte trugen, sondern einen Rollkragenpullover unter dem Jackett. Die Initiativen für eine veränderte Oberstufe nach dem Modell der Halepaghen-Schule in Buxtehude, an der einer der genannten jüngeren Lehrer des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums etwas später Schulleiter geworden war, hatte ich im Bezirks-Schülerparlament initiiert und organisiert. Angesprochen dafür hatte ich den späteren Nachfolger von Gerhard Schumacher, der als Verbindungslehrer im Bezirks-Schülerparlament fungierte. Der „Chef“ war nicht an Veränderung, sondern an formaler Ordnung interessiert. Er ging in den 1960er-Jahren durch die Flure und prüfte, ob bei Oberstufenschülern die Haare auf und über den Ohren standen: „Mal wieder zum Friseur!“

Richtig wütend und panisch wurde der Direktor, als der neue Landesschulrat, Wolfgang Neckel, durch alle Hamburger Bezirke gehend, in einer größeren Veranstaltung seine schulpolitischen Vorstellungen in dem Saal der Friedrich-Ebert-Halle zur Diskussion stellte. Ich hatte mich als Schulsprecher zu Wort gemeldet und erklärt, dass davon einiges am Alexander-von-Humboldt-Gymnasium noch nicht angekommen wäre. Am nächsten Tag suchte mich Dr. Schumacher auf und erklärte völlig aufgebracht, er hätte von meinem Beitrag gehört, das würde in einem Punkte überhaupt nicht stimmen und ich müsste augenblicklich den Landesschulrat



Gerhard Schumacher, der „Chef“, 1970

anrufen, das Gesagte zurücknehmen. Er nötigte mich in das Hausmeisterbüro, wählte den Anschluss des Landesschulrates in der Behörde, gab mir den Hörer und blieb neben mir stehen. Wolfgang Neckel war nicht in seinem Büro. Schumacher suchte die Privatnummer von Neckel heraus, wählte, gab mir den Hörer und ich musste Frau Neckel erklären, dass in Harburg wohl etwas missverständlich gewesen wäre.

Noch größer war die Aufregung, als das Hamburger Schülerparlament und auch das Harburger Bezirks-Schülerparlament dazu aufriefen, dass sich Schülerinnen und Schüler aus Hamburg und Harburg am Sternmarsch in Bonn gegen die Notstandsgesetze am 11.5.1968 beteiligen sollten. Dieser Sternmarsch fand an einem Sonnabend statt, an dem zu diesem Zeitpunkt in Hamburg noch regelhaft Schule war. Die Hamburger Schulbehörde verbot die Teilnahme, Direktor Schumacher gab dieses nachdrücklich weiter, kündigte Konsequenzen an bei Zuwiderhandlung. Von Relegation von der Schule, Verweisen und der Nichterteilung des Abiturzeugnisses war die Rede. Auch so konnte „Krach und Krawall“ vermieden werden. Am Ende war ich der einzige Schüler vom Alexander-von-Humboldt-Gymnasium, eine Schülerin vom Mädchengymnasium „Am Soldatenfriedhof“ und fünf Schüler vom Friedrich-Ebert-Gymnasium, die zusammen nach Bonn fuhren. Passiert ist danach nichts, ich glaube, dass nicht einmal die vier unentschuldig versäumten Unterrichtsstunden im Zeugnis vermerkt wurden. Aber die Androhungen hatten ja ihren Erfolg gehabt. Wie hieß es in der HAN: „Lehrer, Schüler und Eltern exerzieren vor, daß eine Schule modern sein kann ohne Krawall und ohne Krach. Dass kultivierte Menschen sich im sachlichen Gespräch auseinander- oder, besser, zusammensetzen können.“²⁹

Das zumindest hatte der Schulleiter Gerhard Schumacher nicht verhindern können.

Gerhard Schumacher starb am 12.1.1976.³⁰

Anmerkungen

- 1 Personalakte Schumacher, StA HH, 361-3_65223, Ablieferung 2006.
- 2 Alle Daten laut Personalakte a. a. O.
- 3 Entnazifizierungsakte Schumacher, Niedersächsisches Staatsarchiv, 171 Lüneburg, Nr. 40104

- 4 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 5 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 6 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 7 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 8 Siehe zu Professor Wilhelm Meisner: Michael Grüttner: Biografisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, Heidelberg 2004, S. 116f.
- 9 Erklärung vom 12.7.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 10 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 11 Ebd.
- 12 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 13 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 14 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 15 Personalakte a. a. O.
- 16 Personalakte a. a. O.
- 17 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 18 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 19 Siehe die Biografie Bömer in diesem Buch.
- 20 Siehe die Biografien Reimers und Wenke in diesem Buch.
- 21 Personalakte a. a. O.
- 22 Personalakte a. a. O.
- 23 Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums, Hamburg 2006, S. 21.
- 24 Festschrift 2006, S. 22.
- 25 Festschrift 2006, S. 23.
- 26 Ebd.
- 27 Festschrift 2006, S. 56f.
- 28 Festschrift 2006, S. 56.
- 29 Festschrift 2006, S. 57.
- 30 Personalakte a. a. O.

Ingrid Möller

„Mit der Gläubigkeit der Jugend gab sie sich den Idealen des Nazismus, wie sie ihnen so überzeugend gepredigt wurden, hin.“

Ein ungewöhnlicher Fall ist die Geschichte von Ingrid Möller, die, Jahrgang 1920, in Hamburg zur Schule ging, nach kurzem Studium die erste Lehrerprüfung ablegte und dann bis Ende April 1945 als BDM-Führerin tätig war, zum Schluss als Bannmädführerin. Nach dem Krieg war sie deswegen fast ein Jahr im Lager Staumühle bei Paderborn interniert. Danach versuchte sie in den Hamburger Schuldienst zu kommen. Das gelang erst 1949, die Lehrerausbildung musste noch beendet werden. Nach erstaunlich kurzer Zeit wurde Ingrid Möller 1957 zur Schulleiterin der Schule Schanzenstraße 105 berufen und löste dort die gerade pensionierte Emma Lange ab, die in der NS-Zeit im NSLB-Hamburg Gausachbearbeiterin für Mädchenerziehung gewesen war. Eine merkwürdige Staffelübergabe.

Ingrid Möller wurde am 12.4.1920 in Altona geboren. Sie besuchte dort von 1926 bis 1930 die Grundschule der 5. Mädchen-Volksschule, wechselte danach bis 1936 auf das Oberlyzeum Altona, um dann, nach eigenen Angaben, an der Frauenschule Altona 1938 die Reifeprüfung abzulegen.¹ In der allgemeinen Beurteilung im Reifezeugnis wurde ihr bescheinigt: „Frl. M. ist gesund und körperlich leistungsfähig. Ihr klares und sicheres Urteil, ihr ernstes zielbewusstes Streben, so wie ihr überzeugtes und als Klassenführer tatkräftiges Eintreten für die Gemeinschaft machten Frl. M. zu einem persönlich und charakterlich wertvollen Menschen.“²

Danach absolvierte sie das sogenannte Pflichtjahr für Mädchen bei einer kinderreichen Familie in Blankenese, wo sie mit Hausarbeit und Kinderbetreuung beschäftigt war.³

In ihrer Entnazifizierungsakte gab sie an, von April 1939 bis zum 2. Oktober 1940 an der Hansestadt Hochschule für Lehrerbildung studiert und dieses erstaunlich kurze Studium am 2.10.1940 mit der ersten Prüfung für das Lehramt an Volksschulen mit „gut“ bestanden zu haben.⁴

Die Rektorin der Volksschule für Mädchen, Lucienstraße 3, Elise Kiesbye, schrieb in einem Leumundsschreiben 1947:

„Fräulein Ingrid Möller ist mir von ihrer frühesten Kindheit her bekannt. Da ihre Eltern meine Wohnungsnachbarn waren, habe ich ihre Entwicklung aus nächster Nähe verfolgen können. Sie war stets ein gutgeartetes, wohlgezogenes Kind. Mit der Gläubigkeit der Jugend gab sie sich den Idealen des Nazismus wie sie ihnen so überzeugend gepredigt wurden, hin und hegte bald den lebhaften Wunsch, in

der BDM-Arbeit die Verwirklichung dieser Ideale vorbereiten zu helfen. Insbesondere lockte sie die soziale Seite der Arbeit und als Führerin bemühte sie sich vor allem um das verstehende Helfen von Mensch zu Mensch. Als Hauptringführerin zeigte sie viel Verständnis für die Notwendigkeiten der Schulen und arbeitete mit diesen freundlich zusammen. Ihre Gesamthaltung wurde stets von ruhiger Sachlichkeit, zu keiner Zeit von Fanatismus bestimmt.“⁵

Dieser „Persilschein“ von Elise Kiesbye spielte im Entnazifizierungsverfahren eine größere, für Ingrid Möller entscheidende, positive Rolle. Es wird noch genauer darauf einzugehen sein.

Erst einmal entschied sich Ingrid Möller gegen die weitere Arbeit und Ausbildung als Lehrerin in der Schule. Sie wandte sich der hauptamtlichen Arbeit im BDM zu und machte dort Schritt für Schritt Karriere. Sie wurde Jungmädels-Gruppenführerin, dann Hauptringführerin im Bann Altona des BDM. In dieser Funktion kommunizierte sie auch mit den Altonaer Mädchen-Schulen, da es an jeder dieser Schulen Vertrauenslehrerinnen für den BDM gab. In einem Schreiben vom 20.3.1942 bat sie alle Vertrauenslehrerinnen in Altona, einen Fragenkatalog auszufüllen, damit „wir einen Überblick über die zur Zeit vorhandenen Vertrauenslehrerinnen gewinnen“.⁶

Anschließend wurde Ingrid Möller nach Wilhelmshaven versetzt, danach nach Bremen-Lesum. Sie avancierte am „Führergeburtstag“, am 20.4.1944, zur Bannmädelführerin und war zentral als Leiterin von Lehrgängen des BDM-Werks „Glaube und Schönheit“ tätig.⁷

An dieser Stelle erscheint es sinnvoll, ein paar Informationen über den Bund Deutscher Mädel in der Hitlerjugend zu geben. Gisela Miller-Kipp schrieb:

„Der BDM war der Teilverband der weiblichen Jugend in der ‚Hitler-Jugend‘ (HJ), der staatlichen Jugendorganisation des ‚Dritten Reiches‘. Der Mitgliederstärke nach war der BDM deren zweite Hälfte – im BDM waren knapp 4 Millionen Kinder und Jugendliche organisiert, in der HJ waren es insgesamt 8,7 Millionen. (Stichtag: 20.4.1939). Zu seiner Zeit weltweit einzigartig, bot der BDM erstmals einer ganzen weiblichen Jugendgeneration in Deutschland an, ein eigenes selbstbestimmtes Jugendleben außerhalb von Elternhaus und Schule zu führen und sich an Staat und Gesellschaft aktiv zu beteiligen. Historisch-funktional gesehen war der BDM im Herrschaftssystem des Dritten Reiches freilich eine Institution zur Erfassung, zur politischen Kontrolle und gesellschaftlichen Lenkung der weiblichen Jugend. Durch den BDM gelang es, sie zum großen Teil an den ‚Führerstaat‘ zu binden.“⁸

Miller-Kipp beschrieb auch, wie der Eintritt in den BDM stattfand:

„Mitglied wurde man nach der ‚Meldung‘ zum BDM bei der örtlichen HJ-Stelle durch eine feierliche Aufnahme in den ‚Bund‘. Diese Aufnahme erfolgte seit 1936

jeweils für den kompletten Jahrgang der dann 10-jährigen zum ‚Führergeburtstag‘ am 20. April. Sie wurde im ganzen ‚Reich‘ gefeiert, die zentrale Festveranstaltung auf der Marienburg in Königsberg wurde landesweit im Rundfunk übertragen. Die neuen Mitglieder trugen zum ersten Mal – stolz, wie die meisten sich erinnern – ihre Uniform. Nach halbjähriger Probezeit wurde man im Herbst desselben Jahres endgültig und wiederum feierlich in den BDM aufgenommen. Dort blieb man acht Jahre lang bis zum vollendeten 18. Lebensjahr. Nach der ‚Entlassung‘ aus dem BDM bot sich als Anschlussorganisation das ‚BDM-Werk Glaube und Schönheit‘ an. Es war 1938 für die 17- bis 21-jährige weibliche Jugend gegründet worden und organisierte Arbeitsgemeinschaften auf den Gebieten Sport/Gymnastik, Hauswirtschaft, Gesundheit und Kultur. Die Mitgliedschaft war freiwillig, wurde offiziell aber gern als reguläre ‚Überführung‘ und Pflichtveranstaltung hingestellt. Nicht einmal die Hälfte der BDM-Mitglieder scheint davon Gebrauch gemacht zu haben.“

Gisela Miller-Kipp beschrieb auch genauer, woraus die BDM-Aktivitäten bestanden und welchen Effekt sie hatten:

„Dies Gefühl der persönlichen Verbundenheit ergab sich neben dem beschriebenen Führungsaufbau aus der jugendspezifischen Praxis des BDM. Sie hieß ‚Dienst‘, kam als Erlebnisangebot daher und stellte für die weibliche Jugend eine sozial, kulturell und emotional attraktive gesellschaftliche Offerte dar. Sie bestand aus einer ununterbrochenen Kette von gemeinschaftlichen Aktivitäten in drei Kategorien: Formaldienst, Freizeitaktivitäten und gesellschaftliche Dienste im engeren Sinne von Dienstleistung. Die für die skizzierte Mentalitätsbildung wichtigsten und einprägsamsten Ereignisse waren die Feste und Feierlichkeiten im Rhythmus des sogenannten ‚Feierjahres‘ des ‚Dritten Reiches‘, die Ausflüge und Fahrten, dabei Singen und Gesang und Lagerfeuerromantik, dann der Sport, dieser freilich nicht mehr so einhellig wie die zuvor genannten Aktivitäten. Das Sportprogramm im BDM war in Umfang und Art für die weibliche Jugend seinerzeit neu. Es propagierte das sportlich-natürliche, das gesunde und tatkräftige (!) Deutsche Mädel und wurde größtenteils im Freien absolviert. Das lag nicht jeder, abgesehen davon, dass Unsportlichen Sport nie liegt, und wurde auch von manchen Eltern missfällig angesehen; dazu saß auch die Sportbekleidung nach damaliger Ansicht recht knapp. Für den Sport gab es wöchentlich einen Sportnachmittag, außerdem wurde jährlich ein großer ‚Reichssportwettkampf‘ organisiert.

In der Kette der Ereignisse und Veranstaltungen, die das BDM-Jugend-Kollektiv zusammenspannte, sind zu nennen: der ebenfalls wöchentliche ‚Heimatabend‘, die ‚kleine Fahrt‘ im Sommer und das jährliche ‚Jugendlager‘. Dazu kamen übers Jahr verteilt gesellschaftliche Einsätze wie Erntehilfe, volkswirtschaftliche und karitative Sammlungen, soziale Hilfsdienste sowie ‚kulturelle Einsätze‘. Mit dieser

Kette von Aktivitäten war die BDM-Jugend zum einen durch Dienstleistung in das gesellschaftliche Leben des ‚Dritten Reiches‘ integriert, zum anderen durch Feiern in die ‚Volksgemeinschaft‘ eingebunden. So empfand sich dann jedes BDM-Mitglied zugleich als Mitglied einer einzigen dem ‚Führer‘ und Deutschland dienenden Jugendgemeinschaft und als Mitglied der großen deutschen Volksgemeinschaft.“⁹

Die Reichsreferentin des BDM von 1937 bis April 1945, Dr. Jutta Rüdiger¹⁰, hatte im rechtsradikalen Askania-Verlag, der nach Ende der Nazizeit darauf spezialisiert war, Erinnerungen ehemaliger Nationalsozialisten und Rechtfertigungsschriften zu veröffentlichen, 1983 das Buch „Die Hitler-Jugend und ihr Selbstverständnis im Spiegel ihrer Aufgabengebiete“ veröffentlicht und ein Jahr später „Der Bund Deutscher Mädels. Eine Richtigstellung“. Jutta Rüdiger war die höchste BDM-Führerin der Reichsjugendführung in Berlin gewesen und leitete ab 1942 auch die BDM-Organisation „Glaube und Schönheit“, für die Ingrid Möller tätig gewesen war. Jenseits aller Beschönigung und Rechtfertigung gibt insbesondere das erste Buch einen materialreichen Einblick in die Arbeit und die Struktur der Hitlerjugend und des BDM.¹¹

Ingrid Möller war am 20.4.1944 24 Jahre alt, als sie zur Bannmädelführerin befördert wurde, damit befand sie sich auf der sechsten Hierarchieebene des BDM, im Ranggefüge mit der Wehrmacht verglichen rangierte sie auf der Stufe eines Oberst. Um diese Funktion zu erlangen, hatte sie ein langes Auslese- und Ausbildungsverfahren durchlaufen. Zur Auslese der Führerinnen schrieb Jutta Rüdiger:

„Charakter und Leistung, kein totes Wissen, sondern Bildung und eine vorbildliche Haltung sollten die Führungspersönlichkeit auszeichnen. Die Hitler-Jugend entschied sich deshalb dafür, die Jugendlichen, die sich bereits in den unteren Einheiten bewährt hatten oder durch Unternehmungsgeist, Durchsetzungsvermögen und vor allem durch eine vorbildliche Haltung aufgefallen waren, auszuwählen, um sie weiterzubilden und zu fördern.“¹²

Nach Rüdiger hatte Ingrid Möller in ihren Funktionen als BDM-Führerin mindestens alle zwei Jahre eine Ausbildung in den Führerinnenschulen erhalten, darüber hinaus drei Wochen in der Reichsführerinnenschule in Potsdam. „Die Schulung bestand in: Leibeserziehung (bei den Mädelführerinnen vorwiegend Gymnastik, bei den Führern unter anderem Wehrsport), weltanschaulicher Schulung, Kulturarbeit (Singen, Werken, Laienspiel, Brauchtumsarbeit), ferner in dem Besuch von Theater, Konzerten, Ausstellungen, Dichterlesungen. Ergänzend wurden Vorträge gehalten und Arbeitsgemeinschaften über die verschiedenen Arbeitsgebiete gebildet, zum Beispiel über die Gesundheitsführung, besonders über Fragen der körperlichen und seelischen Entwicklung des Jugendlichen und der sich daraus für die

Führung ergebenden Konsequenzen: über die Zusammenarbeit mit den Eltern, der Schule, den Berufsständen; für die Mädelführung zusätzlich über Wohnkultur und über geschmackvolles Kleiden – einschließlich Modevorführungen“.¹³ Diese Beschreibung hatte verharmlosenden Charakter und klang fast nach Erzieher- und Lehrerausbildung. Sie muss ergänzt werden, durch das, was Jutta Rüdiger zum Thema weltanschauliche Schulung schrieb:

„Die Einheit nationalsozialistischen Denkens muß immer klar in all unserer Schulungsarbeit herausgestellt werden. Gedanken von Rasse und Volk, Blut und Boden sind die Kerngedanken, die als letzte Erkenntnisse und Bekenntnisse unseres Glaubens unser ganzes Volk durchdringen. Diese Totalität unserer Weltanschauung müssen wir sehen. Für unsere Schulungsarbeit bedeutet das: Nicht die Fülle sämtlicher Lebensbereiche müssen wir behandeln, um junge Nationalsozialisten zu formen, sondern wenige Gebiete genügen, weil sich überall die Grundgedanken nationalsozialistischer Weltanschauung aufzeigen lassen.“¹⁴

Der Jahrgangsschulungsplan 1938/39 für den Bund Deutscher Mädel sah folgendermaßen aus:

„1. Jahr: der Kampf um das Reich, Germanen über Europa, Das Reich ist des Kaisers, Ulrich von Hutten (Bauernkriege), Der große Schwabenzug, Der Dreißigjährige Krieg, Der große Kurfürst, Freiherr vom Stein, Bismarck, der Weltkrieg.

2. Jahr: Die nationalsozialistische Bewegung im Kampf um Volk und Reich, Die Aufstellung des Parteiprogramms, Die NSDAP 1919–1923, 1924–1933, Das Aufbauwerk des Führers, Der geeinte Staat (Zerschlagung der Parteien), Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Wehrfreiheit, Wirtschaftliche Freiheit, Gegen den Weltbolschewismus, Groß-Deutschland (Volk vor den Grenzen)

3. Jahr: Das Volk und sein Blutserbe, Maßnahmen des Dritten Reiches zur Rassenpolitik, Ahnensblatt, Sippschaftstafel, Gesetz zur Erhaltung und Förderung kinderreicher Familien, Maßnahmen zur Siedlung, Nürnberger Gesetze, Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses und Ehegesundheitsgesetz, Gegner des Rassegedankens, Kündler deutschen Sippenstolzes, Volk und Persönlichkeit, Liselotte von der Pfalz, Friedrich Schiller, Maria Theresia, Jacob und Wilhelm Grimm, Peter Rosegger, Gorch Fock, Weihnachten.“¹⁵ Hier wurde deutlich, dass BDM mehr war als Feiern, Gemeinschaft, Sport und Gesundheit.

Nach eigenen Angaben war es Ingrid Möllers Aufgabe, vom 13.4.1943 bis zum 12.4.1945 in Bremen-Lesum als Bannmädelführerin Lehrgänge im BDM-Werk „Glaube und Schönheit“ durchzuführen. Auch die Überlegungen und die Konzeption dazu hatte Jutta Rüdiger ausführlich beschrieben:

„Das BDM-Werk ‚Glaube und Schönheit‘ führte die Mädel zum Endziel der gesamten Erziehungsarbeit des Bundes Deutscher Mädel. Während im Jungmä-

delbund und im Mädelsbund die charakterliche Formung im Vordergrund stand, wurde hier die speziell weibliche Erziehung aufgegriffen, die das Mädchen auf seine Aufgabe als Frau in Beruf und Familie vorbereiten sollte. Im Januar 1938 wurde das BDM-Werk ‚Glaube und Schönheit‘ gegründet. Im BDM-Werk wurden vier wesentliche Arbeitsgebiete unterschieden: 1. Leibeserziehung, 2. Gesunde Lebensführung, 3. Persönliche Lebensgestaltung, 4. Politische und geistige Bildung.“ Rüdiger beschrieb im Weiteren, was genau darunter jeweils zu verstehen war. Bei Gesunder Lebensführung wurde u. a. aufgezählt: „Kochen, Vorratshaltung einschließlich Einkauf, gesunde Ernährung, Gesundheitsdienst, Krankenpflege, Säuglingspflege, Körper- und Schönheitspflege“.¹⁶

Bei Persönlicher Lebensgestaltung gab es keine berufliche Orientierung, sondern Freizeitgestaltung, „geschmackvolles Kleiden, Schönheit des Wohnens, Kultur in Heim und Familie Pflege der Musik, des Liedgutes, des Brauchtums, Fest- und Feiergusgestaltung.“¹⁷ Die Rollen waren hier eindeutig verteilt. Und bei Politischer und Geistiger Bildung stand dann: „Fragen des völkischen Lebens, Volkstumsarbeit, Auslandskunde, Geopolitik, Kunstgeschichte, Literatur.“¹⁸

Mit Ende der NS-Herrschaft ergab sich eine schwierige Situation für Ingrid Möller. Sie hatte ihre Ausbildung als Lehrerin nicht beendet. Als hauptamtliche BDM-Führerin war sie schwer belastet, so dass sie am 10.2.1946 verhaftet wurde und in das Internierungslager Staumühle bei Paderborn überführt wurde. Vorher war sie in Hamburg bei Schulrat Gustav Schmidt gewesen, der es ermöglicht hatte, sie Ende April 1945 als Amtsanwärterin in den Hamburger Schuldienst einzustellen. Da die Schulen noch geschlossen waren, arbeitete Ingrid Möller im Sommer 1945 auf eigenen Wunsch als Hilfsschwester im staatlichen Krankenhaus Langenhorn. Inzwischen hatte sie ihren Entnazifizierungsfragebogen abgegeben und nun sah Gustav Schmidt ein Problem: „Nach Ausfüllung meines Fragebogens im Juni 1945 riet mir Herr Schulrat Schmidt, dessen Schulkreis ich damals zugeteilt worden war, meine Kündigung bei der Hamburger Schulverwaltung einzureichen, da ich sonst eventuell mit einer Kündigung von Seiten der Schulverwaltung zu rechnen hätte. So schied ich zum 1.8.1945 auf eigenes Gesuch wieder aus dem Dienst der Schulverwaltung aus. Im Herbst 1945 bat ich um die Genehmigung, an dem Sonderlehrgang für Junglehrerinnen in Hamburg teilnehmen zu dürfen, die mir auch erteilt wurde, so daß ich im Winter 1945 die Vorlesungen und Übungen dieses Lehrganges besuchen konnte und die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit den Fragen der heutigen Erziehungswissenschaft und des geistig-politischen Lebens der Gegenwart hatte.“¹⁹

Die Vergangenheit war noch gar nicht solange vergangen, aber es war schon eine andere Zeit gewesen, in der Ingrid Möller stärker pädagogisch sozialisiert worden war als in der kurzen Phase ihrer Lehrerausbildung.

Zwischenzeitlich ergab sich dann noch ein weiteres Problem für Ingrid Möller. Sie wurde erneut aus dem Lehrgang entlassen, mit der Begründung, „am Wehrwolf beteiligt zu sein“. Die Organisation „Wehrwolf“ (meistens Werwolf geschrieben) war eine nationalsozialistische Freischärler- bzw. Untergrundbewegung am Ende des Zweiten Weltkrieges, die im September 1944 von SS-Reichsführer Heinrich Himmler ins Leben gerufen worden war. Kommandos des Werwolf verübten vereinzelte Brandstiftungen und Sabotageakte und richteten sich in den letzten Kriegswochen vor allem gegen Deserteure und kriegsmüde Deutsche. Durch einen Rundfunkappell des „Sender Werwolf“ wurde diese Bewegung am 1. April 1945 als angeblich „spontane Untergrundbewegung“ der deutschen Bevölkerung in den besetzten Gebieten des Reiches bekannt gemacht: „Haß ist unser Gebet und Rache unser Feldgeschrei.“²⁰

Ingrid Möller kam in Bedrängnis und gab gegenüber dem Leiter des Sonderlehrganges für Junglehrerinnen, Schulrat Hans Brunckhorst, am 24.1.1946 folgende Erklärung ab:

„Nachdem meine Arbeit als BDM-Führerin in der Nähe Bremens infolge der dort einsetzenden Kampftätigkeit nicht mehr möglich war, wurde ich an die Dienststelle der Reichsjugendführung in Hamburg verwiesen zur weiteren Verwendung. Da im April 1945 in Hamburg keine Einsatzmöglichkeiten für mich bestanden, bekam ich die Anweisung, mich in einer Langenhorner Kaserne zu einem dort laufenden Frauen- und Mädellehrgang zu melden. Über Sinn und Aufgabe dieses Lehrganges schien in der Dienststelle der Reichsführung nichts Genaues vorzuliegen, mir selbst war jedenfalls gar nichts darüber bekannt. In Langenhorn erfuhr ich dann im Lehrgang selbst, daß von dort ein Einsatz von Frauen und Mädeln in Zusammenarbeit mit der Truppe und einzelnen in verschiedener Form geplant war, der mir und diejenigen Teilnehmerinnen, die BDM-Führerinnen waren, als unvereinbar mit unseren bisherigen Erziehungszielen erschien. Es ergab sich in den wenigen Tagen, die ich in Langenhorn war, ein eindeutiger Gegensatz zwischen der Lehrgangsführung und den anwesenden BDM-Führerinnen, der schließlich dazu führte, daß diese unter einem Vorwand aus dem Lehrgang entfernt wurden, ehe er beendet war. So fehlte auch eine endgültige Zusammenfassung und Einordnung der einzelnen Vorträge für einen praktischen Einsatz, da ich ja nur die ersten Tage eines Lehrganges miterlebte, in den ich ahnungslos hineingeraten war, und dessen Ziele und Methoden ich scharf ablehnte. Nachdem ich mit mehreren anderen Teilnehmerinnen aus diesem Lehrgang ausgeschlossen war, habe ich selbstverständlich auch nie wieder etwas darüber gehört und keinerlei Verbindung zu derartigen Bestrebungen gehabt. Aufgrund der oben angeführten Tatsachen erscheint es mir nicht gerechtfertigt, mich der Beteiligung am ‚Wehrwolf‘ zu bezichtigen.“²¹

Zu den Akten gegeben wurde eine Information der Britischen Militärregierung vom 29.1.1946, in der es hieß:

„Möller war von 1942–1943 Bannmädelführerin in Wilhelmshaven. 1943 wurde ihr die Leitung der BDM-Führerinnen-Schule in Lesum bei Bremen übertragen, wo sie persönlich die weltanschauliche Schulung durchführte. Später besuchte sie eine Sabotageschule in Langenhorn, die unter Leitung der SS stand. Der Ausbildungsplan umfaßte auch Ausbildung der BDM-Angehörigen zur Arbeit in Kasernen der Alliierten, um dort Nachrichten über Truppenbewegungen zu erlangen, und Arbeit in alliierten Küchen und Casinos, um dort das Essen zu vergiften. Es besteht nicht die Absicht, die Möller jetzt zu verhaften, sie wird jedoch durch diese Abteilung streng überwacht.“²²

Ingrid Möller wurde kurz darauf doch verhaftet und ein Jahr lang in einem Internierungslager festgehalten.

Sie meldete sich am 22.8.1947 wieder und bewarb sich um Wiedereinstellung in den Dienst der Schulbehörde. Ihr Anliegen war, in einem in Hamburg durchgeführten Entnazifizierungsverfahren eine günstigere Einstufung als die Kategorie III zu bekommen, mit der sie aus der Internierung entlassen worden war.²³ Sie reichte ihren Entnazifizierungsfragebogen ein und erklärte zu ihrer Motivation, sich statt für die Fortführung der Lehrerausbildung für den BDM-Dienst entschieden zu haben:

„Auf meine Bitte wurde ich von der Schulverwaltung vorläufig vom Dienst in der Schule freigestellt, da ich den Wunsch hatte, einige Zeit in der BDM-Arbeit tätig zu sein, ehe ich endgültig in den Schuldienst eintrat. Ich glaubte damals, in der Jugendführung während des Krieges mehr Möglichkeiten zu intensiver Erziehungsarbeit zu haben als in der Schule, die mir durch das Hineintragen vieler schulfremder Aufgaben in der Kriegszeit sehr in ihren Erziehungsmöglichkeiten eingeengt schien.“²⁴

Ingrid Möller hatte in ihrem Entnazifizierungsfragebogen neben ihrer Funktionstätigkeit beim BDM angegeben, dass sie am 1.7.1933 in die HJ (BDM) eingetreten war, während ihres Studiums vom 1.5.1939 bis zum 1.10.1940 Mitglied des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes gewesen und am 1.9.1939 in die NSDAP eingetreten war. Interessant auch, dass sie unter Auslandsreisen angegeben hatte: „Holland, einige Tage Juli 1944, Zweck der Reise: Kurierdienst.“²⁵

Sie hatte einige Leumundszeugnisse mit eingereicht, so etwa von dem Buchhändler, bei dem sie als ungelernte Hilfskraft arbeitete: „Sie erfüllt ihre Pflichten in mustergültiger Weise, zeigt sich kameradschaftlich, ist pünktlich und zuverlässig. Ich habe bei gelegentlichen Diskussionen, die unter den Mitarbeitern über politische Dinge stattfanden, von Fräulein Möller nie eine Äußerung gehört, die Rückschlüsse auf eine aktive Nazigesinnung zulassen. Ich kann mir daher aufgrund der

mir bekannten charakterlichen Eigenschaft das Urteil erlauben, dass Fräulein Möller bestimmt nicht die Gesinnung einer aktiven Nationalsozialistin hat.“²⁶

Und der Apotheker der Apotheke in Blankenese bescheinigte Ingrid Möller: „Aus Gesprächen mit Fräulein Möller habe ich den Eindruck gewonnen, dass sie den Geschehnissen und politischen Vorgängen der Jetztzeit sowie den Maßnahmen der Besatzungsmacht objektiv und unbeeinflusst durch ihre frühere Parteizugehörigkeit gegenübersteht.“²⁷

Das wichtigste Leumundsschreiben war offenbar von der Rektorin Elise Kiesbye gekommen, das ich schon erwähnt habe. Sie hatte noch geschrieben: „Ihre Gesamthaltung wurde stets von ruhiger Sachlichkeit, zu keiner Zeit von Fanatismus bestimmt. Dieses Bemühen um Sachlichkeit hat sie inzwischen zu anderen Erkenntnissen über den inneren Wert der Idee, der sie diente, geführt, und sie ist heute bestimmt keine Nazistin mehr, bildet also auch keine politische Gefahr. Bei ihrer charakterlichen Reife und ihren erzieherischen Fähigkeiten dürfte sie als Lehrerin Gutes bewirken können. Ich unterstütze daher ihre Bitte um Wiedereinstellung in den Schuldienst aufs Wärmste.“²⁸

Frau Kiesbye hatte darauf hingewiesen selbst nicht der NSDAP angehört und sich auch „nie um die Mitgliedschaft bemüht“ zu haben.²⁹

Das hatte seine Wirkung beim Entnazifizierungsausschuss nicht verfehlt: „Unter den verschiedenen eingereichten Gutachten und Zeugnissen scheint das von Frau Rektorin i. R. Kiesbye gegebene am wichtigsten; es ist für Fr. Möller voll positiv zu werten.“³⁰ Was die Ausschussmitglieder nicht wussten, war, dass es eine sehr viel engere Beziehung zwischen Elise Kiesbye und der Familie von Ingrid Möller gegeben hatte. Sie waren nicht Wohnungsnachbarn gewesen, sondern wohnten in derselben Straße, der Bülowstraße Nr. 8 (Möller) und Nr. 12 (Kiesbye). Die eigentliche Verbindung bestand aber darin, dass Elise Kiesbye Schulleiterin der Schule Lucienstraße 3 gewesen war und Julius Möller, der Vater von Ingrid Möller, dort stellvertretender Schulleiter. Und das während der NS-Zeit.³¹ Das waren enge persönliche Kontakte, aus denen „Persilscheine“ entstanden.

Auf Elise Kiesbye (1884–1965) bezogen hatte der fanatische Altonaer NS-Schulrat Karl Schlofeldt am 24.10.1942 die Frage gestellt, „ob Fr. Kiesbye in dem Amt einer Schulleiterin belassen werden kann, da sie aus religiösen Gründen von den Möglichkeiten, in die NSDAP aufgenommen zu werden, keinen Gebrauch gemacht hat“.³²

In ihrem Entnazifizierungsverfahren hatte Kurt Zeidler in seinem Bericht über Elise Kiesbye geschrieben: „Fr. Kiesbye genießt in der Altonaer Lehrerschaft ein bedeutendes Ansehen. Ihre warmherzige, echt frauliche Art sichert ihr die Achtung aller, die mit ihr zu tun haben. Sie hat sich in der Nazizeit tapfer gehalten und, ob-

wohl sie in ihrem Amt belassen wurde, keine entehrenden Konzessionen gemacht. Der NSDAP ist sie nicht beigetreten“³³

Und auch ein anderer „Persilschein“, von dem stellvertretenden Schulleiter der Schule Alsenstraße 19 während der NS-Zeit, Karl Paschen, der nach 1945 Schulleiter der kleinen Schule Taubenstraße 6 auf St. Pauli geworden war, machte den Eindruck von persönlich verbundener Gefälligkeit. Viermal kommt in dem Schreiben die Begrifflichkeit von Führerin und Führer vor:

„Ingrid Möller kenne ich seit ihrem 9. Lebensjahr. Während gemeinsamer Ferienaufenthalte zusammen mit den Eltern und bei vielen Besuchen in der Familie Möller habe ich Gelegenheit gehabt, Fräulein Möller in ihrer geistigen und charakterlichen Entwicklung zu beobachten. Fräulein Möller ist ein recht gut begabter Mensch. Den Weg durch die höhere Schule bis zum Abitur ist sie ohne Schwierigkeiten gegangen. Ihre Führung war, wie ihre Zeugnisse auch beweisen, stets einwandfrei. Schon früh hegte sie den Wunsch, Lehrerin zu werden. Dieser Wunsch entsprang einer natürlichen Veranlagung für den Erzieherberuf. Ihr lag es schon von früh an sehr gut, andere zu betreuen und zu führen. Aus dieser Veranlagung heraus ist es auch zu verstehen, daß sie nach ihrem Eintritt in den BDM verhältnismäßig früh einen Führerposten bekam und allmählich zur Mädelringführerin aufstieg. Es war reinster Idealismus bei ihr, daß sie sich zur nationalsozialistischen Weltanschauung bekannte. Sie glaubte, einer reinen und gerechten Sache zu dienen und ahnte nichts von den Dingen, die nach dem Zusammenbruch an die Öffentlichkeit kamen. Sie war tolerant gegenüber Menschen, die anders eingestellt waren und achtete auch deren Meinung und Auffassung. Sie war in keiner Weise fanatisch. Selbstsüchtige Absichten lagen ihr vollkommen fern, sie war Idealistin. Die Enttäuschung, die sie nach dem Zusammenbruch erlebte, war groß und bitter.“³⁴

Karl Paschen (1889–1972) war aus meiner Sicht selbst NS-belastet. Er war 1937 Mitglied der NSDAP geworden, von 1930 bis 1944 stellvertretender Schulleiter gewesen und zum 1.7.1944 mit der Schulleitung der Schule Alsenstraße 19 beauftragt worden. Schulrat Ernst Preuße schrieb zur Begründung seiner Ernennung zum Schulleiter am 10.3.1943: „Die politische Haltung von Herrn Paschen ist völlig einwandfrei. Er steht durchaus positiv zum neuen Staat und seinen Einrichtungen.“³⁵

Der Entnazifizierungsausschuss tat sich schwer mit einer einheitlichen Entscheidung für Ingrid Möller. Im Beratenden Ausschuss gab es zwei unterschiedliche Positionen, die getrennt ausgewiesen wurden, was ich äußerst selten gesehen habe. Gemeinsam wurde festgestellt:

„Die Hauptbelastung der Antragstellerin ist das innegehabte Amt einer Bannmädelführerin im BDM. Die Amnestie ist auf sie als einer hauptamtlich Angestellten nicht anwendbar. Nach ihren schriftlichen und persönlich vor dem BA wiederhol-

ten und unterstrichenen Angaben ist Frl. Möller früher gläubige Nazianhängerin gewesen, sie habe jedoch innerlich völlig mit diesem Regime gebrochen, nachdem sie seine Verderblichkeit für Deutschland eingesehen habe. Ihre jetzige Tätigkeit in einer Leihbücherei befriedigt sie nicht, ihre betonte Aktivität drängt sie erneut in die Schule. Unter den verschiedenen eingereichten Gutachten und Zeugnissen scheint das von Frau Rektorin i. R. Kiesbye gegebene am wichtigsten; es ist für Fräulein Möller voll positiv zu werten. Ebenfalls tritt Herr Schulrat Werdier klar für Fräulein Möller ein. Nach gründlicher und grundsätzlicher Durchdenkung des Falles Möller kommt der BA nicht zu einer einheitlichen Stellungnahme, sondern muß zwei unterschiedliche Formulierungen vorlegen.“³⁶

Die Ausschussmitglieder Otto Weinheber und E. Fröhlich stellten fest:

„Eine uneingeschränkte Abstufung in Gruppe IV kann bei einer ehemaligen Bannmädelführerin, die nach ihrer Berufsausbildung nicht in die Schule, sondern in den BDM ging, nicht gegeben werden. In Anbetracht der günstigen Beurteilungen und des offensichtlich vorhandenen echten pädagogischen Tätigkeitsdranges der Antragstellerin ist der BA jedoch mit einer Abstufung in IV einverstanden, wenn bei einer Wiedereinstellung Frl. M. während einer ein- oder zweijährigen Bewährungsfrist im Dienst der besonders scharfen Beobachtung durch einen Schulrat und eine Schulleitung unterworfen wird. Nach dieser Bewährungsfrist, die bei diesem Präzedenzfall unerlässlich erscheint, wäre endgültig über Frl. M. zu entscheiden.“³⁷

Das dritte Ausschussmitglied, Alwin Zels, begründete sein abweichendes Votum folgendermaßen:

„Auch bei höchster Würdigung der für Frl. M. eintretenden Gutachten und Zeugnisse kann ich einer Abstufung in Gruppe IV nicht zustimmen. Die Belastung als Bannmädelführerin erscheint mir grundsätzlich als so schwerwiegend, daß ich eine Befürwortung der Abstufung versagen muß.“³⁸

Der weitere Fortgang ist lückenhaft dokumentiert. Offensichtlich galt das Mehrheitsvotum des Beratenden Ausschusses. Ingrid Möller wurde vom Fachausschuss am 23.9.1947 in Kategorie IV bestätigt und danach Lehramtsanwärterin. Am 10.5.1949 wurde sie dann sogar in Kategorie V eingruppiert, als Entlastete.³⁹

Frau Möller absolvierte den zweiten Teil ihrer Lehrerausbildung an der Schule Schanzenstraße 105, an der die ehemalige NSLB-Gauverantwortliche für die Mädchenerziehung, Emma Lange, Schulleiterin war. Sehr wahrscheinlich ist es aus meiner Sicht, dass es eine Bekanntschaft zwischen Emma Lange und Ingrid Möller aus deren Funktionen im NSLB und im BDM gegeben hatte und die Zuteilung zur Schule Schanzenstraße 105 nicht zufällig erfolgte. Auch nicht ganz eindeutig zuzuordnen ist der Einsatz für Ingrid Möller vom neuen Schulrat dieser Region, Robert Werdier, der während der NS-Zeit Lehrer an einer Nachbarschule

der Schule Schanzenstraße 105 gewesen war, an der Schule Moorkamp 3. Werdier war ein eindeutiger Nazi-Gegner gewesen. Hier bleibt vieles spekulativ.

Bemerkenswert ist die weitere berufliche Entwicklung von Ingrid Möller. Als Emma Lange 1957 in den Ruhestand trat, wurde Ingrid Möller ihre Nachfolgerin als Schulleiterin und blieb dies über 25 Jahre bis zum Sommer 1982.⁴⁰

Ingrid Möller hatte möglicherweise durch ihre hauptamtliche Tätigkeit als BDM-Führerin die notwendigen Führungskompetenzen entwickeln können. Und sie war in das Kollegium einer Mädchenschule geraten, mit der ihr zugewandten Emma Lange⁴¹ als Schulleiterin, 18 anderen Kolleginnen und sechs Männern, die deutlich älter waren und eine NS-Vergangenheit hatten, die ihnen bei der Entnazifizierung Schwierigkeiten bereitet hatte. So etwa Alfred Lübkert, der vertretungsweise die Schule geleitet hatte, nachdem der statt Emma Lange 1933 eingesetzte Schulleiter in den Krieg gezogen war. Alfred Lübkert, Jahrgang 1901, war NSLB-Mitglied seit 1933, in der NSDAP seit 1937.⁴² Dann war da noch Johannes Lorenz, Jahrgang 1903, der auch NSDAP-Mitglied seit 1937 war, im NSLB seit dem 1.5.1933, Zellenleiter und Blockwart im Reichsluftschutzbund.⁴³ Hans Ohrt, Jahrgang 1912, in der NSDAP ebenfalls seit dem 1.5.1937, im NSLB seit 1933, der an der Schule Eppendorfer Weg 65 nach seinen Angaben „als jüngstes Mitglied des Kollegiums seinerzeit aufgefordert worden war, das Amt des Schulwalters des NSLB zu übernehmen“, wie die Funktion der Verbindungsperson der Schule zum NSLB genannt wurde.⁴⁴ Oder Johannes Kollath, Jahrgang 1908, der 1937 aus Danzig nach Hamburg gekommen war, Mitglied in der NSDAP seit 1938 und im NSLB seit 1936.⁴⁵ Alle diese Männer waren während des Krieges bei der Wehrmacht gewesen.

Schließlich noch Tjard Carstens, der in Ingrid Möllers Amtszeit als stellvertretender Schulleiter fungierte. Carstens, Jahrgang 1902, war schon in der NS-Zeit stellvertretender Schulleiter an der Schule



Ingrid Möller bei einer Siegerehrung in Moorwerder 1959



Ingrid Möller (vorne links) im Lehrerzimmer 1960, rechts daneben ihr stellvertretender Schulleiter, Tjard Carstens.

Hohe Weide 12 gewesen, im NSLB Mitglied seit 1933, Schulwalter seit 1939, in die NSDAP am 1.5.1940 eingetreten.⁴⁶ Sie waren alle NS-belastet, wenngleich ohne fanatische Nationalsozialisten gewesen zu sein.

Auch das erklärt vielleicht, warum die Wahl auf Ingrid Möller fiel.

Von Schulrat Robert Werdier war Ingrid Möller schon am 29.6.1950 sehr positiv beurteilt worden, als es noch um ihre Anstellung als Lehrerin ging:

„Fräulein Möller ist eine sehr tüchtige, fleißige, einsatzbereite Lehrerin, die in jedem Semester eine Reihe von Kursen im Institut für Lehrerfortbildung mitmacht, um dort neue Gedanken und Anregung zu erwerben. Ihre Klasse ist bei guter Disziplin gut gefördert. Die Eltern wissen ihre Kinder bei ihr in besten Händen; von den Kollegen wird sie geschätzt.“⁴⁷

Und auch Schulleiterin Emma Lange war am 17.7.1952 voll des Lobes für Ingrid Möller:

„Frl. Möller arbeitet sicher und zielbewusst. Sie ist sprachlich gewandt, vielseitig begabt und sehr auf ihre Weiterbildung bedacht. Dadurch fällt es ihr leicht, aus der Fülle der gut vorbereiteten Unterrichtsstoffe den Kindern Wertvolles zu bieten. Da sie daneben die tägliche Kleinarbeit nicht vergißt, sind die Leistungen ihrer Klasse gut. Frl. Möller sieht soziale Probleme und versucht sie zu lösen. Die daraus erwachsene Fühlungnahme mit den Elternhäusern erleichtert ihr die Erziehungsarbeit sehr. Frl. Möller hat die staatliche Prüfung für Gymnastiklehrerinnen mit gut bestanden. Ich halte Frl. Möller für eine tüchtige Lehrkraft, die nach m. M. besonders befähigt ist, Oberklassen zu führen.“⁴⁸

Bei der geschilderten Zusammensetzung des Kollegiums überrascht die Blitzkarriere von Ingrid Möller nicht mehr. Von 21 anwesenden Mitgliedern des Kollegiums stimmten 18 für Ingrid Möller als neue Schulleiterin, bei drei Stimmenthaltungen. Auch der Elternratsvertreter sprach sich für sie aus. Im Kreis des Schulratskollegiums erhoben sich keine Bedenken, vermerkte Schulrat Robert Werdier.⁴⁹

Und in seinem Vermerk für die Behördenleitung schrieb der Schulrat: „Sehr gewissenhaft, sehr fleißig, pädagogisch hoch befähigt, führte sie Klassen der Mittelstufe und auch einmal vier Jahre einen Zug der technischen Oberschule mit sehr gutem Erfolge und ausgezeichneten Leistungen. Organisatorisch glänzend begabt, war sie seit Jahren die Stütze im Kollegium. In Eltern- und Kollegenkreisen hat sie eine gute Resonanz. Ich halte sie in jeder Beziehung für geeignet, eine Schule zu leiten.“⁵⁰

Bei ihrer endgültigen Bestellung als Schulleiterin nach zwei Jahren hatte es Ingrid Möller geschafft, daß alle 18 Kollegiumsmitglieder für sie stimmten. Schulrat Werdier stellte fest:

„In den zwei Jahren ihrer Schulleitertätigkeit hat sie die in sie gesetzten Erwartungen vollauf erfüllt. In Verhandlungen mit dem Kollegium, der Elternschaft und

auch mit der Schulbehörde entwickelte sie eine große Gewandtheit. Ihre Argumente waren stichhaltig, logisch durchdacht und wurden klar und sachlich vorgebracht. Sie zeigte großes soziales Verständnis und fand in Eltern- und Kollegenkreisen eine gute Resonanz. Sie ist in jeder Weise befähigt, eine Schule zu leiten. Ihre Ernennung zur Rektorin kann ich deshalb nur befürworten.“⁵¹

Kurz darauf hatte Frau Möller 1959 im Oktober das 75-jährige Bestehen der Schule mit einem großen Festakt zu feiern. Das handschriftliche Redemanuskript von Ingrid Möller ist erhalten geblieben. Die NS-Zeit bewältigte sie in einem großen Sprung:

„Schon früher vor dem 1. Weltkrieg begann man in den Mädchenklassen mit dem Werkunterricht, Bastarbeiten wurden angefertigt und als einmal die Presse ins Schulhaus kam, um von diesem für die Zeit äußerst fortschrittlichen Unterricht Aufnahmen zu machen, wurde auch der damalige Oberschulrat Götze aufmerksam, und die Schule erhielt große neue Werktsche als Anerkennung. Nach 1918 wurden manche Bestrebungen, die fortschrittliche Lehrkräfte angeregt hatten, verwirklicht. Die Schule erhielt einen Physikraum und begann als eine der ersten Hamburger Schulen mit dem Schwimmunterricht, neue Unterrichtsmethoden wurden eingeführt, die Schule sicherte sich ihren Platz in Eimsbüttel. 1926 wurden zu den Mädchen auch Jungen aufgenommen und bis 1934 gemeinsam in gemischten Klassen unterrichtet. Das Gesicht der Schule aber wurde immer bestimmt von den Mädchen und das Kollegium hat sich stets bemüht, die besondere Eigenart der Mädchenschule zu prägen und zu bewahren. Dies kommt auch wohl besonders darin zum Ausdruck, daß 1932 Frau Lange zur Schulleiterin gewählt wurde, nachdem vorher vier Herren als Schulleiter hier gearbeitet hatten. Frau Langes Name ist verbunden mit den schwersten Jahren, die die Schule durchzustehen hatte, mit den Jahren des Zweiten Weltkrieges und den Nachkriegsjahren. Schon vor 1943 hatte die Gegend um die Schule mehrfach unter Angriffen zu leiden, die Kinder mußten oft bei Tagesalarm in die Bunker geführt werden bis schließlich der Schulbetrieb aufhörte und die meisten Schülerinnen in die KLV kamen. Die Schule selbst aber wurde mehr und mehr beschädigt und hätte den Krieg sicher nicht überdauert, wenn nicht Frau Lange unermüdlich Nachtwachen gemacht und geschützt und gerettet hätte, was damals nur irgend möglich war. Als schließlich im Sommer 1946 der Unterricht wieder aufgenommen wurde, war das Haus durch die vorhergegangene Belegung durch italienische Soldaten und Ausgebombte, durch Dienststellen verschiedener Art in seinen oberen Stockwerken vorerst nicht für Schulzwecke zu gebrauchen. Im Erdgeschoß wurden die ersten Klassen notdürftig eingerichtet, mit wenigen Lehrkräften, die alle zwei Klassen mit mehr als 60 Kindern führten, begann der Schulbetrieb wieder. Schnell stieg die Zahl der Kinder, so daß zeitweise auf eine



Ingrid Möller an ihrem
90. Geburtstag 2010

Lehrkraft 65 Schülerinnen entfielen. Neben dem Unterricht galt es, in diesen ersten Nachkriegsjahren vor allem der äußeren Not abzuhelfen. Statt 350–400 Kinder wie in den Vorkriegsjahren besuchten schließlich 1000 Mädchen die Schule, so daß Schichtunterricht geführt werden mußte.“⁵²

Anlässlich ihrer Pensionierung vermerkte die Schulfestschrift:

„Sie hat es während ihrer 25-jährigen Amtszeit stets verstanden, sich erfolgreich für die Belange der Schule einzusetzen und immer ein offenes Ohr für die Probleme von Lehrern, Schülern und Eltern zu haben.“⁵³

Ingrid Möller war nicht nur als Schulleiterin aktiv, sondern engagierte sich in der Gesellschaft der Freunde, später in der GEW Hamburg, insbesondere in der Betriebsgruppe Ruheständler nach ihrer Pensionierung. Besonders widmete sie sich der ehrenamtlichen Arbeit in der Diesterweg-Stiftung, die seit 1971 bis heute ein Seniorenheim in der Nähe von Hagenbecks Tierpark führt. Ingrid Möller war dort Jahre lang Vorstandsvorsitzende der Diesterweg-Stiftung.⁵⁴

Ich selbst habe Frau Möller in der GEW und bei dieser Arbeit kennengelernt. Innerhalb der GEW zeigte sie eine deutliche Skepsis gegenüber der jungen Pädagogen-Generation, deren politische Grundhaltung ihr sichtbar suspekt war.

Ingrid Möller starb am 23.5.2013.⁵⁵

Anmerkungen

- 1 Entnazifizierungsakte Ingrid Möller, StA HH, 221-11_Z 7402
- 2 Laut Personalakte, nach Auskunft der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB).
- 3 Laut einer eigenen Aufstellung ihrer Beschäftigung von 1938–1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 4 Ebd.
- 5 Schreiben vom 20.8.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 6 StA HH, 361-2 VI_1535 (Schule und Hitlerjugend 1941–1944)
- 7 Laut ihrer eigenen Aufstellung ihrer Beschäftigung von 1938–1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 8 Gisela Miller-Kipp: „Der Führer braucht mich“. Der Bund Deutscher Mädel (BDM): Lebenserinnerungen und Erinnerungsdiskurs Weinheim und München 2007, S. 13 f.
- 9 Miller-Kipp a. a. O., S. 21.
- 10 Miller-Kipp a. a. O., S. 19 f.
- 11 Siehe zum Beispiel: Sabine Hering: Rüdiger, Jutta, in: Neue Deutsche Biografie, Bd. 22, Berlin 2005, S. 214 f. Ausführlich beschrieb sich Jutta Rüdiger selbst in einem Gespräch mit Martin Klaus, abgedruckt in: Jutta Rüdiger: Bund Deutscher Mädel, Lindhorst 1984, S. 64 .
- 12 Jutta Rüdiger: Die Hitler-Jugend und ihr Selbstverständnis im Spiegel ihrer Aufgabengebiete, Lindhorst 1983, S. 50.
- 13 Rüdiger 1983, S. 51.

- 14 Rüdiger 1983, S. 103f.
- 15 Rüdiger 1983, S. 106f.
- 16 Rüdiger 1983, S. 23f.
- 17 Rüdiger 1983, S. 24.
- 18 Rüdiger 1983, S. 25.
- 19 Ergänzungen zum Entnazifizierungsfragebogen von Ingrid Möller, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 20 Zitiert nach Klaus-Dietmar Henke: Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995, S. 943.
- 21 Schreiben von Ingrid Möller vom 24.1.1946, Personalakte a. a. O.
- 22 Schreiben der britischen Militärregierung vom 29.1.1946, Personalakte a. a. O.
- 23 Schreiben vom 22.8.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 24 Ergänzung zum Entnazifizierungsfragebogen, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 25 Entnazifizierungsfragebogen, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 26 Schreiben vom 9.8.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 27 Schreiben vom 22.8.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 28 Schreiben vom 20.8.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 29 Ebd.
- 30 Entscheidung vom 22.9.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Hamburgisches Lehrer-Verzeichnis für das Schuljahr 1938-1939, herausgegeben vom NS-Lehrerbund, Gauverwaltung Hamburg.
- 32 Personalakte Elise Kisbye, StA HH, 361-3_A 0882
- 33 Ebd.
- 34 Schreiben von Karl Paschen vom 1.8.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 35 Personalakte Karl Paschen, StA HH, 361-3_A 1251 und Entnazifizierungsakte Paschen, StA HH, 221-11_Ed 4024. Zu Ernst Preuße siehe auch die Biografie in diesem Buch.
- 36 Entscheidung des Berufungsausschuss vom 22.9.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 37 Ebd.
- 38 Ebd.
- 39 Fragebogen Action Sheet, Entscheidung vom 10.5.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 40 Siehe Festschrift Schule Altonaer Straße, 100 Jahre von 1884–1984, Hamburg 1984, S. 103.
- 41 Siehe die Biografie Emma Lange in diesem Band.
- 42 Laut Entnazifizierungsakte Lübker, StA HH, 221-11_Ed 3904
- 43 Laut Entnazifizierungsakte Lorenz, StA HH, 221-11_Ed 5155
- 44 Laut Entnazifizierungsakte Ohrt, StA HH, 221-11_Ed 4157
- 45 Laut Entnazifizierungsakte Kollath, StA HH, 221-11_87249 KAT
- 46 Laut Entnazifizierungsakte Carstens, StA HH, 221-11_Ed 5721
- 47 Vermerk von Robert Werdier vom 29.6.1950, Personalakte a. a. O.
- 48 Bericht von Emma Lange vom 17.7.1952, Personalakte a. a. O.
- 49 Vermerk von Schulrat Werdier vom 13.5.1957, Personalakte a. a. O.
- 50 Vermerk vom 8.5.1957, Personalakte a. a. O.
- 51 Vermerk vom 14.4.1959, Personalakte a. a. O.
- 52 Redemanuskript von Ingrid Möller vom Oktober 1959 zum 75-jährigen Bestehen der Schule, StA HH, 362-3/2 Abl. 2006/1_47
- 53 Festschrift Schule Altonaer Straße a. a. O., S. 103. Die Schule Schanzenstraße 105 war zum Schuljahr 1962/63 in Schule Altonaer Straße 38 umbenannt worden.
- 54 Siehe dazu: „Hamburger Abendblatt“ vom 2.11.1996.
- 55 Laut Auskunft der Altregistratur der Behörde für Schule und Berufsbildung in Hamburg von 30.1.2014.

Max Klüver

„Für den Nationalsozialismus tritt er mit seiner ganzen kraftvollen Persönlichkeit ein.“

Eine ungewöhnliche Karriere im Hamburger Schulwesen machte Max Klüver in der NS-Zeit, fast ohne in Hamburg bis 1945 als Lehrer gearbeitet zu haben. Schon während der Vorbereitungszeit nach dem ersten Staatsexamen ging Max Klüver an die im Aufbau befindliche Adolf-Hitler-Schule nach Sonthofen, wurde dort Schulleiter, hoher HJ-Funktionär, machte Karriere in der Wehrmacht, am Ende als Oberstleutnant und Ritterkreuzträger. Die Verleihung des Ritterkreuzes honorierte Reichsstatthalter Karl Kaufmann mit der Berufung zum Oberstudienrat, obwohl Klüver im Hamburger Schuldienst nicht tätig war. Nach dem Krieg meldete sich Max Klüver in Hamburg erst einmal gar nicht zurück. Er arbeitete, ökonomisch offenbar erfolgreich, als Kaufmann in der Heimatstadt seiner Ehefrau, in Plön. 1953 gelangte er dann mühelos in den Hamburger Schuldienst, wurde 1966 wieder zum Oberstudienrat befördert und nutzte diese Absicherung, um parallel zur Unterrichtsarbeit an der Universität Hamburg Soziologie zu studieren und zu promovieren. Danach ließ sich Klüver pensionieren und schrieb mehrere Bücher, in denen er sich als rechter Geschichtsrevisionist profilierte, mit Titeln wie: „Den Sieg verspielt. Mußte Deutschland den Zweiten Weltkrieg verlieren?“ Oder: „Es war nicht Hitlers Krieg“. Ein Unverbesserlicher, der bis zum 31.12.1998 aus Hamburg eine Oberstudienratspension bezog.

Max Klüver wurde am 22.4.1909 in Hamburg geboren. Er besuchte die Vorschule der Realschule Bogenstraße von 1915 bis 1918, danach die Oberrealschule Bogenstraße, an der er am 27.8.1927 das Abitur bestand.¹

Sein damaliger Schulleiter, Karl Züge, der in der NS-Zeit Oberschulrat für höhere Schulen in Hamburg wurde, schrieb 1943 einen bemerkenswerten Befähigungsbericht über Max Klüver, der zeigte, in welcher Tradition Züge selbst stand:

„St. Assessor Max Klüver ist eine ausgesprochene Führerpersönlichkeit. Schon als Schüler zeigte er seinen guten Einfluss auf seine Kameraden und hat durch seine ganze bisherige Tätigkeit das günstige Urteil nur bestätigt. Dass er wegen besonderer Tapferkeit vor dem Feind mit dem Deutschen Kreuz in Gold ausgezeichnet wurde, kann den nicht überraschen, der die vorbildliche Einsatzbereitschaft dieses jungen Mannes seit Jahren kennt. Als Lehrer ist er sehr tüchtig, versteht er es, die Jungen zu begeistern und durch sein reiches Wissen stark zu fördern. Wissenschaftlich interessiert, arbeitet er stets an sich weiter; dabei ist er bescheiden in

seinem Wesen und trotz seines bestimmten Auftretens der beste Kamerad. Für den Nationalsozialismus tritt er mit seiner ganzen kraftvollen Persönlichkeit ein. Seine Beförderung wird stark befürwortet, er wird auch an leitender Stelle einmal Überdurchschnittliches leisten.“²

Dieser Bericht war insofern bemerkenswert, als Karl Züge einfach sein Bild von dem ehemaligen Schüler Max Klüver und die Berichte über dessen Wirken an der Adolf-Hitler-Schule in Sonthofen, bei der HJ, wo er am Ende Hauptbannführer war, vergleichbar mit einem Generalmajor bei der Wehrmacht, zu einem Befähigungsbericht verdichtet hatte, um Max Klüver eine Stelle in Hamburg zu sichern. Denn der tatsächliche berufliche Werdegang Klüvers sah so aus:

Vom 29.10.1927 bis zum 15.3.1932 studierte er an der Universität Hamburg Geschichte, Englisch und Erdkunde. Die wissenschaftliche Prüfung für das höhere Lehramt legte er am 14.12.1932 ab. Auch in seiner Prüfungskommission saß der jüdische Psychologieprofessor William Stern, der schon bald nach Beginn der Naziherrschaft emigrieren musste. Klüver sollte dann den Vorbereitungsdienst an der Oberrealschule in Eppendorf ableisten.³

Am 17. Oktober 1933 erreichte ein Schreiben der Hitlerjugend, Gebiet Nordmark, die Landesunterrichtsbehörde in Hamburg. Gebietsführer Oldigs formulierte sein Anliegen: „Seit einigen Wochen haben wir in Lunden in Holstein eine Gebietsführerschule für die Nordmark-Hitlerjugend eingerichtet. Unser Erziehungsziel auf dieser Führerschule geht dahin, die jungen HJ-Führer in gleicher



Max Klüver, 1953

Weise körperlich und weltanschaulich zu ertüchtigen und zu schulen. Da ich selber nicht genügend Zeit habe, die weltanschauliche Schulung vorzunehmen, ist es notwendig geworden, eine Lehrkraft für dieses Gebiet anzustellen. Von meinem Oberbannführer Bartels, Meldorf, wurde ich auf Herrn Studienreferendar Max Klüver, Hamburg 30, Gneisenaustraße 43 aufmerksam gemacht. Nachdem ich mit Herrn Klüver selbst gesprochen habe, bin ich entschlossen, diesen mit der weltanschaulichen Durchbildung unserer HJ-Führer zu betrauen. Ich bitte Sie daher im Interesse unserer Hitlerjugend, Herrn Max Klüver sofort beurlauben zu wollen und ihn an die Gebietsführerschule der Hitlerjugend zu überweisen.“⁴

Die Bereitschaft in der Hamburger Landesunterrichtsbehörde, dem Anliegen der HJ und von Max Klüver zu entsprechen, war sehr groß. OSR Theodor Mühe teilte Klüver mit, dass dieser bis zum 30.9.1934 vom Vorbereitungsdienst in Hamburg beurlaubt werde. Die Tätigkeit an der Gebietsführerschule in Lunden „wird Ihnen im Falle der Bewährung auf Ihre Ausbildungszeit als Referendar voll ange-

rechnet werden. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß Sie das vierte Semester Ihrer praktischen Ausbildung, d. h. die Zeit vom 1. Oktober 1934 bis zum 30. März 1935 auf alle Fälle wieder an einer hamburgischen höheren Schule zubringen“.⁵

Max Klüver kam dann im Oktober 1934 zurück nach Hamburg, um an der Oberrealschule in Eppendorf die zweite Lehrerprüfung am 30.3.1935 abzulegen. Er bestand „mit Auszeichnung“. Anschließend wurde er an die neu aufzubauende Adolf-Hitler-Schule nach Sonthofen berufen, wo er als Schulleiter fungierte.⁶

Max Klüver arbeitete in Sonthofen, bis er als Offizier in den Krieg zog. Mit Hamburg wurde zum 31.3.1941 vereinbart, dass Klüver in die Anwärterliste für die höheren Schulen aufgenommen wurde.⁷

Am 28.4.1939 heiratete Klüver die Jungmädel-Untergaulehrerin Mathilde Schneider aus Plön, die Tochter eines dortigen Amtsrichters. Mit ihr bekam er fünf Kinder (1940, 1941, 1944, 1946, 1949). In den jeweiligen Geburtsurkunden wurde der berufliche Status von Max Klüver vermerkt. Beim ersten Kind war als Beruf Schulleiter in Sonthofen angegeben, beim dritten Kind 1944 stand Major, in der Geburtsurkunde aus dem Jahre 1946 vom Standesamt Timmendorfer Strand war Oberstudienrat vermerkt.⁸

Als Max Klüver 1941 von der Hamburger Schulverwaltung aufgefordert wurde, den „Nachweis der deutschblütigen Abstammung“ vorzulegen, antwortete er von der Kriegsfrente handschriftlich: „Es ist mir zur Zeit nicht möglich, die Papiere herbeizuschaffen, da meine Frau nicht in unserer Wohnung in Sonthofen sondern sich in Plön befindet. Ich möchte jedoch darauf hinweisen, daß ich für meine Frau und mich als Angehöriger des höheren Führerkorps der HJ den Nachweis bis 1800 und als Offizier bis zu den Großeltern habe erbringen müssen. Ich bitte um Auskunft, ob eine Bestätigung der Personalstelle der Adolf-Hitler-Schulen oder des Personalamtes der Reichsjugendführung über den erbrachten Nachweis bis 1800 für meine Frau und mich genügt. Heil Hitler! Klüver“⁹

Max Klüver war als Major, später Oberstleutnant im Krieg und wurde parallel dazu in Hamburg zunächst zum Studienrat und dann zum Oberstudienrat ernannt, ohne in diesen Jahren eine Hamburger Schule betreten zu haben. Am 29.3.1943 schrieb ihm der zwischenzeitlich für die Schulen zuständige Senator Friedrich Ofterdinger: „Der Herr Reichsstatthalter in Hamburg hat Sie mit Wirkung vom 1. März 1943 zum Studienrat ernannt. Ich beglückwünsche Sie herzlich zu dieser Ernennung und benutze die Gelegenheit, Ihnen für die Zukunft, besonders für die Zeit Ihres Einsatzes als Soldat, alles Gute zu wünschen. Mit diesem Wunsche verbinde ich die Hoffnung, daß Sie nach dem Siege alsbald ihre Friedenstätigkeit bei der Schulverwaltung arbeitsfreudig und in voller Gesundheit wieder aufnehmen können. Ernennungsurkunde und Einweisungsverfügung werden hier einstweilen verwahrt und können

jederzeit von Ihnen oder Ihrer Ehefrau in Empfang genommen werden.“¹⁰

Am 9.11.1943 teilte das Sekretariat des Reichsstatthalters in Hamburg dem Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung in Berlin mit, dass „der Führer dem Hauptmann Max Klüver, Bataillonskommandeur in einem Panzerregiment, das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes verliehen“ hatte.¹¹ Da es einen Runderlass des Reichsinnenministers, des Reichsfinanzministers und des Chefs der Reichskanzlei vom 19.1.1943 gegeben hatte, „betreffend Förderung der im Beamtenverhältnis stehenden Ritterkreuzträger“, wurde Max Klüver noch einmal befördert. Am 4.12.1943 erhielt



„Autogrammkarte“ als Ritterkreuzträger

er ein Glückwunschsreiben von Reichsminister Bernhard Rust: „Wie mir der Herr Reichsstatthalter in Hamburg berichtet, hat der Führer Ihnen in Anerkennung Ihres heldenhaften Einsatzes das Ritterkreuz zum Eisernen Kreuz verliehen. Zu dieser hohen Auszeichnung, die mich und alle deutschen Erzieher mit Stolz erfüllt, spreche ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche aus.“¹²

Und auch Reichsstatthalter Karl Kaufmann meldete sich bei Major Max Klüver unter der Feldpostnummer 01 797 C: „Über die Ihnen verliehene hohe Auszeichnung und über Ihre militärische Beförderung habe ich mich sehr gefreut und übermittle Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche. Als Zeichen meiner Anerkennung für Ihre Leistungen habe ich Sie mit Wirkung vom 1. Dezember 1943 zum Oberstudienrat ernannt.“¹³

Die Beurteilungen, die Max Klüver von der Hitlerjugend und der Wehrmacht bekommen hatte, waren hervorragend. Bei der Hitlerjugend hatte er eine steile Karriere hinter sich. Er war Leiter der Gebietsführerschule gewesen, des Kameradschaftsführerlagers in Hademarschen, Leiter des Nordmarklagers in Cuxhaven, Führer des Bannes Ostholstein, kommissarischer Leiter der Personalabteilung des Gebietes Nordmark und Gebietslagerkommandant auf den Parteitagen 1934 und 1935 in Nürnberg. Der Führer des Gebietes Nordmark, Wilhelm Kohlmeyer, bescheinigte ihm:

„Er war während seiner Tätigkeit als Schulleiter an der Gebietsführerschule durch seine persönliche, soldatische Haltung und seinen vorbildlichen kamerad-

schaftlichen Geist ein Vorbild aller Lehrgangs-Teilnehmer. Anlässlich eines Besuches des Reichsstatthalters Kaufmann in der Gebietsführerschule Malente, drückte dieser ebenfalls dem Bannführer Klüver seine volle Anerkennung über die dort geleistete Arbeit aus. Der Reichsstatthalter hatte ebenfalls Gelegenheit an einer Unterrichtsstunde, welche Klüver persönlich zur vollsten Zufriedenheit durchführte, teilzunehmen. Der Bannführer Klüver hat weiterhin aufgrund seiner Tätigkeit als Leiter der Nordmarkläger 1935 und 1936 einen großen Einfluss auf die einheitliche Ausrichtung des gesamten Führerkorps der Hitlerjugend der Nordmark gehabt.“¹⁴

Hauptmann Hermann Wahl von der Kriegsschule Hannover beurteilte Max Klüver am 10.5.1938:

„Max Klüver hat einen untadeligen Charakter. Er ist fleißig, besitzt einen gesunden Ehrgeiz, ist selbstbewusst, ohne aber unbescheiden zu sein und ist über den Durchschnitt begabt. Klüver, der einen vorbildlichen Lebenswandel führt und vielen, ihm anvertrauten jungen Menschen in entscheidenden Stunden ihres Lebens ein Führer gewesen ist, genießt den besten Ruf und ist bei allen Leuten seines großen Bekanntenkreises sehr beliebt.“¹⁵

Die Reichsjugendführung der Hitlerjugend stellte fest: „Klüver ist ein begabter Erzieher. In ihm vereinigen sich Befähigung und Erfahrung sowohl auf dem Gebiet der aktiven Jugendführung wie auch in der pädagogischen Erziehung. Auf seinem Fachgebiet (Volkskunde) verfügt Klüver über großes Wissen.“¹⁶

Max Klüver, der sich mit dem Hamburger Schulwesen nie identifiziert hatte, meldete sich 1945 in Hamburg nicht zurück. Da er die gesamte Kriegszeit als Offizier aktiv war, zuletzt als Oberstleutnant und Regimentskommandeur, zog er es vor, nicht in Sonthofen oder Hamburg vorstellig zu werden und sich entnazifizieren zu lassen, sondern in der Heimatstadt seiner Frau, in Plön. Auf mehrere Anfragen der Hamburger Schulverwaltung reagierte Klüver nicht. Am 17.11.1946 teilte Klüvers Mutter der Schulverwaltung in Hamburg mit, dass ihr Sohn sich im Hilfskrankenhaus Timmendorf befände. Verschiedene Versuche von OSR Heinrich Schröder, von Max Klüver eine Rückmeldung zu bekommen, scheiterten. Auf Anfrage der Schulbehörde vom 3.9.1949 teilte Max Klüver erstmalig mit, am 30.6.1949 vom Entnazifizierungs-Hauptausschuss Plön in Kategorie IV (Mitläufer) eingestuft worden zu sein.¹⁷

Am 8.2.1950 wurde von einem Sachbearbeiter der Hamburger Schulbehörde ein Vermerk in Klüvers Personalakte gelegt, der mit dem Satz schloss: „Herr Klüver soll angeblich heute als Kaufmann tätig sein, ein gutes Auskommen haben und auf die Wiederbeschäftigung im Hamburgischen Schuldienst keinen Wert legen.“¹⁸

Am 16.12.1952 meldete sich Max Klüver aus Plön dann doch beim neuen Personalreferenten für die höheren Schulen, Hans Reimers, zurück. Reimers vermerkte

das Gesprächsergebnis: „Herr Klüver bittet um Einstellung in den Schuldienst. Es wurde mit ihm nur über die Frage einer Beschäftigung im Schuldienst ab 1.4.1953 verhandelt; die beamtenrechtliche Seite seiner Angelegenheit wird die Juristen und das Personalamt beschäftigen müssen. Ich habe ihm erklärt, daß ich von der pädagogischen Seite gesehen bereit sei, die Möglichkeit seiner Einstellung zu Ostern 1953 vorzubereiten. Die Entscheidung über eine Einstellung liegt jedoch nicht ausschließlich beim Personalreferenten. Die Prüfung, ob seine Beschäftigung erfolgen kann, soll sofort durch Besprechungen mit dem Landesschulrat und dem Betriebsrat aufgenommen werden.“¹⁹

Schon am 21.7.1953 wurde Max Klüver zum Studienrat und Beamten auf Lebenszeit ernannt. Dabei wurde erwähnt, dass Klüver Hauptbannführer in der HJ gewesen und schon 1928 in den Nationalsozialistischen Studentenbund eingetreten war. Oberschulrat Wagner begründete den Ernennungsvorschlag mit den Worten: „Herrn Klüvers Unterricht ist straff durchgeführt. Er kann Jungen ansprechen und weiß, Fragen anzuschreiben, die die Jungen zum Selbstdenken veranlassen. Herr Klüver weiß aber auch packend zu erzählen.“²⁰

Es soll an dieser Stelle nicht darüber spekuliert werden, über welche Themen und Erfahrungen Max Klüver „packend zu erzählen“ vermochte. Ein ehemaliger Schüler des Gymnasiums St. Georg, Jürgen Sielemann, erinnerte sich an einen Lehrer Max Klüver, von dessen pädagogischen Künsten er nicht so angetan war: „Ich hatte im Gymnasium St. Georg etwa 1960/1961 einen Englischlehrer namens Klüver, der allerdings einen kläglichen Unterricht gab, die englische Aussprache nicht beherrschte und uns Schüler im Unterricht nur englische Texte lesen ließ, anstatt auch die freie Rede einzuüben. Er mußte damals schon kurz vor der Pensionierung gestanden haben. Im Unterschied zu Zindler war er friedlich und brüllte nie. Über die NS-Zeit hat er sich nach meiner Erinnerung nicht geäußert.“²¹

Max Klüver besaß auch nach seiner Einstellung 1953 eine unfassbare Unterstützung durch die Hamburger Schulverwaltung. Dass der in meinen Augen auch deutlich NS-belastete neue Personalreferent Hans Reimers ihn in den Hamburger Schuldienst übernahm, hatte sicherlich auch mit der juristischen Situation 1953 zu tun, weil ehemalige Nazis nach Art. 131 GG „Wiederverwendung“ im öffentlichen Dienst beanspruchen konnten. Und offensichtlich begriff niemand zu diesem Zeitpunkt, dass der nach wie vor in Plön wohnende Max Klüver die Anstellung in Hamburg lediglich nutzte, um anderen, persönlichen Interessen nachzugehen. Es begann damit, dass Klüver schon zu Beginn seiner Tätigkeit bei voller Stundenzahl einen freien Tag für sich beanspruchte. Oberschulrat Karl Wagner lehnte das ab: „Aus prinzipiellen Erwägungen muß die Schulbehörde leider Ihr Gesuch auf Gewährung eines dienstfreien Tages ablehnen. Es ist den Kollegen nicht zumutbar,

daß einige Kollegen dadurch, daß Sie einen dienstfreien Tag besitzen, an anderen Tagen für Vertretungen nicht zur Verfügung stehen können. Von einem Hamburger Beamten kann erwartet werden, daß er seinen Wohnsitz in Hamburg nimmt. Falls zwingende familiäre Gründe dem entgegenstehen, muß er die Konsequenzen selber tragen. Selbstverständlich hat die Schulbehörde nichts dagegen, wenn die Schulleitung bei der Festlegung der Stunden auf Ihre Züge Rücksicht nimmt.“²²

Als nächstes teilte Max Klüver der Schulbehörde mit, dass er bereits zwei Semester als Gasthörer in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg eingeschrieben war. Sein Ziel sei es, zu promovieren.²³

OSR Wagner fertigte dazu einen befürwortenden Vermerk an: „Herr Klüvers Arbeitskraft gewährleistet, daß er neben dem Hören von Vorlesungen seiner Pflicht in der Schule genügen wird. Außerdem hat er ja schon bisher solche Vorlesungen gehört und würde sie auch ohne Immatrikulation wohl als Gasthörer weiter besuchen. Voraussetzung für die Befürwortung ist, daß Herr Klüver keinerlei Anspruch auf Beurlaubung von Unterrichtsstunden oder auf besonders günstige Legung der Unterrichtsstunden erhebt.“²⁴

Am 3.5.1961 bestand Max Klüver die Fakultätsprüfung für den Studiengang der Sozialwissenschaften mit der Gesamtnote „gut“. Am 16.8.1967 promovierte Klüver in der Wirtschaft- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg. Sein Thema: „Sozialkritik und Sozialreform bei Heinrich Ahrens“.²⁵

Zwischen diesen beiden Prüfungen war Max Klüver vom Gymnasium St. Georg an das staatliche Abendgymnasium in St. Georg gewechselt. Schulleiter Klinge schrieb über ihn am 18.11.1963 einen Befähigungsbericht, in dem es hieß: „Herr Klüver ist erst seit Ostern 1963 am Abendgymnasium tätig. Deshalb kann mein Urteil nicht umfassend sein. Herr Klüver unterrichtet Englisch und vor allem Gemeinschaftskunde auf allen Klassenstufen. Für Gemeinschaftskunde ist er aufgrund seines nachträglichen Studiums der Soziologie besonders geeignet. Er betätigt sich gern und mit Eifer als Fachleiter in dem neuen Fach und ist immer bereit, den Kollegen Ratschläge zu geben. Er ist freundlich, aufgeschlossen, willig, sein Verhältnis zu den Kollegen ist gut. Auch zu den Schülern hat er ein gutes Verhältnis gefunden. Er hat Verständnis für ihre besondere Situation und ihre Schwierigkeiten und hilft ihnen, soweit es in seinen Kräften steht. Ich schätze Herrn Klüver als Menschen, Mitarbeiter und Lehrer und bin mit seiner Leistung durchaus zufrieden.“²⁶

Parallel zu seinen Studienaktivitäten bemühte sich Max Klüver auch darum, wieder zum Oberstudienrat befördert zu werden. All seine Versuche waren abschlägig beschieden worden. OSR Brüggemann stellte dazu fest:

„Die Bemühungen des Herrn K., wieder Oberstudienrat aufgrund seines Anspruchs auf ‚rechtsgleiche Unterbringung‘ nach Art. 131 GG zu werden, sind nach

dem Schreiben des Personalamts vom 29. Januar 1965 endgültig gescheitert. Herr K. hat zwar gegen diesen Bescheid Widerspruch erhoben, doch geht es ihm – wie Frau ORR Miething mitteilt – vor allem darum, „die Amtsbezeichnung Oberstudienrat führen zu dürfen“.²⁷

Unverständlicherweise erfolgte bei dieser Sachlage aus dem Kreis der Oberschulräte für die Gymnasien die Initiative, Max Klüver dennoch zum Oberstudienrat zu befördern. OSR Brüggemann schrieb dazu an Senator Drexelius: „Die Meinung zu dieser Frage ist innerhalb der Referatsgruppe geteilt. Da unter Umständen Rückwirkungen in der Öffentlichkeit zu erwarten sind, hat die Referatsgruppe in ihrer Sitzung am 15. Juni 1965 beschlossen, Ihre Entscheidung in dieser Angelegenheit zu erbitten.“²⁸

Und Brüggemann betonte, dass er bei dem uneinheitlichen Votum der Referatsgruppe Gymnasien als der für das Abendgymnasium St. Georg zuständige Dezernent die Ernennung von Max Klüver zum Oberstudienrat „entschieden befürworte“. Seine Argumente:

„Nun steht außer Zweifel, daß Herr K. ein hochbefähigter Lehrer von überdurchschnittlichen Qualitäten sowohl in fachlicher wie pädagogischer Hinsicht ist. Aus dieser Sicht beurteilt, könnte man seine Ernennung zum Oberstudienrat nur nachdrücklich befürworten. Nach meinen Eindrücken bei Hospitationen und Reifeprüfungen, denen sich auch der Schulleiter, Herr Oberstudiendirektor Klinge, anschließt, ist eindeutig festzustellen, dass Herr K. kein ‚Nazi‘ mehr ist und daß auch seine ‚braune Vergangenheit‘ im Unterricht nicht durchschimmert. Im Gegenteil, Herr K. gehört zu den Menschen, die durch den Zusammenbruch ihrer weltanschaulichen Bindungen an den Nationalsozialismus menschlich gereift sind und dadurch zu ihrer eigenen Vergangenheit ein gefestigtes und kritisches Verhältnis gefunden haben. Aber ebenso unbestreitbar ist, daß Herr K. für viele junge Menschen, die etwa in beträchtlicher Zahl auch aus Hamburg die Gebietsführerschule besuchten, zum Prototyp des ‚scharfen HJ-Führers‘ wurde und es in der Erinnerung dieser Menschen heute noch ist. Insofern ist bereits sein Name unter den Lehrern jüngerer Jahrgänge in ausgesprochen schlechter Erinnerung, und es ist nicht ausgeschlossen, dass Reaktionen des Unmuts und der Verärgerung auch in der Öffentlichkeit spürbar werden, wenn die Ernennung zum Oberstudienrat für Herrn K. publik wird. Demgegenüber ist aber darauf hinzuweisen, daß die Ernennung zum Oberstudienrat keine Änderung in der bisherigen Tätigkeit für Herrn K. bedeutet, insbesondere keine herausgehobene Funktion – wie z. B. bei einem Schulleiter – beinhaltet. Vielmehr wird im wesentlichen eine Anerkennung seiner pädagogischen Arbeit damit ausgedrückt, die ohne die angedeutete politische Belastung schon längst fällig gewesen wäre.“²⁹

Auf Grundlage dieser Argumentation, ohne jede juristische Notwendigkeit, wurde Max Klüver zum 15.3.1966 zum Oberstudienrat ernannt. Und es wird später noch zu prüfen sein, ob die Diagnose von OSR Brüggemann, „daß Herr K. kein Nazi mehr ist und seine braune Vergangenheit nicht durchschimmert“ Bestand hatte.

Im Weiteren wurde aus der „Angelegenheit Dr. Klüver“ nun beinahe eine Posse. Trotz seiner Beförderung zum Oberstudienrat, oder vielleicht auch deswegen, weil es ihm gelungen war, stellte Max Klüver am 2.12.1967 den Antrag auf vorzeitige Versetzung in den Ruhestand. Er begründete dies damit, dass man ihm vorher, 1965, die Beförderung verwehrt hätte und Landesschulrat Ernst Matthewes dies ausdrücklich mit Klüvers politischer Belastung begründet hatte. Klüver schrieb aber auch:

„In immer stärkerem Maße nehmen Teile der Öffentlichkeit an der Tätigkeit sog. ‚Ehemaliger‘ im Hochschul- u. allg. Schuldienst Anstoß. Speziell in meinem Fall haben Organe der Meinungsbildung entsprechende Kritik geübt (Ostzonale Presse, mehrfach der Deutschlandsender und schließlich 1966 das deutsche Fernsehen). Die wachsende Empfindlichkeit der deutschen Jugend gegen die Lehrtätigkeit von – auch nur formal – Belasteten kommt z. Zt. besonders stark an den Hochschulen zum Ausdruck. Ein Übergreifen dieser Tendenzen auf das allgemeine Schulwesen ist zu erwarten. Das macht meine Stellung im Schuldienst immer schwieriger – einen Vorgesmack habe ich anlässlich der Fernsehangelegenheit 1966 erhalten – und läßt mich im Konfliktfall zu einer Belastung für die Schulbehörde werden.“³⁰

OSR Brüggemann wies in einem Vermerk an den Schulsenator darauf hin, was mit „der Fernsehangelegenheit“ gemeint war: „Rundfunk und Fernsehen haben der Lehrtätigkeit von Herrn Klüver mehrfach kritische Betrachtungen gewidmet und in Frage gestellt, ob ein ehemals hoher HJ-Funktionär an einer öffentlichen Schule Gemeinschaftskunde und Geschichte unterrichten könne.“³¹

Und nun ergab sich die paradoxe Situation, dass die Referatsgruppe Gymnasien für die Ablehnung der vorzeitigen Pensionierung Klüvers votierte, während OSR Brüggemann, der noch ein Jahr zuvor Klüvers Beförderung betrieben hatte, feststellte: „Als zuständiger Schulaufsichtsbeamter kann ich mich den von Herrn Klüver angeführten Argumenten nicht entziehen. Ich meine, daß Herr Klüver Grund zu der Annahme hat, unter den gegebenen Umständen nicht mehr das uneingeschränkte Vertrauen seiner Vorgesetzten zu besitzen und bei öffentlichen Auseinandersetzungen über seine Person der Schulbehörde zur Last zu fallen. Ich befürworte deshalb den Antrag.“³²

Max Klüver wurde nicht vorzeitig in den Ruhestand geschickt. Er reagierte darauf auf seine Weise und nahm das Studium der Soziologie parallel zu seiner Leh-

ertätigkeit wieder auf, wohl gut mit seiner Tätigkeit an einem Abendgymnasium vereinbar. Am 27.11.1969 bestand er die Prüfung zum Diplom-Soziologen.³³

Am 23.2.1971, noch 61-jährig, stellte Klüver erneut den Antrag, in den Ruhestand versetzt zu werden. Ein Plöner Arzt bescheinigte ihm, unter „neurovegetativen Störungen, erheblichen Schlafstörungen und Hypotonie“ zu leiden. Es funktionierte, mit Wirkung vom 30.9.1971 trat Max Klüver in den Ruhestand. Die diagnostizierten Störungen konnte er danach ablegen, er starb nach langer Pensionszeit am 31.12.1998.

Max Klüver nutzte die vom Hamburger Schuldienst befreite weitere Lebenszeit dazu, einige Bücher in rechtsradikalen Verlagen und einem eigenen Verlag zu veröffentlichen, aus denen im Weiteren zitiert werden soll. Auch um zu belegen, wie sehr sich Klüvers ehemaliger Dienstvorgesetzter, OSR Brüggemann, getäuscht hatte, als er Klüver bescheinigte, „kein Nazi“ mehr zu sein, dass „seine braune Vergangenheit nicht mehr durchschimmern würde“ (auf den Unterricht bezogen). „Im Gegenteil, Herr K. gehört zu den Menschen, die durch den Zusammenbruch ihrer weltanschaulichen Bindungen an den Nationalsozialismus menschlich gereift sind und dadurch zu ihrer eigenen Vergangenheit ein gefestigtes und kritisches Verhältnis gefunden haben.“³⁴

Diese Fehldiagnose indes führte dazu, dass Max Klüver nach seiner Pensionierung noch über 27 Jahre aus Hamburg eine Oberstudienrats-Pension erhielt, mit deren Absicherung er Geschichtsklitterung betreiben konnte. Die Tätigkeit an der HJ-Gebietsführerschule, seine Zeit an der Adolf-Hitler-Schule und die Kriegszeit wurden dabei natürlich auf sein Besoldungsdienstalter angerechnet.

Es wirkt wie ein Hohn, dass Max Klüver einen Werbezettel, überschrieben: „Liebe Freunde, sehr geehrte Interessenten und Noch-zu-Interessierende“, verbreitete, der auch in seiner Personalakte landete: „Mein neues Buch wird in einer Startauflage von 10.000 Exemplaren zur diesjährigen Frankfurter Buchmesse erscheinen. Der Titel: ‚War es Hitlers Krieg? Die Irrtümer der Geschichtsschreibung über die deutsche Außenpolitik 1937/1939‘.“ Über seine Erfolge als Schriftsteller im rechtsradikalen Milieu notierte Klüver: „Die 1. Auflage (10.000 Exemplare) meines Buches ‚Den Sieg verspielt. Mußte Deutschland den 2. Weltkrieg verlieren?‘ war nach einhalb Jahren vergriffen. Im März 1984 erschien die 2. Auflage. Das Buch ‚Die Adolf-Hitler-Schule – eine Richtigstellung‘, war seit 1982 nicht mehr lieferbar. Da mit dem damaligen Verlag keine Einigung über eine 2. Auflage erzielt wurde, ich aber den Verbreitungsgrad der Kenntnis über diese Schulen durch nur eine Auflage für unzureichend hielt, entschloß ich mich, eine verbesserte 2. Auflage im Selbstverlag erscheinen zu lassen. Das geschah im Sommer 1983 in einer broschierten Ausgabe.“³⁵

Interessant am Rande sind die biografischen Hinweise, die Max Klüver über sich am Ende seiner Bücher gab. So wies er darauf hin, dass er für den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund im Jahre 1928/29 AStA-Mitglied gewesen war und von 1969 bis 1975 Leiter des größten privaten Hamburger Fremdsprachen-Instituts.³⁶ Diese Aussage passt mit den Daten seiner letzten Berufsjahre nicht zusammen, in seiner Personalakte war auch keine Nebentätigkeit angezeigt. Erinert sei auch an die Bemerkung von Max Klüvers ehemaligem Schüler Jürgen Sielemann, der erinnerte, dass Klüver „einen kläglichen Unterricht gab, die englische Aussprache nicht beherrschte und uns Schüler im Unterricht nur englische Texte lesen liess“.³⁷ Aber Kurse und Unterricht müssen Institutsleiter selbst vielleicht nicht geben.

In seinem Buch: „Den Sieg verspielt. Mußte Deutschland den 2. Weltkrieg verlieren?“ gab Klüver an, während des Krieges auch Kommandant der Offiziersbewerber-Schule „Großdeutschland“ gewesen zu sein sowie Inspekteur der Offiziersbewerber- und Reserveoffiziersbewerber-Lehrgänge des Heeres.³⁸

In seiner ersten Schrift setzte sich Max Klüver mit den vielen in den 1960er- und 1970er-Jahren geschriebenen Büchern über die Eliteschulen der Nationalsozialisten auseinander, die sich durchweg kritisch mit der Geschichte und der Funktion der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten (Napolas) und der Adolf-Hitler-Schulen beschäftigten. Klüver nannte sein Buch eine „Richtigstellung“. Es war der Versuch einer Rechtfertigung auch seiner zentralen Arbeit als einer der führenden Ideologen und Pädagogen der Adolf-Hitler-Schulen. Dies soll an einigen seiner Aussagen belegt werden, die er erstmalig 1979 im als rechtsradikal geltenden ASKANIA-Verlag veröffentlichte, dann 1983 und in 3. Auflage 1985 in dem von ihm selbst geführten Verlag.

Zur Einordnung noch kurz etwas zur Unterscheidung der Napolas und der Adolf-Hitler-Schulen: Die von dem Staatskommissar im preußischen Kultusministerium und späteren Reichserziehungsminister, Bernhard Rust, am 20.4.1933, Hitlers 44. Geburtstag, geschaffenen staatlichen „Nationalpolitische Erziehungsanstalten“ (Napolas) wurden von der SA, SS und der Wehrmacht gefördert. Ihre Zahl lag 1945 bei fast 40. Die Napolas waren Einrichtungen der Länder, unterstanden aber der Dienstaufsicht und der Verwaltung des Reichserziehungsministeriums. Im Zuge parteiinterner Rivalitäten beim Ausbau des nationalsozialistischen Schulsystems ging Bernhard Rust eine immer engere Bindung an die SS ein, was am Ende deren Führer, Heinrich Himmler, entscheidenden Einfluss auf die Napolas sicherte.

Die Adolf-Hitler-Schulen waren von dem Führer der Deutschen Arbeitsfront, Robert Ley, angeregt worden und von dem Reichsjugendführer, Baldur von Schirach, unterstützt, 1937 gegründet worden. Sie waren Parteischulen, als Oberstufeninternate für das 7. bis 12. Schuljahr dienten sie als Vorschulen für die NS-Ordensburgen.

In die Adolf-Hitler-Schulen kam man nur auf Vorschlag der örtlichen Parteiführung – vorausgesetzt, man hatte sich in der Hitlerjugend bzw. im Jungvolk bewährt und seine „Erbgesundheit“ und „Rassenreinheit“ durch einen lückenlosen „Abstammungsnachweis“ bewiesen. Die Napolas und Adolf-Hitler-Schulen sollten Jungen aller sozialen Schichten offenstehen. Der Besuch war unentgeltlich. Sämtliche Kosten, die den parteieigenen Schulen entstanden, wurden aus Mitteln der NSDAP beglichen. Die Partei sicherte sich im Gegenzug weitgehende Rechte. So konnten beispielsweise Eltern ihren Sohn nicht gegen den Willen der NSDAP von einer Adolf-Hitler-Schule nehmen.³⁹



Adolf-Hitler-Schule in Sonthofen, Foto 2016

„In allen diesen Schulen ging es, wie Hitler in ‚Mein Kampf‘ gefordert hatte, in erster Linie um die Heranbildung eines rassisch reinen ‚Menschenmaterials‘ kerngesunder Körper, aber auch um die Entwicklung des Charakters, die Förderung der Willens- und Entschlußkraft, die Erziehung zur Verantwortungsbereitschaft, erst in zweiter Linie um wissenschaftliche Schulung. Selbstvertrauen und Überlegenheitsgefühl sollten ebenso vermittelt werden wie vollkommene Opferwilligkeit und bedingungsloser Gehorsam – bis in den Tod.“⁴⁰

In einer gemeinsamen Erklärung von Baldur von Schirach und Robert Ley hieß es: „Die Adolf-Hitler-Schulen (AHS) sind Einheiten der Hitlerjugend (HJ) und werden von dieser verantwortlich geführt. Lehrstoff, Lehrplan und Lehrkörper werden von den unterzeichnenden Reichsleitern reichseinheitlich bestimmt. Die Schulaufsicht gehört zu den Hoheitsrechten des Gauleiters der NSDAP. Er übt sie entweder selbst aus oder übergibt die Ausübung dem Gauschulungsamt. Nach erfolgreicher Reifeprüfung steht dem Adolf-Hitler-Schüler jede Laufbahn der Partei und des Staates offen.“⁴¹

Es sollten zwölf Adolf-Hitler-Schulen aufgebaut werden mit jeweils neuen Schulgebäuden, nach Planungen einer eigenen nationalsozialistischen Architektur. „Aufgrund des Krieges und der Knappheit an Material und Arbeitskräften gerieten die Bauvorhaben ins Stocken, so dass alle Schulen mit einer Gesamtschülerzahl von rund 1500 im Jahre 1940 in der Ordensburg Sonthofen untergebracht waren.“⁴²

Max Klüver hatte beim Aufbau der Adolf-Hitler-Schulen eine wichtige Funktion innegehabt. In seiner Rechtfertigungsschrift schrieb er:

„Anfang Dezember 1936 verkündete von Schirach in Berlin auf einer Tagung der Gebietsbeauftragten für Schulfragen der HJ die Gründung von Internatsschulen, die späteren AHS, und ernannte K. Petter zum Inspekteur dieser Schulen. Am selben Tage wurde der Verfasser von diesem mit der Leitung einer dieser Schulen beauftragt und erhielt gleichzeitig den Auftrag, einen Lehrplan für die neuen Schulen zu erarbeiten. Dieser Lehrplan wurde im Januar 1937 vom Verfasser dem Inspekteur vorgelegt und mit ihm besprochen. Natürlich konnte das kein endgültiger Lehrplan sein. Er war weitgehend am Lehrplan für die höheren Schulen orientiert.“⁴³

Max Klüver druckte in seinem Buch einen Auszug aus dem Lehrplan ab, in dem es hieß: „Die Verarbeitung der wissenschaftlichen Vorträge geschieht in Arbeitsgemeinschaften (Seminaren), die von den Jungen selber geführt werden. Im Lehrplan sind regelmäßige Appelle und Kritiken vorgesehen, die vor allem dazu dienen sollen, den weltanschaulichen Glauben zu vertiefen und zu stärken. Es ist notwendig, daß die Jungen niemals weltanschauliche Zweifel mit sich herumtragen. In diesen Appellen stellt jede Kameradschaft einen Sprecher heraus, der in kurzen, klaren Worten die Ansicht seiner Gemeinschaft zu dem gehörten und besprochenen Thema dartut. Der Führer, der den Appell abhält, wird dann am Schluß des Appells in Form einer Kritik seine Meinung zu dem Gesagten sagen. Diese Meinung ist dann endgültig.“⁴⁴

Darüberhinaus wurde Max Klüver zum Leiter der Erzieherakademie der Adolf-Hitler-Schulen ernannt, ausgestattet mit der Verantwortung für die Ausbildung aller an den Adolf-Hitler-Schulen tätigen Pädagogen.

Max Klüver schrieb, dass die Erzieher der Adolf-Hitler-Schulen in der Regel HJ-Funktionäre waren: „Zentraler Punkt der Erziehung war das Führer–Gefolgschaftsverhältnis, dessen hervorragende Voraussetzungen Vorbild auf der einen und Vertrauen auf der anderen Seite sein sollten.“⁴⁵ Und er zitierte Baldur von Schirach, der bei der Eröffnung einer Adolf-Hitler-Schule erklärt hatte: „Die Männer, die Euch unterrichten, erziehen und führen, sind Männer Eures Geistes und Eurer Jugend. Es ist kein innerer Unterschied zwischen ihnen und Euch.“⁴⁶ Die Erzieher würden „die Rolle von Beratern und älteren Lebenskameraden“ übernehmen, „die ihr Wissen weitergeben wollen, der Jugend aber überließe[n], Führer zu werden“.⁴⁷ An anderer Stelle schrieb Klüver: „Entscheidend für die Entwicklung neuer Unterrichtsformen ist das Verhältnis Lehrer–Schüler. Und auf diesem Gebiet hat sich ein wesentlicher Wandel auf den AHS vollzogen. Das gemeinsame Band der HJ, äußerlich durch das verbindende ‚Du‘ ausgedrückt, und das dadurch entstandene Vertrauensverhältnis verwandelten das alte Gegeneinander des Lehrer–Schüler–Verhältnisses (in seiner

extremen Form als Pauker-Pennäler-Verhältnis) in ein gefolgschaftliches Miteinander. Es war ein Miteinander für dasselbe, vor allem vom Schüler als verbindlich erkanntes Ziel, ein Höchstmaß an Leistungen zu erbringen, um dem Anspruch einer künftigen Elite anzugehören, gerecht zu werden.“⁴⁸

Eine Rolle spielte dabei auch seine Ehefrau Mathilde, wie Klüver berichtete:

„Die Ehefrau des Verfassers war ehemalige hauptamtliche BDM-Führerin gewesen. Aus dieser Tatsache, verbunden mit einem besonderen Vertrauensverhältnis zu den Schülern des ältesten Jahrgangs der Schule Heiligendamm, ergab sich das ‚Du‘ auch als Anredeform zwischen den Schülern und ihr (das galt auch für die Ehefrauen anderer Erzieher dieser und anderer Schulen).“⁴⁹

Über die Erzieher berichtete Max Klüver:

„Die Erzieherschaft war jung und aufgeschlossen (Durchschnittsalter 27 Jahre), nicht vom Schulalltag sondern von der HJ-Arbeit geprägt. Infolge ihrer Jugend fehlte in ihr der Typ des Lehrers, den der jahrzehntelange Schulalltag mit seinem zermürenden Kleinkrieg mit Schülern, die ‚Pennäler‘ waren, ‚fertig‘ gemacht hatte und der sich selbst und den Schülern zur Last wurde.“⁵⁰

Max Klüver war offenbar nicht der einzige ehemalige Funktionär der Adolf-Hitler-Schulen, der nach Ende des Nationalsozialismus wieder in den öffentlichen Schuldienst gelangte: „Dem Verfasser sind die Namen von 63 ehemaligen Erziehern der AHS, die den Krieg überlebt haben, bekannt. Von ihnen waren 51 früher oder später wieder in den staatlichen Schuldienst eingetreten. Sieben hatten andere Berufe gewählt und bei fünf war die berufliche Nachkriegstätigkeit nicht mehr festzustellen“, resümierte Klüver.⁵¹

Es gab prominente Absolventen der Napolas und der Adolf-Hitler-Schulen wie zum Beispiel Hellmuth Karasek, Rüdiger von Wechmar, Horst Janssen. Der ehemalige Herausgeber der „Zeit“, Theo Sommer und der Schauspieler Hardy Krüger hatten die Adolf-Hitler-Schule in Sonthofen besucht.⁵² Von Hardy Krüger, 1928 in Berlin geboren, der als 13-Jähriger auf die von Max Klüver geleitete Adolf-Hitler-Schule in Sonthofen kam, gibt es dazu verschiedene Veröffentlichungen. So schrieb er: „Die Napola war die etwas mildere Form der NS-Eliteschulung. Die Unterschiede zwischen beiden Schultypen lassen sich schon bei den Mutproben während der Ausleseverfahren klar erkennen. Während man bei der Napola nur vom Zehnmeterbrett ins Wasser springen mußte, habe ich damals in Berlin im Winter in einem See unter dem Eis von einem Loch zum 10 m entfernten zweiten Loch schwimmen müssen.“⁵³ Und weiter stellte er fest:

„Als Adolf-Hitler-Schüler fühlten wir uns den Jungmannen in den Napolas haushoch überlegen. Die würden später mal vielleicht Verwaltungsbeamte. Wir aber wurden auf ganz andere Aufgaben in der Partei vorbereitet. Ich nahm damals

an, dass ich nach dem Endsieg Gauleiter von Moskau werden würde, mindestens ... Wir wurden zielgerecht darauf vorbereitet, wichtige Ämter im Staat zu übernehmen. So war ich also 1941 nach fünf langen Ausleseverfahren, bei denen es um Mut und Intelligenz und vor allem Weltanschauung ging, in die Ordensburg gekommen. In den ersten Briefen an meine Eltern schrieb ich 1941 aus Sonthofen: ‚Glücklich bin ich hier nicht. Das sollt ihr ruhig wissen.‘ Aber das hatte keine politischen Gründe. Mir lag einfach die Schleiferei, dieser schreckliche militärische Drill nicht. Es war ja wie in einer preußischen Kadettenanstalt. Natürlich bin ich freiwillig und gern in die Ordensburg Sonthofen gekommen. Das war für mich eine große Ehre. Wir wurden ja auch entsprechend als Auserwählte, als Elite der Jugend des Großdeutschen Reiches gefeiert. Und wir glaubten gern dem Lied, in dem es über uns hieß:

Ihr seid das kommende Deutschland.
Ihr seid unsere ganze Hoffnung.
Ihr seid die Garanten der Zukunft.
Deutschland blickt mit stolz auf euch.“⁵⁴

Über den Alltag in Sonthofen schrieb Hardy Krüger:

„Dem Adolf-Hitler-Schüler sollten alle Möglichkeiten offen stehen, denn hier sollte ja die neue Führungsschicht des Staates geformt werden. Segeln, Fechten, Reiten, Motorsport, Segelfliegen – das alles wurde uns 13-jährigen geboten. Der Unterricht war locker und glich mehr einer Vorlesung. Die Erzieher wurden von uns mit ‚Du‘ angesprochen, bei Klassenarbeiten verließen sie den Raum, vertrauten darauf, daß wir nicht abschrieben. Und doch war ich in dieser ersten Zeit nicht glücklich, ..., denn es herrschten raue Sitten getreu dem Führerwort: ‚In meinen Ordensburgern wird eine Jugend heranwachsen, vor der sich die Welt erschrecken wird. Eine gewalttätige, herrische, unerschrockene, grausame Jugend will ich.‘ In Waffenkunde lernte ich, mit verbundenen Augen ein Maschinengewehr auseinanderzunehmen, zu ölen und wieder zusammensetzen. In Biologie lernte ich, daß es keine Gleichheit der Rassen gibt. Und daß das Judentum keine Religionsgemeinschaft sei, sondern eine Rasse, und zwar eine minderwertige.“⁵⁵

Könnte man die Rechtfertigungsschrift Klüvers zu den Adolf-Hitler-Schulen noch als Versuch ansehen, sein Engagement als HJ-Funktionär zu erklären, so erwies sich Klüver in seinen weiteren Publikationen als unverbesserlicher Nationalsozialist, der in rechtsradikalen Verlagen versuchte, die Geschichte umzuschreiben. So etwa in seinem 1981 im Druffel-Verlag veröffentlichten Buch: „Den Sieg verspielt. Mußte Deutschland den 2. Weltkrieg verlieren?“⁵⁶ Der Druffel-Verlag war 1952 von dem bis zum Ende der Nazizeit stellvertretenden Reichspressechef der NSDAP,

Helmut Sündermann und seiner Frau Ursula, einer geborenen von Druffel-Freinin von und zu Egloffstein, gegründet worden.

Max Klüver pointierte: „Deutschland hätte den Krieg nicht zu verlieren brauchen. Sein starkes Wirtschaftspotenzial, seine moderne, wenn auch noch nicht vollendete Rüstung und seine überlegene militärische Führung hatten ihm einen Vorsprung vor den anderen Mächten verschafft und ließen es die ersten vier Feldzüge überraschend schnell gewinnen. Es mußte aber den Krieg verlieren, weil es der deutschen Führung an der Entschlossenheit fehlte, den Hauptgegner England zu vernichten und weil durch die Rüstungsversäumnisse vor dem Krieg und dann besonders in den Jahren 1939/41 die Feldzüge gegen England und die Sowjetunion nicht gewonnen werden konnten. Das mußte zum Verlust des Krieges führen.“⁵⁷

Max Klüver charakterisierte die deutschen „Hauptgegner“, die Sowjetunion und England, die beide das Ziel gehabt hätten, Deutschland zu vernichten, in der Rückschau noch im Jahre 1981 folgendermaßen:

„Vor dem Ersten Weltkrieg hätte es nach Hitler noch eine Möglichkeit gegeben, mit Rußland gegen England zu gehen. Ein solches Zusammengehen konnte er aber für die Nachkriegszeit nicht gelten lassen. ‚Heute liegen die Verhältnisse anders.‘ Nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges mußte das Testament der deutschen Nation lauten: ‚Duldet niemals das Entstehen zweier Kontinentalmächte in Europa!‘ Diese Erkenntnis mußte ihn zum Gegner einer sowjetischen Kontinentalmacht machen, die noch dazu im Besitze ‚der notwendigen Scholle für unser deutsches Volk‘ war. Und außerdem war dieses Rußland vom Bolschewismus beherrscht, in dem ‚wir den im 20. Jahrhundert unternommenen Versuch des Judentums zu erblicken (haben), sich die Weltherrschaft anzueignen.‘“⁵⁸

In seinem Buch „Es war nicht Hitlers Krieg“, 1993 veröffentlicht, behauptete Klüver, England habe einen Krieg gegen Deutschland vorbereitet: „Der bis zur Bigotterie gottesfürchtige Lord Halifax, der als Außenminister die britische Außenpolitik stärker beeinflusst hat als sein Premierminister Chamberlain, ist nicht erst durch ‚München‘ oder ‚Prag‘ zu seiner deutschfeindlichen Einstellung gekommen. Sein Ziel war unabhängig von einzelnen Ereignissen die Vernichtung des Nationalsozialismus, ‚the destruction of Nazism‘, wie er es in der Kabinettsitzung vom 25. September 1938 (also vor München) ausführte. Er sah im Nationalsozialismus eine Bedrohung der christlichen Zivilisation, die nicht nur durch die Verfolgung der Juden in Deutschland, sondern vielmehr durch die der christlichen Kirchen erwiesen war. Er war bereit, die große Herausforderung, die für ihn der ‚Nazism‘ für die geistige und moralische Integrität (spiritual and moral integrity) darstellte, aufzunehmen. Seiner Natur und Erfahrung nach war für ihn der einzige erträgliche Krieg ein heiliger Krieg, ‚a Holy War‘.“⁵⁹

Es soll nun nicht auf die Rekonstruktion des gesamten Kriegsverlaufs, die Max Klüver in zwei Büchern auf etwa 500 Seiten vornahm, eingegangen werden. Interessant ist, wie er im rechtsradikalen Verlag eine kritische Haltung gegenüber der deutschen Kriegsführung einnahm, ohne sich dem Verdacht aussetzen zu wollen, ein Hitler-Gegner geworden zu sein. Klüver schrieb über sich im Vorwort zu dem Buch „Den Sieg verspielt“: „Der Verfasser – Historiker und Anglist – hat sich schon als junger Student und dann besonders in der Zeit des Dritten Reiches Gedanken über das deutsch-englische Verhältnis gemacht. An Bismarck geschult und ein wenig mit englischer Geschichte und Politik vertraut, hat er die Außenpolitik Adolf Hitlers, insbesondere sein die Realitäten verkennendes Verhältnis zu England kritisch beurteilt und seine Bedenken in Schulungsvorträgen zum Ausdruck gebracht. Das geschah aus Sorge um die deutsche Zukunft, nicht als Ausdruck des Widerstandes oder eines in einer inneren Opposition – der Verfasser ‚war dabei‘.“⁶⁰

Klüver schrieb weiter: „Der Verfasser war von September 1939 bis Kriegsende Soldat. Er hat die Bedeutung der englischen Kriegserklärung und den Willen Englands, den Krieg bis zur Vernichtung Deutschlands zu führen, in ihren Konsequenzen erkannt. Ihn erschreckte die Leichtfertigkeit, mit der der Krieg in Deutschland aufgenommen und dem Volk der Ernst der Situation nicht klargemacht wurde. Seit der Teilnahme an den Invasionsvorbereitungen mit ihren primitiven Übersetzungsfahrzeugen, den ‚Campinen und Penichen‘, und dann als Angehöriger einer neu aufgestellten, unzulänglich ausgerüsteten und bewaffneten Panzerdivision hat er sich kritische Gedanken über die deutsche Rüstung gemacht. Sie wurden zu Zweifeln durch die Erfahrungen des Rußlandfeldzuges, durch Situationen der Hilflosigkeit gegenüber der Überlegenheit der gegnerischen Waffen. Dieses Buch stellt die entscheidenden Gründe für die deutsche Niederlage dar. Niederlagen haben ihre Ursachen vor allem in falschen Beurteilungen, Fehlentscheidungen, Unterlassungen und Versäumnissen der handelnden Personen. In Einmandiktaturen ist die Verantwortlichkeit leicht festzustellen. Im Dritten Reich war Adolf Hitler dieser eine Mann.“⁶¹ Und jetzt wurde es schwierig für Max Klüver: „Durch die Darstellung dieser Ursachen könnte der Eindruck erweckt werden, als hätte der Verfasser ein negatives Hitler-Bild. Das ist nicht der Fall. In einer Hitler-Biografie des Verfassers würde deutlich werden, daß Licht und Schatten, ‚Heil und Unheil‘, Größe und Versagen sein Hitler-Bild bestimmen.“⁶²

Noch 1994 veröffentlichte Max Klüver ein Buch, in dem er sich mit Autoren des rechten Spektrums wie Helmut Diwald, David Irving, Erich Schwinge und Herbert Taege auseinandersetzte und diesen vorwarf, in der „Kriegsschuldfrage“ rechte Positionen verlassen zu haben. Hier zeigte sich Max Klüver als unverbesserlicher Nazi:

„Ich habe lange überlegt, ob ich diesen Aufsatz, der schon längere Zeit in meinem Schreibtisch liegt, veröffentlichen sollte. Würde man mir nicht ‚Nestbe-

schmutzung' vorwerfen? Zumindest Diskreditierung verdienstvoller Autoren, von denen einer leider bereits gestorben ist und sich nicht mehr zur Wehr setzen kann? Ich habe immer noch die Worte eines Verlagslektors, mit dem ich das Projekt besprach in den Ohren: ‚Aber das sind doch unsere Leute!‘ Sicher sind sie das, und sie sollen es auch bleiben! Aber gerade deshalb ist es wichtig und erforderlich, ihre ‚Irrtümer‘, die in der Regel auf ungenügenden Detailkenntnissen beruhen, zu berichtigen und auszumerzen und ihren Aussagen dadurch noch größeres Gewicht zu geben. Hitlers ‚Schuld‘ – und da wir es nahezu alle wollten, auch die ‚Schuld‘ der Deutschen – bestand darin, daß er Danzig und den Korridor zurückhaben wollte. Die ‚Kriegsschuldfrage‘ ist gegenüber der ‚Auschwitzlüge‘ in der ‚rechten‘ Literatur etwas in den Hintergrund getreten und mit ihr die Frage der deutschen Ostgrenzen. Diese muß belebt werden und damit die Frage nach der Schuld am Kriege. Sie ist nicht beantwortet mit der Feststellung, wer den ersten Schuß abgegeben hat, wie das heute immer noch geschieht. Und es muß daran erinnert werden, daß Danzig und der Korridor nur ein Teilstück der deutschen Forderung nach Beseitigung des ganzen Versailler Diktats war, die nahezu alle Deutschen weit über die Anhänger des Nationalsozialismus hinaus vertraten.

Die Beschäftigung mit der Schuldfrage ist auch deswegen erforderlich, weil auf der ‚Rechten‘ Tendenzen zum Ausdruck kommen, die eine ‚Vergangenheitsbewältigung‘ als nicht mehr dringend oder gar erforderlich ansehen. Sie sei zusammengeschrumpft auf unwesentliche Aufgaben, deren Lösung man ‚Kaiser-Wilhelm-Gedächtnisvereinen‘ überlassen könne. Mit solchen Auffassungen und Gruppierungen ist beispielsweise ein Kampf gegen die Kriegsschuldfrage nicht zu führen.

Ein Teil der ‚Rechten‘ glaubt mit dem Bestreiten einer deutschen Alleinschuld den Kampf führen zu können. Das reicht nicht und entspricht nicht den historischen Tatsachen. Man gibt damit eine deutsche Schuld oder einen deutschen Schuldanteil zu, aber es seien auch noch weitere Schuldige vorhanden. Das schafft Unklarheit. Das Wort von der deutschen Alleinschuld muß aus dem revisionistischen Vokabular verschwinden, wie alle Formulierungen, aus denen deutsche Schuld abgeleitet werden kann wie ‚entfesseln‘, ‚vom Zaune brechen‘ und andere.

Wir haben zwar den ersten Schuß abgegeben, aber waren dazu gezwungen, weil man Gespräche, die zu einer friedlichen Regelung unserer berechtigten Forderungen hätten führen können, verweigerte. Und berechtigt waren unsere Forderungen. Die Frage des ersten Schusses ist gegenüber den Gründen, die eine friedliche Lösung verhindert haben, von ganz geringer Bedeutung.“⁶³

Was hatte Oberschulrat Brüggemann 1965 bei seinem Vorschlag, Max Klüver wieder zum Oberstudienrat zu befördern, diagnostiziert?

Es „ist eindeutig festzustellen, daß Herr K. kein ‚Nazi‘ mehr ist und daß auch seine ‚braune Vergangenheit‘ im Unterricht nicht durchschimmert. Im Gegenteil, Herr K. gehört zu den Menschen, die durch den Zusammenbruch ihrer weltanschaulichen Bindungen an den Nationalsozialismus menschlich gereift sind und dadurch zu ihrer eigenen Vergangenheit ein gefestigtes und kritisches Verhältnis gefunden haben.“⁶⁴

Selbst Oberschulräte können sich irren.

Anmerkungen

- 1 Personalakte Max Klüver, StA HH, 361-3_4605
- 2 Ebd. Siehe auch die Biografie Karl Züge, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile, Bd. 1, Hamburg 2016, S. 385ff.
- 3 Alle Angaben laut Personalakte a. a. O.
- 4 Schreiben vom 17.10.1933, Personalakte a. a. O.
- 5 Schreiben vom 7.11.1933, Personalakte a. a. O.
- 6 Personalakte a. a. O.
- 7 Ebd.
- 8 Ebd.
- 9 Schreiben empfangen am 26.5.1941, Personalakte a. a. O.
- 10 Schreiben vom 29.3.1943, Personalakte a. a. O.
- 11 Personalakte a. a. O.
- 12 Personalakte a. a. O.
- 13 Schreiben vom 24.12.1943, Personalakte a. a. O.
- 14 Beurteilungszeugnis für Max Klüver von HJ-Gebietsführer Kohlmeier vom 30.3.1937 in Klüvers Wehrmacht-Personalakte nach Auskunft der Deutschen Dienststelle der Wehrmacht in Berlin vom 18.10.2016.
- 15 Beurteilung durch Hauptmann Hermann Wahl vom 10.5.1938, ebd.
- 16 Beurteilung von HJ-Gebietsführer Petter vom 3.5.1938, ebd.
- 17 Alle Angaben laut Personalakte a. a. O.
- 18 Personalakte a. a. O.
- 19 Vermerk vom 16.12.1952, Personalakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Hans Reimers in diesem Buch.
- 20 Ernennungsvorschlag vom 21.7.1953, Personalakte a. a. O.
- 21 In einem Schreiben an mich vom 4.4.2016.
- 22 Schreiben vom 5.10.1953, Personalakte a. a. O.
- 23 Schreiben vom 3.5.1954, Personalakte a. a. O.
- 24 Vermerk vom 10.5.1954, Personalakte a. a. O.
- 25 Personalakte a. a. O.
- 26 Befähigungsbericht vom 18.11.1963, Personalakte a. a. O.
- 27 Vermerk von OSR Brüggemann an Senator Dr. Drexelius vom 16.6.1965, Personalakte a. a. O.
- 28 Ebd.
- 29 Ebd.
- 30 Antrag vom 2.12.1967, Personalakte a. a. O.
- 31 Vermerk vom 8.12.1967, Personalakte a. a. O.
- 32 Ebd.

- 33 Personalakte a. a. O.
- 34 Vermerk von OSR Brüggemann vom 16.6.1965, Personalakte a. a. O.
- 35 Schreiben von Dr. Max Klüver vom 15.8.1984, Personalakte a. a. O.
- 36 Max Klüver: Die Adolf-Hitler-Schulen. Eine Richtigstellung, Plön 1981, S. 215.
- 37 Siehe Anmerkung 18.
- 38 Max Klüver: Den Sieg verspielt. Musste Deutschland den 2. Weltkrieg verlieren?, München 1981, S. 352.
- 39 Johannes Leeb: Wir waren Hitlers Eliteschüler. Ehemalige Zöglinge der NS-Ausleseschulen brechen ihr Schweigen. Hamburg 1998.
- 40 „Welt“ vom 27.2.1999.
- 41 Abgedruckt in: Max Klüver 1981, S. 196.
- 42 de.m.wikipedia.org
- 43 Klüver 1981, S. 34f.
- 44 Klüver 1981, S. 198.
- 45 Klüver 1981, S. 164.
- 46 Klüver 1981, S. 166.
- 47 Klüver 1981, S. 167.
- 48 Klüver 1981, S. 43.
- 49 Klüver 1981, S. 170.
- 50 Ebd.
- 51 Klüver 1981, S. 162.
- 52 Leeb 1998, S. 16f.
- 53 Hardy Krüger: „Von der Ordensburg nach Babelsberg.“ In: Leeb 1998, S. 62.
- 54 Hardy Krüger 1998, S. 63f.
- 55 Hardy Krüger 1998, S. 64f. Ausführlicher stellte Krüger seine Zeit in Sonthofen in seinem autobiografischen Buch dar: „Was das Leben sich erlaubt.“, Hamburg 2016.
- 56 Max Klüver: Den Sieg verspielt. Mußte Deutschland den 2. Weltkrieg verlieren?, München 1981.
- 57 Max Klüver: Den Sieg verspielt, a. a. O., S. 301.
- 58 Max Klüver: Den Sieg verspielt, a. a. O., S. 77.
- 59 Max Klüver: Es war nicht Hitlers Krieg, Essen 1993, S. 191f.
- 60 Max Klüver: Den Sieg verspielt, a. a. O., S. 9.
- 61 Ebd.
- 62 Ebd.
- 63 Max Klüver: Zeitgeschichtliche Betrachtungen, Essen 1994, S. 7f.
- 64 Vermerk von OSR Brüggemann an Senator Dr. Drexelius vom 16.6.1965, Personalakte a. a. O.

Walter Hecht

„Wegen angeblicher Überschreitung des Züchtigungsverbotes an einem Privatschüler in Privatstunden von der Gestapo verhaftet.“

Ein ganz besonderer Fall ist der des Walter Hecht. Jenseits der politischen Verstrickung in das NS-System, insbesondere der Funktionärstätigkeit in der Hitler-Jugend, wurden Vorwürfe gegen Hecht erhoben, die in den Bereich „unsittlichen Verhaltens“ gegenüber Schülern fielen. Ein sensibles Feld, das nach 1945 nicht anders bewertet wurde als in der NS-Zeit.

Walter Hecht wurde am 14.12.1910 in Hamburg als Sohn des Reisevertreters Willy Hecht und seiner Frau Alwine geboren. Von Walter Hecht liegt im Staatsarchiv ein Foto vor, das ihn in NS-Uniform im Lehrerzimmer der Schule Von-Essen-Straße 82, Zeitung lesend, abbildet. Das Foto hatte mich neugierig gemacht, so dass ich versuchte, Dokumente und Unterlagen über Walter Hecht zu finden. Im Hamburger Staatsarchiv existierte keine Personalakte, wohl aber eine Entnazifizierungsakte. Daraus ging hervor, dass Hecht seit 1943 vor den Toren Hamburgs wohnte, in Harksheide. Ich vermutete, dass er nach der Ablehnung, in Hamburg wieder eingestellt zu werden, in Schleswig-Holstein versucht hatte, in den Schuldienst zu kommen. Und in der Tat, er war vor seiner Vergangenheit in Hamburg geflohen und die hatte nicht nur eine politische Dimension. In seinem Entnazifizierungsfragebogen hatte er unter Punkt 13: „Führen Sie alle Vergehen, Übertretungen und Verbrechen an, für welche sie verurteilt worden sind“ folgendes eingetragen: „Wegen angeblicher Überschreitung des Züchtigungsverbotes an einem Privatschüler in Privatstunden von der Gestapo verhaftet; erpresstes Geständnis, 5 Mon. U.-haft, März 1945, Hamburg.“¹ Da kam weiteres Interesse auf. Die Nachforschungen führten in gewisse Abgründe.

Der Anfang ist schnell erzählt. Walter Hecht besuchte nach der Grundschule von 1921 bis 1926 die Realschule in Eilbeck, danach bis zum Abitur 1929 die Oberrealschule St. Georg. Dann studierte er sechs Semester in Hamburg an der Universität, neben Erziehungswissenschaft, Psychologie und Philosophie die Wahlfächer Deutsche Sprache und Literaturgeschichte.²

Im Sommer 1932 meldete er sich für das Lehramt an Volksschulen zur Prüfung, die er im Dezember bestand. Zum 17.8.1933 wurde er in den Hamburger Volksschuldienst eingestellt. Parallel zur Klassenlehrertätigkeit bereitete sich Walter Hecht am Institut für Lehrerfortbildung auf die 2. Lehrprüfung vor.

Walter Hecht war seit seiner Kindheit als Turner in der Hamburger Turnerschaft von 1812 aktiv gewesen und leitete die dortige Jugendturnabteilung. Von daher lag es nahe, dass er Leibesübungen als technisches Fach wählte. Er bestand die 2. Lehrerprüfung im September 1936 und unterrichtete ab 1937 nur noch im „Oberbau“, also die älteren Schüler an der Schule Von-Essen-Straße 82. Seit 1933 war Hecht als Hilfslehrer auf ungesicherter Dreiviertel-Basis beschäftigt. Er hatte „die ständige Hoffnung auf Vollbeschäftigung“, wie er 1936 schrieb, die sich aber bis dahin nicht erfüllt hatte.³

Am 5.4.1937 suchte er das Gespräch in der Landesunterrichtsbehörde bei Oberschulrat Mansfeld. Kurz danach wurde er dann endlich mit voller Stundenzahl beschäftigt, am 1.8.1938 abgesichert als beamteter Lehrer.⁴ Sicher hatte dazu das NS-Engagement von Walter Hecht beigetragen. Er war am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten (Nummer 3 027 553), in den NSLB schon am 1.3.1933.⁵

Das könnte nicht nur, wie er später erzählte, aber auch wegen seiner ungesicherten Stellensituation geschehen sein. In einem wesentlichen anderen Punkte stimmte Walter Hecht mit der NS-Weltanschauung und der NS-Politik völlig überein. So war er in der Hitlerjugend aktiv seit dem 1.12.1933, erst als rühriger Scharführer, „Gebietsfachwart für Turnen“, Gaujugendturnwart im Gau Nordmark der Deutschen Turnerschaft. Walter Hecht trug die HJ-Uniform des Bannes Nord, auch in der Schule.⁶

Bis Ende 1944 blieb Walter Hecht ein Vorzeigelehrer mit seinen unermüdlichen Aktivitäten der Ertüchtigung der jungen Turner. Die HJ und die Hamburger Turnerschaft buhlten um seine Dienste. Auch deswegen wurde er im Hamburger Schuldienst fest angestellt. Am 6.1.1936 gab es die Möglichkeit, ganz zur Hamburger Turnerschaft überzuwechseln. Schulrat Gustav Schmidt hatte Hechts Vollbeschäftigung in der Schule am 24.6.1936 befürwortet und vermerkt, Walter Hecht sei „einer meiner lebendigsten und tüchtigsten Junglehrer“.⁷ Walter Hecht war für die deutsche Turnbewegung ein unverzichtbarer Funktionär. Der Deutsche Reichsbund für Leibesübungen forderte ihn für Lehrgänge immer wieder an. Am 8.4.1938 schrieb der Gaufachwart Krause an Schulleiter Carl Martens, dass Walter Hecht für einen Lehrgang der Gaujugendturnwarte unbedingt benötigt würde: „Ich weiß, daß für den Schulbetrieb der Wochenurlaub eines Lehrers gleich zu Beginn des



Walter Hecht, im Lehrerzimmer der Schule Von-Essen-Straße 82

Schuljahres recht störend ist und verstehe ihre Neigung, mir meine Bitte abzulehnen. Wenn ich Sie dennoch bitte, Hecht zu beurlauben, so veranlaßt mich dazu die Wichtigkeit des Lehrganges und die große Bedeutung, die er für das Breslauer Turn- und Sportfest hat, für das sowohl der Führer selbst, als auch Reichsminister Frick alle Behörden gebeten haben, seine Vorbereitung und Durchführung zu fördern und zu unterstützen.“⁸

Kam auf Reichsebene die Turnerjugend zusammen, wurde Walter Hecht angefordert und vom Schuldienst befreit. 1938/1939 gab es kaum ein Argument, das verhindern konnte, die Schuljugend im Turnen, in der Leibeserziehung zu schulen, zu stärken, zu stählen, sich im Vergleich mit Wettbewerbern zu messen. Walter Hecht war da in Hamburg und im Reich unverzichtbar, als Betreuer in Lagern, als Referent, als Wettkampfrichter.

Schulleiter und Schulbehörde befürworteten. Und immer wieder war es auch die Reichsjugendführung der Hitlerjugend, die den Gefolgschaftsführer Walter Hecht anforderte und benötigte. Es konnte passieren, dass um Hecht gebuhlt wurde, weil konkurrierende Veranstaltungen zum selben Zeitpunkt stattfanden. So schrieb HJ-Oberbannführer Asmus am 4.6.1942 an Oberschulrat Henze: „Ich bitte, den Gefolgschaftsführer Walter Hecht, der als Lehrkraft an der Schule Von-Essen-Straße 82 beschäftigt ist, nicht für den Ferieneinsatz der Schulverwaltung anzusetzen, da er in seiner Eigenschaft als Gebietsfachwart für Turnen laufend für die Hitlerjugend tätig ist, mit unserer Gebietsmannschaft in der letzten Augustwoche zu den Sommerkampfspielen der HJ nach Breslau muß und vorher für das Sommerlager der Hitlerjugend eingesetzt werden soll.“

Wie begehrt Walter Hecht war, ging auch aus einem Schreiben der Hamburger Turnerschaft hervor, die befürchtete, Walter Hecht könnte mit seiner Klasse 1942 in die Kinderlandverschickung (KLV) gehen. Darum wendete sich der Geschäftsführer der Hamburger Turnerschaft von 1816 an Senator Ofterdinger, der zu dem Zeitpunkt auch für den Schulbereich zuständig war: „Der Volksschullehrer Walter Hecht ist für die Wehrmacht dienstuntauglich (Venen-Entzündung). Er wird Ihnen in Erinnerung sein als der Festredner bei der 125-Jahrfeier der Hamburger Turnerschaft 1816. Hecht ist an der Schule Von-Essen-Straße 82 (Volksschule mit Oberbau). Er ist mit seiner Klasse in Aussicht genommen für die Kinderlandverschickung.

Hecht ist im Hamburger Turnen besonders verankert. Er ist der Gebietsfachwart der HJ für Turnen in Hamburg und soll im Auftrage der Reichsjugendführung 4–5 Reichslehrgänge durchführen. Außerdem ist er im besonderen bei der Hamburger Turnerschaft 1816 tätig. Kinderturnen (50–60 Kinder) 2x wöchentlich Griesstraße, Kinderturnen (50 Kinder) 2x wöchentlich Wendenstraße. Freiwillige Sportdienstgruppe des DJV 1x wöchentlich, Jugendliche 14-18 Jahre (30) 2x. Ferner hat

Hecht die Vertretung für den zur Heimflak eingesetzten Turnlehrer der Hamburger Turnerschaft Tobaben übernommen. Die Heimwehr turnt zweimal wöchentlich. HJ und Hamburger Turnerschaft würden also in große Schwierigkeiten kommen, wenn Hecht mit seinen Klassen fort müsste. Ersatz ist bekanntlich nicht zu beschaffen. Aus diesem Grunde bittet der Vorsitzende der Hamburger Turnerschaft von 1816 Herr Prof. Dr. Schliack freundlichst veranlassen zu wollen, dass Hecht hier in Hamburg bleibt und dementsprechend dann anders im Schuldienst eingesetzt wird.“⁹

Zur Belohnung für sein Engagement sollte Walter Hecht auf eine Hauptlehrerstelle gesetzt werden. Schulrat Wilhelm Dressel bewertete ihn in einem Befähigungsbericht positiv: „Mit Fleiß und Geschick widmete er sich von Anfang an seiner Lehrertätigkeit. Er versteht es, die Kinder durch seinen Unterricht anzuregen und zu fesseln. Er verlangt restlosen Einsatz von ihnen. Sein verbindliches, hilfsbereites Wesen sichert ihm im Kollegium ein gutes kameradschaftliches Verhältnis.“¹⁰

1944 forderte die Hitlerjugend, Hecht zur Wahrnehmung seiner HJ-Aufgaben an eine Schule in Altona zu versetzen. Oberbannführer Kuhlmann schrieb am 29.3.1944: „Der Obergefolgschaftsführer Hecht ist Lehrer am Oberbau Von-Essen-Straße 82 und gegenwärtig als Lehrer für Luftwaffenhelfer (HJ, Mittelschüler) in der Gruppe Süd eingesetzt. Im Rahmen der Hitlerjugend-Gebietsführung Hauptabteilung II versieht der Obergefolgschaftsführer Hecht das Amt eines Gebietsfachwartes, außerdem ist er in der Hauptabteilung III eingesetzt für das Führerschulungswerk und den Arbeitskreis für den Führerdienst und schließlich leitet er noch mehrere Ertüchtigungslehrgänge im Auftrage der Gebietsführung im Bann Altona. Da der Obergefolgschaftsführer Hecht erst kürzlich von Altona in die Gruppe Süd versetzt worden ist und darüber hinaus als Lehrer für Luftwaffenhelfer dauernd mit weiteren Versetzungen rechnen muss, ist ihm die Durchführung seiner wichtigen Aufgabe in der Hitlerjugend sehr erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht worden. Ich bitte daher, zu veranlassen, dass Hecht an eine Schule im eigentlichen Stadtgebiet Hamburgs oder in Altona versetzt wird.“¹¹ Und am 20.7.1944 bat die HJ sogar, Hecht für die Arbeit in der HJ ohne Gehalt zu beurlauben: „Die Verstärkung der Leibeserziehung im Hinblick auf die Notwendigkeit der Wehrtüchtigung auf breitester Grundlage macht es notwendig, dass die gesamte Lenkung auch in Hamburg in der Gebietsführung wieder von einem befähigten Fachmann übernommen wird. Der Mittelschullehrer Walter Hecht ist seit Jahren Gebietsfachwart für Turnen und bekleidet den Dienstgrad eines Obergefolgschaftsführers. Ich bitte Sie die Beurlaubung auszusprechen.“¹² Verglichen mit Wehrmachtsdienststrängen arbeitete Hecht im Range eines Oberleutnants bei der HJ.

Der Leiter der Schulverwaltung, Ernst Schrewe, antwortete darauf, dass dies nicht möglich sei. „Die Schulverwaltung ist zu ihrem Bedauern nicht in der Lage,

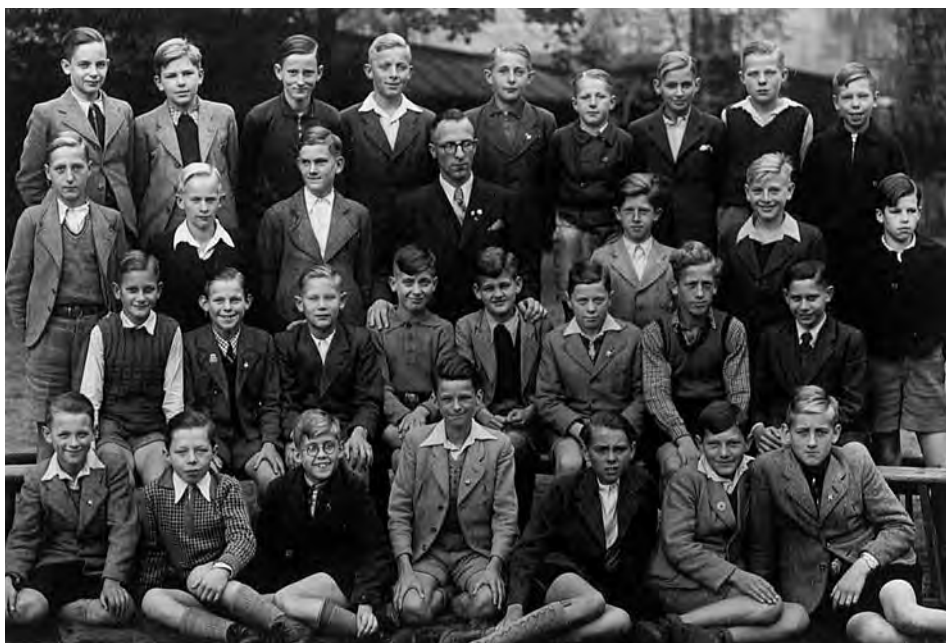
Hecht für Zwecke der Hitlerjugend ohne Gehalt zu beurlauben. An den Mittelschulen, insbesondere denen des Kreises 7, an denen Hecht tätig ist, besteht ein großer Mangel an Lehrkräften, der es nicht gestattet, Hecht gänzlich freizusetzen. Die Schulverwaltung kann daher Hecht nur ehrenamtlich für die weitere Erledigung seiner Aufgaben in der Hitlerjugend zur Verfügung stellen. Nach Rücksprache mit dem zuständigen Schulrat sind gelegentliche Diensterleichterungen aus besonderen Anlässen oder eine kurzfristige Beurlaubung für ganz besondere Aufgaben einmal möglich.“¹³

Walter Hecht war wegen einer Knieverletzung und Thrombose durch einen Unfall nicht „kriegsverwendungsfähig“ und wurde nicht zur Wehrmacht eingezogen.

Bei allen seinen HJ-Aktivitäten war zu erwarten, dass Walter Hecht im Mai 1945 bei der Entnazifizierung Schwierigkeiten bekommen würde. Aber Schwierigkeiten bekam er schon früher.

Das Drama begann mit dem Besuch einer Mutter beim Schulleiter Karl Engemann an der Schauenburgerstraße am 13.3.1945. Frau Sch. aus Nienstedten beschwerte sich über das Verhalten von Walter Hecht gegenüber ihrem 16-jährigen Sohn. Walter Hecht, HJ-Führer und zugleich Lehrer ihres Sohnes hatte Frau Sch. in HJ-Uniform zu Hause aufgesucht und erklärt, dass ihr Sohn große Defizite in der Schule hätte und angeboten, ihm für drei Reichsmark pro Stunde Nachhilfe zu erteilen. Es wäre ihr schwer gefallen, das Geld aufzubringen, erklärte sie, „da mein Mann schon sechs Jahre an der Front steht“. Und: „Es berührte mich eigenartig, dass Herr H. meinem Sohn gegenüber“ die Äußerung gemacht hatte, er könne nur Unterricht erteilen, „wenn ich selbst nicht im Hause sei, außerdem müsste das Zimmer verschlossen sein“. Der Unterricht hätte zehn- bis zwölfmal stattgefunden. Im Februar hätte ihr Sohn dann „ganz befangen“ erklärt, er könne nicht mehr in diese Nachhilfe gehen. Auf Nachfragen der Mutter hatte der Sohn „verschämt“ gesagt, „er solle jedes Mal die Hose herunterziehen und H. schlage ihn dann 3–4 min. auf das bloße Gesäß, angeblich weil er Fehler gemacht habe“. Frau Sch. hatte sich darauf an die HJ-Dienststelle in Blankenese gewandt und meldete sich auch bei dem Schulleiter Karl Engemann, der die Aussage protokollierte und an Schulrat Karl Schlotfeldt weiterleitete mit der Bemerkung, dass die HJ den Vorfall an die Gestapo gemeldet hatte. Engemann schrieb an Schlotfeldt, dass aus seiner Sicht sofort Schritte unternommen werden müssten. „Ich jedenfalls möchte auf die Mitarbeit eines derartigen Pädagogen verzichten.“¹⁴

Schulrat Schlotfeldt¹⁵ forderte eine sofortige Stellungnahme von Walter Hecht ein. Hecht bezeichnete die Darstellung von Frau Sch. in seiner fünfseitigen handschriftlichen Stellungnahme als „ungeheuerlich übertrieben“. Er halte „die ganze Sache eigentlich überhaupt für eine HJ-Angelegenheit“ und schilderte, der Sohn Sch.



Walter Hecht mit seiner Klasse an der Schule Von-Essen-Straße 82, 1937

habe seinen HJ-Dienst im Oktober 1944, seinen „Schanzendienst“, geschwänzt. Hecht habe dann mehrere Gespräche mit Sch. geführt. „Er schien das Verwerfliche seines Fortbleibens vom nationalen Einsatz einzusehen und tat mir eigentlich leid, da ich erfuhr, daß sein Vater als Soldat nicht auf ihn achthaben könne und dass auch seine Mutter berufstätig sei. Bei diesem Gespräch ergab es sich dann, daß er zur fünften Klasse der Mittelschule Schauenburgerstraße gehört, in der ich damals auch Turnen unterrichtete. Er sagte mir, daß er schulisch besonders im Deutschen und Englischen schlecht stünde und niemanden habe, der ihm darin helfen könne.“¹⁶

Hecht schilderte die Verhaltensauffälligkeiten des Schülers Sch.: „Hartnäckiges Leugnen, faul, träge, dauerndes Nichtaufpassen und in Folge Nichtbegreifen einfacher Grundbegriffe“. Und: „Das Vergessen oder Nichtanfertigen kleiner schriftlicher Arbeiten und anfangs sein Leugnen über das Schwänzen brachten mich mehrfach in einen tatsächlich berechtigten Zorn, so daß ich um ihn zu Fleiß und besseres Arbeiten zu bringen, ihn 3 oder 4 mal geschlagen habe. Da ich keinen Stock hatte und ihn aus Gesundheitsrücksichten nicht an den Kopf schlagen wollte, habe ich ihn mit der flachen Hand aufs Gesäß geschlagen, und zwar auf eine Turnhose, die er unter der dicken Überhose trug. Ein oder zwei Mal hatte er diese Turnhose nicht an und hat dann die Schläge auf das bloße Gesäß bekommen. Die Zeitdauer von 3–4 Minuten ist dabei bestimmt übertrieben. Jedes Mal aber hatte das Ganze den

Charakter einer berechtigten Bestrafung im Rahmen einer väterlichen Züchtigung, so, wie es ähnlich mir mit 14 oder 15 Jahren auch ergangen ist.“¹⁷ Abschließend schrieb Hecht, er sei in dieser Sache vor zwei Wochen schon beim HJ-Gebiets-Bannführer vorgeladen gewesen.

Am 17.3.1945 vermerkte Altonas Stadtinspektor Kunstmann: „Die geheime Staatspolizei – Herr Ewald – teilt fernmündlich mit, daß der Lehrer Amandus Walter Hecht, geboren am 14. Dezember 1910 zu Hamburg, wohnhaft zur Zeit in Harksheide, Ulzburgerstraße 38 bei Schröder, heute festgenommen worden ist. Hecht ist geständig, in nicht rechtsverjährter Zeit mit Schülern unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben. Vergehen und Verbrechen nach § 174 und § 175 StGB. Die Zuführung erfolgt nach Abschluss der Ermittlungen. Die Gestapo bittet, den Eltern in geeigneter Weise von der Festnahme ihres Sohnes Kenntnis zu geben. Die Gestapo führt Klage darüber, daß Herr Schulrat Schlotfeldt in der Sache Ermittlungen angestellt bzw. Hecht zum Bericht aufgefordert habe. Dabei hatte Hecht unwahre Angaben gemacht. Sie bittet darauf hinzuwirken, daß derartige Ermittlungen nach Möglichkeit unterbleiben. Hecht ist Mitglied der Partei seit April 1933, Mitgliedsnummer 3 027 552. Er ist ledig.“¹⁸

Senator Karl Witt wandte sich am 19.3.1945 an Reichsstatthalter Karl Kaufmann und bat um Einleitung eines förmlichen Dienststrafverfahrens gegen Walter Hecht. Kaufmann enthob Hecht vorläufig seines Dienstes. Da gegen Hecht ein Strafverfahren durchgeführt werde, solle das Dienststrafverfahren solange ausgesetzt werden.

Nach zehntägiger Gestapohaft kam Walter Hecht am 27.3.1945 in Untersuchungshaft, wo er sich auch am Ende der NS-Herrschaft noch befand.

Am 15.9.1945 vermerkte Stadtinspektor Kunstmann: „Hecht hat während seines Einsatzes im Hausunterricht einen Schüler mit der Hand oder Lineal auf das nackte Gesäß geschlagen und zugegeben, hierdurch bei sich Wollustgefühl hervorgerufen zu haben. Der durch Beschluss des ehemaligen Reichsstatthalters vom Amt enthobene Beschuldigte befand sich in Untersuchungshaft, ist jedoch inzwischen wieder auf freien Fuß gesetzt worden.“¹⁹

Am 12.10.1945 wurde die Anklageschrift vorgelegt. An der Bewertung dessen, was Hecht vorgeworfen wurde, hatte sich nichts verändert. Die Paragraphen 174 und 175 StGB galten nach wie vor.

Und auch die Ermittlungen der Gestapo, hier „staatspolitische Vernehmungen“ genannt, sowie die richterliche Vernehmung vom 18.3.1945 wurden zu Grunde gelegt. Danach stand für den Staatsanwalt fest: „Der Beschuldigte hat mehrfach zugegeben, dass er beim Schlagen des Jungen eine sinnliche Befriedigung fand. Er hat eine Verquickung von sexuellen und erzieherischen Motiven zugegeben. Später hat der Beschuldigte seine bei der Staatspolizei gemachten Angaben als erpresst

bezeichnet und sie widerrufen. Er will jetzt aus rein erzieherischen Gründen gehandelt haben. Diese Einlassung des Beschuldigten ist gar zu durchsichtig und unglaublich. Wenn die Aussagen vor der Gestapo wirklich erpresst sein sollten, so wäre es doch unverständlich, dass der Beschuldigte nicht schon bei seiner Zuführung in die Untersuchungshaft oder wenigstens bei der Vernehmung durch den Staatsanwalt seine Angaben berichtigt hat.“²⁰

Am 31.1.1946 vermerkte Kunstmann, Walter Hecht sei von der Britischen Militärregierung am 15.11.1945 entlassen worden. Die Strafkammer IV des Landgerichts verurteilte ihn am 29.11.1945 zu fünf Monaten Gefängnis, die durch die U-Haft als verbüßt galten. Die Mitteilung wurde auch von Oberschulrat Köhne und Schulrat Schmidt abgezeichnet, die schon in der NS-Zeit mit Walter Hecht befasst gewesen waren und ihn schulisch positiv beurteilten.²¹

Walter Hecht war also auf Anordnung der Britischen Militärregierung aus dem Beamtenverhältnis entlassen worden. Dabei hatte seine politische Verstrickung ins Naziregime die entscheidende Rolle gespielt.

Bei der Entnazifizierung Walter Hechts ergab sich ein Zuständigkeitsproblem. Da Hecht 1943 in Hamburg total ausgebombt und daraufhin vor die Tore Hamburgs nach Harksheide gezogen war, „verlangte die dortige Gemeinde, daß ich auch in Schleswig-Holstein entnazifiziert werden müsse. So reichte ich im Jahre 1946 meinen E.-Fragebogen im Kreis Stormarn ein; trotz meiner immer wiederholten Nachfragen und Bemühungen verzögerte sich die Angelegenheit leider bis zum April 1949, so daß erst danach meine Entnazifizierung auch vor dem Hamburger Ausschuss durchgeführt werden konnte.“²²

Im Entnazifizierungsverfahren brachte Walter Hecht einige positive Leumundzeugnisse bei. Die Hamburger Turnerschaft von 1816, in der Hecht als Turner und Jugendwart unermüdlich aktiv gewesen war, bescheinigte ihm: „Nachdem die Hitlerjugend den gesamten Jugendsport übernommen hatte, und die Vereine nur noch unter der Voraussetzung weiter Jugendarbeit betreiben durften, dass ihre Jugendleiter selbst Mitglied der HJ waren, wurde Walter Hecht, der damals außer seinem Amt als Vereinsjugendwart unserer HT von 1816 gleichzeitig das eines Gaujugendwartes der Deutschen Turnerschaft bekleidete, als ‚Gebietsfachwart für Turnen‘ für das Gebiet Hamburg von der Hitlerjugend übernommen. Seine Arbeit innerhalb der HJ hat daher in den ganzen Jahren nur auf fachlich-turnerischem Gebiet gelegen, und stets hat H. sich nach besten Kräften für die Belange der turnenden Jugend in der HJ eingesetzt, wie er auch bis 1945 trotz vielfacher anderweitiger Beanspruchung unermüdlich weiter als Jugendwart unseres Vereins tätig geblieben ist.“²³

Der ehemalige Leiter der Schulverwaltung, Ernst Schrewe, schrieb am 24.7.1948, dass die Hitlerjugend Walter Hecht 1944 hauptamtlich beschäftigen wollte,

was weder Hecht noch die Schulverwaltung gut fanden. Deshalb hatte Schrewe den Antrag abgelehnt: „Daß Herr Hecht mit seiner ablehnenden Haltung bei der Gebietsführung sich unbeliebt machte, hat er mir später berichtet.“²⁴ Ein merkwürdiger „Persilschein“.

Auch ehemalige Schüler aus den Jahren 1940 bis 1942 verwendeten sich für ihren ehemaligen Lehrer. Sie schrieben: „Der Sport und seine große Zielweisung, sich für ihn in den Dienst der Jugend zu stellen, waren auch die treibenden Motive, die ihn das Opfer auf sich nehmen ließ, sich ehrenamtlich in der Hitler-Jugend zu betätigen. Er hat den Verfolg seines inneren Rufs für diese Aufgabe mit dem Ausschluss aus der Lehrerschaft schwer gebüßt. Und wie uns dünkt – nicht gerechtfertigt. Denn gerade mit seinem sportlichen Wirken hat er eine Vielzahl junger Menschen aus der monotonen und verhassten Zwangsmaschinerie des Hitler-Jugend Dienstes herausgeholt und an sich gezogen. Dies und sein ungezwungenes offenes Wesen haben uns den Lehrer Walter Hecht als Mensch und Kameraden näher gebracht, näher, als es sonst im üblichen Maße der Fall ist.“ Und sie schrieben: „Während dieser Zeit haben wir ihn als Mensch und Lehrer gleich schätzen gelernt, und es ist uns nicht nur eine Genugtuung, sondern zugleich ein freudiges Bedürfnis, dieser Erkenntnis in einigen Zeilen Ausdruck zu verleihen. Bei dieser Rückschau kommt uns der Abstand der vergangenen Jahre mit ihren umwälzenden Ereignissen besonders zustatten. Sehen und erleben wir doch mit jedem Tage, dass wir in Herrn Hecht einen Lehrer hatten, der es verstand, uns mehr als nur die Grundlagen für unser jetziges und späteres Dasein zu schaffen. Denn er hat uns über den begrenzten Rahmen des Unterrichts hinaus den Blick für das Leben geöffnet, dem wir unsere heutigen Positionen verdanken, in einer Zeit in der ein Großteil der Jugend gemeinhin als verwahrlost und moralisch verkommen bezeichnet wird. Dabei verstand er es wie kein anderer, die trennende Barriere zwischen Lehrer und Schüler aufzuheben, und sich als Kamerad unter Kameraden zu erweisen, dem auch in dieser freiwillig eingenommenen Stellung die natürliche Achtung nie versagt blieb. Sein Unterricht war für die damalige ideologieverheizte Zeit geradezu erfrischend objektiv, und ließ auch dann immer noch einen Spalt nach ‚draußen‘ offen, wenn das tendenziös gefärbte Lehrbuch es anders vorschrieb.“²⁵

Beeindruckende Zeugnisse von dem positiven Engagement Walter Hechts als Lehrer, wiewohl die Gründe für seine Entlassung nur in seiner politischen Arbeit vermutet wurden. Und angesichts der gegenüber Walter Hecht erhobenen Vorwürfe dürfte eine Aussage, „er verstand es wie kein anderer, die trennende Barriere zwischen Lehrer und Schüler aufzuheben“, nicht nur entlastend gewirkt haben.

Auch der 22-jährige „Deutsche Meister im Turmspringen“, Günther Haase, der aus einer antinationalsozialistischen Familie stammte, äußerte sich über Walter

Hecht: „Herr Hecht kannte meine Einstellung und die meines Vaters. Gegenüber der Gebietsführung deckte er mich in jeder Weise und ermöglichte mir dadurch die Teilnahme an sportlichen Veranstaltungen. Am politischen Dienst in der Hitlerjugend habe ich durch den Einfluss Herrn Hechts nie teilzunehmen brauchen. Auf Grund von Diskussionen, die wir in der Gebietsriege mit Herrn Hecht während der langen, gemeinsamen sportlichen Arbeit des öfteren hatten, kann ich wohl behaupten, dass Herr Hecht von uns nur vollen sportlichen Einsatz verlangte, nie aber versuchte, uns irgendwie politisch zu beeinflussen. Im Gegenteil, wäre Herr Hecht nicht in so selbstloser Weise bei der Gebietsführung für uns Sportler eingetreten, hätte mancher vielleicht durch seine offene Ablehnung der Methoden des Nazisystems längere Zeit in einem politischen Jugenderziehungslager verbringen müssen, wie es zum Beispiel anderen Sportsfreunden von mir ergangen ist. Der Unterstützung Herrn Hechts während der Zeit des Nationalsozialismus habe ich zum großen Teil meine heutigen sportlichen Erfolge zu verdanken.“²⁶

Und auch Hans Brunckhorst, nach 1945 Schulrat und Gegner der Nazis in den zwölf Jahren zuvor, sprach sich positiv für Walter Hecht aus, dessen Kollege er an der Schule Von-Essen-Straße gewesen war. „Herr Hecht ist mir als ein frischer, lebendiger Turnlehrer, der etwas von seinem Fach verstand und es immer wieder fertig brachte, in fesselnder und mannigfaltiger Weise Leibesübungen mit den Schülern durchzuführen, bekannt geworden. Dass ihm irgendetwas Ungesundes im Verkehr mit den Kindern eigen war, habe ich nicht beobachtet, obgleich ich mich manches Mal mit ihm unterhalten und ihn auch bei seinem Turnunterricht beobachtet habe. Als Nationalsozialist war er mir und anderen gegenüber ein durchaus charakturvoller anständiger Mensch.“²⁷

Der Entnazifizierungs-Hauptausschuss des Kreises Stormarn stufte Hecht am 30.7.1948 als Mitläufer in die Kategorie IV ein. Die Bereitschaft bestand, das Verfahren mit Hamburg zu synchronisieren oder nach Hamburg abzugeben. Vor dem Beratenden Ausschuss in Hamburg hatte Hechts seine HJ-Funktionstätigkeiten damit erklärt, dass sie „sich nur auf das Turnen erstreckten, und daß er nur zwangsläufig als Jugendturnwart der HT von 1816 auf diese Bahn geraten sei“. Der Sprecher des Ausschusses, Friedrich Gosau, stellte dazu am 12.2.1949 fest: „Dazu passt jedoch nicht sein relativ früher Eintritt in die NSDAP (1.5.1933) und in den NSLB (1.3.1933). Auch die Einsichtnahme in die Personalakte ergab, dass H. sich sehr rege an der HJ-Arbeit beteiligte und sehr häufig zu turnerischen HJ-Treffen und -Wettkämpfen und zu Reichsschulungskursen von der Landesschulbehörde Hamburg beurlaubt wurde.“ Am Schluss hieß es dann: „Zu den Angaben im Fragebogen, die sich auf seine Verhaftung durch die Gestapo und auf ein erpresstes Geständnis beziehen, ist anzumerken, dass H. nach der Kapitulation von einem ordentlichen

Gericht ordnungsgemäß verurteilt wurde.“ Der Berufungsausschuss kann die „Wiederzulassung des H. zum Lehrerberuf nicht befürworten“.²⁸

Der Berufungsausschuss bewertete Hecht mit Blick auf die Leumundszeugnisse am 13.8.1949 eher positiv: „Die formelle Belastung von Hecht ist nicht erheblich. Es erscheint glaubhaft, dass Hecht nur der NSDAP als Junglehrer nach Ablegung seines Examens beigetreten ist, um keine Schwierigkeiten hinsichtlich einer festen Anstellung zu bekommen. Sein Einsatz in der HJ und im Reichsbund für Leibesübungen bezieht sich auf das Fachgebiet des Betroffenen. Dass Hecht darüber hinaus politisch gewirkt hat, ist nicht erwiesen und nach den glaubwürdigen Leumundszeugnissen auch nicht anzunehmen.“ Der Berufungsausschuss hat keine politischen Bedenken, Hecht als Lehrer wieder zuzulassen und überließ es der Schulverwaltung, Folgerungen aus dem Urteil des Landgerichts zu ziehen.²⁹

Hamburg zeigte keine Neigung, Hecht wieder zu beschäftigen. Hecht hatte in seinem Antrag auf Wiedereinstellung in Hamburg auch einen „sehr unangenehmen Vorfall leider noch erwähnen“ müssen. Dabei schrieb er: „Im März 1945 wurde ich überraschend von der Gestapo verhaftet, weil die Mutter eines Privatschülers, den ich berechtigterweise geschlagen hatte, mich dort anzeigte. In der Gestapohaft wurde mir das Geständnis erpresst, der spätere Widerruf aber in der Gerichtsverhandlung leider nicht anerkannt. In Wahrheit zutreffend ist indessen allein der Sachverhalt, den ich einen Tag vor meiner Verhaftung dem damaligen Schulrat Schlotfeldt in Altona in einer Eingabe einreichte. Dieses Schreiben ist bei den Akten der Schulbehörde, und ich darf hier hinsichtlich der Einzelheiten darauf verweisen. Auf Anraten meines Anwalts ging ich nach meiner Haftentlassung im August 1945 zu Herrn Prof. Dr. Bürger-Prinz, der mich vorsichtshalber einer psycho-therapeutischen Behandlung unterzog. Eine Fotokopie der von Herrn Prof. Bürger-Prinz ausgestellten Bescheinigung füge ich bei.“³⁰

Bürger-Prinz schrieb, dass Hecht bei ihm von September 1945 bis Oktober 1947 in Behandlung gewesen sei. „Es handelt sich um eine psychotherapeutische Behandlung, die einen durchaus guten Erfolg zeitigte, so daß nach ärztlichem und menschlichem Ermessen die Gefahr eines Rückfalles in die früheren Verhaltensweisen bei Herrn H. nicht mehr besteht.“³¹

Walter Hecht wurde am 17.8.1950 in Schleswig-Holstein wieder eingestellt, erst in der Volksschule Bargfeld, dann in Glashütte beschäftigt, danach, 1953, in Harksheide-Süd. 1954 verpflichtete er sich, die Mittelschullehrerprüfung abzulegen, kam an die Mittelschule nach Harksheide.³²

In Schulrat Heitmann fand Hecht offenbar einen Förderer. Sein erster Befähigungsbericht lobte den Lehrer Walter Hecht: „Der Lehrer verfügt über eine klare, natürliche und doch gepflegte Sprache, die in einem Vortrag des Gedichtes wie

auch in dem Bemühen um eine intensive sprachliche Schulung der Klasse zum Ausdruck kommt. Die Besprechung der einzelnen Phasen des Gedichtes hätte zu Gunsten des Ganzen etwas eingeschränkt werden können. Hecht ist ein zuverlässig arbeitender Lehrer mit einer gewissen Aktivität, die sich der Klasse gegenüber in einer allgemein anregenden Haltung auswirkt. Das Verhältnis zur Schülerschaft ist als gut zu bezeichnen. Hecht ist sehr interessiert für das Fach Leibesübungen. Seine Unterrichtsweise ist zusammenfassend mit ‚gut‘ zu bewerten.“³³

Der nächste Bericht von Frau Clausen vom 9.12.1952 fiel nicht ganz so positiv aus: „Herr Hecht ist ein sehr verantwortungsbewußt arbeitender Lehrer. Allerdings wirkt er selbst recht starr und auch ein wenig verkrampft. Nur so ist die überaus zwingend führende Unterrichtsweise zu erklären. Ihm selbst und seinen Kindern wäre eine sehr auf die Klasse eingestellte gelockerte und harmonische Führung und Arbeitsweise dienlich. Ich beurteile den Unterricht des Herrn Hecht mit ‚befriedigend‘.“³⁴

Zwischenzeitlich gab es einige Aufregung im Kultusministerium und beim Landrat in Stormarn. Hecht war bereits wieder Beamter auf Lebenszeit und sein Hamburger Fall wurde erst jetzt in seiner ganzen Tiefe wahrgenommen. Hecht stellte Schulrat Heitmann dar, was sich 1944/45 mit dem Schüler Sch. abgespielt hatte. Seine Einleitung enthielt einige Unrichtigkeiten, wenn er schrieb, dass er dem fünfzehnjährigen Schüler „auf Ersuchen seiner berufstätigen Mutter“ Privatstunden gegeben hatte und dass der Schüler „nach Darstellung seines Klassenlehrers sehr energisch behandelt werden musste“.³⁵ Klassenlehrer war Schulleiter Karl Engemann gewesen, der gar nicht wusste, dass Hecht die Mutter aufgesucht hatte, um Privatunterricht anzuregen und auch den „Tathergang“ stellte Hecht verkürzt dar: „In diesen wenigen Stunden zeigte er sich auch bei mir im ungünstigsten Licht: Er war faul, frech und verlogen. In berechtigtem Zorn habe ich ihn drei- oder viermal geschlagen. Da ich ihn aus gesundheitlichen Gründen nicht an den Kopf schlagen durfte und andererseits keinen Stock hatte, habe ich ihn mit der flachen Hand aufs Gesäß geschlagen, wobei er eine Turnhose an hatte. Er ist darüber hinaus in gar keiner Weise von mir berührt worden!“ Hecht schrieb ferner von der zehntägigen Gestapohaft: „In mehreren Verhören wurde ich durch heftiges Schlagen an den Kopf, durch Fußtritte und Drohungen zu dem Geständnisses gebracht, daß die Züchtigungen dieses Schülers – es hat sich nur um den einen Jungen gehandelt! – aus sexuellen Motiven erfolgt seien.“³⁶

Schulrat Heitmann schrieb am 5.6.1953, dass es „aus Harksheide seinerzeit unklare Einwendungen gegen die Beschäftigung Hechts gegeben hätte. Der Bürgermeister hatte nach Schilderung seines Falles auch Bedenken wegen des weiteren Verbleibens von Hecht in Harksheide geäußert. Heitmann schlug nun vor, Hecht

anderswo an eine „reine Knabenschule“ zu versetzen. Das Kultusministerium bestellte daraufhin die Strafakten aus Hamburg und wunderte sich über den Vorschlag von Schulrat Heitmann. „Ihr Vorschlag, H. an eine reine Knabenschule zu versetzen, ist insofern nicht ganz verständlich, als H. in seiner ihrem Bericht beigefügten Stellungnahme vom 1.5.1953 die Angelegenheit so darstellt, als sei ihm die körperliche Züchtigung gerade eines Knaben als unsittliche Handlung ausgelegt worden“.³⁷

Nach Durchsicht der Akten kam der Verwaltungsbeamte (V25) auf die Ungereimtheiten bei Hechts eigener Darstellung: „Eine Durchsicht der Akte ergibt, dass die Darstellung des Lehrers Hecht zu den fraglichen Vorgängen vom 1.5.1953 nicht ganz den Tatsachen entspricht: Tatsächlich war die Anregung zu dem Nachhilfeunterricht des Schülers Sch. nicht von dessen Mutter, sondern von ihm (H.) ausgegangen. Das von ihm angeblich durch die Gestapo erpresste Geständnis hat er nach seiner Überstellung in die Untersuchungshaft nicht nur am 28.3.1945 gegenüber dem Haftrichter, sondern noch am 3.4.1945 gegenüber dem sehr sorgfältig vernehmenden Staatsanwalt aufrechterhalten. Unter diesen Umständen erschien der Widerruf dieses Geständnisses vom 28.8. (vor seiner Entlassung aus der U-Haft) wenig plausibel und wurde auch durch das psychiatrische Gutachten vom 28.9., dass auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft vom Hauptgesundheitsamt über ihn erstellt wurde, widerlegt. Endlich hat er sich in Behandlung des Prof. Dr. Bürger-Prinz nicht ‚vorsichtshalber‘, sondern in bewusster Kenntnis seiner widernatürlichen Veranlagung begeben.“³⁸

Das Urteil des Landgerichts liegt in der Akte ebenfalls vor. Es soll im Detail nicht zitiert werden. Danach ist es aber eindeutig, auch durch die Aussagen von Gutachtern und sorgfältig ermittelnden Untersuchungsführern, nicht der Gestapo, dass bei Walter Hecht die Züchtigung auf nacktem Gesäß sexuelle Hintergründe hatte. Am Ende begründete das Gericht ein unteres Strafmaß damit:

„Auch besteht in der Person des Angeklagten in der Zukunft keine Gefahr für die Jugend, da er nicht mehr als Lehrer tätig ist. Aus diesen Gründen hat das Gericht dem Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt. Die gleichen Umstände sprechen auch für eine milde Strafe, zumal sich der Angeklagte wegen seiner Triebverkehrung in ärztlicher Behandlung begeben hat.“³⁹

Dies nun alarmierte das Kultusministerium in Kiel. V 25 vermerkte: „Nach Durchsicht der Strafakten und des Gnadenheftes ist festzustellen, dass nicht nur das Gericht bei der Strafzumessung als mildernden Umstand, sondern auch die damalige ‚Senatskommission für die Landesjustizverwaltung – Gnadenabteilung –, Hamburg‘ bei der Anordnung der beschränkten Strafregisterauskunft die Tatsache gewertet haben, dass Hecht ohnehin aus dem Lehrerberuf entfernt und daher keine Gefahr für die ihm anvertrauten Schulkinder mehr war. Weiterhin ist festzustellen,

dass H. mit der Vorlage seiner Wiedereinstellung nicht – wie im Lebenslauf eingetragen – das Ergebnis seiner Entnazifizierung, sondern offenbar das Ergebnis seines Gesuchs um Anordnung der beschränkten Registerauskunft abgewartet hat und mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht wieder eingestellt worden wäre, wenn eine unbeschränkte Registerauskunft Anlass zur Heranziehung der Akte gegeben hätte.“⁴⁰

Es wurde erörtert, wie weiter vorzugehen sei. Hecht war Beamter auf Lebenszeit. Eine Änderung erschien juristisch schwierig. Am Ende blieb ein Vorschlag für ein zukünftiges Verfahren: „Der Fall Hecht gibt meines Erachtens Veranlassung, von nun ab Ernennungen nur noch nach Einholung einer unbeschränkten Strafregisterauskunft auszusprechen. Da die Einstellungen in größerem Umfang nicht mehr vorgenommen werden, dürfte sich aus diesem Verfahren auch keine untragbare Mehrbelastung der Sachbearbeiter im Hause ergeben.“⁴¹

Die Bitte um Anordnung der beschränkten Auskunft hatte Walter Hecht am 22.4.1950 gestellt, offenbar auf Anraten seines Rechtsanwaltes: „Nach meiner am 29. August 1945 erfolgten Entlassung habe ich mich sofort bei Herrn Prof. Dr. Bürger-Prinz in Behandlung gegeben und diese Behandlung zwei Jahre hindurch regelmäßig fortgesetzt, bis ich mich von der krankhaften Triebrichtung, die die Ursache meiner Strafsache war, völlig geheilt fühle. Eine Fotokopie des von Herrn Prof. Bürger-Prinz 1949 ausgestellten Gutachtens über diese Behandlung und ihren Erfolg füge ich bei. Ich bin seither als Vertreter tätig. Im Hinblick auf diesen Umstand und insbesondere in Würdigung des ärztlichen Gutachtens von Herrn Prof. Dr. Bürger-Prinz bitte ich daher höflichst, meinem Gesuch um Anordnung der beschränkten Auskunft zu entsprechen.“⁴²

Ein Nachspiel gab es am 29.12.1954 im Kreisschulamt Stormarn. Schulrat Heitmann sprach mit dem Lehrer Walter Hecht. Dieser gab zu Protokoll: „Ich bin mit dem Gegenstand der Eröffnung betreffs meiner Strafsache aus dem Jahre 1945 bekannt gemacht worden. Mir ist eröffnet worden, daß Herr Kultusminister nach Anhörung des zuständigen Kreisschulrates zu der Auffassung gekommen ist, mich ggfls. an meinem jetzigen Dienstort Harksheide-Süd zu belassen. Ich weiß, daß diese Entscheidung einen so weitgehenden Vertrauensbeweis darstellt, daß dessen Bruch durch mich unweigerlich die Einleitung eines förmlichen Dienststrafverfahrens gegen mich nach sich ziehen würde. Ich verspreche ausdrücklich, mich, wie in den vergangenen fünf Jahren, auch in Zukunft in jeder Beziehung tadelfrei zu führen.“⁴³

Walter Hecht blieb nicht tadelfrei. Am 4.4.1966 erfolgte ein Ermittlungsverfahren des leitenden Oberstaatsanwalts in Itzehoe gegen Hecht. Ohne in Details gehen zu wollen, die in der Akte dargestellt sind, nur so viel: „Herr Hecht hatte einem Nachhilfeschüler Schläge auf das Gesäß gegeben. Die Eltern des Schülers waren mit diesen Maßnahmen einverstanden. Die Staatsanwaltschaft hatte nach Einholung

eines ärztlichen Gutachtens das Verfahren eingestellt, weil der Gutachter Prof. Dr. Bürger-Prinz unzüchtige Motive im Sinne des Paragraph 175 StGB verneint hatte.“⁴⁴

Die Begutachtung durch Prof. Bürger-Prinz war von der Verteidigung angeregt worden. V 25, der wieder mit dem Fall betraut war, vermerkte dazu: „Die Begutachtung des Beschuldigten war sicherlich zweckmäßig, die Auswahl des Gutachters muß jedoch erheblichen Bedenken begegnen, weil es sich bei diesem um den H. seinerzeit behandelnden Arzt handelte, so daß im Interesse der Gewinnung eines objektiven Gutachtens meines Erachtens aller Anlaß bestanden hätte, dieses Mal einen anderen Gutachter heranzuziehen. Das von Prof. B.-Pr. erstellte Gutachten vom 8.3.1966 hinterläßt einen nach hiesigen Erfahrungen relativ unfundierten Eindruck.“⁴⁵

Und ein anderer Verwaltungsbeamter schrieb: „Es ist auffallend, daß der Real- schullehrer Hecht im Jahre 1945 wegen des gleichen Deliktes verurteilt worden ist. Vielleicht muß man bei dieser Verurteilung berücksichtigen, daß sie noch unter dem NS-Regime erfolgte.“⁴⁶ Da irrte er: Das Landgericht hatte im Januar 1946 geurteilt.

Das als „relativ unfundiert“ bezeichnete Gutachten von Bürger-Prinz lohnt sich, im Ganzen wahrgenommen zu werden. Es ist unfassbar, dass auf dieser Grundlage solche Fälle entschieden wurden:

„H. wurde hier mehrfach ambulant untersucht. In weiterer Ergänzung der Vorgeschichte: H. war von 1945–1947 wegen seiner ihn damals erheblich beunruhigenden sexuellen Fehlhaltungen dann in ambulanter Behandlung. Die Behandlung hat insofern ein sehr gutes Resultat, als H. insgesamt wesentlich ruhiger wurde und mit seinen Träumen und Antrieben erheblich besser fertig wurde. Er war seinen Angaben nach bis 1950 aus dem Schuldienst heraus und hielt sich mit Nachhilfestunden und dergleichen über Wasser. Er wurde dann wieder in den Schuldienst aufgenommen und hat mittlerweile auch seine Prüfung als Mittelschullehrer bestanden. Seiner glaubwürdigen Schilderung nach ist er ein sehr einsatzbereiter und auch erfolgreicher Lehrer, der sich über den eigentlichen Schuldienst hinaus auch lebhaft in Jugend- und Gemeindegängen betätigt. Abgesehen von den mit diesen Gelegenheiten zusammenhängenden Sozialkontakten hat er keinerlei tiefere Bindung, lediglich an seine Eltern bzw. jetzt noch die Mutter, an die er sehr fixiert ist und auch pflegerisch völlig für sie sorgt. Seinen eigenen Angaben nach ist er im Laufe der Jahre ruhiger und geraffter geworden und vor allen Dingen verspürt er so gut wie keinerlei sexuelle Antriebe mehr. Sein Erlebnisfeld ist zweifellos von Interesse für die Schule und die Nebenbeschäftigungen völlig besetzt. Seine an sich reichen Antriebe sättigt er auf diesen Feldern auch völlig ab. Die psychologische Testuntersuchung bestätigt seine gute Intelligenz, seinen sehr guten Kenntnisstand und einen deutlichen Egozentrismus. Seine Affektivität und Emotionalität ist in die Tiefe wenig differenziert. Sie wird fast nur in der sozialen Oberfläche investiert.

Insgesamt machte er einen wesentlich ruhigeren und geraffteren Eindruck, als dies in den früheren Jahren der Fall war. Den in den Akten niedergelegten Äußerungen ist nichts Neues hinzuzufügen. H. lehnt alle sexuellen Erlebnisse bei den vorgenommenen Züchtigungen ab und motiviert ihre Vornahme mit den besonderen Umständen (Lernschwierigkeiten des Jungen und Sorge des Vaters um die Weiterentwicklung des Jungen usw.). Der körperliche Befund bot nichts für die Begutachtung Erwähnenswertes. Beurteilung: Es handelt sich um ähnliche Vorkommnisse wie auch schon im Jahre 1945. Die Schilderungen des H., dass der sexuelle Erlebnisbereich ihm immer ferner gerückt sei, ist durchaus glaubhaft und entspricht auch dem Gesamteindruck im Vergleich zu früher. Immerhin sind selbstverständlich die besonderen Umstände, unter denen die Züchtigungen erfolgten, nach der Richtung hin verdächtig, dass wieder Antriebe aus der sexuellen Fehlhaltung sich geltend gemacht haben könnten. H. lehnt diese aber ab. An seiner intakten Zurechnungsfähigkeit im strafrechtlichen Sinne kann kein Zweifel sein.⁴⁷

Dieses Gutachten könnte auch noch anders als nur „unfundiert“ bezeichnet werden.

Es gab kein Verfahren gegen Hecht. Intern wurde manches überlegt, eine disziplinare Ahndung erwogen. „Andererseits erscheint fraglich, ob damit mehr erreicht würde, als durch den Schock der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen (und die Anwaltskosten) erreicht wurde. H. ist an sich ein guter Lehrer und – ‚seltener Fall‘ – ‚echt‘ triebverkehrt.“⁴⁸ Die Versetzung zum nächsten Schuljahr wurde erwogen. Der Schulrat aus Stormarn schrieb an das Kultusministerium: „Herr Hecht ist ein ungewöhnlich fleißiger und gewissenhafter Lehrer, der sich weit über das übliche Maß hinaus für die Belange der Schule einsetzt und auf dem Gebiet der Leibesübungen hervorragende Leistung erreicht. Über die Sache selbst ist inzwischen Gras gewachsen. Es spricht niemand mehr darüber. Der Bürgermeister hat Herrn Hecht wieder eine Öffentlichkeitsaufgabe übertragen (Vorsitz des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge). Seine letzte Veranstaltung ist sehr anerkennend beurteilt worden. Da auch das Kollegium positiv zu ihm eingestellt ist, bin ich der Meinung, daß man von einer Versetzung absehen sollte. Persönlich wurde Herr Hecht im übrigen hart dadurch getroffen, daß er bei der Einrichtung von Konrektorstellen unberücksichtigt blieb.“⁴⁹

Das Schreiben an Walter Hecht lautete dann am 26.6.1968: „Ich kann Ihnen mitteilen, daß die dienststrafrechtliche Vorermittlung eingestellt worden ist, nachdem die Sache auch von der Staatsanwaltschaft nicht weiter verfolgt wird. Bestehen bleibt aber die Tatsache, daß Sie sich dem Schüler K. gegenüber äußerst unkorrekt benommen haben. Ihr Verhalten in dieser Sache findet meine schärfste Mißbilligung. Damit sich derartige Vorgänge nicht wiederholen können, untersage

ich Ihnen jegliche Züchtigung von Schülern und die Erteilung von Nachhilfeunterricht. Ich hoffe darüber hinaus, daß Sie sich in Zukunft den Schülern gegenüber in jeder Weise korrekt verhalten werden.“⁵⁰

1969 wurde Walter Hecht nach Norderstedt versetzt und zum Realschuloberlehrer befördert. Ab dem 1.9.1972 war er Realschulkonrektor, kommissarisch hatte er schon erfolgreich eine Realschule im Aufbau geleitet. Sein Einsatz für die Schule war vorbildlich.⁵¹ Im Befähigungsbericht vor der Beförderung schrieb Schulrat Hartmann am 7.2.1972: „Herr Hecht arbeitete mit sehr viel Freude, die sich auf die von ihm unterrichteten Schülerinnen und Schüler überträgt. Er versteht es immer wieder, durch vielerlei Impulse – dabei hilft ihm sein echter Humor – die Schüler zu aktivieren. Er hat einen guten Kontakt zu den Klassen. Zu loben ist sein Einsatz in und für die Schule.“⁵²

Ein Jahr später war Walter Hecht dienstunfähig. Durch mehrere Operationen fehlte er teilweise monatelang in der Schule. Am 31.7.1974 trat er in den Ruhestand. Danach erhielt er noch eine halbe Planstelle im Angestelltenverhältnis: „Herr Hecht ist ledig und braucht auch aus psychologischen Gründen die Weiterbeschäftigung mit halber Stundenzahl, die er – wie ich fest glaube – voll ausfüllen kann.“⁵³

Anmerkungen

- 1 Entnazifizierungsakte Hecht, StA HH, 221-11_E 6920
- 2 LArch SH, Abt. 811_33531, die Personalakte Hechts enthält auch die Personalakte aus Hamburg.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd.
- 5 Entnazifizierungsakte Hecht, a. a. O.
- 6 Ebd., siehe Bl. 52,53,56.
- 7 Personalakte Hecht, a. a. O., wie auch alle anderen zitierten Dokumente.
- 8 Ebd., wie auch die weiteren zitierten Dokumente.
- 9 Ebd.
- 10 Befähigungsbericht vom 30.1.1943, ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Ebd.
- 13 Schreiben vom 11.8.1944, ebd.
- 14 Diese Dokumente und die weiteren ebd.
- 15 Siehe Biografie Karl Schlotfeldt in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 254 ff.
- 16 Erklärung von Walter Hecht an Schulrat Schlotfeldt, wie auch die anderen Dokumente, ebd.
- 17 Ebd.
- 18 Schreiben vom 17.3.1945, ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.

- 22 Schreiben von Walter Hecht an den Personalreferenten der Hamburger Schulbehörde für den Volksschulbereich, Karl Hoffmann, vom 2.11.1949, ebd.
- 23 Dieses Schreiben vom 23.10.1946 wie weitere Dokumente in seiner Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 24 Schreiben vom 24.7.1948, ebd.
- 25 Schreiben vom 6.9.1947, ebd.
- 26 Schreiben vom 12.10.1942, ebd.
- 27 Schreiben vom 14.11.1949, ebd.
- 28 Ebd.
- 29 Ebd.
- 30 Ebd.
- 31 Gutachten vom 5.5.1949, LArch SH, Abt. 811_33531
- 32 LArch SH, Abt. 811_33530
- 33 Befähigungsbericht vom 6.11.1951, ebd.
- 34 Bericht vom 9.12.1952, ebd.
- 35 Alles zitiert aus dem Schreiben Walter Hechts an Schulrat Heitmann vom 1.5.1953, ebd.
- 36 Ebd.
- 37 Schreiben vom 5.6.1953, ebd.
- 38 Vermerk vom 11.7.1953, ebd.
- 39 Urteil des Landgerichts Hamburg vom 29.1.1946, S. 6, ebd.
- 40 Vermerkentwurf vom 16.11.1953, ebd.
- 41 Ebd.
- 42 Schreiben von Walter Hecht vom 22.4.1950, ebd.
- 43 Amtliche Eröffnung vom 29.12.1954, ebd.
- 44 Vermerk vom 2.9.1966, ebd.
- 45 Vermerk vom 2.9.1966, ebd.
- 46 Vermerk vom 9.9.1966, ebd.
- 47 Gutachten vom 8.3.1966, ebd.
- 48 Vermerk vom 17.2.1968, ebd.
- 49 Schreiben vom 15.3.1968, ebd.
- 50 Ebd.
- 51 Schreiben des Schulamtes Bad Segeberg vom 6.4.1972, ebd.
- 52 Ebd.
- 53 Schreiben vom 11.6.1974, ebd.

Peter R. Hofstätter

„Was die NSDAP anlangte, schien es das einfachste, Mitglied zu werden. Man zahlte seinen bescheidenen Beitrag, und das war's dann auch schon.“

In den 1960er- und 1970er-Jahren lehrte in Hamburg der Psychologe Prof. Peter Hofstätter. Auch viele Hamburger Lehrerinnen und Lehrer, die in dieser Zeit ausgebildet wurden, kamen in Kontakt mit Hofstätter bei Vorlesungen und seiner vielfältigen und auflagenstarken psychologischen Literatur. Hofstätter war 1963 in einen publizistisch und politisch Aufsehen erregenden Konflikt verwickelt, der mit dem Thema „Vergangenheitsbewältigung“ zu tun hatte, nachdem Hofstätter für eine „Generalamnestie für Kriegsverbrechen“ plädierte und in einer Podiumsdiskussion argumentiert hatte, die Tötung von Juden während des Zweiten Weltkrieges könnte nicht als Mord gewertet werden sondern als Kriegshandlung. Während der antiautoritären Studentenbewegung kursierten unter den Studierenden Gerüchte, dass Hofstätter während des Krieges Wehrpsychologe und Nationalsozialist gewesen wäre. Dies alles kann aufgeklärt und dargestellt werden.

Intensive Recherchen haben dazu geführt, dass die Material- und Dokumentenlage zu Peter Hofstätter außerordentlich umfangreich ist. So liegen neben seiner Personalakte von der Universität Hamburg auch eine Personalakte der Wehrmacht aus seiner Zeit als Wehrpsychologe vor, sowie Unterlagen aus dem Reichsjustizministerium, als Hofstätter als Psychologe im Kriminalbiologischen Dienst des Strafgefängnisses Berlin-Tegel tätig gewesen war. Hofstätter selbst hatte 1992 in dem Band 3 der „Psychologie in Selbstdarstellungen“ seine Sicht der Dinge veröffentlicht. Die Auseinandersetzung um Hofstätters umstrittene Aussagen 1963 ist ausführlich dokumentiert in einer Handakte, die der damalige Pressechef des Hamburger Senats, Erich Lüth, der selbst Beteiligter der Podiumsdiskussion gewesen war, angelegt hatte. Zudem besteht eine Dokumentation des jüdischen Malers und Schriftstellers Arie Goral, der ebenfalls an der Diskussion 1963 leidenschaftlich beteiligt war.

Peter R. Hofstätter wurde geboren am 20.10.1913 in Wien als Sohn des bekannten Gynäkologen Robert Hofstätter (1883–1970). In seiner Selbstdarstellung berichtete Peter Hofstätter, dass seine Eltern vor ihrer Hochzeit „von der katholischen in die lutherische Kirche übertreten waren, da diese ihnen – gegebenenfalls – eine Scheidung und die Wiederverheiratung erleichtern würde“.¹ Die Eltern führten eine ungewöhnliche Ehe mit einem Zusammenleben „in getrennten Bereichen der

geräumigen Wohnung, das eigentlich nur beim gemeinsamen Mittagessen in Erscheinung trat“. Der Sohn wusste aber: „Ganz sicher war ich jedoch, dass sie – jeder Teil für sich – mich inständig liebten und mich als einziges Kind wohl auch zum Ersatz für das fehlende ‚Familienleben‘ maßlos verwöhnten.“²

Über seinen Vater berichtete Hofstätter: „Die häufigen Theaterbesuche mit ihm waren ein großer intellektueller Gewinn. Sein Denken wurzelte ganz bewusst in der klassischen Antike, deren große Erinnerungsstätten – Athen, Delphi, Konstantinopel und Rom – er mich auf Ferienreisen kennen und lieben lehrte. Dazu kam eine Maxime, die ich erst allmählich zu verstehen begann: Sie stellte das Gefühlsleben – nicht nur die Sexualität – unter den Imperativ: ‚Halte heilig die Ekstasen!‘ Im Kern bedeutete auch für ihn, wie das C. G. Jung von Freud berichtet, ‚die Sexualität ein Numinosum‘ – und das ist sie wohl aller Modernität zum Trotz wirklich!“³

Hofstätter berichtete, dass beide Eltern „aus dem gehobenen Wiener Bürgertum“ stammten, „wobei in der väterlichen Linie der Offiziersberuf als besonders anstrengenswert galt“. Die Eltern ließen sich dann tatsächlich 1927 scheiden und gingen danach jeweils eine zweite, glücklichere Ehe ein.⁴

Hofstätter besuchte in Wien die Volksschule und dann das von Benediktinern geleitete altrenommierte „Schottengymnasium“. In seinen Erinnerungen schrieb Hofstätter: „In der Volksschule hatte der Geist des ‚roten‘ Wien geherrscht, aus dem heraus der Klassenlehrer uns als kaum Achtjährigen das sozialistische ‚Freundschaft‘ als Klassengruß oktroyierte, um uns sodann – es muß wohl 1922 gewesen sein – auf ewige Treue zur Republik Österreich buchstäblich zu vereidigen. Bei den Schotten war man dagegen konservativ und im Grund wohl monarchistisch eingestellt. Im ganzen habe ich nur angenehme Erinnerungen an das Gymnasium. Es lenkte uns, ohne unsere Freiheit einzuschränken, und ließ zum Beispiel mir genügend Zeit, um Oper und Konzerte zu besuchen und ganz hemmungslos für den Dirigenten Wilhelm Furtwängler zu schwärmen.“⁵

Peter Hofstätter ging nach dem Abitur 1932 an die Wiener Universität, um Physik und Chemie zu studieren, mit der Intention, Lehrer zu werden. „Nur am Rande und sozusagen zum Ausgleich hörte ich Karl Bühlers Hauptvorlesung, die ‚Allgemeine Psychologie‘, von der ich mir einbildete, das meiste ohnedies schon aus meiner auf eigene Faust getriebenen Lektüre zu wissen.“⁶ Hofstätter litt schon damals nicht an Minderwertigkeitskomplexen. „Die Psychologie, so meinte ich, würde ein amüsantes Hobby für einen Gymnasiallehrer sein, der sich von diesem Beruf nur eine beamtenhafte Lebenssicherung erwartete, sofern es ihm nicht gelingen sollte, in der eigentlichen Forschung als Physiker oder als Chemiker voranzukommen.“⁷

Er war beeindruckt und steigerte seine Wertschätzung für die Psychologie als er mit einem von Bühlers Assistenten, Egon Brunswik (1903–1955) in Berührung

kam, der bei ihm einen eher naturwissenschaftlichen Zugang zur Psychologie be- stärkte. Vorher hatte sich die Psychologie für Hofstätter so dargestellt, dass dort, „wo sie thematisch interessant wird, sehr viel bloß verbale Schaumschlägerei statt- findet, während sie dort im naturwissenschaftlichen Sinn umso exakter wird, wo sie sich – wie in der Psychophysik – anscheinend mit lauter Belanglosigkeiten abgibt.“⁸

Hofstätter wechselte das Hauptstudienfach, weil ihn Brunswik darin bestärkte, dass seine bisher mathematisch-naturwissenschaftliche Ausbildung für die Psycho- logie nützlich sein würde. Damit änderte sich allerdings auch die Berufsperspektive für Hofstätter, obwohl er wusste, „daß es für Psychologen nur sehr wenige Stellen geben würde. Durch meinen Vater und die Zuwendungen seitens des zweiten Man- nes meiner Mutter war ich aber in der glücklichen Lage, noch nicht so schnell an das Geld verdienen denken zu müssen. Eine wissenschaftliche Laufbahn schien da- her möglich zu sein.“⁹

Das Studium der Psychologie dauerte damals bis zur Promotion acht Semes- ter, da „recht wenige akademische Pflichtleistungen verlangt wurden“.¹⁰ Hofstätter nutzte die Zeit und besuchte kunsthistorische Lehrveranstaltungen und solche in der Medizin und der Psychiatrie.

Er schloss seine Studien schon nach vier Jahren mit der Promotion als Dr. phil. im Dezember 1936 ab. Von Mai 1936 bis März 1938 arbeitete Hofstätter als unbe- zahlter Assistent an Bühlers Institut.¹¹

Durch seine Besuche in medizinischen Lehrveranstaltungen bekam Peter Hof- stätter Kontakte zu Medizinstudenten, die einen „Akademischen Verein für medizi- nische Psychologie“ gegründet hatten, dem er sich anschloss. „Zu unseren Aufga- ben gehörte die Veranstaltung je eines Vortrages pro Woche sowie mehrere Semi- nare und Kurse“, zu denen beispielsweise Anna Freud, Alfred Adler und, als junger Arzt, Konrad Lorenz, als Vortragende eingeladen wurden.¹²

Die Arbeit in diesem Verein sollte folgenreich für Hofstätters weitere wissen- schaftliche Karriere werden. Am 8. Mai 1936 veranstaltete der Akademische Verein eine Geburtstagsfeier zu Sigmund Freuds 80. Geburtstag im großen Wiener Kon- zertsaal. Peter Hofstätter hatte als damaliger Präsident die Ehre, den Festred- ner anzukündigen: Thomas Mann, der über das Thema „Freud und die Zukunft“ sprechen sollte.¹³

Peter Hofstätter erinnerte das Szenario so:

„Ich bin – so glaube ich – niemals mit größerer Nervosität auf einem Podium gestanden als an jenem Abend, an dem ich die völlig überflüssige Aufgabe hatte, Thomas Mann einzuführen. Niemand, der damals im kulturellen Wien Rang und Namen besaß, fehlte – außer Freud, dem seine Krankheit nicht einmal erlaubt hatte, bei sich zuhause unsere Glückwünsche persönlich entgegenzunehmen. Außerdem

mißtraute er der ihm gezeigten Anerkennung: ‚welch ein Unsinn, die Mißhandlungen eines langen Lebens zu einem bedenklichen Termin gut machen zu wollen! ... Nein, wir bleiben lieber Feinde‘, hat er schon im voraus am 21.2.1936 an Arnold Zweig geschrieben.“¹⁴

Peter Hofstätter war bei diesem „ehrvollen Auftritt“ 22½ Jahre alt, es war das Jahr 1936 und in Kenntnis der weiteren historischen Entwicklung war abzusehen, dass die öffentlich so stark wahrgenommene Feierlichkeit für den jüdischen Psychoanalytiker Sigmund Freud mit dem Festredner und späteren Emigranten Thomas Mann in Kreisen, die schon bald auch in Österreich herrschen sollten, mehr als skeptisch gesehen wurde.

Im September 1937 bekam Hofstätter seine erste Anstellung als Heerespsychologe beim österreichischen Bundesheer, das nach Anschluss Österreichs an Deutschland in die deutsche Wehrmacht eingegliedert wurde. Hofstätter schrieb dazu:

„Nach kaum mehr als einem halben Jahr ging meine Tätigkeit als Österreichischer Heerespsychologe zu Ende. Ich käme mir schäbig vor, wenn ich heute leugnen wollte, dass ich den ‚Anschluß‘ begrüßt habe. Er entsprach nicht nur der ersten Verfassung der Republik ‚Deutsch-Österreich‘, die sich darin als einen Teil des Deutschen Reiches verstand, sondern auch der allseits als hoffnungslos betrachteten wirtschaftlichen Lage des Landes. Bereits im November 1928 hatte es eine große Unterschriften-Aktion gegeben, in der sich neben den Bürgermeistern der Hauptstädte von allen österreichischen Bundesländern – auch Wiens! – sämtliche Rektoren der österreichischen Hochschulen und zahlreiche Vertreter von Kunst, öffentlichem Leben und Wissenschaft ohne parteiliche oder konfessionelle Unterschiede dafür aussprachen, endlich den verfassungsgemäßen, aber von den Siegermächten bisher nicht gestatteten Anschluss zu vollziehen.

Was die NSDAP anlangte, schien es das einfachste, Mitglied zu werden, wie auch im ‚christlichen Ständestaat‘ ab 1933 jeder Träger eines öffentlichen Amtes der ‚Vaterländischen Front‘ hatte angehören müssen. Man zahlte seinen bescheidenen Beitrag, und das war’s dann auch schon. Von Hitler aber galt, was Joachim C. Fest als kritischer Biograf noch 1976 ausführte: Wenn er ‚Ende 1938 einem Attentat zum Opfer gefallen wäre, würden nur wenige zögern, ihn einen der größten Staatsmänner der deutschen, vielleicht den Vollender ihrer Geschichte, zu nennen.‘ Persönlich brauchte er einem deshalb nicht besonders sympathisch zu sein. Wäre mir das wohl Bismarck mit seiner viel zu hohen Stimme und seiner antiösterreichischen



Peter Hofstätter, 1963

Politik gewesen? Schließlich weiß man aus der Gruppendynamik, daß die Führungsrolle nicht an jemanden zu gehen pflegt, der bloß beliebt und sympathisch ist.“¹⁵

Hofstätter sah es also als einen „einfachen Akt“ an, in die NSDAP einzutreten. Sicherlich geschah dies auch aus Opportunismus, um seine Beschäftigungsmöglichkeiten nicht zu gefährden. Immerhin hatte Peter Hofstätter kein grundsätzliches Problem mit der Parteimitgliedschaft. Auch nicht damit, das parallel zu seinem Aufnahmeantrag und dem Beginn seiner Tätigkeit bei der Prüfstelle XVII der deutschen Wehrmacht Prof. Karl Bühler verhaftet worden war, so dass Peter Hofstätter über seine Arbeit als Volontär-Assistent, wie er es bezeichnete, kein Zeugnis beibringen konnte, „da Professor Bühler sich in Untersuchungshaft befindet“.¹⁶

Aus Hofstätters Personalakte bei der Wehrmacht geht auch hervor, dass er am 1.7.1940 in die NSDAP aufgenommen wurde, nach zweijähriger Wartezeit (Mitgliedsnummer 8 450 352).¹⁷

Im Zeugnis, das die heerespsychotechnische Stelle in Wien ihm am 4.5.1938 ausstellte, hieß es:

„Dr. Peter Hofstätter, welcher noch keinen Militärdienst geleistet hat, war vom Anfang seiner hiesigen Dienstverwendung erfolgreich bemüht, sich in die militärische Umwelt einzuleben und den soldatischen Formen anzupassen. In fachlicher Hinsicht oblag Dr. Hofstätter die wissenschaftliche Überprüfung der in Anwendung befindlichen Untersuchungsmethode sowie die Mitarbeit bei der Verfassung der Gutachten. Er hat hierbei gut entsprochen und war sehr bemüht, den an ihn als einzigen Fachpsychologen gestellten zahlreichen Anforderungen nach Möglichkeit zu entsprechen. Das dienstliche und private Verhalten des Dr. Hofstätter war jederzeit einwandfrei.“¹⁸

Hofstätter gab am 7.5.1938 eine Erklärung ab, in der es hieß, dass er nicht vorbestraft sei, „niemals den marxistischen oder den legitimistischen Parteien angehört habe, niemals Mitglied einer Loge oder einer logeähnlichen Vereinigung gewesen“ war und „daß ich mich mit ganzem Herzen und rückhaltlos zum nationalsozialistischen Staate bekenne“.¹⁹

Peter Hofstätter wollte unbedingt eine Anstellung als Heerespsychologe in Wien erhalten und wandte sich an die „Hauptstelle der Wehrmacht für Psychologie und Rassenforschung“ am 4.6.1938 mit dem dringlichen Gesuch, nicht in Berlin sondern in Wien eingesetzt zu werden, „da ich bei meinem Vater lebe, der selbst geschieden und nahezu ohne gesellschaftlichen Umgang, durch meine dauernde Versetzung schwer getroffen würde. Ferner strebe ich die Habilitierung an der Universität Wien an. An dritter Stelle möchte ich noch anführen, daß die Trennung von meinem Bekanntenkreis in Wien für mich eine schwere menschliche Belastung bedeuten würde.“²⁰

Es dauerte einige Zeit, bis alle Formalia geregelt werden konnten, Hofstätter kam nach Berlin, ihm wurde mitgeteilt dass er „zum dauernden Tragen von Uniformen verpflichtet“ wäre.²¹ Die Bedingung für seine Einstellung und Beförderung zum Regierungsrat war außerdem ein zweimonatiger Dienst als Rekrut bei einem Artillerieregiment, der am 28.1.1940 absolviert war.²²

In diesem Zusammenhang wurde auch der Antrag auf NSDAP-Mitgliedschaft seit Juli 1938 behandelt und am 1.7.1940 positiv beschieden. Hofstätters Beförderung zum Regierungsrat in der Wehrmachtpsychologie wurde dann „im Auftrage des Stellvertreters des Führers am 31.5.1940 zugestimmt“.²³

In einem Befähigungsbericht der Dienststelle für Eignungsuntersuchungen III in Berlin vom 20.2.1941 wurde über Peter Hofstätter festgehalten, er trete „jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat ein“, er „hat es gelernt, sich bei der Truppe genügend durchzusetzen und Prüfungen entsprechend zu organisieren“. Er wurde als „dienstefrig“ und als „beliebter Kamerad“ beschrieben, der „sicher auftreten“ konnte und „gute gesellschaftliche Formen“ besaß. Über seine charakterliche Veranlagung hieß es: „Von ruhigem Selbstbewusstsein, schlagfertig und von trockenem Humor. Im Umgang trotz deutlicher Bewusstheit aufgeschlossen und gefühlsmäßig gut ansprechbar. Besitzt einen wachen Umweltblick und kritisiert gern sich und andere, ohne dabei Mitgefühl und Herzenswärme vermissen zu lassen. Reife, in sich geschlossene und gefestigte Persönlichkeit.“ Einschränkend wurde ergänzt: „Bedarf in soldatische Hinsicht noch der Förderung.“²⁴

Ein Wort noch zu Hofstätters Beziehung zu Karl und Charlotte Bühler und Egon Brunswik. In Hofstätters Biografie machte es sich für ihn gut, nach 1945 auf Wiener Kontakte zu den Bühlers und die Episode der Geburtstagsfeier von Sigmund Freud hinzuweisen. Faktisch hatte der damals 22- bis 25-jährige Student keine wirkliche Beziehung zu Karl und Charlotte Bühler gehabt. In deren großem Institut mit über 30 Doktoranden war Hofstätter als unbezahlter Mitarbeiter mit „wissenschaftlichen Hilfsarbeiten“ betraut, nach achtsemestrigem Studium, in dem er 1935, 1936 und 1937 im Sommer monatelang in Korea, Japan und China gewesen war, um einerseits seine Mutter zu besuchen, die mit ihrem zweiten Mann in Korea lebte und um Testuntersuchungen mit japanischen und koreanischen Kindern durchzuführen, die Bestandteil seiner Doktorarbeit waren²⁵, gehörte er auch nicht zu der Gruppe um Karl und Charlotte Bühler, die im Sommer 1937 mit 30 Doktoranden nach Paris fuhren, um an dem internationalen Psychologenkongress und zwei weiteren Kongressen teilzunehmen.²⁶

Hofstätter schmückte sich später mit Namen, er betrieb namedropping ohne realen Hintergrund. Im Falle der Bühlers war seine Hinwendung zu den Nationalso-

zialisten, wenngleich aus purem Opportunismus, sicherlich eine Enttäuschung für Karl und Charlotte Bühler, sofern sie es überhaupt mitbekommen hatten.

Charlotte Bühler beschrieb in ihren Lebenserinnerungen die politische Naivität, mit der sie nach Wien gekommen waren. Karl Bühler war 1922 an der Universität Wien Professor für Psychologie und Leiter des Psychologischen Instituts geworden. Am 4.4.1916 hatte Bühler, 37-jährig, damals Professor in München, die 22-jährige Charlotte Malachowski geheiratet, die ihm, inzwischen selbst promoviert und habilitiert, 1923 mit zwei Kindern nach Wien folgte. Sie schrieb:

„Leider wurde unser Einleben in Wien durch einen Umstand erschwert, den wir erst nach Jahren zu verstehen und einzuschätzen lernten. Karl hatte, ohne jede politische Deutung, die Einladung des Stadtschulrates, Vorlesungen für Volksschullehrer zu halten, angenommen. Auch ich arbeitete mit Lehrern, und die Stadt Wien stellte mir später, als ich mit Babys zu experimentieren begann, die städtische Kinderübernahmestelle für diesen Zweck zur Verfügung. Wie viele deutsche Professoren hatten Karl und ich weder ein politisches Wissen noch politische Interessen. In Wien jedoch wurde unsere Tätigkeit im Rahmen des Volksschulwesens und Karls Annahme eines Instituts im Gebäude des Stadtschulrates als Zeichen unserer sozialistischen Gesinnung gedeutet, womit wir uns in den Reihen konservativer Kollegen sehr viele Feinde machten. Unsere politische Ignoranz ist letztlich auch der Grund, warum später unsere Existenz in nicht zu erwartender Weise zusammenbrach. Es war unsere Torheit, nicht vorauszusehen, was kommen würde.“²⁷

Charlotte Bühler beschrieb weiter, in welchem Maße sie und ihr Mann wissenschaftliche Kontakte insbesondere in die USA aber auch in verschiedene europäische Länder hatten. Karl Bühler hatte ihr zuliebe einen Ruf der Harvard-Universität abgelehnt. Sie schrieb weiter:

„Erst 1937, als die Situation in Österreich bedenklich wurde und als Karl und ich zwei Rufe an die Fordham University in New York bekamen, wollte ich, daß wir annehmen sollten; diesmal war jedoch Karl abgeneigt, weil er inzwischen in Wien festen Boden gefasst hatte und hoffte, daß Österreich sich gegen Hitler halten würde. Schließlich jedoch gab Karl nach, und wir nahmen die Rufe für den Herbst 1938 an. Dies erwies sich als zu spät. Am 12. März marschierten die Nazis in Wien ein, als ich glücklicherweise in London war. Karl wurde gefangengesetzt, und es gelang mir erst im Herbst, von Norwegen her, wo ich zu Vorträgen war, ihn und meine Kinder zu befreien. Die Lehrstühle in Fordham gingen uns infolge des Einflusses gewisser Persönlichkeiten verloren. Wir waren 1938 in Norwegen in einer völlig unerwarteten Lage.“²⁸

Resümierend stellte Charlotte Bühler fest:

„Im Oktober 1938 kamen Karl und meine Tochter Ingeborg in Oslo an. Karl

war befreit, aber das Gefängnis und die Behandlung, die er erfahren hatte, hatten ihn zerbrochen. Er kämpfte weiter um seine, um unsere Existenz, aber er war nicht mehr derselbe.“²⁹ Karl Bühler erhielt einen Ruf als Professor in Minnesota, während Charlotte Bühler eine Professur in Oslo wahrnahm. Karl Bühler schrieb seiner Frau dringende Telegramme und redete ihr zu, ihm zu folgen, „weil Hitlers Einbruch in Norwegen von Amerikanern vorausgesagt wurde“. „Ich wußte, daß mein Leben, wenn ich in die Hände der Nazis geraten würde, beendet werden würde, da ich auf der schwarzen Liste der Nazis stand. So beschloß ich, dem Rat meines Mannes folgend, jedenfalls für den Sommer nach den Staaten zu gehen, und ich verließ Oslo am 29. März 1940. Am 10. April brachen die Nazis in Norwegen ein. Es stellte sich heraus, daß mein Flugzeug das letzte war, welches aus einem freien Norwegen nach England flog.“³⁰

Charlotte Bühler war als Tochter des jüdischen Regierungsbaumeisters Hermann Malachowski und seiner Frau Katharina Rose, in Berlin geboren, natürlich besonders gefährdet gewesen. In der Zeit, in der Karl Bühler verhaftet und sein Leben und das seiner Frau durch die Nationalsozialisten gefährdet war, trat ihr ehemaliger „Volontärassistent“, wie Hofstätter es selbst bezeichnete, in die NSDAP ein und wurde Wehrpsychologe bei der deutschen Wehrmacht.

Auch Bühlers Assistent Egon Brunswik, von dem Hofstätter geschrieben hatte, dass er durch ihn angeregt worden war, weil dieser in seiner Habilitation zum Thema „Wahrnehmung und Gegenstandswelt“ eine „dynamische Vorstellung vom Wesen der Wahrnehmung entwickelt“ hatte³¹, war schon 1936 in die USA gegangen, nachdem er einen Ruf an die Berkeley University in Kalifornien erhalten hatte.³²

Peter Hofstätter nannte die „Deutsche Wehrmachtpsychologie eine imponierende Organisation, die im Krieg noch durch eine große Anzahl von Universitätsdozenten und Professoren verstärkt wurde“. Er schrieb aber auch: „Jedoch hielt ich nicht viel von den diagnostischen Verfahren, die vor allem bei der Auswahl der Offiziersanwärter zum Einsatz kamen. Es gab dabei eine Unmenge Ausdruckspsychologie – von der Graphologie bis zur mimischen Analyse –, aus der man zwar auf die momentane Gefühlslage, aber nur sehr indirekt und mit geringer Sicherheit auf den Charakter eines Probanden schließen kann. Trotz der mir aus der Literatur bekannten Einwände musste ich mich weitgehend auf die Exploration verlassen, bei der Psychologen mit Psychiatern zusammenarbeiteten. Was dem ganzen System der Wehrmachtpsychologie fehlte, waren groß angelegte Bewährungs- und Validitäts-Untersuchungen für unsere Gutachten. Die dazu erforderlichen Rückmeldungen aus der Truppe ließen sich während des Krieges selbstverständlich nicht organisieren. Erst sehr spät habe ich verstanden, warum die Tätigkeit der Psychologen beim Heer und bei der Luftwaffe mit Erlaß des Oberkommandos der Wehrmacht

zum 1. Juli 1942 beendet wurde. Angesichts ihres riesigen Personalbedarfs konnte sich die Truppe gar nicht an unsere Gutachten halten – und sie tat es auch immer seltener.“³³

Am 7.3.1942 heiratete Peter Hofstätter Herta Stein (geboren 1923 in Berlin), mit der er vier Kinder bekam (geboren 1944, 1947, 1960, 1962).³⁴

1940 hatte Hofstätter auch das Angebot von Wilhelm Wirth (1876–1952) dem Direktor des psychophysikalischen Seminars der Universität Leipzig, bekommen, der Hofstätter eine Position anbot, die zu einer Professur führen würde nach der Vervollständigung seiner Habilitation. Dies versuchte Hofstätter, bekam aber Probleme durch den Wiener Prof. Gunther Ipsen (1899–1984), der die Stelle von Karl Bühler übernommen hatte. Gunther Ipsen listete drei Hauptgründe gegen die Habilitation von Peter Hofstätter auf:

1. Dessen Verbindung zu Sigmund Freud und der Psychoanalyse, besonders die Einführung des Emigranten Thomas Mann bei der Geburtstagsfeier von Sigmund Freud;

2. seine Verwendung statistischer Methoden, die dem deutschen Geist widersprechen würden;

3. seine Verbindung zu Bühlers Psychologischem Institut, das Ipsen wahrnahm als so etwas wie eine Freimaurerloge.³⁵

Der Dekan der Wiener Philosophischen Fakultät, Prof. Viktor Christian riet Hofstätter, seine Bewerbung zurückzuziehen. Hofstätter insistierte und bekam den Soziologen Arnold Gehlen als Prüfer. Mit viel Glück bestand er das Kolloquium und die Philosophische Fakultät der Universität Wien verlieh ihm am 15.2.1941 den Grad des Dr. phil. habil. mit der Einschränkung, dass ihm zwar die Lehrbefähigung, nicht aber die Lehrbefugnis erteilt wurde. Damit konnte Hofstätter das Angebot von Prof. Wirth in Leipzig nicht wahrnehmen. Er blieb somit im psychologischen Service der deutschen Wehrmacht. Nach seiner Habilitation wurde er 1941 zum Regierungsrat befördert.³⁶

Nach Beendigung seiner Tätigkeit als Wehrpsychologe beriet das Oberkommando des Heeres in einem Schreiben an das Justizministerium, wie Hofstätter weiter einzusetzen sei:

„Der Regierungsrat Dr. Hofstätter ist infolge Auflösung des Personalprüfwesens aus seiner bisherigen Stelle ausgeschieden. Das Heerespersonalamt, dem das Personalprüfwesen unterstand, hat im Einvernehmen mit dem Wehrverwaltungsamt unter dem 31.1.1943 angeordnet, dass in die Personalpapiere des Regierungsrats Dr. Hofstätter folgender Satz aufgenommen wird:

„Er hat sich in aufopfernder Tätigkeit im Personalprüfwesen in enger Zusammenarbeit mit der Truppe besondere Verdienste erworben, konnte aber noch nicht

zum Kriegsverdienstkreuz zweiter Klasse mit Schwertern eingereicht werden, da bei der Auflösung des Personalprüfwesens noch Dienstältere mit gleichen Verdiensten auszuzeichnen waren.“³⁷

Da Hofstätter weiter im politisch sensiblen Bereich eingesetzt werden sollte, wurde erneut ein politisches Führungszeugnis eingeholt. Die Gauleitung Berlin der NSDAP bestätigte am 21.5.1943, dass bei der Gauleitung „in politischer Hinsicht nichts Nachteiliges bekannt geworden ist“.³⁸

Anschließend wurde Hofstätter zum Kriminalbiologischen Dienst abgeordnet, kam als Psychologe zur Einarbeitung ins Zuchthaus Brandenburg, anschließend ins Jugendgefängnis und in die Anstalt für Erziehungsbedürftige, Kaiser Ebersdorf in Wien und wurde dann dem Generalstaatsanwalt in Stettin zur Verwendung im Kriminalbiologischen Dienst im Jugendgefängnis Naugard zur Verfügung gestellt.³⁹

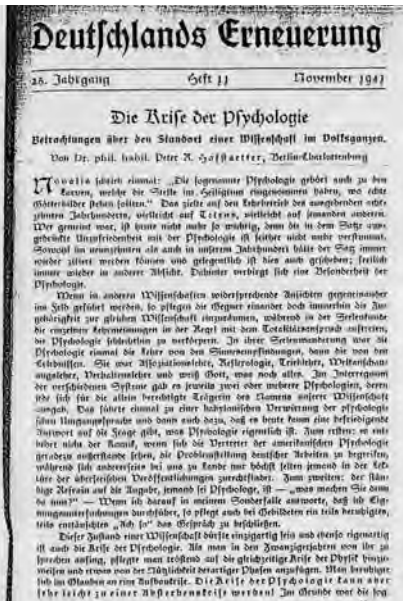
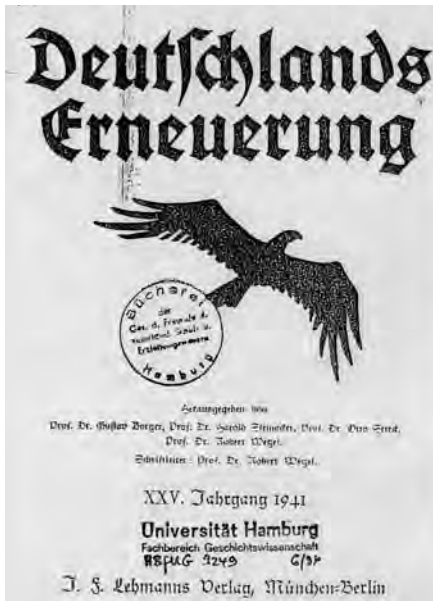
Vom Vorstand des Jugendgefängnisses in Naugard erhielt Hofstätter im Namen des Generalstaatsanwaltes folgendes Zeugnis:

„Während dieser Zeit hat er mit großem Interesse und anerkanntem Fleiß eine Anzahl von Jugendlichen, die in kriminalbiologischer Hinsicht von besonderem Interesse waren, begutachtet und manche gute Anregung für den weiteren Verlauf des Vollzuges gegeben. Ich halte allgemein den Einsatz eines Psychologen im Jugendstrafvollzug für unbedingt erforderlich und würde es begrüßen, wenn Dr. Hofstätter noch für längere Zeit im hiesigen Jugendgefängnis tätig sein könnte, zumal ich mich selbst infolge der hohen Überbelegung und der schlechten Personalbesetzung um die Persönlichkeitsforschung der jugendlichen Gefangenen nicht in dem Maße kümmern kann, wie es erforderlich wäre.“⁴⁰

Auch von einer anderen Station seines Wirkens wurde über ihn ein Zeugnis erstellt. So schrieb der Vorstand des Strafgefängnisses Tegel:

„Seine Gutachten sowie die von ihm gestellten sozialen Prognosen waren meist zutreffend und eingehend begründet. Sie ließen in allen Fällen tiefgehende psychologische Kenntnisse erkennen. Dr. Hofstätter ist eine ausgeglichene Persönlichkeit mit gediegenem Wissen und ausgeprägtem Pflichtgefühl. Nach meinem Eindruck kann er unbedenklich im Kriminalbiologischen Dienst eingesetzt werden. Ob und wieweit Dr. Hofstätter als Sachverständiger auf dem Gebiet der Erb- und Rassenforschung anzusprechen ist, vermag ich nicht zu beurteilen.“⁴¹

Seine Beförderung zum Regierungsrat beim wehrpsychologischen Dienst der Wehrmacht hing nicht nur mit der NSDAP-Mitgliedschaft, sondern sicherlich auch noch mit einer anderen Aktivität Hofstätters zusammen. Im Herbst 1941 veröffentlichte er in der Monatszeitschrift für das deutsche Volk, „Deutschlands Erneuerung“, den Aufsatz „Die Krise der Psychologie: Betrachtungen über den Standort einer Wissenschaft im Volksganzen.“⁴²



Hofstätter-Artikel 1941: In den „Fundamenten der Psychologie sind fremdrassige Anschauungsweisen eingemauert“.

In seinen Erinnerungen etwa 50 Jahre später, 1992, marginalisierte Hofstätter diese Schrift mit der Einleitung: „Als Heerespsychologe, der die Leistungsfähigkeit von Offiziersanwärtern beurteilt, Pazifist zu sein, hätte wahrscheinlich einen unlösbaren Konflikt mit sich gebracht. So ähnlich mag es auch den Sanitätsoffizieren ergangen sein, nur war unsere Situation schwieriger, weil wir nicht wie sie die Möglichkeit hatten, die Leiden, die der Krieg mit sich gebracht hatte, für Einzelne – die Verwundeten – zu lindern. Aus dieser Überlegung und nicht zuletzt um meine Selbstachtung zu erhalten, wagte ich mich im Ende 1941 mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit, eine psychologisch geleitete Seelsorge zu etablieren, die Ratsuchenden und Menschen, die im Krieg erlittene Verluste an den Rand der Verzweiflung getrieben hatten, dabei helfen sollte, wieder Halt zu finden. Daß eine solche Institution – ähnlich wie die ‚NS-Volksfürsorge‘ – nur im Einverständnis mit der Staatspartei geschaffen werden konnte, war unter den obwaltenden Verhältnissen selbstverständlich – in den sechziger Jahren ist mir das trotzdem zum Vorwurf gemacht worden, nachdem ein aufmerksamer Kollege (nomina sunt odiosa) Ablichtungen meines Aufsatzes bei passender Gelegenheit versandt hatte.“⁴³

Da dieser Aufsatz in den 1960er-Jahren noch eine besondere Rolle spielen sollte und er für die Denkart von Peter Hofstätter und seinem Kniefall vor den Nationalsozialisten kennzeichnend ist, soll etwas ausführlicher daraus zitiert werden.

Hans Gundlach stellte die Frage, wie der Text von Peter Hofstätter 65 Jahre nach seinem Erscheinen gelesen werden kann. Was war ernst gemeint, was ironisch oder sarkastisch, wo lag Hofstätters Motivation? Gundlach, der seinen Aufsatz auf Englisch in einer amerikanischen wissenschaftlichen Zeitschrift veröffentlichte, bemerkte, dass bei der Übersetzung Sprache und Intentionen von Hofstätter verloren gehen könnten.⁴⁴ Aber was wollte Hofstätter tatsächlich? Für mich ist sein Aufsatz insbesondere eine Anbiederung an die braunen Machthaber, einerseits opportunistisch und andererseits ernst gemeint, der Versuch, dafür zu werben, die Notwendigkeit der Arbeit von Psychologen zu begründen und die dafür notwendigen Arbeitsplätze „im Volksganzen“ zur Verfügung zu stellen. Das wäre aus seiner damaligen beruflichen Situation nachvollziehbar. Nicht jedem gefiel, sicherlich auch im Kreise der Nationalsozialisten, dabei die Eitelkeit des Bildungsbürgers, der auch sprachlich sein Wissen zur Schau stellen musste, seine Neigung, präventiv zu formulieren.

Eine Reihe von Zitaten aneinandergereiht, belegen aus meiner Sicht, dass Peter Hofstätter als Nationalsozialist, Fremdenfeind und Antisemit auftrat, ganz im Kontrast zu seinen Versuchen, die Bühlers, Sigmund Freud und später William Stern, wenn es ihm nützlich erschien, für sich zu vereinnahmen.

Der Anknüpfungspunkt zu Karl Bühler war ein formaler. Bühler hatte 1925 einen Aufsatz zum Thema „Die Krise der Psychologie“ geschrieben. Hofstätter führte aus: „1925 und auch noch 1933 war die Psychologie Mode, sie wurde von weiten Kreisen der Gebildeten aufmerksam verfolgt, die wissenschaftliche oder pseudowissenschaftliche Terminologie sickerte in die Alltagssprache. Die Schriften fanden reißenden Absatz. Heute verlohnt es sich – Gott sei Dank kaum mehr, ein populärpsychologisches Buch zu schreiben, denn – anscheinend mit einem Male – will niemand mehr etwas von der Psychologie wissen. Zweifelsohne ist dafür die Ausschaltung des Judentums aus dem deutschen Geistesleben nicht ohne Bedeutung gewesen und sicherlich war das allgemeine Gefühl auch nicht so sehr im Unrecht, wenn man die Psychologie im Hinblick auf viele ihrer Vertreter als eine undeutsche Wissenschaft brandmarken zu müssen glaubte. Zwei Gründe aber lassen die Ursachen zentraler suchen: einmal, daß andere Wissenschaften kaum weniger fremdrassige Elemente beherbergen, und zum anderen, daß die Wertschätzung der Seelenkunde seit dem Aufhören der Überfremdung nicht zugenommen hat. Im Gegenteil! Allerdings steckt das Undeutsche in der Psychologie viel tiefer, nämlich in der durch das Christentum dogmatisierten Leitvorstellung von der Seele im Gefängnis des Leibes.“⁴⁵

Etwas später schrieb Hofstätter: „Die Ermüdung und Überverfeinerung der hellenistischen Gesellschaft, das Nachlassen ihres Lebenswillens, machte sie empfängsbereit für die jüdische Anschauung vom Menschen, der vor allem eigenen Tun

schon schuldbeladen und göttlicher Gnade bedürftig ist. Wenn es etwas gab, das den Tatwillen des faustischen Menschen vergiften konnte, so war es dieser Sündenbegriff. Statt zum Steuermann eines schaffenden Tuns zu werden, geriet das Gewissen in die Sklaverei eines unschöpferischen und handlungsfernen Weltbildes ... Wir alle wissen, daß unser Weltanschauungskampf heute in besonderem Maße der Erbsündenlehre gilt. Die Verdammung des Natürlichen entspricht unserem Denken nicht mehr. Der Durchbruch des nordischen Glaubens mußte also die Psychologie treffen, denn in ihren Fundamenten sind fremdrassige Anschauungsweisen eingemauert.⁴⁶ Oder: „Wir haben bisher die Gründe der Krise aufzudecken getrachtet. Daß sie bei uns zu Lande stärker und früher erlebt wurde als anderswo, hat seine Ursache im deutschen Aufbruch, der an jeden Einzelnen höhere Anforderungen stellt als das statische Sein anderer Völker.“⁴⁷

Zu einem Zeitpunkt, wo Massen von Nationalsozialisten aus der Kirche austraten, schrieb Hofstetter:

„Je weniger der deutsche Mensch sich innerlich mit den Wesenseigentümlichkeiten des Christentums abfinden kann, je stärker in ihm der Glaube der Nordmark auflebt, umso weniger findet er Rat und Hilfe in der Seelsorge. Sollte es nicht gerade dieses Zusammentreffen sein, das der Psychologie ihren Standpunkt im Lebensgefüge unseres Volkes zuweist? Solange der Psychologie dieser Platz durch konfessionelle Ideen und überindividualistische Vorurteile vorenthalten wurde, konnte diese nicht zu ihrem eigenständigen Wesen kommen. Heute ist es umgekehrt, die einmal errungene Freiheit bedarf einer Institution, die aus dem Geiste des Nationalsozialismus heraus die Seelsorge zu leisten vermag!“⁴⁸

Hofstätter beschrieb den Platz der Psychologie im Nationalsozialismus:

„Sie kann und muß zunächst die persönliche Eigenart feststellen, damit die Volksgemeinschaft jedem Einzelnen die Aufgaben zuzuweisen vermag, deren Lösung von ihm erwartet werden darf. Das setzt die Untersuchung des Charakters voraus. Da wir in steigendem Maße gezwungen sein werden, die uns zur Verfügung stehenden menschlichen Arbeitskräfte – im weitesten Sinne – so ökonomisch wie möglich zu bewirtschaften, hat die Psychologie ein weites Feld vor. Die Eignungsuntersuchungen, wie sie heute seitens der Wehrmacht, der Arbeitsämter und durch einzelne Industrien vorgenommen werden, sind dazu nur ein Anfang. Wie E. R. Jaensch einmal angedeutet hat, ist die Psychologie auch dazu berufen, sich in den Dienst bevölkerungspolitischer Eugenik zu stellen.“⁴⁹

Auffällig ist, daß sich Peter Hofstätter der Sprache der Nationalsozialisten bedient: „Manchmal wird den Psychologen die Aufgabe eines Katalysators zuteil. Es ist das eine ebenso bescheidene wie wichtige Rolle. Hier sehe ich ganz große und völkisch ungemein bedeutungsvolle Arbeitsmöglichkeiten.“⁵⁰ „Im abgelaufenen,

liberalistischen Zeitalter ...“⁵¹; „Daß Menschen innere Konflikte haben, ist eine natürliche Folge ihrer Mischerblichkeit.“⁵² „Wir haben dabei in erster Linie nicht die groben Fälle von Rassenbastardisierung im Auge, obwohl sich gerade hier der Zusammenhang von psychischer Unausgeglichenheit und Mischerbigkeit sehr deutlich erkennen lässt.“⁵³

„Das Versagen der Psychoanalyse hat uns gelehrt, daß das bloße Wissen um die Wurzeln eines Konflikts diesen noch nicht behebt. Das konnte ja auch nur bei einem so wenig naturverwachsenen und so weitgehend intellektualisierten Volk, dem jüdischen, vorausgesetzt werden.“⁵⁴

Bei der Frage, wo die Psychologen mit seelsorgerischen Aufgaben angesiedelt sein sollten, brachte Hofstätter die Parteiorganisation ins Gespräch:

„Es scheint uns, als hätte die politische Organisation die Aufgabe der seelsorgerischen Betreuung erhalten. Ich habe selbst jede Gelegenheit benutzt, in diesem Tätigkeitsgebiet in dieser Richtung zu wirken, dennoch muß man sich darüber Rechenschaft ablegen, daß dafür Voraussetzungen bestehen, die nicht von jedem politischen Leiter erfüllt werden können. Vielleicht wäre aber schon damit der Anfang gemacht, wenn es in jeder Ortsgruppe der NSDAP einen beratenden Psychologen gäbe. Es ist bestes deutsches Brauchtum, daß die Seelsorge Vorrecht und Verpflichtung des Führers ist.“⁵⁵

Hier wollte jemand auf sich aufmerksam machen.

Im Februar 1943 beantragte Hofstätter erneut die Lehrbefugnis oder Dozentur, diesmal an der Berliner Universität. Auf eine Anfrage aus Berlin schrieb der Wiener NSDAP-Dozentenführer im März 1943 einen Report, in dem er sich nicht explizit für Hofstätter einsetzte, ihn aber als „politisch heute durchaus tragbar“ bezeichnete⁵⁶. Da die Wiener Universität aber auch die Stellungnahme von Gunther Ipsen mitgeschickt hatte, gelang es Hofstätter nicht, sich wie ein „makelloser Nationalsozialist zu präsentieren“, wie Gundlach es ausdrückte. Gundlach wies auch darauf hin, dass insbesondere der Führer des Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbundes in Berlin, Walter Malmsten Schering, gegen Hofstätters Ehrgeiz obstruierte.⁵⁷

So gelang Hofstätter der Sprung in eine akademische Karriere nicht, er wechselte, wie schon beschrieben, in den kriminalbiologischen Dienst des Reichsjustizministeriums. Auch das war nicht von langer Dauer. Peter Hofstätter wurde eingezogen und „diente als Kanonier bei einer in Italien eingesetzten Infanteriedivision, in der ich es bis zum Unteroffizier brachte. Hauptsächlich war ich als Dolmetscher für Italienisch und Englisch tätig.“⁵⁸

Hofstätters Erinnerungen 1992 zeigten kein überragendes Reflexionsniveau. So schrieb er einerseits:

„Bei der Truppe stellte ich schnell fest, daß der ‚Landser‘ schlechthin an den deutschen Endsieg um diese Zeit so wenig glaubte wie ich selbst; aber man sprach darüber im Kameradenkreis nicht. Man tat seine Pflicht unter dem Druck des Feindes, weil man sich den Kameraden verpflichtet fühlte, aber auch weil man die Grausamkeit der aus der Zivilbevölkerung plötzlich hervorbrechenden Partisanen kannte.“⁵⁹ Der Psychologe erwähnte nur die Grausamkeit der anderen. Und er bot eine merkwürdige Konstruktion an: „Wer weiter dachte, sagte sich, daß intakte deutsche Streitkräfte im Falle eines ernsthaften Konfliktes zwischen Angelsachsen und Russen als Zünglein an der Waage von unschätzbarem Wert wären.“⁶⁰ Das war gewiss ‚wishfull thinking‘. Aus den Lebenserinnerungen von Peter Hofstätter 1992! Oder wie der Krieg für die deutsche Wehrmacht doch noch ein gutes Ende hätte nehmen können.

Tatsächlich war es so, dass Hofstätter in britische Kriegsgefangenschaft geriet, die er ein knappes halbes Jahr in einem Kriegsgefangenenlager bei Rimini verbrachte.⁶¹ „Für mich bedeutete das, daß die Engländer niemanden, der seine Heimat in Wien oder in der von den Russen besetzten Zone Österreichs hatte, dorthin entließen. Ich kam bereits im September 1945 nach Graz in der Steiermark, wo ich Verwandte und gute Freunde besaß.“⁶²

Ich könnte mir vorstellen, dass es noch andere Gründe gab, warum Hofstätter zu diesem Zeitpunkt nicht unbedingt an die Stätte seines früheren Wirkens zurückkehren wollte. Bei dem Bericht seiner weiteren beruflichen Tätigkeit, blieben Hofstätters Erinnerungen ungenau. Er schrieb: „An der Grazer Universität konnte ich kurz vor Weihnachten 1945 die Probevorlesung über ‚die Stellung der Psychologie im Geistesleben‘ halten, um die *venia legendi* zu erhalten.“ Und: „Ende 1945 war ich nun in Graz Dozent geworden, der allerdings bis zum Beginn seiner Vorlesungstätigkeit warten mußte, bis ihn die zuständigen Stellen von der Registrierungspflicht als ehemaliges Mitglied der NSDAP entbanden. In dieser Zeit leitete ich in Graz die Psychologische Beratungsstelle der Volkshochschule.“⁶³ Christian Fleck schrieb dazu: „In den Monaten und Jahren nach der Wiedererrichtung der Republik Österreich kam es zur sogenannten Entnazifizierung, d. h. zur Registrierung früherer Parteimitglieder, die in der Folge mit Sühnfolgen belegt wurden.“⁶⁴

Auch die Legende, die Peter Hofstätter über seine Zeit in Graz kolportierte, stimmte so nicht. In einer jüngeren Veröffentlichung des Leiters des Universitätsarchivs der Karl-Franzens-Universität Graz, Prof. Alois Kernbauer, der sich insbesondere mit Hofstätter Stiefvater Fritz Hansgirk beschäftigte, wurde der Ablauf der Habilitationsbemühungen Hofstätters in Graz auf Grundlage der zur Verfügung stehenden Unterlagen rekonstruiert.⁶⁵ Danach hatte Hofstätter am 16.10.1945 an die Universität Wien ein „Gesuch um Zulassung zum Probevortrag“ gestellt,

worauf ihm mitgeteilt worden war, dass dies „wegen Zugehörigkeit zur NSDAP nicht möglich war“. Danach wandte sich Hofstätter an die Universität Graz zur „Wiederaufnahme und Fortführung seines Habilitationsverfahrens“. Dort entschied man sich, „das Staatsamt wegen eventueller Parteimitgliedschaft damit zu befassen“. In der Fakultätssitzung am 14.12.1945 wurde dann beschlossen, Hofstätter zur Abhaltung der Probevorlesung zuzulassen, die er dann wenige Tage später zum Thema „Die Stellung der Psychologie im Geistesleben“ hielt. Damit war das Habilitationsverfahren formal abgeschlossen, die Lehrbefugnis hatte er „als ehemaliger Nationalsozialist jedoch damit nicht erlangt“. Hofstätter war auch keineswegs Dozent an der Universität Graz gewesen, wie er behauptete. Erst als am 17.2.1947 eine gesetzliche Neuregelung des Umgangs mit „minderbelasteten Nationalsozialisten“ in Kraft trat, war eine neue Situation entstanden. Die Fakultätssitzung beschloss, den Antrag Hofstätters um Bestätigung der Lehrbefugnis für Psychologie mit einer Befürwortung an das Ministerium weiterzuleiten. Als im Herbst immer noch keine Reaktion seitens des Ministeriums vorlag, entschied die Fakultät, „die weiteren Schritte einzuleiten“. Laut seiner Personalakte erhielt Hofstätter die Lehrbefugnis in Graz erst am 12.1.1948.

Alois Kernbauer stellte fest, dass Hofstätter in Graz im Sommersemester 1948 und im Wintersemester 1948/49 zusammen 5 mehrstündige Vorlesungen und Übungen anbot, bis er Graz verließ.

Der Bürgersohn Peter Robert Hofstätter löste seine Probleme über persönliche Beziehungen. Während die Psychologen, von denen Hofstätter in Wien gelernt hatte, in die USA emigrieren mussten oder schon während der NS-Zeit einen Ruf erhielten, „flüchtete“ Hofstätter nach 1945 in die USA, weil er wegen seiner Verstrickung und seiner Anbiederung an die Nationalsozialisten nach 1945 in Österreich oder Deutschland keine Einstellungschance erhielt. Eigentlich eine tragische Situation für einen formal so hoch Qualifizierten, der aufgrund seiner Kontakte vor 1933 und weil er in der NS-Zeit „die Überheblichkeit seiner Klasse nicht verbergen wollte oder konnte“, wie Christian Fleck es in Anlehnung an Horst Gundlach formulierte⁶⁶, trotz Parteimitgliedschaft und opportunistischer Anbiederung die angestrebte Professur nicht realisieren konnte. Über seine Familie, seine Mutter und deren zweiter Ehemann lebten seit 1941 nicht mehr in Korea sondern in den USA, erhielt Hofstätter im Februar 1949 von dem in New York ansässigen Viking-Fund ein Forschungsstipendium.

Da bald darauf der zweite Mann seiner Mutter überraschend an einem Herzinfarkt verstarb, ergab sich für Hofstätter und seine Familie (Frau und das erste Kind) allerdings „eine finanzielle Situation, in der es für mich einfach hieß: Geld

verdienen. In den USA war das damals gar nicht so schwierig: schon im Herbst 1949 konnte ich als ‚Research Associate‘ am berühmten Massachusetts Institut of Technology (MIT) einen für neun Monate beurlaubten Kollegen vertreten, dessen Vorlesungen und Seminare aus ‚Psychologie für NationalökonomInnen‘ ich übernahm. Während dieser Zeit interessierte ich mich vor allem für ‚Gruppendynamik‘, wie sie Kurt Lewin am MIT entwickelt hatte“.⁶⁷

Nach und nach konnte sich Peter Hofstätter in den USA etablieren, wenngleich noch immer auf Nachwuchsstellen, die sich großartiger anhörten, als sie faktisch waren. So nannte er sich ein Jahr Visiting und dann nach einem weiteren Jahr Associate Professor an der Catholic University of America in Washington D. C., einer päpstlichen Universität unter der Obhut der amerikanischen Bischöfe. Immerhin, der Fuß war in der Tür einer akademischen Laufbahn und Hofstätter profitierte von den Methoden und den Forschungsergebnissen der amerikanischen Psychologie, die er in Aufsätzen verarbeitete, die in amerikanischen Zeitschriften veröffentlicht wurden. Und Hofstätter sammelte Material für seine Bücher, die er später, als er wieder nach Deutschland kam und die amerikanische Psychologie eine große Strahlkraft hatte, in deutschen Lehrbüchern veröffentlichte. Bis dahin war es aber noch ein weiter Weg, von 1949 bis 1956 lebte und arbeitete Hofstätter in den USA.⁶⁸

Seine Rückkehr erfolgte über eine alte Verbindung, um nicht von Seilschaft zu reden. In seinen Worten: „Mit der Zeit war abzusehen, daß diese Arbeiten nach Zahl und Gewicht der Norm für eine Ernennung zu einem auf Lebenszeit angestellten Full Professor entsprechen würden. Da erreichte mich im Frühjahr 1955 eine Anfrage von O. Kroh (1887–1955) aus Berlin, der sich dort schon 1942 für mich eingesetzt hatte, ob ich bereit wäre, den Lehrstuhl für Psychologie an der neu gegründeten ‚Hochschule für Sozialwissenschaften‘ in Wilhelmshaven zu übernehmen.“⁶⁹

Kroh war der einflussreichste Universitätspsychologe im Deutschen Reich während der NS-Zeit gewesen. 1942 war er an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin Direktor des Psychologischen Instituts, mit besonderer Berücksichtigung der Heerespsychologie, in der Zeit also, als Hofstätter Heerespsychologe bei der deutschen Wehrmacht in Berlin gewesen war. Oswald Kroh war 1933 NSDAP-Mitglied geworden, hatte 1934 eine Abhandlung „Völkische Anthropologie als Grundlage deutscher Erziehung“ geschrieben und führte Lehrveranstaltungen durch zum Thema „Völkische Menschenkunde als Grundlage deutscher Erziehung – Übungen zur Rassenseelenkunde“. Seit 1914 leitete Kroh die Deutsche Gesellschaft für Psychologie bis Kriegsende.⁷⁰ 1945 war Kroh wegen seiner NS-Mitgliedschaft und seiner NS-Aktivitäten als Hochschullehrer entlassen worden, erhielt aber 1948 an der neu gegründeten Freien Universität Berlin einen Lehrauftrag, 1950 wurde er dort zum Ordinarius für Psychologie ernannt. Zu seinen Schülern gehörte

Heinrich Roth, der ebenfalls NS-belastet war, und später Klaus Holzkamp. Oswald Kroh starb am 11.9.1955, noch bevor Peter Hofstätter wieder deutschen Boden betrat.⁷¹

Hofstätter und seine Familie trafen mit der „S. S. United States“ am 3.2.1956 in Bremerhaven ein, nachdem der Ruf an die kleine Wilhelmshavener Hochschule tatsächlich realisiert worden war. Rückschlüsse auf das Ego von Peter Hofstätter bieten seine Aussagen:

„Nach einigen Erkundigungen bei deutschen Freunden und weil ich es für dringend hielt, der deutschen Psychologie den Anschluss an die amerikanische Forschung zu erleichtern, ließ ich mich 1956 auf das Abenteuer ein, von der kleinsten deutschen Hochschule aus, die nie mehr als 200 Hörer hatte und die wegen eines Vetos der Universität Göttingen nicht einmal der deutschen Rektorenkonferenz angehören durfte, eine ganze Disziplin zu beeinflussen. Das mußte eigentlich zu interkollegialen Reibungen führen, und das umso mehr, als mein 1957 im Fischer-Lexikon erschienener Band ‚Psychologie‘ es auf eine Auflage von 638.000 Exemplaren brachte, mit denen ich in den sechziger Jahren so viele Haupt- und Nebenfach-Studenten der Psychologie erreicht haben dürfte, daß auch einige akademische Lehrer sich zu einer Modernisierung ihrer Vorlesungsmanuskripte genötigt sahen.“⁷²

Schon in Wilhelmshaven verstand es Hofstätter, mit einer Studentenschaft, die noch nicht antiautoritär auftrat, in den 1950er-Jahren in Konflikte zu geraten. So berichtete er:

„Als eine schwache, von keiner Tradition getragene Hochschule war Wilhelmshaven offenbar auch für jene Kreise interessant, die später als sogenannte ‚68er‘ die großen Universitäten zu kommunistischen Kaderschmieden umzufunktionieren versuchten. In Wilhelmshaven begannen die von den gleichen geistigen Vätern ausgehenden Aktionen schon um ein Jahrzehnt früher damit, daß eine Studentenzeitschrift dem Begriff ‚Vaterland‘, der in unserer von Minister Grimme stammenden Immatrikulationsformel vorkam, eine radikale Absage erteilte. Als Rektor der Hochschule entschloß ich mich zu einer symbolischen Geste, die darin bestand, daß ich den Verkauf der Zeitschrift vor dem Hörsaal untersagte und damit auf die Mensa beschränkte. Der Wirbel, der zu endlosen Diskussionen geführt hatte, beruhigte sich zu Ferienbeginn. Ich hatte bei dieser Gelegenheit die ausgezeichneten journalistischen Verbindungen der Akteure und ihrer Hintermänner kennengelernt. Schon nach wenigen Tagen wußte ‚Le Monde‘ zu berichten, daß sich ein deutscher Rektor an der Pressefreiheit vergriffen habe.“⁷³

Man musste damit rechnen, dass es Hofstätter nicht genügen würde, Rektor einer winzigen Hochschule zu sein, die „nicht einmal der deutschen Rektorenkonferenz angehören durfte“, und da er schon in Wilhelmshaven die Bildung einer

„kommunistischen Kaderschmiede“ im Keime erstickt hatte, war seine nächste akademische Station die Universität Hamburg.

In Kenntnis seiner NS-Anfälligkeit und seiner auch antisemitischen Formulierungen in der Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung“ erscheint es schon schwer erträglich, wenn er sich bei seinem Wechsel nach Hamburg explizit auf seine jüdischen Vorgänger bezog:

„Ich folgte 1959 einem Ruf als Nachfolger von Curt Bondy (1894–1972) auf den 1916 von William Stern gegründeten Lehrstuhl an der Universität Hamburg.“⁷⁴

Die Philosophische Fakultät der Universität Hamburg hatte die Nachbesetzung des Lehrstuhls, auf dem bisher Curt Bondy gelehrt hatte, vorgeschlagen. Sehr stark wurde dieser Vorschlag vom Direktor des Seminars für Erziehungswissenschaft, Prof. Hans Wenke, unterstützt, der gleichfalls in der NS-Zeit kompromittierende Aufsätze veröffentlicht hatte und parallel zu Hofstätter in den 1960er-Jahren wegen seiner NS-Verstrickung in Schwierigkeiten geriet.⁷⁵

In dem Berufungsvorschlag der Philosophischen Fakultät wurde, möglicherweise von Curt Bondy aufgesetzt, der den Ruf an Peter Hofstätter mit initiiert hatte, eine sehr selektierte, vorteilhafte Kurzbiografie von Peter Hofstätter vorgestellt, die ihn in den Kreis der Bühler-Schüler stellte. So hieß es:

„Prof. Dr. Peter R. Hofstätter ist im Jahre 1913 als Sohn des apl. a. o. Prof. für Gynäkologie und Geburtshilfe in Wien geboren. Von 1932–1936 studierte er in Wien Psychologie, Physik und Philosophie und erhielt unter Karl Bühler den philosophischen Doktorgrad mit einer Arbeit über Testuntersuchungen an japanischen Kindern und das Reifungsproblem. Im Jahre 1941 erwarb Hofstätter in Wien den Dr. phil. habil., erhielt aber erst Ende 1945 in Graz die *venia legendi* für Psychologie. Von 1935–1937 war er unter Karl und Charlotte Bühler Volontär-Assistent am psychologischen Institut der Universität Wien.“⁷⁶

Ein uninformierter Leser entnimmt dieser Darstellung, dass Hofstätter ein enger Mitarbeiter des emigrierten jüdischen Professoren-Ehepaars Bühler war, dem die Nazis die *venia legendi* verweigert hatten, die er dann erst nach der NS-Herrschaft, Ende 1945, erlangte.

Was Curt Bondy bewog, sich für Hofstätter einzusetzen, ist nicht ergründet. Curt Bondy, am 3.4.1894 in Hamburg als Sohn einer großbürgerlichen jüdischen Familie geboren, hatte in Hamburg Psychologie studiert, bei William Stern 1921 promoviert mit einer Arbeit über „Die proletarische Jugendbewegung in Deutschland“. Als Honorarprofessor für Sozialpädagogik seit 1930 in Göttingen, war er von den Nazis 1933 aus dieser Position vertrieben worden und arbeitete eine Zeit lang mit Martin Buber im Jüdischen Hilfswerk in Frankfurt am Main. Er wurde 1936 „von der Reichsvertretung der Deutschen Juden zum Leiter des Ausbildungslehrgutes

Groß Breesen in Schlesien berufen, einer Institution, die deutsche Jugendliche aus jüdischen Familien auf die Auswanderung vorbereitete. Nach den Novemberpogromen 1938 wurde Bondy mit den anderen Groß Breesenern ins KZ Buchenwald verschleppt, aus dem die meisten der Gruppe im Dezember mit internationaler Hilfe zur sofortigen Emigration entlassen wurden. Bondy hielt sich zuerst in England und Holland auf; 1939 konnte er in die USA emigrieren, wo er im Bundesstaat Virginia eine Professur für Psychologie erhielt.⁷⁷

Curt Bondy wurde dann 1949 auf die Professur für Psychologie der Universität Hamburg berufen, war dort für Sozialpsychologie und Psychologische Methodenlehre zuständig und leitete die Entwicklung der ersten Intelligenztests für deutsche Erwachsene und Kinder, der bekannteste standardisierte Test war der Hamburg-Wechsler-Intelligenztest für Erwachsene (HAWIE) sowie der für Kinder (HAWIK).⁷⁸

Möglicherweise war Curt Bondy beeindruckt durch Hofstätters Veröffentlichungen und sicherlich waren ihm, der nach seiner KZ-Inhaftierung zwischen 1939 und 1949 nicht in Deutschland lebte, die NS-Affinitäten von Hofstätter und deren Ausmaß unbekannt. Im Berufungsvorschlag wurde vermerkt:

„Hofstätter dürfte zurzeit der meist zitierte Psychologe in Westdeutschland sein. Besonders bekannt wurde er durch eine heftige Diskussion über Methodenfragen mit Wellek-Mainz. Herr Hofstätter ist einer größeren Zahl von Mitgliedern der philosophischen Fakultät als ausgezeichnete Vortragender bekannt. Er hat unter Bühler die europäische Ausbildung genossen und verbindet mit ihr eine profunde Kenntnis der amerikanischen Psychologie; er vertritt sowohl die geisteswissenschaftliche als auch die naturwissenschaftliche Psychologie; er hat sich intensiv mit Problemen der Tiefenpsychologie, der Experimental- und Sozialpsychologie beschäftigt. Die Fakultät ist der Meinung, daß Herr Hofstätter von allen deutschen Psychologen am besten den Anforderungen des Lehrstuhls entspricht und schlägt ihn deshalb an erster Stelle vor.“⁷⁹

So konnte man das sehen, wenn man nicht über weitere Informationen verfügte.

Am 30.10.1959 legte der für Schulen und Hochschulen zuständige Senator Heinrich Landahl den Ernennungsvorschlag vor, dem die Deputation schon zugestimmt hatte. Seit dem 22.12.1959 war Peter Hofstätter Professor an der Universität Hamburg.⁸⁰

Nach einem sehr langen Anlauf hatte er es geschafft. Er war Ordinarius an einer renommierten deutschen Universität, wurde Direktor des Psychologischen Instituts, und hatte im Laufe der Jahre eine große Anzahl von Assistenten und Mitarbeitern, die ihrerseits an deutschen Universitäten qualifizierte und zum Teil bekannte Psychologie-Professoren wurden. Darauf werde ich im Kontext der späteren Emeritierung von Peter Hofstätter noch zurückkommen.

Nun soll in diesem Zusammenhang genauer untersucht werden, wie Hofstätter außeruniversitär zu wirken versuchte. Gestärkt durch seinen späten beruflichen Erfolg und sicherlich auch durch die enorme Auflagenstärke seiner psychologischen Bücher, getrieben wohl auch durch seine Lust an der Selbstdarstellung, wurde Hofstätter auch publizistisch tätig. In fast provokativer Weise thematisierte er sensible Themen und vertrat zugespitzte Positionen.

Am 14.6.1963 veröffentlichte die Wochenzeitung „DIE ZEIT“ einen Beitrag von Hofstätter unter dem Thema „Bewältigte Vergangenheit?“⁸¹

Dass es sich hierbei um einen heiklen Beitrag handeln würde, machte schon der Vorspann der Redaktion deutlich, die schrieb: „Zur Veröffentlichung seiner Fragen haben wir uns nach einigem Zögern entschlossen. Die Gefahren liegen auf der Hand. Der Artikel ist von der Art, bei der – wie Erfahrung lehrt – statt des Ganzen einzelne Sätze wirken, die dann empört abgelehnt oder mit Beifall von der falschen Seite begrüßt werden können. Auch sind wir nicht in der Lage, uns Hofstätters Schlussfolgerungen zu eigen zu machen. Aber daß seine Fragen gestellt werden – das scheint uns wichtig.“⁸²

Die Schlussfolgerung, die Peter Hofstätter formulierte, wurde als Generalamnestie für Kriegsverbrecher verstanden. Hofstätter hatte geschrieben: „Persönlich neige ich allerdings dazu, einen Akt des Staates zu befürworten, der zwar die Schuld der Täter nicht tilgt, aber auf deren Bestrafung verzichtet. Die Täter werden sich vor Gott zu verantworten haben. Uns aber geziemt ein Bekenntnis zur unbewältigten Vergangenheit.“⁸³

Vorher hatte Hofstätter die Frage gestellt: „Wie aber steht es um die Vergangenheit? Kann man mit ihr ‚fertig werden‘? Das geht aus mindestens drei Gründen nicht: Erstens: Die Vergangenheit folgt der Gegenwart auf den Fuß. Was wir heute tun ist in ein paar Jahren bereits selbst Vergangenheit. Zweitens: Die Vergangenheit ist nach rückwärts offen und daher nicht auszuloten. Dann und wann schlagen wir deshalb auch eine mehr oder minder dankbare Brücke von gewissen historischen Ereignissen zu den Tagesfragen der Gegenwart, so etwa von den Perserkriegen zum sogenannten Ost-West-Konflikt. ‚Fertig‘ scheinen wir in den letzten zweieinhalb Jahrtausenden noch mit gar nichts geworden zu sein. Drittens: Die Vergangenheit, die uns jetzt und dann bewußt wird, stellt eine Auswahl aus den tatsächlichen Ereignissen dar, in deren Besonderheit sich unsere gegenwärtigen Wünsche und Ängste widerspiegeln. Das Korrelat einer bewältigten Vergangenheit müßte demnach eine an der Zukunft desinteressierte Gegenwart sein. Der letzte Punkt legt eine nicht allzu schmeichelhafte Vermutung nahe: Ist das Bemühen um eine Bewältigung der Vergangenheit nicht vielleicht dazu bestimmt, uns den Blick auf eine sehr problemreiche Zukunft zu ersparen?“

Seinen nächsten Gedanken leitete Hofstätter ein mit dem Satz: „Ich bekenne daher freimütig, daß ich von nun ab meiner Sache nicht mehr sicher bin.“ Und dann entwickelte er den hypothetischen Fall:

„Was geschähe eigentlich, wenn eines Tages in irgendeinem entlegenen Winkel der nunmehr 74-jährige Adolf Hitler entdeckt würde? Natürlich gäbe es einen sehr großen Prozeß, und natürlich wurde der Angeklagte verurteilt. Ja und? Hätten wir auch nur ein Quäntchen unserer Vergangenheit bewältigt, wenn wir fortan für einige Jahre wüßten, daß in der Haftanstalt X ein Strafgefangener Nummer Y eintritt, der früher einmal der Führer des Großdeutschen Reiches war?“

Hofstätter nannte noch ein weiteres Beispiel: „Vor einem Jahr wurde am 1. Juni 1962 in einem Gefängnis bei Tel Aviv Adolf Eichmann hingerichtet. Hat dieses Ereignis etwas zur Bewältigung der Vergangenheit beigetragen?“

Und weiter schrieb Hofstätter: „Die Generalbundesanwälte sind anderer Ansicht. Im Anschluß an ihre Konstanzer Mai-Sitzung ließen sie die Öffentlichkeit wissen, daß bei der Verfolgung von NS-Verbrechen ‚noch sehr viel auf uns zukommen‘ werde. Bei den Prozessen gegen Angehörige sogenannter Einsatzkommandos und gegen KZ-Wächter wird es vermutlich Zuchthausstrafen in der Gesamtlänge von einigen 100 oder 1000 Jahren geben. Und dann? Wird uns danach der Gedanke an Auschwitz leichter sein?“⁸⁴

Der Feuilleton-Chef der „ZEIT“, Rudolf Leonhardt, der auch den Vorspann zum Hofstätter-Artikel verfasst hatte, konstatierte in der „ZEIT“ vom 6.9.1963, dass es die heftigsten Reaktionen auf Hofstätter und seine Positionen gegeben habe:

„Das Echo auf Hofstätters Provokation war zunächst – wie erwartet – berechtigter Widerspruch und immerhin begreifliche Empörung. Widerspruch all derjenigen, die im Gegensatz zu Prof. Hofstätter meinen, daß den Opfern oder den Überlebenden oder beiden damit gedient wäre, wenn in den nächsten 15 Jahren noch weitere 600 oder 6000 der Schuld Verdächtige vor Gericht gestellt werden. Eine solche Meinung kann sich freilich auch dadurch gelähmt fühlen, daß einer in Hamburg miterlebt, wie ein erwiesenermaßen übler Schinder des NS-Regimes freigesprochen werden muß, da die Delikte, die man ihm nachweisen kann, nach den Paragraphen unseres Strafgesetzbuches als ‚verjährt‘ gelten; oder durch einen Freispruch wie im Freiburger Mordprozeß, wo es hieß, ‚man habe (zitiert nach der Welt vom 13. Juli 1963) den Angeklagten die Exekutionen nicht mit letzter Sicherheit nachweisen können; außerdem sei es möglich, daß sie das Verbrecherische der Erschießungsbefehle nicht eingesehen hätten‘. Was die Empörung angeht, so ist sie verständlich als nahe liegende Reaktion der Opfer (oder der Angehörigen von Opfern), die ein Recht haben, hinter jeder sachlich-versöhnlichen Geste unangebrachte Beschwichtigungs- und Verharmlosungsversuche zu argwöhnen. Der Hamburger

Kunstpädagoge Arie Goral, der zum Spiritus rector des ‚Falles Hofstätter‘ werden sollte, fordert ‚den nun einmal angemessenen und gegebenen Respekt ... , mit dem sich zumindest deutsche Publizisten um ihres eigenes Prestige willen auf einem Boden bewegen sollten, der mit Blut und schrecklichen Erinnerungen der Juden in Deutschland und der Juden in aller Welt getränkt ist.‘ Ich halte diese Forderung für durchaus berechtigt. Schade, dass Arie Goral dann viel weiter ging und jener Hysterie Vorschub leistete, die sich nicht mehr an Tatsachen orientierte.“⁸⁵

Der nächste Akt war nach Dafürhalten von Leonhardt etwas hinterhältig eingefädelt worden. Der Student Hans Kirchmann hatte als Leser der „ZEIT“ geschrieben, dass die veröffentlichten Aufsätze von Peter Hofstätter von studentischer Seite verfolgt wurden, und: „Ich selbst habe allerdings niemanden getroffen, der nicht Widerspruch angemeldet hätte, ohne daß dabei die Ehrenhaftigkeit Ihrer Absichten in Zweifel gezogen werden konnte.“⁸⁶

Der formulierte Wunsch des Studenten Kirchmann an Prof. Hofstätter war, er möge „noch einmal selbst das Wort ergreifen und sich zwei oder drei Stunden Ihrer sicherlich knappen Zeit zu einer Begegnung mit uns nehmen.“⁸⁷ Hans Kirchmann sprach für den LSD, den Liberalen Studentenbund Deutschlands, der eine kleine Diskussionsveranstaltung organisieren wollte. Sie fand statt am 19.7.1963. Leonhardt resümierte: „Die Diskussion selber fand keineswegs – wie von Kirchmann im Namen des LSD zugesichert worden war – ‚in nicht allzu großer Öffentlichkeit‘ statt. Hofstätter selbst hatte freilich – mit einer chevalresken Hybris, wie sie heutzutage hierzulande selten ungestraft erlaubt ist – seinen ‚Erzfeind‘ Arie Goral eingeladen. Außer ihm waren noch manche Durchaus-nicht-Studenten anwesend: unter ihnen der wohlmeinende und gerade deswegen gern über das Ziel hinausschießende Pressechef beim Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, Erich Lüth.“⁸⁷ Fair war es sicherlich auch nicht, wie Leonhardt berichtete, dass der LSD nach der Veranstaltung einen Zusammenhang herstellte, der da lautete: „Am Vorabend des Gedenktages der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 hat der Liberale Studentenbund Deutschlands ... einen Diskussionsabend mit ... Prof. Hofstätter veranstaltet.“⁸⁸

Für diesen Zusammenhang aber entscheidender ist, was Peter Hofstätter auf dieser Veranstaltung sagte, wie er sich verhielt. Immerhin schaffte Hofstätter, nicht nur in die nationalen Schlagzeilen zu kommen und für den „SPIEGEL“ in der Ausgabe 38/1963 ein Interviewpartner auf sieben Seiten zu werden. Unter der Überschrift: „Sind die ermordeten Juden gefallen?“ zitierten die „SPIEGEL“-Redakteure die wesentliche These, die Hofstätter während der Veranstaltung aufgestellt hatte und die zu einem Sturm der Entrüstung geführt hatte: „Hitler habe den Juden den Krieg erklärt – Konsequenz: Die getöteten Juden sind ‚gefallen‘, nicht ermordet worden –, eine Amnestie für NS-Verbrechen sei notwendig.“⁸⁹

Was ist überhaupt noch übrig von unserer Rechtsstaatlichkeit?

NZ-Gespräch mit Professor Hofstätter

Endlich Generalamnestie für Kriegsverbrechen



Professor Hofstätter

Unser Verhältnis zum Staat würde besser

könne, ohne zu berücksichtigen, was vorher geschah.

Prof. Hofstätter: Durchaus. Solche Denkfehler gab es schon häufiger. Im faschistischen Italien zählte man die Jahre vom Marsch auf Rom an.

NZ: Und nach der Französischen Revolution versuchte man auch, so etwas durchzusetzen. Diese Versuche sind alle gescheitert, eben weil jede Epoche im ständigen Fluß der Geschichte liegt. Warum, Herr Professor, läßt man nun die Kontinuität bei der Betrachtung des Dritten Reiches ganz und gar außer acht? Kein vernünftiger Mensch würde auf die Idee kommen, beispielsweise die Geschichte des Zweiten Reiches beim Jahre 1871 beginnen zu lassen. Stets muß berücksichtigt werden, was vorher geschah. Warum tut man das bei der Betrachtung der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945 nicht?

Prof. Hofstätter: Das ist eine ganz und gar unsinnige Art von Geschichtsbetrachtung. Man versteht die Ereignisse der Jahre 1930 bis 1933 nicht und natürlich ebensowenig die darauffolgenden, wenn man nicht 200 bis 300 Jahre zurückblickt. Adolf Hitler sprach ja nicht eine ganz neue Spra-

Interview mit Hofstätter in der Deutschen National-Zeitung vom 30.8.1963

Hofstätter behauptete in dem Gespräch, nicht mehr mit Sicherheit sagen zu können, was er und wie er genau formuliert hatte. Er zitierte die Erinnerung des Hamburger Senatspressesprechers, Erich Lüth, der im „Hamburger Echo“ Hofstätters Aussage so wiedergegeben hatte: „Für Hitler war die Vernichtung der Juden

eine Kriegshandlung.“ Und Hofstätter bestätigte: „Den Satz kann ich durchaus gesprochen haben. Das war nämlich der Versuch einer Rekonstruktion des Sachverhalts in der Denkweise von Adolf Hitler.“⁹⁰

Kurz zuvor hatte Hofstätter in einem Leserbrief an die „Deutsche National-Zeitung“ geschrieben, „daß ich das Soldatentum stets hoch gehalten habe. Ich war selbst sowohl Heerespsychologe als auch Soldat im Fronteinsatz. Alle mir bekannten Männer der Familie Hofstätter waren ebenfalls Soldaten. Die mir zur Last gelegten Behauptungen, daß nämlich die NS-Täter die Uniformen des Dritten Reiches trugen, sowie daß ‚Hitler und der nationalsozialistische Staat den Juden quasi den Krieg erklärt‘ haben, halte ich für schlichte Tatsachen. Wenn einzelne ‚Soldaten des Führers‘ sich vergangen haben, so hat dies nichts ‚mit der Ehre des anständig gebliebenen Wehrmachtsoffiziers oder Soldaten‘ zu tun“.⁹¹

Hofstätter argumentierte im „SPIEGEL“-Gespräch noch einmal, dass es Krieg zwischen den Juden und Deutschland gegeben hätte. Als Beleg nannte er eine Rede von Chaim Weizmann aus dem August 1939, wo dieser als Präsident des Zionistischen Kongresses eine Kriegserklärung gegen das Deutsche Reich formuliert hätte. „Er hat alle Juden zum Kampf gegen Deutschland aufgerufen.“ Und Hofstätter zitierte auch die Reichstagsrede von Adolf Hitler vom 30.1.1939, in der er sagte: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis ... die Vernichtung der jüdischen Rasse (sein).“⁹²

Es stand also die These, oder besser die Aussage, im Raum, dass die Vernichtung der Millionen Juden in der NS-Zeit keine Morde gewesen waren, sondern Tötungen im Kriege, sozusagen Opfer eines von zwei Seiten erklärten Krieges. Dieses im Kontext mit der Forderung einer Generalamnestie der Täter war eine für viele unerträgliche Mischung von Aussagen eines Hamburger Psychologieprofessors.

Peter Hofstätter fand offenbar Gefallen an dem öffentlichen Interesse an seiner Person. Zumindest in der ersten Zeit. Nach seiner Leserschrift an die vom rechts-extremen Journalisten und Verleger Gerhard Frey herausgegebene „Deutsche National-Zeitung“, gab er dieser Zeitung zum 30.8.1963 ein großes Interview. Auf die Frage: „Warum, Herr Professor, läßt man nun die Kontinuität bei der Betrachtung des Dritten Reiches ganz und gar außer acht?“⁹³ antwortete Hofstätter: „Das ist eine ganz und gar unsinnige Art von Geschichtsbetrachtung. Man versteht die Ereignisse der Jahre 1930 bis 1933 nicht und natürlich ebenso wenig die darauffolgenden, wenn man nicht 200 bis 300 Jahre zurückblickt. Adolf Hitler sprach ja nicht eine ganz neue Sprache. Ganz und gar unmöglich ist es, den Ersten Weltkrieg und seine Folgen auszuklammern. Es mag natürlich sein, daß man sich darum vor der ‚Bewältigung‘ jener Zeit scheute, weil es für manche blamabel wäre.“⁹⁴

Die „National-Zeitung“ fragte weiter: „Sie, Herr Professor, haben, und das hat eigentlich den Sturm gegen Sie entfesselt, offen eine Generalamnestie auch für alle deutschen Kriegsverbrecher gefordert. Ihre Kritiker werfen Ihnen vor, Sie verzichteten damit auf die Sühne für die begangenen Verbrechen und auf die Bestrafung der Täter.

Hofstätter: Die Gesellschaft kann keine Untaten sühnen. Sie soll durch Erziehung und andere Maßnahmen und Taten vorbeugen.“⁹⁵

Und weiter:

„National-Zeitung: Nach Meinung Ihrer Gegner dürfen diese Argumente nicht gelten für jene, die an Judentötungen beteiligt waren. Die Judenmorde seien, so sagen sie, in der Weltgeschichte ohne Beispiel.

Prof. Hofstätter: Aber das stimmt gar nicht! Sogar nach 1945 sind Massensterbungen geschehen, die denen der Judentötung nicht nachstehen. Als Indien und Pakistan selbständig wurden, sind, wie die pakistanische Regierung veröffentlichte, 4,5 Millionen Mohammedaner und 1,5 Millionen Hindus in den Religionsauseinandersetzungen gemordet worden.“⁹⁶

Auf eine weitere Frage, ob das deutsche Volk gegen eine Generalamnestie sei, antwortete Hofstätter:

„Aber nein! Ich habe den Eindruck – und die vielen Briefe, die ich jetzt bekommen habe, bestätigen diese Meinung –, daß die Mehrheit unseres Volkes es nicht versteht, daß immer noch deutsche Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden. Sie hat diese Prozesse satt. Diese Kriegsverbrecherprozesse sind der leichtere Weg: Man hat einen eng begrenzten Kreis von Schuldigen, und alle anderen sind also unschuldig und brauchen sich also um die Probleme nicht zu kümmern. – Diese These vertritt übrigens Jaspers auch.“⁹⁷

Am Ende des Gesprächs sagte Peter Hofstätter: „Und ich danke der National-Zeitung. Sie war die einzige Zeitung, die mich nicht angegriffen hat.“⁹⁸

Der „SPIEGEL“ schrieb, als Gerhard Frey, 80-jährig, 2013 starb, über die National-Zeitung, diese „befriedigte das Informationsbedürfnis konservativer Kleinbürger, greiser Weltkriegskämpfer und unberrbar NS-Nostalgiker.“⁹⁹

Ich habe jetzt beschrieben, wie Peter Hofstätter sich mit den Reaktionen auf seine Äußerungen auseinandersetzte. Jetzt soll noch ein Blick geworfen werden auf die genannte Podiumsdiskussion und auf die Reaktion der Hochschulbehörde. Die Reaktionen in allen wichtigen Presseorganen und von Einzelpersonen könnten ein eigenes Buch füllen. Der Leiter der Hamburger Pressestelle, Erich Lüth, hatte an der Veranstaltung selbst teilgenommen, ebenso wie der jüdische Maler und Publizist Arie Goral. Beide waren auch mit Wortbeiträgen in Erscheinung getreten und

dokumentierten später die Auseinandersetzungen mit Peter Hofstätter. Arie Goral verfasste eine Dokumentation: „Fall Hofstätter 1963/1978, Bd. 1. Aus dem Leben eines Rechts-Sympathisanten“.¹⁰⁰

Erich Lüth hatte eine Handakte angelegt, die heute im Hamburger Staatsarchiv einsehbar ist und die alle wesentlichen Zeitungsberichte sowie seine persönliche Korrespondenz enthält.¹⁰¹ Auch diese Handakte umfasst Material für ein ganzes Buch und soll nur im zulässigen Rahmen und auszugsweise mit einigen wesentlichen Aussagen und Hinweisen zitiert werden.

So verfasste Peter Hofstätter einen Leserbrief an das „Sonntagsblatt“, in dem er erklärte:

„Den Leserbrief an die National-Zeitung schrieb ich, weil die ‚Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland‘ in ihrer Nummer vom 16.8. ‚die ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht‘ zu einer Aktion gegen mich aufgerufen hatte. Ich mag mich in diesem Punkt täuschen, jedoch glaube ich, daß die National-Zeitung von allen deutschen Zeitungen weitaus am meisten ‚aus Verbänden und Veranstaltungen‘ ehemaliger Wehrmachtangehöriger berichtet.“¹⁰²

Unter den zahlreichen Leserbriefen, die von der ZEIT abgedruckt wurden, fand ich bemerkenswert das Schreiben von Prof. Gösta von Uexküll aus Hamburg, in dem er unter anderem feststellte:

„Hätte Hitler wirklich einen Krieg gegen die Juden geführt, wie Prof. Hofstätter behauptet hat, dann wären die Juden nach einem leicht errungenen Sieg seine Kriegsgefangenen gewesen. Seit wann aber ist es erlaubt, Kriegsgefangene auszurotten? Nicht einmal Feinde darf man ausrotten. Man darf gegen sie nur ‚so viel Gewalt gebrauchen wie notwendig ist, um ihren Widerstand zu brechen‘. Aber folgen wir der unsinnigen These Prof. Hofstätters noch einen Schritt weiter. Die Genfer Konvention von 1925 verbietet die Verwendung von Giftgas selbst gegen Feinde. Also zum mindesten in der Ausrottung der ‚feindlichen Juden‘ mithilfe von Gas müßte auch Prof. Hofstätter ein Verbrechen sehen. Aber natürlich war es kein Krieg, sondern ein Pogrom. Kein schlampiges Pogrom slawischer Untermenschen, sondern ein perfekt organisiertes, gründliches, mit einem Wort ein deutsches.“ Und zu Hofstätter sagte von Uexküll: „Übrig bleibt bei nüchterner Betrachtung die schlichte Tatsache, daß Professor Hofstätter damals wie heute etwas unsinniges gesagt hat. Seit wann aber ist es verboten, Unsinn zu sagen? Auch Professoren haben ein Recht darauf. Gottlob, denn wo kämen wir sonst hin!“¹⁰³

Der Journalist und Berichterstatter von vielen Gerichtsverfahren der Nachkriegszeit, Gerhard Mauz, der ab 1964 beim „SPIEGEL“ arbeitete, verfasste am 29.8.1963 einen Artikel in der „Welt“, Überschrift: „Bewältigte Vergangenheit – gibt es das?“ Mauz, Jahrgang 1925, der selbst Psychologie studiert hatte und Sohn eines Tübin-

ger Psychiaters gewesen war, schrieb einen Artikel, für den er ein längeres Gespräch mit Peter Hofstätter geführt hatte und immer wieder betonte, dass dieser seine Intentionen in dem Gespräch viel deutlicher und klarer zum Ausdruck gebracht hatte, als in seinen veröffentlichten Statements und den völlig verunglückten Aussagen bei der Veranstaltung: „Daß Hofstätter für eine Beendigung der Prozesse wegen der von 1933–1945 begangenen Verbrechen, nicht etwa aus Sympathie für die Verbrecher eintritt, sondern weil er in diesen Prozessen eine Versuchung für die Deutschen sieht, sich selbst auf Kosten einzelner zu entlasten, macht er mündlich klarer als er es schriftlich tat.“¹⁰⁴

Der ehemalige Psychologiestudent Mauz war offensichtlich von der Person Hofstätter in gewisser Weise beeindruckt und, was dessen Biografie betraf, nicht richtig informiert. So bezeichnete er Hofstätter als einen „im Dritten Reich gefährdeten Gelehrten“, „einen international geachteten Psychologen“, „anerkannten Kollegen der Bühler“, „Nachfolger Sterns und Bondy in Hamburg“, der somit „unmöglich ein Faschist und Antisemit, ein Anwalt autoritärer Systeme und ihrer Verbrechen sein kann“.¹⁰⁵ Damit war er offensichtlich ein wenig der von Hofstätter aufgebauten Legende erlegen.

Interessant war auch noch der Verweis auf Karl Jaspers, von Hofstätter eingebracht, „der 1961 in einem Gespräch zum Eichmann-Prozess sagte, es handle sich bei Eichmann und seinesgleichen nicht um Mörder „aus einem egoistischen Motiv und um irgendeines Nutzens willen“, sondern um Leute, die „nicht aus all den anderen Motiven gewöhnlicher Mörder gehandelt haben.“¹⁰⁶

Da nach einer Strafanzeige von Arie Goral und Walter Hähnel gegen Hofstätter auch disziplinarrechtliche Ermittlungen eingeleitet worden waren, wurde der Direktor der Staatlichen Pressestelle, Erich Lüth, am 24.9.1963 vernommen. Lüth hatte sich auch im „Hamburger Echo“ zu dem Fall geäußert¹⁰⁷, aber sicherlich ist seine Einlassung in diesem Rahmen die sachlichere Variante, um den Ablauf bei der Veranstaltung aufzuklären. Lüth sagte, dass zu Beginn der Veranstaltung der Versammlungsleiter Kirschmann vom Liberalen Studentenbund über die beiden Hofstätter-Artikel referiert und den Psychologieprofessor dann gebeten hatte, dazu Stellung zu nehmen. Lüth erklärte dann weiter:

„Hofstätter lehnte das mit einer hochmütigen, arroganten Geste nach einigen kurzen Erklärungen ab und bat, Fragen an ihn zu stellen, so weit das gewünscht würde. Ich war einer der ersten, der ihn fragte. Ich hielt ihm den krassen Widerspruch vor, der darin liege, daß er sich für eine Bestrafung der kleinen Mörder einsetzte, die großen jedoch straffrei ausgehen lassen wolle. Um dieses Problem wurde etwa eine halbe Stunde lang diskutiert. Im Verlaufe dieser Diskussion nahm Prof. Hofstätter dahin Stellung, daß Hitler spätestens 1939 den Juden den Krieg erklärt habe, und

daß die Vollstrecker seiner Ausrottungsbefehle glauben konnten, eine Kriegshandlung zu vollziehen. Vor 1939 mögen, so äußerte er sich, die Ausschreitungen gegen die Juden wohl Morde gewesen sein, nach 1939 aber Tötungen in Konsequenz der Hitlerschen Kriegserklärung. Es mag sein, daß Hofstätter sich die These von einem völkerrechtlichen Krieg zwischen Hitler und den Juden nicht zu eigen machen wollte, sondern nur die Ideen Hitlers und die Vorstellungen der Vollstrecker seiner Mordbefehle interpretieren wollte. Das wurde jedoch keineswegs aus seinen Ausführungen eindeutig klar. Als Herr Goral und Herr Hähnel mit längeren Ausführungen in die Debatte eingriffen, antwortete Hofstätter ihnen äußerst zynisch und vertrat die These, daß die weitere Verfolgung der Kriegsverbrecher die Haltung der Unbelehrbaren nur noch trotziger werden ließe. Damit antwortete Hofstätter auch auf andere Diskussionsbeiträge. Ich fand es auch wenig geschmackvoll, daß er die Morde des Hitlerregimes in Parallele zu kriegerischen Vorgängen in der jüdischen Geschichte setzte. Dabei, und bei vielen anderen Äußerungen, ließ er jegliches Verständnis für die seelische Situation der überlebenden Juden und der verfolgten Nicht-Juden vermissen. Auch zeigte er nach meiner Überzeugung keinerlei Verständnis für den demokratischen Rechtsstaat. Diese Einstellung führte bei den Teilnehmern der Versammlung zu äußerster Empörung und Verbitterung. Im Verlaufe der immer hitziger werdenden Debatte nannte Herr Hofstätter dann schließlich Herrn Goral oder Herrn Hähnel einen ‚Quatschkopf‘. Daraufhin verließ eine größere Gruppe der Versammlungsteilnehmer, insbesondere Herr Goral, einige Schulräte und ich die Versammlung. Die Ausführungen Hofstätters während der Diskussion erweckten bei jedem, der ihn nicht kannte, den Anschein, als bagatellierte er die Ausrottungsmaßnahmen des Nazismus. Ich darf meiner Meinung dahin Ausdruck geben, daß ein Mann, der so delikate und komplexe Fragen, wie sie in seinen beiden Aufsätzen und der Diskussion vom 19. Juli behandelt worden sind, so taktlos, zynisch und verständnislos anpackt, auf einem Universitätslehrstuhl fehl am Platze ist, insbesondere soweit er etwa an der Ausbildung künftiger Lehrer teilnimmt.“¹⁰⁸

Wer einen Stein ins Wasser wirft, muss damit rechnen, dass sich Ringe bilden und dass ernstzunehmende Kontrahenten reagieren. Arie Goral verfasste gemeinsam mit Walter Hähnel am 26.7.1963 eine Strafanzeige gegen Professor Peter Hofstätter „wegen Verunglimpfung und Verleumdung der Opfer des Nationalsozialismus“. Darüber hinaus begann er nachzuforschen, ob Hofstätter eine nationalsozialistische Vergangenheit hatte. Und in der Tat, Arie Goral fand den Hofstätter-Aufsatz aus dem Jahre 1941 und veröffentlichte diesen in Auszügen.¹⁰⁹ Arie Goral war nicht der einzige gewesen, der recherchiert hatte. So verfasste Valeska von Roques im „Vorwärts“ vom 11.9.1963 unter der Überschrift „Der Wahrheit den Krieg erklärt“ einen Artikel, für den sie akribisch einzelne Stationen von Hof-

statters Wirken nachgeprüft hatte. Sie leitete ein mit Hofstatters Aktion gegen das aufmüpfige Studentenblatt seiner ersten deutschen Hochschulstation: „Als Rektor der Hochschule für Sozialwissenschaften witterte er unter seinen Studenten ‚anarchistische Umtriebe‘ und ersann recht ungewöhnliche Mittel, sie zu bekämpfen. Jetzt hat er selber Bomben gelegt.“¹¹⁰ Sie hatte auch seine Habilitationsschrift ausgegraben, „Ruf und Bestand“, mit der er die Lehrbefugnis erlangte, ohne eine Stelle an der Universität zu bekommen, aber immerhin die Beförderung zum Regierungsrat als Wehrpsychologe. Valeska von Roques fand Hofstatters Schrift in der Zeitschrift für angewandte Psychologie, Bd. 60 aus dem Jahr 1940 und fasste zusammen, was er dort verbreitete: „Die Vorurteile, die wider die Burgenländer im südlichen Österreich gehegt würden, seien wegen deren minderer Erbmasse durchaus begründet. Hofstätter leitete daraus – der nationalsozialistischen Rassentheorie folgend – ab, daß Vorurteile, weil dem gesunden Volksempfinden entspringend, die tatsächlichen Merkmale einer Gruppe widerspiegeln. Hofstätter rechtfertigte damit ein weit aktuelleres Vorurteil, das sich für 6 Millionen Juden tödlich auswirkte. Auf diese waghalsige Theorie wollte Hofstätter auch beim Neuaufguß dieses Elaborates im Jahre 1954 nicht verzichten: nur war nach dem Kriege am geringen Intelligenzquotient der Burgenländer nicht mehr ihre mindere Erbmasse, sondern ihre geringeren Bildungschancen schuld.“¹¹¹ Ein wendiger Wissenschaftler.

Der Rat im „Vorwärts“: „Vielleicht tut der Hamburger Senat, der zur Zeit die letzte Affäre überprüft, gut daran, auch die Tätigkeit Hofstatters als Rassentheoretiker und Zeitungszensor zu überprüfen.“¹¹²

Und auch über die Auseinandersetzung um die Studenten-Zeitung an der Wilhelmshavener Hochschule gab es durch einen Leserbrief in der „ZEIT“ vom 13.9.1963 eine interessante Information, die eine andere Seite des Charakters von Peter Hofstätter beleuchtete. So schrieb Jürgen Schiers aus Bremen, dass der „erste Fall Hofstätter“ stattfand, als Hofstätter Rektor der Hochschule für Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven war. „Zur gleichen Zeit wurde an der Hochschule das ‚Zoon Politikon‘, eine Studentenzeitschrift von einer Gruppe Wilhelmshavener Studenten herausgegeben. Als einer der Mitherausgeber im ‚Zoon Politikon‘ die Meinung vertrat, der Begriff des Vaterlandes sei für ihn ebenso überholt wie die wilhelminische Ära, mißfiel das dem Rektor. In dem Bestreben, dem Mitherausgeber das Handwerk zu legen, griff er zu drastischen Maßnahmen. Unter anderem fragte er mittels Rundschreiben die Wilhelmshavener Einzelhändler, die in der Zeitschrift zu inserieren pflegten, ob sie es vertreten könnten, dieses Blatt weiterhin mit ihrem ‚Anzeigengeld zu unterstützen‘. Die Zeitschrift – so schrieb Hofstätter – sei nämlich gegen das Vaterland und gefährde damit auch die Wiedervereinigung. Die Herausgeber der Zeitschrift und eine große Zahl der Studenten wandten sich empört gegen

die Handlungen des Rektors. Hofstätter erwies sich in dieser Situation nicht nur als unfähig, seine unbestritten phänomenalen Kenntnisse auf dem Gebiete der Psychologie praktisch einzusetzen, d. h. etwa eine klärende Diskussion einzuleiten. Er zeigte auch in der Sache selbst ein fanatisches Verfechten formaler Autorität und einen entsprechenden Mangel an demokratischem Bewußtsein. So sprach er zum Beispiel denjenigen Studenten, die sich gegen ihn gestellt hatten (meistens Angehörige der Geburtsjahrgänge 1935 und älter), die politische Urteilsfähigkeit ab, weil ihnen das Erlebnis einer intakten staatlichen Ordnung nicht zuteil geworden wäre ...¹¹³

In der Diskussion um den Psychologen Hofstätter wurde immer wieder die Frage gestellt, ob er eine für die Lehrerausbildung in Hamburg geeignete Person sei. Hofstätter selbst beschäftigte sich und die Öffentlichkeit durchaus mit Fragen der Schulpolitik. So hatte er schon eine Woche nach seinen umstrittenen „ZEIT“-Artikel sich erneut in der „ZEIT“ zu Worte gemeldet: „Was verspricht man sich vom Schulfach Zeitgeschichte?“¹¹⁴ Hofstätter riet darin davon ab, sich mit der jüngeren, gerade zurückliegenden „Zeitgeschichte“ zu beschäftigen und bezeichnete es als „eine Illusion, nämlich die der in aller Form zum Schulpensum erhobenen Bewältigung der Vergangenheit“.¹¹⁵

Im Weiteren schrieb er: „Von allen denkbaren Zeitabschnitten eignen sich dazu aber jeweils die letzten 30 oder 50 Jahre – der Spielraum der Zeitgeschichte also – am schlechtesten.“ Hofstätter forderte „den ruhigen Blick auf historische Ereignisse, an denen wir nicht mehr emotional engagiert sind, die uns also zeitlich genügend fern liegen. So betrachtet, ist für die Franzosen Napoleon heute schon ein legitimer Gegenstand der Geschichte, Hitler ist es für uns Deutsche bestimmt nicht.“¹¹⁶

Das passte durchaus mit der Realität nicht nur an Hamburger Schulen in den 1950er- und 1960er-Jahren zusammen, in denen der Geschichtsunterricht sehr häufig kaum den Ersten Weltkrieg erreichte. Aber darüber wurde offenbar im Kontext der Einführung eines Faches Zeitgeschichte gerade nachgedacht. Hofstätter: „Ich frage mich allerdings, inwieweit es klug ist, das Trauma, das wir Erwachsenen von heute erlitten haben, auch unseren Kindern, die nach 1945 geboren wurden, zu vermitteln. Sind wir selbst schon nicht eben einfallslos in der Betätigung von Abwehrmechanismen – einer davon ist die Phrase der als bewältigbar gedachten Vergangenheit –, so könnte ich unseren Kindern in dieser Hinsicht auch einiges zutrauen. Vielleicht spielen sie eines Tages statt ‚Indianer und Trapper‘ den ‚Warschauer Aufstand‘ ... Dann doch lieber ‚Perserkriege‘.“¹¹⁷

Ganz abgesehen davon, das die als launig gemeinten Formulierungen wohl nicht nur auf mich völlig geschmacklos wirken, hier ist auch an der psychologischen

Kompetenz des Psychologieprofessors zu zweifeln, der als Student zwar zum 80. Geburtstag von Sigmund Freud ein Fest organisiert, aber offenbar keine Vorstellung davon hatte, wie mit Traumata und Abwehrmechanismen hilfreich umgegangen werden sollte.

Erich Lüth stand auch in Korrespondenz mit dem Philosophieprofessor Karl Jaspers, dem Doktorvater von Hannah Arendt. Jaspers hatte am 2.9.1963 bei Lüth angefragt, ob Hofstätter tatsächlich das gesagt hatte, was die Medien, in diesem Fall auch die „Stuttgarter Zeitung“, am 22. August 1963 berichtet hatte. „Will man in solchem Falle sich öffentlich äußern, ist es wichtig, die Aussagen des Anzugreifenden genau zu kennen.“¹¹⁸

Lüth, der Jaspers anlässlich einer Begegnung in dessen Wohnung nach einem von Lüth gehaltenen Vortrag vor der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Basel kennengelernt hatte, antwortete ausführlich und gab die Aussagen Hofstätter wider. Er schrieb:

„Im weiteren Verlauf der Diskussion wies Herr Hofstätter immer wieder darauf hin, daß durch Prozesse gegen nationalsozialistische Mitwirkende der Judenvernichtung nichts im Sinne einer Bewältigung der Vergangenheit erreicht würde. Im Gegenteil, unbelehrbare Nazis würden in ihrem Trotz nur bestärkt. Auf Vorhaltungen, daß alle Gewaltverbrechen vor das Gericht gehören und nach dem Gesetz abgeurteilt werden müssen, ging Herr Hofstätter nicht ein. Auch weitere Vorhaltungen aus dem Kreise der Diskussionsteilnehmer, daß die Prozesse der historischen Wahrheitsfindung zu dienen hätten, schlug Herr Hofstätter in den Wind. Immer wieder sprach er jedoch von Anhängern des Nationalsozialismus, auf die durch Fortführung der Prozesse keine belehrende oder heilende Wirkung ausgeübt werden könne. Psychotherapeutisch sei das, was man mache, falsch, umso mehr, als auch im Alten Testament grauenhafte Vernichtungsmaßnahmen registriert worden seien, ohne daß die Kirche oder die Synagoge sich von ihnen distanzieren.“¹¹⁹ Lüth kannte inzwischen auch Hofstätters Aufsatz in der Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung“ aus dem Jahre 1941, aus dem er für Jaspers zitierte.

Jaspers antwortete darauf:

„Was die Sache betrifft, so bin ich natürlich durchaus Ihrer Ansicht. Nur würde ich in der öffentlichen Diskussion trennen die Person (etwa den Ausdruck ‚Wirkkopf‘ meiden) von den Ungeheuerlichkeiten, in deren gedanklichen Entfaltung der Mann sich verfangen hat. Für diese hat er einzustehen.“ Er schrieb aber auch: „Trotzdem bin ich besorgt wegen der verborgenen Instinkte und wegen der Unklarheit der Gefühle in breiten Kreisen.“¹²⁰

Am 17.9.1963, nachdem ihm Erich Lüth noch einiges Material gesandt hatte, stellte Karl Jaspers fest:

„Es ist erschreckend, was Sie mir mitteilen: dass junge Menschen, gar Teilnehmer eines christlichen Vereins, sich schon gegen die Fortsetzung der Kriegsverbrecherprozesse erklären. Hofstätter ist, wie mir deutlich wird, nur ein Anlass. Die Sache selber ist für uns Deutsche von allergrößter Bedeutung. Es sieht doch so aus, dass die Sache jetzt grundsätzlich durchgekämpft werden muss, geistig in der Publizität, in Bezug auf Hofstätter als Symptom, wie sich Universität und Staat in einem solchen Falle verhalten. Die Sache ist nach dem Gefühl sehr vieler Menschen ohne weiteres klar. Aber es scheint nicht einfach, sie deutlich zu formulieren. Das habe ich daran gemerkt, dass Hofstätter mich als Zeuge für sich genannt hat und die Soldatenzeitung das wiederholt. Man sieht, welche fast unbegreifliche Verdrehungen möglich sind, wenn Menschen nicht mehr denken.“¹²¹

Zwischenzeitlich hatte sich auch der Hamburger GEW-Vorsitzende, Wolfgang Neckel, der ebenfalls bei der Veranstaltung mit Hofstätter anwesend gewesen war, an Lüth gewandt und festgestellt, „daß gerade die Arroganz und die Nonchalance Herrn Prof. Hofstätter für mich als betrübliches Ergebnis der damaligen Aussprache in Erinnerung geblieben sind“.¹²²

Inzwischen hatte sich Bürgermeister Paul Nevermann zu dem Fall geäußert und erklärt, er würde disziplinarrechtlich untersucht. Für die Vorermittlungen wurde Landgerichtspräsident Dr. Clemens beauftragt.¹²³

Bevor ich auf das disziplinarrechtliche Untersuchungsverfahren eingehe, noch ein paar Sätze zu Erich Lüth. Erich Lüth, geboren am 1.2.1902 in Hamburg, war Schüler der Oberrealschule Eppendorf gewesen und begann 1923 als Volontär der Hamburger Redaktion des Ullstein-Verlags seine Ausbildung. Anschließend arbeitete er als Redakteur beim „Hamburger Anzeiger“, war Vorsitzender der Hamburger Jungdemokraten, seit 1928 für die DDP Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft. Parallel dazu gehörte er der Deutschen Friedensgesellschaft an und war in seiner Partei Teil des linken, pazifistischen Flügels, 1930 trat er aus der DDP aus. 1932 schrieb er einen Artikel, indem er die falsche Heldenverehrung Adolf Hitlers anprangerte, was zur Gestapo-Verhaftung seines Bruders führte, weil auf dessen Schreibmaschine der Artikel geschrieben worden war. 1950 machte Erich Lüth deutschlandweit Furore, als er schon „Staatsjournalist“ war, wie er später selber sagte. Der „SPIEGEL“ schrieb dazu in einem Nachruf zwei Wochen nach seinem Tod: „Weltweite Schlagzeilen machte der streitbare Publizist nach dem Krieg, als er das Come-back des NS-Filmers Veit Harlan in der Bundesrepublik verhinderte. Der Regisseur des Hetzfilms ‚Jud Süß‘ versuchte 1950, sich mit dem Streifen ‚Unsterbliche Geliebte‘ neu zu etablieren – Lüth protestierte und rief zum Boykott auf. Produzent und Verleihfirma verklagten den Hamburger Senatsdirektor, und ein Landgericht verurteilte Lüth wegen ‚sittenwidriger Aufforderung zum Boykott‘.

Fast ein Jahrzehnt kämpfte Lüth gegen diesen Spruch an und erhielt erst beim Bundesverfassungsgericht recht: die freie Meinungsäußerung, so entschieden die Karlsruher Richter in ihrem ‚Lüth-Urteil‘, habe Vorrang vor den wirtschaftlichen Interessen einzelner. Der Staat Israel benannte in Jerusalem einen Wald nach Erich Lüth, der nach dem Krieg auch für die Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen kämpfte.“¹²⁴

Am 21.11.1963 gab Erich Lüth für die staatliche Pressestelle Hamburg unter der Überschrift: „Senat missbilligt das Verhalten Prof. Hofstätters“ das Schreiben von Senator Drexelius wieder, das er im Namen des Senats an Peter Hofstätter gerichtet hatte. Darin hieß es:

„Nach dem Ergebnis der gegen Sie durchgeführten Vorermittlungen hat der Senat „das Verfahren gegen Sie (...) eingestellt, da er eine Disziplinarstrafe nicht für angezeigt hält. Er hat von einer Disziplinarstrafe trotz Ihrer Entgleisung gegenüber dem Teilnehmer an der Diskussion vom 19. Juli 1963, Arie Goral, und trotz Ihres allgemeinen Verhaltens in dieser Diskussion abgesehen, da ihm eine rein juristische Reaktion auf zwei begrenzte Sachverhalte nicht dem besonderen Charakter Ihres Verhaltens adäquat zu sein scheint. Wenn der Senat nicht nur Ihr Verhalten auf dem Diskussionsabend am 19. Juli, sondern die ganze Art kritisiert, in der Sie in den letzten Monaten besonders brennende Fragen unseres politischen Zusammenlebens behandelt haben, geschieht das in voller Respektierung der verfassungsrechtlich garantierten Lehr- und Meinungsfreiheit. Diese Verfassungsbestimmung schützt wertvolle Rechtsgüter. Sie befreit aber gerade einen Hochschullehrer nicht von der Verpflichtung abgewogener, taktvoller und fundierter Behandlung von Problemen. Das gilt insbesondere für Fragestellungen, die nicht auf eine rein wissenschaftliche Erörterung beschränkt bleiben, sondern das persönliche Schicksal breiter Bevölkerungskreise berühren und die in der Öffentlichkeit behandelt werden. Der Senat muß leider feststellen, daß Sie durch Ihr Verhalten diesen Anforderungen nicht gerecht geworden sind und damit auch dem Ansehen der Universität geschadet haben. Der Senat hat mich beauftragt, Ihnen deshalb eine Mißbilligung auszusprechen. Der Senat befindet sich dabei in Übereinstimmung mit maßgebenden Vertretern der akademischen Selbstverwaltung unserer Universität und auch der politisch interessierten Öffentlichkeit, wie die vielen Reaktionen auf Ihre mündlichen und schriftlichen Äußerungen gezeigt haben. Es darf der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß Sie sich künftig in ihren Äußerungen und ihrem Auftreten größere Zurückhaltung auferlegen werden.“¹²⁵

Landgerichtspräsident Dr. Clemens hatte seit dem 13.9.1963 disziplinarrechtliche Vorermittlungen durchgeführt, beginnend mit einer ausführlichen Vernehmung von Peter Hofstätter und anschließend einer Reihe von Zeugen. Allein die

Zeugenaussagen sind auf mehr als 50 Seiten dokumentiert. Am 14. Oktober 1963 legte Clemens seine Bewertung der durchgeführten Vorermittlungen vor, die einerseits das Ergebnis hatte, sich gegen ein Disziplinarverfahren auszusprechen und andererseits zum Teil vernichtende Aussagen über den Charakter und die Professionalität von Prof. Peter R. Hofstätter enthielt. So schrieb Clemens zu Hofstätters Artikel „Bewältigte Vergangenheit?“:

„So abwegig es nach meiner Meinung auch ist, eine Amnestie für diejenigen zu fordern, die an den Vernichtungsaktionen des nationalsozialistischen Regimes teilgenommen haben, so wird man es doch angesichts des verfassungsmäßig garantierten Grundrechts der freien Meinungsäußerung (Art. 5 GG) einem Beamten nicht als Pflichtwidrigkeit anrechnen können, daß er diese Forderung vertritt. Das dürfte umso mehr gelten, als der Justizminister des Landes Niedersachsen, Dr. Avid von Nottbeck, in einem Rundschreiben an die Justizminister und -senatoren der übrigen deutschen Länder und an den Justizminister Anfang dieses Jahres den Gedanken einer Amnestie verfochten hat.“¹²⁶

Zu Hofstätters Forderung nach einer Generalamnestie schrieb Clemens:

„Eine andere Frage ist, ob die Befürwortung einer Amnestie für die furchtbarsten Verbrechen der deutschen Geschichte durch Hofstätter deshalb, weil sie in einer weit verbreiteten und vielgelesenen Wochenzeitung erfolgt ist, als Dienstvergehen zu werten ist. Das mußte, wie für jedermann, jedenfalls für einen Hochschullehrer, vorauszusehen war, zwangsläufig in weiten Kreisen, insbesondere bei den noch lebenden Verfolgten des nationalsozialistischen Regimes und den Hinterbliebenen der Ermordeten, auf entschiedene Ablehnung stoßen und in der Presse und bei den Regierungen ausländischer Staaten für die Bundesrepublik Deutschland ungünstige politische Reaktionen auslösen. Es wäre daher zweifellos verantwortungsbewußter und taktvoller gewesen, den Gedanken einer Amnestie nur in privatem Kreis zu erörtern oder in einer wissenschaftlichen Zeitschrift zur Diskussion zu stellen. Da jedoch Art. 5 GG jedermann – für Beamte sind insoweit keine Einschränkungen ersichtlich – das Recht gibt, seine Meinung zu verbreiten, kann meines Erachtens die unglückliche Erörterung des mehr als heiklen Problems einer Amnestie in einer Wochenzeitung nicht als Dienstvergehen gewertet werden.“¹²⁷

In seiner Bewertung dieses Artikels war Clemens mehr als deutlich:

„Hofstätter behandelt in diesem Artikel das komplexe Problem der unbewältigten Vergangenheit höchst oberflächlich und unwissenschaftlich, ja journalistisch im schlechten Sinne. Er offenbart auch durch die Art der Behandlung einen erschreckenden Mangel an politischem Instinkt, zumal er jede Auseinandersetzung mit den auf der Hand liegenden Gegenargumenten vermissen läßt und eine klare Distanzierung von den Verbrechen des NS-Regimes unterläßt.“¹²⁸

Hofstätters Einlassungen bei der Diskussionsveranstaltung am 19. Juli 1963 wertete Clemens „anders und ernster“. Clemens bedauerte, dass die Diskussion nicht auf Tonband aufgenommen oder mitstenographiert worden war, so dass es widersprüchliche Angaben über das tatsächlich Gesagte gegeben hatte. „Wenn Hofstätter, wie man nach einigen Presseverlautbarungen über die Diskussion annehmen musste, die von ihm in die Debatte geworfene These, die Tötungen der Juden seien zumindest ab 1939 Kriegshandlungen gewesen (mit der logischen Folge ihrer objektiven Rechtmäßigkeit), als eigene Auffassung vertreten hätte, so wäre darin zweifellos ein ungewöhnlich schweres Dienstvergehen zu erblicken, das meines Erachtens mit der schärfsten Disziplinarstrafe, der Entlassung aus dem Dienst, geahndet werden müßte. Das ist jedoch nicht nur als nicht erwiesen, sondern als widerlegt anzusehen. Zwar scheint Hofstätter sich, als er diese These in die Debatte warf, unverständlicher- und bedauerlicherwise so wenig klar ausgedrückt zu haben, daß wenigstens einige Diskussionsteilnehmer zunächst meinten, er wolle die These als eigene verfechten. Indessen kann aufgrund mehrerer Zeugenaussagen, an deren Glaubwürdigkeit zu zweifeln kein Anlaß besteht, die sichere Feststellung getroffen werden, daß Hofstätter im Laufe der weiteren Diskussion die Frage eines Diskussionsteilnehmers, ob er sich die These vom Kriegszustand zwischen Hitler und den Juden zu eigen machen wolle, klar verneint und dadurch eindeutig zu erkennen gegeben hat, daß er lediglich hatte zum Ausdruck bringen wollen, daß nach seiner Meinung Hitler der Auffassung gewesen sei, die Vernichtung der Juden sei eine Kriegshandlung gewesen.“¹²⁹

Die Haltung Hofstätters bei dieser Diskussionsveranstaltung sei laut Clemens aber nicht zu billigen gewesen. Dass er „den Zeugen Goral mit ‚Quatschkopf‘ titulierte hat“ bezeichnete Clemens als „ein zumindest fahrlässiges Dienstvergehen“. Und: „Das Gesamtverhalten Hofstätters in der Diskussion vom 19. Juli 1963 war mehr als unerfreulich. Er hat sich nicht nur, wie er selbst zugibt, bisweilen eines absichtlich kühlen Tones befleißigt, sondern sich nach den glaubhaften Aussagen sämtlicher Zeugen (...) hochmütig und arrogant, widerspruchsvoll, taktlos und zynisch verhalten, hat keinerlei Verständnis für die vom nationalsozialistischen Regime Verfolgten gezeigt und ist aalglatt klaren Stellungnahmen ausgewichen. Als besonders bedenklich ist eine zynische Bemerkung: ‚Es war halt Krieg, da gehen halt welche drauf‘, vor zumindest einem verfolgten des Naziregimes (Goral) und Studenten anzusehen.“ Clemens stellte fest, „daß Hofstätter, der nach seinem durch die Zeugenaussagen bewiesenen Verhalten und dem Eindruck, den er bei seinen Vernehmungen durch mich hinterlassen hat, zwar ungewöhnlich (abstrakt) intelligent, aber nicht klug, geltungsbedürftig und überheblich ist und menschliche Wärme, politischen Instinkt und Takt vermissen lässt, sich möglicher-, ja wahrscheinlicher Weise des provozierenden Charakters seines Verhaltens nicht bewusst gewesen ist.“¹³⁰

Auch das Interview für die „Deutsche National- und Soldaten Zeitung“ und den „SPIEGEL“ könnten, laut Clemens, nicht als Dienstvergehen gewertet werden, es beweise aber „angesichts des allgemein bekannten rechtsradikalen, wenn nicht neonazistischen Charakter dieses Blattes erneut, daß es ihm an politischem Instinkt völlig mangelt. Aber weder dieser Mangel noch die zum Teil völlig abwegigen Ansichten, die Hofstätter in dem Interview vertreten hat, dürften als Dienstvergehen gewertet werden können. Gleiches gelte für das „SPIEGEL“-Interview, vor dem ihn, laut Clemens, „insbesondere der Rektor der Universität dringend (...) gewarnt hatte“. Für Clemens war die Bereitschaft für das „nicht gerade günstig verlaufende Interview mit zahlreichen – zumindest äußerst bedenklichen – Erklärungen wohl nur aus seinem starken Geltungsbedürfnis zu erklären“.¹³¹

Zwar gab es kein Disziplinarverfahren, sondern lediglich eine schriftliche Missbilligung für Hofstätters Personalakte – aber Welch desaströse Gesamtbeurteilung von Hofstätters Aktivitäten. Er konnte froh sein, dass diese den Senat „vertraulich und verschlossen“ erreichte und nie veröffentlicht wurde.

Während der Vernehmung gab es noch ein paar Informationen, die bisher nicht bekannt gewesen waren. Hofstätter war von Landgerichtspräsident Clemens auf seinen Aufsatz „Die Krise der Psychologie“ im November Heft 1941 der Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung“ angesprochen worden und hatte dazu erklärt: „Etwa im Jahre 1961 hat einer meiner ‚wohlmeinenden‘ Kollegen nicht nur dieses Zitat („Ich bin aber der Meinung, daß die Psychologie dazu berufen ist, an die Stelle der konfessionellen Seelsorge zu treten ... Es ist bestes deutsches Brauchtum, daß die Seelsorge Vorrecht und Verpflichtung des Führers ist.“), sondern den gesamten Aufsatz ‚Die Krise der Psychologie‘ zum Gegenstand einer Agitation gegen mich gemacht. Diese sollte offenbar darauf abzielen, mich zum Nationalsozialisten abzustempeln. Ich habe nach dieser Tagung den Artikel, von dem ich noch einen Sonderdruck besitze, im hiesigen Institut in Umlauf gebracht mit folgendem Beischreiben: ‚Gelegentlich der Frankfurter Tagung ist, wie ich höre, auf einen älteren Aufsatz von mir hingewiesen worden. Ich glaube, diesen meinen Mitarbeitern nicht vorenthalten zu sollen, da er in der Tat Wendungen enthält, die heute nicht anders als peinlich wirken können. Ich bitte aber zu bedenken, daß der Aufsatz während des Krieges (1941) geschrieben und veröffentlicht wurde, und daß damals der Fortbestand der deutschen Psychologie ernstlich gefährdet schien.“¹³²

Bei der Vernehmung durch Dr. Clemens gab Hofstätter noch einen weiteren Grund für den „damals üblichen nationalsozialistischen Jargon“ an. Er habe die Befürchtung gehabt, dass nach dem 1939 verabschiedeten „Heilpraktiker-Gesetz“ die Behandlung von psychischen Leiden nur noch Ärzten und Heilpraktikern gestattet würde und Psychologen dabei völlig ausgeschaltet wären. „Ich bezweckte mit mei-

nem Aufsatz, auch der Psychologie die Betätigungsmöglichkeit auf diesem Gebiet zu eröffnen. Es handelt sich, soweit ich nationalsozialistischen Jargon verwendet habe, um eine *captatio benevolentiae*, gerichtet an die Adresse des damaligen Staates, der nur in seinem eigenen Jargon irgendwie ansprechbar war.“¹³³ Er hatte mit dem Artikel also den „guten Willen“ der Nationalsozialisten ansprechen wollen, wohl auch für seine eigene Hochschullehrerkarriere.

Auch mit Prof. Curt Bondy führte Dr. Clemens am 1.10.1963 ein Gespräch, in dem dieser einige wichtige Anmerkungen machte:

„Ich habe Hofstätter erstmalig etwa im Jahre 1955 in Washington D. C. persönlich kennengelernt. Er war damals Psychologieprofessor an der Catholic University in Washington. Wissenschaftlich kannte ich ihn bereits erheblich früher. Soweit meine Erinnerung reicht, habe ich erstmalig Wissenschaftliches von ihm nach dem letzten Weltkrieg gelesen. Ich gewann in den Jahren nachdem wir uns in Washington kennengelernt hatten, immer mehr die Überzeugung, dass Hofstätter der tüchtigste deutsche Psychologe sei, zumal der psychologische Nachwuchs in Deutschland während des ‚Dritten Reiches‘ außerordentlich spärlich gewesen war und Hofstätter den großen Vorzug hatte, eine profunde Kenntnis der amerikanischen Psychologie zu besitzen. Auf meine Anregung hin wurde Hofstätter vor etwa vier Jahren auf das hiesige Ordinariat für Psychologie berufen.“¹³⁴

Zu dem von Hofstätter verfassten Artikel „Bewältigte Vergangenheit?“ erklärte Curt Bondy, er sei damit „zwar nicht einverstanden, hielt es aber im Rahmen der verfassungsmäßig garantierten Meinungsfreiheit für durchaus zulässig, sich auch publizistisch mit derartig heiklen Problemen wie dem der ‚unbewältigten Vergangenheit‘ zu befassen. Ich hätte allerdings gewünscht, daß der Verfasser, bevor er zur Feder griff, sich eingehender mit den behandelten Problemen befaßt hätte.“¹³⁵ Auch zum zweiten Artikel Hofstätters in der „ZEIT“ zum Thema „Zeitgeschichte“ erklärte Bondy, „war und bin ich nicht einverstanden“.¹³⁶ Und weiter:

„Richtig ist allerdings, daß Hofstätter in seinem 1941 erschienenen Aufsatz über ‚Die Krise der Physiologie‘ in unschöner Weise sich des nationalsozialistischen Jargons bedient und zumindest einen antisemitischen Satz hat einfließen lassen. Ich glaube jedoch nicht, daß sich daraus auf eine innere antisemitische und nationalsozialistische Einstellung schließen läßt, und zwar um so weniger, als er im Jahre 1961 diesen Aufsatz aus eigenem Antrieb seinen sämtlichen Mitarbeitern im Psychologischen Institut mit einer kleinen Notiz zur Kenntnis gebracht hat, in der er selbst zugibt, daß dieser Aufsatz Wendungen enthält, die heute nicht anders als peinlich wirken können. Vorher war mir der Artikel nicht bekannt. Auch wenn er mir vorher bekannt gewesen wäre, hätte mich das nicht davon abgehalten, die Berufung

Hofstätters nach Hamburg anzuregen; denn zugunsten von Herrn Hofstätter muß mildernd berücksichtigt werden, daß er bei Abfassung des Artikels 28 Jahre alt war und seinerzeit immer noch um die Erteilung der *venia legendi* kämpfte.“¹³⁷

Abschließend erklärte Curt Bondy:

„Ich muss allerdings feststellen, daß ich es für durchaus falsch hielt und halte, daß Hofstätter sich auf eine Korrespondenz und auf ein Interview mit der deutschen National- und Soldaten-Zeitung eingelassen hat. Wenn ich auch meine, daß Hofstätter in seinem eigenen Interesse sich größerer Zurückhaltung bei der Abgabe von Erklärungen (...) hätte befleißigen können, so sehe ich doch keinen Grund, die bisherige gedeihliche Zusammenarbeit im Psychologischen Institut der Universität nicht fortzusetzen oder einzuschränken. Dazu sehe ich mich umso weniger veranlaßt, als ich auch jetzt noch der festen Überzeugung bin, daß die bedauerlichen Vorfälle keinesfalls den Beweis dafür erbracht haben, daß Hofstätter Antisemit oder Nationalsozialist ist.“¹³⁸

Auch die von Arie Goral und Walter Hähnel eingereichte Strafanzeige vom 26.7.1963 „wegen Verunglimpfung und Verleumdung der Opfer des Nationalsozialismus“ blieb erfolglos. Der leitende Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht Hamburg, Dr. Christian Koch, begründete: „Ihre Anzeige bietet keine zureichenden Anhaltspunkte für den Verdacht einer strafbaren Handlung und gibt mir daher keinen genügenden Anlaß zu einem Strafverfahren gegen den Beschuldigten.“ Der zentrale Satz in seiner Begründung lautete:

„Wenn er – als juristischer Laie – die Meinung vertritt, die im Kriege von Uniformierten zwecks Ausrottung des ‚jüdischen Feindes‘ begangene massenhafte Tötung von Juden sei als ‚Kriegshandlung‘ und daher nicht als ‚Mord‘ im juristischen Sinne zu werten, und wenn er – insoweit als psychologischer Fachmann – die strafgerichtliche Verfolgung der Täter für psychotherapeutisch unzweckmäßig erklärt, so bedeutet das noch nicht, daß er jenes massenhafte Umbringen jüdischer Menschen gutheißt, ihm zustimmt und sich damit moralisch hinter die Täter stellt.“¹³⁹

Oberstaatsanwalt Koch kam zu dem Schluss:

„Die Ausführungen des Beschuldigten sind so, wie sie von Ihnen wiedergegeben werden, sicher geeignet, Befremden zu erregen und Widerspruch zu provozieren, besonders bei den überlebenden Opfern des NS-Regimes und den Hinterbliebenen der toten; strafbar sind sie nicht. Ihre Beantwortung ist daher nicht Aufgabe der Strafjustiz, sondern wäre allenfalls Sache der einschlägigen Publizistik.“¹⁴⁰

Die „einschlägige Publizistik“ in Person der Wissenschaftlerin Regina Schmidt, Mitarbeiterin des Instituts für Sozialforschung an der Universität Frankfurt, das von den Professoren Horkheimer und Adorno geleitet wurde, schrieb 1963 einen Offenen Brief an Prof. Hofstätter.¹⁴¹

Sie zitierte darin aus der Rede des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer, die er 1961 unter dem Titel „Das Problem der Schuld im Strafprozeß mit politischem Hintergrund“ in Loccum gehalten hatte „und in der er ausdrücklich darauf hinweist, daß die nationalsozialistischen Verbrecher sehr wohl zur Verantwortung zu ziehen seien, weil zwar der einzelne die Vernichtung von Millionen Menschen nicht aufhalten konnte, er dem totalitären Staat seinen Anteil an dieser Vernichtung aber versagen konnte. Keiner wurde im Nationalsozialismus gezwungen, Karriere zu machen und Machtpositionen zu übernehmen. Dazu gab es – nach Bauer – genügend Bereitwillige.“¹⁴²

Regina Schmidt schrieb weiter: „Und auch Jaspers, den Sie für Ihre Forderung nach Generalamnestie in Anspruch nehmen, sagte eindeutig in seinem Interview, das kurz nach Beginn des Eichmann-Prozesses veröffentlicht wurde: ‚Niemand leugnet, daß im Fall Eichmann ein Verbrechen vorliegt. Jeder Staat, jeder Mensch, der öffentlich dazu das Wort ergreift, anerkennt den verbrecherischen Charakter der Taten, um die es in diesem Prozeß geht.‘ Der unlösbare Konflikt, daß das Ausmaß der Taten jede gerechte Linie durch eine Urteilsfindung ausschließt, verführt Jaspers jedoch nicht dazu, der Schwierigkeit elegant aus dem Wege zu gehen und mit großmütiger Geste, die allenfalls den Opfern anstünde, Generalamnestie für diese Verbrecher zu fordern. Im Gegenteil: er schlägt vor, die Schuldigen durch internationale Gerichte – eine ‚Menscheninstanz‘ – aburteilen zu lassen.“¹⁴³

Interessant auch die Ergebnisse einer Umfrage, die das Institut für Sozialforschung in Frankfurt zur Zeit des Eichmann-Prozesses an einer nach dem Zufallsprinzip ausgewählten repräsentativen Stichprobe der erwachsenen Bevölkerung der Bundesrepublik und Westberlin durchgeführt hatte:

„Die Mehrheit der Bevölkerung beurteilt den Prozeß insofern positiv, als man entweder Israel das Recht zuerkennt, den Prozeß zu führen, oder dafür plädiert, die Bundesrepublik hätte Eichmann aburteilen sollen, um ihre Abwendung von der Vergangenheit zu dokumentieren (53 %). Weitere 15 % lehnen nicht den Prozeß als solchen ab, fordern vielmehr als Ort der Urteilsfindung Deutschland, weil sie eine Propaganda-Hetze von Seiten Israels befürchten. Nur 15 % sprechen sich eindeutig dagegen aus, vergangene Dinge wieder aufzurühren.“¹⁴⁴

Auch Peter Hofstätter befasste sich in seiner „Selbstdarstellung“, 1992, mit dieser Zeit, „Der ‚Fall‘“ war dieses Kapitel überschrieben:

„Die Sozialpsychologie als bloßen Elfenbeinturm zu betrachten, ist mir nie eingefallen. Da jedoch wissenschaftliche Arbeiten von politischen Stellungnahmen freigehalten werden müssen, ging ich gern auf das Angebot einzelner Redakteure des Rundfunks und der Presse ein, mich gelegentlich in diesen Medien mit Tagesfragen zu beschäftigen. Nachdem die ‚Zeit‘ einige Artikel von mir gebracht hatte,

geriet ich im Juni 1963 mit einem Aufsatz über den Begriff der ‚Vergangenheitsbewältigung‘ ernsthaft ins Gedränge. In meinen Augen ist die Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches selbstverständlich dazu verpflichtet, für die von diesem angerichteten Schäden zu haften und daher so gut wie möglich Wiedergutmachung zu leisten. Auf der gleichen Basis erschien es mir aber als unmöglich, daß sie Einzelpersonen wie kriminelle Einzeltäter behandelt, die ohne Regierungsverantwortung im Dienste und mit Wissen der Reichsregierung in den von dieser eigens errichteten Lagern Untaten begangen haben. Die Siegermächte hätten die Täter verurteilen können, auch Ausschreitungen des rächenden Volkszorns, wie beispielsweise in Frankreich und in Italien, wären zu verstehen gewesen. Aber die Rechtsnachfolgerin kann im Interesse ihrer eigenen Respektabilität nicht so tun, als ob die bis zum Kriegsende international anerkannte Regierung, zu der auch die Kriegsgegner keine Exilregierung eingesetzt hatten, eine Räuberbande mit Phantasiuniformen gewesen wäre, deren sämtliche Anweisungen und Maßnahmen deshalb einer die Staatsbürger verpflichtenden Rechtsgrundlage entbehrten. Da auch der Einsatz von Massenvernichtungswaffen durch Soldaten im Effekt grausam und unmenschlich ist, wären auch diese Soldaten Kriminelle, wenn man die Legitimation der ihren Einsatz befehlenden Regierung nicht anerkennt und – wie beim deutschen Einmarsch in Polen und in der Sowjetunion – noch kein Kriegszustand besteht. Obwohl ich die Scheußlichkeiten, wie sie in den Konzentrationslagern geschehen sind, durchaus nicht entschuldigen wollte und obwohl ich für die Täter, von denen ich keinen persönlich kannte, nicht die geringste Sympathie hegte, schien mir eine Generalamnestie geboten, wie sie Frankreich nach dem Algerienkrieg de jure und die Sowjetunion nach der Entstalinisierung de facto praktizierten.“¹⁴⁵

Die Verbitterung schien in den Erinnerungen 30 Jahre später noch durch: „Wenig später und nachdem ich in einer überaus hitzigen Diskussion jemanden einen ‚Quatschkopf‘ genannt hatte, war ich der ‚Fall Hofstätter‘, den Hamburgs Erster Bürgermeister auf der Kopfleiste des Parteiblattes für ‚untragbar‘ erklärte, und von dem viele Kollegen umso schneller abrückten, je mehr sie sich selbst mit der NSDAP und deren Gliederungen – zum Beispiel als höhere HJ-Führer – eingelassen hatten.“¹⁴⁶

Mit dem „höheren HJ-Führer“ meinte Hofstätter den neuen Rektor der Universität, Prof. Rudolf Sieverts, der am 12.11.1963 bei der feierlichen Rektoratsübergabe im Auditorium Maximum der Universität in seiner Rede ausführlich auf den Fall Hofstätter eingegangen war. Sieverts hatte, ohne Hofstätter namentlich zu nennen, darauf hingewiesen, dass dieser Fall hohe Wellen im In- und Ausland geschlagen hatte und er immer wieder genötigt gewesen wäre, Erklärungen darüber abzugeben, dass es an der Universität Hamburg keinen Antisemitismus geben würde. Auf den konkreten Fall bezogen, hatte er unter anderem gesagt:

„Ich hätte aber die begründete Hoffnung, daß sich dabei die Behauptung einiger Ohren- und Augenzeugen, der betreffende Kollege habe mit seinen Äußerungen die Verbrechen der nationalsozialistischen Funktionäre verharmlosen oder gar als Kriegsrecht rechtfertigen wollen, als Mißverständnis herausstellen werde. Ein Mißverständnis, zu dem er bei seinen aus dem Stehgreif einer Diskussion erfolgten Darlegungen allerdings wohl selbst durch einige mißdeutbare Formulierungen und durch das Verfehlen des dem erschütternden Ernst des Gegenstandes angemessenen Tones sehr beigetragen habe. (...) Der von dem Kollegen als seine ganz private Ansicht durch Zeitungsartikel und Interviews in der Presse, Rundfunk und Fernsehen unterbreitete Vorschlag, ob man nicht eine Generalamnestie für diese Verbrechen erwägen solle, wenn über die Täter das Strafurteil rechtskräftig gefällt sei, findet bei seinen Hochschulkollegen und bei den Studenten keinen Anklang. Denn für Jeden, der, wenn auch nur aus der Gerichtsberichterstattung der Presse über die Strafprozesse gegen jene Täter, die nicht nur in ihrer Massenhaftigkeit zu Tage getretene Ungeheuerlichkeit ihrer Taten zur Kenntnis genommen hat, ist dieser Gedanke nicht weiter verfolgbar.“¹⁴⁷

Rudolf Sieverts, 1903 in Meißen geboren, seit 1934 Professor für Strafrecht, Kriminologie und Jugendrecht an der Universität Hamburg, war tatsächlich während der NS-Zeit höherer HJ-Funktionär, als Bannführer, gewesen, hatte der Kolonialärztlichen Akademie der NSDAP angehört, war nach dem Krieg bis 1946 im Internierungslager Neuengamme interniert worden.¹⁴⁸ Er wurde, aus meiner Sicht schwer nachvollziehbar, ohne große Probleme entnazifiziert, blieb Jura-Professor an der Universität Hamburg und war dann von 1961 bis 1963 Rektor der Universität Hamburg und von 1964 bis 1967 Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz. Dass Hofstätter Sieverts NS-Verstrickung, im Vergleich zu seiner eigenen Biografie, als gravierender ansah, ist ohne Weiteres nachvollziehbar. Was Hofstätter vermutlich zusätzlich erboste, war die gefühlte Distanzierung durch Sieverts, der bei seiner Vernehmung durch Dr. Clemens am 25.9.1963 erklärt hatte, Hofstätter erst aus Anlass der „hier infrage stehenden Vorgänge kennengelernt“ zu haben. Hofstätter gab dazu am 9.10.1963 die Erklärung ab, dass er Prof. Sieverts bereits „im Juni oder Juli 1960 kennengelernt“ hatte. „Damals fand in seiner Wohnung in Rissen über die bevorstehende Rektoratswahl eine Unterhaltung statt, an der auch die Professoren Bondy und Wenke teilgenommen haben. Dabei sind wir von Frau Sieverts in freundlicher Weise bewirtet worden.“¹⁴⁹ In Streitsituationen werden manchmal Netzwerke unverhofft offengelegt.

Peter Hofstätter bot in seinen Erinnerungen einen Einblick in seine seelische Verfassung, die überrascht. Er schrieb: „Ich war 50 Jahre alt, verletzt und menschlich sehr einsam. Zunächst verordnete ich mir eine Opern-Kur mit womöglich nicht

weniger als drei Aufführungen pro Woche. So gut das tat, war mir doch klar, daß mein Leben einen kritischen Wendepunkt erreicht hatte. Wenige Monate nach meiner sogenannten ‚Rehabilitierung‘ trafen wir einander wieder, meine zweite Frau und ich – noch einmal: Gott sei Dank! – obwohl mein Horoskop fast recht zu behalten schien, als der Scheidung ein letztlich aussichtsloser Kampf um den Kontakt mit meinen vier Töchtern aus erster Ehe folgte.“¹⁵⁰

Wenn Peter Hofstätter offenbar aus der Krise Konsequenzen für sein persönliches Leben zog, an seinem Verhalten an der Universität änderte sich nichts.

Als am 8.11.1967 wieder ein Rektorenwechsel an der Universität Hamburg stattfinden sollte, gab es im Auditorium Maximum eine spektakuläre Studentenaktion:

„Auf der großen Bühne spielte das Universitätsorchester eine Bach-Ouvertüre, während die im Talar gekleideten Professoren gemessenen Schrittes in den Saal einzogen: gemeinsam an ihrer Spitze der bisherige Rektor, der Mediziner Karl-Heinz Schäfer, und sein Amtsnachfolger, der Ökonom Werner Ehrlicher. Als sich zwei Studenten, unvermutet wie ungehindert, vor diesen Zug setzten und ein Transparent mit der Aufschrift ‚Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren‘ entrollten, konnten die dahinter zur Bühne schreitenden Professoren jenen dann bald bekanntesten Slogan der westdeutschen Studentenbewegung nicht lesen – und wurden insofern buchstäblich vor-geführt. Das Foto, das diese Situation dokumentiert, ging durch die Medien und wird seither, vielfach reproduziert, als Symbol verstanden: für eine Zeitenwende an den deutschen Universitäten Ende der 1960er-Jahre – und für die ‚68er-Bewegung‘ schlechthin.“¹⁵¹ Die meisten Ordinarien empfanden das studentische Verhalten als „respektlose Entgleisung und geradezu als persönliche Kränkung“. Bei ihrem Auszug aus dem Audimax fiel von einem zunächst nicht identifizierten Professor der erregte Ausspruch: „Ihr gehört alle ins KZI!“¹⁵²

Während die Studenten für ein modernes Hochschulgesetz mit angemessenen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studentenschaft streiten wollten, wurde zugleich nach dem nicht identifizierten Ordinarius gefahndet. Am 14. November 1967 „erklärte Prof. Bertold Spuler, Direktor des Seminars für Geschichte und Kultur des vorderen Orients in einem Brief an den Schulsenator, er sei es gewesen, der sich ‚in der Erregung‘ zu diesem Zuruf an ‚die randalierenden Studenten‘ habe ‚verleiten‘ lassen. Zugleich beantragte der als erzkonservativ bekannte Spuler ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst, das bis April 1968 dauerte. Seine Äußerung wurde schließlich vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg mit einem Verweis förmlich bestraft: Spulers Entgleisung habe das Ansehen der Beamtenschaft und speziell der Hochschullehrer an der Universität Hamburg in der Öffentlichkeit schwer geschädigt; sein Ausruf aber sei, so der Abschlussbericht, nicht als Ausdruck nationalsozialistischer Gesinnung anzusehen.“¹⁵³

Prof. Rudolf Sieverts hatte eine Ehrenerklärung für Spuler abgegeben und warb zudem für Verständnis mit der Erklärung: „Vielen Kollegen ist am 9. November 1967 eine Welt zusammengestürzt, deren Verlässlichkeit ihnen bis dahin selbstverständlich war. Es wäre sonderbar gewesen, wenn in diesem psychischen Ausnahmezustand spontane, empörte Äußerungen aus dem Kreis meiner Kollegen ganz unterblieben wären. Ich habe selbst gehört, daß einer der bedeutendsten Gelehrten unserer Universität beim Auszug der Professoren den Studenten zurief: ‚Ihr gehört alle totgeschossen.‘“¹⁵⁴

Beim Disziplinarverfahren war übrigens herausgekommen, das Bertold Spuler von 1929 bis 1930 dem NS-Schülerbund angehört hatte, 1933 in die SA eingetreten war und von 1937 bis 1945 Mitglied der NSDAP gewesen war, zeitweilig als Blockleiter tätig. „Alle Mitgliedschaften, so Spuler, sei er nur aus beruflichen und wirtschaftlichen Gründen eingegangen; dem Nationalsozialismus, bestätigten Zeugen, sei er ‚innerlich nicht verhaftet gewesen.‘“¹⁵⁵

Der „SPIEGEL“ berichtete unter der Überschrift „Muff im Talar“ von dem Fall und zitierte Spulers Assistenten Werner Ende: „Wenn eine konservative Grundhaltung wie die Spulers schon einen Mann disqualifiziert, könnte man die ganze Universität dichtmachen.“¹⁵⁶

Peter Hofstätter war selbst als Ordinarius an dieser Veranstaltung beteiligt. Er versuchte, seinen Kollegen Spuler zu entlasten. „Hofstätter sagte aus, er habe auf dem Podium neben Spuler gesessen und sei beim Auszug neben ihm gegangen. Beide seien empört gewesen über die Studenten und Ausrufe wie ‚Es lebe die Kulturrevolution!‘. Beim Hinausgehen sei zwischen ihnen die Bemerkung gefallen, ‚dass die Ruhestörer in Staaten des Ostblocks sicher sehr schnell eingesperrt würden‘. In diesem Zusammenhang habe Spuler dann gesagt: ‚Ihr gehört alle in eure Konzentrationslager!‘ Diese abenteuerliche Umdeutung, die nach Hofstätters Ansicht den Sachverhalt wesentlich änderte, sagte mehr über den Zeugen aus als über Spuler, der sich selber an die genaue Formulierung nicht mehr zu erinnern vermochte.“¹⁵⁷

Man kann es Umdeutung nennen, faktisch war es wohl der ziemlich dreiste Versuch, einen Kollegen aus der Bredouille zu bringen und sich dabei zu einer Falschaussage hinreißen zu lassen.

Peter R. Hofstätter war kein Freund der Demokratisierung der Universitäten. Seine Analyse lautete:

„Aus der Nähe gesehen, bedurfte der sogenannte Studentenaufstand, an dem sich kaum jemals mehr als 10 Prozent beteiligten, einer Kooperation des akademischen Mittelbaus mit der Ministerialbürokratie, der es an der Zeit schien, das überhöhte Berufsprestige der Professoren durch eine plötzliche Vermehrung ihrer Stel-

len und eine nicht allzu sorgfältige Auswahl der Inhaber abzubauen. Die Studenten waren eigentlich nur dazu da, um den Reformen der Bürokraten die Legitimation von Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung zu sichern. Gleichzeitig schienen die jungen Leute von 1968 den Traum ihrer aus der Jugendbewegung von 1913 stammenden Mentoren zu erfüllen, das nun ‚vielleicht die seit Jahrhunderten fällige deutsche Revolution‘ kommen würde. Während Mitscherlich und andere meinten, daß das für sie ‚ein Trost‘ wäre, habe ich es für meine Pflicht gehalten, die Öffentlichkeit auf journalistischem Wege vor einer solchen Entwicklung zu warnen. Im ganzen hat die sogenannte Studentenbewegung der Studentenschaft weit mehr geschadet als genützt. Sie veranlaßte die politischen Parteien und den Staat zu einem Programm der Verschulung der Universitäten und – aus Gefälligkeit gegenüber den Jungwählern – zu einer Senkung der intellektuellen Ansprüche, ohne daß die jungen Leute dieses Entgegenkommen durch eine erhöhte Bereitschaft honoriert hätten, sich für ihren Staat einzusetzen und ihn im Ernstfall zu verteidigen.“¹⁵⁸

Die antiautoritäre Studentenbewegung hatte die Auseinandersetzung um Hofstätter 1963 nicht vergessen. In der Schrift „Das permanente Kolonialinstitut“, 1969 vom AStA der Universität Hamburg herausgegeben, wurde Hofstätter ein ganzes Kapitel gewidmet. Darin befand sich auch eine Auseinandersetzung mit seiner Arbeit von 1963–1968. Hofstätter hatte 1967 als offizieller Vertreter des Hamburger Psychologischen Institutes der Rhodes University in Grahamtown/Südafrika einen zweimonatigen Besuch abgestattet. Die Autoren der Schrift berichteten:

„Da wohl zwischen Hofstätter und den südafrikanischen Psychologen keine politischen Differenzen bestanden, konnte er getrost als ‚external examiner‘ für eine Dissertation ‚The measurement of group differences in social concepts‘ von Frau G. W. L. Morsbach herangezogen werden. In dieser Arbeit geht es um die Beurteilung von Stereotypen folgender sechs Gruppen: ‚Afrikans-sprechende Weiße, Englisch-sprechende Weiße nicht jüdischer Abkunft, Englisch-sprechende Juden, Mischlinge und Schwarze.‘ Die Arbeit selbst ist den Verfassern bislang nicht zugänglich gewesen, jedoch läßt die aus dem Briefwechsel bekannte stereotype Bildung schon auf eine rassistische Arbeit schließen.“¹⁵⁹

Peter Hofstätter blieb also im Fokus zumindest der politisch aktiven Studentenschaft. Als er seinen 80. Geburtstag feierte, schrieb das „Hamburger Abendblatt“: „Die Studentenunruhen bedeuteten für ihn harte Zeiten, denen er mit kompromißlosem Konfrontationskurs begegnete. Die Studenten riefen zum Boykott seiner Veranstaltungen auf, Hofstätter setzte kämpferische Ausdauer dagegen. Seine Frau habe ihm damals sehr geholfen: ‚Wir haben das ganz gut durchgestanden, nicht ohne einen gewissen kämpferischen Spaß zu erleben. Die Universität war damals so schwach, sich von Leuten dirigieren zu lassen, die nichts verstanden hatten.“¹⁶⁰

Peter Hofstätter rechnete 1969 mit der neuen politischen Studentengeneration ab, der Außerparlamentarischen Opposition (APO) und schrieb Artikel, über die sich die APO lustig machte: „Peter R. Hofstätter besticht in jüngster Zeit durch originelle Beiträge zur deutschen Publizistik, die langgehegte Vorurteile über die APO nun auch wissenschaftlich untermauern. Seine scharfsinnigen Analysen unter-schieben der APO politische Kochrezepte, an denen sie schon längst zugrunde ge-gangen wäre, hätte sie sich jemals an sie gehalten.“¹⁶¹

Führende Medien hielten Hofstätter später als Autor in den späten 1960er-Jahren für verbrannt.¹⁶² Dem „SPIEGEL“ diente er als Beispiel für Hochschullehrer mit „brauner“ Vergangenheit, dessen Sätze aus Veröffentlichungen in der NS-Zeit beispielhaft zitiert wurden, ebenso wie die seines Hamburger Pädagogik-Kollegen Hans Wenke.¹⁶³

Immerhin hatte sich Peter Hofstätter dazu bemüht gefühlt, am 9.2.1968 eine eindeutige Stellungnahme abzugeben, die sich auf seine früheren Veröffentlichungen bezog und die Aussagen aus dem Jahre 1963 klarstellte. Diese persönliche Stellungnahme erschien in den „Informationen des Zentralrats der Juden in Deutschland“ und lautete:

„Ich erteile eine eindeutige und bestimmte Absage an alle Aussagen in meinen Werken aus der nationalsozialistischen Ära, die als Unterstützung der rassistischen und faschistischen Ideologie gelten können. Ich vertrete entschieden folgenden Standpunkt:

1. Jede faschistische Rassentheorie ist wissenschaftlich und moralisch unhaltbar.
2. Eine Psychologie, die sich in den Dienst einer solchen Theorie stellt, ist verwerflich.
3. Es ist gegen das Interesse eines Fortschritts jeder Wissenschaft und auch der angewandten Psychologie, wenn diese sich einem ideologisch-totalitären System unterordnet und es damit zu konsolidieren versucht.

Zu meinen Äußerungen im Jahre 1963 über die Bewältigung der Vergangenheit erkläre ich:

1. Es war nie meine persönliche Meinung, die Vernichtung der Juden unter der nationalsozialistischen Herrschaft als Kriegshandlungen im Sinne des damals geltenden Völkerrechts anzusehen.
2. Den Gedanken einer Amnestie im Zusammenhang mit den Massenmorden im Dritten Reich habe ich zur Diskussion gestellt, nicht um diese Verbrechen zu verharmlosen, sondern um auf die Unzulänglichkeiten des geltenden Strafrechts hinzuweisen, das nur von der Schuld des einzelnen ausgeht. Dadurch werden hier Sündenböcke geschaffen, wodurch sich andere ungerechtfertigt moralisch entlastet fühlen.“¹⁶⁴

Die Formulierungen schienen juristisch beraten worden zu sein. Seine Hauptkontrahenten von 1963, Arie Goral, und der Bergedorfer SPD-Bezirksabgeordnete und ehemalige KZ-Häftling, Walter Hähnel, stellten dazu fest:

„Wir sehen in der Stellungnahme von Prof. Hofstätter zwar einen Sieg der besseren Argumente jener, die ihn kritisieren, aber keineswegs eine gelungene und überzeugende Rechtfertigung. Eine endgültige Klärung des Falles Hofstätter steht nach wie vor aus. Die Forderung nach seiner Abberufung bleibt.“¹⁶⁵

Vermutlich war Peter Hofstätter durch einen Vortrag von Arie Goral am 11.1.1968 unter Druck geraten, den er im Rahmen der „Kritischen Universität“ gehalten hatte und in dem er „besonders auf den faschistischen und nazistischen Autor Hofstätter“ eingegangen war. Daraufhin hatte die Fachschaft Psychologie der Universität Hamburg eine Stellungnahme abgegeben, in der es hieß:

„Die Fachschaft Psychologie an der Universität Hamburg erteilt eine eindeutige und bestimmte Absage an alle mißverständlichen Aussagen in Hofstätters Werken aus der faschistischen Ära.

Darüberhinaus muß für die gesamte deutsche Psychologie der Hitlerzeit folgendes festgehalten werden:

- Die nazistische Rassentheorie ist wissenschaftlich und moralisch unhaltbar.
- Eine Psychologie, die sich in den Dienst einer solchen Theorie stellt, ist verwerflich.
- Es ist gegen das Interesse eines Fortschritts jeder Wissenschaft und auch der angewandten Psychologie, wenn diese sich einem ideologisch-totalitären System unterordnet und es zu konsolidieren versucht.“¹⁶⁶

Unter zahlreichen Psychologen, die als Studierende oder Assistenten bei Hofstätter der Universität Hamburg gearbeitet hatten und die bundesweit und in Österreich Karriere machten und Psychologieprofessoren wurden, war Hofstätter hoch geschätzt. Zu seinem 65. Geburtstag würdigten sie ihn in der von ihm mitgegründeten Zeitschrift „Psychologie und Praxis“. Besonders wiesen sie auf den Erfolg seiner Publikationen hin. Das im Fischer-Lexikon erschienene Buch „Psychologie“ war 1978 in der 24. Auflage 621 000 mal verkauft worden. Ein Student, Alfred Gebert, schrieb „stellvertretend für alle seine Studenten“: „In seinen Prüfungen verlangte er viel und gab dennoch nicht, so wie manche anderen Professoren, nur gute Noten. Gerade weil er nicht jeden Modetrend mitmachte und auch den Mut hatte, unpopulär zu sein, imponierte er vielen von uns damaligen Studenten.“¹⁶⁷

Auch politisch kritisch eingestellte ehemalige Studenten und Assistenten von Hofstätter erinnern einen anderen Psychologieprofessor und Doktorvater als man es erwartet hätte. So etwa Sabine und Axel Hirsch, die beide mehrere Jahre unter

dem „Chef Hofstätter“ gearbeitet hatten, nachdem ihr Bereich vorher von Curt Bondy bis zu dessen Emeritierung geleitet wurde. Sie schrieben über Hofstätter: „Zu spüren war dieser Chef nie, außer einem wertfreien Interesse und persönlicher Neutralität bis Wohlwollen. Auch als Doktorvater hatte er diesen Ruf. Es genügte ihm, dass wissenschaftliche Standards eingehalten wurden, ohne sich inhaltlich einzumischen. Er äußerte uns gegenüber keine Wünsche oder gab Anweisungen. So konnte man eigentlich zu jedem Treffen gehen, ohne mit Konflikten rechnen zu müssen. Tatsächlich hatten aber auch wir selten Ansprüche an ihn. Von seiner prinzipiellen Unterstützung konnte man ausgehen. Das war möglicherweise in seinem engeren Arbeitsbereich, dem wir nicht angehörten, anders. Aber wir kannten ja dort auch alle Kollegen, und über ihn als Person wurde selten geredet. Er hielt sich heraus und gab uns keine Signale für von ihm gewünschte emotionale Beziehungen. Wir konnten uns nur vorstellen, dass er mit langjährigen Mitarbeitern etwas mehr Nähe praktizierte. Es gab auch Gerüchte über Animositäten, aber nach außen wurde auch dies nicht deutlich.“

Und sie ergänzten in Bezug auf die Auseinandersetzung der Studentenbewegung mit Peter Hofstätter:

„Das entspricht etwa den Eindrücken von studentischen Fachschaftsräten in der Psychologie, sogar noch in der Streiksituation 1968/69. Er war auch dort eher wohlwollend, und man sah keinen Grund, ihm an den Wagen zu fahren (bis auf den SDS, der das aus dem Stand konnte). In einer Stellungnahme der Studenten gegenüber Hofstätter während der Institutsbesetzungen 68/69, als wir selbst auch noch studierten, wurde in einem interpretativen Protokoll einer Institutsversammlung satirisch formuliert, dass Hofstätter die ‚angemessene Studenten-Mittelbau-Professoren-Hierarchie verschlammpt hatte‘, während Pawlik und Tausch dafür sorgten, die Hierarchie wieder herzustellen. Ein Papier des Fachschaftsrats ‚Zur Diskussion mit Prof. Hofstätter‘, das sich u. a. gegen Anfeindungen des SDS wegen einiger wissenschaftlicher Artikel Hofstätters während der Nazizeit richtete, kritisiert diese Artikel auf eine ähnliche Weise als zumindest missverständlich, sagt aber zur Person, dass H. trotz seiner konservativen Haltung eine offene und tolerante Haltung gegenüber den fortschrittlichen Studenten zeigte. Hofstätter habe sich Diskussionen nicht entzogen und ist Aufforderungen des SDS zur Diskussion gefolgt. Man kannte wohl seine konservative Gesinnung, aber er hat sich meist aus politischen Diskussionen herausgehalten.“¹⁶⁸

Als Peter Hofstätter am 15.2.1979 emeritiert wurde, hielt Unipräsident Dr. Peter Fischer-Appelt im Gästehaus der Universität Hamburg die Verabschiedungsrede. Im Manuskript dieser Rede, von einem Mitarbeiter vorgelegt, finden sich die Sätze:

„Den Studentenprotesten und vielfachen Störungen der ausgehenden sechziger Jahre traten Sie unerschüttert und mit dem Mut zur Unpopularität entgegen. Gegenüber Aggression und unfruchtbarer Kritik vertraten Sie unentwegt das Recht der eigenen freien Meinungsäußerung, ohne die wissenschaftliche, aber auch jede andere Arbeit nicht gedeihen kann, die darüber hinaus Grundrecht und Bedingung jedes freien Staates ist.“¹⁶⁹

Es ist nicht verbrieft, ob Fischer-Appelt sich tatsächlich an dieses Manuskript gehalten hatte, zumindest bedankte sich Hofstätter bei ihm am 23.4.1979 für „die freundlichen Worte“ und kündigte an, „auch weiterhin als Psychologe in unserer manchmal ratlosen Gesellschaft zu wirken, denn zum bloßen Ruhen habe ich nicht viel Talent“.¹⁷⁰

Ich hatte schon erwähnt, dass einer der wichtigsten Artikel 1963 vom damals noch nicht beim „SPIEGEL“ beschäftigten Gerichtsreporter Gerhard Mauz stammte. Mauz hatte sich mehrere Stunden mit Hofstätter unterhalten und versuchte, zu verdeutlichen, was Hofstätter seiner Meinung nach zu sagen versucht hatte. Er gab auch wieder, was Hofstätter ihm über Arie Goral und dessen Beteiligung an der Diskussion in der Uni-Mensa am 19. Juli 1963 erzählt hatte. Bei Mauz las sich das so, dass Sympathien für Hofstätter entstanden:

„Ein erregter Bürger hatte ihn in einem Brief attackiert und angedroht, er werde den Professor einen ‚Feigling‘ nennen, wenn er sich ihm nicht zu einem Streitgespräch stelle. Der Ton des Schreibens ließ keinen Zweifel daran, daß der Absender durch die Thesen Hofstätters zu aufgewühlt war, um sich an einer nüchternen Diskussion beteiligen zu können. Trotzdem lud Hofstätter ihn zu dem Abend ein. Warum? ‚Einen Feigling lasse ich mich von niemandem nennen.‘ Hofstätter stammt aus einer Offiziersfamilie, von daher kommt der Intelligenz dieses Mannes, der über die menschliche Seele weiß, was man nur wissen kann, einiges in die Quere. Sympathisch, aber in diesem Falle fatal.“¹⁷¹

Auch hier wurde eine Legende gesponnen. Arie Goral hatte vielleicht gedroht, Hofstätter einen „Feigling“ zu nennen, falls sich dieser der Diskussion entziehen würde. Aber die Teilnahme Gorals erfolgte nicht auf Einladung Hofstätters. In seinem „Bericht zum ‚Fall Hofstätter‘“ beschrieb Goral, dass er an der Planung und Durchführung der Veranstaltung von Beginn an beteiligt gewesen war. Er schrieb: „Der Mann Hofstätter interessierte mich nie. Ich gebe zu, daß er mir bereits unsympathisch war, bevor ich wußte, wer er war. In einer Fernsehsendung sah und hörte ich ihn in der ihm eigenen arroganten Art zu sprechen, wußte aber nicht, um wen es sich handelte. (...) Man sagte mir damals, ich sei der ‚Hauptfeind‘ von Hofstätter gewesen. Ich war sein beharrlichster Kritiker. Ich war es, weil ich von Anfang an den über den psychologischen Fachbereich hinausgehenden politischen Aspekt seiner

Thesen erkannte und darauf drängte, ihn, seine Thesen und publizistisch vertretenen Vorstellungen politisch anzugehen, die dementsprechend politisch zu diskutieren, da sie ihrer Natur und ihrer Tendenz nach auch politisch ausgerichtet waren.“¹⁷²

Worum ging es Arie Goral im Kern? „Politisch Informierte stellten sich aber 1963 die Frage, was und wer Hofstätter veranlaßt haben mochte, als exponierter Universitätsprofessor, zumal der Universität einer Stadt, die so prononciert auf ihr progressives Demokratieverständnis besonders gern auch gegenüber dem Ausland hielt, was und wer ihn bewog, für damalige Verhältnisse sich so auffällig auf eine immerhin riskante Reise ins risikoreiche Nazi-Hinterland zu begeben? Der Zeitpunkt der Veröffentlichung seiner Artikel war nicht zufällig: es war die Zeit des in Vorbereitung befindlichen Auschwitz-Prozesses in Frankfurt, dem andere NS-Verbrechen-Prozesse vorausgingen und weitere folgen sollten.“¹⁷³

Und: „Ich weigerte mich mitzumachen: AUSCHWITZ zu ‚psychologisieren‘, zu verabsolutieren, zu abstrahieren von noch präsenten und funktional potenten Machtstrukturen, Interessenmechanismen und Gesellschaftstendenzen. Gerade das aber wollte Hofstätter! Das wollten auch diejenigen, die ihn als Sprachrohr benutzten.“¹⁷⁴

Arie Goral war auf jeden Fall alles andere als ein „Quatschkopf“.

Als Hofstätter am 13.6.1994, 80-jährig starb, gab es den kritischsten Nachruf in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Dort stand:

„Bekannt geworden ist er durch seine Thesen über das Dritte Reich. Der Rundfunk hatte einen Vortrag, in dem Hofstätter für eine Amnestie von Kriegsverbrechern plädiert hatte, nicht senden wollen. Er wandte sich an die ‚Zeit‘, die den Text wirklich, wenn auch mit einigen distanzierenden Zusätzen abdruckte. Die Resonanz bewies, daß der Psychologe die Mechanismen der öffentlichen Meinung, über die er immerhin ein eigenes Buch geschrieben hatte, nur unzureichend kannte.

Temperamentvoll und impulsiv, liebte Hofstätter den Widerspruch. Zur Klärung trug das allerdings nur selten bei, schon gar nicht bei den sensiblen Themen der deutschen Geschichte, die von Kriegsverbrechen handelten und vom Judenmord.

Zu einer öffentlichen Debatte, die aus der ‚Zeit‘-Publikation hervorgegangen war, hatte er Arie Goral, den Wortführer seiner Gegner, persönlich eingeladen. Aber Goral war ähnlich veranlagt wie Hofstätter selbst, er war scharfzüngig und leidenschaftlich, und so entspann sich zwischen den beiden eine Auseinandersetzung, die schnell bis an die Grenze der Beleidigung führte. In der Sache geklärt wurde natürlich nichts.

Was immer Hofstätter später anfaßte, sein Name blieb mit diesem Fall verbunden.“¹⁷⁵

Nachtrag:

Ich korrespondierte über meine Biografie über Peter Hofstätter mit Horst Gundlach, der den von Hofstätter 1941 geschriebenen Aufsatz für eine amerikanische wissenschaftliche Zeitschrift aufbereitet und kommentiert hatte. Er schrieb mir:

„Ihr Aufsatz zu Hofstätter ist sehr eindrucksvoll. Sie haben reichlich Material verwerten können. Ihr Beweisgang zielt darauf, zu zeigen, dass Hofstätter ein Nationalsozialist war. Ich bin nicht ganz überzeugt. Ich halte ihn für viel zu arrogant und von seinem Selbstwert überzeugt, als dass er sich als Nazi hätte sehen können.

Unbekannt ist uns, ob er sich in der Zeit der NS-Herrschaft irgendwie widerständig und entlastend verhalten hat. Dass er unter den gegebenen Umständen eine Karriere anstrebte, ist deutlich. Dass er in der Wahl der Mittel nicht wählerisch war, ist klar. Doch ebenso muss nach dem bisher bekannten gesagt werden, dass er nach dem Vorbild anderer Personen noch ganz andere Mittel hätte einsetzen können, sich lieb Kind zu machen.

Seine Bemerkung, mit dem Krisen-Aufsatz habe er etwas für das Fach Psychologie tun wollen, ist nicht ohne weiteres zu widerlegen. Dass er glaubte, auf diesem Wege etwas für die Psychologie und damit auch für sich zu erreichen, erscheint aber eigenartig. Es ist leider nicht einfach, sich in die Lage jemandes hineinzusetzen, der ab 1938 mit Psychologie sich und seine Familie ernähren wollte. Der berühmte Nazi-Meyer, des Lexikons achte Auflage, dessen Texte von diversen Parteistellen überprüft wurden, sagt immerhin unter dem Lemma Psychologie über die Psychologie des 20. Jahrhunderts: Dabei gewannen jüdische, liberalistisch-intellektuelle, konstruktive und lebensfremde Haltungen einen so vorherrschenden Einfluss ... Da lag es nahe kundzutun, dass man damit nichts zu tun hatte.

Hofstätters Beiträge in den 1960er Jahren zeigen wieder dieses Profil des sich allem und allen weit überlegen Glaubenden, wortgewandt, intelligent, hochnäsig, provokant und auf Sieg spielend, selbst dort, wo er auf verlorenem Posten steht.

Überzeugte Nazis im Staatsdienst hätten ab 1945 sich anders verhalten.

Das macht Hofstätters Verhalten keineswegs schöner. Doch für ihn waren die meisten Menschen eben Quatschköpfe. Was in Ihrer Darstellung der 1960er und 1970er Jahre wirklich einprägsam erscheint, ist ein anmaßender Querulant, der seine Überlegenheit paradieren lassen will, weniger der unverbesserliche Nazi. Diese Einschätzung seines Auftretens hatte mich damals veranlasst, im Text des Krisis-Artikels auch verkappten Spott und Hohn herauszuhören (den nach seiner Einschätzung die Blödmänner und Quatschköpfe aus der Partei nicht verstehen).¹⁷⁶

Horst Gundlachs Schreiben machte mir deutlich, dass ich meine eigene Erkenntnis der Persönlichkeit Hofstätters in der NS-Zeit nicht eindeutig genug auf den Punkt gebracht hatte. Ich antwortete:

„Ich habe Hofstätter als eitlen Selbstdarsteller kennengelernt. Ich stimme durchaus mit Ihnen überein. Hofstätter war wohl kein überzeugter Nationalsozialist. Er war nur von sich selbst überzeugt. Er war eine Art Spieler, der gerne einen Stein ins Wasser warf, um mal zu sehen, was passierte. Mit einem Tsunami, wie 1963, hatte er allerdings nicht gerechnet.“¹⁷⁷

Und Horst Gundlach antwortete darauf:

„Ihr Bild mit dem Stein, der ins Wasser geworfen wird, und dem Tsunami, der dadurch ausgelöst wird, finde ich sehr treffend.

Hofstätter war ja allen Widrigkeiten zum Trotz Lehrstuhlinhaber geworden, hatte also mehr erreicht als sein Vater oder sein Stiefvater Fritz Hansgig. So etwas kann schon ein Gefühl der Erhabenheit hervorrufen oder unterstützen. Was an verschiedenen Stellen zu lesen oder hören war, dass H. einen ungeheuren Ehrgeiz an den Tag legte. Er wollte, ja musste Sieger werden. Das hat aus den Wellen eben den Tsunami gemacht.“¹⁷⁸

Anmerkungen

- 1 Peter R. Hofstätter, in: Ernst G. Wehner (Hrsg.): Psychologie in Selbstdarstellungen, Bd. 3, Bern 1992, S. 108.
- 2 Hofstätter 1992, S. 109.
- 3 Ebd.
- 4 Hofstätter 1992, S. 109f.
- 5 Hofstätter 1992, S. 111f.
- 6 Hofstätter 1992, S. 113.
- 7 Ebd.
- 8 Ebd.
- 9 Hofstätter 1992, S. 114.
- 10 Ebd.
- 11 Horst Gundlach: Bühler revisited in times of war – Peter R. Hofstätter's *The Crisis of Psychologie* (1941), in *Studies in History and Philosophie of Biological and Biomedical Science* 43 (2012) S. 505.
- 12 Hofstätter 1992, S. 115.
- 13 Gundlach 2012, S. 505.
- 14 Hofstätter 1992, S. 116.
- 15 Hofstätter 1992, S. 119f.
- 16 Lebenslauf von Peter Hofstätter in seiner Personalakte beim Oberkommando des Heeres, BArch R 3001_ 60924
- 17 Personalakte Wehrmacht a. a. O.
- 18 Ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Schreiben vom 17. November 1939 vom Oberkommando des Heeres, Personalakte Wehrmacht a. a. O.
- 22 Personalakte Wehrmacht a. a. O.
- 23 Ebd.

- 24 Befähigungsbericht vom 20.2.1941, Personalakte Wehrmacht a. a. O.
- 25 Peter R. Hofstätter: Testuntersuchungen an japanischen und koreanischen Kindern und das Reifungsproblem, Zeitschrift für Kinderforschung 46/1937, S. 71 ff.
- 26 Siehe Charlotte Bühler in: Psychologie in Selbstdarstellungen, hrsg. von L. Pongratz, W. Traxel und E. Wehner, Bern 1972, S. 30.
- 27 Charlotte Bühler 1972, S. 24f.
- 28 Charlotte Bühler 1972, S. 28.
- 29 Charlotte Bühler 1972, S. 31.
- 30 Charlotte Bühler 1972, S. 32f.
- 31 Hofstätter 1992, S. 113.
- 32 Egon Brunswik, http://de.wikipedia.org/wiki/Egon_Brunswik
- 33 Hofstätter 1992, S. 120f.
- 34 Personalakte Peter Hofstätter, StA HH, 361-6 HWDP_IV 3133
- 35 Gundlach 2012, S. 505. Siehe dazu auch Hofstätter 1992, S. 123.
- 36 Ebd.
- 37 BArch, Personalakte Hofstätter beim Reichsjustizministerium, R 3001_60923
- 38 Schreiben der NSDAP-Gauleitung Berlin vom 21.5.1943, Personalakte Hofstätter beim Reichsjustizministerium, a. a. O.
- 39 Personalakte Reichsjustizministerium a. a. O.
- 40 Schreiben vom 22.6.1941, Personalakte Reichsjustizministerium a. a. O.
- 41 Schreiben vom 18.6.1943, Personalakte Reichsjustizministerium a. a. O.
- 42 Peter R. Hofstätter: Die Krise der Psychologie, Betrachtungen über den Standort einer Wissenschaft im Volksganzen, in: Deutschlands Erneuerung 25/1941, S. 561 ff.
- 43 Hofstätter 1992, S. 122.
- 44 Gundlach 2012, S. 508.
- 45 Hofstätter 1941 S. 562f. Siehe im Vergleich: Karl Bühler: Die Krise der Psychologie, Jena 1927.
- 46 Hofstätter 1941 S. 566.
- 47 Hofstätter 1941 S. 570.
- 48 Hofstätter 1941 S. 571.
- 49 Hofstätter 1941 S. 573.
- 50 Hofstätter 1941 S. 574.
- 51 Hofstätter 1941 S. 575.
- 52 Ebd.
- 53 Ebd.
- 54 Hofstätter 1941 S. 576.
- 55 Hofstätter 1941 S. 576f.
- 56 Gundlach 2012, S. 506.
- 57 Ebd.
- 58 Hofstätter 1992, S. 121.
- 59 Hofstätter 1992, S. 122.
- 60 Ebd.
- 61 Ebd.
- 62 Hofstätter 1992, S. 122f.
- 63 Hofstätter 1992, S. 123f.
- 64 Christian Fleck: Soziologie in Österreich zur Zeit des Nationalsozialismus, S. 1, siehe: www.academia.edu
- 65 Alois Kernbauer: Fritz Hans Girg (1891–1949). Das abenteuerliche Leben eines Wissenschaftlers, dessen Erfindungen den Gang der Geschichte beschleunigten, in: Wissenschaft- und Universitätsge-

schichtforschung am Archiv Österreichisches Universitätsarchivkolloquium, 14. und 15. April 2015, herausgegeben von Alois Kernbauer, Graz 2016, S. 224ff., zu Hofstätter besonders S. 241–249; Personalakte Hofstätter der Universität Hamburg, a. a. O. Ich habe mit Alois Kernbauer 2016 und 2017 mehrfach über Hofstätters Aktivitäten in Graz korrespondiert.

- 66 Christian Fleck: Soziologie in Österreich zur Zeit des Nationalsozialismus, a. a. O., S. 2.
- 67 Hofstätter 1992, S. 124.
- 68 Biografische Angaben in Personalakte Hofstätter der Universität Hamburg, a. a. O. Siehe auch Hofstätter 1992, S. 126f.
- 69 Hofstätter 1992, S. 126f.
- 70 Siehe: Ernst Klee: Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2013, S. 342f. Sowie: Hein Retter: Oswald Kroh und der Nationalsozialismus. Rekonstruktion und Dokumentation einer verdrängten Beziehung. Weinheim 2001.
- 71 Klee a. a. O., S. 343.
- 72 Hofstätter 1992, S. 127.
- 73 Ebd.
- 74 Ebd.
- 75 Siehe den Vermerk zu Hofstätters Berufung vom 17.7.1959, Personalakte Hofstätter der Universität Hamburg, a. a. O. Siehe die Biografie Hans Wenke in diesem Band.
- 76 Berufungsvorschlag, Blatt 23, Personalakte Hofstätter der Universität Hamburg, a. a. O.
- 77 https://de.wikipedia.org/wiki/Curt_Bondy
- 78 Ebd.
- 79 Berufungsvorschlag, Blatt 23, Personalakte Hofstätter der Universität Hamburg, a. a. O.
- 80 Personalakte Hofstätter der Universität Hamburg, a. a. O.
- 81 Peter R. Hofstätter: Bewältigte Vergangenheit?, In: „DIE ZEIT“ 24/1963.
- 82 Ebd.
- 83 Ebd.
- 84 Alle Zitate ebd.
- 85 „DIE ZEIT“ 36/1936.
- 86 Ebd.
- 87 Ebd.
- 88 Ebd.
- 89 „DER SPIEGEL“ 38/1963, S. 37.
- 90 „DER SPIEGEL“ 38/1963, S. 39.
- 91 „Deutsche Nationalzeitung“ Nr. 34/1963 vom 23.8.1963.
- 92 „DER SPIEGEL“ 38/1963, S. 40.
- 93 „Deutsche Nationalzeitung“ vom 30.8.1963.
- 94 Ebd.
- 95 Ebd.
- 96 Ebd.
- 97 Ebd.
- 98 Ebd.
- 99 „DER SPIEGEL“ 10/2013, S. 158.
- 100 Arie Goral: „Fall Hofstätter 1963/1978, Aus dem Leben eines Rechts-Sympathisanten“. 1. Teil. Ein Exemplar davon ist einzusehen in der Staatsbibliothek der Universität Hamburg, Standort Universitätsgeschichte.
- 101 StA HH, 131-11_2051 und 135-1 VI_1218
- 102 „Sonntagsblatt“ vom 15.9.1963.
- 103 „DIE ZEIT“ vom 27.9.1963.

- 104 „Die Welt“ vom 29.8.1963.
- 105 Ebd.
- 106 Ebd.
- 107 „Hamburger Echo“ vom 22.7.1963.
- 108 Vernehmung von Erich Lüth vom 24.9.1936, StA HH, 135-1 VI_1218
- 109 Schreiben von Arie Goral vom 19.9.1963; Arie Goral in einem Leserbrief an die Jüdische Rundschau MACCABI, veröffentlicht am 17.1.1964, Kopien in: StA HH, 135-11_2051
- 110 Valeska von Roques: Der Wahrheit den Krieg erklärt, in: „Vorwärts“ vom 11.9.1963.
- 111 Ebd.
- 112 Ebd.
- 113 Leserbrief von Jürgen Schiers, Bremen in der „ZEIT“ vom 13.9.1963.
- 114 Peter Hofstätter: Was verspricht man sich vom Schulfach Zeitgeschichte?, „ZEIT“ vom 21.6.1963.
- 115 Ebd.
- 116 Ebd.
- 117 Ebd.
- 118 Schreiben von Karl Jaspers vom 2.9.1963, StA HH, 135-1 VI_1218
- 119 Antwortschreiben von Erich Lüth an Karl Jaspers, StA HH, 135-1 VI_1218
- 120 Schreiben von Karl Jaspers vom 5.9.1963, StA HH, 135-1 VI_1218
- 121 Schreiben von Karl Jaspers vom 19.9.1963, StA HH, 135-1 VI_1218
- 122 Schreiben von Wolfgang Neckel an Erich Lüth vom 17.9.1963, StA HH, 135-1 VI_1218
- 123 Laut Mitteilung Erich Lüth in einem Schreiben an Egon Giordano vom 14. November 1962, StA HH, 135-1 VI_1218
- 124 „DER SPIEGEL“ 15/1989, S. 272.
- 125 Staatliche Pressestelle Hamburg 21.11.1963, StA HH, 135-1 VI_1218
- 126 Schreiben von Landgerichtspräsident Dr. Clemens an den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg vom 14.10.1963, StA HH, 131-1 II_7956
- 127 Ebd.
- 128 Ebd.
- 129 Ebd.
- 130 Ebd.
- 131 Ebd.
- 132 Vernehmung von Professor Dr. Hofstätter vom 13.9.1963 im Rahmen der disziplinarrechtlichen Vorermittlungen, StA HH, 131-1 II_7956
- 133 Ebd.
- 134 Vernehmung von Prof. Dr. Curt Bondy vom 1.10.1963 im Rahmen der disziplinarrechtlichen Vorermittlungen, StA HH, 131-1 II_7956
- 135 Ebd.
- 136 Ebd.
- 137 Ebd.
- 138 Ebd.
- 139 Schreiben des Leitenden Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht an Arie Goral vom 19.8.1963, in: Arie Goral: „Fall Hofstätter 1963/1978, Aus dem Leben eines Rechts-Sympathisanten“. 1. Teil, a.a.O., S. 36.
- 140 Arie Goral 1963/1978, S. 39.
- 141 Regina Schmidt: offener Brief an Prof. Hofstätter, VORGÄNGE 10/1963; abgedruckt auch in: Arie Goral 1963/1978, S. 74ff.
- 142 Ebd.
- 143 Ebd.

- 144 Ebd.
- 145 Hofstätter 1992, S. 129.
- 146 Hofstätter 1992, S. 130.
- 147 Auszug aus dem mündlichen Bericht des Rektors, Prof. Dr. Sieverts, für das Amtsjahr 1962/63 bei der feierlichen Rektoratsübergabe im Auditorium Maximum der Universität Hamburg am 12.11.1963 (Angelegenheit Prof. Dr. Hofstätter), in: StA HH, 135-1 VI_1218
- 148 Klee a. a. O., S. 583f. und Entnazifizierungsakte Sieverts StA HH, 221-11_Ed 16763
- 149 Vernehmung von Prof. Dr. Hofstätter vom 9.10.1963 im Rahmen der disziplinarrechtlichen Vorermittlungen, StA HH, 131-1 II_7956
- 150 Hofstätter 1992, S. 130.
- 151 Rainer Nicolaysen: „Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren.“ Ein Hamburger Studentenprotest trifft den Nerv der Universität. in: 19 Tage. Ereignisse und Entwicklungen der Stadtgeschichte seit den fünfziger Jahren. Hrsg. Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, München/Hamburg 2012, S. 112.
- 152 Nicolaysen 2012, S. 114.
- 153 Nicolaysen 2012, S. 117.
- 154 Nicolaysen 2012, S. 118, Anmerkung 30.
- 155 Nicolaysen 2012, S. 118.
- 156 „DER SPIEGEL“ 48/1967, S. 84.
- 157 Nicolaysen 2012, S. 118f.
- 158 Hofstätter 1992, S. 131.
- 159 Die altnazistische Fraktion der Hamburger Professoren. Dargestellt am Fall P. R. Hofstätter, in: „Das permanente Kolonialinstitut“, 50 Jahre Hamburger Universität, hrsg. vom AstA der Universität Hamburg 1969, S. 130.
- 160 „Hamburger Abendblatt“ vom 16.10.1993.
- 161 Die altnazistische Fraktion der Hamburger Professoren. Dargestellt am Fall P. R. Hofstätter, in: „Das permanente Kolonialinstitut“, 50 Jahre Hamburger Universität, hrsg. vom AstA der Universität Hamburg 1969, S. 131.
- 162 Seine Beiträge erschienen in: „Capital“ 3/1969, S. 24f. („Die APO. Dramaturgie in 6 Teilen“); „Christ und Welt“ 12/1969, S. 20. („Schildbürger spielen Reform. Der Primat der Forschung“); „Publik“ 16/1969, S. 21 („Die Masse ist das radikale Nichts. Oder: das Spiel mit den Vollversammlungen“).
- 163 „DER SPIEGEL“ 8/1968, S. 42.
- 164 „Informationen des Zentralrats der Juden in Deutschland“, „Jüdische Presse Dienst“ 3/1968, S. 3.
- 165 StA HH, 135-1 VI_1218
- 166 Ebd.
- 167 Tabula Gratulatoria, in: „Psychologie und Praxis, Band XXII, Oktober–Dezember 1978, Sonderdruck.
- 168 Axel und Sabine Hirsch in einem Schreiben an mich vom 11.1.2017.
- 169 Redeentwurf in der Personalakte Hofstätter a. a. O.
- 170 Schreiben vom 23.4.1979, Personalakte Hofstätter a. a. O.
- 171 „Welt“ vom 29.8.1963.
- 172 Arie Goral: Ein Bericht zum „Fall Hofstätter“, in Arie Goral: An der Grenzscheide: Mein Weg als Jude und Deutscher, Münster/Hamburg 1994. Ursprünglich erschien dieser Aufsatz in: Psychologie und Gesellschaftskritik, Heft 1/2-1980.
- 173 Ebd.
- 174 Ebd.
- 175 „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 16.6.1994.
- 176 Schreiben von Horst Gundlach vom 24.11.2016.
- 177 Aus meiner Antwort vom 1.12.2016 an Horst Gundlach.
- 178 Seine Replik vom selben Tag, 1.12.2016.

„Dass mich ein Senator anbrüllt, fand ich nicht üblich.“

Gespräch mit dem Vorsitzenden der „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ von 1948–1951, Hermann Lange

Hermann Lange (1908–1999), wurde am 1.11.1945 Schulleiter, arbeitete im Vorstand der wiederinstallierten „Gesellschaft der Freunde“, war nach Max Traeger seit 1948 Vorsitzender der „Gesellschaft der Freunde“ (GEW) und Bürgerschaftsabgeordneter der SPD in Hamburg. 1951 wechselte er in den Vorstand der Debeka, ab 1952 war er Vorstandsvorsitzender und später Aufsichtsratsvorsitzender bis 1997.

In einem bisher unveröffentlichten Gespräch mit Reiner Lehberger und Hans-Peter de Lorent vom 16.9.1986 in den Räumen des Geschäftsführenden Ausschusses der GEW im Curio-Haus berichtete Hermann Lange über seine Bildungsbiografie und beschrieb seine Erfahrungen mit den handelnden Akteuren des Hamburger Bildungswesens der Weimarer Republik, der NS-Herrschaft und der ersten Jahre nach 1945.

Frage: Herr Lange, wir möchten die Entwicklung Ihres „pädagogischen Lebens“ im Gespräch chronologisch betrachten. Als Junglehrer unterrichteten Sie an der Schule Voßberg 21, der Nachbarschule der berühmten Lichtwarkschule. Gab es eine Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Schulen?

Lange: Bis 1933 durchaus. Das hing auch mit Heinrich Landahl zusammen, der ein tüchtiger, energischer und fleißiger Mann als Schulleiter der Lichtwarkschule war, persönlich aber im übrigen unausstehlich.

Frage: Sie meinen, er war auch vor 1933 schon ein etwas schwieriger Charakter?

Lange: Ja, der hatte immer schon seine Schwierigkeiten. Der Vater von Landahl war an der Schule meiner Schülerzeit in der Kielortallee und wechselte später in die Jahnschule. Das war ein unglaublicher Prügelpädagoge. Wenn wir bei Regen drinnen bleiben mussten und er zufällig auf dem Korridor die Aufsicht hatte, zog er seine Jacke aus, nahm seine Papiermanschetten ab, winkte einen Jungen heran und ließ ihn einen Stock holen. Dann suchte er sich drei oder vier Jungs, die sich vor ihm bücken mussten und drei draufgezogen bekamen, obwohl sie nichts ausgefressen hatten. Das war selbstverständlich, da ja die Autorität gewahrt werden musste. „Und wenn ein paar abgestraft sind, werden die anderen schon ruhig sein.“ Das war der Vater von diesem berühmten Heinrich Landahl, der nach 1945 als Schulsenator Unglaubliches geleistet hat. Aber als ich ihm das einmal mit seinem Vater erzählte, überhörte er es einfach. Ich will das gar nicht persönlich auf ihn münzen,

denn mein Klassenlehrer, der mir den Besuch der Aufbauschule ermöglichte, war genauso. Als wir den Ostern 1918 als Klassenlehrer bekamen, ließ er uns alle nacheinander nach dem Alphabet antreten: bücken, drei hinten vor.

Als ich ihm später als Lehrer begegnete, fragte ich ihn, was er sich eigentlich dabei gedacht habe. Darauf antwortete er: „Sie müssen scharf anfangen. Mildern können Sie immer noch.“ Das war eine durchaus übliche Ansicht, nicht alle in der „Gesellschaft der Freunde“ waren so wie Richard Ballerstaedt. Viele waren nur eingetreten, weil es die Kranken- und Sterbekasse und andere soziale Einrichtungen gab. Die hatten mit dem Pädagogischen an sich und mit dieser kleinen Reformgruppe überhaupt nichts im Sinn.

Frage: Die Schule Kielortallee 18 war ja ihre erste Schule. Damit fing ihre Schulzeit an.

Lange: 1914 bin ich in die Schule gekommen, ein halbes Jahr vor Ausbruch des Krieges. Ich wohnte in Hoheluft, in der Kottwitzstraße. Mein Vater war ganz alter Sozialdemokrat, schon 1898 eingetreten, meine Mutter kurz darauf. Beide waren gleich 1918 in allen möglichen Elternräten – meine Mutter in der Schule Kielortallee, die auch mein Bruder besuchte, und mein Vater in der Schule Wrangelstraße. Und als mein Bruder in die Jahnschule kam, ist mein Vater auch dort im Elternrat gewesen. Sie hatten einen tollen schulpolitischen Elan.

Frage: Hielt denn die Lehrerschaft zunächst einmal an der Pädagogik der Kaiserzeit weiterhin fest?

Lange: Das kann man so sagen. Dabei verdanke ich meinem Klassenlehrer Rudolf Bock¹, diesem ausgesprochenen Prügelfritzen, beim Übergang in die Aufbauschule unglaublich viel. Denn nachdem ich zur Prüfung angemeldet worden war, bemühte er sich in einer rührenden Weise um mich. Die ganze Klasse wunderte sich. Die 1. Stunde beschäftigte er die Klasse und übte mit mir parallel vor allem Rechnen, Geometrie, Algebra und auch deutschen Aufsatz.

Frage: Waren Sie der einzige aus der Klasse?

Lange: Später hatte sich noch ein weiterer Schüler gemeldet, der meines Erachtens ebenso infrage kam, aber bei der Prüfung durchfiel. Und wie war es zu meiner Anmeldung gekommen? Das war so im April/Mai 1921. Eines Tages kam der Hausmeister und brachte ein Rundschreiben, das der Klassenlehrer mitteilte.



Hermann Lange, 1993

Die Schulbehörde hätte eine neue Schule eingerichtet, aber von uns käme ja keiner infrage. Und was passierte da? Wie manchmal so Zufälligkeiten von Bedeutung sind. Einer aus der Klasse meldete sich, der mit mir nie etwas im Sinn gehabt hatte. Hans Gabers hieß er und war einer von den großen Fußballspielern aus der Klasse, hatte mich aber nie auf der Rechnung gehabt; denn ich war der Längste der Klasse, auch der Jüngste, war dünn, aufgeschossen, zudem magenkrank infolge der Ernährungsschwierigkeiten von 1916 bis 1918 und hatte keine Bein- und Armmuskeln. Für das Fußballspielen kam ich deshalb überhaupt nicht infrage. Und dann meldete sich also dieser Hans Gabers und sagte: „Herr Bock, Hermann Lange kommt infrage, der kann doch alles.“ Bock antwortete darauf: „Das geht nicht. Sein Vater ist Tischler, und die streiken ja so oft. Außerdem ist er häufig arbeitslos. Das können die gar nicht bezahlen.“ Auf jeden Fall wischte Bock die Sache vom Tisch. Das erzählte ich meiner Mutter, worauf sie sagte: „Natürlich kommst du dahin.“ Denn die vier Söhne ihres Onkels väterlicherseits hatten alle das sogenannte Einjährige gemacht. Und wenn ihre Neffen die höhere Schule besuchen konnten, wäre das auch für ihre Kinder möglich.

Frage: Ihre Mutter hatte vorher noch nichts von der Aufbauschule gehört?

Lange: Wir wussten überhaupt nicht, was Abitur war. Wir kannten zwar die höheren Schüler, die mit einer roten Schülmütze herumliefen. Das waren die sogenannten Realpuper. Auf jeden Fall wollte sie mich anmelden. Und da sagte mein Klassenlehrer: „Das hat doch gar keinen Sinn. Das können Sie doch nicht bis zum Abitur durchhalten. Wenn Sie jedoch darauf bestehen, gehen Sie zum Schulleiter.“ Und der sagte sofort: „Natürlich kommt Hermann infrage, aber Sie müssen sich das überlegen. Sie müssen das auch finanziell durchhalten. Das hat doch keinen Zweck, dass er das nur ein, zwei Jahre schafft, da er ja in der Zeit nichts verdient.“ Viele mussten ja gleich nach Abschluss der achtjährigen Volksschule irgendetwas lernen oder als ungelernete Arbeiter gehen. Denn eine höhere Schule kam nicht infrage. Meine Mutter bestand aber darauf, und so wurde ich angemeldet. Mindestens drei bis vier Wochen lang bis zur Prüfung bemühte sich nun Lehrer Bock um mich. Natürlich hatte ich auch Glück gehabt. In Algebra wurden Fragen gestellt, die ich gar nicht beantworten konnte, weil wir Kriegskinder waren. Bei uns fiel damals die Schule aus. Wir wurden gleich, nachdem unser Klassenlehrer im September/Oktober 1914 gefallen war, mit der Parallelklasse zusammengelegt, so dass es Klassen-Größen von 65–70 Schülern gab.

Frage: Sie sind dann in die Aufbauschule Hohe Weide eingeschult worden. Mussten Sie überhaupt Schulgeld bezahlen?

Lange: Nein. Wir hätten bezahlen müssen, aber das kann man gar nicht hoch genug rühmen. Wir bekamen von der Unter- oder Obertertia an bis zum Abitur monatlich mindestens 25, wenn nicht 30, 35 Mark als Erziehungshilfe.

Frage: Aufbauschulen gab es auch in anderen Städten des Reiches.

Lange: In Thüringen gab es eine, in Jena und in Sachsen in Dresden und Leipzig.

Frage: Die meisten, die an der Aufbauschule in Hamburg unterrichteten, waren wohl ehemalige Seminarlehrer.

Lange: Und etliche hatten das Staatsexamen nachgemacht. (D. h. als ehemalige Volksschullehrer hatten sie an der Universität noch einmal studiert und ein Staatsexamen abgelegt. RL/HPdL). Zum Beispiel auch mein Klassenlehrer, der ein großartiger Mann war und von dem ich sehr viel gelernt habe.

Frage: Können Sie sich erinnern, aus welchen Schichten die anderen Kinder kamen?

Lange: Das war so ähnlich wie bei mir: Handwerker, Angestellte, kleine Beamte. Übrigens einige von denen, die die Aufbauschule durchliefen, gingen nach dem Abitur als Studenten in die schlagenden Verbindungen.

Frage: Wie erklärt sich das?

Lange: Ein Mitschüler, der ein Jahr vor mir Abitur gemacht hatte und den ich ganz gut kannte, kam zu mir und sagte: „Komm mit zu uns.“ Ich sagte: „Was soll ich denn da? Da gehöre ich doch gar nicht hin. Da ich Schulmeister werden will, ist die Wahrscheinlichkeit, dass ich ohne Verbindung in den Schuldienst komme, ausgesprochen groß.“ Aber das war so ein Tick: Wer da drin ist, lernt erstens Benimm, auch so ein Stereotyp, und zweitens hat er die Verbindungen.

Frage: Wann entstand bei Ihnen der Wunsch, Lehrer zu werden?

Lange: Im Grunde hatte ich den Wunsch, Jurist zu werden. Meine zwei Jahre ältere Schwester, die die Volksschule bis zu Ende besucht hatte und eine Lehrstelle bei der Deutschen Dichtergedächtnis-Stiftung in Borstel fand, hatte den Tick: Ich bin die erste, die außer dem Vater verdient, und muss meine beiden Brüder mit durchhalten. Und da das juristische Studium ein bisschen länger dauerte als die sechs Semester des Volksschullehrers, entschied ich mich für dieses Studium. Mein Klassenlehrer sagte damals, als er hörte, dass ich Volksschullehrer werden wollte: „Machen Sie zwei Semester länger, dann sind Sie Studienrat.“ Ich sagte: „Das will ich gar nicht.“ Er antwortete: „Warum wollen Sie das denn nicht? Es gibt viel mehr

Volksschullehrer als Oberlehrer.“ Damit bezog er sich auf die Besoldungsreform, die weitgehend von Gerd Niebank 1927 mit dem Lehrerbesoldungsgesetz eingeführt worden war. Die sah ja vor, dass wir mit der Endstufe nur ein ganz klein bisschen weniger als der Studienrat bekommen sollten. Das Gesetz hielt sich nicht, aber wir waren damals alle so enthusiastisch. Das war eben dieser Enthusiasmus dieser Spitzengruppe – Ballerstaedt, Niebank und Köhler, Rudolf Ross nicht zu vergessen.

Frage: Noch eine Frage zur Aufbauschule. Die höheren Schulen waren ziemlich antirepublikanisch, was man relativ deutlich nachweisen kann. Haben Sie irgendwelche Erinnerungen daran, wie republikanisch die Aufbauschule war?

Lange: Zunächst einmal kann ich sagen, dass unser Schulleiter, Dr. Alfred Kleeberg, bei unserem Abitur 1927 im Frack und mit dem EK I erschien. Wir hatten von ihm nur gehört, dass er eine Geschichtstabelle mit herausgebracht hatte, und er galt als ein tüchtiger Pädagoge. Ich habe aber auch gehört, dass er schwarz-weiß-rot geflaggt hatte, der war bestimmt kein Republikaner. Vom Kollegium wurde er wiederholt auf drei Jahre gewählt. Ob Sie daraus folgern dürfen, dass das Gros deutsch-national gewesen war, kann ich nicht sagen. Ich kam bis zu meinem Abitur überhaupt nicht auf den Gedanken, dass da etwas nicht stimmen könnte. Auffällig war mir nur, dass Alfred Kleeberg 1927 mit dem EK I erschien. Sie kennen sicherlich das Buch von Hildegard Milberg², in dem aus einem Brief des Schulleiters vom Johanneum, Prof. Kelter an Oberschulrat Wolfgang Meyer zitiert wird. Darin wird Meyer, der ja auch unser Oberschulrat war, gedankt, dass er unter dem Sozi Emil Krause die Schule sozusagen vor den Sozis gerettet habe.³

Frage: Gab es denn auch andere Beispiele?

Lange: Ja, wir hatten einen Mathematiklehrer, der zwar ein schlechter Pädagoge war, aber bei jeder sich bietenden Gelegenheit, beispielsweise 1923, als die Franzosen das Ruhrgebiet besetzten, uns mindestens eine halbe Stunde darlegte, wie ein Demokrat und Republikaner das sehen müsse. Und er sprach mit uns auch darüber, als Rathenau ermordet wurde.

Frage: Gab es denn auch Auseinandersetzungen zwischen der Schülerschaft, die nun, wie Sie selbst sagen, doch zum großen Teil aus der Arbeiterschicht kam, also eher sozialdemokratisch eingestellt war, und der Lehrerschaft?

Lange: Es gab überhaupt keine politischen Diskussionen. Eine berühmte Lehrerin war im Übrigen die spätere Oberschulrätin Emmy Beckmann, die noch vor 1933 Oberschulrätin für das höhere Schulwesen geworden war und mit Max Traeger in der Bürgerschaft saß.

Frage: Damit können wir zu Ihrem Studium an der Universität übergehen. Sie sagten, fortschrittliche Pädagogen wie Richard Ballerstaedt und Gerd Niebank wären schon ein Begriff für die Studentenschaft gewesen.

Lange: Und zwar, weil Niebank dafür gesorgt hatte, dass wir als Studenten Mitglieder der „Gesellschaft der Freunde“ werden konnten – ohne Beitrag, aber mit dem Recht, die jeden Sonnabend erscheinende Hamburger Lehrerzeitung unentgeltlich zu erhalten und die großartige Bibliothek benutzen zu dürfen. Von daher war dieser Trend schon dagewesen. Ich muss in Bezug auf Kleeberg noch nachtragen, weil ich ihn so negativ dargestellt habe, dass er vielleicht zwei, drei Monate vor unserem Abitur zu uns in die Klasse kam und uns mitteilte, dass für zukünftige Volksschullehrer ein neuer Studienweg eingerichtet werden würde. Der Schulsenator Emil Krause hatte dafür gesorgt, dass das Volksschullehrerstudium auf der Universität zu absolvieren war und dabei Pädagogik, Psychologie, Philosophie und ein freies Wahlfach belegt werden musste. Und er empfahl, davon Gebrauch zu machen. Es spielte sicher die Tradition eine große Rolle, dass diejenigen, die jetzt die Aufbauschule besuchten, früher die Anwärter für das Lehrerseminar gewesen waren.

Frage: Gab es irgendwelche besonderen Veranstaltungen der „Gesellschaft der Freunde“ für die neuen Studierenden, als Sie an die Universität kamen?

Lange: Eigentlich nicht. Ich weiß nur, dass wir gleich zu Anfang im ersten Semester in die Fachschaft kamen.

Frage: Flossen die Ideen der reformpädagogischen Bewegung auch in das Studium mit ein? Kann man also sagen, dass das Studium von der Reformpädagogik geprägt war?

Lange: Ich will das nicht uneingeschränkt sagen. Aber zum Beispiel wurde Dr. Julius Gebhardt 1933 gleich abgesetzt, aber überraschender Weise nicht hinausgeschmissen. Er hat übrigens in den ersten Monaten 1933 den Vorsitzenden der Hamburger SPD bei sich versteckt. Gebhardt war ein ganz fantastischer Mann und wohl von den gesamten Assistenten des Erziehungswissenschaftlichen Seminars der aktivste in der Reformpädagogik. Er harmonierte auch sehr gut mit Wilhelm Flitner, der 1929 nach Hamburg kam. Aber bei den anderen, zum Beispiel Fritz Stückrath, der zweifellos ein tüchtiger Mann war, auch organisatorisch begabt war, konnte von Reformpädagogik keine Rede sein – am ehesten noch bei Herbert Theodor Becker.

Frage: Und welche Rolle spielte Gustaf Deuchler⁴, der ja eine schillernde Persönlichkeit war?

Lange: Deuchler war der Mann, der praktisch die neue Lehrerbildung an der Universität heimisch gemacht hatte. Vielleicht ist das ein wenig burschikos gesagt und gemeint; denn er erlaubte als Wahlfach alles Mögliche, auch Sanskrit, was ja für die Volksschullehrerausbildung Quatsch ist. Aber so hatte er es geschafft, etliche von den deutsch-nationalen Universitätsprofessoren für diesen Bereich zu erwärmen. Und er hatte, das habe ich erst relativ spät erfahren, schon in den zwanziger Jahren engen Kontakt zu Richard Ballerstaedt gehalten, weil der eben in der Bürgerschaft saß. Mit ihm konnte man besser sprechen als mit dem etwas sehr strengen und abweisenden Emil Krause. Deuchler hatte sich jedenfalls seinerzeit ordentlich benommen.

Frage: Er war ja auch Mitglied der „Gesellschaft der Freunde“ gewesen.

Lange: Das waren sie zunächst alle, auch Flitner war das. Erst als ein halbes Jahr nach Beginn meines Vorsitzes 1948 die Beiträge erhöht wurden, traten sie alle aus. Flitner war da sowieso schon nicht mehr dabei. Auch Emmy Beckmann, die 1947 mit in den Vorstand kam, trat aus, aber in erster Linie, weil sie selbstverständlich gegen die 1949 eingeführte sechsjährige Grundschule war. Ich selbst hatte 1930 Examen gemacht und hatte für Pädagogik das Thema „Die staatspolitische Erziehung im heutigen Deutschland“ gewählt. Ich kam in Pädagogik als letztes Fach dran. Zuerst in Germanistik, dann in Psychologie, Philosophie und dann die einstündige Prüfung in Pädagogik bei Deuchler. Als die vorbei war und ich raus musste, sprach ich mit dem Oberschulrat Köhne. Er teilte mir dann mit, dass er mir keine Note geben könne, weil er meine Arbeit noch nicht gelesen hätte. Er war völlig überlastet. Denn mit mir machten mindestens 150–200 Studenten die Prüfung. Und dann passierte es, dass die Pfingst- und die großen Ferien zusammengelegt wurden. Als ich zurückkam, fand ich einen Brief von Deuchler vor, ich möchte sofort zu ihm kommen. Ich dachte, nun wirst du etwas erfahren. Er sagte aber: „Hier, Ihre Arbeit, die nehmen Sie erst einmal wieder mit. Ich sage es Ihnen gleich. Schreiben Sie eine Dissertation darüber. Vielleicht noch 10, 15 Seiten dazu!“ Ich fiel aus allen Wolken. Ja, die Arbeit wäre ausgezeichnet. Und erst Jahre danach, als er schon Nazi war, im Jahre 1934, kam er darauf zurück und sagte: „Haben Sie Ihren Dickkopf noch immer nicht aufgegeben?“ Er hatte mich schon 1933 aufgefordert, in die NSDAP einzutreten, weil er mich als Lieblingsschüler betrachtete. Er selbst war Mitglied der Demokratischen Partei (DDP) gewesen, aber schon 1932 stellte ich fest, dass er Antisemit war. Nach einer Übung, wo auch seine Assistenten Herbert Becker und Fritz Stückrath dabei waren, zog er aus seiner Brieftasche vier Bilder von Hitler, Göring, Röhm und Strasser heraus. Ich sollte sie dann charakterologisch beurteilen. Ich knallte ihm diese vier Dinger wieder hin und sagte: „Da ist

keine charakterologische Unterscheidung zu machen.“ Von dem Tag an war ich mit Deuchler verfeindet. Er trug es mir nicht nach, war aber bitter enttäuscht. Deuchler war im Übrigen ganz versessen, die universitäre hamburgische Lehrerbildung in sämtlichen deutschen Ländern einzuführen.

Frage: Damit machte er sich ja offensichtlich auch Feinde in der NSDAP, in die er schon 1932 eingetreten war.

Lange: Ich schließe das nicht aus, aber ich weiß es nicht. Er verhielt sich mir gegenüber immer ausgesprochen nobel. Meinen Bruder, der 1930 das Abitur machte und sehr schnell in der „Gesellschaft der Freunde“ als Vertreter der Fachschaft eine Rolle spielte und 1933 gleich verhaftet und eingesperrt wurde, ließ er dennoch mit halbjähriger Verspätung das Examen machen. Obwohl er wusste, dass mein Bruder genauso über die Nazis dachte wie ich, behandelte er ihn nicht nur wohlwollend, sondern auch anständig. Mein Bruder bekam bei ihm in Pädagogik und auch in Psychologie sogar eine Auszeichnung für das Examen. Nach dieser Verhaftung folgte Ende April eine fünfstündige Hausdurchsuchung bei uns. Übrigens hatten sie ihn am selben Tage verhaftet, an dem die „Gesellschaft der Freunde“ gleichgeschaltet wurde. Aber im Grunde sollte wohl ich verhaftet werden. Aber sie fanden nichts bei meiner Mutter, da ich bei der Nachbarin ein Zimmer gemietet hatte. Wir verfügten nur über eine Dreizimmerwohnung und waren drei Kinder, sodass ich praktisch nur dort schlief und arbeitete. Sie fanden von mir allerdings Briefe, die ich 1928 aus Wien geschrieben hatte, so einen Packen von vielleicht 15–20, die sie alle beschlagnahmten.

Frage: Versuchte Deuchler nach 1945 noch einmal Kontakt mit Ihnen aufzunehmen?

Lange: Ja, das tat er. Ich meine, ich hatte mich sehr über Albert Herzer⁵ geärgert, der zu unserem Vorstandsclub gehörte. Er hat es ja für richtig gehalten, noch im Jahre 1944 zu Deuchler Verbindung aufzunehmen.

Frage: Er war Assistent bei Deuchler gewesen.

Lange: So hieß das offiziell. Auf jeden Fall wollte er bei Deuchler promovieren. Herzer wusste von mir, dass ich es abgelehnt hatte, bei Deuchler weiter zu arbeiten, weil er Nazi geworden war. Er fand aber gar nichts dabei. Er hatte Russisch gelernt, war sprachbegabt und auch nicht untüchtig. Bis 1933 war er Schulleiter in der Ahrensburger Straße. Als wir ihm sagten: „Menschenskind, das ist doch schäbig sondergleichen, bei dem Nazi Deuchler“, da sagte er: „Wie das auch kommt – kommt es so, ist es richtig, kommt es anders, kommt es auch richtig.“ Danach hatten wir für Herzer nichts mehr übrig. Solche Dinge spielten sich dann so nebenbei ab.

Frage: Aber mit Herzer arbeiteten Sie doch später eng zusammen, als er 1947 HLZ-Schriftleiter wurde?

Lange: Wir haben nie eng zusammen gearbeitet. Als ich Vorsitzender der „Gesellschaft der Freunde“ werden sollte, bot Max Traeger einige Leute gegen mich auf. Dazu gehörten leider auch Christine Thies, Elsa Stadelmann und vor allem Karla Kellermann, mit der er später liiert war. Da musste ich also offiziell geloben, dass ich den Satzungsbefund mit den getrennten Fachschaften für Volksschullehrer und Studienräte respektieren würde. Es blieb mir nichts anderes übrig, obwohl ich immer gegen die Fachschaften gewesen war. Ich sagte immer: „Die Oberlehrer sind nur so lange bereit, mit uns zusammenzuarbeiten, solange die Gewerkschaft etwas für sie tut, namentlich bei den Arbeitsbedingungen und Gehältern, sonst würden sie selbstverständlich gegen die Selbstverwaltung eintreten.“

Frage: So war es dann ja auch!

Lange: Auch das Gros der Berufsschullehrer, selbst Sozialdemokraten und Direktoren, die A 16-Stellen innehatten, waren natürlich gegen die Selbstverwaltung.

Frage: Und wie verhielt sich Deuchler nach 1945?

Lange: Ich traf ihn gelegentlich, wenn ich von den Sitzungen in der Tesdorpfstraße, wo Max Traeger seine Dienststelle hatte, nach Hause ging, aber er scherzte dann sofort aus. Ich kümmerte mich überhaupt nicht um Deuchler, grüßte ihn auch nicht. So etwa im Sommer 1947 erschien Deuchler mittags um eins bei mir in der Schule, begrüßte mich und wollte von mir einen „Persilschein“ haben. Und da sagte ich, dass er Nazi war, werde er nicht bestreiten können. Da sprang er auf und brüllte mich an: „Ich bin nie ein Nazi gewesen, sondern Nationalsozialist. Das bin ich nicht nur gewesen, das bleibe ich auch weiter.“ Da sagte ich ihm, er solle sich den „Persilschein“ mal woanders besorgen. Da zog er noch aus seiner Aktentasche ein großes Bild hervor, mit vielleicht 40, 50 SA-Köpfen drauf, und in der Mitte oben saß er als Sturmführer. Ich sagte: „Nun ist aber Schluss.“ Und dann ging er. Ich besprach das schließlich mit Helmut Wiese und anderen Leuten, da es ja in Bezug auf Deuchler auch positive Sachen gab. Er musste nach 1945 jahrelang als Nachtwächter arbeiten, es war ihm ganz übel ergangen. Da fiel mir Gottlieb Raloff ein, einer von den Raloff-Brüdern, der auch die Aufbauschule besucht hatte, und zwei oder drei Jahre unter mir gewesen war. Er war vielleicht mit 16 abgegangen, hatte jedenfalls kein Abitur an der Aufbauschule gemacht, war dann kaufmännischer Angestellter, und erschien eines Tages als Arbeiter-Abiturient wieder, mit monatlich 100 Mark vom Hamburgischen Senat. Auf jeden Fall erinnerte ich mich an Gottlieb Raloff, der mir erzählt hatte, er habe in der Seminar-Bibliothek gesessen, so etwa

im Mai/Juni 1933, als Deuchler in die Bibliothek gekommen wäre und ihn in ein anderes Zimmer geführt hätte. Er sagte noch: „Lassen Sie den Schlüssel stecken und geben Sie ihn hinterher wieder ab, die SS ist da und will Sie verhaften.“ Das hatte mir Gottlieb Raloff selbst erzählt. Und das fiel mir nun ein, nachdem ich denen erzählt hatte, wie idiotisch Deuchler sich benommen hatte.

Frage: Gottlieb Raloff schrieb damals einen entsprechenden „Persilschein“ für Deuchler. Später ist er Leiter der Jugendbehörde geworden.

Lange: Ja, als Nachfolger von Max Zelck. Es gab eben auch Dinge, die politisch für Deuchler sprachen. Aber, dass er Nazi und Antisemit war, war keine Frage.

Frage: Aus der Aktenlage ergibt sich, dass Deuchler Ambitionen hatte, eine führende Stellung im Schulwesen nach 1933 zu erlangen, am liebsten als Schulse-nator oder mindestens als Landesschulrat.

Lange: Das halte ich alles für möglich.

Frage: Aber Sie wissen nicht genau, warum ausgerechnet Willi Schulz Landes-schulrat in Hamburg wurde?

Lange: Wissen Sie, dass Willi Schulz nach 1945 Selbstmord beging? Zu Schulz muss ich Ihnen eine komische Geschichte erzählen. Der Name begegnete mir das erste Mal, als Deuchler mich im Frühjahr 1931 bat, bei ihm zu assistieren. Ich sollte ihm in einem Einführungspraktikum assistieren. Wenige Tage vor Beginn des Sommersemesters, Anfang Mai, teilte er mir mit, ich müsste zu Prof. Peter wechseln, da er einen Landschullehrer als Assistenten nehmen wollte, einen gewissen Willi Schulz. Und die Tatsache, dass er Willi Schulz, den Nazi, nahm, bedeutete für mich ein persönliches Glück. In der ersten Stunde bei Prof. Peter, wo ich zunächst praktisch eine Stunde zuhörte, war es für mich hochinteressant, unter den Studentinnen und Studenten ganz lebhaftes, beinahe Sturm- und Drangnaturen zu erleben. Und am lebhaftesten war eine Studentin, die später meine Frau wurde. Sie genierte sich gar nicht, redete dazwischen, aber nicht nur sie, und Prof. Peter fragte mich nach der Stunde: „Kannten Sie die?“ Er war ein sehr ordentlicher Mann, war schwer kriegsversehrt, hatte ein steifes Bein. Nach der zweiten oder dritten Stunde, als meine spätere Frau ziemlich jammerte: „Herr Professor, ich möchte ein Referat über dies und das halten“, verwies er sie unwirsch an mich. Und dann stritten wir uns monatelang, wie man sich nur streiten kann, über Gott und die Welt. Sie hatte als Wahlfach evangelische Religionslehre, stammte vom Lande und hatte in Hamburg Abitur gemacht. Es gab jedenfalls permanent Auseinandersetzungen, und wenn Deuchler nicht den Schulz genommen hätte, hätte ich meine Frau gar

nicht kennengelernt. Sie machte dann 1934 das Examen, kam aber nicht in den Schuldienst, weil ein gewisser Kurt Holm⁷, der später Professor wurde und für die Gleichschaltung der „Gesellschaft der Freunde“ mehr getan hatte als alle anderen, als Hinrich von der Lieth⁸ und wie sie alle hießen, weil dieser Holm ihr beim Schulhelferdienst 1932 in der Binderstraße begegnet war. Da hatte er ihr gesagt, sie müsste von ihrem Aussehen her und der Rasse nach Atteste bringen. Da geriet dann meine Frau mit ihm ziemlich aneinander, bevor sie wusste, dass er nazi-verdächtig war. Und als sie 1934 Examen machte und Holm eine Rolle in der Schulverwaltung spielte, ging sie deswegen nicht in den Schuldienst. Meine Frau, die also wirklich ein ausgezeichnetes Examen gemacht hatte, kam nie in den Schuldienst.

Frage: Willi Schulz wurde Assistent bei Gustaf Deuchler, weil er auch vor 1933 schon Verbindungen hatte?

Lange: Das kann ich nicht sagen. Ich weiß nur, dass er an meine Stelle gerückt wurde, weil Deuchler ihn wollte.

Frage: 1933 wurde Schulz erst Oberschulrat für das Volksschulwesen und dann, 1934, Landesschulrat und Gauamtsleiter des NSLB. Was können Sie über ihn sagen?

Lange: Ich kann Ihnen im Grunde nur das sagen, was Kurt Zeidler in seinem Buch über ihn geschrieben hat.⁹ Er war eine völlig farblose Erscheinung.

Frage: Es gab aber doch zumindest Anfang 1933 vor und während der Gleichschaltung einen gemeinsamen Personalvorschlag für den Vorstand der gleichgeschalteten „Gesellschaft der Freunde“?

Lange: Das ist nicht ganz richtig. Es gab die heftigsten Auseinandersetzungen mit dem NSLB, weil Hinrich von der Lieth und ein uns bis dahin völlig unbekannter Mann, Albert Mansfeld, eine große Rolle spielten.

Frage: Albert Mansfeld¹⁰ war Gründungsmitglied des NSLB gewesen und saß für die NSDAP seit 1931 in der Hamburger Bürgerschaft. Er wurde dann Nachfolger von Willi Schulz als Oberschulrat für das Volksschulwesen. Was können Sie über ihn sagen?

Lange: Ja, er war 1933 erst Schulleiter der Schule Eilbektal, an der vorher der letzte Vorsitzende der „Gesellschaft der Freunde“ vor 1933, Gustav Küchler, Schulleiter gewesen und abgesetzt worden war. Über Mansfeld kann ich nur sagen, dass er mit Ernst Matthewes in einem Seminarjahrgang gewesen war.

Frage: Die beiden kannten sich also persönlich?

Lange: Ja, die waren in einer Seminarklasse im Lehrerseminar. Sie machten 1922 im Gebäude der späteren Aufbauschule, in der Hohen Weide, zusammen das erste Examen. Ernst Matthewes erzählte mir wiederholt, dass Mansfeld schon vor 1933 mit dem goldenen Parteiabzeichen herumlief. Allgemein wurde er nicht sehr geschätzt. Gustav Schmidt erzählte mir eine Begebenheit aus der Zeit nach 1933, als er noch als Schulrat im Dienst war – er wurde relativ spät entlassen, denn er gehörte ja keiner politischen Partei an.

Frage: Gustav Schmidt hatte sich geweigert in die NSDAP einzutreten, und wurde als Schulrat 1940 aus dem Dienst entlassen.

Lange: Richtig. Auf jeden Fall verlor Mansfeld in einer Schulräte-Konferenz den Faden und sagte dann: „So kommt das, wenn man jahrelang mit dem Revolver unterm Kopfkissen schläft.“ Und darauf antwortete ihm Gustav Schmidt: „Wissen Sie, wir haben jahrelang mit einem Maschinengewehr im Arm geschlafen, im Ersten Weltkrieg.“ Solche Geschichten konnte Schmidt am laufenden Band erzählen. Denn Mansfeld war eine ausgesprochene Niete.

Frage: Aber er war doch offenbar ein Treiber im Hinblick auf die nationalsozialistische Eingliederung der Lehrerschaft.

Lange: Ich weiß nur, dass Zeidler in seinem Buch geschrieben hat, Mansfeld hätte bei der Entnazifizierung gesagt, dass ihm als Stellvertreter von Willi Schulz vieles vorgelegt worden wäre, was er auch immer wieder weggeschoben hätte. Eines Tages aber wäre ihm dann nichts anderes mehr übrig geblieben, als zu unterschreiben.

Frage: Gab es im Schulwesen schon vor 1933 Leute, die sich offen zum Nationalsozialismus bekannten?

Lange: Nein, es gab überhaupt keine. Aber von dem Holm, der sich erst nach 1933 entpuppte, erzählte mir meine Frau, als wir noch nicht verheiratet waren, dass er diese ganze Rassenpolitik, die Naseneinwinkelung und dergleichen, offenbar sehr schätzte.

Frage: Gern fragen wir Sie noch einmal nach zwei Männern, die in der Nazizeit eine besondere Rolle spielten? Was wissen Sie über Erwin Zindler¹¹?

Lange: Er war der Deutschlehrer meines Bruders in der Oberrealschule Bogenstraße. Er konnte sich gar nicht genug ereifern in der Verdammung von Thomas Mann. Ich erfuhr etwas auch durch meine Frau, die 1931 einen Abituraufsatz

über Thomas Mann geschrieben hatte, was damals von Emmy Beckmann gestattet worden war. Zindler wurde jedenfalls als Nachfolger von Landahl in die frühere Lichtwarkschule-Schule gesteckt. Ich weiß nur, dass er Nazi war. Die Klasse meines Bruders, in der er Deutschunterricht gab, nahm ihn nicht für voll. Sie verfassten ein Kriemhild-Drama, womit sie ihn auf den Arm nahmen.

Frage: Wissen Sie etwas über Wilhelm Arp?

Lange: Ich muss Ihnen folgendes über Wilhelm Arp¹² erzählen. Es spielte 14 Tage vor dem 30. Januar 1933 bei der Hauptversammlung der „Gesellschaft der Freunde“. Am Schluss kam Fritz Stückrath zu mir, den ich vom Studium her kannte, er war damals schon Assistent bei Deuchler und wollte, dass ich Wilhelm Arp kennen lerne. Von diesem kannte ich die Dissertation mit dem Titel „Das Staatsbewusstsein“, die ich mit sehr großem Gewinn gelesen hatte. Dann weiter: Am 5. März 1933 war die berühmt-berüchtigte Reichstagswahl. Am Tag darauf teilte mir Friedrich Kraus mit, ein Dr. Arp hätte angerufen und wollte mich dringend sprechen. Ich rief ihn schließlich an, und er bat mich, so schnell wie möglich zu kommen. Als ich bei ihm war, schloss er sein Zimmer von innen ab und sagte: „Ich habe gestern meinen Bruder über die dänische Grenze gebracht, er ist durch die Nazis gefährdet. Wir müssen jetzt alles überlegen, was wir tun können, damit das Dritte Reich nicht lange dauert.“ Ich fragte: „Was sollen wir denn tun, Menschenkind? Die sind doch nun da.“ Nach dem Gespräch gingen wir zunächst auseinander. Einige Zeit später wurden Schietzel, Hildebrandt, Ludolf Mevius und noch ein, zwei andere entlassen. Was sollte ich nun machen? Ich hatte inzwischen erfahren, dass dieser Wilhelm Arp als Schulrat oder dergleichen in die Schulbehörde gekommen war. Ich ging also zu ihm und fragte, warum ich nicht rausgeschmissen worden war. Das war so ein idiotischer Tick von Solidarität. Er antwortete, ich sollte an meiner Stelle nicht so keck fragen. Eines Tages, Anfang Mai 1933, traf ich ihn in der Nähe der Wohnung meiner Frau auf der Straße mit einem Hakenkreuz am Revers. Ich fragte ihn, was denn mit ihm los wäre, und vermute, dass ich ihn richtig anschnauzte. Er war jedenfalls sehr verlegen. Können Sie mir einen Vers darauf machen, wieso der Mann mich zu sich bestellte, sich einschloss und fragte, wie wir das Dritte Reich beenden könnten? Er spielte dann während des Dritten Reiches eine große Rolle.

Frage: Er war einer der Ideologen und publizierte sehr viel, besonders in der Hamburger Lehrerzeitung nach 1933. Wir haben noch eine Frage zu Heinrich Gefert, der 1933 für kurze Zeit Schriftleiter der Hamburger Lehrerzeitung wurde. Er soll einen engen Kontakt zu Willi Schulz gehabt haben.

Lange: Er kannte ihn vielleicht aus der gemeinsamen Seminarzeit. Während meines Studiums schätzten wir den Geffert sehr. Auch Friedrich Kraus hielt viel von ihm. Weil er gute Beziehungen zu Schulz hatte, war er wohl derjenige, der den Übergang, was die HLZ anbelangte, halbwegs moderat gestalten konnte. Der eigentliche Schriftleiter war ein C. H. Müller, der im November/Dezember 1932 schwer erkrankte und kurz darauf starb. Friedrich Kraus versuchte dann, in der Zeit, in der Müller nicht da sein konnte, so schlecht und recht die Lehrerzeitung hinüber zu mogeln, was ihm natürlich nicht gelingen konnte. Geffert versuchte dann, gegen die rabiaten Nazis, die noch gegen ihn agierten, ein bisschen auszugleichen. Wir hatten jedenfalls einen relativ guten Eindruck von ihm. Ob der ein richtiger Nazi war, weiß ich nicht.

Frage: Eine Frage zu Kurt Zeidler. Wie stand die Lehrerschaft, insbesondere die „Gesellschaft der Freunde“ Ende der zwanziger Jahre zu ihm, nachdem er das aufsehenerregende Buch „Die Wiederentdeckung der Grenze“¹³ geschrieben hatte?

Lange: Ich las als junger Mensch von 17 Jahren die Besprechung dieses Buches im Hamburger Echo und hatte gleich ungute Gefühle. Zeidler war relativ früh in der Breitenfelder Straße Schulleiter geworden. Ich kannte ihn weiter gar nicht, aber er hatte eine Gabe zu reden. Er war auch im Geschäftsführenden Ausschuss des Deutschen Lehrervereins in Berlin. Und über diese Angelegenheiten referierte Zeidler dann im Vorstand der „Gesellschaft der Freunde“ – ich habe das selbst 1932 miterlebt – in einer unglaublich geschickten Weise. Er war sehr eitel und sehr ehrgeizig, was bei manchen Leuten Eindruck machte.

Frage: Unsere Einschätzung zur Position, die Zeidler in seinem Buch vertrat, ist, dass die Kritik an der Reformpädagogik in den Versuchsschulen in der chaotischen Anfangsphase der Zwanzigerjahre, die Zeit, die er ja kritisierte, durchaus die Position der großen Mehrheit der Volksschullehrer war. Kurt Zeidler wurde doch durchaus akzeptiert, wenngleich er auch nicht unumstritten war. Die „Gesellschaft der Freunde“ wählte ihn 1929 zum Proponenten, wie die damaligen Vorsitzenden hießen.

Lange: Ich würde nicht sagen, dass er allgemein akzeptiert war. Otto Möller – ein enger Freund von Gustav Kühler – und dessen Vater, der in den ersten Jahrzehnten Proponent gewesen war, erzählte mir mal von einer Arbeitsversammlung 1929, als er schon zweiter Kassierer im Vorstand der „Gesellschaft der Freunde“ war. Auf dieser Versammlung wäre Zeidler wahnsinnig unwirsch gewesen, wenn einer am Vorstandstisch gesprochen hätte. Er brüllte dann denjenigen an, er solle den Mund halten, er müsste hier die Versammlung leiten und sich darauf konzentrieren. Und dann kann ich von Zeidler noch anderes sagen. Er schrieb in seinem

Buch, der alte Vorstand hätte sich kategorisch gegen die Wiedereinführung der Selbstverwaltung geäußert. Zu meiner Zeit, also von 1933 bis 1939, war davon in dem sogenannten kleinen Vorstand, der sich heimlich traf, niemals die Rede. Wir diskutierten über alles Mögliche, Schulpolitisches, Allgemeinpolitisches, und für uns war es selbstverständlich, wenn das „Dritte Reich“ mal vorbei sein würde, wann auch immer, dass wir wieder an die große Zeit der zwanziger Jahre und die zeitlich begrenzten Amtszeiten der Schulleiter anknüpfen müssten.

Frage: Herr Lange, Sie verkürzen jetzt die Diskussion um die Selbstverwaltung auf die Wahl des Schulleiters. Gegen die Selbstverwaltung an sich hatten Zeidler und auch Landahl nach 1945 nichts einzuwenden.

Lange: Sie haben natürlich völlig recht. Man darf nicht nur die Schulleiterfrage sehen. Aber Landahl war ein ausgesprochener Autokrat. Er war ein tüchtiger Mann, das ist überhaupt keine Frage, aber am reaktionärsten innerhalb dieser ganzen Restvorstandsgruppe war Zeidler, und er war es immer gewesen. Dass er gegen die Selbstverwaltung im Hamburger Abendblatt Artikel schrieb, war ein Skandal sondergleichen.

Frage: Das war dann in den 1970er-Jahren. Sie sagen, die Selbstverwaltung wäre im Kreise der sich heimlich treffenden ehemaligen Vorstandsmitglieder der „Gesellschaft der Freunde“ nach 1933 kein umstrittenes Thema gewesen. Wir haben den Eindruck, dass Zeidler und Landahl erstens ein Misstrauen in Sonderheit gegen die Lehrerschaft nach 1945 hegten und zweitens den Fehler nicht wiederholen wollten, dass der Staat so wenig Möglichkeiten zum Eingreifen hatte, wie es in der Weimarer Republik bei den höheren Schulen gewesen war. Die konservativen Oberlehrer hatten die national-konservativen Schulleiter ja selbst gewählt und deren Antirepublikanismus innerhalb der Schule begrüßt. Das sind nun zwei Argumente, die historisch nicht vom Tisch zu weisen sind. War es deshalb nicht berechtigt, ein gewisses Misstrauen gegen diese Lehrerschaft nach 1945 zu haben?

Lange: Das ist sehr schwierig. Ich sagte ja schon, dass ich als Vorsitzender nach 1948 große Mühe hatte, diejenigen, die schulpolitisch und pädagogisch auf meiner Linie waren, mit in die Arbeit der „Gesellschaft der Freunde“ einzubinden. Ich stand ziemlich isoliert da. Und eines, glaube ich, kann man sagen: Die Lehrerschaft, die nach 1918 hier im hamburgischen Schulwesen war, vor allem die Volksschullehrerschaft, war von einer ganz anderen Natur als nach 1945.

Frage: Warum war die „Gesellschaft der Freunde“ nach 1945 eigentlich so erpicht darauf, die Schulleiter-Frage zu einem zentralen Streitpunkt zu machen?

Lange: Da stand Richard Ballerstaedt auf dem Standpunkt, den ich nie akzeptierte: Man müsse die Selbstverwaltung dahin führen, dass sich auch die ganze Schulbehörde, also auch die Schulräte, auf drei Jahre wählen ließ. Da konnte man sich noch so viel Mühe geben – Eduard Köhler und Gerd Niebank hatten das versucht – aber mit Ballerstaedt war über diese Fragen nicht zu reden.

Frage: Hatte Ballerstaedt denn noch Einfluss in der SPD nach 1945?

Lange: Ja, natürlich hatte er das. Er war einer der beiden Schuldeputierten und ein anerkannter Demokrat. Und sie dürfen eines nicht vergessen: Er war ein Intimus von dem in der SPD einflussreichen Adolph Schönfelder, der 1919 mit Ballerstaedt am aktivsten gewesen war. Ich weiß nicht, ob Sie die Rede kennen, die Landahl 1960 bei Max Traegers Beerdigung hielt. Da teilte Landahl mit, dass er zusammen mit Max Traeger und Adolph Schönfelder während des ganzen „Dritten Reiches“ Kontakt gehabt hatte. Da kapierte ich erst, wie sehr Landahl den Schönfelder für sich eingespannt hatte, um Schulsenator zu werden.

Frage: Sie meinen, Schönfelder hätte Landahl¹⁴ in das Amt gebracht?

Lange: Ich nahm das an, denn Sie müssen eines bedenken: Rudolf Petersen, der erste Bürgermeister nach 1945, hatte als Kaufmann keine Ahnung von Verwaltung. Irgendjemand sagte ihm dann, er sollte Adolph Schönfelder rufen, der ausgebombt war und irgendwo weit draußen in Ochsenzoll oder Norderstedt wohnte. Und Schönfelder tat schließlich auch das Wesentliche, um die Verwaltung wieder einigermaßen in Ordnung zu bringen. Nachdem ich diese Rede von Landahl gehört hatte, war es für mich einigermaßen klar, das Schönfelder und Landahl eng zusammen wirkten. Ich hatte dafür Verständnis, denn andere Leute waren ja auch nicht da.

Frage: Interessanterweise hatte Landahl schon vor 1945 durchaus Verbindungen zu Sozialdemokraten gehabt. So etwa zu Carl Götze, der schon pensioniert war. Es gab also durchaus Kontakte zum sozialdemokratischen Umfeld vor 1945.

Lange: Es war allgemein auch eine schwierige Zeit. Am 3. Oktober 1945 fand die erste Sitzung der „Gesellschaft der Freunde“ statt. Was hatten wir für Hungerjahre. Wir gaben Nachhilfestunden für eine Mark oder 1,25 Mark. Meine Frau und ich mussten das tun. Es blieb uns nichts anderes übrig, so dass ich darauf verzichtete, das Oberlehrerexamen nachzumachen.

Frage: Hatten Sie ein besonderes Verhältnis zu Gerd Niebank?

Lange: Ja, weil ich zu den wenigen des alten Vorstandes von vor 1933 gehört hatte, die alle 14 Tage während des „Dritten Reiches“ zusammenkamen. Und zu

diesem Kreis gehörte auch Niebank. Das war also ein sehr freundschaftliches Verhältnis. Meine Frau hat jetzt noch viele Briefe gefunden, die er während des „Dritten Reiches“ und vor allem während des Krieges an sie geschrieben hat. Niebank war so wie ein Vater zu uns und hatte mich gleich Ende 1945 beredet, im Vorstand mitzumachen. Ich sollte so schnell wie möglich Max Traeger ablösen, der zwar ein geschätzter, aber auch ein sehr eigenwilliger Mann war. Alle schätzten seine organisatorischen Fähigkeiten sehr hoch. Nach 1945 hatten wir ja alle Anlass genug, sein Geschick zu bewundern, als er dafür sorgte, dass die hamburgischen Schulen jeden Tag eine warme Suppe bekamen. Selbstverständlich hatten die Beziehungen zu den Engländern eine große Rolle gespielt, als er unter anderem LKWs, Reifen und Sprit besorgte. Aber eines hatten Leute wie Ballerstaedt an ihm auszusetzen. Er war eng befreundet mit Landahl, der ja vor 1933 auch Mitglied der Demokratischen Partei war, 1946 aber in die SPD eintrat. Traeger und Landahl hielten sehr zusammen, und wir glaubten alle, dass Traeger sich deshalb nicht für die Selbstverwaltung einsetzte. Offiziell tat er es zwar mit ein paar Petitionen, aber nicht energisch genug.

Frage: Waren Landahl und Traeger vom Charakter her ähnlich?

Lange: Das weiß ich nicht. Traeger ging es körperlich nicht gut. Er war eine spröde Natur. Man konnte nicht leicht mit ihm ins Gespräch kommen, im Grunde seines Wesens war er wohl ein bisschen misstrauisch. Eigentlich passten die beiden Leute nicht zueinander. Aber sie waren in der gleichen Partei und bis 1933 zusammen in der Bürgerschaft gewesen.

Frage: Hatte Traeger Freunde, wie stand er zu Köhne und Niebank?

Lange: Nein, ich würde nicht sagen, dass Traeger mit Köhne und Niebank befreundet gewesen war, auch nicht mit Rudolf Ross. Der war immerhin einmal Bürgermeister von Hamburg gewesen und hatte um 1900 bei Erziehungsfragen eine große Rolle gespielt. Fritz Köhne hielt 1951, als Rudolf Ross beerdigt wurde, eine große Rede auf ihn. Ein früherer Volksschullehrer hielt also auf einen anderen Volksschullehrer, der Bürgermeister geworden und eine außergewöhnliche Persönlichkeit war, die Totenrede.

Frage: War es für sie kompliziert mit Max Traeger zusammen zu arbeiten, als Sie Vorsitzender in Hamburg waren?

Lange: Ja. Traeger hielt mich immer ein bisschen auf Distanz. Er hatte gar keinen Anlass dazu. Ich wollte ihn niemals, weder offiziell noch inoffiziell, beerben. Ich war froh, wenn ich meinen Kram im Curio-Haus, in der „Gesellschaft der Freunde“ und in der Schule machen konnte. Mit Traeger war ich schon zusammengekom-

men, als er Bundesvorsitzender der GEW geworden war, aber im Bundesvorstand taten wir einander nichts. Es war jedoch niemals so ein herzliches Verhältnis wie mit Niebank oder Ballerstaedt. Bis eines Tages Traeger mich anrief und mich zum Parlamentarischen Rat nach Bonn schicken wollte. Sie wissen ja, das war 1948 bis 1949 die verfassungsgebende Versammlung für die Bundesrepublik. Im März/April 1949, als ich losfuhr, war ich schon Vorsitzender der „Gesellschaft der Freunde“ war. „Wenn Sie können, fahren Sie morgen noch los. Sie müssen sehen, dass Sie mit den Leuten vom Hauptausschuss zurecht kommen.“ Mehr konnte er mir im Grunde gar nicht sagen. Aber das war so überraschend. Ich fuhr also hin, und der erste, dem ich dort in der Pädagogischen Akademie über den Weg lief, war Adolph Schönfelder, dem Vizepräsidenten. Er hätte eigentlich Präsident sein müssen, weil er ein paar Monate älter als Adenauer war, der aber Präsident wurde, während Schönfelder das Amt des Vizepräsidenten innehatte. Ich sagte ihm, Traeger hätte mich gebeten, zu kommen. Da glänzte er über das ganze Gesicht und sagte, ich sollte Verbindungen knüpfen. Es käme im Wesentlichen darauf an, den Redaktionsausschuss des Hauptausschusses irgendwie auf unsere Linie festzulegen. In dem saßen von Brentano von der CDU, Dehler von der FDP und Zinn von der SPD, der spätere Ministerpräsident von Hessen. Ich ging also erst einmal zu Dehler, den ich schon während des „Dritten Reiches“ kennengelernt hatte, als wir kleine Widerstandsgruppen gebildet hatten, wozu auch Dehler gehört hatte. Als ich bei Dehler ankam, sagte er sofort: „Stellen Sie sich vor, Landahl ist in die SPD eingetreten.“

Frage: Sie waren doch auch in der SPD!

Lange: Dehler aber nicht. Dehler nahm an, ich wäre ein vernünftiger Mann und müsste bei den Demokraten sein. Dehler war damals noch nicht Bundesvorsitzender. Auf jeden Fall zog er wahnsinnig über Landahl her. Man muss sich natürlich vergegenwärtigen, dass Landahl zusammen mit Heuss, Maier und Lemmer 1933 für das Ermächtigungsgesetz im Reichstag gestimmt hatten. Landahl und Dehler waren also aufeinander gar nicht gut zu sprechen. Ich sagte ihm schließlich, dass auch ich seit dem Abitur in der SPD wäre. Der konnte das gar nicht fassen. Und dennoch sagte er: „Wenn Sie irgendein Anliegen haben, kommen Sie zu mir. Wir haben fast jeden Tag Sitzung im Redaktionsausschuss.“ Dieser Ausschuss bereitete die verschiedenen Angelegenheiten für den Hauptausschuss vor. Und dasselbe erreichte ich auch bei Zinn. Zum Brentano ging ich nicht, weil ich wusste, wie der schulpolitisch von seiner Religion her stand. Ich muss aber ehrlich sagen, sowohl Zinn als auch Dehler gingen auf meine Vorschläge großartig ein. Ich war vielleicht acht oder zehn Tage dort. Zwischendurch rief Traeger mich an, ich möchte mal berichten, was ich dann auch schließlich tat. Ich musste noch ein zweites Mal auf

ein paar Tage nach Bonn, und als ich dann zurück kam und Traeger berichtete, rief er bei Landahl an und erzählte ihm, was ich mitgeteilt hatte. Ich fand manches ein bisschen merkwürdig, weil Landahl dafür sorgte, dass die Länder in Kulturangelegenheiten selbstständig sein würden, wodurch er sozusagen eine konservative Linie befürwortete. Aber von dem Moment ab war ich für Traeger so eine Art Lieblingssohn. Ich erzähle das nicht, um mich selbst hochzustilisieren, sondern um zu sagen, wie Traeger doch in vielen Dingen nachdenklich geworden war. Nachdem ich die Rede von Landahl bei Traegers Tod gehört hatte, auch über seine Beziehungen zu Schönfelder, wusste ich erst, wie gut die zusammengearbeitet hatten. Wenn ich das vorher gewusst hätte, noch zu meiner Hamburger Zeit, hätte ich Schönfelder noch viel stärker bearbeitet und ihn dazu aufgefordert, die Selbstverwaltung wieder einzuführen.

Frage: Wir möchten noch einmal zu den Treffen des alten Vorstandes der „Gesellschaft der Freunde“ in der Nazizeit zurückkommen. Wer nahm daran teil, und wie liefen diese Treffen ab? Hatten sie einen regelmäßigen Termin, zum Beispiel in Cafés?

Lange: Wir hatten mit einigen Leuten abgemacht, dass, wenn wir einen Termin festlegen wollten, immer eine offene Postkarte geschrieben werden sollte. Auf der musste das Datum stehen, was bedeutete, dass wir uns acht Tage nach diesem Datum treffen würden. Auch richteten wir einen sogenannten Skatclub ein: Alle 14 Tage freitags abends, mal hier, mal da. Wir wechselten regelmäßig den Ort. Wir gingen höchstens nach einem Jahr oder zwei Jahren mal wieder in dasselbe Lokal.

Frage: Trafen sie sich auch außerhalb Hamburgs?

Lange: Nein, nur in Hamburg selbst. Zum Beispiel in einem Lokal beim Hauptbahnhof, Große Allee. Da saßen wir dann zusammen, mit Zeidler, mit Niebank, aber wie gesagt, zu meiner Zeit immer ohne Traeger und niemals mit Landahl. Er gehörte nicht zu dem Kreis, er war ja auch nicht im Vorstand gewesen. Er gehörte nicht einmal zur „Gesellschaft der Freunde“, in die er nie eingetreten war, auch nach 1945 nicht. Nur sein Vater war Mitglied gewesen.

Frage: Allerdings war Landahl Oberlehrer gewesen, aber dennoch waren von den Studienräten der Lichtwarkschule etliche in der „Gesellschaft der Freunde“. Landahl war allerdings auch nicht in den konservativen Philologenverein eingetreten.

Lange: Das weiß ich nicht. Wir kamen jedenfalls in unserem Vorstandskreis zusammen, tranken Bier oder eine Tasse Kaffee und führten während der ganzen Zeit nur politische Diskussionen. Und wenn der Ober in Sicht war, lachten wir schal-

lend über irgendeinen Witz. Aber so wie er wieder verschwunden war, setzten wir unsere Gespräche fort.

Frage: Gab es auch schon Überlegungen für die Zeit nach dem „Dritten Reich“, zum Beispiel Schulpläne, wie man etwas gestalten könnte?

Lange: Das kann ich Ihnen im einzelnen nicht sagen. Wir unterhielten uns nicht systematisch. Der eine sagte dies, der andere das. Heini Hardt und ich berichteten zum Beispiel vom Schulschutz, der 1933 eingeführt war und von einem widerlichen Kerl und SS-Sturmführer, Ewald Schumacher, geleitet wurde. Wir mussten uns alle so eine Art Stahlhelm anschaffen – ohne Hakenkreuz – und wurden von der Schulbehörde dorthin befohlen. Und wenn wir fehlten, mussten wir eine Entschuldigung nachreichen. Während die SS-Leute für uns Uniform und Stiefel ausgeben mussten, hatten wir wiederum diesem SS-Sturmführer einen ganz teuren, großen Mantel und eine Uniform zu stiften. Das war ein Studienrat und ein großer Nazi. Ich habe von dem nie wieder etwas gehört. Ich weiß nicht, ob Sie Franz von Hacht kennen. Er war auch einmal an meiner Schule, war Maler und mal ein halbes Jahr mit vollem Gehalt nach Portugal an eine Kunstakademie beurlaubt. Auf jeden Fall brüllte dieser SS-Sturmführer Schumacher den Franz von Hacht an: „Stehen Sie stramm, Sie dummer Sack, stellen Sie sich ordentlich hin.“ Und darauf flüsterte Franz von Hacht, so dass der ganze Laden es hören konnte: „Sturmführer, Du sagst Sack zu mir. Ich bin keiner. Merk dir das, und ich werde auch nie einer werden.“ Solche Sachen ereigneten sich durchaus, aber es war auch eine Quälerei, uns über Wasser halten zu können.

Frage: Kommen wir zur Entnazifizierung. Sie haben vorhin das Beispiel Deuchler genannt. Wie war das mit anderen, die auch 1945 versuchten, wieder in den Schuldienst zu kommen? Sprach irgendjemand bei der „Gesellschaft der Freunde“ oder bei Traeger vor? Wie war überhaupt das Verhältnis der „Gesellschaft der Freunde“ zu dem Entnazifizierungs-Prozess? Zeidler war einer der prominentesten Männer im Entnazifizierungsverfahren. Ebenso Friedrich Wilhelm Licht. Kurt Zeidler vertrat eine sehr harte Linie. Er stemmte sich dagegen, dass zumindest Exponenten wie Albert Mansfeld wieder in die Schule kommen sollten. Dabei befand er sich beispielsweise im Gegensatz zu Fritz Köhne. Wir haben die Dokumente gelesen, in denen Köhne in seiner Menschlichkeit und Güte bescheinigte: „Der Mansfeld war zwar ein Nazi, aber auch ein anständiger Charakter.“

Lange: Das könnte Köhne durchaus gesagt haben. Niebank war ja ein intimer Freund von Köhne und traf ihn zumindest jede Woche einmal. Er musste Köhne, der unter tiefen Depressionen litt, immer wieder aufrichten und beschwor ihn, nicht aufzugeben. Und Köhne konnte ja auch vieles bewirken.

Frage: Während der Nazizeit?

Lange: Köhne hatte einen ganz eindeutigen Standpunkt, und als 1937 alle aufgefordert wurden, in die NSDAP einzutreten sprach er mit Niebank und wollte aus der Schulbehörde ausscheiden. Da sagte Niebank: „Das darfst du nicht. Du bist der einzige, der noch helfen kann.“

Frage: Aber zu Fritz Köhne gab es von der sich heimlich treffenden ehemaligen Vorstands-Gruppe der „Gesellschaft der Freunde“ keine Kontakte, das war wohl zu riskant?

Lange: Ich sah Köhne vor 1933 wiederholt in der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer“, aber sprach ihn nie persönlich. Als ich aus der Gefangenschaft zurückkam, bat mich jemand, sofort zu Köhne zu gehen. Und da unterhielt ich mich mit Köhne vielleicht zwei Stunden lang und erzählte ihm einiges. Ich weiß gar nicht, ob sie von dem persönlichen, familiären Leid von Köhne wissen, unter dem er sehr zu leiden hatte. Köhne erging es jedenfalls persönlich ganz, ganz schlecht.

Frage: Niebank und Köhne kamen beide aus dem gleichen Dorf, aus Lesum bei Bremen.

Lange: Niebank liebte und verehrte Köhne. Er unterrichtete uns eigentlich am laufenden Band über Köhne und seine Arbeit in der NS-Schulverwaltung.

Frage: Wie war nach 1945 Ihre Stellung als einer der Repräsentanten der „Gesellschaft der Freunde“ zur Entnazifizierung? Man konnte doch unterschiedlicher Meinung sein, ob zum Beispiel Mitläufer wieder eingestellt werden sollten oder nicht.

Lange: Ich war damit eigentlich überhaupt nicht befasst.

Frage: War man darüber nicht schockiert, dass wieder Leute im Schuldienst waren, die das NS-System vehement gestützt hatten, oder wurden die Lehrer gebraucht, weil offensichtlich auch ein großer Mangel herrschte?

Lange: Das war einfach so. Es herrschte ein großer Mangel an Lehrkräften nach dem Krieg. Und die Entnazifizierungsverfahren machten vor allem Kurt Zeidler und Friedrich Wilhelm Licht.

Frage: Herr Lange, Sie wurden 1945 Schulleiter. Wer setzte Sie ein?

Lange: 1945 bekam ich einen Brief von Gustav Schmidt, der mich fragte, ob ich damit einverstanden wäre, an die Schule Voßberg versetzt zu werden. Zeidler ließ mich dann sofort kommen und bot mir zwei Schulen an. Die Schule Bahrenfelder Straße in Bahrenfeld und die Schule Schumannstraße. Ich könnte wählen, aber

er empfahl mir die Schule in Flottbek. Es wäre eine großartige Schule und ich würde dort auch eine Wohnung bekommen. Er wusste, dass meine Eltern ausgebombt waren und meine Frau deswegen auf dem Lande blieb. Ich fragte, ob die Wohnung denn auch frei wäre. Nein, sagte Zeidler, da wohnt ein älterer Kollege, der schon pensioniert wäre, aber sich bereit erklärt hatte, weil keine Lehrer da waren, noch ein paar Jahre zu arbeiten. Zeidler meinte, dass er 1933 viel Ärger mit ihm gehabt hätte. Es war der letzte Vorsitzende vom schleswig-holsteinischen Lehrerverband, Wilhelm Fest, gewesen, der dafür verantwortlich war, dass ich später zur Debeka ging. Max Traeger hatte ihn so im Mai oder Juni 1945 eingesetzt. Die Debeka wurde bis dahin von Kurt Holm geleitet, der uns so übel mitgespielt hatte. Traeger setzte sich dann dafür ein, dass Holm weg kam und Wilhelm Fest dafür benannt wurde.

Frage: Sie wurden als Schulleiter eingesetzt und waren im Prinzip dann der britischen Aufsichtsbehörde gegenüber verpflichtet, deren Anordnungen durchzuführen. Gab es eine engmaschige Kontrolle durch die Briten?

Lange: Da kam zunächst einmal die Schulinspektorin der britischen Militärregierung, Miss Ellis, die für ganz Hamburg zuständig war. Ich fuhr mit ihr in ihrem Auto, einem Volkswagen, ein paar Tage lang durch sämtliche Schulen.

Frage: Wie oft kam Miss Ellis zu Ihnen?

Lange: Sie war gleich drei Tage bei mir gewesen und hatte sich gefreut, dass sie viel über die Lehrerschaft erfahren konnte. Mit Kollegen wurde aber über diese Dinge nicht weiter gesprochen. Ich hatte 32 Klassen mit 1300 Schülern und war alles in einer Person: Schulleiter, Hausmeister, Klosettreiniger und was weiß ich noch alles. Wir hatten nur vier Klassenräume und mussten in vier Schichten arbeiten.

Frage: Es war demnach wenig Zeit, um über Pädagogik zu sprechen? Die täglichen Sorgen des Schulbetriebes deckten zunächst einmal alles zu?

Lange: Mindestens bis 1948/49.

Frage: Nach 1945 wurde die ASL, die „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Lehrer“, wieder aufgebaut. Waren Sie dort tätig?

Lange: Ich war sogar eine Zeit lang im Vorstand. Aber vor allem spielten hier Heinrich Hardt und ein Oberschulrat für das Berufsschulwesen, Johannes Schult, eine wesentliche Rolle.

Frage: Die ASL setzte sich ja stark für die Einheitsschule und auch für die Selbstverwaltung ein. Traten Landahl oder Zeidler dort auch einmal auf?

Lange: Erst relativ spät. Zeidler nie, da er die Einheitsschule von vornherein für suspekt hielt. Landahl Ende der vierziger Jahre.

Frage: Aber in der Endphase der Beratung des neuen Schulverfassungsgesetzes ...

Lange: ... veranstalteten wir Treffen von der ASL aus, zu denen wir auch andere einluden und wo wir relativ deutlich unseren Standpunkt darlegten. Aber verglichen mit dieser wirklich gewerkschaftlich bewussten Haltung traten wir damals in der ASL doch eher gemäßigt auf.

Frage: Fühlten Sie sich denn von der sozialdemokratisch geführten Schulbehörde unterstützt?

Lange: Nein, ich hatte am laufenden Band Ärger. Praktisch machte Landahl bei jeder Situation Gebrauch von seinem sogenannten Recht als Senator. Mit dem konnte man kaum reden. Traeger hatte mir empfohlen, als ich Vorsitzender geworden war, nachdem ich sozusagen den Treueschwur auf die Fachschaften geleistet hatte, konzilient aufzutreten.

Frage: In dieser Zeit fand auch die Wahl eines Betriebsrates statt?

Lange: Ja, wir wählten dann in geheimer Wahl einen Lehrerbetriebsrat. Wie wir das organisatorisch durchführten, weiß ich gar nicht mehr. Es lief aber fantastisch. Und ich glaube, ich hatte als Kandidat 7500 Stimmen. Auch die Oberlehrer und die Berufsschullehrer waren alle beteiligt, aber wie groß deren Beteiligung war, kann ich nicht sagen. Und da kam dann Landahl auf einmal in voller Freundlichkeit auf mich zu und sagte, dass ich von jeder Schulparte zwei Kollegen bestimmen könnte, die an den wöchentlichen Schulrätekonferenzen teilnehmen durften. So waren wir jeden Freitagmorgen auf diesen Konferenzen der Schulbehörde vertreten.

Frage: Und Landahl war Vorsitzender?

Lange: Er war als Senator Vorsitzender und teilte immer mit, was zum Beispiel in der Kultusministerkonferenz besprochen worden war. Wir stellten auch laufend Fragen, einmal drehte es sich um die Schulmusikpflege, wo ich auch einen großen Zusammenstoß mit Landahl hatte. In der Sitzung vertrat ich einen anderen Standpunkt, und da brüllte er mich derart an, dass ich ebenfalls zurück brüllte. Nachher kamen einige prominente Leute, zum Beispiel Oberschulrat Schult, zu mir und meinten, wie ich Landahl angeschrien hätte, wäre nicht üblich. Aber ich sagte, für mich wäre es auch nicht üblich, dass mich ein Senator so anbrülle.

Nachtrag:

30 Jahre nach diesem Gespräch haben wir die Möglichkeit genutzt, in die Personalakte des Lehrers Hermann Lange Einsicht zu nehmen. Darin fand sich auch der Ernennungsvorschlag, Hermann Lange endgültig zum Schulleiter an der Volksschule Schumannstraße zu bestellen. Dafür hatte der von Hermann Lange im Gespräch durchaus skeptisch beschriebene Kurt Zeidler als zuständiger Schulrat einen sehr positiven Bericht über ihn geschrieben. Darin hieß es unter anderem: „Schon im Januar 1932 wurde L. als ganz junger Lehrer in den Vorstand der ‚Gesellschaft der Freunde‘ gewählt. Bis zu seiner Einziehung im Jahre 1939 beteiligte er sich regelmäßig an den geheimen Zusammenkünften des alten Vorstandes der Gesellschaft. – Bis zum Jahre 1933 gehörte er der SPD und dem Reichsbanner an, seit 1934 war er Mitglied einer Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus, die mit den durch die Ereignisse vom 20. Juli 1944 bekannt gewordenen Politikern Goerdeler, Kierendorff und Haubach in Verbindung standen. Er hat sich auf diese Art mit seiner Aktivität in nicht geringe Gefahr gebracht; sein Beitritt zur NSDAP im Jahre 1937 ist lediglich als Schutz- und Tarnungsmanöver zu werten.“¹⁵

Es ist unzweifelhaft und auch aus anderen Fällen bekannt, dass gefährdete Kolleginnen und Kollegen aus „Schutz- und Tarnungsgründen“ 1937 in die NSDAP eingetreten waren. Hätten wir dies zum Zeitpunkt des Gespräches gewusst, hätten wir gerne mit Hermann Lange darüber gesprochen.

Anmerkungen

- 1 Zu Rudolf Bock siehe auch: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 414.
- 2 Hildegard Milberg: Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft. Die politischen und sozialen Aspekte der Schulreform in Hamburg 1890–1935, Hamburg 1970.
- 3 Siehe auch die Biografie Wolfgang Meyer in diesem Band.
- 4 Siehe die Biografie Gustaf Deuchler, in: de Lorent 2016, S. 142 ff.
- 5 Albert Herzer war nach der Wiedenzulassung der „Gesellschaft der Freunde“ langjährig HLZ-Schriftleiter.
- 6 Siehe auch die Biografie Willi Schulz, in: de Lorent 2016, S. 99 ff.
- 7 Siehe auch die Biografie Kurt Holm, in: de Lorent 2016, S. 701 ff.
- 8 Siehe auch die Biografie Hinrich von der Lieth, in: de Lorent 2016, S. 717 ff.
- 9 Kurt Zeidler: Pädagogischer Reisebericht durch acht Jahrzehnte, Hamburg 1975.
- 10 Siehe die Biografie Albert Mansfeld, in: de Lorent 2016, S. 118 ff.
- 11 Siehe die Biografie Erwin Zindler, in: de Lorent 2016, S. 538 ff.
- 12 Siehe die Biografie Wilhelm Arp in diesem Buch.
- 13 Kurt Zeidler: Die Wiederentdeckung der Grenze, Jena 1926.
- 14 Siehe zu Heinrich Landahl auch: Rainer Nicolaysen: Das „Ja“ eines späteren Sozialdemokraten. Über Heinrich Landahl (1895–1971) und seine Zustimmung zum „Ermächtigungsgesetz“ am 23. März 1933, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd. 98, Hamburg 2012, S. 151.
- 15 Bericht von Kurt Zeidler über Hermann Lange vom 25.10.1946, in: StA HH, 361-3_A 0842

Täterprofile Band 1 – Resonanz

Buchvorstellung

Am 22.3.1916 wurde der erste Band der „Täterprofile“ in der Aula der Ida-Ehre-Stadtteilschule vorgestellt.

Die Begrüßung erfolgte durch **Dr. Rita Bake**, stellvertretende Leiterin der Hamburger Landeszentrale für politische Bildung und auch für die Betreuung dieses Projektes zuständig. Sie sagte:

„Seit zehn Jahren beschäftigt sich die Landeszentrale für politische Bildung gemeinsam mit dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden mit den Lebensgeschichten der NS-Opfer, für die in Hamburg Stolpersteine verlegt sind und gibt dazu die entsprechenden Publikationen heraus – bisher sind 16 Bände erschienen. Gleichzeitig ist es ebenso notwendig und wichtig, den Blick auch auf diejenigen zu lenken, die auf unterschiedlichste Weise an den NS-Gewaltverbrechen in Hamburg Anteil hatten, die das NS-System stützten und mitmachten. Denn ohne dieses Mitmachen, ohne diese Bereitwilligkeit, moralische und soziale Normen des NS-Staates zu übernehmen, und dabei eine ‚Ausgrenzungsgesellschaft‘ zu schaffen, um als ‚Mehrheitsgesellschaft‘, u. a. NS-Rassentheorien praktisch umzusetzen, hätte es keine Opfer gegeben.

Die Herausgabe von Dr. Hans-Peter de Lorents Buch war der Landeszentrale für politische Bildung deshalb wichtig und sie erscheint gerade zum rechten Zeitpunkt. Denn vor vier Wochen gingen wir mit unserer Datenbank ‚Die Dabeigewesenen‘ online. Hier werden Kurzprofile von Hamburger NS-Tätern, Profiteuren, Karrieristen, Mitläufern und Denunzianten vorgestellt und topographisch mit ihren Wohnadressen bzw. den Adressen ihrer Wirkungsstätten verortet. Hans-Peter de Lorents Täterprofile, die er in seinem gut 800 Seiten umfassenden Werk vorstellt, sind auch hierfür eine wichtige Quelle, denn Hans-Peter de Lorents Buch ist ein wichtiges Zeugnis über das Hamburger Bildungswesen im Nationalsozialismus und macht eindrücklich und erschreckend deutlich, wie z. B. die Anpassung ans nationalsozialistische System funktionierte, wie überzeugt viele Lehrer von diesem System waren, wie stark Karrieredenken zur treibenden Kraft wurde, um Andersdenkende und Menschen anderer Herkunft auszugrenzen und zu verfolgen.

Neben dem Autor
Dr. Hans-Peter de Lorent
sprachen Dr. Rita Bake
(Landeszentrale für poli-
tische Bildung Hamburg),
Christa Goetsch (frühere
Schulsenatorin 2008–
2010) und Thorsten
Altenburg-Hack (Landes-
schulrat)



Das Wissen und die Erkenntnis darüber, dass und wie eine Gesellschaft so agieren und funktionieren konnte, ist angesichts heutiger gesellschaftspolitischer Entwicklungen von aktueller Bedeutung. So antwortete z. B. der Antisemitismusforscher Professor Dr. Wolfgang Benz in einem Interview mit der Wochenzeitschrift ‚Die Zeit‘ zum Thema Fremdenfeindlichkeit auf die Frage, ob aus der Geschichte zu lernen sei: ‚Wir könnten schon. Wir könnten zum Beispiel lernen, dass der Fremde nicht schuld ist an dem Hass, der ihm widerfährt. Es scheint tatsächlich schwierig zu vermitteln zu sein, dass das Opfer nicht dafür verantwortlich ist, dass es totgeschlagen oder misshandelt wird. Juden werden nicht verfolgt, weil an ihnen etwas ist, was sie zu Opfern macht, sondern weil die Mehrheitsgesellschaft Opfer braucht, und zwar zur eigenen Identitätsstiftung. Zuwanderer, Fremde, Andersgläubige werden ausgegrenzt. Das stärkt das Selbstgefühl der Mehrheit.‘

Ergänzend hierzu möchte ich noch hinzufügen, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich mit NS-Tätern beschäftigen, oft zu hören bekommen: ‚Lasst doch die Geschichte ruhen, denn niemand von uns Heutigen kann sicher sein, dass er oder sie, damals auf der richtigen Seite gestanden oder wie er oder sie gehandelt hätten.‘ Für die historische Forschung sind solche Einwände irrelevant. Denn für die historische Erforschung von Täterprofilen ist ausschließlich die Frage wichtig, ob sich aus der Vergangenheit Bedingungen für die Gegenwart oder zukünftiger Positionen und Entwicklungen erkennen lassen.“

Anschließend sprach die ehemalige Hamburger Schulsenatorin, **Christa Goetsch**:

„Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit, den Ihr um Euer Herz gelegt! Entscheidet Euch, eh es zu spät ist!

... Nachher wird ein schreckliches, aber gerechtes Gericht kommen über die, so sich feig' und unentschlossen verborgen hielten.

Unterstützt die Widerstandsbewegung, verbreitet die Flugblätter!‘

Das Zitat stammt aus dem bewegenden 5. Flugblatt der Weißen Rose, der Widerstandsbewegung, die aufforderte, sich vom ‚nationalsozialistischen Untermenschentum zu trennen‘ und hoffte, ‚dass der bessere Teil des Volkes‘ zur Mehrheit würde.

Weder das gerechte Gericht kam (denken wir an die gescheiterte Entnazifizierung), noch der Mantel der Gleichgültigkeit und des Opportunismus konnte zerrissen werden, so auch nicht im nationalsozialistisch regierten Hamburger Schulwesen.

Wir stehen heute vor einem gewaltigen Gesamtwerk, das nach jahrelanger Forschungsarbeit, unermüdlicher und gründlicher Recherche von Hans-Peter de Lorent erarbeitet worden ist.

Wir erhalten neben den biografischen Texten über Täter, Naziaktivisten, Charakterlosen, Spitzel und Denunzianten, in den Hamburger Schulen und in der Schulbehörde, vor allem aber auch einen Einblick in das Funktionieren des nationalsozialistisch regierten Hamburger Schulwesens.

Wir stellten und stellen uns doch immer noch die Fragen:

1) Wie konnte dieses System funktionieren?

Wie gelang diese irrsinnig schnelle, ja fast reibungslose Gleichschaltung in den Schulen und in der Behörde und auch in der Vorgängerin der GEW, der Gesellschaft der Freunde?

2) Warum gelang die Entnazifizierung nicht, warum wurden Persilscheine fast wie am Fließband ausgestellt, warum diese Verdrängung, warum gab es danach keine oder kaum Schuldeingeständnisse? Warum konnte erst so spät das ‚Komplott des Schweigens‘ gebrochen werden?

3) Und warum ist es so aktuell, so wichtig auch heute noch, nach über 70 Jahren, immer wieder zu erinnern, nicht nachzulassen wider das Vergessen?!

1) Wie konnte dieses System funktionieren? Wie gelang die Gleichschaltung? Einige wenige Beispiele, die mich im Buch so beeindruckt haben:

Erstens: Die Nazis in Hamburg kamen nicht aus dem Nichts: Das wurde schon politisch bei den Bürgerschaftswahlen 1931 sichtbar (für mich als ehemalige Abgeordnete besonders interessant): Gab es 1928 nur 3 Sitze für die NSDAP, waren es 1931 schon 43 Sitze. Die SPD sackt von 60 Sitzen auf 46 ab, wie auch die anderen bürgerlichen Parteien.

2) In der Schulbehörde werden umgehend 1933 die Leitungsfunktionen durch Naziaktivisten, durch nationalsozialistische Funktionäre, besetzt.

3) Interessant aber sind besonders die „personellen Säuberungen“ in der Lehrerschaft! Wie funktionierte das:

- Versetzungen von „verdächtigen“ Lehrern an Schulen, die sich durch reformpädagogische und demokratische Initiativen auszeichneten!
- Der Senator Witt setzt am 21.8.1933 315 neue Schulleiter an Höheren Schulen, Volks- und Berufsschulen ein! Bis 1935 waren 55 % der Schulleiter ersetzt!
- Auf Grund eines neuen Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933 wurden 637 Lehrer ‚entfernt,‘:
 - durch vorzeitige Pensionierung mit 58 und 52 Jahren: das bedeutete die Ausschaltung der gesamten älteren Generation, die demokratisch oder sozialistisch eingestellt war!
 - Dazu wurde den Doppelverdienerinnen, verheirateten Lehrerinnen, gekündigt und diese durch junge, männliche (meist nach 1900) Geborene ersetzt.

Ich möchte am Täterprofil Dr. Heinrich Haselmayer zeigen, wie auch in anderen Bildungseinrichtungen hier in der VHS die Gleichschaltung funktionierte: Ich zitiere im folgenden eine Passage aus Delos Buch:

„Man muss den Gründungsaufwurf des Kampfbundes von 1928 kennen, um den umfassenden Volksbildungsansatz von Heinrich Haselmayer nachvollziehen zu können.

So hieß es in dem im Mai 1928 veröffentlichten Aufruf des Kampfbundes, der eine deutlich antisemitische und rassistische Stoßrichtung hatte, man stehe vor einem ‚von volksfeindlichen Kräften geförderten politischen Niedergang‘, der einen ‚planmäßigen Kampf gegen sämtliche deutschen Kulturwerte‘ beinhalten würde.

Und weiter: ‚Rassenfremdes Literatentum‘ habe sich ‚mit den Abfällen der Großstädte‘ verbündet. Es gelte nun gegen die ‚Verbastardisierung und Vernege- rung unseres Daseins‘ willensstarke und opferbereite deutsche Männer und Frauen an sich zu binden, um ‚artbewußte‘ Zeitungen und Zeitschriften, bisher ‚unterdrückte‘ Gelehrte und Künstler zu fördern, Ausstellungen zu veranstalten und auf Theaterspielpläne Einfluss zu nehmen.

Und so startete Haselmayer in seinem neuen Amt als Leiter der VHS.

Haselmayer stellte die VHS um, bildete dreizehn Abteilungen und richtete regionale Zweigstellen ein. Die erste und wichtigste Abteilung, ‚Rasse‘, wollte er selbst leiten. Für andere Abteilungen waren von ihm offenbar aus der NSDAP vertraute Personen vorgesehen.

Eng arbeitete Haselmayer auch mit dem Oberschulrat für das Höhere Schulwesen zusammen, Walter Behne, NSDAP-Mitglied seit 1931. Behne referierte auf der Eröffnungsfeier des Sommersemesters 1933 in der Hamburger Kunsthalle über

‚Fichtes Reden an die Deutsche Nation‘. Regelmäßig waren die Repräsentanten des NS-Senats anwesend, Senator Karl Witt, Bürgermeister Carl Vincent Krogmann. Die Teilnehmerzahlen stiegen und das ‚Hamburger Tageblatt‘ zitierte Haselmayer, der die VHS als ‚die umfassendste und größte Volkshochschule‘ feierte.

Als Vorsitzender des Kampfbundes für deutsche Kultur trat Haselmayer am 13.6.1933 in einer entscheidenden Vorstandssitzung der Patriotischen Gesellschaft auf. Haselmayers Ziel war, wie ausgeführt, die Gleichschaltung sämtlicher Organisationen im kulturellen Bereich. Er hielt bei der Patriotischen Gesellschaft in dieser Sitzung eine Grundsatzrede. Das Protokoll der Sitzung verzeichnete ‚Einstimmigkeit, dass die Programmgestaltung für den nächsten Winter in engster Zusammenarbeit mit dem Kampfbund nach den von Herrn Haselmayer vorgetragenen Richtlinien erfolgen soll‘. Mit dem Schulleiter des Johanneums, Werner Puttfarken, wurde auch Haselmayer stellvertretender Vorsitzender der Patriotischen Gesellschaft, um über die Gleichschaltung zu wachen.

Ich komme nun zur gescheiterten Entnazifizierung:

Hildegard Hamm-Brücher beschreibt sie als ‚Exempel zugunsten der Täter‘ und weiter ‚so habe ich die 50er Jahre mit zornig wachsender Enttäuschung erlebt ... Von der Vergangenheit wollte man nichts mehr wissen. Schlussstriche überall. Die Schlussstrichapologeten hatten als bald Hochkonjunktur!‘

Hans-Peter de Lorent bestätigt diese Aussage durch seine Forschungen im Hamburger Schulwesen in diesem Sinne eindrücklich. Genau diese Haltungen findet man bei der sog. Entnazifizierung von Lehrern und Behördenvertretern in Hamburg.

Ein Beispiel: Ich zitiere wieder aus seinem Buch über Werner Fuss:

‚Ralph Giordano scheiterte zweimal hintereinander an seinem Lehrer Dr. Werner Fuss, an dessen Diskriminierung und Benotung, sodass er ohne Abitur vom Johanneum abgehen musste. Später zählte er die ‚Speckrolle‘ ebenso wie Schulleiter Werner Puttfarken (im Roman: ‚Pottferk‘) zu den schlimmsten Nazis:

‚Dr. Fuss lehrte die Unfehlbarkeit des Führers und hieß die Scheußlichkeiten des Systems als politische Notwendigkeit gut. Er propagierte die Welteroberungspläne und den damit verbundenen Militarismus. Er lehrte den Rassenhass. Da er selbst eingebildet und überheblich war, fiel die Lehre von der germanischen Herrenrasse bei ihm auf besonders fruchtbaren Boden. Schüler jüdischer Abstammung wurden schlecht behandelt, z. B. die Brüder Giordano.‘

Seine Entnazifizierung erfolgte so:

‚Der Beratende Ausschuss für die Höheren Schulen empfahl, Fuss im Ruhestand einen Teil der Pension zu gewähren. Maßgeblich für die Entscheidung war die Aussage Thedes, ‚dass man von seiner Seite nie eine Anzeige zu befürchten

brauchte, dass man vielmehr offen mit ihm reden konnte'. Das blendete zumindest alles aus, was jüdische und systemkritische Schüler mit Werner Fuss erlebt hatten.

Der Berufungsausschuss kam am 9.3.1948 zu dem Ergebnis, dass Fuss mit der Pension eines Studienrates in den Ruhestand versetzt wurde und in Kategorie IV (Mittläufer) einzustufen sei. Fuss sei ‚zwar ein überzeugter Nationalsozialist‘, aber ‚nicht als Aktivist zu bezeichnen‘.

Bitter für die Opfer.

Unterstützt wurde diese Art Entnazifizierung auch noch später, diese Haltung, in der ersten Legislatur der BRD durch eine falsche Amnestiepolitik, insbesondere das 131er Gesetz für entlassene Beamte (30 000 ‚Entnazifizierungsgeschädigte‘ ...) aus dem Staatsdienst, das ihnen einen Wiedereinstellungsanspruch garantierte.

Im Bundestag saßen in der ersten Legislatur 15 % Altnazis.



Christa Goetsch

‚Wer sich seiner Vergangenheit nicht erinnert, ist verurteilt, sie zu wiederholen!‘, sagte einst der amerikanische Philosoph George Santayana.

Ja, wir dürfen nicht nachlassen, zu erinnern, zu mahnen. Wider das Vergessen?

Ich erinnere Sprüche aus einer bestimmten Ecke in meiner 10-jährigen Beirats-tätigkeit in der Landeszentrale für politische Bildung 1997–2007:

Kann es nicht mal gut sein mit dem Erinnern?

Wir müssen mehr in andere Themen investieren ...

Nein, wir dürfen nicht nachlassen!

Stellen Sie sich vor, noch im Jahr 1998/99 mussten wir in der Bürgerschaft für die Etatisierung der Gedenkstätte Bullenhusen Damm kämpfen, und aus ‚justizpoliti-schen Implikationen‘ sollte zuerst nicht die Ausstellung über die Geschichte des Bullenhusen Damms in der Rathausdiele gezeigt werden.

Wir müssen dagegen dankbar sein, dass die Landeszentrale immer wieder In-formationsschriften und Bücher herausgibt – wie eben auch heute das Werk Delos – und die Nazigeschichte in all ihren Auswirkungen und Gräueln bearbeitet, das Stol-persteinprogramm unterstützt und dokumentiert. Wie wir Michael Batz danken müssen für seine unermüdlichen Recherchen, die immer wieder neue Facetten des Naziregimes in Hamburg in den jährlichen szenischen Lesungen am 27.1. aufdecken.

Vor allem auch mit der Mär aufzuhören, in Hamburg, dem Tor zur Welt, sei es ja nicht so schlimm gewesen. Man lese nur eine der ersten Schriften der Landeszen- trale (1983) über die Entwicklungsjahre ‚Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich‘ von Ursula Büttner und Werner Jochmann. Da hört die Mär schnell auf!

Die Geschichtswerkstätten sind weitere Garanten, unsere Hamburger Geschichte mahrend wach zu halten. Sie leisten unschätzbare Arbeit wie auch stetig die Gedenkstätte Neuengamme mit unserem unermüdlichen, bewundernswerten Detlef Garbe und allen anderen Engagierten!

Wer sich so lange Zeit, so intensiv und ausdauernd mit dem Nationalsozialismus beschäftigt wie Hans-Peter de Lorent und darüber forscht, stößt sicherlich eher auf schwere Fragen als auf leichte Antworten.

Was geschehen ist in Hamburg und insbesondere im Hamburger Schulwesen muss uns heute und zukünftigen Generationen zur ewigen Warnung gereichen. Wer sich weigert, die schrecklichen Wahrheiten zur Kenntnis zu nehmen, macht deren Wiederholung wahrscheinlicher.

1997 mahnte Hildegard Hamm-Brücher auf dem Ev. Kirchentag in Leipzig am Schluss in ihrer bemerkenswerten Rede:

„Mit Blick auf Gegenwart und Zukunft müssen wir Deutschen – Christen und Nichtchristen – unser Gewissen immer von Neuem schärfen und alle Ansätze von Rassismus, Extremismus und Inhumanität im Keime ersticken.“

Wie aktuell: Wenn wir an die Landtagswahlen vor einer Woche denken, wenn wir die rassistischen Parolen bei den Aufmärschen der AfD hören, wenn die Höckes und Storchs in den Talkshows auftreten, wenn wir die nationalistischen, rechtsextremen Bewegungen in Europa sehen.

Lieber Delo, Du hast das „Komplott des Schweigens“ aufgebrochen. Du hast uns die Täterprofile äußerst plastisch und erschütternd nahe gebracht. Du hast die Zeit des „Beschweigens“ – wie die zeitgeschichtliche Forschung die 50er-Jahre benennt – im Hamburger Schulwesen aufgeklärt. – Ja, Du hast Geschichte geschrieben!

Das ist für das heutige Hamburger Schulwesen, das ist für mich persönlich als Lehrerin, das ist für meine Generation und auch für die Zukünftige sehr wertvoll!“

Danach sprach der neue Hamburger Landesschulrat, **Thorsten Altenburg-Hack**:

„Über die Einladung zur heutigen Buchvorstellung und die Bitte um ein Grußwort habe ich mich sehr gefreut, auch wenn ich ehrlich sagen muss: Das Thema, das damit heute im Fokus steht, ist ja eigentlich kein wirklich erfreuliches. Aber es ist ein wichtiges, eines, mit dem man sich gar nicht intensiv genug befassen kann. Denn wir wissen alle, dass die langen Schatten NS-Zeit bis in die Gegenwart reichen und dass diese Vergangenheit noch keineswegs ‚bewältigt‘ ist, auch wenn manche dies gerne so hätten.

Mit Deinem Buch präsentierst Du, lieber Delo, uns Profile von ‚Tätern‘ im Hamburger Schulwesen der Jahre ‚33 bis 45‘. Du bringst damit Licht in eine Zeit, die auch heute noch viele gerne im Dunkel der Vergangenheit belassen würden. Zu-

gleich stellst Du in den ‚Täterprofilen‘ aber auch implizit und explizit Fragen, deren Beantwortung nicht nur historisch interessant, sondern auch für unsere Gegenwart und Zukunft relevant ist. Darauf werde ich gleich noch zurückkommen.

Ich freue mich aber nicht nur über Dein neues Buch (meines Wissens dein zehntes), ich freue mich zugleich auch, dass die Präsentation der ‚Täterprofile‘ in einer Schule stattfindet, und zwar gerade hier in der Ida-Ehre-Schule. Das ist kein Zufall, denn thematisch ‚passt das‘, wie viele von Ihnen sicher wissen. Und das hat insbesondere zwei Gründe:

Erstens nimmt die Ida-Ehre-Schule als vormalige ‚Jahnschule‘ in de los Werks einen prominenten Platz ein. Die Nationalsozialisten hätten sie, so schreibt de los, zu einer ‚nationalsozialistischen Vorzeigeschule‘ gemacht. Einige der in den ‚Täterprofilen‘ beschriebenen Personen waren hier, in der ehemaligen Jahnschule, tätig. Und so widmest Du dem Kollegium der Jahnschule ein eigenes Kapitel, ebenso drei Lehrern aus diesem Kollegium, die in der NS-Zeit in besonderer Weise negativ ‚herausragten‘ (Walter Behn, Rudolf Fehling, Hans Einfeldt). Es sind im Übrigen zeittypisch tatsächlich fast ausschließlich Männer, um die es in den ‚Täterprofilen‘ geht, obwohl es natürlich auch weibliche Nationalsozialisten gab.

Wir befinden uns in dieser Schule also an einem ‚Original-Schauplatz‘. Und wo, wenn nicht hier, wäre ein passenderer Ort, um sich mit dem Thema ‚Hamburgs Schulen im Nationalsozialismus‘ auseinanderzusetzen.

Zweitens, und das ist für mich heute zentral: Die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Schulgeschichte in der NS-Zeit und ihre Folgen – genau dies praktiziert die Ida-Ehre-Schule bereits seit vielen Jahren intensiv und mit einer Fülle unterschiedlicher Aktivitäten. Die Arbeit an dieser Thematik verbindet sie darüber hinaus in vorbildlicher Weise mit lokalem gesellschaftlichem Engagement.

Die Schule engagiert sich für das Gedenken an die Hamburger Opfer der NS-Militärjustiz und für die Opfer der sogenannten ‚Euthanasieprogramme‘ der Nationalsozialisten. Darüber hinaus hält sie das Gedenken an die ehemaligen jüdischen Schülerinnen und Schüler ihrer Schule stets wach. Hierfür danke ich den Vertreterinnen und Vertretern der Ida-Ehre-Schule, die heute an dieser Veranstaltung teilnehmen, stellvertretend für die gesamte Schulgemeinschaft sehr herzlich.

Danken darf ich an dieser Stelle zugleich auch den Kolleginnen und Kollegen unserer Landeszentrale für politische Bildung, die die Entstehung des Bandes und seine Veröffentlichung in vielfältiger Weise unterstützt haben. Stellvertretend für viele danke ich Frau Dr. Bamberger-Stemann und Frau Dr. Bake, dass sie die Herausgabe des Bandes über die Landeszentrale ermöglicht und gefördert haben.

Das Buch, das uns heute präsentiert wird, war für mich so interessant wie bedrückend zu lesen. So zeigt es doch in den exemplarischen Profilen einer Reihe

von ‚Tätern‘ sehr plastisch, was eine menschen-, kultur-, bildungs- und wissenschaftsfeindliche Ideologie mit und in Schulen anrichten kann, mit Lehrerinnen und Lehrern, mit Schülerinnen und Schülern und deren Eltern sowie mit vielen anderen, die mit und in Schule zu tun hatten.

Aber natürlich blieb der Einfluss der Nationalsozialisten nicht unmittelbar auf die Schulen, auf die Lehrenden und Lernenden im engeren Sinne beschränkt. Darüber hinaus haben sie sich sehr schnell in den Jahren ab 1933 auch die Schulaufsicht und die Schuladministration untertan gemacht, und so finden sich unter den von delo Porträtierten unter anderen auch Schulräte, Oberschulräte und an herausgehobener Stelle der NSDAP-Landesschulrat Willi Schulz, dem ebenfalls ein eigenes Kapitel gewidmet ist, sowie der Schulsenator Karl Witt. Nicht nur die Schulen, auch die Schulverwaltung hat also guten Grund, sich mit ihrer Vergangenheit in der NS-Zeit auseinanderzusetzen.

Ich kann und will hier nicht im Einzelnen auf die von delo herausgearbeiteten ‚Täterprofile‘ eingehen, die wir zum Teil bereits aus seinen Beiträgen in der Hamburger Lehrerzeitung kennen und zu denen er uns sicher noch mehr berichten wird. Dies lässt schon die mir für das Grußwort eingeräumte Zeit nicht zu.

Vielmehr möchte ich gerne noch kurz zwei Gedanken ausführen, die mich beim Lesen begleitet haben und die ich zunächst als Fragen formulieren will.

Die erste Frage ist: Was hat delo mit diesem Buch geleistet, was zeigt er uns? Oder, persönlicher gefragt: Was nehme ich mit aus der Lektüre der ‚Täterprofile‘?

Seit dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft sind gut 70 Jahre vergangen. Viel Zeit also, so könnte man meinen, um die Geschichte der NS-Zeit und ihrer Folgen auch mit Blick auf Schulen und Schulverwaltung in Hamburg aufzuklären. Tatsächlich liegt vieles aber immer noch im Dunkeln. Und wie ich eingangs schon sagte, mag es Menschen geben, denen es aus unterschiedlichen Motiven lieber wäre, wenn die damaligen Ereignisse auch in diesem Dunkel der historischen Vergangenheit blieben.

Nicht so delo!

Seine Arbeit – in diesem Sinne haben wir Glück, dass er mittlerweile pensioniert ist und damit noch mehr Zeit hat, sich diesem Thema zu widmen – seine Arbeit ist für mich ein klassisches Stück Aufklärung, an der allerdings auch immer wieder neu zu arbeiten ist. Delo trägt mit seinen Porträts dazu bei, ein in Teilen immer noch bestehendes Dunkelfeld weiter aufzuhellen. Er nimmt Menschen und ihr Wirken in den Blick, die seinerzeit zumeist an verantwortlicher Stelle gehandelt haben. Und indem er dies tut, zeigt er zugleich auf einer abstrakteren Ebene, wie über die Einzelnen hinaus Mechanismen von Macht und Herrschaft funktionieren.

So sehen wir, dass Nazis und ihre Sympathisanten nahezu überall in Schule und Schulverwaltung zu finden waren – vom Lehrer bis zum Schulleiter, vom Schulaufsichtsbeamten bis zum Schulsenator. Wir sehen, wie sie handelten und welche Folgen dies für ihr Umfeld hatte. Wir sehen, dass die NS-Indoktrination auch deshalb so gut funktionieren konnte, weil es Parteigänger auf allen Ebenen gab – fanatische Nationalsozialisten, Mitläufer, Angepasste, vielleicht auch Ängstliche – Gleichgültige allemal.

Viele gebildete Menschen waren unter ihnen, und man fragt sich beim Lesen an vielen Stellen immer wieder ein wenig fassungslos, wie es passieren konnte, dass ab 1933 so schnell Rassismus und Chauvinismus Einzug in Klassenzimmern und Amtsstuben hielten – in einem Umfeld, in dem ‚Bildung‘ zum namensgebenden Programm gehört. ‚Bildung‘, die wir immer auch ein Stück weit mit ‚Aufklärung‘ konnotieren. Bildung alleine scheint also nicht auszureichen, um Menschen gegen Unmenschlichkeit und Gleichgültigkeit am Schicksal ihrer Mitmenschen zu immunisieren. Überdies zeigt sich in den Profilen: Macht, die Einem durch ein Amt gegeben ist, kann dazu verführen, sie auch zum Schaden Anderer zu nutzen, wenn denn die Rahmenbedingungen entsprechend gegeben sind. Auch dies macht natürlich nachdenklich.

Nun kann man delos Werk als klassisches Stück Geschichtsschreibung lesen. Er zeigt uns, wie in einem spezifischen Bereich – hier: in Schulen und Schulverwaltung – Menschen in der Vergangenheit agiert haben.

Und so könnten wir uns nach der Lektüre zurücklehnen und uns sagen: ‚Ja, so war das. Gut, dass die Situation heute eine andere ist. Gut, dass wir nicht so sind wie die, deren Profile uns hier vorgestellt wurden.‘ Aber damit würden wir es uns meines Erachtens ein bisschen zu einfach machen. Denn delos Buch zeigt uns nicht nur ein Stück Vergangenheit. Es gibt uns, zugleich auch etwas mit für Gegenwart und Zukunft. – Und dieser Gedanke leitet mich zu meiner zweiten Frage:

Was bleibt, was lässt sich aus den ‚Täterprofilen‘ für Schule und Schulverwaltung heute (und morgen) ableiten?

Lassen Sie es mich vielleicht so formulieren: In einer anderen seiner vielen Publikationen schrieb delo – ebenfalls im Zusammenhang mit einem ‚Täterprofil‘: ‚In solch politischen Zeiten (1939) konnte man nicht unpolitisch sein.‘ Er schrieb dies zwar im Zusammenhang mit Vorgängen speziell des Jahres 1939, aber grundsätzlich gilt dies für die gesamte NS-Zeit. In dieser Zeit war man wie in kaum einer anderen vor die Wahl gestellt: Anpassen? Mitmachen? Wegsehen? Widerstand leisten?

Alle, die als Lehrende oder als Leitende an verantwortlicher Stelle in Hamburger Schulen oder in der Schulverwaltung gewirkt haben, mussten sich dieser Frage stellen. Die von delo beschriebenen Personen haben diese Frage, wie wir in

den ‚Täterprofilen‘ sehen, auf ihre Weise beantwortet – mit den bekannten Konsequenzen.

Und ‚natürlich‘, so muss man fast sagen, kam mir, kommt vielleicht auch Ihnen bei der Lektüre die Frage in den Sinn: ‚Wie hätte ich denn in dieser oder jener Situation gehandelt?‘ Und hier – das nehme ich persönlich aus der Befassung mit den ‚Täterprofilen‘ mit – würde ich vor allzu viel und allzu schnellem moralischem Hochmut im Sinne von ‚Mir hätte das nicht passieren können!‘ warnen wollen.

Denn auch dies zeigt uns delo mit den ‚Täterprofilen‘: Es macht schon sehr nachdenklich, wenn man liest, wie schnell, fast ‚geräuschlos‘ und mit wie wenig substantiellem Widerstand in vielen Fällen die ‚Übernahme‘ der Schulen und der Schulverwaltung, aber auch der Lehrerverbände und ihrer Publikationsorgane durch die Nationalsozialisten erfolgte – oder wie der Parteinahme für die Nationalsozialisten und ihre Ziele zuvor gänzlich unverdächtige Personen ab 1933 mit ihnen gemeinsame Sache machten. Das böse Wort von der ‚Selbstgleichschaltung‘ steht paradigmatisch für eine solche Haltung.

Hätte uns – oder, mit Blick auf die Zukunft gefragt: Würde uns dies tatsächlich so alles nicht passieren können? Sind wir heute immun? Besser gebildet? Hinreichend aufgeklärt? Haben wir die Haltung, so genau auch hinschauen zu wollen, dass wir die Anfänge erkennen, derer wir uns erwehren müssen?

Diese Fragen nehme ich jedenfalls für mich aus der Lektüre der ‚Täterprofile‘ mit. In diesem Sinne enthält Dein Buch, lieber delo, für mich auch eine auf die Gegenwart zielende ‚Botschaft‘ und – leider, muss man fast sagen – auch einen durchaus aktuellen Bezug.

Ich will damit zum Schluss kommen:

Wie es sich gehört, will auch ich am Ende meiner kleinen Laudatio dem Buch und damit dem Autor möglichst viele Leserinnen und Leser wünschen. Allerdings hat delo hier die Latte für uns ziemlich hoch gelegt – gut 800 Seiten wollen erst einmal bewältigt sein. Aber: Ich kann Sie alle nur herzlich auffordern: Nehmen Sie die Herausforderung an – es lohnt sich!“

Anschließend sprach **Joachim Geffers**, Redaktionsleiter Hamburger Lehrerzeitung (hlz).

Werte Anwesende, lieber Delo,

wir besitzen nun schon seit nahezu 10 Jahren das Privileg, als erste die Lebensgeschichten der Nazi-Täter im hamburgischen Schuldienst in der Hamburger Lehrerzeitung publizieren zu dürfen. Ich als Redaktionsleiter sehe das als Geschenk. Dafür sei dir seitens der GEW, der hlz-Redaktion und ich denke ganz besonders der hlz-Leser_innen-schaft gedankt!

Während dieser 10 Veröffentlichungs-Jahre erreichten und erreichen uns immer wieder positive Stimmen, aber auch immer wieder solche, die meinen, nun reiche es auch, nun müsse es doch mal gut sein. Ich erwidere dann stereotyp, dass ich das gar nicht so sehe und betone dann, dass ich dieses Erstveröffentlichungsrecht eher als Auszeichnung empfinde. Um aber überzeugend die Gründe dafür erläutern zu können, fehlt in aller Regel die Zeit. Umso mehr freue ich mich, an dieser Stelle ausführlicher darauf eingehen zu dürfen.

In meiner aktiven Zeit als Lehrer habe ich im Rahmen des Politikunterrichts viele Male meinen Schüler_innen den Film ‚Aus einem deutschen Leben‘ gezeigt. Einige werden ihn kennen. Er zeigt die Lebensgeschichte des Auschwitzkommandanten Rudolf Höß. Er war Jahrgang 1900 und bewegte sich folglich in dem Abschnitt der deutschen Geschichte, in dem die beiden größten Katastrophen – so muss man es wohl ausdrücken – der Menschheitsgeschichte stattfanden.

Der Film wurde damals (1977) vom bayrischen Kultusministerium für die Auf-führung an Schulen mit der Begründung verboten, dass er dem Kriegsverbrecher Höß ein zu menschliches Antlitz verleihe. Und in der Tat hat Theodor Kotulla, der Regisseur, allein mit der Ausgestaltung der Rolle genau das auch erreichen wollen. Gespielt wird der Kommandant des größten Vernichtungslagers von Götz George, jenem Schauspieler, der – auch bei den Jugendlichen damals als Tatortkommissar Schimanski bekannt – sonst eher die Rolle des positiven Helden einnimmt. Diese gebrochene Wahrnehmung macht die Figur des Höß aber erst glaubwürdig: Abends der Familienmensch, der seinen Kindern vor dem Schlafengehen sanft über den Kopf streicht, am Tag derjenige, der kaltblütig hunderttausende Menschen direkt zur Tötung in die Gaskammern schickt oder sie durch viehische Arbeitsbedingungen verrecken lässt; der akribisch über die Ermordeten Buch führt und der später bei den Vernehmungen durch die Amerikaner sich immer wieder darauf berufen wird, dass er den Befehlen gehorchen musste (!) und dass dies richtig gewesen sein musste (!), weil der Führer sich nicht habe irren können. (Das Drehbuch verwendet hier die Originalprotokolle). Ein Mensch, der darauf abgerichtet wurde, zu gehorchen. Ein Monster, das zugleich so ‚normal‘ wirkt wie jeder andere Durchschnittsbürger. Ein Mensch, von dem Hannah Arendt gesagt hätte, er repräsentiere ‚die Banalität des Bösen‘.

Was den Film für mich besonders auszeichnet, ist, wie er die Entwicklung eines Menschen zeigt, der durch die spezifischen Sozialisationsbedingungen im Kaiserreich jenen autoritären Charakter entwickelt, ohne den die Nazis ihr verbrecherisches System nicht hätten aufbauen können und ohne den es nicht funktioniert hätte. Schließlich steht Höß für viele seiner Generation, die nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs, oftmals deklassiert und ins soziale Elend gestürzt, die

Umbrüche der Moderne nicht akzeptieren wollen. (Übrigens heißt er mit weiteren Vornamen Franz Ferdinand – der Name als Programm?)

Auch die Täter, die du, Delo, beschreibst, sind äußerlich keine Monster. Nicht selten soziale Aufsteiger, die am eifrigsten an die ‚nationale Revolution‘ glaubten und als Reaktion auf die ihnen zugefügten Kränkungen meinten, diese verteidigen zu müssen. Wie stark die Verführungskraft des Faschismus war, zeigte als Reminiszenz an den jüngst verstorbenen italienischen Regisseur Ettore Scola das Deutsche Fernsehen dieser Tage mit der Ausstrahlung seines Films ‚Ein besonderer Tag‘. (Gedreht übrigens im selben Jahr (1977) wie ‚Aus einem deutschen Leben‘.) Der Besuch Hitlers bei Mussolini in Rom im Frühjahr 1938 bildet darin den Hintergrund der Handlung und zeigt anhand von Propagandaufnahmen, umrahmt von dröhnenden Klängen des Aufmarsches der Faschisten, die elektrisierte Bevölkerung. Es ist das, was der zur selben Zeit in Haft sitzende KP-Führer Antonio Gramsci als ‚kulturelle Hegemonie‘ bezeichnet. Eine ideologisch allumfassende Vereinnahmung der Bevölkerung, eine Inszenierung, die selbst nach 80 Jahren ihre verführerische Kraft noch spüren lässt.

Um nicht missverstanden zu werden: Es geht mir hier nicht um einen Determinismus, der den Tätern keine andere Wahl gelassen hat als so zu handeln, wie sie gehandelt haben. Schicksalhafter als Rechtfertigung lehne ich ab. Es gibt für mich den freien Willen zu entscheiden, aber daraus erwächst eben auch die Bürde der moralischen Verantwortung.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen, wie es Euch geht – je älter ich werde und je mehr ich mich mit der Nazi-Vergangenheit auseinandersetze, desto unfassbarer, ja monströser wirken die Verbrechen auf mich. Und immer wieder taucht die Frage auf: ‚Wie hättest Du Dich verhalten?‘ Als jemand, der familiär weder mit einem bildungsbürgerlichen Hintergrund noch mit einem proletarischen, vom Klassenkampf geprägtem Denken aufwarten kann, sondern aus einem kleinbürgerlichen Milieu stammt, das zu Zeiten von Weimar eher deutsch-national gedacht hat und nach dem Krieg diese Tradition fortsetzte, indem man Adenauer wählte, kommt mir immer nur das Kohlsche Diktum von der ‚Gnade der späten Geburt‘ als Entlastung in den Sinn. Die Kritik daran (übrigens stammen diese Worte ursprünglich von Günther Gaus) ist mir immer fremd geblieben. Es beantwortet nicht die Frage, wie ich mich verhalten hätte, aber es gibt mir die Möglichkeit, Demut zu zeigen. Demut in Hinblick auf ein Urteil über jene, die vor dem Hintergrund ihrer individuellen Lebensgeschichte etwas getan haben, was sie keineswegs von Schuld freispricht, was aber von uns Nachgeborenen in Verbindung mit den zeitgeschichtlichen Ereignissen gedeutet werden muss.

Wenn ich dies sage, dann schwingt automatisch die eigene Lebensgeschichte mit. Diejenigen, ich eingeschlossen, aus meiner Generation – und ich sehe heute ja

einige hier im Raum –, die spätestens seit den 1970er-Jahren politisch aktiv waren, um das kapitalistische System infrage zu stellen, müssen sich heute die Frage gefallen lassen, wie es angehen konnte, dass wir Regime, die im Namen des Kommunismus ungeheuerliche Menschheitsverbrechen begangen haben, für gut befanden. Dabei hätten wir mindestens schon mal über die Verbrechen Stalins stolpern können. Aber wenn selbst Heroen wie Brecht oder Bloch sich relativierend oder gar rechtfertigend dazu geäußert hatten, fühlten wir uns auf der richtigen Seite. Da war denn auch die DDR der Kritik enthoben.

Um den Sieg der ‚richtigen‘ Seite nicht zu gefährden, heiligte der Zweck so manches Mittel: Seien es die Verbrechen, die im Namen der so genannten Kulturrevolution in China begangen wurden, sei es das verbrecherische Polpot-Regime in Kambodscha. Solidarität oder zumindest Verständnis galt bei manchen selbst solchen Menschenverächtern wie Ceaușescu in Rumänien oder Enver Hodscha in Albanien. Wir wähten uns auf der richtigen Seite. Sicher, es gab die unterschiedlichen Strömungen im Lager der Linken, die sich mächtig über den richtigen Weg zum Kommunismus stritten. Vor dem Hintergrund bürgerlicher Kritik war man aber allzu schnell bereit, die im Namen des Kommunismus verübten Verbrechen zu relativieren oder gar zu leugnen. Welch ein Glück, dass wir nie politische Verantwortung zu tragen hatten! Die Gnade der späten Geburt eben.

Und heute? Wenn man selbst Entscheidungen treffen muss, was couragiertes Auftreten oder Handeln oder sich Äußern angeht, ist man schneller in einem grundsätzlichen Konflikt, als man es je angenommen hätte. Ein Beispiel dafür ist aus jüngster Zeit die Entscheidung über ein Titelbild für die hlz (genauer: das der Dezember-Ausgabe). Der Konflikt in der Redaktion war, ob wir uns zum islamistischen Terror offensiv verhalten und eine Grafik abdrucken, die Zahnräder zeigt, in die ein junger Mensch, blutspritzend, hineingezogen wird. Titel: ‚Daesh fordert Schule heraus‘. (Daesh steht negativ für den sogenannten islamischen Staat.) Es gab Bedenken und es gab Angst. Wir haben es nicht abgedruckt. Die Kritik, die wir aushalten mussten, war, dass wir vor dem Terror eingeknickt seien.

Zurück zu dem Anlass, aus dem heraus wir uns hier versammelt haben: Manchmal ging es mir beim Lesen der Biografien so, dass die eine oder andere Lebensgeschichte nicht ohne eine gewisse selbstgerechte Attitüde auskommt. Genau das provoziert dann die Frage, wie ich mich selbst verhalten hätte.

Mögen sich möglichst viele Leser_innen in ähnlicher Weise diese Frage stellen. Das Ergebnis kann immer nur sein, dass die Sensibilität auch für das eigene Handeln wächst. Unseren Auftrag, der der Redaktion, sehe ich weiterhin darin, dazu beizutragen, dass die seit der Nazi-Herrschaft von allen fortschrittlichen Kräften gemeinsam getragene Parole ‚Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg‘ nicht als

hohle Phrase verkommt, sondern als Aufforderung verstanden wird, Verantwortung zu übernehmen. Verantwortung dafür, dass das, was wir als eine der wenigen, vielleicht als einzige Generation in Deutschland erleben durften, nämlich 70 Jahre Frieden wenigstens im eigenen Land, erhalten bleibt.

In Zeiten von Pegida & Co, in denen der völkisch-nationale Geist fröhliche Urstände feiert, ist dies gar nicht mehr so sicher, wie noch vor Kurzem geglaubt. Vergleiche mit der Geschichte drängen sich auf, auch wenn sie oft schief sind. Aber man muss sie kennen, um die Gegenwart auch nur annähernd verstehen zu können. Insofern hoffe ich, dass dein Engagement Delo, die Vergangenheit aufzuarbeiten, nicht nachlässt.

Joachim Geffers hat die Rede bei der Buchvorstellung frei gehalten und in bearbeiteter Form in der hLz 3-4/2016 abgedruckt. Daraufhin schrieb der langjährige GEW-Bundesvorsitzende Dieter Wunder einen Leserbrief, abgedruckt in hLz 5/2016, S. 6.

Lieber Kollege Geffers,

für Deine Rede bei der Präsentation von Delos Buch danke ich. Du hast gelernt und bekenntest das öffentlich. Auf so eine Stellungnahme von wem auch immer habe ich lange gewartet. Als GEW sind wir keine Partei, aber jedes Mitglied hat natürlich eine politische Position. Wenn aber aus politischen Gründen Verbrechen vertuscht werden, ist jeder Meinungsautausch und damit die innergewerkschaftliche Meinungsbildung vergiftet.

Da ich als ehemaliger Vorsitzender weder ein Besserwisser noch ein Ehren-GEWler sein möchte, habe ich mich völlig aus der GEW-Politik zurückgezogen, später auch – wegen mangelnden Kontakts in die Bildungseinrichtungen hinein aus der Bildungspolitik. Ich beschäftige mich jetzt als Historiker mit der Geschichte der „Eliten“ im Hessen der Frühen Neuzeit, ein bisschen auch mit Adolf Reichwein. Das Mitglied Wunder blättert daher die hLz meist nur noch durch. Delos Artikel zum Verhalten einzelner Lehrkräfte in der Nazizeit habe ich immer gelesen. Delo hat damit etwas Hervorragendes geleistet. Ich gewann nie den Eindruck, dass Delo der eifernde Verurteiler war; er beschreibt sachlich, was herauszufinden war, und wertet auch eindeutig.

Danke, dass Ihr ihn unterstützt habt. Deine Rede passt zu diesem Buch.

Mit kollegialen Grüßen
Dieter Wunder

Medienresonanz

Hamburger Abendblatt 23.3.2016

DRITTES REICH

Wie Adolf Hitlers Halbbruder in Hamburg untertauchte

Von Peter Ulrich Meyer

Hans-Peter de Lorent hat eine Untersuchung zu Nazi-Laufbahnen im Hamburger Schulwesen und zur Entnazifizierung nach 1945 vorgelegt.

Es ging nur um den Austausch eines Buchstabens – ein L für ein T. Nicht wirklich bedeutend, könnte man meinen. Aber davon kann viel abhängen, wenn man Hitler heißt und der Zweite Weltkrieg erst wenige Monate zuvor beendet worden ist. Am 1. Oktober 1945 schrieb Alois Hitler, wohnhaft am Timm-Kröger-Weg 35 in Fuhlsbüttel, an das Polizeiamt Hamburg an der Drehbahn, dem heutigen Sitz der Justizbehörde: „Mit diesem Schreiben bitte ich den Oberst und Kommandeur der Polizei Hamburg meinen Familiennamen Hitler in Hiller umändern zu wollen.“

„Ich bin ein Halbbruder von Adolf Hitler“

Der Bittsteller („Ich bin selbständiger Kaufmann und habe von 1919 bis 1928 in Hamburg gelebt“) ließ den Polizeikommandeur nicht lange über die Herkunft seines Namens im Unklaren. „Die bestehende Verwandtschaft zum ehemaligen Führer Adolf Hitler – ich bin ein Halbbruder von Adolf Hitler – ist von der englischen Militärbehörde und der Deutschen Polizei untersucht und während einer vierwöchigen Haft ab Mitte Juni 1945 überprüft worden“, schreibt Alois Hitler. Und setzte hinzu: „Ich habe der NSDAP nicht angehört, ebenso keiner ihrer Gliederungen.“ Das war allerdings gelogen.

Doch damals wurde offensichtlich nicht so genau nachgefragt. Nach nur vier Wochen wurde der Antrag auf Namensänderung genehmigt. „Nachteiliges über den Antragsteller ist hier nicht bekannt geworden.“ 50 Reichsmark Gebühr musste Alois Hitler bezahlen, damit in allen Registern sein Name in Hiller geändert wurde.

„Die Hamburger Verwaltung war völlig überfordert mit den Entnazifizierungsverfahren“, sagt Hans-Peter de Lorent, der die längst vergessene Geschichte von Hitlers Halbbruder ausgegraben und umfassend recherchiert hat. „Im Fall Alois Hitler wurden irgendwelche Leumundszeugnisse herangezogen, statt sich in Berlin rückzuversichern.“ Dann wäre wohl herausgekommen, was de Lorent jetzt aus Akten und Archiven herausgefiltert hat.

Alois Hitler betrieb bekannte Kneipe

Alois Hitler betrieb während der Nazizeit in prominenter Berliner Lage am Wittenbergplatz ein Restaurant mit dem Namen „Alois“, das laut de Lorent ein

„beliebter Szenetreff von SA- und SS-Leuten“ war. Alois Hitler war im Grunde eine verkrachte Existenz – mehrfach vorbestraft und inhaftiert unter anderem wegen Diebstahls und Betruges. Einer Anklage wegen Bigamie entging er, weil seine erste Frau die Scheidung einreichte. Zeugenaussagen legen nahe, dass er seinen Aufstieg zum erfolgreichen Gastronomen Ende der 30er-Jahre nicht zuletzt der Protektion von Adolf Hitler verdankte.

Der Fall mag exemplarisch für die laxen Praxis der Entnazifizierungsverfahren Ende der 40er-Jahre sein, für de Lorent war er nur ein „Beifang“ seiner wissenschaftlichen Arbeit. Der langjährige Lehrer, leitende Oberschulrat, Landeschef der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und Ex-Grünen-Politiker hat die Biografien von mehr als 40 in der Schulbehörde Verantwortlichen, Schulleitern und Lehrern der Nazizeit recherchiert, darunter viele glühende Nationalsozialisten und schlimme Rassisten. Etliche der Pädagogen gelangten nach Gründung der Bundesrepublik und erfolgreicher Entnazifizierung zurück in den Schuldienst oder erhielten eine reguläre Pension. De Lorent konnte neben den Unterlagen der Entnazifizierungsverfahren als Quellen die Personalakten der Pädagogen nutzen.

Entstanden sind beklemmende Porträts von Männern (nur eine Frau ist darunter!), die sich nach 1933 schnell als anpassungsfähige Karrieristen erwiesen und die Nazi-Ideologie in Klassenzimmern und Ansprachen propagierten. Aber es gab auch die Überzeugungstäter, die der NSDAP schon weit vor 1933 beitraten und nach der Machtübernahme der Nazis ihre große Stunde gekommen sahen.

Zur ersten Kategorie gehörte Werner Fuss, Latein- und Griechischlehrer am Johanneum – die „Speckrolle“ aus Ralph Giordanos autobiografischem Roman „Die Bertinis“. Fuss trat am 1. Mai 1933 in die NSDAP ein und war seit dem 1. April 1934 aktiv in der SA. Bis 1945 stieg der klassische Philologe, der in SA-Uniform unterrichtete, in der SA-Hierarchie bis zum „Sturmführer“ auf. De Lorent zeichnet auch die peinlichen Versuche des Pädagogen im Entnazifizierungsverfahren nach 1945 nach, ihn entlastende Zeugen zu finden. Allerdings ohne großen Erfolg.



Brüder: Alois, seit 1945 Hiller, und Adolf Hitler

„Dr. Fuss betonte seine nationalsozialistische und militärische Einstellung in einer so aufdringlichen Art und Weise, dass die Kollegen (darunter viele Parteigenossen) von seinen politischen Phrasen teils belustigt, teils angewidert waren ... Er lehrte den Rassenhass“, schrieb ein Mitglied des Johanneum-Kollegiums im Juli 1946 über Fuss, der „bei Kollegen und Schülern als der aktivste, geradezu fanatische Anhänger Hitlers“ galt.

Giordano wurde durch diesen wahrlich furchtbaren Lehrer, der ihn durchgehend ignorierte, 1938 in einen Selbstmordversuch getrieben. In den Schuldienst konnte Fuss nicht zurückkehren, aber er wurde 1948 mit der Pension eines Studienrats in den Ruhestand versetzt und als „Mitläufer“ (Kategorie IV) eingestuft. Er starb 1950.

De Lorent kommt nach Sichtung der Quellen zu bemerkenswerten Ergebnissen: Bis 1935 waren 55 Prozent der Schulleiter, die 1932/33 im Amt waren, ersetzt worden. Im Rahmen der großen Säuberungsaktion nach dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ wurden 637 Lehrer aus dem Schuldienst entfernt. Erstaunlich hoch ist die Zahl der vorzeitigen Pensionierungen mit 555. Im Gegenzug wurden immerhin 468 arbeitslose junge Lehrer neu eingestellt, die schon deswegen loyal waren, weil sie den Nazis ihren Job verdankten.

„Hamburg war nicht schlimmer als andere Länder, aber auch nicht weniger schlimm“, lautet de Lorents Fazit. „Man musste in die Partei eintreten, wenn man Karriere machen wollte. Aber kein Lehrer wurde nach 1935 entlassen, weil er nicht Mitglied der NSDAP werden wollte.“ Entsetzt hat den pensionierten Pädagogen die laxe Praxis der Entnazifizierungsverfahren. Er spricht von einer „unvollendeten Entnazifizierung“. Aber, so schränkt der Historiker ein, „Wissenschaft ist Klugheit im Nachhinein“. Im Übrigen hätten nicht alle durch die Nazizeit belasteten Menschen nach 1945 herausgehalten werden können. „Max Brauer hat gesagt, dass man mit den fünf Prozent nicht verstrickter Menschen kein Land aufbauen kann“, zitiert de Lorent den Nachkriegsbürgermeister.

Die Beschäftigung mit der Schule unterm Hakenkreuz ist für den Ex-Lehrer längst zur Lebensaufgabe geworden. De Lorent sitzt schon an Band II seiner „Täterprofile“, deren erster Teil mit mehr als 800 Seiten bereits ein Mammutwerk ist. Material zu rund 300 Personen aus Behörde und Schulen hat de Lorent im Laufe von rund 30 Jahren gesammelt. „Angesichts der Breite wird das Entsetzen schon groß“, so der Autor. Begonnen hat alles 1985 mit dem Band „Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz“. De Lorent: „Damals ging es darum, die Opfer des Nationalsozialismus zu würdigen und ihnen ein kleines Denkmal zu setzen.“

<http://www.abendblatt.de/hamburg/article207266299/Wie-Adolf-Hitlers-Halbbruder-in-Hamburg-untertauchte.html>

Welt-Hamburg vom 13.4.2016

Als die Entnazifizierung der Lehrer misslang

In einem neuen Buch spürt der ehemalige Leitende Oberschulrat Hans-Peter de Lorent erfolgreich 42 „Täterprofilen“ von einst nach.

Von Uwe Bahnsen

Am 10. Mai 1950, fast auf den Tag genau fünf Jahre nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes, beendete die Hamburger Bürgerschaft mit einem einfachen Abschlussgesetz die Entnazifizierung in der Hansestadt. Damit wurden vor allem politische Beschränkungen und Beschäftigungsverbote, sowie Konten- und Vermögenssperrungen aufgehoben. Die Alliierten hatten 1945 durchgreifende Maßnahmen befohlen, um im besiegten Deutschland jegliche Relikte des Nationalsozialismus zu entfernen. Dazu sollte jeder im öffentlichen Dienst Beschäftigte einen Fragebogen mit 131 Fragen ausfüllen und dann je nach den Antworten in eine von fünf Kategorien einsortiert werden: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer, oder Entlastete.

Das war ein schematisches Verfahren, ersonnen von alliierten Deutschland-Experten, die wenig bis nichts wussten vom Leben in der NS-Diktatur. Das Ergebnis waren bürokratische Engstirnigkeit, ein neues Denunziantentum und zahllose Ungechtigkeiten, die für böses Blut sorgten und die Entnazifizierung, die ohnehin auf breiter Front als „Siegerjustiz“ verrufen war, zusätzlich in Misskredit brachten. Zu welchen grotesken Fehlentscheidungen die Entnazifizierung führte, zeigt das Beispiel Loki Schmidt.

Beginn einer jahrzehntelangen Verdrängung

Die passionierte junge Lehrerin wurde im November 1945 aus dem hamburgischen Schuldienst entlassen. Sie hatte in ihrem Fragebogen wahrheitsgemäß angegeben, dass sie zeitweilig BDM-Scharführerin und NSDAP-Anwärterin gewesen war. Wie es dazu gekommen war, das interessierte niemanden. Sie musste einen völlig überflüssigen Sonderlehrgang, damals „Entbräunungskurs“ genannt, absolvieren und konnte erst im Januar 1947, nach vielerlei Hin und Her, wieder unterrichten. Helmut Schmidt hat das zu Recht „schwachsinnig“ genannt.

Als das Abschlussgesetz die Bürgerschaft passiert hatte, war ein allgemeines Aufatmen die Folge. Aber ein Ergebnis des Gesetzes war eben auch, dass die breite gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und den Gründen und Voraussetzungen für die NS-Herrschaft nicht stattfand. Das war der Beginn einer jahrzehntelangen Verdrängung.

Vor allem aus den Schulen sollten nach dem Willen der Besatzungsmächte die NS-Anhänger und ihre Ideologie verschwinden. Demokratische Lehrer brauchte die Stadt. Was ist daraus geworden? Auch im Schulwesen ist die Entnazifizierung

weitgehend misslungen. Nachzulesen ist das in der jüngsten, rund 800 Seiten umfassenden Publikation der Landeszentrale für politische Bildung, in der Hans-Peter de Lorent unter dem Titel „Täterprofile“ die Biographien der „Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen“ untersucht. Sein Ziel war es, „zu verstehen und nachzuzeichnen, was die jeweiligen Personen in den zwölf Jahren des ‚tausendjährigen Reiches‘ gemacht hatten, wie deren Karriere verlief und wie sie sich nach 1945 erklärten, verteidigten, herausredeten“. Ein anspruchsvolles Vorhaben auch deshalb, weil absehbar war, dass die Ergebnisse, 42 biographische Porträts, nur selten ganz schwarz oder ganz weiß ausfallen würden.

Ein besonders komplizierter Fall

Hans-Peter de Lorent, Jahrgang 1949, war Leitender Oberschulrat in Hamburg, Landesvorsitzender der Lehrgewerkschaft GEW, Bürgerschaftsabgeordneter, früher bekennender Kommunist, dann bekennender Grüner. Ein lupenreiner 68er, ein ausgewiesener Linker. Da darf man schon darüber nachdenken, ob ein Autor mit diesem Werdegang wohl zu einer objektiven Beurteilung der Lebensläufe von Pädagogen fähig sein würde, die vom NS-Regime geprägt waren. Ehrlich gesagt, ich war skeptisch.

Ich habe meine Zweifel nicht bestätigt gefunden. De Lorent hat sich dieser Aufgabe mit erkennbar gewissenhafter Recherche gewidmet. Eines dieser Porträts, ein besonders komplizierter Fall, soll das belegen. Zu den einflussreichsten Pädagogen der NS-Zeit in Hamburg gehörte Erwin Zindler (1895–1964), als Schulleiter der reformpädagogischen Lichtwark-Schule einer der Lehrer von Loki Schmidt. Als er diesen Posten 1934 als Oberstudiendirektor übernahm, hatte er nach der Erinnerung von Loki Schmidt lautstark verkündet, er werde „diesen roten Saustall schon ausmisten“. So gebärdete er sich auch. Aber nach zwei Jahren im Amt zeigte sich, dass der besondere Geist dieser Schule, ihre Hinwendung zu pädagogischen Idealen, die das NS-Regimes doch beseitigt sehen wollte, ihn verwandelt hatte.

Hohes Maß an Glaubwürdigkeit

Gewiss, er war und blieb Nationalsozialist, ehrgeizig, karrierebewusst und im hamburgischen NS-Staat vorzüglich vernetzt. Hans-Peter de Lorent schildert das mit vielfachen Belegen. Aber sein Gesamturteil ist bemerkenswert objektiv: „Erwin Zindler passt in keine Schwarz- oder Weiß-Schublade. Offenbar war er pädagogisch-methodisch für viele Schüler eine ansprechende und inspirierende Lehrerpersönlichkeit. Darüber gibt es vielfältige Zeugnisse und Dokumente“. Die Urteile über diesen Pädagogen „gehen weit auseinander“. Es ist dieses Bemühen um Sachlichkeit und Objektivität, das alle 42 Porträts auszeichnet und ihnen ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit verleiht, auch wenn sie Bewertungen enthalten, die man auch anders sehen kann.

Doch solche Einwände mindern den Wert des Kompendiums nicht, das de Lorent vorgelegt hat. Das Buch ist wichtig, weil es über das Schulwesen hinaus einen vertieften Einblick in die Lebenswirklichkeit unter dem NS-Regime und in den ersten Nachkriegsjahren gewährt. Zudem erweitert es unsere Kenntnis darüber, wie es möglich war, dass Hitlers Partei 1933 das demokratische Hamburg, das sich doch als „Zitadelle der Republik“ verstand, innerhalb weniger Wochen aushebeln und erobern konnte.

Aufarbeitung der NS-Zeit bleibt eine Herausforderung

Jede dieser 42 Biographien hat ihre finstere Seite. Wer im nationalsozialistischen Herrschaftssystem Karriere machen oder auch nur sich behaupten wollte, der bewegte sich in einem Umfeld, das durch Bespitzelung und Bedrohung, Postenschacher und Liebedienerei gekennzeichnet war. Für das Schulwesen galt das leider auch. An den Hamburger Schulen haben damals skrupellos fanatische Pädagogen unterrichtet. Der Altphilologe Werner Fuss, der am Johanneum Ralph Giordano fast in den Selbstmord getrieben hätte, war beileibe kein Einzelfall. Hamburg war eben kein „liberaler Sonderweg“ des NS-Regimes, und das Buch trägt dazu bei, diese Nachkriegs-Legende als das zu enthüllen, was sie ist: Geschichtsklitterung zu exkulpierten Zwecken.

Die Aufarbeitung der NS-Zeit und ihrer Folgen, die Entnazifizierung eingeschlossen, bleibt eine Herausforderung. In der Literatur über die NS-Zeit in Hamburg verdient die Arbeit von Hans-Peter de Lorent einen besonderen Platz, auch wegen des Brecht-Zitats, mit dem der Autor den Leser auf sein Thema einstimmt: „Ihr, die Ihr auftauchen werdet aus der Flut, in der wir untergegangen sind, gedenkt, wenn Ihr von unseren Schwächen spricht, auch der finsternen Zeit, der Ihr entronnen seid.“ Man kann diese Mahnung nicht genug betonen.

https://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article154288996/Als-die-Entnazifizierung-der-Lehrer-misslang.html

Am 21.12.2016 beschäftigte sich das Freie Sender Kombinat Hamburg in einer einstündigen Sendung mit dem Band 1 der Täterprofile. Der Lehrer und Journalist Guido Sprügel diskutierte mit Hans-Peter de Lorent eine Stunde über das Buch.

Nachzuhören im Audioportal Freies Radio, freie-radios.net

<https://www.freie-radios.net/80640>

NDR 18.04.2016 13:04 Uhr

„Tausende Lehrer waren mit den Nazis verstrickt“

Mehr als 30 Jahre lang hat Hans-Peter de Lorent für sein Buch „Täterprofile“ recherchiert.

In seinem 800 Seiten starken, neu erschienenen Buch „Täterprofile“ porträtiert der ehemalige Lehrer Hans-Peter de Lorent Menschen, die zur NS-Zeit im Hamburger Bildungswesen Hitlers Ideologie verbreitet und umgesetzt haben. Die Biografien reichen vom Nazi-Schulrat bis zum sadistischen Sportlehrer. Im Gespräch mit NDR.de erzählt der 67-Jährige davon, wie er es in Jahrzehnte langer Arbeit geschafft hat, Hunderte Täter ausfindig zu machen – und warum viele der glühenden Nationalsozialisten nach dem Krieg weiter unterrichten durften.



Hans-Peter de Lorent

Frage: Herr de Lorent, haben Sie selbst während ihrer Schulzeit Erfahrung mit nationalsozialistisch geprägten Lehrern gemacht?

Hans-Peter de Lorent: Oh ja, wenn ich zum Beispiel an meinen ehemaligen Schulleiter in Harburg denke. Den empfanden wir damals als verknöcherten, extrem konservativen Schulmonarchen. Wenn unsere Haare länger wurden, forderte er uns auf, zum Friseur zu gehen. Alle, die politisch eher links eingestellt oder gewerkschaftlich orientiert waren, hatte er auf dem Kieker. 1968 rief ich beispielsweise als Schulsprecher dazu auf, an dem Sternmarsch gegen die Notstandsgesetze nach Bonn teilzunehmen. Die Demo fiel auf einen Sonnabend, an dem wir Unterricht hatten. Daraufhin hat dieser Mann einen wahnsinnigen Druck aufgebaut und gedroht, dass alle, die mitmachen, kein Abi-Zeugnis bekommen. Deshalb sind dann nur sehr wenige mitgefahren – und am Ende gab es überhaupt keine Strafe. Im Zuge meiner Forschungen habe ich nun herausbekommen, dass unser damaliger Schulleiter – wie so viele andere auch – eine Nazi-Vergangenheit hatte und sogar SA-Mitglied war. Nach 1945 war er zunächst lange nicht im staatlichen Dienst beschäftigt. Da wurde mir klar, warum wir uns nicht so gut verstanden haben.

Frage: Wie kamen Sie dazu, sich mit den Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen zur NS-Zeit zu befassen?

De Lorent: In den 1980er-Jahren war ich Redaktionsleiter der Hamburger Lehrerzeitung. 1981 haben wir damit begonnen, eine Serie mit dem Titel „Schule unterm Hakenkreuz“ zu veröffentlichen, weil wir festgestellt hatten, dass es zu dem Zeitpunkt noch nichts zu dem Thema gab. Die Generation derer, die den Natio-

nalsozialismus erlebt hatten, war nicht im Stande, das zu thematisieren. Aber die Nachkriegsgeneration stellte Fragen. Anfangs haben wir bei dieser Arbeit vor allem die Perspektive der Verfolgten eingenommen. Wir haben Porträts derjenigen geschrieben, die Widerstand leisteten, aus dem Schuldienst flogen und zum Teil ins KZ kamen oder ermordet wurden. Wir beschrieben den Schulalltag unterm Hakenkreuz und widmeten uns Themen wie den ermordeten Kindern in der Schule am Bullenhuser Damm. Nachdem wir die Geschichte Opfer dargestellt hatten, fragte ich mich: Was ist eigentlich mit den Tätern?

Frage: Gab es so etwas wie den typischen Nazi-Lehrer?

De Lorent: Die glühendsten Nationalsozialisten, die an den Schulen Hitlers Ideologie verbreiteten, entstammten zwei unterschiedlichen Sozialisationen. Zum einen waren es um 1900 Geborene, die in den wirtschaftlich schwierigen Zeiten der Weimarer Republik mehr schlecht als recht über die Runden gekommen waren. Die Nazis entließen zu Beginn ihrer Herrschaft in Hamburg durch personalpolitische Maßnahmen zunächst Hunderte Lehrer aus dem Schulsystem, seien es jüdische oder politisch Andersdenkende. Zudem wurden durch eine Gesetzesänderung viele früh pensioniert. Diese freien Stellen besetzten sie dann mit denen, die sich vorher von Job zu Job gehandelt hatten – und entsprechend dankbar für ihre Festanstellung waren. Der andere Typus Nazi-Lehrer waren diejenigen, die im Ersten Weltkrieg an der Front gewesen waren. Viele ehemalige Offiziere unterrichteten an den Schulen oder leiteten diese. Sie sahen mit dem Nationalsozialismus die Zeit gekommen, die Schmach des verlorenen Ersten Weltkrieges zu tilgen.

Frage: Wie wurde unterrichtet?

De Lorent: Großer Wert wurde auf den Sportunterricht gelegt, der sehr militärisch ablief. Der gesunde Körper stand für die Nazis ja an erster Stelle. Die Jungen wurden für den Kampf ausgebildet, die Mädchen fürs Kinderkriegen. Ansonsten gab es solche Fächer wie Erblehre und Rassenkunde, im Unterricht galt meist: „Hände auf die Tische, nur wer gefragt wird, redet.“ Prügel gehörten zum Alltag. Wer schwach oder anders war, wurde ausgegrenzt. Zeitzeugen wie Hans-Jürgen Massaquoi, dessen Vater aus Liberia stammte, berichten davon, wie Lehrer sie im Unterricht massiv quälten und beschimpften. Den jüdischen Schüler und späteren Intellektuellen Ralph Giordano trieb die Diskriminierung eines Lehrers sogar in einen Selbstmordversuch. Allerdings muss man auch sagen, dass nicht alle Nazi-Lehrer Sadisten waren. So berichtete etwa Loki Schmidt später von einem Lehrer an der reformpädagogischen Lichtwarkschule, der zwar ein ranghoher Nazi war, der sie aber unterstützt hatte. Schüler, die diesen Lehrer nach dessen Wiedereinstel-

lung in den 1950er-Jahren erlebten, empfanden ihn als pädagogisch inspirierend. Insgesamt dürfte deutlich über die Hälfte der Hamburger Lehrerschaft Mitglied der NSDAP oder anderer NS-Organisationen gewesen sein.

Frage: Wie ging es für die Nazi-Lehrer nach dem Krieg weiter?

De Lorent: Jeder musste einen Entnazifizierungsbogen ausfüllen, dann wurden erst einmal alle entlassen, die bis 1933 in die NSDAP eingetreten waren. Ein Großteil wurde später aber wieder im Schuldienst eingesetzt. Dies war zum einen der Tatsache geschuldet, dass etwa 95 Prozent der Menschen nationalsozialistisch verstrickt war, „und nur mit den restlichen fünf Prozent ist kein Staat zu machen“, wie der damalige Bürgermeister Max Brauer einmal sagte. Viele versuchten natürlich, sich reinzuwaschen und stritten ihre Beteiligung am Nazi-System ab oder sagten, sie hätten unter Zwang gehandelt. Wer in Hamburg keine Chance hatte, weil die Beweislast zu erdrückend war, schaffte es oft in anderen Bundesländern in den Schuldienst, manchmal unter falscher Identität. Bisweilen habe ich mich bei meiner Recherche aber schon gewundert, was für NS-Täter noch bis ins hohe Alter unbescholten als Lehrer oder sogar Schulleiter weiterarbeiten durften.

Frage: Auf welche Weise haben Sie all das herausgefunden?

De Lorent: Ich habe angefangen, personenbezogene Daten systematisch zu sammeln. Mittlerweile umfasst mein Archiv ungefähr 300 Personalakten. Als ich in den 1980er-Jahren begonnen habe, gab es allerdings das Problem, dass viele Täter oder ihre Witwen noch lebten. Daher unterlagen ihre Akten dem Datenschutz, und das NSDAP-Archiv war noch nicht freigegeben. Mittlerweile hat man die Möglichkeit, an die Personalakten heranzukommen, Entnazifizierungs- und Militärakten einzusehen. Auch die NSDAP-Kartei im Berliner Bundesarchiv bietet viel Material. Allerdings muss man wissen, nach wem man sucht.

Frage: Woher kannten Sie die Namen der Täter?

De Lorent: Von 1911 bis in die 1960er-Jahre hinein gab es Lehrerverzeichnisse, in denen alle Hamburger Lehrer, Schulleiter und die Schulverwaltung namentlich aufgeführt sind. Ein befreundeter oppositioneller Lehrer hatte sämtliche Verzeichnisse aus dieser Zeit zu Hause – und hat sie mir dankenswerterweise zur Verfügung gestellt. So war es mir möglich, die Karrieren der Täter nachzuvollziehen: Wer wurde wo wann eingestellt? Wer wurde in der Nazi-Zeit als Schulleiter eingesetzt? Wo arbeiteten diese Menschen nach dem Krieg? Über die Beschäftigung mit den Verzeichnissen wurde mir auch so manches Nazi-Lehrer-Netzwerk klar.

Frage: Welche Reaktionen haben Sie bislang auf Ihr Buch erhalten?

De Lorent: Es gibt eine sehr große, fast durchweg positive Resonanz auf das Buch. Zum einen bekomme ich viele Reaktionen von Nachkommen der Porträtierten. Viele ahnten: Mit Opa war irgendwas – aber er hat nie etwas Konkretes gesagt. Nun sind viele froh, dass sie Bescheid wissen. Momentan schreibe ich übrigens an Band 2 der „Täterprofile“ – wobei man an dem Thema noch 20 Jahre lang weiterarbeiten könnte, wenn man bedenkt, wieviele Tausend Lehrer verstrickt gewesen sein dürften.

Das Gespräch führte Kristina Festring-Hashem Zadeh, NDR.de

BUCHTIPP

Hans-Peter de Lorent / Landeszentrale für politische Bildung: „Täterprofile. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz“. Hamburg 2016, Preis: 3 Euro.

Aus der Redaktion des Flensburger Tageblatts vom 22.10.2016

ALOIS HILLER

Hitlers heimlicher Bruder in Hamburg

Der Hamburger NS-Forscher Hans-Peter de Lorent hat nun entdeckt: Hitler hatte einen Halbbruder. Der lebte zuletzt in Hamburg und ließ dort seinen Namen ändern.

(...)

Hamburg im Oktober 1945: Der Zweite Weltkrieg ist vorbei, die Schreckensherrschaft des Führers ist beendet. Für einen Mann geht sie jedoch weiter. Alois Hitler, ehemaliger Berliner Kaufmann, der seit Kurzem in Hamburg Fuhlsbüttel lebt, ist gezeichnet. Sein Name macht ihn zum Feind. Er wendet sich deshalb mit einem Brief an die Hamburger Polizei: „Ich bin der Stiefbruder von Adolf Hitler“, steht darin, „mit diesem Schreiben bitte ich den Herrn Oberst und Kommandeur der Polizei Hamburg, meinen Familiennamen Hitler in Hiller umändern zu wollen.“

Als Begründung gibt er an, der Name erschwere ihm, seinen Beruf weiter auszuüben und stelle „eine Belastung im Umgang mit dritten Personen dar“. Dem Schreiben legte er eine Bescheinigung der englischen Militärbehörden bei, die ihn während einer vierwöchigen Haft überprüft und keine Verbindungen zu NSDAP oder SS festgestellt hatten. Die Behörden glauben Alois Hitler und bewilligen seinen Antrag – drei Wochen und 50 Reichsmark später wird aus dem kompromittierenden „Hitler“ der Name „Hiller“.

Auf die Geschichte von Alois Hitler stieß der Hamburger NS-Forscher Hans-Peter de Lorent im Staatsarchiv, während er für sein Buch „Täterprofile“ – ein Werk

über das Hamburger Bildungswesen im Nationalsozialismus – recherchierte. Bis dahin sei ihm überhaupt nicht bekannt gewesen, dass Hitler einen Halbbruder in Hamburg hatte. Halbbruder ist in diesem Zusammenhang die korrekte Bezeichnung: Laut Biografie hatten Alois und Adolf Hitler denselben Vater, weshalb die Bezeichnung „Stiefbruder“ nicht zutrifft.

Inzwischen hat de Lorent die Geschichte des ungleichen Geschwisterpaares umfassend recherchiert. Dass er zuvor nichts von der Hamburger Verwandtschaft des ehemaligen Diktators wusste, ist nicht überraschend – Adolf Hitler hielt Details über seine Familie stets geheim und ließ vor seinem Tod alle Familiendokumente verbrennen.

Geboren wurde Alois junior 1882 in Wien als uneheliches Kind von Alois Hitler senior und dessen späterer Ehefrau Franziska Matzelsberger. Durch die Heirat seiner Eltern 1883 wurde er legitimiert und zu Alois Hitler. Nachdem seine Mutter an Tuberkulose gestorben war, heiratete sein Vater 1885 Klara Plötzl, die Mutter von Adolf Hitler und seiner Schwester Paula.

Der kleine Alois hatte keine glückliche Kindheit, wie de Lorents Recherchen zeigen. Seine Stiefmutter zog ihre leiblichen Kinder ihm vor, sein jähzorniger Vater verprügelte ihn. Auch mit seinem Bruder Adolf gab es nur Ärger, oft steckte er Prügel für dessen Streiche ein. Bereits mit 14 Jahren zog Alois junior deshalb von zu Hause aus. Doch auch danach lief es für den Jungen nicht unbedingt rund. Er fing eine Kellnerlehre an und wurde zum Kleinkriminellen. Er saß mehrere Haftstrafen ab und wanderte 1905 nach Dublin und Liverpool aus, wo er sich mit Kellnerjobs und Betrügereien über Wasser hielt. Zehn Jahre und eine gescheiterte Ehe später ging er zurück nach Österreich und später nach Hamburg, wo er 1919 mit gefälschten Papieren Hedwig Mickley heiratet. Aus der Ehe geht Sohn Heinrich Hitler hervor. Sein Geld versucht Alois Hitler mit Rasierklingenhandel und Hühnerzucht zu verdienen. 1924 wird bekannt, dass er auch in Irland noch Frau und Kind hat. Er wird wegen Bigamie angeklagt, kommt jedoch mit einer Bewährungsstrafe davon. (...)

Als sein Halbbruder Adolf 1933 an die Macht kommt, eröffnen sich für Alois beruflich neue Möglichkeiten. Er geht nach Berlin und eröffnet dort das „Alois“, eine Gaststätte, die er mit Startkapital einiger NSDAP-Größen aufgebaut haben soll. Die Kneipe war ein bekannter Treffpunkt für ranghohe SA- und SS-Leute. Zum Geburtstag des Führers soll er das Schaufenster mit Edelweiß und Hitler-Bildern dekoriert haben. Später, nach dem Krieg, behauptete Alois Hitler bei seinem Antrag auf Namensänderung in Hamburg, er habe die Gaststätte aus eigener Kraft aufgebaut. Auch seine Mitgliedschaft in der NSDAP verschwie er.

Nachdem das Dritte Reich zusammengebrochen war, floh Alois mit seiner Frau Hedwig in einem SS-Lastwagen nach Hamburg, wo er 1947 den Entnazifizie-

rungsbogen ausfüllte. Er leugnete alle Verbindungen zur NSDAP und wurde als „entlastet“ eingestuft. Zeugen aus seiner Berliner Zeit meldeten sich jedoch beim Ausschuss und berichteten, was es mit der Kneipe „Alois“ in Wahrheit auf sich gehabt hatte. Alois Hiller (Hitler) ging daraufhin in die Offensive und wendete sich mit einer rührigen Geschichte an die Presse. Er habe keinerlei Beziehung zu seinem Halbbruder Adolf gehabt, heißt es darin, und er wolle auch nicht an diese Zeit erinnert werden. Trotzdem stuft ihn der Entnazifizierungsausschuss neu ein: von „entlastet“ in „minderbelastet“.

Es folgten Verhandlungen, in denen Alois Hiller (Hitler) angab, er leide unter Gedächtnisschwund, könne sich deshalb nicht mehr an die Angaben auf dem Fragebogen erinnern und habe ihn unabsichtlich falsch ausgefüllt. 1950 wurde er schließlich wieder als „unbelastet“ eingestuft und soll seitdem in einem Reihenhause in Hamburg-Fuhlsbüttel gelebt haben. Am 20. Mai 1956 starb Alois Hiller (Hitler) in der Hansestadt.

Anabela Brandao



Alois Hitler vor dem „Alois“ in Berlin, 1930er-Jahre

In vielen überregionalen und regionalen Zeitungen in Schleswig- Holstein wurde von unterschiedlichen Journalisten die Geschichte über Alois Hitler aus dem Band 1 „Täterprofile“ aufgegriffen, nach Gesprächen oder Interviews mit mir und Hinweisen auf das Buch und die Landeszentrale für politische Bildung. Ärgerlich war eine entsprechende Veröffentlichung in der „Hamburger Morgenpost“ am 27.11.2016, mit deutlichem Bezug auf meine Recherchen über Alois Hitler, ohne auch noch einen kleinen Hinweis darauf und die zugrunde liegende Veröffentlichung. Unprofessionell.

Einzelreaktionen

Bärbel Kretzer, geb. Grobmann geb. 13.9.1943

Hamburg, den 12. Juni 2016

Sehr geehrter Herr Dr. de Lorent,

in Ihrem kürzlich erschienenen Buch ist auch eine Biografie meines Vaters Alfred Grobmann veröffentlicht. Ich möchte Ihnen nicht nur danken, dass Sie dieses wertvolle und wichtige Werk geschaffen haben, sondern auch dafür, dass ich persönlich mehr Klarheit über das Leben meines Vaters in der Nazizeit erhalten habe.

Das Buch habe ich zum Anlass genommen, mit meinen Kindern (das Buch habe ich ihnen ausgehändigt) und vor allem mit meinen Enkelkindern über ihren Großvater bzw. Urgroßvater und die Zeit des 3. Reiches zu sprechen. Ich war überrascht, wie interessiert vor allem meine jugendlichen Enkelkinder waren und wie viele Fragen sie stellten. Mir war es besonders wichtig, ihnen deutlich zu machen, zu welchen fanatischen menschenverachtenden Ideologien und Taten Menschen fähig sind, welche Strukturen dazu führen können, und wie zerrissen Menschen auch sein können, denn meinen Vater, ihren Großvater, haben sie ebenso wie ich als liebevollen, netten, humorvollen, beliebten und sehr geselligen Menschen erlebt.

Auch in meiner Familie wurde über das Vergangenheitsthema so gut wie gar nicht gesprochen; ich habe auch nicht gefragt. Da ich selbst vor einigen Jahren einmal über das Leben meines Vaters recherchiert hatte, war mir vieles aus der von Ihnen geschriebenen Biografie bekannt. Besonders beschäftigt hat mich persönlich immer wieder, dass ich so einen ganz anderen Menschen als Vater erlebt habe, nämlich nicht, wie man/frau sich einen verbohrten und ewig gestrigen SS-Mann vorstellt, autoritär, konservativ, intolerant, wenig liberale Erziehungsmethoden, hart, emotionale Kälte, Andersdenkende ausgrenzend etc. und wie viele Anteile dieser Muster auch ich in mir tragen mag.



Alfred Grobmann, 1933

Ergänzend möchte ich nur noch bemerken:

1. Mein Vater führte nach dem Krieg einen falschen Namen, nämlich Gerhard Brandner. Der damalige Identitätsausweis (ich habe ihn in meinen Unterlagen) wurde am 2. Juni 45 in Linz/Donau ausgestellt. Gerhard Brandner soll, wie meine Recherchen ergaben, aus Wien zugereist gewesen sein. Ich habe nicht weiter nachgeforscht, nachdem einige Mails von mir an eine Adresse in Wien unbeantwortet blieben.

2. In Gefangenschaft war mein Vater m. W. nicht.

3. Während des Krieges war er einige Zeit in Prag, wie ich aus Briefen von ihm an meine Mutter lesen konnte. Die Briefe habe ich vernichtet. Was er dort gemacht hat, ging aus den Briefen nicht hervor. Einmal äußerte er allerdings eine deutliche Distanz zu Exzessen seiner Kameraden. Zugleich jedoch war er ständig in freudiger Erwartung, dass er Hitler vorgestellt werden sollte. Ich glaube, dass es dazu jedoch nie gekommen ist.

4. Mein Vater war Mitglied der Burschenschaft in einer schlagenden Verbindung gewesen. Ich habe nicht erlebt, dass er nach dem Krieg noch Kontakte gehalten hat.

5. Die private höhere Schule in Lüneburg, das Herder-Gymnasium, wurde von meinem Vater m. W. gegründet oder mitbegründet. Ich bin dort auch 1 oder 2 Jahre zur Schule gegangen. In Hamburg kam ich auf die Reformschule „Peter-Petersensen, heute Irene-Sendler Schule.“

6. Auf dem im Buch auf Seite 603 veröffentlichten Foto steht mein Vater in der letzten Reihe links außen, dunkler Anzug, dunkle Krawatte, also schräg hinter dem Lehrer mit dem hellen Anzug.

Mit nochmaligen Dank und einem guten Erfolg auch für den geplanten 2. Band

Bärbel Kretzer



Kollegium der Oberschule Eimsbüttel 1956:
Alfred Grobmann,
linksaußen stehend.

Jürgen Sielemann
Hamburg

Sehr geehrter Herr Dr. de Lorent,

ich habe Ihr Buch mit großer Spannung gelesen und bin sehr dankbar dafür. Als 1944 geborener Schüler des Gymnasiums St. Georg habe ich einige Lehrer „genossen“, die diesen Beruf nach meiner Ansicht niemals wieder hätten ausführen dürfen. Einer von ihnen war Erwin Zindler. In den Jahren 1957 und 1958 verbreitete er in den Fächern Deutsch und Latein Angst und Schrecken unter den Schülern der 7. und 8. Klasse, brüllte, drohte, und schlug auch hin und wieder. Schülern, die seine besondere Abneigung erregt hatten, behandelte er auf sehr hässliche Weise und gab ihnen fluchend zu verstehen, dass sie auf dieser Schule nichts zu suchen hätten. Das von Zindler verbreitete Klima der Angst ist mir unvergesslich. Ich höre ihn noch brüllen, indem er auf seine Faust zeigte: „Handschuhgröße Nummer 10!“

Auch einige andere Lehrer waren alles andere als Pädagogen. Immerhin verbreiteten sie nicht ein derartiges Angstklima wie Erwin Zindler. Dass er, wie Sie auf S. 25 schreiben, auch nach 1945 als inspirierender Lehrer hoch anerkannt und geschätzt war, kann ich aufgrund meiner Erlebnisse durchaus nicht nachvollziehen.

Ich bin gespannt auf Ihren zweiten Band!

Mit freundlichen Grüßen
Jürgen Sielemann 1.4.2016



Erwin Zindler, 1954

Klaus Lemitz am 23.3.2016 nach der Buchvorstellung:

Lieber Delo,

nach den erfreulichen Reden von Dir und Christa, habe ich mich heute bereits an die Lektüre Deiner umfangreichen Recherchen gemacht und als ehemaliger Schüler des Altonaer Gymnasiums, das nach dem Krieg zunächst von den Engländern besetzt gehalten wurde (wir Schüler teilten uns das Gymnasium an der damaligen Allee mit den „Mädchen“, wechselnd von Woche zu Woche im Vor- und Nachmittagsunterricht, wobei die Tintenfässer der alten Schulbänke dem Austausch von Liebesbriefen vorbehalten war). Der Einzug in den Hohenzollernring erfolgte m. E. nach 1956 oder 57. Nun schreibe ich Dir, weil ich den Direktor P. Meyer noch in sehr guter Erinnerung habe, und zwar als einen sehr menschlichen Direktor, dem ein sehr liebevoller und respektvoller Abschied zuteil wurde. Ich erinnere auch den eher spinnert anmutenden Chemielehrer Carstens und Herrn Dr. Stender, der uns mit seinem von ihm mitentwickelten Rechenschieber Aristoskolar den Mathematikunterricht vereinfachte und gelegentlich zu ansatzweise philosophischen Betrachtungen neigte. Von ihrer politischen Vergangenheit vor und während des Dritten Reiches hatten wir keine Ahnung. Auf dem Foto (8 Jahre später) erkenne ich weitere Studienräte, die mir das Leben nicht immer ganz leicht gemacht haben, ich ihnen aber auch nicht, denn obwohl ich ein ziemlich miserabler Schüler wurde, setzte ich mich sehr dafür ein, dass ein Denkmal, das überlebensgroß im Treppenaufgang einen Jüngling darstellte mit dem bekannten Spruch: „Deutschland muss leben, auch wenn wir sterben müssen“, endlich abgeschafft würde. Dem Kollegium in seiner Mehrheit schien das damals nicht zu gefallen.

Das war's !

Mit fröhlichen Ostergrüßen, Klaus L.



Lehrer Carstens in Uniform

Ratzburg, Juni 2016

Lieber Hans-Peter de Lorent,

einige Zeit vor meiner Verrentung verlegte mein Arbeitgeber den Betrieb von der Hamburger Innenstadt nach Fühlsbüttel. Ich fuhr nun täglich mit der U-Bahn am Krematorium Ohlsdorf mit seiner Turmuhr vorbei. Den unter der Uhr befindlichen Satz „...eine von diesen...“, von mir im Vorbeifahren aufgenommen, behielt ich im Gedächtnis. In meinem heutigen Alter gewinnt dieser Satz für mich zunehmend an Bedeutung und so treibt es mich, Dir für Deine jahrelangen Forschungsarbeiten, mündend im Buch „Täterprofile“, zu danken. Der Aufbau des Buches und die Einleitung in Deiner klaren Sprache waren für mich der rote Faden, der mich von der Zerschlagung des Hamburger Schulwesens von vor 1933, über den Anfang des „Tausendjährigen Reiches“, bis hin zu den einzelnen Täterprofilen und ihrer „Entnazifizierung“ führte. Einiger Namen erinnerte ich mich beim Lesen. Es ist zu tiefst beschämend, wie die meisten ihren frühen Eintritt in die NSDAP und ihre Gliederungen mit dem Argument „schlimmes für das Bildungswesen und damit für die ihnen anvertraute Schülerschaft zu verhindern“ begründen, sich aber nicht schämen, um den Preis von Intrigen und Denunziationen, die braune Karriereleiter so hoch wie möglich zu besteigen. Noch erbärmlicher ihr Verhalten nach dem Zusammenbruch der Nazi Herrschaft! Die Jagd nach den „Persilscheinen, die darauf fast immer folgende Einstufung als „Mittläuter“ und das Schachern um Wiedereinstellung und dreisten Forderungen nach hohen Gehaltsstufen oder finanzieller Entschädigung. In diesem Zusammenhang kommen mir Zweifel an der Person Fritz Köhne, den Dieter nach meiner Erinnerung geschätzt hat. Das Bild würde sicherlich ein anderes, wenn Dieter gewußt hätte, mit welcher Großzügigkeit Köhne nach 45 durch sein Zeugnis auch strammen Parteimitgliedern zu einer „weißen Weste“ verholfen hat. – Lieber Hans-Peter, Dein in jahrelanger Arbeit entstandenes auf Fakten beruhendes Werk, ist für nachfolgende Generationen unverzichtbar. Hierfür schulden wir alle Dir Dank.

Gerda Rothenberg

Anhänge

Abkürzungen

ADLV	Allgemeiner Deutscher Lehrerinnenverein	IfL	Institut für Lehrerfortbildung
BArch	Bundesarchiv Berlin	KdF	Kraft durch Freude
BDC	Berlin Document Center	KLV	Kinderlandverschickung
BDM	Bund deutscher Mädel	LBA	Lehrerbildungsanstalt
DAF	Deutsche Arbeitsfront	LUB	Landesunterrichtsbehörde
DJ	Deutsches Jungvolk	Lvz	Lehrerverzeichnis
DLV	Deutscher Lehrerverein	NSFK	Nationalsozialistischer Fliegerkorps
FR	Frankfurter Rundschau	NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps
GdF	Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens	NSLB	Nationalsozialistischer Lehrerbund
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft	NSSTB	Nationalsozialistischer Studentenbund
GHR-Schule	Grund-, Haupt- und Realschule	NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
HA	Hamburger Anzeiger	OfJ	Oberschule für Jungen
HAZ	Hamburger Allgemeine Zeitung	OfM	Oberschule für Mädchen
HC	Hamburgischer Correspondent	OSB	Oberschulbehörde
HE	Hamburger Echo	OSR	Oberschulrat
HF	Hamburger Fremdenblatt	REM	Reichserziehungsministerium
HLZ	Hamburger Lehrerzeitung	SA	Sturmabteilung
HN	Hamburger Nachrichten	SS	Schutzstaffel
HR-Schule	Haupt- und Realschule	StAHH	Staatsarchiv Hamburg
HT	Hamburger Tageblatt		

Literaturverzeichnis

- 19 Tage Hamburg. Ereignisse und Entwicklungen der Stadtgeschichte seit den fünfziger Jahren, hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg 2012
- 75 Jahre Schullandheim Hoisdorf, Festschrift zum Jubiläum 1922–1997, herausgegeben vom Verein der Freunde des Albrecht-Thaer Gymnasiums (Schullandheim Hoisdorf) e. V., Hamburg 1997
- 100 Jahre Matthias-Claudius-Gymnasium. 1872–1972, Festschrift, Hamburg 1972
- 100 Jahre Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Hamburg 1992
- 150 Jahre Gesellschaft der Freunde, Hamburg 1950
- 150 Jahre staatliche berufsbildende Schulen in Hamburg, Festschrift, Hamburg 2015
- Ahrens, Michael: Die Briten in Hamburg. Besatzerleben 1945–1959, Hamburg 2011
- Andersen, Anni/Biedermann, Annemarie: Von der „Gesellschaft“ 1933 zur „Gesellschaft“ 1945, in: 175 Jahre Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens, Hamburg 1980; abgedruckt auch unter: Annemarie Biedermann: Als Sekretärin im NSLB, in: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.). „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 127 ff.
- Arp, Wilhelm: Das Staatsbewußtsein. Ein Beitrag zur Bildungspsychologie, Hamburg 1930

- Arp, Wilhelm: Das Bildungsideal der Ehre, Bayreuth 1939
- Bajohr, Frank: Hamburgs „Führer“. Zur Person und Tätigkeit des Hamburger NSDAP-Gauleiters Karl Kaufmann (1900–1969), in: Hamburg im Dritten Reich. Sieben Beiträge, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg 1998, S. 119–148
- Brix, Barbara: „Land, mein Land, wie leb' ich tief in dir“. Dr. Walter Bacher – Jude, Sozialdemokrat, Lehrer an der Klosterschule, Hamburg 1997
- Ellger-Rüttgardt, Sieglind: Pädagogisches Handeln in gesellschaftlicher Verantwortung. Festschrift für Walter Bärsch, Hamburg 1994
- Festschrift für Eduard Spranger, herausgegeben von Hans Wenke, Leipzig 1942
- Fischer, Hans: Völkerkunde, in: Eckart Krause, Ludwig Huber, Holger Fischer (Hrsg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“. Die Hamburger Universität 1933–1945, Berlin und Hamburg 1991
- Fischer, Torben/Lorenz, Matthias N. (Hg.): Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, Bielefeld 2007
- Flitner, Wilhelm: Erinnerungen 1889–1940, Paderborn; München; Wien; Zürich 1986
- Goetsch, Karlheinz/Köpke, Andreas (Hg.): Schule neu denken und gestalten. Schulreform in Hamburg – Beispiele aus der Praxis. Hamburg 1994
- Grabitz, Helga/Johe, Werner: Die Freie und Hansestadt Hamburg 1933–1945, Hamburg 1995
- Groschek, Iris: Unterwegs in eine Welt des Verstehens. Gehörlosenbildung in Hamburg vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart, Hamburg 2008
- Hoch, Gerhard: Yvonne Mewes: „Warten, daß ich mich ins Unrecht setze ...“, in: Ursel Hochmuth/Hans-Peter de Lorent (Hg.): Hamburg. Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 259ff.
- Hoch, Gerhard: „Defaitistische Gedanken“. Der Fall des Gewerbeoberlehrers Gustav Holler, in: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.). „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 179ff.
- Hochmuth, Ursel/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): Hamburg. Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985
- Horn, Klaus-Peter: Pädagogische Zeitschriften im Nationalsozialismus. Selbstbehauptung, Anpassung, Funktionalisierung, Weinheim 1996
- Hüttenberger, Peter: Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969
- Joost, Heike: Die Grundlagen der NS-Schulpolitik in Bezug auf die Sonderschulen, in: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 215.
- Heilwig-Gymnasium, Festschrift zum 100-jährigen Bestehen, Hamburg Oktober 1981
- Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Koblenz 2013
- Kopitzsch, Franklin/Brietzke, Dirk (Hg.): Hamburgische Biographie, Personenlexikon, Band 1 (Hamburg 2001); Band 2 (Hamburg 2003); Band 4 (Hamburg 2008); Band 5 (Hamburg 2010); Band 6 (Hamburg 2012)
- Kraas, Andreas: Lehrerlager 1932–1945. Politische Funktion und pädagogische Gestaltung, Bad Heilbrunn 2004
- Krämer-Kilic, Inge: Adolf Lambeck – ein strammer Nazi und verdienter Leiter einer Hamburger Sprachheilschule bis 1950? bidok - Bibliothek, <http://bidok.uibk.ac.at.library/kilic-lambeck.html>
- Krämer-Kilic, Inge/Hauschild, Hendrik: „Du stotterst ja!“: Sprachbehindertepädagogik im Nationalsozialismus. Eine exemplarische Betrachtung der Hamburger Verhältnisse, Münster 2000
- Krause, Eckart/Huber, Ludwig/Fischer, Holger (Hg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“, Die Hamburger Universität 1933–1945, Hamburg 1991
- Lehberger, Reiner/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986.
- Lehberger, Reiner: Der „Umbau der Hamburger Volksschule“, in: Lehberger, Reiner/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 15–33
- Lehberger, Reiner: Einflüsse der Reformpädagogik auf das Hamburger Regelschulwesen in der Weimarer Republik, in: Hans-Peter de Lorent/Ullrich, Volker: Der Traum von der freien Schule, Schule und Schulpolitik in Hamburg während der Weimarer Republik, Hamburg 1988, S. 118ff.
- de Lorent, Hans-Peter: Täterprofile. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz, Bd. 1, Hamburg 2016
- de Lorent, Hans-Peter: Rädchen im Getriebe, in: Lehberger, Reiner/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 191ff.

- de Lorent, Hans-Peter: „Laßt hinter Euch die Welt des Intellektes“. Der nationalsozialistische Lehrerbund, in: Lehberger, Reiner/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 119–124
- de Lorent, Hans-Peter/Ullrich, Volker (Hg.): Der Traum von der freien Schule. Schule und Schulpolitik in Hamburg während der Weimarer Republik, Hamburg 1988
- de Lorent, Hans-Peter: Schule ohne Vorgesetzte, Hamburg 1992
- Malinowski, Stephan: Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat, Berlin 2003
- Milberg, Hildegard: Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft. Die politischen und sozialen Aspekte der Schulreform in Hamburg 1890–1935. Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg Band VII, Hamburg 1970
- Milberg, Hildegard: Oberlehrer und höhere Schulen, in: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 197f.
- Mittag, Tobias: Zur Geschichte der deutschen Schullandheimbewegung von den Anfängen in der Weimarer Republik bis zur Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, unter besonderer Berücksichtigung Heinrich Sahrhages. Hausarbeit zur ersten Staatsprüfung, Hamburg 1994
- Moews, Evelin: Erna Stahl: „Sie war immer auch der Regisseur.“, in: Ursel Hochmuth/Hans-Peter de Lorent (Hg.): Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985
- Moser, Helmut: Zur Entwicklung der akademischen Psychologie in Hamburg bis 1945. Eine Kontrast-Skizze als Würdigung des vergessenen Erbes von William Stern, in: Eckart Krause, Ludwig Huber, Holger Fischer (Hg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“, Die Hamburger Universität 1933–1945, Teil I, Hamburg 1991 S. 483ff.
- Nicolaysen, Rainer: „Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren.“ Ein Hamburger Studentenprotest trifft den Nerv der Ordinariatsuniversität, in: 19 Tage Hamburg. Ereignisse und Entwicklungen der Stadtgeschichte seit den fünfziger Jahren, hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg 2012
- Ortmeyer, Benjamin: Mythos und Pathos statt Logos und Ethos. Zu den Publikationen führender Erziehungswissenschaftler in der NS-Zeit: Eduard Spranger, Helmut Nohl, Erich Weniger und Peter Petersen, Weinheim und Basel, 2010
- Ortmeyer, Benjamin (Hg.): Hans Wenke Berichte über „Die pädagogische Lage in Deutschland“ (Februar 1934 bis Mai 1942), Dokumentation ad fontes XII, Fachbereich Erziehungswissenschaften Goethe-Universität Frankfurt am Main 2014
- Saß, Johannes: Die Elbe von Hamburg bis Cuxhaven, Himmelheber-Verlag, 1931
- Schmidt, Uwe: Aktiv für das Gymnasium. Hamburgs Gymnasien und die Berufsvertretung ihrer Lehrerinnen und Lehrer von 1870 bis heute, Hamburg 1999
- Schmidt, Uwe: Lehrer im Gleichschritt. Der Nationalsozialistische Lehrerbund Hamburg, Hamburg 2006
- Schmidt, Uwe: Nationalsozialistische Schulverwaltung in Hamburg, Hamburg 2008
- Schmidt, Uwe: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010
- Schott, Susanne: Curt Rothenberger – eine politische Biografie, Dissertation an der Martin Luther Universität Halle-Wittenberg 2001
- Schule Altonaer Straße 100 Jahre, 1884–1984, Festschrift, Hamburg 1984
- Steenbock, Kristina: Gesellschaft der Freunde. Die Gewerkschaft der Lehrer wird gleichgeschaltet in: Hochmuth, Ursel/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 12–17
- Storjohann, Uwe: „Hauptsache überleben“, Hamburg 1993
- Thielicke, Helmut: Zu Gast auf einem schönen Stern. Erinnerungen, Hamburg 1984
- Thies, Heinrich: „Mein Herz gib wieder her: Lisa und Hermann Löns“, Springe 2016
- Weiß, Hermann (Hrsg.): Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt am Main 2002
- Wenke, Hans: Zur Philosophie des totalen Krieges, in: Festschrift für Eduard Spranger, hg. von Hans Wenke, Leipzig 1942
- Wilhelm-Gymnasium Hamburg. Eine Dokumentation über 100 Jahre Wilhelm-Gymnasium, hg. von Peter-Rudolf Schulz, Hamburg 1981
- Wilhelm-Gymnasium Hamburg. Festschrift zum 125jährigen Jubiläum 2006
- Zeidler, Kurt: Pädagogischer Reisebericht durch acht Jahrzehnte, Hamburg 1975
- Zieske, Lothar: „Die Reformbedürftigste von allen?“ Untersuchungen zu Wandlungsprozessen in der philosophischen Fakultät der Universität Hamburg Mai 1967 bis Dezember 1969, Hamburg 2014

- Andreas Hamm Seite 49
- Ann-Britt Petersen Seite 823
- Arie Goral: „An der Grenzscheide. Kein Weg als Jude und Deutscher?“ Seite 233
- Bundesarchiv Seiten 84, 195, 203, 303, 310, 383, 386, 477, 541, 573, 639, 849, 852
- Debeka Archiv Seite 799
- Denkmalschutzamt Bildarchiv Titelseite
- Diesterweg Stiftung Hamburg Seite 702
- Festschrift 75 Jahre Schullandheim Hoisdorf Seite 286
- Festschrift 100 Jahre Schule Altonaer Straße Seiten 442, 443,
- Festschrift 100 Jahre Hansaschule Seiten 621, 622, 640,
- Festschrift 100 Jahre Luisenschule Seiten 496, 507, 529
- Festschrift 125 Jahre Klosterschule Seite 371
- Hamburger Schulmuseum Seiten 177, 323, 325, 331, 335, 413, 435, 436, 536, 649
- HLZ – Archiv Seiten 24, 39, 40, 216, 266, 827
- Johanneum – Archiv Seite 597
- Matthias-Claudius-Gymnasium – Archiv Seiten 318, 376
- Universitätsarchiv Bochum Seite 225
- Wicherschule Archiv Seiten 253, 311, 580, 583, 584
- Wilhelm-Gymnasium 1881–1981 Seiten 671, 850
- Staatsarchiv Hamburg Seiten 28, 52, 55, 125, 165, 258, 296, 347, 361, 418, 452, 464, 466, 511, 561, 565, 601, 661, 679, 699, 705, 725, 729, 851
- Stadtarchiv Cuxhaven Seite 188

Alle anderen aus Privatbesitz.

Höhere Schulen in Hamburg

Albrecht-Thaer-Ofj, Holstenglacis (St.Pauli) (*1873)

Bis 1937 Thaer-Oberrealschule vor dem Holstentor; gegr. 1873 als Höhere Bürgerschule, später Oberrealschule vor dem Holstentor; 1920 Benennung Albrecht-Thaer-Schule; 1957 Albrecht-Thaer-Gymnasium.

Oberschule fJ und Mädchen (sprachl. Form) im Alstertal, Erdkampsweg 89 (Fuhlsbüttel) (*1924)

Bis 1937 Oberrealschule im Alstertal; gegr. 1924 als Realschule; 1937 Ofj und OfM unter gemeinsamer Leitung, 1940 getrennte Schulen für Jungen und Mädchen; ab 1953 schrittweise Wiedereinführung der Koedukation, zunächst an der Mädchenschule; 1958 Umbenennung in Albert-Schweitzer-Schule, später Albert-Schweitzer-Gymnasium. Umbenennung der früheren Jungenschule in Gy Alstertal.

OfM in Altona (sprachl. Form), Allee 99 (Altona-Nord) (*1876)

Bis 1937 Mädchen-Realgymnasium Altona; gegr. 1876, Vollanstalt als zehnklassige Städtische Höhere Töcherschule; 1889–1926 Angliederung eines Lehrerinnenseminars, preußisches Lyzeum und Oberlyzeum; 1922 Realgymnasium fM; 1957 GyfM Altona; 1972 nach Einführung der Koedukation Benennung als Gymnasium Allee, Altona.

Ofj in Altona, Hohenzollernring 57 (Ottensen) (*1882)

Bis 1937 Oberrealschule Altona; gegr. 1882 als Realschule; 1955–1957 Rückkehr in das bis dahin von der britischen Besatzungsmacht als Lazarett genutzte Schulgebäude; 1957 GyfJ Altona; 1968 nach Einführung der Koedukation Gy Altona.

Ofj an der Armgartstraße, Armgartstraße 24 (Uhlenhorst) (*1834)

Bis 1937 Realgymnasium des Johanneums; gegr. 1834 als Realschule an der Gelehrtenschule des Johanneums; 1905 Umzug in das Schulgebäude Armgartstraße 24; 1943.06.03. Umbenennung in Joachim-Jungius-Schule; 1943 teilweise zerstört, nach 1945 Wiederaufbau; 1945 Vereinigung mit der Realschule Hamm zur OfJ Armgartstraße; 1949.16./17.09. als selbständige Schule verlegt in das Gebäude des Gymnasiums St. Georg, Bülastraße 30; 1950 geschlossen (Einbeziehung in das Gymnasium St. Georg).

Ofj in Barmbek, Osterbekstraße 107 (*1907)

Bis 1937 Realgymnasium und Realschule; gegr. 1907 als Realschule; Vollanstalt als Oberrealschule 1925; 1945 Zusammenschluss mit der OfJ auf der Uhlenhorst zur Oberschule; seit 1957 zum Gy. Uhlenhorst-Barmbek.

Bismarck-Schule, OfJ, Bogenstraße 59 (Eimsbüttel) (*1906)

Bis 1937 Bismarck-Oberrealschule; gegr. 1906 als Realschule, später Oberrealschule an der Bogenstraße; 1933 Umbenennung in Bismarck-Oberrealschule; 1957 Bismarck-Gymnasium; ab 1972 Oberstufen-Kooperation mit den benachbarten Schulen Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer und Helene-Lange-Gymnasium (Eimsbütteler Modell); als selbständiges Gymnasium aufgegeben 1997.

Ofj in Blankenese, Kirschtenstraße 1 (*1892)

Bis 1937 Städt. Reform-Realgymnasium mit Realschule Altona-Blankenese; gegr. 1892; Vollanstalt 1914; 1957 Gymnasium Blankenese.

Christianeum in Altona, Oberschule und Gymnasium fJ, Roonstraße 200 (*1738)

Bis 1937 staatliches Gymnasium und Realgymnasium Christianeum der Stadt Altona; 1936 Umzug aus der Altonaer Innenstadt in die frühere Pädagogische Akademie in Othmarschen; 1971 abermaliger Umzug vom Gebäude Behringstraße 52 (aufgegeben wegen Bau der Autobahn A 7) Neubau Otto-Ernst-Straße.

Ofj in Eilbek, Uferstraße 9 (Hohenfelde)

Von 1933 bis 1927 Oberrealschule; 1933 Zusammenschluss der 1892 gegr. Realschule Eilbek (Ritterstraße 44) mit der 1916 gegr. Realschule Uferstraße zur Oberrealschule Eilbek im Gebäude Uferstraße (Nutzung des Gebäudes Ritterstraße 44 als Amtswalterschule/Gauführungsschule der NSDAP, 1943 zerstört); 1943 Zerstörung des Gebäudes Uferstraße; 1945 als höhere Schule aufgegeben.

Ofj in Eimsbüttel, Kaiser-Friedrich-Ufer 6 (*1892)

Bis 1937 Oberrealschule; 1912 Einzug in das Gebäude Kaiser-Friedrich-Ufer; 1914–1919 Nutzung als Lazarett mit Auslagerung der Schule; 1957 GyfJ in Eimsbüttel; 1972 gemeinsame integrierte Oberstufe mit dem Helene-Lange-Gymnasium im „Eimsbütteler Modell“ (im Gebäude des früheren Bismarck-Gymnasiums).

Emilie-Wüstenfeld-Schule, OfM (sprachl. Form), Bundesstraße 78 (Eimsbüttel)

Bis 1937 Realschule und deutsche Oberschule fM; 1943 Notquartier für Bombengeschädigte; Auslagerung in das Schulgebäude Bogenstraße 32 (heutiges Helene-Lange-Gymnasium); erst 1953 Rückkehr in das eigene Schulgebäude nach Räumung durch Mitbenutzer (z. B. Bezirksamt Eimsbüttel); 1965 Doppelanstalt zusammen mit dem Gymnasium Bundesstraße 78 (siebenstufiges und Aufbaugymnasium); 1968 Zusammenführung der beiden Schulen unter dem Namen Emilie-Wüstenfeld-Gymnasium und Auslaufen der Klassen 5/6; Wiedereinführung des neunstufigen Gymnasiums 1996.

Ofj in Eppendorf, Hegestraße 35 (*1904)

Bis 1937 Oberrealschule in Eppendorf; gegr. als Realschule, Vollanstalt als Oberrealschule 1911; Gy Eppendorf 1957.

OfM in Groß-Flottbek (hausw. Form), Klaus Groth-Straße 1 (Othmarschen) (*1901)

Bis 1937 Städtisches Bertha-Lyzeum Altona-Großflottbek (sechsstufiger Lehrgang bis zur Obersekundareife); 1916–1938 Bertha-Lyzeum (nach der Gründungsschulleiterin Bertha Uhl); 1938 Vollanstalt; 1957 Gy Großflottbek, 1959–1966 schrittweise Übersiedlung in das heutige Schulgebäude Hochrad als Gy Hochrad.

Hansa-Schule in Bergedorf, OfJ, Bismarckstraße 25 (*1883)

Bis 1937 Hansaschule, Gymnasium und Oberrealschule; 1914 Einzug in das jetzige Schulgebäude (errichtet 1912–1914).

Hansa-Schule, OfM (sprachl. Form), Bogenstraße 32 (Eimsbüttel) (*1910)

Bis 1937 Hansa-Oberrealschule; gegr. als höhere Mädchenschule auf dem rechten Alsterufer (später Lyzeum Hansastraße); 1927 Umbenennung in Helene-Lange-Schule; 1933 abermalige Umbenennung in Hansa-Oberrealschule; 1945 Rückbenennung in Helene-Lange-Schule; 1957 Helene-Lange-Gymnasium; seit 1972 integriertes Oberstufenmodell mit dem Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer („Eimsbütteler Modell“).

Heilwig-Schule, OfM (hausw. Form), Isestraße 146 (Harvestehude) (*1881)

Bis 1939 anerkannte private Oberschule fM (Klasse 1–6 hausw. Form); 1939 Verstaatlichung und Zusammenschluss mit der Privatschule Henckel-Berblinger zur Heilwigsschule, OfM; bis 1966 Unterbringung in zwei ursprünglichen Wohnhäusern Isestraße 144 und Harvestehuder Weg 65; 1966 Umzug in das heutige Schulgebäude Wilhelm-Metzger-Straße 4.

Johanneum, Gymnasium fJ, Maria-Louisen-Straße 114 (Winterhude) (*1529)

Bis 1937 Gelehrtenschule des Johanneums; 1914 Umzug des Johanneums in den Schumacherbau an der Maria-Louisen-Straße.

Kirchenpauer-Schule, OfJ, Hammer Steindamm 123 (Hamm) (*1914)

Bis 1937 Kirchenpauer-Realgymnasium; 1943–1956 ganz oder teilweise ausgelagert ins Gebäude der Caspar-Voght-Schule, 1959 Rückkehr als Kirchenpauer-Gy ins eigene Gebäude; 1982 zunächst zusammengelegt mit dem Caspar-Voght-Gy, dann 1987 mit dem Gy Borgfelde, die später zusammengeschlossen wurden zum Gymnasium Hamm.

Klosterschule, OfM (sprachl. Form), Westphalensweg 1 (St.Georg) (*1872)

Bis 1937 Realschule, Realgymnasium und Deutsche Oberschule fM; gegr. als Unterrichtsanstalt des Klosters St. Johannis (Höhere Mädchenschule mit Lehrerinnenseminar) am Holzdamm; Ausbau zur Vollanstalt ab 1910 mit realgymnasialem Zweig; ältestes Gymnasium für Mädchen in Hamburg; 1923 Verstaatlichung; 1934 Zusammenlegung mit der Deutschen Oberschule am Lübeckertorfeld (DOL) in deren 1923 von Kurt Schumacher errichteten Gebäude am Westphalensweg unter dem Namen „Klosterschule“; 1957 Gymnasium Klosterschule.

OfM am Lerchenfeld (sprachl. Form), Lerchenfeld 10 (Hohenfelde) (*1910)

Bis 1937 Mädchenoberrealschule; gegr. als Lyzeum auf dem linken Alsterufer („Staatliche höhere Mädchenschule am Lerchenfeld“); 1921–1935 päd. Seminar für Lehramtsanwärterinnen abgeschlossen; 1922 Oberrealschule fM; 1958 Gymnasium fM; 1970 mit Einführung der Koedukation Gy Lerchenfeld.

OfJ in Lokstedt, Friedhofstraße (*1925)

Bis 1937 Realschule in Niendorf; gegr. 1925 als private Mittelschule in Lokstedt; 1932 Ausbau zur privaten preußischen Realschule in Niendorf; 1934/1936 schrittweise Unterstellung unter staatliche Schulaufsicht; 1937 OfJ Lokstedt; 1960/61 Gy Bondenwald in neuem Gebäude.

Luisen-Schule in Bergedorf, OfM (sprachl. Form), Reinbeker Weg 76 (*1888)

Bis 1937 Realschule und Deutsche Oberschule fM; 1957 Luisen-Gymnasium.

Matthias-Claudius-Schule in Wandsbek, Oberschule und Gymnasium fJ, Witthöftstraße (*1872)

Bis 1937 Gymnasium und Realgymnasium; 1930 Ausbau der Realschule zum Reform-Realgymnasium; 1938 OfJ in Wandsbek (ohne altsprachlichen Zweig); 1943 teilweise Zerstörung des Hauptgebäudes und Auslagerung an die OfJ in Rahlstedt; 1949–1950 Wiederherstellung des Hauptgebäudes, 1954 Wiedereinrichtung des altsprachlichen Zweiges.

Richard-Wagner-Schule, Oberschule in Aufbauform für Jungen und Mädchen, Felix-Dahn-Straße 7 (Eimsbüttel) (*1922)

Bis 1937 Aufbauschule; gegr. als Deutsche Oberschule für Absolventen der Volksschule, die nach der 7. Klasse aus dem Oberbau der Volksschule auf die höhere Schule übertreten (Hohe Weide/Anna-Wohlwill-Straße); 1932 umbenannt in Gerhart-Hauptmann-Schule; 1933 in Richard-Wagner-Schule; 1939 geschlossen. Das Gebäude wird heute vom Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung genutzt.

OfJ in Rothenburgsort, Marckmannstraße 127–129 (*1914)

Bis 1937 Realschule; 1941 Räumung des Gebäudes zugunsten der Erweiterung des Kinderkrankenhauses Rothenburgsort; Verlegung an die Hindenburgschule und nominelle Weiterführung der Schule am Brekelbaums Park; 1945 aufgegeben.

Schlee-Schule in Altona, OfJ, Heinrich-Lohse-Straße 151 (*1871)

Bis 1937 städtische Schlee-Reformschule, Königstraße 151; gegr. als Realschule; 1943 Zerstörung des Schulgebäudes durch Bomben; 1957 Schlee-Gymnasium (ab 1971 Ernst-Schlee-Gymnasium); ab 1988 wegen zu geringer Anmeldezahlen Auslaufen der Schule; 1997 Schließung der Schule.

OfJ am Stadtpark, Vossberg 23 (Winterhude) (*1878)

Zusammenschluss aus den bis 1937 bestehenden Schulen Heinrich-Hertz-Realgymnasium (gegr. 1878 als Realschule) und Lichtwarkschule (gegr. 1920). – HHRG: 1937 Reduzierung auf eine OfJ im Gebäude der bisherigen Lichtwarkschule und Verteilung der Schülerinnen auf andere Oberschulen; 1945 Wiederherstellung des Namens Heinrich-Hertz-Schule; 1968 zusammen mit den beiden Volksschulen am Voßberg umgewandelt in eine kooperative Gesamtschule mit gymnasialem Zug.

OfJ in St. Georg, Bülastraße 30 (*1905)

Bis 1937 Oberralschule; gegr. als Realschule. zunächst in den vom Realgymnasium des Johanneums aufgegebenen Räumen im Gebäude des heutigen Museums für Kunst und Gewerbe am Hauptbahnhof; ab 1945 auch wieder Unterricht im stark beschädigten Gebäude Bülastraße 30, das ab 1948 wieder ganz zur Verfügung steht; 1957 Gymnasium St. Georg; 1959 Unterbringung des neu gegründeten Abendgymnasiums im Schulgebäude; ab 1966 Verlegung nach Horn unter Beibehaltung des Namens.

OfJ auf der Uhlenhorst, Awerhoffstraße 38 (*1896)

Bis 1937 Oberrealschule; 1943 Zerstörung des Schulgebäudes; 1945 Zusammenlegung mit der OfJ Barmbek zur OfJ, später Gymnasium Uhlenhorst-Barmbek an deren Standort Osterbekstraße.

OfM in Wandsbek (sprachl. u. hausw. Form), Neumann-Reichardt-Straße 20–22 (*1916)

Bis 1937 Oberlyzeum; 1945 Umbenennung der OfM Wandsbek in Charlotte-Paulsen-Schule; 1971 in Charlotte-Paulsen-Gymnasium.

Walddörferschule in Volksdorf, OfJ und OfM (sprachl. Form), Im Allhorn 50 (*1928/1930)

Bis 1937 Realschule mit Realgymnasium und Deutsche Oberschule; gegr. als Walddörferschule; 1940 Trennung in Oberschule für Jungen und Oberschule für Mädchen; 1945 Zusammenführung der beiden Schulen und Wiedereinführung der Koedukation; 1971 Walddörfer-Gymnasium.

Wilhelm-Gymnasium für Jungen, Moorweidenstraße 40 (Rotherbaum) (*1881)

Bis 1937 Gymnasium und Deutsche Oberschule; gegr. als zweite Althamburger Gelehrtenschule für Jungen; 1885 Einzug in das Gebäude Moorweidenstraße (heutiger Altbau der Staats- und Universitätsbibliothek); 1943 geschlossen; 1945 wiedereröffnet als Gastschule im Gebäude der Albrecht-Thaer-Schule; 1952 verlegt in das Gebäude des heutigen Gymnasiums Kaiser-Friedrich-Ufer; 1964 Neubau in Harvestehude Klosterstieg 17.

Wichern-Schule (Horn) (*1874)

Bis 1939 „halböffentliche Realschule“; gegr. als Schule des Rauhen Hauses in Kombination von Elementarschule, Progymnasium, Realgymnasium und Realschule; 1888 Benennung der Schule als Paulinum; 1927 Umbenennung in Wichernschule; 1931 Anerkennung als Oberrealschule; 1939 Verstaatlichung, später Beschlagnahme des Schulgeländes für eine am Standort errichtete SS-Internatsschule; 1943 Zerstörung der Schulgebäude durch Bomben; 1957 Neugründung als evangelische Privatschule, die Grundschule, Haupt- und Realschule und Gymnasium (1963 staatlich anerkannt) in einem Verbund zusammenfasst.

Namensverzeichnis

- Ackermann, Gertrud, geb. Opel** 579, 584f.
 Ackermann, Richard 249, 252–258, 311, 316, 473, 578–586
 Adams, Kurt 388
 Adenauer, Konrad 815
 Adler, Alfred 350, 744
 Adorno, Theodor 780
 Ahrens, Georg 61
 Ahrens, Heinrich 710
 Albers, Detlev 228
 Albers, Friedrich 381f., 646–657
 Albers, Gertrud, geb. Wiese 647
 Albrecht, Karl 266, 352
 Albrecht, Martin 623
 Albrecht, Reinhard 382
 Allwörden, Wilhelm von 28, 54, 67, 159, 203, 360, 371, 499ff.
 Altenburg-Hack, Thorsten 828
 Andersen 61
 Anschütz, Georg 85, 643
 Appenrade, von 386
 Arendt, Hannah 773, 833
 Armstrong, Louis 21
 Armytage, Hugh 76
 Arndt, Ernst Moritz 242
 Arp, Mariechen 267, 278, 281f.
 Arp, Wilhelm 31, 264–283, 290, 810
 Aust, Alfred 534–549
 Ax, Wilhelm 674
- Bacher, Walter** 361, 371f.
 Backeberg, G. H. W. 171, 444, 446, 481f.
 Baeumler, Alfred 243
 Bajohr, Frank 85, 136
 Bake, Rita 37, 41, 822f., 829
 Ballerstaedt, Richard 799, 802ff., 813ff.
 Bamberger-Stemmann, Sabine 829
 Bargstädt, Gertrud, geb. Toepffer 51, 58f., 61, 63, 72
 Barrelet, Adelheid 450–462
 Barrelet, Edouard 450
 Barrelet, Mary Adelaide, geb. Walbaum 450
 Barrelet, Sophie 266, 274, 440, 450, 452f.
 Bärsch, Walter 33–50
 Bartels, Wilhelm 473
 Battes 669
 Batz, Michael 827
 Bauer, Fritz 781
 Bazoche, Torsten 598
 Beck, Heinz 437
 Becker, Hellmuth 501
 Becker, Herbert Theodor 803f.
 Beckmann, Emmy 99, 166, 181, 198, 370, 430ff., 451, 460, 510, 802, 804, 810
 Beermann, Gretchen, geb. Toepffer 58f.
 Beermann, Wolfgang 58f.
 Beling, Otto 24
 Behlmer, Gert Hinnerk 228
 Behn, Walter 829
 Behne, Walter 33, 91, 102, 132f., 135, 138f., 188, 192, 250, 412, 472, 474, 503, 521, 591, 600, 602, 606f., 630, 632, 644, 825
 Behnken, Heinrich 390
 Behren, Friedrich von 576
 Behrens 195f.,
 Benz, Wolfgang 823
 Bernhardt, Wilhelm 32
 Besser, Luise 457
 Best, Werner 30, 658, 663, 665f.
 Bethge, Fritz 77
 Beza, Jutta 523
 Bieber, Anita, geb. Renneberg 314
 Bieber, Herbert 32, 121, 302ff., 309–321, 376, 600
 Biermann-Ratjen, Hans-Harder 76
 Bierwirth, Reinhold 32, 434–438
 Birkel, Ernst 662, 667f., 673
 Bismarck, Otto von 242, 692, 720, 745
 Bloch, Ernst 835
 Blume, Carl 648f.
 Blümel, Wilhelm 435f.
 Bock, Rudolf 799f.
 Böckenhauer, Alma, geb. Kleist 202, 206
 Böckenhauer, Fritz 201
 Böckenhauer, Johannes 29, 201–207, 304,
 Böe, Heinrich 180f., 573–577
 Boenisch, Peter 48
 Boer, H. A. de 655
 Bömer, Franz 30f., 658–677, 683,
 Bondy, Curt 760f., 769, 779f., 783, 789
 Borchling, Conrad 477, 490, 494
 Borgemeim (Wachtmeister) 134
 Bormann, Martin 370
 Brand, Kurt 413f.
 Brandao, Anabela 848
 Brandner, Gerhard 850
 Brandt, Amandus 254
 Brandt, Kurti 412
 Brauer, Max 101, 318, 427, 839, 845
 Brecht, Bertolt 835
 Breckling, Theodor 287
 Brenke, Rudolf 332
 Brentano, Clemens von 261, 815
 Brix, Barbara 371
 Brockmüller, Walter 318, 376
 Broscheit, Louise 356, 610
 Bruch, Gunther 624, 634
 Brüggemann, Otto 710–713, 721
 Brunckhorst, Hans 181, 342, 568, 573ff., 694, 733
 Brüning, Heinrich 94
 Brunswik, Egon 743f., 747, 749
 Brusberg, Ingeborg 105
 Buber, Martin 365, 760
 Bucerius, Gerd 192
 Buck, Gunter 648
 Bühler, Charlotte 747ff., 753, 760, 769
 Bühler, Ingeborg 748
 Bühler, Karl 743f., 746–750, 753, 760f.
 Bülow, Fritz 25
 Bünemann, Dietrich 631f.
 Bünemann, Hermann 631ff.
 Bürger-Prinz, Hans 209, 734, 736ff.
 Burkhardt (Gestapo-Mann) 632
 Büttner, Ursula 827
- Campe, Hugo** 75
 Carlsson, Arthur 114, 138
 Carossa, Hans 538
 Carstens, Joachim 852
 Carstens, Tjard 699
 Cassirer, Ernst 209, 265, 459f., 477, 600
 Chamberlain, Neville 719
 Christian, Viktor 750
 Clasen, Armin 550–563
 Clasen, Käthe, geb. Weinheber 551, 555f.
 Claudius, Hermann 390, 491
 Claudius, Matthias 502, 570
 Clausen (Schulrätin) 735
 Clausewitz, Carl von 214
 Clemens, Walter 774–779, 783
 Czech-Jochberg, Erich 242
- Dahle, Wendula** 223f.
 Dahms, Elsa Frieda, geb. Börner 302
 Dahms, Hellmuth 32, 302–308, 335
 Dahms, Magdalena 302
 Dahms, Ortrud 307
 Daniels, Gertrud 523
 Dätz, Ernst 13, 360, 503, 587–599
 Daven (Major) 504
 Dehler, Thomas 815

- Deinhard, Margarethe 371ff.
 Delaquis, Ernst 129
 Denys, Adolf 363
 Dettmann, Fiete 76
 Deuchler, Gustaf 208f., 243,
 264–267, 280, 369, 434, 477, 643,
 803–808, 810, 817
 Dietrich, Otto 312
 Dietz, Hilde 421, 429
 Dittmer, Paul 425, 429
 Diwald, Helmut 720
 Doermer, Ludwig 353f., 356
 Domschke, Alfred 430
 Drager, Paul 673
 Dreckmann, Hans 564
 Dressel, Wilhelm 431, 570, 727
 Drexelius, Wilhelm 226, 232, 711,
 775
- Ebel, Karl 655**
 Eckmann, Gerhard 473
 Eden, Anthony 17
 Edens, Henry 137, 139f., 305
 Ehmke, Horst 48
 Ehrlicher, Werner 230, 784
 Eichmann, Adolf 763, 769, 781
 Einfeldt, Hans 303, 829
 Ellger-Rüttgardt, Sieglind 40, 44f.,
 47
 Ellington, Duke 21
 Ellis, Miss (Brit. Militärregierung)
 819
 Ende, Werner 785
 Engel, Karl 520
 Engemann, Karl 728, 735
 Eppler, Erhard 48
 Ernst, Otto 389
 Escherich, Georg 83
- Falke, Gustav 389**
 Fechter, Paul 242
 Fehling, Rudolf 829
 Fehring, Max 266, 274
 Feickert, Andreas 237
 Fendt, Franz 215, 217
 Fest, Joachim C. 745
 Fest, Wilhelm 819
 Festring-Hashem Zadeh, Kristina
 846
 Fichte, Johann Gottlieb 220
 Fischer-Appelt, Peter 789f.
 Fischer, Aloys 208
 Fischer, Hans 210
 Fleck, Christian 756f.
 Flenkner, Adolf 132f.
 Flitner, Wilhelm 95, 208ff.,
 213–216, 239, 243, 803f.
 Fock, Gorch 305, 692
 Förster, Hedwig 381
- Frahm, Ludwig 564f., 570
 Frahm, Walter 175, 564–572
 Franck, Walter 431
 Frank, Hans 54
 Franke, Olga 509, 518f., 522
 Freud, Anna 744
 Freud, Siegmund 743ff., 747, 750,
 753, 773
 Frey, Gerhard 33, 766f.
 Frick, Wilhelm 510, 726
 Frister, Erich 249, 262
 Fritsch, Werner von 541
 Fröhlich, E. 698
 Fromm, Karl 206, 582,
 Frost, Robert 18
 Früchtenicht, Jürgen 294, 464ff.
 Fuhlendorf, Gerd 628
 Furtwängler, Wilhelm 743
 Fuss, Werner 826f., 838f., 842
 Fust, Herbert 251
- Gabers, Hans 800**
 Garbe, Detlef 828
 Garms, Harry 345, 347
 Gätje, Walter 183
 Gaus, Günther 834
 Gebert, Alfred 788
 Gebhardt, Julius 543, 803
 Gechter, Heinrich 552
 Geffers, Joachim 832
 Geffert, Heinrich 266, 810f.
 Gehlen, Arnold 750
 Geib, Hans 568
 Genscher, Hans-Dietrich 48
 George, Götz 833
 Gerhard, Otto 363
 Giordano, Ralph 826, 838f., 842,
 844
 Gloede, Werner 381
 Gloy, Walter 463f., 474
 Goebbels, Joseph 69, 88, 95f.,
 Goerdeler, Carl Friedrich 821
 Goethe, Johann Wolfgang von 214,
 242
 Goetsch, Christa 823
 Goldblatt, Ludmilla 520
 Goldenring, Robert 594
 Goldmann, F. 53
 Goldschmidt, Jakob 365
 Gonella, Nat 21
 Goral, Arie 232f., 244, 742, 764,
 767–770, 775, 777, 780, 788, 790f.
 Göring, Hermann 15, 57, 63, 65f.,
 68, 95, 277, 398, 804
 Gosau, Friedrich 544, 733
 Gottsleben, Carl 369
 Gottsleben, Erwin 32, 318, 361,
 364, 369–377, 379, 381f.
 Götzke, Carl 643, 701, 813
- Gramsci, Antonio 834
 Grapengeter 72f.
 Grass, Günter 48
 Grimm, Hans 241
 Grimm, Jacob 692
 Grimm, Wilhelm 692
 Grimme 759
 Grobmann, Alfred 671, 849f.
 Grothkopp, Cl. Fr. 535
 Grüber, Victor 464, 466
 Grünewald 665f., 668
 Grünhagen, Hermann 440
 Gundlach, Hans 753, 755
 Gundlach, Horst 757, 792f.
 Gundlach, Wilhelm 335
 Günther, Paul 203
- Haase 555**
 Haase, Günther 732
 Hacht, Franz von 817
 Hadersleben, von 387
 Häfeker, Kurt 552
 Hagemann, August 32, 344–358,
 352
 Hagen, Marga von dem, geb. Freiin
 von der Recke 130
 Hagen, Oskar von dem 130
 Hagen, Peter 242
 Hagener, Cesar 24, 26
 Hähnel, Walter 769f., 780, 788
 Halifax, Earl of (Edward Wood) 719
 Hamm-Brücher, Hildegard 826, 828
 Hansgirt, Fritz 756, 793
 Harder, Hans 77f.
 Harders, Heinrich 629f., 634
 Hardt, Heinrich 817, 819
 Harlan, Veit 774
 Harmjan, Hermann 667
 Harte, Günter 15
 Hardeck, Paul 221
 Haselmayer, Heinrich 84f., 388,
 411, 550–554, 557, 643, 825f.
 Hattermann, Otto 199
 Haubach, Theodor 821
 Hauschild, Hendrik 342
 Hausmann-Löns, Lisa 159ff.
 Hausmann, Gustav 156
 Hausmann, Martha 156
 Hecht, Alwine 724
 Hecht, Walter 724–741
 Hecht, Willy 724
 Hedwig, Julius 382
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich
 220
 Hehn, Heinrich 32, 359–369, 371f.,
 374, 379–382, 390, 588, 595
 Heidrich, Robert 439
 Heinmann, Gerda 520
 Heinrich, Hedwig 168

- Heitgress, Franz 76
 Heitmann (Schulrat) 734–737
 Helbig, Johann 367, 376, 596, 610
 Henningsen, Harry 336, 361, 371, 373
 Henze, Albert 28, 57f., 82, 85, 90, 92, 102, 104, 127, 257, 335f., 412, 482, 486, 584, 623, 726
 Henze, Hans Werner 48
 Hepe, Hans von 216, 218,
 Hermes, Richard 570
 Hermesdorf, Herbert 669
 Hernmarck, Gustaf 171f.
 Herwig, Malte 47f.
 Herz, Egon 303
 Herzer, Albert 805f.
 Heß, Rudolf 54, 74, 189
 Heuer, Martin 138
 Heuer, Otto 397f.
 Heuss, Theodor 815
 Hildebrand, Dieter 48
 Hildebrandt, Werner 24, 264, 810
 Himmler, Heinrich 70, 668, 694, 714
 Himpkamp, Bruno 257
 Himstedt, Karl 29, 194–200
 Hindemith 553
 Hindenburg 211, 271, 466
 Hinrichs, W. 558f.
 Hirsch, Axel 788
 Hirsch, Sabine 788
 Hitler (Hiller), Alois 837f., 846ff.
 Hitler, Adolf 54, 57, 64–67, 71, 88, 99, 101, 131, 169, 202, 210f., 214f., 224, 239, 241f., 269, 271, 273, 277, 287f., 305, 310, 312, 318, 370, 372f., 385, 423, 478, 501, 507, 514, 517, 541f., 589, 602, 619, 642, 653, 681, 714f., 719ff., 745, 748f., 763–766, 768ff., 772, 774, 777, 804, 834, 837ff., 842ff., 846ff., 850
 Hitler, Alois sen. 847
 Hitler, Franziska, geb. Matzelsberger 847
 Hitler, Hedwig, geb. Mickleby 847
 Hitler, Heinrich 847
 Hitler, Klara, geb. Plötzl 847
 Hitler, Paul 847
 Hoch, Gerhard 427f.
 Hochmuth, Ursel 36
 Höcke, Björn 828
 Hodscha, Enver 835
 Hoffmann, Erika 460
 Hoffmann, Karl 99, 166, 181, 198, 317
 Hofstätter, Herta, geb. Stein 750
 Hofstätter, Peter R. 33, 232f., 742–797
 Hofstätter, Robert 742
 Hollburg, Gustav 535, 573
 Höller, Guido 32, 361f., 364, 369, 372, 378–396
 Holler, Gustav 102, 110, 120, 126, 138, 142, 145f.
 Höller, Toni 395
 Holm, Kurt (Gesundheitsbehörde) 326
 Holm, Kurt 32, 303, 359, 362, 554, 808f., 819
 Hölscher, Dietrich 252
 Holzkamp, Klaus 759
 Horkheimer, Max 780
 Horn, Klaus-Peter 234, 239f., 243f.
 Höß, Rudolf 833
 Huckenbeck, Martha 137f., 141
 Hutten, Ulrich von 692
 Hüttenberger, Peter 85
 Hüttmann, Ernst 421, 464, 623

Ibarg, Cäsar 623
 Ipsen, Gunther 750, 755
 Irving, David 720

Jacobs, Rudolf 367
 Ipsen, E. R. 754
 Jäger, Georg 19
 Jahn, Friedrich Ludwig 151
 Janssen, Horst 717
 Jaspers, Karl 767, 769, 773, 781
 Jens, Walter 48
 Jochmann, Werner 827
 Johst, Hanns 391
 Joost, Heike 326
 Jünemann, Elisabeth 600
 Jünemann, Hermann 600
 Jünemann, Wolfgang 33, 256, 600–617
 Jung, C. G. 743
 Junge, Magdalene 565f.
 Jungnitz, Johannes 25, 26
 Junker, Hildegard 182
 Jürgens, Franz 192, 405f.
 Jürgens, Richard 545

Kähler, Helene 579
 Kant, Emanuel 220
 Karasek, Hellmuth 717
 Kärner, Alfred 588
 Kasten, August 647
 Kauffmann, Friedrich 410
 Kaufmann, Helga 168
 Kaufmann, Inge 71
 Kaufmann, Karl 27f., 51, 53f., 58, 61, 71, 74, 82, 84–87, 90, 94ff., 100f., 108ff., 114, 120, 125, 130–133, 136, 138f., 141f., 189f., 203, 206, 254, 291, 305, 336, 351, 359, 362f., 369, 379, 429, 486, 552, 584f., 704, 707f., 730
 Kaul, Hans 608
 Kellermann, Karla 806
 Kelter, Edmund 152, 802
 Kernbauer, Alois 756f.
 Kiehn, Hinrich 25
 Kierendorff 821
 Kiesbye, Elise 688f., 696, 698
 Kiesselbach, Wilhelm 100, 131f., 199, 355, 395, 596
 Kinder (Schulrat) 650ff.
 Kirchmann, Hans 764
 Klee, Paul 615
 Klee, Ernst 210
 Kleeberg, Alfred 250, 472ff., 802f.
 Klein, Otto 406
 Klein, Reinhard 673
 Kleinschmidt, Anna, geb. Schleusner 430
 Kleinschmidt, Cornelius Adolph 429
 Kludas, Elwin 206, 397–408
 Klug, Rudolf 26
 Klüver, Mathilde, geb. Schneider 706, 717
 Klüver, Max 30f., 704–723
 Koch, Andreas 187
 Koch, Christian 780
 Koch, Gerhard 144f.
 Koeberle-Schönfeld, Charlotte 382
 Köhler, Eduard 802, 813
 Kohlmeier, Wilhelm 608, 707
 Köhne, Fritz 37, 77, 95f., 127, 137, 165ff., 169, 177, 182, 197, 206, 315, 322, 331, 338, 340, 403f., 406, 434, 440, 446, 448, 482, 537, 558, 570, 583, 731, 804, 814, 817f.
 Kollath, Johannes 699
 Köpke, Andreas 41
 Kotulla, Theodor 833
 Krämer-Kilic, Inge 323f., 327–331, 342
 Kraus, Friedrich 264, 810f.
 Krause, Emil 150f., 266, 395, 397, 550, 598, 802ff.
 Krebs, Albert 385, 392
 Krebs, Felix 233
 Kreiss, Bruno 356
 Kreutgen, Friedrich 265
 Kreyenberg, Ernst Gerhard 326
 Kriek 383
 Kröger, Charlotte 373
 Krogmann, Carl Vincent 27, 51, 53f., 61, 67, 73f., 826
 Kroh, Oswald 758f.
 Krüger, Hardy 717f
 Krüger, Hugo 519f
 Kruse 76, 182, 184,
 Küchler, Gustav 808, 811
 Kühn, Heinz 223
 Kühnheim, Haug von 226
 Kunrede, Wilhelm 610

- Kunstmann, Wilhelm 137, 567, 730f.
- Lambeck, Adolf** 31, 322–335, 338, 340,
- Landahl, Heinrich 29f., 94, 101f., 126, 131f., 154, 166, 170f., 176, 219, 221f., 249, 258ff., 295, 316, 374, 403, 405, 410, 431, 454f., 461, 482f., 485ff., 491, 515, 518, 542, 547, 559, 569, 592, 615f., 623, 652, 761, 798, 810, 812–816, 819f.
- Lange, Emma 32, 439–449, 688, 698ff., 701
- Lange, Ernst 439
- Lange, Helene 510
- Lange, Hermann 34, 264, 798–821
- Langlof, Felix 20
- Lasch, Agathe 477, 486f., 489
- Laun, Rudolf 115, 221
- Lehberger, Reiner 34, 264, 798
- Lemitz, Klaus 852
- Lemma, Ernst 815
- Lemmersdorf, Peter 620f., 627
- Lenz, Fritz 350
- Lenz, Siegfried 48
- Leonhardt, Rudolf 763f.
- Leverenz, Friedrich 435ff.
- Lewin, Kurt 758
- Ley, Robert 714f.
- Licht, Friedrich Wilhelm 560, 817f.
- Lieberam, Minna 133
- Lieth, Hinrich von der 359, 362ff., 381, 394, 482, 808
- Liliencron, Detlev von 570
- Lindemann, Paul 61, 65, 67, 72ff.,
- Litt, Theodor 208, 243
- Löden, Elisabeth, geb. Karcher 415
- Löden, Paul 32, 409–419
- Loest, Erich 48
- Löhr, Friedrich 361, 371
- Lohse, Albert 155
- Lohse, Martha 160
- Lohse, Udo 29, 155–161
- Lohse, Walter 473
- Lohss, Eberhard 627
- Löns, Hermann 156, 160f., 494, 502
- Lorenz, Johannes 699
- Lorenz, Konrad 744
- Lottig, William 561
- Löwenberg, Jacob 387
- Lübker, Alfred 699
- Lück, Konradine 451, 458–461
- Lück, Robert 458
- Ludwig, Helene, eb. Tietgen 513, 516, 524
- Ludwig, Otto 387, 495, 498, 507–525, 527
- Luhmann, Niklas 48
- Lüth, Erich 742, 764f., 767ff., 773ff.
- Lüth, Richard 431, 463–475
- Lüth, Uta 464
- Lüthje, Franz Heinrich 420
- Lüthje, Hans 29, 102–105, 109, 420–433, 473
- Machleidt, Dorothea, geb. Mitten-**
dorf 501, 503, 505
- Machleidt, Johann Gottlieb 505
- Machleidt, Walther 13–15, 17ff., 494–506, 508, 510, 527, 623, 643
- Mahler, Horst 234
- Maier, Reinhold 815
- Malachowski, Hermann 749
- Malachowski, Katharina Rose 749
- Manig, Herbert 31, 304, 334–343
- Mann, Thomas 496, 508, 744f., 750, 809f.
- Mannhart, Renate 519f., 523
- Mansfeld, Albert 32, 36f., 77, 165, 171, 176, 202ff., 304, 329, 336f., 359, 361–364, 379ff., 400, 478, 537, 582, 649, 725, 808f., 817
- Marquardt, Gertrud, geb. Mewes 135
- Martens, Carl 725
- Martens, Hugo 182
- Martin, Erich 382
- Martini 54, 72ff.
- Maschmann, Hans 179
- Massaquoi, Hans-Jürgen 844
- Matthaei 682
- Matthewes, Ernst 24, 26, 170ff., 200, 261, 298, 448, 490, 546f., 560, 615, 712, 808f.
- Matthies, Werner 435f.
- Mauz, Gerhard 768f., 790
- Meincke 73
- Meisner, Wilhelm 680
- Meister, Julia, geb. Kleinschmidt 429
- Melle, Werner von 150
- Mente, Arnold 680
- Merck, Walther 179, 431
- Mertens, Hermann M. 548
- Meves, Conrad 618
- Mevius, Ludolf 264, 810
- Mewes, Dorothea 133
- Mewes, Harry 103, 133, 135, 427
- Mewes, Wilhelm 102, 425
- Mewes, Yvonne 29, 82, 84, 94, 102–111, 113f., 120, 126, 128, 131–145, 420, 423, 425–429
- Meyer, Wilhelm 630
- Meyer, Helma 154
- Meyer, Peter 852
- Meyer, Peter Ulrich 837
- Meyer, Wolfgang 29, 150–154, 579, 640f., 802
- Miething (Oberregierungsrätin) 473, 656, 711
- Mikat, Paul 223
- Milberg, Hildegard 151, 802
- Millahn, Auguste 184
- Millahn, Hugo 29, 174–185, 537, 544, 567ff., 574, 576
- Miller-Kipp, Gisela 689f.
- Minners, Kurt 20, 360, 595
- Mitscherlich, Alexander 46, 786
- Mittag, Tobias 287, 290, 298f.
- Mitte, Berthold 78
- Mittel, M. 450
- Möckelmann, Hans 418, 683
- Moews, Evelin 38
- Mohaupt, Willi 684
- Möhring, Heinrich 323
- Möller, Ingrid 30f., 447, 688–703
- Möller, Julius 696
- Möller, Ludwig 480
- Möller, Otto 811
- Morisse, Heinz 405
- Morsbach, G. W. L. 786
- Mottelsell 626
- Muchow, Martha 33, 265, 637ff., 643
- Mühe, Theodor 251, 305, 310, 336, 373, 412, 517, 521f., 591, 601, 644, 705
- Müller, Ludwig (Reichsbischof) 312
- Müller, Bernhard 612ff.
- Müller, C. Hermann 326, 811
- Müller, Robert 15, 18f.
- Müller, Werner 304
- Münch, Walter 471
- Musold, Dora 377
- Mussolini, Benito 834
- Napoleon** 772
- Neckel, Wolfgang 172, 357, 561, 576, 685f., 774
- Nellesen, Bernd 244
- Neuhäuser, Werner 394
- Neumann, Ernst 213
- Nevermann, Paul 615f., 774
- Nicolai, Otto 415, 417
- Nicolai, Rudolf 287, 297
- Nicolaysen, Lorenz 416
- Niebank, Gerd 802f., 813–818
- Niekerken, Walter 489, 543f.
- Nieland, Hans 54
- Nietzsche, Friedrich 36, 48, 220
- Nohl, Hermann 208, 210, 214f., 234
- Nöthlich, Gerhard 13–23, 26, 359f., 364, 494, 501, 588, 590, 684f.
- Nottbeck, Avid von 776
- Oberdörffer, Wilhelm** 251–254, 258, 305, 311, 313, 315, 354f.,

- 521f., 579ff., 581, 583, 591–594, 596, 600, 641
- Oberlercher, Reinhold 228–236
- Oertel, Friedrich 665
- Oetcke, Fritz 381f., 394
- Ofterdinger, Friedrich 28, 54, 90, 474, 503, 706, 726
- Ohly, Ferdinand 620
- Ohm, Berthold 595
- Ohnesorg, Benno 319
- Ohrt, Hans 699
- Okraß, Hermann 385
- Oldigs 705
- Olufsen, Laurits 369
- Opel, Alexander 585
- Oppermann, Hans 683
- Ortmeyer, Benjamin 210, 214f., 227, 234ff.
- Ossenbrügge, Dietrich 29, 163, 171, 186–193, 444,
- Ossenbrügge, Emma 192
- Paetel, Otto Heinrich Karl 576**
- Panofsky, Erwin 600
- Paschen, Karl 697
- Paschen, Konrad 303
- Passarge, Siegfried 370
- Paul, Franz 607
- Pawlik, Kurt 789
- Pein, Bernhard 249, 256
- Person, Kurt 660
- Peter, Rudolf 807
- Petersen, Carl 73
- Petersen, Karl 439, 441
- Petersen, Peter 210, 234,
- Petersen, Rudolf 72–76, 295, 515, 813
- Pettenkofer, Max von 15
- Petter, K. 716
- Peyn, Bruno 187, 286, 296, 390, 412, 479, 481, 495, 508, 602, 623
- Pfalz, Liselotte von der 692
- Piwitt, Friedrich 95
- Pollitz, Alice 457, 609
- Pölnitz, Götz von 223
- Popkes 500
- Porthun, Ewald 649ff.
- Pratje, Otto 430
- Preuß, Ernst 29, 162–173, 697
- Puttfarken, Werner 82
- Radbruch, Robert 417f.**
- Raloff, Gottlieb 806f.
- Randt, Ursula 105, 428
- Rathenau, Walther 802
- Rathmann 134
- Recarnier, Madame 547
- Reichwein, Adolf 836
- Reimer, Uwe 598
- Reimers, Hans 29ff., 249–263, 309, 316f., 406, 472f., 522, 524, 583f., 683, 708f.
- Reimers, Hans Willi August 249
- Reimers, Julius 622f., 625–628, 631, 634
- Reimers, Nelli 249
- Reimers, Rut, geb. Weihe 252
- Reimpell, Elisabeth 465
- Rein, Adolf 122, 265
- Rein, Wilhelm 369
- Reincke, Heinrich 555
- Reiße, Hermann 223
- Remmer, Wilhelm 353
- Remy, Heinrich 221
- Reutter, Otto 22
- Reyer, Wilhelm 382
- Rhein, Katharina 210
- Richter, Alfred 54
- Riecks, Gerhard 382
- Riecks, Hellmuth 440
- Rieger, Franz 282
- Rieper, Magda 182
- Rockel, Werner 319f., 660
- Röhm 804
- Roloff, Hans-Paul 33, 501, 622, 629f., 637–645
- Roques, Valeska von 770f.
- Rösch, Gerhard 473
- Rösch, Hans 373, 380, 382
- Roseger, Peter 692
- Roß, Rudolf 76, 802, 814
- Rössner 665f.
- Rost, Reinhard 371
- Roth, Heinrich 759
- Rothenberg, Dietrich 24ff.
- Rothenberg, Gerda 853
- Rothenberger, Curt 56, 67, 122, 129ff.
- Rüdiger, Jutta 691ff.
- Ruhnau, Heinz 562
- Ruscheweyh, Herbert 75, 146,
- Rust, Bernhard 303f., 346, 707, 714
- Rüther, Eduard 619f., 622, 635, 640
- Sahrhage, Heinrich 91f., 139f., 197, 284–301, 464, 468f.,**
- Sahrhage, Otto 291
- Salomon, Richard 265
- Samwer, Karl 192,
- Sanck, E. 160
- Santayana, George 827
- Saß, Hermann 95, 488
- Saß, Johannes 476–493
- Schäfer, Karl-Heinz 784
- Scheer (Schulrat) 174f., 565f.,
- Scheidt, Walter 351
- Schemm, Hans 303, 362, 373, 452
- Schering, Walter Malmsten 755
- Schiers, Jürgen 771
- Schietzel, Carl 26, 264, 810
- Schiller, Friedrich 502, 692
- Schiller, Karl 96
- Schirach, Baldur von 255, 272, 714ff.
- Schlageter, Albert Leo 269, 602
- Schlemlich 175
- Schlesiger, Hanspeter 230
- Schleuß, Wilhelm 324
- Schliack, Otto 250, 727
- Schlorf, Richard 206, 362, 520, 646, 652, 654
- Schlotfeldt, Karl 337, 696, 728, 730, 734
- Schmidt, Eberhard 129
- Schmidt, Felix 526
- Schmidt, Gustav 169, 331, 337–341, 352, 397, 403f., 406, 467f., 536, 541f., 551, 558f., 573, 577, 693, 725, 731, 809f.
- Schmidt, Helmut 840
- Schmidt, Jürgen 547
- Schmidt, Loki 840f., 844
- Schmidt, Olga 397
- Schmidt, Regina 780f.
- Schmidt, Rudolf 554, 627
- Schmidt, Uwe 58, 85, 93, 303, 307, 309, 328, 361, 428, 608,
- Schmidt, Walter 122f.
- Schmonsos 447f.
- Schöneberg, Bruno 20
- Schönfeld, Wilhelm 382
- Schönfelder, Adolph 813, 815f.
- Schönwald, Wilhelm 381
- Schrewe, Ernst 28f., 82–120, 123–126, 128, 132f., 135f., 139–143, 176, 191, 425ff., 429, 607, 727, 731f.
- Schrewe, Marianne 86
- Schreyer, Lothar 387
- Schröder 473
- Schröder, Heinrich 29f., 249, 260f., 297, 355, 366, 431f., 484, 514, 518, 524, 531, 592, 595f., 644, 708,
- Schubert, Wenzel 649
- Schult, Johannes 99, 146, 166, 181, 198, 455ff., 464, 655, 819f.
- Schultz, Hermann 73, 175, 189, 379, 501
- Schulz, Willi 28, 32, 90, 165, 179, 202f., 266, 278ff., 287f., 302f., 354f., 359, 361–365, 369, 372f., 378–381, 398, 404, 478, 516, 807–811, 830
- Schumacher, Ewald 303, 817
- Schumacher, Gerhard 30f., 37, 678–687
- Schumacher, Gisela, geb. Heinze 678, 682
- Schumacher, Hasso 407
- Schumann, Bodo 34, 38, 40ff., 43

- Schuster, Fritz 498f., 510, 623, 625, 632, 643f.
- Schwabe, Johann 361, 371
- Schwenke, Rosalie Emma Johanna Minna 351
- Schwieker, Friedrich 20
- Schwinge, Erich 720
- Scola, Ettore 834
- Seeler 518
- Shelton, Major (Brit. Militärregie- rung) 166, 296
- Siebelist, Walter 635
- Sielemann, Jürgen 709, 714, 851
- Sieveking, Friedrich 123, 473,
- Sieveking, Heinrich 83, 86
- Sieveking, Kurt 75, 116, 221, 614, 659f.
- Sieverts, Rudolf 100f., 129ff., 221, 782f., 785
- Snell, Bruno 127, 212,
- Soll 170, 472, 485, 545, 655
- Soltau, Karl Otto 295
- Sommer, Theo 717
- Spethmann, Maria-Luise, geb. Sutor 520
- Spoerls, Heinrich 598
- Spranger, Eduard 208–211, 213f., 219, 224, 234, 239, 243f., 459f.
- Sprügel, Guido 842
- Spuler, Bertold 33, 784f.
- Stachowitz, Hedwig 650
- Stadelmann, Elsa 806
- Stael, Madame de 547
- Stahl, Erna 141
- Stavenhagen, Max 187, 192
- Stein, Freiherr vom 242, 692
- Stender, Richard 852
- Stern, William 33, 209, 213, 265, 345, 355, 369, 434, 459, 494, 587, 637–643, 705, 753, 760, 769
- Stiebenitz 650
- Stifter, Adalbert 503
- Storjohann, Uwe 409–417
- Stoß, Irma 274f., 508, 518f., 522
- Strasser, Gregor 804
- Streicher, Julius 360
- Stempel, Alexander 495, 503, 505, 508
- Stroux, Johannes 662
- Stubbe da Luz, Helmut 211
- Stucken, Arno 567
- Stucken, Friedrich 567f.
- Stückrath, Fritz 264, 803f., 810
- Sündermann, Helmut 719
- Sündermann, Ursula, geb. von Druffel-Freinin von und zu Egloffstein 719
- Tachau, Walter 455**
- Taege, Herbert 720
- Tausch, Reinhard 789
- Tausendfreund, Ernst 197
- Teichert, Rudolf 381, 394
- Teufel 518f.
- Thede, Willi 826
- Thevs, Hildegard 252, 255
- Thielicke, Helmut 226f., 231, 235
- Thies, Christine 806
- Thies, Heinrich 161
- Thode, Bertha 635
- Thode, Mary, geb. Meves 618, 624
- Thode, Otto 618–636, 640, 644,
- Thomae, Karl 155f.
- Tiede, Georg 578
- Tillmann, Klaus-Jürgen 40
- Timmermann, Richard 162ff., 167,
- Toepfer, Alfred 71, 74, 491, 547,
- Toepffer, Gretchen 28, 51, 53, 58f., 62, 64ff., 68, 71
- Toepffer, Oscar 27f., 51–81, 174, 183f., 189f., 454,
- Traeger, Max 798, 802, 806, 813–817, 819f
- Tresskow, Henning von 15
- Treutler, Paul 552
- Treviranus, Gottfried 83, 94
- Troll, Carl 665
- Uexküll, Gösta von 768**
- Uhde 122
- Umlauf, Karl 561
- Valentin, Fritz 103–106, 109ff., 124f., 143, 426f.,**
- Velthuysen, Bernhard 73
- Voght, Caspar von 547
- Voss 75
- Wächtler, Fritz 287, 306**
- Wagner, Karl 473, 614f., 709f.
- Wagner, Richard 553
- Wahl, Hermann 708
- Walser, Martin 48
- Wandschneider, Erich 84f., 94f., 100
- Warburg, Anna 459
- Weber 665
- Wechmar, Rüdiger von 717
- Wedel, Anna von, geb. von Wittgenstein 120
- Wedel, Hans Feodor 120
- Wedel, Hasso von 28f., 82ff., 93, 102f., 105–111, 113f., 120–149, 180f., 191, 425ff., 429, 575, 607
- Wedel, Rosemarie von, geb. von dem Hagen 121, 130
- Wegner, Hans 320, 597, 659ff., 668
- Weichmann, Herbert 232
- Weinheber, Otto 698
- Weinheber, Paul 551, 558
- Weizmann, Chaim 766
- Wellek, Albert 761
- Wendpap, Hans 323
- Weniger, Erich 210, 214f., 234,
- Wenke, Hans 30f., 116, 154, 208–248, 260, 406, 614, 659f., 683, 760, 783, 787
- Werdermann, Carl 54
- Werdier, Robert 437, 446, 448, 483, 490, 698ff.
- Werner, Heinz 643
- Wessel, Horst 269
- Wessel, Wilhelm 292
- Wetzel, Paul 602
- Wiegank, Heinrich 335
- Wiegmann, Emil 398
- Wiegmann, Friedrich Wilhelm 398
- Wiencken, Herbert 26
- Wiese, Helmut 806
- Wiese, Hugo 646–649, 652, 654
- Winter, Adolf 296
- Wirth, Wilhelm 750
- Witt, Karl 28f., 54, 57, 64, 90, 151ff., 159f., 176, 184, 187, 189–192, 203, 254, 266, 273, 398, 420, 440, 454, 474, 479, 500f., 508, 519–522, 535, 550, 553f., 556f., 583, 648f., 730, 825f., 830
- Wobbe, Paul 407
- Wöhlert, John 304, 341
- Wolf, Carl 291
- Wolff, Emil 214
- Wommelsdorf, Otto 167
- Wriedt, Johannes 568
- Wulff, August 526–533
- Wunder, Dieter 41, 836
- Wunderlich 643
- Wüst, Walther 666f.
- Zahn, Curt 357**
- Zeidler, Kurt 169f., 258, 366, 393f., 431, 436, 570, 696, 808f., 811f., 816–821
- Zeiger 221
- Zelck, Max 807
- Zels, Alwin 698
- Zerssen, Otto von 113f., 145, 171, 612
- Ziegler, Friedrich 73
- Zindler, Erwin 91, 291, 473, 495, 508, 595, 709, 809f., 841, 851
- Zinke 674
- Zinn, August 815
- Züge, Karl 31, 102, 104, 106, 128, 135, 309, 409, 412, 464, 472ff., 526, 607, 704f.
- Zuschlag, Hans 257
- Zweig, Arnold 745
- Zwiebelmann, Hermann 382
- Zylmann, Peter 179, 181, 570

Dank

Dieses Buch hätte nicht geschrieben werden können, ohne zahlreiche Unterstützung bei der Beschaffung von Informationen, Dokumenten und Fotos.

Zu Dank verpflichtet bin ich wieder insbesondere Christina Ahrens vom Staatsarchiv Hamburg, die mich über viele Jahre auf zahlreiche Spuren gebracht hat, David Hamann für seine Recherchedienste im Bundesarchiv Berlin, Sabine Büge vom Archiv der Behörde für Schule und Berufsbildung in Hamburg, Joachim Szodrzynski für sein sachkundiges Lektorat, Hildegard Thevs für die Informationen und Materialien zur Geschichte der Wichernschule, Oliver Laux von der Pressestelle der Debeka für seine Hinweise und die Fotos von Hermann Lange und Andrea Orth für die Gestaltung des Buches und den professionellen Blick auf alles sowie Dr. Rita Bake für die Betreuung des gesamten Projektes.

Biografische Daten

Dr. Hans-Peter de Lorent

Geb. 1949, war Lehrer, Hauptseminarleiter und Leitender Oberschulrat im Hamburger Bildungswesen, Redakteur und Schriftleiter der Hamburger Lehrerzeitung, GEW-Vorsitzender in Hamburg, Bürgerschaftsabgeordneter und Autor wissenschaftlicher und belletristischer Literatur.

Für Fragen, Anmerkungen, Rückmeldungen: Hans-Peter.deLorent@hamburg.de.

Täterprofile, Band 1

Inhalt

Geleitwort und Begleitworte von
Prof. Joist Grolle, Uwe Storjohann
und Ralph Giordano
NS-Personalpolitik im Hamburger
Bildungswesen
Die unvollendete Entnazifizierung
Der Fall von Adolf Hitlers Halbbruder
Alois Hitler in Hamburg
Täterprofile/Biografien:
Karl Witt
Willi Schulz
Albert Mansfeld
Gustaf Adolf Deuchler
Hermann Sass
Robert Grosse
Peter Meyer
Joachim Carstens
Richard Stender
Kurt Silber
Heinrich Paulsen
Karl Raebel
Adolf Meyer
Hugo Schnüge
Peter Meyer
Karl Schlotfeldt
Paul Dittmer
Hermann Reimers
Horst Kanitz
Kurt Eitzen
Adolf de Bruycker
Hermann Lau
Walter Brockmüller
Hermann Trog
Sophie Barrelet
Harry Garms
Theodor Mühe
Karl Züge
Peter Jacobsgaard
Rudolf Hartnack
Franz Wallis
Hermann Reisener
Ernst Kumlehn



Rudolf Fehling
Walter Behn
Hans Einfeldt
Walter Behne
Bruno Peyn
Ernst Hüttmann
Cäsar Iburg
Wilhelm Oberdörffer
Erwin Zindler
Bertold Ohm
Alfred Grobmann
Heinrich Haselmayer
Werner Fuss
Hinrich Wriede
Martin Duttge
Friedrich Grimmelhäuser
Werner Puttfarken
Kurt Holm
Hinrich von der Lieth
Richard Schlorf
Wilhelm Lühning
Wilhelm Gundlach
Hellmuth Messerschmidt
Hans Rösch

„Täterprofile“ – die Biografien der wichtigsten Personen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen Forschungsarbeit.

Personenbezogene Notizen und Dokumente der Verantwortlichen der NS-Politik im Hamburger Schulwesen, der Täter, werden ausgewertet. Ziel dabei ist es, zu verstehen und nachzuzeichnen, was die jeweiligen Personen in den zwölf Jahren des „tausendjährigen Reiches“ gemacht hatten, wie deren Karriere verlief und wie sie sich nach 1945 erklärten, verteidigten, herausredeten.

Alle Biografien geben einen tiefen Einblick in die Zeit des Hamburger Bildungswesens unterm Hakenkreuz. Das Wirken in den Schulen und in der Ausbildung, in der Schulverwaltung und im Nationalsozialistischen Lehrerbund wird eindrücklich dargestellt. Ebenso die Tatsache, dass Personen nach 1945 wichtige Funktionen in Hamburg übernahmen, die durch ihre Tätigkeit in der NS-Zeit anderswo schwer belastet waren.



Hamburg

Behörde für Schule und Berufsbildung
Landeszentrale für politische Bildung